

T-01/01 Vorschlag zur Tagesordnung

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu T-01

In Zeile 7:

TOP Gastrede Prof. Dr.-Ing. Volker Quaschnig, Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin

TOP 4 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf

Begründung

Prof. Dr.-Ing. Volker Quaschnig ist Autor der Studie "Sektorkopplung durch die Energiewende" und ein anerkannter Energiewende-Experte. In diesem Video erläutert er, was für ernsthaften Klimaschutz nötig wäre: https://www.youtube.com/watch?v=SUAPD_Xx5PI

Einen solchen Input können wir im Rahmen einer Gastrede gut gebrauchen, denn beim Klimaschutz und der Energie-, Wärme- und Mobilitätswende geht es nicht nur darum, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es geht eben auch um die Frage, wie schnell wir unsere Ziele erreichen - und bisher sind wir dabei entgegen der allgemeinen Meinung viel zu langsam. Wir haben nicht weniger vor, als einen Planeten zu retten. Auf geht's!

Hier noch ein Auszug aus einem Artikel der Wirtschaftswoche:

"Mit den geringen Zubaukorridoren des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist ein Einhalten der Paris-Ziele praktisch unmöglich. Entweder fehlt den politisch Verantwortlichen der nötige Sachverstand oder sie beabsichtigen das Klimaschutzabkommen gar nicht einzuhalten", so Studienleiter und Energiesystem-Professor Volker Quaschnig.

Bis zu sechsmal schnellerer Erneuerbaren-Ausbau nötig

"Wir müssen die Wind- und Solarenergie drei- bis sechsmal schneller ausbauen als von der Bundesregierung geplant", präzisierte Quaschnig die Ergebnisse seiner Forschungsgruppe Solarspeichersysteme an der HTW Berlin: Die Onshore-Windkraft müsse pro Jahr um 6,3 Gigawatt (GW) netto ausgebaut werden statt um 2,8 GW brutto, wie im Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) anvisiert sei. Bei der Photovoltaik seien jährlich sogar 15 GW erforderlich statt der im EEG vorgesehen 2,5 GW, so der Professor." <http://www.wiwo.de/technologie/green/tech/eeg-reicht-nicht-deutschland-muss-fuer-paris-ziele-oekestrom-anteil-verdoppeln/13773248.html>

Unterstützer*innen

Reemt Heuke (Berlin-Pankow KV); Luca Brunsch (Kiel KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Achim Joofß (Alb-Donau KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Hermann Michael Hell (Pinneberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Uta Wittich (Ulm KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Hundertmark (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Philip Alexander Hiersemenzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Hans-Jörg Kohlenberg (Schaumburg KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Marvin Peters (Flensburg KV); Julius Flinks (Cloppenburg KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Peter Borgmann (Bochum KV); Werner Weindorf (München KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV)

P-01-001 Präambel

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Titel

Ändern in:
Einleitung

Unterstützer*innen

Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Weindorf (München KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Yannis Vrielink (Groß-Gerau KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV)

P-01-002 Präambel

Antragsteller*in: BAG-Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 2 bis 3 löschen:

am 24. September ist Bundestagswahl. ~~Bevor wir Ihnen sagen, was wir vorhaben, haben wir eine Bitte an Sie:~~ Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Treten Sie mit

P-01-004 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 4:

uns für die Werte ein, die unser Land und Europa **stark**lebenswert gemacht haben, die uns weit über

Begründung

Männliche dominante Sprache

P-01-005 Präambel

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 5 einfügen:

Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Gleichberechtigung und Solidarität, Freiheit und

P-01-005-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 5 bis 6:

Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit,
Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und MitmenschlichkeitSolidarität.

Begründung

Das Eintreten für Gerechtigkeit ist ein grüner Grundwert und sollte auch benannt werden.

P-01-005-3 Präambel

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 5 einfügen:

Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit und

Begründung

Der erste Absatz der Präambel wird mit ziemlicher Sicherheit der meistgelesene Absatz des Bundestagswahlprogrammes sein. Hier fehlt recht offensichtlich „soziale Gerechtigkeit“, die ja auch eines der vier Grundprinzipien unserer Partei ist. Die Grünen nennen sich allerdings auch Bürgerrechtspartei. Das sollten wir an dieser Stelle betonen und nicht darauf hoffen, dass die richtige Message bei den Wähler*innen bereits durch die abstrakteren Begriffe „Freiheit“ und „Demokratie“ ankommt.

P-01-006 Präambel

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 6:

~~Mitmenschlichkeit~~ Gerechtigkeit.

Begründung

Problem der sozialen Spaltung nicht ignorieren

P-01-006-2 Präambel

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu P-01

Nach Zeile 6 einfügen:

Unsere Gesellschaft basiert auf einer seit Jahrhunderten andauernden, kulturellen Entwicklung. Und auch wenn diese Entwicklung oft von Gewalt und Flucht geprägt war, so hat sie doch zu unserer offenen, vielfältigen, toleranten und demokratischen Gesellschaft geführt in der wir heute gerne leben – und in die tausende Verfolgte gerade deshalb fliehen. Mit einem ausbalancierten Wertekanon und einem starken Grundgesetz.

Begründung

Mir ist wichtig zu betonen, wo "unsere Werte" herkommen.

Gerade unsere Erfahrungen mit Gewalt und unsere Weltoffenheit hat uns zu unserer jetzigen Gesellschaftsform und unserem Wertekanon geführt, uns dahingehend entwickelt - das würde ich gerne hier einfügen.

Dass nicht nur wir diese Gesellschaftsform gut finden sehen wir ja gerade an den Geflüchteten. Jede/r Geflüchtete ist ein "Like" für unsere Demokratie, würde Facebook sagen.

Verbrecher*innen sind davon natürlich wie immer ausgenommen.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

P-01-007 Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 7 einfügen:

Diese Werte schienen uns bis eben noch selbstverständlich. Manche meinen, es sei heute schon viel erreicht, wenn Rückschritte vermieden werden. Wir nicht. Nun erleben wir, wie sie

Begründung

Siehe auch Antrag zu Zeile 19/20, wo der Satz gelöscht wird

P-01-008 Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 8 bis 11 löschen:

hierzulande, in Europa und vielen Teilen der Welt massiv in Frage gestellt werden. ~~Radikaler Nationalismus kehrt zurück. Die ökologische Krise spitzt sich zu. Europa ist in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht tief gespalten. Viele Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen und Krisen.~~ Diese Bundestagswahl ist wichtig, vielleicht historisch.

Begründung

mündlich

P-01-011 Präambel

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 11 bis 18:

Deutschland geht es vergleichsweise gut. Damit wir hier eine gute und sichere Zukunft erleben können und sich weitere internationale Krisen vermeiden lassen müssen wir uns aktiv entscheiden: • Für ein Europa, das nach innen gut und eng zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt – und gegen Nationalismus, linke wie rechte Radikalisierung und Hassprediger. • Für eine Politik, die in unsere Infrastruktur, in unsere Bildung, in unsere Kinder investiert – und gegen Subventionen an ausschließlich dem Profitstreben verpflichtete Konzerne. ~~Deutschland geht es vergleichsweise gut. Aber damit das so bleibt, damit es auch für alle gilt, und damit es auch anderswo besser wird, müssen wir uns jetzt entscheiden: gegen weitere Umweltzerstörung und für eine soziale und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Gegen ungebremstes Profitstreben auf Kosten des Zusammenhalts und für eine Politik, die in unsere Infrastruktur und in die Zukunft investiert. Gegen Hassprediger und Nationalismus und für ein Europa, das nach innen zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt.~~ • Für eine soziale, gerechte und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, die langfristig Arbeitsplätze sichert und neue schafft – und gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung auf Kosten der nächsten Generationen.

Begründung

Positive Bilder setzen!

Nicht zuerst gegen etwas – sondern zuerst für etwas.

Wir sind nicht die Dagegenpartei!

Wir sind die Zukunftspartei. Für eine bessere Zukunft für Alle.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Thomas Mellenthin (Havelland KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

P-01-011-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 11 einfügen:

Krisen. Diese Bundestagswahl ist wichtig, vielleicht historisch.

Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir können so wirtschaften, dass Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt, und selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Globalisierung und Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können unser Leben besser machen, wenn wir den Rahmen setzen und die Regeln bestimmen.

Begründung

Verschiebung des Absatzes Zeile 26 - 33 hierher

P-01-012 Präambel

Antragsteller*in: Matthias Laage (Passau-Stadt KV)

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 12 bis 13:

~~Deutschland geht es vergleichsweise gut. Aber damit das so bleibt, damit es auch für alle gilt, und damit es auch anderswo besser wird,~~Nach zwölf Jahren Stillstand wollen wir aufbrechen in die Zukunft. Eine Zukunft, die wir selbst gestalten und in der wir Probleme mutig anpacken. Deshalb müssen wir uns jetzt entscheiden: gegen

Begründung

Ich finde nicht, dass wir unser Bundestagswahlprogramm mit dem Satz "Deutschland geht es vergleichsweise gut." einleiten können und sollten. Zwölf Jahre lang machen wir im Bund jetzt schon Opposition und zwölf Jahre lang müssen wir zuschauen, wie Merkel, ihre Union, SPD und FDP durch ihre Politik des Stillstands und der Politik für Lobbyinteressen aus diesem Land so viel weniger machen als es sein könnte. Ich glaube nicht, dass wir ernsthaft behaupten können, dass es Deutschland gut geht und anschließend auf über 100 Seiten glaubwürdig begründen können, warum es dringend einen Politikwechsel braucht. Wir sind die Partei, die den Stillstand durchbrechen möchte und frei von alten Ideologien das Projekt Zukunft angehen möchte. Das muss in unserem Wahlprogramm deutlich werden und am besten so früh wie möglich.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Hermann Schoyerer (Freyung-Grafenau KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ulrich Swoboda (Passau-Land KV); Diana Niebrügge (Passau-Stadt KV); Dirk Wildt (Passau-Land KV); Erhard Grundl (Straubing-Bogen KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Manfred Hensel (Passau-Land KV); Maria Kalin (Passau-Stadt KV); Franz Strehle (Günzburg KV); Hendrik Pelzl (Main-Kinzig KV); Frederic Müller (Passau-Land KV); Tobias Rieth (Passau-Stadt KV); Boris Burkert (Passau-Stadt KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Markus Scheuermann (Landshut-Stadt KV); Dominik Dommer (München-Land KV)

P-01-012-2 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 12 bis 13:

~~Deutschland geht es vergleichsweise gut. Aber damit das so bleibt, damit es auch für alle gilt, und damit es auch anderswo besser wird, müssen wir~~ Wir müssen uns jetzt entscheiden: gegen

Begründung

Kompliziert. Außerdem geht auch bei uns die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, gibt es Menschen, die täglich Diskriminierungserfahrung machen etc.

P-01-017 Präambel

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land
Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 17 einfügen:

Zukunft investiert. Gegen Hassprediger und Nationalismus und für ein friedenstiftendes, ökologisch orientiertes und sozial gefestigtes Europa, das nach innen

Begründung

„friedenstiftendes, ökologisch orientiertes und sozial gefestigtes“, das sind neben basisdemokratisch alles Werte aus unseren Eckpfeilern. Europa muss als Friedensnobelpreisträgerin mehr Initiativen für Frieden auf der Welt leisten. Dazu gehören klare einheitliche Richtlinien der Rüstungsexporte. Es kann nicht angehen, dass Europäische Mitgliedsstaaten Rüstungsgüter in Krisengebiete liefern. Ökologisch orientiert bedeutet z.B., dass wir in Europa gemeinsam am Ausstieg aus der Atomenergie und den fossilen Energieträgern arbeiten. Sozial gefestigt will heißen, dass wir auf einen gemeinsamen europäischen Sozialstandard hinarbeiten und alle Menschen der Europäischen Union mittelfristig den gleichen Anspruch erhalten.

Wir müssen deutlich machen, dass Europa für uns mehr ist als eine Finanzunion bzw. ein Leben auf dem gleichen Kontinent. Daher sollten wir in der Präambel schon unseren Anspruch zumindest kurz und prägnant deutlich machen.

P-01-017-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 17:

Zukunft investiert. Gegen Hassprediger und Nationalismus und für ~~ein Europa, das~~ eine EU, die nach innen

P-01-017-3 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 17:

Zukunft investiert. Gegen **Hassprediger**Menschenfeindlichkeit und Nationalismus und für ein Europa, das nach innen

Begründung

Beschreibt besser, was wir meinen. Geschlechtergerechte Sprache.

P-01-018 Präambel

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu P-01

Nach Zeile 18 einfügen:

Der Wohlstand kommt nicht bei allen an. Die Schere zwischen arm und reich klafft weit auseinander. Immer noch bestimmt die Herkunft den Bildungserfolg und der Arbeitsmarkt ist gleich mehrfach gespalten. Es gibt eine Vielzahl prekärer Beschäftigung und trotz sinkender Arbeitslosigkeit verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit. Es gibt 2,5 Millionen arme Kinder, Altersarmut, Armut trotz Erwerbstätigkeit und die Zahl derer, die in prekären Lebensverhältnissen leben, nimmt zu. Armut macht krank. Viele Menschen sind oder fühlen sich ausgegrenzt. Das wollen wir ändern. Wir streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen das Gefühl haben: Ich gehöre dazu.

Begründung

Das Eintreten für soziales Gerechtigkeit ist ein wichtiges Anliegen für die kommende Legislaturperiode und sollte auch entsprechend in der Präambel des wahlprogramms deutlich ausgesprochen werden!

P-01-019 Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 19 bis 20 löschen:

~~Manche meinen, es sei heute schon viel erreicht, wenn Rückschritte vermieden werden. Wir nicht.~~ Mit den ökologischen Krisen und vor allem der Klimakrise stellt sich der Menschheit

Begründung

Streichen und in Zeile 7 verschieben.

P-01-024 Präambel

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen
Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 24:

durch ~~fairen~~ mit fairem Handel. Es sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch

Begründung

Globale Ungleichheit kann durch fairen Handel, aber nicht nur dadurch reduziert werden. Es bedarf auch der Förderung der Infrastruktur in den abhängigen Ländern.

P-01-024-2 Präambel

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 24 einfügen:

durch fairen Handel und Instrumente des sozialen Ausgleichs. Es sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Kai Bojens (Stade KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Tadeusz Rzedkowski (Rems/Murr KV); Klemens Grieshop (Berlin-Pankow KV); Karl Bär (Miesbach KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Antje Westhues (Bochum KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV)

P-01-024-3 Präambel

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 24 bis 25:

~~durch fairen Handel. Es sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch unser Zusammenleben und unseren Alltag~~zwischen und innerhalb der Staaten. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) und das Klimaabkommen von Paris fordern uns dazu auf, globale Verantwortung zu übernehmen und damit bei uns zu Hause zu beginnen, in unserem Zusammenleben und unserem Alltag.

P-01-025 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 25 einfügen:

unser Zusammenleben und unseren Alltag.

Die UNESCO hat als internationale Gemeinschaft Ziele einer nachhaltigen Entwicklung formuliert, die wir als Leitlinien unserer Politik verstehen.

Begründung

Die internationale Gemeinschaft hat mit den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) eine Grundlage für den notwendigen sozialen und ökologischen Wandel in der Welt formuliert. Wir als Grüne sollten uns unbedingt darauf beziehen, und zwar schon explizit in der Präambel bzw. Einleitung.

P-01-025-2 Präambel

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 25 einfügen:

unser Zusammenleben und unseren Alltag.

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen hat die Weltgemeinschaft die Grundlage gelegt um unsere Welt zukunftsfähig zu gestalten. Die Grundwerte Grünen Denkens sind hier verankert: ökonomische Entwicklung kann nur nachhaltig sein, wenn sie auch ökologisch und sozial ist. Nun liegt es an uns diese Leitbilder umzusetzen.

P-01-026-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 26 bis 33 löschen:

~~Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir können so wirtschaften, dass Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt, und selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Globalisierung und Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können unser Leben besser machen, wenn wir den Rahmen setzen und die Regeln bestimmen.~~

Begründung

Siehe auch Antrag zu Zeile 11, wo dieser Absatz hinverschoben werden soll.

P-01-026 Präambel

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 27 einfügen:

wirtschaften, dass Erde, Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens

Begründung

”Erde” oder ”Boden” oder ”Erdboden” sollte bei der Benennung der Schutzgüter nicht fehlen.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Weindorf (München KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Yannis Vrielink (Groß-Gerau KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV)

P-01-027 Präambel

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 27 einfügen:

wirtschaften, dass Erde, Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens in all seiner Vielfalt

Begründung

Das Thema biologische Vielfalt kommt bisher überall sehr knapp weg, ist aber Markenkern der Grünen.

Unterstützer*innen

Thomas Groneberg (Erfurt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); David Maicher (Erfurt KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Beatrice Sauerbrey (Weimarer Land KV); Volker Holzendorf (Leipzig KV); Benjamin Fröhlich (Weimar-Stadt KV)

P-01-029 Präambel

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 29 bis 30 löschen:

Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt, ~~und selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt~~. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass

Begründung

Die Aussage passt schlecht in den Kontext, der eher von Solidarität als von der Durchsetzung der eigenen Interessen spricht.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Werner Weindorf (München KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV)

P-01-031 Präambel

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 31 einfügen:

weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden indem wir unsere Politik in Europa verändern. Globalisierung und

P-01-032 Präambel

Antragsteller*in: Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 32:

Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie Auch der demografische Wandel ist kein Schreckgespenst, sondern Motor für Reformen, für Erneuerung und für ein generationengerechtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Die Megatrends können

Begründung

Der demografische Wandel hat für den sozialen Bereich mit die größten Auswirkungen und sollte deshalb Erwähnung finden.

Unterstützer*innen

Heidi Besas (Bergstraße KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Gabriele Sutor (Main-Taunus KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Werner Jülke (Paderborn KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Angela Böselmann (Wolfenbüttel KV)

P-01-032-2 Präambel

Antragsteller*in: Katja Dörner (Bonn KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 32:

Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie Auch der demographische Wandel ist kein Schreckgespenst, sondern kann Motor für Reformen, für Erneuerung und für ein generationengerechtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft sein. Diese Megatrends können

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Anja-Franziska Anschütz (Herzogtum Lauenburg KV); Norbert Clemens Wortmann (Bonn KV); Iris Burkhardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Zein Okko (Bonn KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Martin Heyer (Bonn KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV); Isabel Ermer (Bonn KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Claudius Brüning (Berlin-Pankow KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Toni Krüger (Rhein-Pfalz KV); Doris Wagner (München KV)

P-01-033 Präambel

Antragsteller*in: Ludwigslust-Parchim KV
Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 33:

unser Leben besser machen, wenn **wir Menschen- und Bürgerinnenrechte** den Rahmen setzen **und gemeinsame Verantwortung** und **gleiche Augenhöhe** die Regeln bestimmen.

Begründung

Dass ein unbestimmtes "wir" (wir Grüne, wir Deutsche?) Rahmen und Regeln für Globalisierung und Digitalisierung bestimmen soll, klingt chauvinistisch und entspricht nicht dem Inhalt des Programms. Es ist nicht entscheidend, wer die Regeln bestimmt, sondern dass und wie sie gefunden werden.

P-01-034* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 34 bis 40 löschen:

~~Es wäre die Aufgabe der Großen Koalition gewesen, diese Herausforderungen anzugehen. Sie hat es nicht getan. Die drei beteiligten Parteien CDU, CSU und SPD verfolgen längst nur noch ihre eigenen Interessen. Während die Koalition erschöpft ist wachsen die Probleme. Statt den Raubbau an der Umwelt zu stoppen, blockiert sie beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab und verpasst die Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Sie ruht sich auf der derzeit guten Wirtschaftslage aus, statt sie für den sozialen Zusammenhalt und mehr Chancengleichheit zu nutzen. Nach einem Jahr Willkommenskultur gibt sie zunehmend rechten Stimmungen nach.~~ Auf

Begründung

-mündlich-

P-01-035 Präambel

Antragsteller*in: Ortsverband Tostedt
Beschlussdatum: 03.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 35 löschen:

es nicht getan. Die drei beteiligten Parteien ~~CDU, CSU und SPD~~ verfolgen längst nur noch

Begründung

Im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sollten die Kürzel anderer Parteien keinen Platz finden.

P-01-040 Präambel

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 40 einfügen:

nutzen. Nach einem Jahr Willkommenskultur gibt sie zunehmend rechten Stimmungen nach. Mit einer einseitigen Sparpolitik hat sie die Gräben in der EU vertieft. Auf

P-01-042 Präambel

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu P-01

Nach Zeile 42 einfügen:

Unsere Gesellschaft ist einzigartig. Die herkömmlichen Industrien haben uns bis hierher gebracht. Innovationen, neue Technologien, nachhaltigere Landwirtschaft und fairer Handel entspringen der Kreativität unserer klügsten Köpfe. Die kulturelle Vielfalt zu erhalten und Kreativen und Kulturschaffenden ihren angemessenen Platz in unseren Sozialversicherungssystemen und den Wertschöpfungsketten der Zukunft zu garantieren, sichert unseren Wohlstand.

Begründung

Kultur und Kreativität formen unsere Gesellschaft. Dazu gehören wir Politiker*innen genauso. Streitkultur, kreative Lösungen finden...

Das muss in die Präambel, es ist zu grundlegend um wegzufallen.

Auch wenn selbst wir zunehmend Kreativität durch interne Bürokratie ersetzen. Ja klar, leichter zu handeln, aber intelligent und zukunftsweisend ist es nicht. Unser Land, unsere Politik müssen gestaltet werden – nicht verwaltet. Hier fehlt der Mut.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Friederike Landau (Berlin-Kreisfrei KV); Susanne Berkenheger (Berlin-Pankow KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV)

P-01-043 Präambel

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 43 einfügen:

Die Große Koalition lähmt unser Land und Europa und stärkt vor allem den rechten Rand im politischen

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Kai Bojens (Stade KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Karl Bär (Miesbach KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

P-01-044* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 44 bis 45 löschen:

Spektrum unserer Gesellschaft. ~~Frust wächst, die Stimmung wird aggressiv und der Ruf nach einer harten Hand kommt selbst aus der Mitte der Gesellschaft.~~ In Großbritannien hat solch

Begründung

-mündlich-

P-01-050 Präambel

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 50 einfügen:

vergangenen Jahren geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten.Viele Menschen engagieren sich beruflich oder ehrenamtlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierungen.

P-01-050-2* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 50 einfügen:

vergangenen Jahren ehrenamtlich geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten. Ihnen gebührt unser ausdrücklicher Dank!

P-01-052 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 52 bis 54:

Großkonzerne über das Wohl der Menschen und der Umwelt stellt. ~~Überall arbeiten Unternehmer*innen und Tüftler*innen an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen.~~ Überall arbeiten Menschen an einem besseren Morgen. Diese Menschen sind unser Antrieb. Für

Begründung

Viel mehr Menschen als Unternehmer*innen und Tüftler*innen arbeiten an einem besseren Morgen. „Eltern rackern sich ab“ klingt falsch.

P-01-053 Präambel

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 53:

Unternehmer*innen und ~~Tüftler*innen~~ **Wissenschaftler*innen, Lehrer*innen, Kreative und Kulturschaffende** an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um

Begründung

Also Tüftler*innen geht gar nicht.

Das ist unterirdisch herablassend, selbstgefällig, von oben herab und schlicht saudumm.

Keine weitere Begründung nötig, denke ich mal.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Liam Harrold (Hannover RV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkies (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV)

P-01-054 Präambel

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 54 bis 55:

ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. ~~Diese Menschen sind unser Antrieb. Für sie und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.~~ KünstlerInnen und Menschen in den Kulturbetrieben stehen für die kulturelle Vielfalt!“ Diese Menschen sind unser Antrieb. Für sie und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.

Begründung

In die Präambel des Wahlprogramms muss unserer Meinung ein Satz zur Kunst und Kultur rein. Viele reden von kultureller Vielfalt und der wichtigen Aufgabe, die die KünstlerInnen in diesem Zusammenhang haben. Aber sie werden bisher in der Präambel nicht erwähnt.

Unterstützer*innen

Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Liam Harrold (Hannover RV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Florian Wüpping (Münster KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV)

P-01-056 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 56:

Wir wollen Deutschland ~~wieder~~ zum ökologischen ~~Spitzenreiter~~Vorreiter machen. Wir sind die erste

Begründung

Leider war Deutschland nie Spitzenreiter, aber wir sollten anstreben, dass es Vorreiter ist, dass es beim Klimaschutz und mit Innovationen vorangeht - denn die Welt schaut auf uns.

P-01-058 Präambel

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 58 bis 62:

tun kann. Deswegen braucht es jetzt ein großes sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt - unseren Green New Deal. ~~Mit allem was wir haben~~ Wir kämpfen wirentschieden für den Klimaschutz: Wir machen die Energiewende wieder flott, steigen aus der Kohle aus, fördern das abgasfreie Auto. Wir gestalten eine innovative Wirtschaft, die mit "Öko – Made in Germany"EU Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft entwickelt und ~~jede Menge~~ europaweit viele neue Arbeitsplätze schafft. Wir machen Schluss mit industrieller

P-01-059 Präambel

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 59 bis 60:

Mit allem was wir haben kämpfen wir für Klimaschutz: Wir Erneuerbare Energien werden mit uns günstiger, fossile teurer. So machen wir die Energiewende wieder flott, steigen aus der Kohle aus; und fördern das abgasfreie Auto. Wir gestalten eine innovative

Begründung

Klarstellen, dass die ökologische Wirtschaft nicht teurer wird als die fossile.

P-01-060 Präambel

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 60:

flott, steigen schnellstmöglich aus der Kohle klima- und lungenschädlichen Kohleverbrennung aus, fördern das abgasfreie Auto Busse, Züge und Autos. Wir gestalten eine innovative

Begründung

Kohleverbrennung schadet dem Klima und der Gesundheit, das sollten wir den Menschen daher auch sagen. Wir sollten die Mobilitätswende nicht auf das Auto verkürzen, daher macht eine Ansprache zumindest der Busse und Züge Sinn.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Weindorf (München KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Helmut Lauterwasser (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV)

P-01-060-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 60:

flott, steigen aus der Kohle aus, fördern ~~das abgasfreie Auto~~ den umweltfreundlichen Verkehr Wir gestalten eine innovative

Begründung

Die starre Fixierung auf das Fördern des abgasfreien Autos grenzt viele aus, die bereits heute umweltfreundlich unterwegs sind. Auch das wollen wir fördern. Das betrifft im Übrigen auch andere Textstellen im Programm-Entwurf.

P-01-060-3 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 60 einfügen:

flott, steigen aus der Kohle aus, fördern das abgasfreie Auto und umweltfreundliche Verkehrsmittel insgesamt. Wir gestalten eine innovative

Begründung

Wir sollten deutlich machen, dass wir bei der Verkehrswende nicht ausschließlich auf die Förderung des abgasfreien Autos setzen, sondern auch auf alle umweltfreundlichen Verkehrsmittel.

P-01-060-4 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 60:

flott, steigen bis 2025 aus der Kohle aus; und fördern das abgasfreie Auto alle Formen abgasfreier Mobilität. Wir gestalten eine innovative

Begründung

1. Die letzte BDK hat den Kohleausstieg 2025 mit gutem Grund beschlossen. Außerdem fordern wir 100% Ökostrom bis 2030 – das geht nicht, wenn wir erst 2037 aus der Kohle aussteigen. Der programmierte Tod des größten Korallenriffs der Erde, des Great-Barrier-Reefs, erinnert uns daran, dass wir bereits mitten in der Phase katastrophaler Naturzerstörung durch den Klimawandel eingetreten sind. Wer hier noch mit „Planungssicherheit für die Industrie“ oder „Arbeitsplätzen“ argumentiert, wo die schiere Existenz von Millionen Menschen bedroht ist und auch auf die deutsche Gesellschaft immense und kaum abschätzbare Folgekosten zukommen, verkennt die Dimensionen der jeweiligen Probleme und ist realitätsblind.
2. Mit der einseitigen Nennung des abgasfreien Autos an dieser prominenten Stelle wird suggeriert, der motorisierte Individualverkehr könne mit ausgewechseltem Antrieb einfach so weiter machen. Das ist aber – wie auch der Blick in unser Verkehrsprogramm zeigt – nicht der Ansatz grüner Politik, weil Millionen und Abermillionen von E-Autos auch nicht wirklich ökologisch sind. Bei der Gewinnung der Rohstoffe für Batterie und Elektromotoren (z.B. Lithium, seltene Erden) werden massive Umweltschäden zu erwarten sein. Auch die Produktion der Batterien ist (noch) extrem energieaufwändig. Der ökologische Rucksack eines Elektroautos ist eben auch nicht berühmt.
3. Der Flächenverbrauch durch Autos ist ein Umweltproblem, dass sich auch nicht dadurch ändert, dass Autos elektrisch fahren. Nimmt man es genau, muss man hier auch die Flächen mitberücksichtigen, auf denen die Windräder und Solarzellen stehen, die erst den Strom für den etwas umweltfreundlicheren Antrieb liefern.
4. Letztlich muss daher grüne Politik sein, Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammenzuführen, gerade in den Städten Fahrrad, ÖPNV und Fußwege zu fördern und der Dominanz des MIV bzw. des Autos wegzukommen. E-Busse oder E-Schienefahrzeuge sind nach wie vor erheblich umweltfreundlicher als E-Autos.
5. Natürlich setzen wir uns für das E-Auto ein, weil es etwas umweltfreundlicher ist als der Verbrennungsmotor und die technologische Entwicklung seine Vorteile noch vergrößern kann. Die Autokonzerne werden aber trotzdem – wenn wir unsere grüne Verantwortung ernst nehmen und Umweltschutz nicht nur ein Marketing-Gag ist – nie wirklich unsere natürlichen Verbündeten sein können, weil wir ihren Absatz aus guten Gründen einschränken werden – als unvermeidliche Konsequenz echter grüner Verkehrspolitik. Umsatz- und Gewinneinbußen wird aber kein Vorstandsvorsitzender eines Autokonzerns seinen Aktionären „verkaufen“ wollen. Also sollten wir uns auch im Dialog mit der Autoindustrie nicht Rollenträgern anbieten, die aufgrund ihrer Rolle unsere Glaubwürdigkeit beschädigen und unsere Ziele immer hintertreiben werden müssen.

P-01-060-5 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 60:

flott, steigen bis 2025 aus der Kohle aus, fördern ~~das abgasfreie Auto~~ alle Formen abgasfreier Mobilität. Wir gestalten eine innovative

Begründung

BDK-Beschluss vom letzten November. Wir sollten im Programm auch dazu stehen. Nicht schon Kompromisse vorwegnehmen. Zum Erreichen der Klimaziele wäre der zeitnahe Ausstieg aus der Kohle notwendig.

Das andere ist die unnötige Reduzierung auf das Auto.

P-01-060-6 Präambel

Antragsteller*in: Jochen Detscher (Stuttgart KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 60:

flott, steigen aus der Kohle aus, ~~fördern das abgasfreie Auto~~ und schaffen saubere Mobilität für alle. Wir gestalten eine innovative

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Sara Nanni (Münster KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Robert Wager (München KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Alexander Link (Stuttgart KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Tobias Bacherle (Böblingen KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Christoph Laug (Stuttgart KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Marc Kersten (Köln KV)

P-01-063 Präambel

Antragsteller*in: Kreisverband Soest
Beschlussdatum: 04.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 63 einfügen:

Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen, wir wollen eine Landwirtschaft, die möglichst ohne Gilfte auskommt. Mit uns gibt es gutes Essen ohne

Begründung

Der entscheidende Schritt zur Veränderung der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen ist die Aufgabe der Agrarchemie bei der Produktion von Lebensmitteln. Der jährliche Einsatz von über 100.000 t Chemikalien, die bis zu 800 mal giftiger/wirksamer sind als DDT, ist die wesentliche Ursache des Artensterbens. Mit der Aufgabe der Verwendung solcher Chemikalien werden etliche positive Effekte erzielt. Der Intensivierung der Agrarindustrie ist damit eine „natürliche“ Grenze gesetzt. Mit einer parallel festgelegten Größenordnung zum Humusbestandteil der Böden könnte mit wenigen Stellschraubenbewegungen ein grundsätzlicher Wandel in der Landwirtschaft erreicht werden. Die Stellschraube Humus ist für eine Darstellung in einer Präambel nicht geeignet, deshalb ist sie hier nicht erwähnt.

Der Satz in Zeile 63 / 64 „Mit uns gibt es gutes Essen ohne Gift und Gentechnik“ ist zu ungenau, bzw. legt den Eindruck nahe, dass es sich um Gift im Essen dreht, was auch wichtig ist. Wichtig ist allerdings auch der Produktionsprozess und da sollte nach Möglichkeit auch keine Chemie zum Einsatz kommen. Die Umsetzung muss in einem stufenweisen Prozess stattfinden, analog zum Ausstieg aus der Kernkraft. Die Dimension eines solchen Vorhabens ist damit zu vergleichen, sie ist eher erheblich größer als kleiner als bei der Kernkraft.

P-01-064 Präambel

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 64 einfügen:

Gift und Gentechnik. Wir wollen einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über die weit fortgeschrittenen Möglichkeiten gentechnischer Eingriffe an Menschen, Tieren und Pflanzen.

Begründung

erfolgt mündlich

P-01-067 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 67 bis 69:

nicht darauf an wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin will. ~~Sicher werden nicht alle Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können. Auch ein Kind aus Aleppo soll in unserem Land seinen Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden.~~ Für uns kommt es darauf an, die Bedingungen zu schaffen, dass jede und jeder die eigenen Talente und Stärken entdecken und entwickeln kann. Dies gilt für alle Menschen. Wir

Begründung

Die Beispiele sind diskriminierend gegenüber Nicht-Akademiker*innen - als ob alle davon träumen. Es soll darum gehen, die eigenen Stärken entfalten zu können - und da sind nicht nur Zugewanderte, sondern auch "eingeborene", sozial Benachteiligte, Menschen mit Behinderung oder ohne - eben alle gemeint.

P-01-067-2* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 67 bis 68 löschen:

nicht darauf an wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin will. ~~Sicher werden nicht alle Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können.~~ Auch ein Kind aus Aleppo soll

Begründung

-mündlich-

P-01-068 Präambel

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 68 bis 69 löschen:

Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können. ~~Auch ein Kind aus Aleppo soll in unserem Land seinen Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden.~~ Wir

Begründung

Wir sind dafür, den Satz ganz zu streichen, da die Herkunft ja bereits in den beiden vorhergegangenen Sätzen als nicht relevant herausgestellt worden ist. Nur auf Bürgkriegsländer zu reduzieren greift uns dabei nicht weit genug.

P-01-068-2* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 68 bis 69:

Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können. ~~Auch ein Kind aus Aleppo soll in unserem Land seinen Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden.~~ Jedes Kind soll in unserem Land seinen Traum verwirklichen können. Wir

Begründung

mündlich

P-01-069 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 69 einfügen:

in unserem Land seinen Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für alle. Die Leiharbeiterin und der Friseur haben genauso ein Recht auf gute und sichere Arbeit, auf ein gutes Leben und Selbstbestimmung, wie die Ingenieurin und der Software Entwickler. Das zu schaffen ist unsere Aufgabe. Wir

Begründung

Beim Thema Gerechtigkeit hat die Präambel eine Schlagseite in Richtung Aufstiegsmobilität. Aufstiegsmobilität ist unbestritten wichtig. Aber nicht alle wollen diesen Aufstieg und wir können nicht allen diesen Aufstieg ermöglichen. Viele Menschen sind auch sehr zufrieden mit ihren Jobs als Friseur oder als Mechanikerin am Band. Auch diesen Menschen ohne akademische Ausbildung machen wir ein gutes Programm. Wir wollen gute und sichere Jobs, ohne sachgrundlose Kettenbefristungen, mit auskömmlichen Löhnen, die ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Das sollten wir auch in der Präambel zum Ausdruck bringen.

P-01-071 Präambel

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 71:

~~Erzieherinnen und Erzieher~~ Menschen in sozialen Berufen besser bezahlt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass bei

P-01-072 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 72 einfügen:

uns, in einem der reichsten Länder der Erde, jedes fünfte Kind in Armut lebt. [Wir wollen Kinderrechte im Grundgesetz verankern.](#)

Begründung

Das ist grüne Beschlusslage und grüne Forderung und sollte an der Stelle auch genannt werden.

P-01-075 Präambel

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 75:

Wir kämpfen dafür, dass multinationale Unternehmen ihre Steuern ~~hier zahlen~~ dort zahlen, wo sie staatliche Infrastruktur nutzen und die

P-01-077 Präambel

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 77 einfügen:

Abfindungen zu zahlen. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass kleine und junge Unternehmen eine faire Chance im Wettbewerb haben. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht geteilt wird,

Begründung

Zum Thema Machtwirtschaft verhindern gehört auch, dass wir vernünftige Rahmenbedingungen für kleine und junge Unternehmen setzen.

P-01-077-2 Präambel

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land
Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 77 einfügen:

Abfindungen zu zahlen. Dafür brauchen wir neben der Transaktionssteuer einen einheitlichen Mindeststeuersatz für Europa, der vom europäischen Parlament alle zwei bis drei Jahre angepasst wird. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht geteilt wird,

Begründung

Die Gehälter z.B. der Banken sind zwar teilweise obszön hoch, aber immer eine betriebswirtschaftliche Entscheidung. Der Staat kann vielmehr über das Steuersystem unverhältnismäßige Zahlungen bzw. Transaktionen einschränken bzw. der Allgemeinheit einen Steueranteil zuführen. Über einen einheitlichen europäischen Steuersatz muss sich Europa einig werden, nur so sind Schlupflöcher und Steuerbetrug einzudämmen.

P-01-078 Präambel

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 78 einfügen:

damit niemand durch prekäre Lebensverhältnisse ausgegrenzt wird und damit wir unsere öffentlichen Orte und Institutionen auch gut finanzieren können:

P-01-079 Präambel

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 79:

Kindergärten, Schulen und Hochschulen, ~~Pflegeheime~~Kulturinstitutionen und Krankenhäuser,
Straßenbahnen und

Begründung

Wir lehnen Pflegeheime ab.

P-01-079-2 Präambel

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 79 einfügen:

Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Pflegeheime und Krankenhäuser, barrierefreie Straßenbahnen und

Begründung

Der ÖPNV ist für alle Mobilitätseingeschränkte sehr wichtig. Leider findet der Gesichtspunkt der Barrierefreiheit nicht ausreichend Beachtung.

P-01-079-3 Präambel

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 79:

Kindergärten, Schulen und Hochschulen, ~~Pflegeheime~~ Wohn- und Pflegeinfrastruktur und Krankenhäuser, Straßenbahnen und

Begründung

Der explizite Ausbau von Pflegeheimen entspricht nicht unserer Programmatik. Wir Grünen kämpfen gegen den weiteren Ausbau von Großeinrichtungen und wollen stattdessen den konsequenten und umfassenden Ausbau von Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit intensiver Pflege und Unterstützung fördern.

P-01-080 Präambel

Antragsteller*in: Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 80 einfügen:

Busse genauso wie schnelles Internet überall im Land.

Grüne Politik ist seit Bestehen der Partei feministisch. Für uns ist Frauen- und Gleichstellungspolitik im Unterschied zu anderen Parteien sehr viel mehr als Sozial- oder Familienpolitik. Wir verstehen feministische Politik konsequent als eigenständiges Politikfeld mit einer Querschnittsaufgabe, die alle anderen Gesellschaftsbereiche durchdringt. Nur so können wir langfristig eine offene und geschlechtergerechte Gesellschaft erreichen. Und nur so ist Demokratie möglich.

Unterstützer*innen

Antje Wagner (München-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV); Susanna Scherer (Aschaffenburg-Land KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Gianina Zimmermann (Main-Taunus KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Natascha Kauder (Frankfurt KV); Katja Wolke (Magdeburg KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Simone Krois (München-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Helga Keller-Zenth (München-Land KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Ursula Behrendt-Roden (Rhein-Pfalz KV)

P-01-081 Präambel

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 81 bis 83:

Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei ~~leben können. Das ist eine Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, und lieben kann, wen er will. Eine Gesellschaft, in der Frauen für ihre Arbeit genauso gut bezahlt werden wie Männer~~ und sicher leben können. Das ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen glauben können, was sie wollen, und lieben können, wen sie wollen. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der Frauen und Mädchen unabhängig und selbstbestimmt leben und teilhaben können. Eine Gesellschaft, in

P-01-082 Präambel

Antragsteller*in: Achim Jooß (Alb-Donau KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 82:

Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, ~~und~~ lieben und heiraten kann, wen er will.

Begründung

WIR GRÜNE stehen seit jeher für die Ehe für alle. Dieses Projekt sollte so hohe Priorität haben, dass es auch in der Präambel erwähnt wird.

Unterstützer*innen

Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Marian Funk (Berlin-Spandau KV); Esther Heins (Alb-Donau KV); Harald Schmitt (München KV); Sebastian Weise (Jena KV); Marcel Rohrlack (München KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Timo Meyer (Darmstadt KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Malena Todt (Frankfurt KV); Marcel Götzinger (Darmstadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Billy Berge-Kolb (Dresden KV); Lukas Flohr (Köln KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Andreas Gernegroß (Salzland KV); Max Döring (München KV); Daniel Lembke-Peters (Kiel KV)

P-01-090 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 90 einfügen:

Intoleranz. Wir brauchen nicht nur faire Asylgesetze. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Schon der demografische Wandel macht Zuwanderung erforderlich. Deshalb setzen wir uns für ein vernünftiges Einwanderungsgesetz ein.

Begründung

Grüne Beschlusslage und grüne Forderung. Sollte auch schon zu Beginn genannt werden.

P-01-091* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 91 bis 92:

All das erreichen wir nur in einem vereinten ~~Europa~~. ~~Europa ist~~ Europaals ein Ort des Friedens und der Freiheit ~~geworden~~. Das ist nicht selbstverständlich. Weil Europa unsere Heimat und unsere

Begründung

-mündlich-

P-01-092 Präambel

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 92:

Freiheit geworden. Das ist nicht selbstverständlich. Weil ~~Europa unsere Heimat~~ein geeintes und ~~unsere~~solidarisches Europa ein wichtiger Garant für eine friedliche

P-01-094 Präambel

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 94:

einem **starken**gemeinsamen Europa zusammenarbeiten, können wir helfen, die Konflikte in unserer

In Zeile 101:

die Wirtschaft den Menschen dienen kann, dann geht das nur mit einem **starken**gemeinsamen Europa.

P-01-095 Präambel

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 95 bis 96:

Nachbarschaft zu lösen, den Terrorismus bekämpfen und die Fluchtursachen ~~in Afrika~~
~~vermindern~~vermindern, Steuerdumping und organisierte Kriminalität bekämpfen. Wir wollen, dass sich
Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und

P-01-095-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 95 löschen:

Nachbarschaft zu lösen, den Terrorismus bekämpfen und die Fluchtursachen ~~in Afrika~~

P-01-096* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 96:

vermindern beseitigen. Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und

Begründung

-mündlich-

P-01-099 Präambel

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 99 bis 101:

schützen. ~~Und wenn wir~~ Wir werden Banken und Großkonzerne auf das Gemeinwohl verpflichten ~~wollen;~~
~~wenn, und~~ wir werden dem globalen Kapitalismus wirklich ökologische und soziale Zügel anlegen ~~wollen,~~
damit die Wirtschaft den Menschen dienen kann; ~~dann geht das nur mit einem starken Europa.~~

Begründung

Wir ersetzen (nicht nur hier siehe auch unseren gesonderten Antrag) ein unverbindliches "wollen" durch ein klares "werden". Verbindliche Ziele, statt einer allgemein gehaltenen Floskel!

P-01-101 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 101 einfügen:

die Wirtschaft den Menschen dienen kann, dann geht das nur mit einem starken Europa.

Verständnis von Problemen ist die Voraussetzung für Veränderungen. Deshalb ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Sinne des Weltaktionsprogramms der Vereinten Nationen notwendig, um die genannten Ziele zu erreichen.

Begründung

Ganz zentral für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ist als Voraussetzung die Bildung der Menschen auf allen Ebenen der Bildungsbiographie. Ohne Wissen um die Folgen des eigenen Handelns keine Umsetzung nachhaltiger und zukunftsfähiger Entwicklung. Diese wesentliche Grundlage für Veränderung gehört bereits in die Präambel, um zu signalisieren, dass uns die Bedeutung bewusst ist. - Hinzu kommt ein ergänzender Abschnitt im Teil GS-KS-01 Zukunft lernen. Vgl. den dortigen Änderungsantrag nach Z. 104

P-01-101-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 101 einfügen:

die Wirtschaft den Menschen dienen kann, dann geht das nur mit einem starken Europa.

Wir werden unser internationales Engagement ausbauen. Den Rahmen dafür beschreiben die Menschenrechte, die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und das Klimaabkommen von Paris. Globale Verantwortung fängt bei uns zu Hause an, bei unserer Landwirtschaft, bei unserer Energiepolitik und bei unserer Handelspolitik. Angesichts der Krisen dieser Welt ist es gefährlich, wenn wir einen Teil unseres Reichtums und Lebensstils auf Kosten der armen Länder und der ökologischen Grenzen unseres Planeten erwirtschaften. Darum nutzen wir die Gestaltungsmacht der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt ein, um Strukturen weltweit für Frieden und Gerechtigkeit zu gestalten. Wir setzen in unserer Außen-, Entwicklungs- und Friedenpolitik auf Brücken statt Mauern, auf Abrüstung statt Eskalation und auf eine globale Entwicklung in der Weltgesellschaft zum Wohle aller statt auf Ausbeutung zum Vorteil weniger.

P-01-102 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 102 bis 103:

In elf Landesregierungen, ~~in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister, Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen.~~ und in etlichen Kommunen arbeiten GRÜNE auch in Spitzenpositionen bereits an der Lösung dieser drängenden Probleme. Dort machen wir uns

Begründung

z.T. redaktionell, z.T. etwas wertschätzender gegenüber anderen, in den Kommunen sehr engagiert und zu einem großen Teil ehrenamtlich Arbeitenden, aber auch unseren Wahlbeamten und Grünen in anderen Funktionen wie in Landschaftsverbänden oder Behörden. Grüne Minister*innen werden auch im nächsten Abschnitt genannt.

P-01-102-2 Präambel

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (Bochum KV)

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 102 bis 103:

~~In elf Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister, Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen.~~
Auf europäischer Ebene, im Bund, in den Ländern und in den Kommunen arbeiten Abgeordnete, Minister*innen, Landräte, Bürgermeister*innen und kommunale Mandatsträger*innen bereits ebenenübergreifend gemeinsam an diesen drängenden Problemen. Dort machen wir uns

Unterstützer*innen

Wolfgang Rettich (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sophie Harper (München KV); Antje Westhues (Bochum KV); Martin Becker (Mainz KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Raphael Tamburro (Bochum KV); Till Hoffmann (Köln KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV)

P-01-102-3 Präambel

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 102:

In **elfvielen** Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister,

Begründung

Die Zahl könnte sich bis zur Bundestagswahl noch ändern.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jamila Schäfer (München KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jakob Liedtke (Herne KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV)

P-01-102-4* Präambel

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 102 bis 110:

In elf Landesregierungen; und in etlichen vielen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister, Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen~~Problemen~~; in Baden-Württemberg sogar unser grüner Ministerpräsident. Dort machen wir uns auf bereits jeden Tag und erfolgreich: für eine tier- und umweltfreundliche Agrarpolitik, für Klimaschutz, ~~ob bei der Energieversorgung oder beim Verkehr~~, für mutige, innovative Unternehmen, für gute Schulen und Kitas, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, für gute Integrationspolitik und eine starke Polizei. ~~Grün wirkt. Doch für viele Veränderungen braucht es auch im Bund eine Regierung mit uns Grünen. Wir wollen die Große Koalition ablösen. In den Ländern stellen wir elf Umweltministerinnen und -minister. Aber so wie es für den Atomausstieg einen Grünen Bundesumweltminister brauchte, braucht es für die Agrarwende, wieder Grüne in der Bundesregierung. Doch viele Veränderungen können nur durch die Bundesregierung und im Bundestag eingeleitet werden. Daher braucht es auch im Bund eine Regierung mit uns Grünen.~~ Unser Land ökologischer,

P-01-105 Präambel

Antragsteller*in: Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 105 bis 106:

Energieversorgung oder beim Verkehr, für mutige, innovative Unternehmen, für gute Schulen ~~und~~, eine starke Polizei und ein vertrauensvolles Miteinander von Jung und Alt. Grün wirkt.

Begründung

Der demografische Wandel ist eines der bedeutendsten Themen der nächsten Jahre, wir müssen jetzt die richtigen Weichen stellen. Wir wollen keinen Generationenkrieg, deshalb finde ich es wichtig, bereits in der Präambel das gute und vertrauensvolle Miteinander von Jung und Alt zu betonen.

Unterstützer*innen

Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Roßbach (Hamburg-Altona KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Evelyn Thies (Konstanz KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Marg (Neckar-Bergstraße KV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Thomas Schremmer (Hannover KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Udo Philipp (München KV); Hans Martin Opitz (Esslingen KV)

P-01-105-2 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 105 bis 106:

Energieversorgung oder beim Verkehr, für mutige, innovative Unternehmen, für konsequente Gleichstellungspolitik, für gute Schulen und eine starke gut ausgestatte und ausgebildetete Polizei. Grün wirkt.

Begründung

Die Gleichstellungspolitik ist etwas für das wir Grüne uns auch stark machen und das hier genannt werden wollte. Wir wollen nicht einfach eine „starke“, sondern eine Polizei, die gut ausgestattet und ausgebildet ist. Das sollten wir dann auch so schreiben.

P-01-106 Präambel

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 106:

und eine starke gut ausgebildete Polizei. Grün wirkt.

P-01-108 Präambel

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 108:

wollen die Große Koalition ablösen. In den Ländern stellen wir ~~elf~~die Mehrzahl der Umweltministerinnen und -

Begründung

Die Zahl kann sich bis zur Bundestagswahl noch ändern.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Joof (Alb-Donau KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jamila Schäfer (München KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jakob Liedtke (Herne KV); Kerstin Dehne (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

P-01-110 Präambel

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land
Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 110 bis 112:

~~braucht es für die Agrarwende, wieder Grüne in der Bundesregierung. Unser Land ökologischer, weltoffener, gerechter machen — das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung. Dafür treten wir an!~~ es unter anderem für die Agrarwende, dem Kohleausstieg, dem Klimaschutz und für eine soziale Gleichberechtigung Aller, einer Innenpolitik die sich am Grundgesetz orientiert und nicht dem rechten Rand nachgibt und einer Finanzpolitik die Lohnarbeit nicht höher besteuert als Kapitaleinnahmen, wieder Grüne in der Bundesregierung. Mit einer grünen Regierungsbeteiligung wird unser Land ökologischer, weltoffener und gerechter gemacht. Dafür treten wir an!

Begründung

Unsere Kompetenz geht über die des Umweltministers hinaus. Daher sollten wir auch kurze Beispiele geben. Sicherlich wird bei einer Regierungsbeteiligung auch nicht "nur" das Umweltministerium (unsere Kernkompetenz) für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN erreichbar sein.

P-01-110-2 Präambel

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 110 einfügen:

braucht es für die Agrarwende, wieder Grüne in der Bundesregierung. Die Bundestagswahl entscheidet auch darüber, wie die deutsche Bundesregierung in Brüssel agiert. Unser Land ökologischer,

P-01-112 Präambel

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu P-01

Nach Zeile 112 einfügen:

Bündnis 90/Die Grünen wollen einen ökologischen und sozialen Politikwechsel in unserem Land. Über viele Jahre regiert die CDU – jetzt in der großen Koalition. Es herrscht Stillstand und Rückschritt. Weder die soziale Gerechtigkeit noch die ökologische Transformation unserer Gesellschaft wird vorangetrieben. Deshalb wollen wir Grünen uns im Wahlkampf dafür einsetzen, dass alle gesellschaftlichen Kräfte gebündelt werden, um Ökologie und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Realistisch mehrheitsfähig werden kann dieser gesellschaftliche Wandel in einer Regierung nur in einem Bündnis von Sozialdemokratie/Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei. Deshalb werden wir gemeinsam dafür kämpfen, dass mit starken Grünen der soziale und ökologische Wandel stattfinden kann und die große Koalition abgewählt wird.

Begründung

Die grünen Wähler*innen wollen vor der Bundestagswahl bei dieser Richtungsentscheidung wissen, woran sie sind, wofür wir stehen und mit wem wir in Zukunft regieren wollen. Wir brauchen eine klare politische Linie um die große Koalition abzuwählen. Es besteht die Gefahr, dass es den Grünen bei den Bundestagswahlen so ergeht wie der FDP, wir nur noch als Mehrheitsbeschaffer und Funktionspartei wahrgenommen werden, weil wir mit allen Parteien koalitionsfähig sein wollen. Die Grünen sind keine Volkspartei der Mitte – wie es die schwarz-grün Befürworter*innen gern hätten. Dies führt zur Beliebigkeit, mangelnder Unterscheidbarkeit von den Volksparteien und sogar dazu, dass sich unsere Kernwähler*innen nicht mehr zur Wahl bewegen. Die Grünen können diese Wahl nur gewinnen, wenn wir ein klares inhaltliches Profil und eine Strategie haben, wie die große Koalition abgelöst werden kann. Wir müssen den Veränderungswunsch der Menschen aufgreifen und uns für eine politische Alternative einsetzen. Nur mit bloßem Machtwillen unter dem Begriff Eigenständigkeit als Öffnung zu schwarz-grün definiert, ohne klare Machtoption und Alleinstellungsmerkmale droht den Grünen der Niedergang bei den Bundestagswahlen. Rot-Rot-Grün/R2G kann der Politikverdrossenheit entgegenwirken, die soziale Ungerechtigkeit angehen, den ökologischen Umbau beherzt angehen und in der Außenpolitik mit einem gemeinsamen Kurs für europäische Entspannungspolitik sorgen. GrünLinks in den Niederlanden hat mit klarer Haltung zur Willkommenskultur, für Ökologie und soziale Gerechtigkeit gezeigt, wie wir mit diesem Dreiklang im Bundestagswahlkampf Alternativen zu den Konservativen und Rechtspopulisten aufzeigen können.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

P-01-113 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 113:

Politik ist nicht machtlos. Sie ~~verändert Wirklichkeit~~ kann Vieles verändern. Zukunft wird aus Mut gemacht.
Jeden

Begründung

Der zweite Satz „Sie verändert Wirklichkeit.“ hat keine klare Aussage, sondern schwebt irgendwo

zwischen Fake News und Hokuspokus.

P-01-113-2 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 113 bis 115:

Politik ist nicht machtlos. ~~Sie verändert Wirklichkeit. Zukunft wird aus Mut gemacht. Jeden Tag. Welche Entwicklung unser Land nimmt, liegt in unser aller Hand. Verteidigen wir unsere Werte, leben wir sie gemeinsam! Wir werden manches ändern, anderes neu voran bringen. Helfen~~ Sie gestaltet unser Zusammenleben. Es macht einen Unterschied wer regiert. Deswegen ist Ihre Stimme bei der Wahl entscheidend. Zukunft wird aus Mut gemacht, jeden Tag. Wir bringen den Mut auf für Veränderung und denken manches neu.

Helfen

Begründung

Die bisherige Formulierung ist zu undeutlich. Es wird nicht ausreichend klar was gemeint ist.

P-01-118 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 118 löschen:

~~Es gibt keine Abkürzungen zu einem besseren Morgen.~~ Manchmal braucht es Umwege und

Begründung

Redaktionell: Unverständlich

P-01-121 Präambel

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 121 löschen:

Programm. ~~Für andere Ziele gibt es andere Parteien.~~

Begründung

Das brauchen wir nicht zu erklären! Dass es andere Parteien gibt, wissen die Menschen!

P-01-121-2 Präambel

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 121 löschen:

Programm. ~~Für andere Ziele gibt es andere Parteien.~~

Begründung

Redaktionell: Überflüssig, weil selbstverständlich

P-01-122 Präambel

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu P-01

In Zeile 122 einfügen:

Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, vielfältige, weltoffene und gerechte

Begründung

Fehlte ;-)

Sicher nur ein Versehen...

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Liam Harrold (Hannover RV)

P-02-088 Präambel-Neu

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu P-02

Nach Zeile 88 einfügen:

Bündnis 90/Die Grünen wollen einen ökologischen und sozialen Politikwechsel in unserem Land. Über viele Jahre regiert die CDU – jetzt in der großen Koalition. Es herrscht Stillstand und Rückschritt. Weder die soziale Gerechtigkeit noch die ökologische Transformation unserer Gesellschaft wird vorangetrieben. Deshalb wollen wir Grünen uns im Wahlkampf dafür einsetzen, dass alle gesellschaftlichen Kräfte gebündelt werden, um Ökologie und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Realistisch mehrheitsfähig werden kann dieser gesellschaftliche Wandel in einer Regierung nur in einem Bündnis von Sozialdemokratie/Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei. Deshalb werden wir gemeinsam dafür kämpfen, dass mit starken Grünen der soziale und ökologische Wandel stattfinden kann und die große Koalition abgewählt wird.

Begründung

Die grünen Wähler*innen wollen vor der Bundestagswahl bei dieser Richtungsentscheidung wissen, woran sie sind, wofür wir stehen und mit wem wollen wir in Zukunft regieren. Wir brauchen eine klare politische Linie um die große Koalition abzuwählen. Es besteht die Gefahr, dass es den Grünen bei den Bundestagswahlen so ergeht wie der FDP, dass wir nur noch als Mehrheitsbeschaffer und Funktionspartei wahrgenommen werden, weil wir mit allen Parteien koalitionsfähig sein wollen. Die Grünen sind keine Volkspartei der Mitte – wie es einige schwarz-grün Befürworter*innen gern hätten. Dies führt zur Beliebigkeit, mangelnder Unterscheidbarkeit von den Volksparteien und sogar dazu, dass sich unsere Kernwähler*innen nicht mehr zur Wahl bewegen. Die Grünen können diese Wahl nur gewinnen, wenn wir ein klares inhaltliches Profil und eine Strategie haben, wie die große Koalition abgelöst werden kann. Wir müssen den Veränderungswunsch der Menschen aufgreifen und uns für eine politische Alternative einsetzen. Nur mit bloßem Machtwillen unter dem Begriff Eigenständigkeit als Öffnung zu schwarz-grün definiert, ohne klare Machtoption und Alleinstellungsmerkmale droht den Grünen der Niedergang bei den Bundestagswahlen. Rot-Rot-Grün/R2G kann der Politikverdrossenheit entgegenwirken, die soziale Ungerechtigkeit angehen, den ökologischen Umbau beherzt angehen und in der Außenpolitik mit einem gemeinsamen Kurs für europäische Entspannungspolitik sorgen. Grün.Links in den Niederlanden hat mit klarer Haltung zur Willkommenskultur, für Ökologie und soziale Gerechtigkeit gezeigt, wie wir mit diesem Dreiklang im Bundestagswahlkampf Alternativen zu den Konservativen und Rechtspopulisten aufzeigen können.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Robert Kolle (Ahrweiler KV); Kerstin Dehne (München KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Barbara Hanning (Hagen KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV)

UK-01-001 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Titel

Ändern in:

Umwelt im Kopf - Lebensgrundlagen erhalten

Begründung

Die Überschriften sind zwar kurz und prägnant, aber wenig aussagekräftig. Umwelt im Kopf zu haben ist zwar gut, aber es fehlt die Aktion.

UK-01-001-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 1:

Das Klimaabkommen von Paris ~~ist~~könnte ein Meilenstein für die Rettung unseres Planeten sein. Wir haben

Begründung

Wenn es schon jetzt ein Meilenstein ist, für was braucht es da noch GRÜNE?

Wir müssen deutlich machen, dass auch die amtierende Bundesregierung mit ihrer Energiepolitik die Beschlüsse der Klimakonferenz in Paris nicht umsetzt.

UK-01-001-3 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: OV Tostedt
Beschlussdatum: 03.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 1:

Das Klimaabkommen von Paris ist ein Meilenstein für die Rettung unseres Planeten. Wir Menschen haben

Begründung

Wenn der Satz mit **Wir haben das Wissen** startet, könnte es auch so verstanden werden, dass "Nur" wir Grüne das Wissen haben, daher die Ergänzung.

UK-01-004 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 4 bis 5 löschen:

prägen wird. ~~Kämpfen wir um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder sägen wir weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen.~~ Setzen wir auf dreckige Kohle wie Union und SPD oder

Begründung

Es ist motivierender mit positiven Messages ein Umweltkapitel zu beginnen, als gleich mit Weltuntergangsszenarien die Menschen für Klima- und Umweltschutz zu begeistern. Daher die Kürzungen

UK-01-004-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: OV Tostedt

Beschlussdatum: 03.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 4 bis 6:

prägen wird. Kämpfen wir um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ~~oder sägen wir weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen. Setzen wir auf dreckige Kohle wie Union und SPD oder auf schmutziges Öl wie Trump und Putin? Oder brechen wir auf in ein neues, grünes Zeitalter?~~, ohne dreckige Kohle und schmutziges Öl, brechen wir auf in ein neues, grünes Zeitalter!

Begründung

Mit dem neuen Text wir aus einer Frage eine positive Aufforderung, ohne Trump und Putin.

UK-01-007 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 7 bis 12:

~~Wir wollen anpacken: Denn Hochwasser, Dürren und das Ansteigen des Meeresspiegels sind keine fernen Bedrohungen mehr. Sie finden statt. Täglich. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa weitere vier Grad wärmer. Wir sind dabei, mit unserer Art zu wirtschaften unsere Lebensräume zu zerstören — von den Regenwäldern über unser Grundwasser und unsere Böden bis hin zu den Weltmeeren. Und wir verursachen ein neues Artensterben, das unsere Umwelt ärmer und zerbrechlicher macht.~~Wir wollen anpacken!

Begründung

Es ist motivierender mit positiven Messages ein Umweltkapitel zu beginnen, als gleich mit Weltuntergangsszenarien die Menschen für Klima- und Umweltschutz zu begeistern. Daher die Kürzungen.

UK-01-010 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 10 einfügen:

mit unserer Art zu wirtschaften und zu konsumieren unsere Lebensräume zu zerstören – von den Regenwäldern über

Begründung

Wir sollten damit beginnen, insbesondere bei den Themen Umwelt und Klima, unsere Bürgerinnen und Bürger darauf aufmerksam zu machen, dass auch sie Einfluss üben können. Nicht alleine die Wirtschaft ist für Umweltschäden verantwortlich, sondern auch wir mit unserer Nachfrage, die die Wirtschaft steuert. Um das zu verdeutlichen, sollte explizit auf den Konsum hingewiesen werden.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Leitner (München KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Christoph Schröder (München KV); Angela Wilson (München KV); Doris Wagner (München KV); Rupert Ebner (Ingolstadt KV); Helena Geißler (München KV); Robert Wager (München KV)

UK-01-013 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

~~Die Folgen wären Hunger, Armut und Konflikte um knapper werdende Ressourcen. Die Kriege und Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre wären nur ein laues Lüftchen gegenüber dem Sturm, der kommenden Generationen drohte.~~ Uns geht es darum, zu verhindern, dass blinder

Begründung

Es ist motivierender mit positiven Messages ein Umweltkapitel zu beginnen, als gleich mit Weltuntergangsszenarien die Menschen für Klima- und Umweltschutz zu begeistern. Daher die Kürzungen.

UK-01-013-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Kreisverband Soest

Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 13 einfügen:

Die Folgen wären Hunger, Armut und Konflikte um knapper werdende Ressourcen, wie z.B. Wasser. Die Kriege und

Begründung

Gerade Wasser, als wichtigstes Lebensmittel ist durch unsere Art zu wirtschaften bedroht und damit unsere eigene Existenz, aber auch die von extrem vielen Arten. Die Konflikte um Wasser kann man heute z.B. im Umfeld um Israel schon beobachten und so ist es sinnvoll hier einen unbestreitbaren und auch unumgänglichen Konfliktpunkt zu benennen, auch wenn dies hier nur beiläufig geschieht.

UK-01-026 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 26 löschen:

Schadstoffbelastungen reduziert ~~und wertvolle Arten gerettet~~. Bürgerinnen und Bürger

Begründung

Das Artensterben schreitet unverändert voran. Bei dieser Formulierung müsste man eine „geretteten Arten“ benennen können und das ist nicht möglich und was eine „wertvolle“ Art ist, ist nicht definierbar. Demnach gibt es auch „wertlose“ Arten und das ist nicht richtig und kann dies auch nicht indirekt eine Grüne Botschaft sein!

UK-01-028 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 28:

Ingenieure tüfteln an ~~Elektrofahrrädern und~~ immer besseren Elektrofahrrädern, E-Autos, E-Bussen und Elektro-LKW. Architektinnen und Bauarbeiter bauen

Begründung

Es sollte sich nicht so anhören, als ob Elektrofahräder oder E-Autos erst noch im Erfindungsprozess stecken, der liegt lange zurück. Wenn schon von "tüfteln" gesprochen werden soll, dann wenigstens im Zusammenhang mit der Verbesserung der bestehenden E-Mobilitäts-Technik über das Auto hinaus gedacht.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Weindorf (München KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Markus Königsdorfer (Unterallgäu KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Achim Joof (Alb-Donau KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV)

UK-01-028-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 28:

Ingenieure tüfteln an ~~Elektrofahrrädern und E-Autos~~ alternativen Antriebstechniken für alle Verkehrsmittel..

Architektinnen und Bauarbeiter bauen

Begründung

Dem KV-Aschaffenburg-Land ist Elektromobilität wichtig, aber nicht die einzige alternative Antriebsmöglichkeit die ökologisch sinnvoll ist. Auch wollen wir nicht nur E-Räder und E-Autos, sondern eine neue saubere Antriebstechnik für möglichst alle Verkehrsmittel!

UK-01-040 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 40 einfügen:

austragen, die ihre Geschäftsinteressen ohne Rücksicht auf die Umwelt verfolgen. Wir Grüne setzen uns auch dafür ein, internationales Umweltrecht sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene endlich vollständig umzusetzen. Nur durch freien Zugang zu Informationen, frühe Bürgerbeteiligung und die Möglichkeit, gegen Verstöße gegen Umweltrecht zu klagen, entsteht Rechtssicherheit für Betroffene und Investoren.

Begründung

Trotz der dutzenden Veröffentlichungen in der Rechtsliteratur und einer Reihe von Urteilen des Europäischen Gerichtshofes und der drohenden Strafzahlungen an die Europäische Union hat sich die Bundesregierung entschlossen einen ungenügenden Entwurf für das Umweltrechtsbehelfsgesetz in das parlamentarische Verfahren zu geben.

Die Bundesregierung verstößt hiermit gegen die Aarhus-Konvention (AK), ein völkerrechtliches Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das von Deutschland ratifiziert worden ist.

Bereits in der Anhörung im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages am 26. September 2016 wurde deutlich, dass der vorgelegte Gesetzentwurf nicht europa- und völkerrechtlichen Verpflichtungen entspricht. Dies haben in der Anhörung alle Experten, bis auf den Vertreter des BDI, aller Fraktionen deutlich gemacht.

Unterstützer*innen

Jochen Hake (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stefan Hintsche (München KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

UK-01-040-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 40 einfügen:

austragen, die ihre Geschäftsinteressen ohne Rücksicht auf die Umwelt verfolgen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht zum Ziel führen. Wir werden deshalb verstärkt auf verpflichtende gesetzliche Regelungen setzen.

Begründung

„Konflikt austragen“ ist schwach - gesetzliche Regelungen sind notwendig, um unsere Umwelt zu schützen!

UK-01-041 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 41:

Wir werden unsere Wirtschaft, ~~unseren Verkehr~~ unsere Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, sowie unsere Energie- und

Begründung

Unser Siedlungswesen mit einer ungebremsten Flächeninanspruchnahme für Gewerbe, Wohnen und Verkehrsinfrastruktur ist einer der Hauptgründe weshalb die selbstgesteckten Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung nicht erreicht werden können. (siehe auch FH-BW-01 Z.64f) Drüberhinaus ist die Art und Weise der Siedlungsentwicklung mit Gewerbe, Wohnen und Verkehrsinfrastruktur zu ökologisieren, wollen wir in Deutschland künftig noch lebenswerte Räume in den Städten und auf dem Land.

UK-01-043 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 43 bis 44:

Mit einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem Kohleausstieg bis 2025 und dem Umstieg auf Elektromobilität alte und neue Formen der Elektromobilität, besonders bei Bahn, Bus und Fahrrad und im Carsharingbereich. Mit dem Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung und der

Begründung

BDK-Beschluss vom vergangenen November. Klare Kante. Klimaziele erreichen. Eventuell nötige Kompromisse nicht in grüner Programmatik vorwegnehmen.

UK-01-044 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 44:

auf **Elektromobilität** öffentliche und nachhaltige Mobilität. Mit dem Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung und der

UK-01-045 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 45 einfügen:

Förderung einer menschen-, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft. Aber grenzenloses Wachstum ist auch mit grünen Technologien nicht möglich.

Begründung

Es ist utopisch, dass mit grünen Technologien alles weitergehen kann wie bisher. Die meisten dieser Technologien sind noch nicht entwickelt, die Folgen von Klimawandel und Artensterben sind jetzt schon in vielen Teilen der Welt spürbar. Neben grünen Technologien und grünem Wirtschaften müssen sich die Konsumgewohnheiten der Menschen in den westlichen Industrieländern ändern.

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Robin Luge (Harz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Ines Advena (Münster KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Müller (Essen KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Regine Drewniak (Göttingen KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Konstantin Mallach (Göttingen KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV)

UK-01-045-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Kreisverband Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 45 einfügen:

Förderung einer menschen-, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft. Wir Grünen sehen kleine Züchter*innen von Nutztieren als Partner*innen für eine vielfältige Landwirtschaft. Wir brauchen die Artenvielfalt im Stall und auf dem Acker.

Begründung

Die Interessen kleiner Züchter*innen werden im Programmentwurf nicht berücksichtigt. Gerade wir Grünen sollten die kleinen Züchter*innen unterstützen, indem wir ihre Leistung für eine vielfältige Landwirtschaft herausstellen und mit einer Erwähnung honorieren.

UK-01-047 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 47 einfügen:

wenig haben, leben in Vierteln mit hoher Luftverschmutzung oder großer Lärmbelastung. Hier sorgt eine grüne Politik für eine Verankerung von Umweltgerechtigkeit im Bau- und Planungsrecht. Global

Begründung

Das Prinzip der Umweltgerechtigkeit ist urgrün, denn es denkt soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammen. Um auch angesichts von sozialer Spaltung noch politische Mehrheiten für eine ökologische Politik gewinnen zu können, müssen wir diese Punkte stärker verknüpfen.

Unterstützer*innen

Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Philipp Schulte (Münster KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-01-049 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 49 bis 50:

wenigsten dazu beitragen. ~~Die Kleinbauern~~Der Kleinbauer in Afrika, ~~deren~~dessen Land verdorrt, ~~die Waisenkinder, die~~das Waisenkind, das in Indien auf hochgiftigen Deponien im Elektroschrott der Industrieländer wühen.t: Dagegen tun wir

UK-01-050 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 50 einfügen:

die auf hochgiftigen Deponien im Elektroschrott der Industrieländer wühlen. Gerade im globalen Süden leiden Frauen unter vielen Umweltproblemen oft noch stärker als Männer, auch wenn sie an der Entstehung der Probleme nicht in gleicher Weise beteiligt sind und meist noch weniger Einflussmöglichkeiten auf Veränderungen oder Lösungen haben. Dagegen tun wir

UK-01-051 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 51 bis 52:

etwas: Wir recyceln unsere Rohstoffe, beenden die ruinö~~sen~~schädlichen Subventionen für ~~den~~die Agrarindustrie die zum Billig-Export von europäischen Lebensmitteln in alle Welt führen und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten.

UK-01-052 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 52 einfügen:

europäischen Lebensmitteln in alle Welt und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten, Europas und überall da wo diese stattfindet.

Begründung

Die Überfischung ist nicht auf die Küsten vor Afrika begrenzt, so dass auch andere Bereiche benannt sei sollten, da es sich sonst so anhört, als ob wir uns nur gegen die Überfischung vor Afrikas Küsten einsetzen.

UK-01-052-2 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 52 einfügen:

europäischen Lebensmitteln in alle Welt und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten. Um diese Maßnahmen umzusetzen ist es auch notwendig, die absolute Inanspruchnahme von Ressourcen, insbesondere in den westlichen Industrieländern, zu senken und insgesamt weniger zu verbrauchen. Dafür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Begründung

Es wird nicht ausreichen, mehr zu recyceln, schädliche Subventionen abzubauen und Fangquoten einzuführen. Die Menschen der westlichen Industrienationen müssen insgesamt weniger verbrauchen.

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Stefan Hintsche (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Robin Luge (Harz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Ines Advena (Münster KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Müller (Essen KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Regine Drewniak (Göttingen KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Konstantin Mallach (Göttingen KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV)

UK-01-056 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 56:

sorgensetzen wir ~~mit besseren Löhnen~~ uns für bessere Löhne und angemessenen Sozialleistungen ~~dafür,~~
~~das~~sein, damit die Preise auch

Begründung

Als Partei können wir nicht in die Tarifautonomie eingreifen, sollten wir auch nicht. Daher ist „sorgen für“ eine etwas anmaßende Formulierung

UK-01-060 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 60 einfügen:

Gemeinwohlorientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Teilhabe und Verantwortung für kommende Generationen zu fördern. All

Begründung

Mit dieser Einfügung wollen wir deutlich machen, dass auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung – sei es an Kindertagesstätten oder Schulen, sei es durch freie Träger, sei es an den Hochschulen – einen erheblichen Anteil daran hat, Verständnis für ökologische, ökonomische und soziale Themen im Sinne einer lebenswerten Zukunft zu schaffen.

UK-01-063 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

Von Zeile 63 bis 64 löschen:

schaffen. ~~Dort wo das alte Denken nur den eigenen Besitzstand im Blick hat, sehen wir die Chancen der ökologischen Modernisierung.~~ Chancen auf sauberes Wasser und Luft, auf gesundes

Begründung

Der Sinnzusammenhang ist nicht geben. „Den eigenen Besitzstand im Blick haben“ ist nicht zwingend mit „unökologisch“ gleichzusetzen, auch wenn dies sich oftmals so verhält. Es ist vielmehr so, dass der „Eigennutz“ hinsichtlich der „Nachhaltigkeit“ des Handels, gerade einen Antrieb für die ökologischen Veränderungen darstellt. Insofern widerspricht in gewisser Weise die Aussage dem Inhalt der Umwandlung des Raubbaus an den Ressourcen hin zum nachhaltigen Gebrauch der Ressourcen.

UK-01-065 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-01

In Zeile 65 einfügen:

Essen, auf unzerstörte Naturlandschaften, auf eine leisere und lebensgerechte Umwelt, auf neue Jobs und Innovationen, auf ein gutes und

Begründung

Fluglärm / Straßenlärm sind zentrale Umwelt-Probleme in zahlreichen Innenstädten und muss als zentrale Forderung in der Einleitung aufgeführt sein.

UK-UN-01-001 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Carlos Echegoyen (Bonn KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 1 einfügen:

Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Unser natürlicher Lebensraum stellt all dies kostenlos für uns bereit und stillt diese grundlegendsten unserer Bedürfnisse. Doch auch er hat ganz natürliche Grenzen seiner Belastbarkeit. Zur Sicherung des Wohlergehens von allen Menschen auf der Erde und zwar jetzt und in Zukunft, gilt es diese planetaren Grenzen bedingungslos zu respektieren und zu achten. Damit sich wirklich alle auch dem gemäß verhalten, werden wir dafür sorgen, dass die zur konsequenten Durchsetzung notwendigen, internationalen Instanzen wirklich effizient sind und, sofern es nötig ist, noch eingerichtet werden. Nur dann können

Unterstützer*innen

Martin Heyer (Bonn KV); Antje Westhues (Bochum KV); Konrad Hentze (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Arne Brach (München KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Robert Wager (München KV); Wolfgang Böhm (Hamburg-Wandsbek KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Birgit Brennecke (Rotenburg/Wümme KV); Benoît Blaser (München KV); Andreas Müller (Essen KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV)

UK-UN-01-001-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 1 bis 18 löschen:

~~Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Nur dann können alle frei, unbesorgt und gesund leben, können gestalten und genießen. Natur und Umwelt zu schützen heißt, die Grundlagen unseres Lebens zu schützen. Doch wir Menschen setzen dies mit unserer Art, zu wirtschaften und zu konsumieren, mehr und mehr aufs Spiel. Der zukunftsvergessene Umgang mit der uns gegebenen Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf uns selbst zurück. Das Quecksilber, das die Kohlekraftwerke in die Luft pusten, der Plastikmüll, den wir in Flüssen und Meeren „entsorgen“, die Pestizide, mit denen wir unsere Böden und Gewässer belasten — all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser Trinkwasser, in unsere Atemluft und in unser Essen. Es ist allerhöchste Zeit, das zu beenden. In einigen Bereichen haben wir heute schon längst die Belastungsgrenze unseres Planeten überschritten. Darum stellen wir Grünen die Umwelt und den Erhalt unserer Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik: Wer die Umwelt schützt, kämpft für eine lebenswerte und gerechte Welt für alle. Wir Grünen wollen unser Naturerbe, die biologische Vielfalt der Erde, bewahren. Wir wollen das Verramschen unserer Umwelt beenden. Wir wollen saubere Flüsse und Seen, ohne Gülle, Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Wir wollen Felder und Wiesen, auf denen Insekten und Vögel einen Lebensraum finden. Unser Ziel ist es, eine lebenswerte Welt auch für unsere Kinder und die kommenden Generationen zu erhalten. Dafür streiten wir mit Leidenschaft.~~

Begründung

Diese Ausführungen wiederholen die Absichtserklärungen der vorangegangenen Texte, ohne dabei etwas substantiell anderes aufzuzeigen. Die Darstellungen sind so pauschal, dass sich solche problemlos in jedem Wahlprogramm finden dürften. Wenn hier etwas stehen sollte, dann eine Konkretisierung der Zielerreichungsmöglichkeiten, die wir Grüne verfolgen.

UK-UN-01-005 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Roland Mauden (Erfurt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 5 löschen:

zukunftsvergessene Umgang mit der ~~uns-gegebenen~~-Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf

Begründung

Niemand hat uns die Natur gegeben, sie kommt auch ganz gut ohne uns klar. Da wir jedoch Teil der Natur sind und ihre Ressourcen nutzen, tragen wir die Verantwortung für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und der natürlichen Prozesse in der belebten und unbelebten Natur der Erde. Ich schlage deshalb vor, auf das "uns gegeben" und damit auf den Besitzanspruch zu verzichten.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Robin Luge (Harz KV); Stefan Hintsche (München KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); David Maicher (Erfurt KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Imke Byl (Gifhorn KV); Jörg Knieling (Erfurt KV)

UK-UN-01-005-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 5 löschen:

zukunftsvergessene Umgang mit der ~~uns-gegebenen~~-Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf

Begründung

Widerspricht einem säkularen Verständnis von Natur, von „uns gegebener Natur“ zu sprechen. Die Natur wurde uns nicht gegeben, wir sind Teil von ihr.

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Stefan Hintsche (München KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Gerhard Gebhard (Odenwald-Kraichgau KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ines Advena (Münster KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Stefanie König (Rosenheim KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Müller (Essen KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Regine Drewniak (Göttingen KV); Konstantin Mallach (Göttingen KV)

UK-UN-01-008 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 8 einfügen:

Böden und Gewässer belasten, sowie die Arzneimittel, die nach dem Ausscheiden aus dem Körper in das Abwasser gelangen und zum Teil nicht geklärt werden können – all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser

Begründung

Dass der Wirkstoff aus Medikamenten nach dem Einnehmen fast unverändert über den Urin ausgeschieden wird und ins Abwasser gelangt, ist vielen Menschen nicht klar. Auch für Pharma-Hersteller enden die Überlegungen zu ihren Produkten häufig mit der Einnahme und der erfolgreichen Behandlung von Krankheiten und Schmerzen. Jedoch können einige Wirkstoffe, z.B. der Schmerzmittelwirkstoff Diclophenac, in den Kläranlagen nicht abgebaut werden und gelangen über das Abwasser in die Flüsse, aus denen z.T. das Trinkwasser gewonnen wird. Dasselbe gilt für den Wirkstoff aus der Anti-Baby-Pille und andere hormonwirksame Stoffe. Schon kleinste Mengen sind z.T. ökotoxisch für verschiedene Wasser-Lebewesen. Direkte Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit des Menschen sind noch nicht bekannt, sind aber anzunehmen.

Arzneimittel in der Umwelt und hormonwirksame Substanzen sind global gesehen ein großes Problem, dessen sich viele noch nicht bewusst sind.

UK-UN-01-022 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Roland Mauden (Erfurt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 22 bis 27:

~~ambitionierte~~ die ambitionierten Schutzstandards für unsere Gewässer ~~festlegen~~ weiterentwickeln. ~~Die europäischen Verpflichtungen, überall einen~~ So erreichen und erhalten wir den europaweit vereinbarten guten ~~ökologischen~~ Zustand ~~der unserer~~ Gewässer zu erreichen, nehmen wir erst als Lebensraum und erneuerbare Quelle für unseren Wasserbedarf. Zusätzliche Risiken wollen wir ausschließen. Darum lehnen wir Fracking nachdrücklich ab. Chemikalien in den Boden zu pressen und damit das ~~Trinkwasser~~ Grundwasser zu gefährden, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl zu fördern, ist unverantwortlich.

Wir werden unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor dem übermäßigen Eintrag von Nähr- und Schadstoffen aus intensiver Tierhaltung und Landwirtschaft schützen. Dazu werden wir einen verbindlichen Flächenbezug für Tierhaltungsbetriebe und Maßnahmen zur Vermeidung von Nährstoffüberschüssen einführen. Wir werden Gewässer besser und wirksamer vor Rückständen von Industrie-, Konsum-, Agrarchemikalien und Medikamentenrückständen sowie hormonell wirksamen Stoffen, die auch Menschen unfruchtbar machen oder krebserregend sein können, schützen. Dadurch werden zukünftig erhebliche zusätzliche Kosten bei der Trinkwassergewinnung vermieden.

Begründung

1. Es gibt bereits sehr ambitionierte "Schutzstandards" für unsere Wasserressourcen, die auch rechtlich verbindlich im Wasserhaushaltsgesetz, in Wasserschutzgebietsverordnungen, in länderspezifischen Gesetzen und Verordnungen festgesetzt sind. Vielfach mangelt es am konsequenten Vollzug oder an der nicht darstellbaren Finanzierung. Wir wollen deshalb diese "Standards" weiterentwickeln, indem wir sie um Finanzierungsquellen ergänzen und Ausnahmetatbestände und -fristen abschaffen oder strenger handhaben. Unsere Botschaft sollte nicht sein, dass wir die europäische Verpflichtung ernst nehmen, sondern, dass wir durch unsere Politik die vereinbarten Ziele erreichen wollen und werden!
2. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass Fracking in oder in der Nähe von oder unter Wasserschutzgebieten genehmigt werden könnte. Trinkwasser stammt in Deutschland nahezu ausschließlich aus gut geschützten Vorkommen, deren Schutz auch weiterhin besteht. Wir schlagen deshalb vor, hier Grundwasser oder Grundwasservorkommen zu nennen. Diese sind zwar bei entsprechendem Schutz potentiell für die Wasserversorgung nutzbar und deshalb wertvoll und auch unbedingt schutzwürdig aber eben kein Trinkwasser.
3. Der Absatz zum Schutz der Gewässer vor schädlichen Stoffeinträgen passt inhaltlich nicht zum Hochwasserschutz unterhalb sondern gehört zur Wasserqualität und zum Gewässerschutz, die vorher thematisiert werden. Es ist unbedingt erforderlich, die gesetzlich verankerten Privilegien von Landwirtschafts- und Tierhaltungsbetrieben zur Verschmutzung und Beeinträchtigung von Gewässern abzuschaffen, von Güllefluten zu schreiben ist jedoch zu kurz gedacht. Gülle ist auch, aber nicht nur, in Öko-Betrieben ein wertvoller betriebseigener Dünger, der besonders sinnvoll zur Pflanzenproduktion eingesetzt werden kann und den Einsatz von Mineraldünger reduziert. Gülle wird nur dann zum Problem, wenn eine flächenunabhängige Intensivtierhaltung erfolgt, bei der Futtermittel importiert werden und die umliegenden Flächen dann zur Entsorgung der Gülle genutzt werden. Wir sollten diesen Themenkomplex

auch im Sinne der uns gewogenen Landwirtinnen und Landwirte deshalb unbedingt sachlich und im Gesamtzusammenhang mit anderen Beeinträchtigungen der Gewässerqualität darstellen.

4. "So können wir auch Milliardenkosten bei der Reinigung des Trinkwassers einsparen." Wer hat denn diesen Einsparpotential berechnet oder recherchiert? Trinkwasser stammt in Deutschland in der Regel aus besonders geschützten Vorkommen, in denen die genannten Stoffe nicht mal mit aktuellen Methoden messbar sind. Etwa ein Viertel des in Deutschland gewonnenen Trinkwassers ist so sauber und unbedenklich, dass es ohne Aufbereitung eingespeist wird. Bei wenigen Vorkommen, etwa Uferfiltrat entlang des Rheins oder der Ruhr sind weitergehende Aufbereitungstechniken zeitweise erforderlich, um die genannten Risiken mit der erforderlichen Sicherheit auszuschließen. Für die gesamte öffentliche Wasserversorgung in der BRD werden etwa 5,5 Mrd. Kubikmeter Wasser jährlich verwendet. bei einem mittleren Preis von 1,70 €/m³ ergibt sich ein Gesamtaufwand von 9,35 Mrd. €/a. Etwa 80% bis 90% davon ist für die Instandhaltung und Erneuerung der Infrastruktur (Leitungsnetz, Behälter, Aufbereitungsanlagen, Brunnen etc.) erforderlich. Die Kosten für die "Reinigung" d.h. Aufbereitung des Trinkwassers in der gesamten Bundesrepublik liegen vermutlich deutlich unter einer Mrd. €/Jahr. Ich kann nicht nachvollziehen wo da "Milliardenkosten" als Einsparpotential vorhanden sein sollen.

Unterstützer*innen

Thomas Groneberg (Erfurt KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Robin Korte (Münster KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Robert Schallehn (Köln KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

UK-UN-01-023 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 23 einfügen:

Verpflichtungen ([Wasserrahmenrichtlinie](#)), überall einen guten ökologischen Zustand der Gewässer zu erreichen, nehmen

Begründung

Der Inhalt der Wasserrahmenrichtlinie wird dahinter grob umrissen, und da sollte dann auch die Regelung benannt sein, auf die Bezug genommen wird.

UK-UN-01-025 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 25 bis 27:

nachdrücklich ab. ~~Chemikalien in den Boden zu pressen und damit das Trinkwasser zu gefährden, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl zu fördern, ist unverantwortlich.~~ Trinkwasser, Umwelt und Gesundheit zu gefährden und Erdbeben zu riskieren, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl aus dem Boden zu pressen, ist unverantwortlich.

Begründung

Es geht nicht nur um Trinkwasser, sondern das Grundwasser insgesamt sowie Umweltprobleme und Folgebelastungen für die Gesundheit sowie Erderschütterungen, die in Folge der Erdgasförderung auftreten. Diese Risiken bestehen auch, wenn Frac-Fluide nur geringe Mengen Chemikalien enthalten oder Lagerstättenwasser verpresst wird. Das wissen die Betroffenen in den Erdgasförderregionen nur zu genau.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ines Advena (Münster KV)

UK-UN-01-025-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 25 bis 27:

nachdrücklich ab-~~Chemikalien in den Boden zu pressen und damit das Trinkwasser zu gefährden, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl zu fördern, ist unverantwortlich.~~ und stehen zu unserem Beschluss, die Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen zu unterstützen. Es müssen die bereits nachgewiesenen Probleme mit Lagerstättenwasser, aber auch Methanemissionen, bei der Öl- und Gasförderung beseitigt und keine neuen, unabsehbaren Gefahren befördert werden.

Begründung

Bündnis90/Die Grünen haben auf dem Bundesparteitag 2015 in Hamburg beschlossen die Korbacher Resolution* der Bürgerinitiativen gegen Fracking zu unterstützen und damit gehen weitgehende Forderungen einher, auf die hier hingewiesen werden muss. Hinzukommt, dass die Nennung von Chemikalien beim Thema Fracking nicht weit genug greift, da die Einpressung von Chemikalien nicht problemlos ist, da die Definition der Menge in Relation zu dem eingeleiteten Wasser stehen kann. Obendrein sollten die Gefahren, die von dem wieder heraufgeholt Lagerstättenwasser ausgehen im Vordergrund stehen.

Mit Hinblick auf die Methanemissionen & Klimawandel fangen wir erst an die Probleme der Gasförderung zu erahnen, siehe auch: http://www.eeb.cornell.edu/howarth/summaries_CH4_2016_De.php

* <http://www.resolution-korbach.org/project/unterst-aus-de.php>

Unterstützer*innen

Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Babette Balzereit (Hamburg-Eimsbüttel KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Fabian Czerwinski (Vorpommern-Rügen KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Patrick Kühl (Hamburg-Bergedorf KV); Gudrun Schittek (Hamburg-Harburg KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Anke Bendt-Soetedjo (Hamburg-Bergedorf KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Sara Nanni (Münster KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Martin Kühn (Köln KV); Norbert Fleige (Hamburg-Bergedorf KV); Johannes Alexander Müller (Hamburg-Altona KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV)

UK-UN-01-029 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Roland Mauden (Erfurt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 29 bis 36:

wir Bächen und Flüssen Raum ~~lassen, sich wieder naturnah zu entwickeln. Wir verlegen Deiche zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus. Das ist gut für den Hochwasserschutz und für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, die in ausgedehnten Flussauen wichtige Rückzugsräume findet. Um unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor giftigem Nitrat zu schützen, werden wir die Güllefluten aus der industriellen Landwirtschaft eindämmen. Wir wollen unser Wasser besser und wirksamer vor gefährlichen Schadstoffen, die auch Menschen unfruchtbar machen können oder krebserregend sind, schützen. So können wir auch Milliardenkosten bei der Reinigung des Trinkwassers einsparen.~~ geben, sich wieder naturnah zu entwickeln. Wir verlegen Deiche zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus. So schützen wir Bürger*innen und Unternehmen vor Schäden durch Hochwasser und fördern eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, die in ausgedehnten Flussauen wichtige Lebensräume findet. Wir werden Hochwasserschutzstrategien für ganze Fließgewässersysteme zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels entwickeln und so vermeiden, dass Schutzmaßnahmen in einer Region beim folgenden Hochwasser zusätzliche Schäden in einer anderen Region verursachen.

Begründung

Die Gelegenheit, Bächen und Flüssen "Raum zu lassen" ist längst vorbei. Die Fließgewässer sind in unserer Kultur- und Siedlungslandschaft längst extrem und übermäßig reguliert und eingengt. Wir schlagen deshalb vor hier "geben" als aktives Verb zu verwenden, da es erforderlich sein wird, anders genutzte Flächen aktiv der Gewässerentwicklung bereitzustellen und die vorhandene Nutzung (Siedlung, Verkehr, Landwirtschaft...) im Entwicklungskorridor der Gewässer perspektivisch aufzugeben.

Bezüglich des Hochwasserschutzes schlagen wir vor, eine Aktivität anstatt einer Feststellung (Das ist gut...) zu formulieren. Wir Grünen schützen aktiv, indem wir etas unternehmen und gestalten!

Wir schlagen vor Rückzugsräume durch Lebensräume zu ersetzen. Es kann nicht unser Ziel sein, dass sich Tier- und Pflanzenarten "zurückziehen" müssen. Wenn das auch allzuoft der Fall ist.

der Absatz zur Wasserqualität gehört thematisch zum vorherigen Absatz. Wir haben ihn in einem anderen Antrag im Anschluss an das Thema Fracking untergebracht.

Wir schlagen vor, den Hochwasserschutz als wesentliches Handlungsfeld zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels an dieser Stelle zu tzhamatisieren.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Robin Korte (Münster KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Dietlinde Bader-Glückner (Karlsruhe-Land KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

UK-UN-01-030 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Kreisverband Soest

Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 30 einfügen:

zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus und sorgen dafür, dass auch in Gewässernähe keine Baurechte mehr geschaffen werden können und dass der Schutz des Wassers eine vorrangige Gewichtung bei der Abwägung bekommt. Das ist gut für den Hochwasserschutz und für

Begründung

In der Praxis gibt es zwar Überschwemmungsgebiete, der rechtliche Status ist allerdings so schwach, dass es immer wieder zu Baugenehmigungen im Auenraum von Gewässern kommt. Dies muss sich grundsätzlich ändern. Der Auenraum muss eine Tabuzone für Gebäude sein. Dort wo es solche gibt, ist es anzustreben, diese dort zurückzubauen, sonst werden die „Ewigkeitskosten“ von Überflutungen nicht aufhören.

UK-UN-01-030-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 30 einfügen:

zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus. Nicht mehr verkehrlich genutzte Flussabschnitte werden renaturiert. Das ist gut für den Hochwasserschutz und für

Begründung

Antrag wird auch von Landesvorständen Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützt.

UK-UN-01-032 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 32 einfügen:

Rückzugsräume findet. Flussvertiefungen wie an Elbe und Weser lehnen wir ab. Um unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor giftigem Nitrat zu

Begründung

Flussvertiefung birgen enorme ökologische Probleme und stehen dem Ziel der Europäischen Wasserrahmen- Richtlinie entgegen, dass Gewässer in einen guten ökologischen Zustand überführt werden sollen.

UK-UN-01-033 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 33:

schützen, werden wir das verantwortungslose Ausbringen von Gülle in die ~~Güllefluten aus der industriellen Landwirtschaft~~Landschaft eindämmen. Wir

Begründung

Die Begriffswahl ist zu populistisch und suggeriert, dass die Gülle in die Gewässer ausgebracht wird. Die Verwendung eines biblischen (Plagen) Begriffes wie Flut ist nicht in einem Wahlprogramm angemessen.

UK-UN-01-034 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 34:

wollen unser Wasser besser und wirksamer vor **gefährlichen**hormonellen Schadstoffen, die auch Menschen

Begründung

Dient der Präzisierung. Die Effekte von Schadstoffen auf das Hormonsystem sind bereits in sehr niedriger Dosis zu messen, insbesondere die „Cocktail-Mischungen“ verschiedener hormonell wirksamer Stoffe könnten gravierende Auswirkungen haben. Als mögliche schädliche Wirkungen seien Übergewicht und Diabetes, Störungen der Fruchtbarkeit, Hormonstörungen und Krebs bekannt.

Unterstützer*innen

Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Esther Welter (Ammerland KV); Georg Köster (Ammerland KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-UN-01-034-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 34 löschen:

wollen unser Wasser besser und wirksamer vor ~~gefährlichen~~ Schadstoffen, die auch Menschen

Begründung

Redaktionell: Dass Schadstoffe gefährlich sind, liegt in der Natur ihrer Sache.

UK-UN-01-034-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 34 bis 35:

wollen unser Wasser besser und wirksamer vor gefährlichen Schadstoffen, die **auch** bei Menschen **unfruchtbar machen können** und Tieren **hormonverändernde Wirkung (bis zur Unfruchtbarkeit) zeigen** oder krebserregend sind, schützen. So können wir auch

Begründung

Dass der Wirkstoff aus Medikamenten nach dem Einnehmen fast unverändert über den Urin ausgeschieden wird und ins Abwasser gelangt, ist vielen Menschen nicht klar. Auch für Pharma-Hersteller enden die Überlegungen zu ihren Produkten häufig mit der Einnahme und der erfolgreichen Behandlung von Krankheiten und Schmerzen. Jedoch können einige Wirkstoffe, z.B. der Schmerzmittelwirkstoff Diclophenac, in den Kläranlagen nicht abgebaut werden und gelangen über das Abwasser in die Flüsse, aus denen z.T. das Trinkwasser gewonnen wird. Dasselbe gilt für den Wirkstoff aus der Anti-Baby-Pille und andere hormonwirksame Stoffe. Schon kleinste Mengen sind z.T. ökotoxisch für verschiedene Wasser-Lebewesen. Direkte Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit des Menschen sind noch nicht bekannt, sind aber anzunehmen.

Arzneimittel in der Umwelt und hormonwirksame Substanzen sind global gesehen ein großes Problem, dessen sich viele noch nicht bewusst sind.

UK-UN-01-035 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 35 einfügen:

unfruchtbar machen können oder krebserregend sind und auf die Tierwelt hormonähnlich wirken,
schützen. So können wir auch

Begründung

Gerade die Mischung der Substanzen in Verbindung mit der Sensorik der Wasserlebewesen führt zu hormonähnlichen Wirkungen von Substanzen, die der Mensch in die Umwelt ausgebracht hat. Welche Wechselwirkungen sich in der Kaskade von Lebensformen daraus ergeben, ist vollkommen unbekannt und so sollte dieses wichtige Ziel des Schutzes der Umwelt und somit auch des Menschen, mit der Ergänzung einen Niederschlag im Wahlprogramm finden.

UK-UN-01-038 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 38 einfügen:

anrichten. Medikamentenrückstände, hormonwirksame Stoffe und Schwermetalle reichern sich in der Nahrungskette an.

Begründung

Dass der Wirkstoff aus Medikamenten nach dem Einnehmen fast unverändert über den Urin ausgeschieden wird und ins Abwasser gelangt, ist vielen Menschen nicht klar. Auch für Pharma-Hersteller enden die Überlegungen zu ihren Produkten häufig mit der Einnahme und der erfolgreichen Behandlung von Krankheiten und Schmerzen. Jedoch können einige Wirkstoffe, z.B. der Schmerzmittelwirkstoff Diclophenac, in den Kläranlagen nicht abgebaut werden und gelangen über das Abwasser in die Flüsse, aus denen z.T. das Trinkwasser gewonnen wird. Dasselbe gilt für den Wirkstoff aus der Anti-Baby-Pille und andere hormonwirksame Stoffe. Schon kleinste Mengen sind z.T. ökotoxisch für verschiedene Wasser-Lebewesen. Direkte Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit des Menschen sind noch nicht bekannt, sind aber anzunehmen.

Arzneimittel in der Umwelt und hormonwirksame Substanzen sind global gesehen ein großes Problem, dessen sich viele noch nicht bewusst sind.

UK-UN-01-040 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 40 einfügen:

in den Meeren und in den heimischen Gewässern. Acht Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr in unseren Ozeanen. Wir

Begründung

Die beschriebenen Negativeffekte sind in den Gewässer auf dem Festland, hin zu den Meeren, genauso zu beobachten, da die dafür ursächliche Fracht ja durch sie dahin geleitet wird. Deshalb muss dies auch dort benannt sein.

UK-UN-01-041 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 41 bis 43:

akzeptieren nicht, dass die Meere ein Raum ohne Leben werden, ~~in dem es mehr Plastik als Fische gibt. Deshalb wollen wir auch mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten Schluss machen. Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.~~ dies würde auch unsere Existenz zerstören. Deshalb wollen wir Schluss machen mit dem Eintrag von Plastik in Gewässern. Dazu gehört auch das Mikroplastik in Kosmetikartikeln, das dort nichts zu suchen hat, wie auch der „Plastiksand“ an den Stränden der Meere.

Begründung

Die Formulierungen sind populistisch und es ist nicht zu erkennen, was damit wirklich gemeint ist. Hinzukommt eine unhaltbare indirekte Aussage, dass wir den Eintrag von „umweltverträglichem“ Plastik gestatten, wobei umweltverträglich nicht zu definieren ist (die missbräuchlichen Nutzungen mitdenken müssend) und eine Überwachung auch nicht stattfinden kann. Die Wechselwirkungen mit den umgebenden Effekten des komplexen Lebensraumes Meer sind unübersehbar. Hier sei nur auf den schwindenden Lichteinfall durch die „Vernebelung“ des Wassers durch Kleinstteile aus Kunststoff verwiesen, die zu einer verringerten Sauerstoffproduktion durch pflanzliches Plankton führt, welche die Atmosphäre erheblich beeinflusst.

UK-UN-01-042 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 42 bis 43:

Fische gibt. ~~Deshalb wollen wir auch mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten Schluss machen. Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.~~ Hierzu brauchen wir eine internationale Plastikkonvention. National stärken wir parallel innovative Ideen zur Abfallvermeidung wie etwa Mehrweg-to-go-Becher oder „Unverpackt-Supermärkte“. Für Plastik-Anwendungen fördern wir, wo es sinnvoll ist, die Entwicklung von Kunststoffen, die auch im Meer abgebaut werden können. Schon heute hat Mikroplastik in Kosmetikprodukten nichts zu suchen, für andere Mikroplastik-Quellen suchen wir rasch Lösungen.

Begründung

Mit einem Verbot von Mikroplastik und abbaubaren Kunststoffen werden wir das Umweltproblem von Plastikmüll im Meer nicht abstellen. Hierfür braucht es eine internationale Vereinbarung zur Verringerung des Plastikmüll an sich,

Unterstützer*innen

Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Esther Welter (Ammerland KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Georg Köster (Ammerland KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-UN-01-042-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 42 bis 43:

Fische gibt. Deshalb wollen wir auch **mit** die Verwendung von Mikroplastik in Kosmetikprodukten **Schluss machen** verbieten. Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen, sowie Maßnahmen zur Reinigung der Ozeane von Plastikmüll.

Begründung

Verwendung von Mikroplastik verbieten hat eine höhere Verbindlichkeit. zudem müssen wir auch Schäden der Vergangenheit beheben. Dazu gehört eine Beteiligung an Maßnahmen zur Reinigung der Ozeane, eine Förderung von Projekten, auch internationalen, die das zum Ziel haben.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV); Wolfgang Leitner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Christoph Schröder (München KV); Christian Smolka (München KV); Angela Wilson (München KV); Marcel Rohrlack (München KV)

UK-UN-01-042-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 42 bis 43 löschen:

Fische gibt. Deshalb wollen wir auch mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten Schluss machen. ~~Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.~~

Begründung

Der Bezugszusammenhang führt dahin, dass es offensichtlich nur in Kosmetikprodukten umweltunverträgliche Kunststoffe gibt. Das ist nicht der Fall und die Entwicklung und Definition von „umweltverträglich“ hinsichtlich Kunststoffen ist zu ungenau.

UK-UN-01-043 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Kreisverband Alb-Donau

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43 einfügen:

Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen. So wollen wir beispielsweise den Verbrauch von plastikbeschichteten Einwegbechern, wie sie etwa bei "Coffee-to-go" verwendet werden, zurückführen, etwa durch Förderung intelligenter Wiederverwendung- und Rücknahmesysteme.

UK-UN-01-043-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43:

Wir fördern ~~umweltverträgliche Kunststoffe~~, Forschung und Umsetzung, damit die im Meer rückstandsfrei zerfallen Meere wieder kunststofffrei werden können.

Begründung

Ein Ersatz allein durch sogenannte abbaubare Kunststoffe greift nicht weit genug, zudem halten diese das Versprechen der Abbaubarkeit oft nicht ein, enthalten doch oft noch synthetische Kunststoffe und stören die bestehende Recyclingkette .

Deshalb muss vorrangig die Forschung zum Problem vorangetrieben werden und Umsetzungsstrategien entwickelt werden.

Der Eintrag von Kunststoffen in die Meere ist zum Teil ein Abfallproblem: Fischernetze, Plastiktüten und Kunststoffflaschen belastet über Jahrhunderte unsere Meere. Für Seevögel und Meeressäuger hat dieser Müll oft tödliche Folgen. Der andere Teil, das Mikroplastik ist teilweise das Zerfallsprodukt des Plastikmülls, teilweise Mikroplastik aus kosmetischen Produkten und Reinigungsprodukten, aber auch aus dem Waschen und Tragen von synthetischen Textilien und dem Abrieb von Reifen.

Links:

<https://www.oceancare.org/de/unsere-arbeit/meeresschutz/plastikverschmutzung/reduce-remove-rescue/?gclid=CMTw3ZzjtdMCFcyRGwodqdONGA>

<http://www.euwid-wasser.de/news/international/einzelansicht/Artikel/studie-abwasser-haupt-eintragsweg-fuer-mikroplastik.html>

UK-UN-01-043-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43 einfügen:

Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen. An erster Stelle steht jedoch die Vermeidung unnötiger Kunststoffverpackungen und das Recycling.

UK-UN-01-043-4 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43 einfügen:

Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen und suchen umweltverträgliche Alternativen zu allen Kunststoffen.

Begründung

Kunststoffe sind nichtnatürliche Stoffe, die von der Natur kaum zersetzt werden können. Darum sollten sie so weit wie möglich vermieden und durch umweltfreundliche Stoffe ersetzt werden.

UK-UN-01-043-5 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Krämer (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43 löschen:

Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die ~~im Meer~~ rückstandsfrei zerfallen.

Begründung

Abfälle, auch sogenannte "rückstandsfreie" Kunststoffe gehören nicht ins Meer.

Es ist nicht anzunehmen, dass diese bloß in H₂O (Wasser) zerfallen. Sofern sie aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugt werden, bestehende sie i.d.R. aus Stärke oder anderen Kohlenwasserstoffen, die wiederum beim Zerfallen Algenwachstum und damit Sauerstoffarmut erzeugen können.

Kunststoffe wie Plastiktüten gehören gar nicht erst in Verkehr gebracht, oder recycelt, und zwar an Land, damit die Verwertung und Verteilung der Reststoffe kontrolliert werden kann.

Unterstützer*innen

Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Gudrun Schittek (Hamburg-Harburg KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Johannes Alexander Müller (Hamburg-Altona KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Dagmar Plohnke (Hamburg-Harburg KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Patrick Kühl (Hamburg-Bergedorf KV); Uwe Halpap (Hamburg-Wandsbek KV); Fabian von Borcke (Hamburg-Altona KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Michael Gwodz (Hamburg-Altona KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Hans-Joachim Wolfram Heeg (Hamburg-Nord KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV)

UK-UN-01-043-6 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43 einfügen:

Wir fördern Abfallvermeidung, die Einführung von Mehrwegsystemen, zum Beispiel bei Coffee-to-go, und umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.

Begründung

Am Anfang unserer Anstrengungen sollte die Vermeidung von Plastikabfällen stehen.

UK-UN-01-043-7 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43:

Wir fördern suchen umweltverträgliche ~~Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen~~ Alternativen für alle Kunststoffe.

Begründung

erfolgt mündlich

UK-UN-01-043-8 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Nürnberg-Stadt KV

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 43 einfügen:

Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen und setzen uns dafür ein, dass Klärwerke mit entsprechenden Reinigungsstufen zur Elimination von Mikroverunreinigungen (Reduzierung von Plastikanteilen) nachgerüstet werden.

Begründung

Kunststoffe werden in der Umwelt - wenn überhaupt - nur in sehr langen Zeiträumen abgebaut. Jährlich werden etwa 500 t Mikroplastik allein aus Polyethylen (PE) durch die Kosmetikindustrie auf den deutschen Markt gebracht, die nicht sachgerecht entsorgt werden. Wenn nicht gegengesteuert wird, ist mit einer weiteren Zunahme von Mikroplastik in unserer Umwelt zu rechnen. Aktuell gibt es keine gesetzlichen Anforderungen, die eine Elimination von Mikroplastik aus Kläranlagenabläufen fordern. Mit den konventionellen Behandlungstechnologien kann über den Klärschlammfad auch eine Entfernung von sehr kleinen Mikroplastik-Partikeln erwartet werden. In diesem Fall muss aber auch darauf geachtet werden, dass dann der Klärschlamm thermisch verwertet wird und nicht etwa auf den Äckern ausgetragen wird, um eine Verschleppung der Partikel auf die Äckerböden zu vermeiden. Für größere Mikroplastik-Fractionen, die sich nicht an den Klärschlamm anlagern, müssten zur Abtrennung zusätzliche Anlagen wie z. B. Membranfilter oder ggf. Sandfilter nachgerüstet werden. Solche weitergehenden Behandlungsstufen, die eine weitergehende Abwasserbehandlung sicherstellen, sind jedoch nur im Einzelfall zu finden. Derzeit werden z.B. in Bayern rund 30 Anlagen mit nachgeschaltetem Sandfilter und fünf Anlagen mit Membranfiltration betrieben.

UK-UN-01-046 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 46 einfügen:

fischen europäische Trawler die Meere nicht nur vor Afrikas Küsten leer und gefährden damit nicht nur

Begründung

Die intensive Fischerei bedroht auch die Ökosysteme in Nord- und Ostsee und es ist zu befürchten, dass z.B. in den nächsten Jahre die Dorschbestände in der westlichen Ostsee zusammenbrechen werden

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Nicole Holtz (Berlin-Reinickendorf KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claudia Weigel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV)

UK-UN-01-046-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 46 einfügen:

fischen europäische Trawler die Meere vor Afrikas und Europas Küsten leer und gefährden damit nicht nur

Begründung

Die Überfischung beschränkt sich nicht nur auf die Küsten vor Afrika, sondern auch auf Europa, wo mit den Fischbeständen trotz Quoten nicht im ausreichenden Maße verantwortungsvoll umgegangen wird.

UK-UN-01-050 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 50 einfügen:

sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann, auch in Nord- und Ostsee. Mittelfristig sollte das Fischen mit Grundschleppnetzen und Stellnetzen dort zumindest in den Naturschutzgebieten nicht mehr gestattet werden. Kurzfristig müssen diese schädlichen Arten des Fischfangs in möglichst vielen Tidebecken der Nordsee und im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee bis zu einem Abstand von 3km zur Küste eingestellt werden, damit sich dort die Fischbestände und der Meeresboden erholen können. Wirtschaftliche Härten für die betroffenen regionalen Fischer sollen sozialverträglich aufgefangen werden.

Ein Kurswechsel ist dringend notwendig, weil die Grundschleppnetzfisherei den Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen abrasiert und dadurch ökologisch runiiert, selbst im Nationalpark Wattenmeer. In langen Stellnetzen zum Fang von Kabeljau und Plattfischen verfangen sich auch in der Ostsee Schweinswale und Seevögel, die diese Fische jagen. Schweinswale ersticken und Vögel ertrinken dadurch.

Begründung

„Das Bundesumweltministerium argumentiert so: Mit teils tonnenschweren Grundschleppnetzen werde der Meeresboden bis zu 20 Mal im Jahr umgepflügt, um Fische aufzuscheuchen und im Netz zu fangen. Darunter litten Muscheln, Schnecken und Seeigel, das Meeresökosystem werde dauerhaft geschädigt. In langen Stellnetzen zum Fang von Kabeljau und Plattfischen wiederum verfangen sich Schweinswale und Seevögel, die diese Fische jagen. Schweinswale ersticken und Vögel ertrinken.“ Quelle: <http://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/fangverbot-plaene-in-der-nordsee-robot-habeck-will-krabbenfishern-helfen-id13082206.html>

„NABU fordert naturverträglichere Fangmethoden

Stellnetze: Gefahr für Seevögel und Meeressäuger“ Quelle:

<https://schleswig-holstein.nabu.de/natur-und-landschaft/aktionen-und-projekte/stellnetzfisherei/>

„Grundschleppnetze

Für den Fang von Plattfischen und Krebsen werden Grundschleppnetze eingesetzt. Hierbei pflügen schwere Ketten und Balken (Baumkurren) über den Meeresgrund und scheuchen die Fische auf. Die fliehenden Fische werden von einem trichterförmigen Netz "eingesammelt", das sich hinter den Ketten befindendet. Diese Fangmethode hinterlässt große Schäden am Meeresboden und hat einen hohen Anteil an Beifang. Besonders große Schäden richtet diese Fangmethode an Riffen aus. Das Ausmaß der Zerstörungen ist abhängig von der Häufigkeit der Befischung und dem Gewicht der Baumkurren. Manche Meeresgebiete der Nordsee werden jährlich bis zu 20mal regelrecht umgepflügt. Der BUND fordert daher ein grundsätzliches Verbot von Grundschleppnetzen.“

Quelle: http://www.bund.net/themen_und_projekte/meeresschutz/belastungen/fischerei/fangmethoden/

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV)

UK-UN-01-050-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 50 einfügen:

sorgen, dass sich das Ökosystem Meer - auch in Nord- und Ostsee - erholen kann.

UK-UN-01-050-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 50 einfügen:

sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann. Den Einsatz von Grundschieppnetzen werden wir beenden.

Begründung

Fischerei mit Grundschieppnetzen wird zwar als Problem benannt, eine Forderung resultiert daraus bisher aber nicht.

UK-UN-01-050-4 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 50 einfügen:

sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann.

Wir wollen nicht nur aus der Kohle, sondern aus allen fossilen Brennstoffen aussteigen. Auch an den Küsten Deutschlands wird Erdöl gefördert - sogar mitten im Nationalpark und UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer wird unter Gefährdung der Artenvielfalt nach Öl gebohrt. Das wollen wir beenden. Mit uns wird es keine Ölförderung in der Nordsee geben.

UK-UN-01-050-5 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 50 einfügen:

sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann, auch in Nord- und Ostsee. Naturschutzgebiete müssen frei von Grundsleppnetzen und Stellnetzen sein, die den Meeresboden umpflügen und Schweinswale bzw. Seevögel ersticken und ertrinken lassen. Alternative Fischfangmethoden müssen mittelfristig in der gesamten Ost- und Nordsee zum Einsatz kommen, um eine Fischerei im Einklang mit der Meeresumwelt zu ermöglichen.

Begründung

Die Fischerei in der Nord- und Ostsee ist der größte Stressfaktor für die einzigartigen Ökosysteme in eben diesen. Insbesondere Grundsleppnetze und Stellnetze bilden eine Gefahr für die Artenvielfalt. Ihr Einsatz bedeutet eine existentielle Bedrohung für die Lebensgemeinschaften am Boden unserer Meere. Egal ob Muscheln, Krebstiere oder Seegraswiesen, sie alle erfüllen wichtige Aufgaben für das Ökosystem Meer und sind massiv gefährdet durch den Einsatz von zerstörerischen Fischereigerät. Doch dadurch nicht genug, einer Schätzung des AWI zur Folge ist 70% des Meeresmülls in der Nordsee auf die Fischerei zurückzuführen. Ein überwältigender Großteil davon ist wiederum Plastikmüll. Meeres- und Küstenorganismen verheddern, verschlucken oder nehmen die mit Schadstoffbelasteten Mikroplastik Partikel in Ihren Organismus auf. Alternative Fischfangmethoden gibt es schon heute, diese können viele der genannten umweltgefährdenden Auswirkungen abmildern oder vollständig umgehen.

Unterstützer*innen

Sascha Maier (Uckermark KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jens Kiebjieß (Harz KV); Andreas Müller (Essen KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Katrin Gielow (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Meike Gäde (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Stephanie Malek (Halle KV); David Hoffmann (Ennepe-Ruhr KV)

UK-UN-01-054 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 54 bis 55:

Himmel über den Städten nicht gelb einfärbt wie in vielen Städten Asiens, ~~ist auch bei uns der Kampf für saubere Luft längst noch nicht gewonnen. Jährliche Messungen zeigen~~ zeigen Messungen, dass

Begründung

Mit dem Ursprungstext vermitteln wir der Leser*in, dass ausreichendes gegen die schlechte Luft in Deutschland gemacht wird - es nur noch etwas dauert bis das Ziel erreicht sei. Da aber keine oder allenfalls eine unzulängliche Ursachenbekämpfung betrieben wird ist dies schlichtweg falsch. Es müssen die Emissionen merklich verringert werden und logischerweise am Entstehungsherd!

UK-UN-01-061 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 61 bis 62:

ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. ~~Zum~~Für saubere Luft und zum Schutz der Menschen wollen wir eine blaue Plakette einführen. Nur so kann es gelingen, die ~~Luft~~Schadstoffbelastung der Atemluft - auch in unseren Städten ~~sauber-~~deutlich zu ~~bekommen~~verringern.

Begründung

Um die Verbindung zwischen der blauen Plakette und dem Schutz des Menschen konkreter zu

machen, wird „saubere Luft“ an den Anfang gestellt. „Sauber“ wird die Luft trotz der blauen

Plakette nicht – daher der Vorschlag „die Schadstoffbelastung (...) deutlich zu verringern“.

UK-UN-01-061-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 61 bis 62:

ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. ~~Zum Schutz der Menschen wollen wir eine blaue Plakette einführen. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.~~ Zum Schutz vor Stickoxiden und Feinstaub wollen wir die Prüfverfahren für die Euronormen so verändern, dass sie die realen Verhältnisse auf der Straße abbilden. Mit der Einführung einer Blauen Plakette sorgen wir dann dafür, dass die Luft in unseren Städten wieder sauber wird.

Begründung

So lange die Prüfverfahren nicht die Realität abbilden, nützt die Einführung einer Blauen Plakette nix. Der ADAC (!) hat festgestellt, dass zahlreiche Euro-5-Fahrzeuge real bessere Werte als manches Euro-6-Fahrzeug! S.a. https://www.adac.de/infotestrat/tests/eco-test/emissionen_in_der_uebersicht/default.aspx?ComponentId=288644&SourcePageId=31832

Unterstützer*innen

Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Dagmar Plohnke (Hamburg-Harburg KV); Detlef Kröger (Hamburg-Eimsbüttel KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Norbert Fleige (Hamburg-Bergedorf KV); Fabian von Borcke (Hamburg-Altona KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Stefanie von Berg (Hamburg-Eimsbüttel KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Julia Hammerschmidt (Hamburg-Mitte KV); Christian Schmid (Hamburg-Altona KV); Malte Noga (Hamburg-Altona KV); Silke Lipphardt (Hamburg-Altona KV)

UK-UN-01-062 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 62 einfügen:

Plakette einführen und die notwendige Nachrüstung von Baumaschinen, Dieselloks und Binnenschiffen mit Stickoxiddkatalysatoren und Rußfiltern fördern. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

Begründung

Die Einführung der Blauen Plakette allein wird die Luftverschmutzung nicht ausreichend reduzieren, es sind weitere Maßnahmen bei anderen Verkehrsträgern und Maschinen nötig, dies machen wir somit deutlich.

Unterstützer*innen

Sascha Maier (Uckermark KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Esther Welter (Ammerland KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-UN-01-062-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 62 einfügen:

Plakette einführen. Hinzu kommt auch die Belastung der Luft in Wohnungen und Büros in denen wir uns die meiste Zeit des Tages aufhalten. Gesundheitsschädlicher chemischer Brandschutz in Teppich, Biozid-Altlasten aus Holzschutzmitteln, Weichmacher in Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen oder Emissionen aus Laserdruckern belasten die Luft in unseren Räumen und gefährden so unsere Gesundheit. Wir wollen daher in einer Technischen Anleitung Innenraumluft verbindliche Grenzwerte für die Luftqualität in Räumen festlegen und so Gesundheitsrisiken ausschließen. Wir fördern Luftschadstoffmessungen und Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand begleitend zur energetischen Sanierung, um die gesundheitlichen Folgen jahrzehntelangen chemischen Holzschutzes im Bausektor abzumildern. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

Begründung

Die Belastung der Innenraumluft mit verschiedenen Schadstoffen ist ein nicht zu unterschätzendes Problem mit vielen Facetten. Wir machen so deutlich, dass wir uns auch dieser Aufgabe stellen und auch in Wohnungen, Büros und anderen geschlossenen Räumen für gesunde Luft sorgen wollen.

Unterstützer*innen

Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

UK-UN-01-062-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 62:

Plakette einführen. ~~Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.~~ Wir streben an, dass bis 2025 im Durchschnitt in deutschen Städten mindestens 50% der Beförderungsleistung mit dem ÖPNV oder per Fahrrad bewältigt werden. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

Begründung

Im Verkehrsbereich fehlt bisher im Programm eine klare Zielvorgabe, die auch Widerspruch hervorruft und neue Diskurse und neue Bilder im Kopf provoziert. Wenn wir Angst vor den Widerständen haben, die solche Ziele hervorrufen, können wir gleich einpacken. Darum mit Mut in die Zukunft! Für eine wirkliche Verkehrswende, die nicht nur den Antrieb der Auto ändert, sondern eine bessere und ökologisch nachhaltige Mobilität schafft. Denn auch das Elektroauto verbraucht viel knappen Platz in der Stadt, produziert beim Bremsen und Rollen Feinstaub - und bei höheren Geschwindigkeiten auch Lärm.

50% Beförderungsleistung mit ÖPNV und Fahrrad sind ein Wert, den Städte wie Münster heute schon annähernd erreichen (zumindest bei den Wegen sind ca. 50% auf diese Verkehrsträger verteilt.) Und Großstädte wie Kopenhagen sind noch erfolgreicher, wie die ZEIT berichtet: "Mehr als die Hälfte der Einwohner fährt mit dem Rad zur Arbeit oder Schule! Vor allem, weil es schneller ist. Bei den Pendlern, die aus dem Umland in die Stadt fahren, liegt die Quote bei 37 Prozent. ..."

Das Fahrrad ist im Kommen – und mit dem E-Fahrrad werden auch hügelige Städte für das Fahrrad attraktiv. Und die Folgen sind und wären positiv: Bessere Luft, mehr Platz für Grünflächen, zum Aufenthalt und zur Begegnung in der Stadt und zum Spielen für Kinder, weniger Lärm und mehr Ruhe, also insgesamt weniger Stress und mehr Glück.

Erreichbar ist das sicher durch eine Rahmengesetzgebung, die es Städten erleichtert, Autos weitgehend aus den Innenstädten zu verbannen oder die Automobilnutzung entscheidend zu verteuern, Parkplätzen in Radwege umzuwandeln, preiswerten Wohnraum in Städten sicherzustellen, Fördermittel für alternative Infrastrukturen bereitzustellen. Über die Mittel will dieser Antrag aber nicht befinden – der richtige politische Weg ist sicher komplex. Aber ohne ein klares, provozierendes Ziel und eine Vision einer menschenfreundlichen Stadt wird uns der Wahlkampf für einen anderen Verkehr schwer fallen.

UK-UN-01-062-4 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 62 einfügen:

Plakette einführen, die Nutzung emissionsfreien Verkehrs fördern und die Einhaltung von strengen Luftreinhaltungsnormen konsequent einfordern. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

Begründung

Blaue plakette alleine reicht nicht. Insbesondere in Großstädten sind es Grüne, die auf weniger verkehr, emissionsfreien Verkehr und Konsequenzen bei Überschreitungen von Schadstoffgrenzwerten pochen. Dann sollte das auch im Programm stehen.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Leitner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Christoph Schröder (München KV); Christian Smolka (München KV); Andrea Bachmaier (München KV)

UK-UN-01-062-5 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 62 einfügen:

Plakette einführen. Ob chemische Brandschutzmittel in Teppichen, Biozid-Altlasten aufgrund von chemischem Holzschutz beim Hausbau, Weichmacher in Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen oder Emissionen aus Laserdruckern, gesundheitsgefährdende Stoffe belasten die Luft in unseren Wohnungen und Büros. Wir fördern anlassbezogene Luftschadstoffmessungen für Innenräume, Schadstoffsanierungen im Gebäudebestand und wollen bestehende Gesetze anpassen, um Betroffene nicht mit den gesundheitlichen und finanziellen Folgen alleine zu lassen. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

Begründung

Aufgrund fehlender Erkenntnisse wurden u.a. im Bereich des chemischen Holzschutzes jahrzehntelang Stoffe verbaut und bis heute werden Produkte genutzt, die in Innenräumen zu einer erheblichen gesundheitlichen Belastung führen. Diesem Problem müssen wir Grüne uns annehmen.

UK-UN-01-065 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 65 einfügen:

Industrialisierung der Landwirtschaft überlastet unsere Böden mit Gülle und umweltschädlichen Pestiziden,

UK-UN-01-066 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 66 einfügen:

entwässert und verdichtet sie. Durch Wasser- und Winderosion gehen zudem große Mengen an fruchtbarer Ackerkrume verloren. So können sie ihre wichtige Funktion für einen

Begründung

Fachliche Konkretisierung, die Bedrohung erfolgt nicht nur durch Gülle und Pestizide, sondern durch immer größere Flächen und Anbau bestimmter Kulturpflanzen wie Mais, bei denen im Winter der Boden nicht begrünt ist, kommt es zu starken Humusverlusten durch Erosion.

Unterstützer*innen

Wera Eiselt (Frankfurt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV)

UK-UN-01-069 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 69 einfügen:

wieder freigelegt werden. Wir streben das Null-Hektar Ziel an. So stoppen wir den Flächenfraß.
Hektarweise liegen alte

Begründung

Unser Siedlungswesen mit einer ungebremsten Flächeninanspruchnahme für Gewerbe und Wohnen ist einer der Hauptgründe weshalb die selbstgesteckten Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung nicht erreicht werden können. (siehe auch FH-BW-01 Z.64f und ÄNDERUNGSANTRAG ZU UK-01 Z. 41-45)

UK-UN-01-069-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 69 bis 71 löschen:

wieder freigelegt werden. So stoppen wir den Flächenfraß. ~~Hektarweise liegen alte Industrieflächen brach, die man noch nutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen.~~

Begründung

Alte Industrieflächen sind oftmals Standorte bzw. Lebensräume von gefährdeten Tieren und Pflanzenarten, die in den Siedlungsräumen, sowie in den Agrarwüsten keinen Platz finden. Diese als grundsätzlich „wertlos“ darzustellen, ist schlicht falsch. Der hier erweckte Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung auf alten Industrieflächen führt dazu, dass es nur noch da Entwicklungen geben kann, wo solche Flächen vorhanden sind. Diese indirekte Entwicklungslenkung wirft ein falsches Licht auf die Problematik. Die Handhabungen der Landesplanungsbehörden für die Kommunen sollten in den Fokus der Argumentation kommen, da diese immer die Grundlage des Flächenverbrauches sind (Gewerbe- und Wohnbauflächen etc.) . Ein weiteres Mittel um Flächenverbrauch zu stoppen bzw. verantwortungsvoll damit umzugehen ist, eine zwingende Ausgleichspflicht und eine Quote von 1 zu 2 oder höher festzulegen und die Überwachung der Umsetzung zu gewährleisten in Verbindung mit dem behaupteten/angestrebten Effekt.

UK-UN-01-070 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 70:

Industrieflächen brach, die man ~~noch nutzen~~ wiedernutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche

Begründung

Es geht um schon mal für Gewerbe genutzte Flächen, die wieder neu genutzt werden.

UK-UN-01-071 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (Bochum KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 71 einfügen:

Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen. Dafür werden wir Grüne einen Sonderfonds für Kommunen in Höhe von 1 Mrd. Euro auflegen, womit alte Industrie- und Brachflächen für die wirtschaftliche Nutzung reaktivierbar gemacht oder entsiegelt werden können.

Unterstützer*innen

Wolfgang Rettich (Bochum KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Karsten Finke (Bochum KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sophie Harper (München KV); Antje Westhues (Bochum KV); Martin Becker (Mainz KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Raphael Tamburro (Bochum KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Daniel Grix (Stuttgart KV)

UK-UN-01-071-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 71 einfügen:

Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen.

Ein großes Problem für die Böden ist die Verdichtung durch schwere Maschinen der industriellen Landwirtschaft. Dadurch gelangt immer weniger Luft in den Boden, was wiederum die Wasseraufnahme erschwert. Organismen werden dadurch zerstört und ganze Felder stehen unter Wasser. Um das zu ändern, wollen wir die Nutzung schwerer Maschinen in der Landwirtschaft einschränken.

UK-UN-01-083 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 83:

Schwalbe keine ~~Mücke~~Insekten, sind auch ihre Tage gezählt. So löschen wir die "Festplatte" unserer

Begründung

Lasst die Schwalben Insekten fressen. Zudem sind Mücken von dem beschriebenen Problem eher unterdurchschnittlich betroffen.

UK-UN-01-083-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 83:

Schwalbe keine Mücke, sind auch ihre Tage gezählt. So löschen wir ~~die "Festplatte"~~ im "Betriebssystem" unserer

Begründung

Das Verschwinden von Arten ist nicht mit dem löschen einer Datei zu vergleichen, da jede Art ein aktiver Beitrag zu den komplexen Abläufen des Ökosystems Erde ist. Somit löschen wir im Betriebssystem der Erde herum, ohne auch nur eine Ahnung zu haben was dies alles auslöst. Die uns bekannten und gut sichtbaren Arten sind vermutlich für die Öffentlichkeit als „Sinnbild“ gut zu verwenden, aber die wirklichen Bedrohungen gehen vermutlich von unscheinbareren Lebensformen wie z.B. Pilzen aus. So führt der dem Ulmensplintkäfer anhaftende aus Nordamerika eingeschleppte Pilz, zum Absterben der Ulmen in Europa, sowie aktuell ein Pilz für das gerade stattfindende „Aussterben“ der Eschen verantwortlich ist (Bestandsrückgänge von 99% durch Spitzendürre aktuell prognostiziert).

UK-UN-01-087 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 87 einfügen:

Wir Grünen setzen dagegen auf konsequenten Natur- und Artenschutz, den wir auch mit den rechtlichen und finanziellen Mitteln ausstatten. Damit erhalten wir nicht

Begründung

Entscheidend bei der Bewahrung der Schöpfung ist der Weg. Der sieht in unserer Gesellschaftsordnung so aus, dass das Schutzgut auch mit den entsprechenden Rechten ausgestattet wird und es auch Personen geben muss, die dieses Recht auch einklagen können. Dabei ist für „Waffengleichheit“ und Transparenz zu sorgen, damit nicht alle Bemühungen auf dem Papier zwar gut aussehen, in der Praxis aber keinerlei Effekte zeigen. So wie die Jagdverbote in Südeuropa auf Singvögel, die hier mit viel Aufwand geschützt werden und dort einfach aus „Tradition“ „gefressen“ werden, ohne das dort trotz vorhandener rechtlicher Möglichkeiten die Behörden tätig werden. Die Untätigkeit von Behörden in Sachen Umweltschutz ist einer der wesentlichen Ursachen für den schlechten Zustand der Lebensräume in Deutschland und auf der Welt.

UK-UN-01-090 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Nach Zeile 90 einfügen:

Um die biologische Vielfalt zu schützen werden wir dafür sorgen, dass bestehende Gesetzgebung im Naturschutzbereich konsequent umgesetzt, und wo nötig, an die Erfordernisse des Naturschutzes angepasst wird. Weiterhin werden wir internationale Konventionen wie das Übereinkommen über die biologische Vielfalt umsetzen.

Begründung

Der Absatz ist wenig konkret und sagt bislang nicht, was getan werden soll. Umsetzung bestehender Gesetzgebung und Konventionen ist das mindeste.

Unterstützer*innen

Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Stefan Hintsche (München KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Robin Luge (Harz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dirk-Claas Ulrich (Göttingen KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Regine Drewniak (Göttingen KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV)

UK-UN-01-092 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 92 bis 93:

letzten wilden Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. ~~Wir Grünen~~ Neben traditionellen Kulturlandschaften wie z.B. Heidelandschaften oder bunten Orchideenwiesen, die auf eine extensive Bewirtschaftung angewiesen sind, wollen ~~stattdessen~~ wir Grünen daher auch Wildnis ~~zulassen~~ in Wäldern, Mooren und ~~schützen~~ Wälder, Auen wieder zulassen. die sich wieder zu Urwäldern entwickeln. So wie in

Begründung

In den Naturschutzverbänden gibt es z.T. verbissene Kontroversen zwischen Anhängern der "Wildnis" und der kulturabhängigen Lebensräume. Wir sollten als Grüne den Eindruck vermeiden, dass wir einseitig Position für die Wildnis beziehen. Auch sollten wir klarstellen, dass "Wildnis" auch außerhalb von Wäldern z.B. in Auen oder Mooren möglich ist.

Die bisherige Praxis der Eingriffsregelung muss teilweise überprüft werden, da viele Eingriffe nur auf dem Papier ausgeglichen werden, bzw. teure Ausgleichsmaßnahmen nicht den geplanten und erhofften Sinn für die Natur erbringen. Hierbei kann der "größte Nutzen" noch zu klein sein, um einen echten Ersatz für die Eingriffe zu bewirken.

Unterstützer*innen

Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Jan Berz (Lüneburg KV); Resy de Ruijscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Amelie Berg (Kiel KV); Roland Mauden (Erfurt KV)

UK-UN-01-092-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 92 bis 99:

letzten wilden Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. ~~Wir Grünen wollen stattdessen Wildnis zulassen und schützen Wälder, die sich wieder zu Urwäldern entwickeln. So wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo unsere Landesregierungen zwei neue Nationalparks erkämpft haben. Natur hat für uns auch dann einen Wert, wenn dieser nicht in Euro und Cent ausgedrückt werden kann. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Bei Eingriffen in die Natur werden wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die Natur und den Naturschutz finanziert wird. Wir unterstützen die Einrichtung von weiteren Nationalparks, so sie vor Ort gewünscht sind. Entscheidend für die Artenvielfalt aber ist, was auf der großen Fläche passiert. Staatswald- und Kommunalwaldbetriebe werden verpflichtet, integrative Waldnaturschutzkonzepte zu erstellen. Kommunen erhalten hierfür einen finanziellen Ausgleich. Auch die flächenmäßig bedeutsamen Privatwälder bieten über ganz Deutschland hinweg oft wichtige Rückzugsgebiete für bedrohte Arten. Die privaten Waldbesitzer werden durch entsprechende forstliche Beratung und finanzielle Förderung dabei unterstützt über eine naturnahe, integrative Waldwirtschaft diese Lebensräume zu erhalten und weiter zu verbessern.~~

Begründung

Über 1/3 unserer Landesfläche ist mit Wald bedeckt. Eine naturnahe Forstwirtschaft trägt mit der Produktion des nachwachsenden Rohstoffes Holz aktiv zum Klimaschutz bei und kann als Sinnbild für nachhaltiges Wirtschaften gelten. Grüne Waldpolitik darf sich daher nicht nur auf die Forderung beschränken, Waldflächen stillzulegen und neue Nationalparks einzurichten.

Es gilt vielmehr, die naturnahe, integrative Forstwirtschaft auf großer Fläche zu fördern.

Unterstützer*innen

Christian Kaiser (Miesbach KV); Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Robert Wiechmann (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Markus Ganserer (Nürnberg-Stadt KV); Dorothea Deutsch (Miesbach KV); Irmgard Metz (Miesbach KV); Antje Wagner (München-Land KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Fred Langer (Miesbach KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Kevin Klüglein (Coburg-Stadt KV); Michael Dorant (Coburg-Stadt KV); Wolfgang Weiß (Coburg-Stadt KV)

UK-UN-01-093 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 93:

Wildnis ~~zulassen~~ in Wäldern, Mooren und ~~schützen Wälder, die sich~~ Auen wieder ~~zu Urwäldern~~ entwickeln zulassen. So wie in

Begründung

Wildnis ist nicht nur in Wäldern, sondern auch in Mooren oder Auen möglich und wünschenswert.

UK-UN-01-097 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 97 einfügen:

künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Für unseren Siedlungs- und Infrastrukturbedarf kann durch Umnutzung und Nachverdichtung ausreichend Platz gefunden werden. Bei Eingriffen in die Natur werden

Begründung

Unser Siedlungswesen mit einer ungebremsten Flächeninanspruchnahme für Gewerbe und Wohnen ist einer der Hauptgründe weshalb die selbstgesteckten Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung nicht erreicht werden können. (siehe auch FH-BW-01 Z.64f und ÄNDERUNGSANTRAG ZU UK-01 Z. 41-45)

UK-UN-01-097-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 97 bis 99:

künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. ~~Bei Eingriffen in die Natur werden wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die Natur und den Naturschutz finanziert wird.~~ Die Auswirkungen von Eingriffen in die Natur sollen minimiert und die Ausgleichsmöglichkeiten und -regelungen so gestaltet werden, dass sie einen echten Ersatz für die Eingriffe darstellen.

Begründung

Bei der Eingriffsregelung soll ein echter fachlicher Ausgleich angestrebt werden, der "größte Nutzen"

bedeutet nicht unbedingt den angestrebten funktionellen Ausgleich

UK-UN-01-097-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 97 einfügen:

künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten, um auch artenreiche Kulturlandschaften zu erhalten. Bei Eingriffen in die Natur werden

Begründung

Naturschutz soll nicht nur Wildnisflächen sondern Naturlandschaften (Biosphärenreservate) umfassen.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-UN-01-099 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 99:

den Naturschutz ~~finanziert~~gewährleistet wird.

Begründung

Durch den Ausgleich soll kein Geld verdient werden, sondern die Funktionalität des Naturhaushalts wiederhergestellt werden.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Christina Wendt (Jena KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV)

UK-UN-01-099-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 99 einfügen:

den Naturschutz finanziert wird.

Wir wollen Lebensräume für Tiere und Pflanzen durch strategische Planung stärker (wieder-)vernetzen. Beim Aus- und Neubau von Verkehrswegen sowie im Bestand wollen wir verstärkt Grünbrücken und vergleichbare Maßnahmen umsetzen.

Begründung

Für eine Erhaltung und Inwertsetzung der natürlichen Lebensräume sind nicht nur Nationalparke wichtig. Gerade Straßen und Schienen sind oftmals Barrieren und Kompensationsmaßnahmen wie Grünbrücken werden noch viel zu selten umgesetzt.

UK-UN-01-099-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 99 einfügen:

den Naturschutz finanziert wird. Wir setzen uns dafür ein, das "Grüne Band" an der ehemaligen innerdeutschen Grenze als Natur- und Erinnerungslandschaft in ganzer Länge zu schützen, wie unsere Landesregierung in Thüringen es schon voran treibt.

Begründung

Das "Grüne Band" ist der größte länderübergreifende Biotopverbund Deutschlands und Teil des Nationalen Naturerbes. Sein Schutz ist bereits in mehreren Koalitionsverträgen auf Bundes- wie auf Landesebene verankert.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Julia Ströbel (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Lutz Jacob (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-UN-01-101 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 101 bis 102:

Stetig steigt die Müllflut. ~~Einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass sie nicht reparierbar sind. Damit schaden sie der Umwelt und den Verbraucherinnen und Verbrauchern.~~ Viele Produkte wie Plastiktüten und Einweg-Kaffeebecher werden nur kurz genutzt und dann weggeworfen.

Begründung

Die Reparierbarkeit von Produkten passt besser in das Kapitel zum Verbraucherschutz.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Esther Welter (Ammerland KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

UK-UN-01-101-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 101 bis 102:

Stetig steigt die Müllflut. **Einige** Durch eine allmähliche Qualitätsverschlechterung von Geräten entsteht eine Spirale zu immer minderwertigerer Ware, schnellerem Verschleiß und höherem Ressourceneinsatz; und einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass sie nicht reparierbar sind. Damit schaden sie der Umwelt und den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wir setzen uns dafür ein, längere Lebensdauern von Produkten zu fördern und dadurch zu einer Schonung der Ressourcen beizutragen.

Begründung

Siehe **Beschluss** „Nachhaltig produzieren: Langlebige und reparaturfreundliche Produkte schonen Umwelt und Geldbeutel“ auf der 40. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Münster, vom 11.-13. November 2016.

Unterstützer*innen

Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Claudia Weigel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Ilse Fürnkranz-Deroua (Main-Tauber KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Schäfer (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

UK-UN-01-101-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 101:

Stetig steigt die ~~Müllflut~~Müllmenge. Einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass sie nicht

Begründung

Die populistische und inflationäre Verwendung von biblischen Teilbegriffen von Plagen wie Flut, macht die Argumentation angreifbar, da die Dimensionierung im verwendeten Begriff eingeschlossen ist. Gleichzeitig wird die Unabwendbarkeit darin mit definiert und das widerspricht dem angegebenen Lösungsansatz.

UK-UN-01-105 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 105 bis 106:

Ressourcen geschützt werden. Mit einer Ressourcenabgabe für ~~die~~ Produzenten ~~wollen wir eine echte Kreislaufwirtschaft fördern~~ und Imorteure finanzieren alle, die Ressourcen nutzen, die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die Kosten des

Begründung

Vermeidet „zahlen“ und ordnet die Kosten besser zu

UK-UN-01-105-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 105:

Ressourcen geschützt werden. Mit einer Ressourcenabgabe für auf Produkte, die Produzenten besonders wichtige Ressourcen enthalten, wollen wir eine

Begründung

Wenn Produzenten und nicht Produkte besteuert werden, droht die Produktion ins Ausland abzuwandern. Dann würden die ressourcenintensiven Produkte weiter hergestellt, konsumiert und weggeworfen. Es ist deshalb deutlich effektiver, die Produkte zu besteuern, nicht die Produzenten.

UK-UN-01-105-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 105 bis 107:

Ressourcen geschützt werden. Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzenten wollen wir **eine echte Kreislaufwirtschaft** einen Anreiz für Ressourcenschutz setzen und Effizienzmaßnahmen fördern. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten **des Recyclings** ihrer Gewinnung mitbezahlen. Auch heute noch wird Abfall nicht ausreichend in den Kreislauf

Begründung

Mit einer Ressourcenabgabe wollen wir jene belohnen, die bei der Produktion von Gütern Ressourcen hocheffizient einsetzen. Dies hat nur bedingt etwas mit Kreislaufwirtschaft zu tun.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Esther Welter (Ammerland KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

UK-UN-01-108 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Frank-Christian Baum (Hannover RV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 108 einfügen:

zurückgeführt. Die Befreiung von der EEG-Umlage für die Produktion von Einwegflaschen und sonstigen Verpackungsmitteln aus Kunststoffen wird aufgehoben. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle Verwertungsquoten festschreibt,

Begründung

Es kann nicht sein, dass die Produktion von Verpackungen aus Kunststoff und Einwegflaschen von der EEG-Umlage befreit ist, weil sie so energieaufwändig ist. Das kommt einer Förderung von Kunststoffverpackungen und Einwegflaschen gleich, etwas, was wir GRÜNEN nicht wollen.

Unterstützer*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Helmut Lauterwasser (München KV); Werner Weindorf (München KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV)

UK-UN-01-108-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Mannheim

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 108 einfügen:

zurückgeführt. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle Verwertungsquoten festschreibt und den Kommunen die Organisationshoheit über die Werstoffsammlung zurückgibt,

Begründung

In Mannheim erleben wir gerade welche negativen Auswirkungen es hat, dass die Organisationshoheit im Bereich des Abgals teilweise privatisiert wurde. Die Abholung kann durchaus privatwirtschaftlich durchgeführt werden, aber wie das Ganze geschieht und unter welchen Bedingungen muss zukünftig im Bereich der Wertstoffe wieder in die Entscheidungsbefugnis der Kommunen liegen.

UK-UN-01-109 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 109 einfügen:

machen wir Haus- und Gewerbemüll zu einer Quelle für Neues. Dabei sehen wir die Verantwortung für die Abfallsammlung bei den Kommunen. Wir wollen eine

Begründung

Das neue Wertstoffgesetz der Großen Koalition beinhaltet mehrere Fallstricke für die kommunale Müllsammlung und – verwertung, die dazu führen, dass Teile der lukrativen Verwertung von Metallen, Papier, Pappe und Kartonagen privatisiert werden können. Die Privatunternehmen aus dem Dualen System, das ohnehin schon schlecht funktioniert, bekommt eine Hand auf einen größeren Teil des Mülls. Gerade in Kommunen, in denen das Recycling bisher vorbildlich und in kommunaler Hand funktioniert, wird das dazu führen, dass die Gebühren für die hoheitliche Aufgabe der Restmüllentsorgung die Gebühren erhöhen müssen.

Auf Initiative Grüner Minister*innen in den Ländern beschloss der Bundesrat Anfang 2016 Eckpunkte für ein - aus der Sicht der Kommunen - deutlich besseres Wertstoffgesetz. Eckpunkt 1 ist dabei die Organisationsverantwortung der Kommunen für die Erfassung und Sammlung von Verpackungen und stoffgleichen Nicht-Verpackungen.

Das sollte eine Mindestforderung für den Bundestagswahlkampf sein. Da kommunale Dienstleistungen einen hohen Wert für die Menschen haben, sollte dies im Wahlprogramm erwähnt werden. Unsere Formulierung ist etwas verständlicher als die des Bundesrats. Sie ist im Prinzip offen für eine Rekommunalisierung, die der Bundesratsbeschluss ganz explizit nicht bezweckt, fodert das aber auch nicht offensiv ein.

Unterstützer*innen

Kerstin Dehne (München KV); Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Haberzettl (Miesbach KV); Robert Wiechmann (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Manfred Schmid (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Klaus Koch (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Rudi Seibt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothea Deutsch (Miesbach KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Holger Lange (München-Land KV); Sina Doughan (Miesbach KV)

UK-UN-01-111 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 111 einfügen:

schaftt und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert. Denn endliche Ressourcen sind irgendwann "zu Ende" - zukunftsfähig ist eine Wirtschaft, die sie recyceln kann.

Begründung

Das ökonomische Argument sollte man nicht auslassen.

UK-UN-01-111-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Ortsverband Herten

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 111 einfügen:

schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert.

Selbstverständlich müssen unnötige Müllberge auch effektiv verhindert werden. Wir setzen uns deswegen für ein Verbot von Einwegplastikflaschen und für deren Ersatz durch Mehrwegflaschen ein. Damit wollen wir den jährlichen 500.000 Tonnen schweren Müllberg von 17 Milliarden Einwegplastikflaschen um mehr als 90% reduzieren.

Begründung

Bereits 2009 veröffentlichten die Ökotoxikologen Wagner, M. und Oehlmann, J. ihre wissenschaftliche Arbeit mit dem Titel „Endocrine disruptors in bottled mineral water: total estrogenic burden and migration from plastic bottles“. In dieser Studie weisen sie nach, dass Getränke (in diesem speziellen Fall Mineralwasser) massive Kontaminationen durch hormonähnlich wirkende Stoffe aufweisen und somit hormonell betrachtet die „Qualität von Kläranlagenabwasser“ besitzen.¹ 2013 bewies Wagner zudem, dass offensichtlich noch zusätzliche, aktuell noch unbekannte hormonähnlich wirkende Stoffe auslaugen.²

Hierbei sei angemerkt, dass es mittlerweile viele Studien gibt, welche die zusätzlichen hormonähnlichen Belastungen (vor allem die durch Plastik) mit der immer früheren Geschlechtsreife von Kindern und Jugendlichen in Verbindung bringen. Es ist also anzunehmen, dass Plastikflaschen besonders den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft direkt schaden.

Während jedoch dickwandige Plastikflaschen zumindest für den Mehrweg genutzt werden (bis zu 25 mal), werden Weichplastikflaschen nach einmaliger Benutzung vernichtet. Die deutsche Umwelthilfe legte folgende Zahlen für Einwegflaschen dar³:

- 17 Milliarden Einweg-Plastik-Flaschen werden in Deutschland pro Jahr verbraucht
- dies verursacht 1,25 Millionen Tonnen CO₂
- 500.000 Tonnen Kunststoff werden an Müll produziert
- die Produktion verschlingt 665.000 Tonnen Rohöl
- benötigt werden dafür 11 Milliarden Kwh an Energie
- die Quote an Einwegflaschen steigt beständig an (aktuell circa 54%)

Es ist somit für Umwelt, Klima und Gesundheit zwingend nötig, den Plastikflaschen den Kampf anzusagen. Ein generelles Verbot von Plastikflaschen ist bereits aus praktikablen Gründen kaum umzusetzen. Dünnwandige Weichplastikflaschen hingegen sind weder notwendig, noch haben sie abseits des Gewichtes irgendwelche Vorteile. Die Gewichtszunahme jedoch beläuft sich bei einer 1,5 Liter Hartplastikflasche auf circa 38 Gramm (~30g zu ~68g) und ist somit, ohne jeden Zweifel, auch als Sechserpack jedem Konsumenten zumutbar.

1<http://www.muk.uni-frankfurt.de/38673393/047>

2<http://www.rundschau-online.de/magazin/trinken-aus-plastikflaschen-leitungswasser-ist-immer-erstewahl-3078224>

3http://www.duh.de/mehrweg_klimaschutz0/einweg-plastikflaschen/

UK-UN-01-111-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 111 einfügen:

schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert, einerseits aus ökologischen Gründen, andererseits weil wir nicht bereit sind, Kriegseinsätze zu verantworten, um die Rohstoffversorgung Europas zu sichern.

Begründung

Wir Grüne sollten als Aufklärungspartei auf Zusammenhänge aufmerksam machen, die meist gern ignoriert werden. Der Grund für die Aufrüstungswünsche der Bundesregierung und die Rüstungsanstrengungen anderer westlicher Industriestaaten ist sicher nicht der Wunsch, mit unseren Soldaten Brunnen zu bauen und Entwicklungshilfe zu leisten. Die Ressourcen in unserer Welt werden knapper – auch weil neue Industrienationen wie China auch etwas davon abhaben möchten und leicht erschließbare Rohstoffvorkommen schon ausgeplündert sind. Ein Beispiel: Bei vielen Metallerzen wie Kupfer sinkt der Metallgehalt seit Jahren kontinuierlich, was immer mehr Umweltzerstörung für ein Kilogramm reines Metall bedeutet. Gleichzeitig steigen aber die Preise, was gute Geschäfte für (oft westliche) Minenunternehmen bedeutet, die in der ganzen Welt investieren und Umwelt zerstören. Und deren Geschäfte sichern unsere Regierungen eben auch mit Soldaten, die dann zur Bildung von „Sicherheitspartnerschaften“ und „Ausbildungsmissionen“ oder „Friedensmissionen“ in rohstoffreiche, aber arme und schlecht regierte Länder gehen, wo es manchmal eben auch Konflikte gibt – und schwupps ist der nächste Kriegseinsatz da. Natürlich sind nicht alle Auslandseinsätze verwerflich – aber wir sollten kritikfähig bleiben und erklären, wovon unser Wohlstand eben auch noch abhängt – und wie wir uns unabhängiger machen können.

UK-UN-01-111-4 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 111 einfügen:

schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert. Wir setzen uns dafür ein, dass wir mit immer weniger Rohstoffen auskommen, auch bei der Digitalisierung. Wir können uns den Rohstoffverbrauch auf dem derzeitigen Level nicht mehr leisten.

Begründung

Der tatsächlich stattfindende Raubbau an der Natur und damit auch an unseren Lebensgrundlagen, wird auch wesentlich durch den Rohstoffverbrauch angetrieben. Dabei spielen auch die benötigten Rohstoffe für die Bauindustrie aber auch der Digitalisierung mit ihren Endgeräten eine gewichtige Rolle. Auch diesen Motor der Zerstörung müssen Grüne im Blick haben.

UK-UN-01-115 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 115 bis 116:

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. ~~Damit unsere Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreichen, richten wir das Düngerecht an ihrem Schutz aus.~~ Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten und umsetzen, dass unsere Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreichen. Wir zeigen dem unnötigen

Begründung

Die Einschränkung auf das Düngemittelrecht vernachlässigt die weiteren wichtigen rechtlichen Rahmenbedingungen zum Gewässerschutz.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV)

UK-UN-01-116 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 116 bis 120:

Zustand erreichen, richten wir das Düngerecht an ihrem Schutz aus. ~~Wir zeigen dem unnötigen Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die rote Karte und unterstützen die Entwicklung umweltverträglicher Kunststoffe. Hersteller von problematischen Medikamenten, Chemikalien und Pestiziden wollen wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu beseitigen.~~ Wir machen uns für eine internationale Plastikkonvention zur Verringerung von Plastikmüll stark, fördern innovative Projekte zur Abfallvermeidung, zeigen dem unnötigen Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die rote Karte und unterstützen die Entwicklung abbaubarer Kunststoffe

Begründung

Anpassung des Projekts entsprechend des ÄA zu Müll im Meer Zeilen 42 - 43.

Unterstützer*innen

Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

UK-UN-01-117 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 117 bis 118:

Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die rote Karte und unterstützen Forschung und Umsetzung, damit die ~~Entwicklung umweltverträglicher Kunststoffe~~ Meere wieder kunststofffrei werden können.
Hersteller von problematischen Medikamenten,

Begründung

Ein Ersatz allein durch sogenannte abbaubare Kunststoffe greift nicht weit genug, zudem halten diese das Versprechen der Abbaubarkeit oft nicht ein, enthalten doch oft noch synthetische Kunststoffe und stören die bestehende Recyclingkette .

Deshalb muss vorrangig die Forschung zum Problem vorangetrieben werden und Umsetzungsstrategien entwickelt werden.

Der Eintrag von Kunststoffen in die Meere ist zum Teil ein Abfallproblem: Fischernetze, Plastiktüten und Kunststoffflaschen belastet über Jahrhunderte unsere Meere. Für Seevögel und Meeressäuger hat dieser Müll oft tödliche Folgen. Der andere Teil, das Mikroplastik ist teilweise das Zerfallsprodukt des Plastikmülls, teilweise Mikroplastik aus kosmetischen Produkten und Reinigungsprodukten, aber auch aus dem Waschen und Tragen von synthetischen Textilien und dem Abrieb von Reifen.

Links:

<https://www.oceancare.org/de/unsere-arbeit/meeresschutz/plastikverschmutzung/reduce-remove-rescue/?gclid=CMTw3ZzjtdMCFcyRGwodqd0NGA>

<http://www.euwid-wasser.de/news/international/einzelansicht/Artikel/studie-abwasser-haupt-eintragsweg-fuer-mikroplastik.html>

UK-UN-01-118 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 118:

Entwicklung umweltverträglicher ~~Kunststoffe~~Ersatzstoffe. Hersteller von problematischen Medikamenten,

Begründung

Kunststoffe sind nichtnatürliche Stoffe, die von der Natur kaum zersetzt werden können. Darum sollten sie so weit wie möglich vermieden und durch umweltfreundliche Stoffe ersetzt werden.

UK-UN-01-119 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 119 einfügen:

Chemikalien, Stoffen und Pestiziden wollen wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu

Begründung

Um auch eine umfassendere Definition von denjenigen zu haben, die für ihre von ihnen verursachten Schäden aufkommen sollen, ist die Ergänzung mit einem anpassungsfähigen Begriff notwendig.

UK-UN-01-119-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 119 einfügen:

Chemikalien und umweltschädlichen Pestiziden wollen wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu

UK-UN-01-120 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 120 einfügen:

beseitigen. Hierzu wollen wir eine Abgabe auf Pestizide und umweltschädigende Chemikalien einführen.

Begründung

Vorschlag das Programm hier zu konkretisieren

Unterstützer*innen

Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV)

UK-UN-01-122 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 122:

~~Aus Abfall~~ Abfallmengen reduzieren und daraus Rohstoffe machen

Unterstützer*innen

Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Ilse Fürnkranz-Deroua (Main-Tauber KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Schäfer (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

UK-UN-01-124 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 124 einfügen:

mehr Recycling entscheidend. Deshalb sagen wir: Schluss mit der Verschwendung! Wir werden Reparaturen unterstützen durch einen verminderten Mehrwertsteuersatz und den verbesserten Zugang zu kostengünstigen Ersatzteilen. Die absichtliche Verringerung der Lebensdauer von Produkten werden wir strafrechtlich ahnden. Wir werden

Begründung

Siehe **Beschluss** "Nachhaltig produzieren: Langlebige und reparaturfreundliche Produkte schonen Umwelt und Geldbeutel" auf der 40. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Münster, vom 11.-13. November 2016

Unterstützer*innen

Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ilse Fürnkranz-Deroua (Main-Tauber KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Schäfer (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV)

UK-UN-01-125 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 125 bis 128:

ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringen, das ~~der Wiederverwendung Vorrang einräumt und die Müllverbrennung zu Dumpingpreisen in Kraft- und Zementwerken beendet. Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzenten werden wir eine Kreislaufwirtschaft fördern, die alle Wertstoffe in den Blick nimmt und die Ressourcen schont.~~ die Transformation in Wertschöpfungsketten ohne Rohstoffverbrauch einleitet. Damit die Preise die ökologische Wahrheit sprechen, werden wir gezielt unnötigen Ressourcenverbrauch besteuern und Recyclingtechnologie fördern. Wir begleiten die Veränderungen umfassend z.B. mit Maßnahmen der Arbeitsmarkt- oder Regionalpolitik. .

Begründung

Wenn Produzenten unbesteuert werden, droht die Produktion ins Ausland abzuwandern. Dann würden die ressourcenintensiven Produkte weiter hergestellt, konsumiert und weggeworfen. Es ist deshalb deutlich effektiver, den Ressourcenverbrauch zu besteuern. Außerdem sollte auch gezielt Recycling gefördert werden und der resultierende Strukturwandel abgefedert werden.

UK-UN-01-126 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 126 bis 128:

Müllverbrennung zu Dumpingpreisen in Kraft- und Zementwerken beendet. ~~Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzenten werden wir eine Kreislaufwirtschaft fördern, die alle Wertstoffe in den Blick nimmt und die Ressourcen schont.~~ Wir fördern eine Kreislaufwirtschaft, die alle Wertstoffe in den Blick nimmt, denn wir müssen den absoluten Rohstoffverbrauch unserer Konsumgesellschaft verringern. Dazu werden wir ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringen, das der Wiederverwendung endlich Vorrang vor der Müllverbrennung zu Dumpingpreisen einräumt, und mit einer Ressourcenabgabe die Produzenten belohnen, die unsere Rohstoffe schonen.

Begründung

Anpassung des Projekts entsprechend der Änderungen in den Zeilen 105 - 107.

Unterstützer*innen

Jens Bitzka (Bautzen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Müller (Essen KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Karola Westendorf (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Esther Welter (Ammerland KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

UK-UN-01-133 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 133 bis 138:

unseren Artenreichtum schützen. ~~Dazu werden wir den Naturschutz übergreifend in allen Politikbereichen verankern. Den Biotopverbund wollen wir bundesweit ausbauen und Wildnisgebiete aus der Nutzung nehmen. Einer der größten Artenkiller ist die industrialisierte Landwirtschaft, besonders der flächendeckende massive Einsatz von Gülle und Pestiziden. Wir werden deshalb Sofortmaßnahmen ergreifen, um ihn möglichst schnell einzudämmen.~~ Wir brauchen eine bundesweite Biotopverbundplanung analog zur Bundesverkehrswegeplanung. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten.

Begründung

Ein Biotopverbundkonzept gibt es bereits. Notwendig ist eine verbindliche Planung.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Karsten Kurth (Weimar-Stadt KV); Volker Holzendorf (Leipzig KV); Benjamin Fröhlich (Weimar-Stadt KV)

UK-UN-01-134 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 134 einfügen:

Politikbereichen verankern sowie finanziell und personell angemessen ausstatten. In Naturschutzgebieten sollen die Ziele des Naturschutzes Vorrang vor allen anderen Nutzungen haben. Den Biotopverbund wollen wir bundesweit ausbauen und

Begründung

Naturschutz funktioniert nur, wenn auch Mittel zur Verfügung stehen und Personen ihn umsetzen.

Daher sollten wir hier konkreter werden, sonst bleibt es eine Forderung auf dem Papier.

Bei Naturschutzgebieten ist es essenziell, dass wir Grüne Farbe bekennen und klarstellen, dass unserer Meinung nach in Naturschutzgebieten die Natur Vorrang vor allen anderen Nutzungsansprüchen haben muss - die Ausweisung eines Naturschutzgebietes unter Beibehaltung einer aktuell betriebenen intensiven Landwirtschaft ist Augenwischerei.

Unterstützer*innen

Wera Eiselt (Frankfurt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Imke Byl (Gifhorn KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Jan Berz (Lüneburg KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV)

UK-UN-01-134-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 134 einfügen:

Politikbereichen verankern und mit ausreichend Mitteln versehen. Den Biotopverbund wollen wir bundesweit ausbauen, Schutzgebiete ambitioniert umsetzen und managen und großflächige

Begründung

Um den Naturschutz in Deutschland und Europa voranzubringen, braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung. Wir müssen unseren europäischen und internationalen Verpflichtungen im Naturschutz nachkommen und ihre Umsetzung angehen.

Unterstützer*innen

Sascha Maier (Uckermark KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jens Kiebjieß (Harz KV); Andreas Müller (Essen KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dietlinde Bader-Glöckner (Karlsruhe-Land KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Katrin Gielow (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Meike Gäde (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stephanie Malek (Halle KV)

UK-UN-01-137 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Carlos Echegoyen (Bonn KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

Von Zeile 137 bis 138:

und Pestiziden. Wir werden deshalb Sofortmaßnahmen ergreifen, um **ihn möglichst schnell einzudämmen** die flächendeckende Vergiftung und Überdüngung unserer Landschaft zu beenden.

Unterstützer*innen

Martin Heyer (Bonn KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Konrad Hentze (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Arne Brach (München KV); Robert Wager (München KV); Peter Heilrath (München KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Benoît Blaser (München KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Hans Schwanitz (Köln KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Stefan Schmidt (Regensburg-Stadt KV); Stefan Hintsche (München KV)

UK-UN-01-138 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 138 einfügen:

einzdämpfen. So werden wir uns dafür einsetzen, als ersten Schritt das 5-Punkte-Programm des Umweltbundesamtes zum nachhaltigen Pflanzenschutz umzusetzen.

Begründung

Zu diesem Thema gibt es sehr fundierte und konkrete Forderungen des UBA, die wir als Konkretisierung aufnehmen sollten, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/377/publikationen/uba-positionspapier_5-punkte-programm_nachhaltigkeit_pflanzenschutz_web.pdf

Unterstützer*innen

Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Roland Mauden (Erfurt KV)

UK-UN-01-138-2 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV)

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 138 einfügen:

einzu-dämmen, auf eine Reform der EU-Agrarpolitik im Einklang mit der Natur zu drängen und einen eigenen Naturschutzfond fordern.

Begründung

In den letzten Jahrzehnten ist die Landwirtschaft vom Träger der Biodiversität zu einer ihrer größten Bedrohungen geworden. Die zunehmende Intensivierung und Industrialisierung der agrarischen Landnutzung ist dafür hauptverantwortlich. Um den Naturschutz in Deutschland und Europa voranzubringen, braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung. In der nächsten Förderperiode der GAP ab 2020 soll es nur noch öffentliches Geld für öffentliche Leistungen geben. Um den Naturschutz zu stärken, ist dann auch ein eigener Fond für Naturschutz notwendig.

Unterstützer*innen

Sascha Maier (Uckermark KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jens Kiebjieß (Harz KV); Andreas Müller (Essen KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Dietlinde Bader-Glückner (Karlsruhe-Land KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Katrin Gielow (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)

UK-UN-01-138-3 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Kreisverband Soest

Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu UK-UN-01

In Zeile 138 einfügen:

einzdämmen. Dazu wollen wir die „gute fachliche Praxis“ der Landwirtschaft definieren und somit den schleichenden Wandel zur Industrielandschaft umkehren und die Werte der ökologischen und nachhaltigen Bewirtschaftung stärken und verankern.

Begründung

Ohne die Definition der so genannten „guten fachlichen Praxis“ wird es keine Trendrichtungsumkehr geben. Dies zeigen die vergangenen 50 Jahre zweifelsfrei, in der das Artensterben rasant an Fahrt aufgenommen hat und dies auch immer noch tut. Ohne eine Zäsur gibt es da keine Änderung und diese ist Ziel der Grünen.

UK-GL-01-001 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel und ein Ende der Tierquälerei

Begründung

Der Titel bezieht sich bisher nur auf Lebensmittel, obwohl im Text ein eigener Abschnitt zu Tierschutz mit völlig anderen Themen auftaucht. Das ist sowieso schon verwirrend, mindestens der Titel sollte entsprechend angepasst werden.

UK-GL-01-001-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierleid

UK-GL-01-001-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 1 bis 8 löschen:

~~Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, die die Leistungen unserer Landwirtinnen und Landwirte würdigt und ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unsere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Eine Landwirtschaft, die die Würde unserer Mitgeschöpfe achtet und nicht Tiere durch Amputationen an die Industriehaltung anpasst. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit afrikanische Kleinbäuerinnen und Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten europäischen Agrarfabriken konkurrieren müssen.~~

Begründung

Löschen Zeile 1- 38

Alles ist in den Texten vorher schon gesagt. Die Wiederholung ist überflüssig und die „Beweihräucherung“ der Personengruppe, die für den Verlust der Biodiversität verantwortlich ist, ist nicht notwendig.

UK-GL-01-001-4 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

Titel

Ändern in:

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierleid

Begründung

Wir suchen eine Sprache, die Bäuerinnen und Bauern mitnimmt in unsere agrarpolitische Welt. Wenn wir sie als "TierquälernInnen" bezeichnen, stossen wir sie vor den Kopf.

Unterstützer*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Bea Böhlen (Rastatt/Baden-Baden KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Gerhard Bronner (Schwarzwald-Baar KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Christoph Trütken (Schwarzwald-Baar KV); Günther Martin (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Nicolá Lutzmann (Heidelberg KV); Annette Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Jörg-Otto Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV)

UK-GL-01-001-5 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 1 einfügen:

Unser Ziel ist eine vielfältige Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei gesundes

Von Zeile 5 bis 8:

schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. ~~Eine Landwirtschaft, und~~ die die Würde unserer Mitgeschöpfe ~~achtet und nicht Tiere durch Amputationen an die Industriehaltung anpasst~~ achtet. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit ~~afrikanische~~ Kleinbäuerinnen und ~~Kleinbauer~~ Kleinbauern weltweit nicht mit ~~hochsubventionierten europäischen~~ subventionierten Agrarfabriken konkurrieren müssen.

Begründung

Es sollte eine vielfältige Landwirtschaft sein und nicht eine monogame Agrarindustrie und die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sollten nicht nur in Afrika vor den subventionierten Agrarfabriken geschützt werden.

UK-GL-01-002 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 2 bis 3:

Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, ~~die~~in der die Leistungen unserer Landwirtinnen und Landwirte ~~würdigt~~gewürdigt werden und die ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unsere Versorgung mit

Begründung

Redaktionelle Änderung

Unterstützer*innen

Jonas Wille (Darmstadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Dietmar Johnen (Vulkaneifel KV); Claudia Schulz (Rostock KV); Daniela Wannemacher (Berlin-Neukölln KV); Michael Reisner (Berlin-Mitte KV); Beatrice Sauerbrey (Weimarer Land KV)

UK-GL-01-004 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 4 einfügen:

gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert und auf regionale Märkte statt auf Exportorientierung setzt. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu

Begründung

Erfolgt im Zweifel mündlich.

UK-GL-01-006 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 6 bis 7:

~~unserer Mitgeschöpfe achtet und nicht Tiere~~ von Tieren achtet, statt sie beispielsweise durch Amputationen an die Industriehaltung ~~anpasst~~ anzupassen. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit afrikanische Kleinbäuerinnen und

UK-GL-01-007 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 7 einfügen:

anpasst. Und eine Agrarpolitik, die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit afrikanische Kleinbäuerinnen und

Begründung

ersetzen des Begriffs "Landwirtschaft" (der in diesem Satz keinen Sinn macht), durch "Agrarpolitik".

UK-GL-01-007-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Antje Westhues (Bochum KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 7:

anpasst. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit **afrikanische**globale Kleinbäuerinnen und

Begründung

Es sind nicht nur afrikanische Kleinbauer*innen von der hochsubventionierten Agrarfabriken betroffen, sondern auch Kleinbauer*innen weltweit.

Unterstützer*innen

Christian Hohn (Olpe KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Till Hoffmann (Köln KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Hannelore Heidecke (Hannover RV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV)

UK-GL-01-008 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 8 einfügen:

Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten europäischen Agrarfabriken und deren Abfällen konkurrieren müssen.

Begründung

Der Hinweis ist wichtig! Selbst unsere Abfälle aus der Fleischindustrie taugen dazu, die afrikanische Landwirtschaft maßgeblich zu schädigen, da sie so billig exportiert werden, dass kein in Afrika gezüchtetes Tier preislich konkurrieren kann. Wir schaffen mit Abfallexport Fluchtursachen.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Leitner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Christoph Schröder (München KV); Christian Smolka (München KV); Angela Wilson (München KV); Marcel Rohrlack (München KV)

UK-GL-01-009 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 9 bis 21:

~~Viele Bäuerinnen und Bauern haben sich mit uns bereits auf den Weg gemacht zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Doch leider sieht es auch oft noch anders aus: Industrielle Massentierhaltung im Stall, Glyphosat und Bienengift in ausgedehnten Agrarwüsten ohne Baum und Strauch — das alles ist nicht nachhaltig. Diese Art der Landwirtschaft vernichtet ihre eigenen Grundlagen durch Monokulturen von Mais und Raps auf den Äckern und eine Beschränkung auf wenige Hochleistungs-Tierrassen. Das ist weder gut für die Verbraucher*innen noch für die Bäuer*innen, die in großer Zahl ihre Höfe aufgeben müssen. Damit gehen zum Teil jahrhundertealte Traditionen verloren. Übrig bleiben industrielle Agrarfabriken. Eine solche Landwirtschaft richtet unsere wertvollen Naturräume zu Grunde. Immer tödlichere Gifte auf den Feldern sorgen dafür, dass Vögel inzwischen in jeder Großstadt mehr Nahrung finden als auf dem Land. Deshalb stellt auch das Umweltbundesamt fest: Die industrielle Landwirtschaft ist eine Sackgasse. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer. Damit ist eine bestimmte, industrielle Form der Landbewirtschaftung~~
Es gibt Bäuerinnen und Bauern, die sich mit uns bereits auf den Weg gemacht haben zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die industrielle Landwirtschaft ist eine Sackgasse, denn außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer. Aufgrund des wirtschaftlichen Drucks müssen Bäuer*innen in großer Zahl ihre Höfe aufgeben. Damit gehen soziale Strukturen und Jahrhunderte alte Traditionen verloren. Die industrielle Form der Landbewirtschaftung mit Massentierhaltung, Glyphosat, Bienengift und ausgeräumten Agrarlandschaften vernichtet ihre eigene natürliche Grundlage und ist so zum größten Naturkiller unserer Zeit

UK-GL-01-010 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 10 einfügen:

nachhaltigen Landwirtschaft. Reichhaltige Kulturlandschaften mit Hecken, Streuobstwiesen und blütenreichen Wiesen und Weiden finden wir noch an vielen Stellen in Deutschland. Doch leider sieht es auch oft noch anders aus: Industrielle

Begründung

Die nachfolgende Beschreibung Deutschlands als Agrarwüste ohne Baum und Strauch trifft für große Bereiche der Republik, wie in RLP, Hessen, NRW, BW und BY nicht zu. Um dennoch die nachfolgende Problembeschreibung stehen lassen zu können, erzeugen die vorher genannten Beispiele ein positives Bild, wie es aussehen kann und sollte.

Der einführende Satz skizziert deshalb auch die Vision und das Ziel, wie Landschaften (besser) im Einklang mit der Natur bewirtschaftet werden können.

Unterstützer*innen

Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ophelia Nick (Mettmann KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Dietmar Johnen (Vulkaneifel KV)

UK-GL-01-011 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 11:

Massentierhaltung im Stall, Glyphosat und **Bienengift**Insektenvernichtungsmittel in ausgedehnten Agrarwüsten ohne Baum

Begründung

Bienengift ist das Gift der Honigbiene und hier sicher nicht gemeint.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Bienengift>

[Redaktionelle Änderung: Taucht ebenso im Schlüsselprojekt auf.]

UK-GL-01-011-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 11 bis 13:

Massentierhaltung im Stall, ~~Glyphosat~~Gülle und ~~Bienengift~~Pestizide in ausgedehnten Agrarwüsten ohne Baum und Strauch – das alles ist nicht nachhaltig. Diese Art der Landwirtschaft vernichtet ihre eigenen Grundlagen durch großflächige Monokulturen ~~von Mais und Raps~~ auf den Äckern und eine Beschränkung

Begründung

Glyphosat ist eine zu starke inhaltliche Einschränkung, viele der anderen Pestizide sind für die Umwelt deutlich gefährlicher und noch viel giftiger, Bienengift ist missverständlich, es kann sich um das Gift der Biene handeln oder um Gifte, die Bienen töten.

Neben den Pestizide ist vor allem die Überdüngung der Landschaft eines der ökologischen Kernprobleme.

UK-GL-01-012 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 12:

und Strauch – das alles ist nicht nachhaltig. Diese Art der ~~Landwirtschaft~~Agrarwirtschaft vernichtet ihre

Von Zeile 17 bis 19:

~~Landwirtschaft~~Agrarwirtschaft richtet unsere wertvollen Naturräume zu Grunde. Immer tödlichere Gifte auf den Feldern sorgen dafür, dass Vögel inzwischen in jeder Großstadt mehr Nahrung finden als auf dem Land. Deshalb stellt auch das Umweltbundesamt fest: Die industrielle ~~Landwirtschaft~~Agrarwirtschaft

Begründung

Ersetzen des Wortes "Landwirtschaft" durch "Agrarwirtschaft" überall da, wo von industrialisierter Landbewirtschaftung die Rede ist. Damit wird klarer, welche Art der Landwirtschaft wir wollen, und was wir ablehnen.

Unterstützer*innen

Jonas Wille (Darmstadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ophelia Nick (Mettmann KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV)

UK-GL-01-015 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 15 bis 16 löschen:

die Bäuer*innen, die in großer Zahl ihre Höfe aufgeben müssen. ~~Damit gehen zum Teil jahrhundertealte Traditionen verloren.~~ Übrig bleiben industrielle Agrarfabriken. Eine solche

Begründung

Traditionen waren noch nie ein gutes Argument, das wissen wir Grünen eigentlich auch aus genügend anderen Beispielen.

UK-GL-01-019 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 19 bis 22:

auf dem Land. Deshalb stellt auch das Umweltbundesamt fest: Die industrielle ~~Landwirtschaft ist eine Sackgasse. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer. Damit ist eine bestimmte, industrielle Form der Landbewirtschaftung zum größten Naturkiller unserer Zeit geworden.~~ Agrarwirtschaft ist eine Sackgasse und einer der größten Naturzerstörer unserer Zeit. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer.

Begründung

Der unklare Ausdruck „Bestimmte, industrielle Form der Landbewirtschaftung“ ist durch Agrarwirtschaft im ersten Satz klarer benannt, der zweite Teil des Satzes kann oben mit einbezogen werden.

Unterstützer*innen

Jonas Wille (Darmstadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ophelia Nick (Mettmann KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV)

UK-GL-01-022 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 22 einfügen:

geworden. Die Landwirtschaft kommt auch unter Druck, weil immer mehr landwirtschaftliche Flächen durch den Bauboom und Flächenfraß verloren gehen.

UK-GL-01-023 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 23 bis 26 löschen:

~~Dabei leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte viel. Sie arbeiten hart und versorgen uns zuverlässig mit Lebensmitteln. Doch anders als es uns die Agrarindustrie glauben machen will, gelingt das trotz und nicht wegen der vermeintlichen Innovationen aus Genlabor, Giftschränk und Zuchtanstalten.~~ All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich

In Zeile 32 einfügen:

für einen fairen Milchpreis. Unsere Landwirt*innen leisten viel. Sie arbeiten hart und versorgen uns zuverlässig mit Lebensmitteln.

Begründung

Die "vermeintlichen" Innovationen sind tatsächlich welche, nur eben welche, die uns nicht gefallen. Der Begriff ist hier also falsch, der Satz kann aber auch einfach gestrichen werden.

UK-GL-01-023-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 23 bis 30:

~~Dabei leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte viel. Sie arbeiten hart und versorgen uns zuverlässig mit Lebensmitteln. Doch anders als es uns die Agrarindustrie glauben machen will, gelingt das trotz und nicht wegen der vermeintlichen Innovationen aus Genlabor, Giftschränk und Zuchtanstalten. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich durchzusetzen – immer mehr Landwirt*innen und Verbraucher*innen sind dabei auf unserer Seite. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. So unterstützt Niedersachsen auf Initiative der Grünen die Bäuerinnen und Bauern finanziell, die ihren Schweinen nicht die Ringelschwänze abschneiden.~~ Das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich durchzusetzen – immer mehr Landwirt*innen und Verbraucher*innen sind dabei auf unserer Seite. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. So unterstützt Niedersachsen auf Initiative der Grünen die Bäuerinnen und Bauern finanziell, damit ihre Schweine in den Ställen mehr Platz haben. Und damit Milch-Bäuerinnen und Milch-Bauern wirtschaftlich

Begründung

Kürzung ohne die wesentliche Aussage zu verlieren.

UK-GL-01-024 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Matthias Laage (Passau-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 24 bis 28:

zuverlässig mit Lebensmitteln. ~~Doch anders als es uns die Agrarindustrie glauben machen will, gelingt das trotz und nicht wegen der vermeintlichen Innovationen aus Gentlabor, Giftschränk und Zuchtanstalten. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich durchzusetzen — immer mehr Landwirt*innen und Verbraucher*innen sind dabei auf unserer Seite.~~ Doch trotzdem verdienen sie nicht mehr genug. Teilweise reichen die Einnahmen noch nicht einmal, um ihre Kosten zu decken. Das Problem dabei sind zu niedrige Abnahmepreise, falsch verteilte EU-Agrarsubventionen und die Monopolstellung der chemischen Agrarindustrie, die mit Ackergiften und genmanipuliertem Saatgut falsches Heil verspricht. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich durchzusetzen. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. So unterstützt Niedersachsen auf

Begründung

Wir müssen deutlich machen, dass wir auf der Seite der Landwirt*innen stehen. Deshalb sollten wir verhindern, dass wir sie unabsichtlich für die Probleme in der Landwirtschaft (mit-)verantwortlich machen und gleichzeitig betonen, dass wir ihre Probleme und Schwierigkeiten verstehen. Deshalb halte ich es gerade am Anfang dieses Abschnittes für enorm wichtig, auf diese Probleme einzugehen und eine Differenzierung von der chemischen Agrarindustrie und den "normalen" Landwirt*innen einzuführen. Dabei halte ich es für wenig sinnvoll, zu häufig von den Land*wirtinnen "auf unserer Seite" zu sprechen, da wir ja gerade auch diejenigen erreichen wollen, die sich vielleicht noch nicht mit den Grünen identifizieren können. Deshalb sollten auch sie sich angesprochen fühlen.

Unterstützer*innen

Hermann Schoyerer (Freyung-Grafenau KV); Peter Heilrath (München KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Diana Niebrügge (Passau-Stadt KV); Ulrich Swoboda (Passau-Land KV); Dirk Wildt (Passau-Land KV); Erhard Grundl (Straubing-Bogen KV); Thomas R. Diehl (Mönchengladbach KV); Maria Kalin (Passau-Stadt KV); Franz Strehle (Günzburg KV); Frederic Müller (Passau-Land KV); Hendrik Pelzl (Main-Kinzig KV); Tobias Rieth (Passau-Stadt KV); Boris Burkert (Passau-Stadt KV); Markus Scheuermann (Landshut-Stadt KV); Dominik Dommer (München-Land KV); Christoph Störmer (Passau-Stadt KV)

UK-GL-01-025 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 25 bis 26:

will, gelingt das ~~trotz und nicht wegen der vermeintlichen Innovationen aus Gentlabor, Giftschränk~~besser ohne Gentechnik und ~~Zuchtanstalten~~Ackergifte. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich

Begründung

Die Formulierung „vermeintliche Innovationen“ erzeugt das Bild im Kopf, es ginge um Innovationen. Das wäre der falsche Frame.

Was unter dem Begriff „Zuchtanstalten“ zu verstehen ist, bleibt unklar. Gegen Züchtung bei Tier und Pflanze ist nichts zu sagen, ganz im Gegenteil: sie ist notwendig und unverzichtbar. Sie findet statt bei zahlreichen mittelständischen Züchtungsunternehmen (derzeit gibt es noch ca. 80 solcher eigenständigen, nicht an die Großkonzerne gebundene, mittelständischen Züchtungsbetriebe in Deutschland). Daneben existieren etliche Vereine und genossenschaftliche Züchtungseinrichtungen. Bei wenigen Kulturen findet auch eine staatlich unterstützte Züchtung in „Anstalten“ der Bundesländer statt.

Diese sind mit dem Begriff „Zuchtanstalten“ hoffentlich ebenfalls nicht gemeint, denn sie sind ebenso notwendig.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethé (Pinneberg KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolá Lutzmann (Heidelberg KV); Ophelia Nick (Mettmann KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Uwe Keckeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV)

UK-GL-01-028 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 28 bis 30:

Seite. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. ~~So unterstützt Niedersachsen auf Initiative der Grünen die Bäuerinnen und Bauern finanziell, die ihren Schweinen nicht die Ringelschwänze abschneiden. Und damit~~Damit Milch-Bäuerinnen und Milch-Bauern wirtschaftlich

Begründung

In der Masse eingesetzte Amputationen widersprechen dem Tierschutzgesetz und sind deshalb durch Kontrolle & Bestrafung zu beenden und nicht durch Prämien auf Kosten der Steuerzahler*innen. Christian Meyer hatte in Niedersachsen als Landesminister keine andere Möglichkeit, aber im Bund gibt es die. Es handelt sich deshalb nicht um ein Positivbeispiel, welches wir unbedingt in unser Wahlprogramm schreiben müssten.

UK-GL-01-033 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 33 einfügen:

Der ökologische Landbau bleibt unser Leit- und Vorbild. Bio muss die Norm sein und behandelte Lebensmittel wiederum müssen gekennzeichnet sein, nicht umgekehrt wie es aktuell der Fall ist. Auch die überflüssigen Plastikverpackungen bei biologischen Lebensmitteln müssen weg. Wir Grünen fördern den Ökolandbau

UK-GL-01-033-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 33 bis 34:

Der ökologische Landbau bleibt unser Leit- und Vorbild. Wir Grünen ~~fördern den Ökolanbau~~ wollen für die Förderung des Ökolanbaus mit einer Milliarde Euro in den nächsten sieben Jahren sorgen. Aber auch für die konventionelle

Begründung

Ansonsten liest es sich, als würden wir als GRÜNE diese 1 Milliarde Euro aufbringen.

UK-GL-01-033-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 33 bis 37:

Der ökologische Landbau bleibt unser ~~Leit- und Vorbild~~ Leitbild. ~~Wir~~ Unsere Grünen Minister*innen in den Ländern fördern den Ökolandbau ~~mit einer Milliarde Euro~~ in den nächsten ~~sieben Jahren~~ Jahren mit einer Milliarde Euro. Um unser Ziel, 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 zu erreichen, muss der Ökolandbau auch auf Bundesebene wieder stärker unterstützt werden. Aber auch für die konventionelle Landwirtschaft gilt: Die landwirtschaftliche Produktion muss auf der gesamten Fläche umweltverträglicher werden. Wir wollen bäuerlich wirtschaftende Betriebe ~~schützen~~ unterstützen, die im Einklang mit der Natur produzieren und unsere gewachsenen Kulturlandschaften- von den Knicks genannten Wallhecken

Begründung

Konkretisierung

UK-GL-01-036 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 36 einfügen:

umweltverträglicher werden. Wir wollen bäuerlich wirtschaftende Betriebe schützen und Existenzgründer*innen fördern, die im

Unterstützer*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Bea Böhlen (Rastatt/Baden-Baden KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Christoph Trütken (Schwarzwald-Baar KV); Günther Martin (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Annette Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Jörg-Otto Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV); Norwich Rüße (Steinfurt KV)

UK-GL-01-038 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 38:

in Schleswig-Holstein bis zur Almbewirtschaftung in Bayern- bewahren.

Wir wollen die langfristige Umstellung der deutschen industriellen Landwirtschaft zu einer ökologischen Landwirtschaft. Planungssicherheit schaffen wir durch den langen Umstellungszeitraum von 30 Jahren.

Begründung

In 20 Jahren Ausstieg aus der Massentierhaltung, in 30 Jahren vollständige Umstellung auf ökologische Landwirtschaft. Ohne diese Umstellung können wir keine "nachhaltige Landwirtschaft" erreichen. Durch stufenweise Umstellung über mehr als eine Generation besteht Planungssicherheit.

UK-GL-01-039 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 39 bis 46:

Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Bei unserem Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns unterstützt von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern, die möglichst gut und gesund essen wollen. Sie verstehen nicht, warum regionale Produkte in Supermärkten Mangelware sind. Und warum Deutschland minderwertiges Fleisch durch industrielle Massentierhaltung und Ausbeutung produziert und exportiert, während es ausgerechnet bei der Versorgung mit Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. ~~Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Bei unserem Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns unterstützt von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern, die möglichst gut und gesund essen wollen. Sie verstehen nicht, warum der Exportweltmeister Deutschland ausgerechnet bei der Versorgung mit Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. Und warum regionale Produkte in Supermärkten Mangelware sind. Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung aus dem Ruder gelaufen.~~ Zusammen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir es

Begründung

Zuspitzung notwendig! angesichts der unwürdigen und kriminellen Zustände in der Massentierquälerei

UK-GL-01-039-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 39 bis 40:

~~Raus aus der industriellen Massentierhaltung~~ Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Bei

~~Bei~~ unserem

In Zeile 45:

Mangelware sind.

Schluss mit Tierquälerei in unseren Lebensmitteln

Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. ~~Am~~ Unter den Bedingungen der heutigen Nutztierhaltung leiden in erster Linie die Tiere. Wir wissen, dass Schweine, Hühner und Fische Lebewesen sind, die komplexe Gefühle haben und für die ein Leben gut oder schlecht verlaufen kann. Wir wissen, dass jedes Individuum eine eigene Persönlichkeit und ein Interesse an einem guten Leben hat. Vor diesem Hintergrund sind die Zustände der Agrarindustrie einer modernen Gesellschaft unwürdig. Deshalb fordern wir radikale Änderungen in der Tierhaltung.

Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung

Begründung

Bisher ist der Antragstext sehr stark auf Landwirt*innen zugeschnitten und darauf, dass es sich für sie wieder lohnen muss, gute Landwirtschaft zu betreiben. Eine Problemanalyse der Tierhaltung fehlt bislang und damit eine schlüssige Argumentation für die Forderungen in diesem Bereich.

UK-GL-01-039-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 39:

~~Raus aus der industriellen Massentierhaltung~~ Rein in die artgerechte Tierhaltung

Begründung

Positive Formulierung

UK-GL-01-040 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Brandenburg an der Havel

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 40 einfügen:

Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Tierschutz ist auch Menschenschutz. Durch den Einsatz von Antibiotika in der industrielle Massentierhaltung wird zugleich die Bildung multiresistenter Bakterienstämme gefördert. Diese fordern alleine in Deutschland jährlich 30.000 bis 40.000 Todesopfer. Bei unserem

Begründung

Der Inhalt ist selbstredend.

Zur Verdeutlichung des Handlungsbedarfs ist es notwendig, die dramatischen Folgen des Antibiotikaeinsatzes explizit zu benennen.

UK-GL-01-040-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 40 bis 48 löschen:

Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. ~~Bei unserem Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns unterstützt von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern, die möglichst gut und gesund essen wollen. Sie verstehen nicht, warum der Exportweltmeister Deutschland ausgerechnet bei der Versorgung mit Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. Und warum regionale Produkte in Supermärkten Mangelware sind. Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung aus dem Ruder gelaufen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir es nicht akzeptieren, dass gequälte Geschöpfe zusammengepfercht vor sich hin vegetieren und Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen.~~ Wir wollen, dass die Tiere ein besseres

Begründung

Der Text ist unter der Überschrift fehl am Platz.

UK-GL-01-044 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 44:

Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. Und warum regionale Produkte ~~in Supermärkten~~ im Handel

In Zeile 48 einfügen:

Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen. Die Arbeitsbedingungen in vielen Schlachthöfen sind geprägt von prekären Beschäftigungen, Zeitdruck und schlechter Bezahlung. Diese Billigfleischproduktion funktioniert nur unter gnadenloser Ausbeutung von Umwelt, Tieren und Menschen.
Wir wollen, dass die Tiere ein besseres

In Zeile 51 einfügen:

weniger Antibiotika. Von Aufzucht und Haltung über Transport bis zur Schlachtung müssen das Wohl der Tiere und gute Arbeitbedingungen im Vordergrund stehen. Wir wollen kleine regionale Schlachthöfe und mobile Schlachteinrichtungen fördern, die Tiertransporte entbehrlich machen oder Wege verkürzen und der regionalen Vermarktung dienen. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren

Begründung

Konkretere Beschreibung der folgen einer Industriellen Massentierhaltung, für Tiere und Mensch.

UK-GL-01-046 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Matthias Laage (Passau-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 46:

aus dem Ruder gelaufen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürger*innen und Bürgervielen Landwirt*innen wollen wir es

In Zeile 53 einfügen:

umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Landwirt*innen, die in artgerechte Haltung investieren, sollen dabei gezielt gefördert werden. Wir wollen den wirtschaftlichen Druck zur immer stärkeren Intensivnutzung aus den landwirtschaftlichen Betrieben nehmen, damit kein Bauer und keine Bäuerin mehr dazu gezwungen ist, Megaställe und Mastanlagen zu bauen. Die Gutachten - selbst die der

Begründung

Um unsere Wertschätzung für die Landwirt*innen auszudrücken, sollten wir es vermeiden, ihnen die Schuld für Massentierhaltung und Tierquälerei in die Schuhe zu schieben. Viele von ihnen wollen überhaupt keine industrielle Tierhaltung, sehen sich aber durch wirtschaftlichen Druck zunehmend dazu gezwungen. Aus diesem Teufelskreis wollen wir einen Ausweg bieten: Mit staatlichen und europäischen Förderungen bieten wir Anreize, wieder in artgerechte Haltung zu investieren.

Unterstützer*innen

Hermann Schoyerer (Freyung-Grafenau KV); Peter Heilrath (München KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Diana Niebrügge (Passau-Stadt KV); Ulrich Swoboda (Passau-Land KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Dirk Wildt (Passau-Land KV); Erhard Grundl (Straubing-Bogen KV); Maria Kalin (Passau-Stadt KV); Franz Strehle (Günzburg KV); Hendrik Pelzl (Main-Kinzig KV); Frederic Müller (Passau-Land KV); Tobias Rieth (Passau-Stadt KV); Boris Burkert (Passau-Stadt KV); Markus Scheuermann (Landshut-Stadt KV); Dominik Dommer (München-Land KV); Christoph Störmer (Passau-Stadt KV)

UK-GL-01-051 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 51:

weniger Antibiotika. ~~Wir~~ Die „Kollateralschäden“ der Massentierhaltung sind Seuchen wie Vogelgrippe und Schweinepest, die Bodendegradierung durch Übernutzung und die Verseuchung des Grundwassers durch Gülle. Der Gülletourismus wird unseren ärmeren Nachbarn zugemutet. Deshalb wollen wir die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren

Begründung

Uns fehlt dieser Blick auf die Auswirkungen fehlgeleiteter Landwirtschaft.

UK-GL-01-051-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 51 einfügen:

weniger Antibiotika. Kommunen sollen mitentscheiden, ob und wo größere Tierhaltungsanlagen auf ihrem Gemeindegebiet entstehen. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren

Begründung

erfolgt mündlich

UK-GL-01-051-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Bündnis90/ Die Grünen Holzminden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 51:

weniger Antibiotika. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung ~~in den nächsten 20 Jahren~~ schnellst möglich

Begründung

Ziel muss es sein, das Leid der Tiere wie auch Umweltschäden durch die industrielle Massentierhaltung schnellstmöglich zu beenden. Die Umsetzung einiger Massnahmen wie z.B. des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration sind ohne Probleme in kürzester Zeit auf den Weg zu bringen, während andere Punkte sicherlich länger brauchen. Eine exakte Vorgabe des zeitlichen Horizontes Bedarf es aber gar nicht. Die im Antrag formulierten 20 Jahre kommen rüber, wie eine Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Die Außenwirkung auf die Wähler, wenn diese 20 Jahre im Wahlprogramm verbleiben, wären fatal.

UK-GL-01-052 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 52:

beenden. ~~Das fördern~~Und wir ~~mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit~~wollen, dass sich tier- und

Begründung

Von den Inhalten des "Pakts für faire Tierhaltung" abgesehen ist die Begriffskombination "faire Tierhaltung", leider im Titel des Fraktionspapiers, wirklich nicht geeignet, Tierrechtler*innen und Veganer*innen unser Wahlprogramm näher zu bringen. "Fairness" und ähnliche Begriffe sind denkbar ungeeignet, einen Zustand der Tierhaltung zu beschreiben, in dem ich Tiere einsperre und töte. Man muss ja nicht die Abschaffung der Nutztierhaltung fordern, um anzuerkennen, dass kommerzielle Nutztierhaltung nicht "fair" gegenüber Tieren ist.

UK-GL-01-052-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 52 bis 56:

beenden. ~~Das fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Die Gutachten – selbst die der Bundesregierung – zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen, dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf den Tisch bekommen.~~ Wir werden daher dafür sorgen, dass auch unsere Bauern nicht mit hochsubventionierten Agrarprodukten anderer Länder oder durch Umweldumping verbilligten Importprodukten konkurrieren. Den Marktzugang für nicht ökologisch einwandfreie Produkte auch aus anderen Ländern werden wir auch auf EU-Ebene mit allen verfügbaren gesetzlichen Mitteln Schritt für Schritt erschweren.

Begründung

Ähnlich wie in anderen Politikbereichen sollten wir auch im Bereich Landwirtschaft alle Betroffenen ernst nehmen. Wenn grüne Politik durch immer schärfere Umweltschutzaufgaben die Produzentenkosten erhöht, dann sollten wir auch höhere Preise oder andere Einkommens- und Marktchancen mit durchkämpfen und nicht zusehen, wie unsere eigene Landwirtschaft daran zugrunde geht. Eigentlich müssten die Familienbetriebe der deutschen Landwirtschaft, die nach wie vor jedes Jahr weniger werden, unsere natürlichen Verbündeten sein – und nicht diejenigen, die wir an den Pranger stellen.

Ökologisch ist ein globaler Freihandel mit landwirtschaftlichen Produkten sowieso Unsinn. Weder brauchen die Amerikaner und Kanadier deutschen Billigkäse, noch brauchen wir chinesische Äpfel für Apfelschorle oder amerikanisches Hormonfleisch. Der globale Wettbewerb führt bislang nur zu übermäßiger Subvention, andernorts zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und umweltschädlicher Produktion, zwischen den Ländern zur Umweltverschmutzung durch Transporte und die damit verbundenen Emissionen. Wir sollten wieder für lokale, möglichst geschlossene ökologische Kreisläufe in der Landwirtschaft antreten. Dazu gehört aber nicht nur, Exporte zu stoppen, sondern auch die eigene Landwirtschaft zu schützen.

Das geht aber nicht dadurch, dass man alle Verantwortung den "bewussten Kaufentscheidungen der Verbraucher" überlässt. Viele Verbraucher haben gar nicht die Lust und die Zeit, sich über jedes neue Siegel zu informieren und die Täuschungsmanöver der Industrie mit ihren eigenen Siegeln zu entlarven. Wir sollten dafür werben, dass wir als Bürger die bewusste Entscheidung treffen, mithilfe von Gesetzen bestimmte Produkte aus den Supermärkten zu verbannen. Nur die politische Freiheit ist hier die wahre Freiheit. Wer will sich denn ernsthaft beim Einkaufen jedes Mal eine halbe Stunde informieren müssen, welches Produkt nun wirklich ökologisch ist? Die Verlagerung gesellschaftlicher Verantwortung von der Politik in den Supermarkt hat da doch enge Grenzen und endet im Lifestylegedudel des "Fit-for-Fun-Magazins als Müslifolklore.

Dazu kommt der finanzielle Aspekt: Wer als Geringverdiener sehr wenig Geld hat, der wird weiter billiges Fleisch kaufen oder die billige Milch kaufen, damit seine bzw. ihre Kinder genug haben und damit er oder sie am Monatsende nicht hungern muss. Wer will so arrogant sein, und es dieser Person verdenken? Wenn

aber die Preise insgesamt steigen, muss das gestiegene Preisniveau auch bei den Löhnen und Sozialleistungen berücksichtigt werden. Dies kann nur Schritt für Schritt erfolgen.

Das ein paar Cent hier (wofür genau? ein Hanfseil für zwanzig Schweine?) reichen, glaubt wohl keiner. Die Initiative Tierwohl der Bundesregierung war jedenfalls eine Mogelpackung, wie viele Medien und auch die Verbraucherzentrale kritisierten. Wir sollten in unserem Wahlprogramm nicht die CDU-Verzögerungstaktik noch als Muster für ökologische und tierethisch korrekte Politik entschuldigen. Wir wollen auch nicht Politik auf der Grundlage von Gutachtern der Bundesregierung machen, sondern auf der Grundlage der unhintergehbaren ökologischen Folgerwägungen und unserer grünen Werte.

UK-GL-01-053 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 53 bis 56 löschen:

umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. ~~Die Gutachten—selbst die der Bundesregierung—zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen, dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf den Tisch bekommen.~~

Begründung

Natürlich kann auch für einen Cent pro kg Fleisch eine minimale Verbesserung der Tierhaltung erreichen, aber das ist nicht das, wofür wir kämpfen. Wir wissen alle, dass die notwendigen Verbesserungen der Tierhaltung, die tatsächlich nennenswerte Verbesserungen bringen würden, den Fleischpreis nicht "um wenige Cent" erhöhen werden, sondern spürbar. So ehrlich sollten wir auch in unserem Wahlprogramm sein.

UK-GL-01-053-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 53 bis 56 löschen:

umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. ~~Die Gutachten – selbst die der Bundesregierung – zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen, dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf den Tisch bekommen.~~

Begründung

Die Verweise auf Gutachten sind unnötig. Die angegebene Dimension mit wenigen Cent macht das angestrebte Ziel, bzw. das bisherige Nichterreichen des Zieles, bei der Definition der Zielvorstellung für Wähler schwächer.

UK-GL-01-056 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 56 einfügen:

den Tisch bekommen. Für den Boden- und Hochwasserschutz ist nachhaltige Landwirtschaft unerlässlich.

Begründung

Durch zu enge Fruchtfolge bei Monokulturen wird das Zeitfenster für die Bearbeitung eingeengt. Dies führt zwangsläufig zum Bedarf an größeren und schweren Maschinen, die zur extremen Bodenverdichtung führen. Mit der zusätzlich erhöhten Düngung führt dies zu einem gesteigerten Humusabbau und dem vermehrten Eintrag von CO₂ in die Atmosphäre. Die Wasser-Rückhaltefähigkeit des Bodens geht kontinuierlich verloren, Niederschläge fließen immer stärker ab. Die Folgen sind immer häufigere Hochwasser, beschleunigt durch Entwässerung von Feuchtgebieten. Durch die Klimaveränderung zunehmende Starkregen kommt es zu Bodenerosionen, die Flut- und Schlammkatastrophen zur Folge haben können (Simbach/Oberbayern 2016).

Nachhaltige Landwirtschaft beachtet ökologische Standorteigenschaften der Betriebsflächen, um eine bestmögliche Nutzung durchführen zu können. Durch angemessene Betriebsgrößen kann auch der Maschineneinsatz optimiert werden, wenn die Kulturen zeitlich und räumlich differenziert bearbeitet werden.

UK-GL-01-056-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 56 einfügen:
den Tisch bekommen.

Vertrauen in die Nutztierhaltung funktioniert nur mit belastbaren Regeln

Zur Haltung unserer Nutztiere existieren häufig keine oder unzureichende Gesetze. Das führt zu Verwirrung und Missverständnissen bei den Tierhalter*innen ebenso wie bei denen, die diese kontrollieren. Wir werden die Haltung aller Nutztiere in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung regeln. Das gilt beispielsweise für Rinder, Puten, Karpfen und Bienen gleichermaßen.

Wir werden Tierhaltungen und Informationen darüber transparent machen. Ob eine Tierhaltung gut oder schlecht ist, lässt sich bereits heute sagen, aber es traut sich keiner. Heutige Leistungsparameter sind dafür nicht geeignet. Die Beurteilung der Tiergesundheit im Schlachthof erfasst nur Tiere, die bereits gelitten haben. Wir werden gemeinsam mit Wissenschaftler*innen und Landwirt*innen das Wohlbefinden der Tiere erfassen und das als dritte Beurteilungssäule von Tierhaltungen nutzen.

Kaum eine*r findet das Töten von Tieren gut. Und doch isst die Mehrheit der Deutschen Fleisch. Uns ist es nicht egal, wie die Tiere getötet werden. Das fängt für uns beim Transport an. Wir werden uns für kürzere Transportzeiten und ein Ende von Langzeittransporten lebender Tiere auf EU-Ebene einsetzen. Für innerstaatliche Tiertransporte werden wir die Überwachung verbessern. Wir werden den Erhalt und den Ausbau regionaler Schlachthöfe fördern, ebenso wie alternative Möglichkeiten der Tötung und Schlachtung bereits im Tierbetrieb. Wir stellen die derzeitigen Betäubungsverfahren auf den Prüfstand. Gemeinsam mit den verschiedenen Glaubensrichtungen werden wir uns bundesweit für ein Schächten nur mit vorheriger Betäubung einsetzen. Die Kontrolle und Überwachung von Schlachthöfen werden wir verbessern und ein Akkordschlachten unterbinden.

Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland kein Eldorado mehr für Agrarinvestor*innen aus dem Ausland ist, die in ihrem eigenen Land keinen Megastall oder Riesenschlachthof bauen durften.

Begründung

Die meisten Abschnitte sind selbsterklärend. Sie beinhalten aber wichtige Themen, die hier bisher fehlten oder nur unzureichend dargestellt wurden.

Ein Hinweis zum Schächten: Der hier enthaltene Satz ist bei weitem nicht mehr so heikel wie früher und längst überfällig. Die Realität ist längst weiter. Viele muslimische Gemeinden sind mit Elektrobetäubung einverstanden, da es nicht ihrem Glauben widerspricht. Auch die jüdische Tierschutzorganisation in Deutschland fordert das.

Hinweis zum letzten Absatz (Eldorado): Unternehmen wie Straathof, die in den Niederlanden nicht mehr bauen dürfen oder wie italienische Schlachthofbetreiber, die gern in Deutschland riesige Anlagen hinsetzen wollen, erhalten dafür auch noch Subventionen. Das müssen wir ändern.

UK-GL-01-056-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Kusel
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 56 einfügen:

den Tisch bekommen.

Generell unterstützen wir den bereits erfolgten Rückgang des Konsums tierischer Lebensmittel in Deutschland, der vor allem auch aus Klimaschutzgründen unumgänglich ist, und wollen den zunehmenden Fleischexport aus Deutschland einschränken.

Begründung

Selbst erklärend. Fleisch und tierische Produkte müssen nicht nur besser "produziert" werden, sondern es muss aus deutlich weniger Fleisch auf den Tisch. So ehrlich sollte man schon sein. Der Satz vorher suggeriert, dass man "mit wenigen Cents" Mehrpreis so weiter machen kann wie bisher. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag zur Streichung dieses Satzes durch die BAG Tierschutzpolitik.

UK-GL-01-056-4 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 56 einfügen:

den Tisch bekommen. Zudem wollen wir, zum Beispiel durch aktualisierte Lehrpläne und Schulbücher, auf die Folgen unseres Lebensmittelkonsums hinweisen und Zusammenhänge mit globalen Folgeschäden verdeutlichen. Eine Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel ist für das Erreichen internationaler Klimaschutzziele unabdingbar.

Begründung

Wir können uns nicht als Klimaschutzpartei definieren, aber den Hauptklimaschädling "Tierprodukte" so reduziert bis gar nicht benennen. Wenn wir über Klimaschutz sprechen, intern, im Wahlkampf, aber auch bei Klimagipfeln, sprechen wir vom Kohleausstieg, vom emissionsfreiem Verkehr, grüner Energie.

Das reicht nicht aus. Die Kollateralschäden unseres Tierkonsums sind weit größer und müssen endlich wenigstens benannt werden, sonst machen wir uns als Klimaschutzpartei unglaubwürdig.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Leitner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Hermann Josef Brem (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Christoph Schröder (München KV); Angela Wilson (München KV); Doris Wagner (München KV); Maria Genschorek (Rosenheim KV); Alexander Merkouris (Ingolstadt KV)

UK-GL-01-057 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 57 einfügen:

Für eine Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik

Begründung

Es geht nicht nur um Gift sondern auch um, wir wollen keine Gentechnik.

UK-GL-01-058 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 58 einfügen:

Der flächendeckende massive Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden hat verheerende Folgen für den

UK-GL-01-058-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 58 löschen:

Der ~~flächendeckende~~ massive Einsatz von Pestiziden hat verheerende Folgen für den

Von Zeile 61 bis 66:

und kämpft kräftig für die chemische Keule auf den Äckern. ~~Wir Grünen wollen eine Lebensmittelproduktion, an der die Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische Industrie.~~ Darum beenden wir den Einsatz von ~~besonders~~ schädlichen und gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Glyphosat und Neonicotinoiden. Wir legen ein Programm auf, das den Pestizideinsatz eindämmt ~~und, zum Beispiel durch~~ eine Pestizidabgabe ~~enthält~~. Wir stärken die Forschung für den ~~nicht chemischen Pflanzenschutz~~ Pflanzenschutz ohne Chemie, zum Beispiel durch robuste Sorten,

Begründung

Durch die Kürzung werden die Forderungen klarer

UK-GL-01-059 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 59 bis 61 löschen:

Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. ~~Doch statt die zahlreichen Warnungen aus Forschung und Wissenschaft ernst zu nehmen, verschließt die Große Koalition beide Augen und kämpft kräftig für die chemische Keule auf den Äckern.~~ Wir Grünen wollen eine

Begründung

Wir sollten uns weniger darauf konzentrieren, was die Koalition falsch macht, als darauf, was wir besser machen wollen. Den Platz im Wahlprogramm können wir uns also sparen.

UK-GL-01-059-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 59 bis 63 löschen:

Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. ~~Doch statt die zahlreichen Warnungen aus Forschung und Wissenschaft ernst zu nehmen, verschließt die Große Koalition beide Augen und kämpft kräftig für die chemische Keule auf den Äckern. Wir Grünen wollen eine Lebensmittelproduktion, an der die Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische Industrie.~~ Darum beenden wir den Einsatz von besonders schädlichen und

Begründung

Die Definition unserer Ziele ist im Wahlprogramm gefragt und nicht die Beschreibung der Versäumnisse anderer an erster Stelle eines so wichtigen Themas.

UK-GL-01-064 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Matthias Laage (Passau-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 64 bis 67:

gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Glyphosat und Neonicotinoiden. ~~Wir legen ein Programm auf, das den Pestizideinsatz eindämmt und eine Pestizidabgabe enthält. Wir stärken die Forschung für den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispieldurch robuste Sorten, vielseitige Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen. Die~~ Stufenweise wollen wir unsere Umwelt entlasten. Wir fördern den Gebrauch von nicht chemischem Pflanzenschutz, robusten Sorten, vielseitigen Fruchtfolgen und dem Einsatz von Nützlingen. Chemische Ackergifte und künstliche Düngemittel sollen schrittweise von den Feldern verschwinden. Hier nehmen wir in erster Linie die großen Agrar- und Chemiekonzerne in die Pflicht, zum Beispiel durch gezielte Besteuerung. Aber auch die Zulassung neuer chemischer

Begründung

Dieser Absatz hat bisher den Eindruck erweckt, als wolle man chemische Ackergifte komplett verbieten, während man aber gleichzeitig noch keine echte Alternative hat, da an der noch geforscht werden muss. Dabei gibt es umweltverträgliche Mittel zur Ertragssteigerung schon längst und verantwortungsvolle Landwirt*innen setzen diese zusammen mit einem gut dosiertem Gebrauch chemischer Mittel schon längst ein. Daher plädiere ich für einen schrittweisen Ausstieg aus dem Gebrauch künstlicher Mittel durch die Umschichtung von Steuern und Subventionen. Wichtig ist es auch zu betonen, dass wir nicht die Landwirt*innen belasten wollen, z.B. durch eine Pestizidabgabe. Solche Vorschläge werden teilweise gezielt falsch verstanden und in Fachmagazinen und Verbänden wird Stimmung gegen uns gemacht.

Unterstützer*innen

Hermann Schoyerer (Freyung-Grafenau KV); Peter Heilrath (München KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Diana Niebrügge (Passau-Stadt KV); Ulrich Swoboda (Passau-Land KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Dirk Wildt (Passau-Land KV); Erhard Grundl (Straubing-Bogen KV); Thomas R. Diehl (Mönchengladbach KV); Maria Kalin (Passau-Stadt KV); Franz Strehle (Günzburg KV); Hendrik Pelzl (Main-Kinzig KV); Frederic Müller (Passau-Land KV); Tobias Rieth (Passau-Stadt KV); Boris Burkert (Passau-Stadt KV); Markus Scheuermann (Landshut-Stadt KV); Dominik Dommer (München-Land KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV)

UK-GL-01-065 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Rhein-Pfalz-Kreis

Beschlussdatum: 24.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 65 bis 69:

auf, das den Pestizideinsatz eindämmt und eine Pestizidabgabe enthält. ~~Wir stärken die Forschung für den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispieldurch robuste Sorten, vielseitige Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen. Die Zulassung neuer chemischer Wirkstoffe in der EU wollen wir einschränken und aus dem Einflussbereich der Hersteller herausholen. Nur was wirklich unbedenklich ist, darf auf den Markt gelangen.~~ Die Einnahmen aus der Pestizidabgabe nutzen wir zur Erforschung der Wirkungen von Pestiziden auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit sowie für die Entwicklung von Alternativen. Wir stärken die Forschung für den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispieldurch robuste Sorten, vielseitige Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen. Die Zulassung neuer chemischer Wirkstoffe in der EU wollen wir einschränken und aus dem Einflussbereich der Hersteller herausholen. Nur was wirklich unbedenklich ist, darf auf den Markt gelangen.

Begründung

Begründung: Abgaben sind sachbezogen , eine Nennung eines Verwendungszwecks wäre daher wichtig.

UK-GL-01-065-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 65:

auf, das den Pestizideinsatz eindämmt ~~und~~, eine Pestizidabgabe enthält und Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützt, pestizidfrei zu wirtschaften. Wir stärken die

Begründung

erfolgt mündlich

UK-GL-01-071 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 71 einfügen:

erbracht. Gen-Food und Biopatente braucht kein Mensch. Wir halten an unserem Standpunkt fest: Pflanzen aus

Begründung

Biopatente sind zentraler Bestandteil der von den Gentechnik- und Agrarkonzernen verfolgten Konzentrationsstrategien am Saatgutmarkt und in anderen Bereichen. Ohne Biopatente würden die Konzentrationsprozesse nicht so dynamisch ablaufen, wie wir es gerade erleben. Sie sind aber bisher im Text nicht erwähnt. An dieser Stelle lässt sich dieser Sachverhalt am passendsten und ohne größere Eingriffe in den vorliegenden Text ergänzen.

Aktueller Bezug: um die unsägliche Biopatenterteilungspraxis des Europäischen Patentamtes zu beenden, brauchen wir eine Änderung der EU-Biopatentrichtlinie. Die Regierungskoalition befürwortet dagegen eine „clarifying notice“ ohne Rechtswirkung. Es ist deshalb wichtig, dass wir das Thema auch auf dem „grünen Schirm“ haben.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ophelia Nick (Mettmann KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV)

UK-GL-01-071-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 71 löschen:

erbracht. ~~Gen-Food braucht kein Mensch.~~ Wir halten an unserem Standpunkt fest: Pflanzen aus

In Zeile 77:

wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von ~~Gen-Futtermittel~~ Futtermitteln aus gentechnisch veränderten Pflanzen produziert

Begründung

Der Begriff "Gen-Food" ist blödsinnig. Gene sind in allen pflanzlichen oder tierischen Lebensmitteln enthalten. Auch der Begriff: "gentechnisch veränderte Lebensmittel" der korrekt wäre, ist nicht passend, weil darin nur Lebensmittel einbezogen wären, die direkt GVO enthalten und heute schon kennzeichnungspflichtig wären. Der Begriff "Gen-Futtermittel" ist genauso blödsinnig. s.o.

UK-GL-01-073 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 73 bis 74 löschen:

verloren. ~~Dabei ist es egal, ob sie mit Verfahren der „alten“ oder der „neuen“ Gentechnik geschaffen wurden.~~ Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das unsere Äcker und unsere

Begründung

Bezieht sich auf CRISPR CAS, nicht durch Beschluss hinterlegt, sollte zunächst debattiert werden.

UK-GL-01-074 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Kreisverband Münster

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 74 einfügen:

geschaffen wurden. Deshalb setzen wir uns für ein Verbot der Patentierung von Organismen auf EU-Ebene ein. Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das unsere Äcker und unsere

Begründung

Patente (unabhängig ob mit oder ohne Einsatz von "grüner Gentechnik") verstärken das Machtungleichgewicht zwischen Agrargroßkonzernen auf der einen und Landwirt*innen auf der anderen Seite. Siehe hierzu auch den Beschluss "Keine Patente auf Pflanzen, Tiere und Züchtungsverfahren in Europa" von der 30. BDK (2009).

UK-GL-01-076 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 76 einfügen:

Verbraucherinnen und Verbraucher dank einer umfassenden, transparenten und einfachen Kennzeichnung auch erkennen können,

UK-GL-01-077 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 77:

wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von ~~Gen~~gentechnisch veränderten Futtermittel
produziert

UK-GL-01-078 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 78 einfügen:

wurden. Die Digitalisierung in der Landwirtschaft kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und damit ressourcenschonenden Produktion sein. Darum unterstützen wir die Forschung zum „Smart Farming“.

Begründung

Enorme Chancen für nachhaltigere/smartere Landwirtschaft durch die Digitalisierung fehlt.

UK-GL-01-080 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 80:

Unsere wichtigsten Verbündeten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sind ~~die~~informierte

Begründung

Leider kann man den größten Teil der Verbraucher*innen nicht als unsere Verbündeten bezeichnen, im Gegenteil. "Die Verbraucher*innen" ist hier also falsch, besser wäre zum Beispiel "informierte Verbraucher*innen".

UK-GL-01-083 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 83:

sagt, was in ihr steckt. Darum werden wir eine eindeutige Kennzeichnung ~~von Fleisch~~ aller Tierprodukte

Begründung

Die Kennzeichnung soll nicht nur für Fleisch (und Eier) gelten, sondern auch für Milchprodukte usw. Das ist an anderen Stellen des Wahlprogramms auch so benannt, hier fehlte es noch.

UK-GL-01-083-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 83 bis 85:

sagt, was in ihr steckt. ~~Darum werden wir eine eindeutige Kennzeichnung von Fleisch einführen, die deutlich macht, wie die Tiere gehalten wurden – so wie bei der Kennzeichnung von Eiern.~~ Darum werden wir neben einer Kennzeichnung, die sich am Prinzip der Eierkennzeichnung orientiert, auch Bilder der jeweiligen Tierhaltungsform zur Veranschaulichung aufdrucken lassen. Und wir führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein. Dann können

Begründung

Bilder dienen dem zusätzlichen Verständnis und sind anschaulicher als Zahlen.

UK-GL-01-086 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 86 bis 87:

Konsument*innen beim Einkaufen ~~Tierquäler*innen die rote Karte zeigen. (à Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark)~~ nicht tiergerechten Haltungsbedingungen die rote Karte zeigen.

Begründung

Der Begriff Tierquäler*innen ist iffamierend

UK-GL-01-086-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 86:

Konsument*innen beim Einkaufen ~~Tierquäler*innen die rote Karte zeigen~~ sich bewusst für tier- und umweltfreundlich hergestellte Lebensmittel entscheiden. (à Kapitel: Wir

Begründung

Wir suchen eine Sprache, die Bäuerinnen und Bauern mitnimmt in unsere agrarpolitische Welt. Wenn wir sie als "TierquälerInnen" bezeichnen, stossen wir sie vor den Kopf.

Unterstützer*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Bea Böhlen (Rastatt/Baden-Baden KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Christoph Trütken (Schwarzwald-Baar KV); Günther Martin (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Annette Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Jörg-Otto Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV)

UK-GL-01-087 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Nach Zeile 87 einfügen:

Lebensmittel retten!

Wir wollen, dass genießbare Lebensmittel auf dem Teller landen und nicht in der Tonne. Alle nicht verdorbenen Lebensmittel, die aus dem Verkauf genommen werden, sollen daher gekennzeichnet und kostenlos in der Verkaufsstelle zur Verfügung gestellt werden müssen. Hierzu wollen wir große Supermärkte verpflichten und gleichzeitig Rechtssicherheit schaffen. Die Abgabe an karitative Organisationen, soll dabei bevorzugt werden. Hierzu muss selbstverständlich die nötige Infrastruktur geschaffen werden und die Umstellung benötigt Zeit. Für diese Übergangszeit wollen wir das sogenannte „Containern“, also das Retten von Lebensmitteln aus dem Müll von Supermärkten, entkriminalisieren.

UK-GL-01-088 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 88:

Mehr Geld für **grüne**gute Landwirtschaft

Begründung

„Grün“ könnte mit nur „Öko-Landbau“ assoziiert werden. Wir wollen auch konventionelle Kleinbetriebe gegenüber Agrarkonzernen stärken.

UK-GL-01-089 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 89 bis 90:

Wir Grünen wissen: Die heutige Form der industriellen Tierhaltung erzeugt immense externe Kosten – Kosten, die die Steuerzahler*innen bezahlen, aber auch solche, die zukünftige Generationen, Menschen in anderen Teilen der Welt und nichtmenschliche Tiere bezahlen. Wir sind überzeugt: eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft ist ~~nicht umsonst zu haben~~ gesamtgesellschaftlich günstiger. Der Umbau ~~kostet Geld~~ erfordert jedoch Investitionen. Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die

Begründung

Die umweltgerechte Landwirtschaft ist unter Berücksichtigung aller externer Kosten sicherlich günstiger als die heutige industrielle Landwirtschaft. Der Transformationsprozess kostet Geld und Produkte werden durch eine Verschiebung von externen zu internen Kosten teurer, aber gesamtgesellschaftlich wird es günstiger.

UK-GL-01-089-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 89 bis 97:

~~Wir Grünen wissen: eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft ist nicht umsonst zu haben. Der Umbau kostet Geld. Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können. Die notwendigen Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen Agrarmittel. Bisher wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet werden. Allein in Deutschland werden jedes Jahr mehr als sechs Milliarden Euro aus diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der Mittel. Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.~~ Wir Grüne setzen uns für einen Wandel der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ein. Wir wollen nicht mehr mit den Milliardensubventionen das bisherige ausbeuterische und ökologisch unverträgliche System fördern, sondern mit dem Geld den Wandel, die Hinwendung zur nachhaltiger, gentechnikfreier, Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen unter Berücksichtigung der Belange des Biodiversitätserhaltes fördern.

Begründung

Die Darstellungen zu den gegebenen Fördermöglichkeiten sind fehlerhaft. Die Thematik ist schon an anderer Stelle vorgestellt worden und eine schlechte Wiederholung macht die Argumente nicht besser. Sinnvoll ist es, das Geld für den Wandel auszugeben und nicht für die Aufrechterhaltung des ausbeuterischen Systems. Die dafür notwendigen Planungen sollten wie beim Ausstieg aus der Atomkraft mit Fristen und festgelegten Zielmarken erarbeitet werden.

UK-GL-01-090 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 90 bis 92:

haben. ~~Der Umbau kostet Geld. Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können. Die notwendigen~~Der Umbau erfordert Investitionen. Diese wollen wir – ähnlich wie bei der Energiewende – in Form einer Umlage auf Tierprodukte finanzieren. So gewährleisten wir, dass die Bäuer*innen beim Umbau der Tierhaltung unterstützt werden und von ihrer Arbeit wieder leben können. Weitere Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen

Begründung

Wieso sollten alle Steuerzahler*innen den Umbau der Tierhaltung bezahlen und nicht die Konsument*innen von Tierprodukten? Eine Umlage auf Tierprodukte würde die notwendigen Gelder für Fördermaßnahmen verursacher*innengerecht finanzieren. Das Prinzip funktioniert dabei wie die EEG-Umlage bei der Energiewende, statt 6 Cent pro Kilowattstunde wären das zum Beispiel wenige Cent pro Ei oder ein paar Euro pro Kilogramm Fleisch.

Eine Umlage auf Tierprodukte bietet gleich mehrere Vorteile:

- Sie preist die immensen externen Kosten der Tierhaltung ein und entspricht damit unserer grünen Kernforderung, dass Preise die Wahrheit sagen sollen (wie auch an anderer Stelle im Wahlprogramm gefordert).
- Sie würde auch Importtierprodukte verteuern und damit unsere Landwirt*innen vor Billigprodukten aus dem Ausland schützen.
- Gegenüber erhöhten Steuern auf Tierprodukte (erhöhter Mehrwertsteuersatz oder "Fleischsteuer" usw.) hat eine Umlage den Vorteil, dass sie Tierprodukte unabhängig von der Herstellungsart verteuert, also Produkte aus ökologischerer und tierfreundlicherer Haltung wie in Bio-Betrieben nicht übermäßig verteuert, sondern verhältnismäßig sogar günstiger stellt.
- Sie wirkt verursacher*innengerecht, sodass zum Beispiel vegan lebende Menschen nicht für Umbaumaßnahmen in der Tierhaltung aufkommen müssen.

UK-GL-01-090-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Matthias Laage (Passau-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 90 bis 97:

haben. Der Umbau kostet Geld. ~~Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können. Die notwendigen Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen Agrarmittel. Bislang wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet werden. Allein in Deutschland werden jedes Jahr mehr als sechs Milliarden Euro aus diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der Mittel. Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.~~ Doch die Gelder sind bereits da: Über 60 Milliarden Euro gibt die Europäische Union für die Unterstützung ihrer Landwirt*innen aus, 6 Milliarden davon gehen direkt nach Deutschland. Aber bislang wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet werden. Deshalb erhalten nur 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Mittel. Verantwortlich hierfür ist die zerstörerische Agrarpolitik der Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.

Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln Klasse statt Masse fördert. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die die Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische Wirtschaftsweisen unterstützen - und nicht die industrielle Landwirtschaft. Die europäische Agrarpolitik darf nicht mehr zu Lasten anderer gehen. Wir wollen das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität weltweit sichern und die Exportorientierung der EU-Agrarförderung beenden. Die Bundesregierung hat großen Einfluss auf die Zukunft der europäischen Landwirtschaftspolitik. Wir wollen sicherstellen, dass dieser Einfluss genutzt wird: Zugunsten der Landwirt*innen, der Konsument*innen, der Tiere und der Natur.

Begründung

Die europäischen Agrarsubventionen sind der Schlüssel der Agrarsubventionen, die wir fordern. Denn zur Zeit werden dort Unmengen an Geldern für die Erhaltung des bestehenden Systems ausgegeben, das Mensch und Natur gleichermaßen belastet. Durch eine simple Umschichtung dieser Gelder würde unglaublich viel bewirkt, und das ohne eine stärkere Belastung der Landwirt*innen oder der Konsument*innen. Diese Zusammenhänge, der Einfluss der Bundesregierung und unsere konkreten Pläne müssen an dieser Stelle deutlicher werden.

Unterstützer*innen

Hermann Schoyerer (Freyung-Grafenau KV); Peter Heilrath (München KV); Sandra Liebing (Offenbach-Land KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Diana Niebrügge (Passau-Stadt KV); Ulrich Swoboda (Passau-Land KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Dirk Wildt (Passau-Land KV); Erhard Grundl (Straubing-Bogen KV); Maria Kalin (Passau-Stadt KV); Franz Strehle (Günzburg KV); Hendrik Pelzl (Main-Kinzig KV); Frederic Müller (Passau-Land KV); Tobias Rieth (Passau-Stadt KV); Boris Burkert (Passau-Stadt KV); Markus Scheuermann (Landshut-Stadt KV); Dominik Dommer (München-Land KV); Christoph Störmer (Passau-Stadt KV)

UK-GL-01-091 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 91 einfügen:

sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen lebendige Agrarstrukturen sichern, wo der Boden denen gehört, die ihn bewirtschaften und regionale Wertschöpfungsnetze Bestand haben. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können und sie über Beratung und passende Ausbildung stärken.

Begründung

erfolgt mündlich

UK-GL-01-095 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 95 bis 97 löschen:

Euro aus diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der Mittel. ~~Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.~~

Begründung

Wir sollten uns weniger darauf konzentrieren, was die Koalition falsch macht, als darauf, was wir besser machen wollen. Den Platz im Wahlprogramm können wir uns also sparen.

UK-GL-01-098 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 98 bis 102:

Wir wollen für die Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ so schnell wie möglich durchsetzen. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmittelnden Umbau hin zu einer Landwirtschaft und einem Agrarmarkt fördert, die auf Klasse statt Masse fördertsetzen und so dafür sorgen, dass Bäuer*innen von ihren Produkten leben können. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die die Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische und regionale Wirtschaftsweisen unterstützen - und nicht die exportorientierte industrielle Landwirtschaft. Die europäische

UK-GL-01-099 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 99 einfügen:

durchsetzen. Schlüssel für die Agrarwende ist die unverzügliche Beendigung einer Europäischen Agrarförderung, die eine industrielle Landwirtschaft in Verflechtung mit der Nahrungsmittelindustrie zur Folge hat. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln Klasse

Begründung

Im Kampf um ertragreiche Flächen werden bisher nachhaltig wirtschaftende Betriebe durch Investitionen für Maschinen und Stallungen bei sinkenden Preisen (Milch und Fleisch) in den finanziellen und menschlichen Ruin getrieben. Darlehen für Intensivierungsmaßnahmen können nicht mehr zurückgezahlt werden. Besonders tragisch ist es, wenn auch das Eigentum an Fläche dabei verloren geht und der Landwirt als „Lohnmäster“ im ehemals eigenen Betrieb strandet. Solche Demütigungen führen auch zur EU-Verdrossenheit.

UK-GL-01-101 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 101:

Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche; und ökologische

Begründung

könnte mit nur „Öko-Landbau“ assoziiert werden. Wir wollen auch konventionelle Kleinbetriebe gegenüber Agrarkonzernen stärken.

UK-GL-01-102 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 102:

Wirtschaftsweisen unterstützen und regionale Vermarktung und solidarische Landwirtschaft fördern - ~~und~~
nicht die industrielle Landwirtschaft. Die europäische

Begründung

Die Förderung von Regionalvermarktung und SoLaWi-Projekten ist sinnvoll, taucht bisher im Programm aber nicht auf.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Habertzettl (Miesbach KV); Robert Wiechmann (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Klaus Koch (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Antje Wagner (München-Land KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Holger Lange (München-Land KV); Sina Doughan (Miesbach KV)

UK-GL-01-102-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 102:

Wirtschaftsweisen unterstützen - und nicht die industrielle ~~Landwirtschaft~~Agrarwirtschaft. Die europäische

Begründung

siehe Änderungsantrag 1410: Ersetzen des Begriffs "Landwirtschaft" durch "Agrarwirtschaft" da, wo von industrialisierter Landbewirtschaftung die Rede ist.

Unterstützer*innen

Jonas Wille (Darmstadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Ophelia Nick (Mettmann KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Ilka Dege (Berlin-Pankow KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV)

UK-GL-01-103 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 103 einfügen:

Agrarpolitik darf nicht mehr zu Lasten anderer Länder gehen. Wir setzen auf qualitätsvolle Lebensmittel für den regionalen Bedarf statt billiger Massenware für den Export. Wir wollen die Bäuerinnen und Bauern in den Ländern des Globalen Südens unterstützen und so das Recht auf Nahrung und

Unterstützer*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Bea Böhlen (Rastatt/Baden-Baden KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Christoph Trütken (Schwarzwald-Baar KV); Günther Martin (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Annette Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Jörg-Otto Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV); Norwich Rüße (Steinfurt KV)

UK-GL-01-104 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 104 einfügen:

Ernährungssouveränität weltweit sichern.

Gerade in Ostdeutschland befinden sich viele landwirtschaftliche Flächen noch im öffentlichen Besitz. Statt diese höchstbietend zu verkaufen, sollten diese in geeigneten Losgrößen an Jungbauern verpachtet werden. Die Bodenpreise sind zuletzt so stark gestiegen, dass immer mehr landwirtschaftsfremde Investoren Flächen aufkaufen. Außerdem brauchen wir ein Jungbauernprogramm, damit Nachwuchslandwirte in die Lage versetzt werden können, bestehende Höfe ohne Hofnachfolger zu übernehmen. Für Landwirtinnen und Landwirte wird es immer schwieriger, Betriebe und Höfe zu übernehmen oder zu gründen.

Begründung

Dieser Antrag wurde zusammen mit , Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, Landesvorstand Sachsen-Anhalt und Landesvorstand Thüringen eingereicht.

UK-GL-01-107 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 107 bis 108:

Schmerzen, Leid und Angst. ~~Deshalb kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Lebewesen zu schützen.~~ ebenso wie Freude und Empathie.
Wir Grünen kämpfen dafür, Tiere um ihrer selbst willen zu schützen. Das

Begründung

Tiere empfinden nicht nur negative Emotionen.

Paternalistische Verantwortlichkeitsbegründungen braucht Tierschutz nicht, der zweite Halbsatz schwächt die Aussage, dass Tiere um ihrer Selbst willen geschützt werden, also eher ab.

UK-GL-01-107-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 107 bis 108 löschen:

Schmerzen, Leid und Angst. ~~Deshalb kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Lebewesen zu schützen.~~ Das

Begründung

zu ausschweifend

UK-GL-01-113 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Starnberg
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 113 bis 114:

~~Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden und das Leid von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden.~~ Wir wollen keine Pelzfarmen dulden, die Haltung von Tieren – insbesondere Wildtieren – in Zirkussen kritisch begleiten und die Bundesratsbeschlüsse diesbezüglich umsetzen. Die gute Arbeit von wissenschaftlich geführten Zoologischen Gärten unterstützen wir und wollen sie bei der Forschung, der Arbeit an Arterhaltungsprogrammen und bei der Umweltbildung unterstützen. Wir Grünen wollen so

Begründung

Allgemein erfüllen Zoologische Gärten mit Hunderten von Schutzprojekten und

Erhaltungsprojekten weltweit eine wichtige Aufgabe im Natur☒ und Artenschutz. Außerdem leisten

sie als größte außerschulische Bildungseinrichtung einen bedeutenden Beitrag, um bei Menschen ein

Interesse und eine emotionale Bindung zu Tieren, Natur und Umwelt zu entwickeln und die

Bereitschaft, sich für deren Schutz einzusetzen, zu fördern. Mehrere weltweit anerkannte

Delfinexpert*innen, sowie fachkompetente Biolog*innen und Tierärzt*innen innerhalb von

Bündnis90/Die Grünen bestätigen, dass Delfine in den zoologischen Einrichtungen innerhalb

Deutschlands nicht leiden. Sie weisen weder Verhaltensstörungen noch andere ethologische oder

physiologische Schäden durch die Haltung auf, sondern zeigen ein gesundes und natürliches

Verhalten. Alle Individuen werden tiergerecht und artgemäß gehalten, da es sich ausschließlich um

Vertreter einer Flachwasserart mit ortstreuen Populationen handelt. Die Teilnahme an einem

Erhaltungszuchtprogramm ist aufgrund der starken Bestandsbedrohung durch Pestizide,

antibiotikaresistente Keime, Überfischung und Gewässerverschmutzung auch zu begrüßen. Wichtige Forschungserkenntnisse helfen zudem, Delfine in der Natur besser zu schützen.

UK-GL-01-113-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 113 bis 114:

Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden und ~~das Leid~~ die Haltung von Wildtieren ~~im Zirkus~~ in Zirkussen kritisch begleiten und ~~von Delfinen~~ die Bundesratsbeschlüsse diesbezüglich umsetzen. Wir bekennen uns zur guten Arbeit der wissenschaftlich geführten Zoologischen Gärten und wollen sie bei der Arbeit in ~~Gefangenschaft beenden~~ Arterhaltungsprogrammen und bei der Umweltbildung von Kindern und Erwachsenen (BNE) weiter unterstützen. Wir Grünen wollen so

Begründung

Wir beziehen uns hier auf bereits gefasste Bundesratsbeschlüsse und stellen klar, dass wir die Arbeit wissenschaftlich geführter Zoologischer Gärten im Bereich Artenschutz und Umweltbildung unterstützen.

UK-GL-01-113-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Stefan Hintsche (München KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 113 bis 114:

~~Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden und das Leid von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden. Wir~~ Wir wollen keine Pelzfarmen dulden, die Haltung von Tieren – insbesondere Wildtieren – in Zirkussen kritisch begleiten und die Bundesratsbeschlüsse diesbezüglich umsetzen. Wir sprechen darin für eine Mehrheit der Menschen in unserem Land. Wir bekennen uns zur guten Arbeit der wissenschaftlich geführten Zoologischen Gärten und wollen sie bei der Forschung, der Arbeit in Arterhaltungsprogrammen und bei der Umweltbildung unterstützen.

Wir Grünen wollen so

Begründung

Mehrere weltweit anerkannte Delfinexpert*innen, sowie fachkompetente Biolog*innen und Tierärzt*innen innerhalb von Bündnis90/Die Grünen bestätigen, dass Delfine in den zoologischen Einrichtungen innerhalb Deutschlands nicht leiden. Sie weisen weder Verhaltensstörungen noch andere ethologische oder physiologische Schäden durch die Haltung auf, sondern zeigen ein gesundes und natürliches Verhalten. Alle Individuen werden tiergerecht und artgemäß gehalten, da es sich ausschließlich um Vertreter einer Flachwasserart mit ortstreuen Populationen handelt. Die Teilnahme an einem Erhaltungszuchtprogramm ist aufgrund der starken Bestandsbedrohung durch Pestizide, antibiotikaresistente Keime, Überfischung und Gewässerverschmutzung auch zu begrüßen. Wichtige Forschungserkenntnisse helfen zudem, Delfine in der Natur besser zu schützen. Allgemein erfüllen Zoologische Gärten mit Hunderten von Schutzprojekten und Erhaltungsprojekten weltweit eine wichtige Aufgabe im Natur- und Artenschutz. Außerdem leisten sie als größte außerschulische Bildungseinrichtung einen bedeutenden Beitrag, um bei Menschen ein Interesse und eine emotionale Bindung zu Tieren, Natur und Umwelt zu entwickeln und die Bereitschaft, sich für deren Schutz einzusetzen, zu fördern.

Unterstützer*innen

Sandra Peschke (Unna KV); Andreas Baier (München KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Peter Heilrath (München KV); Joe Högl (München KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Robert Schallehn (Köln KV); Thomas Görden (Mayen-Koblenz KV); Doris Wagner (München KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Ursula Bonengel (Landshut-Land KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV)

UK-GL-01-114 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 114 bis 116 löschen:

von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden. ~~Wir Grünen wollen so schnell wie möglich aus den quälenden Tierversuchen aussteigen. Dafür wollen wir Alternativmethoden und tierfreie Testverfahren stärken.~~ Die wichtige Arbeit der Tierheime

In Zeile 120 einfügen:

bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen.

Wir Grüne wollen die Zahl der Tierversuche im Sinne des 3R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) minimieren. Hierzu ist es notwendig, verstärkt Alternativmethoden zu erforschen und zu etablieren. Dies beinhaltet auch eine neue Schwerpunktsetzung in der Lehre.

Begründung

Da hiermit ein Schlüsselprojekt verbunden ist, sollten Tierversuche und Alternativmethoden einen eigenen Absatz bekommen und nicht zwischen Zirkustiere und Tierheim eingezwängt werden. Zudem plädieren wir für eine sachlichere Formulierung.

UK-GL-01-114-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 114:

von Wildtieren ~~im Zirkus und von Delfinen~~ in ~~Gefangenschaft~~ Zirkussen und Zoos beenden. Wir Grünen wollen so

Begründung

Es gibt keinen erkennbaren Grund, warum nur Delfine aus der Gefangenschaft bzw. von ihrem Leid befreit werden sollten.

UK-GL-01-114-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 114 einfügen:

von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden. Wir setzen uns dafür ein, dass die beschlossene Bundesratsinitiative zum Nein zu Wildtieren in Zirkussen endlich umgesetzt wird. Wir Grünen wollen so

UK-GL-01-117 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 117 bis 118:

soll endlich entsprechend finanziert werden. ~~Aus Tier- und Artenschutzgründen~~ Wir wollen ~~wir~~ uns intensiver für den Handel mit exotischen Tieren besser regulieren internationalen Artenschutz einsetzen und dazu die Instrumente von internationalen Artenschutzabkommen (beispielsweise CITES und EU Artenschutzabkommen) stärken, sowie für eine schnellere und effektivere Anwendung sorgen. -Illegaler Tierhandel muss wirksamer

Begründung

Eine Verbesserung im Artenschutz kann nur mit einer gemeinsamen Linie in der EU und

im Rahmen internationaler Abkommen erreicht werden, nicht durch nationale Alleingänge. Zudem

muss zum Erhalt von Ökosystemen den einzelnen Ländern eine kontrolliert nachhaltige Nutzung der

natürlichen Ressourcen möglich sein.

UK-GL-01-117-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 117 bis 118:

soll endlich entsprechend finanziert werden. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir eine Positivliste für die Heimtierhaltung einführen und den Handel mit exotischen Tieren besser regulieren Import wildgefangener Tiere für die Hobbyhaltung sowie kommerzielle Exotenbörsen beenden. Illegaler Tierhandel muss wirksamer

Begründung

Der Import von Wildfängen für die Hobbyhaltung stellt ein erhebliches Problem für den Artenschutz dar. Gerade besonders seltene Arten werden zu hohen Preisen gehandelt und die Population im Freiland immer weiter dezimiert. Zudem stellen Gefangennahme und Transport eine erhebliche Belastung für Wildtiere dar, die viele nicht überleben. Dies ist aus Sicht des Tierschutzes nicht zu rechtfertigen, insbesondere da die Privathaltung von Wildtieren keinen nachhaltigen Beitrag zum Artenschutz leistet. Zudem belegt eine aktuelle Studie, dass das derzeitige Massensterben von Amphibien in Europa durch den Leberpilz verursacht wurde. Die europäischen Salamander erliegen zu Tausenden einem Hautpilz, der in Asien weit verbreitet ist und den dort heimischen Arten nicht schadet. Durch den Tierhandel ist der Pilz in europäische Terrarien und schließlich auch in die Natur gelangt.

In anderen europäischen Ländern wurden bereits sehr erfolgreich Positivlisten für die Haltung von Wildtieren in Privathand eingeführt. Für die Vollzugsbehörden stellen Positivlisten eine erhebliche Entlastung dar, ebenso wird Rechtsklarheit für Halter*innen und Händler*innen geschaffen.

Kommerzielle Exotenbörsen stehen seit Jahren massiv in der Kritik. Sie gelten als ein Umschlagplatz für den illegalen Tierhandel und stellen für die dort in kleinen Plastikboxen feilgebotenen Wildtiere eine erhebliche Belastung dar.

UK-GL-01-117-3 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 117 bis 118:

soll endlich entsprechend finanziert werden. ~~Aus Tier-~~Wir wollen uns stärker für den internationalen Artenschutz engagieren. und Artenschutzgründen~~Daher~~ wollen wir ~~den Handel mit exotischen Tieren besser regulieren~~die Instrumente internationaler Artenschutzabkommen (z.B. CITES, Eu-Artenschutzverordnung) stärken, zielgerichteter, effektiver sowie schneller anwenden. Illegaler Tierhandel muss wirksamer

Begründung

E geht eher darum, geltendes Recht und geltende Verordnungen umzusetzen

UK-GL-01-117-4 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Stefan Hintsche (München KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 117 bis 118:

soll endlich entsprechend finanziert werden. ~~Aus Tier- und Artenschutzgründen~~ Wir wollen wir uns intensiver für den Handel mit exotischen Tieren besser regulieren internationalen Artenschutz einsetzen und dazu die Instrumente von internationalen Artenschutzabkommen (beispielsweise CITES und EU-Artenschutzabkommen) stärken, sowie für eine schnellere und effektivere Anwendung sorgen. Illegaler Tierhandel muss wirksamer

Begründung

Eine Verbesserung im Artenschutz kann nur mit einer gemeinsamen Linie in der EU und im Rahmen internationaler Abkommen erreicht werden, nicht durch nationale Alleingänge. Zudem muss zum Erhalt von Ökosystemen den einzelnen Ländern eine kontrolliert nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen möglich sein.

Unterstützer*innen

Andreas Baier (München KV); Andreas Müller (Essen KV); Birgit Wellmann-Pichler (Rosenheim KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Arne Brach (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Peter Heilrath (München KV); Joe Högl (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christian Hierneis (München KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Hermann Josef Brem (München KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Schallehn (Köln KV)

UK-GL-01-117-5 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 117 bis 119:

soll endlich entsprechend finanziert werden. ~~Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir den Handel mit exotischen Tieren besser regulieren. Illegaler Tierhandel muss wirksamer unterbunden werden.~~ Wir Grüne wollen den Handel mit exotischen Tieren unterbinden. Um den Tierschutz effektiver durchsetzen zu können, werden wir ein

Begründung

Kürzung

UK-GL-01-118 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 118:

Handel mit exotischen Tieren ~~besser regulieren~~ schärfer regulieren und strenger kontrollieren. Illegaler Tierhandel muss wirksamer

Begründung

„besser“ ist zu schwammig, darum lieber „schärfer“ regulieren. Da die Kontrollen bisher recht lasch sind (wg. Personalmangel !), sollten strengere (häufigere und gründlichere) Kontrollen ausdrücklich mit ins Programm genommen werden.

UK-GL-01-118-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 118:

Handel mit exotischen Tieren schärfer regulieren und besser ~~regulieren~~kontrollieren. Illegaler Tierhandel muss wirksamer

Begründung

erfolgt mündlich

UK-GL-01-120 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 120 einfügen:

bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen und eine*n Bundesbeauftragte*n für Tierschutz einsetzen.

Begründung

Tierschutzbeauftragte haben sich in mehreren Ländern etabliert. Sie sind wichtig, um Tieren in der Verwaltung eine Stimme zu geben, um gesellschaftliche Diskussionen anzustoßen und zu begleiten usw. Auch bzw. vor allem im Bund wäre ein*e Tierschutzbeauftragte*r wünschenswert.

UK-GL-01-120-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Nicole Maisch (Kassel-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 120 einfügen:

bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen und eine*n Bundesbeauftragte*n für Tierschutz einsetzen.

Begründung

Die Einführung eines Bundesbeauftragte*n ist eines der wichtigsten Instrumente zur institutionellen Stärkung des Tierschutzes. Wo es bereits hauptamtliche Tierschutzbeauftragte in den Ländern gibt, haben diese sich als sehr sinnvoll und hilfreich erwiesen. Auch auf Bundesebene ist es wichtig, eine solche Vernetzungs- und Interessenvertretungsstelle zu etablieren.

Unterstützer*innen

Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Christina Söhner (Berlin-Neukölln KV); Heike Absch (Oberhavel KV); Boris Mijatovic (Kassel-Stadt KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Mareike Siebert (Kassel-Stadt KV); Arne Brach (München KV); Konstantinos Tsilimekis (Berlin-Neukölln KV); Inge Prestele (Lüneburg KV); Viola Muster (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Bettina Hoffmann (Schwalm-Eder KV); Jasmin Zöllmer (Berlin-Neukölln KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Kristian Petrick (Berlin-Mitte KV); Dietmar Johnen (Vulkaneifel KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); David Höffer (Bremen-Nordost KV); Beate Gries (Braunschweig KV); Anna-Franziska Bünsow (Kassel-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

UK-GL-01-124 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Ökologie

Beschlussdatum: 12.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 124 bis 129:

Wir wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern. ~~Eine Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Bienengift arbeitet. Denn Glyphosat ist der größte Killer der Artenvielfalt im ländlichen Raum. Neonicotinoide verursachen massenhaftes Bienensterben. Darum werden wir sie verbieten. Für alle anderen Stoffe ändern wir das Zulassungsverfahren so, dass wirklich nur für Mensch und Natur unbedenkliche Stoffe eingesetzt werden.~~ Die industrielle Landwirtschaft mit starkem Pestizideinsatz ist der Hauptgrund für das dramatische Artensterben, wie z.B. dem der Bienen. Wir streben daher eine Landwirtschaft ohne Pestizide an und setzen uns insbesondere für eine Nicht- Wiedezulassung von Neonicotinoide und Glyphosat ein. Das Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir grundsätzlich so reformieren, dass die Risiken für Mensch und Natur minimiert werden.

Begründung

Glyphosat ist sicherlich nicht der größte Artenkiller, da andere Pestizide noch deutlich größere Auswirkungen auf Lebensgemeinschaften haben. Neonicotinoide töten nicht nur Bienen sondern noch viele tausend andere Insektenarten. Der Begriff "Bienengift" ist mißverständlich -das Gift der Honigbiene oder Gift das Bienen tötet. Pestizide können aufgrund ihrer Aufgabe nicht unbedenklich für Mensch und Natur sein, da es ihre Aufgabe ist, Organismen zu töten.

UK-GL-01-124-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 124 bis 129:

Wir wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel ~~auf unseren Tellern~~. Eine Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Bienengift arbeitet. Denn ~~Glyphosat ist der größte Killer~~ massenhafte Einsatz von Glyphosat trägt zum Rückgang der Artenvielfalt ~~im ländlichen Raum bei~~. Neonicotinoide verursachen massenhaftes Bienensterben. Darum werden wir sie verbieten. ~~Für alle anderen Stoffe ändern wir das~~ Wir wollen die Zulassungsverfahren so ändern, dass ~~wirklich~~ nur Mittel, die unbedenklich für Mensch und Natur ~~unbedenkliche Stoffe eingesetzt sind, freigegeben~~ werden.

Begründung

Die Behauptung, Glyphosateinsatz ist hauptverantwortlich für den Artenrückgang, ist nicht haltbar. Was ist mit Grünlandumbruch, mit Grünlandintensivierung durch Düngung und häufigere Schnitte, mit engen Fruchtfolgen, mit Beseitigung von Strukturbiotopen,.....???

UK-GL-01-133 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 133 einfügen:

Wir beenden die Qualzucht auf Kosten der Tiergesundheit und den Missbrauch von Antibiotika. Die Schlachtung der Tiere darf nicht im Akkord geschehen. Mobile Schlachtboxen und Weideschuss müssen Standard und nicht Ausnahme sein.

UK-GL-01-133-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Dortmund

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 133 einfügen:

Wir beenden die Qualzucht auf Kosten der Tiergesundheit und den Missbrauch von Antibiotika, wir verbieten das Kükenschreddern.

Begründung

Das Töten männlicher Küken im Zuge der Zucht von Legehennen ist unter ethischen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen. Bereits das Bundeslandwirtschaftsministerium kündigte an, dass das Töten der männlichen Küken langfristig nicht tragbar ist. Ein ernstzunehmender Versuch, dies so schnell es geht zu unterbinden, bleibt jedoch aus. Daher ist es dringend notwendig, dass Bündnis 90/Die Grünen sich dafür einsetzt, dass das bei lebendigem Leibe Schreddern und Ersticken von circa 45 Millionen Küken im Jahr sofort beendet wird.

UK-GL-01-134 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

In Zeile 134:

Lebendtransporte begrenzen wir konsequent auf ein-Minimum 4 Stunden und max. 200 km. Dies wollen wir auch EU-Weit durchsetzen. Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern

Begründung

Das entspricht den Richtlinien von Bioland und Naturland

UK-GL-01-140 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 140 bis 146:

~~Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei sind Mensch und Tier so verschieden, dass auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse nur bedingt auf den Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur Anwendung wenn sie im Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher ein ethisches Problem, und auch ein wissenschaftliches. Wir wollen das Tierschutzrecht stärken und zügig Alternativen zu Tierversuchen, wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im Kleinstmaßstab simuliert wird, voranbringen.~~ **Wir GRÜNE wollen die Zahl der Tierversuche im Sinne des 3R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) minimieren. Hierzu ist es wichtig, Alternativmethoden zu Tierversuchen verstärkt zu erforschen und entsprechende Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen zu etablieren. Die Erkenntnisse müssen zügig in die Lehre überführt werden. Nur wenn auch im Studium Alternativen zu Tierversuchen und die ethischen Aspekte betrachtet werden, ist ein schneller Wandel möglich. Bei Prüfverfahren für die Zulassung von Produkten und Substanzen sollen alternative Methoden schneller zum Einsatz kommen. Zudem wollen wir das Tierschutzrecht stärken.**

Begründung

Das Schlüsselprojekt Alternativmethoden halten auch wir für wichtig. Wir plädieren allerdings für eine sachlichere Formulierung, die keine unrealistischen Hoffnungen auf einen schnellen Ausstieg aus jeder Form von Tierversuchen weckt. Während beispielsweise Toxizitätstests in der Produktzulassung heute schon in vielen Fällen ersetzt werden kann, stehen vor der Simulation komplexerer Systeme – etwa des Immunsystems oder des Gehirns – heute noch viele Hürden und Forschungsbedarfe. Versuche, die mit Tierquälerei verbunden sind, sind heute schon verboten.

UK-GL-01-145 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Beschlussdatum: 10.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 145 bis 146:

Tierversuchen, ~~wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im Kleinstmaßstab simuliert wird, voranbringen.~~ voranbringen.

Begründung

Das ist sehr fachspezifisch, kennt wahrscheinlich kaum einer.

UK-GL-01-147 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Nach Zeile 147 einfügen:

Der Bodenspekulation Einhalt gebieten Deutschland gehört zu den Brennpunkten intransparenter, großflächiger Aneignung von Landflächen durch agrarindustrielle Unternehmen. Das Land ist Schauplatz von Preisexplosionen und die Bundesregierungen haben sich immer wieder vehement für die Interessen der industriellen Landwirtschaft eingesetzt. Das Grunderwerbsrecht für landwirtschaftliche Flächen wird vielfach und in großem Maßstab dadurch umgangen, dass statt der Flächen Anteile an Wirtschaftsunternehmen gehandelt werden, die diese Flächen besitzen. Dadurch entfällt gleichzeitig auch die Grunderwerbsteuer. Wir wollen diese Praxis beenden und setzen uns ein für eine wirksame und transparente Regulierung des Marktes für landwirtschaftliche Böden.

Begründung

Die Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen ist ein wichtiges Thema, dass im Programmentwurf nicht vorkommt. Der Text ist im Wesentlichen entnommen aus der Broschüre "Landjäger" der Grünen Fraktion im EU-Parlament.

UK-GL-01-147-2 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Nach Zeile 147 einfügen:

[Hinweis: Dies ist ein Antrag für ein eigenständiges Tierschutzkapitel. Die beiden Absätze unter der Überschrift "Tierschutz stärken", die Überschrift selbst und das Schlüsselprojekt "Alternativen zu Tierversuchen fördern" sollen aus dem Landwirtschaftskapitel gelöscht werden. Das Schlüsselprojekt wird durch das folgende Schlüsselprojekt ersetzt, der Rest durch das darauffolgende neue Kapitel "Wir kämpfen für echten Tierschutz".]

Regionale Landwirtschaft mit geschlossenen Kreisläufen stärken

Landwirtschaft prägt Regionen. Die Landwirt*innen und die Region profitieren wechselseitig voneinander. Deshalb ist es wichtig, diese Symbiose zu stärken. Das wollen wir durch die Förderung regionaler Kreisläufe erreichen. Egal ob Futtermittel, Dünger, Arbeitskräfte oder Gerätschaften, alles sollte soweit möglich aus einer Region kommen. Genauso verbleiben Pflanzenreste, Gülle und andere Abfallprodukte ebenso wie Einkommen und Steuern in der sie produzierenden Region. Wir werden Landwirt*innen helfen, in ihrer Region eine Fläche zu erhalten, die ihnen und ihrer Familie ein Auskommen sichert. Wir reduzieren die Abhängigkeit der Landwirt*innen von Großunternehmen und fördern deren Zusammenarbeit untereinander.

Wir kämpfen für echten Tierschutz

Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken. Tiere empfinden Schmerzen, Leid und Angst ebenso wie Freude und Empathie. Deshalb kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen zu schützen. Das Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich mit Leben gefüllt werden. **Tierschutzgesetz, Tierrechte und deren Umsetzung** Der Tierschutz in Deutschland braucht anwendbare Gesetze und in unserem Rechtsstaat eine handlungsfähige Exekutive. Das Tierschutzgesetz ist neu zu fassen, weil es dem im Grundgesetz festgeschriebenen Schutz der Tiere nicht gerecht wird. Einen entsprechenden Entwurf haben wir in der letzten Legislaturperiode in den Bundestag eingebracht. Wir fordern als Teil des neuen Tierschutzgesetzes ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen und eine*n Bundestierschutzbeauftragte*n einzusetzen. Leitlinien sowie Gutachten zu Anforderungen an die Haltung von Tieren in allen Haltungsformen wollen wir überarbeiten und in die Tierschutzgesetzgebung überführen. Zur Umsetzung des Tierschutzgesetzes sollen Bundesmittel bereitgestellt werden, mit deren Hilfe die Personalsituation in den Veterinärbehörden auf Länderebene und in den Kommunen verbessert wird. Veraltete Verwaltungsvorschriften werden mit uns den Tierschutz nicht weiter behindern. **Tierversuche beenden** Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei sind Menschen und Tiere so verschieden, dass die gewonnenen Erkenntnisse nur bedingt auf den Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur Anwendung, wenn sie im Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher nicht nur ein ethisches Problem, sondern auch ein wissenschaftliches. Wir wollen einen zügigen Ausweg aus Tierversuchen, sind uns aber bewusst, dass die Umsetzung nur langfristig gelingen wird, wenn wir Tierversuche überflüssig machen. Darum fördern wir verstärkt tierfreie Alternativmethoden und die dafür nötige Infrastruktur an den Universitäten wie Personal und Laboreinrichtung. Wir setzen uns in Regierungsverantwortung auch in

Europa dafür ein, dass vorhandene tierfreie Methoden rechtlich schneller anerkannt werden, und lassen den Tierversuch als Goldstandard auf den Prüfstand stellen. Wir werden die Möglichkeiten des EU-Rechts zum Schutz von Versuchstieren im nationalen Recht voll ausschöpfen. Mit einer Datenbank, die alle Tierversuche in Deutschland detailliert mit Methoden und Ergebnissen erfasst und international vernetzt ist, wollen wir die Vermeidung von Wiederholungsversuchen erleichtern. Wir werden auch die Rechte der Studierenden und Auszubildenden stärken, um ihnen zu ermöglichen, auf moderne vorhandene Alternativmethoden zurückzugreifen und ihre Ausbildung oder ihr Studium ohne dafür getötete Tiere zu beenden. **Mehr Tierschutz in allen Bereichen** Wir fordern eine Heimtierverordnung, in der wir Bedingungen für das Zusammenleben mit Tieren festlegen und eine bundesweite Kennzeichnungspflicht von privat gehaltenen Tieren einführen. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir eine Positivliste für die Heimtierhaltung einführen und den Import wildgefangener Tiere ebenso beenden wie kommerzielle Exotenbörsen. Illegaler Tierhandel muss unterbunden werden. Wir schaffen die rechtliche Grundlage, dass alle Kommunen sich gleichermaßen an der Finanzierung der wichtigen Arbeit von Tierheimen und Auffangstationen beteiligen und sorgen für klare Verhältnisse beim Umgang mit aufgefundenen Tieren. Wir fordern verbindliche Regelungen auch für die Haltung von Futtertieren. Qualzuchten bei Heim- und bei Nutztieren wollen wir beenden. Antibiotikamissbrauch und illegalen Medikamentenhandel in allen Tierhaltungen werden wir zuverlässiger unterbinden. Tiere sind für uns keine Unterhaltungsgegenstände, die zu diesem Zweck leiden müssen. Aus diesem Grund setzen wir die bereits dreimal beschlossenen und von den jeweils CDU-geführten Bundesregierungen ignorierten Bundesratsinitiativen zum Nein von Wildtieren in Zirkussen endlich um. Wir beenden die Haltung von Tieren für Ponykarussells und in Delfinarien. Zoos können wichtige Aufgaben erfüllen, aber wir sehen noch großen Handlungsbedarf bis zur Erfüllung tolerierbarer Haltungsbedingungen in allen deutschen Zoos. Wir fordern die grundsätzliche Neuausrichtung der Jagd in Deutschland. Tier- und Naturschutz sind die Kriterien für ein neues Jagdgesetz, welches das überkommene, an jagdlichen Hobbyinteressen orientierte Bundesjagdgesetz von 1952 ersetzen soll. Im Tierschutz hakt es noch in vielen weiteren Bereichen. Wir Grünen setzen uns dafür ein, Missstände flächendeckend zu beheben und Tiere konsequent zu schützen. **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

Für ein Tierschutzgesetz, das diesen Namen verdient Das bisherige Tierschutzgesetz ist nicht mehr als ein Tiernutzungsgesetz. Mit uns wird es ein neues Tierschutzgesetz geben, das seinem Namen endlich gerecht wird. Gleichzeitig werden wir mit verschiedenen Maßnahmen dessen Umsetzung stärken, indem wir beispielsweise Leitlinien und Gutachten zu Tierhaltungen in weiterführende Gesetzestexte überführen, ein Verbandsklagerecht für Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen auf Bundesebene schaffen sowie ein*e Bundestierschutzbeauftragte* einsetzen.

Tierversuche zum Auslaufmodell machen Tierversuche können wir nicht sofort vollständig abschaffen, aber wir müssen jetzt die Anstrengungen erhöhen, damit uns das eines Tages gelingen wird. Deshalb werden wir in die Erforschung tierfreier Alternativen mehr investieren und Wissenschaftler*innen unterstützen, die Ideen ohne Tierverbrauch verwirklichen. Gleichzeitig werden wir die Prüfung von Tierversuchen erleichtern und verbessern, um so Tierversuche auf die übergangsweise noch unumgängliche Anzahl zu reduzieren.

Tierschutz ist grünes Kernthema Tierschutz ist mit Bündnis 90/Die Grünen genauso eng verbunden wie Umwelt- und Naturschutz. Deshalb ist eines unserer Projekte, dass die Berücksichtigung des Tierschutzes bei allen Themen Eingang findet. Wir wissen, dass auch uns das noch nicht immer gelingt. Doch egal ob das Thema erneuerbare Energien, Artenschutz, Religion oder Medizin lautet, der Schutz des fühlenden Einzeltiers wird von uns gleichrangig ohne Wenn und Aber behandelt.

Begründung

Bisher findet sich Tierschutz nur in zwei kurzen Absätzen am Ende dieses Kapitels zu Lebensmitteln und Landwirtschaft. Thematisch haben Tierversuche, Heimtierhaltung, Zirkusse usw. aber nichts mit

Lebensmitteln zu tun. Wer ins Inhaltsverzeichnis guckt, findet dort keinen Tierschutz und wird unter der Überschrift des Landwirtschaftsteils nicht damit rechnen.

Unabhängig von persönlichen Präferenzen für das Thema ist es zweifellos so, dass Tierschutz für eine sehr große Zahl von Menschen in Deutschland ein wahlentscheidendes Thema ist. Das zeigen nicht nur die vielen Kleinstparteien, die mit diesem Thema bei der Bundestagswahl antreten. Auch die riesige Zahl von Menschen, die sich in tierpolitischen Initiativen engagieren, die große Zustimmung zu tierpolitischen Forderungen in Umfragen usw. weisen darauf hin, dass Tierpolitik ein wesentliches Politikfeld ist, welches wir schon aus wahltaktischer Sicht nicht vernachlässigen sollten. Tierschützer*innen sind grüne Kernklientel und wenn wir diese mit einem eigenen, kurzen Kapitel zum Thema Tierschutzpolitik bedienen können, sollten wir das tun.

Unser Entwurf konkretisiert dabei viele Vorhaben, welche bisher nur stichwortartig genannt werden, und ergänzt wesentliche Themen, welche bisher völlig fehlten, etwa Jagd, Bundestierschutzbeauftragte oder Tierversuch in der Lehre.

Unser Antrag sieht vor, ein neues Kapitel nach dem Landwirtschaftsteil einzufügen, welches sich in der Struktur an den bestehenden Kapiteln orientiert und inhaltlich auf den beiden bisherigen Absätzen zum Thema aufbaut. Es enthält ebenfalls drei Schlüsselprojekte und beinhaltet auch ein "Ersatz-Schlüsselprojekt" für den Landwirtschaftsteil, nachdem dort das Schlüsselprojekt zu Tierversuchen entfällt.

UK-KS-01-001 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir retten das Klima

UK-KS-01-001-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir retten das Klima

UK-KS-01-001-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Michael Weltzin (Berlin-Spandau KV)

Titel

Ändern in:

Klimaschutz als Modernisierungsstrategie für Deutschland

Begründung

Auf der Klimakonferenz von Paris hat die Weltgemeinschaft im Dezember 2015 beschlossen die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Dafür sollen spätestens zur Mitte des Jahrhunderts die globalen Treibhausgasemissionen netto null sein. Vor diesem Hintergrund ist eine konsequente Treibhausminderungsstrategie die Erfüllung des Vertrages von Paris und man sollte in diesem Zusammenhang besser nicht mehr von einer „Vorreiterschaft“ reden. Der Begriff „Vorreiter“ sollte ja ausdrücken, dass wir Klimaschutz als Chance begreifen. Mit dem Begriff Modernisierungsstrategie tun wir das genauso und berücksichtigen damit auch die Entwicklung von Paris.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Mira Wenzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV); Titus Rebhann (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Clara Meynen (Berlin-Pankow KV); Jochen Hake (Oldenburg-Stadt KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Katrin Gielow (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Christine Spannagel (Berlin-Neukölln KV); Daniela Wannemacher (Berlin-Neukölln KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Daniel Kluge (Berlin-Mitte KV); Daniela Ortlauf (Berlin-Neukölln KV)

UK-KS-01-011 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 11 einfügen:

Überflutungen an Flüssen und der Küsten. Das massive Verbrennen fossiler Energieträger wie Kohle und Öl macht die Erde zum Treibhaus.

UK-KS-01-011-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Nach Zeile 11 einfügen:

Auch bei uns ist die Gesundheit bedroht, durch Hitze, Infektionserreger, Allergien und einer steigenden Zahl von Todesfällen. Klima- und umweltbezogene Gesundheitsforschung wollen wir fördern und die Erkenntnisse in Aus- und Fortbildung besonders der Gesundheitsberufe stärken.

Begründung

Gerade im Gesundheitswesen wird der Zusammenhang zwischen bestimmten Erkrankungen und Klima- und Umweltproblemen häufig nicht erkannt. Wir wollen nicht nur die Forschung in diesem Bereich verstärken, sondern auch dafür sorgen, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse auch in der Patientenversorgung umgesetzt werden.

Unterstützer*innen

Heidi Besas (Bergstraße KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Gabriele Sutor (Main-Taunus KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Werner Jülke (Paderborn KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Hannelore Heidecke (Hannover RV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV)

UK-KS-01-014 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 14 bis 16:

die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad, begrenzen. ~~Das schnelle Inkrafttreten der Vereinbarung macht Mut. Jetzt muss es umgesetzt werden, dennoch kann die Weltgemeinschaft umsteuern.~~ Deutschland muss seinen Beitrag dazu leisten. Dazu bedarf es mutiger Schritte, für die wir eine Partnerschaft zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft benötigen. Die Trendwende bei den Treibhausgas-Emissionen muss unverzüglich erfolgen und durch strikte Zielvorgaben politisch untermauert werden. Eine Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050 würde nicht nur den CO₂-Ausstoß drosseln und das Zwei-Grad-Ziel erreichbar machen, sondern ist auch wirtschaftlich effizient und schafft neue Arbeitsplätze. Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir

Begründung

wir sollten unsere Ziele noch deutlicher und schärfer formulieren

UK-KS-01-016 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 16 bis 17:

Weltgemeinschaft umsteuern. Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollenmüssen wir ~~Deutschland und Europa wieder zum globalen Vorreiter~~ umso entschiedener in Sachen Klimaschutz ~~machen~~ kämpfen.

UK-KS-01-017 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 17:

Deutschland und Europa wieder ~~zum~~zu globalen Vorreiternn in Sachen Klimaschutz machen.

Begründung

Redaktionell

UK-KS-01-017-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Michael Weltzin (Berlin-Spandau KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 17:

Deutschland und Europa ~~wieder zum globalen Vorreiter in Sachen~~mit Klimaschutz ~~machen~~modernisieren.

Begründung

Auf der Klimakonferenz von Paris hat die Weltgemeinschaft im Dezember 2015 beschlossen die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Dafür sollen spätestens zur Mitte des Jahrhunderts die globalen Treibhausgasemissionen netto null sein. Vor diesem Hintergrund ist eine konsequente Treibhausminderungsstrategie die Erfüllung des Vertrages von Paris und man sollte in diesem Zusammenhang besser nicht mehr von einer „Vorreiterschaft“ reden. Der Begriff „Vorreiter“ sollte ja ausdrücken, dass wir Klimaschutz als Chance begreifen. Mit dem Begriff Modernisierungsstrategie tun wir das genauso und berücksichtigen damit auch die Entwicklung von Paris.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Mira Wenzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV); Titus Rebhann (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Clara Meynen (Berlin-Pankow KV); Jochen Hake (Oldenburg-Stadt KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Katrin Gielow (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Christine Spannagel (Berlin-Neukölln KV); Daniela Wannemacher (Berlin-Neukölln KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Daniel Kluge (Berlin-Mitte KV); Daniela Ortlauf (Berlin-Neukölln KV)

UK-KS-01-018 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 18:

~~Leider riskieren~~ Scheinbar blind für die Realität des Klimawandels zerstören CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz weiterhin die Zukunft unserer Kinder und

Begründung

Unsere Kinder werden in den nächsten Jahren (maximal 2-3 Jahrzehnten) beim Tauchen im Meer vermutlich keine lebenden Korallen mehr sehen. Die mit am produktivsten und artenreichsten Ökosysteme der Meere, die Korallenriffe, stehen vor dem Aus und sind wie das größte Korallenriff der Erde, das Great-Barrier-Reef größtenteils zerstört und ausgebleicht, vor allem durch Versauerung des Meerwassers durch die Erhöhung der CO₂-Konzentration und die Temperaturerhöhung der Meere als weitere Folge der Erderwärmung (andere Faktoren: Wasserverschmutzung, Zunahme heftiger Wirbelstürme mit der Erderwärmung, etc.). Die Folgen sind kaum absehbar – auch für die Welternährung. Immerhin sind Korallenriffe Kinderstuben für viele Fische. Hunderte Millionen von Menschen hängen in ihrer Existenz direkt oder indirekt von den Korallenriffen ab, die es bald nicht mehr geben wird. Das ist unendlich traurig und beängstigend zugleich. Wir sind nicht mehr in der „5-vor-12-Phase“, sondern schon ca. bei 12:30 Uhr mitten in der Phase des Massensterbens von Arten und Ökosystemen und können eigentlich nur noch Schadensbegrenzung betreiben. (Wer jetzt denkt, er sollte schnell nochmal hinfliegen und nachsehen, ...)

Angst um unsere noch verbleibende Umwelt und Mitwelt und um die Zukunft unserer Kinder ist das rationalste Gefühl im Angesicht solcher Todeskämpfe. Tapferkeit und Mut beim Aussprechen des unaussprechlichen Dramas, das sich gerade abspielt und das niemand hören und sehen will, ist das, was geboten ist.

UK-KS-01-021 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 21:

Treibhausgase aus, die energetische **Sanierung**Modernisierung von Gebäuden kommt nicht voran. Wir wollen in

Begründung

Betrifft mehrere ÄA: UK-KS-01 Z.21, 24, 73, 94, 107

... die energetische Sanierung Modernisierung von Gebäuden ...

... die energetische Gebäudesanierungmodernisierung ...

Begründung:

Das ist ausdrücklich keine redaktionelle Änderung. Wir sollten zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen. Modernisierung ist fachlich (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung), wirtschaftlich (Instandhaltung einschl. Instandsetzung hat der Vermieter aus der Nettokaltmiete zu bezahlen, Modernisierung kann umgelegt werden, da eine Wohnwertverbesserung) und juristisch (Der Gesetzgeber kennt keine "energetische Sanierung") korrekt. Wir sprechen auch vom "grossen sozial-ökologischen Modernisierungsprojekt" (P-01 Z.59). Ferner wird schon im Text auch von "sozialverträglicher, energetischer Gebäudemodernisierung" und "energetischer Modernisierung" gesprochen (UK-KS-01 Z.44f, 107, UK-GE-01 Z.77).

Unterstützer*innen

Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV)

UK-KS-01-022 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 22:

die ~~klimateutral~~klimatefreundliche Zukunft gehen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Dafür werden

Begründung

Der Begriff "klimateutral" ist extrem umstritten, weil er einen CO2-Ablasshandel oder "negative Emissionen" (z.B. durch CCS) ermöglicht. Daher lieber ein neutraleres Wort an dieser Stelle.

Unterstützer*innen

Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Jan Seemann (Münster KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Philip Tafarte (Dresden KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV)

UK-KS-01-024 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 24:

für die energetische **Gebäudesanierung**Gebäudemodernisierung bereitstellen, Energieeffizienz und Elektromobilität

Unterstützer*innen

Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV)

UK-KS-01-024-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 24:

für die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und **Elektromobilität** öffentlichen und nachhaltigen Verkehr

UK-KS-01-024-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 24:

für die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und **Elektromobilität** alle Arten abgasfreier Mobilität

Begründung

Wenn wir uns selbst ernst nehmen, dann wollen wir nicht nur ein neues E-Auto, dass nur ein bisschen umweltfreundlicher ist als die alte Verbrennungsmotormaschine, sondern einen wirklich umweltfreundlicheren Verkehr in einem intelligenten Verkehrsmix mit weniger Autos. Umweltfreundlich ist schließlich auch, nur kurze Wege zu Fuß zurückzulegen, weil wir Städte ermuntern, Stadtentwicklung nach dem Prinzip der kurzen Wege zu organisieren.

UK-KS-01-025 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 25 einfügen:

fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich machen, insbesondere durch Förderung tierfreier Landwirtschaft und pflanzlicher Lebensmittel. So sichern wir durch

Begründung

Was ist klimafreundliche Landwirtschaft? E-Traktoren? Nein. Das muss benannt werden. Klimafreundliche Landwirtschaft geht einher mit einer deutliche Reduzierung der gehaltenen Tiere (aktuell jährlich in Deutschland über 700 Millionen). Wir müssen Bäuerinnen und Bauern auf dem Weg unterstützen. Pflanzliche Lebensmittel gehören generell unterstützt, da ihre Klima- und Umweltbilanz mit wenigen Ausnahmen immer besser ausfällt, als die tierischer. Wir müssen beginnen, das zu sagen.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Leitner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Bettina Goldner (Ebersberg KV); Hermann Josef Brem (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Christoph Schröder (München KV); Angela Wilson (München KV); Madeleine Ludwig (München KV); Georg Kurz (München KV); Doris Wagner (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Rupert Ebner (Ingolstadt KV)

UK-KS-01-036 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 36 löschen:

Dem CO2-Ausstoß ~~von Unternehmen~~ wollen wir endlich einen Preis geben, der die ökologische

Begründung

Wir wollen CO2 perspektivisch generell einen Preis geben, der die ökologische Wahrheit spricht. Darauf gehen die folgenden Sätze im Programmtext auch ein. Die Einschränkung auf Unternehmen zu Beginn des Absatzes kann missverstanden werden.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehmann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV)

UK-KS-01-036-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 36:

~~Dem CO₂-Ausstoß~~ Dem Ausstoß von ~~Unternehmen~~ Treibhausgasen wollen wir endlich einen Preis geben, der die ökologische

Begründung

Wenn der Klimaschutz erfolgreich sein soll, müssen **alle** Emittenten von Treibhausgasen belastet werden, nicht nur die Unternehmen

Unterstützer*innen

Wera Eiselt (Frankfurt KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Jan Furken (Stormarn KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV)

UK-KS-01-038 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 38 bis 40:

Zertifikate sind viel zu billig. Der aktuelle Mechanismus des CO₂-Zertifikate-Handels ist nicht wirksam für die notwendige Bekämpfung des Klimawandels. Deutschlands Emissionen stagnieren seit über sieben Jahren bei gut 900 Mrd. Tonnen pro Jahr. Vom deutschen Klimaziel Ziel, bis 2020 bei 750 Tonnen zu sein sind wir extrem weit entfernt. Wir müssen viel wirksamere Klimapolitik machen. Die CO₂-Bepreisung ist eines unserer Instrumente. Die heutigen Zertifikate sind viel zu billig und betreffen viel zu wenige Branchen. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit der Ausstoß von Klimagasen wieder echtes Geld kostet. Hierfür müssen überschüssige CO₂-Zertifikate dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten muss beendet werden und das Überangebot an Zertifikaten muss abgebaut werden. Solange der EU-Zertifikate Handel nicht funktioniert und solange nur so wenige Wirtschaftsbereiche von ihm erfasst werden, wollen wir mit einem gesetzlichen CO₂-Mindestpreis für alle Branchen dafür sorgen, dass Klimaschutzinvestitionen sich lohnen und planbar werden. Aus diesen Einnahmen finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen und federn die Folgen eines hohen CO₂ Preises für einkommensschwache Haushalte durch geeignete soziale Maßnahmen ab.

Begründung

CO₂ Zertifikaten sind Eigentumsrechte, diese können nicht einfach so gelöscht werden. Sie müssen aus dem Markt heraus gekauft werden oder die Nachfrage nach CO₂ Zertifikaten muss signifikant steigen, indem der Anwendungsbereich des Emissionshandels auf viel mehr Unternehmen und Wirtschaftsbereiche ausgedehnt wird. Um nicht zu technisch zu werden, wurde dies hier nur als kurzer Programmsatz formuliert. Ein nationaler CO₂ Mindestpreis parallel zum Emissionshandel führt dazu, dass in Deutschland die Nachfrage nach CO₂ Zertifikaten sinkt und damit der Preis für die Zertifikate sinkt und Umweltverschmutzung in anderen Ländern der EU subventioniert wird. Daher soll die Hauptpriorität darauf liegen, den Emissionshandel zu reformieren. Der Emissionshandel umfasst aber längst nicht alle Bereiche, in den klimaschädliche Gase ausgestoßen werden. Wir wollen daher insbesondere auch den Heiz- und Wärmebereich in den Blick nehmen. Daher soll der nationale Preis nicht nur für die vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen gelten. Wir wollen einen CO₂ Mindestpreis für die gesamte Wirtschaft. Dieser wird einkommensschwache Haushalte überproportional treffen, daher sollten wir die Folgen auch sozial abfedern.

UK-KS-01-041 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 41 bis 45:

Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis und eine ehrliche CO₂-Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels sorgen wir dafür, dass Klimaschutzinvestitionen sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. ~~Und aus diesen~~ Die Einnahmen ~~finanzieren wollen~~ wir ~~weitere Klimaschutzmaßnahmen~~, den Bürger*innen zurückgeben; in Frage kommen eine Senkung der EEG-Umlage, eine Rückerstattung pro Kopf oder Programme zu Investitionen in Klimaschutz wie zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse ~~und stellen~~ oder zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung ~~bereit~~. Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen

Begründung

Die Akzeptanz der Energiewende steigt, wenn nicht nur die Erneuerbaren ein (in der EEG-Umlage verzerrtes) Preisschild erhalten, sondern auch klar wird: Fossile Energienutzung kostet Geld. Dass dieses nicht vom Steuer- oder (Krankenversicherungs-)Beitragszahler bezahlt werden sollte, ist unter Grünen unstrittig.

Bei der Verwendung sollten wir uns jedoch mehrere Möglichkeiten offen halten. Die Finanzierung weiterer Klimaschutzmaßnahmen ist im Ursprungsantrag schon erwähnt.

Die Senkung der EEG-Umlage würde dem Energiewende-Bashing eine seiner Grundlagen entziehen. Zumal in den kommenden Jahren durch die steigenden Anteile Offshore-Windstrom und die zunehmenden Abschaltungen Erneuerbarer (auf Kosten der Umlage) die Umlage durchaus weiter steigen könnte.

Eine CO₂-Abgabe nach Schweizer Modell dient *nicht* der Erhöhung von Staatseinnahmen, sondern der **Internalisierung** von externen Kosten, preist also die Umwelt- und Klimakosten mit in den Verkaufspreis ein. Da die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe an Unternehmen sowie an Privatpersonen (natürliche Personen) gleichmäßig als Ökobonus zurückgezahlt werden, wird die Wirtschaftskraft insgesamt nicht geschwächt, und es haben diejenigen einen Vorteil, die sparsam mit fossilen Brennstoffen umgehen. Die Kaufkraft bleibt erhalten. Die Akzeptanz ist hoch, weil alle Bürger*innen zu Weihnachten einen Scheck bekommen.

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_\(Schweiz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz))

UK-KS-01-041-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Kreisverband Hamburg-Harburg
Beschlussdatum: 20.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 41 bis 45:

Durch ~~einen gesetzlichen~~ eine gesetzliche CO2-~~Mindestpreis~~ Umlage auf fossile Energieträger nach Schweizer Vorbild sorgen wir dafür, dass Klimaschutzinvestitionen ~~sich betriebswirtschaftlich lohnen~~ auch in bisher nicht vom Zertifikatehandel erfassten Sektoren erfasst und ~~planbar~~ belohnt werden. Um die Umlage sozial verträglich zu machen werden die Erträge der Klima- ~~Und aus diesen~~ und Stromabgaben vollständig an Haushalte und Unternehmen rückverteilt. Um eine möglichst neutrale Verteilungswirkung zu erreichen, ist ein Teil der Einnahmen über eine Pro-Kopf-Pauschale an die Haushalte zurückzuerstatten. Die Rückverteilung bewirkt, dass die Beiträge der Haushalte und Unternehmen insgesamt nicht ansteigen. Haushalte und Unternehmen mit einem niedrigen Energieverbrauch werden belohnt, da sie mehr Geld zurückerhalten, als sie an Klima- und Stromabgaben entrichten. In der Übergangszeit finanzieren wir aus einem Teil der Umlage weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme Industrieprozesse, und stellen zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung bereit. ~~Neben-~~

Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen

Begründung

Begründung

Vorbild Schweiz: CO2-Abgabe mit Rückauszahlung an die Bürger

Die Erträge der Klima- und Stromabgaben werden vollständig **an Haushalte und Unternehmen rückvergütet**, außer während einer Übergangszeit, in der ein Teil der Erträge für Förderzwecke eingesetzt wird. **Die Rückverteilung bewirkt, dass die Belastung der Haushalte und Unternehmen insgesamt nicht ansteigt.** Haushalte und Unternehmen mit einem niedrigen Energieverbrauch werden belohnt, da sie mehr Geld zurückerhalten, als sie an Klima- und Stromabgaben entrichten. Bei der Erhebung der Klima- und Stromabgaben wird auf Unternehmen Rücksicht genommen, deren Betrieb oder Produktion besonders treibhausgas- oder energieintensiv ist, und anderenfalls Abwanderung droht.

Bsp. Schweiz: Die Einnahmen der Lenkungsabgaben werden über die Krankenkassen allen Einwohnerinnen und Einwohnern ausbezahlt, beziehungsweise mit den Krankenkassenprämien verrechnet. Jede in der Schweiz versicherte Person erhält den gleichen Betrag zurück (Ökobonus-Prinzip), da die pauschale Lösung als einzige stark progressiv wirkt. Der Betrag wird von der Krankenkassenprämie abgezogen. Personen, die ihre Versicherungsprämie nicht selbst bezahlen, erhalten den Betrag ausbezahlt.

Durch die Rückzahlung der Umlage an die Bürger wird eine **hohe Akzeptanz** des Lenkungssystems erreicht, die bei der Energiewende in Deutschland durch von Schwarz-Gelb und Großer Koalition beschlossenen, vielen versteckten Subventionen in Form von Ausnahmen bei Stromsteuer, Netzentgelten und EEG-Umlage (über 20 Mrd. € p.a. laut Umweltbundesamt) zunehmend in Frage gestellt ist, weil sie zu einer einseitigen Kostenbelastung der privaten Haushalte und einer unsozialen Umverteilung von unten nach oben führt.

Diese Umlage ist ein ökologisches marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument, das über Preisanreize den Verbrauch fossiler Brennstoffe senkt. Sie dient *nicht* der Erhöhung von Staatseinnahmen, sondern der

Internalisierung von externen Kosten, preist also die Umwelt- und Klimakosten mit in den Verkaufspreis ein. Da die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe an Unternehmen sowie an Privatpersonen (natürliche Personen) gleichmäßig als Ökobonus zurückgezahlt werden, wird die Wirtschaftskraft insgesamt nicht geschwächt und es haben diejenigen einen Vorteil, die sparsam mit fossilen Brennstoffen umgehen. Die Kaufkraft bleibt erhalten.

In der Klima- und Energiepolitik der Schweiz soll dadurch ab 2021 der **Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem** stattfinden. Dies ermöglicht es, die Klima- und Energieziele wirksamer und kostengünstiger zu erreichen als mit Förder- und regulatorischen Maßnahmen.

Zu diesem Zweck wurde ein **neuer Verfassungsartikel** über Klima- und Stromabgaben sowie Übergangsbestimmungen angelegt. Der Verfassungsartikel legt fest, dass der Bund eine **Klimaabgabe auf Brenn- und Treibstoffen** und eine **Stromabgabe** erheben kann. Diese Abgaben sollen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass der Verbrauch fossiler Energie und damit Treibhausgasemissionen vermindert und generell Energie sparsam und effizient genutzt werden.

Ist das System einmal eingeführt, kann die Höhe je nach Zielerreichungsgrad der Klimaschutzziele einfach nach gesteuert werden. In der Schweiz wurde die Abgabe von anfänglich 12 SFR in 2008 stufenweise wegen der noch nicht hinreichenden Steuerungswirkung von zuletzt 60 SFR auf 84 SFR seit 2016 angehoben. Zur Zeit ist eine weitere Anhebung auf ca. 120 SFR in Diskussion.

Zitat aus der ÖSR-Studie Ecoplan 2012 für die Schweiz:

„Eine längerfristig angelegte Strategie zur Effizienzsteigerung, Reduktion von CO₂-Emissionen und Elektrizitätsverbrauch braucht griffige Instrumente, wie bspw. CO₂- und Stromabgaben, die relativ hoch ausfallen müssen. Hohe Energieabgaben sind – sofern sie über geeignete Mechanismen rückverteilt werden – nicht notwendigerweise eine Gefahr für die Gesamtwirtschaft, Aus Sicht der Wohlfahrt für die Schweizer Bevölkerung sind auch ambitionierte Ziele verkraftbar, insbesondere dann, wenn die positiven Sekundärnutzen des Rückgangs der externen Kosten mitberücksichtigt werden. Wichtig ist, dass die Abgaben schrittweise und für die Akteure planbar erhöht werden.“

Laut einer Metastudie des Umweltbundesamtes liegen die mittelfristigen volkswirtschaftlichen CO₂-Folgekosten bei etwa 60,-€/Tonne CO₂-äq und die langfristigen sogar bei ca. 200,-€/Tonne.

Quellen:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_\(Schweiz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz))

https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/projekte/lenkungsys_klima_energieb/uebersicht.html

UK-KS-01-041-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 41 einfügen:

Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis in Form einer flexiblen, dynamischen CO₂-Abgabe sorgen wir dafür, dass Klimaschutzinvestitionen

Begründung

Wer einen Mindestpreis will, der muss auch sagen, wie dieser erreicht wird und wer das Geld wozu bekommt, wenn dadurch die Preise steigen. Der Emissionshandel hat jedenfalls nicht wirklich gut funktioniert, wie immer, wenn "der Markt" bzw. profitorientierte Akteure Gemeingut schützen soll. Wir meinen: Das Geld soll der Staat erhalten, um dadurch a) Bürger zu entlasten, die in besonderer Weise von Preisanstiegen durch die ökologische Transformation betroffen sind (z.B. Klimawohngeld) und b) Infrastrukturen und Wirtschaftsformen fördern, die wirklich umweltverträglich und nachhaltig sind (z.B. Förderung des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur).

Flexibel sollte die Abgabe (nicht der Mindestpreis) sein, um Preissprünge an den Brennstoffmärkten abzufedern und sozialverträglich zu bleiben und für Unternehmen berechenbare Energiepreise zu erzeugen; und dynamisch ansteigen, wenn neue Technologien Emissionen und Kosten dämpfen und damit die Anreize verloren gehen, Investitionen für weitere Einsparungen zu tätigen.

UK-KS-01-048 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 48 einfügen:

verpflichtend sein.

Die gesamte Energieversorgung wollen wir bis ca. 2040 vollständig auf erneuerbare Energie umstellen.

Begründung

Entspricht dem Wert der Greenpeace-Studie vom Februar 2016

UK-KS-01-050 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 50 einfügen:

Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. Mindestens 80 Prozent aller fossilen

Begründung

Redaktionell bzw. für genaue Zahl ist die Definition zu undeutlich (Reserven? Ressourcen? bekannte Reserven?)

UK-KS-01-050-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 50 bis 51:

Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. ~~80~~90 Prozent aller fossilen Brennstoffe müssen für die Einhaltung einer Erdüberhitzung von 1.5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit im Boden bleiben, wenn „Klimaschutz“ mehr als eine Worthülse sein soll.

Begründung

90 % entspricht Wert aus Greenpeace-Studie vom Februar 2016.

Wenn nicht wir Grüne für die Begrenzung auf 1.5°C streiten, wer dann?

UK-KS-01-055 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 55 bis 62:

klimaschädigenden CO2 reduziert ~~wird; weniger entscheidend ist, wann exakt das allerletzte Kohlekraftwerk vom Netz geht. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO2-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln. Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten. Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg wird.~~ Wenn wir eine Chance haben wollen, den Klimawandel auf 1,5° zu beschränken, müssen wir bis zum Jahr 2025 aus der Kohleverstromung ausgestiegen sein. Das ist technisch und ökonomisch machbar, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien wesentlich zügiger erfolgt, als es die Politik der Großen Koalition ermöglicht. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, die gleichzeitig die Einhaltung der Pariser Klimaziele ermöglichen und Versorgungssicherheit gewährleisten. (à Kapitel: Wir steigen um - komplett auf erneuerbare Energien). Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle und neue,

Begründung

Wir sollten im Wahlprogramm nicht hinter den kurz zuvor gefassten Beschlüssen aus Münster zurückfallen (Siehe: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/EV-01_Energiewende_rettet_Verkehrswende_einleiten.pdf). Außerdem sollte das Wahlprogramm nicht in sich widersprüchlich sein: Wie können wir fordern, dass bis 2030 aller Strom aus Erneuerbaren kommt und gleichzeitig bis 2037 noch Kohlekraftwerke laufen sollen?

Die Formulierungen orientieren sich an dem zivilgesellschaftlichen Diskussionspapier "Kohleausstieg 2025 - Technisch machbar und klimapolitisch notwendig" (Siehe: http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01_Themen/02_Energie-und-Klima/Kohle/Diskussionspapier_Kohleausstieg_2025.pdf)

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Laura Mai Ehrich (Bonn KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Cosima Pfannschmidt (München KV); Matthias Ernst (Straubing-Bogen KV); Georg Kurz (München KV); Anna Schmidhuber (München-Land KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Jamila Schäfer (München KV); Dimitra Kostimpas (München KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Leon Eckert (Freising KV); Rudi Seibt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Lisa Badum (Forchheim KV); Axel Horn (München-Land KV); Kathrin Henneberger (Köln KV)

UK-KS-01-056 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 56 bis 61:

Kohlekraftwerk vom Netz geht. ~~Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln. Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten.~~

Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen. Unser Ziel ist es, bis 2025 aus der Kohlenutzung auszusteigen. Dazu brauchen wir einen Kohleausstiegsplan, der neue Kohlekraftwerke, den Aufschluss neuer Tagebaue sowie Tagebauerweiterungen ausschließt und keine neuen Umsiedlungen mehr zulässt. Wir werden das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland mit einem Kohleausstiegsgesetz planungssicher und unumkehrbar gestalten. Das schafft Klarheit für die Unternehmen, die Beschäftigten und die Menschen in den betroffenen Regionen. Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Begründung

Wir haben in Münster dazu einen eindeutigen Beschluss gefasst, der selbstverständlich auch die Grundlage unseres Programmes an dieser Stelle werden muss. S.a.

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/EV-01_Energiewende_rettet_Verkehrswende_einleiten.pdf

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV)

UK-KS-01-056-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 56 einfügen:

Kohlekraftwerk vom Netz geht. Alle Kohlekraftwerke mit voller Kraft weiterlaufen zu lassen, würde bedeuten, dass Deutschlands Emissionsbudget im Energiebereich im Hinblick auf das 1,5°C-Limit bereits 2025 aufgebraucht wäre. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr

Begründung

Ohne Erläuterung des Budgetansatzes ergibt der Absatz keinen Sinn.

UK-KS-01-056-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 56 einfügen:

Kohlekraftwerk vom Netz geht. Alle Kohlekraftwerke mit voller Kraft weiter laufen zu lassen, würde bedeuten, dass wir bereits 2025 unser verbleibendes CO2-Budget für den Energiesektor mit Blick auf das 1,5 Grad-Limit aufgebraucht hätten. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr

Begründung

So ist die Wissenschaft und die Grünen sollten sich trauen, diese Wahrheit auch auszusprechen. Damit wird außerdem klar, dass wie dringend nötig der schnelle Einstieg in den Kohleausstieg ist. Unabhängig davon, wie die Abstimmung über 2025/20 Jahre ausgeht, macht diese Ergänzung Sinn. Die Formulierung ist Teil eines inzwischen verworfenen Textblockes zum Kohleausstieg, der auf einer gemeinsamen Sitzung der BAG Energie Vertreter*innen, Annalena Baerbock, Simone Peter, Julia Verlinden uv.a. erstellt wurde.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Seemann (Münster KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Philipp Schulte (Münster KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Werner Weindorf (München KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

UK-KS-01-059 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 59 bis 61:

zu den Klimazielen deckeln. ~~Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten.~~ Wir werden das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schnellstmöglich die restlichen Kohlekraftwerke abschalten.

Begründung

Die BDK 2016 in Münster (NRW) hat 2025 als Ausstiegszeitpunkt der Kohleverbrennung benannt. Daher sollten wir im Bundestagswahlprogramm nicht von 2037 sprechen, sondern uns zumindest auf den Kompromiss "schnellstmöglich" einigen.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV)

UK-KS-01-059-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 59 bis 61:

zu den Klimazielen deckeln. ~~Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten.~~ Wir streben an, den Regelbetrieb dieser Kraftwerke schrittweise bis 2025 zu beenden und einzelne Kohlekraftwerke danach für eine kurze Übergangsfrist nur noch als Reserve zu nutzen. Hierfür verwenden wir die Instrumente unseres Kohleausstiegsfahrplans, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten .

Begründung

Beschluss der BDK Münster 2016. Widerspruch im Programmentwurf: 100% EE-Strom bis 2030 passen nicht zu Kohlestrom bis 2037.

UK-KS-01-059-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 59 bis 61 löschen:

zu den Klimazielen deckeln. ~~Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten.~~

Begründung

Wissenschaftliche Erkenntnis, der BDK-Beschluss aus Münster und unsere GRÜNE Ambition sollten es uns gebieten, bis 2025 durch zu sein mit dem Kohleausstieg.

Der Fahrplan Kohleausstieg ist der Fahrplan der Bundestagsfraktion. Die Partei hat auf der BDK in Münster einen deutlich ambitionierteren Ausstiegsplan beschlossen. Wir sollten hier im Wahlprogramm keinen expliziten Widerspruch zu unseren BDK Beschlüssen formulieren.

UK-KS-01-059-4 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 59 bis 61:

zu den Klimazielen deckeln. Hierfür **haben** **werden** wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorge**leg**ten, mit dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten **20**8 Jahre abschalten.

Begründung

1. Die letzte BDK hat den Kohleausstieg 2025 mit gutem Grund beschlossen. Außerdem fordern wir 100% Ökostrom bis 2030 – das geht nicht, wenn wir erst 2037 aus der Kohle aussteigen. Der programmierte Tod des größten Korallenriffs der Erde, des Great-Barrier-Reefs, erinnert uns daran, dass wir bereits mitten in der Phase katastrophaler Naturzerstörung durch den Klimawandel eingetreten sind. Wer hier noch mit „Planungssicherheit für die Industrie“ oder „Arbeitsplätzen“ argumentiert, wo die schiere Existenz von Millionen Menschen bedroht ist und auch auf die deutsche Gesellschaft immense und kaum abschätzbare Folgekosten zukommen, verkennt die Dimensionen der jeweiligen Probleme und ist realitätsblind.
2. Wenn wir Grünen einen Ausstieg in zwanzig Jahren fordern - was wird dann in der nächsten Legislaturperiode passieren, selbst wenn wir an der Regierung beteiligt werden? Die symbolische Stilllegung von 2 bis 3 längst abgeschriebenen alten Kohlestromöfen? Wie ernst nimmt die Öffentlichkeit die Dramatik des Klimawandels und die Notwendigkeit für eine radikale Wende in allen Bereichen der Emissionserzeugung, wenn wir Grüne implizit sagen, wir hätten noch zwanzig Jahre Zeit aus der Kohleverstromung auszusteigen? Wie sieht es in zwanzig Jahren in Bangladesch aus? Wieviel Sylt ist dann noch übrig? Gibt es dann noch Tiere wie Muscheln im Meer - mit Kalkskeletten?
3. Wenn wir nicht schnell handeln, werden die Folgekosten auch in Deutschland immer höher: Mehr Klimatote, mehr Ernteeinbußen durch unberechenbares Wetter, mehr Stürme, höhere Versicherungsbeiträge für Wohngebäude, mehr Überflutungen, mehr Bodenversalzung, mehr Kosten für Deichbau, mehr Behandlungskosten für tropische Krankheiten, mehr Kosten für Migrationsabwehr oder Integration von Klimaflüchtlingen aus der Sahelzone etc.

UK-KS-01-062 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 61 bis 63:

undschrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten. ~~Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze.~~ Dabei achten wir darauf, dass der Ausstieg, wie bei der Steinkohle, sozialverträglich gestaltet wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Neue Chance erwachsen aus tragfähigen Zukunftskonzepten und Projekten, die in den Regionen entwickelt werden. Wir engagieren uns dafür, dass dies im offenen und breit angelegten Dialog erfolgt. Die Finanzierung in Form eines Strukturwandelfonds oder einer Stiftung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Energieunternehmen. Über die Förderung hinaus halten wir eine länderübergreifende Strategie für die Transformationsprozesse in den Kohlerevieren für notwendig.

Begründung

Die bisherige knappe Formulierung erscheint an dieser Stelle zu kurz zu greifen. Anstelle einer bloßen Forderung einer Finanzierung mittels eines Strukturwandelfonds, wollen wir den Strukturwandel aktiv und unter einem breit angelegten Dialog in der Region gestalten und so tragfähige Konzepte auf den Weg bringen. Zudem sollte der Strukturwandelfond oder eine Stiftung als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Energieunternehmen angesehen werden und eine länderübergreifende Strategie hierfür entwickelt werden.

UK-KS-01-063 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Benjamin Bremer (Potsdam KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 63 einfügen:

zukunftsfähige Arbeitsplätze. Vor allem müssen die mittel- und unmittelbar Beschäftigten im Kohlesektor für den Kohleausstieg gewonnen werden, da sie, ihre Kompetenzen und ihre Arbeitskraft entscheidend sind für eine erfolgreiche Transformation der betroffenen Regionen.

Begründung

Es ist wesentlich, die Beschäftigten in den Kohleregionen für den Ausstieg aus der Kohle und eine erfolgreiche Transformation zu gewinnen. Sie sind es, die die Transformation gestalten werden und die in einer entkarbonisierten Wirtschaft arbeiten und leben werden.

Daher sollte der Strukturwandel immer auch an den Bedürfnissen der Region ausgerichtet sein und eine erfolgreiche Strukturpolitik muss die individuellen Voraussetzungen, Möglichkeiten und Risiken einer jeden betroffenen Region beachten.

Unterstützer*innen

Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Sabine Niels (Oder-Spree KV); Marie Schäffer (Potsdam KV); Arabella Wintermayr (Potsdam KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Ruth Wagner (Teltow-Fläming KV); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ute Hannemann (Oder-Spree KV); Ulli Reichardt (Berlin-Kreisfrei KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Rüdiger Höwler (Göppingen KV); Thomas von Gizycki (Oberhavel KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV)

UK-KS-01-064 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 64 bis 67 löschen:

~~Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und den Bau neuer Kohlekraftwerke werden wir verhindern und keine neuen Umsiedlungen mehr zulassen. Ein Kohleausstiegsgesetz schafft hierfür die Grundlage. Das schafft Klarheit für die Unternehmen, die Beschäftigten und die Menschen in den betroffenen Regionen.~~

Begründung

Wir haben in Münster dazu einen eindeutigen Beschluss gefasst, der selbstverständlich auch die Grundlage unseres Programmes an dieser Stelle werden muss. S.a.

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/EV-01_Energiewende_rettet_Verkehrswende_einleiten.pdf

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV)

UK-KS-01-064-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 64 einfügen:

Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und ihre und Erweiterung sowie den Bau neuer Kohlekraftwerke werden wir

Begründung

Wir haben nicht nur was gegen neue Tagebaue sondern wollen auch die bestehenden Tagebaue nicht erweitern. Analog sind wir ja auch nicht nur gegen neue Kohlekraftwerke sondern wollen die Klima-Killer auch früher vom Netz haben.

Unterstützer*innen

Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Philipp Schulte (Münster KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

UK-KS-01-069 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Rhein-Pfalz-Kreis

Beschlussdatum: 24.03.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Nach Zeile 69 einfügen:

Im derzeitigen Bergrecht wird dem Interesse des Bergbaus weitgehend Vorrang vor den Interessen und Rechten privater Menschen eingeräumt. In der Planungs- wie auch in der Genehmigungsphase findet keine gleichwertige Interessenabwägung statt. Diese Praxis muss ein Ende haben. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, und Anwohner und Umwelt besser zu schützen.

Begründung

Das aktuelle Bergrecht ermöglicht unzureichende Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten. Dies betrifft generell alle bergrechtlichen Verfahren. An vielen Stellen sollen in Deutschland neue Ölfelder erschlossen werden. Der Widerstand gegen solche und andere bergrechtliche Verfahren stößt auf vielfältige Schwierigkeiten. Wir sind der Meinung, dass fossile Brennstoffe generell und nicht nur Kohle, weitgehend unter der Erde bleiben sollen und wollen daher die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in bergrechtlichen Verfahren verbessern.

UK-KS-01-069-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 69 einfügen:

Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft! Unseren Kampf gegen klimaschädliche Kohlenkraftwerke werden wir erst dann beenden, wenn der Kohleausstieg erreicht ist – in Deutschland, Europa und weltweit.

UK-KS-01-069-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Brandenburg an der Havel

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 69 einfügen:

Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft!

Energiewende bezahlbar gestalten Die in Deutschland eingeleitete Energiewende kann nur erfolgreich bewältigt werden, wenn die finanzielle Belastung der Verbraucher auf das notwendige Maß begrenzt wird. Hierzu ist die Entlastung der EEG-Umlage von der Mehrwertsteuer ebenso erforderlich wie regelmäßige Reviews über die „Besondere Ausgleichsregel“ für stromkostenintensive Unternehmen nach den §§ 63 ff. des EEG 2017.

Begründung

Die Einnahmen aus der EEG-Umlage sollen für die Umsetzung der Energiewende eingesetzt werden. Es ist daher nicht einzusehen, dass durch Erhebung von Mehrwertsteuern auf dieses Instrument der Staat sich zu Lasten der Zahlenden zusätzlich Einnahmen verschafft. Eine Entlastung der EEG-Umlage von der Mehrwertsteuer erhöht darüber hinaus die Akzeptanz.

Mit den regelmäßigen Reviews soll Transparenz über die tatsächlichen Kostentreiber hergestellt werden, um unter anderen daraus notwendige Veränderungen ableiten und politisch durchsetzen zu können.

UK-KS-01-069-4 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Benjamin Bremer (Potsdam KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 69 einfügen:

Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft! Innerhalb der Europäischen Union muss Deutschland voranschreiten und darauf hinwirken, dass der Ausstieg aus Abbau und Verstromung von Kohle auch als festes Europäisches Ziel in allen Mitgliedsstaaten der EU verankert wird und in einen Europäischen Kohlekonsens mit dem Ziel eines Europaweiten Kohleausstiegs mündet.

Begründung

Die Europäische Union hat das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet und will erste Schritte für eine Umsetzung der Begrenzung der Klimaerwärmung in Sinne des Abkommens unternehmen. Leider teilen jedoch nicht alle Mitgliedsstaaten die Auffassung, dass ein radikaler Ausstieg aus der fossilen Stromerzeugung notwendig ist, um diese selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Bei der Kohleverstromung stellt sich selbst die Bundesregierung gegen einen konsequenten Ausstieg und bremst. Daher fordern wir, dass Deutschland die Energiewende europaweit vorantreiben und einen europaweiten Kohleausstieg initiieren muss. Dies kann als große Aufgabe in allen Mitgliedsstaaten gelingen, wenn sich alle gemeinsam beteiligen.

Unterstützer*innen

Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Sabine Niels (Oder-Spree KV); Arabella Wintermayr (Potsdam KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Ruth Wagner (Teltow-Fläming KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ute Hannemann (Oder-Spree KV); Ulli Reichardt (Berlin-Kreisfrei KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Thomas von Gizycki (Oberhavel KV); Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Heinz Rudolf Umlauf (Berlin-Mitte KV)

UK-KS-01-070 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Ingolstadt

Beschlussdatum: 29.03.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 70 einfügen:

Hoch- und Niedermoore schützen und entwickeln!

Moorschutz ist Klimaschutz. Moorflächen besitzen ein enormes Potential, klimaschädliches CO₂ zu binden. Durch fortwährende Entwässerung von Mooren löst sich der Moorboden auf und es werden enorme Mengen an CO₂ frei. Ein naturnahes Moor hingegen nimmt CO₂ auf.

Wir setzen uns dafür ein, dass intakte Moorlandschaften besser geschützt und für trockengelegte Moore flächendeckend Maßnahmen der Wiedervernässung ergriffen werden. Für Moorflächen, die derzeit bewirtschaftet werden, schaffen wir Anreize für die Umnutzung der Flächen in Richtung einer extensiven Bewirtschaftung, vor allem aber für die Nassbewirtschaftung durch sog. Paludikulturen.

Um die Finanzierung im Rahmen des Moorschutzes zu stärken, unterstützen wir die Entwicklung von Klimazertifikaten, die auf Grundlage der eingesparten CO₂-Mengen ausgegeben werden können. Mit deren Erwerb können Unternehmen oder Privatpersonen unvermeidbare CO₂-Emissionen vermindern.

Klimaschutz auf allen Ebenen

Begründung

Moore in Deutschland schrumpfen und nehmen nur noch einen kleinen Teil der Fläche in Deutschland ein, speichern jedoch genauso viel CO₂ wie unsere Wälder, die ca. 30% der Fläche in Deutschland bedecken.

Durch den Schutz intakter Moore, vor allem aber durch die Wiedervernässung trockengelegter Moorflächen kann sichergestellt werden, dass CO₂ im Moorkörper gebunden bleibt und nicht in die Atmosphäre entweicht.

Eine besondere Herausforderung stellen intensiv bewirtschaftete Moorflächen dar. Um die Flächen bewirtschaften zu können, werden Mooregebiete unentwegt entwässert. Dadurch löst sich der Torfkörper buchstäblich in Luft auf und eine sog. Moorsackung erfolgt, worauf wiederum die Drainagegräben vertieft werden müssen. Der Kreislauf wird solange fortgesetzt, bis der gesamte Moorkörper verschwunden ist. Die Bewirtschaftung jedoch stellt oftmals die Lebensgrundlage der landwirtschaftlichen Betriebe dar. Deshalb müssen für die Bewirtschaftung Anreize geschaffen werden, die einen Umstieg auf Nasskulturen (sog. Paludikulturen) erleichtern. Wie der Name schon sagt, gedeihen die Nasskulturen auch auf vernässten Flächen. Es müssen Anreize für den Anbau, vor allem aber die Grundlagen für einen erfolgreichen Absatz der Ackererträge geschaffen werden.

Es kann relativ genau bestimmt werden, welche Menge an CO₂ pro Hektar Moorfläche gespeichert bzw. durch Vernässung gebunden wird. Es ergibt sich somit die Möglichkeit, Klimaschutzzertifikate über die entsprechende Menge CO₂ auszustellen. Unternehmen oder Privatpersonen können durch den Erwerb der Zertifikate eigene, nicht vermeidbare CO₂-Emissionen kompensieren. Mit dem Erlös aus dem Verkauf der Zertifikate können weitere Moorschutzmaßnahmen finanziert oder beispielsweise bewirtschaftete

Moorflächen langfristig gepachtet werden. Der rechtliche und organisatorische Rahmen kann auf Bundesebene bereitgestellt werden.

UK-KS-01-073 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 73:

öffentlichen Beschaffung, bei der **Gebäudesanierung**Gebäudemodernisierung, beim Fuhrpark. Gezielte Angebote sollen

Begründung

UK-KS-01 Z.21, 24, 73, 94, 107

... die energetische Sanierung Modernisierung von Gebäuden ...

... die energetische Gebäudesanierungmodernisierung ...

Begründung:

Das ist ausdrücklich keine redaktioneller ÄA. Wir sollten zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen. Modernisierung ist fachlich (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung), wirtschaftlich (Instandhaltung einschl. Instandsetzung hat der Vermieter aus der Nettokaltmiete zu bezahlen, Modernisierung kann umgelegt werden, da eine Wohnwertverbesserung) und juristisch (Der Gesetzgeber kennt keine "energetische Sanierung") korrekt.

Wir sprechen auch vom "grossen sozial-ökologischen Modernisierungsprojekt" (P-01 Z.59). Ferner wird schon im Text auch von "sozialverträglicher, energetischer Gebäudemodernisierung" und "energetischer Modernisierung" gesprochen (UK-KS-01 Z.44f, 107, UK-GE-01 Z.77).

Unterstützer*innen

Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Udo Philipp (München KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Walter (Potsdam KV)

UK-KS-01-075 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 75 einfügen:

ist, sind mit wenig Aufwand große Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

Wir Grünen wissen: Wenn wir die Erderwärmung wirklich auf deutlich unter 2 °C halten wollen, müssen wir auch über Konsum reden. Dazu gehört eine Reduzierung des Konsums von tierischen Lebensmitteln ebenso wie von Flugreisen und Autoverkehr.

Begründung

Mit einer Energiewende allein wird sich das Klima nicht retten lassen. Wir müssen auch offen und ehrlich über unseren Lebensstil reden, sonst machen wir uns als Klimaschutzpartei unglaubwürdig. Dazu gehören nicht nur Flugverkehr und Autos, sondern auch tierische Lebensmittel.

UK-KS-01-075-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 75 einfügen:

ist, sind mit wenig Aufwand große Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

Als europäische Partei setzen wir uns dafür ein, dass auch in allen anderen europäischen Ländern der Ausstieg aus den fossil-atomaren Irrwegen beschleunigt gelingt. Aufgabe der EU ist es, diesen Umstieg auf eine klimaneutrale Entwicklung zu unterstützen und den notwendigen Strukturwandel beim Ausstieg aus Kohle und Atom gestalten zu helfen.

Begründung

Wenn forcierter Klimaschutz nur in Deutschland betrieben wird, spielt das im globalen Ausmaß keine besonders große Rolle. Wir brauchen daher auch im Klimaschutz die europäische Zusammenarbeit. Den Strukturwandel in Lausitz, Rheinland etc. kriegen wir in Deutschland vielleicht noch alleine hin, bei den Kohleländern Polen und Griechenland wird das schon viel schwieriger aussehen. Da werden die EU und vielleicht auch die EZB massiv Unterstützung leisten müssen, um eine Blockade der europäischen Energiewende durch die betroffenen Länder zu vermeiden.

Unterstützer*innen

Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Stefan Hintsche (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Walter Schüscke (Hamburg-Altona KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Michael Schneller (Dresden KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Julian Jacoby (Mittelsachsen KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Udo Philipp (München KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Carsten Petschel (Dresden KV); Kristian Petrick (Berlin-Mitte KV); Matthias Böhm (Görlitz KV)

UK-KS-01-076 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 76 bis 82:

Wir Grünen stellen uns auch der internationalen Verantwortung Deutschlands. Darum wollen wir in den ~~weniger entwickelten~~ Ländern des Globalen Südens eine alternative und kohlenstoffarme Entwicklung ~~unterstützen~~, Klimaschutzinvestitionen und ~~ihnen helfen, sich gut auf die Anpassung an~~ die unvermeidlichen Folgen der Klimakrise ~~vorzubereiten, die nicht mehr zu vermeiden sind~~ unterstützen. Das ist gerecht, denn die Klimaveränderungen und Schäden in diesen Ländern sind die Folgen des fossilen Zeitalters, von dem wir in Europa wirtschaftlich mit am meisten profitiert haben. ~~Wir werden deswegen Klimaschutzinvestitionen in armen Ländern unterstützen~~. Die Schäden unseres bisherigen Handelns ~~müssen wir abfedern, um~~ abzufedern, hilft, faire

Begründung

"wenig entwickelt" geht gar nicht (mehr)! ansonsten gekürzt, gestrafft

Unterstützer*innen

Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Carina Hennecke (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Walter (Potsdam KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Rüdiger Höwler (Göppingen KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Dorothea Frederking (Altmarkkreis Salzwedel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Krämer (Hamburg-Harburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV)

UK-KS-01-076-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 76:

Wir Grünen als europäisch denkende Partei stellen uns auch der internationalen Verantwortung ~~Deutschlands~~ und setzen uns für einen gesamteuropäischen Dialog ein, wie der Ausstieg aus den fossilen und atomaren Irrwegen beschleunigt gelingt. Aufgabe der EU ist es, diesen Umstieg auf eine klimaneutrale Entwicklung zu unterstützen und den notwendigen Strukturwandel beim Ausstieg aus Kohle und Atom gestalten zu helfen. Darum wollen wir

Begründung

Wir sollten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Energiewende und Klimaschutz gemeinsam in Europa und darüber hinaus umgesetzt werden sollen und so auch eine europäische Perspektive einnehmen. Schließlich nützt es nichts, wenn um Deutschland herum gleichzeitig weiter in Atom- und Kohlekraftwerke investiert wird, anstelle in klimafreundliche Alternativen. Die EU sollte hierbei die beschriebene Rolle übernehmen.

UK-KS-01-077 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 77:

in den ~~weniger entwickelten~~-Ländern des Globalen Südens eine alternative und kohlenstoffarme Entwicklung

Begründung

Das Konzept von "Entwicklungsländern" ist rassistisch und überholt. Auch wenn es im allgemeinen Sprachgebrauch noch häufig genutzt wird, sollten wir uns als Grüne - wie bisher in unserer Beschlusslage - auch im Wahlprogramm zu einer angemesseneren Sprache bekennen.

Unterstützer*innen

Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Jan Seemann (Münster KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Philipp Schulte (Münster KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Philip Tafarte (Dresden KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

UK-KS-01-085 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 85 einfügen:

allgemeine Entwicklungsfinanzierung.

Klimaanpassungsstrategien

Durch alle diese Anstrengungen wird es nicht möglich, alle Auswirkungen zu verhindern. Wir müssen gerade unsere Städte auf die Folge des Klimawandels vorbereiten. Starkregenereignisse, stürme und Extremhitze sind Herausforderungen auf die unsere Städte vorbereitet werden müssen. Investitionen in die Weiterentwicklung des öffentlichen Grüns auch durch verstärkte Fassaden- und Dachbegrünung müssen verstärkt gefördert werden. Auch in der Architektur müssen andere Materialien verwendet werden.

UK-KS-01-092 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:

Sektoren definieren: Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudeenergie. Auch die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs schont das Klima. Dies unterlegen wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf die E-Mobilität bis zur energetischen Gebäudesanierung. Wir fordern eine ökologische Steuerreform zur Schonung von Energie- und Rohstoffverbrauch. So geben wir Impulse für Investitionen in

UK-KS-01-092-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 92:

Sektoren definieren: **Energie**Stromerzeugung, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudeenergie. Dies unterlegen

Begründung

Redaktionell. Strom ist an dieser Stelle der präzisere Begriff. Denn Verkehr und Gebäudeenergie zählen auch zur Energie, werden aber ebenfalls einzeln aufgeführt.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ines Advena (Münster KV)

UK-KS-01-093 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 93:

wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf **die**

E-umweltfreundliche

Begründung

zu eingegrenzt auf E-Mobilität. Umweltfreundlich beinhaltet auch Fuß- und Radverkehr, abgasarme Busse und Bahnen uvm.

UK-KS-01-093-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 93:

wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf ~~die E-~~öffentliche und nachhaltige

UK-KS-01-094 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 94 einfügen:

Mobilität über die Erhaltung organischer Böden bis zur energetischen Gebäudesanierung. So geben wir Impulse für Investitionen in

Begründung

Im Abschnitt liegt eine zu starke Fixierung auf Verkehr und Wärme, die landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden auf 3,5 % der Bundesfläche produziert mit ca. 10% der Treibhausgasemissionen etwa so viele THG wie der gesamte Flugverkehr. Daher ist es sowohl aus Klimaschutzgründen als auch aus ökologischen Gründen erforderlich, diese Nutzungen zu unterbinden

Unterstützer*innen

Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Meike Roggenkamp (Rendsburg-Eckernförde KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Gerhard Bronner (Schwarzwald-Baar KV)

UK-KS-01-094-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 94:

Mobilität bis zur energetischen ~~Gebäudesanierung~~Gebäudemodernisierung. So geben wir Impulse für Investitionen in

Begründung

UK-KS-01 Z.21, 24, 73, 94, 107

... die energetische Sanierung Modernisierung von Gebäuden ...

... die energetische Gebäudesanierungmodernisierung ...

Begründung:

Das ist ausdrücklich keine redaktioneller ÄA. Wir sollten zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen. Modernisierung ist fachlich (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung), wirtschaftlich (Instandhaltung einschl. Instandsetzung hat der Vermieter aus der Nettokaltmiete zu bezahlen, Modernisierung kann umgelegt werden, da eine Wohnwertverbesserung) und juristisch (Der Gesetzgeber kennt keine "energetische Sanierung") korrekt.

Wir sprechen auch vom "grossen sozial-ökologischen Modernisierungsprojekt" (P-01 Z.59). Ferner wird schon im Text auch von "sozialverträglicher, energetischer Gebäudemodernisierung" und "energetischer Modernisierung" gesprochen (UK-KS-01 Z.44f, 107, UK-GE-01 Z.77).

Unterstützer*innen

Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Udo Philipp (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Walter (Potsdam KV)

UK-KS-01-097 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 97:

KlimaverschmutzungKlimabelastungen mit einem vernünftigen Preis belegen

UK-KS-01-097-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 97:

Klimaverschmutzung mit einem **vernünftigen**ehrlichen Preis belegen

Begründung

Die jetzige Formulierung ist missverständlich: Klimaverschmutzung kann niemals „vernünftig“ sein.

UK-KS-01-103 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 103 löschen:

werden. Mit einem **ergänzenden** gesetzlichen CO₂-Mindestpreis auf Bundesebene sorgen wir dafür,

Begründung

Redaktionell: Unklar, zu was die Maßnahmen ergänzend sein soll.

UK-KS-01-110 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 110:

Keine andere Technologie erzeugt mehr CO₂, Quecksilber und Stickoxide als die ~~Kohle~~Kohleverstromung.
Wir

Begründung

Redaktionell. "Kohle" ist keine Technologie.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehmann (Oldenburg-Stadt KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ines Advena (Münster KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-KS-01-112 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 112 bis 113:

die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und **schrittweiseschnellstmöglich** die restlichen ~~innerhalb der nächsten 20 Jahre~~ abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV)

UK-KS-01-112-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 112 bis 113:

die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen ~~und~~, schrittweise ~~die restlichen~~ innerhalb den Regelbetrieb der nächsten 20 Jahre abzuschalten ~~restlichen Kraftwerke bis 2025 zu beenden~~ und sie danach nur noch übergangsweise als Reserve zu verwenden. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg

Begründung

Klimaziele der BRD/Paris-Abkommen

Beschluss der BDK Münster 2016.

100% EE-Strom bis 2030 passt nicht zu Kohlestrom bis 2037

UK-KS-01-112-3 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 112 bis 114:

die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen ~~und schrittweise die restlichen innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg vorgelegt, mit dem wir den Weg zum Ende des Kohlezeitalters beschreiten.~~ Um die Weichen

Begründung

Wissenschaftliche Erkenntnis, der BDK-Beschluss aus Münster und unsere GRÜNE Ambition sollten es uns gebieten, 2025 durch zu sein mit dem Kohleausstieg.

Der Fahrplan Kohleausstieg ist der Fahrplan der Bundestagsfraktion. Die Partei hat auf der BDK in Münster einen deutlich ambitionierteren Zeitplan vorgegeben. Wir sollten in unserem Wahlprogramm keinen expliziten Widerspruch zu unseren eigenen Parteibeschlüssen formulieren.

UK-KS-01-112-4 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Land

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 112 bis 113:

die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und schrittweise bis 2030 die restlichen ~~innerhalb der nächsten 20 Jahre~~ abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg

Begründung

Wir wollen bis 2030 auf 100% regenerative Energien umstellen, also müssen bis dahin auch alle Kohlekraftwerke vom Netz sein. Sonst geraten wir in den Verdacht es nicht ernst zu meinen oder Kohlestrom zu exportieren.

UK-KS-01-113 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 113:

~~innerhalb der nächsten 20 Jahre~~ bis zum Jahr 2030 abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan
Kohleausstieg

Begründung

Das Jahr 2030 stammt aus der Greenpeace-Studie vom Februar 2016.

UK-KS-01-113-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

In Zeile 113:

innerhalb der nächsten ~~20~~8 Jahre bis 2025 abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg

Begründung

1. Die letzte BDK hat den Kohleausstieg 2025 mit gutem Grund beschlossen. Außerdem fordern wir 100% Ökostrom bis 2030 – das geht nicht, wenn wir erst 2037 aus der Kohle aussteigen. Der programmierte Tod des größten Korallenriffs der Erde, des Great-Barrier-Reefs, erinnert uns daran, dass wir bereits mitten in der Phase katastrophaler Naturzerstörung durch den Klimawandel eingetreten sind. Wer hier noch mit „Planungssicherheit für die Industrie“ oder „Arbeitsplätzen“ argumentiert, wo die schiere Existenz von Millionen Menschen bedroht ist und auch auf die deutsche Gesellschaft immense und kaum abschätzbare Folgekosten zukommen, verkennt die Dimensionen der jeweiligen Probleme und ist realitätsblind.
2. Wenn wir Grünen einen Ausstieg in zwanzig Jahren fordern - was wird dann in der nächsten Legislaturperiode passieren, selbst wenn wir an der Regierung als kleiner Koalitionspartner beteiligt werden? Die symbolische Stilllegung von 2 bis 3 längst abgeschriebenen alten Kohlestromöfen? Wie ernst nimmt die Öffentlichkeit die Dramatik des Klimawandels und die Notwendigkeit für eine radikale Wende in allen Bereichen der Emissionserzeugung, wenn wir Grüne implizit sagen, wir hätten noch zwanzig Jahre Zeit aus der Kohleverstromung auszusteigen? Wie sieht es in zwanzig Jahren in Bangladesh oder Holland aus? Wieviel Sylt ist dann noch übrig? Gibt es dann noch Tiere wie Muscheln im Meer - mit Kalkskeletten?
3. Wenn wir nicht schnell handeln, werden die Folgekosten auch in Deutschland immer höher: Mehr Klimatote, mehr Ernteeinbußen durch unberechenbares Wetter, Überschwemmungen und Dürren (auch in Spanien) und folglich höhere Lebensmittelpreise, mehr Stürme, höhere Versicherungsbeiträge für Wohngebäude, mehr Überflutungen, mehr Bodenversalzung, mehr Kosten für Deichbau, mehr Behandlungskosten für tropische Krankheiten, mehr Kosten für Migrationsabwehr oder Integration von Klimaflüchtlingen aus der Sahelzone, mehr Kosten für Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr in Krisenregionen, mehr Spenden für Hungersnöte oder der Verlust der Menschlichkeit etc.

UK-WU-01-004 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 4 bis 5:

unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zerstört. ~~Immer mehr Menschen erkennen auch, dass materielles Wachstum nicht in jedem Fall die Lebensqualität steigert.~~ Materielles Wachstum steigert nicht in jedem Fall die Lebensqualität.

Begründung

Die jetzige Formulierung könnte als moralisch anmaßend verstanden werden („Wir haben es schon lange verstanden, jetzt auch Andere...“).

UK-WU-01-013 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 13:

Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und Umweltschutz. Unternehmen-Menschen engagieren sich für viele kleine und große Projekte im Alltag, z.B. für gemeinschaftliches Wohnen, Urban Gardening, car sharing, solidarische Landwirtschaft, Energiegenossenschaften, Tauschringe, Bürgerbusse, Mitfahrerbanken und Repair-Cafes. Mit diesen sozialen Innovationen zeigen sie, wie Regionalität, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft in die Praxis umgesetzt werden. Hier legen Menschen schon mal los, sie teilen, tauschen, fördern, probieren aus und gestalten den Wandel in kleinen Schritten. Diese Initiativen sind klare Belege dafür, dass die Menschen aktiv unsere Gesellschaft mitgestalten wollen - das Gegenteil von Politikverdrossenheit. Wir Grüne sind die Stimme der solidarischen Ökonomie in den Parlamenten, Denn für eine faire, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft braucht es nicht nur die vielen Engagierten vor Ort, sondern auch den echten Politikwechsel im Bund. Unternehmen schreiben

Begründung

Projekte von unten (wie im Änderungsantrag genannt) gehören in unser Wahlprogramm. Das sind unsere Verbündete des Wandels, weil sie mit dem neuen Wirtschaften schon einmal loslegen. Die solidarische Ökonomie sollten wir nicht nur in einem Nebensatz erwähnen, sondern konkrete Beispiele nennen, von denen die Menschen schon einmal gehört haben.

Unterstützer*innen

Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

UK-WU-01-017 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Werner Weindorf (München KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 17 bis 19:

ökologischer gebaut und produziert. ~~Innovative-Unternehmer-und-Tüftlerinnen-entwickeln-Produkte-und-Dienstleistungen, die dabei helfen, unsere Lebensqualität weiter vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln.~~ Erfindungsreiche Tüftlerinnen entwickeln Verfahren, Produkte und Dienstleistungen, die dabei helfen, den Ressourcenverbrauch den senken. Sie sind die Pioniere des grünen Wandels, eines neuen,

Begründung

"Erfindungsreiche .." wirkt nicht so stark nach Werbetext eines IT-Unternehmens als "Innovative.." und ist verständlicher.

"Verfahren" ergänzt, da es auch hier z.B. auch um technische Verfahren wie Kläranlagen oder Produktionsverfahren in der Industrie geht. "Unternehmer" entwickeln keine Verfahren, Produkte, ... Das machen eher TechikerInnen und IngenieurlInnen oder eben TüfterlerInnen. UnternehmerInnen machen eher die "Administration", daher der Studiengang "Master of Business Administration" (was im Deutschen der Betriebswirt ist)

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

UK-WU-01-030 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 30 bis 31:

können. Das mutet ~~den~~manchen energieintensiven Unternehmen zwar etwas zu, schafft aber Planungssicherheit und gibt Impulse für Investitionen. ~~Gleichzeitig~~Viele große Unternehmen gehen schon voran und nehmen in ihre Investitionsentscheidungen einen Schattenpreis von 50€ pro Tonne CO2 mit auf. Wir sind die Partei an der Seite der Unternehmen, die den Glauben an eine ökologische Gestaltung der Gesellschaft durch die Politik verloren haben und nun eben selbst in internationalen Industrie-Initiativen und allein vorangehen. Wir fördern ~~wir~~ dabei neue Technologien und Wissen. So

Begründung

Viele Unternehmen aus diversen Branchen wünschen sich tatsächlich eine belastbarere Regulierung. Wir müssen endlich aufhören zu glauben, dass die Wirtschaft unser Gegner ist. Auch in der Wirtschaft arbeiten viele Vorstände, mittlere Manager und Arbeitnehmer, die sich des Klimawandels bewusst sind und etwas dagegen tun möchten. Aber sie werden stets benachteiligt durch die un-GRÜNE Gesetzgebung. Lasst uns hier beherzt, mutig und positiv gute Rahmenbedingungen für die Zukunft schaffen.

UK-WU-01-033 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Europa
Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 33 einfügen:

umzusetzen, was wir europaweit und international erreichen wollen.

UK-WU-01-033-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 33 einfügen:

umzusetzen. Um die ökologische Modernisierung voranzubringen, werden wir in Bundesinstitutionen und Projekten bis 2021 die Beschaffung konsequent auf die jeweils ressourcenschonenden Produkte und Dienstleistungen ausrichten.

Begründung

Die öffentliche Beschaffung ist ein wichtiger Hebel um die Produktion ressourcenschonender Güter anzureizen.

Unterstützer*innen

Jonas Wille (Darmstadt KV); Jochen Hake (Oldenburg-Stadt KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Nicolá Lutzmann (Heidelberg KV); Jörg Thom (Ammerland KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Christian Kühn (Tübingen KV)

UK-WU-01-034 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 34 löschen:

Wir werden dafür sorgen, dass Preise ~~zunehmend~~ die ökologische Wahrheit sagen, denn die

Begründung

Wir GRÜNE sollten schon heute, lieber gestern, dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Warum so zaghaft? Ist außerdem dann konsistenter mit Kapitel UK-KS-01 Zeile 36-37.

UK-WU-01-034-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Europa
Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 34 einfügen:

Wir werden dafür sorgen, dass Preise national aber auch im grenzüberschreitenden Handel zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, denn die

UK-WU-01-036 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Arne Brach (München KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 36 einfügen:

abwälzen. Wir setzen auf eine ökologisch sinnvolle Mehrwertsteuer. Ein geringerer Mehrwertsteuersatz von derzeit 7% sollte auf klima- und umweltverträgliche Produkte erhoben werden. Es ergibt keinen Sinn zum Beispiel umweltschonende Pflanzenmilch mit einer höheren Mehrwertsteuer zu belasten, als klimaschädliche Kuhmilch. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass andere – umweltfreundlichere

Begründung

Eine Reform der Mehrwertsteuer ist aufgrund vieler, teils irrwitziger Beispiele (Esel 19%, Maultier 7%, etc.) fällig. Es ist sinnvoll diese auf eine Basis der Umweltverträglichkeit zu stellen. Sojamilch schlägt z.B. Kuhmilch in allen Belangen (CO2-Fußabdruck, Ressourcenverbrauch, Kalorieneinsatz, etc...) - das sollte nicht bestraft, sondern gefördert werden.

Unterstützer*innen

Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Peter Heilrath (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Benoît Blaser (München KV); Joe Högl (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Leitner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Christoph Schröder (München KV); Christian Smolka (München KV); Angela Wilson (München KV); Madeleine Ludwig (München KV); Georg Kurz (München KV)

UK-WU-01-041 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 41:

klimafreundliche Heizungen die **Stromrechnung**Nebenkosten senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir

Begründung

redaktionell (nur wenige Heizungen werden über die Stromrechnung bezahlt)

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-WU-01-041-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Frithjof Rittberger (Tübingen KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 41 einfügen:

klimafreundliche Heizungen die Stromrechnung senken. Eine ökologische Reform der Mehrwertsteuer soll, wie 2011 vom EU-Parlament gefordert, nicht mehr umweltschädliche, sondern ökologisch nachhaltige Erzeugnisse, Produkte und Dienstleistungen begünstigen. Umweltschädliches Verhalten wollen wir

Begründung

Umweltbelastender Konsum soll nicht mehr belohnt, ökologisch nachhaltiger Konsum nicht mehr benachteiligt werden. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz soll für transparent zertifizierte Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs vorgesehen sein, z.B. Lebensmittel aus biologischer Erzeugung und fairem Handel, Verzehr in Bio-Kantinen und Bio-Restaurants. Eine Ausweitung der ermäßigten Mehrwertsteuer beispielsweise auf öko-faire Bekleidung, Ökostrom, Schienenfernverkehr mit Ökostrom, energiesparende Haushaltsgeräte sowie auf Reparaturen solcher Geräte sorgt für eine spürbare Entlastung der Verbraucher*innen. Steuernehmeinnahmen bei umweltbelastend erzeugten Lebensmitteln werden dadurch an die Verbraucher*innen zurückgegeben. Zugleich wird ein dauerhafter steuerlicher Rahmen geschaffen, der den bisherigen Wildwuchs bei der Mehrwertsteuer beendet und für faire und transparente Marktbedingungen einer nachhaltigen Wirtschaft sorgt. Ohne neue Steuern einzuführen, kann durch die Reform der bestehenden Mehrwertsteuer die ökologische Modernisierung der Wirtschaft in wesentlichen Bereichen ermöglicht werden.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Henning Becker (Siegen-Wittgenstein KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Frank Krupka (Mönchengladbach KV); Matthias Lewin (Haßberge KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ingrid Goldenstein (Ammerland KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Julian Jacoby (Mittelsachsen KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Christian Hohn (Olpe KV); Albert Hartl (Fürstenfeldbruck KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Kerstin Dehne (München KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Holger Lange (München-Land KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Miriam Matz (Saalekreis KV); Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Angela Scheffold (Alb-Donau KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Kalliopi Giannadaki (Tübingen KV)

UK-WU-01-042 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Werner Weindorf (München KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 42 bis 43:

nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel ~~schwere Dienstwagen, Flugbenzin und der Flugverkehr gegenüber der Bahn~~ und Diesel gegenüber Benzin heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre

Begründung

Schwere Dienstwagen werden meines Wissens gegenüber leichten Dienstwagen nicht steuerlich bevorzugt. Daher weglassen. "Flugbenzin" wird nur von einigen kleinen Flugzeugen mit Ottomotor verbraucht. Die großen Passagierflugzeuge werden mit Kerosin, auch Flugturbinenkraftstoff betrieben. Gemeint ist hier vermutlich die Befreiung des Flugturbinenkraftstoffs von der Energiesteuer. Man kann daher auch allgemein von steuerlicher Förderung des Flugverkehrs schreiben.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Jürgen Klippert (Hagen KV)

UK-WU-01-042-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 42 bis 44:

nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen, **Flugbenzin** und Diesel heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre Alternativen. Subventionen wie diese und z.B. für Flugbenzin belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr.

Begründung

Es gibt heute noch keine Alternative für Flugbenzin; deshalb macht dieser Begriff erst in Bezug zu Subventionen Sinn.

UK-WU-01-043 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 43 einfügen:

Diesel, aber auch Fleisch und Kuhmilch heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre

Begründung

In dem Kapitel zu umweltschädlichen Subventionen fehlen bisher Tierprodukte. Dabei ist die Logik hier ebenso absurd: Fleisch und Kuhmilch verursachen deutlich höhere externe Kosten als pflanzliche Alternativen, vom Tierleid ganz zu schweigen, tragen aber den reduzierten Mehrwertsteuersatz (im Gegensatz zu pflanzlicher Milch zum Beispiel) und werden darüber hinaus durch Steuergelder subventioniert. Auch das muss ein Ende haben.

UK-WU-01-044 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 44:

Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 5057 Milliarden Euro pro Jahr.

Begründung

redaktionell. In Zeile 143 (Schlüsselprojekt) stehen auch die (richtigen) 57 Mrd Euro. Muss einheitlich sein.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-WU-01-045 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 44 bis 49:

Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr. ~~Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch-schädlichen Subventionen angehen. Wir wollen in einem ersten Schritt rund 12 Milliarden Euro von diesen umweltschädlichen Subventionen abbauen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und dazu nutzen, ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen zu unterstützen.~~ Es macht keinen Sinn, umweltschädliches Verhalten zu subventionieren. Wir wollen diese Subventionen daher schrittweise vollständig abschaffen und in einem ersten Schritt rund 12 Milliarden Euro einsparen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und dazu nutzen, ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen zu unterstützen und die Folgen der ökologischen Finanzreform sozial abzufedern.

Begründung

Wir sollten unsere Ziele klarer formulieren und präzisieren, dass wir uns mittelfristig keine umweltschädlichen Subventionen leisten können. Außerdem müssen wir deutlich machen, dass wir bereit sind, die Folgen der höheren Preise sozial abzufedern.

UK-WU-01-045-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 45 bis 49:

~~Eine ökologische~~Wir wollen mit einer ökologischen Finanzreform ~~muss deshalb den Abbau dieser~~diese ökologisch schädlichen Subventionen angehenmöglichst schnell abbauen. ~~Wir wollen in~~In einem ersten Schritt ~~und~~wollen wir mindestens 12 Milliarden ~~Euro von diesen~~dieser umweltschädlichen Subventionen ~~abbauen~~einsparen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und ~~dazu nutzen, dabei auch~~ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen ~~zu~~unterstützen.

Begründung

Ambitioniertere Zielsetzung

Dementsprechend auch unser ÄA zu Zeile 145.

UK-WU-01-049 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen
Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 49 einfügen:

Ressourcensparen zu unterstützen.

Das Bauwesen nimmt einen überwiegenden Teil der Ressourcen unserer Erde in Anspruch und diese gilt es verantwortungsvoll zu nutzen. Daher unterstützen wir die Entwicklung einer nachhaltigen Baukultur, die alle Aspekte des Planens und Bauens umfasst. Gute Baukultur bewahrt und schafft Heimat wie auch Lebensqualität. Sie sorgt dafür, dass Baustoffe wiederverwertet werden können. Damit gelingt die Energiewende und der Klimaschutz im Gebäudebereich ebenso wie gesundes Wohnen und Arbeiten. Die ökologische Modernisierung braucht Akzeptanz, Beteiligung und Teilhabe.

Begründung

Zur sozial-ökologischen Umgestaltung unserer Gesellschaft brauchen wir Akzeptanz, Beteiligung und Teilhabe. Dieses ist insbesondere bei komplexen Themenbereichen wie dem Planen, Bauen und Wohnen notwendig und entscheidend. Wer ein schlechtes Gefühl hat und sich ausgegrenzt fühlt wird Veränderung gegenüber eher mit Bedenken reagieren. Eine gute Lebensqualität und gesellschaftliche Mitsprache fördert hingegen die Bereitschaft zur Veränderung. Und dies ist eine kulturelle Aufgabe.

UK-WU-01-055 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr
Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 55:

Verbrennungsmotor und hin zum **Elektroauto**Elektroantrieb in der **Autoindustrie**Fahrzeugindustrie. Weg vom Öl und hin zu

Begründung

zu eingegrenzt auf "Auto". Es geht auch um Busse, Bahnen und E-Bikes.

UK-WU-01-055-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 55 einfügen:

Verbrennungsmotor und hin zum Elektroauto in der Autoindustrie. Weg vom Öl und Gas und hin zu

Begründung

Wenn 90% der fossilen Brennstoffe (Kohle, Öl und Gas) für die Begrenzung der Erdüberhitzung auf max. 1.5°C im Boden bleiben müssen, darf langfristig auch kein Erdgas mehr gefördert werden.

UK-WU-01-055-3 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen
Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 55:

Verbrennungsmotor und hin ~~zum Elektroauto~~ zu umweltfreundlichen Antrieben in der Autoindustrie. Weg vom Öl und hin zu

Begründung

beim Elektroauto kommt es am Ende auch darauf an, ob es Ökostrom oder Kohlestrom tankt. Vielleicht gibt es auch noch andere innovative Antriebskonzepte (Brennstoffzellen etc.) für Autos...daher lieber auf umeltfreundliche Motoren setzen, als sich einzig auf das Elektroauto festlegen.

UK-WU-01-055-4 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen
Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 55 einfügen:

Verbrennungsmotor und hin zum Elektroauto in der Autoindustrie. [In der Schifffahrt weg vom Schweröl hin zu alternativen Antrieben.](#) Weg vom Öl und hin zu

Begründung

An der Nord- und Ostseeküste, im Duisburger Hafen, auf den Flüssen und Seen Europas - Schiffe sind ein unverzichtbarer Teil des Personen und Güterverkehrs, effizienter als LKW aber auf See mit besonders giftig hohen Schwefelanteilen und Stickoxiden im Schiffsdiesel unterwegs. Dadurch verursacht die Schifffahrt weltweit viele Zehntausend Tote durch krebserregende Schadstoffe, 13 Prozent der weltweiten Schwefeldioxidemissionen und 15 Prozent der Stickoxidemissionen.

Gleichzeitig stehen die Schifffahrt und die Werften wie die Autoindustrie vor dem Wechsel zur Elektromobilität, zu alternativen Kraftstoffen und zum autonomen Fahren.

Norwegen hat bereits einen Greenshippingcluster mit kompletter Wertschöpfung aufgebaut, projiziert fast wortwörtlich im Monatstakt Hybridfähren und testet wie Finnland das autonome Fahren auf See.

Mit Hybrid- und Elektroantrieben fahren seit Jahren die ersten großen Fähren, Fischkutter, Arbeitsschiffe, Binnenfrachter und Offshoreversorger. Sie sind nicht nur technisch möglich, sondern fangen an sich zu rentieren. Elektro- und Hybridantriebe und Gleichstrombordnetze haben einen großen ökologischen Nutzen und sind in der Sektorkopplung mit dem Energiesektor am effizientesten. Denn hier kann der Strom direkt verwendet werden. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen in der Schifffahrtsbranche benötigen wirksame Hilfe für die hohen Investitionskosten und eine Entbürokratisierung bei der Antragsstellung für meist zu niedrigen Fördermaßnahmen. Selbstverständlich wollen wir Grüne die Arbeitsplätze im Schiffbau erhalten und ausbauen. Mit Greenshipping – wie denn sonst!

UK-WU-01-057 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 57 bis 59 löschen:

Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. ~~Wo wir regieren, bringen wir solche Innovationen ganz konkret voran, zum Beispiel Elektro-LKW mit Oberleitungen in Hessen und Schleswig-Holstein.~~ Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der

Begründung

Wie bereits auf der Mailingliste der LAG-Verkehr (RLP) diskutiert, ist das Beispiel Elektro-LKW mit Oberleitung das denkbar schlechteste. Hier werden die vielfältigen Nachteile des LKW-Verkehrs (hoher Rollwiderstand, hohe Belastung der Straße, ...) mit einem Nachteil der Bahn (teure Oberleitungs-Infrastruktur) kombiniert. Unter dem Deckmantel E-Mobilität und Klimaschutz wird versucht, den Güterverkehr möglichst auf der Straße zu halten, um nicht über Alternativen nachdenken zu müssen. Das Ziel, die Straßen zu entlasten und den Güterverkehr vermehrt zurück auf die Schiene zu verlagern, kann man damit sicherlich nicht erreichen.

Unterstützer*innen

Manuel Arend (Birkenfeld KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Kerstin Dehne (München KV); Brigitte Meißner (Rhein-Pfalz KV); Sara-Jane Potraffke (Rhein-Pfalz KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Ursula Behrendt-Roden (Rhein-Pfalz KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Georg Leufen-Verkoyen (Mainz-Bingen KV); Marcel Becker (Mainz KV); Oliver Bittern (Rhein-Pfalz KV)

UK-WU-01-058 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 58 bis 59:

Innovationen ganz konkret voran, ~~zum Beispiel Elektro-LKW mit Oberleitungen in Hessen und Schleswig-Holstein. Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland.~~ und sichern damit den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der

Begründung

Das genannte Beispiel „LKW mit Oberleitungen“ ist hinsichtlich seiner Innovationskraft fachlich strittig. So wird dazu Gleichstrom verwendet, der sich nur mit hohen Verlusten über lange Strecken transportieren lässt. Es müsste eine gesamte Versorgungsinfrastruktur für die weitere Verstopfung unserer Straßen bereitgestellt werden – obwohl ein gleiches funktionierendes System mit dem Schienennetz der Bahn bereits heute existiert. Volkswirtschaftlich ist das nicht zu verantworten.

UK-WU-01-075 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 75:

~~Gebäudesanierung~~Gebäudeinstandsetzung und -modernisierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im

Begründung

UK-KS-01 Z.21, 24, 73, 94, UK-WU-01 Z.75

... die energetische ~~Sanierung~~Modernisierung von Gebäuden ...

... die energetische Gebäudesanierungmodernisierung ...

Begründung:

Das ist ausdrücklich keine redaktioneller ÄA. Wir sollten zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen. Modernisierung ist fachlich (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung), wirtschaftlich (Instandhaltung einschl. Instandsetzung hat der Vermieter aus der Nettokaltmiete zu bezahlen, Modernisierung kann umgelegt werden, da eine Wohnwertverbesserung) und juristisch (Der Gesetzgeber kennt keine "energetische Sanierung") korrekt.

Wir sprechen auch vom "grossen sozial-ökologischen Modernisierungsprojekt" (P-01 Z.59). Ferner wird schon im Text auch von "sozialverträglicher, energetischer Gebäudemodernisierung" und "energetischer Modernisierung" gesprochen (UK-KS-01 Z.44f, 107, UK-GE-01 Z.77).

Unterstützer*innen

Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Udo Philipp (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Walter (Potsdam KV)

UK-WU-01-077 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Werner Weindorf (München KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 77:

Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei ~~Green-Tech~~grünen Technologien wie zum Beispiel der Windenergie oder Verfahren der Abwasserreinigung gut

Begründung

„Green Tech“ ersetzen durch „grüne Technologien“ und mit Beispielen versehen, um klarer zu machen, was hier gemeint ist.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Martin Schmidt (Chemnitz KV)

UK-WU-01-078 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 78 bis 79:

aufgestellt. ~~Wenn die deutschen und europäischen Unternehmen es schaffen, ihren Marktanteil zu halten oder gar weiter auszubauen, entstehen hier viele zusätzliche Jobs.~~ Deutsche und Europäische Unternehmen können in diesen Bereichen viele zusätzliche Jobs schaffen. Daran wollen

UK-WU-01-088 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 88:

und das fossile Zeitalter muss enden, obwohl es noch jede Menge Kohle ~~und~~, Öl und Gas im Boden gibt.

Begründung

Wenn 90% der fossilen Brennstoffe (Kohle, Öl und Gas) für die Begrenzung der Erdüberhitzung auf max. 1.5°C im Boden bleiben müssen, darf langfristig auch kein Erdgas mehr gefördert werden.

UK-WU-01-090 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 90 bis 91:

und Gas. Viele deutsche Konzerne, aber auch **viele Städte** Bund, Länder, Kommunen und **Kommunen** öffentliche Banken und Versicherer, haben viel Geld in fossile Energieträger investiert. Mit öffentlichen Geldern wird die Klimakrise befeuert. Das wird mehr und mehr zu einem Risiko. Die Umsetzung des

Begründung

Bund, Länder und öffentliche Banken/Versicherungen sind ebenfalls relevant.

UK-WU-01-092 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 92:

Pariser Klimaabkommens und eine Orientierung am ~~2~~1,5-Grad-Ziel machen diese Investitionen

Begründung

Wenn nicht wir Grüne für das 1.5Grad-Ziel streiten, wer dann?

UK-WU-01-093 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 93 einfügen:

wertlos. Deshalb fordern wir: Divest now! *Wir wollen dafür sorgen, dass alle öffentlichen Körperschaften und Unternehmen – gerade auch die Sparkassen – mit gutem Beispiel vorangehen und sich bei ihren Anlagen nach strengen ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien richten.*

Begründung

Bei öffentlichen Körperschaften haben wir es in der Hand, auch nach unseren Worten zu handeln.

UK-WU-01-093-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (Bochum KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 93 einfügen:

wertlos. Deshalb fordern wir: Divest now!

Städte und Kommunen die sich auf diesen Weg machen und ihre Beteiligungen veräußern oder auf Nachhaltigkeit umstellen werden wir unterstützen und prüfen, inwiefern finanzielle Ausgleichszahlungen möglich sind.

Unterstützer*innen

Wolfgang Rettich (Bochum KV); Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Karsten Finke (Bochum KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sophie Harper (München KV); Antje Westhues (Bochum KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Raphael Tamburro (Bochum KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Angela Böselmann (Wolfenbüttel KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Reinhild Maria Hugenroth (Wittenberg KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

UK-WU-01-096 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen
Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 96:

Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht ~~blind~~rücksichtslos immer weiter

Begründung

„Blind“ als Wort für rücksichtslos ist diskriminierend!

UK-WU-01-102 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Philipp Bruck

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 102 bis 103 einfügen:

Elektromotor abzulösen, sondern auch darum, auf innovative Formen der Mobilität wie Carsharing umzusteigen, ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr zu fördern und so die Zahl der Autos zu reduzieren.

Begründung

Ein Umstieg auf Carsharing reduziert den innerstädtischen Autoverkehr nicht, sondern nur die Zahl parkender Autos. Für mehr Lebensqualität, Gesundheit, Klimaschutz usw. müssen bei der grünen Verkehrswende auch immer ÖPNV, Rad- und Fußverkehr mitgedacht werden.

Unterstützer*innen

Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Jan Seemann (Münster KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Wandrey (Havelland KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Patrick Haermeyer (Mannheim KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Simon Malte Metzger (Göttingen KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); David Höffer (Bremen-Nordost KV)

UK-WU-01-103 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 103:

Carsharing umzusteigen und so ~~die Zahl der~~ den Bedarf an Autos zu reduzieren.

Begründung

Mittels der innovativen Formen der Mobilität, wollen wir Grünen nicht die Zahl an Autos

senken – also jedeR*M dritten Deutschen das Auto wegnehmen, sondern den Bedarf an

Autos reduzieren. Die Menschen in Deutschland, sollen nicht mehr dringend auf das eigene

Auto angewiesen sein, um von A nach B zu kommen.

UK-WU-01-108 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 108:

werden neben ökonomischen auch ökologische ~~und~~, soziale und gleichstellungspolitische Entwicklungen anhand messbarer

UK-WU-01-109 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 109 einfügen:

Kriterien dargestellt. Dabei muss auch der Wert unbezahlter Sorgearbeit berücksichtigt werden, welche vor allem von Frauen geleistet wird, denn sie ist eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands. Auch für Unternehmen können davon Impulse für Innovationen ausgehen.

UK-WU-01-109-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Gerhard Schick (Mannheim KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 109 bis 111:

Kriterien dargestellt. ~~Auch für Unternehmen können davon Impulse für Innovationen ausgehen. So sollen größere Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zukünftig auch über nichtfinanzielle Indikatoren wie CO2-Emissionen berichten.~~ Auch bei öffentlichen Unternehmen sollte der Beitrag zum Gemeinwohl transparent werden. So wollen wir als ersten Schritt für die Deutsche Bahn die Gemeinwohltanzierung einführen. Und alle größeren privaten Unternehmen sollen in ihrem Jahresabschluss zukünftig über Nachhaltigkeitsindikatoren wie CO2-Emissionen berichten. Bestehende Ausnahmen für nicht-börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen.

Begründung

Die Deutsche Bahn als wichtiges staatseigenes Unternehmen sollte den Anfang in der Gemeinwohltanzierung machen.

Große, kapitalmarktorientierte Unternehmen werden durch CSR-Umsetzungsgesetz bereits erfasst. Andere große Unternehmen nicht. Berichtspflicht gilt nur für Banken mit mehr als 500 Mitarbeitern. Wir wollen, dass auch mittelgroße Banken über Nachhaltigkeit, vor allem in der Kapitalanlage, berichten. Außerdem ist der Begriff "nichtfinanziell" kommunikativ schwierig. Klingt so als seien diese Informationen irrelevant für die finanzielle Entwicklung der Firmen, was nicht stimmt.

Unterstützer*innen

Matthias Gastel (Esslingen KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Henrike Hahn (München KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Udo Philipp (München KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Jakob Ache (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Dietmar Feger (Lörrach KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Stephan Kühn (Dresden KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Bianca Denfeld (Berlin-Pankow KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Gordon Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Hubert R. Schübel (Stuttgart KV); Dietmar Lust (Freudenstadt KV); Rafael Mentges (Freiburg KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

UK-WU-01-115 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Werner Weindorf (München KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 115:

ökologischen Modernisierung unterstützen. Ausgaben für Forschung und ~~Innovation~~ Entwicklung werden wir

Begründung

„Forschung und Entwicklung“ ist hier vermutlich gemeint statt „Forschung und Innovation“. Innovation bedeutet „Neuerung“ oder „Erneuerung“. Steuerlich sinnvoll fördern kann man aber nur „Forschung und Entwicklung“.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV)

UK-WU-01-115-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 115 bis 116:

ökologischen Modernisierung unterstützen, unter anderem durch eine steuerliche Förderung ihrer Ausgaben für Forschung und Innovation ~~werden wir steuerlich fördern~~. Mit einer Start-up-Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen,

Begründung

Die Umformulierung macht deutlich, dass die steuerliche Forschungsförderung sich auf KMU beziehen soll.

(Siehe auch GS-DG-01-182)

UK-WU-01-117 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 117 einfügen:

geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Wir wollen speziell Frauen mit einem Förderprogramm bei der Gründung von Unternehmen finanziell unterstützen. Die Gründung von

UK-WU-01-117-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 117 bis 118:

geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. ~~Die~~Sowohl die Gründung von Genossenschaften als auch die Gemeinwohlökonomie erachten wir als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen

UK-WU-01-117-3 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 117 bis 123:

geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Hierbei kommen Konzepte der Solidarischen Ökonomie, die gemeinwohlorientiert wirtschaften und mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Ziele verfolgen, eine wichtige Bedeutung zu. Immer mehr Menschen schließen sich zusammen und engagieren sich für Unternehmen, die nicht allein auf Bilanzgewinne, sondern auf nachhaltige Wertschöpfung bauen. Die Gründung von Genossenschaften erachten wir als einen **weiteren** zentralen Baustein eines anderen Wirtschaftens. ~~Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit Gemeinwohlorientierung und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten Ökonomie.~~ Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren ~~und~~, von überkommenen Verfahrensvorschriften befreien sowie durch qualifizierte Beratungsstellen und passende Finanzierungsmodelle unterstützen. Die Entwicklung und Umsetzung einer koordinierten Strategie „Solidarische Wirtschaft“ soll einer Staatssekretärin oder einem Staatssekretär übertragen werden. In Frankreich ist diese Funktion schon lange etabliert..

Begründung

Warum und mit welchen Mitteln wir die solidarische Ökonomie und Genossenschaften gezielt unterstützen wollen, wird durch die Ergänzungen deutlicher.

Unterstützer*innen

Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)

UK-WU-01-129 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Werner Weindorf (München KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 129 bis 135:

die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. ~~Wir können Verkehrsträger digital miteinander vernetzen und Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck werden Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt. Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Home-Office reduziert Pendlerströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum.~~ Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen., Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und

Begründung

Auch in Zukunft muss es möglich sein, auch ohne Smart-Phone öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Im privaten PKW ist eine digitale Vernetzung ebenfalls problematisch, weil dadurch viele Daten gesammelt werden. Autonome Autos sind komplett abzulehnen. Damit autonomes Fahren funktioniert, muss alles überwacht werden. Überall stehen dann Kameras und Sensoren. Gäbe es in der Türkei bereits autonome Fahrzeuge, könnte Erdogan seine Gegner mit den autonom fahrenden Autos direkt ins Gefängnis fahren lassen. Daher diesen Satz streichen

Das Home-Office sollte man nicht zu sehr forcieren, da Arbeitnehmer dann schnell rund um die Uhr ihrem Arbeitgeber zur Verfügung stehen. Daher diesen Satz streichen.

Die Aussage: "Bits und Bytes können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck werden Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containerln über das Meer verschickt" ist Unsinn. Wo kommt denn das Material denn her, mit dem der 3-D-Drucker irgendwelche Sachen fertigt? Dass die Digitalisierung keine Material- und Energieströme verursacht, ist ein Märchen. Das Gegenteil ist der Fall. Die riesigen Serverfarmen verbrauchen Unmengen an Strom. 10 bis 20% des Stromverbrauchs in Deutschland verursacht bereits die Intormationstechnologie (IT). Auch wenn die einzelnen Geräte sparsamer werden, steigt aufgrund der explodierenden Datenmenge der Stromverbrauch weiter an. Die Herstellung der kurzlebigen IT-Geräte kommt dann noch dazu. Daher diese beiden Sätze streichen

Die Sharing-Plattformen sind vor allem ein Lohndruckermodell. Statt Taxifahrer kommen schlechter bezahlte Fahrer von Uber ins Spiel. Airbnb dient skrupellosen Vermietern dazu, in Regionen mit Wohnungsnot wie München normale Wohnungen als Ferienwohnungen für 150 € pro Tag zu vermieten. Das ist zwar in München illegal, wird aber trotzdem gemacht. Der materielle Konsum wird dadurch nicht reduziert, außer den der Opfer (wie z.B. den betroffenen Taxifahrern). In einem grünen Wahlprogramm hat eine derartige Verherrlichung solcher Strukturen nichts zu suchen. Daher soll der entsprechende Satz ersatzlos gestrichen werden.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulrich Krumwiede (Ingolstadt KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Albert Hartl (Fürstenfeldbruck KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Rudi Seibt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Stephan Wiese (Stormarn KV)

UK-WU-01-129-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 129 bis 135:

die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. ~~Wir können Verkehrsträger digital miteinander vernetzen und Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck werden Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt. Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Home-Office reduziert Pendlerströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum.~~ Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen. Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und

Begründung

siehe Änderungsantrag Weinsdorf/München

UK-WU-01-137 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 137 einfügen:

Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen. Da die Digitalisierung den Energiekonsum aber auch massiv steigert, braucht sie zwangsläufig eine erfolgreiche Energiewende. Wie wir die Digitalisierung mit

Begründung

Datenzentren schlucken weltweit bereits 3 Prozent der Energie und diese Zahl wird sich allein in der kommenden Dekade auf rund 10 Prozent erhöhen. Allein deswegen ist es wichtig, die Digitalisierung nicht nur als potenziellen Effizienztreiber zu feiern.

Unterstützer*innen

Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Jan Seemann (Münster KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

UK-WU-01-145 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 145 bis 148:

Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen ~~rund zwölf Milliarden Euro~~diese umweltschädliche Subventionen abbauen und in einem ersten Schritt 12 Milliarden Euro streichen. ~~Denn wir wollen dafür sorgen~~Dadurch, dass die Preise ~~zunehmend~~ die ökologische Wahrheit sagen. ~~So, unterstützen wir die ökologische~~Umgestaltung unserer Wertschöpfungsketten und schaffen wir Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und eine umweltfreundliche Landwirtschaft. ~~Und~~Gleichzeitig gehen wir gegen eine der schädlichsten

Begründung

deutlicher machen, dass wir nicht nur 12 Milliarden Subventionen abbauen wollen-

UK-WU-01-145-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 145 löschen:

Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen ~~rund zwölf Milliarden Euro~~ umweltschädliche

Begründung

Warum von 57 Mrd. € umweltschädlicher Subventionen 45 Mrd. € beibehalten?!

UK-WU-01-145-3 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 145:

Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen ~~rund zwölf Milliarden Euro umweltschädliche~~diese umweltschädlichen

Begründung

Warum wollen wir 45 Mrd € an umweltschädlichen Subventionen erhalten????? Entweder muss oben ein "kurzfristig" o.ä. eingefügt werden oder aber es muss klar sein, dass wir Grünen das klare Ziel haben, **alle** umweltschädlichen Subventionen abzubauen

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Nicole Holtz (Berlin-Reinickendorf KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Jan Berz (Lüneburg KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

UK-WU-01-145-4 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 145:

Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen **rund**mindestens zwölf Milliarden Euro umweltschädliche

Begründung

erfolgt mündlich

UK-WU-01-145-5 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 145:

Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen **rund** in einem ersten Schritt mindestens zwölf Milliarden Euro umweltschädliche

Begründung

Demenstprechend unser Änderungsantrag in Zeile 45 bis 49

UK-WU-01-156 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 156 einfügen:

Großinvestoren, CO2-intensive Finanztitel abzustoßen. Öffentlich-rechtliche Einrichtungen und Geldanlagen des Bundes sollen dabei mit gutem Beispiel vorgehen. Ländern, Kommunen und Pensionsfonds

Begründung

Auf Institute und Investitionen des Bundes sollte direkter Einfluss ausgeübt werden und anderen Einrichtungen zusätzlich geholfen werden.

UK-WU-01-156-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 156 bis 157:

Großinvestoren, CO2-intensive Finanztitel abzustoßen. Ländern Öffentlich-rechtliche Einrichtungen und Geldanlagen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Auch Länder, Kommunen und Pensionsfonds ~~wollen wir helfen~~, sollen klimafreundlich ~~zu~~ investieren. Damit-grüne Investitionsmöglichkeiten für

Begründung

Bestehende Beschlusslage und Konkretisierung.

UK-WU-01-161 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 161:

~~Wahrer Wohlstand ist mehr als Wachstum:~~ Solidarische Ökonomie gezielt fördern - Für einen Jahreswohlstandsbericht Wirtschaftspolitik an Wohlstand statt an Wachstum ausrichten

Begründung

Diese Überschrift passt besser zum Änderungsantrag, der dieses Schlüsselprojekt ebenfalls ergänzt.

Unterstützer*innen

Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV)

UK-WU-01-163 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

Von Zeile 163 bis 167:

neuen Wohlstandsbericht einführen. ~~Er misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Kriterien wie unser ökologischer Fußabdruck, Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein Bildungsindex bilden unseren Wohlstand besser und umfassender ab. Diese neue, ganzheitlichere Form des Jahresberichts macht Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse deutlicher sichtbar, der neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen abbildet und die Wirtschaftspolitik neu ausrichtet: weg von der Wachstumsfixierung hin zum Wohlstand für alle. Dazu wollen wir gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern durch qualifizierte Beratungsstellen und im Rahmen der bestehenden Gründungsförderung sowie durch das Aufgreifen der Gemeinwohlabilanzierung. Das Genossenschaftsrecht muss unter dem Gesichtspunkt der Eignung für Start-up-Gründungen überprüft werden. Zudem müssen die Fördersysteme neu justiert werden und künftig neben der Rentabilität auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen. Die Entwicklung und Umsetzung einer koordinierten Strategie "Solidarische Wirtschaft" soll einer Staatssekretärin oder einem Staatssekretär übertragen werden.~~

Begründung

Ein Schlüsselprojekt in diesem Kapitel sollte deutlich machen, welche wirtschaftspolitischen Ziele wir verfolgen und was das mit denjenigen zu tun hat, die eigene Ideen verwirklichen wollen, wie wir sie dabei mit geeigneten Rahmenbedingungen unterstützen. Ein Bericht allein kommt etwas theoretisch daher und ist weniger greifbar für meisten Menschen, mit denen wir im Dialog sind.

Unterstützer*innen

Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV)

UK-WU-01-164 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 164:

gesellschaftliche gleichstellungspolitische Entwicklungen. Die unbezahlte und oft unsichtbare Sorgearbeit würde sichtbar gemacht und hervorgehoben. Denn Kriterien wie unser ökologischer Fußabdruck,

UK-WU-01-165 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen
Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 165 einfügen:

Artenvielfalt, Einkommensverteilung, den Grad der inklusiver Gesellschaft oder ein Bildungsindex bilden unseren Wohlstand besser

UK-WU-01-165-2 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV)

Änderungsantrag zu UK-WU-01

In Zeile 165:

Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein ~~Bildungsindex~~ Bildungs- und Gesundheitsindex bilden unseren Wohlstand besser

Begründung

Der enge Zusammenhang, die Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit, Lebenserwartung, gesunden Lebensjahren ist wissenschaftlich seit Jahrzehnten bewiesen.

Unterstützer*innen

Heidi Besas (Bergstraße KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Gabriele Sutor (Main-Taunus KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Edith Ailing (Reutlingen KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV)

UK-GE-01-008 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Jürgen Eiselt (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 8 bis 16:

Energiewelt der Zukunft. ~~Es ist möglich, die Energieversorgung der Menschen komplett mit Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie und Erdwärme zu decken. Für die Verwirklichung dieser Energiewende arbeiten wir seit unserer Gründung. Unser Ziel ist es, nicht nur die Stromversorgung, sondern auch den Verkehr und die Wärmeversorgung auf natürliche Energiequellen umzustellen. So können wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern, ohne unsere Lebensgrundlagen dabei zu zerstören. Die Energiewende hat bereits hunderttausende Jobs geschaffen – weitaus mehr, als bei Kohle und Atom weggefallen sind. Damit ist die Energiewende nicht nur gut fürs Klima. Sie stärkt auch unsere Wirtschaft und schafft sichere Arbeitsplätze.~~ Es ist möglich und unser Ziel, die Energieversorgung und Energie-Speicherung von Strom, Wärme und beim gesamten Verkehr komplett mit Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie, Umgebungstemperaturen und Erdwärme zu decken. Für die Verwirklichung dieser Energiewende arbeiten wir seit unserer Gründung. So können wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern, ohne unsere Lebensgrundlagen dabei zu zerstören. Die Energiewende hat bereits hunderttausende Jobs geschaffen – weitaus mehr, als bei Kohle und Atom weggefallen sind. Damit ist die Energiewende nicht nur gut fürs Klima. Sie stärkt auch unsere Wirtschaft und schafft sichere Arbeitsplätze.

Begründung

Energiewende bedeutet maximale Klimaschadstoffe in den drei Sektoren Strom-Wärme-Verkehr in möglichst kurzer Zeit zu reduzieren. Die Zielvorgabe muss deshalb unverwechselbar mit den bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten und Einsparpotentialen verbunden werden.

Dezentrale Strom- und Wärmespeicher sind für eine umfassende und radikale Energiewende in den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität unverzichtbar. Sie dürfen auf gar keinen Fall vergessen werden.

Luftwärmepumpen, die Temperaturunterschiede der Umgebungstemperatur nutzen, sind inzwischen genauso wirtschaftlich wie Erdwärmepumpen.

Die Löschung der Zeile 10 ist zwingend notwendig.

Dieser Satz suggeriert, dass GRÜNE erst die Stromwende wollen und Wärme / Verkehr irgendwie und irgendwann nachher diskutieren.

Der dramatische Klimawandel lässt uns aber keine Zeit, drängende Probleme aufzuschieben und nicht zu diskutieren.

Die Aussage der Zeile 10 ist mit der Änderung in Zeile 8 dann bereits enthalten.

Unterstützer*innen

Wera Eiselt (Frankfurt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Müller (Essen KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Stefan Hintsche (München KV); Maik Nagel (Frankfurt KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Konrad Haschke (Frankfurt KV); Clemens Breest (Wetterau KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Marina Ploghaus (Frankfurt KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Martin Conen (Aachen KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV); Georg Berner-Waindok (Wilhelmshaven KV)

UK-GE-01-012 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 12 einfügen:

natürliche Energiequellen umzustellen. Sowohl Klimaschutz und Energiewende als auch Umwelt- und Naturschutz sind für uns zukunftsentscheidend und werden mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gestaltet. So können wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern,

UK-GE-01-015 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 15:

Damit ist die Energiewende nicht nur gut fürs Klima. Sie stärkt auch **unsere**die Wirtschaft und

UK-GE-01-018 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 18:

Wir Grünen haben die Energiewende 200~~1~~0 in Regierungsverantwortung mit den Beschlüssen zum

Begründung

Korrektur

UK-GE-01-022 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 22:

Wind, Sonne, Wasser und Bioenergie gewonnen. Im von **den** uns Grünen mitregiertem Schleswig-

Begründung

”von uns Grünen” klingt insbesondere im Wahlprogramm viel besser als ”von den Grünen”.

Unterstützer*innen

Martin Rieser (Wangen-Allgäu KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Werner Weindorf (München KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Dominik Dommer (München-Land KV); Markus Königsdorfer (Unterallgäu KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Lutz Herrmann (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV)

UK-GE-01-026 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 26 bis 27:

die Energierevolution statt. Ihr Engagement hat das ~~Monopol~~Oligopol der vier großen Stromkonzerne aufgebrochen. Die Energiewende ist ein industriepolitischer Meilenstein auf dem Weg zu einer

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Julia Ströbel (Erfurt KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Christina Wendt (Jena KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-GE-01-042 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 42 einfügen:

Fähigkeiten und den Willen der Bürgerinnen und Bürger. Erfreulich, dass immer mehr Windparks zur nächtlichen Entlastung der Anwohnerschaft nur dann blinken, wenn sich tatsächlich ein Flugobjekt nähert. Es wäre sehr zu begrüßen, diese Technik flächendeckend anzuwenden und zukünftig auch dazu einzusetzen, bei schlechten Sichtverhältnissen und Vogelzug Windenergieanlagen auf See und an Land bedarfsgesteuert zeitweise abzuschalten, um den Schutz der Vogelwelt noch besser zu gewährleisten. Wir Grünen sind die politische Kraft,

Begründung

Energiewendeminister Robert Habeck: „Es stört viele Menschen, wenn Windanlagen nachts durchgehend blinken und es nie ganz dunkel wird. Die Technik, um das zu beenden, ist inzwischen verfügbar. Im Land haben wir deshalb Anreize zur Installation geschaffen und treiben das Thema auch im Bund voran. Wenn es wieder dunkel ist am Nachthimmel, ist das ein wichtiger Beitrag zur Akzeptanz der Energiewende.“
<http://www.nordfriesland-online.de/news-blog-nordfriesland/news/naechtlisches-dauerblinken-minister-habeck-besuchte-langenhorn-windpark.html>

Dass die Erweiterung der bedarfsgesteuerten Befeuerung zu einem "Vogelschutz-Radar" insbesondere bei schlechten Sichtverhältnissen auch auf See Sinn machen würde, zeigen die bisherigen Erkenntnisse:
<http://www.fino1.de/forschungsdaten/ergebnisse/32-vogelzug>

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Werner Weindorf (München KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Dietmar Gosch (Stormarn KV); Markus Königsdorfer (Unterallgäu KV)

UK-GE-01-044 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Nach Zeile 44 einfügen:

Das grüne EEG ist ein weltweites Erfolgsmodell, weil es die Kosten für Solar- und Windstrom drastisch gesenkt hat.

Begründung

Das EEG war die beste Entwicklungshilfe, die D je geleistet hat. Diesen grünen Erfolg sollten wir nicht verschweigen.

UK-GE-01-044-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 46 einfügen:

einleiten und die schwarz-rote Ausbaubremse für Erneuerbare abschaffen. Wir wollen den Vorrang für erneuerbare Energien wieder herstellen. So bringen wir die

Begründung

Mit EEG 2017 ist der Einspeisevorrang de facto abgeschafft. "Dank" Grenzkosten Null werden vorwiegend EE abgeregelt.

UK-GE-01-047 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Dynamik in die Energiewende zurück. Dazu braucht es als ersten Schritt eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und im zweiten Schritt ein komplett neues Energiesystem, welches sich nicht mehr nach den fossilen Kraftwerken sondern an Sonne und Wind ausrichtet. Wir Grünen wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an

Begründung

Wir sollten auch sagen, was Bundestagsfraktion und BAG Energie schon lange fordern (und was auch Beschlusslage ist): einen Systemwechsel. Der aktuelle Strommarkt richtet sich nach Brennstoffkosten und somit nach fossilen Kraftwerken. Sonne und Wind schicken aber keine Rechnung. Stattdessen müsste in Zukunft "gesicherte Leistung" vergütet werden.

Unterstützer*innen

Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Michael Weltzin (Berlin-Spandau KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philip Alexander Hiersemenzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Gerd Stadermann (Berlin-Kreisfrei KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV)

UK-GE-01-047-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Peter Weierich (Erlangen-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 47 bis 48:

Dynamik in die Energiewende zurück. ~~Dazu braucht es eine Weiterentwicklung~~ Wir wollen die Finanzierung des ~~Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)~~ EEG auf neue Beine stellen: Jegliche Nutzung fossiler Energien, also auch von Benzin/Diesel, Erdgas und Heizöl soll einen Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energien leisten. Damit können wir den Strompreis für Endverbraucher entlasten und auch den eigenverbrauchten Grünstrom von der EEG-Umlage vollständig befreien. Wir Grünen wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an

Begründung

Wir wollen die endlose Diskussion um immer weiter steigende EEG-Umlagen beenden, und einen Schritt nach vorne gehen: Zukünftig soll jeglicher Verbrauch fossiler (und ohnehin nuklearer) Energiequellen in die "EEG-Kasse" einzahlen. Dazu gibt es unterschiedliche Modelle (z.B. CO2-abhängig oder auf den Gesamtenergieverbrauch). Wenn wir die Finanzierung der erneuerbaren Energien auf eine breitere Basis stellen, können wir

1. den Strompreis für Endverbraucher "erträglicher" gestalten und
2. eine klare Steuerungswirkung erzielen: Je sauberer ein Energieträger ist, desto günstiger wird er.

Heute ist unsinnigerweise auf eigenverbrauchten erneuerbaren Strom EEG-Umlage zu zahlen. Diese paradoxe Regelung können wir dann auch abschaffen.

Interessantes Zahlenmaterial dazu findet sich in der folgenden Studie:

<https://www.bihk.de/bihk/Anhaenge/studie-eeg-umlage2.pdf>

Unterstützer*innen

Susanne Schander (Erlangen-Stadt KV); Peter Ruschhaupt (Erlangen-Stadt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Wolfram Schaa (Fürth-Land KV); Maximilian Rumler (Erlangen-Stadt KV); Julia Bailey (Erlangen-Stadt KV); Lisa Badum (Forchheim KV); Malte Scholz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Katharina Grammel (Erlangen-Stadt KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Clemens Hafner (Erlangen-Stadt KV); Simon Thiele (Erlangen-Stadt KV); Phöbe Elter (Erlangen-Stadt KV); Regina Zottmann (Ansbach KV); Lutz Bräutigam (Erlangen-Land KV); Joachim Sator (Bamberg-Land KV); Rupert Ullmann (Erlangen-Stadt KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Karin Peucker-Göbel (Erlangen-Land KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Gabriele Bayer (Neumarkt KV)

UK-GE-01-049 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 49 einfügen:

die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. Zur Erreichung unserer klimapolitischen Ziele sind jährliche Mindestausbauziele der erneuerbaren Energien notwendig. Wir wollen 2018 mindestens 5 GW Windenergie und 5 GW Photovoltaik netto zusätzlich ans Netz nehmen, dann 2019 und 2020 spürbar zulegen und spätestens ab 2021 jedes Jahr um mindestens 6,3 GW Windenergie an Land, 3 GW Wind auf See und 15 GW Photovoltaik wachsen. Millionen Bürgerinnen und Bürger, die

Begründung

Liebe Energiewender*innen,

um eine Brücke zum eigentlich gemäß Klimaschutz gebotenen Ausbaupfad der Erneuerbaren (unter Beachtung der fertigungsbedingten und handwerklichen Steigerungsfähigkeit) zu schlagen, haben Hans-Josef Fell, Prof. Dr. Quaschnig und ich diesen Änderungsantrag abgestimmt und brauchen nun auch eure Unterstützung.

Den Ausbaupfad empfiehlt Prof. Dr. Quaschnig in der Sektorkopplungsstudie vom 20. Juni 2016 schon für den moderaten Zuwachs an elektrischem Energiebedarf: "Selbst für einen Strombedarf von 1300 TWh muss das Ausbautempo von Solar- und Windkraftanlagen deutlich steigen. Bei der Onshore-Windkraft liegt der empfohlene jährliche Nettozubau bei 6,3 GW, bei der Offshore-Windkraft bei 3 GW und bei der Photovoltaik bei 15 GW." <http://www.volker-quaschnig.de/publis/studien/sektorkopplung/index.php>

Zum Vergleich: CDU-CSU-SPD werden den jährlichen Brutto (!)-Zubau bei Photovoltaik auf 2,5 GW und bei Windenergie auf 2,9 GW ausbremsen. Würde dieses schnarchnasige Ausbautempo fortgesetzt, so wären wir erst im Jahr 2150 bei 100% Erneuerbaren:

<http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/22008-schellnhuber-fordert-sofortausstieg-aus-kohle>

Es geht beim Klimaschutz und der Energie-, Wärme- und Mobilitätswende nicht nur darum, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es geht eben auch darum, wie schnell wir unsere Ziele erreichen - und bisher sind wir dabei entgegen der allgemeinen Meinung viel zu langsam. Es gibt keinen Planet B. Wir haben nicht weniger vor als einen Planeten zu retten. Und Du?

Beste Klimaschutz-Grüße aus Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den Meeren!

Philipp

Unterstützer*innen

Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mogens Lesch (Nordfriesland KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Philip Alexander Hiersemenzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Walter Schüscke (Hamburg-Altona KV); Werner Weindorf (München KV); Bärbel Grade (Main-Taunus KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Wolfgang Denzler (Hamburg-Wandsbek KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Markus Königsdorfer (Unterallgäu KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV)

UK-GE-01-049-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Rüdiger Höwler (Göppingen KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 49 bis 60:

die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. ~~Millionen Bürgerinnen und Bürger, die ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften beteiligen, sind und bleiben dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Sie treiben den dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir sie vom bürokratischen Ausschreibungszwang befreien. Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit Solarzellen auch auf die Dächer von Mietshäusern und lassen alle von den Vorteilen einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren. Wir führen die milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur noch solche Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.~~ **Die zweite Stufe zünden** Wir wollen nach der Einführung des EEG vor fast 20 Jahren nun nicht weniger als die zweite Stufe der Energie-Revolution zünden. Die Zeit dafür ist reif! Vor Ort erzeugte erneuerbare Energie ist dank des damaligen Erfolgs des EEG heute unschlagbar günstig geworden. Höchste Zeit also, die Früchte daraus zu ernten. Alle, egal ob Hauseigentümer, Mieter durch Mieterstrom, Gewerbetreibende wie auch die Industrie sollen daran teilhaben dürfen. Eigentlich wäre dieser Umbruch bereits automatisch eingetreten, hätte nicht die Regierungspolitik der vergangenen Jahre gegengesteuert. Systematisch wurden neue Hürden in Form von unüberschaubar vielen neuen Verordnungen und Belastungen aufgebaut, um genau dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Das Rezept ist also denkbar einfach wie wirkungsvoll: Wir wollen selbst erzeugten, regenerativen Strom radikal vom Verwaltungsdickicht und Belastungen befreien. Ein Befreiungsschlag, der eine gewaltige Dynamik auslösen wird, ohne dabei eine neue Kostenlawine auszulösen. Das ist die gute Botschaft! Wir wollen mit dem vor Ort erzeugten, regenerativen Strom eine kostengünstige Versorgung für alle ermöglichen und dabei gleichzeitig die Netze entlasten. So stärken wir die regionale Wertschöpfung und schaffen Arbeitsplätze auf der Fläche. Da versteht es sich von selbst, dass für nicht geförderte Anlagen keinesfalls mehr Obergrenzen gelten dürfen. Grünstromerzeuger sollen wieder ihren Strom ohne Beaufschlagung mit der EEG-Umlage verkaufen dürfen, wenn Sie keine Fördermittel hieraus beziehen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit! So wollen wir wieder einen funktionierenden Grünstrommarkt mit vielen Akteuren etablieren.

Wir führen die milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur noch solche Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.

Begründung

1. Ersetzen der Passage „Millionen Bürgerinnen ...“

- Erweckt den Eindruck, dass wir am Bisherigen herumschrauben, aber nicht grundlegend was ändern wollen. Und bleibt dabei leider unkonkret in der Aussage.
- Hier muss ein klares Signal her: Weg mit unberechtigten Umlage-Belastungen sowie überbordenden Vorschriften und Bürokratismus um Cent-Beträge. Das ist das mindeste, was insbesondere unsere Wähler von uns erwarten. Hier können wir uns kein rumeieren erlauben.

- Die Änderungen, die wir vornehmen wollen, generieren nicht neue Kosten sondern es sollen alle davon profitieren. Vor allem auch die, die bisher von der EEG-Umlagenbelastung am stärksten betroffen sind und waren: Mieter und Gewerbetreibende. Das muss ganz deutlich werden, wenn wir hier punkten wollen.

- Eine Umlagenbelastung von Strom aus EE-Anlagen, die keine Förderung beanspruchen, ist nicht gerechtfertigt. Denn mit der Errichtung solcher Anlagen werden schließlich genau die Ziele umgesetzt, die das EEG ursprünglich verfolgt, ohne dabei diese Förderung in Anspruch zu nehmen. Weil praktisch alle Nutznießer dieser positiven Entwicklung sein können und sollten, ist die Argumentation der angeblichen „Entsolidarisierung“ schlicht Unsinn und nur vorgeschoben. Zur Vorhaltung zusätzlicher Erzeugungskapazitäten sollten die Versorger die Freiheit haben, diese Kosten über eine entsprechende Tarifgestaltung zu kompensieren, die solche Effekte mit berücksichtigt. Das aber bitteschön im Wettbewerb und eben nicht per Verordnung durch unberechtigte Belastung des Eigenstroms mit der EEG-Umlage. Deshalb die klare Ansage von uns: Wir schaffen die Abgaben und Steuern auf regenerativ erzeugten Strom außerhalb des öffentlichen Netzes ab. Das muss klar rüber kommen.

2. Grünstrom, ein ganz wichtiges Thema, ist überhaupt nicht im Wahlprogramm zu finden.

- Seit 2009 verkommt jede EEG-vergütete Kilowattstunde Grünstrom auf dem Spottmarkt zu Graustrom. Denn seither muss dieser ausschließlich dort verkauft werden. Die Vermarktung als Grünstrom ist nahezu unmöglich, seitdem selbst auf nicht geförderten, regenerativen Strom die EEG-Umlage fällig wird. Das macht den Grünstrom hierzulande um etwa 50% teurer als nötig. Deswegen können Grünstromkunden hauptsächlich nur aus Stromzukaufen aus Skandinavien oder den Alpenländern bedient werden. Das muss sich grundlegend ändern! Wir wollen regenerativen Strom, der nicht durch die Umlage gefördert wird, grundsätzlich wieder von EEG-Umlagen-Belastung befreien. So machen wir den Weg frei für echten Wettbewerb im Strommarkt und beleben gleichzeitig die Akteursvielfalt.

Unterstützer*innen

Annegret Höwler (Göppingen KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Christian Hajduk (Alb-Donau KV); Ruth Cremer-Ricken (Waldshut KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Carina Hennecke (Rendsburg-Eckernförde KV); Werner Weindorf (München KV); Kristian Petrick (Berlin-Mitte KV); Walter Schüscke (Hamburg-Altona KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV); Markus Mezger (Esslingen KV); Harald Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Carmen Ketterl (Göppingen KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Jürgen Ernst (Waldshut KV); Niklas Nüssle (Waldshut KV); Norbert Utz (Waldshut KV)

UK-GE-01-052 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 52 bis 53:

dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir sie alle kleinen Windenergieprojekte mit bis zu 6 Anlagen vom bürokratischen Ausschreibungszwang befreien ("de-mimimis-Regelung"). Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit

Begründung

Für Bürgerenergiegesellschaften ist es umständlich, wenn sie erst nachweisen müssen, dass sie die komplizierten Regeln des Wirtschaftsministeriums erfüllen, um als Bürgerenergie anerkannt zu werden. Wir wollen das Engagement vereinfachen: alle Projekte unter einer bestimmten Schwelle müssen nicht an den Ausschreibungen teilnehmen. Das war explizit von der EU auch so zugestanden worden, die GroKo wollte das aber so nicht umsetzen.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Kai Herzog (Lüneburg KV); Sebastian Heilmann (Lüneburg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Marcel Ernst (Göttingen KV)

UK-GE-01-053 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 53 bis 55:

befreien. ~~Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit Solarzellen auch auf die Dächer von Mietshäusern und lassen alle von den Vorteilen einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren.~~ Auch Mieter*innen sollen von den Vorteilen einer klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren, indem wir einfache und unbürokratische Mieterstrommodelle ermöglichen. Erneuerbarer Strom, der nicht ins Netz eingespeist wird, soll nicht mit Umlagen und Abgaben belastet werden. Wir führen die

Begründung

Mieterstrommodelle werden hauptsächlich durch überbordende Bürokratie und Meldepflichten gebremst, nicht durch mangelnde Wirtschaftlichkeit.

Die "Entsolidarisierung" ist ein unsinniges Argument, denn für das Netz ist es egal, ob der Strom gar nicht erst gebraucht wird (bspw. durch Einsparmaßnahmen) oder auf dem eigenen Dach erzeugt wird. Die Beteiligung von Prosumern und Wenigverbrauchern an Infrastrukturkosten und Umlagen muss daher anders abgebildet werden.

UK-GE-01-053-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 53 einfügen:

befreien. Alle Dächer müssen wieder für den Bau von PV-Anlagen genutzt werden dürfen. Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit

Begründung

Wir können es uns nicht leisten, Dächer im privilegierten Außenbereich, die ohne formale Baugenehmigung errichtet werden können, auszuschließen

UK-GE-01-053-3 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Christine Ehm (Waldshut KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 53 einfügen:

befreien und das WEG dahingehend ändern, dass PV-und Solarthermie-Anlagen nicht mehr einstimmig als bauliche Änderung, sondern mehrheitlich als Modernisierungsmaßnahme beschlossen werden können.

Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit

Begründung

WEG= Wohnungseigentumsgesetz

Auf vielen Häusern können keine erneuerbaren Energiesysteme (v.a. PV und Solarthermie) angebracht werden, weil im Moment noch eine Gegenstimme eines Eigentümers ausreicht um ein solches Projekt zu verhindern. Mit der Änderung des WEG wäre dies bedeutend einfacher.

Zudem gehören solche Systeme zum modernen Wohnen und entsprechen deshalb nicht wie bisher einer baulichen Änderung, sondern einer Modernisierung.

Unterstützer*innen

Michael Ehm (Waldshut KV); Niklas Nüssle (Waldshut KV); Bernd Wallaschek (Waldshut KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Norbert Utz (Waldshut KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Dirk Bürklin (Waldshut KV); Jürgen Ernst (Waldshut KV); Maren Ott (Schwarzwald-Baar KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Ruth Cremer-Ricken (Waldshut KV); Sophia Topp (Bodenseekreis KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Ingrid Aumaier-Sauereisen (Ludwigsburg KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Martin Kirsch (Gießen KV); Ulrich Martin Drescher (Waldshut KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV)

UK-GE-01-053-4 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 53 einfügen:

befreien. Die sinnwidrige Erhebung von EEG-Umlagen auf Direktverbrauch von Grünstrom werden wir abschaffen. Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit

Begründung

Direktverbrauch bedeutet: Elektrizität aus erneuerbaren Energien wird direkt am Ort der Erzeugung, ggf. nach einer Zwischenspeicherung verbraucht, also nicht durch ein öffentliches Netz geleitet. Direkt verbrauchter Strom wird derzeit unterschiedlich behandelt. Wenn Anlagenbesitzer und Endverbraucher die selbe Person sind (juristische Personenidentität), wird keine oder eine reduzierte EEG-Umlage erhoben. Es liegt Eigenversorgung im Sinne des EEG vor. Wenn hingegen keine Personenidentität besteht, ansonsten aber die Konstellation identisch ist, wird die volle EEG-Umlage erhoben. Diese Diskriminierung ist sachlich vollkommen unbegründet, ungerecht und kann bestehende soziale Ungleichheiten vergrößern. Aus der Logik der EEG-Umlage ist zwangsläufig abzuleiten, dass es sinnwidrig ist, eigenerzeugten Strom aus Erneuerbare- Energie-Anlagen mit der EEG-Umlage zu belegen. Das gleiche muss allerdings auch für direkt verbrauchten Grünstrom gelten, der in Anlagen erzeugt wird und ohne Durchleitung durch das öffentliche Netz an Personen geliefert wird, denen die Anlage nicht gehört.

UK-GE-01-057 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 57 einfügen:

stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher, Handwerk und Mittelstand. Nur noch solche Unternehmen, die

Begründung

Alle nicht-privilegierten Stromnutzer werden durch Reform der BesAR entlastet. Handwerk und Mittelstand müssen mit angesprochen werden.

UK-GE-01-057-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 57 einfügen:

stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher, die kleinen und mittleren Unternehmen. Nur noch solche Unternehmen, die

Begründung

Auch kleine und mittlere Unternehmen erhalten keine Strompreisrabatte.

UK-GE-01-060 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 60 einfügen:

werden und langfristig auslaufen.

Begründung

Auch für "Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse" müssen langfristig die den Wettbewerb verzerrenden Strompreisrabatte auslaufen.

UK-GE-01-061 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 61 einfügen:

Den Ausbau notwendiger Netze wollen wir klug und verträglich für Vögel planen und Bürgerinnen und Bürger mit

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Kerstin Dehne (München KV); Dietmar Gosch (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV)

UK-GE-01-061-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 61 einfügen:

Den schnellstmöglichen Ausbau notwendiger Netze wollen wir klug planen und Bürgerinnen und Bürger mit

UK-GE-01-061-3 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 61 bis 63:

~~Den Ausbau notwendiger Netze wollen wir klug planen und Bürgerinnen und Bürger mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung, Erdkabeln und einem Überspannungsverbot für Wohnhäuser die Möglichkeit geben, mitzugestalten.~~ Bestehende Konflikte bei der Umsetzung der Energiewende nehmen wir ernst. Wir sorgen dafür, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien und notwendiger Netze mit Natur- und Landschaftsschutz konsequent gemeinsam gedacht wird. Bei den Planungsprozessen sorgen wir für Transparenz. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig die Möglichkeit geben, mitzugestalten. Beim Netzausbau setzen wir vorrangig auf Erdkabel. Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue

Begründung

Um dem Konfliktfeld zwischen Ausbau der Erneuerbaren und Umwelt- und Naturschutzbelangen, die dabei berührt werden, gerecht zu werden, sollten wir im Programm uns dazu positionieren und darstellen, dass wir beide Belange als wesentliche zukunftsentscheidende Erfordernisse anerkennen und nicht gegeneinander ausspielen wollen. Zudem sollte der Anspruch sein, die Planungsprozesse hierbei transparent und partizipativ mit den Belangen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu leisten. Dass wir in der Frage des Netzausbaus vorrangig auf Erdkabel setzen, ersetzt in der hier vorgeschlagenen Formulierung den im Entwurf vorhandenen und schwer zu verstehenden Passus (Überspannungsverbot) zudem hinreichend.

UK-GE-01-063 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 63 einfügen:

Möglichkeit geben, mitzugestalten. Kommunen, in denen Erneuerbare Energien ausgebaut werden, sollen stärker vom Ausbau profitieren. Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue

Begründung

Wenn nur fremde Investoren profitieren, aber die Bürger*innen vor Ort den Windpark vor der Nase haben, zerstört das die Akzeptanz

UK-GE-01-063-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 63 einfügen:

Möglichkeit geben, mitzugestalten. Zur solidarischen Finanzierung der Energiewende gehört für uns auch eine faire Verteilung der Kosten des Stromnetzes. Wir wollen daher die regional ungleiche Belastung bei den Netzkosten beenden und bundesweit einheitliche Netzentgelte auf allen Netzebenen einführen. Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue

Begründung

Unsere Klimaschutzziele können wir nur erreichen, wenn wir die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen und gemeinsam für eine faire Lastenverteilung eintreten.

Die aktuelle Netzentgeltsystematik führt dazu, dass Regionen, in denen viel erneuerbarer Strom produziert, aber nur wenig verbraucht wird, dafür mit höheren Energiekosten bestraft werden. Ländlich geprägte Gebiete mit hoher dezentraler Einspeisung aus erneuerbaren Energien haben im Bundesdurchschnitt die höchsten Netzentgelte zu verzeichnen. Die finanziellen Auswirkungen bekommen nicht nur die privaten Haushalte zu spüren; auch für gewerbliche Unternehmen stellt die unterschiedliche regionale Belastung mit Netzentgelten zunehmend einen Standortnachteil dar, der einer Erhöhung der Wertschöpfung und der Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen entgegensteht. Um die Akzeptanz in den ländlichen Ausbauregionen für die Energiewende nicht zu gefährden, dürfen wir die sich bundesweit immer stärker manifestierenden Unterschiede in der Höhe der Netzentgelte zwischen ländlichen und städtischen Regionen nicht weiter zulassen. Ein System, das die Kosten für den Netzausbau einseitig den ländlichen Ausbauregionen auflastet, ist nicht mit den Zielen der Energiewende kompatibel und daher dringend korrekturbedürftig. Eine Angleichung der Netzentgelte ist auch unter dem Aspekt der Hebung des Potenzials der Energiewende gerade für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume geboten.

Auch der Bundesrat sieht hier dringenden Handlungsbedarf und hat sich mit Beschluss vom 10. März 2017 für die Festlegung bundesweit einheitlicher Übertragungsnetzentgelte noch in der laufenden Legislaturperiode ausgesprochen (vgl. BR-Drucksache 73/17), Zitat: „Die Energiewende ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, die nicht zu Lasten derjenigen Regionen gehen darf, in denen gute Erzeugungsbedingungen für Strom aus erneuerbaren Energien bestehen, die andererseits aber nicht über ausreichend Lastabnahme in Privathaushalten und Industrie verfügen um den erzeugten Strom erzeugungsnah zu verbrauchen. Eine faire bundesweite Verteilung der Lasten ist dringend erforderlich“.

Eine Vereinheitlichung der Netzentgelte nur im Übertragungsnetz greift jedoch zu kurz. Die Einspeisung erneuerbarer Energien aus Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen erfolgt weitgehend auf der Verteilnetzebene. Das Einsammeln des regenerativen Stroms durch die Verteilnetze ist auch im Interesse der Regionen, an die der Strom geliefert wird, weil sie sich nicht selbst vollständig mit erneuerbaren Energien versorgen können. Ein bundesweit einheitliches Netzentgelt sollte auf allen Netzebenen (sowohl Übertragungs- als auch Verteilnetzebene) gleichzeitig eingeführt werden, da sich der Ausbaubedarf auf den verschiedenen Netzebenen regional stark unterscheidet und eine schrittweise Umsetzung für die verschiedenen Netzebenen wiederum zu regionalen Benachteiligungen führen würde.

Dieser Antrag wird ebenfalls von den Landesvorständen Brandenburg, Sachsen und Thüringen unterstützt.

UK-GE-01-065-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Hersfeld-Rotenburg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 65 einfügen:

Strom aus Sonne und Wind verfügbar ist. Hierfür wollen wir insbesondere die Betreiber unflexibler Grundlastkraftwerke in die Pflicht nehmen, denn diese sind bisher dafür verantwortlich, dass regenerativer Strom nicht vorrangig abgenommen werden kann. Überschüssige Strommengen wollen wir in Batterien

UK-GE-01-065-3 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 65 bis 66:

Strom aus Sonne und Wind verfügbar ist. ~~Überschüssige Strommengen~~Zu diesen Zeiten wollen wir ~~in Batterien speichern~~Speicher auffüllen oder Strom in Wärme oder Gas umwandeln, um damit Wohnungen zu heizen oder Fahrzeuge

Begründung

„Überschüssige“ Strommengen sind Fossilsprech...

(hatte den umformulierten Antrag schon mal eingereicht, ist irgendwie nicht feigeschaltet worden?)

UK-GE-01-067 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 67:

anzutreiben. ~~Wir wollen die dezentrale, klimafreundliche~~ Die hocheffiziente und zunehmend erneuerbare Kraft-Wärme-Kopplung fördern wollen wir dabei unterstützen, dass sie immer flexibler auf den Strommarkt reagiert und so den Strom aus Wind und Sonne ergänzt. Wir

Begründung

Kohle-KWK muss auch raus aus dem System! und wärmegeführte KWK blockiert die Netze.

UK-GE-01-069 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 69 einfügen:

Entgelte und überbordende Bürokratie werden wir verhindern.

Im Zuge des für die Energiewende erforderlichen Übertragungsnetzausbaus muss der Vogelschutz bei jeder einzelnen Vorhabenplanung eine viel höhere Aufmerksamkeit erfahren. Durch eine Erdverkabelung würden Vogelkollisionen komplett vermieden. Wir möchten, dass Vogelschutzmarkierungen an allen bestehenden Freileitungen des Übertragungsnetzes innerhalb der nächsten 3 Jahre nachgerüstet werden.

Begründung

Bis zu 2,8 Millionen Vögel sterben pro Jahr an Stromleitungen

NABU appelliert an Netzbetreiber, Leitungen zu sichern

Mehr als 60.000 Kilometer Hochspannungsleitungen durchziehen Deutschland. Nur ein Bruchteil davon liegt als Erdkabel unter der Erde. Freileitungen können zu tödlichen Kollisionen von Vögeln führen.“ (...)”

Abhilfe lässt sich schaffen

Im Zuge des für die Energiewende erforderlichen Übertragungsnetzausbaus muss der Vogelschutz bei jeder einzelnen Vorhabenplanung eine viel höhere Aufmerksamkeit erfahren. Vögel sind nämlich direkt von neuen Leitungen betroffen, nicht nur durch Kollisionen sondern vor allem im Offenland auch durch den veränderten Lebensraum. Beim Neubau von Trassen können Vögel vor allem geschützt werden, wenn zumindest Gewässer und Rastgebiete, in denen kollisionsgefährdete Arten vorkommen, großräumig gemieden werden. Zugvögel und Rastvögel sind eben deutlich mobiler als andere Tiergruppen. Die Erdverkabelung würde Vogelkollisionen komplett vermeiden.

Viel einfacher als bei Verkehr oder Windenergie ließen sich die übrigen Verluste technisch verringern: Vogelschutzmarkierungen an den besonders schlecht zu sehenden Erdseilen über den Leitungen könnten vor allem in bereits bestehenden Trassen nachgerüstet werden. Mit 60 bis 90 Prozent konnte die größte Wirksamkeit bei einem Markertyp ermittelt werden, der aus beweglichen und schwarz-weiß kontrastierenden Stäben besteht. Anders als bei Nachsicherungsverpflichtungen bei Mittelspannungsmasten und trotz internationaler Abkommen bestehen für deren Anbringung jedoch keine gesetzlichen Verpflichtungen. Daher haben die zuständigen Netzbetreiber bisher nur wenige Freileitungen vogelsicher gemacht. Mehr unter <https://www.nabu.de/news/2017/03/22059.html>

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Kerstin Dehne (München KV); Dietmar Gosch (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV)

UK-GE-01-069-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 69 einfügen:

Entgelte und überbordende Bürokratie werden wir verhindern.

Die Sonne scheint und der Wind weht nicht immer. Aus europäischer Perspektive gibt es aber einen großen Ausgleichseffekt, der den Bedarf an Speichern und Reservekraftwerken verringert. Deshalb wollen wir die verschiedenen Wetter- und Klimagebiete in Europa vom Atlantik bis Nordrussland, vom Mittelmeer bis Skandinavien besser miteinander vernetzen, auch um die europäische Energiewende voranzubringen.

Begründung

Wenn es in Deutschland gerade windstill ist, zieht am Atlantik vielleicht gerade ein Tiefdruckgebiet auf und lässt dort die Windräder rotieren. Einen Tag später ist dies Wetter vielleicht schon über Deutschland, während am Atlantik Flaute herrscht. Da würde der Strom zuerst von West nach Ost und dann umgekehrt fließen.

In einzelnen Regionen kann es mal bis zu zwei Wochen "Dunkelflaute" geben, in denen kaum Wind- und Solarstrom erzeugt werden können. Dezentrale und regionale Speicher sind dann schnell leer. Wenn wir bei nahezu 100 % Strom aus Erneuerbaren Energien angelangt sind, werden dann eine große Zahl von Reservekraftwerken benötigt oder der Strom wird von daher bezogen, wo er gerade als Überschuss da ist. Dafür benötigen wir zusätzliche Leitungen, vor allem zur Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ).

Diese bessere europäische Vernetzung wird auch den Ausbau der Erneuerbaren Energien in unseren Nachbarländern fördern.

Unterstützer*innen

Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sebastian Heilmann (Lüneburg KV); Udo Philipp (München KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Stefan Hintsche (München KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jakob Liedtke (Herne KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Kai Wehmann (Oldenburg-Stadt KV); Marc Kersten (Köln KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frederik Paul Antary (Bochum KV)

UK-GE-01-073 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 73 bis 74:

ambitionierte, aber realistische Vorgaben macht. ~~insbesondere~~ So wie es in der Industrie gibt ~~anderen europäischen Ländern Praxis ist, nehmen wir dabei die Energieversorger in die Pflicht, jedes Jahr den Energieverbrauch zu senken. Denn es gibt noch viele Einsparpotentiale~~ Einsparpotenziale, bei der Stromerzeugung, in der Industrie, im Gewerbe und in Privathaushalten. Mit unserem Programm "Faire Wärme" und konkreten Fördermaßnahmen

Begründung

Die EU-Energieeffizienzrichtlinie ist in Deutschland durch sogenannte Ersatzmaßnahmen umgesetzt worden, statt die Energieversorger zu verpflichten, ein jährliches Einsparziel erreichen. Diese Ersatzmaßnahmen greifen jedoch nicht und die Effizienzziele werden nicht erreicht.

UK-GE-01-076 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 76 bis 78:

Nutzung erneuerbarer Wärme im Gebäudebestand voranbringen, ~~durch Förderung für die energetische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtviertel, für Nahwärme und Abwärmenutzung.~~ die energetische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtvierteln fördern sowie Nahwärmenetze und Abwärmenutzung ausbauen. Die von der EU geforderten Vorgaben für energieeffiziente Gebäude wollen wir so ausgestalten, dass neue Gebäude nur noch sehr wenig Energie verbrauchen und ausschließlich erneuerbar beheizt werden.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-GE-01-080 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 80 einfügen:

bleiben und Sanierung nicht zur Verdrängung von Mieter*innen missbraucht wird. Stromsparchecks und Energieberatung sollen Standard werden. Gerade Haushalte mit

Begründung

Wir dürfen nicht zulassen, dass Vermieter*innen die Modernisierungsumlage als Entmietungs- und Verdrängungsinstrument missbrauchen. Denn das delegitimiert auch unser Ziel der Energetischen Sanierung der Gebäudebestände.

UK-GE-01-081 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 81 bis 85:

kleinem Geldbeutel wollen wir Grünen damit unterstützen. ~~In Brüssel werden wir uns dafür einsetzen, das Toprunner-Prinzip europaweit zu verankern. So werden vom Durchlauferhitzer bis zum Gefrierfach immer die effizientesten Geräte zum technischen Standard erhoben, an dem sich alle anderen messen müssen. So werden Stromfresser schrittweise aus den Läden verschwinden.~~ In Brüssel werden wir uns dafür einsetzen, das „Top-Runner“-Prinzip europaweit zu verankern: Für alle Geräte mit dem gleichen Einsatzspektrum wird das effizienteste Gerät zum Standard erhoben. Stromfresser, die diesen Standard nicht binnen drei Jahren erreichen, verschwinden vom Markt.

Begründung

Ohne Konkretisierung unverständlich.

UK-GE-01-081-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 81 einfügen:

kleinem Geldbeutel wollen wir Grünen damit unterstützen. Dafür muss der Anteil der Stromkosten in der Grundsicherung/Arbeitslosengeld II überprüft werden, denn er entspricht nicht mehr dem tatsächlichen Preisniveau. In Brüssel werden wir uns dafür

UK-GE-01-081-3 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 81 bis 82:

kleinem Geldbeutel wollen wir Grünen damit unterstützen. In Brüssel und Berlin werden wir uns ~~dafür einsetzen, das Toprunner-Prinzip europaweit zu verankern~~ für ambitionierte Vorgaben für Energie- und Ressourceneffizienz einsetzen. So werden vom Durchlauferhitzer

Begründung

Mit dem Arbeitsprogramm der Ökodesign-Richtlinie und dem Energy Labelling ist das Top-Runner-Prinzip weitgehend verankert. Wir wollen es stärken und ausweiten.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Kai Herzog (Lüneburg KV); Sebastian Heilmann (Lüneburg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Claus-Cornelius Poggensee (Lüneburg KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

UK-GE-01-085 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 85 einfügen:

verschwinden. Einen Label-Betrug werden wir durch echte Kontrollen verhindern.

Begründung

Solange keine wirklichen Kontrollen stattfinden, lohnt sich Label-Betrug.

UK-GE-01-087 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 88 bis 89:

lassen. Wir haben mit dafür gesorgt, dass 2022 ~~wird~~ der letzte Meiler in Deutschland vom Netz gehen wird.
Aber so lange noch Atomkraftwerke laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.
Deshalb setzen wir uns für die Abschaltung des Siedewasserreaktors Gundremmingen C, der keine erdbebensichere Notkühlung hat, spätestens 2018 ein. Die

Begründung

Grüne Erfolge loben.

Jedes noch laufende AKW ist ein Risiko, und Gundremmingen C ist untragbar!

UK-GE-01-088 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 88 einfügen:

lassen. Dass der Windkraftzubau in Norddeutschland zugunsten von zwei nicht mehr systemrelevanten Atomkraftwerken ausgebremst wird, ist widersinnig. Deshalb wollen wir für einen Konsens werben, keine weiteren Strommengen mehr auf die Atomkraftwerke Emsland und Brokdorf zu übertragen. Das ist im Sinne des Atomausstiegs und nimmt die Blockade aus der Energiewende. 2022 wird der letzte Meiler in Deutschland vom Netz gehen. Aber so lange noch

Unterstützer*innen

Marcel Ernst (Göttingen KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Rüdiger Höwler (Göppingen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Iris Putz (Schwerin KV); Carina Hennecke (Rendsburg-Eckernförde KV); Werner Weindorf (München KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Walter Schüsckke (Hamburg-Altona KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Eric Reiff (Karlsruhe KV); Karin Fendler (Karlsruhe KV); Babette Schulz (Ettlingen KV); Jorinda Fahringer (Karlsruhe KV)

UK-GE-01-091 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 91 einfügen:

der Brennelementesteuer erreichen. Aus der Kernfusions- und Transmutationsforschung sowie dem ITER-Projekt zur Entwicklung eines Fusionsreaktors soll Deutschland endlich aussteigen, statt weitere Milliarden in erkennbar nutzlosen und riskanten Vorhaben zu verschwenden.

Begründung

selbsterklärend

UK-GE-01-091-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 91 einfügen:

der Brennelementesteuer erreichen. Da eine Neuanwendung atomarer Technologien für uns Grüne auf keinen Fall in Frage kommt, wollen wir Schluss machen damit, Steuergeld in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation oder Reaktoren der IV. Generation zu stecken. Aus dem Milliardengrab ITER muss Deutschland aussteigen.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Jorinda Fahringer (Karlsruhe KV); Johannes Honné (Karlsruhe KV); Babette Schulz (Ettlingen KV); Nicolas Schejok (Karlsruhe KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Lewin (Haßberge KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Andreas Walter (Potsdam KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Christian Hohn (Olpe KV)

UK-GE-01-091-3 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 91 einfügen:

der Brennelementesteuer erreichen. Da eine Neuanwendung atomarer Technologien für uns Grüne auf keinen Fall in Frage kommt, wollen wir Schluss machen damit, Steuergeld in die Entwicklung von Kernfusion, Transmutation oder Reaktoren der IV. Generation zu stecken. Aus dem Milliardengrab ITER muss Deutschland aussteigen.

Begründung

Änderungsantrag zu UK-GE-01-091-2: Hier ist der Begriff Entwicklung angebracht, da es sich bei Transmutation und den Reaktoren der vierten Generation weitgehend um die technische Umsetzung bestehenden Wissens handelt. Das indirekte Forschungsverbot würde zudem mit dem Grundgesetz kollidieren.

Unterstützer*innen

Luisa Schwab (Köln KV); Martin Burmester (Hamburg-Eimsbüttel KV); Anne Kathrin Werenskiold (München KV); Linda Guzzetti (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Benjamin Adjei (München-Land KV); Martin Bär (Potsdam KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Herald Hettich (Bonn KV); Selina Lea Sophie Storm (Hamburg-Altona KV); Reinhold Glasl (München-Land KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Hubert R. Schübel (Stuttgart KV); Annette Jander (Berlin-Kreisfrei KV); Kai Gehring (Essen KV); Marius Kühne (Münster KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Moritz Lamparter (Hamburg-Nord KV); Alexander Link (Stuttgart KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Cleo Regina Becker (Ludwigsburg KV)

UK-GE-01-095 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 95 einfügen:

wurde dafür eine gute Grundlage geschaffen: denn in der jetzt beginnenden Suche haben Sicherheitskriterien Vorrang und die Bürger*innen in den betroffenen Regionen werden in einem ergebnisoffenen Planungsprozess auf Augenhöhe beteiligt. Wir werden das bestmögliche Endlager finden.
Und

Begründung

Grüne Erfolge in der Kommission in den Vordergrund stellen!

UK-GE-01-097 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 97 einfügen:

Kriterien in der Endlagersuche gesorgt.

Mit dieser anspruchsvollen und partizipativen Endlagersuche wird die Zwischenlagerung hochradioaktiven Mülls länger andauern als ehemals geplant. Wir wollen die Sicherheitsstandards dafür umgehend und umfassend verbessern, auch, damit Zwischenlager ausreichend gegen Terroranschläge geschützt werden. Zur Klärung sich hier stellender Fragen schlagen wir die Einrichtung einer Kommission vor, an der die Anti-AKW-Bewegung, Umweltverbände und insbesondere auch junge Menschen entscheidend mitwirken.

Begründung

Die eigentlich unhaltbare Situation in den zwischenlagern (seit dem Brunsbüttel-Urteil) muss zumindest angesprochen werden. Das erwartet die Anti-AKW-Bewegung von uns.

UK-GE-01-097-3 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 97 einfügen:

Kriterien in der Endlagersuche gesorgt. Bis zur bestmöglichen Endlagerung braucht der Atommüll die bestmögliche Zwischenlagerung. Wir werden einen Prozess anstoßen, in dem unter Einbeziehung der Länder, der Standortkommunen und der Zivilgesellschaft entschieden wird, wie mit dem gefährlichsten Müll der Welt bis zur Endlagerung umgegangen werden soll.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Jorinda Fahringer (Karlsruhe KV); Johannes Honné (Karlsruhe KV); Babette Schulz (Ettlingen KV); Nicolas Schejok (Karlsruhe KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Lewin (Haßberge KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Andreas Walter (Potsdam KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Christian Hohn (Olpe KV)

UK-GE-01-097-4 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 97 einfügen:

Kriterien in der Endlagersuche gesorgt. Zudem setzen wir uns für den sicheren Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke in Deutschland ein.

Begründung

Die AKWs sollen ja zurückgebaut werden...es muss gewährleistet werden, dass keine radioaktiven Baumaterialien in die Umwelt gelangen.

UK-GE-01-098 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 98:

Unser Ziel ist jedoch, dass überall in Europa das ~~atomare Russisch Roulette~~gefährliche Spiel mit dem atomaren Feuer ein Ende hat.

Begründung

redaktionell - Russisch Roulette könnte missverstanden werden

UK-GE-01-098-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 98 einfügen:

Unser Ziel ist jedoch, dass überall in Europa das atomare Russisch Roulette ein Ende hat. EURATOM ist seit dem Atomausstieg vieler Mitgliedsländer, erst recht seit dem Brexit, ein historisches Relikt. Dieser Gründungsvertrag der EU muss in eine Leitschnur zum europaweiten Atomausstieg verändert oder insgesamt aufgelöst werden.

UK-GE-01-100 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 100 einfügen:

müssen sofort vom Netz. Wir wollen den Euratom-Vertrag, in dem die Privilegien der Atomkraft festgeschrieben sind, an die heutige Zeit anpassen. Wenn das nicht erreichbar ist, setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland aus Euratom aussteigt. Unseren Kampf gegen die Atomkraft werden wir erst dann beenden, wenn

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Jorinda Fahringer (Karlsruhe KV); Johannes Honné (Karlsruhe KV); Babette Schulz (Ettlingen KV); Nicolas Schejok (Karlsruhe KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Lewin (Haßberge KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Andreas Walter (Potsdam KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Christian Hohn (Olpe KV)

UK-GE-01-100-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 100 einfügen:

müssen sofort vom Netz. Wir verstehen es als Teil unserer grünen Außenpolitik, darauf hinzuwirken, den Betrieb von Atomkraftwerken auch in den Nachbarländern der EU zu beenden. Unseren Kampf gegen die Atomkraft werden wir erst dann beenden, wenn

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Müller (Essen KV)

UK-GE-01-103 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 103 löschen:

Lingen, die noch ganz Europa mit radioaktiv strahlendem Brennstoff versorgen, ~~rechtssicher-~~

Begründung

mündlich

UK-GE-01-104 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 104 einfügen:

beenden. Jeglichen Export nuklearer Technologie für die Energiegewinnung und militärische Nutzung wollen wir verbieten.

UK-GE-01-107 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 107:

~~Förderprogramm bezahlbare Wärme~~ — Faire Energie ~~und Geld sparen~~ in unseren Häusern

Begründung

Schlüsselprojekt der BAG

UK-GE-01-107-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 107:

~~Förderprogramm-bezahlbare~~ Faire Wärme – ~~Energie~~ – klimafreundlich und ~~Geld-sparen~~ bezahlbar

Begründung

„Faire Wärme“ ist ein unmittelbar und positives Bild für unseren ganzheitlichen Ansatz im Gebäudesektor, der Energiesparen und soziale Belange zusammenbringt. Dieser bewährte Schlüsselbegriff sollte daher unbedingt in der Überschrift vorkommen.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Matthias Schröter (Leipzig KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-GE-01-108 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 108 bis 115:

~~Die Energiewende muss auch im Wärmebereich vorankommen und die Menschen dabei mitnehmen: Denn der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm "Faire Wärme" auflegen. Mit zwei Milliarden Euro jährlich unterstützen wir die energetische Sanierung ganzer Wohnviertel. Mieterinnen und Mieter stärken wir durch eine robuste Mietpreisbremse. Wir verringern die Umlage von Modernisierungskosten und führen ein neues Klimawohngeld ein, damit auch Wohngeldempfänger energieeffizient wohnen können. Wir unterstützen Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen Wärmeversorgung mit 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher.~~

Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit muss im Gebäudebereich vorankommen und alle Menschen mitnehmen. Gebäude gehören heute zu den grössten Energieverbrauchern. Hier müssen wir Energie einsparen und die erneuerbaren Energien ausbauen, sowohl bei Produktion als auch im Betrieb. Unsere Häuser wie auch unsere Stadtquartiere und Dörfer bieten die besten Voraussetzungen hierfür. Dies muss aber für alle Bewohner bezahlbar sein. Ziel im Bestand ist eine warmmietenneutrale Instandsetzung und Modernisierung mit einer abgesenkten Modernisierungsumlage und effektiver Förderung. So schaffen wir den sozialen und wirtschaftlichen Spielraum für notwendige Investitionen im Gebäudebereich. Ferner führen wir ein Klimawohngeld mit dynamischer Anpassung für bedürftige Haushalte ein. Die gesetzlichen Vorschriften und die Durchführungsbestimmungen werden wir für Neubau und Bestand praxisnah und zielgerecht fortentwickeln. Mit „Mieterstrom“ von den Dächern unserer Gebäude werden auch Mieter von vor Ort erzeugtem Strom profitieren. Nachhaltigkeit bei Energie, Baustoffen und Kosten muss durch die Betrachtung des Lebenszyklus unserer Häuser künftig Standard sein. Unsere Programme vergünstigen die Finanzierung des ökologischen Bauens, bringt Fördermittel in die Regionen und unterstützt so die lokalen Handwerker*innen und Betriebe vor Ort.

Begründung

Schlüsselprojekt der BAG Planen Bauen Wohnen

UK-GE-01-110 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 110:

bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm "Faire ~~Wärm~~eWärme" auflegen. Mit zwei Milliarden Euro

Begründung

Tippfehler

UK-GE-01-111 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 111 bis 112 löschen:

jährlich unterstützen wir die energetische Sanierung ganzer Wohnviertel. ~~Mieterinnen und Mieter stärken wir durch eine robuste Mietpreisbremse.~~ Wir verringern die Umlage von

Begründung

Bisher gibt es noch keine wirksame Mietpreisbremse. Solange keine effektive Handhabung und einfache Durchsetzung für die Mieter*innen beschrieben ist, sollte der Satz gestrichen werden, speziell in der Zusammenfassung.

UK-GE-01-111-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 111 einfügen:

jährlich unterstützen wir die energetische Sanierung ganzer Wohnviertel - und zwar zusätzlich zu bestehenden Programmen. Mieterinnen und

Begründung

Die aktuellen Programme von kfW etc. sollen durch unser mit 2 Mrd. Euro ausgestattetes zusätzliches Förderprogramm für Quartierssanierung ergänzt werden. Das soll deutlich gemacht werden.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-GE-01-120 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 120 bis 122:

decken. Dazu werden wir die Obergrenzen für den Ausbau Erneuerbarer Energien abschaffen; und das Strommarktdesign sowie das komplizierte Abgabensystem auf Energie zugunsten der Erneuerbaren novellieren Energien und ~~ein-Marktanreizprogramm-für-Speicher-starten~~ der Speichernutzung novellieren. Bis zum Jahr 2050 soll die

Begründung

Speicher brauchen Geschäftsmodelle, keine Subventionen! Die Branche selbst will kein "Speicher-EEG", sondern vernünftige und verlässliche Regelungen (niedrigere MW-Grenzen für Regelleistung, Anerkennung als eigenständiges System und Beendigung der Doppelbelastung mit Netzentgelten + EEG-Umlage beim Ein- UND Ausspeichern etc.)

UK-GE-01-122 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 122 bis 123:

novellieren und ein Marktanreizprogramm für Speicher starten. ~~Bis zum Jahr 2050~~ Die Energieversorgung soll ~~die Energieversorgung~~ auch für Wärme, Mobilität und Industrie ausschließlich aus Erneuerbaren

Begründung

Die Zahl 2050 wird im globalen Kontext häufig als Zieljahr für null Treibhausgas-Emissionen benannt, in Deutschland sollten wir uns insbesondere als Grüne anspruchsvollere Ziele setzen und entweder keine Jahreszahl nennen oder eine, die deutlich unter 2050 liegt.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Dietmar Gosch (Stormarn KV); Markus Königsdorfer (Unterallgäu KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV)

UK-GE-01-122-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 122 einfügen:

novellieren und ein Marktanreizprogramm für Speicher starten. Bis zum Jahr 2050 soll die Energieerzeugung und

UK-GE-01-123 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 123:

Energieversorgung auch für **Wärme**Gebäude, Mobilität und Prozesswärme in der Industrie ausschließlich aus Erneuerbaren

Begründung

sonst missverständlich

UK-GE-01-125 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Julia Verlinden (Lüneburg KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 125:

Mobilität ein und nutzen ~~alle~~ wo sinnvoll - Möglichkeiten ~~der~~zur Elektrifizierung.

Begründung

Unsere Grünen Konzepte sehen für eine 100% Erneuerbare Energiewelt einen breiten Mix von Erneuerbaren vor: Neben Sonnen-, Wind- und Wasserstrom werden auch die Bioenergie, Solarthermie, Geothermie und Umweltwärme sowie "erneuerbare Gase" (Power-to-X) eine Rolle spielen. Das Wärme- und Verkehrssystem wird in Zukunft vermehrt elektrisch gespeist - aber eben nicht komplett.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Matthias Schröder (Leipzig KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sebastian Bracke (Osnabrück-Stadt KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Volker Bajus (Osnabrück-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

UK-GE-01-134 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 134:

in Frankreich, Beznau in der Schweiz oder Temelin in Tschechien. Wir ~~wollen~~setzen uns dafür ~~sorgenein~~,

UK-GE-01-135 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 135 einfügen:

dass sie sofort vom Netz gehen. Die Kosten für die Endlagerung von strahlendem Müll aus Atomkraftwerken und Atomanlagen müssen von den Verursachern getragen werden.

UK-GE-01-135-2 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GE-01

In Zeile 135 einfügen:

dass sie alle sofort vom Netz gehen.

Begründung

Unklarheit in der Formulierung, ob Gundremmingen mit eingeschlossen ist. Die Änderung dient der Verdeutlichung, dass Gundremmingen ebenfalls sofort vom Netz gehen soll. Dazu gibt es auch einen einstimmigen Beschluss vom Kleinen Parteitag in Nürnberg vom 1. April 2017.

Unterstützer*innen

Christian Vavra (Ostallgäu KV); Werner Waimann (Donau-Ries KV); Herta Katharina Eigenmann (Aichach-Friedberg KV); Kurt Ziegelmaier (Augsburg-Land KV); Horst Thieme (Augsburg-Stadt KV); Marion Brülls (Aichach-Friedberg KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Christine Kamm (Augsburg-Stadt KV); Alwin Pfeiffenberger (Oberallgäu KV); Mechthild Destruelle (Neu-Ulm KV); Katharina Schulze (München KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Xaver Deniffel (Augsburg-Stadt KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Edwin Klösel (Günzburg KV); Ulrich Graumann (Ostallgäu KV); Thomas Graumann (Ostallgäu KV); Maximilian Deisenhofer (Günzburg KV); Joachim Hien (Dillingen KV); Petra Hien (Dillingen KV); Oliver Schill (Ostallgäu KV); Ekin Deligöz (Neu-Ulm KV); Kai Dölzer (Augsburg-Stadt KV); Wolfgang Weiss (Memmingen KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV)

UK-BM-01-002 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 2 einfügen:

Verwandte und fahren in den Urlaub.Wir wollen durch sinnvolle Verkehrsverringerungsstrategien in den Handlungsfeldern Siedlungsentwicklung, Handelsverflechtungen sowie Verkehrsinfrastruktur erreichen, dass hierfür so wenig Verkehr wie möglich induziert wird. Mobil zu sein gehört zu unserem Leben. Wir Grünen wollen

Begründung

Durch die Gleichsetzung von Verkehr=Mobilität fehlt das Hinterfragen der scheinbaren Notwendigkeit von "Mobilität". Durch verschiedene Maßnahmen kann der Bedarf an Verkehr reduziert oder auf geringere Entfernungen eingedämmt werden (Wohnen-/Arbeiten verknüpfen, Freizeitwohnortnah ermöglichen oder erhalten, Einkaufsmöglichkeiten wohnortnah erhalten oder schaffen. Remotes Arbeiten im Homeoffice reduziert Fahrten Wohnung-Arbeit.) ohne Mobilität einzuschränken; im Gegenteil können so zu Fuß gehen oder Radfahren wieder gute Alternativen werden. Detaillierte Begründung in „Texte 26/05 ISSN 0722-186X Determinanten der Verkehrsentscheidung“

Herausgegeben vom Umweltbundesamt

<https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/2967.pdf>

UK-BM-01-008 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 8 einfügen:

Zuständen. Verpasste Anschlusszüge, überfüllte barrierefreie Busse und Straßenbahnen sind genauso wie

UK-BM-01-009 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 9 einfügen:

trostlose Bahnhöfe und schlechte Fuß- und Radwege häufig traurige Realität. Für viele heißt Verkehr 2017 deswegen immer noch in

Begründung

Einer der wesentlichen Gründe, weshalb gerade kurze Wege zur Schule, KiTa oder zum Einkaufen häufig mit dem Auto zurückgelegt werden, ist der häufig marode Zustand der Fuß- und Radwege (zu eng, zugeparkt, Glasscherben etc.) .

UK-BM-01-009-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 9 einfügen:

trostlose Bahnhöfe traurige Realität. Gerade in ländlichen Regionen fehlt ein attraktiver und flächendeckender Nahverkehr. Für viele heißt Verkehr 2017 deswegen immer noch in

Begründung

Die Einleitung ist bisher rein aus städtischer Perspektive geschrieben, die Situation in ländlichen Regionen muss ebenso dargestellt werden.

UK-BM-01-010 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 10 bis 11:

erster Linie Auto fahren, auch da es zu oft keine Alternativen gibt. Aber gerade Frauen, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, die seltener über ein Fahrzeug verfügen oder einen Führerschein haben, nutzen häufiger den ÖPNV oder sind auf ihn angewiesen. Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen in Zukunft sauber mit ÖPNV, Bahn, auf sicheren Rad- und umweltfreundlich fahren Fußwegen und mit sauberen Autos ihre Ziele erreichen können.

UK-BM-01-011 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 11 einfügen:

sorgen, dass die Menschen in Zukunft sauber und umweltfreundlich fahren können, die Städte lebenswerter und grüner werden.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-BM-01-012 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 12 bis 15:

Verkehr 2017 heißt daher auch: ~~70~~Über 20 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen kommen ~~in unseren Städten~~ aus dem Verkehr, zwei Drittel aller Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch Verkehrslärm belästigt. Stickoxide und Feinstaub verursachen Atemwegserkrankungen. ~~An~~In vielen ~~Kreuzungen in~~ Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte erheblich.

Begründung

1. Änderung: Die Zahl 70% ist kaum verifizierbar (Bedeutung "in unseren Städten"?), hingegen sollten wir die 22% aus dem Verkehrssektor als erhebliche Menge nennen, die u. a. dafür verantwortlich ist, dass die bis zum Jahr 2020 zu erreichenden nationalen Klimaziele wahrscheinlich nicht erreicht werden.

2. Änderung: redaktionell

UK-BM-01-016 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 15 bis 16 löschen:

Kreuzungen in Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte. ~~Staus addieren sich im Jahr auf eine Gesamtlänge von einer Million Kilometer.~~ Der

Begründung

Ohne konkrete Maßnahme brauchen wir diesen Satz, der so auch in einem CSU-Programm stehen könnte, nicht.

UK-BM-01-021 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Dortmund

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

Investitionen in eine verlässliche Alltagsmobilität das Wasser ab. Der Markt für Regionalflughäfen ist in Deutschland durch massive Überkapazitäten gekennzeichnet. Überflüssige Regionalflughäfen werden durch Millionensubventionen künstlich am Leben gehalten. Wir Grünen fordern daher eine ökologische Flughafenbedarfsplanung, die dafür sorgt, dass keine Flughafenkapazitäten geschaffen werden, denen keine Nachfrage nach Flugreisen gegenübersteht. Eine bundesweite Flughafenbedarfsplanung kann auch zu dem Ergebnis kommen, dass bestehende Überkapazitäten abgebaut werden müssen. Zudem soll durch eine ökologische Flughafenbedarfsplanung verhindert werden, dass Flughafenkapazitäten an Orten betrieben werden, wo schwerwiegende Interessen des Lärm-, Umwelt- oder Naturschutzes einem Flughafenbetrieb entgegenstehen. Die Flughafenbedarfsplanung muss über eine reine Empfehlungsplanung hinausgehen. Daher soll der Flughafenbedarfsplan für Flughafenbetreiber, Beteiligte und für kommunale Planungsbehörden bindend sein. Betriebs- oder Investitionsbeihilfen aus öffentlichen Kassen sollen insbesondere für Flughäfen, für die gemäß Flughafenbedarfsplan kein Bedarf besteht, in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Begründung

Die reine Beschreibung der Situation ist in einem Wahlprogramm zuwenig. Wir müssen auch unsere Ziele und die Wege dorthin formulieren.

UK-BM-01-023 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 23:

Wir ~~Grünen wollen~~Grüne denken Mobilität neu ~~denken~~ – ohne Lärm, Dreck und Stau. Und dort, wo wir

Begründung

redaktionell

UK-BM-01-023-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 23 einfügen:

Wir Grünen wollen Mobilität neu denken – mit Lebens- und Aufenthaltsqualität, ohne Lärm, Dreck und Stau. Und dort, wo wir

Begründung

Neben ihrer Funktion für Fahrzeuge und Fussgänger sind Verkehrswege auch Lebensraum. Für Menschen, die sich darin bewegen und oft einen nicht unerheblichen Teil Ihrer Lebenszeit verbringen sowie für Pflanzen und Tiere, die hier über die Jahrtausende der Entwicklung unserer Kulturlandschaft einen nicht unattraktiven Lebensraum gefunden haben. Auch für die Pflanzen und Tiere bilden Alleen und Einzelbäume ein Netzwerk zwischen den einzelnen Naturräumen unserer zersiedelten Landschaft. Daher ist die monofunktionale Sichtweise auf Verkehrswege zu überwinden. Qualitätsaspekte wie Erscheinungsbild und Nebenfunktionen (Schatten, Wasserhaushalt, CO₂- und Schadstoffbindung, Vernetzungsfunktion, Sicherheit durch Aufmerksamkeitsanregung durch Vielgestaltigkeit, etc.) sind in die Planung, Instandsetzung und Modernisierung von Verkehrswegen aufzunehmen. Bäume sind seit Jahrhunderten ein allgemein geschätzter und anerkannte Begleiter unserer Straßen, Wege und Plätze. Wir wollen und sollten nicht darauf verzichten.

Unterstützer*innen

Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Heribert Heyden (Potsdam-Mittelmark KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Ute Hannemann (Oder-Spree KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Andreas Walter (Potsdam KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Cornelia Behm (Potsdam-Mittelmark KV); Martina Heyden (Potsdam-Mittelmark KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Christian Rothe-Auschra (Wolfenbüttel KV)

UK-BM-01-024 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Dieter Janecek (München KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 24 bis 26:

regieren, setzen wir das gemeinsam mit grünnahen Bewegungen um. Das Netzwerk Volksentscheid Fahrrad hat mit seiner Kampagnen-Führung zu einem Berliner Fahrradgesetz dafür gesorgt, dass sich bei der städtischen Verkehrswende was dreht. In München, Bamberg und Hamburg starten mittlerweile verbündete Initiativen. In Berlin bringt die grüne Verkehrsverwaltung gemeinsam mit den Radfahrerinnen und Radfahrer Radfahrer*innen ein Radgesetz als Teil eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg. Und das Land Baden-Württemberg prescht stark voran beim Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität. Wir laden

Begründung

Die Grünen sind immer dann vorn, wenn sie gemeinsam mit grünnahen sozialen Bewegungen Themen treiben können. Das neben Klima- und Umweltschutz, die Energiewende, die Agrarwende zunehmend auch die Verkehrswende als gesetzte Debatte in der Politik gilt, ist folgendem Moment geschuldet:

Die Krise der deutschen Autoindustrie, verursacht durch die Manipulationen von Abschaltvorrichtungen und dem Verschlafen globaler Trends, wird verstärkt durch die geänderte Strategie der Deutschen Umwelthilfe (DUH), sich auf Feinstaubklagen zur Einhaltung der geltenden Grenzwerte zu konzentrieren. Mittlerweile sind 16 solcher Klageverfahren anhängig bzw. zu Gunsten der DUH entschieden. Parallel dazu erheben kreative Aktivist*innen ihre Stimme und formen Netzwerke, mit denen sie zum Beispiel wie in Berlin ein Volksentscheid zu einem Fahrradgesetz auf die Beine stellen, welches selbst von Initiator*innen der Fahrradstadt Kopenhagen als Maßstab heutiger Fahrrad-Kampagnen-Führung gelobt wird. Solche Initiativen breiten sich derzeit aus und prägen in positiver Weise das Bild der Mobilität von morgen mit, in der unsere Innenstädte wieder mehr durch ÖPNV und Fahrrad erschlossen werden und der Anteil an Kraftfahrzeugen zurückgeht. So entsteht mehr öffentlicher Raum, der für lebenswerte Stadtentwicklungsprojekte genutzt werden kann.

All das führt dazu, dass nicht mehr über das Ob einer Verkehrswende, sondern über das Wie dieser Tage verstärkt diskutiert wird. Solche Bewegungen sehen wir als Verbündete und wollen sie entsprechend in unserem Wahlprogramm positiv hervorheben. Im Ursprungstext bleibt die Initialzündung durch dieses Netzwerk zu undeutlich und lässt so das Fahrradgesetz mehr als eine Idee der Verkehrsverwaltung Berlin erscheinen. Eine solche klarere Ansprache der Initiativen auch in Wahlprogrammen kann solche Interessengruppen wieder stärker an grüne Politik heranzuführen.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Gudrun Lux (München KV); Sophie Harper (München KV); Alexander König (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Gerhard Beier (München KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Alexander Steinmetz (München KV); Henrike Hahn (München KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Christian Obwexer (München KV); Cosima Pfannschmidt (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Peter Feldkamp (Berlin-Neukölln KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Angelo Bienek (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Markus Neumann (München-Land KV); Niklas Jansen (Freiburg KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Karsten Böttjer (München KV); Markus Büchler (München-Land KV)

UK-BM-01-030 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 30 bis 33:

Dazu gehört für uns ein dichtes und modernisiertes Bahnnetz, das ~~zuverlässig~~ Pünktlichkeit und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland garantiert. Ebenso gehören dazu sichere und schnelle Wege für ~~Fahrradfahrer~~ das Fahrrad, leise Autos ohne Auspuff ~~und mit Fahrspaß~~ und die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Unser Ziel ~~sind~~ ist nachhaltige Mobilität statt immer

Begründung

zum größten Teil redaktionelle Änderungen

UK-BM-01-031 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 31 einfügen:

und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland und auch grenzüberschreitend in ganz Europa garantiert. Ebenso gehören dazu

UK-BM-01-031-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 31 einfügen:

und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland garantiert. Gerade auch der ländliche Raum muss besser mit dem umweltfreundlichen ÖPNV angeschlossen werden, damit Menschen dort nicht mehr alleinig auf das Auto angewiesen sind. Ebenso gehören dazu

Begründung

Wo Busse und Bahnen nur zwei mal am Tag lang fahren, greifen die Menschen zwangsläufig zum Auto. Dies ist besonders auf Dörfern im ländlichen Raum der Fall. Eine bessere ÖPNV-Anbindung erleichtert das Umsteigen weg vom eigenen Auto hin zu klimafreundlichem ÖPNV.

UK-BM-01-031-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 31 einfügen:

und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland garantiert. Die Bereiche, welche außerhalb des Schienennetzes liegen, müssen mit Bussen zielgerichtet an dieses angebunden werden. Auch im ländlichen Raum braucht es garantierte Mindestbedienstandards für den ÖPNV, ggf. unter Nutzung sogenannter alternativer Angebote wie Rufbusse und Linientaxis. Ebenso gehören dazu

Begründung

Wir sollten offensiv für eine Mindestbedienqualität im ÖPNV eintreten. Wo diese nicht durch die Bahn gewährleistet werden kann, sollten wir auf Busse und innovative Beförderungssysteme setzen.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV)

UK-BM-01-032 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 32 einfügen:

sichere und schnelle Wege für Fahrradfahrer, die sowohl von Kindern als auch von älteren Menschen gut befahrbar sind, leise Autos ohne Auspuff und mit Fahrspaß und

Begründung

Ältere Menschen sind im Radverkehr besonders gefährdet, schwere Unfälle überleben sie meist nicht. Bei Straßen, auf denen Autos 50 kmH fahren dürfen, könnten Radwege deshalb z.B. durch Protected Bike Lanes geschützt werden, die auch Kindern und generell unsicheren Radfahrer*innen mehr Sicherheit gäben. In New York und Chicago werden sie deshalb bereits eingesetzt.

In Zeile 11 will ich nichts löschen - auch wenn es in diesem Antrag immer wieder auftaucht!!

Unterstützer*innen

Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Babette Balzereit (Hamburg-Eimsbüttel KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Maren Berger (Segeberg KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Jörg Roßbach (Hamburg-Altona KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Evelyn Thies (Konstanz KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Martin Drees (Plön KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV)

UK-BM-01-032-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 32 löschen:

sichere und schnelle Wege für Fahrradfahrer, leise Autos ohne Auspuff und ~~mit Fahrspaß und~~

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Lutz Jacob (Jena KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Malte Richter (Erfurt KV); Volker Holzendorf (Leipzig KV); Beatrice Sauerbrey (Weimarer Land KV); Benjamin Fröhlich (Weimar-Stadt KV)

UK-BM-01-032-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 32 bis 33:

sichere und schnelle Wege für Fahrradfahrer, leise Autos ohne Auspuff und ~~mit Fahrspaß und~~ die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Wir wollen Verkehrssicherheit für alle Nutzer*innen des öffentlichen Raumes und streben die Vision Zero an, Verbände sollen dazu ein Klagerecht zur Feststellung und Beseitigung besonders gefährlicher Verkehrsräume erhalten. Unser Ziel sind nachhaltige Mobilität statt immer

Begründung

Bündnisgrüne Verkehrspolitik fokussiert die Sicherheit aller Nutzer*innen des öffentlichen Raumes. Verbände wie ADFC, VCD, ADAC und Co. sollen die Möglichkeit bekommen, dieses Recht im Rahmen einer Verbandsklage geltend zu machen und organisatorische oder bauliche Veränderungen an gefährlichen Stellen nötigenfalls zu erklagen. Auto-Fahrspaß muss demgegenüber mitnichten in einem grünen Wahlprogramm als verkehrspolitisches Ziel verankert werden, und steht der Verkehrssicherheit an vielen Stellen auch entgegen.

Unterstützer*innen

Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Steffen Jäger (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Deniz Ertin (Köln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Robert Schallehn (Köln KV); Jens Augner (Berlin-Reinickendorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cordelia Koch (Berlin-Pankow KV); Michael Wild (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

UK-BM-01-033 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 33 bis 34:

die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Unser Ziel sind nachhaltige und familienfreundliche Mobilität statt immer mehr Verkehr; Das bedeutet: saubere Autos und mehr Carsharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot für alle in der Stadt und auf dem Land. Wir

UK-BM-01-033-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Freiburg

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 33 einfügen:

die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Darüber hinaus ist das Zu-Fuß-Gehen die gesündeste, umweltverträglichste, platzsparendste, preiswerteste, sozialste und somit nachhaltigste Form der Mobilität. Wir setzen uns dafür ein, dass der Fußverkehr als eigenständige Form der Mobilität überhaupt wahrgenommen wird und eine angemessene Wertschätzung und finanzielle Förderung erfährt. Dabei sind die vielfältigen Synergien mit Belangen der Inklusion und der Barrierefreiheit in Rechnung zu stellen. Hier wie dort gibt es einen erheblichen Nachholbedarf. Unser Ziel sind nachhaltige Mobilität statt immer

UK-BM-01-034 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 34:

mehr Verkehr, saubere Autos und mehr **Carsharing**Car- und Bikesharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot. Wir

Begründung

mit Leihfahrrädern werden Städte entlastet

UK-BM-01-034-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 34 einfügen:

mehr Verkehr, saubere Autos und mehr Carsharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot. Wir wollen, dass auch behinderte und alte Menschen ohne Schwierigkeiten den öffentlichen Personenverkehr nutzen können und werden ihn daher barrierefrei gestalten. Wir

Begründung

Der Gesichtspunkt der Barrierefreiheit ist ebenso wichtig.

UK-BM-01-035 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 35 einfügen:

wollen mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Wir wollen mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität sowie ein schöneres Erscheinungsbild unserer Straßen und Plätze. Dazu wollen wir 1 Mio. neuer Bäume entlang der Bundesverkehrswege pflanzen. Und

Begründung

Neben ihrer Funktion für Fahrzeuge und Fussgänger sind Verkehrswege auch Lebensraum. Für Menschen, die sich darin bewegen und oft einen nicht unerheblichen Teil Ihrer Lebenszeit verbringen sowie für Pflanzen und Tiere, die hier über die Jahrtausende der Entwicklung unserer Kulturlandschaft einen nicht unattraktiven Lebensraum gefunden haben. Auch für die Pflanzen und Tiere bilden Alleen und Einzelbäume ein Netzwerk zwischen den einzelnen Naturräumen unserer zersiedelten Landschaft. Daher ist die monofunktionale Sichtweise auf Verkehrswege zu überwinden. Qualitätsaspekte wie Erscheinungsbild und Nebenfunktionen (Schatten, Wasserhaushalt, CO₂- und Schadstoffbindung, Vernetzungsfunktion, Sicherheit durch Aufmerksamkeitsanregung durch Vielgestaltigkeit, etc.) sind in die Planung, Instandsetzung und Modernisierung von Verkehrswegen aufzunehmen. Bäume sind seit Jahrhunderten ein allgemein geschätzter und anerkannter Begleiter unserer Straßen, Wege und Plätze. Wir wollen und sollten nicht darauf verzichten.

Unterstützer*innen

Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Heribert Heyden (Potsdam-Mittelmark KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Ute Hannemann (Oder-Spree KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Andreas Walter (Potsdam KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Cornelia Behm (Potsdam-Mittelmark KV); Martina Heyden (Potsdam-Mittelmark KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Christian Rothe-Auschra (Wolfenbüttel KV)

UK-BM-01-035-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 35 einfügen:

wollen bessere Fußwege und mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Und

Begründung

Im Einleitungsteil wurde der Fußverkehr bisher nicht erwähnt, obwohl Menschen ein Viertel aller Wege zu Fuß zurücklegen.

UK-BM-01-035-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Mannheim

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 35 einfügen:

wollen den Menschen den öffentlichen Raum zurückgeben, insbesondere das illegale Parken werden wir zurückdrängen. Wir wollen mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Und

Begründung

Ein Großteil des öffentlichen Raumes wird durch PKWs zugeparkt, teilweise auf ausgewiesenen Parkplätzen, aber zunehmend durch illegales Parken. Dieses "lohnt" sich für viele Menschen, da die Ordnungsstrafen viel zu niedrig sind und die öffentliche Hand auch mit der Kontrolle kaum nachkommt. Hier wollen wir nachbessern und die durch PKWs verbrauchte Fläche an öffentlichen Raum wieder frei bekommen.

UK-BM-01-035-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Stuttgart

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 35 einfügen:

wollen mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Städte sollen die Möglichkeit bekommen, innerstädtischen Verkehr durch Maßnahmen wie Citymaut zu begrenzen und gleichzeitig durch die Einnahmen ihr ÖPNV-Infrastruktur weiter zu verbessern. Und

Begründung

Gute, saubere Luft für alle und Klimaschutz sind grüne Kernthemen. In vielen Metropolen werden Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide aber regelmäßig überschritten. Bisherige Maßnahmen zur Verkehrsregulierung zeigen oft keine ausreichende Wirkung, noch gibt es jedoch nicht die Möglichkeit, Citymauts oder ähnliche nutzungsbezogene Nahverkehrsabgaben einzuführen. Dafür soll eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. Positivbeispiele wie in Schweden zeigen, wie durch gute Kommunikation mit der Bevölkerung eine breite Zustimmung zu dieser zunächst kontroversen Maßnahme erzielt werden kann. Mit Hilfe der so erzielten Einnahmen kann Nahverkehrsinfrastruktur verbessert werden.

UK-BM-01-035-5 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 35 bis 36:

wollen mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. ~~Und dass~~
~~jeder~~Alle sollen wieder ruhig schlafen ~~kann~~können, auch in der Nähe von Flughäfen, Bahnstrecken und

Begründung

Unser Vorschlag ist inhaltlich gleichlautend, behebt aber die unglückliche und geschlechterdiskriminierende Formulierung

UK-BM-01-037 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Tabea Rößner (Mainz KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 37 einfügen:

vielbefahrenen Straßen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für eine rechtliche Grundlage ein, die an stadtnahen Flughäfen und in hochverdichteten Siedlungsräumen ein striktes Nachtflugverbot in der Zeit zwischen 22 bis 6 Uhr ermöglicht. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir diese

Unterstützer*innen

Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Alexander Unrath (Hochtaunus KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Anna Neuhof (Altenkirchen KV); Yannis Vrielink (Groß-Gerau KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Madelaine Stahl (Marburg-Biedenkopf KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Martin Becker (Mainz KV); Klaus Neuhaus (Mainz-Bingen KV); Silke Dietz (Mainz-Bingen KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Thorben Sämann (Lahn-Dill KV); Sarah von Hagen (Waldeck-Frankenberg KV); Phillip Krassnig (Limburg-Weilburg KV); David Profit (Alzey-Worms KV)

UK-BM-01-037-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 37 einfügen:

vielbefahrenen Straßen, mindestens von 22 bis 6 Uhr. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir diese

Begründung

Nicht nur die Güte des Ruhig-Schlafens ist entscheidend, sondern auch die Länge. Dies gilt im Besonderen für Kinder.

UK-BM-01-037-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Oliver Rühl (Ansbach KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 37 einfügen:

vielbefahrenen Straßen. Wir werden uns für die Gleichstellung des Lärmschutzes an militärischen und zivilen Flughäfen einsetzen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir diese

Begründung

Das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sieht die Festsetzung von Lärmschutzbereichen an zahlreichen zivilen und militärischen Flugplätzen vor. Für die Menschen sind unterschiedliche Grenzwerte, danach ob ein Flughafen militärisch und zivil genutzt wird, nicht nachzuvollziehen.

Unterstützer*innen

Tom Aurnhammer (Roth KV); Sven Höfler (Ansbach KV); Arne Bister (Ansbach KV); Rudi Amannsberger (München KV); Daniel Arnold (Nürnberg-Stadt KV); Martin Stümpfig (Ansbach KV); Joshua Wolf (Ansbach KV); Phöbe Elter (Erlangen-Stadt KV); Hartmut Pauli (Ansbach KV); Regina Zottmann (Ansbach KV); Andreas de Groot (Ansbach KV); Gabi Schaaf (Ansbach KV); Elmar Hayn (Nürnberg-Stadt KV); Waltraud Gruber (Ebersberg KV); Maria Kammüller (München-Land KV); Jürgen Zottmann (Ansbach KV); Eva Schmid (Ansbach KV); Katharina Grammel (Erlangen-Stadt KV); Thomas Kestler (Weißenburg-Gunzenhausen KV); Anke Brüchert (Nürnberg-Stadt KV); Bernhard Schmid (Ansbach KV); Christian Hierneis (München KV); Michael Merkel (Bochum KV)

UK-BM-01-039 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 39 einfügen:

Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege und neue Mobilitätskonzepte

Begründung

Konzepte sind die Basis der Verkehrswende

UK-BM-01-042 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 42:

Bundesnetzplan anstelle des ~~betonlastigen~~straßenlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir Grünen das

Begründung

präziser

UK-BM-01-044 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Korbinian Gall (Rosenheim KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 44 bis 52:

Außerdem schaffen wir faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jede Lokomotive auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle LKW ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die LKW-Maut einbeziehen. ~~Außerdem schaffen wir faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jede Lokomotive auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle LKW ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die LKW-Maut einbeziehen. Das ist verursachergerecht, denn ein einziger LKW verschleißt Straßen und Brücken so stark wie 10.000 PKW. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen, dass Airlines von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen sogar von der Mehrwertsteuer befreit sind.~~ Eine Verkehrsbörse für Güterverkehr, die das Schienen- und Straßennetz intelligent miteinander verknüpft, soll zusätzlich Engpässe wie den Alpen transit an der Brenner route entlasten. Eine generelle Mautpflicht für LKW auf allen Bundes- und Landesstraßen ist verursachergerecht, denn ein einziger LKW verschleißt Straßen und Brücken so stark wie 10.000 PKW. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen, dass Airlines von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen sogar von der Mehrwertsteuer befreit sind. Denn zur Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele muss der Verkehr treibhausgasneutral werden.

Begründung

Um ein intelligentes Verkehrskonzept zu schaffen braucht es nicht nur das Vertrauen auf einen fairen Wettbewerb, den wir an dieser Stelle fordern. Es braucht auch eine intelligente Lenkung, die mit diesem Antrag hier noch eingefügt werden soll

Unterstützer*innen

Stefanie König (Rosenheim KV); Peter Heilrath (München KV); Klaus Wimmer (Rosenheim KV); Bernhard Bystron (Rosenheim KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Brunhilde Rothdauscher (Rosenheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Tina Winklmann (Schwandorf KV); Marcel Rohrlack (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Anna Schmidhuber (München-Land KV); Arne Brach (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Maximilian Pfeuffer (München KV); Doris Wagner (München KV); Elke Rümmelein (Landshut-Stadt KV); Gabriele Fischer (Traunstein KV); Christian Stadler (Rosenheim KV); Jan Parizek (Rosenheim KV)

UK-BM-01-044-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 44 einfügen:

Straße, mehr Geld für Radwege. Für uns GRÜNE gehören alle Verkehrswege in öffentliche Hand. Die Infrastruktur ist Teil der Daseinsfürsorge und darf nicht privatisiert werden, auch nicht durch Hintertürchen.

Begründung

Wir GRÜNEN wollen alle Verkehrswege in öffentlicher Hand. Die viel diskutierten Öffentlich-Private-Partnerschaften ÖPP stellen zwar kurzfristig teures Privatkapital für den gewünschten Aus- und Neubau zur Verfügung, wegen höherer Refinanzierungskosten zahlt die öffentliche Hand aber über Vertragslaufzeiten von meist dreißig Jahren doppelt drauf. Infrastruktur ist Teil der Daseinsfürsorge und somit Aufgabe der öffentlichen Hand.

UK-BM-01-044-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 44 einfügen:

Straße, mehr Geld für Radwege. Mit uns wird es keine Ausweitung von teurem ÖPP und auch keinen Finanzierungskreislauf Straße durch eine Bundesfernstraßengesellschaft geben. Statt auf eine zum Wohl von Finanzinvestoren installierte Straßenbaumaschine setzen wir GRÜNE auf effiziente Straßenverwaltung in staatlicher Hand, demokratische Kontrolle und die Möglichkeit, Finanzmittel ökologisch zielgerichtet für Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsträger als Alternativen zum Straßenneubau zu verwenden.

Begründung

Derzeit wird die „Bundesfernstraßengesellschaft“ breit diskutiert. Eine Grundgesetzänderung und ein Gesetz befinden sich in der Beratung. Dieses Projekt der Großen Koalition dient dazu, über teure Kredite private Finanzinvestoren indirekt zu subventionieren und Mittel für den Straßenneubau vom Haushalt – und damit auch von der Möglichkeit der Verlagerung z.B. zur Schiene – abzukoppeln.

UK-BM-01-044-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 44 einfügen:

Straße, mehr Geld für Radwege. Die Umsetzung der vorgeschlagenen europafeindlichen und bürokratischen Pkw-Maut werden wir aufhalten. Stattdessen wollen wir vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung und Elektrifizierung des Straßenverkehrs in einem breit angelegten Beteiligungsprozess unter Berücksichtigung der Energie- und Kfz-Steuer Lösungen für eine nachhaltige und faire Finanzierung der Straßeninfrastruktur erarbeiten.

Begründung

Das Gesetz zur von GRÜNEN abgelehnten Pkw-Maut wurde zwar beschlossen. Eine Umsetzung ist allerdings erst für 2019 realistisch. Bei einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 2017 muss daher diese bürokratische und europafeindliche Maßnahme zurückgenommen werden.

UK-BM-01-045 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 45 bis 51:

Außerdem schaffen wir faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während **jede Lokomotive für jeden Zug** auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren **bezahlen muss bezahlt werden müssen**, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle LKW ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz **der Bundes- und Landesstraßen** in die LKW-Maut einbeziehen. Das ist verursachergerecht, denn ein einziger LKW verschleißt Straßen und Brücken so stark wie **mehrere** 10.000 PKW. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen, dass **Airlines der besonders klimaschädliche Flugverkehr** von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen sogar von der Mehrwertsteuer

Begründung

zum größten Teil redaktionell sowie Präzisierungen.

Die Zahl 10000 in Zeile 50 sollte noch einmal überprüft werden. Ein großer LKW beansprucht die Straßen stärker als 100 000 (kleine !) PKW, ein kleinerer LKW hingegen geringer als 10000 PKW.

UK-BM-01-048 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 48 einfügen:

das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die LKW-Maut einbeziehen, die Trassenpreise auf der Schiene hingegen massiv senken. Das ist

Begründung

Eine Angleichung der Kosten der Verkehrssysteme sollte eine Senkung der Trassenpreise beinhalten.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Julia Ströbel (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Lutz Jacob (Jena KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-BM-01-048-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 48 löschen:

das gesamte Straßennetz ~~der Bundes- und Landesstraßen~~ in die LKW-Maut einbeziehen. Das ist

Begründung

Die Ausweitung der Lkw-Maut sollte für das gesamte Straßennetz, auch Kreisstraßen und Gemeindestraßen, gelten. Ansonsten wären dort Ausweichverkehre zu befürchten. Es gäbe eine Tendenz, das klassifizierte Straßennetz mit höheren oftmals umweltschädlichen Standards weiter auszubauen, da es sich über die Lkw-Maut refinanziert. Eine Einbeziehung des gesamten Straßennetzes in die Lkw-Maut war eine Empfehlung der Daehre-Kommission 2012 und entspricht einem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz 2013.

UK-BM-01-050 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Schmidt (Regensburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 50 einfügen:

10.000 PKW. Sogenannte Gigaliner lehnen wir ab. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden.
Es ist nicht einzusehen,

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Tina Winklmann (Schwandorf KV); Michael Mittag (Regensburg-Stadt KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Karl Bär (Miesbach KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Wiebke Richter (Regensburg-Stadt KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Gudrun Lux (München KV); Hans-Jürgen Bumes (Amberg-Stadt KV); Fabian Neuser (Tirschenreuth KV); Maria Simon (Regensburg-Stadt KV); Walter Erhard (Regensburg-Stadt KV); Doris Wagner (München KV); Karl-Heinz Herbst (Amberg-Sulzbach KV); Richard Sturm (Regensburg-Land KV)

UK-BM-01-050-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 50 einfügen:

10.000 PKW. Für die Flughäfen wollen wir Nachtflugverbote und verbindliche Lärminderungspläne, um den gesundheitsschädlichen Fluglärm zu reduzieren. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen,

Begründung

Keine Aussage zu Lärmschutz an Flughäfen im Programm zu haben, wäre unakzeptabel.

UK-BM-01-050-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 50 einfügen:

10.000 PKW. Die rechtlich fragwürdige und verkehrspolitisch fatale Regelzulassung von Gigalinern wollen wir rückgängig machen. Zur Bewältigung der Güterverkehre setzen wir auf eine Stärkung der Schiene und der Binnenschifffahrt. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen,

Begründung

Seit Jahresbeginn ist der vorher auf 5 Jahre beschränkte Gigaliner-Feldversuch beendet und durch die Bundesregierung wurden die meisten Modelle extra-langer Lkw dauerhaft zugelassen. Dies sorgt für Sicherheitsprobleme, zusätzliche Ausgaben für Infrastruktur und macht zudem den Lkw-Verkehr – auch im Wettbewerb mit der Schiene und dem Binnenschiff – deutlich attraktiver; mit allen problematischen Folgen für Verkehr und Umwelt.

UK-BM-01-050-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 50:

~~10~~60.000 PKW. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen,

Begründung

Vgl. BDK-Beschluss „Verursachergerechte Ausweitung der LKW-Maut zur Erhaltung der Straßeninfrastruktur statt CSU-Wegezoll für AusländerInnen“ (21.-23. November 2014):

„Verfall und Verschleiß unserer Straßen und Autobahnen inklusive der Brücken haben eine unbestrittene Ursache: LKWs sind zu über 90 Prozent dafür verantwortlich. Ein einziger großer LKW verschleißt unsere Straßen so stark wie 60.000 PKW. Deshalb ...“

Auch die Bundestagsfraktion hat immer die Zahl 60.000 kommuniziert. Natürlich hängt das vom Gewicht und der Anzahl der Achsen ab. Wir sollten dazu stringent bleiben.

UK-BM-01-052 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 52 einfügen:

befreit sind. Wir setzen auf eine verursachergerechte Kostenanlastung des motorisierten Individualverkehrs. Deren Einnahmen sollten maßgeblich für die Finanzierung der öffentlichen Mobilität genutzt werden.

Begründung

Bisher findet keine verursachergerechte Kostenanlastung beim MIV statt. Diese benötigen wir jedoch, um umweltschonendere Mobilität im Vergleich attraktiver zu machen.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Malte Richter (Erfurt KV); Volker Holzendorf (Leipzig KV); Benjamin Fröhlich (Weimar-Stadt KV); Stefan Schmidt (Regensburg-Stadt KV)

UK-BM-01-052-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 52 einfügen:

befreit sind.

Auch der Einsatz von billigem Schweröl für Kreuzschifffahrten oder Frachtschiffverkehr muss drastisch eingedämmt werden. Wir fördern und fordern deshalb die Umrüstung von Schiffen auf umweltfreundlichere Energieträger und die Begrenzung unnötiger Fahrten.

Unterstützer*innen

Thomas Groneberg (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Martin Schmidt (Erfurt KV); David Maicher (Erfurt KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Lutz Jacob (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Malte Richter (Erfurt KV)

UK-BM-01-052-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 52 einfügen:

befreit sind. Wir wollen diese klimaschädlichen Milliardensubventionen im Flugverkehr beenden. Die so gewonnenen finanziellen Spielräume werden wir für die ökologische und soziale Ausrichtung der Mobilitätspolitik nutzen. Wir wollen beispielsweise die Bahncard 25 für 10 EUR nicht nur als Jugendangebot, sondern auch für Menschen mit geringen Einkommen einführen.

Begründung

Der Erfolg der Fernbusse hat gezeigt: es gibt einen enormen Bedarf an günstigen Fernverkehrsbedingungen. Davon soll auch die Bahn profitieren. Das Angebot der Bahn, die Bahncard 25 an Jugendliche für 10 EUR abzugeben, sollte daher auch Geringverdiener ausgedehnt werden, z.B. an Transferleistungsempfänger*innen und Aufstocker*innen. Damit gewinnt die Bahn neue Kunden.

Zugleich wollen wir klimaschädliche Subventionen abbauen. Hier lässt sich beides verbinden: wir sagen, wofür der entstehende finanzielle Spielraum (durch die Streichung der Befreiung mehr von der Kerosinsteuer) genutzt werden kann.

Unterstützer*innen

Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Deniz Ertin (Köln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Bernd Albani (Berlin-Pankow KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jens Augner (Berlin-Reinickendorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Hans Müller (Köln KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cordelia Koch (Berlin-Pankow KV)

UK-BM-01-052-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 52 einfügen:

befreit sind, denn die Emissionen des Flugverkehrs tragen erheblich zur CO2 Belastung bei. Wir werden deshalb die Subventionierung des Flugverkehrs durch Steuerprivilegien für Kerosin beenden.

UK-BM-01-053 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 53 bis 54:

~~Damit man überall entspannt von A nach B kommt, ist es unser Ziel, die 130 Verkehrsverbände so miteinander zu verbinden, das man nur ein Ticket braucht.~~ Einfach einsteigen und losfahren, ohne sich vorher im Tarifdschungel zu verirren und lange Fahrpläne zu studieren. Öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen muss einfach und bequem sein. Mit dem grünen MobilPass

Begründung

Das Auto steht für ein Mobilitätsversprechen: einfach losfahren. Wir geben ein neues Mobilitätsversprechen, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln soll es ebenfalls einfach und bequem sein. Die Nennung mit den 130 Verkehrsverbänden verwirrt eher, da nicht geplant ist, die regionalen Tarife mit dem MobilPass abzuschaffen.

UK-BM-01-053-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 53:

~~Damit~~ Lärm macht krank! Wir wollen deswegen deutlich mehr in effektiven Lärmschutz investieren und haben dazu alle Lärmquellen auf der Straße und Schiene wie in der Luft im Blick. Um echte Erfolge zu erzielen, gehen wir den technischen Lärmschutz an Fahrzeugen und Trassen an; wo nötig dringen wir auf Temporeduzierungen und Nachflugverbote.

Damit man überall entspannt von A nach B kommt, ist es unser Ziel, die 130 Verkehrsverbünde

Begründung

Lärmschutz wird an verschiedenen Stellen im Wahlprogramm erwähnt, hier werden nun einige der konkreten Forderungen benannt. Eine erhebliche Aufstockung der Lärmschutzmittel (seit 2016 150 Mio EUR) im Bahnbereich ist beispielsweise notwendig, um effektiv Lärmbelastungen zu vermindern. Lärm macht viele Menschen krank - wir als Grüne werden dafür gewählt, diese Mißstände zu benennen und anzugehen. Dabei müssen wir auf eine realistische Gesamtlärbetrachtung dringen und auch Innovationen etwa bei neuen Zügen stärker fördern.

Unterstützer*innen

Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Steffen Jäger (Berlin-Pankow KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Deniz Ertin (Köln KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Alexander Kaas Elias (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jens Augner (Berlin-Reinickendorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Hans Müller (Köln KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cordelia Koch (Berlin-Pankow KV)

UK-BM-01-056 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 56 löschen:

zur Arbeit mit einer einzigen Smartcard oder App zu buchen und zu bezahlen ~~—von Tür zu Tür.~~

Begründung

unnötig, daher streichen.

UK-BM-01-058 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 58 einfügen:

nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder. Außerdem wollen wir ein europäisches Bahnportal schaffen, auf dem es möglich ist, europäische Zugtickets über mehrere Länder hinweg einfach und bezahlbar online zu buchen.

Begründung

Länderübergreifender Zugverkehr scheitert in Europa oft schon an der Buchung der Tickets. Die Bahn und ihre Konkurrentinnen bieten online nur Tickets in direkte Nachbarländer, sodass für eine Reise nach Portugal z. B. schon Buchungen auf drei Portalen durchgeführt werden müssen. Die Suche nach Angebotspreisen wird zum Puzzlespiel, der Gesamtpreis und -aufwand ist immens, sodass sich am Ende nur Ökos und Bahnenthusiast*innen für die Zugfahrt entscheiden werden. Damit die Bahn in Europa eine echte Konkurrenz für das Flugzeug wird, braucht es deshalb auch ein europäisches Bahnbuchungsportal, auf dem ich ohne großen Aufwand ein Ticket über mehrere Länder hinweg buchen kann.

Unterstützer*innen

Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Jan Seemann (Münster KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Martin Wandrey (Havelland KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kai Wehmann (Oldenburg-Stadt KV); Patrick Haermeyer (Mannheim KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Simon Malte Metzger (Göttingen KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); David Höffer (Bremen-Nordost KV)

UK-BM-01-058-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 58 einfügen:

nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder. Für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bedarf es neuer Finanzquellen. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, Ländern und Kommunen die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe nach Vorbild Frankreichs zu gestalten.

Begründung

Der schnelle Ausbau des ÖPNVs lässt sich ohne neue Finanzquellen für die notwendigen Investitionen kaum verwirklichen. Das Französische Beispiel (Nahverkehrsabgabe in Paris und im Großraum aktuell 2,95% der Lohnsumme) mit einem schnellen Ausbau des ÖPNVs bei einer gleichzeitigen Reduzierung des Autoverkehr zeigt den Nutzen einer solchen Abgabe, die von Unternehmen ohne Widerspruch getragen wird, da sie ebenso wie ihre Mitarbeiter*innen davon profitieren.

UK-BM-01-058-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 58 einfügen:

nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder. Wir wollen eine für einen Monat kostenfreie europäische Bahnfahrkarte für alle, die ihre Ausbildung erfolgreich beenden oder das Abitur ablegen, um einen Pulse of Europe auszulösen.

Begründung

Junge Europäer*innen sollen ihren Kontinent kennen lernen können. Junge europäische Netzwerke sollen entstehen, Verständnis füreinander und Zusammenhalt miteinander fördern. Das setzt die Möglichkeit voraus, den Kontinent zu bereisen, idealerweise mit der Bahn.

Unterstützer*innen

Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Alexander Kaas Elias (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Bernd Albani (Berlin-Pankow KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jens Augner (Berlin-Reinickendorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Dirk Flege (Oberhavel KV); Hans Müller (Köln KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cordelia Koch (Berlin-Pankow KV); Michael Wild (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

UK-BM-01-058-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 58 einfügen:

nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder. Damit keine Bewegungsprofile erstellt werden können, sind anonym und analog verkaufte Fahrkarten zu erhalten.

Begründung

erfolgt mündlich

UK-BM-01-059 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 59 bis 65 löschen:

~~Alle sollen sich grüne Mobilität leisten können, deshalb wollen wir kostengünstige und maßgeschneiderte Angebote für Schüler*innen und Senior*innen. Auf Länderebene gibt es häufig bereits Schüler- und Seniorenzeitkarten. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, dass diese Tarife flächendeckend angeboten werden. Auch alle, die wenig Geld haben, sollen sich über Sozialtickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. Eine entscheidende Lebensphase ist die der Familiengründung. Junge Eltern wollen wir mit einem Elternzeit Ticket unterstützen.~~

Begründung

Der Bund legt nicht die Tarife fest! Der Begriff „Elternzeit-Ticket“ ist unklar und missverständlich. Die Finanzierung von bundesweiten Vergünstigungen für Schüler*innen und Senior*innen ist unklar. Solche Ideen sollten zunächst gründlich erörtert werden, bevor wir sie so konkret ins Wahlprogramm aufnehmen und uns unnötig angreifbar machen.

UK-BM-01-059-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 59 bis 65:

~~Alle sollen sich grüne Mobilität leisten können, deshalb wollen wir kostengünstige und maßgeschneiderte Angebote für Schüler*innen und Senior*innen. Auf Länderebene gibt es häufig bereits Schüler- und Seniorenzeitkarten. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, dass diese Tarife flächendeckend angeboten werden. Auch alle, die wenig Geld haben, sollen sich über Sozialtickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. Eine entscheidende Lebensphase ist die der Familiengründung. Junge Eltern wollen wir mit einem Elternzeit-Ticket unterstützen. Grüne Mobilität ist ökologisch und sozial. Soziale Teilhabe setzt bezahlbare Mobilität voraus, deshalb wollen wir kostengünstige Tarife für Schüler*innen, Bezieher*innen von Transferleistungen, Auszubildende und Senior*innen. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern ein flächendeckendes Angebot schaffen und bestehende Tarife sozial ausgestalten. Sozialtickets dürfen nicht mehr kosten, als im ALG-II Regelsatz dafür vorgesehen ist. In der entscheidenden Lebensphase der Familiengründung wollen wir junge Eltern mit einem Elternzeit-Ticket unterstützen. Wir streiten für eine grüne Verkehrswende, die alle mitnimmt.~~

Begründung

Grüne Mobilität verbindet die ökologische Verkehrswende mit Teilhabe für alle. Deshalb wollen wir günstige Angebote im Ausbildungsverkehr, für junge Eltern sowie für Senior*inne ausbauen. Insbesondere die Preise der Sozialtickets müssen sich an den finanziellen Möglichkeiten der Menschen orientieren. Im Regelsatz für ALG-II sind aktuell nur 27,50 € für Busse und Bahnen vorgesehen. In den meisten Kommunen bewegen sich die Preise für Sozialtickets jedoch zwischen 35 und 50 €. Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass sich Empfänger*innen von ALG-II Mobilität leisten können - ohne an anderer Stelle noch mehr einsparen zu müssen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen den Preis des Sozialtickets auf den im Regelsatz vorgesehenen Satz von aktuell 27,50 € senken. Für junge Eltern wollen wir mit einem günstigen Elternzeit-Ticket die Busse und Bahnen attraktiver gestalten.

Unterstützer*innen

Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Marc Kersten (Köln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Wolfgang Böhm (Hamburg-Wandsbek KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Judith Scheer (Berlin-Mitte KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Kerstin Dehne (München KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Birgit Brennecke (Rotenburg/Wümme KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV)

UK-BM-01-060 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 60 bis 65:

~~maßgeschneiderte Angebote für Schüler*innen und Senior*innen. Auf Länderebene gibt es häufig bereits Schüler- und Seniorenzeitkarten. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, dass diese Tarife flächendeckend angeboten werden. Auch alle, die wenig Geld haben, sollen sich über Soziantickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. Eine entscheidende Lebensphase ist die der Familiengründung. Junge Eltern wollen wir mit einem Elternzeit-Ticket unterstützen.~~ alle, die mit wenig Geld auskommen müssen. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, dass diese Tarife flächendeckend angeboten werden.

Begründung

Bevor man eine Gruppe vergisst, lieber das gemeinsame Moment in den Vordergrund stellen. Und bzgl. "junge Eltern": Teuer werden Kinder meist erst nach der Elternzeit. Warum an einen Lebensabschnitt knüpfen statt an finanzielle Ressourcen?

UK-BM-01-065 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 65 einfügen:

Elternzeit-Ticket unterstützen. Wir wollen, dass Menschen überall in Deutschland ein gutes Mobilitätsangebot haben. In ländlichen Regionen wird oft das ÖPNV-Angebot dem Anspruch der Daseinsvorsorge nicht gerecht. Wir wollen deshalb neue Standards für eine gute Nahverkehrsversorgung definieren.

Begründung

Wir zeigen damit, dass wir die Situation in ländlichen Regionen im Blick haben und den Menschen mit grüner Politik eine Mobilitätsgarantie auch ohne eigenes Auto geben wollen. Der MobilPass wird nur ein Erfolg, wenn auch überall das entsprechende Angebot vorhanden ist.

UK-BM-01-065-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 65 einfügen:

Elternzeit-Ticket unterstützen. Der Fußverkehr ein gleichberechtigter vierter Faktor zukunftsgerichteter Mobilität neben öffentlichem Nah- und Fernverkehr, motorisierten Verkehr/Carsharing und Radverkehr. Der Fußverkehr und die Förderung der Nahmobilität muss bei Förderungen und Haushaltsansätzen gleichberechtigt mit geplant werden. Wir fordern Förderprogramme für mehr Fußgängerzonen, barrierefreie und verkehrssichere Stadtgestaltung sowie verkehrsberuhigte Bereiche. Gerade Innenstädte können dadurch auf einem Weg in eine autoarme urbane Mobilität in Städten für Menschen unterstützt werden.

UK-BM-01-065-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 65 einfügen:

Elternzeit-Ticket unterstützen.

Weil Mobilität gesellschaftliche Teilhabe sichert, muss der öffentliche Nahverkehr für alle bezahlbar sein. Darum stehen wir einem umlagefinanzierten ÖPNV offen gegenüber. Mit der Einführung eines solidarischen Bürgertickets könnte die Mobilität für alle Bevölkerungsschichten gesichert werden. Hinsichtlich Machbarkeit und Finanzierung sind aber noch viele Fragen offen. Deshalb wollen wir rechtliche Hürden für Kommunen abbauen und mit Modellprojekten in der nächsten Legislatur bundesweit zehn Kommunen fördern, die auf einen umlagefinanzierten und kostenfreien ÖPNV umsteigen wollen.

UK-BM-01-071 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 71 einfügen:

stattdessen Schienennetze und den Nahverkehr ausbauen und barrierefrei gestalten. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“

UK-BM-01-072 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 72 einfügen:

wollen wir das Angebot und die Qualität vor Ort einschließlich des ländlichen Raums mit jährlich einer Milliarde Euro

Begründung

nochmal klar herausstellen, dass es uns hier **nicht nur um die Ballungsräume** geht.

UK-BM-01-073 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 73 einfügen:

verbessern. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auf bereits planfestgestellten Strecken und Bestandsstrecken der Bahn mit hoher Lärmbelastigung Betriebsbeschränkungen zum Schutz der Bevölkerung auferlegt werden können, etwa Beschränkung der Nutzung auf Güterwagen mit Flüsterbremsen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Begründung

Hauptgrund der Lärmbelastigung der Güterzüge sind die gegenwärtigen Bremsen an den Güterwagen. Diese rauhen die Räder auf, wodurch diese im laufenden Betrieb starken Reibungslärm erzeugen. Eine Vermeidung des Aufrauens der Räder kann durch den Einbau sogenannter "Flüsterbremsen" erfolgen. Zurzeit ist ein Bundesprogramm aufgelegt, in dem eine Umrüstung deutscher Güterwagen auf Flüsterbremsen begonnen worden ist. Wir setzen uns für eine flexible Gesetzgebung bei Betriebsbeschränkungen ein: durch Übergangsfristen als Druckmittel bei Flüsterbremsen und durch Interessenabwägung zwischen Bevölkerung und Bahn bei Geschwindigkeitsbegrenzungen.

UK-BM-01-073-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 73 einfügen:

verbessern. Hierzu zählt für uns auch der barrierefreie Umbau von Haltestellen und Bahnhöfen. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

Begründung

Konkretisierung, was wir mit der Milliarde voranbringen wollen.

UK-BM-01-073-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 73 einfügen:

verbessern. Darüber hinaus unterstützen wir Kommunen, die über ein Bürger*innenticket oder eine Nahverkehrsabgabe günstigere Tarife für die Fahrgäste realisieren wollen. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

Begründung

Ökologische Mobilität und Teilhabe für alle müssen Hand in Hand gehen. Nachdem die Studierenden mit einem solidarischen Beitragsmodell voran gegangen sind, ist das Semesterticket für die Studierenden im ganzen Bundesgebiet nicht mehr weg zu denken. Doch warum sollten nur Studierende Zugang zur einfachen Handhabung und günstigen Tarifen haben? Von Tübingen bis Leipzig und von Wuppertal bis Berlin – die Debatte über günstige Mobilität beispielsweise durch eine Nahverkehrsabgabe oder ein Bürger*innenticket nimmt in Kommunen Fahrt auf. Angesichts der heterogenen Qualität des Nahverkehrs, insbesondere zwischen ländlichen Regionen und Städten, erscheint eine einheitliches bundesweites Konzept unrealistisch. Stattdessen wollen wir an die regionalen Debatten anknüpfen und Kommunen unterstützen, die sich für eine Nahverkehrsabgabe oder ein Bürger*innenticket stark machen. Konkret bedeutet das für uns: Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung neuer, regionaler Finanzierungsmodelle des Nahverkehrs verbessern und Modellversuche unterstützen. Wir wollen an der Seite der Kommunen stehen, die für unsere Ziele einer ökologischen Mobilität und Teilhabe für alle streiten.

Unterstützer*innen

Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV); Thilo Jessai Arakelian (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Boris Palmer (Tübingen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

UK-BM-01-073-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Kreisverband Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 73:

~~verbessern~~zusätzlich verbessern, um zum Beispiel neue Stadtbahnprojekte und die Beschaffung von neuen Schienenfahrzeugen und Elektrobussen zu fördern. . Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

Begründung

Die Kapazitätsgrenzen des ÖPNV sind in vielen Ballungszentren erreicht. Die Verkehrswende und die Schaffung sauberer Luft in den Städten kann nur mit einer Offensive für den öffentlichen Verkehr mit zusätzlichem Geld gelingen. Das sollte im Wahlprogramm zum Ausdruck kommen.

Die Nennung der konkreten Beispiele Stadtbahnprojekte und Beschaffung von neuen Schienenfahrzeugen sowie Elektrobussen ermöglicht klare Aussagen im Wahlkampf, mit denen wir beim Thema Verkehr punkten können.

UK-BM-01-073-5 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 73 einfügen:

verbessern. Hierzu zählen für uns auch möglichst barrierefreie Fahrzeuge, Bahnhöfe und Haltestellen.

Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

Begründung

Die Barrierefreiheit im ÖV wird von der EU Ebene in wenigen Jahren gefordert. Die Kommunen und die Verkehrsunternehmen werden an vielen Orten allerdings dabei alleingelassen die Umstellung zu finanzieren. Das muss sich ändern!

UK-BM-01-073-6 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 73 einfügen:

verbessern. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auf bereits planfestgestellten Strecken und Bestandsstrecken der Bahn mit hoher Lärmbelastung Betriebsbeschränkungen zum Schutz der Bevölkerung auferlegt werden können, etwa Beschränkung der Nutzung auf Güterwagen mit Flüsterbremsen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Begründung

Hauptgrund der Lärmbelästigung der Güterzüge sind die gegenwärtigen Bremsen an den Güterwagen. Diese rauhen die Räder auf, wodurch diese im laufenden Betrieb starken Reibungslärm erzeugen. Eine Vermeidung des Aufrauens der Räder kann durch den Einbau sogenannter „Flüsterbremsen“ erfolgen. Zurzeit ist ein Bundesprogramm aufgelegt, in dem eine Umrüstung deutscher Güterwagen auf Flüsterbremsen begonnen worden ist. Wir setzen uns für eine flexible Gesetzgebung bei Betriebsbeschränkungen ein: durch Übergangsfristen als Druckmittel bei Flüsterbremsen und durch Interessenabwägung zwischen Bevölkerung und Bahn bei Geschwindigkeitsbegrenzungen.

UK-BM-01-076 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 76 einfügen:

Vergangenheit. Zudem wollen wir endlich die Lücken in den grenzüberschreitenden Schienenverbindungen schließen, vor allem zu unseren Nachbarn, von denen uns der Eiserne Vorhang getrennt hat. Wenn der Zugverkehr zuverlässig und reibungslos funktioniert, ist das

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Kai Bojens (Stade KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)

UK-BM-01-077 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 77 einfügen:

Zugfahren für viele die erste Wahl. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie für ganz Deutschland – von Sylt bis zur Zugspitze. Niemand soll länger als eine Stunde zum nächsten Fernbahnhof fahren müssen. Wir wollen eine Bahnreform in Angriff nehmen, die die

Begründung

Wir machen so deutlich, dass wir nicht länger ganze Regionen vom Fernverkehr abgehängt lassen wollen und vermitteln, dass nicht nur die Erreichbarkeit der nächsten Autobahn in 30 Minuten Mobilität ermöglicht.

UK-BM-01-079 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Evelyn Thies (Konstanz KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 79 einfügen:

Angebot auf der Schiene entstehen lässt. Bahnfahren muss auch für ältere und behinderte Menschen möglich sein, daher muss rasch die Bahninfrastruktur (Bahnhöfe, Bahnsteige, Parkplätze an Bahnhöfen) barrierefrei ausgebaut werden und das Ein- und Aussteigen in alle Art von Zügen erleichtert werden. Das Bahnfahren soll billiger werden, dafür wollen

Begründung

Ältere Menschen (ich selbst bin 69 Jahre alt) haben an vielen Bahnhöfen Probleme mit Treppen, Gepäck und auch beim Einsteigen selbst (alte IC-Züge mit hohem Einstieg). Günstige Parkmöglichkeiten an Bahnhöfen würde es älteren Menschen leichter machen, den Zug zu benutzen.

Unterstützer*innen

Christian Thies (Konstanz KV); Jürgen Saegert (Konstanz KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Daniel Jochum (Konstanz KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Atilla Özokuy (Konstanz KV); Eberhard Röhm (Konstanz KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Marius Busemeyer (Konstanz KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Simone Wagner (Konstanz KV)

UK-BM-01-080 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 80:

wir die ~~Trassengebühren~~ Trassenentgelte senken. Diese Reform muss das Netz von den Transportgesellschaften

Begründung

Gebühren erhebt nur die öffentliche Hand. Die Deutsche Bahn AG in der Unternehmensform einer AG verlangt hingegen Trassenentgelte.

UK-BM-01-083 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 83 bis 84:

Elektromobilität längst bewährte Praxis. Allerdings nur auf etwa 60 Prozent des Netzes. ~~Wir wollen diesen Anteil mit~~Mit einem Elektrifizierungsprogramm ~~rasch erhöhen~~wollen wir das Netz perspektivisch komplett vom Dieselantrieb befreien..

Begründung

So wird klarer worum es geht.

UK-BM-01-084 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen und wünschen uns, dass zukünftig selbst Bahnsteigüberdachungen Solarenergie erzeugen.

Begründung

Das Ziel "Solarenergienutzung auf Bahnsteigüberdachungen" wird bereits im BDK-Beschluss aus 2016 angesprochen:

"Wo Züge pünktlich und zuverlässig fahren, wo Bahnhöfe mit Solarenergie der Bahnsteigüberdachungen betrieben werden, barrierefrei und sauber sind und wo Menschen mit einem Ticket oder Abo überall nahtlos Anschlüsse finden, dort ist Bahnfahren erste Wahl."

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/EV-01_Energiewende_rettet_Verkehrswende_einleiten.pdf

Unterstützer*innen

Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Martin Rieser (Wangen-Allgäu KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Werner Weindorf (München KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Yannis Vrielink (Groß-Gerau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV)

UK-BM-01-084-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen und parallel dazu alternative Antriebe im Schienenverkehr fördern.

Begründung

Zwar wollen wir den Anteil der heute noch nicht elektrifizierten Strecken erhöhen. Es muss aber auch untersucht werden, wo stattdessen zB Loks mit Brennstoffzellenantrieb Sinn machen.

UK-BM-01-084-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen.

Mehr Güter auf die Schiene verlagern

Die schier endlos langen Kolonnen von LKWs auf den Autobahnen und die steigenden Emissionen im Transportgewerbe sind Ausdruck eines beispiellosen Politikversagens. Wir Grünen wollen den Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene wieder erhöhen und dazu an vielen Stellschrauben drehen. Dazu gehören die Senkung der Schienenmaut, die Ausweitung der LKW-Maut, die Stärkung des kombinierten Verkehrs Straße/Schiene/Wasser, ein Gleisanschlussprogramm und die Erhöhung der Netzkapazität durch die Beseitigung von Engpässen sowie den Bau von Überholgleisen. Und wir setzen uns für eine Innovationsstrategie ein, um die Produktivität z. B. durch Digitalisierung dauerhaft zu steigern. Damit wollen wir den Anteil des Schienengüterverkehrs von heute 17 auf 25 Prozent im Jahr 2025 erhöhen.

Begründung

Diese wichtige Forderung (Steigerung des Schienengüterverkehrsanteils auf 25% bis 2025) und Maßnahmen, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, tauchen bisher nicht im Wahlprogramm auf.

UK-BM-01-084-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Kreisverband Alb-Donau

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen.

Wir wollen mehr Güter auf der Schiene transportieren und setzen uns für eine intelligente Kombination der Transportmöglichkeiten ein.

Begründung

Bisher schweigt sich der Programmentwurf völlig zum Güterverkehr aus.

UK-BM-01-084-5 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (Bochum KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen.

Oft entscheiden sich Menschen auch im europäischen Verkehr noch für das Flugzeug oder das Auto. Schnellbahnstrecken sind grenzüberschreitend selten ausgebaut und synchronisiert, der Schienennahverkehr in grenznahen Gebieten ist wenig entwickelt und nur dürftig aufeinander abgestimmt, Nachtzüge werden abgeschafft. Wir wollen das ändern. Der grenzüberschreitende Verkehr soll so organisiert sein, dass die Bahn eine attraktive Alternative auch im europäischen Verkehr darstellt.

Unterstützer*innen

Wolfgang Rettich (Bochum KV); Sophie Harper (München KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Karsten Finke (Bochum KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Antje Westhues (Bochum KV); Martin Becker (Mainz KV); Diana Siebert (Köln KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Raphael Tamburro (Bochum KV); Till Hoffmann (Köln KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV)

UK-BM-01-084-6 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen. Gut ausgelastete Strecken sollen schnellstmöglich elektrifiziert werden. Auf Nebenstrecken können auch Züge mit alternativen Antrieben (z. B. Wasserstoff) zum Einsatz kommen.

Unterstützer*innen

Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Malte Richter (Erfurt KV); Julia Ströbel (Erfurt KV)

UK-BM-01-084-7 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 84 einfügen:

wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen und setzen auf sparsame und energieeffiziente Züge.

Begründung

Auch bei den Zügen sind noch Effizienzgewinne möglich und sollten als Ziel formuliert sein.

UK-BM-01-086 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 86 bis 97:

~~Selbstverständlich werden wir auch morgen noch mit Autos unterwegs sein — mit dem eigenen, mit dem gemieteten oder dem geteilten. Gerade im ländlichen Raum sind die Alternativen Carsharing und ÖPNV oft keine. Aber es werden insgesamt weniger Autos sein und sie werden mit Strom aus Sonne und Wind oder Wasserstoff statt mit Diesel und Benzin angetrieben. Mit abgasfreien Fahrzeugen machen wir den Autoverkehr klima- und umweltfreundlicher. Ziel muss es sein, einen erfolgreichen Technologiewandel einzuleiten. Nur mit innovativen Antrieben werden unsere Automobilhersteller wettbewerbsfähig bleiben und zugleich wertvolle Arbeitsplätze in der Automobilindustrie erhalten. Das wirksamste Instrument sind ambitionierte CO₂-Grenzwerte, also Verbrauchsgrenzen, die auch auf der Straße eingehalten werden. Aus industrie- und Klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos vom Band rollen. Das Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende.~~ Das wirksamste Instrument sind ambitionierte CO₂-Grenzwerte, also Verbrauchsgrenzen, die auch auf der Straße eingehalten werden. Aus industrie- und Klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Das Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren geht dann zu Ende. Dafür werden wir

Begründung

entspricht dem BDK-Beschluss von Münster 2016. Analog ÄA Z. 140. Da es wohl noch einige Jahre dauern wird, bis wirklich keine Fahrzeuge mit fossilen Verbrennungsmotoren unterwegs sind ist "geht zu Ende" passender (Z. 97).

UK-BM-01-088 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 88 bis 90:

Carsharing und ÖPNV oft keine. Aber es werden insgesamt weniger Autos sein ~~und sie~~. Sie werden mit Strom aus Sonne und Wind ~~oder~~ gespeist, und ihre Batterien dienen uns als Speicher. Oder ihre Motoren verbrennen Wasserstoff statt ~~mit~~ Diesel und Benzin ~~angetrieben~~. Mit abgasfreien emissionsfreien Fahrzeugen machen wir den Autoverkehr klima- und umweltfreundlicher. Ziel muss

Begründung

Speicher der E-Autos nützen der Energiewende, sind pro kWh billiger als die Hausspeicher.

Emissionsfrei ist korrekt; Wasserdampf ist auch Abgas ;-)

UK-BM-01-088-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 88:

Carsharing und ÖPNV ~~oft keine~~noch nicht ausreichend. Aber es werden insgesamt weniger Autos sein und sie werden

Begründung

redaktionell, zu negativ.

UK-BM-01-092 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 92 bis 93:

werden unsere Automobilhersteller wettbewerbsfähig bleiben und zugleich ~~wertvolle~~ Arbeitsplätze in der ~~Automobilindustrie erhalten~~ Mobilitätsindustrie schaffen. Das wirksamste Instrument sind

Begründung

Wir müssen den Blick hinsichtlich Arbeitsplätze nach vorne richten. Es werden neue entstehen, alte vergehen..

UK-BM-01-097 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 97 einfügen:

Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende. Elektromobilität als Chance für eine klimafreundliche Mobilität ist aber mehr, als nur den Verbrennungsmotor in Autos durch einen Elektromotor zu ersetzen. Dafür werden wir

Begründung

Wir unterstreichen so noch einmal, dass wir bei der Förderung der Elektromobilität nicht nur auf das Auto schauen, sondern einen verkehrsträgerübergreifenden Ansatz haben.

UK-BM-01-098 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Kreisverband Hof

Beschlussdatum: 07.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 98 einfügen:

Elektromobilität aus regenerativem Strom im Straßenverkehr gezielt stärken durch eine Förderung aller Kommunen, die

Begründung

Elektromobilität muß immer in Zusammenhang mit regenerativ erzeugtem Strom stehen.

UK-BM-01-098-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 98 bis 101 einfügen:

Elektromobilität im Straßenverkehr schon vorher gezielt stärken; durch eine Förderung aller Kommunen, die ihren innerstädtischen Logistikverkehr zeitnah auf E-Fahrzeuge und Lastenfahräder umstellen, sowie durch zeitlich befristete finanzielle Zuschüsse für Elektro-Nahverkehrsbusse, Elektroautos und Elektrolastenfahrräder. Außerdem werden wir die Forschung an den Mobilitätstechnologien der Zukunft verstärkt unterstützen. Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die Kfz-Steuer reformieren

Begründung

Da alle Kommunen in den nächsten 10-20 Jahren ihre Fahrzeuge auf E-Fahrzeuge umstellen müssen, würde die genannte Förderung alle Kommunen betreffen. Es sollte insofern präzisiert werden, dass die Förderung für Kommunen gilt, die sich zeitnah auf die Zukunft vorbereiten.

Außerdem sollten wir nicht unerwähnt lassen, dass wir als Grüne auch für eine Weiterentwicklung der bisherigen Technologien stehen und in die Forschung daran investieren wollen.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Jakob Liedtke (Herne KV); Kerstin Dehne (München KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frederik Paul Antary (Bochum KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Regina Klünder (Kiel KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

UK-BM-01-101 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 101 einfügen:

und Elektrolastenräder. Wir wollen ab sofort jedes Jahr im ÖPNV mindestens 750 alte Dieselbusse durch Elektrobusse ersetzen. Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die Kfz-Steuer reformieren

Begründung

Es macht aus verschiedenen Gründen Sinn, konkrete Zielgrößen anzugeben. Im aktuellen Landtagswahlprogramm der Grünen Schleswig-Holstein werden beispielsweise jährlich mindestens 25 Elektrobusse angestrebt, die unsere Luft, Lungen und unser Klima spürbar entlasten werden. Bundesweit sollten wir eine entsprechend größere Anzahl wählen, auch um die Größe der Aufgabe darzustellen, die unter Grüner-Regierungsbeteiligung viel mehr Chance hat, gelöst zu werden.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Evelyn Thies (Konstanz KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV)

UK-BM-01-102 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Gerhard Gebhard (Odenwald-Kraichgau KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 102 einfügen:

und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen einführen. Wer viel CO₂, Feinstaubpartikel oder NO₂ im Alltagsbetrieb verursacht, zahlt dann mehr,

Begründung

Gegenwärtig basiert die Kfz-Steuer auf CO₂ und Fahrzeugdaten wie Jahr der Erstzulassung, Hubraum und Antriebsart. Die Abgase von Autos enthalten nicht nur CO₂, sondern unter anderem auch Stickoxide und Feinstaubpartikel. Alles drei Bestandteile sind schädlich für die Umwelt und Gesundheit. Daher sollten sie bei einer Reform der Kfz-Steuer mit den Werten aus dem Alltagsbetrieb mit einfließen.

Links:

Bundesfinanzministerium

Berechnung der Kfz-Steuer

http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Apps_Rechner/KfzRechner/KfzRechner.html

Bundesumweltamt

<http://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/stickoxid-belastung-durch-diesel-pkw-noch-hoehere>

<http://www.umweltbundesamt.de/themen/klimaschutz-geht-auch-benzinern-diesel>

ADAC – Ergebnisse im neuen ADAC EcoTest ab 09/2016 –

https://www.adac.de/infotestrat/tests/eco-test/emissionen_in_der_uebersicht/default.aspx?ComponentId=288644&SourcePageId=31832

Unterstützer*innen

Gabriela Lachenauer (Odenwald-Kraichgau KV); Anja Wirtherle (Odenwald-Kraichgau KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Götz (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Norbert Knopf (Kurpfalz-Hardt KV); Kerstin Dehne (München KV); Florian Junker (Odenwald-Kraichgau KV); Astrid Hertel (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Hertel (Odenwald-Kraichgau KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Regina Klünder (Kiel KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Wilfried Weisbrod (Kurpfalz-Hardt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

UK-BM-01-104 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 104:

Unsere Autos sollen nicht nur ~~auf dem Papier~~im Labor die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten. Was

UK-BM-01-110 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 110 bis 111:

werden. Die Autoindustrie muss auch bereits im Betrieb befindliche Fahrzeuge ~~ohne Nachteile für den Halter~~ auf ihre Kosten so umrüsten, dass diese die Grenzwerte einhalten. Wir wollen, dass

Begründung

klarer ausgedrückt, was unsere Forderung ist

UK-BM-01-110-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Dieter Janecek (München KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 110 bis 111:

werden. Die Autoindustrie muss ~~auch bereits~~ sämtliche Fahrzeuge, sowohl die schon im Betrieb befindliche Fahrzeuge befindlichen ohne Nachteile für den Halter, als auch entsprechende Neufahrzeuge wie zum Beispiel die der Euro 6 Norm, so umrüsten, dass diese die Grenzwerte einhalten. Wir wollen, dass

Begründung

Für die hohen Stickoxidzahlen sind in besonderem Maße die Abgase von Dieselfahrzeugen verantwortlich. Insbesondere bei niedrigen Temperaturen stoßen sie ein Vielfaches der eigentlich angegebenen Emissionen aus. Die Deutsche Umwelthilfe stellte vor wenigen Wochen selbst bei Euro 6 Fahrzeugen Überschreitungen fest, die bis zu 17,2-fach so hoch waren, wie die eigentlich festgeschriebenen Stickoxid Grenzwerte.

Die Passage im Wahlprogramm sollte die gegenwärtige Aufklärungslage widerspiegeln und die Grenzwerteinhaltung sämtlicher Fahrzeuge sicherstellen, nicht nur die der schon im Verkehr befindlichen.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Gudrun Lux (München KV); Sophie Harper (München KV); Alexander König (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Gerhard Beier (München KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Alexander Steinmetz (München KV); Henrike Hahn (München KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Christian Obwexer (München KV); Cosima Pfannschmidt (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Karsten Böttjer (München KV); Markus Büchler (München-Land KV); Kai Bergmann (Bielefeld KV); Michael Merkel (Bochum KV); Marcel Rohrlack (München KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Alexander Ott (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV)

UK-BM-01-111 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 111 einfügen:

für den Halter so umrüsten, dass diese die Grenzwerte einhalten. Wir wollen, dass finanziell und organisatorisch

UK-BM-01-111-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 111 einfügen:

für den Halter so umrüsten, dass diese die Grenzwerte einhalten. Wir wollen, dass die Hersteller ihre Gewinne aus dem Verkauf von manipulierten Fahrzeugen in einen Gesundheits- und Forschungsfonds zahlen, damit die Kosten der Erkrankungen nicht weiter vergesellschaftet werden. Wir wollen, dass

Begründung

Der bisherige Fokus des Wahlprogramms legt den Finger in eine Wunde: die Kraftfahrer wurden beim Kauf ihres Fahrzeuges an der Nase herumgeführt. Die noch größere Wunde ist jedoch nicht ausreichend adressiert: Die Manipulationen im Rahmen des sogenannten Dieselgates haben erhebliche gesundheitliche Auswirkungen auf viele Menschen. Durch die gesellschaftlich nicht akzeptierten Mehrausstöße sind nicht nur Klimaziele betroffen, sondern auch die Gesundheit für die Bevölkerung insbesondere in Städten. Der Nachweis von Einzelerkrankungen durch die Produkte eines einzelnen Fahrzeugherstellers ist nicht bzw. kaum belegbar, mithin ist die Klage von Einzelbetroffenen in der Bundesrepublik schwierig. Für die notwendigen Behandlungen - wie bei Atemwegs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen - kommt das Gesundheitssystem und mithin die Allgemeinheit/ Gesellschaft auf. Derweil haben die Fahrzeugsteller mit dem Verkauf Gewinne erzielt. Das ist an dieser Stelle der Geschichte nicht mehr gerechtfertigt. Aus diesem Grunde ist die Forderung nach einem Gesundheits- und Forschungsfonds angezeigt. Mit den Fahrzeugherstellern ist über die Höhe der Einzahlungen in Verhandlungen einzutreten, nötigenfalls sind rechtliche Mittel zu prüfen und zu ergreifen. Dabei muss der Fonds nicht zwingend auf Vergangenheit und Gegenwart ausgerichtet sein, sondern kann teilweise auch zur nachhaltigen Verringerung von Schadstoffausstößen mittels Forschungsförderung genutzt werden.

Unterstützer*innen

Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Deniz Ertin (Köln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jens Augner (Berlin-Reinickendorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Hans Müller (Köln KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Markus Wagener (Köln KV); Cordelia Koch (Berlin-Pankow KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Philip Alexander Hiersemenzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

UK-BM-01-115 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 115 bis 117:

Einführung einer Blauen Plakette. Wir Grünen wollen die Zahl der Verletzten und Toten im Straßenverkehr drastisch reduzieren. Das wollen wir zum Beispiel durch sicherere Fahrzeuge mit Brems- und Abbiegeassistenten unterstützen. Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt sondern eine tödliche Gefahr, gegen die wir mehr tun müssen. Dazu gehören schärfere gesetzliche Sanktionen genauso wie erweiterte Möglichkeiten für Kommunen, innerorts Tempobeschränkungen festzulegen. Auf Autobahnen fordern wir ein generelles Tempolimit ~~auf Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen~~ wie in unseren europäischen Nachbarstaaten.

Begründung

Das wichtige Thema Verkehrssicherheit lässt sich leider nicht in einem Satz abhandeln. Daher hier ergänzt durch wenige konkrete Vorschläge, was kurzfristig zu tun ist und auch umgesetzt werden kann.

UK-BM-01-115-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 115 bis 117:

Einführung einer Blauen Plakette. ~~Zu~~

Verkehrssicherheit stärken

Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt sondern eine tödliche Gefahr, gegen die wir mehr tun müssen. Dazu fordern wir ein Tempolimit auf Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen. Wir Grüne fühlen uns der Vision Zero verpflichtet. Niemand soll bei der Teilhabe an Mobilität um sein Leben fürchten müssen. Integrierte Verkehrssicherheitskonzepte helfen bei der Steigerung der Verkehrssicherheit. Wir setzen uns für eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h in den Städten ein, was den Anhalteweg gegenüber 50 km/h halbieren würde. Davon kann dann auf Hauptrouten der Wirtschaftsverkehre nach oben abgewichen werden.

UK-BM-01-117 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 117:

Autobahnen ~~von 120~~ wie in unseren Nachbarländern und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen.

Begründung

Besser als die Zahl 120 erscheint uns der Hinweis, dass wir uns hierbei den Regeln unserer Nachbarländer anschließen wollen.

UK-BM-01-117-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 117 einfügen:

Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen und bauliche Verkehrsberuhigung auf überregionalen Straßen.

Begründung

Kommunen, die von Bundesstraßen durchquert werden, haben viel zu wenig Möglichkeiten, durch bauliche Maßnahmen eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Hier mehr Freiheiten zu schaffen würde die Verkehrspolitik in Deutschland fortschrittlicher machen.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Haberzettl (Miesbach KV); Robert Wiechmann (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Klaus Koch (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Rudi Seibt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothea Deutsch (Miesbach KV); Antje Wagner (München-Land KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Fred Langer (Miesbach KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Sina Doughan (Miesbach KV)

UK-BM-01-117-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 117 einfügen:

Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen. Hinzu kommen zwei weitere gute Gründe für Tempo 120: Es sorgt für eine deutlich gesenkte Umweltbelastung durch den Autoverkehr und für ein wesentlich flüssigeres Fahren auch auf vollen Autobahnen. So kommen alle sicherer, sauberer und schneller ans Ziel.

Begründung

Tempo 120 nur zur Raserprävention ist zu kurz argumentiert. Die beiden anderen Gründe stellen die Forderung auf breitere Füße und können damit hoffentlich größere Bevölkerungskreise überzeugen.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV); Malte Richter (Erfurt KV); Karsten Kurth (Weimar-Stadt KV); Volker Holzendorf (Leipzig KV); Beatrice Sauerbrey (Weimarer Land KV); Benjamin Fröhlich (Weimar-Stadt KV); Stefan Schmidt (Regensburg-Stadt KV)

UK-BM-01-117-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 117 einfügen:

Autobahnen von 120, ein generelles Überholverbot für LKW auf deutschen Straßen, sowie Tempo 30 innerorts und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen.

UK-BM-01-117-5 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 117 einfügen:

Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen. Damit wollen wir erreichen, dass wir der Vision "keine Verkehrstoten mehr" näher kommen.

UK-BM-01-117-6 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Andreas Markus (Kaiserslautern-Land KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 117:

Autobahnen von 120 und ~~erleichterte Möglichkeiten für~~ Entscheidungsfreiheit der Kommunen für Tempobeschränkungen die Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften .

Begründung

Als Begründung reicht sicherlich die neue Initiative des Umweltbundesamtes für Tempo 30, Titel „Stadt für Morgen“. Zudem gibt es in der Bevölkerung überall wo auch gefragt wird, deutliche Mehrheiten für Tempo 30. Bei der grünen Forderung im ENTWURF: "erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen" winken die Leute müde ab. Die Gängelung der Kommunen, die flächendeckend Tempo 30 einführen wollen, muss aufhören: deswegen Entscheidungsfreiheit.

Unterstützer*innen

Paul Bunjes (Kaiserslautern KV); Niko Markus (Kaiserslautern KV); Jutta Neißer (Kaiserslautern-Land KV); Wolfgang Frey (Kusel KV); Alice Mayer (Kaiserslautern-Land KV); Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV); Andrea Krupp (Kusel KV); Sibylle Wiesemann (Kaiserslautern KV); Susanne Haak (Kusel KV); Klaus Christmann (Bad Dürkheim KV); Doris Diehl (Kaiserslautern KV); Wolfgang Johannes Kübler (Landau KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Dörte Bernhardt (Südliche Weinstraße KV); Irina Hahn (Alzey-Worms KV); Jochen Marwede (Kaiserslautern-Land KV); Andreas Bossong (Kaiserslautern KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV)

UK-BM-01-118 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 118 einfügen:

Unser Straßenverkehr stößt an Grenzen. Viele Städte sind mit Autos zugeparkt und leiden unter

Begründung

Das Problem muss klar benannt werden: Die Städte sind nicht durch irgendwen, sondern durch Autos zugeparkt. Autos sind zu über 90 Prozent ein Stehzeug und binden Flächen, die für mehr Grün und andere öffentliche Nutzungen fehlen.

UK-BM-01-118-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 118:

~~Unser Straßenverkehr stößt an Grenzen. Viele~~ Städtische Mobilität

Viele Städte sind zugeparkt und leiden unter

Von Zeile 124 bis 126:

Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. ~~Bequem, bezahlbar~~ Dazu braucht es verlässliche Wegeketten, und ~~ohne Parkplatzsuche~~ dafür ausreichend Fahrradabstellanlagen an den Bahnhöfen der Deutschen Bahn. Wir fördern massiv die Errichtung von A nach B kommen können Radschnellwegen als schnellen und sicheren Möglichkeiten in einer Stadt und aus Städte(n) zu pendeln. Wir novellieren die Straßenverkehrsordnung - weg von der kurzen Wege—Autofixierung hin zu Gleichberechtigung der Verkehrsmittel - beispielsweise durch das müssen Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein Erlauben von Grünfeilen und Grünen Wellen für den Radverkehr. Wir erleichtern die Einrichtung von Fahrradstraßen und geschützten Radstreifen sowie die Umnutzung von Straßenraum etwa für auch temporäre Spielstraßen.

Begründung

Bislang ist in diesem Teil die städtische Mobilität angesprochen, und in den "Autoteil" hineingeschoben. Das setzt ein falsches Zeichen. Verkehrswissenschaftlich wird fokussiert auf städtische und ländliche Verkehrsräume (diese sind oberhalb bereits angesprochen). Jedenfalls reduziert sich städtische Mobilität mitnichten auf Autofragen, wie nicht zuletzt in Berlin durch den Volksentscheid Fahrrad sowie das Bündnis Straßenbahn belegt wurde. Gerade im Radverkehrsbereich zeigt die StVO erhebliche Schwächen durch Bevorzugung der "Leichtigkeit des (Auto)verkehrs" vor anderen Mobilitätsbedürfnissen und sollte hier und an weiteren Punkten novelliert werden.

Unterstützer*innen

Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Steffen Jäger (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Deniz Ertin (Köln KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jens Augner (Berlin-Reinickendorf KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Hans Müller (Köln KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Markus Wagener (Köln KV); Cordelia Koch (Berlin-Pankow KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Melanie Henneberger (Berlin-Kreisfrei KV); Tarek Annan (Berlin-Neukölln KV); Michael Wild (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

UK-BM-01-119 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 119:

Luftbelastung und Verkehrslärm. Wir nehmen uns Städte wie ~~Kopenhagen~~Paris, Oslo und ~~Helsinki~~Zürich zum

Begründung

Kopenhagen und Helsinki sind zwar schöne Städte, aber in Verbindung mit einer begrünten Innenstadt passt das leider nicht so gut. Es gibt bessere Vorbilder in dieser Hinsicht.

UK-BM-01-119-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Jochen Detscher (Stuttgart KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 119 einfügen:

Luftbelastung und Verkehrslärm. Maßnahmen wie Citymaut und Nahverkehrsabgabe können für Kommunen deshalb eine Möglichkeit sein, Mobilität vor Ort effektiv mitzugestalten und den ÖPNV zu fördern. Wir nehmen uns Städte wie Kopenhagen und Helsinki zum

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Brian Krause (Stuttgart KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Robert Wager (München KV); Alexander Link (Stuttgart KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Christoph Laug (Stuttgart KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV)

UK-BM-01-124 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 124 bis 126:

Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. Bequem, bezahlbar ~~und ohne~~ ~~Parkplatzsuche~~ von A nach B kommen können in einer Stadt der kurzen Wege – das ~~müssen~~sind Ziele einer modernen Verkehrspolitik~~-sein~~.

Begründung

redaktionell, klarer formuliert was wir wollen

UK-BM-01-124-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 124 einfügen:

Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. In der technologischen Revolution des automatisierten bzw. autonomen Fahrens sehen wir große Chancen für Verkehrssicherheit und die Mobilität. Dabei fordern wir, um Verbraucher*innen zu schützen, dass mit fortschreitender Automatisierung die Haftung deutlich stärker bei den Herstellern liegt. Damit das autonome Fahren nicht zu negativen verkehrs- und umweltpolitischen Folgen führt, müssen solche Angebote multimodal geplant und mit einem – ebenfalls digital modernisierten – ÖPNV verknüpft werden. Bequem, bezahlbar und

Begründung

Autonomes bzw. automatisiertes Fahren ist **das** Zukunftsthema der Verkehrspolitik. Im Wahlprogramm fehlend dazu bislang jegliche Aussagen.

UK-BM-01-125 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 125 bis 126:

ohne Parkplatzsuche von A nach B kommen können in einer Stadt der kurzen Wege – das ~~müssen~~sind
Ziele einer modernen ~~Verkehrspolitik sein~~grünen Verkehrspolitik.

Begründung

Beim bereits von meiner Co-Sprecherin eingereichten Antrag BM-01-124 fehlte versehentlich beim zweiten Teil noch das Adjektiv "grünen", daher hiermit noch zusätzlich eingereicht.

UK-BM-01-126 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: OV Wermelskirchen

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Nach Zeile 126 einfügen:

Innovationen im ÖPNV fördern Durch Förderung neuer, umweltgerechter Technologien wollen wir den ÖPNV attraktiver und bezahlbar machen. So können z.B. mit Hilfe der Technologie des autonomen Fahrens Zubringerdienste zu Verkehrsknoten (Modal-Split) erbracht und Versorgungslücken, insbesondere im ländlichen Raum, geschlossen werden. Wir setzen uns ein für vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren bei ÖPNV-Projekten.

UK-BM-01-126-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Nach Zeile 126 einfügen:

Luftverkehr Der Luftverkehr ist für die private Urlaubsreise, den Geschäftstermin oder den Transport eiliger und hochwertiger Güter fester Bestandteil der heutigen Mobilität geworden. Gleichzeitig verursacht er in steigendem Maße den Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen und in der Umgebung der Flughäfen leiden die Anlieger*innen unter Fluglärm. Der zunehmende Einsatz von leiseren Flugzeugen löst wegen des stetigen Anstiegs der Anzahl der Flugbewegungen das Lärmproblem nicht. Wir Grünen haben uns in der Vergangenheit über Bundesratsinitiativen, als auch direkt im Bundestag, für die Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum besseren Schutz vor Fluglärm und besonders für eine größere Rücksichtnahme auf die Nachtruhe eingesetzt. Mit den von uns erarbeiteten Vorschläge zum stärkeren Schutz der Anlieger*innen vor Fluglärm wollen wir die gesetzlichen Regelungen endlich ändern und so die Anlieger*innen entlasten .

Begründung

An anderer Stelle im Programm wird zwar auf das Lärmproblem hingewiesen, ein Lösungsansatz beim Fluglärm wird aber nicht angeboten. Da sehr viele Menschen in der Umgebung von Flughäfen unter dem Fluglärm leiden, stellt sich das Problem als relevante Größe dar auf die im Bundestagswahlprogramm eingegangen werden sollte. Zumal eine Lösung auch nur auf der Bundesebene erreicht werden kann. In den letzten Jahren gab es einige konkrete Vorschläge zur Änderung der gesetzlichen Regelungen von uns die wir nun auch endlich angehen sollten.

Unterstützer*innen

Thomas von Gizycki (Oberhavel KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Philipp Schulte (Münster KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Horst Becker (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Hans-Michael Fürst (Dahme-Spreewald KV)

UK-BM-01-126-3 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 126 einfügen:

Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein.

Wir müssen jetzt die Weichen für einen klugen Umgang mit autonomen Fahrzeugen stellen. Es besteht die Gefahr, dass es zu zusätzlichen Verkehren und der Verdrängung von Güterverkehren von der Schiene auf die Straße kommt. Es ist aber auch möglich, dass die Entwicklung in Richtung deutlich weniger Fahrzeuge, Steigerung der Verkehrssicherheit und mehr Carsharing und ein Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs druch autonome Kleinbusse geht. Gerade auch öffentliche Nahverkehrsbetriebe müssen sich aktiv mit dieser Entwicklung auseinander setzen.

UK-BM-01-126-4 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 126 einfügen:

Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein. Autonomes Fahren verspricht Perspektiven für die Verbesserung der Verkehrssicherheit, für die Verringerung der Fahrzeuganzahl in Deutschland und für die Erschließung der ländlichen Räume. Daher begrüßen wir die Forschung, setzen uns für Testregionen ein und arbeiten weiter an den entscheidenden Fragen von Sicherheit, Haftung und Datenschutz.

Begründung

Autonomes Fahren ist wichtiges aktuelles Thema, zu dem GRÜN Stellung beziehen muss.

UK-BM-01-126-5 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 126 einfügen:

Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein.

Das Dienstwagenprivileg soll sich in Zukunft an der Umweltfreundlichkeit des Fahrzeugs orientieren. Elektrofahrzeuge, Fahrräder, Zeitkarten der Bahn sowie BahnCards sind dann voll absetzbar. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren können nur noch mit nach ihrem CO₂-Ausstoß gestaffelten Abschlägen abgesetzt werden. Die höchste Absetzbarkeit von 90 Prozent erhalten Fahrzeuge, deren CO₂-Ausstoß maximal 100 g CO₂/km entspricht.

Begründung

Dienstwagen sind überdurchschnittlich am CO₂-Ausstoß im PKW-Verkehr beteiligt. 60 Prozent der Neuzulassungen in Deutschland sind Dienstwagen. Diese werden mit mehr als 2 Mrd. Euro Steuergeldern subventioniert. Und mehr als 2/3 der Neufahrzeuge mit über 200 PS werden an Unternehmen und Selbständige ausgeliefert.

Das Dienstwagenprivileg besitzt also eine erhebliche Lenkungswirkung. Nach dem Fahrrad müssen dort endlich auch Zeitkarten der Bahn und Bahncards berücksichtigt werden. Volle Absetzbarkeit sollte nur noch für emissionsfreie Mobilität gelten. Die Absetzbarkeit von Verbrenner-Autos sollte nach ihrem CO₂-Ausstoß gestaffelt sein.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Julia Ströbel (Erfurt KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Lutz Jacob (Jena KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-BM-01-126-6 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 126 einfügen:

Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein.

Die heutige Verkehrsraumgestaltung ist sehr autozentriert. Radfahrer und Fußgänger erhalten deutlich weniger Platz im öffentlichen Raum als Autos. Wir wollen Normen und technische Regelwerke so ändern, dass Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer herrscht. Rad- und Fußwege erhalten mehr Platz, Autos müssen etwas Platz abgeben.

Begründung

Die heutige Verkehrsraumaufteilung bevorteilt den Autoverkehr. Dieses Prinzip muss in Frage gestellt und geändert werden, um den Fokus auf dessen Alternativen zu lenken. Das hat etwas mit Sichtbarkeit, aber auch mit Sicherheit und Komfort zu tun. In den Normen und technischen Regelwerken sollte deshalb Rad- und Fußwegen standardmäßig mehr Platz eingeräumt werden.

Unterstützer*innen

Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Ralf Berghofer (Erfurt KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Christina Wendt (Jena KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Rico Heinemann (Gotha KV); Burkhard Becker (Erfurt KV); Roland Mauden (Erfurt KV); Thomas Groneberg (Erfurt KV); Katrin Vogel (Gotha KV); Reinhard Linz (Schmalkalden-Meinigen-Suhl KV); Jan Kreyßig (Weimar-Stadt KV); Jörg Knieling (Erfurt KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Lutz Jacob (Jena KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Robert Bednarsky (Erfurt KV)

UK-BM-01-126-7 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 126 einfügen:

Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein.

Autonomes Fahren braucht Rechtssicherheit in Haftungsfragen und Datenschutz. Ein Gesetz über das autonome Fahren soll allen Beteiligten klare Regeln vorgeben, insbesondere dürfen die technologischen und rechtlichen Risiken nicht auf die Verbraucher*innen abgewälzt werden.

Begründung

Der Schlüssel für die transparente und erfolgreiche Umsetzung des autonomen Fahrens ist die saubere Trennung der Haftung und Verantwortlichkeiten zwischen Mensch und Maschine sowie Halter und Hersteller. Wird diese Trennung nicht herbeigeführt kann autonomes Fahren zur Bedrohung von Leben und Vermögen der am Straßenverkehr Beteiligten werden.

Die Trennung sollte durch klare Betriebsmodi und klare Versicherungsregeln erfolgen.

Wer heute Auto fährt, muss mit straf- und zivilrechtlichen Konsequenzen rechnen. Schon ein kleinerer Unfall mit Personenschaden, führt zu Ermittlungen wegen Körperverletzung und in der Folge eventuell zu Anklage und Verurteilung. Für die Begleichung der Schäden ist eine Haftpflichtversicherung gesetzlich vorgeschrieben. Dieser Grundsatz steht in Frage, wenn auf einmal ein Computer "fährt", denn Maschinen fehlt zum einen die Schuldfähigkeit, zum anderen ist die finanzielle Haftung ungeklärt. Es ist zwingend zu erwarten, dass autonome Fahrsysteme Fahrfehler machen werden, genauso wie menschliche Fahrerinnen und Fahrer Fahrfehler machen.

Wie beim Abgasskandal zu beobachten, versucht sich die Automobilindustrie stets aus der Verantwortung zu stehlen und die Kosten von Schäden auf die Verbraucher*innen abzuschieben. Dies muss beim autonomen Fahren unterbunden werden. Denn anders als beim Abgasskandal, der „nur“ statistische Todesfälle oder Lebenszeitverkürzungen verursacht hat, die nicht zu einer strafrechtlichen Bewertung führen, wird es hier um echte Verletzte oder Tote gehen. Im gegenwärtig diskutierten Gesetzentwurf der Bundesregierung, wird ein fließender Wechsel der Verantwortung von Mensch und Maschine während der Fahrt vorgeschrieben sein. Faktisch bedeutet dies, dass die Fahrerin bzw. der Fahrer im Falle eines Unfalls anhand von Aufzeichnungen des autonomen Systems und damit des Herstellers, in die Verantwortung genommen werden.

Deshalb sollte der Betriebswechsel zwischen manuellem und autonomem Fahren während der Fahrt ausgeschlossen werden. **Wir Grüne wollen, dass im manuellen Betrieb wie bisher die Haftpflichtversicherung des Halters haftet, im autonomen Betrieb jedoch die Haftpflichtversicherung des Herstellers bzw. des Importeurs.** Dies ist mehr als fair, da im autonomen Betrieb der Fahrer bzw. die Fahrerin außer der Fahrtziel- und der Fahrtwegvorgabe, keinen Einfluss auf die Fahreigenschaft hat. Folglich sollte er oder sie nicht für Unfälle in Form von erhöhten Versicherungsbeiträgen in die Haftung genommen werden. Vielmehr muss dieses Risiko von denen getragen werden, die es durch geeignete Implementierungen steuern können.

Da eine Technologie, die das autonome Fahren von beliebigen Startpunkten zu Zielpunkten ermöglicht, zur Zeit nicht existiert, könnten die o.a. Einschränkungen des Betriebswechsels zum Hindernis auf dem Entwicklungsweg werden. Hier müssen dann flankierende bauliche und rechtliche Maßnahmen eingeführt werden, ohne jedoch das Prinzip der Trennung aufzuweichen.

UK-BM-01-127 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Korbinian Gall (Rosenheim KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 127:

Wer Grün wählt, stimmt für diese dreivier Projekte:

Begründung

Ergibt sich aus dem ÄA zum Güterverkehr. (ab Zeile 157)

Unterstützer*innen

Stefanie König (Rosenheim KV); Peter Heilrath (München KV); Klaus Wimmer (Rosenheim KV); Bernhard Bystron (Rosenheim KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Brunhilde Rothdauscher (Rosenheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Tina Winklmann (Schwandorf KV); Marcel Rohrlack (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Anna Schmidhuber (München-Land KV); Arne Brach (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Maximilian Pfeuffer (München KV); Doris Wagner (München KV); Gabriele Fischer (Traunstein KV); Christian Stadler (Rosenheim KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Helga Mandl (Traunstein KV)

UK-BM-01-129 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 129:

DeutschlandweiterMit MobilPass und DeutschlandTakt - überallhin, alles drin

Begründung

Bessere Übereinstimmung mit dem Inhalt des Schlüsselprojektes, denn der D-Takt und der Mobilpass sind unabhängig voneinander realisierbar. Der D-Takt bezieht sich zudem "nur" auf den Fernverkehr, Regional- und Nahverkehr ist Ländersache, der Bund hat keine Weisungsbefugnis.

UK-BM-01-129-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 129:

~~Deutschlandweiter MobilPass – überallhin, alles drin~~ Offensive für den öffentlichen Verkehr

Begründung

Die Änderung der Überschrift geht mit dem darauf folgenden Antrag zusammen und betont, dass eine Verkehrswende und die Schaffung sauberer Luft in den Städten nur mit einer Offensive für den öffentlichen Verkehr gelingen kann. Das „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ sollte daher „nur“ eines der drei Schlüsselprojekte sein.

UK-BM-01-130 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 130 bis 132:

Wir wollen die grüne-Mobilität für alle voranbringen: Dafür führen wir den Mobil-Pass ein. ~~Mit einer Smartcard oder App werden, mit dem~~ sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing abrufbar ~~sein~~sind. Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer

Begründung

Uns ist es wichtig, dass zukünftig alle Menschen einfach mobil sein können. Daher muss gewährleistet sein, dass der Mobilpass auch ohne Smartphone, also als Papierticket oder als Plastikkarte (wie z.B. die Bahncard), zumindest in der kommenden Legislaturperiode noch erhältlich ist.

UK-BM-01-130-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 130 bis 132 löschen:

~~Wir wollen die grüne Mobilität voranbringen: Dafür führen wir den Mobil-Pass ein. Mit einer Smartcard oder App werden sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing abrufbar sein.~~Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer

UK-BM-01-132 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 132 einfügen:

Bikesharing abrufbar sein. Wir achten dabei auf Barrierefreiheit und breite Zugangsmöglichkeiten für Bürger*innen jeden Alters. Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer

UK-BM-01-134 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 134 bis 136:

Nahtlos, kinderleicht und günstig. ~~Mobilität für alle ☒ das heißt für uns: Schüler*innen, Senior*innen, sozial Schwächere sowie Eltern kleiner Kinder machen wir besonders günstige Angebote.~~ Den Fernverkehr verknüpfen wir optimal mit den Anschlüssen des Regional- und

Begründung

Die Finanzierung dieser auf den ersten Blick reizvollen Idee ist völlig unklar. Die Kosten können bundesweit durchaus mehr als 1 Mrd. € betragen. "Sozial Schwächere" ist der falsche Begriff. Wenn schon müsste man von "finanziell Schwächeren" reden. Ob allerdings alle "Eltern kleiner Kinder" dazu zählen, darf hinterfragt werden. Daher sollte diese Idee zunächst gründlich erörtert werden, bevor wir sie so konkret ins Wahlprogramm aufnehmen und uns unnötig angreifbar machen.

UK-BM-01-134-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 134 bis 135:

Nahtlos, kinderleicht und günstig. Mobilität für alle ☒ das heißt für uns: ~~Schüler*innen, Senior*innen, sozial Schwächere sowie Eltern kleiner Kinder~~allen Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, machen wir besonders günstige

Begründung

„sozial schwach“ sind Einkommensmillionäre, die Steuern hinterziehen!!!

UK-BM-01-135 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 135:

Senior*innen, ~~sozial-Schwächere~~ Menschen mit geringem Einkommen sowie Eltern kleiner Kinder machen wir besonders günstige

Begründung

sozial schwach sind Steuerhinterzieher etc. nicht aber Menschen mit wenig Geld

UK-BM-01-136 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 136 einfügen:

Angebote. Zudem soll mit einem "Zukunftsprogramm Nahverkehr" eine Milliarde Euro in die Verbesserung des Angebots und der Qualität, sowohl in den Metropolregionen als auch in den ländlichen Räumen, investiert werden. Den Fernverkehr verknüpfen wir optimal mit den Anschlüssen des Regional- und

Begründung

Bisher sind die drei Schlüsselprojekte Mobilpass, abgasfreie Autos und Radverkehr. Das Zukunftsprogramm Nahverkehr, welches im Kapitel im Fließtext auftaucht, ist aber extrem wichtig. Statt jetzt Schlüsselprojekte gegeneinander zustellen (z.B. Radverkehr gegen Zukunftsprogramm Nahverkehr) haben wir uns dafür entschieden, es durch eine "minimalinvasive" Änderung mit in die Schlüsselprojekte reinzuholen.

Dieser Antrag wurde zusammen mit , Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, Landesvorstand Sachsen-Anhalt und Landesvorstand Thüringen eingereicht.

UK-BM-01-138 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Nach Zeile 138 einfügen:

Wir wollen den Mobil-Pass so gestalten, dass andere Länder sich daran beteiligen können. Gerade für Grenzregionen erleichtert dieser europäische Mobil-Pass beispielweise das tägliche Pendeln in das Nachbarland.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Kai Bojens (Stade KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Karl Bär (Miesbach KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Alexander Kaas Elias (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

UK-BM-01-140 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 140 bis 141:

~~Ab 2030 rollen nur noch abgasfreie Autos vom Band~~ Wir Ab 2030 werden nur noch abgasfreie Fahrzeuge neu zugelassen

Wir Grünen wollen, dass weiterhin automobiler Spitzentechnik in Deutschland entwickelt und

Begründung

Auf der BAK 2016 in Münster wurde diese weitergehende Forderung beschlossen! "Wir Grüne wollen, dass Deutschland vorangeht und das Jahr 2030 als Zeitpunkt definiert, ab dem kein Auto mit fossil betriebenen Verbrennungsmotor mehr **neu zugelassen** wird." (BuVo-Antrag "Energiewende retten, Verkehrswende einleiten) bzw.: "Wir begrüßen, dass sich der Bundesrat im September 2016 mit seinem Beschluss parteiübergreifend zum Ziel bekannt hat, **ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zuzulassen.**"

UK-BM-01-140-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Jochen Detscher (Stuttgart KV)

Titel

Ändern in:

Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 140 bis 147:

Ab 2030 rollen nur noch abgasfreie Autos vom Band **Offensive für den Öffentlichen Verkehr - Mobil auch ohne eigenes Auto** Wir Grünen wollen, dass weiterhin automobiler Spitzentechnik in Deutschland entwickelt und produziert wird. Für uns Grüne ist die Entscheidung deshalb klar: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos vom Band rollen. Dafür wollen wir jetzt die Bedingungen schaffen. So kann Deutschland die Klima- und Umweltziele erfüllen und die Industrie ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. Wie die Große Koalition an Diesel- und Ottomotoren festzuhalten, ist überholt. Sie hemmt damit die Autoindustrie, sich fit für den Markt des 21. Jahrhunderts zu machen. Wir starten eine Offensive für einen innovativen und zukunftsfähigen öffentlichen Verkehr: Vom Schienenverkehr über den Regionalbus bis zum Anruftaxi. Wir wollen mehr Städte und Regionen an den Fernverkehr anschließen. Das Projekt "Deutschland-Takt" schafft die Grundlagen dafür, Fern- und Nahverkehr besser aufeinander abstimmen und funktionierende Reiseketten zu ermöglichen. Bezahlbare Mobilität für alle in Stadt und Land ist unser Ziel. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie in ganz Deutschland auch ohne eigenes Auto als elementaren Teil der Daseinsvorsorge gewährleisten. Wir wollen die Qualität im Nahverkehr verbessern und auf ein dichteres Netz sowie höhere Standards hinwirken. Dafür wollen wir ein "Zukunftsprogramm Nahverkehr" auflegen und mit jährlich mehr als 1 Mrd. Euro ausstatten.

Begründung

Offensive für den Öffentlichen Verkehr - Mobil auch ohne eigenes Auto ersetzt das Schlüsselprojekt *Ab 2030 rollen nur noch abgasfreie Autos vom Band*. In der grünen Mobilität der Zukunft hat auch das Auto einen Platz, besonders da wo wir mit Bus und Bahn nicht gut ans Ziel kommen. Unsere Ziele für das bessere Auto der Zukunft sind im Kapitel ausreichend beschrieben. Schlüsselprojekt muss aber nicht ein besseres Auto sein, sondern eine wirklich gute faire grüne Mobilität für alle. Deshalb das Schlüsselprojekt des BAGen-Konvents.

Unterstützer*innen

Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Brian Krause (Stuttgart KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Nabihha Ghanem (Soest KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Robert Wager (München KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Christian Wein (Stuttgart KV); Tobias Bacherle (Böblingen KV); Christoph Laug (Stuttgart KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel

(Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Regina Klünder (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Marc Kersten (Köln KV)

UK-BM-01-141 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 141:

Wir Grünen wollen, dass zukunftsfähige Fahrzeugtechnik weiterhin ~~automobile Spitzentechnik~~ in Deutschland entwickelt und

Begründung

Es ist für uns sehr fraglich, ob unsere deutsche Autoindustrie wirklich noch "Spitzentechnik" entwickelt. Zum einen betrügt sie ihre Kunden, indem die erforderlichen Abgaswerte insbesondere bei Diesel-Motoren nur noch auf dem Prüfstand eingehalten werden. Zum anderen sind Hersteller wie Tesla, Toyota oder der chinesische E-Bushersteller BYD unserer Industrie sehr weit voraus!

UK-BM-01-142 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 142 bis 143:

produziert wird. Für uns Grüne ist die Entscheidung deshalb klar: Ab 2030 ~~sollen~~werden nur noch abgasfreie ~~Autos vom Band rollen~~Fahrzeuge zugelassen. Dafür wollen wir jetzt die Bedingungen schaffen. So kann

Begründung

wie oben (Änderung der Überschrift Zeile 140)

UK-BM-01-145 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 145 bis 147:

verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. ~~Wie die Große Koalition an Diesel- und Ottomotoren festzuhalten, ist überholt. Sie hemmt damit die Autoindustrie, sich fit für den Markt des 21. Jahrhunderts zu machen.~~ Wer an Diesel- und Ottomotoren festhält, hemmt die Fahrzeugindustrie, sich fit für das 21. Jahrhunderts zu machen.

Begründung

zum einen redaktionell, zum anderen gilt dies für alle anderen Parteien bzw. Koalitionen, nicht nur für die schwarz-rote!

UK-BM-01-145-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 145 einfügen:

verlässlich auf die gesamte Elektromobilität ausrichten. Wie die Große Koalition an Diesel- und

Begründung

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir nur auf E-Mobilität bei PKWs fixiert sind. E-Mobilität muss gerade auch bei Krafträdern sowie Bussen, LKWs sowie Sonderfahrzeugen und Triebfahrzeugen im Schienenverkehr (ohne Oberleitung!) vorgebracht werden. Daher auch immer "Fahrzeug" statt "Auto" in diesem Schlüsselprojekt.

UK-BM-01-149 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 149:

Radverkehr ausbauen – mehr **Radwege schaffen** Platz für das Fahrrad

Begründung

Klare Forderung. Denn wir wollen nicht nur mehr Radwege sondern auch mehr sichere und komfortable Abstellanlagen sowie z.B. die Umwandlung von PKW-Parkplätzen in Fahrradparkplätze. Dies ist durch diese Formulierung besser abgedeckt. Zudem ist der Begriff "Radweg" unscharf, innerhalb von Ortschaften ist die Führung auf der Fahrbahn meistens die bessere und vor allem sicherere Variante.

UK-BM-01-152 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 152 einfügen:

übernehmen. Der nationale Radverkehrsplan muss endlich umgesetzt und finanziell unterlegt werden.

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen bauen wir Radschnellwege und ein bundesweites

Begründung

Im bereits beschlossenen NRVP stehen bereits viele gute und konkrete Maßnahmen, die auf Umsetzung warten. Hier ist der Bund in der Pflicht.

UK-BM-01-152-2 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

In Zeile 152 einfügen:

übernehmen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen bauen wir [Fahrradbrücken](#), Radschnellwege und ein bundesweites

UK-BM-01-153 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Von Zeile 153 bis 156:

Netz von hochwertigen Radfernwegen. Wir wollen die Fahrradmitnahme ~~in allen Zügen durchsetzen~~ im Nah- und Fernverkehr ermöglichen. Wir werden Kaufanreize ~~einführen, denn für~~ elektrisch unterstützte Lastenräder einführen, denn diese haben im Lieferverkehr großes Potential. In der Straßenverkehrsordnung schaffen wir fahrradfreundliche Regeln wie z. B. den „Grünpfeil“ für Radfahrerinnen und Radfahrer.

Begründung

1. Das Wort "Züge" meint zwar den Nah- und Fernverkehr, aber viele Menschen assoziieren damit nur den Fernverkehr. Für den Nahverkehr sind die Länder zuständig, daher hat der Bund wenig **"Durchsetzungsmöglichkeiten"**, außer über den Bundesrat bzw. Gespräche mit den Ländern. Auch die DB ist dem direkten Einfluss der Bundesregierung als Aktiengesellschaft formell entzogen.
2. lediglich Umstellung des Satzes zur sprachlichen Präzisierung.
3. Der Grünpfeil wäre wirklich schon eine (kleine) Verbesserung, aber es sind weitere Regeln denkbar und erforderlich. Andere Länder sind da schon weiter und denken zumindest darüber nach, Radfahrern bei Rotlicht mehr als Rechts abbiegen zu erlauben.

UK-BM-01-157 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Korbinian Gall (Rosenheim KV)

Änderungsantrag zu UK-BM-01

Nach Zeile 157 einfügen:

Güterverkehr Intelligent Steuern Der Anteil des Güterverkehrs auf der Straße nimmt gegenüber der Schiene immer mehr zu. Das führt zu Verkehrsinfarkten an Knotenpunkten, langen Staus, Lieferengpässen und Schadstoffemissionen in erheblichem Ausmaß. Mit einer Güterverkehrsbörse können die Güterströme unter Berücksichtigung aller Kombinationsmöglichkeiten von Schiene und Straße intelligent geleitet werden. In einem ersten Schritt soll daher mit den Alpenanrainerstaaten die die Alpenkonvention unterzeichnet haben die Alpentransitbörse, die bereits durchgeplant ist, eingerichtet werden. Eine zwingende Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene wird in der Schweiz bereits erfolgreich angewendet. Das ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch für die Deutsche und Europäische Wirtschaft sinnvoll.

Begründung

Ein umfassendes Verkehrskonzept darf den Güterverkehr nicht vergessen. Dabei geht es nicht nur um die Frage der CO2 Einsparung, sondern auch um die Lärm und Umweltbelastung der Regionen die dadurch am stärksten belastet werden.

Unterstützer*innen

Stefanie König (Rosenheim KV); Peter Heilrath (München KV); Klaus Wimmer (Rosenheim KV); Bernhard Bystron (Rosenheim KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Brunhilde Rothdauscher (Rosenheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Marcel Rohrlack (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Anna Schmidhuber (München-Land KV); Arne Brach (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Maximilian Pfeuffer (München KV); Doris Wagner (München KV); Gabriele Fischer (Traunstein KV); Christian Stadler (Rosenheim KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Helga Mandl (Traunstein KV); Helena Geißler (München KV)

WB-01-001 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 1:

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker **zusammengerückt** voneinander abhängig und vernetzter geworden. In Europa erleben

Begründung

Hat eine sozialromantischen Anklang, sollte aber mehr beschreibend sein

WB-01-001-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Titel

Ändern in:

Welt im Blick - Frieden schaffen

Begründung

Die Überschriften sind zwar kurz und prägnant, aber wenig aussagekräftig. Die Welt im Blick zu haben ist zwar gut, aber es fehlt die Aktion.

WB-01-004 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 4 bis 5:

Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. ~~Immer mehr Menschen leben in Freiheit~~ Andererseits sind die internationalen Beziehungen gegenwärtig stark von Krisen, Kriegen und Demokratie Konflikten geprägt. Auch müssen wir mit Ernüchterung feststellen, dass auf der ganzen Welt demokratische Emanzipationsbewegungen zunehmend wieder unter Druck geraten oder gar scheitern. Mit großer Sorge erleben wir, wie die soziale Ungleichheit weltweit rasant zunimmt. Trotz alledem sind wir davon überzeugt, dass wir die Globalisierung gestalten und die Sicherheit kollektiv organisieren können. Immer weniger Menschen leben in extremer

Begründung

Die Aussage, immer mehr Menschen würden in Freiheit und Demokratie leben, ist je nach den Definitionen wahr oder unwahr. Da lassen wir uns auf eine nicht führbare Debatte ein.

Der Absatz muss grundsätzlich etwas ausgeglichener sein, was wir hiermit versuchen.

WB-01-004-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 4 bis 7:

Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. ~~Immer mehr Menschen leben in Freiheit und Demokratie. Immer weniger Menschen leben in extremer Armut. Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde.~~ Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass in der Welt nur durch Zusammenarbeit an vielen Stellen die Voraussetzungen zu einem besseren Ort geschaffen werden konnten. Wir

Begründung

Es ist richtig, dass es gegenüber früher, als es noch so viele Militärdiktaturen gab, mehr Demokratien und individuelle Freiheitsrechte gibt. Aber es gibt noch zu viele Gegenbeispiele, auch Länder, die den Weg zurückgehen (s. Türkei) und es gibt noch zu viel extreme Armut, um an dieser Stelle zu suggerieren, das alles gut sei. Und internationale Zusammenarbeit schafft nur die Voraussetzungen für eine bessere Welt. Das heißt leider nicht, dass dies überall genutzt wird. Auch die Pariser Beschlüsse werden nicht überall konsequent umgesetzt.

WB-01-006 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 6:

Armut. **Eine** Unser Wirtschaftssystem hat ein Großteil der Probleme verursacht, die es jetzt zu lösen gilt. Wir Grüne wollen die Globalisierung nicht zurückdrehen - diese vermeintlich einfache Antwort ist ein Irrweg der Nationalisten um Gauland, Le Pen und Trump. Wir wollen die Globalisierung im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und menschenrechtlicher Prinzipien gestalten. Wer GRÜN wählt sorgt dafür, dass wir als Bundesregierung endlich kohärent im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals - SDGs) handelt. Wir dürfen mit Rüstungsexporten, einem unfairen Handel, mit Agrarsubventionen, Kohleverstromung oder Steuervermeidung-, nicht länger zerstören, was wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit, im Klimaschutz- oder in der Diplomatie erreichen wollen. Doch echten globalen Wandel erreichen wir nur gemeinsam und kooperativ - angesichts der komplexen globalen Herausforderungen gilt das heute mehr denn je zuvor!

Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass

WB-01-007 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 7 bis 12:

die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde. ~~Wir haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden kann, wenn der Wille da ist, gemeinsam anzupacken. Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen. Auch die Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen, war ein Erfolg internationaler Zusammenarbeit.~~ Wir haben bei der Klimakonferenz in Paris und auf dem New Yorker Gipfel für die nachhaltigen Entwicklungsziele erlebt, was politisch geschafft werden kann, wenn der Wille da ist, gemeinsam anzupacken. Genauso gibt es Hoffnung, dass es mit dem Iran-Abkommen gelungen ist, einen bedrohlichen Konflikt mit den friedlichen Mitteln der beharrlichen Diplomatie beizulegen. Dies sind drei aktuelle Beispiele dafür, wie erfolgreich internationale Zusammenarbeit sein kann. Diese Erfolge versprechen einen Aufbruch mit klaren Zielen: die friedliche Lösung von Konflikten, Hunger und Armut weltweit abzubauen, Gleichstellung zu erreichen, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu wirtschaften, dass die Lebensgrundlagen hier und anderswo erhalten bleiben.

WB-01-009 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Energie

Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 9 bis 10 löschen:

ist, gemeinsam anzupacken. ~~Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen.~~ Auch die

Begründung

Wollen wir ernsthaft behaupten, der Atomeinstieg des Iran (oder eines beliebigen anderen Landes) sei ein Grund zur Hoffnung??!!

WB-01-009-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 9 bis 10 löschen:

ist, gemeinsam anzupacken. ~~Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen.~~ Auch die

Begründung

Ich glaube kaum, dass viele Grüne die Aussage teilen "ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung" gäbe uns "Hoffnung". Hier ist zugegebenermaßen mit diplomatischem Geschick ein Krieg vermieden worden, ohne dass das eigentliche Problem nachhaltig gelöst worden wäre. Wenn, dann müsste an anderer Stelle ein ausführlicher Absatz dazu formuliert werden. HIER ist dieser Satz falsch, überflüssig und irritierend.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Weindorf (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Helmut Lauterwasser (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Ronald Maltha (Mayen-Koblenz KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Andreas Müller (Essen KV)

WB-01-009-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 9 bis 10 löschen:

ist, gemeinsam anzupacken. ~~Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen.~~ Auch die

Begründung

Der Atomdeal gibt uns keine Hoffnung. Als Grüne lehnen wir die Nutzung von Nuklearenergie ab. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes versucht der Iran weiterhin mit aller Macht, Material zu erwerben, das für den Bau von Atomsprengköpfen und Trägerraketen verwendet werden kann. Auch andere Quellen lassen Zweifel daran aufkommen, dass der Atomdeal den Aufstieg des Iranischen Regimes zur Atomwaffenmacht verhindert. Gerade für Israel, dem häufig Drohgebärden der iranischen Raketentests gelten, wäre eine iranische Atombombe eine existenzielle Bedrohung. Darum sollten wir den Atomdeal hier nicht lobend hervorheben.

WB-01-010 Welt im Blick

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 10:

gelingen ist, ein Abkommen . zu schließen, mit dem das Risiko einer atomaren Aufrüstung des Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen und in der Folge auch seiner Nachbarländer stark reduziert wird. Auch die

Begründung

Das positive an dem Iran-Abkommen ist ja nicht, wie man den Programmtext verstehen könnte, dass der Iran die friedliche Nutzung der Atomenergie ausbaut sondern dass das Risiko einer atomaren Aufrüstung des Iran stark verringert wird, dem dann aller Wahrscheinlichkeit auch eine atomare Rüstung der regionalen Gegner des Iran wie Saudi Arabien folgen würde.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Philip Tafarte (Dresden KV)

WB-01-010-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 10:

gelingen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur ~~nuklearen~~friedlichen Nutzung der Atomenergie zu schließen. Auch die

Begründung

”nukleare Nutzung” ist leere Worthülse

WB-01-010-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 10:

gelingen ist, ein ~~Abkommenein~~ Nuklearabkommen mit dem Iran ~~zur nuklearen Nutzung~~ zu schließen.
Auch die

Begründung

Das Abkommen zielt nicht in erster Linie positiv auf die Nutzung von Nukleartechnik, sondern auf deren Beschränkung. Insofern war die bestehende Formulierung unglücklich.

Unterstützer*innen

Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Peter Heilrath (München KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Annett Jagiela (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Sara Nanni (Münster KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV); Doris Wagner (München KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-01-013 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 13 bis 18:

~~Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Der syrische Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt, in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. Der „IS“ hat in Syrien, im Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch Europa und den Rest der Welt. So~~ Trotz dieser Erfolge steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Der „IS“ hat in Syrien, im Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch Europa und den Rest der Welt. Aus der brutalen Bekämpfung des Bürger*innenprotests durch das Assad-Regime in Syrien und den Folgen der völkerrechtswidrigen Invasion im Irak 2003 haben sich überaus grausame Stellvertreter*innenkriege regionaler und globaler Machtinteressen entwickelt. Beteiligte Kriegsparteien haben sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Russland hat mit brutalem militärischem Eingreifen und der menschenverachtenden Bombardierung von Zivilist*innen Fakten geschaffen. Auch die Türkei trägt mittlerweile ihren Krieg gegen die Kurd*innen auch auf syrischem Territorium aus und verschärft so den Konflikt. Auch die Luftangriffe der US-geführten Koalition fordern immer mehr zivile Opfer. Wir bekräftigen unsere Ablehnung der deutschen Beteiligung an diesen Angriffen. Die Grünen setzen sich für eine Unterstützung des Friedensprozesses in Syrien unter der Führung der Vereinten Nationen ein.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN verurteilen aufs schärfste die Verbrechen, die an Zivilist*innen in Syrien und im Irak verübt werden. Es ist notwendig, dass die EU gemeinsam mit den USA und unter Einbeziehung Russlands, der konkurrierenden Regionalmächte Iran und Saudi-Arabien sowie der Türkei und weiterer Staaten der Region den Friedensprozess für Syrien massiv vorantreibt. Es braucht eine politische Lösung, um Frieden für alle Menschen in Syrien und Irak zu erreichen.

So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre

Begründung

Der Entwurfstext gibt eine sehr verkürzte und einseitige Beschreibung. Der Ersetzungstext bietet eine differenziertere Beschreibung und stellt zudem unsere daran anschließenden politischen Forderungen auf.

WB-01-013-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 13 einfügen:

Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Die Kluft zwischen den Reichsten und dem Rest der Welt hat sich weiter dramatisch vergrößert. Die acht reichsten Milliardäre – alles Männer – besaßen im Jahr 2016 mehr Vermögen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Der syrische

WB-01-014 Welt im Blick

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 14 bis 18:

Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt, ~~in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. Der „IS“ hat in Syrien, im Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch Europa und den Rest der Welt.~~ So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre

Begründung

Wie schon im Satz vorher ausgedrückt handelt es sich in Syrien um einen Stellvertreterkrieg, in den viele regionale und globale Interessensgruppen und Länder involviert sind. Einseitige Schuldzuweisungen verschärfen nur den Konflikt und führen nicht zu einer Deeskalation und zu einer Friedenslösung. Diese kann nur im Rahmen der UN gefunden werden. Notwendig ist eine neue Phase der Entspannungspolitik, die insbesondere von Europa aktiv vorangetrieben werden sollte.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV)

WB-01-014-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 14 bis 16:

Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt, ~~in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft.~~ Der „IS“ hat in Syrien, im

WB-01-014-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: Nürnberg-Stadt KV
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 14 bis 16:

Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt, ~~in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft.~~ Der „IS“ hat in Syrien, im

Begründung

Wie in Zeile 13 beschrieben ist der Syrische Krieg ein Stellvertreterkrieg. Dieser ist grausam auf allen Seiten für die Zivilbevölkerung. Auch andere Kriegsparteien fliegen Angriffe in Syrien (auch im Irak), die zu Opfern in der Zivilbevölkerung geführt haben. Aus diesem Grund kann es keine einseitige Nennung geben.

WB-01-016 Welt im Blick

Antragsteller*in: Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 16 einfügen:

menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft, während viele Staaten, auch Deutschland, nahezu ungebremst Waffen in das Konfliktgebiet liefert. Wir wollen einen wirksamen Stopp solcher Waffenlieferungen. . Der „IS“ hat in Syrien, im

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Werner Weindorf (München KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Sabine Grützmacher (Oberberg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Ines Advena (Münster KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV)

WB-01-016-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Kassel-Stadt

Beschlussdatum: 20.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 16 einfügen:

menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. Wir Grüne stehen dafür ein, jegliche Kriegsverbrechen vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen und dort mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen. Der „IS“ hat in Syrien, im

WB-01-016-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 16 bis 18:

menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. ~~Der „IS“ hat in Syrien, im Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch Europa und den Rest der Welt.~~ Dem IS war es zeitweise gelungen, Teile von Syrien und dem Irak unter seine Kontrolle zu bringen, und er versuchte dies auch in Libyen. Auch wenn der IS zurückgedrängt werden konnte, ist er keineswegs zerschlagen, und es muss weiter mit Terroranschlägen gerechnet werden, im Nahen Osten, in Staaten der EU und im Rest der Welt. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre

Begründung

Die Herrschaft des IS wurde zumindest im Irak recht weit zurückgedrängt. In Libyen gelang dies nie. Es ist aber wichtig, auf die bestehende Bedrohung durch den IS auch in Europa hinzuweisen, da dies für das politische Klima in Europa relevant bleiben wird..

Unterstützer*innen

Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Peter Heilrath (München KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Annett Jagiela (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Sara Nanni (Münster KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Steffen Buchsteiner (Berlin-Pankow KV); Doris Wagner (München KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-01-018 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 18 einfügen:

Europa und den Rest der Welt. Für die Zukunft der Kurd*innen kann es nur eine friedliche und politische Lösung geben. Eine Veränderung der territorialen Aufteilung der Region darf nur in einem friedlichen und regional abgestimmten Prozess erfolgen, dessen Ziel die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes sein muss. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre

Begründung

Die Zukunft der Kurd*innen ist ein zentraler Aspekt der Situation in Irak und Syrien, der hier nicht fehlen sollte. Der zweite Satz ist aus dem Beschluss „Europäische Friedenspolitik“ der BDK 2014 in Hamburg.

WB-01-019 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 19 bis 20:

Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, ~~Hunger-und~~ wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und den aktuell sich verschärfenden Hungerkatastrophen, besonders in Somalia, Südsudan, Nigeria und Jemen. Gleichzeitig verschärft die Die Mittel der Vereinten Nationen müssen erheblich aufgestockt werden. Die Klimakrise verschärft bestehende

Begründung

Die Hungerkatastrophen werden konkret benannt, und aus der Beschreibung wird eine politische Forderung gezogen.

WB-01-020 Welt im Blick

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 20 einfügen:

wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Gruppen wie Boko Haram haben es auf die Menschenrechte von Frauen und Mädchen abgesehen und verschärfen geschlechtsspezifische Fluchtursachen. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende

WB-01-020-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 20:

wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. ~~Gleichzeitig~~ Und die Bundesregierung hat Afghanistan zum Symbolischer Abschiebungspolitik gemacht, die wir ablehnen.
Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende

Begründung

mündlich

WB-01-023 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Hersfeld-Rotenburg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 23 bis 27:

Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat. Vorausgegangen sind allerdings die Bestrebungen der EU die Ukraine durch das Assoziierungsabkommen stärker an den Westen zu binden, wodurch die früheren Vereinbarungen mit Russland über den Erhalt des status quo gebrochen wurden. ~~Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat.~~ Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst

WB-01-023-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 23 einfügen:

Ungleichheit und ökologischer Raubbau gegenüber. Die Industriestaaten haben besonders durch ihre oft rücksichtslose Interessenpolitik im globalen Wirtschaftssystem eine Mitverantwortung für die gegenwärtigen Krisen und internationalen Konflikte. Fluchtursachen zu bekämpfen, bedeutet eine Abkehr von Regime-Change-Interventionen und Kriegen.

Begründung

Der Entwurfstext beschreibt nur die Probleme, ohne den Teil der Ursachen zu benennen, den wir beeinflussen können.

WB-01-023-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 23 bis 26:

Das weltweit angestiegene Wettrüsten führt zu einer wachsenden Kriegsgefahr. Diese Entwicklung bedroht die europäische Friedensordnung und führt insbesondere zu einer Verschärfung der Spannung zwischen Russland und der EU. Unter solchen Rahmenbedingungen verschlechtern sich die Bedingungen für ein Ende der Krise in der Ukraine. Die Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung des bewaffneten Konfliktes in der Region scheinen sich in einer Sackgasse zu befinden und die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt zu sein. Das NATO-Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2% BIP zu erhöhen, lehnen wir als kontraproduktiv ab. ~~Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat.~~

WB-01-023-4 Welt im Blick

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Nach Zeile 23 einfügen:

Diese wirtschaftliche und kulturelle Polarisierung ist überall auf der Welt zu spüren. Sie ist das Einfallstor für Populist*innen, die sie nutzen, um Menschen gegeneinander aufzuwiegeln. Dieser Politik der Spaltung treten wir entschieden entgegen. Wir wollen ihr aber auch den Nährboden entziehen, indem wir unsere internationale Wirtschaftsordnung und unsere politischen Institutionen so gestalten, dass möglichst alle Menschen von ihnen profitieren, für eine Politik der Gerechtigkeit und des Interessenausgleichs. Die großen globalen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte lassen sich nicht durch autoritäre Politik lösen. Die Aufstandsbewegungen in der arabischen Welt und Afrika zeigen uns, dass Diktaturen dauerhaft nicht stabil sind. Wir stehen für eine Außenpolitik in Partnerschaft mit einer globalen Bürger*innengesellschaft. Wir wollen nicht mit Autokrat*innen gemeinsame Sache machen, sondern diejenigen unterstützen, die für Freiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit streiten.

Begründung

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir die wachsende Polarisierung der Gesellschaften auch als Grund für Populismus zur Kenntnis nehmen und ausdrücken, dass unsere politischen Konzepte auch auf die Lösung dieser Probleme zielen. Wir müssen außerdem unsere Differenz zu einer Bundesregierung artikulieren, die Diktatoren wie Sisi hofiert, statt an der Seite engagierter Bürgerinnen und Bürger in der arabischen Welt und Afrika zu stehen.

Unterstützer*innen

Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Erich Pawlik (Hochtaunus KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Peter Heilrath (München KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Annett Jagiela (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Sara Nanni (Münster KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Steffen Buchsteiner (Berlin-Pankow KV); Doris Wagner (München KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-01-024 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 24 bis 28:

~~Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat. Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Doch~~ In Europa erleben wir eine schwerwiegende Krise der europäischen Friedensordnung. Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, die schon in der Vergangenheit durch Völkerrechtsbrüche sowohl Russlands als auch des Westens zunehmend erodiert waren, erneut in Frage gestellt. Diese Verstöße sind für uns nicht hinnehmbar. Trotzdem bleiben wir für einen Dialog mit Russland offen, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Die Aufgabe der EU ist es, in dieser ersten Krise ihr Potenzial als Zivilmacht zur Deeskalation, zur zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einzusetzen.

Wir sehen mit Sorge, dass die Spannungen zwischen Russland und der NATO die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt haben. Wir kritisieren alle Versuche, egal ob von Russland oder der NATO, diese Krise zu Aufrüstung und Rückkehr zur Logik der Abschreckung zu nutzen. Gerade wenn die Lage angespannt ist, ist eine konsequente Entspannungspolitik notwendig. Für einen ernsthaften Dialog braucht es wieder eine Verstetigung des NATO-Russland-Rates als zentraler Dialogplattform. Langfristig kann nur Kooperation zu einer Wiederannäherung führen. Im Umgang mit internationalen Krisen setzt grüne Politik immer in erster Linie auf zivile Krisenprävention und Konfliktlösung, auf Dialog, Diplomatie und Deeskalation. Wir Grünen halten an der Vision eines geeinten und friedlichen Europas fest. Die Tür für eine enge Zusammenarbeit mit Russland in Europa bleibt offen. Sie ist jedoch nicht nur von der EU, sondern auch von der Verständigung auf gemeinsame Werte und die Prinzipien von Europarat und OSZE abhängig.

Doch auch die

Begründung

Der Entwurfstext gibt auch hier lediglich eine verkürzte, einseitige Beschreibung; der Ersetzungstext bietet eine differenziertere Beschreibung und schließt politische Forderungen an. Die Formulierungen sind in großen Teilen den Beschlüssen „Europäische Friedenspolitik“ der BDK 2014 in Hamburg und „Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben“ der BDK 2016 in Münster entnommen oder daran angelehnt.

WB-01-024-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 24 bis 30 löschen:

~~Die zunehmend aggressive Großmachtspolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat. Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Doch auch die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA stellt den Bezugsrahmen für die Politik des vereinigten Deutschlands seit 1990 grundlegend in Frage. Pläne für nationalistische~~

Begründung

Wie schon im Satz vorher ausgedrückt handelt es sich in Syrien um einen Stellvertreterkrieg, in den viele regionale und globale Interessensgruppen und Länder involviert sind. Einseitige Schuldzuweisungen verschärfen nur den Konflikt und führen nicht zu einer Deeskalation und zu einer Friedenslösung. Diese kann nur im Rahmen der UN gefunden werden. Notwendig ist eine neue Phase der Entspannungspolitik, die insbesondere von Europa aktiv vorangetrieben werden sollte.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV)

WB-01-024-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Neckar-Bergstraße
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 24 bis 25:

Die zunehmend aggressive ~~Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht.~~ Machtpolitik verschiedener Länder in der gesamten Welt führen zur Bedrohung der (europäischen) Friedensordnung und haben die überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU,

Begründung

Als alleinigen Schuldigen dieser Situation ist nicht nur Russland zu nennen, sondern auch andere Staaten (USA - Irak, die Türkei oder Israel, des weiteren trägt auch die NATO zur Eskalation bei).

WB-01-024-4 Welt im Blick

Antragsteller*in: Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 24 löschen:

Die ~~zunehmend~~ aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer

WB-01-024-5 Welt im Blick

Antragsteller*in: Nürnberg-Stadt KV

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 24 bis 25 löschen:

~~Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht.~~ In der Ukraine, dem Nachbarland der EU,

Begründung

Die Entwicklung der russischen Politik muss in einem zeitlichen Kontext gesehen werden. Hier ist auch die Politik der NATO zu betrachten.

WB-01-025 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 25:

Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, ~~dem~~meinem Nachbarland der EU,

WB-01-025-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 25 einfügen:

Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In Osteuropa erleben wir zum Teil einen Rückfall in vordemokratische Zeiten. Wenn in Russland „Propaganda über Homosexualität“ verboten wird, so verletzt das massiv die Menschenrechte von LSBTIQ*. Wenn Menschen in Tschetschenien deportiert werden, muss die Bundesregierung aktiv sein. Die Bundesregierung verhält sich zu passiv und äußert Kritik höchstens hinter verschlossenen Türen. Die Botschafter*innen anderer EU-Staaten demonstrieren dagegen selbst auf gefährdeten Pride-Märschen mit. Solches öffentliches Engagement erwarten wir von unserer Bundesregierung auch. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU,

WB-01-025-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: Marcel Ernst (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 25 bis 28:

Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. ~~In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat. Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Doch~~ und mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt: die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Staaten, die Verpflichtung zur gewaltlosen Konfliktlösung und die Ablehnung gewaltsamer Grenzverschiebungen, sowie das Einhalten internationaler Verträge. So hat Russland auch seine Pflichten aus dem Budapester Memorandum verletzt, was einen Bruch des Völkerrechtes und auch einen schweren Rückschlag im Bemühen um nukleare Abrüstung darstellt.

Doch auch die

Unterstützer*innen

Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Sophie Harper (München KV); Stefan Körner (Hannover RV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV); Jamila Schäfer (München KV); Peter Koller (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Marieluise Beck (Bremen-Mitte KV); Dieter Janecek (München KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Lars Schellhas (Rhein-Kreis-Neuss KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV)

WB-01-028 Welt im Blick

Antragsteller*in: Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 28 löschen:

überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. ~~Doch auch~~ die

Begründung

Muss, wenn die russ. Föderation kritisiert wird quasi "zum Ausgleich" gleichzeitig die USA mit Trump kritisiert werden?

WB-01-028-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 28 einfügen:

überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Der NATO - Partner die Türkei, die unter ihrem Staatspräsidenten Recep Tayip Erdogan immer weiter den Pfad von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verlässt und sich zu einer Diktatur wandelt. Doch auch die

Begründung

-mündlich-

WB-01-029 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 29 bis 30:

Präsidentschaft von Donald Trump in den USA ~~stellt den Bezugsrahmen~~ bringt große Herausforderungen für die ~~Politik des vereinigten Deutschlands seit 1990 grundlegend in Frage~~ Europäische Union und für Deutschland mit sich. Pläne für nationalistische

Begründung

Der Entwurfstext kann als allgemeine Abkehr von deutsch-US-amerikanischen Beziehungen missverstanden werden. Abgesehen davon finden wir, dass schon mit G. W. Bush ein erster Bruch der gemeinsamen Wertebasis eingetreten ist. Um hier kein Fass aufzumachen, schlagen wir diese etwas neutralere Formulierung vor, die außerdem die EU-Dimension einbezieht.

WB-01-033 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 33 einfügen:

untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Politik des ‚America First‘ widerspricht unseren grünen Zielen einer auf Verständigung und Kooperation orientierten Weltordnung. Dennoch ist es gerade jetzt wichtig, mit der Regierung und der Zivilgesellschaft der USA im Gespräch zu bleiben. Die Herausforderungen für globales

Begründung

Der Zweiklang von Ablehnung der Politik und Notwendigkeit von Dialog wird klarer herausgestellt.

WB-01-034 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 34 einfügen:

Engagement für demokratische Werte und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.

Begründung

„Globales Engagement“ ist wertneutral und wird von Anderen mit anderen Zielen verfolgt; deshalb die Präzisierung.

WB-01-034-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: Marcel Ernst (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Nach Zeile 34 einfügen:

Angesichts der derzeitigen Schwierigkeiten im europäisch-amerikanischen Verhältnis ist der Erhalt der transatlantischen Partnerschaft wichtiger denn je. Daher werden wir weiterhin eine intensive Zusammenarbeit auf Basis der universellen Menschenrechte fördern. Zudem wollen wir enger mit denjenigen Kräften innerhalb der USA zusammenarbeiten, die die transatlantische Wertegemeinschaft und die Menschenrechte verteidigen, und wollen den Austausch der Zivilgesellschaften stärken.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sophie Harper (München KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Peter Koller (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Marieluse Beck (Bremen-Mitte KV); Dieter Janecek (München KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV)

WB-01-036 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 36 einfügen:

Jahrhundert politisch friedlich und sicher, ökologisch nachhaltig, solidarisch und sozial gerecht zu

In Zeile 40 einfügen:

Gerechtigkeit empfinden und unsere Solidarität nicht an Grenzen enden lassen. Es geht um
Zusammenarbeit statt

Begründung

Der zentrale Begriff der Solidarität kommt im Entwurf im internationalen Kontext kaum vor, und dann fast ausschließlich mit Bezug auf Europa. Er soll deshalb an einigen Stellen, wo es um zentrale Werte globaler Politik geht, eingefügt werden.

WB-01-038 Welt im Blick

Antragsteller*in: Antje Westhues (Bochum KV)

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 38 einfügen:

die Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Vor allem Prävention von Menschenrechtsverletzungen bzw. -verbrechen muss global gestärkt werden, besonders den Schutz für Frauen und Kinder. Das können wir erreichen,

Begründung

Die Menschenrechtsverletzungen bzw. -verbrechen steigt massiv global an. Besonders Mädchen und Frauen leiden, trotz mancher Fortschritte, immer noch am meisten unter Menschenrechtsverletzungen bzw. -verbrechen. Unteranderm werden Frauen in Kriegen vergewaltigt, jede fünfte Frau wird in unserer heutigen Zeit von Männer bedroht, geschlagen oder sexuell missbraucht. Etwa 3 Millionen Frauen werden jedes Jahr an den Geschlechtsteilen verstümmelt. In einigen Ländern werden Todesstrafen an Kindern verhängt bzw. auch umgesetzt.

Unterstützer*innen

Karsten Finke (Bochum KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Till Hoffmann (Köln KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Angela Böselmann (Wolfenbüttel KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Andrea Bauer (Bonn KV)

WB-01-039 Welt im Blick

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 39 bis 40:

wenn wir Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und ~~unser~~
~~Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen-enden lassen~~ Gerechtigkeit als grenzüberschreitende Aufgabe
begreifen. Es geht um Zusammenarbeit statt

Begründung

Politischer Gegenstand muss eine grenzüberschreitend angelegte Politik für mehr Gerechtigkeit sein und nicht bloß das Empfinden von Gerechtigkeit.

Unterstützer*innen

Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Peter Heilrath (München KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Sara Nanni (Münster KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV); Steffen Buchsteiner (Berlin-Pankow KV); Doris Wagner (München KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV)

WB-01-040 Welt im Blick

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 40 einfügen:

Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen enden lassen. Ein geeintes Europa, muss ein Europa der Menschen sein. Deshalb müssen wir über das Europa der Nationalstaaten hinausgehen. Ein Schritt dazu ist die Weiterentwicklung der Unionsbürgerschaft in eine wirkliche Europäische Staatsbürgerschaft. Diese soll die nationalen Staatsbürgerschaften ergänzen und langfristig ersetzen. Europäische Pässe sollen außerdem nicht nur Bewohner*innen der Europäischen Union erhalten können. So könnten zum Beispiel Brit*innen auf Wunsch Europäische Pässe erhalten und als Einzelpersonen weiterhin Teil der Europäischen Union bleiben. Es geht um Zusammenarbeit statt

WB-01-040-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 40 einfügen:

Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen enden lassen. Es geht um die Verteidigung unserer Grundrechte und das Grundrecht auf Asyl, das Leben in einer lebendigen Demokratie, die sich offen, mutig und angstfrei zeigt und nicht weniger als um die Errungenschaften der europäischen Freizügigkeit. ergänzen. Es geht um Zusammenarbeit statt

WB-01-041 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 41 bis 43:

Nationalismus. ~~Wir Grünen glauben fest an die Notwendigkeit und den Vorteil multilateraler Kooperation. Mehr Sicherheit in der Welt werden wir am besten erreichen, wenn wir weiter international zusammenarbeiten und die gemeinsame europäische Demokratie stärken.~~ Wir wollen die globale Kooperation stärken und vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen Maßnahmen und Regeln für Globale Gerechtigkeit und Klimaschutz erwirken.

Die EU soll nicht nur nach innen ein Friedensprojekt sein. Es ist die gemeinsame Aufgabe der EU, der OSZE und der verschiedenen multilateralen Organisationen, eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung auf dem Boden universeller Werte zu verwirklichen. Auch dort, wo geopolitische oder bündnisstrategische Gegensätze Konsens innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft kurzfristig erschweren, bleibt mittel- und langfristig nur die Einbeziehung aller Beteiligten.

Begründung

„Multilaterale Kooperation“ ist neutral und wird von Anderen mit anderen Zielen verfolgt. Wir benennen die multilateralen Organisationen, die für uns im Zentrum stehen, und beschreiben ihre Aufgaben.

WB-01-041-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 41 bis 42:

Nationalismus. Wir Grünen ~~glauben fest an die Notwendigkeit und~~ halten multilaterale Kooperation für den Vorteil multilateraler Kooperation einzigen Weg Probleme effektiv anzugehen und Lösungen zu vereinbaren. Mehr Sicherheit in der Welt werden wir am besten erreichen, wenn wir weiter

Begründung

Glauben oder politische Überzeugung

WB-01-044 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 44:

Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr ~~globale~~ Verantwortung für den Frieden in der Welt übernimmt.
So wollen wir

Begründung

„Mehr globale Verantwortung“ ist wertneutral und wird von Anderen mit anderen Zielen verfolgt; deshalb die Präzisierung.

WB-01-044-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 44 bis 46:

Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. ~~So wollen wir endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung zur Verfügung stellen und~~ Jedoch droht der massive Aufrüstungskurs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit zu schaffen. 2 Prozent für den Verteidigungsetat statt der bisherigen 1,3 Prozent würde die Gewichte in der internationalen Politik Deutschlands extrem zum Militärischen verschieben. Ein friedens- und sicherheitspolitisch notwendiger Haushaltsansatz lässt sich sinnvoll nur für die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in der Gesamtschau bestimmen, wo bisher 16% in die Entwicklungspolitik, 10% in die Außenpolitik und mehr als 70% in die Verteidigungspolitik gehen. Diese Relationen müssen zu Gunsten der Außen- und Entwicklungspolitik verschoben werden, wobei das planmäßige Ansteuern des lange versprochenen 0,7%-Ziels in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit überfällig ist. Die Not vieler Menschen auf der Flucht und die akute Finanznot des VN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zeigen die gefährlich falsche Prioritätensetzung. Wir wollen damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu

Begründung

Der Entwurfstext verkürzt die Debatte um die Haushaltspolitik des Friedens auf zwei prominente Zahlen und wird damit der Komplexität nicht gerecht. Wir finden es außerdem nötig, dass die Relationen Zivil – Militärisch, wie sie schon jetzt Fakt sind, aufgezeigt werden. Das stärkt uns in der Ablehnung der 2%-Forderung.

WB-01-044-3 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 44 bis 46:

Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. ~~So wollen wir endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung zur Verfügung stellen und damit Schluss machen, in~~ Wir wollen Schluss damit machen,
in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu

Begründung

erfolgt mündlich

WB-01-044-4 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Dortmund

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 44 bis 46:

Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. ~~So wollen wir endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung zur Verfügung stellen und~~ Jedoch droht der massive Aufrüstungskurs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit zu schaffen. 2 Prozent für den Verteidigungsetat statt der bisherigen 1,3 Prozent würde die Gewichte in der internationalen Politik Deutschlands extrem zum Militärischen verschieben. Ein friedens- und sicherheitspolitisch notwendiger Haushaltsansatz lässt sich sinnvoll nur für die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in der Gesamtschau bestimmen, wo bisher 16% in die Entwicklungspolitik, 10% in die Außenpolitik und mehr als 70% in die Verteidigungspolitik gehen. Diese Relationen müssen zu Gunsten der Außen- und Entwicklungspolitik verschoben werden. Das planmäßige Ansteuern des lange versprochenen 0,7%-Ziels in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist überfällig. Die Not vieler Menschen auf der Flucht und die akute Finanznot des VN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zeigen die gefährlich falsche Prioritätensetzung. Wir wollen damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu

WB-01-045 Welt im Blick

Antragsteller*in: Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 45 bis 46:

endlichdauerhaft die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung zur Verfügung stellen und **damit**das, ohne die Kosten für Flüchtlinge im Inland anzurechnen. Wir machen Schluss **machend**damit, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu

Begründung

Korrektur und Präzisierung der Aussage zur ODA Quote. Deutschland hat 2016 eine ODA Quote von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung erreicht, dies aber nur unter der möglichen Anrechnung von erheblichen Kosten für Geflüchtete im Inland. Die Kosten für Unterbringung, Sprachkurse etc. können für das erste Jahr angerechnet werden. Sie betragen in 2016 sechs Milliarden Euro und machten 25 Prozent der deutschen ODA Quote aus. Wir sprechen uns gegen eine Anrechnung von Inlandskosten aus und wollen, dass die ODA Quote wirklich nur für Projekte in Ländern des globalen Südens verwendet wird.

Unterstützer*innen

Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Danny-Ralph Cäsar (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV)

WB-01-046 Welt im Blick

Antragsteller*in: Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 46 bis 52:

zur Verfügung stellen und ~~damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu exportieren. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen zu lösen oder besser noch sie zu verhindern. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Armut darf nicht nur eine Floskel sein. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein Staatsbürgerschaftsrecht der Realität anpassen muss.~~ konsequent damit Schluss machen Waffen zu exportieren. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen zu lösen oder besser noch sie zu verhindern. **Eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts lehnen wir ab und fordern eine Senkung dieser Kosten zugunsten der Friedens- und Konfliktforschung. Wir fordern eine massive Unterstützung aller zivilen Initiativen, die sich um friedenserhaltende Maßnahmen, um Konfliktvermeidung und um ernsthaftes Verständnis der unterschiedlichen Interessen aller Völker bemühen. Die Ausgaben für Friedenserhaltung und Militär müssen gleichberechtigt behandelt werden.** Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Armut darf nicht nur eine Floskel sein. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein Staatsbürgerschaftsrecht der Realität anpassen muss.

Begründung

Die B90' / Die Grünen sind eine auch aus der Friedensbewegung hervorgegangene Partei. Wir müssen uns auf unsere eigenen Grundwerte besinnen. Kriege werden seit Menschengedenken geführt, doch die brachten bekanntlich noch nie das Ergebnis, nämlich endlich Frieden zu erreichen. In den letzten Jahren haben sich bedeutende Friedens(forschungs)institutionen entwickelt, die jedoch nur sehr, sehr gering gefördert werden - wenn überhaupt. Hingegen werden für Militär und Kriegsanstrengungen unglaubliche Milliardensummen ausgegeben. Es ist an der Zeit, den Friedensinitiativen und der Konfliktforschung endlich eine deutlich verbesserte Plattform und jede Art der Unterstützung zu bieten. Wir müssen den ewigen Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen trachten.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Werner Weindorf (München KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Sabine Grützmacher (Oberberg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Ines Advena (Münster KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV)

WB-01-046-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 46:

zur Verfügung stellen. Wir wollen zunächst auf europäischer Ebene einen globalen Mindestlohn von einem US\$ pro Stunde durchsetzen, der für alle Waren und Dienstleistungen gilt, die in die EU eingeführt werden. Wir machen damit Schluss-~~machen~~, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu

Begründung

Ein globaler Mindestlohn von zunächst 1 US\$ pro Stunde würde die Entwicklungspolitik, die bisher die Geberland-Industrie und Herrschaftseliten in den Nehmerländern unterstützt, vom Kopf auf die Füße stellen: Das Geld käme direkt an der Basis an, bei den Menschen, die in der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft der Nehmerländer arbeiten. Dadurch würde auch die menschenverachtende weltweite Suche nach den billigsten Arbeitskräften aufhören.

Da die EU den weltweit größten Binnenmarkt darstellt, könnte sich kein Produzent/Anbieter dieser Regelung entziehen.

WB-01-047 Welt im Blick

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 47 einfügen:

exportieren. Eine Erhöhung des von den USA geforderten Militärausahalts auf 2 % der Wirtschaftsleistung lehnen wir ab. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen

Begründung

Erforderlich ist keine weitere Aufrüstung für einen Kalten Krieg 2.0, sondern die Beendigung von Rüstungsexporten und die humanitäre Hilfe für Menschen in Kriegs- und Krisengebiete über die UN. Dafür könnten die ca. 20 Mrd. EUR sinnvoll eingesetzt werden.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Martin Schmidt (Chemnitz KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV)

WB-01-048 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 48 bis 49:

zu lösen oder besser noch sie zu verhindern. ~~Die Bekämpfung von Fluchtursachen~~ Entwicklungspolitik kann ein wichtiger Baustein sein, um Menschen eine Lebensperspektive in ihren Ländern zu ermöglichen. Aber sie wirkt langfristig und Armut darf nicht nur eine Floskel sein dort, wo sie auf fruchtbaren Boden fällt. Eine kurzfristige Antwort auf Flüchtlingsbewegungen kann Entwicklungspolitik nicht geben. Die Androhung Entwicklungsgelder zu kürzen oder ganz zu entziehen und die Unterstützung autokratischer Regime zur Fluchtabwehr sind falsch und müssen gestoppt werden. So werden lediglich Symptome aber nicht die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft. Wer ~~trotzdem~~ vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach

WB-01-049 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 49:

~~darf nicht nur eine Floskel sein~~ muss endlich zum Leitfaden deutscher Außenpolitik werden. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach

Begründung

Unsere Vorstellungen von einer grünen Außenpolitik sollten wir positiv und konkret formulieren.

WB-01-049-2 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 49 löschen:

darf nicht nur eine Floskel sein. Wer ~~trotzdem~~ vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach

Begründung

Das "trotzdem" stellt einen falschen Bezug her – nicht die Flüchtenden fliehen trotzdem, sondern die Fluchtursachen bestehen trotzdem.

WB-01-051 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 51 bis 52:

~~muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein Staatsbürgerschaftsrecht der Realität anpassen~~

muss:wollen wir das Staatsbürgerschaftsrecht der Realität anpassen.

Begründung

Der Entwurfstext tut so, als könne ‚Deutschland‘ etwas begreifen. Das ist abwegig und eine komische Art, eine Forderung zu stellen. Die Änderung korrigiert das, ohne inhaltlich anders Position zu beziehen.

WB-01-052 Welt im Blick

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 52 einfügen:

anpassen muss.

Wir Grüne sind überzeugte Europäer*innen

WB-01-053 Welt im Blick

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 53 bis 54:

Eine starkeeinige, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was wir in einer komplexen Welt ~~der Unsicherheiten~~ brauchen. Wir Grünen wollen, dass Deutschland gemeinsam mit reformorientierten Partnerländern mehr dazu beiträgt,

Begründung

Es geht um die Balance zwischen Nationalstaat, Regionen und zentralistischen Einflüssen ! alleine nicht zu stemmen

WB-01-054 Welt im Blick

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 54:

Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir ~~Grünen wollen, dass~~ wollen die deutsche Euro- und Europapolitik solidarischer ausrichten, damit Deutschland ~~mehr~~ dazu beiträgt,

Begründung

Wir brauchen hier eine klarere Aussage!

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Liam Harrold (Hannover RV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Udo Philipp (München KV); Kai Wehneemann (Oldenburg-Stadt KV); Stefan Hintsche (München KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Sara Nanni (Münster KV); Henrike Hahn (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV)

WB-01-055 Welt im Blick

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 55 bis 57:

Europa zu einen und zu stärken. Die Europäische Union ist ~~bis heute~~ das beste Beispiel, wie supranationale Partnerschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. ~~Und sie macht damit~~ Europa ist Hoffnung: Eine Wir Grüne sind die Europapartei und stehen unbeirrt von nationalistischen und rechtspopulistischen Bestrebungen ein für ein besseres Europa für alle Bürger*innen. Wir sind überzeugt, eine friedlichere, eine bessere Welt ist möglich.

WB-01-057 Welt im Blick

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

In Zeile 57 einfügen:

macht damit Hoffnung: Eine friedlichere, eine solidarischere, eine bessere Welt ist möglich.

Begründung

Der zentrale Begriff der Solidarität kommt im Entwurf im internationalen Kontext kaum vor, und dann fast ausschließlich mit Bezug auf Europa. Er soll deshalb an einigen Stellen, wo es um zentrale Werte globaler Politik geht, eingefügt werden.

WB-EZ-01-001 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 1 einfügen:

Die weitgehende europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet:

Begründung

Der Entwurfstext suggeriert, Europa sei geeinigt. Da für uns die EU nicht mit Europa identisch ist, möchten wir „weitgehend“ ergänzen.

WB-EZ-01-001-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 1 bis 2:

~~Die~~ Wir leben, lernen und arbeiten in einem grenzenlosen Europa. Wir können in der EU glauben was, und lieben, wen wir wollen. Wir Grüne wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für alle erfahrbar machen. Wir verreisen in andere Mitgliedstaaten, verbringen Zeit mit unseren europäischen Freund*innen. Für Millionen Europäer*innen ist dieses Zusammenleben Alltag. Wir stehen für dieses Zusammenleben in Einheit und Vielfalt, wir stehen für diesen European Way of Life.

Die europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus; und *nie wieder Krieg*. Diese Leistung einiger Generationen

WB-EZ-01-001-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 1 bis 8:

Die europäische Einigung ist eine ~~wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus, nie wieder Krieg. Diese Leistung einiger Generationen von Europäerinnen und Europäern darf nicht gefährdet werden. Leider ist sie heute wieder sehr umstritten; rechtsnationalistische Bewegungen und Parteien stellen sie ganz in Frage. Es erfordert neues Engagement, um sie zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür stehen wir Grünen. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und weiter den Weg der europäischen Integration geht. Denn die Europäische Union ist unser Zuhause.~~ historische Errungenschaft. Sie bedeutet Zusammenarbeit statt Nationalismus und innereuropäischen Frieden. Wir Grünen halten allen national populistischen Widerständen zum Trotz an dem europäischen Einigungsgedanken fest und wollen die Einigung Europas weiterführen und vollenden.

Begründung

Dieser Absatz leitet die folgende Umgestaltung bis zu Zeile 68 ein. Der vorgelegte Antragstext ähnelt einem Essay ohne programmatisch ein Ziel, das wir ansteuern, zu formulieren. Mein Vorschlag ist klar strukturiert.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Robin Luge (Harz KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

WB-EZ-01-001-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Pascal Renaud (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 1 einfügen:

Die europäische Einigung als Zusammenschluss von Staaten, Regionen, Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürgern ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet:

Begründung

Die Bürgernähe der EU gilt es zu betonen und weiter zu stärken. Dafür ist das Subsidiaritäts-Prinzip zentral. Auch in einem geeinten Europa werden auf allen Ebenen Entscheidungen getroffen und Bürger*innen können demokratisch mitentscheiden. Beim Brexit-Entscheid spielte die Debatte über den Einfluss nationaler und lokaler Parlamente eine Rolle.

Unterstützer*innen

Oliver Eberz (Frankfurt KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Burkhard Schwetje (Frankfurt KV); Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Julia Hassemer (Frankfurt KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); David Kreitschmann (Darmstadt KV); Eilika Freund (Frankfurt KV); Nils Schlich (Frankfurt KV); Hannah Jaberg (Frankfurt KV); Karola Marie Küll (Frankfurt KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Michael Hack (Wetterau KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV)

WB-EZ-01-005 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 5 einfügen:

Es erfordert neues Engagement, um sie zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür gehen tausende Europäer*innen auf die Straße und dafür stehen wir

WB-EZ-01-009 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 9 bis 16:

~~Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen, Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. Heute ist die Europäische Union ein Garant für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer innerhalb der EU grenzenlos reisen, studieren, arbeiten und leben, wir können glauben, was, und lieben, wen wir wollen. Wir Grünen wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für alle erfahrbar machen.~~ Europa ist kein Markt, sondern der Wille zusammen zu leben. Europa bedeutet Frieden, der nach der Zerstörung Europas in zwei Weltkriegen erhalten geblieben ist. Europa ist die deutsch-französische Versöhnung, genauso wie die Freiheit in Griechenland, Spanien und Portugal. Europa ist der Fall der Berliner Mauer und das Ende des Warschauer Paktes. Europa bedeutet Wohlstand, Demokratie und Freiheit. Europa garantiert Menschenwürde und Grundrechte, ohne die wir nicht leben wollen. Wir wissen welche Anziehungskraft Europa auf viele Menschen in der Welt ausübt.

Begründung

2. Teil bis Zeile 67

Der neue Text ist ein leidenschaftliches Bild, dessen was Europa erreicht hat und, dass für uns Europa mehr als ein Markt ist.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Robin Luge (Harz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

WB-EZ-01-010 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 10 bis 11:

Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. Heute ist die Europäische Union ~~ein-Garante~~eine
Garantin für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie,

Begründung

Die Europäische Union ist eine Sie!

WB-EZ-01-010-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 10 einfügen:

Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich weitgehend überwunden. Heute ist die Europäische Union ein

Begründung

Der Entwurfstext suggeriert, Europa sei befriedet. Da für uns die EU nicht mit Europa identisch ist, möchten wir „weitgehend“ ergänzen. Denn leider gibt es in Europa sehr wohl Unfrieden und Feindseligkeiten.

WB-EZ-01-010-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 10 bis 16:

Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. ~~Heute ist die Europäische Union ein Garant für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer innerhalb der EU grenzenlos reisen, studieren, arbeiten und leben, wir können glauben, was, und lieben, wen wir wollen. Wir Grünen wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für alle erfahrbar machen.~~ Heute ist die Europäische Union eine Garantin für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Menschenrechte, Toleranz, soziale Marktwirtschaft, das sind die Grundlagen der Europäischen Union.

Begründung

Streichungen wurden in den ersten Absatz aufgenommen.

WB-EZ-01-010-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Thomas R. Diehl (Mönchengladbach KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 10 bis 11:

Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. ~~Heute ist~~ Am 8. Mai 1945 begann mit der Befreiung vom Nationalsozialismus eine Entwicklung, die in die Europäische Union ein ~~Garant~~ mündete. Sie ist heute Garantin für ~~den~~ Frieden und für unsere europäischen Werte: Freiheit, Gleichheit, Demokratie,

Begründung

Im Falle einer Debatte über einen gemeinsamen europäischen Feiertag sollte der Tag der Befreiung auch von unserer Seite als herausragendes historisches Datum gefallen sein.

Unterstützer*innen

Werner Hager (Rhein-Berg KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Conen (Aachen KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Christian-Hubertus Wolzenburg (Hagen KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Diana Siebert (Köln KV); Paul Nellen (Hamburg-Mitte KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV)

WB-EZ-01-010-5 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 10 bis 11 löschen:

Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. ~~Heute ist die Europäische Union ein Garant für den Frieden und für unsere europäischen Werte.~~ Freiheit, Gleichheit, Demokratie,

Begründung

- mündlich-

WB-EZ-01-011 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 11:

Garant für den Frieden und für unsere **europäischen**universellen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie,

Begründung

Europäische Werte, wie sie hier gemeint sind, könnte als Vereinnahmung eigentlich universeller Werte missverstanden werden.

WB-EZ-01-012 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 12 einfügen:

Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde,
Menschenrechte, Toleranz,

WB-EZ-01-012-2* Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 12 bis 13:

Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, ~~das sind~~
bleiben die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer

WB-EZ-01-013 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 13:

das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir **Europäerinnen**Unionsbürgerinnen und **Europäer**Unionsbürger

Begründung

Die Menschen im westlichen Balkan und in Teilen Osteuropas profitieren noch nicht von der europäischen Reisefreiheit.

WB-EZ-01-013-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 13:

~~das sind~~bleiben die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer

Begründung

-mündlich-

WB-EZ-01-016* Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 16 einfügen:

alle erfahrbar machen. Wir treten für eine aktive europäische Minderheitenpolitik und insbesondere den Schutz der Sinti und Roma ein. Kultur und Sprache der Sinti und Roma sind ein wertvoller Teil der europäischen Kultur. Im Wissen um die historische Verantwortung Deutschlands werden wir sie fördern und Antiziganismus bekämpfen.

WB-EZ-01-017 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 17 bis 25:

~~Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union umso mehr. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Armut, Krieg und Terrorismus, Korruption und Fluchtursachen, die Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt. Wir können all das nur mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie ist die demokratische Antwort auf die Globalisierung. Auch deshalb sind und bleiben wir Grünen überzeugte Europäerinnen und Europäer.~~
Europa ist eine gemeinsame Idee, die wir groß denken und weiterführen wollen. Wir sind den Weg der europäischen Einigung noch nicht zu Ende gegangen. Wir wissen, dass es sich für Beteiligten lohnen wird, diesen Weg weiter zu gehen. Unser politisches Ziel ist es, die Vereinigung Europas zu vollenden und die Vereinigten Staaten von Europa zu konstituieren.

Die vereinigten Staaten von Europa werden föderal strukturiert sein und den Regionen weitestgehend Autonomie gewährleisten. Das europäische Parlament wird als höchstes Organ politischer Macht in freien Wahlen gewählt und eine europäische Regierung wählen. Das Parlament und der europäische Gerichtshof werden die Rechtmäßigkeit des Handelns der europäischen Regierung kontrollieren.

Begründung

Statt weiter Essay habe ich die konkrete Utopie, die wir anstreben benannt. Ich möchte damit erreichen, dass wir uns als europäische Partei profilieren, die die Vollendung der europäischen Einigung im Herzen trägt

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)

WB-EZ-01-020 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 20 bis 21:

sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Armut, Hunger, Krieg und Terrorismus, Korruption ~~und Fluchtursachen~~, die Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für die

Begründung

In der Aufzählung fehlte ‚Hunger‘. ‚Fluchtursachen‘ ist ein Sammelbegriff für die Dinge, die wir hier schon genannt haben, und als Schlagwort nicht wirklich sinnvoll, weil es die Komplexität von Flucht und Migration (!) verschleiert.

WB-EZ-01-021 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 21 einfügen:

Korruption und Fluchtursachen, die gerechte Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für die

Begründung

Europäische Zusammenarbeit ist nicht dafür da, europäische Hegemonialansprüche zu zementieren. Wir können und müssen die Globalisierung mitgestalten, aber stets mit dem Anspruch, sie gerecht zu gestalten; Stichwort faire Handelsabkommen usw.

WB-EZ-01-023 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 23:

mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie ~~ist die~~ermöglicht eine demokratische ~~Antwort auf~~
~~die~~Gestaltung der

WB-EZ-01-023-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 23 bis 24:

mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie ~~ist die~~mus die demokratische Antwort auf die ~~Globalisierung~~wirtschaftliche Globalisierung sein. Auch deshalb sind und bleiben wir Grünen überzeugte Europäerinnen und

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Steng (Starnberg KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Kai Bojens (Stade KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Karl Bär (Miesbach KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antje Westhues (Bochum KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV)

WB-EZ-01-025 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 25 einfügen:

Europa verstehen und Europa schätzen kann man besser, wenn man Europa selbst erlebt. Junge Menschen müssen die Chance haben, Europa kennenzulernen, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Wir werden dafür sorgen, das bestehende Programme zum Austausch in andere europäische Länder deutlich ausgebaut werden. Außerdem soll jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger ein Interrailticket zum 18. Geburtstag erhalten, um Europa selbst erleben zu können.

Begründung

Ein Interrailticket wäre ein wichtiger Impuls für mehr europäische Identität und eine Forderung, die dazu geeignet ist, wieder mehr junge Menschen für Europa zu begeistern.

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Melanie Lang (Rems/Murr KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Danyal Bayaz (Heidelberg KV); Alexander Maier (Göppingen KV); Lena Christin Schwelling (Ulm KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Sophie Harper (München KV); Marcel Rohrlack (München KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Sebastian Mann (Tübingen KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-EZ-01-026 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 26 einfügen:

Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer, solidarischer,

Begründung

Der zentrale Begriff der Solidarität kommt im Entwurf im internationalen Kontext kaum vor, und dann fast ausschließlich mit Bezug auf die Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU. Er soll deshalb an einigen Stellen, wo es um zentrale Werte globaler Politik geht, eingefügt werden.

WB-EZ-01-026-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 26 einfügen:

Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie weiterentwickeln und
sozialer,

WB-EZ-01-026-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 26 bis 29:

~~Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer, ökologischer und demokratischer machen. Gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung, Willfährigkeit gegenüber starken Lobbys und autoritäre Tendenzen nehmen wir nicht hin. Wir Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt.~~ Die Regierung der Vereinigten Staaten von Europa wird Europa eine Stimme geben, die auf dem europäischen Kontinent als Garant für Frieden und Wohlstand wirken wird, jenseits nationalistischer Vorbehalte und Egoismen.

Begründung

Änderung Teil 4

Der Absatz verdeutlicht den emanzipatorischen Charakter der Vollendung der europäischen Einheit und ihr idealistisches Ziel und benennt die Ursachen für die Dauerkrise mit zwei Worten.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Michah Weissinger (Gelsenkirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

WB-EZ-01-027 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Pascal Renaud (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 27 einfügen:

ökologischer und demokratischer machen. Wir wollen ein Europa, das allen Menschen Chancen eröffnet.
Gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung,

Begründung

Die Legitimität der EU steht und fällt mit der Frage, ob die europäische Einigung ihren Bürger*innen Perspektiven auf ein gutes Leben bietet. Die Chancengerechtigkeit ist hierfür ein wichtiges Konzept, das bislang im Kapitel fehlt. Es bezieht sich sowohl auf Bürger*innen im engeren Sinne als auch auf Migrant*innen und Flüchtlinge ohne europäische Staatsbürgerschaft.

Unterstützer*innen

Oliver Eberz (Frankfurt KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Burkhard Schwetje (Frankfurt KV); Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Julia Hassemer (Frankfurt KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); David Kreitschmann (Darmstadt KV); Eilika Freund (Frankfurt KV); Nils Schlich (Frankfurt KV); Hannah Jaberg (Frankfurt KV); Karola Marie Küll (Frankfurt KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Sara Nanni (Münster KV); Michael Hack (Wetterau KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV)

WB-EZ-01-029 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Ansbach

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 29 einfügen:

Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt.

„Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU stärker machen, wo gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Die Leute wollen gut regiert und das heißt auch, sie wollen so wenig wie möglich regiert werden! Die eine Grundvoraussetzung dafür ist, daß die Dinge dort entschieden werden, wo sie am Besten beurteilt und geregelt werden können. Das klassische Subsidiaritätsprinzip. Dafür setzen wir uns ein.

Begründung

Wir Grünen bekennen uns zum klassischen Subsidiaritätsprinzip, dies sollte als Klarstellung auch im Wahlprogramm enthalten sein.

WB-EZ-01-029-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 29 einfügen:

Den europäischen Zusammenhalt erlebbar machen Die Europäische Union wird zu wenig als Gemeinschaft miteinander verbundener Menschen wahrgenommen. „Einheit in Vielfalt“ lautet das Motto der Europäischen Union. Wir wollen diese Einheit in Vielfalt erlebbar machen. Jede Europäerin und jeder Europäer soll zu seinem 18. Lebensjahr einen Gutschein für ein Interrail-Ticket geschenkt bekommen, um die Europäische Union, ihre Vielfalt und ihre Menschen besser kennenzulernen zu können. Interrail kann Vorurteile abbauen, Toleranz fördern und fremde Menschen zu Freunden werden lassen. Die Europäische Kommission hat hier 2017 versäumt, zum 60. Jubiläum der römischen Verträge ein Zeichen für den europäischen Zusammenhalt zu setzen. Andere Kulturen, Sitten und Bräuche kennenzulernen leistet einen wichtigen Beitrag für die Herausbildung von Respekt und Toleranz, der Grundlage für ein vereintes Europa.

Begründung

In der politischen Wissenschaft und auch in der Öffentlichkeit wird seit langem die These vertreten, die Europäische Union habe ein Demokratiedefizit, welches sich aufgrund einer fehlenden europäischen Identität auch nicht beheben lasse. Das Erleben der europäischen Vielfalt, Respekt vor und Toleranz für andere Sprachen und Kulturen kann die Grundlage für eine solche europäische Identität sein. Mit dem Gutschein für ein Interrailticket haben wir einen konkreten Vorschlag, wie wir die Akzeptanz der europäischen Union verbessern wollen. Auch wenn der Gutschein für das Interrail-Ticket kein ursprünglich Grüner Vorschlag ist, lohnt es sich diese Idee aufzunehmen und weiterzuverfolgen.

WB-EZ-01-029-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Hermann Stubbe (Steinfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 29 einfügen:

Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt. Unser langfristiges Ziel ist es, die europäische Einigung mit der Gründung der Republik Europa zu ihrem Ziel zu führen und die Ära der heutigen Nationalstaaten in Europa zu beenden. Diese föderale Republik mit einer europäischen Verfassung soll mit zwei Kammern - dem einheitlich gewählten Europaparlament und der Kammer der Regionen nicht nur eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, sondern auch ein gemeinschaftliches Steuer- und Sozialsystem verwirklichen.

Begründung

Die EU ist mittlerweile an einem Punkt angekommen, an dem der Spagat zwischen Nationalstaaten und supranationaler Politik immer weniger funktioniert. Es wird Zeit, die Finalitätsfrage der europäischen Einigung zu stellen: Wo wollen wir mit Europa hin? Was ist das Ziel?

Nur eine echte gemeinsame europäische Demokratie ist in der Lage, die Herausforderungen in Europa zu meistern. Nur wenn es vollständige demokratische Gremien und Strukturen gibt, die - wie in jeder echten Demokratie - durch Verhandlungen und Mehrheitsentscheidungen gemeinschaftlich gewählter Volksvertreter*innen bestimmt werden, kann das gemeinsame Interesse der Bürger*innen verwirklicht werden. Stellen wir uns einmal vor, Deutschland würde noch immer aus 16 selbstständigen Staaten bestehen, die zuerst ihre nationalen Interessen verfolgten, so wird deutlich, wie wichtig eine gemeinsame republikanische Ordnung ist. Europa ist heute viel zu sehr in den nationalen Interessen der Mitgliedsländer gefangen.

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guerot, die auf der BDK in Hannover 2012 eine großartige Rede hielt, hat die Idee der Republik Europa in ihrem Buch "Warum Europa eine Republik werden muss - Eine politische Utopie" überzeugend dargestellt.

Wir Grünen können mit dieser Forderung den Mut zeigen, als erstes diesen revolutionären, wenn auch schlicht notwendigen Schritt gehen zu wollen.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Joël Back (Münster KV); Karl Reinke (Steinfurt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Anja Cäsar (Krefeld KV); Jan Seemann (Münster KV); Niklas Gessner (Solingen KV); Marc Kersten (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Florian Wüpping (Münster KV); Benjamin Pause (Solingen KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Violetta Schulz (Steinfurt KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Markus Wagener (Köln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Benedikt Pleie (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Herbert Breidenbach (Steinfurt KV); Olaf Renk (Steinfurt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

WB-EZ-01-030 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 30:

~~Für ein starkes Europa~~ ~~gegen Spaltung und autoritäre Tendenzen~~ Die Stärke Europas liegt im Miteinander

Begründung

Teil 5

Statt immer zu sagen wir sind für Europa oder wir wollen ein starkes Europa benenne ich in der Zwischenüberschrift, worin die Stärke besteht

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

WB-EZ-01-031 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 31 bis 34:

Die Erfolge der niederländischen Grünen und die Wahl des überzeugten Europäers Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten von Österreich hathaben gezeigt, wie man mit einem klaren europäischen Kurs Menschen überzeugen kann. Wir lassen uns vom Ausgang des Brexit-Referendums und den Erfolgen der Rechtspopulisten nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte und unserenden von weiten Teilen der Gesellschaft gelebten European Way of Life ein.

WB-EZ-01-031-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 31 bis 34:

~~Die Wahl des überzeugten Europäers Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten von Österreich hat gezeigt, wie man mit einem klaren europäischen Kurs Menschen überzeugen kann. Wir lassen uns vom Ausgang des Brexit-Referendums und den Erfolgen der Rechtspopulisten nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte und unseren European Way of Life ein.~~ Wir Grünen nehmen die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernst, die in zunehmendem Rechtspopulismus wahrnehmbar sind. Die Vorbehalte gegen Europa sind Vorbehalte gegen Institutionen der EU, die intransparent Entscheidungen treffen und sich zunehmend von der Bevölkerung entfremden.

Wir wollen überall dort, wo es möglich ist, eine Kompetenzverlagerung zu den Regionen bzw. zu den ehemaligen Nationalstaaten. Diese Rückverlagerung der politischen Kompetenz entspricht dem grünen Prinzip, Entscheidungen demokratisch und transparent am Ort der Betroffenen stattfinden zu lassen. So hat die Bevölkerung größtmögliche Einflussmöglichkeiten auf das politische Geschehen, das sie betrifft. Das Europarecht stellt dafür mit dem Subsidiaritätsprinzip das Instrumentarium bereits zur Verfügung.

Begründung

Staat den Zittersieg von Van der Bellen als Erfolgsgechichte zu verkaufen, was absurd ist, weil die Knappheit des Ergebnisses das Ausmaß der europäischen Krise zeigt.

Ich nehme im 6. Änderungsantrag die Ängste der Bevölkerung auf vor den zunehmenden Entfernung der Politik aus dem überschaubaren Raum und stelle diesen das Subsidiaritätsprinzip entgegen, also den Gedanken, mit jedem Schritt der Einigung und Znetralisierung politischer Macht, auch die nicht notwendigen Kompetenzen zurück in die Region zu geben.

Unterstützer*innen

Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Michah Weissinger (Gelsenkirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Regina Klünder (Kiel KV); Annabelle Wolfsturm (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

WB-EZ-01-034 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 34 löschen:

nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte ~~und unseren European Way of Life~~ ein.

Begründung

Die Referenz auf den American Way of Life finden wir befremdlich. Zudem: Wie sollte sowas aussehen? Der Satz ist ohne diesen Einschub deutlicher!

WB-EZ-01-034-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 34 bis 45:

Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Oberste Priorität in den Verhandlungen muss eine starke Europäische Union sein. Der Zusammenhalt der EU 27 und die Interessen der Mitgliedstaaten haben zweifelsfrei Priorität vor dem Einzelinteresse des Vereinigten Königreichs.. Einen britischen „Austritt à la carte“ gilt es auszuschließen. Ein freier Zugang zum EU-Binnenmarkt darf wie bisher nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit des Europarechts, die Rechtssetzung und Jurisdiktion der Gemeinschaftsorgane und die Geltung aller vier Grundfreiheiten insbesondere der Personenfreizügigkeit gewahrt bleiben. Europa zusammenzuhalten wird in den Verhandlungen die Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Dazu gehört, dass Deutschland in den Verhandlungen für den neuen Finanzrahmen der EU ab 2021 bereit ist auch mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Dogma von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, die EU dürfe nicht mehr als 1% ihrer Wirtschaftsleistung ausgeben, muss Schluss sein, wenn die EU nach dem Brexit überhaupt noch handlungsfähig sein soll. ~~Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben.~~ Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Darüber hinaus stellen wir klar: Unsere Tür bleibt offen. Die Europäische Union bleibt ein Projekt des Friedens und Zusammenwachsens. Deshalb reichen wir allen die Hand, die weiterhin unter dem Dach der EU gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir

Begründung

Es ist entscheidend, dass wir klare inhaltliche Linien für die Positionierung Deutschland in den Brexit-Verhandlungen beschreiben. Neben den bisherigen Positionen zu Zugang zum Markt und den Grundfreiheiten sollten wir uns auch trauen über das Geld zu reden. Am EU-Haushalt hängen überall in Europa, aber vor allem in den wirtschaftlich schwächeren Regionen viele Investitionen und Fördermaßnahmen mit Nähe zum Arbeitsmarkt.

Die finanziellen Wirkungen des Brexit sind bisher vor allem für die Zeit bis 2020 in der Debatte. Aber auch darüber hinaus bleiben Folgewirkungen. Zunächst muss die EU und die Breg klar machen, dass London auch nach dem Ende des derzeitigen mittelfristigen Finanzrahmens Ende 2020 alle politisch und rechtlich

bereits eingegangenen Verpflichtungen bedienen muss.

Aber: Auch wenn man das alles einrechnet, ergeben sich finanzielle Auswirkungen auf den EU-Haushalt. Aufgrund der relativ größeren Wirtschaftsleistung des UK verändert sich die gesamte Rechengrundlage für das EU-Budget, so dass alleine dadurch rein rechnerisch etwa 10 Mrd Euro im Jahr rechnerisch fehlen, gemessen am Maßstab der Obergrenze des Ausgabenrahmens der EU von 1,23 Prozent. Gemessen am konkreten Zahlungsziel der Mitgliedstaaten von 1% wären das sogar rund 25 Mrd. Euro. Der Versuch die gesamte Fehlsomme einzusparen garantiert, die EU in den Verhandlungen mit UK auseinanderzutreiben würde.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Terry Reintke (Gelsenkirchen KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Andreas Reichel (Hamburg-Eimsbüttel KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Peer Kaeding (Hamburg-Altona KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV)

WB-EZ-01-034-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 34 einfügen:

Der Wahlsieg der Grünen in Litauen, das fulminante Ergebnis der Grünen bei den Wahlen in den Niederlanden und in Finnland belegen: Grüne Ideen werden stärker in Europa. Wir wollen die Bundestagswahl in Deutschland nutzen, um diesen Trend fortzusetzen und die Europäerinnen und Europäer für eine bessere Zukunft zu mobilisieren.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Kai Bojens (Stade KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV)

WB-EZ-01-035 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 35 einfügen:

Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch Solidarität,

Begründung

Der zentrale Begriff der Solidarität kommt im Entwurf im internationalen Kontext kaum vor, und dann fast ausschließlich mit Bezug auf die Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU. Er soll deshalb an einigen Stellen, wo es um zentrale Werte globaler Politik geht, eingefügt werden.

WB-EZ-01-035-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 35 bis 47:

~~Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen. Zu einem gemeinsamen europäischen Staat gehört unabdingbar ein fairer Ausgleich der Lasten. Der Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen ist ebenso notwendig wie das Schließen der Schere zwischen Arm und Reich in den Regionen. Die Probleme des Südens sind auch die des Nordens, die des Ostens sind die des Westens und umgekehrt.~~

Die Vereinigten Staaten von Europa werden ein wirtschaftliches Miteinander proklamieren, das gemeinsam Steuern und soziale Mindeststandards einschließt. Die notwendigen wirtschaftlichen Reformen werden sich am Dreiklang ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit sowie struktureller Reformen orientieren. Sie werden Investitionen ermöglichen, die die Armut schaffende Austeritätspolitik beenden kann. Wir wollen ein Europa des Ausgleichs ohne Steueroasen und Bankenherrschaft.

Begründung

Teil 7 meiner Änderung

statt die Folgen des Brexits, den ich im nächsten Absatz auch kurz aufnehme, schildere ich das, was ein gemeinsames Europa uasmachen wird, den fairen Ausgleich, einheitliche Wirtschafts-, Sozial- und Steuergesetze und das Ende der Austeritätspolitik.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

WB-EZ-01-038 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 37 bis 38 löschen:

alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. ~~Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa.~~ Dem Wunsch der

Begründung

Entweder, der Satz ist eine überflüssige Tatsachenfeststellung, nämlich wenn man davon ausgeht, dass mit Europa der Kontinent Europa gemeint ist. Die Zugehörigkeit der Brit*innen hat sich ja durch den Brexit nicht geändert. Oder, wenn die EU gemeint ist, dann wäre das ein Satz von herausragender Bedeutung, deren Implikationen für unsere Forderungen zur EU-Staatsbürgerschaft und Angeboten an die Brit*innen nicht umfassend genug in der Partei diskutiert wurden.

WB-EZ-01-040 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sophie Harper (München KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 40 einfügen:

bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Ehemalige Gebiete der EU sollen bei der Bearbeitung der Einbürgerungsanträge bevorzugt werden. Wir werden uns darum auch in

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Marcel Rohrlack (München KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Peter Heilrath (München KV); Antje Wagner (München-Land KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Arne Brach (München KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Samuel Moser (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Hermann Josef Brem (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV)

WB-EZ-01-040-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 40 einfügen:

bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Ein geeintes Europa muss ein Europa der Menschen sein. Deshalb müssen wir über das Europa der Nationalstaaten hinausgehen. Ein Schritt dazu ist die Weiterentwicklung der Unionsbürgerschaft in eine wirkliche Europäische Staatsbürgerschaft. Diese soll die nationalen Staatsbürgerschaften ergänzen und langfristig ersetzen. Europäische Pässe sollen außerdem nicht nur Bewohner*innen der Europäischen Union erhalten können. So könnten zum Beispiel Brit*innen auf Wunsch Europäische Pässe erhalten und als Einzelpersonen weiterhin Teil der Europäischen Union bleiben. Wir werden uns darum auch in

WB-EZ-01-042 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 42 bis 47:

einsetzen. ~~Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen.~~ Allerdings kann es einen Zugang zum Binnenmarkt nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben. Denn die Freizügigkeit von Personen ist für uns unverhandelbare Voraussetzung für den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Begründung

Die Freiheit der Menschen hat für uns Priorität vor freiem Handel und Kapitalfluss. Das sollten wir hier deutlich machen.

Unterstützer*innen

Albert Hartl (Fürstfeldbruck KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Sebastian Reiter (Fürstfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV)

WB-EZ-01/1 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 42 bis 45:

einsetzen. Allerdings gehören die vier ~~europäischen Grundfreiheiten~~ Grundfreiheiten der EU, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für ~~Europäerinnen und Europäer~~ EU-Bürger*innen geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir

Von Zeile 48 bis 50:

Wir wollen Europadie EU zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Denn die Differenzen innerhalb der Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige andere ~~europäische~~ EU-Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu

In Zeile 56:

glauben, dass wir Europadie EU wieder zusammenbringen können, wenn Deutschland bereit ist, zum

Von Zeile 64 bis 66:

auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung Europasder EU. Wir brauchen einen ~~europäischen~~ Paradigmenwechsel in der EU weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. EuropaDie EU braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und

In Zeile 69:

Deal für Europadie EU. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der

Von Zeile 75 bis 76:

für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen. Junge Menschen überall in Europader EU sollen wieder spüren, dass Europadie EU sie nicht alleine lässt. Das finanzieren wir über einen

Von Zeile 87 bis 92:

EuropasDie Demokratie in der EU lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf ~~europäischer~~ EU-Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das eEuropäische Parlament sind zu wenig in ~~europäische~~ Entscheidungen der EU einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort ~~europäischer~~ von Entscheidungen der EU soll

In Zeile 100:

einer ~~europäischen~~ EU-Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.

In Zeile 107:

Die ~~europäischen~~ Bürgerinnen und Bürger der EU erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-,

In Zeile 156:

Jugendgarantie endlich um: Alle jungen ~~Europäerinnen und Europäer~~ EU-Bürger*innen erhalten spätestens vier

In Zeile 159:

EU-Europäisches Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.

WB-EZ-01-043 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 43:

von ~~Waren~~, Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Die EU ist ein Projekt der offenen Grenzen und Zugang

WB-EZ-01-045 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 45 einfügen:

Europäer geben. Die Zukunft gehört der Jugend. Wir wollen, dass Austausch zwischen Großbritannien und der EU in den Bereichen Jugend, Wissenschaft und Kultur nach dem Austritt weiter gefördert und intensiviert werden. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir

WB-EZ-01-047 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sophie Harper (München KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 47 einfügen:

ermöglichen. Ferner möchten wir uns für die individuelle Möglichkeit der Britinnen und Briten, die dauerhaft in einem anderen EU Mitgliedsland leben oder arbeiten, einsetzen, die Unionsbürgerschaft zu behalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Marcel Rohrlack (München KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Peter Heilrath (München KV); Antje Wagner (München-Land KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Arne Brach (München KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Samuel Moser (München KV); Benjamin Adjei (München-Land KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Philip Montasser (München KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Hermann Josef Brem (München KV)

WB-EZ-01-047-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 47 einfügen:

Wenn wir regieren, wird das eine unserer Prioritäten.

Unterstützer*innen

Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV)

WB-EZ-01-048 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 48 bis 60:

~~Wir wollen Europa zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Denn die Differenzen innerhalb der Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige andere europäische Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu unterstützen. Auch wir sind entsetzt, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir Grünen machen uns stark für ein Europa, das zusammenhält und in dem die einzelnen Staaten und Bewohner*innen gegenseitige Solidarität zeigen. Dazu braucht es auch und gerade ein Umdenken vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Wir glauben, dass wir Europa wieder zusammenbringen können, wenn Deutschland bereit ist, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. Es kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.~~ Die vereinigten Staaten von Europa werden ein Garant für den inneren und äußeren Frieden sein. Wir wollen eine unabhängige europäische Sicherheitsstruktur entwickeln, zu der wir unsere Nachbarn ohne Vorbedingungen einladen. Wir wollen den Traum eines europäischen Hauses verwirklichen, wie ihn Michail Gorbatschow in Straßburg und Helsinki entworfen hat. Wir wollen diesen Traum auch gemeinsam mit unseren russischen und türkischen Nachbarn verwirklichen, unabhängig von ihren gesellschaftspolitischen, kulturellen und religiösen Vorstellungen.

Der Brexit lehrt uns, dass es möglich ist, in der Geschichte rückwärts zu gehen. Wir Grünen aber wollen in der europäischen Geschichte einen mutigen Schritt nach vorn gehen und den europäischen Traum Wirklichkeit werden lassen.

Wir wissen, dass wir diesen Schritt nur gehen können, wenn sich dafür Länder zusammenschließen, die bereit sind, auf nationale Souveränität zu verzichten. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten ist kein Hindernis, sondern die logische Voraussetzung für die Vollendung der europäischen Einheit. Mit dem Vollzug der europäischen Einigung wird diese allen europäischen Ländern, die mehr Zeit brauchen, ein Beispiel geben können, dass der Verzicht auf nationale Egoismen nicht der Grund der europäischen Krise, sondern Teil ihrer Lösung ist.

Wir wollen die Vollendung der europäischen Einheit, indem wir die Vielfaltigkeit der unterschiedlichen Regionen und Kulturen fördern und Europa leben und blühen lassen. Europa ist kein Markt, sondern der Wille zusammen zu leben.

Begründung

Statt „.. das wird nicht einfach“, oder „auch wir sind frustriert“, „auch wir sind entsetzt“ ...

im im ersten Absatz des 8. Teils die europäische Sicherheitsarchitektur, die natürlich für alle Nachbarn offen stehen muss, soll sie nicht große Angst erzeugen. Dafür wird und muss die die Vereinigung Europas der Motor sein.

Ich gehe auch kurz auf den Brexit ein, dessen logische Folge ja die Vollendung der europäischen Einheit sein sollte.

Und schließlich die Notwendigkeit, diesen Prozess tatsächlich in zwei Geschwindigkeiten zu denken. Anders wird es nicht möglich sein. Und es ist notwendig, den nächsten großen Schritt zu gehen.

Wenn wir in der außenpolitischen Debatte vorkommen wollen, müssen wir voraus denken und vor allem unser politisches Ziel ohne Angst konkret benennen. Die allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung braucht eine große Idee, die, wenn sie gedacht wird, auch schneller erreicht werden kann, als sich Viele vorstellen können.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Annabelle Wolfsturm (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Robin Luge (Harz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV)

WB-EZ-01-049 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 49 bis 51:

innerhalb der ~~Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige andere europäische Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu unterstützen. Auch wir sind entsetzt~~EU sind groß. Wir arbeiten darauf hin, dass alle europäischen Mitgliedsstaaten eine solidarische Flüchtlingspolitik unterstützen. Wir wollen wieder offene Grenzen im Schengenraum. Auch wir sind empört, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die

WB-EZ-01-051 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 51 einfügen:

unterstützen. Wir waren aber auch frustriert, als Merkel über Jahre eine solidarische Aufnahme von Flüchtlingen blockierte und die Staaten mit EU-Außengrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen allein gelassen hat. Auch wir sind entsetzt, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die

Begründung

Das gehört dazu!

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Liam Harrold (Hannover RV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Kai Wehneemann (Oldenburg-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Stefan Hintsche (München KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Sara Nanni (Münster KV); Henrike Hahn (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV)

WB-EZ-01-052 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 52 einfügen:

Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Antimanzipatorische Tendenzen, die sich, wie zum Beispiel in Polen und Irland, gegen die sexuelle Selbstbestimmung richten, sind für uns nicht akzeptabel. Dagegen stellen wir uns. Wir stehen solidarisch mit allen Frauen und LGBTIQ in Europa, die für ihre Rechte kämpfen. Wir Grünen machen

WB-EZ-01-052-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 52 einfügen:

Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir wollen deswegen, dass die EU Grundrechtecharta in Zukunft auch für alle nationalen Gesetze und Entscheidungen gilt und einen europäischen Grundrechtemechanismus einführen. Wir Grünen machen

Begründung

Die EU hat eine wunderbare Grundrechtecharta. Sie muss endlich auch für nationale Gesetze gelten wenn es und damit Ernst ist, dass die EU für Menschenrechte und Demokratie steht.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Liam Harrold (Hannover RV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sara Nanni (Münster KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Henrike Hahn (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV)

WB-EZ-01-054 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 54 bis 55:

Bewohner*innen gegenseitige Solidarität zeigen. ~~Dazu braucht es auch und gerade ein Umdenken vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung.~~ Gerade als Partei, die aus der Emanzipationsbewegung entstanden ist, sind wir Teil einer lebendigen solidarischen Zivilgesellschaft, die in ganz Europa der Europäischen Idee neuen Schwung verleiht. Ein Europa der aktiven Bürger*innen ist für uns ein wichtiges Korrektiv zum Europa der Staaten. Daher unterstützen wir die vielfältigen proeuropäischen Bürger*innenbewegungen in ganz Europa, die sich zumeist gegen rückwärtsgewandte Gesellschaftsvorstellungen richten. Wir

WB-EZ-01-055 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 55 bis 58:

vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. ~~Wir glauben, dass wir~~ Europa ~~wieder zusammenbringen können~~ kommt nur voran, wenn alle bereit sind, Kompromisse einzugehen. Deshalb muss Deutschland bereit ~~ist sein~~, zum Beispiel bei der Europolitik, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder bei ~~Fragen der inneren und äußeren Sicherheit~~, Projekten wie NordStream2 stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen.“ Es

Begründung

1. Hier braucht es eine stärkere Aussage- "glauben" reicht hier nicht.
2. Die genannten Beispiele sind nicht die richtigen. Hier sollten jene Bereiche genannt werden, die wirklich Kompromisse von Deutschland erfordern.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Liam Harrold (Hannover RV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Udo Philipp (München KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sara Nanni (Münster KV); Henrike Hahn (München KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

WB-EZ-01-055-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 55 einfügen:

vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung gerade auch angesichts der Exportüberschüsse Deutschlands. Wir

WB-EZ-01-055-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Behindertenpolitik

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 55 einfügen:

vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Die Blockade der horizontalen EU-Gleichbehandlungsrichtlinie durch die Bundesregierung seit 10 Jahren muss endlich beendet werden. Wir

Begründung

Gleichbehandlung und Antidiskriminierung ist eine Grundlage für mehr Zusammenhalt in einem bunten Europa jenseits von Nationalismen.

WB-EZ-01-057 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Pascal Renaud (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 57 einfügen:

Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Altersarmut oder bei Fragen der inneren und

Begründung

Neben der nötigen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gilt es auch gegen die Verarmung im Alter Maßnahmen zu ergreifen, welche wesentlich mit Rentensystemen zusammenhängt. Im Zuge struktureller Anpassungsprogramme, wie beispielsweise in Griechenland, verschärft sich diese. Die EU darf nicht an Legitimität bei den Älteren verlieren, sodass eine gemeinsame Sozialpolitik diesbezüglich nötig ist.

Unterstützer*innen

Oliver Eberz (Frankfurt KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Julia Hassemer (Frankfurt KV); Nils Schlich (Frankfurt KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Hannah Jaberg (Frankfurt KV); Karola Marie Küll (Frankfurt KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Eilika Freund (Frankfurt KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Sara Nanni (Münster KV); Michael Hack (Wetterau KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-EZ-01-058 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Karlsruhe-Land

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 58 bis 60:

äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. ~~Es kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.~~ Dem Rückfall in nationale Egoismen halten wir Grüne die Vision eines Europa entgegen, das seinem Leitspruch „In Vielfalt geeint“ gerecht wird. Mit unseren Ideen und gemeinsam mit allen Europäer*innen wollen wir die EU demokratischer, transparenter, und erlebbarer machen. Die europäische Kommission hat in ihrem Weißbuch im März Szenarien für die Zukunft der Union vorgestellt und damit eine wichtige Debatte angestoßen. Dabei erscheint ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vielen gegenwärtig als Weg, wie eine Gruppe von Mitgliedstaaten, die die Notwendigkeit für mehr gemeinsames Handeln erkennen, in der Zusammenarbeit vorangehen können. Die Kooperation in verschiedenen Konstellationen birgt jedoch die Gefahr, dass Entscheidungen verstärkt zwischenstaatlich und in Hinterzimmern getroffen werden und Europa wieder zur Außenpolitik wird. Die Europäische Union hat inzwischen eine gewisse eigene Staatlichkeit, die sich zusammen mit einer europäischen politischen Öffentlichkeit weiterentwickeln und vertiefen soll. Viele Möglichkeiten der vertieften Zusammenarbeit werden aktuell diskutiert: Wirtschafts- und Fiskalunion, Soziales, Sicherheit und Verteidigung. Den Ort für vertiefte Zusammenarbeit sehen wir in den demokratisch legitimierten Institutionen auf Europäischer Ebene.

Begründung

Wir können nicht pauschal gegen ein Kerneuropa sein, wenn wir nicht wissen, was die Konsequenzen dieser Haltung sind. Die gewachsene Europäische Staatlichkeit, die wir haben, darf nicht aufs Spiel gesetzt oder zurückgebaut werden! Auf dem EGP-Kongress fiel z.B. der Begriff "fiscal-democratic integration of the Euro-Zone". Vielleicht wollen wir so etwas nicht direkt fordern, man muss sicher auch beim Wording vorsichtig sein, aber wir dürfen das nicht ausschließen und klarmachen, dass uns die Demokratie und Transparenz ebenso wichtig sind, oder vielleicht noch wichtiger, wie dass alle 27 beisammen bleiben.

WB-EZ-01-058-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 58 bis 60:

äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. ~~Es kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.~~ Ein solidarisches Europa braucht aber auch ein Umdenken vieler nationaler Regierungen. Es kann nicht sein, dass Regierungen die EU nur als Spielfeld für die Durchsetzung nationaler Interessen begreifen, jedoch die Verantwortung für unliebsame Entscheidungen „Brüssel“ anlasten und Erfolge europäischen Handelns als eigene Errungenschaften verkaufen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Unser Ziel bleibt viel mehr gemeinsames Handeln und ein Europa, in dem alle zusammenhalten. Eine Spaltung der EU in einen Euro-Exklusivclub und den Rest oder ein Kerneuropa und Peripherie lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine EU mit einem verbindlichen und einheitlich geltenden Rechtsrahmen und starken Institutionen, die auch gegenüber den großen Hauptstädten etwas zu sagen haben. Damit die EU im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger liefern kann und handlungsfähig bleibt, kann es Ausnahmefällen dennoch notwendig sein, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangeht, um ein Voranschreiten in wichtigen Themen zu ermöglichen. Diese verstärkte Zusammenarbeit muss jedoch stets für alle offen sein, im Rahmen der EU-Verträge organisiert sein und die Rechte von EU-Kommission und EU-Parlament uneingeschränkt achten.

WB-EZ-01-058-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 58 bis 60 löschen:

äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. ~~Es kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.~~

Begründung

-mündlich-

WB-EZ-01-058-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 58 bis 60:

äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. ~~Es kann aber~~
Es ist daher auch notwendig und sinnvoll ~~sein~~[streiche: sein], dass bei der ~~Weiterentwicklung~~
Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten
~~vorangehen darf~~vorangeht. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht der
Standardmodus für Europa werden oder gar zu einer Zweiklassengesellschaft führen. Genauso wenig
dürfen die Bremser Europas aber weiterhin Versuche Europa besser zu machen, blockieren.

Unterstützer*innen

Danyal Bayaz (Heidelberg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Rohrlack (München KV);
Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Sophie Harper (München KV); Martin van
Elten (Halle KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Sebastian Pewny
(Bochum KV); Sebastian Mann (Tübingen KV); Niklas Janssen (Freiburg KV); Jan Becht (Heidelberg KV);
Kathrin Rabus (Heidelberg KV); Burkhard Margies (Heidelberg KV); David Esders (Heidelberg KV); Tilmann
Holzer (Berlin-Mitte KV); Lena Christin Schwelling (Ulm KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV);
Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV)

WB-EZ-01-061 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 61:

InDer Green New Deal für ein ökologisches und soziales Europa **investieren**

WB-EZ-01-062 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 62 bis 64:

Die Wirtschaftskrise in Europa ist noch lange nicht überwunden. Besonders in Südeuropa In vielen Ländern der EU sind immer noch Millionen von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, Job und/oder berufliche Perspektive. Die Große Koalition beharrt auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung Europas. Bundesfinanzminister Schäuble spielte viel zu lange mit dem Grexit-Feuer und erwies damit der in Griechenland dringend notwendigen Investitionssicherheit einen Bärendienst. Und auch beim EU-Haushalt, der gerade in den wirtschaftlich schwächeren Regionen öffentliche Investitionen und Fort- und Weiterbildung ermöglicht, knausert Deutschland anstatt Europa zu stärken. Wir brauchen

Begründung

Wir sollten den schlimmsten europapolitischen Fauxpas dieser Regierung (Grexit) genauso erwähnen, wie den EU-Haushalt.

Unterstützer*innen

Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Kevin Köhler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Reinhild Maria Hugenroth (Wittenberg KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV); Sebastian Pewny (Bochum KV)

WB-EZ-01-064 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 64 bis 67:

auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung Europas. ~~Wir brauchen einen europäischen Paradigmenwechsel weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung.~~ Austeritätspolitik, der Sparzwang als Weg aus der Krise, folgt einer überkommenen Grundannahme der Wirtschaftstheorie. Damit muss Schluss sein. Europa braucht dringend mehr Zukunftsinvestitionen. Nur so kann ein ausgewogener Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung erreicht werden.

Unterstützer*innen

Achim Joof (Alb-Donau KV); Albert Hartl (Fürstenfeldbruck KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Sebastian Reiter (Fürstenfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV)

WB-EZ-01-064-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 64 bis 67:

auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft ~~damit~~dadurch die Spaltung Europas. Wir brauchen einen ~~europäischen~~ Paradigmenwechsel ~~und schlagen ein sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt vor,~~ weg von Austerität, bereit zu einem Schuldenschnitt und hin zu mehr Zukunftsinvestitionen - den Green New Deal. ~~Europa braucht endlich~~Wirtschaftspolitisch setzen wir damit auf einen ausgewogenen Dreiklang aus nachhaltigen Investitionen, Strukturreformen und ~~Haushaltskonsolidierung~~Haushaltskonsolidierungen, die demokratisch legitimiert sein müssen.

WB-EZ-01-065 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Münster

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 65 bis 67 löschen:

einen europäischen Paradigmenwechsel weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. ~~Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung.~~

Begründung

Ohne zu erklären, was unter „Strukturreformen“ zu verstehen ist, ist der Satz sinnlos. Das Wort Strukturreformen wird zudem oft im Sinne von Reformen verstanden, die Arbeitnehmer*innenrechte oder die Rechte von Arbeitslosen mit dem Ziel der Kostensenkung schwächen.

WB-EZ-01-066 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 66 bis 67:

Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformenklaren Marktregeln und Haushaltskonsolidierung einer gerechten Besteuerung. Das ist unser Green New Deal, mit dem wir die Erfahrungen aus früheren Wirtschaftskrisen nutzen, um Europas Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.

Begründung

Der historische New Deal ist nicht ohne Umverteilung und Regulierung zu denken. Diese Aspekte sollten auch weiterhin in unserer modernen Version dieses Programms vorkommen.

WB-EZ-01-066-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 65 bis 67:

einen europäischen Paradigmenwechsel weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. **Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung.** Der notwendige Dreiklang von Investitionen, Reformen und finanzpolitischer Solidität erklingt nur, wenn die Priorität für Investitionen nicht von Austeritätspolitik verunmöglicht wird.

Unterstützer*innen

Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV)

WB-EZ-01-067 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 67 einfügen:

Haushaltskonsolidierung. Die Austeritätspolitik von EU/Troika in Griechenland wollen wir beenden. Griechenland braucht einen Schuldenschnitt. Auch Eurobonds zur Bekämpfung der Schuldenkrise sind sinnvoll, da sie verhindern, dass verschuldete Länder immer höhere Zinsen zahlen müssen und Länder wie Deutschland davon auch noch profitieren.

Begründung

Die neoliberale Austeritätspolitik in Griechenland – federführend vom deutschen Finanzminister Schäuble durchgesetzt – hat zur Verarmung großer Teile der griechischen Bevölkerung geführt. Sie ist gescheitert und verschärft die Krise. Über das Ankaufprogramm von Staatsanleihen der EZB können die Staatsschulden abgeschrieben werden. Deutschland kann diese Kosten tragen, da unser Staatshaushalt jahrelang von EZB-Überschüssen im Staatshaushalt profitiert hat.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Werner Weindorf (München KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV)

WB-EZ-01-067-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 67 einfügen:

Haushaltskonsolidierung. Das Verscherbeln von Tafelsilber zur Haushaltskonsolidierung z. B. durch Privatisierung lehnen wir ab.

Begründung

Die massive Privatisierung öffentlicher Güter erschwert nachhaltig die kommunale und staatliche Daseinsvorsorge und führt zu weiteren Problemen. Dies ist mit dem Argument der „Haushaltskonsolidierung“ nicht zu rechtfertigen.

WB-EZ-01-068 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 68 bis 69 löschen:

Dafür schlagen wir Grünen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, ~~unseren Green New Deal für Europa~~. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der

Begründung

Der Green New Deal umfasst viel mehr als einen Investitionspakt.

WB-EZ-01-068-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 68 bis 69:

~~Dafür~~ Als ersten Teil unseres Green New Deal für Europa schlagen wir Grünen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, ~~unseren Green New Deal für Europa~~. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der

WB-EZ-01-072 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Pascal Renaud (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 72 einfügen:

effizient, setzen auf Kreislaufwirtschaft und eine Digitalisierung, die allen etwas bringt. Wir wollen das europäische Emissionshandelssystem endlich funktionstüchtig machen, die europäischen Landwirtschaftssubventionen an ökologische Kriterien koppeln, sowie ökologische und soziale Mindeststandards für auf den europäischen Markt gebrachte Rohstoffe und Produkte wie Holz, Palmöl und Textilien ausweiten.

Begründung

Die EU ist essentiell, um einen effektiven Umwelt- und Klimaschutz zu ermöglichen. Dies stellt neben dem Erhalt des Friedens einen wichtigen Daseinsgrund für die EU dar. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist unumgänglich, um umweltpolitische Anreize und Regulierungen wettbewerbsneutral zu ermöglichen. Für Bürger*innen ist es leicht nachvollziehbar, dass Klimaschutz und Ressourcenschonung nur funktionieren, wenn viele mitmachen. Die EU ist hierbei eine nötige Zwischenebene zu globalen Aushandlungsprozessen. Im Kapitel kommt dieser Aspekt zu wenig heraus, auch wenn es in Zeile 19ff und Zeile 72 leicht angesprochen wird. Bez. Mindeststandards gilt bspw. bereits die europäische Holzhandelsverordnung, welche den Import illegal geschlagenen Holzes verbietet und Sorgfaltspflichten auferlegt.

Unterstützer*innen

Oliver Eberz (Frankfurt KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Burkhard Schwetje (Frankfurt KV); Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Julia Hassemer (Frankfurt KV); David Kreitschmann (Darmstadt KV); Eilika Freund (Frankfurt KV); Nils Schlich (Frankfurt KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Hannah Jaberg (Frankfurt KV); Karola Marie Küll (Frankfurt KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Michael Hack (Wetterau KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-EZ-01-073 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 73:

Unsere Projekte sind bürgernah und gesamteuropäisch: ~~grenzüberschreitende~~grenzüberschreitender Naturschutz, Bahn-, Energie-

Begründung

Gerade das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 ist für den Natur- und Umweltschutz in Deutschland unverzichtbar.

Unterstützer*innen

Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Resy de Ruijscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jan Furken (Stormarn KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Georg Köster (Ammerland KV)

WB-EZ-01-076 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 76 bis 77:

sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleine lässt. Das finanzieren wollen wir über einen Zukunftsfonds neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt finanzieren, der durch Mittel aus einem einen neu geschaffenen europäischen Steuerpakt gespeist wird werden soll. Der Pakt

Begründung

Das Konzept des Zukunftsfonds ist ausdrücklich über den EU-Haushalt formuliert, um parlamentarische und organisatorische Kontrolle zu gewährleisten und nicht am EP vorbei Schattenhaushalte zu errichten. Das sollten wir klarstellen.

Unterstützer*innen

Danny-Ralph Cäsar (Hamburg-Mitte KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV)

WB-EZ-01-076-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 76 einfügen:

sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleine lässt. Wir Grüne wollen dafür mit den ersten Projekten bereits 2018 beginnen. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) soll auf neue Beine gestellt werden und um 30 Mrd. Euro aufgestockt werden. Erste Programme sind bereits erfolgreich angelaufen und zeigen Wirkung. Die bis dato zur Verfügung gestellten Mittel sind aber vollkommen unzureichend. Das finanzieren wir über einen

Begründung

Entspricht ca. Verdoppelung jetziger Mittel; ist sogar Forderung der EU-Kommission.

WB-EZ-01-076-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 76 einfügen:

sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleine lässt. Um dies zu erreichen, soll Deutschland eine Vorbildrolle einnehmen und die KfW stärker in die Bekämpfung der europäischen Jugendarbeitslosigkeit mit einbinden. So sollen erstens vor allem mittelständische Unternehmen in der EU, die Jugendliche zwischen 15 und 27 Jahren in nachweislich sozialversicherungspflichtige Ausbildung oder Arbeit bringen hierüber Zuschüsse zu den Lohnkosten bekommen. Dieses Programm soll bis 2024 mit 13 Mrd. Euro finanziert werden. Zweitens soll mit einem Existenzgründer*innenprogramm jungen Gründer*innen bis 30 Jahren mit Förderungen bis zu 100.000 Euro der Aufbau von grenzüberschreitenden Start-Ups ermöglicht werden. Auch dafür sollen über die KfW bis 2024 12 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist eine Million junge Europäer*innen in Arbeit zu bringen. Das finanzieren wir über einen

Begründung

mündlich

WB-EZ-01-078 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 78 bis 79:

schafft mehr Steuergerechtigkeit und verringert Steuerausfälle. ~~Denn die europäischen Steuersysteme sind ungerecht~~ Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch den Unwillen vieler nationaler Regierungen, auch der deutschen Bundesregierung, stärker gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorzugehen. Hier brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit, um Steuervermeidung und -hinterziehung wirkungsvoller verhindern und bestrafen zu können. Die Einrichtung eines Europäischen Staatsanwalts, der Betrugsfälle ahnden kann, wäre ein erster wichtiger Schritt. Schweizer Steuer-CDs, Luxleaks oder die Panama-Papers zeigen

Begründung

Die Behauptung die europäischen steuersysteme seien ungerecht wird weder durch die Steuerpakt gelöst, noch ist sie richtig. Vielmehr geht es darum Geld durch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Vermeidung einzunehmen.

Unterstützer*innen

Danny-Ralph Cäsar (Hamburg-Mitte KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV)

WB-EZ-01-079 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 79 einfügen:

Steuersysteme sind ungerecht. Gewinne sollen in dem Land versteuert werden, in dem sie generiert werden. Den konzerninternen Gewinnverlagerungen (z. B. durch Lizenzverträge) in verschiedene EU-Länder wollen wir einen Riegel vorschieben. Für einen Konzern darf weder mehr noch weniger an Steuern anfallen, wenn er in mehreren Ländern der EU ansässig ist. Unser Ziel ist ein harmonisiertes Steuersystem im unternehmerischen Bereich. Schweizer Steuer-CDs, Luxleaks oder die Panama-Papers zeigen

Begründung

Die EU-Staaten müssen in eine Richtung gehen. Einzelne länderspezifische Steuersubventionen schaden letztlich allen. Es ist an der Zeit, dass die Staaten der EU geschlossen gegenüber den Unternehmen auftreten und das Interesse aller im Blick haben.

WB-EZ-01-081 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 81 bis 83:

Gemeinwohl herumdrücken. ~~Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller verhindert und bestraft werden. Alle in der EU ansässigen Unternehmen müssen mit einer Mindestbesteuerung rechnen.~~
Mit dem Vorschlag zur gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage soll die Besteuerung für EU-weit operierende Unternehmen vereinfacht werden. Um effektiv Steuervermeidung und Steuerwettbewerb zu verhindern, muss diese mit einem Mindeststeuersatz für alle in der EU ansässigen Unternehmen einhergehen. Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch die

Begründung

Der Satz "Alle in der EU ansässigen Unternehmen MÜSSEN mit einer..." klingt die Mindestbesteuerung wie eine Bestrafung. Ziel der BEPS-Umsetzung ist sowohl die Besteuerung für Unternehmen zu vereinfachen als auch Steuervermeidung verhindern. Das sollten wir auch so kommunizieren.

WB-EZ-01-081-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Gerhard Schick (Mannheim KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 81 einfügen:

Gemeinwohl herumdrücken oder, wie im Falle der Cum/Ex-Steuertricks, sich sogar auf Kosten der Gesellschaft bereichern. Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller

Begründung

Der Cum/Ex-Skandal taucht mit keinem Wort auf, obwohl der Untersuchungsausschuss des Bundestages in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit generieren konnte.

Unterstützer*innen

Udo Philipp (München KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Deniz Ertin (Köln KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Oliver Brandt (Herzogtum Lauenburg KV); Philipp Nimmermann (Frankfurt KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Christoph Neumann (Dortmund KV)

WB-EZ-01-083 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 83 bis 85:

Mindestbesteuerung rechnen. ~~Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch die bisherige Untätigkeit. Wir werden bei dem Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen. Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung.~~ Unser langfristiges Ziel ist dabei eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in der EU. Wir werden bei dem Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen. Der zweite Teil unseres Green New Deals ist eine Strukturreformpolitik für mehr soziale Sicherheit, Solidarität und Umverteilung in Europa. Dazu wollen wir dem Vertrag von Lissabon eine soziale Fortschrittsklausel an die Seite stellen. Wir setzen uns für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes ein. Wir streiten dafür, dass es in allen Ländern eine Grundsicherung gibt, die vor Armut schützt, und dafür, dass das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz“ für alle Arbeitnehmer*innen endlich Realität wird. Uns ist wichtig, die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen sozial besser abzusichern, damit niemand mehr durch das Raster national fragmentierter Sozialsysteme fällt. Wir sind davon überzeugt, dass niemand, der oder die längere Zeit rechtmäßig in einem anderen Mitgliedstaat lebt, von Grundsicherungsleistungen ausgeschlossen sein darf. Wir wollen die Europäische Säule sozialer Rechte stärken und die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen. Auf europäischer Ebene streben wir die Verabschiedung einer Mindesteinkommensrichtlinie an, die die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der Grundsicherungsleistungen in den Mitgliedstaaten regelt. Als konkretes Ziel setzen wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ein. Für uns steht fest: Eine europäische Sozialpolitik für einen stärkeren sozialen Ausgleich ist Teil der Antwort, mit der wir den Rechtspopulismus und wachsenden Nationalismus in seine Schranken verweisen werden.

WB-EZ-01-085 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 85 einfügen:

Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung. Langfristig wollen wir Europas Sozialsysteme auf einem hohen Niveau vereinheitlichen und Modelle wie eine teilweise europäische Arbeitslosenversicherung prüfen.

Begründung

Wenn Europa wirtschaftlich stärker zusammenwachsen soll, muss es auch sozial stärker zusammenwachsen. Auch wenn wir die Patentlösung dafür noch nicht haben, sollten wir zumindest darstellen, dass wir uns über die Besten Wege dahin Gedanken machen.

WB-EZ-01-085-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Münster

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 85 einfügen:

Anhaltend hohe deutsche Exportüberschüsse von mittlerweile über 8% des BIP lasten wie ein Bleiklotz auf der Wirtschaft der wettbewerbsschwächeren EU-Länder. Eine wesentliche Ursache dafür ist die zu geringe Lohnsteigerung in Deutschland, die einerseits zu einem preislichen Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft geführt hat, und andererseits zu einer Schwäche der deutschen Inlandsnachfrage und des Imports. Leidtragende sind die Beschäftigten in Deutschland und in den so genannten Südländern. Die Folgen hier sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Arbeit ohne Auskommen. Deutschland hat inzwischen einen europaweit einzigartigen Niedriglohnsektor. Die Folgen dort sind Verschuldung, hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Jugend und in der Konsequenz die Erfolge von nationalistischen und europafeindlichen Kräften in den betroffenen Ländern. Zu Recht wird unser Land dafür von den Gewerkschaften hierzulande und den betroffenen Regierungen, von der EU-Kommission, von der OECD und vom IWF kritisiert. Aber Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble weisen die Kritik zurück und empfehlen den betroffenen Ländern noch härtere Austeritätsprogramme und Reformen, die letztlich Lohnsenkungen zum Ziel haben. Der Kostenvorteil der deutschen Wirtschaft gegenüber anderen EU-Ländern geht zu einem wesentlichen Teil auf die Maßnahmen der Agenda 2010 zurück, deren Reformen eine adäquate Steigerung der Lohnkosten verhindert haben. Wir wollen, wie von der EU-Kommission empfohlen und den Gewerkschaften gefordert, eine Lohnentwicklung erreichen, die langfristig ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht erzielt. Mögliche Maßnahmen sind die Stärkung der Flächentarifverträge, gleicher Lohn für Zeitarbeiter*innen und Festangestellte, Erhöhung des Mindestlohns, Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen bei den Beiträgen zur Sozialversicherung, Beschränkung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Sicherung der gesetzlichen Rente und ein armutsfestes ALG 2. Ganz wesentlich wird auch der Green New Deal die Inlandsnachfrage in Deutschland stärken und damit einen Beitrag zu einer günstigeren Lohnentwicklung leisten. Zugleich trägt er zum erstrebenswerten und gegenüber anderen Ländern fairen außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei.

Begründung

Die deutschen Außenhandelsüberschüsse sind in hohem Maße mitschuldig an den derzeitigen Problemen in der EU. Sie sollten daher im Bundestagswahlprogramm thematisiert werden.

Die Kritik an den deutschen Exportüberschüssen ist fast überall in Europa zu hören. So sagte z.B. Emmanuel Macron in Bezug auf Deutschland: „Man kann zur Aufrechterhaltung des Wachstums nicht auf unbestimmte Zeit Handelsüberschüsse anhäufen.“

Die Kritik wird von der schwarz-roten Koalition teils ignoriert und teils mit falschen Argumenten zurückgewiesen. Zu diesen gehört die Behauptung des nicht-preislichen Wettbewerbs, d.h. die Exportüberschüsse würden im Wesentlichen von der hohen Qualität deutscher Produkte herrühren. Dabei wird jedoch der durch Zahlen belegte preisliche Vorteil der deutschen Wirtschaft durch zu niedrige Löhne außer Acht gelassen.

In dem „Länderbericht Deutschland 2016“ der Europäischen Kommission wird empfohlen, dass die Löhne sich gemäß der so genannten „goldenen Regel“ entwickeln sollen. Nach dieser „sollten die Nominallöhne im gleichen Rhythmus wachsen wie das nationale mittelfristige Produktivitätswachstum zuzüglich des Inflationsziels der Zentralbank.“ Dies stellt sicher, dass Länder mit unterschiedlicher Produktivität in der Währungsunion koexistieren können, da sich die Löhne an die Produktivitätsentwicklung anpassen. Das ist deshalb wichtig, weil sich Länder mit vergleichsweise niedriger Produktivität, nicht mehr, wie vor Einführung des Euro, durch Abwertung ihrer Währung wettbewerbsfähig halten können. Die Regel ist somit ein Gebot des fairen Wettbewerbs, der nicht durch niedrigste Löhne oder niedrigste Arbeitnehmer*innen-Rechte ausgetragen werden sollte. Außerdem sorgt die goldene Regel dafür, dass das Produktivitätswachstum im Inland gerecht verteilt wird. Wird sie eingehalten dann profitieren Arbeitnehmer*innen und Unternehmen gleichermaßen vom technischen Fortschritt.

Deutschland aber liegt um ca. 15 Prozentpunkte zu niedrig, und konkurriert damit die übrigen Euroländer an die Wand. Deutschland profitiert vom Euro auch für den Export in Nicht Euro-Länder, da Deutschland von dem niedrigen Euro-Kurs profitiert, den eine deutsche Währung im internationalen Wettbewerb so nicht hätte.

Deutschlands Außenhandelsüberschüsse, die im vergangenen Jahr 247,8 Milliarden Euro betragen, haben also nicht in erster Linie mit Glanzleistungen deutscher Ingenieurskunst zu tun, sondern auch und vor allem mit Lohndumping. Diese Politik der schwarz-roten Bundesregierung ist nicht nachhaltig, denn die Folgen für die anderen Länder sind verheerend, weil, wie es selbst in einem „Focus Paper“ der als arbeitgebernahe bekannten Bertelsmann-Stiftung heißt, „Deutschland mit seinen Exportüberschüssen auch seine Arbeitslosigkeit exportiert.“ Diesen unfairen Wettbewerbsvorteil hat sich Deutschland im Wesentlichen mittels Lohnmoderation durch die Agenda 2010 verschafft. Unter Lohnmoderation versteht man staatliche Maßnahmen, die die Lohnkosten trotz Tarifautonomie gezielt beeinflussen. Während der Sachverständigenrat, auf dessen Konzepte die Agenda 2010 ganz wesentlich zurückgeht, die „Lohnmoderation“ als probates Instrument zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelobt hat, wollen Sachverständigenrat und Bundesregierung davon, nach der inzwischen überall zu hörenden internationalen Kritik, nichts mehr wissen und verweisen auf nichtpreislichen Wettbewerb und Tarifautonomie. (Siehe z.B.

<http://norberthaering.de/de/27-german/news/800-wirtschaftsweise-merkantilismus>)

Diese Politik, die den wettbewerbsschwächeren Ländern Austeritätsprogramme und sogenannte Strukturreformen aufzwingen will, hat die Probleme der betroffenen Länder noch verschärft, trägt auch hierzulande zur Verarmung bei und ist für den Zusammenhalt der europäischen Union brandgefährlich. Nicht zufällig ist die Kritik an den deutschen Exportüberschüssen bei fast allen EU-Gegnern lautstark vertreten. Statt ein „weiter so“ auf Kosten anderer Länder, muss Deutschland endlich seine eigene Verantwortung wahrnehmen und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anstreben, das Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien oder Griechenland Luft zum Atmen gibt, bevor die EU oder der Euro daran zerfallen. Hierfür bleibt nur noch ein kurzes Zeitfenster.

WB-EZ-01-085-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 85 einfügen:

Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung, um durch echte europäische Sozialpolitik Schutz für alle Europäerinnen und Europäer zu gewährleisten.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Steng (Starnberg KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Kai Bojens (Stade KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Karl Bär (Miesbach KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV)

WB-EZ-01-087 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 87 bis 88:

Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. ~~Die EU~~Anders als ihre Kritiker behaupten, ist die EU demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen

Begründung

Z 87-88: An dieser Stelle des Wahlprogrammes stellen wir uns schützend vor die Europäische Union.

Wir sehen es als unsere Aufgabe / Verpflichtung die EU gegen die extremen Parteien von rechts und links zu verteidigen. In den folgenden Sätzen benennen wir die noch immer bestehenden Schwächen (nicht genannt Demokratiedefizite), sowie unsere Forderungen für eine Verbesserung. Der Fokus des Grünen Bundestagswahlprogrammes im Jahr 2017 steht aber in dem Licht der Verteidigung der Europäischen Union als ein Projekt des Friedens und Zusammenhalts in Europa.

WB-EZ-01-088 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 88 bis 100:

ist demokratisch legitimiert. ~~Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das europäische Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische Kommission und ihre Präsident*in – so wie im deutschen Bundestag – abwählen können. Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen abbauen. Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.~~ Aber wie jede Demokratie hat auch sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf allen Ebenen für mehr Beteiligungsmöglichkeiten und transparente Prozesse. Zu häufig wurden in den letzten Jahren Entscheidungen von nicht demokratisch rechenschaftspflichtigen Institutionen - wie Troika oder ESM - getroffen und zu oft werden Entscheidungen einseitig über das Handeln nationaler Regierungen legitimiert. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass das Europäische Parlament als direkt gewählte EU-Institution der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird und das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt mitentscheiden. Ein Schlüssel zur Stärkung der europäischen Demokratie ist zudem mehr Transparenz - auch wenn die Abläufe in den EU-Institutionen teilweise schon heute transparenter sind als auf nationaler Ebene. Der Rat sollte aber grundsätzlich öffentlich tagen und seine vorbereitenden Gremien transparent werden. Auch die nationalen Parlamente wollen wir durch vertraglich zugesicherte Informationsrechte stärken, damit das Handeln der eigenen Regierung in Brüssel stärker beeinflusst und kontrolliert werden kann. Um die Handelnden in der EU sichtbar zu machen und eine größere europäische Öffentlichkeit und europaweite Legitimation zu erreichen, sollten Parteien mit transnationalen Listen für das EU-Parlament und auch weiterhin mit europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in zur Europawahl antreten. Zudem muss die Abwahl der Europäischen Kommission und ihres bzw. ihrer Präsident*in über einem konstruktiven Misstrauensvotum durch eine Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments möglich sein und nicht wie bisher mit Zweidrittelmehrheit. Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen abbauen. Schließlich sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden. Als ersten Schritt dahin wollen wir ein Landtagswahlrecht auch für Unionsbürger*innen in Deutschland ermöglichen.

WB-EZ-01-089 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 89 bis 96:

wollen. ~~Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische Kommission und ihre Präsident*in – so wie im deutschen Bundestag – abwählen können.~~ Zu oft wird europäische Demokratie zu einseitig über das Handeln nationaler Regierungen legitimiert anstatt über das Europäische Parlament. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird und das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Es muss die alleinige parlamentarische Vertretung für alle Unionsbürger*innen und somit auch für die EU und ihre Währung, den Euro bleiben. Jegliche Formen von Euro-Nebenparlamenten lehnen wir ab. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Europäische Parlament gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Um dies effizient vorzubereiten, sollte ein Sonderausschuss für Euro-Fragen mit besonderen Informationsrechten eingerichtet werden. In diesem Ausschuss sollten EU-Abgeordnete unabhängig von ihrer Nationalität mitwirken können. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Mitglied der EU-Kommission im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion mit allen Kompetenzen und einem Veto-Recht ausgestattet wird. Diese Person sollte individuell durch das Europäische Parlament ge- bzw. abgewählt werden und den Vorsitz der Euro-Gruppe und des Rats für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) innehaben. Mit diesem "Doppelhut" wäre der Präsident der Eurogruppe gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig. Für

Begründung

Die demokratische Dimension der WWU ist immer wieder Thema in vielen EU-Reformdebatten. Wir stellen uns hier klar auf und an die Seite des Europäischen Parlaments. Doppelstrukturen, die die EU spalten oder das Europäische Parlament schwächen lehnen wir ab – auch wenn entsprechende Vorschläge teilweise salonfähig geworden sind.

Unterstützer*innen

Danny-Ralph Cäsar (Hamburg-Mitte KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Carolin Holzhäuser (Berlin-Pankow KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV)

WB-EZ-01-091 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 91:

Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie **nur**vorrangig zwischen den

Begründung

Wir sollten die EU nicht schlechter machen, als sie ist – die Entscheidungen in der EU fallen nicht nur zwischen den Regierungen.

WB-EZ-01-095 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 95 einfügen:

Eurogruppe mitentscheiden. Wir wollen die aktuellen Euro Rettungsmechanismen in einen Europäischen Währungsfonds umwandeln, der durch das Europäische Parlament kontrolliert wird. Bis dahin brauchen wir eine Allianz der Parlamente, zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten, um die Entscheidungen der Troika und Eurogruppe endlich transparenter und europäischer zu gestalten.

Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Liam Harrold (Hannover RV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sara Nanni (Münster KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Stefan Hintsche (München KV); Henrike Hahn (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV)

WB-EZ-01-096 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 96 bis 98 löschen:

Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. ~~Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen abbauen.~~ Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen

Begründung

Z 97: Eine erfolgreiche Bürgerinitiative braucht mindestens 1 Million Unterstützer*innen, die aus

mindestens 7 Mitgliedstaaten kommen müssen. Für jeden Mitgliedstaat der EU gilt dabei ein

Mindestanteil an Staatsbürger*innen. In der Summe müssen 0,2 % der Europäischen

Bevölkerung eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen, damit diese der Europäischen Kommission vorgelegt wird. Diese Hürde ist bei weitem keine sehr Hohe und sollte aus

diesem Grund nicht weiter herabgesenkt werden.

WB-EZ-01-096-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 96 einfügen:

Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. Wir wollen die Subsidiaritätsrüge stärken, indem das Europäische Parlament zum Beispiel Anhörungen zu entsprechenden Themen organisiert. Für

WB-EZ-01-096-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 96 einfügen:

Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. Der Rat muss transparenter werden. Jede*r soll wissen können, welches Land wie abstimmt. Für

Unterstützer*innen

Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

WB-EZ-01-099 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 99 bis 100 löschen:

sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. ~~Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.~~

Begründung

Z 99: Der voranstehende Satz lautet: Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen.

Der zu streichende Satz erhält keine weitere Information, die den voranstehenden Satz

konkretisieren würde. Sie schafft vielmehr eine Aussage, mit der wir Grünen erst die

europäischen Staatsbürger*innen begründen, ehe ein europäischer Staat existiert. Die

konkrete Idee von einem europäischen Staat, sollte als solche in dem Wahlprogramm stehen,

sofern sie gewünscht ist.

Aus diesen beiden Gründen,

1. Keine weiteren Informationen gegenüber des voranstehenden Satzes.

2. Verschleierte politische Programmatik.

sollte der o.g. Satz gestrichen werden.

WB-EZ-01-100 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 100 einfügen:

einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden. Außerdem wollen wir, dass zu einer Europawahl europäische Parteien antreten und gewählt werden können.

WB-EZ-01-100-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 100 einfügen:

Außerdem setzen wir uns für transnationale Listen ein, durch die ein Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments über gesamteuropäische Listen gewählt werden. Die freiwerdenden Sitze der britischen Europaabgeordneten nach dem Brexit könnten dafür genutzt werden.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Kai Bojens (Stade KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Jakob Ache (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Müller (Essen KV)

WB-EZ-01-101 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 101 löschen:

Wir fordern mehr Transparenz durch ein verpflichtendes ~~und verbindliches~~ Lobbyregister. Ein

WB-EZ-01-104 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 104 einfügen:

Entscheidungsträger sollen striktere Karenzzeiten von mindestens 2 Jahren gelten, bevor sie in neue Positionen

WB-EZ-01-105 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 105 einfügen:

Die Diskussion um die Handelsabkommen CETA und TTIP hat deutlich gemacht: Wir brauchen eine klare Abgrenzung der Kompetenzen. Wo Städte und Kommunen direkt von Handelsabkommen betroffen sind, müssen die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) in die Verhandlungen eingebunden werden. Dies entspricht unserem Verständnis von Demokratie. Die Einbeziehung in die Verträge muss so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.

Begründung

Das Prinzip der Subsidiarität muss auch für den Bereich des Außenhandels gelten: Entscheidungen müssen auf einer möglichst nahen Ebene zu den davon betroffenen gefällt werden.

Unterstützer*innen

Achim Joof (Alb-Donau KV); Albert Hartl (Fürstenfeldbruck KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV)

WB-EZ-01-105-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 105 einfügen:

wechseln können.

Die Aufgabe der EU ist es, das gemeinsame kulturelle Erbe Europas zu bewahren und die offene, gemeinsame Kultur viel mehr als bisher als politisches und gesellschaftliches Pfund zu nutzen und zu fördern. Dies trägt zu einem stärkeren Zusammenhalt der Gesellschaft bei und bewahrt den Frieden. Um Informationen auf europäischer Ebene und neue Ideen, Vielfalt und Attraktivität zu fördern, wollen wir einen europäischen Nachrichten- und Bildungssender einführen. Der gemeinsame Sender soll einen Beitrag zur Herstellung einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit leisten. Dafür ist ein Sendeformat in allen wichtigen europäischen Sprachen, insbesondere auch russisch und türkisch, von zentraler Bedeutung.

Begründung

erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Danyal Bayaz (Heidelberg KV); Lena Christin Schwellung (Ulm KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Theresia Bauer (Heidelberg KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Sophie Harper (München KV); Marcel Rohrlack (München KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Mann (Tübingen KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-EZ-01-110 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 110 einfügen:

Europäisierung der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik ein. Kein europäisches Land

Begründung

Die EU muss auch Friedenspolitik machen, das fehlt hier!

WB-EZ-01-111 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 111 bis 115 löschen:

ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. ~~Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtpolitik Russlands unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.~~

Begründung

Diese aggressive Rhetorik der Grünen leistet keinen Beitrag, um die weltweiten Krisen und Konflikte friedlich beizulegen.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV)

WB-EZ-01-115 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 115 bis 116:

Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. Insbesondere müssen die Mittel und das Personal für zivile Konfliktprävention zumindest verdoppelt werden. Gleiches gilt für die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen, die großen Probleme haben, genügend Fachpersonal von den Mitgliedstaaten zu bekommen. ~~Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund.~~ Die Europäische Union sollte mit ihrer

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Müller (Essen KV)

WB-EZ-01-116 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 116 bis 120:

Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. ~~Die Europäische Union sollte mit ihrer gemeinsamen~~Wir wollen die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und ~~demden~~ Europäischen Auswärtigen Dienst weiter ausbauen. Die EU soll aktiv an ~~einer~~der Stärkung der globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der OSZE ~~und eingebettet in die NATO~~, mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der

Begründung

Der Entwurfstext ist unverständlich. Wir haben aus einem langen Satz zwei kurze gemacht und den unsinnigen Bezug zur NATO (ein in die NATO eingebettetes gesamteuropäisches System kooperativer Sicherheit?!) gestrichen.

WB-EZ-01-117 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 117:

gemeinsamen Außen-, ~~Sicherheits-~~ und ~~Verteidigungspolitik~~ Sicherheitspolitik und dem Europäischen Auswärtigen

Begründung

Es gibt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als feststehenden Begriff. Dabei sollte es bleiben. Nimmt man Verteidigung mit auf, muss auch über Frieden und Entwicklung usw. geredet werden.

WB-EZ-01-119 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Nürnberg-Stadt KV

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 119 einfügen:

an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit unter Einbeziehung Russlands, ausgehend von der

Begründung

Eine Europäische Sicherheitspolitik kann nicht ohne Russland gedacht werden.

WB-EZ-01-119-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 119 bis 120:

an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ~~ausgehend~~ mitarbeiten, das
von der OSZE ausgeht und ~~eingebettet in~~ die ~~NATO, mitarbeiten~~ dementsprechend reformierte NATO
einbezieht. Die neuen Sicherheitsbedenken der

WB-EZ-01-120 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 120 löschen:

OSZE-~~und eingebettet in die NATO~~, mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der

Begründung

Der Text verlangt streng genommen, dass ein gesamteuropäisches System kooperativer Sicherheit, also über die EU-Mitgliedsländer hinaus, in die NATO eingebettet wird. Dieser Anspruch ist vermessen und negiert, dass nicht alle europäischen Staaten, noch nicht mal alle EU-Staaten, Mitglieder der NATO werden wollen.

WB-EZ-01-120-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 120 bis 132 löschen:

OSZE und eingebettet in die NATO, mitarbeiten. ~~Die neuen Sicherheitsbedenken der osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst. Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen. Dabei geht es um die Schaffung von militärischen und politischen Synergieeffekten. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen. Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.~~

Begründung

Das Definieren von Rüstung, militärischen Aktionen und Kriegseinsätzen im Grünen Programm lehnen wir ab.

Gestrichen werden Zeilen 120-132

WB-EZ-01-120-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Marcel Ernst (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 120 bis 121 einfügen:

OSZE und eingebettet in die NATO, mitarbeiten. Die neuen und berechtigten Sicherheitsbedenken der osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst. Wir unterstützen daher auch geeignete Rückversicherungsmaßnahmen der NATO und bekennen uns zur Gültigkeit der NATO-Russland-Grundakte.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sophie Harper (München KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Peter Koller (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Marieluise Beck (Bremen-Mitte KV); Dieter Janecek (München KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV)

WB-EZ-01-121 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 121 einfügen:

osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst. Und wir wollen den Weg der Ukraine nach Europa weiter unterstützen und treten dafür ein, dass die Sanktionen gegen die russ. Föderation so lang aufrecht erhalten werden, bis die Grenzen der Ukraine gegenüber dem Eindringen von russ. Söldnern und Waffen gesichert sind, die russ. Föderation ihre Unterstützung der sog. Volksrepubliken im Donbas aufgibt und die Einverleibung der Krim die Russ. Föderation rückgängig gemacht wird.

Begründung

Nach dem Fall des eisernen Vorhangs hat auch die russ. Föderation in der Ukraine die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen garantiert mit der Maßgabe, dass diese ihre Atomwaffen abgibt (Budapester Protokoll 1994). Die Russ. Föderation unter Putin hat mit dem o.g. Krieg im Osten der Ukraine und der Annektierung der Krim das Völkerrecht gebrochen, um die Ukraine zu destabilisieren und von ihrem Kurs hin zur EU abzubringen. Die Sanktionen sind ein wichtiges Zeichen dafür, dass die EU nicht gewillt ist dies ohne Folgen hin zu nehmen.

WB-EZ-01-121-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Marcel Ernst (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 121 einfügen:

Eine Lösung des Krieges in der Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsk-Prozess als wichtigen Beitrag zur Beilegung des Konfliktes fest. Wir halten gezielte Sanktionen der EU gegen verantwortliche Individuen, öffentliche und privatwirtschaftliche Institutionen für ein wirksames Mittel der Außenpolitik und halten derzeit an der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation fest. Eine Aufhebung und Lockerung ist an klare Bedingungen geknüpft. Dazu gehören die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen mit dem Abzug der russischen Kräfte aus der Ostukraine, sowie eine Rückgabe der Krim an die Ukraine. Für einfache russische Bürgerinnen und Bürger soll es Visa-Erleichterungen geben, um den gesellschaftlichen Austausch zu verstärken.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Andrej Ferdinand Novak (Forchheim KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sophie Harper (München KV); Stefan Körner (Hannover KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Michael Merkel (Bochum KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Jamila Schäfer (München KV); Peter Koller (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Marieluise Beck (Bremen-Mitte KV); Dieter Janecek (München KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Lars Schellhas (Rhein-Kreis-Neuss KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV)

WB-EZ-01-121-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 121 einfügen:

Ziel kann jedoch nicht sein, dass sich die EU zu einer zweiten NATO und damit in eine große militärische Organisation umwandelt, die das Territorium ihrer Mitglieder absichert. Wir stehen vielmehr fest zu den Petersberger Aufgaben des Vertrags von Lissabon, die die militärische Rolle der EU in begrenzten Friedens- und Rettungseinsätzen festlegt.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Andreas Müller (Essen KV); Ute Koczy (Lippe KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Jan Sieckmann (Köln KV)

WB-EZ-01-122 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 122 bis 126:

~~Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen. Dabei geht es um die Schaffung von militärischen und politischen Synergieeffekten. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen.~~
Wir geben nachhaltigen und damit nichtmilitärischen Lösungen absoluten Vorrang bei der Lösung von nationalen und internationalen Konflikten.

Begründung

Kriege zerstören das Miteinander von Staaten und Volksgruppen und fördern nur die Rüstungsindustrie. Sie sind damit das Gegenteil einer nachhaltigen Konfliktlösung, wie die jüngeren kriegerischen Auseinandersetzungen im nahen und mittleren Osten überdeutlich zeigten und zeigen.

WB-EZ-01-124 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 124 bis 125:

internationalen Entwicklungen. ~~Dabei~~Es geht ~~es~~dabei um ~~die Schaffung~~das politisch kontrollierte Zusammenwirken von ~~militärischen~~zivilen und ~~politischen Synergieeffekten.~~militärischen Optionen Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte

Begründung

Was ist mit Synergieeffekten gemeint?!

WB-EZ-01-124-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 124 bis 125:

internationalen Entwicklungen. ~~Dabei geht es um~~ Wir werden Fähigkeiten auf EU-Ebene koordinieren, statt die Schaffung von militärischen und politischen Synergieeffekten Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte

Von Zeile 127 bis 132:

~~Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.~~ In der Entwicklungspolitik der EU wollen wir eine Neuausrichtung für mehr Kohärenz, wirksame Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Entwicklung. Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit der EU, Mittel zur Armutsbekämpfung für die Fluchtabwehr zweckzuentfremden.

Begründung

Den Entwurfstext kann man so verstehen, dass unsere Antwort auf die 2%-Debatte ist, die EU nicht durch mehr Geld sondern durch Synergien militärisch schlagkräftiger zu machen. Angesicht von fast 2 Millionen Soldat*innen unter Waffen und Dutzender unsinnig konkurrierender und inkompatibler Waffensysteme geht es jedoch in erster Linie nicht darum, diese alle koordiniert einzusetzen, sondern sie soweit wie möglich auch zu reduzieren. Darüber hinaus wollen wir, dass der Fokus dieser Textpassage nicht mehr so stark auf der militärischen Perspektive liegt. Die 2%-Debatte kommt hier ein von dreimal vor, kann also gestrichen werden. Sie ist an anderer Stelle besser aufgehoben.

WB-EZ-01-125 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 125 bis 126 löschen:

politischen Synergieeffekten. ~~Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen.~~

WB-EZ-01-126 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 126 einfügen:

für das Europäische Parlament und jeder Schritt in Richtung eines europäischen Rüstungsmarktes muss mit einer Stärkung der gemeinsamen EU-Exportkontrolle einhergehen.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Kai Bojens (Stade KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV)

WB-EZ-01-127 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Marcel Rohrlack (München KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 127 bis 132:

~~Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.~~
Wir wollen, dass die Europäische Union mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Daher setzen wir uns für eine stärkere Koordination und Integration der Maßnahmen der inneren und äußeren Sicherheit ein. Polizei, Sicherheitsbehörden, Geheimdienste und Armeen müssen enger zusammenarbeiten. Dafür brauchen wir klare rechtsstaatliche EU-Rahmenbedingungen, die die Grundrechte schützen, und parlamentarische Kontrolle. Diese Zusammenarbeit ist gut für Europa, da wir so kosteneffizienter und effektiver Sicherheit gewährleisten. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab. Wir wollen im Gegensatz zur Großen Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit erreichen. Investitionen in die Wirtschaftliche Entwicklung schaffen nachhaltig Sicherheit und ergeben sich als Verantwortung aus der Kolonialgeschichte Europas.

Begründung

Wir wollen für die Integration der Sicherheitsarchitektur der EU eine klarere Perspektive entwickeln und die Entwicklungszusammenarbeit auch als Teil der Sicherheitspolitik hervorheben.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Sophie Harper (München KV); Martin Becker (Mainz KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Arne Brach (München KV); Sebastian Mann (Tübingen KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Lena Christin Schwelling (Ulm KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Alexander König (München KV); Jamila Schäfer (München KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV)

WB-EZ-01-128 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 128 bis 132:

Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. ~~Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.~~ Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen. Langfristiges Ziel ist für uns die Einführung einer europäischen Parlamentsarmee.

WB-EZ-01-128-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 128 bis 130:

Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die ~~Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen.~~ Ausgaben für Entwicklungsfinanzierung und Krisenprävention in den nächsten vier Jahre um 400 Millionen Euro gegenüber 2017 kürzt, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen und dafür 5,3 Milliarden zusätzlich bis 2021 einplant. Eine Erhöhung der

Begründung

Die Große Koalition hat die ODA Quote von 0,7 Prozent in 2016 erreicht - wenn auch nur mit Einrechnung von hohen Flüchtlingskosten im Inland. Die ODA Quote wird schon in WB 01 (Z 44) erwähnt und ist prominent in WB FM 01 als Projekt vertreten, deshalb ist der Verweis auf die ODA Quote in diesem Teil des Wahlprogramms verzichtbar und ein Hinweis auf die Kürzungen sinnvoller.

Die Ausgaben für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung machen in 2017 zusammen 13,8 Mrd. Euro aus. In der Finanzplanung der Bundesregierung liegen die Ausgaben für beide Etats bei 13,4 Mrd. Euro in 2021. Während der Verteidigungsetat in diesem Zeitraum um 5,3 Mrd. Euro steigt, sinken die beiden korrespondierenden "friedlichen" Etats!

Unterstützer*innen

Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Detlef Kröger (Hamburg-Eimsbüttel KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV)

WB-EZ-01-128-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 128 einfügen:

Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Jährlich gibt es Einsparpotentiale von 25-100 Milliarden Euro, vorausgesetzt die Mitgliedsstaaten kooperieren effizient. Deswegen ist es sinnlos, ein 2%-Ziel auch für die EU zu fordern oder daran zu arbeiten, den bislang zivilen EU-Haushalt für militärische Projekte wie Rüstungsforschung zu plündern. Wir Grüne stehen dafür ein, dass bislang zivile Instrumente wie die Investitionsbank, das Instrument für Stabilität und Frieden, Strukturfonds und auch die Maastricht-Kriterien nicht dem Rüstungswahn zum Opfer fallen. Es ist zudem zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV)

WB-EZ-01-128-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 128:

Gelder ~~bei der Rüstung~~ durch die getrennte Anschaffung von Rüstungsgütern fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ursula Streng (Starnberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Müller (Essen KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Josef Frey (Lörrach KV); Levin Velt (Halle KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Christine Spannagel (Berlin-Neukölln KV); Ute Koczy (Lippe KV)

WB-EZ-01-131 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 131 bis 132:

Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen ~~auch-entsprechende~~nicht nur die Forderungen aus der NATO ab, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ~~ab~~mit uns wird es eine Reduktion der Militärausgaben geben. .

WB-EZ-01-131-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 131 bis 132:

Militärausgaben ~~ist nicht sinnvoll und wir lehnen~~, auch ~~entsprechende~~ die entsprechenden Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, lehnen wir ab.

Begründung

„nicht sinnvoll“ ist auslegungsfähig. Was ist sinnvoll? Es geht darum, in einem Wort zu sagen, dass höhere Militärausgaben auf Dauer das genaue Gegenteil schaffen, nämlich statt mehr Stabilität führt das zu mehr Instabilität.

WB-EZ-01-133 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 133 löschen:

Die ~~EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die~~

WB-EZ-01-136 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 136 bis 137:

~~Fortschritten im Beitrittsprozess~~ der Einhaltung der Kopenhagener Kriterien wie z.B. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abhängig gemacht werden. Wir wollen alle Staaten des westlichen Balkans ~~ohne Änderung ihrer Grenzen~~ in die EU integrieren. Die Grünen stehen auch

WB-EZ-01-137 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 137:

westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. ~~Die~~ Dafür reicht jedoch nicht Dienst nach Vorschrift. Es ist an der Zeit das Beitrittsversprechen durch tiefgreifende Zusammenarbeit und weitreichende Förderung mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren des Westbalkans erneut glaubwürdig zu machen.

Die Grünen stehen auch

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Kai Bojens (Stade KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Andreas Müller (Essen KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Barbara Lochbihler (Ostallgäu KV); Daniela Ortlauf (Berlin-Neukölln KV)

WB-EZ-01-137-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 137 bis 145:

westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. ~~Die Grünen stehen auch weiterhin fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die massiven Angriffe auf Oppositionelle, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Zivilgesellschaft sowie die vorgesehene Verfassungsänderung von Präsident Erdogan hin zu einem autoritären Präsidialsystem. Die EU-Beitrittsverhandlungen liegen bereits auf Eis. Sie jetzt komplett abbrechen würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Das Ja zum Referendum läutet das vorläufige Ende von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei ein. Es braucht nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen: Alles politische Handeln muss konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in der Türkei ausgerichtet werden. Die Türkei ist auch nach dem Referendum nicht Erdogan, Erdogan ist nicht die Türkei. Mehr denn je müssen Deutschland und Europa gegenüber Ankara klare Kante für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Darum werden wir alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppen und die Bundeswehr aus Incirlik abziehen. Bedingung für die Ausweitung der Zollunion ist für uns eine Kehrtwende der Türkei bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Erst dann können auch die Beitrittsgespräche fortgeführt werden, die praktisch bereits auf Eis liegen. Zugleich gilt: Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein endgültiger Abbruch der Beitrittsgespräche wäre deshalb falsch.~~

Unterstützer*innen

Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Matthias Strobel (Augsburg-Stadt KV); Karsten Finke (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Marc Kersten (Köln KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

WB-EZ-01-139 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 139 einfügen:

Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die Massaker an der kurdischen Bevölkerung, die massiven Angriffe auf

Begründung

Nach einem Bericht des UN-Menschenrechtsbüros vom März hat die türkische Armee massiv gegen Menschenrechte verstoßen. Zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 seien rund 2.000 Menschen getötet worden, auch sei es zur systematischen Zerstörung von Siedlungen gekommen. In der kurdischen Stadt Cizre wurden lt. diesem Bericht 189 in einem Keller eingeschlossene Menschen verbrannt. Das geht weit über die erwähnten Verletzungen demokratischer Rechte hinaus. Daher ist der Begriff "Massaker" hier angebracht und die Vorgänge sollten als solche benannt werden.

WB-EZ-01-141 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 141:

~~vorgesehene~~ gesellschaft hoch umstrittene Verfassungsänderung von Präsident Erdogan hin zu einem autoritären

WB-EZ-01-142 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 142 einfügen:

Präsidialsystem. Gleichzeitig verdichten sich die Anzeichen, dass die Türkei eigene strategische Ziele in Nordsyrien und Nordirak verfolgt, die über eine Landesverteidigung hinausgehen. Unter diesen Umständen treten wir dafür ein, die Bundeswehr aus dem türkischen Incirlik abzuziehen. Die EU-Beitrittsverhandlungen liegen bereits auf Eis. Sie jetzt komplett

Begründung

erfolgt mündlich

WB-EZ-01-146 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 146 bis 149:

~~Europa hat eine Verantwortung für seine Nachbarschaft. Das gilt ganz besonders auch für Afrika. Wir wollen neue Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen Marshall-Plan in Afrika stark machen.~~
Europa hat eine besondere Verantwortung für für Afrika. Wir schlagen einen Zukunftspakt mit den Ländern Afrikas vor, um den Menschen vor Ort Perspektiven zu schaffen und Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen.

WB-EZ-01-147 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 147 bis 148:

Afrika. ~~Wir wollen neue Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.~~ Wir wollen unsere Partnerländer dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven vor Ort zu schaffen. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen Marshall-Plan in Afrika

WB-EZ-01-148 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 148:

effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen uns für ~~einen Grünen Marshall-Plan in Afrika~~ eine faire wirtschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Produzenten und eine nachhaltige Weiterentwicklung der afrikanischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft

WB-EZ-01-148-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 148 einfügen:

effektiv bekämpfen. Darüber hinaus wollen wir die Einreisebedingungen für Auszubildende und Studierende aus afrikanischen Ländern in die EU durch eine vereinfachte Vergabe von Ausbildungsvisa erleichtern. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen Marshall-Plan in Afrika

WB-EZ-01-148-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 148 bis 149:

effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen ~~uns für~~ einen ~~Grünen Marshall-Plan in~~Zukunftspakt
zwischen der EU und Afrika ~~stark machen~~auflegen.

Begründung

mündlich

WB-EZ-01-148-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 148:

effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen ~~Marshall-Plan in~~Zukunftspakt
zwischen EU und Afrika

WB-EZ-01-149 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 149 einfügen:

stark machen. Die Bundesregierung und die EU sollten alle diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Mittel ausschöpfen, um die türkische Regierung zu einer Rückkehr zu demokratischen und menschenrechtlichen Standards zu bewegen. Zugleich wollen wir die Unterstützung der türkischen Zivilgesellschaft stärken. Alle Menschen, die in der Türkei politisch verfolgt werden, sollten in Europa Zuflucht finden. Den Visumzwang für Türk*innen wollen wir abschaffen. Die EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die Assoziierungsabkommen mit den östlichen EU-Nachbarländern insbesondere der Ukraine müssen mit Leben gefüllt werden z. B. durch Visaerleichterungen und stärkere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, bis ein Beitritt dieser Länder einmal möglich ist.

WB-EZ-01-152 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 152:

Europäischer Investitionspakt für ~~mehr Jobs und besseren Umweltschutz~~ den Green New Deal

WB-EZ-01-154 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 154 einfügen:

voranbringen und endlich die falsche Logik des Kaputtsparens beenden. Dafür starten wir mit einer Investitionsoffensive für ökologische

Unterstützer*innen

Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jakob Ache (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Christian Kühn (Tübingen KV)

WB-EZ-01-155 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 155 bis 157:

Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. ~~Damit~~Mittels der Europäischen Investitionsbank sowie privater und öffentlicher Sponsoren setzen wir die europäische Jugendgarantie endlich um: Alle jungen Europäerinnen und Europäer erhalten spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz. Die Profiteure der Krise beteiligen wir gerecht an ihren Kosten und sorgen durch strenge Regeln dafür, dass die Finanzkrisen bald der Vergangenheit angehören

Begründung

Der historische New Deal ist nicht ohne Umverteilung und Regulierung zu denken. Diese Aspekte sollten auch weiterhin in unserer modernen Version dieses Programms vorkommen.

WB-EZ-01-155-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 155 bis 157:

Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. ~~Damit setzen wir die~~Wir wollen damit erreichen, dass europäische Jugendgarantie endlich ~~um~~umgesetzt wird: Alle jungen Europäerinnen und Europäer ~~erhaltenmüssen~~ spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz erhalten.

Begründung

Die deutsche Regierung alleine hat es nicht in der Hand, die europäische Jugendgarantie umzusetzen. Deshalb Beschreibung des Ziels statt unrealistisches Versprechen.

WB-EZ-01-155-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 155 bis 157:

Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. ~~Damit setzen wir die europäische Jugendgarantie endlich um: Alle jungen Europäerinnen und Europäer erhalten spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz. – finanziert durch einen Steuerpakt, der ungerechtes Steuerdumping und Steuerhinterziehung beendet. Außerdem wollen wir die europäische Jugendgarantie stärken und soziale Spaltung durch Mindeststandards abbauen.~~

Begründung

Es ist fachlich falsch, dass wir mit dem Zukunftsfonds die Jugendgarantie umsetzen wollen. Die Jugendgarantie wird durch den EU-haushalt finanziert. Mit dem Zukunftsfonds wollen wir Zukunftsinvestitionen finanzieren.

Unterstützer*innen

Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Danny-Ralph Cäsar (Hamburg-Mitte KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Oliver Brandt (Herzogtum Lauenburg KV); Jörg Roßbach (Hamburg-Altona KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Maria Heider (Havelland KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Reinhild Maria Hugenroth (Wittenberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Hans-Joachim Wolfram Heeg (Hamburg-Nord KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV)

WB-EZ-01-157 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 157 einfügen:

Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz. Die Profiteure der Krise beteiligen wir gerecht an ihren Kosten und sorgen durch strenge Regeln dafür, dass die Finanzkrisen bald der Vergangenheit angehören.

WB-EZ-01-157-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 157 einfügen:

Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz. Ferner streben wir einen Europäischen Freiwilligendienst für Alle an, die sich für den Green New Deal engagieren wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Europäerinnen jeden Alters, aller Berufsgruppen und jedweder Bildung sich in anderen EU-Ländern ein Jahr lang im privaten, öffentlichen oder Dritten Sektor engagieren können.

Begründung

Um ihre international vereinbarten Klimaziele zu erreichen, bedarf die EU auch einer erheblichen Verbreitung und Stärkung von Umweltbewußtsein, Energiebildung und Energiemanagement-Kompetenzen. Deutschland und andere Vorreiter haben im Bereich der Einbindung von Bürgerschaft und Zivilgesellschaft wertvolle sozio-ökonomische Innovationen entwickelt (ökologischer Jugendfreiwilligendienst, Stromsparcheck-Freiwilligendienst in Hartz IV-Haushalten, Repair-Café Bewegung, Urban Gardening, Corporate Social Responsibility uvm.). Viel mehr Bürgerinnen und Bürger wollen und sollen an der Europäisierung und Weiterentwicklung solcher vorbildlichen Praxen partizipieren. Die Ermöglichung und Förderung dieses Engagement muss unabhängig von Alter, Beruf oder Bildung sein. Daher muss die Finanzierung des Europäischen Freiwilligendienstes für Alle ein Pfeiler unserer Grünen Zukunftsinvestitionen werden. Sie ist ein neuer Strang, der auf den aus anderen Programmen finanzierten EU-Programmen (Erasmus+, Jugendgarantie) aufbaut. Damit kann und soll die Europäische Identität praktisch-grün gestärkt werden.

WB-EZ-01-157-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 157 einfügen:

Wir fördern unbürokratisch neue Arbeitsplätze und bringen bis 2020 über 1 Mio. junge Menschen in Arbeit.
Wir wollen, dass Deutschland eine Stärke nutzt, damit die wirtschaftliche und soziale Einheit in Europa
wachsen kann.

WB-EZ-01-159 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 159:

~~EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen~~ Demokratie in der EU stärken - Europa der Bürger*innen schaffen

WB-EZ-01-160 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 160 bis 166:

~~Wir Grünen wollen verbindliche Lobbyregister sowie einen „legislativen Fußabdruck“, der genau erfasst, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Der Rat und seine vorbereitenden Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken. Es soll eigene Gesetzesvorschläge einbringen sowie der Europäischen Kommission und ihrem Präsidenten – so wie im deutschen Bundestag – auch das Misstrauen aussprechen und sie abwählen können. Und wir wollen die Europäischen Bürgerinitiativen ausbauen.~~
Wir wollen Europa gemeinsam mit seinen Bürger*innen weiterentwickeln, transparenter, demokratischer und erfahrbarer machen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament stärken. Das Europäische Parlament soll eigene Gesetzesvorschläge einbringen. Der Rat und seine vorbereitenden Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir Grünen wollen verbindliche Lobbyregister sowie eines „legislativen Fußabdrucks“, der genau erfasst, wer wann an welchem Ort an einem Gesetz gearbeitet hat. Wir wollen die Europäischen Bürgerinitiativen und andere Beteiligungsinstrumente ausbauen. Wir stärken den gesellschaftlichen Austausch und öffnen den europäischen Freiwilligendienst für alle.

WB-EZ-01-164 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 164 einfügen:

Gesetzesvorschläge einbringen sowie der Europäischen Kommission und ihrem Präsidenten mit einfacher statt Zweidrittel Mehrheit- so

Begründung

So wie bis jetzt liest sich die Forderung als ob das EP die Kommission nicht entmachten könnte. Das ist aber falsch, es geht nur um eine Änderung der dafür nötigen Mehrheit. Schon heute kann das EP der Kommission sein Misstrauen aussprechen (Artikel 17(8)).

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Liam Harrold (Hannover RV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sara Nanni (Münster KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Stefan Hintsche (München KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Henrike Hahn (München KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV)

WB-EZ-01-166 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Pascal Renaud (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 166 einfügen:

wir wollen die Europäischen Bürgerinitiativen ausbauen und europäische Bürgerforen ermöglichen.

Begründung

Europa muss möglichst bürgernah werden & Beteiligungsmöglichkeiten zum Ideenaustausch schaffen. Die Einrichtung von „Bürgerforen“ oder „Bürgerkonventen“ zur Weiterentwicklung der Europäischen Union bzw. zu einzelnen politischen Sachthemen mit Bezug zur EU ist dafür ein Mittel. Sie können verschiedene Formen annehmen wie z.B. Veranstaltungen auf lokaler Ebene mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Diskussionsforen in Grenzgebieten oder europaweite Kongresse. Emmanuel Macron fordert bspw. in seinem Wahlprogramm europäische Bürgerkonvente ab Ende 2017, um dem europäischen Projekt wieder einen Sinn zugeben. Auch die „Pulse of Europe“ Bewegung mit ihrem „offenen Mikrofon“ ist ein Beispiel.

Unterstützer*innen

Oliver Eberz (Frankfurt KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Burkhard Schwetje (Frankfurt KV); Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Julia Hassemer (Frankfurt KV); David Kreitschmann (Darmstadt KV); Eilika Freund (Frankfurt KV); Nils Schlich (Frankfurt KV); Hannah Jaberg (Frankfurt KV); Karola Marie Küll (Frankfurt KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Sara Nanni (Münster KV); Michael Hack (Wetterau KV)

WB-EZ-01-167 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 167 einfügen:

Europa in Brexit-Verhandlungen zusammenhalten - den EU-Haushalt stärken Wir Grünen wollen, dass in den Brexit-Verhandlungen die europäischen Interessen Vorrang vor den Klientelinteressen der Nationalstaaten haben. Und wir wollen, dass die EU der 27 gestärkt aus den Verhandlungen hervorgeht. Deswegen werden wir in der Bundesregierung dafür sorgen, dass Deutschland schon während der Verhandlungen mit Großbritannien klarstellt, dass es künftig auf seinen Haushaltsrabatt verzichtet. Damit sorgen wir dafür, dass die EU nicht wegen des Brexit ihren Haushalt verkleinern muss, sondern dass Europa im Gegenteil mehr Mittel bekommt um zu investieren und soziale Projekte vor Ort zu fördern.

Begründung

Es ist entscheidend, dass wir klare inhaltliche Linien für die Positionierung Deutschland in den Brexit-Verhandlungen beschreiben. Wir meinen das sollte ein Schlüsselprojekt für eine Grüne Regierungsbeteiligung werden! Wir wollen das Projekt bewusst nicht gegen die Idee eines Marshallplans für Afrika stellen, finden aber, dass ein Schlüsselprojekt zum Brexit im Kapitel "Europa zusammenhalten" unverzichtbar ist. Ob hier dann vier Schlüsselprojekte bleiben oder der Marshallplan in einen anderen Teil des Kapitels verschoben wird, legen wir dem Bundesvorstand in die Hand.

Neben den bisherigen Positionen zu Zugang zum Markt und den Grundfreiheiten sollten wir uns auch trauen über das Geld zu reden. Am EU-Haushalt hängen überall in Europa, aber vor allem in den wirtschaftlich schwächeren Regionen viele Investitionen und Fördermaßnahmen mit Nähe zum Arbeitsmarkt.

Die finanziellen Wirkungen des Brexit sind bisher vor allem für die Zeit bis 2020 in der Debatte. Aber auch darüber hinaus bleiben Folgewirkungen. Zunächst muss die EU und die Breg klar machen, dass London auch nach dem Ende des derzeitigen mittelfristigen Finanzrahmens Ende 2020 alle politisch und rechtlich bereits eingegangenen Verpflichtungen bedienen muss.

Aber: Auch wenn man das alles einrechnet, ergeben sich finanzielle Auswirkungen auf den EU-Haushalt. Aufgrund der relativ größeren Wirtschaftsleistung des UK verändert sich die gesamte Rechengrundlage für das EU-Budget, so dass alleine dadurch rein rechnerisch etwa 10 Mrd Euro im Jahr rechnerisch fehlen, gemessen am Maßstab der Obergrenze des Ausgabenrahmens der EU von 1,23 Prozent. Gemessen am konkreten Zahlungsziel der Mitgliedstaaten von 1% wären das sogar rund 25 Mrd. Euro. Der Versuch die gesamte Fehlsomme einzusparen garantiert, die EU in den Verhandlungen mit UK auseinanderreiben würde.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Andreas Reichel (Hamburg-Eimsbüttel KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Mechtild Wigger (Hamburg-Altona KV); Annalena Baerbock (Potsdam KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV)

WB-EZ-01-168 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 168:

Grüner ~~Marshallplan für~~ Zukunftspakt zwischen EU und Afrika

WB-EZ-01-168-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 168 bis 174:

~~Grüner Marshallplan für Afrika~~ Europäisches Solidaritätscorps ~~Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.~~ Wann immer Europas Vielfalt erlebbar wird, gewinnt sein Zusammenhalt. Wer eine positive grenzüberschreitende Erfahrung gemacht hat, wird Europa besser verstehen und gegen Nationalismus verteidigen. Deswegen wollen wir ein Europäisches Solidaritätscorps realisieren, das es hunderttausenden Jugendlichen ermöglicht, einen Freiwilligendienst im europäischen Ausland zu verbringen. Wir fördern damit zusätzlich zivilgesellschaftliche Initiativen, die über diesen Weg Unterstützung gewinnen können. Das Europäische Solidaritätscorps soll auch für Jugendliche, die eine duale Berufsausbildung absolvieren, europäische Gastaufenthalte ermöglichen.

Begründung

Redaktionelle Anmerkung: Das gesamte Schlüsselprojekt soll ersetzt werden.

Unterstützer*innen

Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Lukas Flohr (Köln KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV)

WB-EZ-01-168-3 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 168:

~~Grüner Marshallplan für Afrika~~ Fairer Umgang mit den Ländern des afrikanischen Kontinents

Begründung

Die Erinnerung an den originären Marshallplan ist historisch unglücklich. Dieser bezog den afrikanischen Kontinent als Rohstofflieferant des europäischen Wiederaufbaus ein.

WB-EZ-01-168-4 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 168:

Grüner ~~Marshallplan für~~ Zukunftspakt zwischen EU und Afrika

WB-EZ-01-168-5 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 168 löschen:

~~Grüner Marshallplan für Afrika~~

Begründung

CSU Projekt, weitere inhaltliche Begründung mündlich

WB-EZ-01-168-6 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 168 bis 174:

~~Grüner Marshallplan für~~Zukunftspakt zwischen EU und Afrika ~~Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.~~Europa hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung. Wir wollen einen Grünen Zukunftspakt mit Ländern in Afrika, der gemeinsam auf Augenhöhe erarbeitet wird und der die Agenda 2063 der Afrikanischen Union unterstützt. Im Zentrum stehen zivile Krisenprävention und der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie funktionierender Steuersysteme. Wir wollen außerdem eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern durch eine gerechte Agrar- und Handelspolitik, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, sowie sozial-ökologische Investitionen. So schaffen wir Perspektiven für die Menschen in Afrika.

Begründung

-mündlich-

WB-EZ-01-169 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 169 bis 174:

~~Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.~~
Europa hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung. Wir wollen einen Grünen Zukunftspakt mit Ländern in Afrika, der gemeinsam auf Augenhöhe erarbeitet wird. Im Zentrum stehen zivile Krisenprävention und der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie funktionierende Steuersysteme. Außerdem wollen wir eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch eine gerechte Agrar- und Handelspolitik, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft sowie sozial-ökologische Investitionen fördern. So schaffen wir Perspektiven für die Menschen in Afrika.

WB-EZ-01-169-2 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 169 bis 174:

~~Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.~~
Europa hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung. Wir wollen einen Grünen Zukunftspakt mit Ländern in Afrika, der gemeinsam auf Augenhöhe erarbeitet wird und der die Agenda 2063 der Afrikanischen Union unterstützt. Im Zentrum stehen zivile Krisenprävention und der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie funktionierender Steuersysteme. Wir wollen außerdem eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern durch eine gerechte Agrar- und Handelspolitik, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, sowie sozial-ökologische Investitionen. So schaffen wir Perspektiven für die Menschen in Afrika.

WB-EZ-01-170 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 170 bis 172:

vielfältig miteinander verbunden. ~~Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Entwicklung auf Basis einer konsequenten~~ Wir wollen eine faire wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Afrikanischen Staaten, die drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Unterstützung beim Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen

WB-EZ-01-173 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

In Zeile 173 einfügen:

Kontinent. Damit können wir neue Lebens-Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv

WB-FM-01-001 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir stehen ein für Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte

WB-FM-01-005 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 5 bis 6:

Völkerrechts sowie zivile Ansätze ~~dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis Tunesien.~~ friedensbildender und Demokratie fördernder Maßnahmen dringender denn je. Wir

WB-FM-01-006 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 6 bis 9:

~~demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis Tunesien. Wir werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu reformieren, den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen~~ ~~☒ sich nachhaltig zu entwickeln und in Freiheit zu leben.~~ positiven Entwicklungen weltweit. Wir werden weiterhin Länder partnerschaftlich dabei unterstützen Menschenrechte zu schützen, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen zu entwickeln und zu stärken, sich nachhaltig zu entwickeln und den Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen.

WB-FM-01-010 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Tom Koenigs (Gießen KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 10 bis 12:

Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ~~ist es, dass~~ **sind die Menschenrechte**. Deutschland und Europa **müssen** mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen **müssen**. **Deutschland muss selbst alle menschenrechtlichen Abkommen vorbehaltlos ratifizieren und umsetzen**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und

Begründung

Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik soll Leitbild sein. Um glaubwürdig zu sein, muss Deutschland alle menschenrechtlichen Abkommen ratifizieren. Das entspricht Grünen Werten und der aktuellen Beschlusslage der Bundestagfraktion: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Menschenrechte.pdf

Unterstützer*innen

Denise Bentele (Berlin-Pankow KV); Patrick Willmann (Berlin-Pankow KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Jonas Botta (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christian Zuckermann (Gießen KV); Georg Dick (Frankfurt KV); Michael Daxner (Potsdam KV); Walter Heinemann (Lahn-Dill KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Martin Pilgram (Starnberg KV); Roland Schaeffer (Hamburg-Eimsbüttel KV); Martin Tasci-Lempe (Gießen KV); Michael Buss (Gießen KV); Barbara Lochbihler (Ostallgäu KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Uwe Köhne (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ulrike Seifert (Ostallgäu KV)

WB-FM-01/1 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 10:

Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und ~~Europa~~die EU mehr

In Zeile 72:

~~europäischer~~EU-Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und

Von Zeile 142 bis 143:

Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf ~~europäischer~~EU-Ebene kämpfen wir darum, eine ~~europaweite~~EU-weite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.

WB-FM-01-011 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 11 einfügen:

Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen, gerechten und kooperativen Weltordnung übernehmen

Begründung

No justice, no peace.

WB-FM-01-011-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 11 einfügen:

Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen, gerechteren und kooperativen Weltordnung übernehmen

WB-FM-01-012 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 12 einfügen:

müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft, Solidarität und

WB-FM-01-014 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 14 bis 18:

wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. ~~Wir stehen für die Stärkung des internationalen Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verankert ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und des Europarats agiert.~~ Im Zentrum unserer Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik steht eine Stärkung des internationalen Rechts, der multilateralen Zusammenarbeit und der zivilen Krisenprävention. Um globalen Herausforderungen mit zivilen Mitteln zu begegnen, setzen wir auf die Handlungsspielräume der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der OSZE. Die NATO wollen wir so transformieren, dass auch sie zu kooperativer Sicherheit beitragen kann und Sicherheit gegenüber Dritten mit diesen und nicht gegen diese organisiert wird; deshalb setzen wir auch auf den Dialog im NATO-Russland-Rat. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir

Begründung

Der Entwurfstext enthält eine nichtssagende, unterschiedslose Aufzählung von Organisationen – „verankert“, „eingebettet“ und „im Rahmen“ sind nahezu austauschbar. Wir benennen die Organisationen, die geeignet sind, den globalen Herausforderungen mit zivilen Mitteln zu begegnen, sowie unsere Perspektive für die NATO.

WB-FM-01-017 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 17 löschen:

ist, ~~eingebettet in die NATO~~ und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und

Begründung

Die Benennung der NATO in diesem Zusammenhang ist nicht angebracht. Streng genommen verlangt der Satz, dass die deutsche wertegeleitete Außenpolitik mit dem Ziel der Stärkung des internationalen Rechts in die NATO eingebettet wird. Richtig wäre jedoch, die Politik und das militärische Eingreifen der NATO als Verteidigungsbündnis der Charta der VN und den Grundsätzen des Völkerrechts unterzuordnen.

WB-FM-01-017-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 17 löschen:

ist, ~~eingebettet in die NATO~~ und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und

Begründung

Für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ist ein expliziter Verweis auf die NATO an dieser Stelle nicht nötig, zumal sie mit Entwicklungspolitik nichts zu tun hat und nur Aspekte von Außen- und Sicherheitspolitik abdeckt.

WB-FM-01-018 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Marcel Ernst (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die NATO wird auf absehbare Zeit ein zentraler Garant der gemeinsamen Sicherheit in Europa bleiben. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten. Deshalb werden wir uns für eine Verstetigung des NATO-Russland-Rates als eine zentrale Dialogplattform einsetzen.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Martin Becker (Mainz KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sophie Harper (München KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Heilrath (München KV); Peter Koller (Berlin-Neukölln KV); Marieluise Beck (Bremen-Mitte KV); Dieter Janecek (München KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV)

WB-FM-01-019 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 19 einfügen:

international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten. Den Rahmen für unsere Politik der globalen Verantwortung bilden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Sie nehmen auch die Industrieländer in die Pflicht, Veränderungen einzuleiten, um eine global nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Auch Deutschland muss sich weiterentwickeln und ist in diesem Sinne ein Entwicklungsland.

WB-FM-01-021 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 21 bis 22:

unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. ~~Uns leiten die Wahrung von Frauen- und Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen.~~ Uns leiten die Wahrung und Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten. Das schließt auch den

Begründung

Der Entwurfstext ist hier unnötig wortreich.

WB-FM-01-021-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 21 bis 22:

unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leitet die Wahrung von ~~Frauen- und~~ Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Besonders wichtig sind uns dabei die Rechte von Frauen, denn Frauenrechte sind Menschenrechte! Das schließt auch den

WB-FM-01-021-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 21 einfügen:

unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten Solidarität, die Wahrung von Frauen- und

Begründung

Der zentrale Begriff der Solidarität kommt im Entwurf im internationalen Kontext kaum vor, und dann fast ausschließlich mit Bezug auf Europa. Er soll deshalb an einigen Stellen, wo es um zentrale Werte globaler Politik geht, eingefügt werden.

WB-FM-01-021-4 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Doris Kienle (Unterallgäu KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 21 bis 23:

unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von ~~Frauen–und~~ Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt auch den Kampf für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von

Begründung

Menschenrechte sind auch Frauenrechte

Unterstützer*innen

Antje Wagner (München-Land KV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Gianina Zimmermann (Main-Taunus KV); Gudrun Lux (München KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Natascha Kauder (Frankfurt KV); Katja Wolke (Magdeburg KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Simone Krois (München-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Helga Keller-Zenth (München-Land KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV)

WB-FM-01-022 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 22 einfügen:

Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Darum ist das globale Nachhaltigkeitsziel 5 der VN "Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen" handlungsleitend. Das schließt auch den

WB-FM-01-022-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 22 bis 23:

Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt auch ~~den Kampf~~
~~für~~das Ringen um Frieden, soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von

WB-FM-01-022-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 22:

Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel an Minderheiten wie LSBTIQ* oder religiösen oder ethnischen Gruppen. Das schließt auch den

WB-FM-01-022-4 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 22 bis 24:

Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. ~~Das schließt auch den Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und internationaler Korruption.~~ Wir kämpfen für globale Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe.

WB-FM-01-023 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 23 bis 24:

Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ~~ein~~, insbesondere die Teilhabe und den Zugang zu Nahrung, Wasser und Bildung, sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und internationaler Korruption ein.

Begründung

„Globale Entwicklung“ erscheint uns in diesem Zusammenhang zu unbestimmt. Wir wollen neben der sozialen Gerechtigkeit konkreter die Teilhabe und den Zugang zu Lebensgrundlagen im Programm sehen.

WB-FM-01-028 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 28:

Klimakrise zeigen, dass ~~die Probleme~~ keine Gesellschaft sich von den Problemen der Welt ~~nicht vor der eigenen Haustür Halt machen~~ lösen kann. Sie betreffen alle und werden nur gemeinsam gelöst werden können. Nicht selten trifft uns als Industriestaaten eine besondere Verantwortung, weil wir selbst zur Krise beigetragen haben.

Begründung

Das ist die falsche Türmetapher. Das Problem ist nicht, dass die Probleme nicht vor unserer Haustür halt machen, sondern dass wir vor der eigenen Türe kehren sollten, um nicht weiter zu ihnen beizutragen.

WB-FM-01-030 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 30 bis 31:

allen Menschen gleichermaßen zu. Autoritäre und andere nicht-demokratische Regime stehen dem entgegen. Gerade die Folgen autoritärer Herrschaft für die Menschenrechtssituation müssen endlich in der Außenpolitik berücksichtigt werden. Wir kritisieren scharf, dassfordern deshalb ein Ende militärischer und polizeilicher Kooperationen, die autoritäre Regime in vielen Ländern ihre Macht ausbauenstärken. Demokratische Sie dürfen nicht als unsere „Verbündeten“ betrachtet und politisch und diplomatisch gestützt werden.

Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter

Begründung

Hier sollte das Wahlprogramm anschaulich machen, was bündnisgrüne, menschenrechtsorientierte Außenpolitik konkret von der gegenwärtigen Praxis unterscheiden soll.

WB-FM-01-030-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 30 einfügen:

allen Menschen gleichermaßen zu. Deswegen stellen wir GRÜNEN die Kohärenz unseres politischen Handelns in den Mittelpunkt unserer Außen- und Entwicklungspolitik. Wir werden dafür sorgen, dass Teile unserer Wirtschafts-, Verteidigungs-, Agrar-, Finanz- oder Handelspolitik nicht länger unsere Ziele globale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte konterkarieren. Mit einem Rat für Nachhaltigkeit und Menschenrechte schaffen wir eine Kontrollinstanz, die das Regierungshandeln mit Blick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele bewertet und Anpassungen vornehmen kann.

Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen

WB-FM-01-031 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 31 bis 32:

Ländern ihre Macht ausbauen. ~~Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder Vietnam~~Doch auch demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter Druck. In vielen Ländern

Begründung

Die Aufzählung ist, vergleicht man die Länder, etwas abwegig. Um nicht eine neue Auflistung (die länger und kommentierter würde) einzufügen, schlagen wir diese Kürzung vor.

WB-FM-01-032 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 32 löschen:

Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, ~~in Indien oder Vietnam~~

Begründung

Die Situation in Indien und Vietnam wird den meisten Menschen hierzulande nicht bekannt sein. Auch gibt es Länder auf dieser Welt, die ähnlich schlecht da stehen. Nach der Liste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen rangieren die genannten Länder auf den Positionen Russland:148, China: 176, Ägypten: 159, Türkei: 151, Vietnam: 175, Indien 133 von 180 Ländern im Jahre 2016.

WB-FM-01-034 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 34 bis 35:

bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen ~~wird~~, die immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert wird, bedarf internationaler Anerkennung und Unterstützung. Das betrifft auch die

Begründung

Der Beschreibung wird eine politische Forderung angeschlossen.

WB-FM-01-034-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Tom Koenigs (Gießen KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 34 bis 36:

bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ~~und demokratischen Bewegungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.~~ demokratischen Bewegungen und politischen Stiftungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das beginnt mit Anti-NGO-Gesetzen, die Aktivist*innen als „ausländische Agenten“ diffamieren und endet nicht selten bei Drohungen, Gewalt und Mord. Der höchste Anteil solcher Morde trifft Umweltaktivist*innen. Wir müssen Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit besser schützen. Die Einbeziehung und der Umgang mit ihnen muss zu einem wesentlichen Faktor bei Regierungsverhandlungen werden. Deshalb wollen wir Menschenrechtsreferent*innen in allen deutschen Botschaften einsetzen, wie es sie bereits in EU-Delegationen gibt.

Begründung

Das Problem des "shrinking space" (Einschränkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen) ist ein viel beachtetes Thema. Die Bundestagfraktion hat dazu in dieser Wahlperiode einige politische Initiativen erarbeitet. Wichtig ist, das Problem an dieser Stelle plastisch zu beschreiben und durch die Nennung politischer Forderungen zu zeigen, dass GRÜNE Lösungen haben.

Bezugsquellen des Änderungsantrags sind u.a.:

https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Menschenrechte.pdf

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Denise Bentele (Berlin-Pankow KV); Patrick Willmann (Berlin-Pankow KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Jonas Botta (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christian Zuckermann (Gießen KV); Georg Dick (Frankfurt KV); Michael Daxner (Potsdam KV); Walter Heinemann (Lahn-Dill KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Martin Pilgram (Starnberg KV); Roland Schaeffer (Hamburg-Eimsbüttel KV); Martin Tasci-Lempe (Gießen KV); Michael Buss (Gießen KV); Barbara Lochbihler (Ostallgäu KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Uwe Köhne (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ulrike Seifert (Ostallgäu KV)

WB-FM-01-036 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 36 einfügen:

Viel Geld ist auf der Suche nach Rendite in den letzten Jahren in Entwicklungs- und Schwellenländern investiert worden. Wir wollen Empfängerländer dabei unterstützen, damit sinnvolle Investitionen anstatt neue Schuldenblasen zu finanzieren. Dazu gehören kluge Kapitalverkehrskontrollen und eine Finanztransaktionssteuer, deren Erlös in großen Teilen für Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden soll. Wir setzen uns für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen ein.

WB-FM-01-036-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 36 bis 37:

Klassische Entwicklungszusammenarbeit ändert nur wenig an den globalen Strukturen unseres fehlgeleiteten Wirtschaftssystems und Konsumverhaltens. Darum verschieben wir unseren entwicklungspolitischen Fokus auf das Gesamtregierunghandeln. Wir wollen die strukturellen Gründe für Ungleichheit, für Armut und Hunger, für Klima- und Ressourcenkrise, für gewaltsame Konflikte und Vertreibung angehen. Daraus leitet sich unsere grüne globale Strukturpolitik ab. Dabei verfolgen wir einen Dreiklang aus a) Politikreformen in Deutschland und anderen Industriestaaten im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, b) aus der Schaffung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen in Partnerländern sowie c) einem Ausbau der multilateralen Zusammenarbeit. Die Instrumente unserer internationalen Zusammenarbeit reformieren wir für mehr Effizienz und Wirksamkeit. Vereinbarungen mit Partnerländern gründen wir auf beidseitige Verpflichtungen - etwa bei der Steuerkooperation. **Entwicklungspolitik** Zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele werden wir auch verstärkt mit der Zivilgesellschaft in den Partnerländern zusammenarbeiten. Auch den Privatsektor wollen wir verstärkt nach verbindlichen menschenrechtlichen und sozial-ökologische Kriterien fördern, denn mit innovativen Geschäftsideen werden überall auf der Welt Entwicklungsprobleme gelöst und gleichzeitig Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen. Es darf jedoch nicht zur breiten Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge kommen, wie wir derzeit bei einer Vielzahl von ineffizienten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) beobachten.

Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke

WB-FM-01-038 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 38 bis 41:

missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen ~~wie der Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit, Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren.~~ dienen, die den Menschen direkt zu Gute kommen. Wir wollen rechtsstaatliche Strukturen stärken, soziale Sicherungs- und Gesundheitssysteme ausbauen, durch nachhaltige Landwirtschaft Ernährungssouveränität herstellen, die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel fördern, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen durchsetzen und den Zugang zu Bildung voranbringen. Das inzwischen fast

WB-FM-01-039 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 39 einfügen:

Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Landrechten, Reduzierung sozialer Ungleichheit,

Begründung

- rechtsstaatliche Strukturen sind die Voraussetzung für Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person
- wenn Landrechte fehlen, werden Kleinbauern vertrieben und international agierende Investoren zerstören die kleinbäuerlichen Strukturen und ersetzen sie durch großflächige Monokulturen ("land grabbing")

WB-FM-01-039-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 39 einfügen:

Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit, [Aufbau stabiler Gesundheitssysteme](#),

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); André Höftmann (Fürth-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

WB-FM-01-039-3* Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 39 einfügen:

Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher und demokratischer Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit,

WB-FM-01-040* Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 40 einfügen:

Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Kopplung von Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen ist unredlich und keine Grundlage für eine menschenrechtbasierte Entwicklungspolitik. Die Gleichberechtigung der Geschlechter

Begründung

- mündlich-

WB-FM-01-041 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 41 einfügen:

und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Wir treten gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen ein und werden mehr Akzeptanz mit Hilfe der Zivilgesellschaft vor Ort fördern, vor allem in Ländern, in denen LSBTIQ* gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sind. Das inzwischen fast

Unterstützer*innen

Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Julia Walendzik (Berlin-Mitte KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Marian Funk (Berlin-Spandau KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV)

WB-FM-01-043 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 43 einfügen:

weltweite Entwicklung in den ärmsten Ländern bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine

Begründung

Eine Quote von 0,7% des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit ist heute nach bestimmte Zählungen auch für Deutschland schon erreicht. [1]. An dieser Stelle muss verdeutlicht werden, dass es sich um das Geld handelt, was auch in die Entwicklungsländer fließt.

[1] Spiegel online 11.4.2017:

Deutschland hat im vergangenen Jahr deutlich mehr Geld für **Entwicklungshilfe** bereitgestellt als zuvor. Mehr als 23,3 Milliarden Euro seien ausgegeben worden, teilte das Entwicklungsministerium mit. Damit erreichte die Bundesrepublik zum ersten Mal das 1970 vereinbarte Uno-Ziel, wonach Länder 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe bereitstellen sollen.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Etat um 36 Prozent. Fast die Hälfte der Mehrausgaben floss allerdings in die Flüchtlingshilfe in Deutschland selbst. Das diese Gelder mit in den Gesamtetat einberechnet werden, ist üblich: Industriestaaten können bestimmte Ausgaben für die Versorgung von **Flüchtlingen** innerhalb von zwölf Monaten nach deren Ankunft als Entwicklungshilfe verbuchen. Diese Regelung ist umstritten.

Ohne Anrechnung der Flüchtlingskosten hätte die Quote im vergangenen Jahr bei lediglich 0,52 Prozent gelegen, teilte das Ministerium mit. Entwicklungshilfeminister **Gerd Müller** sieht die erstmalige Erfüllung der Vorgabe als Auftrag und Verpflichtung zugleich: "Auch ohne Flüchtlingszahlen, wie wir sie jetzt in Deutschland zu bewältigen haben, müssen wir das 0,7-Prozent-Ziel auf absehbare Zeit erreichen."

Hilfsorganisationen sind allerdings skeptisch, dass sich alsbald etwas ändert. Susanna Krüger, Geschäftsführerin von "Save the Children", sieht nur wenig Grund zur Hoffnung: Ebenso wie mehrere andere Hilfsorganisationen spricht sie von einem "Scheinerfolg". Oxfam und die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung beklagten, ein Teil des Geldes bleibe in Deutschland und fließe nicht in die Entwicklung armer Länder.

Auch in anderen EU-Staaten sorgte die Versorgung von Flüchtlingen für einen Anstieg der Quote. Die EU-Kommission teilte mit, die Gemeinschaft habe ihre Ausgaben in diesem Bereich um elf Prozent auf mehr als 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU gesteigert. Korrigiert um Inflation und Wechselkursschwankungen stiegen die bereitgestellten Mittel aller Geberländer nach **OECD**-Berechnungen um 8,9 Prozent auf 142,6 Milliarden US-Dollar.

WB-FM-01-043-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 43 bis 44:

weltweite Entwicklung bereitzustellen, ~~müs~~lösen wir ~~endlich einlösen, genauso wie~~ein, ohne Kosten für Geflüchtete in Deutschland anzurechnen. Wir stehen für eine verlässliche Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und

Begründung

Deutschland hat 2016 eine ODA Quote von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung erreicht, dies aber nur unter der möglichen Anrechnung von erheblichen Kosten für Geflüchtete im Inland. Die Kosten für Unterbringung, Sprachkurse etc. können für das erste Jahr angerechnet werden. Sie betragen in 2016 sechs Mrd. Euro und macht 25 Prozent der deutschen ODA Quote aus. Wir sprechen uns gegen eine Anrechnung von Inlandskosten aus und wollen, dass die ODA Quote wirklich nur für Projekte in Ländern des globalen Südens verwendet wird.

Unterstützer*innen

Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV)

WB-FM-01-045 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 45:

personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die **Auswärtige** Vergabe der Mittel sollte den Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit folgen. Die auswärtige Kultur- und

WB-FM-01-046 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 46 bis 47:

Bildungspolitik ~~übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen Gesellschaften eine wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.~~ spielt eine wichtige Rolle, denn sie ermöglicht den Dialog zwischen Gesellschaften auch jenseits der unmittelbar politischen Ebene. Wir wollen sie deshalb stärken.

Begründung

Der Wert der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik liegt nicht nur im Dialog mit "verschlossenen" Gesellschaften (eine sehr unscharfe Definition). Er liegt vor allem in der Erweiterung des Dialogs jenseits der politischen Ebene, was besonders dort von Wert ist, wo die politische Ebene aufgrund von Restriktionen versperrt ist.

Unterstützer*innen

Michael Hack (Wetterau KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Peter Heilrath (München KV); Thomas Schlimme (Frankfurt KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Annett Jagiela (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Sara Nanni (Münster KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Aram Lintzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Doris Wagner (München KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-FM-01-050 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 50 einfügen:

weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als jüdischen und demokratischen

Begründung

Der ehemalige US-Außenminister John Kerry sagte: "Israel's future is a Jewish and democratic state, living side-by-side in peace and security with its neighbours."

Und bereits die Unabhängigkeitserklärung von 1948 definiert die zwei Prinzipien Israels als 'jüdischen und demokratischen' Staat als Heimstatt der Juden mit gleichen Rechten für alle Staatsbürger "ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht". Unsere Unterstützung zu diesem israelischen Gründungsdokument wollen wir noch einmal expliziter Ausdruck verleihen.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Jan Otto (Freiburg KV); Moritz Lamparter (Hamburg-Nord KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marcel Rohrlack (München KV); Sophie Harper (München KV); Madelaine Stahl (Marburg-Biedenkopf KV); Armin Bernsee (Frankfurt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Liam Harrold (Hannover RV)

WB-FM-01-051 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Marcel Rohrlack (München KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 51 einfügen:

Staat und wie in der israelischen Unabhängigkeitserklärung beschrieben, nationale Heimstätte für das jüdische Volk zum Wohle aller seiner Bewohner*innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates

Begründung

Wir möchten zur ursprünglichen Formulierung im Beschluss des Bundesvorstandes vom 02.09.2015 "Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?" zurückkehren. Israel ist der einzige Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit und demokratisch, um als Reaktion auf den vernichtenden Antisemitismus in der Vergangenheit und heute ein sicherer Ort für Jüdinnen und Juden zu bleiben. Sein Erhalt als sichere Heimstätte für das jüdische Volk ergibt sich insbesondere als Verantwortung aus der deutschen Geschichte.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Karsten Finke (Bochum KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Liam Harrold (Hannover RV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Franz Martin Rumiz (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Sophie Harper (München KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Jonathan Thurow (Hildesheim KV)

WB-FM-01-056 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Lukas Flohr (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 56 löschen:

Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit ~~frei von Besatzung~~ unter Wahrung ihrer

Unterstützer*innen

Felix Lütke (Duisburg KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Leonie Köhler (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karsten Finke (Bochum KV); Marcel Rohrlack (München KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Sophie Harper (München KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Christoph Sticha (Erding KV); Johannes West (Wuppertal KV); Martin van Elten (Halle KV); Klara Sendelbach (Saarbrücken KV); Georg Kurz (München KV); Liam Harrold (Hannover RV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Jan Seemann (Münster KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Malena Todt (Frankfurt KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FM-01-057 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 57 einfügen:

Menschenrechte in ihrem eigenen, demokratischen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden

WB-FM-01-057-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Lukas Flohr (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 57 einfügen:

Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Die Hamas steht einem zielorientiertem Friedensprozess im Weg und führt immer wieder Terroranschläge auf die israelische Bevölkerung aus oder honoriert diese. Diese Situation ist nicht akzeptabel, gerade da durch die Hamas Hilfgelder sehr oft nicht bei der palästinensischen Bevölkerung ankommen, sondern in Waffen und Tunnelbau fließen. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden

Unterstützer*innen

Leonie Köhler (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Johannes West (Wuppertal KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Karsten Finke (Bochum KV); Christoph Sticha (Erding KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Liam Harrold (Hannover RV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Marcel Rohrlack (München KV); Karsten Ludwig (Krefeld KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Jan Seemann (Münster KV); Saskia Strasdat (Mülheim KV); Georg Kurz (München KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Malena Todt (Frankfurt KV); Marc Kersten (Köln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FM-01-060 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 60 einfügen:

”Die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), die den Staat Israel international isolieren will und einen Boykott fordert, lehnen wir ab. Dies gilt besonders für israelfeindliche und antisemitische Positionen, von denen sich BDS-Gruppen, besonders in Europa, nicht distanzieren.”

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Jan Otto (Freiburg KV); Moritz Lamparter (Hamburg-Nord KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marcel Rohrlack (München KV); Sophie Harper (München KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Armin Bernsee (Frankfurt KV); Madelaine Stahl (Marburg-Biedenkopf KV); Jamila Schäfer (München KV); Lukas Flohr (Köln KV)

WB-FM-01-061 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Hamburg-Altona

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 61 einfügen:

Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen

WB-FM-01-063 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Hersfeld-Rotenburg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 63 löschen:

diese **meist**, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an

WB-FM-01-063-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 63 löschen:

diese **meist**, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an

Begründung

Das Wort ‚meist‘ suggeriert, dass Waffen Konflikte auch eindämmen oder lösen können. Das ist nicht wahr und entspricht auch nicht unserem Verständnis von ‚Lösung‘. Entsprechend muss dieses Wort dringend gestrichen werden!

WB-FM-01-063-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 63:

diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren **deutsche** die durch die Bundesregierung genehmigten Rüstungsexporte an

Begründung

Präzisierung, dass die Exporte genehmigt werden müssen, um die Verantwortlichkeit klar zu machen!

WB-FM-01-064 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Nürnberg-Stadt KV

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 64 einfügen:

Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, in Teilen Afrikas, aber auch den

Begründung

Auch in Kriegen in Afrika wurden in den letzten Jahren und werden aktuell von lokalen Kriegsparteien fabrikneue Waffen aus deutscher Produktion eingesetzt, bspw. in Somalia und Lybien, trotz dass es keine offiziellen Exporte in diese Länder gab.

WB-FM-01-064-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Marcel Rohrlack (München KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 63 bis 71:

diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an ~~Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch den sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden.~~ autoritäre und diktatorische Regime, insbesondere die Golfstaaten Saudi-Arabien und Iran, sowie die Militärdiktatur in Ägypten den Krieg im Jemen und die Unterdrückung der demokratischen Opposition. Das wirtschaftliche Interesse übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Daher werden wir GRÜNE den Export von Waffen und Rüstungsgütern massiv begrenzen. Die Rüstungsexportkontrolle muss vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt übertragen und durch umfassende parlamentarische Kontrolle reguliert werden. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare Kriterien geknüpft, massiv begrenzt wird. Alle Exporte an Staaten oder Organisationen außerhalb der Europäischen Union, der NATO und ihrer demokratischen Alliierten müssen grundsätzlich unterbunden werden. Deutsche Waffen und Rüstungsgüter dürfen nicht konfliktverschärfend wirken. Auf

Begründung

Wir wollen die Kompetenzverschiebung ans Auswärtige Amt explizit erwähnt wissen, da die Rüstungsexportkontrolle Teil der Außen- und nicht der Wirtschaftspolitik sein soll. Darüber hinaus wollen wir wie bisher die Rüstungsexporte nicht an der reinen Mitgliedschaft in Organisationen wie der NATO festmachen, da sich auch etwa die Türkei immer mehr von den demokratischen Prinzipien verabschiedet, sondern die gemeinsamen Werte etwa mit Japan, Australien oder Neuseeland zur Grundlage erklären. Deswegen wollen eine klare Vision für eine effektive Rüstungsexportkontrolle entwickeln statt rein retrospektiv auf die Vorgängerregierung zu schimpfen. Zudem dürfen angesichts einer sich erneut zuspitzenden Sicherheitslage in Ägypten dürfen die Fehler vom sogenannten "Arabischen Frühling" nicht wiederholt werden. Dies wollen wir klar benennen und eine deutliche Absage an die Militärdiktatur General Al-Sisis erteilen.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Franz Martin Rumiz

(Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Sophie Harper (München KV); Arne Brach (München KV); Sebastian Mann (Tübingen KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Lena Christin Schwelling (Ulm KV); Alexander König (München KV); Jamila Schäfer (München KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV)

WB-FM-01-065 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 65 einfügen:

sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Besonders viele Opfer fordert der Einsatz von Kleinwaffen. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen

Begründung

Deutschland exportiert sehr viele Kleinwaffen und genehmigt auch Lizenzverkäufe. Das sind die großen Todbringer heute, und entsprechend muss das ins Programm.

WB-FM-01-066 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 66 einfügen:

übertrumpft dabei in der Abwägungsentscheidung der Bundesregierung das humanitäre und strategische Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit

Begründung

Wir finden es wichtig, zu betonen, dass es nicht ‚irgendjemand‘ sondern die Bundesregierung ist, die letztendlich für die Exporte verantwortlich ist. Außerdem ist es wichtig zu sagen, dass neben menschenrechtlichen Aspekten auch strategische Überlegungen der Exportpraxis entgegenstehen.

WB-FM-01-066-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 66:

übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an ~~Konfliktprävention~~Krisenprävention und Konfliktlösung.
Damit

Begründung

Konflikte gibt es immer; die Prävention kann verhindern, dass sie verschärft werden und zu Krisen werden.

WB-FM-01-067 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 67:

muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit ~~dem~~meinem Rüstungsexportgesetz gesetzlich

Begründung

Sonst hört es sich so an, als gäbe es das schon.

WB-FM-01-068 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 68 bis 70:

verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare ~~Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und Europäischer Union unterbunden wird.~~ strenge Kriterien geknüpft wird. Der Export in Staaten außerhalb, der EU, der NATO und NATO-gleichgestellten Staaten darf nur in Ausnahmefällen stattfinden. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in

Begründung

Wir wollen Rüstungsexporte künftig wesentlich strenger handhaben und deutlich reduzieren. Deswegen fordern wir einen verbindlichen Exportstopp in Krisengebiete und Ländern mit schlechter Menschenrechtslage. Die Exporte jeglicher Rüstungsgüter (zu denen nicht nur Kriegswaffen zählen) auch an Drittstaaten auszuschließen, die nicht in diese Kategorien fallen, ist aber impraktikabel.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Alexander König (München KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Dieter Janecek (München KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV); Doris Wagner (München KV); Steffen Buchsteiner (Berlin-Pankow KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)

WB-FM-01-068-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Agnieszka Brugger (Ravensburg KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 68 bis 71:

verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare strenge Kriterien geknüpft; und massiv begrenzt ~~und der~~wird. Der Export in Staaten außerhalb ~~vonder~~ EU, der NATO und ~~Europäischer Union unterbunden wird~~ NATO-gleichgestellter Länder darf nur in ganz wenigen Fällen und nur in Zusammenhang mit VN-mandatierten Einsätzen erfolgen. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen endlich gesetzlich verboten werden. Auf

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Jürgen Trittin (Göttingen KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Volmer (Kassel-Stadt KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Regina Klünder (Kiel KV)

WB-FM-01-069 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 69 einfügen:

Kriterien geknüpft, insbesondere der Handel mit Kleinwaffen massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und

Begründung

Deutschland exportiert sehr viele Kleinwaffen und genehmigt auch Lizenzverkäufe. Das sind die großen Todbringer heute, und entsprechend muss das ins Programm.

WB-FM-01-070 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 70 einfügen:

Europäischer Union insgesamt unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in

Begründung

Zur Pointierung.

WB-FM-01-070-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 70 einfügen:

Europäischer Union unterbunden wird. Kriegswaffenexporte, auch an NATO-Staaten, sollen grundsätzlich deutlich erschwert werden. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in

Begründung

Kriegswaffen sind auch bei vermeintlichen Partner-Staaten nicht immer in guten Händen. Es muss klar sein, dass die NATO-Mitgliedschaft kein Blankoscheck für Kriegswaffenimporte aus Deutschland ist.

WB-FM-01-070-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 70 bis 71:

Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere **Exporte**Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich vollständig verboten werden. Auf

Begründung

Deutlichere Sprache, die die richtigen Begriffe benutzt.

WB-FM-01-071 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 71 einfügen:

denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt werden. Auf

WB-FM-01-071-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Hamburg-Altona

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 71 bis 75:

denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf europäischer Ebene Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle engagieren und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen. Zweifellos brauchen wir sowohl eine stärker auf europäischer Ebene koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen, die streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament kontrolliert sein wird. Abrüstung und Rüstungskontroll-Mechanismen sehen wir als wichtige Bestandteile der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an, um nachhaltig den Frieden in Europa zu erhalten. Um europäische Sicherheits- und Friedensinteressen nachdrücklich zu vertreten, müssen Deutschland und Europa hier eine aktive diplomatische Rolle einnehmen und insbesondere in Bezug auf den Rüstungskontrollvertrag für nukleare Mittelstreckensysteme (INF) zusammen mit ebenso betroffenen, insbesondere asiatischen Interessenspartnern gegenüber Russland und den USA auf Vertragseinhaltung sowie dessen Ausweitung hinwirken. Wir sind überzeugt, dass die richtige Strategie für wirkliche kollektive Sicherheit der Einbezug weiterer betroffener Staaten, sowie modernerer Waffensysteme wie Cruise Missiles und sowohl See- als auch Landgestartete Mittelstreckenraketen besteht.

WB-FM-01-072 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 72 bis 75:

europäischer Ebene brauchen wir ~~sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament kontrolliert sein.~~ eine stärkere Koordinierung in Fragen von Frieden und Sicherheit, Verteidigung und Rüstungskontrolle sowie Rüstungsexportkontrolle. Langfristig fordern wir für die gesamte EU einen restriktiven Umgang mit Rüstungsexportgenehmigungen. Die Parlamente müssen bei diesem Thema sowohl im Bund als auch in der EU strukturell eingebunden werden. Nur so kommen Entscheidungen zu Exporten aus den Hinterzimmern der Politik heraus.

Begründung

Der Entwurfstext ist an dieser Stelle etwas wirr. Wir haben versucht, etwas Klarheit reinzubringen.

WB-FM-01-072-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 72 bis 73:

europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** Sicherheitspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen

WB-FM-01-075 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Stadt

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 75 einfügen:

Eine besonders Rolle in den Konflikten dieser Welt spielen Klein- und Infanteriewaffen. Solange deren Endverbleib auch innerhalb der NATO und der Europäischen Union nicht wirksam kontrolliert werden können, dürfen hierfür keine Exportgenehmigungen mehr erteilt werden. Der Export von Anlagen zur Rüstungsproduktion ist zu beenden.

WB-FM-01-075-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Neckar-Bergstraße

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 75 einfügen:

Wir streben eine deutliche Reduzierung der Rüstungsproduktion in Deutschland an.

WB-FM-01-076 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Hamburg-Altona

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 76 bis 77:

~~Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem Beispiel vorangehen.~~ Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und

Begründung

Wird durch unseren anderen Antrag ersetzt. Das Antragstool läßt leider nur die separate Löschung zu.

WB-FM-01-077 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 77 einfügen:

Beispiel vorangehen. Wir wollen deshalb deutlich mehr Gelder für friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen zu Lasten des Verteidigungshaushaltes. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und

Begründung

Im Gegensatz zu militärischen, d.h. gewaltsamen Lösungen von Konflikten sind gewaltfreie friedensfördernde, friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen nachhaltig, d.h. schaffen nicht die Grundlage für weitere gewaltsame Auseinandersetzungen.

Die dafür notwendigen Gelder ersetzen deshalb Verteidigungsausgaben und sollten entsprechend verrechnet werden.

WB-FM-01-078 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 78 einfügen:

europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Für uns heißt das keine Aufstockung des Verteidigungshaushaltes, stattdessen Stärkung des Zivilen Friedensdienstes. Wir kämpfen für eine Welt

Begründung

Eine Aufstockung des Wehretats bis 2024 auf 2% des BIP macht die Bundesrepublik zur stärksten Militärmation in Europa – noch vor Russland. Dies kann nicht dem Frieden dienen, sondern schürt neue Ängste. Gleichzeitig sollte aber in Prävention investiert werden und Kräfte gefördert werden, die Vor- und Nachsorge wirksam unterstützen können.

WB-FM-01-078-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 78 bis 80:

europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. ~~Wir kämpfen für eine Welt ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten.~~ Unser Ziel ist eine Welt ohne Atomwaffen und ihre völkerrechtliche Ächtung. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen

WB-FM-01-080 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 80 bis 82:

ächtten.

Wir werden uns mit allen unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass endlich die im Nichtverbreitungsvertrag (NVV, Atomwaffensperrvertrag) festgeschriebene vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Es ~~ist~~war unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. ~~Wir~~Wir Grünen fordern den Abzug ~~aller~~der letzten Atomwaffen aus ~~Deutschland~~Büchel und damit auch die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen „Nuklearen Teilhabe“, die Deutschland im Verstoß gegen den unterzeichneten NVV eine Mitsprache beim Einsatz von Atomwaffen einräumt. Durch die Schließung von Gronau und Lingen unterbrechen wir zumindest in Deutschland den Kreislauf der radioaktiven Fertigungskette, die auch zum Bau von Bomben verwendet werden kann. Den aufkeimenden Diskussionen um eine europäische Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige Absage. Wir setzen uns auch für eine internationale

Begründung

Die gewählte Formulierung ist zu schwach und lässt wesentliche Argumente aus: "Büchel" ist Vertragsbruch des NVV, mit Gronau und Lingen werden aus Deutschland immer noch Fabriken im Ausland zumindest auf indirektem Weg mit Rohmaterial zur Bombenproduktion beliefert. Die u.a. in Polen befeuerte Diskussion um eine "EU-Atommacht" muss thematisiert werden.

Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Weindorf (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ronald Maltha (Mayen-Koblenz KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

WB-FM-01-081 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 81 bis 82:

einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. und sich nicht an den Verhandlungen beteiligt. Wir ~~Grünen fordern~~fordern, dass die in Deutschland gelagerten und im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag (NVV) unter deutscher „Nuklearer Teilhabe“ stehenden Atombomben endlich abgezogen und vernichtet werden, statt sie zu modernisieren. Durch die Schließung von Gronau und Lingen unterbrechen wir in Deutschland den ~~Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland~~Kreislauf der radioaktiven Fertigungskette, die auch zum Bau von Atombomben verwendet werden kann. Wir sind strikt gegen eine atomar bewaffnete EU.

Wir setzen uns auch für eine internationale

Begründung

Die Forderung, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, geht über die Kritik am Abstimmungsverhalten hinaus und ist die handlungsrelevantere. Dass die „Nukleare Teilhabe“ gegen den NVV verstößt, ist Beschluslage (Beschluss „Für ein Europa ohne atomare Bedrohung“ der BDK 2014 in Dresden) und sollte erwähnt werden; ebenso die Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Fertigungskette. Zu der kürzlich aufgekommenen Diskussion um eine atomar bewaffnete EU sollten wir uns klar positionieren.

WB-FM-01-082 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 82 bis 85:

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. ~~Wir~~

Wir setzen uns auch für eine internationale Konvention ~~für~~über das Verbot autonomer Waffen und Kampfroborer ein und sind gegen die ~~Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter Drohnen, Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen~~ für die Bundeswehr. Diese treiben die Entgrenzung der Kriegsführung voran.

Begründung

Dass wir nicht nur die Beschaffung, sondern auch die Entwicklung ablehnen, haben wir im Beschluss "Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben" der BDK 2016 in Münster festgehalten. Dass es nicht nur um bewaffnete, sondern allgemeiner um bewaffnungsfähige Drohnen geht, ergibt sich aus dem Beschluss "Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr" der BDK 2012 in Hannover (dort: "waffenfähige"). Zudem soll ein kurzer Satz eingefügt werden, der die Ablehnung begründet.

WB-FM-01-082-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 82 einfügen:

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine Erweiterung der Genfer Konventionen zum Cyberkrieg und eine internationale

Begründung

Die Bundeswehr hat gerade ihre neue Cybertruppe in Dienst gestellt. Wie die Medien berichten soll sie nicht nur defensive Aufgaben wahrnehmen. Offensive Kampfhandlungen in einer vernetzten Welt müssen so geregelt sein, dass sie zumindest nicht Leib und Leben Unbeteiligter gefährden.

WB-FM-01-085 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 85 einfügen:

Wir dürfen nicht länger wegschauen, wenn die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden. Die NATO-Bündnisverpflichtung ist in die Ziele der VN eingebettet und berechtigt nicht zur Duldung völkerrechtswidriger oder konfliktfördernder Operationen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

Begründung

Wir wollen eine klare Aussage dazu, dass Grüne nicht länger zulassen werden, dass Basen und Überflugrechte in Deutschland völkerrechtswidrig gebraucht werden. Die ersten beiden Sätze stammen aus dem Beschluss "Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben" der BDK 2016 in Münster (dort "Drohnenangriffe", hier allgemeiner "Angriffe"). Der dritte Satz stellt die Hierarchisierung von NATO und VN-Zielen klar, die oft auf den Kopf gestellt wird (Artikel 1 des NATO-Vertrags: "Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.")

WB-FM-01-093 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 93 löschen:

werden kann. ~~Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel.~~ Deswegen sind zivile

Begründung

Die Forderung nach Stärkung und Betonung der zivilen Krisenprävention ist **die** zentrale Forderung der bündnisgrünen Friedenspolitik. Sie ist im Entwurf völlig unterbelichtet. Durch die Einfügung konkreter Forderungen in diesem Bereich wollen wir die Bedeutung des Themas unterstreichen. Die Forderungen entstammen den Beschlüssen „Für eine Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte“ der BDK 2012 in Hannover und „Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen“ der BDK 2015 in Halle sowie dem Beschluss „Grüne Eckpunkte für zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ der bündnisgrünen Bundestagsfraktion vom 18. 10. 2016. (s. auch Antrag zu Zeile 96)

WB-FM-01-093-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 93 löschen:

werden kann. ~~Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel.~~ Deswegen sind zivile

Begründung

Der Ausdruck „ein Übel“ ist im umgangssprachlichen Gebrauch an dieser Stelle verharmlosend, wenngleich er im juristischen Sinne den Punkt trifft. Der Absatz funktioniert auch ohne diesen Satz. Er würde demnach die zivilen Mittel in den Vordergrund stellen und den militärischen Mitteln keinen Platz einräumen.

WB-FM-01-094 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 94:

KonfliktpräventionKrisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler

Begründung

Konflikte gibt es immer; die Prävention kann verhindern, dass sie verschärft werden und zu Krisen werden.

WB-FM-01-096 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Hersfeld-Rotenburg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 96:

~~Außenpolitik~~Politik.

Wir bringen ein Gesetz auf den Weg gegen die Mystifizierung, Verherrlichung und Faszination von Gewalt. Die Selbstkontrolle in den Medien (Filmproduktionen, Fernsehen, Video- und Internetspiele) muss konkretisiert, gestärkt und kontrolliert werden. Eine konsequente Friedenserziehung wird gefördert: Friedenslogisches Verhalten entdeckt, eingeübt, ausgezeichnet. Die Strukturen, die hinter der Gewaltverherrlichung stehen, und die Kräfte, die sie praktizieren, müssen transparent gemacht und entmachtet werden.

WB-FM-01-096-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 96 einfügen:

Außenpolitik.

Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken. Dazu fordern wir ein strategisches, präventives und kohärentes Handeln in allen Politikbereichen. Auch die Ressorts Finanzen, Umwelt, Agrar und Wirtschaft müssen sich stärker mit den möglichen konflikträchtigen Auswirkungen ihrer Arbeit befassen und diese abstellen. Wir wollen uns im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU und in Deutschland für die Verbesserung von Frühwarnung, den Ausbau von Kapazitäten für politische Analyse und Mediation einsetzen und die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken. Notwendig ist vor allem eine planmäßige Aufstockung von Rechtsstaats- und Polizeiexpert*innen, die schnell verfügbar sind. Wir setzen uns für klare politische Ziele von Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der EU und der OSZE ein und wollen die deutschen zivilen und militärischen Beiträge in diesen Missionen erhöhen. Wir fühlen uns der VN-Resolution 1325 verpflichtet und setzen uns für eine deutlich stärkere Einbeziehung von Frauen in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau ein.

Mit uns Grünen wird Deutschland endlich Mitglied im Europäischen Friedensinstitut werden und sich bei den Vereinten Nationen für einen Freundeskreis für Krisenprävention einsetzen, um international mehr Aufmerksamkeit auf die Prävention zu lenken. Auch im Bundeshaushalt wollen wir die Voraussetzungen für eine bessere Vorbeugung von Krisen schaffen: mehr Diplomat*innen für politische Analyse und Krisenprävention; zivilgesellschaftlichen Organisationen muss es zukünftig möglich sein, ihre Projekte vorausschauend und langfristig zu planen und umzusetzen; kurzfristige und flexible Mittel für krisenpräventive Maßnahmen; deutliche Erhöhung des Kapitals der Deutschen Stiftung Friedensforschung.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel.

Begründung

Die Forderung nach Stärkung und Betonung der zivilen Krisenprävention ist **die** zentrale Forderung der bündnisgrünen Friedenspolitik. Sie ist im Entwurf völlig unterbelichtet. Durch die Einfügung konkreter Forderungen in diesem Bereich wollen wir die Bedeutung des Themas unterstreichen. Die Forderungen entstammen den Beschlüssen „Für eine Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte“ der BDK 2012 in Hannover und „Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen“ der BDK 2015 in Halle sowie dem Beschluss „Grüne Eckpunkte für zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ der bündnisgrünen Bundestagsfraktion vom 18. 10. 2016.

WB-FM-01-096-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 96 einfügen:

Außenpolitik. Einsätze der Bundeswehr im Rahmen des sog. Krieges gegen den Terror wollen wir unverzüglich beenden. Die Bundeswehr soll in Zukunft wieder ausschließlich im Rahmen von Blauhelmeinsätzen sowie robusten Blauhelmeinsätzen der UNO zum Schutz der Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Begründung

Die jahrelangen Bundeswehreinsätze im Rahmen des sog. Krieges gegen den Terror haben nicht zu mehr Frieden und Sicherheit geführt, sondern das Gegenteil bewirkt. Absolut notwendig ist eine Rückkehr zu den Grundlagen des Völkerrechts unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Werner Weindorf (München KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV)

WB-FM-01-096-4 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 96 einfügen:

Außenpolitik. Wir wollen einen Nationalen Rat für Frieden und Nachhaltigkeit. Dieser überprüft, ob alle Ministerien sich an die Vorgabe des Grundgesetzes halten, dem Frieden in der Welt zu dienen. Außerdem wollen wir Friedenspotentiale und Friedensmacher konsequent stärken. Eine Regierung mit grüner Beteiligung initiiert bei der UN und EU einen Freundeskreis für Krisenprävention, um international mehr Gewicht auf die Vorbeugung von Konflikten zu legen, und tritt dem Europäischen Friedensinstitut bei.

Begründung

Mehrfach steht im Programm, dass zivile Krisenprävention ein zentrales Feld grüner Politik sein muss – aber nirgends, was das konkret bedeutet.

Unterstützer*innen

Marcel Ernst (Göttingen KV); Thomas Mohr (München KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Sara Nanni (Münster KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sarah Brockmeier (Berlin-Pankow KV); Ute Koczy (Lippe KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Richard Klasen (Ahrweiler KV); Danyal Bayaz (Heidelberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Bijan Moini (Berlin-Mitte KV); Kathrin Rabus (Heidelberg KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV)

WB-FM-01-096-5 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Tabea Rößner (Mainz KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 96 einfügen:

Wir müssen demokratische Strukturen vor Ort stärken. Hierzu kann die Deutsche Welle mit ihrer unabhängigen Berichterstattung und ihren regionalen Kompetenzen einen wichtigen Beitrag leisten.

Begründung

Die Deutsche Welle leistet mit ihrem qualitätvollen journalistischen Angebot einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung demokratischer Strukturen und freier und unabhängiger Presseberichterstattung in nicht-freien Medienmärkten weltweit. Die Ergänzung trägt dieser Bedeutung Rechnung und macht deutlich, dass uns diese Aufgabe der Deutschen Welle besonders wichtig ist.

Unterstützer*innen

Rainer Bode (Münster KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Kurt Lauer (Worms KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Jutta Blatzheim-Roegler (Bernkastel-Wittlich KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Dörte Bernhardt (Südliche Weinstraße KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); David Profit (Alzey-Worms KV)

WB-FM-01-096-6 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 96 einfügen:

Wir setzen uns für ein humanitäres Versprechen der internationalen Gemeinschaft ein. Flächendeckende Hungersnot und schlimmste Katastrophen können verhindert werden, wenn die Staatengemeinschaft rechtzeitig ihre Verantwortung anerkennt und aktiv wird. Jeder Euro kann Menschenleben retten. Die Weltgemeinschaft muss den humanitären Bedarf der UN erfüllen. Und zwar nicht erst nach wiederholten Apellen und Sondergipfeln. Deutschland sollte eine humanitäre Führungsrolle einnehmen: Mit uns wird die Bundesregierung zu jedem Jahresanfang ihren Anteil am aktuellen Bedarf finanzieren – ohne Wenn und Aber.

Unterstützer*innen

Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Matthias Strobel (Augsburg-Stadt KV); Karsten Finke (Bochum KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

WB-FM-01-099 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Jürgen Trittin (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 99 bis 109:

Einsatz von Militär ~~geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische Gewalt darf nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt werden, wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht den Rahmen vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt voraus.~~ unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel gerechtfertigt sein kann. Wir Grüne stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für ein Primat des Zivilen. Wir machen uns Entscheidungen über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche Mandate kritisch und sorgfältig. Ein militärischer Einsatz der Bundeswehr muss in eine umfassende, zivile Gesamtstrategie eingebettet sein, so dass die zugrundeliegenden Konfliktursachen mit zivilen und politischen Mitteln engagiert und nachhaltig bearbeitet werden. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Es bedarf einer klaren völkerrechtlichen Legitimation, eines präzisen und umfassenden Mandates durch den Bundestag und einer sorgfältigen Abwägung der Gefahren, Chancen und Risiken und muss im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit wie der Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der NATO stattfinden, nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen. Ein Einsatz muss eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen.

Begründung

mündlich.

Unterstützer*innen

Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Katja Keul (Nienburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Regina Klünder (Kiel KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV)

WB-FM-01-102 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 102 einfügen:

Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Die auf VN-Ebene bereits beschlossenen Resolutionen 1325 und 2106, die zum Ziel haben, Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtungen und Wiederaufbau mit einzubeziehen sowie sie vor sexualisierter Gewalt zu schützen, müssen in nationalen Umsetzungsplänen verankert und ihre Umsetzung auch finanziell gesichert werden. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die

WB-FM-01-102-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 102 bis 103 löschen:

Menschenrechtsverbrechen zu schützen. ~~Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau.~~ An erster Stelle muss immer die

Begründung

Diese Aufzählung beschreibt lediglich einen Vorschlag der Internationalen Kommission zu Intervention und Staatensouveränität (ICISS), der von den VN so nicht übernommen wurde.

WB-FM-01-104 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 104 bis 108:

Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. ~~Militärische~~ Der Einsatz militärischer Gewalt ~~darf~~kann nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie ~~darf~~Auch die nähere Vergangenheit mit deutscher Beteiligung beispielsweise in Afghanistan hat gezeigt, dass militärische Gewalt ein mehr an Gewalt hervorruft und nicht zur Lösung von Problemen beiträgt. Ein Einsatz von militärischer Gewalt kann daher nur dann ~~eingesetzt werden~~in Betracht kommen, wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und ~~das Völkerrecht den Rahmen vorgibt~~ein VN-Mandat vorliegt. Der Einsatz ~~sollte~~muss eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt voraus, was unabdingbar vor einem Einsatz mitgedacht werden muss.

Unterstützer*innen

Alexandra Neubert (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Konstantinos Tsilimekis (Berlin-Neukölln KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV)

WB-FM-01-106 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 106 bis 107:

wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und ~~das Völkerrecht~~ die Vereinten Nationen den Rahmen ~~vorgibt~~ vorgeben. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des

Begründung

Beschlusslage („Nie ohne VN-Mandat“ im Beschluss „Frieden bewegen – Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik“ der BDK 2008 in Erfurt (auf Grundlage des Abschlussberichts der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission); Abschnitt „Völkerrechtliche Legitimität und VN-Mandat“ des Beschlusses „Für eine Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte“ der BDK 2012 in Hannover)

WB-FM-01-107 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 107 einfügen:

vorgibt. Extralegale Tötungen und ein „Krieg gegen den Terror“ sind nicht vom Völkerrecht abgedeckt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des

Begründung

Völkerrecht ist ein Recht, welches sich entwickelt. Wir sollten dafür eintreten, dass es sich in unserem Sinne entwickelt und Todesstrafe nicht durch die Hintertür einführt und ebenso Kriege eingrenzt.

WB-FM-01-109 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 109 einfügen:

voraus.

Unrecht muss aufgearbeitet werden. Deshalb unterstützen wir Anstrengungen zur Aussöhnung und die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Kapazitäten deutscher Behörden, Kriegsverbrechen nach dem Weltrechtsprinzip konsequent zu verfolgen, sollen gestärkt werden.

Begründung

Es wird ein Teil dessen expliziert, was der vorangehende Satz an Voraussetzungen für ein Ende der Gewalt andeutet. Die Stärkung des Weltrechtsprinzips wird mit einer konkret auf Deutschland bezogenen Forderung unterlegt.

WB-FM-01-109-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 109 einfügen:

voraus. Im Gegenteil: der Einsatz von militärischer Gewalt verhindert zumeist eine nachhaltige Lösung von innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten.

Begründung

Im Gegensatz zu militärischen, d.h. gewaltsamen Lösungen von Konflikten sind gewaltfreie friedensfördernde, friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen nachhaltig, d.h. sie schaffen nicht die Grundlage für weitere gewaltsame Auseinandersetzungen.

WB-FM-01-109-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 109 einfügen:

voraus. Wir stehen dazu, dass in der Vergangenheit auch mit grünen Stimmen nicht immer richtige Entscheidungen getroffen wurden. Einem voreiligen Militäreinsatz ohne langfristige Strategie, wie beispielsweise 2001 in Afghanistan, würden wir mit den heutigen Erfahrungen nicht mehr zustimmen.

Begründung

Bereits seit einigen Jahren ist klar, dass der Afghanistaneinsatz nicht erfolgreich war. Das Land ist 16 Jahre nach Beginn der Militäroffensive in einem schwierigen Zustand und es ist unklar, ob das fragile Gleichgewicht zwischen den Aufständischen und der Kabuler Regierung den Sommer übersteht. Mit dem Antrag soll nicht detailliert über die aktuellen Möglichkeiten einer erfolgreichen Afghanistanstrategie diskutiert, oder die Entscheidungen der letzten Jahre bewertet werden. Es geht vor allem darum, dass den Wählerinnen und Wählern deutlich gemacht wird, dass auch wir einige Entscheidungen aus der Regierungszeit 1998 bis 2005 nicht kopflös verteidigen und auch selbst dazugelernt haben.

Unterstützer*innen

Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

WB-FM-01-112 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Jürgen Trittin (Göttingen KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 112 bis 113:

Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle ~~friedens erzwingende~~ friedenserhaltende Maßnahmen

Begründung

mündlich.

Unterstützer*innen

Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Christian Brugger (Tübingen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV)

WB-FM-01-115 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 115 bis 116 löschen:

reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. ~~Ein gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.~~

Begründung

Dieser Satz wurde vor 10 Jahren in der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission geschrieben. Es ist unklar, was er nach dem Brexit bedeuten sollte.

WB-FM-01-117 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 117 bis 118:

~~Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch~~Die Unterstützung der Ziele und Missionen der Vereinten Nationen ist eine wichtige

Begründung

Der Begriff der Landesverteidigung ist hier unangebracht. Unter Landesverteidigung werden laut dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt die nationalen Verteidigungsanstrengungen eines Landes in Abgrenzung zur Bündnisverteidigung verstanden. Der Begriff steht somit für eine Renationalisierung der Sicherheitspolitik, die im Gegensatz zu bündisgrünen friedens- und sicherheitspolitischen Konzeptionen steht.

WB-FM-01-118 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Agnieszka Brugger (Ravensburg KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 118 bis 122:

stärken und unterstützen. ~~Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine wichtige Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung und darf nicht relativiert werden.~~ An der Vision, den VN unter Beachtung der Parlamentsbeteiligung eigene ständige Truppen zu unterstellen halten wir fest. Die Bundeswehr muss vor diesem Hintergrund VN-fähiger und europatauglicher werden. Wir wollen die gravierenden Fehler der letzten Bundeswehrreform korrigieren und eine Bundeswehr mit zukunftsfesten Strukturen, deren Aufgabe neben der Landes- und Bündnisverteidigung die multilaterale Friedenssicherung im Dienste der Vereinten Nationen ist. Für diese Herausforderungen muss die Bundeswehr gut ausgestattet sein. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Verteidigungsetats, unrealistische Personalpläne und mehr Aufrüstung in Rahmen eines Rückfalls in die alte und gefährliche Denke des Kalten Krieges. Stattdessen sind klare sicherheitspolitische Prioritäten, mehr europäische Zusammenarbeit und ein Ende der ineffizienten Beschaffungspolitik der letzten Jahre notwendig. Es muss endlich Schluss damit sein, dass mit industriepolitisch motivierten Prestigerüstungsprojekten und Wahlkreiswünschen einzelner Abgeordneter Steuergelder in immenser Höhe verbrannt werden. Es hat sich bewährt, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Wir lehnen alle Pläne zur Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes ab und wollen die Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Bundestages ausbauen. Wir wollen die Innere Führung und den Aufklärungswillen bei Missständen in der Bundeswehr stärken.

Unterstützer*innen

Jürgen Trittin (Göttingen KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Doris Wagner (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Katja Keul (Nienburg KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Regina Klünder (Kiel KV)

WB-FM-01-119 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 119:

Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder ~~Kampfeinsatz~~Einsatz
bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland

Begründung

Präzisierung.

WB-FM-01-119-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 119 einfügen:

Aufgabe der Bundeswehr. Es ist uns wichtig, dass die Soldat*innen gute Rahmenbedingungen haben; das bedeutet neben angemessener Entlohnung, Führungskultur und Personalmanagement, Aus- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Dienst, sowie Für- und Nachsorge, die den schwierigen Anforderungen der Einsätze gerecht werden. Eine verantwortungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik ist auch ein wichtiger Teil der Fürsorgepflicht des Parlaments. Bei der Nachwuchsgewinnung darf die Bundeswehr keinen Abenteuerurlaub versprechen. Wir sind gegen eine Anwerbung minderjähriger Rekrut*innen. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz

Begründung

Wenn wir davon sprechen, Menschen in potentiell gewaltförmige Konfliktsituationen zu schicken, sollten wir auch davon sprechen, wie wir sie dabei unterstützen wollen.

WB-FM-01-122 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 122 einfügen:

Wir wollen im Koalitionsvertrag vereinbaren, dass Abstimmungen über Bundeswehrmandate nicht mehr mit der Vertrauensfrage gekoppelt werden dürfen und dass für Abstimmungen über Bundeswehrmandate keine Koalitionspflicht zur einheitlichen Abstimmung gilt. Der Bundesregierung soll es dabei frei stehen, für ihre Anträge zu Bundeswehrmandaten um Stimmen auch ausserhalb der Koalitionsfraktionen zu werben.

Begründung

Am 13. 11. 2001 koppelte der damalige Bundeskanzler Schröder mit der Abstimmung über den OEF-Einsatz der Bundeswehr (Regierungsantrag vom 7. 11. siehe <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/072/1407296.pdf>) die Vertrauensfrage (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/074/1407440.pdf>). Die rot-grüne Koalition hätte gemäß Artikel 68 GG gleich geendet, wenn nicht eine absolute Mehrheit der Bundestagsabgeordneten (mindestens 334) mit "Ja" gestimmt hätten (was natürlich nur von den SPD- und Grünen-MdBs zu erwarten war). - Wer die Entscheidungsabläufe in der damaligen rot-grünen Koalition im Einzelnen nachlesen möchte, der/dem sei <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&catid=11&aid=1075> empfohlen. - Von den grünen MdBs hatten vorher, am 11.11.2001 acht - Annelie Buntenbach, Steffi Lemke, Christian Simmert, Monika Knoche, Irmingard Schewe-Gerigk, Hans-Christian Ströbele und Sylvia Voß ihr "Nein" zu diesem Kampfeinsatz ausführlich begründet, siehe <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/gruene.html>. In der Zwangslage, in die Schröder sie dadurch gebracht hatte, stimmten - neben mehreren anderen Grünen, die sonst auch nicht diesen Bundeswehreinsatz mandatiert hätten - auch Steffi Lemke, Monika Knoche, Irmingard Schewe-Gerigk und Sylvia Voß dafür. Nur so wurde (mit 336 Stimmen knapp) die absolute Mehrheit erreicht (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/14/14202.pdf>).

Diese durch Drohung erzwungene Zustimmung des Bundestages war ein unwürdiger Vorgang, der dessen Ansehen und der Glaubwürdigkeit grüner Bundestagsabgeordneter und der sie tragenden Partei erheblich schadete.

Das soll sich nicht wiederholen. Wir brauchen eine materielle Garantie für die Gewissensfreiheit aller und besonders unserer Abgeordneten auch unter Koalitionsbedingungen. Daher soll der nächste von Grünen abgeschlossene Koalitionsvertrag eine derartige Unterdrucksetzung unserer MdBs und die der Koalitionspartner*innen ausschliessen.

Auf der anderen Seite soll die nächste grün-haltige Bundesregierung ausdrücklich die Möglichkeit nutzen können, für einen Antrag auf bewaffneten Bundeswehreinsatz im Ausland auch ausserhalb der Koalitionsgrenzen um Mehrheiten zu werben. Denn sonst hätte auch eine kleine Minderheit der Koalitionsabgeordneten ein De-Facto-Vetorecht (zur Illustration: im 14. Bundestag begann Rot-Grün mit 345 von 669 Sitzen und hörte mit 339 von 665 Sitzen auf; im 15. Bundestag begann Rot-Grün mit 306 von 603 Sitzen und hörte mit 304 von 601 Sitzen auf. Eine Weigerung von jeweils zehn bis sechs bzw. vier bis drei MdBs hätte die jeweilige Koalitionsmehrheit zunichte gemacht. - Auch für zukünftige grün-haltige Koalitionen auf Bundesebene sind eher knappe Mehrheiten zu erwarten als breite). Eine faktische

Vetomacht für so wenige Abgeordnete wäre unangemessen, ungerecht und könnte ausgesprochen destruktive Folgen haben.

Die legitimierende Wirkung eines Bundestagsmandates kann sich dann und nur dann entfalten, wenn es frei von Zwang und Nötigung; durch Einsicht und Verantwortungsbewusstsein der beschliessenden Abgeordneten entstanden ist. Denn nur dann gibt es bereits im Bundestag eine wirklich freie und daher ergebnisoffene Meinungs- und Willensbildung. Die Anforderungen an mögliche Regierungsanträge werden deutlich höher sein. Mögliche Bundeswehreinsätze, ihre Rahmenbedingungen und ihre möglichen Folgen werden gründlicher durchdacht werden. Für Fortsetzungs-Mandate werden die tatsächlichen (Teil-)Ergebnisse ihrer Vorgänger-Mandate besser erforscht und dokumentiert werden. Denn nur so haben Regierungsanträge gute Aussichten auf breite Mehrheiten.

Das rechtfertigt es, für Abstimmungen zu Bundestagsmandaten den alten Fetisch "Eigene Mehrheit" beiseite zu legen. Ein gelegentliches "Regieren mit wechselnden Mehrheiten" ist auch in den Augen "stabilitätsverliebter" Bundesbürger*innen kein Horrorszenario mehr, sie haben der Kanzlerin Merkel nicht ernsthaft verübelt, dass sie z.B. für ein Griechenland-Rettungspaket bei der Opposition "Stimmenanleihen" machen musste (

<http://www.waz.de/politik/kanzlermehrheit-verfehlt-merkels-macht-broeckelt-id6407687.html>).

Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (Forchheim KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ajibola Olalowo (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); David Baltzer (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Müller (Essen KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Claudia Kristine Schmidt (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FM-01-122-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Tom Koenigs (Gießen KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 122 einfügen:

Wir verteidigen das humanitäre Völkerrecht. Vereinte Nationen, NGOs und Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sind die humanitären Hilfeleister. Sie müssen angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen weltweit und dem extrem gestiegenen Bedarf für humanitäre Hilfe ihre Aufgaben besser wahrnehmen können. Mit der Schaffung eines Instituts für humanitäre Angelegenheiten wollen wir Deutschland in die Lage versetzen, die humanitäre Hilfe effizienter und wirksamer zu machen.

Begründung

Institute oder think tanks gibt es für die verschiedensten Bereiche. Nicht aber für die humanitäre Hilfe. Eine differenzierte und institutionalisierte Diskussion, auch in der Öffentlichkeit, über die Qualität der humanitären Hilfe findet kaum statt, obwohl Deutschland mittlerweile einer der wichtigsten Geber geworden ist. Dies hat auch das GRÜNE-Fachgespräch bestätigt, wo NGOs und Experten aus der Wissenschaft zu Wort kamen. <http://www.tom-koenigs.de/bundestag/termine/help-we-need-somebody-braucht-deutschland-ein-institut-fuer-humanitaere-fragen.html>

Ein Institut für humanitäre Angelegenheiten wäre vergleichbar dem Deutschen Institut für Menschenrechte für den Menschenrechtsbereich. Es soll die Bundesregierung, aber auch NGOs, unabhängig beraten und damit die von Deutschland geleistete humanitäre Hilfe stärken.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Denise Bentele (Berlin-Pankow KV); Patrick Willmann (Berlin-Pankow KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Jonas Botta (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christian Zuckermann (Gießen KV); Georg Dick (Frankfurt KV); Michael Daxner (Potsdam KV); Walter Heinemann (Lahn-Dill KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Martin Pilgram (Starnberg KV); Roland Schaeffer (Hamburg-Eimsbüttel KV); Martin Tasci-Lempe (Gießen KV); Michael Buss (Gießen KV); Barbara Lochbihler (Ostallgäu KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Uwe Köhne (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ulrike Seifert (Ostallgäu KV)

WB-FM-01-122-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 122 einfügen:

Die internationale Lesben- und Schwulenbewegung hat in den letzten zwanzig Jahren viel erreicht. „Gleiche Rechte für gleiche Liebe“, die Öffnung der Ehe und der Kampf gegen Diskriminierung sind in Westeuropa, in Nord- und Südamerika und in einzelnen Staaten der anderen Kontinente weit vorangekommen. In der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im vergangenen Jahr erstmals eine Resolution zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe für homosexuelle Handlungen eine Mehrheit gefunden. Mit den Yogyakarta-Prinzipien wurde 2007 erstmalig ein umfassender Katalog der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität vorgelegt. Zudem wurden Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Staaten ausgesprochen. Viele Regierungen haben diese Prinzipien als Grundlage ihrer Außenpolitik akzeptiert. Dies wollen wir auch für Deutschland erreichen. Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mit queeren Organisationen der Zivilgesellschaft ein LSBTIQ*-Inklusionskonzept für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik erarbeiten und schnellstmöglich umsetzen.

WB-FM-01-122-4 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 122 einfügen:

darf nicht relativiert werden.

Damit die Bundeswehr diese Aufgaben erfüllen kann, muss jeder Soldat fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Dazu ist es notwendig, Traditionen, die Anknüpfungspunkte an die Wehrmacht des dritten Reiches bieten, zu beenden und in die staatsbürgerliche, politische Bildung und Ausbildung der Soldaten zu investieren. Deutschland muss aus seiner historischen, aber auch gegenwärtigen Verantwortung heraus Vorbild werden.

Begründung

Die letzte Überarbeitung der Traditionsrichtlinien der Bundeswehr erfolgte 1982. Bestimmend bleibt das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und die Feststellung, dass Unrechtsregimes wie das dritte Reich keine Traditionen der heutigen Bundeswehr prägen können. Die Wirklichkeit ist heute leider zu oft noch eine andere.

Es ist an der Zeit nach 60 Jahren Bundeswehr, die eigenen Traditionen aus der Nachkriegszeit selbstbewusst in den Vordergrund zu stellen und den Abnabelungsprozess zu Traditionen der Wehrmacht abzuschließen. Dazu gehört die Umbenennung von Kasernen und Einheiten, die noch einen Bezug zu Heldenfiguren der Wehrmacht des dritten Reiches haben. (Konsequente Umsetzung des "drei Säulen Modells", siehe Link weiter unten).

Weiter muss sichergestellt werden, dass Soldaten aller Dienstgrade fest auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Dazu müssen die Ausbildungskapazitäten und der Stellenwert politischer Bildung angehoben werden. Nur so kann die Bundeswehr tatsächlich als "Parlamentsarmee" die ihr zugewiesene Rolle einnehmen - in einer Welt, in der der Nationalismus und alte Konflikte wieder beginnen in den Köpfen der Menschen umher zu geistern - und manch einer "make Germany great again" im geographischen Sinne versteht.

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/199275/tradition>

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Regina Klünder (Kiel KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Roland Schwarz (Köln KV); Birgit Brennecke (Rotenburg/Wümme KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Kerstin Dehne (München KV)

WB-FM-01-122-5 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Nach Zeile 122 einfügen:

Die von uns im Kapitel "Wir stärken die Demokratie" erläuterten direktdemokratischen Verfahren wollen wir auch auf Bundeswehrmandate anwendbar machen. Wir sind dabei auch für Verfahrensbeschleunigungen offen, denn die herausragende Bedeutung von Krieg und Frieden ermöglicht und rechtfertigt besonders schnelle Willensbildung. Für die Zeit bis zur erforderlichen Grundgesetzänderung soll der Koalitionsvertrag vorsehen, dass zu Bundeswehrmandaten auf Verlangen von mindestens fünf Prozent der Wahlberechtigten Bürger*innenbefragungen durchgeführt und deren Ergebnisse umgesetzt werden.

Begründung

Direkte Demokratie gehört von Anfang an, durchgängig und zukunftsweisend zu den zentralen Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen. Zur Verdeutlichung einige besonders wichtige Beschlüsse:

- Grundkonsens, Absatz 26 und Absatz 68, siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/140209_-_Satzung_Bundesverband.pdf ;
- Grundsatzprogramm, S. 129, siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf ,
- BDK Kiel, "Demokratischer Aufbruch in Zeiten der Krise", S. 4f., siehe https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Demokratie-Aufbruch-Krise-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf
- ,
- Bundestagswahlprogramm 2013, S. 205f., siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf
- ,
- Bundestagsfraktion, 19. 3. 2013, "Direkte Demokratie auf Bundesebene einführen", siehe https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Direkte_Demokratie.pdf
- ,
- Europawahlprogramm 2014, S.72, 124 und 126, siehe http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf ,
- BDK Münster, "Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten", S. 4, siehe https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/E-01_Ja_zu_Europa__Mut_zur_Veraenderung.pdf
- .

Das setzt der Programmentwurf des Bundesvorstands im Kapitel "Wir stärken die Demokratie" (https://antraege.gruene.de/bdk41/Wir_staerken_die_Demokratie_-64428 , ab Zeile 39) fort. .

Dies lässt sich übrigens grade in der gegenwärtigen Lage sehr gut begründen; empfohlen seien die sieben Seiten auf https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Themen25_Die_neue_Angst_vor_der_direkten_Demokratie.pdf

.

Es liegt nahe und ist konsequent, diese Forderung für die hier behandelten Entscheidungen über Krieg und Frieden ausdrücklich zu wiederholen und zu bekräftigen.

Dabei sollte kurz erklärt werden, warum wir bei bewaffneten Bundeswehreinräsen im Ausland für wesentlich schnellere Abstimmungen offen sind als bei anderen politischen Fragestellungen. - Zum Vergleich: im grünen Gesetzentwurf vom 15. 2. 2006 - siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/006/1600680.pdf> - sind folgende Fristen vorgesehen: acht Monate, in denen der in einer Volksinitiative beantragten Gesetzentwurf zum Gesetz werden kann, bis zu sechs weitere Monate, in denen mindestens 5% der Stimmberechtigten ein Volksbegehren zustande bringen, und bis zu sechs weitere Monate, in denen ein Volksentscheid stattfinden kann. Das sind zusammen bis zu 20 Monate - nach dem Sammeln von mindestens 400.000 gültigen Unterschriften. Das wäre sehr lang, eigentlich viel zu lange, wenn ein Krieg droht oder bereits im Gange ist. - In einer solchen Lage können voraussichtlich in wenigen Wochen die erforderlichen Stimmzahlen für eine Bürger*innenbefragung bzw. fürs Volksbegehren und dann einen Volksentscheid zusammen kommen. Kommt es dann zu einer Bürger*innenbefragung bzw. einen Volksentscheid, dann werden alle relevanten Medien der Abstimmungsfrage breiten Raum geben und hinreichen viele Stimmberechtigte die dazugehörigen Darstellungen und Debatten aufmerksam verfolgen und in ihrem Umfeld selbst mit diskutieren, die wichtigsten Pro- und Contra-Begründungen gegeneinander abwägen und sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung entscheiden.

- Es ist abzusehen, dass auch in der kommenden Legislaturperiode die CDU (eher widerwillig gefolgt von der CSU) sich gegen Direkte Demokratie auf Bundesebene sperren und grundgesetzändernde Zweidrittelmehrheiten verweigern wird. Für den praktischen Zweck, die Letztentscheidung über besonders wichtige Bundeswehreinräse im Ausland von der Gesamtheit aller Bürger*innen treffen zu lassen, lässt sich dieses Hindernis aber umgehen: die Grünen und ihre Koalitionspartner*innen können eine formal nicht bindende Bürger*innenbefragung zur politisch entscheidenden Abstimmung machen, indem sie vorher gemeinsam den Bürger*innen die parlamentarische Umsetzung ihres Willens versprechen .

- Ein durchaus wünschenswerter Nebeneffekt ist dabei, dass die mehrmalige Durchführung formal unverbindlicher Bürger*innenbefragungen zu Bundeswehrmandaten die Stimmberechtigten mit dem Verfahren vertraut machen und die Erwartung fördern wird, in Zukunft auch formal verbindlich und auch zu anderen hervorragend wichtigen politischen Fragen direktdemokratisch abstimmen zu können. Das wiederum wird den Druck auf die Union deutlich steigern, endlich den Weg zur Grundgesetzergänzung -Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene- frei zu machen. -

Die große Mehrzahl der Bundeswehreinräse im Ausland ist relativ unspektakulär und wenig riskant. Dies bringt keine Hunderttausende in Bewegung, geschweige denn Millionen. Die Bundesbürger*innen werden die Entscheidung über solche Einsätze auch in Zukunft gern den Fachleuten, den Fachpolitiker*innen, dem Bundeskabinett und dem Bundestag überlassen.

Wenn aber in wirklich wichtigen Fällen erhebliche Risiken drohen, dann können alle ernsthaft Besorgten versuchen, fünf Prozent der Wahlberechtigten (gegenwärtig ziemlich genau 3 Millionen Menschen) mobil zu machen und dadurch eine Bürger*innenbefragung einzuleiten. Kommt es dazu, dann muss die Bundesregierung eine sehr hohe Hürde nehmen, denn die meisten Wahlberechtigten haben entweder Krieg selbst miterlebt oder von ihren Eltern und Großeltern eindringliche Schilderungen vernommen.

Diese Hürde soll aber durchaus nicht unüberwindlich hoch sein. Mindestens dann, wenn ein Völkermord beendet werden muss, soll die Bundesrepublik auch wirklich Krieg führen können (natürlich nur mit UN-Mandat und unter sorgfältiger Beachtung aller von uns beschlossenen Bedingungen).

Wenn in solchen Fällen tatsächlich die Mehrheit der Stimmberechtigten ein Bundeswehrmandat billigt, dann hat es eine noch deutlich stärkere Legitimation als Bundestagsbeschluss. Das kann dann wichtig werden, wenn es um mehrjährige Kampfeinsätze mit hohen Verlusten und erheblichen Risiken für die Betroffenen geht.

Auch solche Kriege können notwendig werden. Wenn die Bundesrepublik sich an einem solchen Krieg beteiligt, dann soll sie das auch durchhalten und diesen Krieg bis zu einem dauerhaften, gerechten Frieden führen. Dafür ist es wichtig, dass der Souverän, also die Gesamtheit der Bundesbürger*innen selbst die Verantwortung übernimmt und seine bzw. ihre Soldat*innen selbst beauftragt und ihren Einsatz trägt.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Ajibola Olalowo (Berlin-Kreisfrei KV); David Baltzer (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Claudia Kristine Schmidt (Berlin-Kreisfrei KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Eberhard Sille (Berlin-Kreisfrei KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ralf Mohr (Berlin-Lichtenberg KV); Barbara Schäfer (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Regina Klünder (Kiel KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Achim Joofß (Alb-Donau KV)

WB-FM-01-125 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 125:

~~Versprechen halten~~: 0,7 Prozent ~~des BIP~~ für ~~die ärmsten Länder~~ globale Entwicklung statt 2 Prozent für Aufrüstung

WB-FM-01-126 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 126 bis 128:

Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. ~~Wir wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen.~~ Dazu gehört auch, dass ~~sich diese Länder besser anreiche Staaten,~~ die ~~oft weniger unter den~~ Folgen ~~der Klimakrise anpassen können~~ des meist von ihnen verursachten Klimawandels leiden, die Entwicklungsmöglichkeiten ärmerer Länder unterstützen.
Wir werden das Ziel,

Begründung

Die heutige Entwicklungshilfe landet oft nicht da, wo sie tatsächliche Verbesserungen bringt. Wir sollten auch die Zivilgesellschaft fördern. Wir sollten nicht einfach Geld überweisen. Das fordern auch führende Intellektuelle aus Afrika, die sich für ein Fortkommen des Kontinents interessieren. Wir sollten gezielter und an Bedingungen geknüpft agieren. Die UN Entwicklungsziele bieten einen tollen Rahmen, auf die sich 193 Staaten der Welt geeinigt haben. Sie sind auch für „entwickelte“ Länder bindend. Auch Deutschland hat für sich eine Strategie vorgelegt, wie es die Ziele erreicht. Daher ist es ein Rahmenwerk, dass mehr Zusammenarbeit auf Augenhöhe verspricht, als ein einseitiger Geldstrom, der sowieso meist in den Taschen weniger landet.

WB-FM-01-126-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 126 bis 132:

~~Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. Wir wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört auch, dass sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden das Ziel, 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen bekämpft.~~
Statt eines völlig verfehlten Zwei-Prozent-Ziels für Aufrüstung wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 die Ausgaben für globale Entwicklung soweit steigern, bis sie 0,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung ausmachen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus. Der Kampf gegen weltweite Ungerechtigkeit und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. Eine Aufblähung der Quote, wie sie die Bundesregierung durch die Anrechnung von Geldern für Flüchtlinge in Deutschland betreibt, wird es mit uns nicht geben.

WB-FM-01-127 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 127 einfügen:

wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen statt die Militärausgaben zu erhöhen.

Dazu gehört auch, dass

WB-FM-01-129 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 129:

0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für **Entwicklungszusammenarbeit** eine solche Entwicklung bereitzustellen,

Begründung

Wie oben schon angesprochen ist die aktuelle Auflistung von Entwicklungshilfemaßnahmen fragwürdig, da auch Maßnahmen der Flüchtlingshilfe hier eingerechnet werden können. (Spiegel 11.4.2017)

WB-FM-01-130 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 130 bis 132:

~~endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen bekämpft.~~ dauerhaft umsetzen und das, ohne die Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland anzurechnen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die Entwicklungshilfe und internationalen Klimaschutz jedes Jahr um zwei Milliarden Euro erhöhen.

Begründung

s. Auch Änderungsantrag & Begründung zu Z42

Deutschland hat 2016 eine ODA Quote von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung erreicht, dies aber nur unter der möglichen Anrechnung von erheblichen Kosten für Geflüchtete im Inland. Die Kosten für Unterbringung, Sprachkurse etc. können für das erste Jahr angerechnet werden. Sie betragen in 2016 sechs Mrd. Euro und macht 25 Prozent der deutschen ODA Quote aus. Wir sprechen uns gegen eine Anrechnung von Inlandskosten aus und wollen, dass die ODA Quote wirklich nur für Projekte in Ländern des globalen Südens verwendet wird.

Wir haben einen Aufwuchsplan, wie die ODA Quote und die internationalen Klimagelder bis 2020 erreicht werden können. Dieser sieht einen jährlichen Aufwuchs um 1,2 Mrd. Euro für Entwicklungszusammenarbeit und 800 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz vor.

Unterstützer*innen

Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stefanie von Berg (Hamburg-Eimsbüttel KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV)

WB-FM-01-131 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 131 bis 132:

Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. ~~Das wäre~~Dadurch werden auch ~~eine Politik, die~~ Fluchtursachen ~~bekämpft~~abgebaut.

Begründung

Fluchtursachen kann man nicht bekämpfen. Das ist eine komische Sprache, die hier aufgegriffen wird. Ursachen kann man abbauen, aber nicht bekämpfen, dafür sind sie zu komplex.

WB-FM-01-131-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 131 bis 132:

Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. ~~Das wäre~~ Dabei stellen wir die heutige Vergabep Praxis, bei der das Geld oft nicht bei der Bevölkerung und in der nötigen Infrastruktur ankommt, auf den Prüfstand. Wir unterstützen gezielt Maßnahmen und Länder, die sich an den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und den Menschenrechten orientieren. Die 0,7 Prozent nutzen wir auch ~~eine Politik~~ für die ~~Fluchtursachen bekämpft~~ Unterstützung der Zivilgesellschaft und von Kleinst- und kleinen Unternehmen.

Begründung

Die heutige Entwicklungshilfe landet oft nicht da, wo sie tatsächliche Verbesserungen bringt. Wir sollten auch die Zivilgesellschaft fördern. Wir sollten nicht einfach Geld überweisen. Das fordern auch führende Intellektuelle aus Afrika, die sich für ein Fortkommen des Kontinents interessieren. Wir sollten gezielter und an Bedingungen geknüpft agieren. Die UN Entwicklungsziele bieten einen tollen Rahmen, auf die sich 193 Staaten der Welt geeinigt haben. Sie sind auch für „entwickelte“ Länder bindend. Auch Deutschland hat für sich eine Strategie vorgelegt, wie es die Ziele erreicht. Daher ist es ein Rahmenwerk, dass mehr Zusammenarbeit auf Augenhöhe verspricht, als ein einseitiger Geldstrom, der sowieso meist in den Taschen weniger landet.

WB-FM-01-131-3 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 131:

Entwicklungshilfe Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen

Begründung

Die Länder und Organisationen, mit denen die Bundesregierung entwicklungspolitisch zusammenarbeitet, sollten nicht als Empfänger von Hilfsleistungen, sondern als gleichberechtigte Partner betrachtet werden. Die Ziele der Zusammenarbeit werden gemeinsam festgelegt, die Maßnahmen werden gemeinsam geplant und durchgeführt, und auch die Verantwortung für Erfolge und Misserfolge wird gemeinsam getragen. Die Partner beteiligen sich außerdem in vielen Fällen an der Finanzierung der Programme.

Der Begriff Entwicklungszusammenarbeit beschreibt diese intensive Partnerschaft viel besser als der früher übliche Begriff Entwicklungshilfe.

Quelle: <https://www.bmz.de/de/service/glossar/E/entwicklungszusammenarbeit.html>

WB-FM-01-132 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 132 einfügen:

bekämpft. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit werden ausschließlich für Projekte in den Entwicklungsländern eingesetzt und Ausgaben für Geflüchtete im Inland und Abschiebekosten nicht auf die Quote angerechnet. Entwicklungszusammenarbeit muss in den Partnerländern sowohl mit den Regierungen, aber auch verstärkt mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wollen wir fördern.

Begründung

erfolgt mündlich

WB-FM-01-135 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 135 löschen:

Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer ~~hoch~~-problematischen

Begründung

Die Einschränkung auf 'hoch' problematische Menschenrechtslagen wirkt etwas künstlich an der Stelle und könnte als Relativierung missverstanden werden.

WB-FM-01-139 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 139 einfügen:

gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In vorher klar definierten, besonders heiklen Fällen soll der

Begründung

Nur wenn vorher klar definiert wird, um was es geht, kann man sich auch konkret darauf beziehen.

WB-FM-01-139-2 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Stadt

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 139 bis 140:

gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. ~~In besonders heiklen Fällen soll der~~Der Bundestag soll vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen

WB-FM-01-141 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 141:

Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um ~~genehmigte~~ die Rechtmäßigkeit genehmigter

Begründung

Es geht um die Rechtmäßigkeit der Exporte. Das heißt, auch genehmigte Exporte von heute sind teilweise schon illegal, das kann man nur nicht feststellen. Das muss hier klar werden.

WB-FM-01-143 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 143:

darum, ~~eine europaweite~~ die gemeinsame Rüstungsexportkontrolle ~~voranzubringen~~ deutlich restriktiver zu gestalten.

Begründung

In der EU geht es nicht nur um das Gemeinsame in der Exportkontrolle, sondern auch um eine restriktivere Auslegung; nur so kann man wirklich was bewegen mit weniger Rüstungsexporten.

WB-FM-01-149 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 149 bis 150:

Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört Deswegen möchten wir Deutschland und die Prävention EU konzeptionell, finanziell und strukturell zu Vorreiter*innen für die zivile Konfliktlösung Krisenprävention im Rahmen der Vereinten Nationen machen und verstärkt in politische und zivile Bearbeitung von Konflikten investieren. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der

Begründung

Wenn das Zivile bei uns Vorrang hat, sollten wir dem a) auch mehr Platz und b) konkrete Forderungen zugestehen!

WB-FM-01-153 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

In Zeile 153 einfügen:

nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürgerinnen und Bürger vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnischer Säuberung zu

Begründung

Die vier R2P-Tatbestände lassen sich nicht auf diesen einen reduzieren.

WB-FM-01-155 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 155 bis 156:

wirklich wahrnehmen zu können. ~~Deshalb~~Wir wollen ~~wir~~ Reformen in den Strukturen der Vereinten Nationen anstoßen und ~~wir-wollen~~ sie besser ausstatten, personell und materiell.

Begründung

Das "deshalb" stellt einen falschen Bezug her – es gibt noch andere wichtige Gründe dafür, die VN zu reformieren und zu stärken.

WB-WH-01-004 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 4 löschen:

gäbe. ~~Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch.~~

Begründung

Der Abschnitt beschreibt die Vorteile der ökonomischen Globalisierung. Wissenschaft und Kultur können aber auch ohne Handelsabkommen stattfinden. Im Text wird so bisher ein Scheinzusammenhang hergestellt.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Oliver Powalla (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-WH-01-005 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 5 bis 7:

Deutschland profitiert von offenen Märkten. ~~Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und Südamerika konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft extreme Armut überwinden.~~ Die Globalisierung hat auch in den Ländern des globalen Südens teilweise zu einem Anstieg des Wohlstands geführt. Aber sie ist geprägt von Widersprüchen und produziert bei weitem nicht nur Gewinner*innen, sondern auch Verlierer*innen.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Tino Fleckenstein (Aschaffenburg-Stadt KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Brigitte Schön (Schweinfurt KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Heiner Schmidt (Kitzingen KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV)

WB-WH-01-008 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 8:

Doch die Globalisierung hat eben auch eine **anarchische**nicht-regulierte, ungerechte und brutale Seite.
In

Begründung

Es wird definiert wogegen wir sind. Da wir etwas regulieren wollen, sollten wir nicht die Anarchie ins Feld führen. Stattdessen „nicht-reguliert“ oder „unreguliert“ schreiben, beschreibt besser was wir meinen.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Oliver Powalla (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

WB-WH-01-017 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 17 einfügen:

gerechter), die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in den globalen Lieferketten gesetzlich einfordern und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

WB-WH-01/1 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 18:

Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern ~~Europas~~der EU haben in den letzten

Von Zeile 98 bis 99:

~~Europas~~der EU können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der ~~europäische~~ Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen aus der EU die heimische Produktion in

In Zeile 106:

~~europäischen~~EU-Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten verbindlich

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.

WB-WH-01-020 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 20 einfügen:

oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite dafür, dass diese Abkommen gestoppt werden.

WB-WH-01-020-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 20 einfügen:

oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite. [Auch deshalb werden wir alles tun, um eine Ratifizierung von CETA zu verhindern.](#)

Begründung

Es ist zu begrüßen, dass wir klar herausstellen, dass wir an der Seite der Bewegung gegen TTIP, TiSA, CETA und die anderen neoliberalen Handelsabkommen stehen. Dann sollten wir aber auch klarmachen, dass wir in dem nächsten Schritt in dem wir als Partei, Fraktion und potentieller Koalitionspartner gefragt sind, nämlich der anstehenden Ratifizierung von CETA, klar "stehen".

Unterstützer*innen

Karl Bär (Miesbach KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Marc Kersten (Köln KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Erich Pawlik (Hochtaunus KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Kerstin Dehne (München KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV)

WB-WH-01-024 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 24 einfügen:

Kooperation und globaler Solidarität. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der

Begründung

Der zentrale Begriff der Solidarität kommt im Entwurf im internationalen Kontext kaum vor, und dann fast ausschließlich mit Bezug auf Europa. Er soll deshalb an einigen Stellen, wo es um zentrale Werte globaler Politik geht, eingefügt werden.

WB-WH-01-026 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 26:

Als **exportorientierte** große Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung.

Begründung

Es ist sehr umstritten, ob die Exportorientierung etwas sinnvolles ist. Die Verantwortung ergibt sich bei Deutschland aus der Größe innerhalb der EU. Auch wenn wir die Exportorientierung überwinden (wollen), bleibt die Verantwortung bestehen.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Oliver Powalla (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

WB-WH-01-030 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 30 einfügen:

Transformation. Wir fördern faire Produktion durch Besteuerung der Schädlichkeit von Produktionsmethoden ("Schmutzsteuer"). Die Vermeidung von Umweltverschmutzung und Ausbeutung wird damit am Markt teurer und weniger lohnenswert. Die eingenommenen Gelder sollen als Entwicklungshilfe für "saubere" Produktion in den herstellenden Ländern investiert werden. Wir schützen damit die Umwelt und das Klima dort wo jetzt noch der größte Schaden entsteht und schaffen einen Anreiz für gute Produktionsbedingungen.

Begründung

Die Schmutzsteuer trifft alle "schmutzigen" Prozesse/Herstellungsmethoden aller Produzenten und ist damit eine weltweit gerechte Belastung. Sie bekämpft die heute vorliegende Schieflage, dass gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, umweltschädliche Produktions- Lager- und Lieferbedingungen Wettbewerbsvorteile sind, weil "billiger" angeboten werden kann.

WB-WH-01-043 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Nach Zeile 43 einfügen:

Wir wollen globalen Handel gerecht machen. Mit uns wird es deshalb ein konsequentes Durchgreifen bei der Handelspolitik geben. Wer sich nicht an soziale und ökologische Standards hält, soll nicht mit Ermahnungen und Selsbtverpflichtungen davon kommen. Wenn Container mit Kleidung am Frankfurter Flughafen oder am Hamburger Hafen ankommen und nicht nachgewiesen werden kann, dass mindestens die ILO-Normen bei der Produktion eingehalten wurden, dann können diese nicht importiert werden. Wir werden deutlich machen: Wer sich nicht an die Spielregeln hält, soll vom Handel ausgeschlossen werden.

WB-WH-01-045 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 45 einfügen:

Arbeitsorganisation (ILO) einhalten und Risiken für die Umwelt genau prüfen. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit

WB-WH-01-046 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 46 einfügen:

menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Deshalb wollen wir für alle Waren und Dienstleistungen, die in die EU eingeführt werden, einen globalen Mindestlohn von einem US\$ pro Stunde erreichen. Wir

Begründung

Ein globaler Mindestlohn von zunächst 1 US\$ pro Stunde würde die Entwicklungspolitik, die bisher die Geberland-Industrie und Herrschaftseliten in den Nehmerländern unterstützt, vom Kopf auf die Füße stellen: Das Geld käme direkt an der Basis an, bei den Menschen, die in der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft der Nehmerländer arbeiten. Dadurch würde auch die menschenverachtende weltweite Suche nach den billigsten Arbeitskräften und Produktionsstandorten aufhören.

Da die EU den weltweit größten Binnenmarkt darstellt, könnte sich kein Produzent/Anbieter dieser Regelung entziehen.

WB-WH-01-046-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 46:

menschenwürdig sein ~~und~~, der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören und die Auswirkungen auf Biodiversität und Ernährungssouveränität berücksichtigt werden. Wir

WB-WH-01-048 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 48 bis 50 löschen:

neue Generation von fairen Handelsabkommen auszuhandeln. ~~Durch ein Race to the Top von immer höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung erhalten.~~ Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Tino Fleckenstein (Aschaffenburg-Stadt KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Brigitte Schön (Schweinfurt KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); André Höftmann (Fürth-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

WB-WH-01-048-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 48 einfügen:

neue Generation von fairen und nachhaltigen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer

WB-WH-01-051 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 51 bis 53:

auch soziale ~~und~~, ökologische und menschenrechtliche Standards - also unter anderem Regeln zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von internationalen Sozial-, Klima-, Umwelt- und ~~Umweltnormen~~ Menschenrechtsnormen sowie die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind

Begründung

Die Menschenrechte sollten hier nicht fehlen; zwar sind manche unter „sozial“ mit abgedeckt, aber nicht alle.

WB-WH-01-058 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 58 einfügen:

Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Die globale Finanzmarktregulierung darf nicht einseitig die Interessen der G20 reflektieren, sondern muss Chancen und Nebenwirkungen für arme Länder mitdenken. Wir kämpfen für ein Regelwerk zur Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht, damit armen Ländern nicht weiterhin mehr Geld durch unkontrollierte Abflüsse verloren geht, als durch ausländische Entwicklungsgelder oder Investitionen hineinkommt. Den Impulsen der G20 zur

WB-WH-01-063 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 63 bis 66:

~~Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale Landwirtschaft setzen.~~Noch immer hungern weltweit rund 800 Millionen Menschen. Zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Besonders für Mütter und Kinder drohen bei Mangelernährung schwerwiegende bleibende Gesundheitsschäden. Dabei wären genügend Nahrungsmittel verfügbar. Die internationalen Handelsstrukturen bevorzugen jedoch Großkonzerne zu Lasten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Die Interessen von Agrarkonzernen wie Bayer und Monsanto bedrohen mit ihrer enormen Marktmacht den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut und damit das Recht auf Nahrung.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Tino Fleckenstein (Aschaffenburg-Stadt KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstfeldbruck KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); André Höftmann (Fürth-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

WB-WH-01-063-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 63 bis 66:

~~Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale Landwirtschaft setzen.~~Noch immer hungern weltweit rund 800 Millionen Menschen. Zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Besonders für Mütter und Kinder drohen bei Mangelernährung schwerwiegende körperliche und geistige Folgen. Die Interessen von Agrarkonzernen bedrohen den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut und damit das Recht auf Nahrung.

Wir wollen im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsagenda die strukturellen Ursachen von Hunger und Krankheit beseitigen. Deutschland darf sich in der globalen Gesundheitspolitik nicht allein auf die Abwehr von Pandemien beschränken. Um allen Menschen ein gesundes Leben zu ermöglichen, müssen Hunger und Armut eingedämmt, Einkommen gerechter verteilt, Gesundheitssysteme gestärkt und der Zugang zu Prävention und guten Arbeitsbedingungen verbessert werden. Insbesondere reproduktive Rechte und beste Mutter-Kind-Versorgung liegen uns am Herzen. Wir wollen neue Forschungsanreize schaffen, damit vernachlässigte und Infektionskrankheiten besser behandelt werden können.

Begründung

Im Sinne der SDG-Agenda und WHO-Deklaration von Alma-Ata sollten die sozialen Determinanten und multisektoralen Lösungsansätze in bezug auf die globalen Gesundheitsthemen stärker unterstrichen werden.

Unterstützer*innen

Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Gabriele Sutor (Main-Taunus KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Edith Ailing (Reutlingen KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Hannelore Heidecke (Hannover KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Johannes Dorn (Münster KV)

WB-WH-01-063-3 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 63 bis 66:

~~Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale Landwirtschaft setzen.~~ Noch immer hungert jeder neunte Mensch. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen. Das Recht auf Nahrung muss endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür braucht es eine faire europäische Handels- und Agrarpolitik. Außerdem werden wir bäuerliche Strukturen hier und weltweit und nicht die Agrarindustrie intensiver fördern mit dem Ziel die Ernährungssouveränität zu stärken. Auch die konsequentere Regulierung der Finanzmärkte spielt eine tragende Rolle bei globaler Entwicklung und dem Kampf gegen den Hunger. Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln an europäischen Börsen führen zu Hunger und Leid im globalen Süden.. Das untergräbt die Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, diese inkohärente Politik zu beenden.

WB-WH-01-063-4 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Anja Hajduk (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 63 bis 64 löschen:

~~Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen genommen.~~

Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die

Begründung

Wir sollten es unterlassen, Hunger mit anderen Todesursachen zu vergleichen.

Unterstützer*innen

Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stefanie von Berg (Hamburg-Eimsbüttel KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV); Annett Jagiela (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Michael Hack (Wetterau KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV)

WB-WH-01-065 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 65 bis 66:

exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln ~~vorgehen~~ und ~~weiter~~Abhängigkeit erzeugende Monokulturen und patentiertes sowie hybrides Saatgut vorgehen. Wir setzen auf eine dezentrale Landwirtschaft ~~setzen~~sowie günstige Generika im Globalem Süden.

WB-WH-01-067 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 67:

~~Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen~~ Fairer Handel statt TTIP, CETA und Co

WB-WH-01-069 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 69 bis 70 löschen:

der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen lehnen diese Abkommen ~~in ihrer jetzigen Form~~ ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren,

Begründung

Beschlusslage BDK Münster 2016! Klarheit statt Hintertüren offenhalten.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Oliver Powalla (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

WB-WH-01-069-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 69 bis 70:

der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. ~~Wir Grünen lehnen diese~~ Das schon seit langem geheim verhandelte aber unbekannt Abkommen ~~in ihrer jetzigen Form~~ mit Japan JEFTA "Japan-EU-Free-Trade-Agreement" enthält ebenfalls umfangreiche Klagerechte und fällt sogar noch hinter CETA zurück. Abkommen dieser Art lehnen wir ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren,

Begründung

Wie durch die TAZ am 21.03.2017 enthüllt befindet sich JEFTA bereits in der 17. Verhandlungsrunde und die deutsche Regierung hat aus den Protesten und Aufforderungen zur Offenlegung nichts gelernt. Laut TAZ werden nach bisherigem Stand der Verhandlungen Japan noch weitgehendere Rechte als Kanada eingeräumt. Außerdem soll die geplante "regulatorische Zusammenarbeit" noch weiter gefasst sein als in CETA, was unsere Handlungsfähigkeit / Demokratie dramatisch einengt. Bitt5e TAZ - Artikel lesen. Danke.

Unterstützer*innen

Peter Meiwald (Ammerland KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Oliver Henkel (Rhein-Sieg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Kerstin Dehne (München KV); Regina Klünder (Kiel KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV)

WB-WH-01-074 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 74 einfügen:

sowie Arbeitsnormen und Menschenrechte nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

Begründung

Die Menschenrechte sollten hier nicht fehlen.

WB-WH-01-086 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 86 löschen:

Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen ~~sehen~~-Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen

Begründung

red.

WB-WH-01-090 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 90 einfügen:

ab. Wir kommen deshalb der Aufforderung der EU-Kommission nach und kündigen die Investitionsschutzabkommen, die Deutschland mit anderen Mitgliedsstaaten hat, ersatzlos. In Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern verkürzen wir das Nachleben dieser Abkommen auf zwei Jahre. Ebenso steigen wir aus dem Vertrag über die Energiecharta aus, der es Vattenfall erlaubt hat, Umweltauflagen am Kohlekraftwerk Moorburg zu verwässern und wegen des Atomausstiegs auf Schadensersatz zu klagen. Investitionsschutzabkommen der Bundesrepublik mit Ländern der dritten Welt werden wir in Kooperation mit den Partnerländern auf ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und institutionellen Entwicklung dieser Länder überprüfen und ggf. reformieren oder kündigen. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der

Begründung

Die Ablehnung der Investor-Staats-Schiedsgerichtsbarkeit ist absolut richtig. Sie darf sich in der Konsequenz aber nicht darauf beschränken, neue Abkommen mit solchen Klauseln abzulehnen, sondern muss auch bestehende Abkommen in den Blick nehmen, die Sonderrechte für international agierende Unternehmen enthalten.

Ein Beispiel dafür ist der Vertrag über die Energiecharta von 1994, auf den die Klagen von Vattenfall wegen Umweltauflagen am Hamburger Kohlekraftwerk Moorburg und wegen des Atomausstiegs zurückgehen. Es handelt sich bei diesem multilateralen Vertrag um den einzigen, in dem Unternehmen aus westeuropäische Staaten andere westeuropäische Staaten vor Schiedsgerichte bringen können. Wegen der hohen Investitionstätigkeit in diesem Raum ist er besonders gefährlich. Italien hat den Vertrag 2015 gekündigt. Das sollte die Bundesrepublik auch tun.

Ebenso sollten wir die bilateralen Investitionsschutzabkommen mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Kroatien, den drei baltischen Staaten, Ungarn, Griechenland, Rumänien, Portugal und Bulgarien kündigen. Diese Verträge sind nicht nur aus dem schon im Programm genannten Gründen falsch, sondern widersprechen zudem europäischem Recht. Die EU-Kommission hat die Mitgliedsstaaten mehrfach aufgefordert, solche Verträge zu kündigen. Italien und Irland sind dieser Aufforderung bereits nachgekommen. Gegen Rumänien, Österreich, Niederlande, Slowakei und Schweden laufen Vertragsverletzungsverfahren. Das Wort "ersatzlos" am Ende des ersten Satzes bezieht sich auf einen Vorschlag von Sigmar Gabriel aus seiner Zeit als Wirtschaftsminister, diese Verträge durch einen gemeinsamen Investitionsschutzvertrag aller EU-Mitgliedsstaaten zu ersetzen. Damit wäre eine massive Ausweitung des Systems verbunden.

Die vielen Verträge, die die Bundesrepublik und andere europäische Staaten mit Staaten der dritten Welt haben, sind ein postkoloniales Instrument, das zunehmend in Verruf gerät. Entscheidend ist hier aber nicht einfach eine Kündigung, sondern ein Dialog auf Augenhöhe mit diesen Ländern. Das schließt eine Kündigung nicht aus.

Ein Aspekt bei der Kündigung dieser Verträge ist die als "Zombieklausel" oder "Sonnenuntergangsklausel" bekannte Restlaufzeit der Verträge, die Konzernen Klagen auch noch bis zu 20 Jahre nach der Kündigung erlaubt. Die Kündigung der Verträge im Einvernehmen mit den Partnerstaaten erlaubt aber eine drastische Verkürzung dieser nicht legitimen Sonderrechte.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Haberzettl (Miesbach KV); Robert Wiechmann (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothea Deutsch (Miesbach KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Holger Lange (München-Land KV); Sina Doughan (Miesbach KV)

WB-WH-01-090-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 90 bis 92 löschen:

ab. ~~Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.~~

Begründung

Wir dürfen nicht dem Trugschluss verfallen, dass wir den multinationalen Konzernen doch irgendetwas als Alternative bieten müssen, wenn wir Investitionsschutzabkommen ablehnen. Sonderrechte für die Mächtigen sind nicht richtig, egal wo sie aufgehängt werden. Der Programmentwurf geht hier einen richtigen Schritt weiter und möchte einen internationalen Handelsgerichtshof in das bestehende System von internationalen Verträgen einbinden und so Abwägungsentscheidungen zwischen Eigentumsrechten und anderen Menschenrechten ermöglichen.

Trotzdem bleibt die Frage unbeantwortet, wozu es einen solchen Gerichtshof überhaupt braucht. Als Antwort auf die Frage, was denn unsere Alternative zu TTIP & Co. ist, sollten wir nicht in "da braucht es irgendwas auf UN-Ebene" flüchten. Besser ist es, tatsächlich progressive Lösungen zu entwickeln. Dieser Änderungsantrag gehört insofern mit den beiden Ä-Anträgen zum verbindlichen Abkommen über die Pflichten multinationaler Konzerne und anderer Unternehmen zusammen.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Haberzettl (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Elisabeth Janner (Miesbach KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Peter Steinhöfel (Starnberg KV); Matthias Ernst (Straubing-Bogen KV); Jörg Rostek (Münster KV)

WB-WH-01-091 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 91 bis 92:

Vereinten Nationen ein, ~~der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.~~ vor dem Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können. Der Vorschlag der EU-Kommission zu einem multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

WB-WH-01-091-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 91 bis 92:

Vereinten Nationen ein, ~~der auch auf~~ vor dem Betroffene gegen Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen klagen können und vor dem soziale, ~~menschenrechtliche~~, umwelt- und klimarelevante völkerrechtliche Verpflichtungen ~~achtet~~ durchgesetzt werden können. Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission zu einem multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

WB-WH-01-092 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Kreisverband Alb-Donau

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 92 einfügen:

völkerrechtliche Verpflichtungen achtet und erst nach Ausschöpfung des nationalen Rechtswegs oder auf Anrufung eines nationalen Gerichts sowie bei Streitigkeiten zwischen den beteiligten Staaten tätig werden darf.

Begründung

Konkretisierung, des Handelsgerichtshofs

WB-WH-01-092-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 92 einfügen:

völkerrechtliche Verpflichtungen achtet und bei dem auch Investoren verklagbar sind, wenn sie ihre Pflichten missachten.

Unterstützer*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-WH-01-092-3 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: KV Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 92 einfügen:

völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.

Auch das Kapitel zur „regulatorischen Kooperation“ lehnen wir ab. Wird dieses umgesetzt, so liefere das auf eine Entmachtung der Parlamente zugunsten von Konzernen und Banken hinaus. Gesetzesvorhaben würden erst einem transatlantischen „Regulierungsrat“ vorgelegt, bevor sie überhaupt in die nationalen Parlamente gelangen; Verbraucherschutz, Umweltschutz, Arbeitsstandards oder Finanzmarktregeln lägen nicht mehr in der Hand der Parlamente.

Begründung

Das Kapitel in den TTIP-Entwürfen über die sog. regulatorische Kooperation wird von der Öffentlichkeit und den Medien weitgehend nicht beachtet. Das liegt evtl. auch daran, weil die Kommission die Bedeutung dieser Regelung herunterspielt. Dabei stellt sie einen Eingriff in die gesetzgeberische Hoheit der Parlamente dar, die nicht tolerabel und in ihrer Wirkung höchst undemokratisch ist. Wir müssen im Wahlprogramm auf diesen Punkt hinweisen.

WB-WH-01-100 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 100 bis 104:

Westafrika verdrängt. ~~Die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer Zölle auf verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.~~ Die ausgehandelten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika drohen eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu verhindern. Wir wollen sie deshalb stoppen und fordern neue Verhandlungen ohne Druck und Fristen. Wir setzen auf eine asymmetrische Marktöffnung sowie auf handelspolitische Maßnahmen für Entwicklungsländer wie etwa Exportsteuern oder einen umfangreichen Schutz junger Industrien. Wir brauchen eine Handelspolitik, die die Schutzinteressen von Entwicklungsländern anerkennt und gleichzeitig menschenrechtliche, soziale und Umweltstandards erfüllt. Das europäische Zollregime muss auch deshalb die Zölle auf verarbeitete Produkte senken bzw. abschaffen. Nur so erhalten Entwicklungsländer die Chance eine diversifizierte Industrie und Wertschöpfung vor Ort aufzubauen.

WB-WH-01-103 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 103 einfügen:

mehr Gewinn im Land halten können. Die rücksichtslose Ausbeutung von natürlichen Ressourcen lehnen wir ab, weil sie den Menschen vor Ort oft die lokale Existenzgrundlage nimmt, insbesondere den Frauen.

Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von

WB-WH-01-104 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Nach Zeile 104 einfügen:

Der rechtliche Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums für pharmazeutische Produkte muss im Einklang mit den Menschenrechten und den Anforderungen der öffentlichen Gesundheit stehen. Wir unterstützen Wettbewerb bei Generika, der einen breiten Zugang zur Gesundheitsversorgung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen erlaubt. Die EU sollte aktiv die Länder des globalen Südens dabei unterstützen, die Schutzklauseln und Flexibilisierungen des TRIPS-Patentschutzregime zu nutzen. Freihandelsabkommen mit Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen dürfen nicht dazu benutzten werden, um diese zur Einführung von Regelungen des TRIPS-plus Regimes zu drängen, die den Monopol-Schutz ausweiten den Zugang zu Medikamenten erschweren.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Kai Bojens (Stade KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Karl Bär (Miesbach KV); Antje Westhues (Bochum KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)

WB-WH-01-105 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 105 bis 112:

~~Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Die europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten verbindlich zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt, doch es kann nicht der letzte sein. Die gesamte Lieferkette muss gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein, welches Produkt echte Entwicklungschancen schafft.~~

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns und müssen Umwelt- und Sozialstandards einhalten. Weltweit ist ein Trend hin zu gesetzlichen Regelungen zu beobachten. Deutschland verliert hier den Anschluss. Es braucht mehr Transparenz, verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, die entlang der Lieferkette einzuhalten sind. Bessere Voraussetzung der Klagemöglichkeiten für Betroffene und wirksame Sanktionen bei Menschenrechtsverstößen und Umweltzerstörung müssen erreicht werden. Diese Maßnahmen schaffen Rechtsicherheit.

Fair gehandelte Produkte müssen raus aus der Nische. Bessere Kennzeichnung muss Konsument*innen in die Lage versetzen, mit ihrem Einkauf an der Ladentheke über den Herstellungsprozess von Produkten abzustimmen

Begründung

Die Bundestagsfraktion hat ein breit mit der Zivilgesellschaft und Wissenschaft abgestimmtes „Maßnahmenpaket zukunftsfähige Unternehmensverantwortung“ eingebracht. In drei Anträgen werden Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und zivilrechtliche Haftung (BT 18/102555), Berichtspflichten über Nachhaltigkeit (BT/10030) und effektive Sanktionen (BT/10038) gefordert.

WB-WH-01-105-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 105 löschen:

~~Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.~~ Die

Begründung

2014 beschloss der UN-Menschenrechtsrat, mit Verhandlungen für ein bindendes UN-Abkommen über die Pflichten multinationaler Konzerne und anderer Unternehmen zu beginnen. Die Bundesrepublik verweigert sich diesem Prozess bisher. Bei einer Grünen Regierungsbeteiligung muss sich das ändern.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Habertzettl (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ulrike Küster (Miesbach KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothea Deutsch (Miesbach KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Holger Lange (München-Land KV); Sina Doughan (Miesbach KV)

WB-WH-01-110 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 110 einfügen:

nicht aus. Sowohl für das „Textilbündnis“ als auch für den „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ muss die Verpflichtung für Unternehmen aufgenommen werden, dass sie innerhalb ihrer Lieferkette in den Ländern ökologische und soziale Mindeststandards einhalten und existenzsichernde Löhne zahlen. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine

Begründung

Mit dem „Textilbündnis“ und dem „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ hat die Bundesregierung zwar die Leitprinzipien der Vereinten Nationen umgesetzt, die sowohl Staaten als auch Unternehmen dazu verpflichten, Menschenrechte zu schützen. Diese Pläne Bundesregierung beinhalten in der Regel unverbindliche Selbstverpflichtungen und verhindert keine Kinderarbeit, Ausbeutung der Textilarbeiter*innen in Bangladesch und die Umweltzerstörung.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV)

WB-WH-01-112 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: OV Fellbach

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 112 einfügen:

Produkt echte Entwicklungschancen schafft. Wir wollen den Fairen Handel stärken. Um Rechtssicherheit für Kommunen in Sachen Faire Beschaffung zu garantieren, fordern wir die Einrichtung einer staatlichen Stelle, die prüft, welche Zertifikate als vertrauenswürdig angesehen und somit zum Standard für Beschaffungssatzungen, Friedhofssatzungen u.Ä. werden können.

Begründung

Faire Beschaffung scheitert derzeit oft an Verwaltungsgerichten. Nach Europarecht dürfen Kommunen bestimmte Öko- oder Sozialsiegel bei der Beschaffung oder z.B. bei Friedhofssatzungen einfordern. Damit hier mehr Rechtssicherheit besteht, muss eine unabhängige, am besten staatliche Institution geschaffen werden, die Siegel zertifiziert.

WB-WH-01-115 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 115:

CETA und TTIP stoppen – Neustart für faire Handelsabkommen mit fairen Handelsabkommen

Begründung

Beschlusslage BDK Münster 2016! Hier ist Klarheit notwendig. Wir werden diese Abkommen nicht mittragen. **Neuen** Handelsverträgen nach **fairen** Kriterien stehen wir offen gegenüber.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Oliver Powalla (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

WB-WH-01-115-2 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Nach Zeile 115 einfügen:

TTIP und CETA lehnen wir in ihrer jetzigen Form klar ab.

WB-WH-01-116 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 116:

Handelsabkommen, die anders als TTIP, CETA und ~~CETA~~TISA, transparent verhandelt wurden und an

Begründung

Das Dienstleistungsabkommen TISA gehört zu dieser Liste, da es ebenso intransparent ist und nationale politische Instanzen aushebelt.

WB-WH-01-119 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 119 einfügen:

Arbeitsnormen und Menschenrechte international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen

Begründung

Die Menschenrechte sollten hier nicht fehlen.

WB-WH-01-121 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 121 bis 123:

Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. ~~Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten.~~ Klageprivilegien für Konzerne lehnen wir konsequent ab. Stattdessen unterstützen wir die Verhandlungen für ein verbindliches Abkommen über die Pflichten internationaler Konzerne unter dem Dach der Vereinten Nationen. Wir wollen

Begründung

Wir dürfen nicht dem Trugschluss verfallen, dass wir den multinationalen Konzernen doch irgendetwas als Alternative bieten müssen, wenn wir Investitionsschutzabkommen ablehnen. Sonderrechte für die Mächtigen sind nicht richtig, egal wo sie aufgehängt werden. Der Programmentwurf geht hier einen richtigen Schritt weiter und möchte einen internationalen Handelsgerichtshof in das bestehende System von internationalen Verträgen einbinden und so Abwägungsentscheidungen zwischen Eigentumsrechten und anderen Menschenrechten ermöglichen.

Trotzdem bleibt die Frage unbeantwortet, wozu es einen solchen Gerichtshof überhaupt braucht. Als Antwort auf die Frage, was denn unsere Alternative zu TTIP & Co. ist, sollten wir nicht in "da braucht es irgendwas auf UN-Ebene" flüchten. Besser ist es, auf Prozesse zu verweisen, die es schon gibt, wie den Prozess für ein bindendes Abkommen über die Pflichten multinationaler Konzerne und anderer Unternehmen ("binding treaty process"). Dieses Abkommen wird auch von der Zivilgesellschaft als Alternative unterstützt.

2014 beschloss der UN-Menschenrechtsrat, mit Verhandlungen für ein bindendes UN-Abkommen über die Pflichten multinationaler Konzerne und anderer Unternehmen zu beginnen. Die Bundesrepublik verweigert sich diesem Prozess bisher. Bei einer Grünen Regierungsbeteiligung muss sich das ändern.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Haberzettl (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Elisabeth Janner (Miesbach KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Peter Steinhöfel (Starnberg KV); Matthias Ernst (Straubing-Bogen KV); Jörg Rostek (Münster KV)

WB-WH-01-122 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 122 bis 123:

einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. ~~Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie~~ Vor diesem können Betroffene gegen die ILO-Kernarbeitsnormen achten ~~Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen.~~ Wir wollen

WB-WH-01-123 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 123 einfügen:

völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten und auch Klagen gegen Investoren annehmen können.

. Wir wollen

Unterstützer*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV)

WB-WH-01-126 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Kreisverband Hamburg Nord

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 126 einfügen:

Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz incl. Klagerecht für die Betroffenen

WB-WH-01-128 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 127 bis 132:

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. ~~Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus. Wir wollen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen verursacht wurden, zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen diese Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.~~ Wir wollen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im deutschen Recht gesetzlich verbindlich verankern, die entlang der Lieferkette einzuhalten sind. Zudem braucht es mehr Transparenz, wirksame Sanktionen bei Menschenrechtsverstößen und zivilrechtliche Klagemöglichkeiten für Betroffene. Diese Maßnahmen schaffen Rechtsicherheit. Davon profitieren Betroffene und Unternehmen gleichermaßen.

WB-WH-01-133 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 133 bis 143:

Hunger bekämpfen - Saatgut für alle statt globaler Monopole Hunger bekämpfen – Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen

Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in Südasien und Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von einem Produkt am Markt kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen nicht, dass Agrarkonzerne wie Monsanto und Syngenta den weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkt kontrollieren. Das schafft riskante Abhängigkeiten und zerstört die Artenvielfalt. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen in Entwicklungsländern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Entwicklungsländer zu Regelungen zu zwingen, die das Recht auf Nahrung bedrohen, wie UPOV 91 lehnen wir ab. Darüber hinaus fördern wir auch den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt auch für die Ernährung zukünftiger Generationen erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Tino Fleckenstein (Aschaffenburg-Stadt KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Brigitte Schön (Schweinfurt KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

WB-WH-01-134 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: OV Wermelskirchen

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 134:

Hunger bekämpfen - ~~Exzessive~~ Spekulation mit Nahrungsmitteln ~~eindämmen~~verhindern

Begründung

Die alte Formulierung ist zu lasch und unverbindlich

WB-WH-01-141 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 141 einfügen:

weiterhin ein für Landrechte und eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den

Begründung

Wenn Landrechte fehlen, werden Kleinbauern vertrieben und international agierende Investoren zerstören die kleinbäuerlichen Strukturen und ersetzen sie durch großflächige Monokulturen ("land grabbing"). Dies ist eine Ursache der Landflucht.

WB-WH-01-144 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 144 einfügen:

Landraub (Landgrabbing) Einhalt gebieten

Landwirtschaft muss in der Entwicklungszusammenarbeit eine größere Rolle spielen. Viele Länder wurden zur Liberalisierung ihrer Agrarpolitik gezwungen, mit verheerenden Folgen. BäuerInnen finden kein Auskommen mehr. Sie können nicht mit den Weltmarkt-Preisen konkurrieren, und die Länder bleiben von Nahrungsmittelimporten abhängig. Die jetzige Handelspolitik zementiert Strukturen, die unsere Agrarmärkte vor Konkurrenz abschotten und gleichzeitig europäische, hoch subventionierte Überschüsse auf den Weltmarkt werfen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die auch unsere Partnerländer im Blick hat. Konkret bedeutet das zum Beispiel, die Exportsubventionen abzuschaffen und die Agrarpolitik so zu gestalten, dass durch Dumpingkreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden. Für den Export bestimmte Lebensmittel dürfen nicht unterhalb des Weltmarktpreises verkauft werden. Subventionen, die zu einem Absinken der Weltmarktpreise unter die Produktionskosten führen, gehören abgeschafft. Bei Handelsabkommen muss es für Entwicklungsländer Schutzklauseln für Agrarprodukte geben; das Menschenrecht auf Ernährung muss ein Grundsatz in Handelsabkommen sein. In Ländern wie Kambodscha ist bereits die Hälfte des fruchtbaren Landes an ausländische Investoren vergeben. Dieser Ausverkauf (Landgrabbing) geht einher mit einer Vertreibung der Bevölkerung. Wir wollen die sofortige und vollständige Umsetzung der "Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten-, Fischgründen und Wäldern" der Vereinten Nationen: Deutsche und europäische Unternehmen müssen daran gehindert werden, in anderen Ländern Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung zu verletzen. Der Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir mit strengen Regeln entgegenzutreten. Die Entwicklungszusammenarbeit darf Gentechnik weder direkt noch indirekt unterstützen, da diese oft die Bäuerinnen und Bauern in die Abhängigkeit von Saatgutkonzernen bringt und kein wirksames Mittel gegen den Hunger ist. Stattdessen müssen ökologische Anbaumethoden stärker befördert werden."

Begründung

Die Begriffe "Landraub" bzw. "Landgrabbing" fehlen in dem Wahlprogramm. Der Text dieser Änderung ist im wesentlichen dem EU-Wahlprogramm 2014 entnommen, der nichts an seiner Aktualität verloren hat.

WB-FU-01-000 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 0 bis 11:

Menschen auf der Flucht, das ist kein Phänomen, das ab 2015 völlig unerwartet über uns hereingebrochen ist. Flucht kennen viele Deutsche aus ihrer Familiengeschichte, manche haben selbst noch Flucht und spätere Vertreibung als Folge des zweiten Weltkriegs erlebt. Über Jahrzehnte haben bis 1989 Menschen unter Lebensgefahr Wege aus der DDR in den demokratischen Westen gesucht. Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien. Menschen fliehen vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland). In den letzten Jahrzehnten haben Auseinandersetzungen vor allem in Afghanistan und Pakistan, im Nahen Osten und in Ostafrika zu Fluchtbewegungen großen Ausmaßes geführt. Der inzwischen sechs Jahre andauernde Bürgerkrieg in Syrien hat über 11 Millionen Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben, davon sind gut sechs Millionen innerhalb des Landes geblieben, 3 Millionen hat die Türkei aufgenommen, der Libanon immer noch mehr als eine Million. 2015 waren weltweit 65 Millionen Menschen auf der Flucht, aber nur ungefähr ein Drittel davon hat die Grenzen des eigenen Landes überschritten. Davon wiederum bleibt der größte Teil in den Nachbarländern in der Hoffnung, zurückkehren zu können. Dennoch war es nur eine Frage der Zeit, dass mehr Menschen im reichen und friedlichen Europa Aufnahme suchen würden. Das Recht auf Zuflucht vor Krieg und Verfolgung ist eines der ältesten Menschenrechte, und Europa kann sich nicht länger davor drücken, dieses Recht zu gewähren.

Begründung

Die weltweite Zahl an Flüchtlingen wird häufig für Angstszenerien missbraucht. Wenn man sie schon nennt, muss sie in einen realistischen Zusammenhang gestellt werden. Der Verweis auf das Einwanderungskapitel wirkt hier relativierend. Das Einwanderungskapitel folgt direkt, deshalb erübrigt sich ein Verweis.

Unterstützer*innen

Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Anja-Franziska Anschütz (Herzogtum Lauenburg KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV); Horst-Dieter Witt (Ludwigslust-Parchim KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Ulrike Seemann-Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Hanko Zachow (Saarlouis KV); Birgit Brennecke (Rotenburg/Wümme KV); Andreas Haubold (NWM/Wismar KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Regina Klünder (Kiel KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV);

Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Philipp Schmagold (Kiel KV)

WB-FU-01-001 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV)

Titel

Ändern in:

Das Menschenrecht auf Asyl und Flucht setzen wir ausnahmslos um.

Unterstützer*innen

Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Lukas Flohr (Köln KV); Deniz Ertin (Köln KV); Robert Schallehn (Köln KV); Anke Mönnink (Köln KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marc Kersten (Köln KV); Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Filiz Kekülluoglu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Urban Aykal (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ulrike von Thadden (Anhalt-Bitterfeld KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Emre Tekemen (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

WB-FU-01-001-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV)

Titel

Ändern in:

Wir schützen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen

Unterstützer*innen

Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Anja-Franziska Anschütz (Herzogtum Lauenburg KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV); Horst-Dieter Witt (Ludwigslust-Parchim KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Ulrike Seemann-Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Hanko Zachow (Saarlouis KV); Birgit Brennecke (Rotenburg/Wümme KV); Andreas Haubold (NWM/Wismar KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Regina Klünder (Kiel KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Philipp Schmagold (Kiel KV)

WB-FU-01-001-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und unterstützen Geflüchtete

Begründung

Geflüchtete ist neutraler als Flüchtlinge und wird häufig als Selbstbezeichnung bevorzugt. Geflüchtete brauchen nicht nur Schutz, sondern auch Unterstützung bei der Realisierung eigener Vorstellungen und Ziele. Der Begriff „unterstützen“ klingt weniger paternalistisch und umfasst beide Aspekte.

WB-FU-01-001-4 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Geflüchtete

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-001-5 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir schützen Geflüchtete und bekämpfen die Fluchtursachen

Begründung

mündlich

WB-FU-01-001-6 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 1 löschen:

Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst ~~von Jahr zu Jahr~~. Weltweit sind über 60

Begründung

mündlich

WB-FU-01-001-7 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Titel

Ändern in:

Wir schützen Flüchtlinge und bekämpfen die Fluchtursachen

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-003 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 3 bis 11:

vor Krieg, politischer ~~Vertreibung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.~~

~~Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland).~~Verfolgung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich

dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfungs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-004 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 4 einfügen:

Klimakrise und Umweltzerstörung, und Armut. Wir erleben die große Herausforderung der
Fluchtbewegung an

WB-FU-01/1 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 5:

den Grenzen ~~Europas~~der EU genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen

In Zeile 21:

die Abschottung ~~Europas~~der EU. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich ~~Europa~~die EU

Von Zeile 27 bis 28:

und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer ~~nach Europa~~in die EU kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der ~~europäischen-Außengrenze~~EU-Außengrenzen. Nicht jeder, der

Von Zeile 32 bis 33:

Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich ~~Europa-seiner~~die EU ihrer Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt.

In Zeile 53:

Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den ~~europäischen~~-Hot Spots der EU durchgeführt

Von Zeile 68 bis 69:

schaffen. Dazu muss ~~Europa~~die EU mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. ~~Europa~~Die EU muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für

In Zeile 96:

Rechnung getragen werden. Wir wollen ~~europaweit~~EU-weit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen

In Zeile 99:

Nach unserem Verständnis der ~~europäischen~~-Werte der EU und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27

In Zeile 108:

Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die ~~europäische Wertegemeinschaft~~Wertegemeinschaft der EU,

Von Zeile 113 bis 114:

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt ~~Europa~~die EU nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. ~~Europa~~Die EU hat sich dadurch

In Zeile 120:

in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die ~~europäischen~~-EU-Regierungen darum,

In Zeile 199:

~~Europas~~der EU in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.

WB-FU-01-006 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 6 bis 11:

nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

~~Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland):~~

WB-FU-01-007 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 7 bis 8:

~~-Aber Flucht-~~ Deutschland und Europa tragen eine wichtige Verantwortung sowohl für die Bekämpfung von Fluchtursachen als auch für die Aufnahme von Flüchtlingen. Diese Verantwortung lässt sich nicht in Nachbarstaaten abschieben. Wir Grüne treten ein für das Recht auf Asyl, für die Rechte der Geflüchteten, für ein großzügiges und humanitäres Asylrecht. Wir heißen Flüchtlinge willkommen und stellen uns gegen Abschottung und Abwehr. Wir wollen die Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Flüchtlinge.

Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Joofß (Alb-Donau KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Samuel Nwankwo (Unna KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

WB-FU-01-012 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 12 bis 14:

Unser Land hat in ~~einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben,~~ in den letzten zwei Jahren sehr vielen Menschen Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben, haben Millionen Menschen ~~geholfen und dadurch~~ gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven

internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Martin Pilgram (Starnberg KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-FU-01-013 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 13:

Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen **Flüchtlinge**Geflüchtete gehetzt haben, haben Millionen

WB-FU-01-018 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 18 bis 20:

~~Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür hatte sie unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik abgewendet. Das Asylrecht hat sie massiv verschärft, und zusammen~~
Die Untätigkeit der Bundesregierung der vergangenen Jahre gestaltete das Ankommen hunderttausender Geflüchteter als große Herausforderung, die nur mithilfe der überwältigend engagierten Zivilgesellschaft so gestemmt werden konnte. Die verfehlungen des Dublin-Systems haben wir Grüne seit Jahren kritisiert. Leider reagierte die Bundesregierung nicht primär mit einem humanitären und integrativen Ansatz, sondern indem sie das Asylrecht massiv verschärfte. Zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie

WB-FU-01-018-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 18 bis 19:

Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit ~~großer~~ Humanität reagiert. Dafür hatte sie unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik schnell abgewendet. Das Asylrecht

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des

EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfungs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-FU-01-019 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 19 bis 23:

unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik abgewendet. ~~Das Asylrecht hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie die Abschottung Europas. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich. Sie verschärft auch auf Dauer die Probleme.~~ SPD und CDU/CSU haben in ihrer Regierungsverantwortung die Rechte von Schutzsuchenden im Eiltempo massiv verschärft. Wir Grüne haben die Maßnahmen scharf kritisiert und werden uns dafür einsetzen, dass wesentliche Verschlechterungen aus den Asylpaketen der Bundesregierung zurückgenommen werden. Dazu gehört für uns die Beschränkungen beim Familiennachzug, überfallartige und unangekündigte Abschiebungen, die Wohnsitzauflage, die Praxis des Ausreisegewahrsams, die Ausdehnung des Zwangs in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu verbleiben und die folgenschwere Einteilung von Schutzsuchenden in Menschen mit guter- und schlechter Bleibeperspektive.

Begründung

Wir haben die Asylrechtsverschärfungen stets kritisiert, da die Maßnahmen einzig auf die Verschlechterung der Rechte von Schutzsuchenden zielten und auf der anderen Seite zu keiner Entspannung auf behördlicher Seite führten - im Gegenteil. Außerdem wurden wesentliche über Jahre erkämpfte Liberalisierungen in der Asylpolitik komplett zurückgedreht. Deutschland befindet sich damit von asylrechtlicher Perspektive auf dem Weg von einem Aufnahmeland zu einem Abschiebeland. Ein Anknüpfen an diesen status quo im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung ist kaum möglich. Daher braucht es ein klares Bekenntnis unsererseits zu den Asylpaketen der Bundesregierung.

Der zwar richtige Gedanke zum Bauen neuer Mauern zerreißt den Aufbau, womit zwischen europäischer und nationaler Flüchtlingspolitik hin und her gesprungen wird. Außerdem taucht der Punkt "Abschottung Europas" an anderer Stelle erneut auf.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Kemal Anıl Kaputanolu (Hamburg-Nord KV); Michael Hack (Wetterau KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

WB-FU-01-022 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 22 bis 23:

mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist ~~nicht nur~~ unmenschlich. ~~Sie~~Eine
Festung Europa schützt nicht vor Problemen, sie verschärft ~~auch auf Dauer die Probleme~~sie nur.

WB-FU-01-024 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 24 bis 29 löschen:

~~Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.~~

Begründung

Dieser Absatz wendet sich gegen Flüchtlinge und konterkariert unsere weltoffene Einstellung für Geflüchtete und Willkommenskultur. Er beschreibt genau das Gegenteil des vorherigen und nachfolgenden Absatzes. In der Krisensituation 2015 gab es keine andere humanitäre Möglichkeit als die Grenzen für die Geflüchteten zu öffnen. Auch heute wäre es erforderlich, die auf der Balkanroute gestrandeten Menschen aus humanitären Gründen in Europa aufzunehmen. Unser Land sollte hier in Europa vorangehen und weiterhin Geflüchteten Hilfe anbieten und sich damit gegen die Inhumanität z. B. in Ungarn und anderen Ländern stellen.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

WB-FU-01-024-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Dortmund

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 24 bis 29 löschen:

~~Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.~~

WB-FU-01-025 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Peter von Wilcken (Euskirchen KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 25 einfügen:

Mitarbeiter der Kommunen, anderer Behörden, Organisationen und viele Freiwillige an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende

Begründung

eigentlich nur redaktionell: es waren nicht nur die Kommunen, die an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gegangen sind

Unterstützer*innen

Antje Westhues (Bochum KV); Hans-Werner Ignatowitz (Euskirchen KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Wilfried Gierden (Euskirchen KV); Nicole Dubbert-Gierden (Euskirchen KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Dorothee Kroll (Euskirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Gabriele Müllender (Ansbach KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Holger Kniel (Euskirchen KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Ingrid von Wilcken (Euskirchen KV); Guido Bachem (Euskirchen KV); Kerstin Dehne (München KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV)

WB-FU-01-026 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 26 bis 29:

~~Flüchtlinge~~Geflüchtete nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher ~~Flüchtling~~Geflüchteter fünfmal und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. ~~Nicht~~Auch wenn nicht jeder, der zu uns kommt, ~~bleiben~~einen Aufenthaltsstatus erhalten kann.

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

inhaltliche Änderung:

Kein Satz. Außerdem ist der Verweis, dass einige Geflüchtete Deutschland verlassen müssen, bezugnehmend auf Zeile 73 (WB-EB-01) „Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen“, überflüssig.

WB-FU-01-026-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 26:

Flüchtlinge nicht wussten, ob und wo sie nun ihre neue Heimat ist Schutz und Perspektive finden können, in dem mancher Flüchtling fünfmal

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des

EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextes soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-027 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Nordwestmecklenburg/Wismar

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 27 bis 29 löschen:

und andere gar nicht registriert wurden. ~~Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.~~

Begründung

Das Grundrecht auf Asyl muss ohne Einschränkung allen Menschen zur Verfügung stehen. Die zu streichenden Wortgruppen beschreiben ein nicht näher definiertes Migrationsverfahren. Dies ist im Zusammenhang mit Asyl irreführend und sollte daher – wenn überhaupt – separat beschrieben werden.

WB-FU-01-027-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 27 bis 29:

und andere gar nicht registriert wurden. ~~Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.~~
Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und im Interesse der Schutzsuchenden wollen wir faire Verfahren und eine zügige Verteilung innerhalb Europas. Uns ist bewusst, dass nicht jede und jeder Ankommende Anspruch auf Asyl hat. Wir wissen aber auch, dass jede Abschiebung mit großen menschlichen Härten verbunden ist und deswegen zum sensibelsten Bereich in der Asylpolitik gehört. Deshalb möchten wir für all jene, die keinen Anspruch auf Asyl haben, die freiwillige Rückkehr stärken. Wir wissen aber auch, dass nicht jeder abgelehnte Asylantrag zu einer Ausweisung führt. In vielen Fällen wird aus rechtlich verbrieften humanitären Gründen ein Aufenthaltstitel vergeben und nicht abgeschoben. Wir finden das richtig, halten an dieser Politik fest und stellen uns gegen den an Zahlen ausgerichteten Abschiebepopulismus der Großen Koalition.

Begründung

Wir müssen das Thema Abschiebungen deutlicher zum Thema machen und uns positionieren. Beim Thema Abschiebepolitik liegt das größte Potenzial Grund- und Bürgerrechte durch die Hintertür abzuschaffen. Die Bundesregierung versucht den Mythos aufrechtzuerhalten, dass die derzeitige Abschiebepolitik ein Vollzugsproblem hat und deshalb eine schärfere Abschiebep Praxis erreicht werden muss. Dass dabei völlig außer Acht gelassen wird, dass eine Ablehnung im Asylverfahren nicht automatisch zu einer Abschiebung führt, wird in der öffentlichen Debatte ignoriert. Zum Stichtag 31.12.2016 aber hatten 46,1 % der abgelehnten Asylsuchenden einen unbefristeten Aufenthaltstitel, 34,5 % einen befristeten. Schon diese Fakten verbieten es, Abschiebungen umstandslos als den durchzusetzenden Effekt eines abgelehnten Asylantrages zu sehen. Wir müssen uns hier deutlich positionieren und den Populismus der Bundesregierung erklären um Unterstützung für eine sensible und zurückhaltende Rückführungspolitik zu erreichen.

Unterstützer*innen

Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Kemal Anil Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Michael Hack (Wetterau KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Christoph Krieger (Kiel KV); Falk Lämmermann (Berlin-Mitte KV)

WB-FU-01-028 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 28 bis 29 löschen:

wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. ~~Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.~~

Begründung

Ist das eine Forderung? Warum steht das hier? Das ist zwar faktisch richtig; doch in dem Kontext und ohne nähere Erläuterung kommt der Satz recht seltsam, gar fast populistisch daher. Diejenigen unter den Geflüchteten und Eingewanderten, die tatsächlich nicht bleiben können, trifft es, wenn eine ganze Reihe von Bedingungen eintreten. Dies hier zu fordern, ohne diese Bedingungen/Umstände zu nennen, erweckt ein falsches Bild der Forderung.

WB-FU-01-029 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 29:

zu uns ~~kommt, bleiben kann~~ gekommen ist, wird bleiben. Die Geflüchteten haben ihre Länder in den allermeisten Fällen nicht freiwillig verlassen und würden freiwillig zurückgehen, wenn sich die Situation dort verbessert.

Begründung

Der Ursprungssatz ist die aktuelle Rechtslage. Mit der impliziten Betonung von Abschiebungen verdeckt man allerdings, dass die allermeisten Menschen nicht freiwillig nach Deutschland gekommen sind und hier einen Asylstatus bekommen sollten. Viele Menschen wollen zudem gar nicht dauerhaft in Deutschland bleiben - das sollte immer wieder dazugesagt werden, um kein falsches Bild von Geflüchteten zu erzeugen.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Sarah Jeremut (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Frederik Paul Antary (Bochum KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

WB-FU-01-029-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Aminata Touré (Neumünster KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 29 bis 31:

Ein individuelles Asylrecht in Deutschland ist auch eine Lehre aus der deutschen Geschichte. Den Zugang zu einem fairen Asylrecht werden wir entschlossen verteidigen - in Deutschland und in Europa. ~~Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt – auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das~~ Das

Begründung

Das Grundrecht auf Asyl hat in den 90er Jahren bereits eine massive Einschränkung erfahren. Die damaligen Verschärfungen haben dazu geführt, dass sich seither nahezu niemand mehr auf den Artikel 16 unseres Grundgesetzes berufen kann. Diese Politik wird durch die jetzige Bundesregierung fortgeführt und fokussiert. Hervorgehoben werden sollte also nicht der Umstand, dass Deutschland nach wie vor mehr Schutzrechte bereithält als andere Staaten. Hervorgehoben werden sollte, dass der Wert dieses Grundrechts aus der deutschen Geschichte abgeleitet ist und leider mehrfach durch Änderungen schon zur Disposition stand.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Michael Hack (Wetterau KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Christoph Krieger (Kiel KV); Peter Madjarov (Vorpommern-Greifswald KV); Johannes Albig (Kiel KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Benita v. Brackel-Schmidt (Flensburg KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-FU-01-029-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 29:

zu uns kommt, kann bleiben ~~kann~~aber jeder hat den Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren, die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben und den Schutz seiner Menschenrechte auch infolge einer Ablehnung..

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum. Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen. An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits. - Änderungsantrag zu WB-FU-01 Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen

Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammentwurfs soll daher gestrichen werden. Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden. Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schleenbecker (Gießen KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-030 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Marcus Lamprecht (Viersen KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 30 bis 31:

Das Asylrecht der Bundesrepublik **ist**war eines der liberalsten der Welt - auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen **verteidigen**wiedererkämpfen. Das

Begründung

Nach diversen Asylrechtsverschärfungen sollten wir nichts schön reden, sondern den Status Quo treffender beschreiben.

Unterstützer*innen

Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Friedhelm Weiß (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Andreas Sonntag (Viersen KV); Markus Jung (Viersen KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karsten Finke (Bochum KV); Kerstin Dehne (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)

WB-FU-01-030-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Nordwestmecklenburg/Wismar

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 30 bis 31:

~~Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt—auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das~~ Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das

Begründung

Das Grundrecht auf Asyl muss **ohne Einschränkung allen Menschen** zur Verfügung stehen. Der zu streichende Satz legitimiert bereits erfolgte Einschränkungen, z.B. das Konzept der "sicherer Herkunftsländer", denn liberal sind wir im Vergleich zu anderen Ländern immer noch.

Der nachfolgende Satz "**Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen**" wird zum Einstiegssatz in diesem Abschnitt und stellt eine sehr starke und klare Positionierung da.

WB-FU-01-030-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 30 bis 33:

~~Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt – auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das~~ Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Wir lassen es auch nicht zu, dass sich Deutschland seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Hotspots auf den griechischen Inseln einsperrt, Frost und Kälte aussetzt und die Asylverfahren verschleppt.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammentwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marc Kersten (Köln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-030-4* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 30 bis 33:

~~Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt – auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Pro~~Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist die Errungenschaft aus den Lehren grausamer Krieg in Europa. Der eingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren ist für uns nicht verhandelbar. Deshalb werden wir uns für eine VERaffungsgänderung einsetzen und die sogenannten Herkunfts- und Drittstaatenregelung abschaffen. Die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre werden wir daher umgehend rückgängig machen. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die

Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. . Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt.

Begründung

mündlich

WB-FU-01-031* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 31 einfügen:

deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist die Errungenschaft aus den Lehren grausamer Kriege in Europa. Wir treten nach wie vor für den uneingeschränkten Zugang zu einem fairen Asylrecht ein. Deshalb werden wir uns für eine Verfassungsänderung einsetzen und die sogenannten sicheren Herkunfts- und Drittstaatenregelung abschaffen. Das

Begründung

mündlich

WB-FU-01-033 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 33 bis 34:

seiner Probleme entledigt, indem es **Flüchtlinge**Geflüchtete in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist eines klar: **Flüchtlinge**Flüchtende sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-037* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 37 bis 40:

Wir wollen eine aktive ~~Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der Flucht sichere Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführt, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut integriert.~~ menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der Flucht sichere Wege schafft, und den in Deutschland lebenden Menschen gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht

Begründung

mündlich

WB-FU-01-038 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 38 bis 40:

Wege schafft, ~~Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführt, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut integriert.~~ die die Dauer der Asylverfahren deutlich verkürzt, und und Schutzsuchenden von Anfang an gute Integrationsperspektiven bietet. Flüchtlingspolitik und Einwanderungspolitik sind jedoch zwei unterschiedliche Dinge. Flüchtlinge haben Anspruch auf unseren Schutz, sie müssen ihn nicht verdienen und ihre Aufnahme darf nicht von Opportunitätserwägungen geleitet sein. Die Einwanderung von Menschen, die aus freien Stücken nach Deutschland kommen, um hier zu leben, zu arbeiten oder zu studieren, können wir hingegen steuern. Dafür fordern wir ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland).

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammentwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Marc Kersten (Köln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-FU-01-042 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 42 bis 44:

Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. ~~Erstens machen wir erst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig macht.~~ Erstens wollen wir dafür sorgen, dass Asylverfahren wieder unter strenger Beachtung der rechtlichen Vorgaben durchgeführt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Qualitätssicherung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge deutlich verbessert und die Entscheiderinnen und Entscheider besser geschult werden. Wir wenden uns gegen die Aushöhlung menschenrechtlicher Gewährleistungen im Asylrecht, insbesondere gegen die Anwendung und Ausweitung der Konzepte des sicheren Drittstaats und des sicheren Herkunftsstaats, die es für die Betroffenen schwieriger macht, Schutz in Deutschland und Europa zu finden. Wir setzen uns für die vollumfängliche Abschaffung der Beschränkungen von sozialen und wirtschaftlichen Rechte von Asylsuchenden und Geduldeten ein, sei es die Residenzpflicht, die Wohnsitzauflage, das Asylbewerberleistungsgesetz, das Sachleistungsprinzip, die Beschäftigungsverbote, die Beschränkung beim Zugang zu Integrationsangeboten, die Ausnahmen von der Schulpflicht und die obligatorische Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Asylverfahren sollten zügig durchgeführt werden. Eine schnelle Bearbeitung von Asylanträgen darf aber nicht auf Kosten der Gewährleistung eines Verfahrens unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben gehen.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und

Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marc Kersten (Köln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Susanna Kahlefeld (Berlin-Neukölln KV)

WB-FU-01-044 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 44 einfügen:

macht.

Dafür verpflichten wir uns der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen um ein friedliches und würdevolles Leben innerhalb unserer planetaren Grenzen für Alle zu ermöglichen.

WB-FU-01-045 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 45 bis 48:

Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass ~~Flüchtlinge nicht länger ihr Leben in die Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir zum einen großzügige Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.~~ Flüchtende nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren müssen. Die humanitäre Katastrophe von tausenden Toten an den europäischen Außengrenzen muss beendet werden. Deshalb werden wir die Beschränkungen beim Familiennachzug zurücknehmen. Außerdem setzen wir uns für das Ziel einer jährlichen Untergrenze gemäß dem „fairen Anteil“ Deutschlands von derzeit rund 90.000 Geflüchteten ein, die durch das Resettlement-Programm des UNHCR direkt aus den Flüchtlingslagern in Deutschland aufgenommen werden sollen. Den UNHCR werden wir entsprechend stärken. Das individuelle Asylrecht darf nicht ausgehöhlt werden und wird durch diese Maßnahmen nicht angetastet: Wer auf anderem Wege in Deutschland um Asyl bittet, für den ist das völkerrechtliche Grundrecht auf ein faires Verfahren garantiert. Ebenso bleibt die Möglichkeit flexibler Kontingentlösungen, wie sie auch Baden-Württemberg umgesetzt hat, unberührt. Mit einer fairen Mindestaufnahme über das Resettlement-Programm nehmen wir zugleich unsere humanitäre Verantwortung gegenüber erwiesenermaßen, vom UNHCR als besonders schutzbedürftig eingestuften Geflüchteten wahr. Die Untergrenze trägt dazu bei, Schleusern die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Resettlement und Kontingente bringen mehr Ordnung und Berechenbarkeit bei der Aufnahme von Geflüchteten. Vor allem aber entstehen Perspektiven für die Schutzbedürftigsten jenseits der lebensgefährlichen Flucht über das Mittelmeer: Die Untergrenze schützt Menschenleben und sorgt für Humanität und Planbarkeit, wo derzeit Kältherzigkeit und Unvorhersehbarkeit vorherrschen.

Begründung

360.000 Menschen haben im vergangenen Jahr den gefährlichen Weg über das Mittelmeer gewagt. Davon sind laut UNHCR über 5.000 Menschen ertrunken. Damit war 2016 das tödlichste Jahr bislang, das Mittelmeer ist die tödlichste Grenze der Welt. Die Politik des Sterbenlassens ist für uns keine Option. Der CSU-Forderung nach einer Obergrenze von jährlich 200.000 Asylbewerbern setzen wir deshalb das Ziel einer Resettlement-Untergrenze entgegen. Diese berechnen wir auf Grundlage des jeweils jahresaktuellen Anteils der Bundesrepublik Deutschland an der Wirtschaftsgesamtkraft aller Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einerseits und dem jährlich errechneten Resettlement-Bedarf des UNHCR andererseits. Im laufenden Jahr liegt der faire Anteil entsprechend dieser Rechnung bei 7,5 Prozent; der Bedarf an Resettlement-Plätzen beträgt laut UNHCR 1,19 Millionen. Daraus ergibt sich eine Untergrenze von rund 90.000 für das Jahr 2017.

Wir sprechen deshalb von einer Untergrenze, weil das individuelle Asylrecht dabei selbstverständlich nicht angetastet wird. Wer auf anderem Wege in Deutschland um Asyl bittet, dem wird auch weiterhin das völkerrechtliche Grundrecht auf ein faires Prüfverfahren garantiert. Ebenso bleibt die Möglichkeit von Kontingentlösungen, auf Bundes- wie auf Länderebene, erhalten.

Das Resettlement-System ermöglicht einen planbaren und regulären Zugang für besonders schutzbedürftige Geflüchtete in erprobter Zusammenarbeit mit dem erfahrenen UN-Flüchtlingshilfswerk, entzieht den Schleppern und Schleusern die Geschäftsgrundlage – und es rettet Menschenleben. Gut 80

Prozent aller Umsiedlungen finden derzeit in die USA, nach Kanada und Australien statt. Unter Trump ist hier ein Rückgang zu befürchten, es stehen zehntausende Umsiedlungsplätze auf dem Spiel. Ein Grund mehr, dass Deutschland voran geht und Planbarkeit schafft.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Christine Kamm (Augsburg-Stadt KV)

WB-FU-01-045-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 45 bis 47:

Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass **Flüchtlinge**Flüchtende nicht länger ihr Leben in die Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir zum einen großzügige Kontingente schaffen, die **Flüchtlingen**Geflüchteten direkt aus den Flüchtlingslagern in den

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-046 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 46 bis 48:

Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. ~~Dafür wollen wir zum einen großzügige Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.~~ Während man mit dem richtigen Pass für ein paar Euro nach Europa reisen kann, müssen Menschen auf der Flucht tausende Dollar bei kriminellen Banden ausgeben. Die Asylpolitik an den europäischen Außengrenze setzt auf unterlassene Hilfeleistung. Während hier über Obergrenzen schwadroniert wurde und der Familiennachzug ausgesetzt wurde, starben Tausende im Mittelmeer und noch mehr Menschen in Kriegsgebieten, weil sie keine Möglichkeit zur Flucht hatten. Statt einer Obergrenze werden wir vorerst eine Untergrenze an Menschlichkeit in der Asylpolitik festlegen: Wir stehen für legale Fluchtwege durch Kontingente. Wir werden jährlich mehreren hunderttausend Menschen die Flucht direkt aus den Krisenregionen ermöglichen statt sie in Not und Elend zurückzulassen. Wer über die geplanten Kontingente nach Deutschland kommt, erhält ebenso die Möglichkeit zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren.

Begründung

Legale Fluchtwege schützen Tausende vor Tod und Terror. Die Idee der Kontingente als Untergrenze der Menschlichkeit sollte im Programm noch verständlicher ausgeführt werden. Dabei handelt es sich auch nicht um eine Großzügigkeit, sondern um ein Gebot der Menschlichkeit.

Wir wollen nicht länger zusehen und trauern, wenn Menschen durch Giftgas, Fassbomben und anderen Terror in Krisenregionen sterben, wenn wir sie auch durch legale Fluchtwege retten könnten.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Max Lucks (Bochum KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Jamila Schäfer (München KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV)

WB-FU-01-046-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 46 löschen:

Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir ~~zum-einen~~ großzügige

Begründung

redaktionell - zum einen streichen, weil zum anderen fehlt

WB-FU-01-046-3* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 46 bis 48:

Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. ~~Dafür wollen wir zum einen großzügige Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.~~ Wir werden ein großzügig angelegtes Resettlementprogramm auflegen, das Menschen einen sicheren Weg eröffnet und im Sinne der internationalen Verantwortungsteilung unter der Leitung des UNHCR ein fester Bestandteil der Flüchtlingspolitik in Deutschland sein wird. Ein großzügiges Resettlement-Programme kann nur additiv zum bestehenden Flüchtlingschutz der GFK inklusive des Familiennachzugs verstanden werden.

WB-FU-01-047 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 47 bis 48 löschen:

Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern ~~in den Anrainerstaaten~~ die legale Flucht nach Europa ermöglichen.

Begründung

Resettlement kann auch aus anderen Drittstaaten als nur den den Anrainerstaaten erfolgen.

Unterstützer*innen

Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Lukas Flohr (Köln KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FU-01-047-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 47 bis 48:

Kontingente schaffen, die Flüchtlingen ~~direkt aus den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten~~ die legale ~~Flucht~~Einreise nach Europa ermöglichen. Die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Europa muss dabei neben die Asylgewährung nach den bestehenden Regeln treten und darf das Grundrecht auf Asyl und die Gewährleistungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht weiter aushöhlen.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus.

Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-048 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 48 einfügen:

Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen und zum anderen Menschen auf der Flucht mit humanitären Visa die Möglichkeit geben, sicher nach Deutschland zu kommen und hier Asyl zu beantragen.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Karsten Finke (Bochum KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV)

WB-FU-01-048-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 48 bis 58:

Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht. ~~Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedsstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf den Weg machen. Bei Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. Nach der Identifizierung und Registrierung muss die rasche Verteilung in andere Mitgliedsstaaten erfolgen. Schnellverfahren und Zulässigkeitsverfahren sowie Abschiebungen in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union aus diesen Hot Spots darf es nicht geben. In den Mitgliedsstaaten, in die verteilt wird, muss der Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährleistet sein. Die de facto Isolierung in großen Erstaufnahmeeinrichtungen über Monate hinweg lehnen wir Grünen ab. Eine schnelle Verteilung in die Kommunen in Deutschland unterstützt die Integration.~~

Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der

Begründung

Hier findet eine Vermengung des nationalen und europäischen Asylrechts statt. Das verwirrt.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Kemal Anil Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Michael Hack (Wetterau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Christoph Krieger (Kiel KV); Erika von Kalben (Pinneberg KV); Johannes Albig (Kiel KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Benita v. Brackel-Schmidt (Flensburg KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV)

WB-FU-01-049 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 49 löschen:

Der dritte, ~~entscheidende~~ Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie

Begründung

Die anderen Punkte nicht abwerten

WB-FU-01-053 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 53 bis 56:

Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den ~~europäischen Hot Spots durchgeführt werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Kranken und Kindern.~~ Ersteintrittsländern innerhalb der EU erfolgen. Dabei muss eine menschenwürdige Unterbringung und schnelle Verteilung gewährleistet werden. Insbesondere auf die Bedürfnisse von Kindern und besonders verletzlichen Menschen muss Rücksicht genommen werden. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten

Begründung

Es gibt keine richtige Definition von "Hotspot". So, wie sie gerade sind wollen wir sie aber sicher nicht.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Karsten Finke (Bochum KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV)

WB-FU-01-054 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 54 einfügen:

werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss endlich eine menschenwürdige

Unterstützer*innen

Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV)

WB-FU-01-055 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 55 bis 56:

Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Frauen und Kindern, Kranken und Kindernpotentiell benachteiligten Menschen. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten

Begründung

Die ursprüngliche Forderung greift nicht weit genug, denn die Bedürfnisse von kleinen Kindern sind häufig verknüpft mit denen ihrer Mütter. Doch auch die Situation von Frauen allgemein ist besonders zu berücksichtigen, sind sie doch mit besonderen Problemen in den Unterkünften konfrontiert. Gleiches gilt für andere potentiell benachteiligte Geflüchtete, wie Menschen mit physischem oder psychischem Handicap oder Personen anderer sexueller Orientierung. Sie müssen ebenso speziell betreut und unterstützt werden, wie Kranke und Kinder.

Unterstützer*innen

Sylvia Meyer (Wuppertal KV); Hildegard Peters (Wuppertal KV); Antje Westhues (Bochum KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Eva Malecha (Aachen KV); Regina Orth (Wuppertal KV); Sarah Kaufmann (Wuppertal KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Hans Schwanitz (Köln KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Leonie Sieger (Wuppertal KV); Madelaine Stahl (Marburg-Biedenkopf KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV)

WB-FU-01-056 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 56 bis 58 löschen:

Kranken und Kindern. ~~Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf den Weg machen.~~ Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der

Begründung

Die Verfahrensdauer der Asylverfahren in unserem Land wird keinen Einfluss darauf haben, ob sich Menschen aus Kriegs – und Krisengebieten auf den Fluchtweg begeben.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV)

WB-FU-01-056-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Marcus Lamprecht (Viersen KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 56 einfügen:

Kranken, Traumatisierten und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten

Begründung

Traumatisierte Geflüchtete sollten nicht einfach unter Kranke

subsummiert werden.

Unterstützer*innen

Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Friedhelm Weiß (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Andreas Sonntag (Viersen KV); Markus Jung (Viersen KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karsten Finke (Bochum KV); Kerstin Dehne (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Robin Luge (Harz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV)

WB-FU-01-056-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 56:

Kranken und Kindern. Mit ~~schnellen~~effizienten, fairen Verfahren und ~~schneller~~geordneter Rückkehr können wir am Ehesten

Begründung

Die Formulierung ist problematisch und klingt als sollten unsere "schnellen" Verfahren Flüchtende abschrecken. Es kann kein Grüner Anspruch sein, dass Anträge schnell bearbeitet werden und schnell abgeschoben wird. Maßgabe muss sein, dass Anträge individuell und sachgemäß geprüft werden. Auch muss eine Ablehnung effizient und fair geprüft werden sowie eine eventuelle Rückkehr ebenfalls geordnet und fair ablaufen muss.

WB-FU-01-059 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 59 einfügen:

freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Dabei muss auch darauf geachtet werden, dass Geflüchtete nicht von staatlicher Stelle zur freiwilligen Rückkehr gedrängt werden, wie es momentan vielfach passiert. Inakzeptabel sind dabei für uns

Begründung

Bei den "freiwilligen Abschiebungen" wird oft vergessen, dass die Menschen erst freiwillig zurückkehren, wenn ihnen mit Abschiebung und schlimmeren Konsequenzen gedroht wird. So kommen auf jede Abschiebung nach Afghanistan momentan 30 "freiwillige" Ausreisen, weil die Geflüchteten Angst vor der Abschiebung und der damit verbundenen Einreisesperre haben. Die Menschen sind oft zwar "freiwillig" ausgereist, wollten das jedoch oft nicht und sitzen nun perspektiv- und mittellos im gefährlichen Afghanistan.

Im ersten Satz führt das Komma dazu, dass der Punkt als "entscheidend" hervorgehoben wird, wobei alle Punkte für eine funktionierende und menschenwürdige Asylpolitik entscheidend sind.

Unterstützer*innen

Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV)

WB-FU-01-060 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 60 bis 61:

Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, ~~bei denen~~. Für uns steht das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt einzelnen Menschen im Mittelpunkt. Deshalb lehnen wir auch das Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab.

Begründung

Die Ablehnung des Konzepts der sog. sicheren Herkunftsstaaten ist BDK-Beschlusslage. Sichere Herkunftsstaaten sind nicht mit den grünen Grundwerten vereinbar. Es gibt keine sicheren Herkunftsstaaten. Im Kosovo ist eine robuste UN-Militäreinheit stationiert. Sinti und Roma werden in vielen Balkanstaaten rassistisch ausgegrenzt, existenz- und lebensgefährdend bedroht. Andersdenkende und -liebende Minderheiten werden ebenso diskriminiert und bedroht. Insbesondere für Sinti für Roma haben wir eine historische Verantwortung, nachdem sie im Nationalsozialismus in den KZs ermordet wurden. Nicht einmal der Wisleblower Edward Snoden kommt aus einem sicheren Herkunftsland, denn er müsste in Deutschland Asyl bekommen wie der EuGH mit seinem Safe-Harbur-Urteil festgestellt hat.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

WB-FU-01-061 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 61 einfügen:

denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt. Die Geflüchtetenpolitik wollen wir am höchsten Schutzstandard orientieren. Landesregierungen mit grüner Beteiligung haben gezeigt, wie das geht: In Bremen wurden afghanischen Flüchtlinge aus humanitären Gründen längerfristige Bleiberechte gewährt. In Niedersachsen und Berlin werden keine Abschiebungen in das hochgefährliche Afghanistan praktiziert, in Schleswig-Holstein wurde sogar ein formeller (dreimonatiger) Abschiebestopp verhängt.

Begründung

Menschenrechtsorganisationen warnen vor der instabilen Lage in Afghanistan. Laut dem neuem UNHCR Bericht ist „das gesamte Staatsgebiet Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie“ betroffen. Dennoch haben bislang fünf Sammelabschiebungen stattgefunden, an denen sich auch grün mitregierte Bundesländer beteiligt haben. Über ein Mitgliederbegehren haben sich deshalb über 200 grüne Mitglieder und Kreisverbände für einen menschenrechtsbasierten Umgang mit afghanischen Flüchtlingen eingesetzt. Anlass war auch das Bekanntwerden des sogenannten „Afghanistan-Papiers“. Nach wie vor kritisieren wir, die darin aufgeführten Bedingungen unter denen grüne Landesregierungen afghanische Flüchtlinge abschieben. In dieser konkretisierten Abschiebeperspektive sehen wir einen Bruch des faktischen Abschiebestopps, der sich in den letzten 12 Jahren in den Ländern etabliert hatte. Anstatt die falsche Sicherheitsbeurteilung der Bundesregierung zur letzten Instanz für das Schicksal afghanischer Flüchtlinge zu erklären, müssen wir Grüne alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Abschiebungen nach Afghanistan zu blockieren und zu verhindern. Die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen in Bremen oder die Möglichkeit eines dreimonatigen Abschiebestopps, von der Schleswig-Holstein Gebrauch macht, belegen zweifelsfrei, dass wir Grüne über mehr Spielraum verfügen, als im „Afghanistan-Papier“ erkennbar wird. Mittlerweile fordern auch die NRW-Grünen von ihrem Koalitionspartner, der SPD, einen solchen Abschiebestopp zu verhängen. Die grüne Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen aus Afghanistan sollte dringend fortgeführt werden und Positivbeispiele schnell nachgeahmt werden.

WB-FU-01-061-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 61 einfügen:

denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt. Mit uns in der Regierung wird es keine Abschiebungen in Krisenregionen geben, die so unsicher sind, wie zum Beispiel Afghanistan momentan. Wir werden in den Bundesländern weiter und hoffentlich noch erfolgreicher dafür streiten, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, um Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern, auch wenn die grundlegende Entscheidung darüber auf Bundesebene zu treffen ist.

Begründung

In vielen Bundesländern regt sich berechtigterweise massiver Widerstand gegen die Abschiebungen nach Afghanistan. Nicht nur, weil die Taliban dort wieder auf dem Vormarsch sind, sondern auch weil viele Menschen nicht verstehen, dass man gut integrierte Menschen in solch unsichere Regionen abschiebt, weil sie nicht verstehen, dass man Menschen dort perspektivlos zurücklässt und weil sie nicht verstehen, dass Menschen aus Herkunftsregionen abgeschoben werden, die sogar laut aktueller Einschätzung des Auswärtigen Amtes unsicher sind. Wir sollten hier eine klare rote Linie ziehen.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Joof (Alb-Donau KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Max Lucks (Bochum KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Frederik Paul Antary (Bochum KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

WB-FU-01-061-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 61 einfügen:

denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt. Das muss auch für rechtskräftig verurteilte Straftäterinnen und Straftäter gelten.

Begründung

Eine Straftat berührt nicht das Recht auf Unversehrtheit von Leib und Leben. Straftäterinnen und Straftäter müssen hier in Deutschland ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Damit beziehen wir Grüne klare Position gegen Abschiebungen in Krisenregionen. Dies haben wir Grüne des Landesverbandes Sachsen bereits auf der 47. LDK am 3./4. März in dem Beschluss "V1_Keine Abschiebungen nach Afghanistan" positiv abgestimmt.

WB-FU-01-062 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 62 bis 64:

~~Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.~~ Drittens werden wir Menschen, die zu uns kommen, die zügige Integration ermöglichen und ihnen von Anfang an einen Anspruch auf die Teilnahme an den Integrationskursen einräumen. Auch denjenigen, die Deutschland wieder verlassen oder verlassen müssen, schadet es nicht, deutsch zu lernen. Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt. Viertens machen wir ernst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig macht.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere

Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV)

WB-FU-01-064 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Marcus Lamprecht (Viersen KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 64 einfügen:

schließlich hier eine neue Heimat finden zu können. Eine Unterbrechung der beruflichen Laufbahn sollte vermieden werden. Insbesondere sollte Akademiker*innen die Möglichkeit gegeben werden, ihre akademische Laufbahn nicht unterbrechen zu müssen. Hierzu können Stipendien, Promotionsplätze und Gastdozent*innenstellen geschaffen werden.

Begründung

Auch entwicklungspolitisch ist der Ausfall gerade der kritischen Teile

einer Generation verheerend. Unabhängig davon, ob Akademiker*innn später

in Deutschland bleiben oder zurück in ihre Länder gehen, sollte diese

Chance nicht vertan werden.

Unterstützer*innen

Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Friedhelm Weiß (Rhein-Berg KV); Andreas Sonntag (Viersen KV); Markus Jung (Viersen KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

WB-FU-01-065 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 65 löschen:

~~Fluchtursachen bekämpfen~~

Begründung

Begründung:

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des

EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FU-01-066 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 66 bis 73 löschen:

~~Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik bleiben.~~

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextes soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Andrea Asch (Köln KV)

WB-FU-01-067 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 67 bis 85:

Heimat verlassen zu müssen. ~~Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik bleiben.~~ Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen langfristig zu beheben. In der globalisierten Welt hilft es dabei wenig, wenn alle mit dem Finger auf die anderen zeigen. Fluchtursachenbekämpfung heißt deshalb für uns Grüne, nach der eigenen Verantwortung zu fragen. Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerwärmung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind die Auswirkungen der globalen Erwärmung drastisch. In einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht. Wir in Europa exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere und nehmen in Kauf, dass unser Export und Konsum andernorts zu Armut und Zukunftslosigkeit führen. Viel zu oft haben wir – ebenso wie die Regierungen und Konfliktparteien vor Ort – bei der Konfliktprävention und Friedensschaffung versagt. Die von den Industrieländern mitverursachte Klimakrise führt weltweit zu immer mehr Dürren, Stürmen und Ernteauffällen. All das erzeugt Flucht und Vertreibung, wird aber weder mit höheren Zäunen noch mit Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten zu lösen sein. Wir Grüne setzen uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben. Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen. Konkret heißt das, dass wir die Diplomatie vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen zur Bearbeitung aktueller Krisen stärken, die zivile Krisenprävention massiv ausbauen und dabei Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtslage stoppen werden. Wir setzen uns innerhalb der EU, aber auch in den EU-Außenbeziehungen für den Schutz nationaler Minderheiten ein und stärken Nichtregierungsorganisationen. Um Armut und Zukunftslosigkeit zu bekämpfen, werden wir die negativen Folgen unseres Wirtschaftens für andere Weltregionen angehen. Das Versprechen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung zu investieren, werden wir bis 2021 erfüllen. Um einer rapiden Zunahme der Klimaflüchtlinge entgegen zu wirken, werden wir die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Außerdem werden wir Aufnahme- und Transitländer bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft aus humanitären Gründen unterstützen.

Unterstützer*innen

Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Matthias Strobel (Augsburg-Stadt KV); Karsten Finke (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Marc Kersten (Köln KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV)

WB-FU-01-068 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 68 bis 69 löschen:

schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege ~~in seiner Nachbarschaft~~ beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für

Begründung

Europa muss und sollte nicht nur in der Nahbarschaft agieren, wenn es darum geht Kriege und

Krisen zu bewältigen.

WB-FU-01-074 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 74 bis 79:

~~Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.~~ Entwicklungspolitik alleine kann Fluchtursachen nicht bekämpfen aber im Rahmen einer globalen Strukturpolitik einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten. Die Bekämpfung struktureller Fluchtursachen beginnt hier bei uns. Denn unsere Art zu wirtschaften verhindert, dass Entwicklungsländer ihre Potenziale ausschöpfen können. Deshalb müssen wir weg von einer hoch subventionierten industriellen Landwirtschaft, die die Märkte in Entwicklungsländern mit billigen Produkten flutet. Wir brauchen eine Handelspolitik, die fairen Handel statt Freihandel ermöglicht und ein Finanzsystem, das Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie Vermögenskonzentration verhindert. Außerdem müssen wir endlich aufhören, die Menschen in den globalen Lieferketten auszubeuten und deutsche Waffen in die Krisenherde der Welt zu liefern. Nur wer an diesen Stellschrauben dreht, wird Menschen das Schicksal der Flucht ersparen können. Und die Zeit drängt. Der Klimawandel wird den Fluchtdruck weiter erhöhen.

Begründung

Grüne Entwicklungspolitik zeichnet sich seit Jahrzehnten durch einen ganzheitlichen, strukturpolitischen Ansatz aus, der auch bei der so genannten Fluchtursachenbekämpfung mitgedacht werden muss (siehe Antrag „[Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen](#)“ [Bundestags-Drucksache 18/7046](#))

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Brigitte Schön (Schweinfurt KV); Heiner Schmidt (Kitzingen KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

WB-FU-01-074-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 74 bis 75:

~~Flucht hat ihre Ursachen auch~~Wir müssen unsere bisherige Politik in vielen Bereichen einer kritischen Bestandsaufnahme unterziehen und uns langfristig und kohärent engagieren. Fluchtursachen beseitigen wir, indem wir mit fairer Handels- und Agrarpolitik globaler Ungerechtigkeit, ~~Korruption~~ entgegenwirken. Indem wir Rechtsstaatlichkeit stärken und ~~schlechten Lebensbedingungen aufgrund~~mit der ~~Klimaerhitzung~~Zivilgesellschaft zusammenarbeiten um Korruption zu bekämpfen. Indem wir keine Waffen in Konfliktregionen exportieren und Menschenrechte auch Leitlinie unserer Wirtschaftspolitik sind. Auch Klimapolitik wird zu Fluchtursachenbekämpfung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind

Von Zeile 78 bis 79:

Entwicklungshilfe auszugeben. ~~Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung~~. Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfegeldern droht oder diese für die Erzwingung von Rückführungsabkommen zweckentfremdet, verstärkt die Gründe von Flucht.

WB-FU-01-074-3* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 74:

Flucht hat ihre Ursachen ~~auch~~ in unserem Konsumverhalten,einer falschen, internationalen Wirtschaftspolitik sowie globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten

Begründung

-mündlich -

WB-FU-01-075 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 75:

Lebensbedingungen aufgrund der ~~Klimaerhitzung~~Klimakrise. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind

Begründung

Das Wort „Klimaerhitzung“ klingt staksig und eher harmlos. Eine Klimakrise liest sich

besser und verdeutlicht das Ausmaß des Problems.

WB-FU-01-075-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 75 bis 76:

Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. ~~Inbesondere in afrikanischen Ländern sind~~Dabei
treffen die ~~Auswirkungen~~Klimakatastrophen die Ärmsten der ~~globalen Erhitzung drastisch~~Armen. In einer
solchen Situation können wir es

WB-FU-01-076 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 76 bis 77:

die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. Auch die verfehlte Exportorientierung der europäischen Agrarpolitik zerstört mit billigen europäischen Produkten Agrarmärkte vor Ort und entzieht damit Kleinbäuer*innen ihre Existenzgrundlage. In einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des **Bundshaushaltes** Bruttoinlandsprodukts für

WB-FU-01-076-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 76 bis 78 löschen:

die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. ~~In einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben.~~ Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung

Begründung

Die ODA Quote wurde von der Großen Koalition in 2016 erreicht. Im Wahlprogramm ist das 0,7 Prozent Ziel prominent in WB 01 (Z44) und in WB FM 01 als Projekt erwähnt, eine weiterer Verweis ist hier deshalb verzichtbar.

Unterstützer*innen

Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV); Nicole Khuon (Hamburg-Altona KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stefanie von Berg (Hamburg-Eimsbüttel KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Julia Hammerschmidt (Hamburg-Mitte KV)

WB-FU-01-078 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 78 bis 79 löschen:

Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. ~~Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.~~

Begründung

Wenn Entwicklungshilfe direkt in Mugabes Taschen fließt, hilft das den Notleidenden in Simbabwe nicht.

WB-FU-01-078-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 78:

Entwicklungshilfe auszugeben, besser wäre es, einen höheren Wert anzustreben. Klimapolitik ~~Es ist darauf zu achten, dass die Entwicklungshilfegelder für ökologisch-sozial nachhaltige Projekte aufgewendet werden und nicht zum Beispiel dazu dienen, Hermesbürgschaften für fragwürdige Großprojekte bereitzustellen. Genauso muss die EU-Landwirtschafts-Subventionierung überdacht und geändert werden, damit diese keinen Grund für Flucht mehr darstellt.~~
Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung

WB-FU-01-078-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 78 einfügen:

Entwicklungshilfe auszugeben und uns einer fairen Handelspolitik zu verweigern. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung

Begründung

Fluchtursachen sind auch in unfairen Handelsbeziehungen der BRD und der EU mit Ländern des afrikanischen Kontinents begründet. Auch hier haben wir konkrete Handlungsoptionen.

WB-FU-01-080 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 80:

~~Um~~ Entwicklung braucht Entschuldung! Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die Streichung insbesondere illegitimer Schulden unerlässlich. Wir setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten ein, um überschuldete Länder nachhaltig aus der Schuldenspirale zu befreien.

Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche

Begründung

Entwicklungspolitik muss sich auch mit der Verschuldung von Staaten des globalen Südens beschäftigen. Die Situation spitzt sich hier deutlich zu: 116 Staaten sind kritisch verschuldet, bei 69 hat sich die Situation sogar verschlechtert. Nur mit entsprechenden Initiativen und Gläubigerverantwortung bekommen diese Länder die Ressourcen, um sich zu entwickeln.

Wir GRÜNEN sind die einzige Partei, die die Frage von verschuldeten Entwicklungsländern ernst nimmt und im Bundestag mit Anhörungen und Anträgen nach vorne gebracht hat. Wir sollten dieses Thema weiterhin offensiv vertreten.

Die Formulierung entspricht dem Bundestagswahlprogramm 2013.

WB-FU-01-080-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 80 bis 85 löschen:

~~Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.~~

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextes soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Lukas Benner (Aachen KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rena Peterson (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Armin Bernsee (Frankfurt KV)

WB-FU-01-084 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 84 bis 85:

Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. ~~Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen~~ Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeit internationaler Organisationen und lokaler NGOs vor Ort ausreichend finanziert wird.

Begründung

Der Programmentwurf macht deutlich, dass die meiste Flucht innerhalb der Länder und der Regionen stattfindet. Eine verbindliche Zusage finanzieller und materieller Unterstützung lokaler NGOs und internationaler Organisation ist daher zwingend nötig.

WB-FU-01-084-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 84:

Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten ~~Flüchtlinge~~Geflüchteten auf. Die

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-086 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 86:

Für eine menschlichemenschenrechtliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf

eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammmentwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Liam Harrold (Hannover RV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-FU-01-088 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 87 bis 89 löschen:

Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU gerecht werden. ~~Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den Folgen von Flucht und Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten kann.~~ Eine menschliche

Begründung

Überheblich!! und zumindest teilweise unzutreffend. Kürzung schadet nicht.

WB-FU-01-089 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 89:

Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten kann. Eine
menschlichemenschenrechtliche

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des

EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfungs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FU-01-090 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 90 einfügen:

Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen, die Schaffung sicherer und legaler
Fluchtwege

Begründung

erfolgt mündlich

WB-FU-01-092 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 92 einfügen:

menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die die Abwälzung von Verantwortung an Staaten außerhalb Europas nicht zulässt und sich durch einen

WB-FU-01-093 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 93 bis 98:

fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet. ~~Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der Flüchtlinge Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen Standards implementieren. Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.~~ Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich die Verantwortung für schutzsuchende Menschen fair und solidarisch teilen, damit Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet werden. Im Rahmen eines europäischen Verteilungsmechanismus müssen die Interessen und Bedürfnisse der Flüchtlinge wie Sprachkenntnisse, berufliche Qualifikation und Chancen auf der Arbeitsmarkt berücksichtigt werden, die ihnen die Integration erleichtern. Voraussetzung hierfür ist, dass wir europaweit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen Standards implementieren.

WB-FU-01-093-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 93 bis 95:

fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von **Flüchtlingen**Geflüchteten zwischen den Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der **Flüchtlinge**Geflüchteten

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-093-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 93 einfügen:

fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet und die Gewährleistungen der Genfer Flüchtlingskonvention umsetzt. Der drohenden Aushöhlung menschenrechtlicher Standards bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems stellen wir uns entgegen. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum. Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen. An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits. - Änderungsantrag zu WB-FU-01 Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen

Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfs soll daher gestrichen werden. Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden. Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FU-01-095 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Ska Keller (Spree-Neiße KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 95 löschen:

werden sollen, muss ~~sowohl~~ den Interessen ~~der Aufnahmestaaten als auch denen~~ der Flüchtlinge

Begründung

Bereits jetzt dürfen sich die Mitgliedstaaten aussuchen, welche Flüchtlinge sie nehmen und welche nicht. Das hat dazu geführt, dass Finnland keine Flüchtlinge aus Afrika aufnimmt und andere Staaten keine Muslime wollen. Während es an sich Sinn macht, sich zB an der Arbeitsarktsituation oder dem Wohnungsmarkt des Mitgliedlandes zu orientieren wird das Instrument de facto zur Diskriminierung genutzt. Das sollten wir nicht unterstützen.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

WB-FU-01-097* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 97 bis 98:

Standards implementieren. ~~Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.~~ Das Dublin-System hat von Anfang an nicht richtig funktioniert und verursacht hohe menschliche und finanzielle Kosten. Stattdessen wollen wir ein neues, solidarisches System, das auf einer gerechten Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten basiert und die Präferenzen der Asylsuchenden in den Mittelpunkt stellt.

WB-FU-01-098 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Nach Zeile 98 einfügen:

Diese Solidarität wollen wir zeigen und sehen daher gegenüber Erstaufnahmestaaten in Europa und besonders gegenüber Schutz suchenden Flüchtlingen die verschiedenen Dublin Verordnungen sehr kritisch. Diese Regelungen können nur im Einverständnis mit allen Mitgliedsstaaten der EU geändert werden. Bis zu einer neuen, zufrieden stellenden Regelung lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es ab, Asylsuchende in Staaten zurückzuführen, die menschenwürdige Unterbringungsstandards nicht respektieren. Zusätzlich zu einer unverantwortlichen Rückführung nach Ungarn und Bulgarien, lehnen wir weiterhin eine Rückführung nach Griechenland ab. Genauso können wir es nicht verantworten, alleinstehende Frauen mit oder ohne Kinder nach Italien zurückzuführen, da diese dort nur nachts eine prekäre Übernachtungsmöglichkeit bekommen und tagsüber auf der Straße leben müssen.

WB-FU-01-100 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 100:

Mitgliedstaaten, ~~Flüchtlingen~~Geflüchteten Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-102 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 102 bis 104 löschen:

Dilemma gibt es kein Patentrezept. ~~Wir glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn Deutschland an anderen Stellen der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten eingeht.~~

WB-FU-01-108 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 108:

~~Flüchtlingen~~Flüchtenden ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft,

In Zeile 111:

Verfahren der ~~Flüchtlinge~~Geflüchteten verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-113* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 113 einfügen:

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch und muss daher aufgehoben werden. Er schirmt Europa nicht nur vor

In Zeile 118 löschen:

humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge ~~in der Türkei~~ ausbauen.

Begründung

mündlich

WB-FU-01-115 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Boris Palmer (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 115 bis 118:

gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. ~~Statt~~Europa muss in der Lage sein, die ~~Grenzen~~ ~~dicht~~Außengrenzen eigenständig zu ~~machen, setzen wir auf~~sichern. Angesichts von 60 Millionen Flüchtlingen weltweit, der katastrophalen Lage in Syrien und einer stark wachsenden Migrationsbewegung aus Afrika sind offene Grenzen keine Option. Wir können nicht allen Menschen, die aus guten Gründen nach Europa kommen wollen, helfen. Um so wichtiger ist es, sichere Zugangswege für Asylberechtigte und Kriegsflüchtlinge nach Europa zu schaffen, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen ~~aus der Türkei~~. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und ihre finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in ~~der Türkei~~den Nachbarstaaten Syriens ausbauen.

Begründung

Im Entwurf des Bundesvorstands sind Kontingente für Flüchtlinge die Alternative zur Sicherung der Außengrenzen. Sie können aber nur eine Ergänzung zu einer Sicherung der Außengrenzen sein. Zudem beschränkt der Entwurf des Bundesvorstands die Hilfe für syrische Flüchtlinge und Kontingente auf die Türkei. Staaten wie der Libanon und Jordanien haben teilweise relativ mehr Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen als die Türkei und sollten daher ebenfalls Unterstützung erfahren.

Unterstützer*innen

Achim Görg (Tübingen KV); Evelyn Ellwart (Tübingen KV); Bruno Gebhart (Tübingen KV); Bernd Gugel (Tübingen KV); Sonja Ruff (Tübingen KV); Annette Schmidt (Tübingen KV); Christoph Lederle (Tübingen KV); Christian Mickeler (Tübingen KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Silke Falch (Bodenseekreis KV); Mathias Kraatz (Berlin-Pankow KV); Lukas Hensel (Ortenau KV); Christian Selent (Tübingen KV); Frank Sucker (Rottweil KV); Jörg Bischof (Tübingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Claus Kreuzsch (Düsseldorf KV); Oliver Rühl (Ansbach KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Norbert Rech (Saarpfalz KV); Franz Untersteller (Stuttgart KV); Christine Strahlendorf-Prüfer (Herzogtum Lauenburg KV)

WB-FU-01-115-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 115 bis 118 löschen:

gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. ~~Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.~~

WB-FU-01-115-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 115 bis 118 einfügen:

gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Sobald sich uns die Möglichkeit dazu bietet, werden wir diesen Deal beenden. Weiteren Abkommen dieser Art, wie sie gerade von der Bundesregierung verabschiedet oder vorbereitet werden, lehnen wir entschieden ab. Die EU hat nur einen Bruchteil der Menschen aufgenommen, die weltweit auf der Flucht vor Hunger, Terror, Krieg, Klimakatastrophen, Vertreibung und Elend sind. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf sichere und legale Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei und in anderen Nachbarstaaten Syriens ausbauen.

WB-FU-01-115-4 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 115 bis 118:

gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. ~~Statt die Grenzen dicht zu machen,~~ Wir setzen ~~wir~~ auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. ~~Zudem~~ Viele Menschen glauben, dass wir in einem Land oder einer europäischen Union mit offenen Grenzen leben. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt nicht nur in Deutschland Grenzkontrollen, sondern auch Zäune, Bürgerwehren, Militär- und Polizeipräsenz an den europäischen Außengrenzen. Geflüchtete werden beispielsweise im EU-Staat Bulgarien an der türkischen Grenze verprügelt, ausgeraubt und teilweise sogar beschossen. Sie werden vielfach in illegalen "heißen Abschiebungen" wieder in die Türkei abgeschoben, ohne Zugang zu einem rechtsstaatlichen Verfahren zu bekommen. Und dass, obwohl sie nur Zuflucht und Perspektiven suchen. Damit weniger Menschen gezwungen sind, auch aus der Türkei zu fliehen und dort bessere Bedingungen vorfinden, müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge dort ausbauen und politische Möglichkeiten nutzen, um Druck auf die Türkei auszuüben. Denn bisher kommt wenig Geld bei den Geflüchteten in der Türkei ausbauenan.

Begründung

Viele Menschen in Deutschland reden von angeblich offenen Grenzen und malen damit ein Schreckgespenst an die Wand. Es ist aber nicht nur so, dass deutlich über 90% der weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht überhaupt nicht in westliche Länder kommen, sondern dass sowohl die europäische Union als auch Deutschland die Grenzkontrollen massiv verschärft haben. Es ist nicht falsch zu erwarten, dass ein Geflüchteter in Deutschland anständig und nur einmal registriert wird. Aber es wäre vermessen zu glauben, dass vermehrte Abschottung dazu beiträgt, dieses Ziel zu erreichen. Legale Zugangswege tragen auch zu geordneten Verfahren bei und verhindern widerliche Verbrechen, wie sie vielfach von Bürgerwehren an den europäischen Außengrenzen begangen werden.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Lukas Flohr (Köln KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Karsten Finke (Bochum KV); Regina Klünder (Kiel KV); Nabihah Ghanem (Soest KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Langensiepen (Hannover KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Julia Woller (Köln KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Veronika Jones (Garmisch-Partenkirchen KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Luisa Schwab (Köln KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Sonja Rothweiler (Karlsruhe-Land KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Wendt (Rhein-Sieg KV); Thea Jacobs

(Bochum KV); Marius Kühne (Münster KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Bernd Albani (Berlin-Pankow KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Hubert Borgschulte (Ahrweiler KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Seemann (Münster KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Markus Schopp (Berlin-Mitte KV)

WB-FU-01-115-5 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 115 bis 118:

gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. ~~Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.~~ Europa nimmt damit billigend die dramatische Situation geflüchteter Menschen in der Türkei in Kauf. Auch wird mit der EU-Türkei-Vereinbarung davon abgelenkt, dass Staaten wie Griechenland und Italien nach wie vor Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden benötigen. Statt Grenzen dicht zu machen oder auszulagern, setzen wir auf legale und sichere Zugangswege. Wir werden auf die zügige und bereits beschlossene Umverteilung innerhalb Europas drängen. Hier müssen vor Allem die vielen auf der Flucht getrennten Familien im Fokus des politischen Handelns stehen. Zudem werden wir die humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen. Dabei werden wir sicher stellen, dass diese Gelder auch wirklich den flüchtlingssolidarischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren zugutekommen. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Matthias Strobel (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Fähmann (Berlin-Kreisfrei KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Horst Thieme (Augsburg-Stadt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Oliver Bittern (Rhein-Pfalz KV); Marion Brülls (Aichach-Friedberg KV)

WB-FU-01-117 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 117 bis 118:

von syrischen **Flüchtlingen**Geflüchteten aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für **Flüchtlinge**Geflüchtete in der Türkei ausbauen.

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

WB-FU-01-117-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 117 einfügen:

von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Europa darf das Grundrecht auf Asyl und die Gewährleistungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht aushöhlen. Auch Flüchtlingen aus anderen, entfernteren Weltregionen, die sich in lang andauernden, prekären Lagen befinden, müssen auf die Neuansiedlung in Europa hoffen dürfen. Das gilt z.B. für die Rohingya, die in Myanmar nach wie vor brutal verfolgt werden, und für die Flüchtlinge aus der Region der Großen Seen.Zudem müssen Deutschland und die EU ihre

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammentwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV)

WB-FU-01-120 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 120 bis 126:

in Afrika und dem Nahen Osten sein. ~~Derzeit bemühen sich die europäischen Regierungen darum, eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung, dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine Dialogpartnerschaft zu treten und – wo nötig – auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.~~ Die Auslagerung der europäischen Außengrenzen durch Migrationspartnerschaften mit Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt sind, lehnen wir ebenso ab wie die Umwidmung entwicklungspolitischer Gelder zugunsten von menschenrechtlich fragwürdigen Grenzschutzprojekten in Ländern wie dem Sudan. Menschenrechtswidrige Rücknahmeabkommen werden wir zurückzunehmen. Denn es geht bei alledem primär nicht um Fluchtursachenbekämpfung oder die notwendige Unterstützung von Ländern in Krisenregionen bei der Versorgung der vielen Geflüchteten, sondern vor allem darum, möglichst viele Schutzsuchende auf ihrer Flucht nach Europa möglichst früh aufzuhalten oder möglichst bald wieder abzuschieben. Das ist mit einer humanitären und modernen Asylpolitik nicht vereinbar.

Unterstützer*innen

Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Karsten Finke (Bochum KV); Matthias Strobel (Augsburg-Stadt KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Marion Brülls (Aichach-Friedberg KV)

WB-FU-01-122 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 122:

Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Deals mit Diktaturen und autokratischen, korrupten Staaten lehnen wir ab! Wir Grünen sind ~~hingegen~~ der Überzeugung,

Begründung

mündlich

WB-FU-01-123 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 123 bis 126:

~~dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine Dialogpartnerschaft zu treten und – wo nötig – auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.~~
intensive und faire Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements nachhaltiger sind, um mit den Herkunftsstaaten in eine Dialogpartnerschaft zu treten und Fluchtursachen gemeinsam zu mindern. Auch bedarf es der Unterstützung der Herkunftsstaaten bei der Einführung von Prozessen und Strukturen zur Wiederaufnahme der Rückkehrenden und der Erhöhung finanzieller Mittel durch die EU-Staaten für NGOs, die sich vor Ort für die Betreuung Rückkehrender einsetzen.

Begründung

Die Implikation von „stärkere Wirtschaftsbeziehungen“ ist Auslegungssache. Wir wollen GRÜNE Positionen einer fairen Weltwirtschaft auf Augenhöhe klarer formuliert wissen. Der Zusatz „Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements“ betont, dass staatliche Aufgaben nicht an die Zivilgesellschaft ausgelagert werden dürfen, sondern bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen staatlich aktiv unterstützt werden müssen.

Außerdem sollten wir in diesem Kontext neutral von „Herkunftsstaaten“ sprechen, um eine weitere Stigmatisierung nordafrikanischer Geflüchteter zu vermeiden.

Der Zusatz dient der Konkretisierung staatlicher Erfordernisse zur Unterstützung der Rückkehrenden.

WB-FU-01-126 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 126:

abgelehnten ~~Asylbewerbern~~ Asylbewerber*innen gemeinsame Lösungen zu finden. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges europäisches und deutsches Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Geflüchteten und durch Resettlementprogramme. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Geflüchtete in den betroffenen Regionen ausbauen.

WB-FU-01-126-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 126 einfügen:

abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden. Entwicklungspolitik darf nicht der verlängerte Arm der Innenpolitik werden.

WB-FU-01-128* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 128 einfügen:

Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik stellen. Dazu gehört die Wiederaufnahme der humanitären Bundesaufnahmeprogramme für Flüchtlinge und den Ausbau von Resettlement und Relocation. Die

Begründung

mündlich

WB-FU-01-129 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: OV Fellbach

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 129 bis 130:

Bundesregierung hat ~~die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen insbesondere aus Syrien viel zu lange ignoriert und war insbesondere im Jahr 2015 an vielen Stellen überfordert.~~ auf europäischer Ebene die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen insbesondere aus Syrien viel zu lange ignoriert. Ohne das

Begründung

Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierungen Merkel hat im Vorfeld der massiven Zuwanderung versagt, weil sie berechtigte Hilferufe, etwa aus Italien und Ungarn, durch Zementierung des Dublin-Systems beiseite gewischt hat. Im Jahr 2015 selbst hat Kanzlerin Merkel mit ihrem epochalen "Wir schaffen das" jedoch Zeichen für eine wertorientierte Menschenrechtspolitik gesetzt, die nicht an pragmatischen Finanzierungs- oder Organisationsfragen scheitern sollte. Deshalb sollte die derzeit grassierende Kritik an der Flüchtlingspolitik 2015, wie man sie von AfD über CDU/CSU bis SPD und den Linken hört, nicht hier noch einmal wiederholt werden. Wenn etwas gut war an Merkels Flüchtlingspolitik, dann ihr entschlossenes Handeln im Jahr 2015.

WB-FU-01-132 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 132:

der vielen ~~Bürgerkriegsflüchtlinge~~ Flüchtlinge nicht möglich gewesen.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf

eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammmentwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV)

WB-FU-01-133 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 133 bis 134:

~~Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere Unterstützung. Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos verschärft.~~ Im Herbst 2015 tat die Bundesregierung das Notwendige in der Aufnahme der geflüchteten Menschen, die unter unmenschlichen Zuständen am Budapester Bahnhof verharren mussten. Doch nach diesem vom Geist der Willkommenskultur getragenen Aktion folgte eine beispiellose Verschärfung des Asylrechts. Der Regierungspolitik

WB-FU-01-133-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 133:

Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der **Flüchtlinge**Geflüchteten unsere Unterstützung.

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-134* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 134:

Mittlerweile hat ~~ihre Regierung~~ die Bundesregierung das Asylrecht beispiellos verschärft. Wir lehnen die in den so genannten Asylpaketen 1 und 2 beschlossenen Asylrechtsverschärfungen ab und wollen diese im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik korrigieren. Dazu gehört eine Verteilung von den Landesaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen nach maximal drei Monaten. Weiterhin wollen wir die Abschaffung des Arbeitsverbots, die Vorgabe wieder vermehrt Sachleistungen statt Bargeld auszugeben, neue Möglichkeiten der Kürzung von Leistungen von Geduldeten mit Verweis auf angeblich fehlende Kooperation im Asylverfahren, die Möglichkeit Abschiebungen ohne Ankündigung durchzuführen, der Ausschluss vom Asylverfahren bei Verstößen gegen die Residenzpflicht in den „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“, Aussetzung der Abschiebung nur bei schwerer oder lebensbedrohlicher Erkrankung mit Verweis auf eine angeblich vorhandene „inländische Gesundheitsalternative“ und die Verschärfungen beim Ausreisegewahrsam. Der Regierungspolitik

Begründung

mündlich

WB-FU-01-135 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 135 bis 137:

liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. ~~Wir halten auch die von der CDU/CSU und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch.~~ Wir Grüne stehen zu unserer prinzipiellen Ablehnung des Konstrukts „sichere Herkunftsstaaten“ und halten die in den letzten Jahren betriebene Ausweitung der Liste angeblich sicherer Länder für falsch. Wir werden im Bund daher keine weiteren Verschärfungen mittragen und setzen uns für eine Abschaffung des Konstrukts „sichere Herkunftsstaaten“ ein. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“

Begründung

Die Ausweitung wurde leider nicht nur von CDU/CSU und SPD betrieben, sondern von grün-mitregierten Bundesländern zumindest mitgetragen. Auf nachfolgenden BDKen haben wir als Bundespartei unseren Beschluss der Ablehnung sicherer Herkunftsstaaten immer wieder festgezurr. Viele Menschen, Initiativen und politische Partner haben uns Grüne für die Mithilfe bei der Ausweitung scharf kritisiert. Wir sollten uns hier ehrlich machen und es nicht alleine der GroKo in die Schuhe schieben. Viele Ehrenamtliche aus dem grünen Umfeld, die sich über die letzten Jahre für Geflüchtete eingesetzt haben sind dadurch nicht zu Unrecht enttäuscht von grüner Politik. In bestimmten Bundesländern wurden auch hochumstrittene Ausweitungen mitgetragen, daher sollte sich die Bundespartei hier noch klarer positionieren, um auch in einer zukünftigen Zusammenarbeit mit diesen Ländern diese Position klar zu vertreten.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-FU-01-138 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 138 löschen:

erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, ~~LGBTIQ~~ aber auch Oppositionelle oder

Begründung

LGTIQ ist Insidersprache - entweder raus oder ersetzen!

WB-FU-01-138-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 138 bis 139:

erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle Frauen*, Oppositionelle, Journalist*innen oder Journalistinnen und Journalisten die Verteidiger*innen von Menschenrechten sind viele Länder oft nicht sicher.

Begründung

Wichtige Vervollständigung der Aufzählung.

Unterstützer*innen

Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johanna Braun (Berlin-Mitte KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Stephan Clemens (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV)

WB-FU-01-138-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 138 bis 139:

erklären. Gerade Mit der Bestimmung „sicherer“ Herkunftsstaaten gehen für die Betroffene erhebliche Beschränkungen von Verfahrensrechten, sozialen und wirtschaftlichen Rechten einher. Für Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder Journalistinnen und Journalisten sind viele Länder oft aus diesen Staaten führt dies oftmals dazu, dass ihr Schutzbedarf nicht sichererkannt wird.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus.

Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextes soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-FU-01-140 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Marcus Lamprecht (Viersen KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 140:

Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte **Bewahrung**Sicherstellung des individuellen Grund- und

Begründung

Nach diversen Asylrechtsverschärfungen sollten wir nichts schön reden, sondern den Status Quo treffender beschreiben.

„Bewahrung“ impliziert, dass dieses Recht aktuell gewährt würde, dies ist leider nicht der Fall, sondern erst wieder sicherzustellen.

Unterstützer*innen

Werner Hager (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Andreas Sonntag (Viersen KV); Markus Jung (Viersen KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karsten Finke (Bochum KV); Kerstin Dehne (München KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV)

WB-FU-01-141 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 141 bis 143:

Menschenrechts auf Asyl, ~~das entspricht unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze geben.~~ Sogenannte sichere Herkunftsstaaten untergraben dieses, da sie geflohene Menschen aus diesen Ländern oft unüberwindbare Hürden in ihrem Asylverfahren in den Weg legen. Deshalb bleibt es unser Ziel, das Konstrukt der vermeintlich „sicheren Herkunftsstaaten“ abzuschaffen. Mit uns wird es auch keine Obergrenze geben.

Begründung

Die Ablehnung der „sicheren Herkunftsstaaten“ als Konstrukt, nicht nur ihre Auswertung, ist bereits Beschlusslage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

„Unser Ziel bleibt, das Konstrukt der vermeintlich „sicheren Herkunftsstaaten“ abzuschaffen.“

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2015_Halle/BDK15_E-01_So_schaffen_wir_das.pdf

„Mitte der neunziger Jahre wurde das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Asyl von einer ganz großen Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP ausgehöhlt. Menschen, die über so genannte „sichere Drittstaaten“ einreisen oder aus vermeintlich „sicheren Herkunftsstaaten“ kommen, haben seither kaum noch eine Chance, in Deutschland Asyl zu erhalten. Wir Grüne haben diese Einschränkungen des Asylrechts bekämpft, denn sie waren schon damals eine Abkehr vom individuellen Asylrecht und weder mit dem Geist des Grundgesetzes noch mit der Charta der Menschenrechte vereinbar. Wir lehnen sie auch weiterhin ab.“

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschl%C3%BCse/SchutzstattAbschottung.pdf

WB-FU-01-142 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 142 einfügen:

und ist für uns ein Gebot des Völkerrechts und der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des

EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV)

WB-FU-01-144* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 144 bis 152:

Die schnelle, qualitativ hochwertige Bearbeitung von Asylanträgen durch das BAMF ist und bleibt von zentraler Bedeutung. Alle Schutzsuchenden müssen möglichst schnell wissen, ob sie in Deutschland bleiben, ihre Familien zu sich holen und sich ein Leben aufbauen können. Vor diesem Hintergrund soll das Asylgesetz um einen gesetzlichen Anspruch (Genehmigungsfiktion) auf eine Bearbeitung des Asylantrags innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung erweitert werden. ~~Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-Württemberg und Thüringen zeigen beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu organisieren. Das wollen wir überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair Verfahren entwickelt. Der Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt und sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um allen Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen, setzen wir darauf, dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an stattfindet.~~ Die Zeit im Asylverfahren darf keine Zeit des Stillstands und der Untätigkeit sein. Gerade auch für die Phase der Antragstellung müssen nachhaltige Konzepte entwickelt und differenzierte und lebensnahe Orientierungs- und Sprachangebote von Anfang an gemacht werden unabhängig von Herkunft und Bleibeperspektiven nach Schutzquoten. Eine Clusterung in diesem Sinne halten wir für unfair und kontraproduktiv. All diejenigen, deren Asylgesuch im Rahmen eines fairen und rechtmäßigen Asylverfahrens abgelehnt wurde und die keine weiteren Aufenthaltsgründe – u.a. Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit, Krankheit, Schutz von Ehe und Familie, Entwurzelung, besondere Härten -geltend machen können, sollen eine unabhängige und ergebnisoffene Rückkehrberatung erhalten.

Begründung

mündlich

WB-FU-01-145 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 145 bis 151:

Wir wollen Asylverfahren künftig ~~binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-Württemberg und Thüringen zeigen beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu organisieren. Das wollen wir überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair Verfahren entwickelt. Der Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt und sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um allen Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen~~zügiger durchführen, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um faire Verfahren zu gewährleisten, setzen wir darauf,

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere

Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV)

WB-FU-01-147 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 147:

beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die **Flüchtlinge**Geflüchteten faire Verfahren zu

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-152 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Aminata Touré (Neumünster KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 152:

dass verpflichtend unabhängige **Rechtsberatung**Verfahrensberatung von Anfang an stattfindet.

Begründung

Es geht nicht nur um die Aufklärung der Betroffenen über die Rechtslage und die Mitwirkungspflichten. Es geht vor Allem um Information, Beratung und Begleitung durch die verschiedenen Etappen des Asylverfahrens. Nur mit einer unabhängigen Verfahrensberatung kann der Einzelfall ausreichend gewürdigt werden.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Kemal Anil Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Michael Hack (Wetterau KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Christoph Krieger (Kiel KV); Falk Lämmermann (Berlin-Mitte KV); Steffen Regis (Kiel KV); Erika von Kalben (Pinneberg KV); Johannes Albig (Kiel KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Benita v. Brackel-Schmidt (Flensburg KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Peter Stoltenberg (Segeberg KV); Neda Noraie-Kia (Düsseldorf KV); Nina Catherine Schneider (Kiel KV)

WB-FU-01-157* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 157 einfügen:

Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Familientrennungen im Rahmen von Abschiebungen werden wir nicht zulassen. Denn gerade die Lebenssituation der Kinder ist es,

Begründung

mündlich

WB-FU-01-158 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 158 einfügen:

die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Auch geschlechtsspezifische Fluchtgründe, wie zum Beispiel Genitalverstümmelung oder sexuelle Orientierung, müssen stärker berücksichtigt werden. Trennung und Scheidung dürfen keine negativen Auswirkungen auf Asylverfahren haben.

WB-FU-01-158-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 158 einfügen:

die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Den Ausschluss von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Sozialleistungsansprüchen werden wir beenden.

Begründung

Das neue Bundesteilhabegesetz schließt in § 100 SGB IX AsylbewerberInnen von der Eingliederungshilfe aus, so dass behinderte Asylbewerber nicht die notwendigen Hilfsmittel und Assistenzleistungen erhalten können.

WB-FU-01-158-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Nach Zeile 158 einfügen:

Auch die geschlechtliche Identität muss im Asylverfahren stärker berücksichtigt werden. Noch immer werden LSBTIQ*-Geflüchtete in Länder abgeschoben, in denen ihnen Verfolgung droht. Erst vor kurzem hat das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration aufgrund einer Intervention der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Praxis geändert, wonach eine „diskrete Lebensweise“ im Herkunftsland ausreichend Schutz vor Verfolgung bietet. Allerdings zweifelt das Amt viel zu häufig zu Unrecht die sexuelle oder geschlechtliche Identität an. Hier wollen wir gemeinsam mit den LSBTIQ*-Organisationen zu einem humaneren Verfahren kommen. Auch wollen wir die besonderen Bedürfnisse von LSBTIQ*-Flüchtlingen bei der Unterbringung in Deutschland analysieren und diesen Rechnung tragen.

WB-FU-01-159 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 159:

Die Integration von **Flüchtlingen**Geflüchteten braucht gute Strukturen

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-160 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 160 bis 162:

Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, daswelches diesen Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an und eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug sowie ein zügiger Familiennachzug sind hierbei wichtige Aspekte. Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss durch unterschiedliche Maßnahmen flankiert werden: 1. Wir setzen uns ein für mehr und schnellere professionelle Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Geflüchteten um die Erfahrungen mit Krieg, Verfolgung oder Flucht besser verarbeiten zu können. 2. Der professionelle Umgang mit Geflüchteten beginnt bereits in den Unterkünften. Hier sind u.a. (sozial-) pädagogische Fachkräfte eingesetzt, die in ihrer Arbeit oftmals an ihre Belastungsgrenzen und an die Grenzen ihrer fachlichen Kompetenzen stoßen. Auch in Kindertageseinrichtungen sind wir auf professionelles Personal im Hinblick auf den Umgang mit Flüchtlingen angewiesen, um Integration bereits frühestmöglich zu unterstützen. Damit das Fachpersonal sich in ihrer Integrationsarbeit sicher und kompetent im Handeln fühlt, wollen wir die Integrationsarbeit durch (sozial-) pädagogisches Personal wie Erzieherinnen und Erzieher fördern und uns dafür einsetzen, dass in allen Bundesländern das angehende Personal bereits während der Ausbildung Kompetenzen, erwirbt, die für die Integrationsarbeit mit Geflüchteten förderlich sind, um die spätere Arbeit durch gezielt erworbene Kompetenzen zu erleichtern. Insbesondere der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen, Hintergrundwissen zu Fluchtursachen und die Möglichkeit des Erwerbs eines auf die zukünftigen Aufgaben der Fachkraft ausgerichteten DaZ- Zertifikates (Deutsch als Zweitsprache) sollen hierbei im Mittelpunkt stehen. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben.

Begründung

Aus "Flüchtling" wird Geflüchtete und für eine erfolgreiche Integrationsarbeit von Beginn an brauchen wir professionelles Personal. Dies bedeutet, dass Erzieher*innen bereits während der Ausbildung Kompetenzen erwerben müssen, die ihnen später die Arbeit erleichtert, ihnen Sicherheit gibt und durch die sie gezielt den Umgang und die Arbeit mit Geflüchteten ausüben können. Lediglich ein Anreißer von "Interkulturellen Kompetenzen" reicht hierbei nicht. Durch Änderungen und konkreter Erwähnung in den Lehrplänen für die Ausbildung zur/ zum Erzieher*in wird die Wichtigkeit auch vonseiten der Lehrkräfte erkannt. Eines der zukünftigen Aufgaben von Erzieher*innen angemessenes und darauf zugeschnittenes DaZ-Zertifikat (wie es in einigen Bundesländern bereits für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gibt) würde zudem die Querschnittsaufgabe "Sprachbildung" unterstützen und zudem weiter die interkulturellen Kompetenzen ausbauen.

Unterstützer*innen

Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Uwe Halpap (Hamburg-Wandsbek KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Sabine Kashi (Hamburg-Wandsbek KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Stefanie von Berg (Hamburg-Eimsbüttel KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Ursula Martin (Hamburg-Wandsbek KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV)

WB-FU-01-160-2* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 160 bis 162:

~~Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug.~~ Derzeit entscheidet der Aufenthaltsstaus bzw. die so genannte Bleibeperspektive über die Integration. Das wollen wir ändern. Ziel muss es sein, systematische Ungleichheiten unabhängig vom Status und der sozialen, ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit zu vermeiden. Vieles spricht daher dafür, die soziale Teilhabe von geflüchteten Menschen von Anfang an zu ermöglichen und Integrationsangebote bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt für Geflüchtete zu öffnen. Die politische Kategorie „Bleibeperspektive“ und deren Verknüpfung mit unterschiedlichen Zugängen zu sozialer Teilhabe und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist in integrations- und sozialpolitischer Hinsicht kontraproduktiv. Es gilt vielmehr zu vermeiden, dass Geflüchtete in einen Wartezustand versetzt, individuelle Lebenschancen verspielt und wichtige Arbeitsmarktpotenziale vernachlässigt werden. Die Erstaufnahme soll auf maximal drei Monate begrenzt werden und eine Verteilung in die Kommune erfolgen. Dort werden wir die Strukturen von Integrations - bzw. Migrationszentren unterstützen und weiter entwickeln. Ziel sind rechtskreisübergreifende Behörden ähnlich der Jugendberufsagenturen. Ausländerbehörde, Jobcenter bzw. die Bundesagentur für Arbeit und das Sozialamt sollen die Neuankommenden aus einer Hand beraten.

Begründung

mündlich

WB-FU-01-161 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 161 bis 162:

Namen auch verdient. ~~Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug.~~ Wir wollen allen Schutzsuchenden von Anfang an einen Anspruch auf Teilnahme an Integrationskursen einräumen, auf eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten setzen und anerkannten Flüchtlingen wie auch subsidiär Schutzberechtigten unbürokratisch den Familiennachzug ermöglichen. Wir wollen die Integration in Schule, Ausbildung und Studium ermöglichen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Integration als partizipativer Prozess auf Grundlage der Werte unseres Grundgesetzes erfolgt und ermöglicht wird.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Clemens Breest (Wetterau KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FU-01-165 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Rhein-Pfalz

Beschlussdatum: 24.03.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 165 einfügen:

Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Deshalb müssen die bisher überwiegend prekär beschäftigten Hauptamtlichen - in Integrationskursen sind das die Lehrkräfte - sozialversicherungspflichtig angestellt werden. Dieses Engagement muss flankiert werden von

Begründung

Bisher wenig beachtet ist, dass die Integration durch Bildung überwiegend durch ausgebildete und geprüfte Lehrkräfte gestemmt wird, die im Gegensatz zu ihren Kollegen im staatlichen Schuldienst prekär beschäftigt werden. Die Volkshochschulen und die freien Bildungsträger schaffen eine für sie passende Kursstruktur und arbeiten vom BAMF zu knapp finanziert. Sie vergeben überwiegend Honorarverträge, die bundesweit auch nach einer Erhöhung des Stundenlohns von 26,- auf 35,- € für die Lehrkräfte nicht ermöglichen, sich ausreichend selbst zu versichern, geschweige denn eine Basis für ordentliche Arbeitsverträge zu schaffen. Die betroffenen Lehrkräfte haben keine Fortzahlung im Krankheitsfall, keinen Rentenanspruch und auch keinen bezahlten Urlaub.

WB-FU-01-166 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 166 einfügen:

mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Zentral ist für uns dabei auch die sichere Unterbringung für Frauen, Kinder und LGBTIQ, deren unbedingter Schutz vor jeder Form von Gewalt sichergestellt werden muss. Wir wollen

WB-FU-01-166-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 166:

mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von **Flüchtlingen**Geflüchteten. Wir wollen

In Zeile 172:

FlüchtlingeGeflüchtete werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Deswegen brauchen

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-166-3* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 166 einfügen:

mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Die Kosten für Dolmetscher im Gesundheitswesen müssen vom Bund getragen werden. Wir wollen

Begründung

mündlich

WB-FU-01-166-4* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 166 bis 168:

mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. ~~Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben.~~ Zu diesen Verschärfungen zählen u.a. der Verbleib von bis zu sechs Monaten in Erstaufnahmeeinrichtungen, das damit verbundene Arbeitsverbot, die Vorgabe wieder vermehrt Sachleistungen statt Bargeld auszugeben, die Kürzung von Leistungen, die Möglichkeit Abschiebungen ohne Ankündigung durchzuführen, der Ausschluss vom Asylverfahren bei Verstößen gegen die Residenzpflicht in den „besonderen Aufnahmeeinrichtungen“, Aussetzung der Abschiebung nur bei schwerer oder lebensbedrohlicher Erkrankung mit Verweis auf eine angeblich vorhandene „inländische Gesundheitsalternative“ und die Verschärfungen beim Ausreisegewahrsam. Der

Begründung

mündlich

WB-FU-01-169 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 169:

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss sofort wieder ermöglicht werden, die Visumsverfahren müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Denn nur wer seine **Nächsten** in Familie

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven

internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextes soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Clemens Breest (Wetterau KV)

WB-FU-01-172 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 172 einfügen:

Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Gerade Frauen und minderjährige Geflüchtete laufen in überfüllten Erstaufnahmestellen Gefahr, Opfer von Missbrauch und Gewalt zu werden. Sie brauchen deshalb eigene geschützte Räume mit qualifizierter Betreuung und Zugang zu qualifizierter Beratung und Schutz vor Gewalt. Um zu vermeiden, dass auch lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen in Erstaufnahmestellen und Asylunterkünften Diskriminierung und Gewalt fürchten müssen, fordern wir auch für sie adäquate Schutzräume und dass das eingesetzte Personal für die besondere Situation von LSBTTI sensibilisiert wird. Im Asylverfahren müssen LSBTTI-Geflüchtete ihre sexuelle Identität nicht nur zu Beginn als Fluchtgrund geltend machen können. Zusätzlich müssen flächendeckend niedrighschwellige Beratungsangebote und Informationsmaterialien noch vor Stellung des Asylantrags zur Verfügung gestellt werden. Deswegen brauchen

WB-FU-01-174* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 174 einfügen:

bezahlbaren Wohnraum, sowohl in der Stadt, als auch auf dem Land. Der kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr

Begründung

mündlich

WB-FU-01-175 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 175 bis 177:

gute Kindertagesstätten und Schulen. ~~Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse~~ Wir wollen die Bildungs- und Berufsabschlüsse geflüchteter Menschen schneller und großzügiger anerkennen, ein verlässliches

WB-FU-01-177 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 177 bis 178:

ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller anerkennen und ~~großzügiger anerkennen, ein verlässliches Bleiberecht~~ die bürokratischen Hürden bei der Anerkennung abbauen, einen rechtmäßigen Aufenthalt während und nach der Ausbildung ~~schaffen~~ garantieren und die Vorrangprüfung abschaffen, nach

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Clemens Breest (Wetterau KV)

WB-FU-01-183 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 183 bis 184 einfügen:

Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Dabei muss ausreichend Kinderbetreuung, die der Bund durch die Bereitstellung von Mitteln sicherstellen muss, angeboten werden.

WB-FU-01-184 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Filiz Polat (Osnabrück-Land KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 184 bis 186:

Die von der Bundesregierung eingeführte stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung hat die Situation langjährig geduldeter Menschen nicht verbessert. Wir fordern die Ausschlussgründe zu reduzieren und die Anforderungen im Sinne der Betroffenen zu verbessern. Bei Ausschlussgrund „fehlende Mitwirkung oder Täuschung“ ist klarzustellen, dass es nur auf aktuelles Verhalten ankommt. Anforderungen an den Lebensunterhalt müssen die soziale Situation von Geduldeten berücksichtigen. Die jahrelange Benachteiligung bei Integrationsmaßnahmen oder erteilte Arbeitsverbote dürfen nicht nachträglich zum Ausschluss von der gesetzlichen Bleiberechtsregelung führen. Außerdem setzen wir uns für kürzere Voraufenthaltszeiten ein (5 Jahre für Alleinstehende, 3 Jahre für Familien) ein und die Ermöglichung des Familiennachzugs. Die Altersgrenze beim Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsenden ist auf 27 Jahre heraufzusetzen. Das Bleiberecht soll nicht von Schulnoten abhängig gemacht werden. ~~☒ Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein.~~ Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen

Begründung

Die gesetzliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung entspricht nicht der Lebenswirklichkeit der Geduldeten. Aufenthaltserlaubnisse wurden demnach kaum erteilt. Auch in Anbetracht der steigenden Zahl langjährig Geduldeter, insbesondere Kinder und Jugendlicher, wollen wir die Anforderungen an ein Bleiberecht verbessern.

Unterstützer*innen

Katrin Langensiepen (Hannover RV); Nicole van der Made (Hannover RV); Christopher Steiner (Hannover RV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Katharina Kühnle (Hannover RV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Liam Harrold (Hannover RV); Lukas Flohr (Köln KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Marius Kühne (Münster KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

WB-FU-01-186 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Peter von Wilcken (Euskirchen KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 186 einfügen:

Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Erfolgreiche Integrationsbemühungen sind bei allen Aufenthaltregelungen zu berücksichtigen Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen

Begründung

nicht erforderlich

Unterstützer*innen

Antje Westhues (Bochum KV); Hans-Werner Ignatowitz (Euskirchen KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Wilfried Gierden (Euskirchen KV); Nicole Dubbert-Gierden (Euskirchen KV); Dorothee Kroll (Euskirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Ingrid von Wilcken (Euskirchen KV); Guido Bachem (Euskirchen KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Markus Wagener (Köln KV); Christian Hohn (Olpe KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Bernd Schierbaum (Euskirchen KV)

WB-FU-01-186-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 186 einfügen:

Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Auch die vielen Menschen, die mittlerweile über fünf, manche sogar über zehn Jahre als Geduldete in Deutschland leben und vielfach hier Familien gegründet haben, sollen eine sichere Bleiberechtsperspektive erhalten. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen

Begründung

In Deutschland lebten mehr als 180.000 Geduldete, viele von ihnen bereits seit mehreren Jahren. Durch die sog. Kettenduldungen entsteht für die Betroffenen eine dauerhaft unsichere Situation, die kontraproduktiv gegen eigene Integrationsbemühungen wirkt. Wenn dann noch Familien betroffen sind, leben auch diese in stetiger Unsicherheit. Oft kommt es zu Situationen, wo Familien abgeschoben werden müssen, obwohl sie Kinder haben, die hier geboren sind, mit Eltern, die als Kind nach Deutschland kamen. Eine Bleiberechtsregelung für diese Menschen wäre ein großer Beitrag, um bessere Voraussetzungen für Integrationsbereitschaft zu schaffen und sie würde zugleich Verwaltungskosten senken, da sich die Ausländerbehörden nicht mehr mit den oft langen und bürokratischen Verfahren auseinandersetzen müssen.

Wir wollen die Ausschlussgründe und Kriterien für das Bleiberecht verbessern. Die Altersgrenze beim Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsenden setzen wir auf 27 Jahre herauf; das Bleiberecht darf nicht von Schulnoten abhängig gemacht werden. Beim Ausschlussgrund „fehlende Mitwirkung oder Täuschung“ wollen wir klarstellen, dass weit in der Vergangenheit liegende, manchmal auch Flucht bedingte Verstöße nicht gemeint sind. Anforderungen an den Lebensunterhalt müssen die soziale Situation von Geduldeten berücksichtigen. Die jahrelange Benachteiligung bei Integrationsmaßnahmen oder erteilte Arbeitsverbote dürfen nicht nachträglich zum Ausschluss der gesetzlichen Bleiberechtsregelung führen. Außerdem setzen wir uns für kürzere Voraufenthaltszeiten ein (5 Jahre für Alleinstehende, 3 Jahre für Familien) und die Ermöglichung des Familiennachzugs.

WB-FU-01-188 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 188:

FlüchtlingeGeflüchtete müssen wieder fallen. Das integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-189 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 189:

wollen wir abschaffen ~~und~~, die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen und ihnen den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe eröffnen. Dafür muss

WB-FU-01-189-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 189 einfügen:

wollen wir abschaffen und die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen sowie den Zugang zu und die Finanzierung von Dolmetscherleistungen bei gesundheitlichen Behandlungen sicherstellen. Dafür muss

Begründung

Menschen können nur dann adäquat diagnostiziert, aufgeklärt und versorgt werden, wenn sie sich mit ihrem Arzt oder ihrer Therapeutin verständigen können. Dies trifft im besonderen Maße für die Psychotherapie zu. Der Bund muss professionelle Dolmetscherleistungen zur Verfügung stellen und finanzieren. Ansonsten ist zu befürchten, dass viele Geflüchtete, die medizinische und psychotherapeutische Hilfen in Anspruch nehmen müssten, sich zu einer besonders schlecht versorgten Patientengruppe entwickeln werden.

WB-FU-01-189-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Katja Dörner (Bonn KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 189 einfügen:

wollen wir abschaffen und die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Die Standards der Kinder- und Jugendhilfe müssen ohne Abstriche auch für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge gelten. Dafür muss

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Anja-Franziska Anschütz (Herzogtum Lauenburg KV); Norbert Clemens Wortmann (Bonn KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Iris Burkhardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Harald Klinke (Bonn KV); Zein Okko (Bonn KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Martin Heyer (Bonn KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Isabel Ermer (Bonn KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Toni Krüger (Rhein-Pfalz KV); Doris Wagner (München KV)

WB-FU-01-190* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 190 bis 193 löschen:

der Bund den Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. ~~In den grün-regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv unterstützt. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.~~

WB-FU-01-193 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 193 einfügen:

eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht nach Deutschland erhalten.

Begründung

erfolgt mündlich

WB-FU-01-193-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Nach Zeile 193 einfügen:

Fluchtursachen bekämpfen

Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen vor der Flucht bewahrt, eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik bleiben. Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern, im Pazifik und in Südasien sind die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfe droht, verstärkt die Gründe von Flucht. Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie UNHCR und das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung

grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Clemens Breest (Wetterau KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Mitte KV)

WB-FU-01-196 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 196:

~~Das Sterben beenden,~~ Leben retten, sichere und legale Fluchtwege schaffen

Begründung

„Das Sterben“ ans sich können wir nicht beenden. Wir können auch nicht zusichern, dass kein Mensch auf der Flucht stirbt. Aber wir können und wir sollten alles daran setzen, das Leben der Menschen auf der Flucht, im Krieg und in Seenot zu retten.

WB-FU-01-196-2* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 196:

Das Sterben beenden, ~~sichere und legale Fluchtwege schaffen~~ Resettlement zu einem stabilen Instrument ausbauen

Begründung

mündlich

WB-FU-01-197 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 197 bis 204:

~~Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.~~

Eine verantwortungsvolle und humanitäre Flüchtlingspolitik nimmt zuallererst den Menschen und seine Schutzbedarf in den Blick. Dieser Anspruch ist Leitlinie unserer Innen- und Aussenpolitik. Wir wollen verhindern, dass Menschen auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in existenzielle Nöte geraten. Deswegen werden wir auf europäischer Ebene für ein Seenotrettungsprogramm eintreten und in Deutschland großzügige Aufnahmeprogramme schaffen. Diese humanitäre Verantwortung tragen wir auch für Menschen, die bereits in Deutschland leben und Schutz suchen. Sie dürfen nicht, wie im Falle Afghanistans, Opfer innenpolitisch motivierter Zahlenspiele werden. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete werden wir nicht mittragen und verhindern. Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebungsstop nach Afghanistan.

Begründung

Die Abschiebepolitik der Bundesregierung nach Afghanistan ist eines der derzeit eines der am stärksten diskutierten Themen in der deutschen Asylpolitik. Wir Grüne haben uns immer gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete ausgesprochen, daher ist es nur konsequent wenn wir uns zu dieser aktuellen Frage deutlich positionieren.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Volker Beck (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

WB-FU-01-197-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 197 bis 204:

Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor ~~Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.~~ Verfolgung, Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir großzügige Aufnahmeprogramme schaffen, die Schutzbedürftigen nicht nur aus den Anrainerstaaten Syriens die legale Einreise ermöglichen, sondern auch anderen Flüchtlingen, die sich in lang andauernden prekären Lagen befinden. Das individuelle Grundrecht auf Asyl lassen wir unangetastet und wenden uns gegen seine Aushöhlung durch Konzepte des sicheren Dritt- und Herkunftsstaats sowie gegen die Beschränkung von sozialen und wirtschaftlichen Rechten von Asylsuchenden und Geduldeten.

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von

Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus. Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammwerfungs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Kerstin Täubner-Benicke (Starnberg KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-FU-01-200 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 200 einfügen:

ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Bis zur Einführung von staatlichen Seenotrettungsprogrammen werden wir die zivilen, gemeinnützigen Seenotrettungsorganisationen stärken, so dass kein Mensch auf der Flucht über das Mittelmeer ertrinken muss. Neben

Begründung

Viele Menschen sterben auf der Flucht über das Mittelmeer. Im Jahr 2016 waren es mehr als 5.000 Menschen. [UNICEF](#) geht davon aus, dass bis zu 700 Kinder unter den Opfern waren. Die Menschen in den tödlichen Lagern Libyens können nicht warten, bis auf europäischer Ebene Einigungen erzielt werden. Bis dahin werden viele, weitere Menschen den Tod gefunden haben. Deutschland allein wird und kann nicht sicherstellen, dass ausreichend Rettungskapazitäten im Mittelmeerraum vor Libyen zur Verfügung stehen, die insbesondere darauf ausgerichtet sein müssen, möglichst viele Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Bis eine europäische Lösung gefunden worden ist, z.B. die Wiedereinsetzung der italienischen Marineoperation '[Mare Nostrum](#)', muss Deutschland mindestens den zivilen Seenotretter*innen aus Deutschland (z.B. [SeaWatch](#); [Jugend Rettet](#); [LifeBoat](#) und [SeaEye](#)) finanziellen Rückhalt geben, so dass deren Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung aus Spenden, nicht allein von der politischen Stimmung im Land abhängt.

Dieser finanzielle Rückhalt kann z.B. aus der zweckmäßigen Finanzierung von Treibstoff, Rettungswesten, Wärmedecken, Trinkwasser, Medizintechnik und Arznei bestehen.

Wir Grüne müssen die Bemühungen ziviler Retter*innen nicht nur sehen und beklatschen. Wir müssen uns zum Engagment dieser couragierten und mutigen Menschen bekennen und sie in ihrer meist ehrenamtlichen Arbeit unterstützen.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Dorothea Suh (Hamburg-Nord KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Benjamin Holm (Hamburg-Nord KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Kerstin Dehne (München KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Markus Wagener (Köln KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV)

WB-FU-01-200-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 200 bis 201:

ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. ~~Neben dem~~Wir stellen uns nicht nur gegen Verschärfungen im Asylrecht, ~~das wir unangetastet lassen,~~sondern werden wir auch ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-

Begründung

Es wäre falsch, wenn wir jetzt schon festlegen, dass wir das Asylrecht unangetastet lassen. Wir haben zu Recht viele Änderungen kritisiert und wissen auch nicht, ob noch weitere Verschärfungen folgen. Wir sollten uns gegen diese Entwicklungen stellen und sie nicht unangetastet lassen.

Unterstützer*innen

Lukas Flohr (Köln KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Sarah Jerminus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Fähmann (Berlin-Kreisfrei KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Kerstin Dehne (München KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Ingrid Bäuml (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV)

WB-FU-01-200-3 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 200:

ausgesetzten Kontingente für **Flüchtlinge**Geflüchtete und Seenotrettungsprogramme wieder einführen.
Neben

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-200-4* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 200 bis 202:

ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. ~~Neben dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-~~Neben der menschenrechtlichen Reform des Asylrecht werden wir ein großzügig angelegtes Resettlementprogramm auflegen, dass Menschen einen sicheren Weg eröffnet und im Sinne der internationalen Verantwortungsteilung unter der Leitung des UNHCR ein fester Bestandteil der Flüchtlingspolitik in Deutschland sein wird. in großzügiges Resettlement-Programme kann nur additiv zum bestehenden Flüchtlingsschutz der GFK inklusive des Familiennachzugs verstanden werden.
Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom

Begründung

mündlich

WB-FU-01-209 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 209 bis 211:

grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für ~~Geflüchtete wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den Familiennachzug ermöglichen.~~ subsidiär Schutzberechtigte sofort beenden. Wir wollen den Familiennachzug der minderjährigen Geschwister von unbegleiteten Minderjährigen mit internationalem Schutz unter denselben Voraussetzungen gewähren, wie den Nachzug ihrer Eltern. Den Familiennachzug zu Schutzberechtigten mit guter Integrationsperspektive wollen wir erleichtern. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften

Begründung

Die Änderung hat drei Komponenten: Die Streichung des überflüssigen und irreführenden zweiten Satzes (dazu unter I.), die Forderung nach einer Vereinfachung des Familiennachzugs zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (unter II.) und die Forderung nach einer Vereinfachung des Familiennachzugs zu gut integrierten Schutzsuchenden (unter III.).
I. Streichung des Satzes in Z. 210/11

Das Asylpaket II hat den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte bis zum 17. März 2018 ausgesetzt. Der erste der zitierten Sätze fordert völlig zu Recht – allerdings begrifflich unsauber, weil auf alle Gruppen Geflüchteter bezogen – ein Ende dieser sachlich nicht gerechtfertigten und unmenschlichen Praxis. Vgl. dazu auch den Antrag unserer BT-Fraktion Drs. 18/10044.

Der zweite der zitierten Sätze („Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den Familiennachzug ermöglichen.“) ist in verschiedener Hinsicht irreführend: Zunächst vermischt die Formulierung die rechtliche Kategorie der „subsidiär Schutzberechtigten“ mit

jener der anerkannten „Flüchtlinge“ zur nicht existierenden Kategorie der „subsidiär geschützten Flüchtlinge“. Des Weiteren suggeriert die Formulierung, wir wollten eine Erweiterung der Rechte subsidiär Schutzberechtigter erreichen. Tatsächlich wollen wir „nur“ die zeitweise Aussetzung des rechtlich kodifizierten Anspruchs auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte aufheben, also den status quo von vor dem Asylpaket II wiederherstellen.

Satz 2 fordert folglich im Ergebnis dasselbe wie Satz 1, ist aber begrifflich unsauber und sollte deshalb gestrichen werden. In Satz 1 ist der Begriff der Geflüchteten durch die subsidiär Schutzberechtigten auszutauschen.

II. Vereinfachung des Familiennachzugs zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Nach § 36 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) haben unbegleitete Minderjährige mit internationalem Schutz (subsidiär Schutzberechtigte und anerkannte Flüchtlinge – im Folgenden: „UMF“) einen Anspruch auf den Nachzug ihrer Eltern. Dieser Nachzug gelingt in der Regel ohne größere Schwierigkeiten. Problematisch ist häufig, was mit den minderjährigen Geschwistern der UMF geschieht, die noch in der Obhut der Eltern im Heimat- oder einem Drittstaat leben. Diese Kinder können derzeit gleichzeitig mit den Eltern nur unter den engen Voraussetzungen des § 32 Absatz 1 oder § 36 Absatz 2 AufenthG ausreisen. § 32 Absatz 1 AufenthG ermöglicht den Nachzug von Kindern zu ihren Eltern. Erforderlich ist eine Aufenthaltserlaubnis der Eltern. Als Aufenthaltserlaubnis kann auch ein Visum der Eltern nach § 36 Absatz 1 AufenthG dienen, das sie zum Zwecke des Elternnachzugs zum UMF erhalten. In diesem Fall ist allerdings eine (beim Elternnachzug gemäß § 36 Absatz 1

AufenthG entbehrliche) Prüfung vorzunehmen, ob der Lebensunterhalt der Kinder ohne Inanspruchnahme staatlicher Mittel gesichert ist. Das ist in nahezu allen Fällen ausgeschlossen. Von dieser Lebensunterhaltsprüfung kann nur in Ausnahmefällen abgesehen werden. Diese Ausnahmefälle sind in der Praxis sehr schwer zu begründen. Dasselbe gilt für die einzige weitere Möglichkeit eines gleichzeitigen Nachzugs der minderjährigen Geschwister der UMF: Nach § 36 Absatz 2 AufenthG kann „sonstigen Familienangehörigen“ der Familiennachzug zu den UMF (nur) zur Vermeidung einer „außergewöhnlichen Härte“ gewährt werden. Unter die sonstigen Familienangehörigen fallen insbesondere auch die minderjährigen Geschwister von UMF. Der Begriff der „außergewöhnlichen“ Härte auferlegt den Betroffenen die höchstmögliche Darlegungslast. Als außergewöhnliche Härte ist nach der ausdrücklichen verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung nicht der Umstand anerkannt, dass die minderjährigen Geschwister im Falle des Elternnachzugs zum UMF allein in ihrem Heimatland oder einem Drittstaat zurückblieben (vgl. etwa jüngst OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 22. Dezember 2016 – OVG 3 S 98.16). Andererseits besteht jedoch die Möglichkeit, dass die minderjährigen Geschwister – nachdem auch die Eltern in Deutschland als international Schutzberechtigte anerkannt wurden – im Wege des Familiennachzugs eine Aufenthaltserlaubnis ohne Lebensunterhaltsprüfung erhalten. Das führt dazu, dass in der Regel sowohl die Eltern als auch die minderjährigen Geschwister nachziehen können – allerdings unterbrochen von langen Perioden der Unsicherheit und unter Inkaufnahme des Zurücklassens der minderjährigen Geschwister im Herkunfts- bzw. Aufenthaltsland für die Dauer des Familiennachzugs zu den dann in

Deutschland lebenden Eltern. Die aktuelle Gesetzeslage stellt folglich Eltern vor die unmögliche Wahl, nach Deutschland nachzuziehen und die übrigen Kinder (vorübergehend) zurückzulassen oder das Kind in Deutschland seinem Schicksal zu überlassen. Das ist unmenschlich und entbehrt jeder sachlichen Rechtfertigung: Wenn einerseits der Nachzug der Eltern zum UMF und andererseits der anschließende Nachzug der minderjährigen Geschwister zu den Eltern für gerechtfertigt gehalten wird – warum kann der Nachzug dann nicht gleichzeitig erfolgen? Und: Wäre ein Elternteil vorausgereist, hätte es unproblematisch das andere Elternteil und die minderjährigen Kinder auf einmal nachholen können. Warum soll die Familie schlechter stehen, wenn eines der minderjährigen Kinder sich nach Deutschland durchgeschlagen hat statt eines der Elternteile? Ein Gleichlauf des Familiennachzugs der Eltern und der minderjährigen Geschwister eines anerkannten UMF entspräche aber vor allem dem Kindeswohl: Die allein in Deutschland lebenden Minderjährigen leiden regelmäßig sehr darunter, wenn ihre Eltern vor der oben beschriebenen, unmöglichen Wahl stehen. Entweder ziehen die Eltern nach Deutschland und die UMF müssen sich um ihre zurückbleibenden Geschwister sorgen; oder die Eltern bleiben bei den (häufig jüngeren) Geschwistern und die UMF müssen auch künftig allein zurechtkommen. Schließlich würde die vorgeschlagene Gesetzesänderung auch der nach Artikel 6 des Grundgesetzes besonders geschützten Familie insgesamt dienen, weil die Änderung bestehende Trennungen überwinden und neue Trennungen vermeiden könnte. Gesetzestechnisch könnte das einfach umgesetzt werden, z.B. durch eine Einfügung der Worte „und den minderjährigen Geschwistern“ nach den Worten „Den Eltern...“ in § 36

Absatz 1 AufenthG, sodass die Vorschrift künftig verkürzt hieße: „Den Eltern und den minderjährigen Geschwistern eines minderjährigen Ausländers, der eine Aufenthaltserlaubnis nach (...) besitzt, ist abweichend von [dem Erfordernis einer Lebensunterhalts- und Wohnraumprüfung] eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (...).“

III. Vereinfachung des Familiennachzugs zu gut integrierten Schutzsuchenden

Bei der Prüfung des Anspruchs auf Familiennachzug zu anerkannten Schutzberechtigten ist von einer Wohnraum- und Lebensunterhaltsprüfung abzusehen, wenn der Antrag auf

Familiennachzug innerhalb von drei Monaten seit Anerkennung als Schutzberechtigter gestellt wird und eine Familienzusammenführung in einem Drittstaat nicht möglich ist (§ 36

Absatz 2 Satz 2 AufenthG).

Wurde der Antrag später gestellt oder ist eine Familienzusammenführung in einem Drittstaat möglich, so können die Behörden von einer Prüfung ausreichenden Wohnraums und

Lebensunterhalts absehen (sog. Ermessensentscheidung nach § 36 Absatz 2 Satz 1 AufenthG).

Ob die Behörden eine solche Prüfung vornehmen, ist von entscheidender Bedeutung, weil die allerwenigsten hier anerkannten Schutzberechtigten im Zeitpunkt der Antragstellung

ausreichenden Wohnraum und Lebensunterhalt für ihre nachzugswillige Familie nachweisen können. Das hängt auch damit zusammen, dass z.B. für die Dauer des Integrationskurses eine

ordentliche Beschäftigung nicht gestattet ist. Die Frage ist auch praktisch relevant, weil etwa viele syrische Flüchtlinge darauf verwiesen werden, sie könnten auch in der Türkei oder im

Libanon als Familie zusammenleben.

Die Verfahrenshinweise mancher Bundesländer (so etwa in Berlin) sehen für die

Ermessensentscheidung des § 36 Absatz 2 Satz 1 AufenthG vor, dass im Falle erkennbarer

Integrationsbemühungen das Ermessen dahingehend ausgeübt werden solle, dass eine Wohnraum- und Lebensunterhaltsprüfung nicht vorgenommen wird. Die Praxis ist jedoch leider anders. Andere Länder geben ihren Behörden für die Ausgestaltung des Ermessensgebrauchs keine (öffentlich zugänglichen) Leitlinien an die Hand. Es ist deshalb geboten, Kriterien für die Ermessensentscheidung vorzugeben. Ernsthaftige Integrationsbemühungen (Integrationskurse, Sprachkurse, Ausbildung, Bemühungen um einen Arbeitsplatz, Ausübung einer Beschäftigung etc.) bieten die größte Gewähr dafür, dass eine nachgezogene Familie langfristig nicht von Sozialleistungen abhängt. § 36 Abs. 2 AufenthG könnte um entsprechende ermessenslenkende Regelbeispiele ergänzt werden, wie sie bereits in einzelnen Verfahrenshinweisen der Ausländerbehörden enthalten sind. Der obige Änderungsvorschlag fordert eine Berücksichtigung von Integrationsleistungen bei der Familienzusammenführung, während er den genauen Umsetzungsmechanismus offenlässt.

WB-FU-01-209-2 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 209 bis 211:

grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für ~~Geflüchtete wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den Familiennachzug ermöglichen.~~ subsidiär Schutzberechtigte wieder rückgängig machen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften

Begründung

Grüner Anspruch war es immer, Flüchtlingspolitik vom Menschen aus zu denken und die Rechte des Flüchtlings in den Mittelpunkt zu stellen. Daran sollte festgehalten werden, denn das unterscheidet uns von der Politik der Koalition: Bundeskanzlerin Merkel haben wir unterstützt, weil sie sich im Sommer 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Verfolgerstaaten nicht entgegenstellte. Ihre Regierung haben wir kritisiert und kritisieren wir weiterhin, weil sie die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge zum Anlass nimmt, um menschenrechtliche Schutzpositionen auszuhöhlen. Damit gefährdet sie nicht nur einzelne Schutzsuchende, sondern relativiert die Menschenrechte als Maßstab unserer Politik auf grundlegende Weise. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das kommt in diesem Änderungsantrag bereits in der Überschrift zum Ausdruck, die den Schutz der Flüchtling an erster Stelle und die Bekämpfung der Fluchtursachen an zweiter Stelle nennen soll – nicht andersrum.

Dementsprechend soll an erster Stelle im flüchtlingspolitischen Kapitel unseres Wahlprogramms nicht die Fluchtursachenbekämpfung stehen, die zwar wichtig ist, aber oftmals kein genuin flüchtlingspolitisches Thema ist. Nicht von ungefähr entfaltet der UNHCR in diesem Bereich kaum Aktivitäten; vielmehr obliegt die Fluchtursachenbekämpfung aus gutem Grund den Entwicklungs- und Außenressorts der Bundesregierung sowie den entsprechenden internationalen Organisationen. Der Versuch, Fluchtursachenbekämpfung letztendlich als Kern der Flüchtlingspolitik zu verstehen, ist ein genuin konservativer Ansatz, der in Deutschland vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten wird. Von seinem Ansatz unterscheidet sich unser Ansatz bei der Fluchtursachenbekämpfung grundsätzlich; dennoch sollten wir die Fluchtursachenbekämpfung auch bei unseren flüchtlingspolitischen Prioritäten – anders als die Konservativen – nicht an erster Stelle nennen.

An erster Stelle sollte bei uns vielmehr die Gewährleistung rechtsstaatlicher Asylverfahren stehen. Die Koalition hat große gesetzgeberische Kraft entfaltet, um den Flüchtlingsstatus auszuhöhlen und Verfahrensrechte zu beeinträchtigen; auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden stark kritisiert, weil es die Einhaltung asylrechtlicher Vorgaben im Asylverfahren nicht gewährleistet. Das gilt es zu ändern. Deshalb spricht sich dieser Änderungsantrag für eine Verbesserung der Qualitätssicherung beim BAMF aus und wendet sich gegen menschenrechtlich höchst problematische Konzepte in der Flüchtlingspolitik: sichere Herkunftsstaaten und Drittstaaten einerseits, Beschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte andererseits.

Angesichts der laufenden Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist offenbar, dass Flüchtlingspolitik nicht national betrachtet, sondern europäisch gedacht werden muss. Daher sprechen wir uns für eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts aus.

Insbesondere fordert der Änderungsantrag, dass Resettlement wieder als Instrument eines effektiven internationalen Flüchtlingsschutzes eingesetzt und nicht zum Instrument der Abschottung im Rahmen des EU-Türkei-Deals pervertiert wird. Auch Flüchtlingen aus entfernteren Weltgegenden sollten Aussicht auf eine Neuansiedlung in Deutschland bzw. Europa haben können. Die Hotspots sind seit dem EU-Türkei-Deal in Griechenland zu geschlossenen Lagern verwandelt worden, in denen der Zugang zu fairen Asylverfahren erheblich erschwert wurde. Deshalb können die Hotspots nicht mehr als Blaupause für eine zukunftsweisende Ausgestaltung des europäischen Flüchtlingsrechts dienen. Die entsprechende Passage des Wahlprogrammtextwurfs soll daher gestrichen werden.

Integrationspolitisch sollte im Programm unsere langjährige Forderung nach einem Anspruch von Asylsuchenden auf Teilnahme an den Integrationskursen ausdrücklich verankert werden. Eine wichtige integrationspolitische Baustelle, die wir angehen sollten, ist außerdem die Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie. Bei allen integrationspolitischen Fragen sollte wiederum der Mensch im Mittelpunkt stehen und Integration daher als partizipativer Prozess verstanden werden.

Im Übrigen dient der Änderungsantrag der Beseitigung von rechtlichen Fehlbewertungen (Verfolgungsbegriff vs. Vertreibungsbegriff; Großzügigkeit des deutschen Asylsystems...) und holprigen Formulierungen sowie der Herstellung einer größeren argumentativen Stringenz.

Unterstützer*innen

Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Martin Eiselt (Havelland KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV)

WB-FU-01-210 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 210:

wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte ~~Flüchtlinge~~Geflüchtete wollen wir den

WB-FU-01-214 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Kreisverband Dresden

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 214:

Integration von FlüchtlingenGeflüchteten anpacken, Kommunen besser ausstatten

Begründung

Die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ ist durch den Suffix „-ling“ bereits wertend konnotiert. Außerdem ist der Gebrauch bei Menschen, deren Flucht bereits abgeschlossen ist, unsachgemäß. Die Begriffe „Geflüchtete“ und „Flüchtende“ sind eindeutiger und neutraler.

Von Flüchtenden ist zu sprechen, wenn sich die betreffenden Menschen noch auf der Flucht befinden.

Von Geflüchteten ist zu sprechen, wenn die Flucht bereits abgeschlossen ist.

Für den Begriff „Flüchtlingspolitik“ sowie andere Wortzusammensetzungen lies sich leider kein eindeutiges Synonym finden.

WB-FU-01-217 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

In Zeile 217 einfügen:

Perspektiven zu eröffnen. Dazu gehört für uns auch ein Abschiebestopp nach Afghanistan und in alle Krisen- und Konfliktregionen. Die Grundlage dafür ist, dass sie schnellstmöglich an

WB-FU-01-217-2* Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 217 bis 219:

Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, ~~dass sie schnellstmöglich an~~ der Zugang zu Integrations- und Sprachkursen ~~teilnehmen können~~ - ohne Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus, die Anerkennung der Abschlüsse und mitgebrachten Kenntnisse sowie eine gute Beratungsstruktur zu Arbeitsmarktzugang und Wohnungssuche. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen

Begründung

mündlich

WB-EW-01-002 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 2:

Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weitergebracht. In ~~einem Europa~~einer EU der

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.

WB-EW-01-003 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 3 einfügen:

offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung noch enger zusammengerückt ist,

Begründung

Die Verschränkung der Welt ist kein neues Phänomen.

WB-EW-01-004 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 4:

in der Krisen und Konflikte zunehmen, ist die Migration von ~~Fachkräften und Arbeitssuchenden~~ Menschen
weiterhin

Begründung

Verengung auf Arbeiter*innen ist unnötig. Und Migration ist kein neues Phänomen, sondern ein immanenter Teil der Menschheitsgeschichte.

WB-EW-01-004-2* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 3 bis 4 löschen:

offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung zusammengerückt ist, ~~in der Krisen und Konflikte zunehmen~~, ist die Migration von Fachkräften und Arbeitsuchenden

Begründung

mündlich

WB-EW-01-004-3* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 3 bis 4 löschen:

offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung zusammengerückt ist, ~~in der Krisen und Konflikte zunehmen~~, ist die Migration von Fachkräften und Arbeitsuchenden

Begründung

mündlich

WB-EW-01-010* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 10 löschen:

Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, es zählt, wo ~~w~~o sie oder er hinwill. Wir kennen

Begründung

redaktionell

WB-EW-01-013 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 13 bis 16:

~~Deutschland ist im Wettbewerb um den Zuzug von Fachkräften und um die besten Köpfe aus aller Welt bislang nur mäßig erfolgreich. Auch ist unser Aufenthaltsrecht nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften zumindest abzumildern.~~ Auch ist unser Aufenthaltsrecht nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch Einwanderung zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert, unübersichtlich und

Unterstützer*innen

Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lukas Flohr (Köln KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Robert Schallehn (Köln KV); Anke Mönnink (Köln KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Christian Rothe-Auschra (Wolfenbüttel KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Marc Kersten (Köln KV); Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

WB-EW-01-013-2 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 13 bis 17 löschen:

~~Deutschland ist im Wettbewerb um den Zuzug von Fachkräften und um die besten Köpfe aus aller Welt bislang nur mäßig erfolgreich. Auch ist unser Aufenthaltsrecht nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert, unübersichtlich und überholt.~~

Begründung

Der erste Satz reduziert Menschen sprachlich auf ihren Arbeitswert. Die Folgesätze passen inhaltlich besser in den folgenden Absatz.

WB-EW-01-017 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 17 einfügen:

überholt.

Grüne Migrationspolitik ist emanzipatorisch. Wir sehen Migration als Chance an. Im Ausland erworbene Fähigkeiten können für Herkunftsländer signifikanten Wissens- und Technologietransfer bedeuten. Sie dürfen aber nicht zu einem Brain Drain führen. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Migrant*innen in ihrer Heimat die Chancen finden, ihre bei uns erworbenen Fähigkeiten anzuwenden. Wir wollen diese Staaten besser dabei unterstützen, Migration und Entwicklung zusammenzubringen und in Europa die Rahmenbedingungen so gestalten, dass auch hier Integration und Entwicklung für alle Beteiligten gelingen kann.

WB-EW-01-018 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Nach Zeile 18 einfügen:

Unser Aufenthaltsrecht ist nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert unübersichtlich und überholt.

Begründung

Der Änderungsantrag ist gekoppelt an den vorherigen (https://antraege.gruene.de/bdk41/Wir_gestalten_unser_Einwanderungsland_-42114/2578), in dem die Streichung des vorherigen Absatzes gefordert wird. Der Teil des vorherigen Absatzes passt an dieser Stelle.

WB-EW-01-021 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 21:

FachkräfteMenschen, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als

Unterstützer*innen

Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lukas Flohr (Köln KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Deniz Ertin (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Robert Schallehn (Köln KV); Anke Mönnink (Köln KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christian Rothe-Auschra (Wolfenbüttel KV)

WB-EW-01-024 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 24 bis 29:

Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten. ~~Sie sollen ebenso wie Asylsuchende und Geduldete ihren Aufenthaltsstatus einfacher ändern können, um sich dann als Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten einbringen zu können. Hier lebenden Migrantinnen und Migranten soll es möglich sein, sich länger im Ausland aufzuhalten (etwa aus beruflichen Gründen oder um sich im Herkunftsland zu engagieren), ohne ihren deutschen Aufenthaltstitel zu verlieren.~~ Hier lebenden Migrantinnen und Migranten soll es möglich sein, sich länger im Ausland aufzuhalten (etwa aus beruflichen Gründen oder um sich im Herkunftsland zu engagieren), ohne ihren deutschen Aufenthaltstitel zu verlieren. Damit wollen wir die internationale Mobilität im Interesse der Migrantinnen und Migranten, der Herkunftsstaaten wie auch der Bundesrepublik fördern. Asylsuchende und Geduldete, Studien- und Ausbildungsabbrecher*innen sollten – wie schon jetzt alle anderen rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer*innen – ihren aufenthaltsrechtlichen Status wechseln können, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen (Statuswechsel). Es macht keinen Sinn, von ihnen – wie es heute der Fall ist – zu verlangen, dass sie dafür zunächst im Herkunftsstaat ein Visumverfahren nachholen. Das ist eine zeitgemäße Einwanderungspolitik.

Begründung

Entsprechend dem Entwurf eines Einwanderungsgesetzes, den die Bundestagsfraktion ausgearbeitet hat, sollte die Forderung nach dem Statuswechsel für Asylsuchende und Geduldete, Studien- und Ausbildungsabbrecher*innen im Wahlprogramm im Detail wiedergegeben werden. Sie wird von der SPD und dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration abgelehnt, weil sie sie falsch verstehen und darin einen Pull-Effekt sehen, der aus Sicht der Bundestagsfraktion zu vernachlässigen ist. An dieser Stelle stärkt das Detail die Überzeugungskraft der Forderung.

Eine zentrale Forderung unseres Einwanderungsgesetzes ist zudem die Förderung der internationalen Mobilität. Es liegt im Interesse von Migrant*innen, Herkunftsstaaten und Aufnahmestaaten gleichermaßen, wenn sich Fachkräfte und ihre Familien möglichst unproblematisch über Grenzen hinweg bewegen können. Das erhöht die Bereitschaft zu internationalem Austausch und nachhaltiger Investition und sollte daher ausdrücklich angesprochen werden.

Unterstützer*innen

Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Jamila Schäfer (München KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cornelia Schröder (Köln

KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-EW-01-035 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 35 bis 39:

Integration ist keine Einbahnstraße und stellt sowohl Anforderungen an die Menschen, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben Aufnahmegesellschaft. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration der wird Teilhabe durch den Erwerb der deutschen Sprache, ein den Zugang zu guter Bildung, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, perspektivisch der und den perspektivischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gewährleistet. Dies kann nur gelingen, wenn wir strukturelle Hürden und Diskriminierung abbauen sowie nicht zuletzt die Integration in die demokratische Wertegemeinschaft Akzeptanz und Anerkennung auch von der Mehrheitsgesellschaft fordern und fördern.

Begründung

Integration ist ein negativ konnotiert Begriff, wenn er benutzt wird, sollte klar werden, dass Integration nicht nur die Aufgabe der (Neu-)Ankommenden ist, sondern damit auch Forderungen an die Mehrheitsgesellschaft einhergehen.

Unterstützer*innen

Filiz Kekülluoglu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Urban Aykal (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Ingmar Mundt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

WB-EW-01-035-2 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 35 bis 36:

~~Integration stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben.~~ Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft, sich miteinander auseinanderzusetzen, abverlangt. Dabei sind die Werte des Grundgesetzes Grundlage für das Zusammenleben in unserem Land, nicht eine diffuse „Leitkultur“. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration der Erwerb der

Begründung

Integration ist dynamisch und sollte partizipativ verstanden und ausgestaltet werden. Wir setzen auf rechtsverbindliche Integrationsangebote statt Sanktionskeulen und stellen klar, dass Integration auf dem Boden des Grundgesetzes erfolgt, nicht nach Maßgabe einer wie auch immer gearteten Leitkultur.

Unterstützer*innen

Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-EW-01-035-3* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 35 bis 39:

~~Integration stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration der Erwerb der deutschen Sprache, ein Zugang zu guter Bildung, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, perspektivisch der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sowie nicht zuletzt die Integration in die demokratische Wertegemeinschaft.~~ Integration bedeutet für uns gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Ressourcen für alle Menschen. Das bedeutet, dass allen Menschen in gleicher Weise der Zugang zu guter Bildung, zum Arbeitsmarkt, zum Wohnungsmarkt und auch zur politischen Partizipation offen stehen muss. Wir finden, dass eine Gesellschaft, die so stark von Migration geprägt ist, wie unsere, es nicht dulden kann, wenn Menschen aufgrund von Hautfarbe, ethnischer Herkunft oder Religion ausgegrenzt werden. Stattdessen sollten wir die Diversität unserer Gesellschaft und das Potenzial, das in ihr steckt, anerkennen.

Begründung

mündlich

WB-EW-01-039 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 39 einfügen:

Integration in die demokratische Wertegemeinschaft.

Dabei brauchen sie Unterstützung. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass endlich alle Menschen, die nach Deutschland kommen, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen, Anspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen und weiteren Integrationsangeboten erhalten. Und wir wollen dafür sorgen, dass zivilgesellschaftliche Angebote und insbesondere auch Initiativen von Migrant*innen und Geflüchteten selbst, die Neuankommenden die Orientierung in einer neuen Umgebung erleichtern, besser gefördert und unterstützt werden.

Begründung

Integration ist dynamisch und sollte partizipativ verstanden und ausgestaltet werden. Wir setzen auf rechtsverbindliche Integrationsangebote statt Sanktionskeulen und stellen klar, dass Integration auf dem Boden des Grundgesetzes erfolgt, nicht nach Maßgabe e

Unterstützer*innen

Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Andreas Ewald (Darmstadt KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-EW-01-042 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 42 löschen:

einen sicheren Aufenthaltsstatus ~~bzw. eine Bleibeperspektive~~ hat, findet die nötige

Begründung

Der Familiennachzug soll nicht nur entbürokratisiert werden; vielmehr sollen auch die rechtlichen Hürden beim Familiennachzug abgebaut werden. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollten nicht kriminalisiert werden; ihr Anspruch auf soziale Rechte (z.B. die Ausstellung von Geburtsurkunden) muss gewährleistet werden.

Unterstützer*innen

Melissa Zier (Rems/Murr KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-EW-01-045 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 45 einfügen:

Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Hierbei wollen wir den spezifischen Anforderungen von Frauen und der Betreuung ihrer Kinder Rechnung tragen. Wir wollen unbürokratische

WB-EW-01-045-2 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 45 bis 46:

Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Wir wollen ~~unbürokratische Möglichkeiten für den~~sinnlose und bürokratische Hürden beim Mit-~~bzw. den~~und Nachzug von Familienangehörigen wie den Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise abbauen. Deutsch lernt man am Besten in Deutschland. Das Bildungssystem

Begründung

Der Familiennachzug soll nicht nur entbürokratisiert werden; vielmehr sollen auch die rechtlichen Hürden beim Familiennachzug abgebaut werden. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollten nicht kriminalisiert werden; ihr Anspruch auf soziale Rechte (z.B. die Ausstellung von Geburtsurkunden) muss gewährleistet werden.

Unterstützer*innen

Melissa Zier (Rems/Murr KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-EW-01-048 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 48 einfügen:

Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können. Wir wollen insbesondere die Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen mit Migrationshintergrund steigern, um ihre eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen. Wir werden die

WB-EW-01-050 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 50 einfügen:

Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen. Menschen, die sich ohne Papiere in Deutschland aufhalten, wollen wir den Zugang zu völkerrechtlich verbürgten sozialen Rechten verschaffen, keinem Kind soll in Deutschland die Geburtsurkunde verwehrt werden. Verstöße gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften wollen wir entkriminalisieren, da das Strafrecht zur Sanktionierung von administrativem Fehlverhalten nicht geeignet ist.

Begründung

Der Familiennachzug soll nicht nur entbürokratisiert werden; vielmehr sollen auch die rechtlichen Hürden beim Familiennachzug abgebaut werden. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollten nicht kriminalisiert werden; ihr Anspruch auf soziale Rechte (z.B. die Ausstellung von Geburtsurkunden) muss gewährleistet werden.

Unterstützer*innen

Melissa Zier (Rems/Murr KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Lukas Flohr (Köln KV); Antje Westhues (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Meinke (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Samuel Nwankwo (Unna KV)

WB-EW-01-053* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 53 bis 55 löschen:

ist unser Grundgesetz und seine Grundwerte. ~~Bei der Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten und der Freiheit anderer kann es für niemanden Rabatt geben, gleich ob jemand aus Damaskus oder aus Dresden kommt.~~

Begründung

mündlich

WB-EW-01-054 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 54 bis 55 löschen:

und der Freiheit anderer kann es für niemanden Rabatt geben, ~~gleich ob jemand aus Damaskus oder aus Dresden kommt.~~

Begründung

Keine Stigmatisierung von Dresden oder Damaskus

WB-EW-01-055 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Johannes Wiegel (Trier KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Nach Zeile 55 einfügen:

Für eine gelungene Integration: Den Zugang zu Arbeit und Ausbildung verbessern Erwerbstätigkeit ist in vielen Punkten eine wichtige Säule erfolgreicher Integration: Neben der Selbstverwirklichung bedeutet sie auch finanzielle Unabhängigkeit, Partizipation und beugt gesellschaftlichen Segregationstendenzen vor. Arbeit welche über das Verrichten von Anlern- und Hilfstätigkeiten hinausgeht, ist daher für uns ein unverzichtbarer Faktor für eine gelungene Integration. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass Arbeitsmarktpolitik hinsichtlich der Zielgruppe der geflüchteten Menschen nicht losgelöst von Sprachförderung, Bildungsangeboten und Alltagsunterstützung betrachtet werden kann. Wir wollen daher die bestehenden Förderinstrumente für Arbeit und Ausbildung besser mit den vorgenannten Ergänzungen verzahnen. Außerdem wollen wir den Zugang zu diesen Instrumenten und zur Sprachförderung vereinfachen indem wir deren Abhängigkeit von Herkunftsland und der rechtlich nicht definierten „guten Bleibeperspektive“ aufheben. Das Gesamtpaket der Unterstützungsleistung darf sich dabei nicht in punktuellen Maßnahmen erschöpfen, sondern muss die gesamte Bildungs- und Erwerbsbiographie umfassen und beginnt mit ausreichenden Möglichkeiten zum Spracherwerb für alle Geflüchteten. Dazu gehört auch eine Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse, sowie Kompetenzfeststellungen nicht nur mittels standardisierter Verfahren. Sollten die so festgestellten Kompetenzen für den deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt noch nicht ausreichen, fordern wir ein am individuellen Qualifikationsziel ausgerichtetes sprachliches wie fachliches Unterstützungsangebot. Für eine Ausbildung als Grundlage eines erfolgreichen Erwerbslebens ist eine formale Grundbildung unabdingbar. Aufgrund von Flucht, Krieg und Vertreibung fehlt diese jedoch häufig auch bei denjenigen, die nach deutschem Recht nicht mehr schulpflichtig sind. Für uns ist das Grundrecht auf Bildung nicht verhandelbar und schließt die Gruppe der Geflüchteten mit ein. Eine Höchstaltersgrenze für ihren Schulbesuch halten wir daher für nicht zulässig.

Begründung

Seit jeher ist die Arbeitsmarktpolitik bei uns Grünen ein in Wahlkämpfen nur mit sehr untergeordneter Priorität gesetztes Thema. Auch im vorliegenden Programmentwurf ist dieses Phänomen zu beobachten. Besonders im Bereich der Integrationspolitik, zu welcher unbestreitbar auch Maßnahmen und Strukturen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes gehören, bleibt der Entwurf leider sehr oberflächlich. Es gibt zwar vereinzelt (bspw. in den Kapiteln WB-FU unter „Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen“ oder in GS-KS unter „Zugänge zur Arbeit schaffen“) Punkte, welche in dieses Themenfeld gehören, jedoch sind jene inhaltlich zu kurz gegriffen und es fehlt eine Gesamtschau unserer Ziele für die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen. Hinzu kommt, dass gerade (potenziell) Grünen-Wähler*innen, in diesem Bereich überproportional häufig engagiert sind. Eine Konkretisierung und Bündelung der an einzelnen Stellen im Wahlprogramm bereits zu findenden Bausteine ist daher unumgänglich.

Die für die Arbeitsmarktintegration relevanten Rechtgrundlagen sind äußerst komplex. Ursache ist eine noch immer vorherrschende Nichtakzeptanz Deutschlands als Einwanderungsland. Das Resultat ist ein juristischer Flickenteppich aus Willkommenskultur und Abschottungstendenzen der ebenso fragmentierte institutionelle Zuständigkeiten produziert. Ein Einwanderungsgesetz, ist daher unumgänglich.

Aktuell fokussiert sich der Zugang sowohl zu den arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten als auch zu den Möglichkeiten der Sprachförderung auf Menschen aus den 5 als unsicher deklarierten Herkunftsstaaten. Menschen im laufenden Asylverfahren oder Geduldete aus Ländern die als nicht-unsicher eingestuft sind, werden deutlich benachteiligt. Die Herausforderung geflüchtete Menschen in Deutschland zu integrieren, ist so zum Scheitern verurteilt und gefährdet den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt.

Desweiteren richten sich die Fördermaßnahmen deutscher Arbeitsmarktpolitik an Trägergrenzen, Rechtskreisen und Maßnahmenlogiken aus. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass dies bei geflüchteten Menschen nicht zielführend ist. Hier müssen ganzheitliche Ansätze über institutionelle Zuständigkeiten hinweg hinsichtlich Spracherwerb und -förderung, grundständige Bildung, Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Fördermitteln sowie sozialpädagogische Begleitung etabliert werden.

Unterstützer*innen

Isabel Lutz (Trier KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Michael Lichter (Trier KV); Marc Kersten (Köln KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Burkhard Vogel (Trier KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Marius Kühne (Münster KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Michael Fickinger (München KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Dörte Bernhardt (Südliche Weinstraße KV); Klaus Ernst Harter (Sigmaringen KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Dirk Raik Dreher (Ludwigshafen-Stadt KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Rudolf Haug (Biberach KV)

WB-EW-01-059* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 59:

schnelle Einbürgerungen, sondern auch das sogenannte Geburtsrecht sowie ~~den Doppelpass~~die Mehrstaatigkeit

Begründung

mündlich

WB-EW-01-062 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Nach Zeile 62 einfügen:

Wir stehen auch in Zukunft unabdingbar zur doppelten Staatsbürgerschaft, lehnen eine Optionspflicht ab und fordern ein Einwanderungsgesetz. Wir setzen uns uneingeschränkt für die Willkommenskultur in diesem Land ein. Dies gilt insbesondere auch für die hier lebenden eingewanderten Menschen mit Migrationshintergrund.

Begründung

Die CDU/CSU und rechtspopulistische Parteien versuchen mit der Diskussion um den Doppelpass ein ausländerfeindliches Klima zu erzeugen und gehen den Rechtspopulisten auf den Leim. Gerade jetzt nach dem Referendum in der Türkei die Abschaffung des Doppelpasses zu verlangen ist zynisch und zeugt von der Verachtung und Missachtung für die Menschen mit Migrationshintergrund. Es sollte den zukünftigen fünften Generationen der Einwandererfamilien überlassen werden, ob sie sich ausschließlich für den Ausweis der Bundesrepublik Deutschland entscheiden. Die Kindes- und Kindeskindern werden dies dann sicher selbstbewusst entscheiden können. Dazu bedarf keiner Optionspflicht. Die Integration der eingewanderten und geflüchteten Menschen wird insbesondere auch davon abhängen, dass sich unserer Land zu einer Einwanderungsgesellschaft mit gleichen Chancen und Rechten für Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt. Diese Einwanderungsgesellschaft ist längst Realität und sollte endlich akzeptiert und gelebt werden. Deshalb fordern wir ja seit vielen Jahren ein Einwanderungsgesetz, das von CDU/CSU und den Rechtspopulisten abgelehnt wird. Wir verteidigen die doppelte Staatsbürgerschaft – als Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung der Lebensrealität von Menschen mit Migrationshintergrund - und setzen uns dafür ein, dass eingewanderte und geflüchtete Menschen auf der Grundlage unseres Grundgesetzes die gleichen Rechte und Unterstützung von Anfang an (z. B. in KITAS, Bildung, Arbeitsmarkt etc.) in unserer Gesellschaft bekommen. Gelingt diese Integration, Wertschätzung und Anerkennung – was bei vielen jungen Menschen auch bereits erfolgt, wie ich aus der Erfahrung als Lehrer an einer Berufsschule erfahre, dann hat sich die Diskussion erübrigt, weil die Zweisprachigkeit und der kulturelle Hintergrund positiv wahrgenommen und als Bereicherung in unserer Gesellschaft empfunden wird. Der zweite Ausweis wird dann in der Schublade liegen und verstauben.

Unterstützer*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Robin Luge (Harz KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Kerstin Dehne (München KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); David Allison (Reutlingen KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Ingrid Träger (Recklinghausen KV)

WB-EW-01-062-2 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 62 einfügen:

Pässen entscheiden zu müssen, gänzlich abschaffen und das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft vollständig aus dem Staatsangehörigkeitengesetz streichen. Denn wer festlegen will, für welche Nationalitäten die doppelte Staatsbürgerschaft möglich ist und für welche nicht, misst stets mit zweierlei Maß und schafft unbegründbare Ungerechtigkeiten.

WB-EW-01-067 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 67 einfügen:

Wahlen teilnehmen können. Darüber hinaus setzen wir uns für weitere demokratische Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland ein.

Begründung

Unser Einsatz für das Kommunalwahlrecht ist ein erster Schritt. Wir müssen aber Debatten über demokratische Teilhabe weiterführen.

WB-EW-01-067-2 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: KV Münster

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 67 einfügen:

Wahlen teilnehmen können. Darüber hinaus wollen wir den in Deutschland lebenden Einwanderinnen und Einwanderern das aktive Wahlrecht bei Bundestags- und Landtagswahlen einräumen, nachdem sie fünf Jahre lang ununterbrochen in Deutschland gelebt haben. Deutschland soll sich auf EU-Niveau dafür einsetzen, dass auch die Einwanderinnen und Einwanderer anderer EU-Staaten das aktive Wahlrecht bei nationalen und regionalen Wahlen erhalten.

Begründung

Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer Nationalität in dem Land resp. der Region mitbestimmen können, in welchem/-r sie leben. Schließlich sind sie auch von den politischen Entscheidungen, die dort getroffen werden, direkt betroffen. Durch die Aufenthaltsfrist wird sichergestellt, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger schon die Möglichkeit hatten, sich über die verschiedenen Parteien und ihre jeweiligen Programme sowie die politische Aktualität zu informieren.

WB-EW-01-072 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 72 bis 74:

~~Fachkräften~~Menschen ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen ~~dafür~~ eine Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein ~~möglicher~~ Spurwechsel zwischen Asyl und Einwanderungsrecht ~~hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen~~soll möglich sein. So können Asylbewerber bei

Unterstützer*innen

Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Deniz Ertin (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Robert Schallehn (Köln KV); Anke Mönnink (Köln KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Inge Ganter (Karlsruhe-Land KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Christian Rothe-Auschra (Wolfenbüttel KV)

WB-EW-01-078* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 78:

~~Hier geboren, hier zu Hause~~ für ein Ein modernes ~~Staatsbürgerschaftsrecht~~ Staatsbürgerschafts- und Wahlrecht für die Migrationsgesellschaft

Begründung

mündlich

WB-EW-01-079* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 79 bis 86:

Ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht muss den Realitäten einer ~~globalisierten Welt gerecht werden. Deshalb wollen wir den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch, wenn sich ein Elternteil hier legal aufhält. Alle, die auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen sich nicht mehr zwischen der einen oder der anderen entscheiden. Wir wollen Einbürgerungen erleichtern. Alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben.~~ Migrationsgesellschaft gerecht werden. Deshalb wollen wir den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch, wenn sich ein Elternteil einen sicheren Aufenthaltsstatus hat. Wir wollen darüber hinaus Einbürgerungen erleichtern, die Mehrstaatigkeit für alle ermöglichen und das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

Begründung

mündlich

WB-EW-01-088* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

In Zeile 88:

EinwanderinnenMenschenrechtsbildung und **Einwanderern eine Stimme geben**Antidiskriminierungspolitik
in der vielfältigen Gesellschaft

Begründung

mündlich

WB-EW-01-089* Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Von Zeile 89 bis 94:

~~Demokratie und Beteiligung muss in einem Einwanderungsland entlang der Vielfalt der Menschen organisiert werden. Mehr Demokratie heißt für uns auch, dass mehr Menschen mitmachen und sich beteiligen dürfen. So wollen wir das kommunale Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln und nicht nach der Staatsbürgerschaft. Dann können auch diejenigen an kommunalen Wahlen teilnehmen, die keinen deutschen oder EU-Pass aber ihren ständigen Wohnsitz hier haben. Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben.~~Alltagsrassismus und Diskriminierung finden in unserer Gesellschaft statt. Wir wollen verhindern, dass Menschen aufgrund von Geschlecht, Alter, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität oder Behinderung ausgegrenzt oder gar angegriffen werden. Deshalb werden wir das AGG reformieren und dort ein Verbandsklagerecht verankern. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird dazu finanziell besser ausgestattet werden und mehr Befugnisse erhalten. Für eine gelungene Gleichstellung ist das Empowerment der Betroffenen zentral. Deshalb werden wir uns für eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur für Betroffene von rassistischer und anderer Diskriminierung einsetzen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass das Thema Menschenrechtsbildung in Schulen und Universitäten verankert wird. Dazu soll vom Deutschen Institut für Menschenrechte und der Kultusministerkonferenz eine erste Handreichung „Menschenrechtsbildung“ in Anlehnung an den „Kompass Menschenrechte“ entstehen.

Begründung

mündlich

WB-EW-01-094 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu WB-EW-01

Nach Zeile 94 einfügen:

Migrant*innen mehr ins politische System einbinden

Die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Migrant*innen ist sehr gering. Dagegen wollen wir gezielt vorgehen. Wir wollen noch gezielter für ihre Interessen eintreten und ihnen zeigen, wie sie durch politische Partizipation selbst Einfluss auf politische Entscheidungen in Land und Kommune nehmen können. Wir wollen die Einwanderinnen und Einwanderer motivieren, sich mit dem politischen System Deutschlands zu beschäftigen, denn die Einbindung der Migrant*innen ins politische System führt automatisch zu mehr Integration und Demokratisierung.

Begründung

Bei der Bundestagswahl 2009 waren 5,6 Mio. Personen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt. 2013 waren es 5,8 Mio. Rund 200.000 Personen mehr. Diese Zahl hat sich bis jetzt deutlich erhöht und wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch weiter erhöhen. Trotz dieser Zahlen, spielte diese Wählergruppe bei den letzten Bundestagswahlen keine besonders große Rolle. Ein Grund dafür dürfte auch die sehr geringe Wahlbeteiligung der Migrant*innen sein. Dies wird sich aber zunehmend ändern. Durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft der überdurchschnittlich jungen Migrant*innen und der wachsenden Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe, werden Migrant*innen für Parteien als potenzielle Wählergruppe immer wichtiger.

Viele haben Angst vor gesellschaftlicher Diskriminierung. Besonders jetzt, in einer Zeit, in der wir uns gerade befinden, in der die AFD-Chefin Frauke Petri, Marine Le Pen vom Front National, der Islamkritiker Geert Wilders von der holländischen Freiheitspartei und sogar Donald Trump, als Präsident eines Staates, der sich als Vermittler von Werten wie Menschenrechte und Moral versteht, immer stärker werden und sich offen gegen Migrant*innen aussprechen. Und umso wichtiger ist es jetzt, diese Wählergruppe für sich zu gewinnen und ihnen zeigen, dass sie durch politische Partizipation Einfluss auf politische Entscheidungen in Land und Kommune nehmen können. Diese Gelegenheit müssen wir jetzt ergreifen und dürfen es nicht der SPD überlassen.

Unterstützer*innen

Sabine Kashi (Hamburg-Wandsbek KV); Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV); Uwe Halpap (Hamburg-Wandsbek KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV); Gudrun Schitteck (Hamburg-Harburg KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Ursula Martin (Hamburg-Wandsbek KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV); Kemal Anil Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV)

FH-01-001 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Titel

Ändern in:

Freiheit im Herzen - Freiheit und Sicherheit

Begründung

Die Überschriften sind zwar kurz und prägnant, aber wenig aussagekräftig. Freiheit im Herzen zu haben ist zwar gut, aber es fehlt die Aktion und die Richtung. Ohne Freiheit ist Sicherheit nichts wert. Ohne Sicherheit können wir unsere Freiheit nicht leben.

FH-01-001-2 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 1 löschen:

~~Deutschland ist heute ein weitgehend offenes und tolerantes Land.~~ Die Menschen können selbst

Begründung

Die Aussage des Satzes findet sich schon in den darauf folgenden Sätzen wieder und ist daher entbehrlich.

FH-01-001-3 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 1:

~~Deutschland~~ Freiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine sichere Gesellschaft. Nur wenn die Menschen sicher sein können, dass ihre Grundrechte durch den Staat geschützt und verteidigt werden, wenn sie keine Angst vor übermäßigen staatlichen Eingriffen haben müssen, können sie sich tatsächlich auch sicher fühlen in dem, was sie tagtäglich sagen oder tun. Sicherheit ist auch die Sicherheit vor staatlichen Eingriffen.

Deutschland ist heute ein weitgehend offenes und tolerantes Land. Die Menschen können selbst

Begründung

Der hinzugefügte Absatz macht deutlich, dass Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind und dass BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN dafür einstehen, auch für Sicherheit zu sorgen, allerdings nicht auf Kosten von Freiheitsrechten. Eine derartige deutliche Einleitung fehlte dem Kapitel bisher. Der Absatz ersetzt gleichzeitig den dritten Absatz des Kapitels FH-SF 01, der im Wesentlichen eine Umformulierung der mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden CDU-Forderung der Anerkennung eines „Supergrundrechts Sicherheit“ darstellt. Dieses ist entschieden abzulehnen.

FH-01-001-4 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 1 bis 4:

~~Deutschland ist heute ein weitgehend offenes und tolerantes Land. Die Menschen können selbst bestimmen, wie sie leben wollen. Sich in den vergangenen Jahrzehnten zu öffnen, hat Deutschland gut getan. Die Vielfalt ist ein Reichtum, die unser Land lebendig macht und wachsen lässt.~~
In den letzten Jahrzehnten wurde unsere Gesellschaft offener und vielfältiger. Gerade progressive zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Bewegungen haben häufig mit grüner Unterstützung wichtige Fortschritte erkämpft. Trotzdem gibt es noch viel zu tun auf dem Weg hin zu einer offenen Gesellschaft, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

FH-01-005 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 5:

~~Doch diese offene Gesellschaft wird~~ Leider werden gerade ~~massiv~~ auch die bisher erreichten
Errungenschaften in Frage gestellt. Religiöse und

FH-01-005-2* Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 5 bis 6:

Doch diese offene Gesellschaft wird gerade massiv in Frage gestellt. ~~Religiöse~~Islamisten und ~~politische~~Fanatiker fordern denRechtsextremisten greifen unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat mit terroristischen Anschlägen herausan.

Begründung

mündlich

FH-01-006 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 6:

politische Fanatiker fordern ~~den Rechtsstaats~~ie mit terroristischen Anschlägen heraus.

Begründung

Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass die Ausübung staatlicher **Macht** nur auf der Grundlage der **Verfassung** und von formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen mit dem Ziel der Gewährleistung von **Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit** und **Rechtssicherheit** zulässig ist, so der Staatswissenschaftler Klaus Stern. Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen vor staatlicher Willkür. Er verpflichtet die staatlichen Behörden, nicht den Einzelnen. Wenn er angegriffen wird, dann durch einen Gesetzgeber, der das faire Verfahren beeinträchtigen und den Rechtsweg beschränken will, nicht durch Terrorist*innen, Rassist*innen und Faschist*innen. Um vom Einzelnen den Respekt der Gesetze einzufordern, braucht man den Rechtsstaat nicht – auch in der Diktatur wird vom Einzelnen der Respekt der Gesetze eingefordert. Wer den Rechtsstaat beliebig bemüht, wie so mancher Konservativer in der Flüchtlingsdebatte, lässt ihn zur leeren Floskel verkommen und entwertet das Konzept. Dieses Spiel sollten wir Grünen nicht mitspielen. Deswegen soll der Begriff an einer Stelle gestrichen und an weiteren Stellen durch den Begriff der Demokratie ergänzt werden.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Frank Jablonski (Köln KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Brian Krause (Stuttgart KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-01-009 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 9 einfügen:

Hetze. Dagegen setzen wir Grünen: Keine Toleranz der Intoleranz! Wir kämpfen für Vielfalt, Feminismus,

FH-01-009-2 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 9 einfügen:

Hetze. Dagegen setzen wir Grünen: Keine Toleranz gegenüber der Intoleranz! Wir kämpfen für Vielfalt,

Begründung

Redaktionelle Ergänzung, die den Text sprachlich verbessert.

FH-01-010 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 10 bis 11:

Offenheit und ein friedliches Zusammenleben. Wir ~~werden überall da aktiv, wo der Rechtsstaat angegriffen wird~~ setzen uns für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Denn nur ein starker, demokratischer Rechtsstaat gewährt Sicherheit und schützt die

Begründung

Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass die Ausübung staatlicher Macht nur auf der Grundlage der Verfassung und von formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen mit dem Ziel der Gewährleistung von Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit zulässig ist, so der Staatswissenschaftler Klaus Stern. Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen vor staatlicher Willkür. Er verpflichtet die staatlichen Behörden, nicht den Einzelnen. Wenn er angegriffen wird, dann durch einen Gesetzgeber, der das faire Verfahren beeinträchtigen und den Rechtsweg beschränken will, nicht durch Terrorist*innen, Rassist*innen und Faschist*innen. Um vom Einzelnen den Respekt der Gesetze einzufordern, braucht man den Rechtsstaat nicht – auch in der Diktatur wird vom Einzelnen der Respekt der Gesetze eingefordert. Wer den Rechtsstaat beliebig bemüht, wie so mancher Konservativer in der Flüchtlingsdebatte, lässt ihn zur leeren Floskel verkommen und entwertet das Konzept. Dieses Spiel sollten wir Grünen nicht mitspielen.

Deswegen soll der Begriff an einer Stelle gestrichen und an weiteren Stellen durch den Begriff der

Demokratie ergänzt werden.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Frank Jablonski (Köln KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Brian Krause (Stuttgart KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-01-013 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Anna Schmidhuber (München-Land KV)

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 13 bis 19:

~~Deutschland 2017 gründet auf Vielfalt und Gleichberechtigung. Mit uns gibt es keinen Rückfall in eine Gesellschaft, in der Richterinnen oder Automechanikerinnen nicht vorgesehen waren und alleinerziehende Eltern schief angeschaut wurden. Kein Zurück in eine Zeit, in der Männer, die Männer lieben, und Frauen, die Frauen lieben, zu einem öffentlichen Skandal wurden. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde, ganz gleich aus welcher Ecke Hass und Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus kommen.~~
Grüne Gesellschaftspolitik ist feministische Politik. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen – ganz unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, ihrem Alter, ihrer Weltanschauung, ihrer beruflichen oder finanziellen Situation, ihrem Aussehen, ihren Fähigkeiten – frei, selbstbestimmt und sicher leben können. Das bedeutet auch, dass die Rechte von Frauen, von Männern, von LSBTIQ, von Menschen mit Behinderung, von Migrant*innen, von Menschen eines bestimmten Glaubens Menschenrechte sind und als solche in jeder politischen Diskussion berücksichtigt werden. In einem grün-feministischen Gesellschaftsmodell ist kein Platz für Antifeminismus oder Sexismus, für Rassismus, Behindertenfeindlichkeit, LSBTIQ-Feindlichkeit, Klassismus, Antisemitismus oder jegliche andere Form von Diskriminierung und Gewalt. Das gelingt nur, wenn wir untereinander solidarisch sind und gemeinsam für unsere Rechte eintreten. Diskriminierungen aufgrund mehrerer Merkmale, insbesondere aufgrund von Rasse, Klasse und Geschlecht, werden zusammen gedacht und trotzdem auch jede Gruppe spezifisch adressiert.

Unterstützer*innen

Antje Wagner (München-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Susanna Scherer (Aschaffenburg-Land KV); Evi Karbaumer (München-Land KV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Gianina Zimmermann (Main-Taunus KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Natascha Kauder (Frankfurt KV); Katja Wolke (Magdeburg KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Simone Krois (München-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Stefanie König (Rosenheim KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV)

FH-01-013-2 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 13 bis 19:

~~Deutschland 2017 gründet auf Vielfalt und Gleichberechtigung. Mit uns gibt es keinen Rückfall in eine Gesellschaft, in der Richterinnen oder Automechanikerinnen nicht vorgesehen waren und alleinerziehende Eltern schief angeschaut wurden. Kein Zurück in eine Zeit, in der Männer, die Männer lieben, und Frauen, die Frauen lieben, zu einem öffentlichen Skandal wurden. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde, ganz gleich aus welcher Ecke Hass und Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus kommen.~~
Wir wollen, dass unsere Gesellschaft auf Vielfalt und Gleichberechtigung gründet und allen ihren Mitgliedern die Wahrnehmung ihrer Freiheits- und Bürgerrechte ermöglicht. Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt, vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Niemand darf wegen der Geschlechtsidentität, aus rassistischen Gründen, aufgrund der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung ausgegrenzt und benachteiligt werden. Trotz aller gesellschaftlichen Fortschritte sind Diskriminierung und Ungleichbehandlung für viele Menschen noch immer Alltag. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Ihr sagen wir weiterhin den Kampf an. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde, ganz gleich aus welcher Ecke Hass und LSBTIQ*-Feindlichkeit, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus kommen. Jede*r hat ein Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben. Daher werden wir Freiheiten weiter ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung vorantreiben.

Begründung

Es stimmt, dass die Gesellschaft heute weltoffener und aufgeschlossener gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt ist als noch vor vielen Jahren. Und an dieser Entwicklung haben wir Grüne maßgeblichen Anteil. Zu der Analyse des Status quo gehört aber auch dazu, dass Ausgrenzung und Diskriminierung noch immer Alltag für viele Bevölkerungsgruppen sind. Der antimuslimische Rassismus nimmt weiter zu, genauso wie die Diskriminierung aufgrund des sozialen Status. Gleichzeitig wächst die Abwertung von Geflüchteten, Muslim*innen und Sinti und Roma. Rechte Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte erreichen erschreckende Ausmaße. Und obwohl die Forderung nach Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule inzwischen eine deutliche gesellschaftliche Mehrheit hinter sich hat, wird eine politische Umsetzung fortwährend blockiert. Zudem haben viele Menschen nach wie vor grundsätzliche Vorbehalte, wenn sexuelle Vielfalt öffentlich sichtbar gelebt wird, zum Beispiel, wenn sich zwei Männer küssen.

Es reicht daher nicht, unsere Demokratie und die offene Gesellschaft zu verteidigen, sondern Bürger*innenrechte und ein diskriminierungsfreies Leben für alle Mitglieder unserer Gesellschaft müssen weiterhin erkämpft und durchgesetzt werden.

FH-01-017* Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 17 bis 19:

wurden. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde, ~~ganz gleich aus welcher Ecke Hass.~~ Wir dulden keinen Hass, keine Homo- und Homophobie, Transphobie, keinen Sexismus, keinen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus kommen oder Antiziganismus.

Begründung

mündlich

FH-01-018 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 18:

ganz gleich aus welcher Ecke Hass und **Homophobie**LSBTIQ*-Feindlichkeit, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus

Begründung

Die Begriffe Homo- und Transphobie suggerieren eine psychische Erkrankung, die tatsächlich nicht vorliegt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen soll als solche benannt werden.

FH-01-022 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Antje Wagner (München-Land KV)

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 22 einfügen:

abgesprochen, gleichberechtigt dazuzugehören.

Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für alle Menschen sind die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Jede*r Einzelne sollte sich nach eigenen Wünschen und Fähigkeiten entfalten und an der Gesellschaft teilhaben können, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, sozialer oder ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder Aussehen. Diesen Auftrag gibt uns das Grundgesetz – vor allem aber ist dieser Anspruch in unserer urgrünen DNA verankert.

Begründung

Ich möchte unser Wahlprogramm um diesen Absatz ergänzen um die Intersektionalität sichtbarer zu machen, die Teil unseres grünen Auftrags ist.

Unterstützer*innen

Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV); Anna Schmidhuber (München-Land KV); Susanna Scherer (Aschaffenburg-Land KV); Evi Karbaumer (München-Land KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Gianina Zimmermann (Main-Taunus KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Natascha Kauder (Frankfurt KV); Katja Wolke (Magdeburg KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)

FH-01-025 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 25 einfügen:

indem sie geltendes Recht effizient anwendet – statt mit politischen Placebos. Wir statten Gerichte,

Begründung

Die Auszehrung des Personalstands der Gerichte führt zu langen Zeiten zwischen Anklage und Verurteilung oder zu Kuhhandel zwischen Verteidigern und Gericht. Beides schadet dem Rechtsstaat.

FH-01-025-2 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 25:

indem sie geltendes Recht effizient anwendet – statt mit ~~politischen Placebos~~ Symbolpolitik. Wir statten

Begründung

Üblicherweise wird das Wort Symbolpolitik verwendet, um die Untauglichkeit der Maßnahmen auszudrücken. Ein Placebo wäre "nur" wirkungslos.

FH-01-027 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 27 einfügen:

Weiterbildung und zeitgemäßer Technik. Fehlerquellen und Einschränkungen von Bürger*innenrechten werden wir schonungslos aufdecken und

Begründung

Es gibt keine Sicherheit ohne Freiheit. Wir müssen uns also gleichermaßen für die Behebung von Mängeln in der jetzigen Sicherheitsarchitektur wie gegen den Abbau von Bürger*innenrechten einsetzen. In der gesamten Einleitung für das Hauptkapitel „Freiheit im Herzen“ fällt anderenfalls

der Begriff der „Bürger*innenrechte“ nicht ein einziges Mal.

FH-01-027-2 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 27:

Weiterbildung und zeitgemäßer Technik. Fehlerquellen werden wir ~~schonungslos aufdecken~~identifizieren
und

Begründung

”Schonungslos aufdecken” klingt nach mit allen Mitteln. Wir wollen jedoch eine sachorientierte Aufklärung, gerade keine emotional gesteuert, was der Begriff ”identifizieren” besser ausdrückt.

FH-01-028 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 28 bis 29:

abstellen, Gesetze ändern wir dort, wo sie lückenhaft sind, nicht auf Verdacht. ~~Wir schützen den öffentlichen Raum als Ort~~ Unser Ziel ist ein öffentlicher Raum, in dem sich alle unbefangen und ohne Angst bewegen können.

FH-01-030 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 30 einfügen:

Wir sind überzeugt, dass ein starker, demokratischer Rechtsstaat gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren,

Begründung

Rechtsstaatlichkeit bedeutet, daß die Ausübung staatlicher **Macht** nur auf der Grundlage der **Verfassung** und von formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen mit dem Ziel der Gewährleistung von **Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit** und **Rechtssicherheit** zulässig ist, so der Staatswissenschaftler Klaus Stern. Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen vor staatlicher Willkür. Er verpflichtet die staatlichen Behörden, nicht den Einzelnen. Wenn er angegriffen wird, dann durch einen Gesetzgeber, der das faire Verfahren beeinträchtigen und den Rechtsweg beschränken will, nicht durch Terrorist*innen, Rassist*innen und Faschist*innen. Um vom Einzelnen den Respekt der Gesetze einzufordern, braucht man den Rechtsstaat nicht – auch in der Diktatur wird vom Einzelnen der Respekt der Gesetze eingefordert. Wer den Rechtsstaat beliebig bemüht, wie so mancher Konservativer in der Flüchtlingsdebatte, lässt ihn zur leeren Floskel verkommen und entwertet das Konzept. Dieses Spiel sollten wir Grünen nicht mitspielen. Deswegen soll der Begriff an einer Stelle gestrichen und an weiteren Stellen durch den Begriff der Demokratie ergänzt werden.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Moser (Düsseldorf KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Frank Jablonski (Köln KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Meinke (Köln KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV)

FH-01-033 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 33 einfügen:

Kompromiss genauso gehört wie der Respekt voreinander. Unser Leitbild ist das Grundgesetz und die Charta der Grundrechte der EU.

FH-01-034 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 34 bis 35:

Menschenwürde und die persönliche Freiheit des anderen zu achten, gleiche Rechte für **Frauen und Männern**alle, unabhängig vom Geschlecht, sowie Religionsfreiheit und Religionskritik sind Fundamente unserer Demokratie.

Begründung

„Alle“ umfasst alle Menschen und nicht nur das binäre Geschlechtsbild.

FH-01-035 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Werner Hager (Rhein-Berg KV)

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 35:

und Männern sowie Religionsfreiheit ~~und~~inklusive Religionskritik sind Fundamente unserer Demokratie.

Begründung

Religionskritik ist Bestandteil von Religionsfreiheit und eine notwendige Bedingung für die in der Moderne immer notwendige Entwicklung auch der Religionen.

Unterstützer*innen

Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Friedhelm Weiß (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Michael Körner (Ettlingen KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Harald Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Diana Siebert (Köln KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Kerstin Dehne (München KV); Markus Wagener (Köln KV); Andreas Kirchgessner (Fürstfeldbruck KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Sonja Rothweiler (Karlsruhe-Land KV); Maik Außendorf (Rhein-Berg KV); Dominik Lorenzen (Hamburg-Eimsbüttel KV)

FH-01-035-2* Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 35:

und Männern sowie **Religionsfreiheit**Religions- und **Religionskritik**Meinungsfreiheit sind Fundamente unserer Demokratie.

Begründung

mündlich

FH-01-036 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 36:

Die Rechte unseres Grundgesetzes gelten für ~~jede und jeden~~alle gleichermaßen, ohne Einschränkung

Begründung

„Alle“ drückt das Gleiche, aber viel einfacher aus.

FH-01-036-2 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 36:

Die Rechte unseres Grundgesetzes gelten für ~~jede und jeden~~alle gleichermaßen, ohne Einschränkung

Begründung

„Alle“ drückt das Gleiche, aber viel einfacher aus.

FH-01-037 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

Von Zeile 37 bis 38:

oder Relativierung. Sie zu schützen ist unsere Verpflichtung und eine Lehre aus ~~den dunkelsten Kapiteln~~
der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Begründung

”dunkelsten Kapiteln” ist nicht präzise genug.

FH-01-038 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Marcus Lamprecht (Viersen KV)

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 38 einfügen:

dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte. 2017 ist das 500te Jahr des Thesenanschlags Luthers. Zu einer ehrlichen Geschichtspolitik in Deutschland gehört auch ein kritischer Umgang mit Religionskriegen und der Freiheit auf Innerlichkeit beschränkenden politischen Wirkung des Protestantismus sowie der Wirkung von Luthers Antijudaismus. Auch der Bundestags soll sich hierzu positionieren.

Begründung

Eine ganze Reformationsdekade lang wurde auf das diesjährige Lutherjahr vorbereitet. Mittlerweile setzt auch eine Ermüdung ein: Kaum jemand möchte noch etwas von Luther hören.

Tatsächlich wurde auch viel aufgearbeitet: Luthers Antijudaismus, der sich eben nicht alleine in den Spätschriften findet, ist eben kein isoliertes Phänomen der Spätwerke. Luther war sicherlich - wie alle

Menschen - ein Kind seiner Zeit, aber seine Abneigung gegen Juden ist hieraus nicht erklärbar. So viele Werke wurden auch zu seiner Zeit nicht wegen Furcht vor Pogromen auf den Index gesetzt. Seine Schriften haben einen wesentlichen Impuls zur Herausprägung des Antisemitismus in der Moderne geliefert. Seine Formulierungen wurden fast 1:1 vom Nationalsozialismus adaptiert, ohne große Gegenwehr der Kirchen. Auch die Aufarbeitung dieser Zeit schleppte sich bis weit in die 80er Jahre, vieles tatsächlich erst im 21. Jahrhundert.

Luther ist zusammen mit dem Arminius-Mythos und der Kopplung von Thron und Altar Teil des deutschen Nationalverständnis. Ohne ihn wären Pietismus und Preußentum nicht denkbar gewesen. Diese Entwicklung muss als Leistung einerseits gewürdigt werden, ist aber ein ausgesprochen autoritärer Weg, der mit universalistischem Humanismus wenig zu tun haben wollte, mit Erasmus von Rotterdam konnte sich Luther ja nie anfreunden.

2017 geht es darum, sich der eigenen Geschichte zu stellen und aus dieser zu lernen. Hierbei lässt sich durchaus auch würdigen, dass in der EKD endlich durchaus auch kritische Wörter über diesen

Säulenheiligen - den es im Protestantismus gar nicht geben sollte -gesprochen werden. Allerdings sollte die Würdigung der protestantischen Arbeitsgruppen nicht mit einer Akzeptanz einer Erinnerungskultur verwechselt werden, in der immer noch Plätze, Straßen und Kirchen nach ihm benannt werden. Eine emanzipatorische Erinnerungskultur realisiert, dass Luther mit Revolution und Freiheit nur wenig zu tun hat, gerade er mehr die dunkle Seite des Protestantismus darstellte. Hier irrte auch noch die Linke des letzten Jahrhunderts.

Luther lässt sich sicherlich nicht von heute auf morgen von seinem Podest stoßen. Aber es muss gelingen, aus Luther und dem Protestantismus zu lernen, wie genau die grundsätzlich basisdemokratischen Ansätze der Reformation in Autoritarismen übergehen und zur Apologie der Herrschaft werden. Die politische Ideologie des Protestantismus in Deutschland ist zutiefst mit dem Fortleben Preußen verknüpft und dieses hat mittlerweile auch die Bonner Republik überlebt. Sein Freiheitsbegriff bleibt innerlich beschränkt.

Das Defizit der nun vier deutschen Republiken war auch nie ein Mangel an Relativismus oder konfessionelle Spaltung. Auch lässt sich der deutsche Protestantismus eben nicht auf die Konfessionsangehörigen oder Kirchgänger*innen beschränken, vielmehr verhindert der kulturell verankerte politische Protestantismus gerade der lutheranischen Tradition eine Infragestellung autoritärer Strukturen.

Unterstützer*innen

Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Andreas Sonntag (Viersen KV); Markus Jung (Viersen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karsten Finke (Bochum KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Robin Luge (Harz KV); Michael Körner (Ettlingen KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Gisela Weih (Solingen KV); Inge Ganter (Karlsruhe-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Harald Grendus (Odenwald-Kraichgau KV)

FH-01-041 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-01

In Zeile 41 einfügen:

Vertrauen in die politische Kultur national und EU-weit stärken und zurückgewinnen. Wir stehen ein für faire

FH-TV-01-001 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir streiten für Akzeptanz, Vielfalt und Selbstbestimmung

FH-TV-01-001-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Titel

Ändern in:

Wir streiten für Akzeptanz und Respekt, für Vielfalt und Selbstbestimmung

Begründung

Warum wird Toleranz gefordert, wenn wir doch eigentlich Respekt und Akzeptanz meinen oder meinen sollten? Toleranz ist ein Begriff der Aufklärung, der selbstverständliche Grundlage jeder aufgeklärten Gesellschaft sein muss. Wir wollen aber mehr: nicht nur, dass Verschiedenheit geduldet wird, sondern dass sie als Teil unserer Gesellschaft akzeptiert wird.

Unterstützer*innen

Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Jan Otto (Freiburg KV); Marcel Rohrlack (München KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Annkatrin Esser (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-TV-01-001-3 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 1 bis 9:

~~Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. In unseren Dörfern und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Hautfarben und Geschlechtern. An unseren Schulen bringen Kinder unterschiedlichster Herkunft ihre Geschichten und Biografien ein. In Unternehmen arbeiten Junge und Alte, Frauen und Männer aus vielen Kulturen miteinander. Es gibt in unserem Land Familien, in denen über drei Generationen hinweg verschiedene Religionen und Sprachen durch Partnerschaft und Ehe zusammengekommen sind. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir Grünen schauen auch hin, wenn Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt muss gut organisiert werden, mit klaren und gleichen Regeln für alle.~~
Unsere Gesellschaft ist im stetigen Wandel. In unseren Dörfern und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen sozialen Herkunftsn, sexuellen Orientierungen und Identitäten sowie eigenen oder familiären Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir Grünen schauen auch hin, wenn vermeintliche Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt muss gut organisiert werden, mit klaren und gerechten Regeln für alle und einer klaren Position gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Das ist eine

Begründung

”Unsere Gesellschaft” hat sich nicht nur in den letzten Jahren verändert. Gesellschaften haben und werden sich auch in Zukunft in einem ständigen Prozess befinden. Für eine solidarische Gesellschaft braucht es nicht ”gleiche Regeln” für alle, sondern ”gerechte” Regeln, denn nur so schützen wir Menschen vor struktureller Diskriminierung. ”Vermeintliche Unterschiede, weil Menschenfeindlichkeit nicht auf objektiven und tatsächlichen Unterschieden - sondern konstruierten Unterschieden, beruht.

Unterstützer*innen

Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Filiz Kekülluoglu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Urban Aykal (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ingmar Mundt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Jörn Jaath (Berlin-Mitte KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Svenja Borgschulze (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-TV-01-001-4 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Titel

Ändern in:

Wir streiten für Akzeptanz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Begründung

Wir wollen, dass unsere Unterschiedlichkeit nicht nur geduldet (Toleranz), sondern auch akzeptiert wird.

Unterstützer*innen

Filiz Kekülluoglu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Urban Aykal (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Ingmar Mundt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

FH-TV-01-011 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 11 einfügen:

Menschenfeindliche Ideologien und Ignoranz der Verbrechen der Nazizeit verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen

Begründung

erfolgt mündlich

FH-TV-01-012 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 12:

Frieden – egal ob sie Rassismus, Sexismus, Antifeminismus, Islamismus, Antisemitismus-~~oder~~, Antiziganismus oder Homo- und Trans*feindlichkeit heißen.

FH-TV-01-012-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 12 einfügen:

Frieden – egal ob sie Rassismus, Islamismus, Antisemitismus, Sexismus, LSBTIQ*-Feindlichkeit oder Antiziganismus heißen.

Begründung

Lediglich von Rassismus, Islamismus, Antisemitismus oder Antiziganismus zu sprechen, greift hier zu kurz. Als menschenfeindliche Ideologien gelten Sexismus, LSBTIQ*-Feindlichkeit ebenso wie die genannten.

FH-TV-01-012-3 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 12:

Frieden – egal ob sie **Rassismus, Islamismus, Antisemitismus** Rechtsextremismus oder **Antiziganismus** Islamismus heißen.

Begründung

mündlich

FH-TV-01-013 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 13 einfügen:

Solchen Angriffen stellen wir Grünen uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wer, wie CSU oder AfD, immer wieder von der "gescheiterten Multikulti-Ideologie" spricht, verkennt die real existierende Vielfalt. Wir Denn diese ist ein Fakt, kein ideologisches Ziel. Eine homogene Gesellschaft, wie sie von diesen Parteien propagiert wird, ist hingegen Ideologie. Wir stehen für

Begründung

Die Scheinheiligkeit konservativer Parteien, Vielfalt in der Gesellschaft zu leugnen statt sich ihrer als Herausforderung anzunehmen, sollte klar benannt werden, um unseren Unterschied zu AfD und CSU und deren Denke einmal klar herauszuheben.

FH-TV-01-015 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 15 einfügen:

individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind, [online wie offline](#). Sie erfahren erst dort

Begründung

Unser Leben hat zunehmend auch eine Online-Seite.

FH-TV-01-025 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Ludwigshafen
Beschlussdatum: 25.02.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 25 bis 29:

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. ~~Roma-~~

Antiziganismus wirksam bekämpfen

Roma und Sinti sind seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt – auch bei uns in Deutschland. Es wird Zeit, dass wir uns als Gesellschaft mit der Situation von Sinti und Roma ehrlich und institutionell auseinandersetzen. Weil Roma in ihren Herkunftsländern oftmals staatlichen Repressionen ausgesetzt sind, müssen die geltenden ausländerrechtlichen Vorschriften human angewendet werden, insbesondere muss Antiziganismus als Asylgrund gelten. Um die wirtschaftliche Situation der Roma nachhaltig zu verbessern, schlagen wir ein Assoziierungsabkommen mit den West-Balkanstaaten als Vorstufe zum EU-Beitritt vor. Wir wollen die Beteiligung aller Sinti und Roma an der Politikgestaltung in Deutschland sicher stellen. Wir setzen uns daher für die Einrichtung eines Rats für die Angelegenheiten der Sinti und Roma ein. Um die über Jahrzehnte andauernde Bildungsbenachteiligung von Roma und Sinti zu überwinden, wollen wir eine gezielte Bildungsförderung. Dazu gehört auch ein neues Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti und Roma in Deutschland.

Begründung

mündlich

FH-TV-01-025-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 25:

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. ~~Roma~~ Außerdem muss Deutschland endlich die Blockadehaltung zur europaweiten 5. Anti-Diskriminierungsrichtlinie aufgeben. Roma und

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Kai Bojens (Stade KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Karl Bär (Miesbach KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)

FH-TV-01-030 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 30:

Ein klarer Rahmen für das friedliche Zusammenleben ~~der Religionen~~ von Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen

FH-TV-01-033 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 33 einfügen:

Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur, Religion und Weltanschauung

Begründung

mündlich

FH-TV-01-040 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 40 bis 42:

der Kunst. ~~Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht werden, etwa~~ Wir wollen den Dialog zwischen den Religionen und auch denen, die gar keine religiöse Bindung haben, fördern und damit das gegenseitige Verständnis füreinander voranbringen. Wege dafür können z.B. gemeinsamer und religionsübergreifender Unterricht an den Schulen oder ein verankerter regelmäßiger Dialog zwischen staatlichen Akteuren und religiösen Vertretern über zentrale Bereiche des Zusammenlebens sein. Wir wollen der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland in allen Bereichengerecht werden, etwa auch in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Trauerkultur.

Begründung

Die Förderung des interreligiösen Dialoges wird bisher nicht explizit genannt, sollte uns aber ein wichtiges Anliegen sein.

FH-TV-01-042 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 42 einfügen:

werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Trauerkultur. Wir möchten auch die Verflechtung von Staat und Kirchen reformieren. Dazu gehört es beispielsweise, die Staatsleistungen endlich abzulösen.

Begründung

BDK-Beschluss von 2016

FH-TV-01-043 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Werner Hager (Rhein-Berg KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 43:

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige ~~Säule~~Stütze einer lebendigen

Begründung

Eine Versäulung der Gesellschaft ist aus grüner Sicht abzulehnen.

Unterstützer*innen

Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Friedhelm Weiß (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Michael Körner (Ettlingen KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Gisela Weih (Solingen KV); Inge Ganter (Karlsruhe-Land KV); Harald Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Diana Siebert (Köln KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Kerstin Dehne (München KV); Markus Wagener (Köln KV); Andreas Kirchgessner (Fürstenfeldbruck KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Sonja Rothweiler (Karlsruhe-Land KV); Maik Außendorf (Rhein-Berg KV)

FH-TV-01-044 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 44:

Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ~~ihrem Glauben~~ ihrer Überzeugung heraus
gemeinsam mit uns

FH-TV-01-048 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 48 einfügen:

Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs - auch in der Form zugespitzter satirischer Darstellungen -

FH-TV-01-050 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 50 bis 52 einfügen:

agieren. Unter Islamismus verstehen wir nicht nur die Ausreise in den bewaffneten Kampf oder radikale Terroranschläge weltweit, sondern auch die verbale Gewalt von Radikalierten gegenüber Nicht- und Andersgläubigen sowie gegenüber vermeintlich zu liberalen Vertreter*innen ihrer eigenen Religion. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöses Bekenntnis es geht: Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus und Fanatismus stellen wir uns entschieden entgegen und wir wollen gezielt daran arbeiten, die Entstehung von Radikalisierungen jeder Art von vornherein zu verhindern.

FH-TV-01-051 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 51 einfügen:

Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Menschenrechtscharta. Religiösem Extremismus und Fanatismus stellen

Begründung

mündlich

FH-TV-01-051-2* Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 51:

~~Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus~~Antidemokratischen
Einstellungen und Fanatismus stellen

Begründung

mündlich

FH-TV-01-052 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 52 einfügen:

wir uns entschieden entgegen. Wir nehmen Religionsfreiheit ernst. Dazu gehört auch die Freiheit, die Religionszugehörigkeit zu verlassen.

Begründung

Zur grundgesetzlich geschützten Religionsfreiheit gehört neben der Freiheit, nicht an Gott zu glauben, auch die Freiheit, die Religion zu wechseln oder zu verlassen.

FH-TV-01-052-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Werner Hager (Rhein-Berg KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 52 einfügen:

wir uns entschieden entgegen.

Der Anschlag gegen Charlie Hebdo, die Verfolgung säkularer Blogger*innen und die Konjunktur neuer Blasphemieparagrafen in den letzten Jahren zeigt, dass die Kunst, Kultur, Wissenschaft und Presse zunehmend angegriffen werden. Dem müssen wir offensiv entgegenwirken und eine aufklärerische Diskussionskultur auch in einer Einwanderungsgesellschaft schaffen, dem Relativismus entgegenwirken. Eine "Wanderausstellung religiöse Karikaturen" kann von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellt werden. Mit dieser kann die Bedeutung von Kritik und Polemik für eine moderne Gesellschaft in Rathäusern, Schulen und Universitäten diskutiert werden.

Unterstützer*innen

Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Ursula Ehren (Rhein-Berg KV); Friedhelm Weiß (Rhein-Berg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Michael Körner (Ettlingen KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Inge Ganter (Karlsruhe-Land KV); Harald Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Olaf Matthei-Socha (Karlsruhe-Land KV); Diana Siebert (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Andreas Kirchgessner (Fürstfeldbruck KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Sonja Rothweiler (Karlsruhe-Land KV); Maik Außendorf (Rhein-Berg KV); Dominik Lorenzen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Thomas R. Diehl (Mönchengladbach KV)

FH-TV-01-053 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 53 bis 64:

~~Für uns Grünen gehört auch der Islam zu Deutschland. Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imamen und islamischen Religionsteher*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. erfüllen aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie sich neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Es ist jedoch inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.~~

Alle Menschen, welche die Ordnung des Grundgesetzes akzeptieren, gehören für uns Grüne zu Deutschland. Wir verteidigen die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Muslim*innen. Wir wollen islamische Gemeinschaften mit Imam*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Die Identität und Abgrenzung der muslimischen Verbände DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern sie ist politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Diese Verbände repräsentieren ohnehin nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden Muslim*innen; nach unserer Rechtsauffassung erfüllen sie nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen, um als Religionsgemeinschaften anerkannt zu werden.

Es ist inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

FH-TV-01-053-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 53 einfügen:

Für uns Grünen gehört auch der Islam zu Deutschland. **Wir verteidigen die Religionsfreiheit der Muslime und wir gehen nicht leichtfertig mit den politisierten Organisationen des Islam in Deutschland um.** Wir wollen islamische Gemeinschaften,

Begründung

Der Programmvorschlag spricht davon, dass sich die bestehenden Verbände neu aufstellen sollen, um die Voraussetzungen des Religionsverfassungsrechts zu erfüllen. Da sie national (z.B. DITIB) oder parteipolitisch (z.B. Islamrat/Milli Görüs) strukturiert sind, geht das nicht. Deshalb sagt der BDK-Beschluss, dass sie lediglich religiöse Vereine sind. Die BDK Münster fordert „eine bekenntnisförmige Neuorganisation der Muslimas und Muslime“ als Voraussetzung für Anerkennung und Gleichstellung und nicht eine Neuaufstellung der bestehenden Verbände. Dahinter sollte das Programm nicht zurückfallen, zumal die DITIB-Spionage-Affäre das Ausmaß der Steuerung der DITIB aus Ankara noch einmal dramatisch allen vor Augen geführt hat.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Jan Otto (Freiburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Markus Mezger (Esslingen KV); Bernd Albani (Berlin-Pankow KV); Marc Kersten (Köln KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Lukas Flohr (Köln KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Antje Westhues (Bochum KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Marcel Ernst (Göttingen KV)

FH-TV-01-055 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 53 bis 55:

Für uns Grüne gehört auch der Islam zu Deutschland. Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imamen und islamischen Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen unter Wahrung der Hochschulautonomie und der Freiheit der Wissenschaft ausgebildet worden sind. Islamische

Begründung

Die Einfügung macht deutlich, dass die Ausbildung von Imamen und islamischen Religionslehrer*innen in wissenschaftlicher Logik geschehen soll.

FH-TV-01-054 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 54 bis 62:

die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit ~~Imamen und islamischen Religionsteher*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind.~~ Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände DITB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. erfüllen aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie sich neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Imam*innen und islamischen Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Es

Begründung

mündlich

FH-TV-01-055-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 55 einfügen:

Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind und die auch auf Deutsch unterrichten und predigen können. Islamische

Begründung

erfolgt mündlich

FH-TV-01-056 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 56 einfügen:

Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes anerkannt werden, wenn sie die

Begründung

erfolgt mündlich

FH-TV-01-059 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 59 bis 60:

und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. ~~Die vier großen~~ Einige der muslimischen Verbände ~~DİTİB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z.~~ erfüllen aus grüner Sicht zum

Begründung

Die konkrete Nennung der Verbände bei Namen ist in dem Wahlprogramm nicht notwendig.

Der Sinn der Aussage wird auch deutlich, wenn die einzelnen Namen weggelassen werden

und stattdessen auf „einige der muslimischen Verbände“ verwiesen wird. Damit soll auch sichergestellt werden, dass moderate Mitglieder dieser Verbände nicht pauschalisiert als undemokratisch dargestellt werden.

FH-TV-01-060 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 60 bis 63:

DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. ~~erfüllen aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie sich neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Es ist jedoch~~ sind religiöse Vereine. Ihre Identität und Abgrenzung untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Sie erfüllen nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Es ist inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken

Nach Zeile 64 einfügen:

Eine bekenntnisförmige Neuorganisation der Muslimas und Muslime würde aus ihren Organisationen keine Kirchen, aber islamische Glaubensgemeinschaften in Deutschland machen. Sie hätten einen Anspruch auf rechtliche Gleichstellung. Dann wäre der Islam in Deutschland auch angekommen.

Begründung

Der Programmvorschlag spricht davon, dass sich die bestehenden Verbände neu aufstellen sollen, um die Voraussetzungen des Religionsverfassungsrechts zu erfüllen. Da sie national (z.B. DITIB) oder parteipolitisch (z.B. Islamrat/Milli Görüs) strukturiert sind, geht das nicht. Deshalb sagt der BDK-Beschluss, dass sie lediglich religiöse Vereine sind. Die BDK Münster fordert „eine bekenntnisförmige Neuorganisation der Muslimas und Muslime“ als Voraussetzung für Anerkennung und Gleichstellung und nicht eine Neuaufstellung der bestehenden Verbände. Dahinter sollte das Programm nicht zurückfallen, zumal die DITIB-Spionage-Affäre das Ausmaß der Steuerung der DITIB aus Ankara noch einmal dramatisch allen vor Augen geführt hat.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Jan Otto (Freiburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Markus Mezger (Esslingen KV); Bernd Albani (Berlin-Pankow KV); Marc Kersten (Köln KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Lukas Flohr (Köln KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Antje Westhues (Bochum KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Marcel Ernst (Göttingen KV)

FH-TV-01-064 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Nach Zeile 64 einfügen:

„Die bisherigen Regelungen zur Verflechtung von Staat und Kirchen bedürfen der Reform, damit sie die staatliche Neutralität und die wachsende weltanschauliche und religiöse Vielfalt in Deutschland nicht behindern. Konkreter Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der Anforderungen an die Transparenz der Finanzen weltanschaulicher und religiöser Gemeinschaften, die als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt sind oder anerkannt werden wollen. Staatliche Leistungen für Vermögensverluste aus früheren Jahrhunderten (historische Staatsleistungen) müssen endlich abgelöst werden, wie das seit 1919 verfassungsrechtlich geboten ist. Das allgemeine kollektive und individuelle Arbeitsrecht hat für die Beschäftigten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in demselben Umfang zu gelten wie für die Beschäftigten von Tendenzbetrieben. Überfällig ist eine Reform der Kirchensteuer. So sollen weder Arbeitgeber*innen noch Kreditinstitute sensible persönliche Daten über die Konfessionszugehörigkeit aus Lohnsteuerkarte oder Kapitalertragssteuer erfahren dürfen. Darüber hinaus wollen wir die steuerliche Absetzbarkeit von Zuwendungen an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften mit Zuwendungen an andere gemeinnützige Organisationen gleichstellen. Die besondere Strafbarkeit der „Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“ (§ 166 StGB) passt nicht in eine pluralistische Gesellschaft und muss aufgehoben werden. Wir befürworten die Lockerung der Verbote von Kultur- und Tanzveranstaltungen an religiös hergeleiteten Feiertagen. Wir wollen die gesetzlichen Feiertage nicht reduzieren. Wir setzen uns für die Einführung eines weiteren säkularen Feiertags ein. Wir wollen der Pluralität an Weltanschauungen Rechnung tragen. Daher sollen die Belange anderer Religionen, Weltanschauungen und Konfessionsfreier neben denen der großen Kirchen bei öffentlichen Gedenk- und Trauerveranstaltungen angemessener berücksichtigt werden.

Begründung

Wir halten es für politisch erforderlich, zentrale Positionen der Religions- und Weltanschauungspolitik der Partei, wie sie sich aus dem Bericht der BuVo-Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ und dem BDK-Beschluss von Münster 2016 „Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der offenen

Gesellschaft“ https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2016_Muenster/RW-01_Religions-_und auch im Bundestagswahlprogramm zu erwähnen.

Das Wahlprogramm formuliert einen politisch-verbindlichen Handlungsauftrag für die künftige Bundestagsfraktion. U.a. eine Reform des Sonderrechts für kirchliche Beschäftigte, die überfällige Ablösung der historischen Staatsleistungen sowie ein neuer politischer Umgang mit der wachsenden Zahl Konfessionsfreier in Deutschland müssen durch parlamentarische Initiativen vorangebracht werden.

FH-TV-01-064-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Nach Zeile 64 einfügen:

Wir wollen das Gesetz vom 12.12. 2012 betreffend der nichtmedizinisch initiierten Jungengenitalbeschneidung in der kommenden Legislaturperiode evaluieren.

Begründung

Gegen das Gesetz sind im Zusammenhang mit seiner Entstehung erhebliche Einwendungen von betroffenen beschnittenen Männern, Kinderärzt*innen und Kinderpsycholog*innen erhoben worden, die vor negativen Auswirkungen von Vorhautbeschneidungen gewarnt haben. Angesichts der hohen Bedeutung von Kinderrechten, für die Grüne seit Jahrzehnten kämpfen, und der den Jungen zustehenden Menschenrechte auf Selbstbestimmung, Religionsfreiheit und körperliche Unversehrtheit ist es geboten, das Gesetz zu evaluieren, um auf der Basis evtl. vertiefter Erkenntnisse ggfs. gesetzgeberisch tätig zu werden.

Bereits der Abschlussbericht der BuVo-Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ hat eine solche Evaluation empfohlen.

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/160317_Abschlussbericht_Religionskommission_Gruene.

FH-TV-01-064-3 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 64 einfügen:

bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

Die wachsende weltanschaulich-religiöse Vielfalt verstärkt das Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf freie Religionsausübung öffentlich Beschäftigter sowie der staatlichen Neutralitätspflicht und dem grundrechtlich geschützten Recht, sich einer unerwünschten staatlich-religiösen Einflussnahme zu entziehen. In hoheitlichen Bereichen wie Justiz, Polizei sowie den öffentlichen Schulen und Erziehungseinrichtungen bedarf es daher entsprechender gesetzlicher Regelungen. Wer dem staatlichen Gewaltmonopol ausgesetzt ist, hat einen Anspruch darauf, sich nicht durch religiöse Bekleidung von Richter*innen oder Amtsträger*innen an den Rand gedrängt zu fühlen, weil er/sie eine andere oder sogar eine gegenläufige Überzeugung vertritt. Der öffentliche Dienst ist der weltanschaulich-religiösen Neutralität verpflichtet. Selbstverständlich gilt diese Zurückhaltung bei der Verwendung religiöser Symbole im Dienst für Angehörige aller Religionen gleichermaßen.

Begründung

Mündlich

Unterstützer*innen

Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Diana Siebert (Köln KV); Delphine Scheel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingo Heise (Main-Taunus KV); Gisela Weih (Solingen KV); Christian-Hubertus Wolzenburg (Hagen KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Sven Ganter (Frankfurt KV); Falko Löffler (Vogelsberg KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Ernst-Günther Krause (München-Land KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Bernhard Müller (Berlin-Reinickendorf KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Rüdiger Brause (Main-Taunus KV); Michael Körner (Ettlingen KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Elke Bouillon (Ilm-Kreis KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

FH-TV-01-064-4 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 64 einfügen:

bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

(anschließend an den Änderungsantrag der BAG Säkulare)

Wir setzen uns für die Einführung eines weiteren säkularen Feiertags ein und unterstützen die Bestrebungen den 9. Mai als Europatag als solchen zu erklären.

Begründung

Die BAG Säkulare hat einen längeren Änderungsantrag für das Freiheitskapitel beschlossen, in dem auch ein weiterer säkularer Feiertag gefordert wird. Diese Idee aufgreifend soll die Forderung durch ein konkretes Beispiel ergänzt werden.

Diese Diskussion um die Einführung des 9. Mai als Feiertag findet derzeit - ausgelöst durch Niedersachsens Grüne - in ganz Norddeutschland statt* und ist ein gutes Zeichen an die Menschen, die zu Pulse of Europe gehen.

* <http://m.abendblatt.de/hamburg/article210329815/Politiker-fordern-neuen-Feiertag-fuer-Hamburg.html>
<http://www.abendblatt.de/region/niedersachsen/article210069077/Niedersachsens-Gruene-wollen-neuen-gesetzlichen-Feiertag.html>

Unterstützer*innen

Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Diana Siebert (Köln KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Patrick Kühl (Hamburg-Bergedorf KV); Kai Bojens (Stade KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Martin Conen (Aachen KV); Thomas R. Diehl (Mönchengladbach KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Anke Bendt-Soetedjo (Hamburg-Bergedorf KV); Dominik Lorenzen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV)

FH-TV-01-065 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 65:

Endlich Wir streiten für gleiche Rechte für LSBTIQ*

Begründung

”Ohne Grün kein Queer” - mit derart selbstbewussten Slogan streiten wir Grünen in den Parlamenten und bei u.a. zahlreichen CSDs seit jeher mit und für die LSBTIQ* Bewegung. Diese Bedeutung sollte sich auch in unserem Wahlprogramm widerspiegeln.

Deswegen beantragen wir der Thematik ein eigenes Kapitel zu widmen.

Dieser Änderungsantrag fügt den Titel des Kapitels ein. Ein anderer Änderungsantrag fügt die Schlüsselprojekte ein.

FH-TV-01-065-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 65 einfügen:

Endlich gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*)

Begründung

Im queerpolitischen Kapitel sollten alle Gruppen, um die es geht und die adressiert werden, auch hervorgehoben und komplett benannt und ausgeschrieben werden.

FH-TV-01-069 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 69 einfügen:

Adoption ermöglichen. Zu einer modernen und innovativen Familienpolitik gehört für uns aber auch, Menschen zu unterstützen, die jenseits von Ehe und Lebenspartnerschaft verbindlich und solidarisch zusammenleben. Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und

FH-TV-01-069-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 69 einfügen:

Adoption ermöglichen. **Mit uns wird es keinen Koalitionsvertrag ohne die Ehe für alle geben.** Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und

Begründung

Es ist unvorstellbar, dass wir Grünen uns an einer Koalition beteiligen, die – anders als fast ganz Westeuropa und weite Teile Nord- und Südamerikas – an der Diskriminierung von Lesben und Schwulen bei der Eheschließung festhält. Das kann man dann auch so sagen.

Unterstützer*innen

Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Annkatrin Esser (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-TV-01-070 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 70 bis 74:

Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiert für die Schaffung eines dritten Personenstandes, der die gesellschaftlichen und identitären Realitäten, die seit langem gelebt werden, abbildet. Der Zugang dazu soll einzig auf individueller Selbstbestimmung und Selbstdefinition beruhen und allen Menschen hürdenlos zugänglich sein, die sich entsprechend identifizieren. Dabei ist für uns klar: Trans*Menschen sind nicht psychisch krank und dürfen nicht pathologisiert und dadurch stigmatisiert werden. Wir setzen uns auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass individuellen Geschlechtsidentitäten nicht mehr als psychische Störungen klassifiziert werden. Die Gesundheitsversorgung für transidente und intergeschlechtliche Menschen muss gesichert und verbessert werden. Besondere Sensibilität braucht der Umgang mit transidenten Kinder und Jugendlichen. Wichtigste Leitschnur muss die individuelle Geschlechtsidentität der Kinder und Jugendlichen sein. Allen staatlichen Akteur*innen wollen wir passende Fortbildungen anbieten. Transidente Menschen sind in besonders hoher Zahl von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen deshalb eine besondere konkrete Unterstützung arbeitsloser transidenter Menschen auf den Weg bringen. ~~Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden.~~ Mit einem bundesweiten Aktionsplan für

FH-TV-01-070-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 70 einfügen:

unterstützen. Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung im Artikel 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzen.

FH-TV-01-071 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 71 bis 72:

~~Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein.~~ Wir fordern ein Geschlechtervielfaltsgesetz nach Vorbild der Vorlage eines Gutachtens des Deutschen Instituts für Menschenrechte, welches die Selbstbestimmung von inter- und transgeschlechtlichen Personen schützt. Als Folge dieses Gesetzes soll das altbackene Transsexuellengesetz aus den 80er Jahren gestrichen werden. Stattdessen wollen wir Möglichkeiten schaffen, Vornamen und Geschlechtseintrag ohne Gutachten und bürokratische Hürden ändern zu können, beispielsweise durch eine Erklärung gegenüber dem Standesamt nach Vorbild der Länder Malta, Argentinien, Dänemark und Irland. Diese Möglichkeiten wollen wir in herkömmlichem Namens- und Personenstandsrecht verankern. Ebenfalls fordern wir die Schaffung einer „dritten Option“ im Personenstandsrecht, um die Menschen, die weder Mann noch Frau sind, rechtlich anzuerkennen. Wir setzen uns ein für medizinische und psycho-soziale Angebote, die sich nach den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen richten. Die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen für alle Leistungen bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen (Hormontherapie, geschlechtsangleichende Operationen und weitere Maßnahmen, wie z.B. Epilation) muss gesetzlich verankert werden. Wir wollen auch sicherstellen, dass

FH-TV-01-071-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 71 bis 72:

Wir ~~setzen uns für~~ wollen das Transsexuellengesetz durch ein neues Transsexuellenrecht Gesetz zur Anerkennung der selbst bestimmten Geschlechtsidentität mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ~~ein~~ ersetzen. Wir wollen auch sicherstellen, dass

Unterstützer*innen

Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Jan Otto (Freiburg KV); Marcel Rohrlack (München KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Schnorrenberg (Berlin-Kreisfrei KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Annkatrin Esser (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-TV-01-072 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 72 bis 74:

Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. ~~Wir wollen auch sicherstellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden.~~ Kosmetische Operationen zur sogenannten „Geschlechtsanpassung und -zuweisung“ an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern wollen wir grundsätzlich verbieten. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für

Begründung

Die im Programm gewählte Formulierung ist nicht dringlich genug:

Die Anfang Dezember erschienene Studie „Zur Aktualität kosmetischer Operationen ‚uneindeutiger‘ Genitalien im Kindesalter“ stellt fest, dass im untersuchten Zeitraum zwischen 2005 und 2014 jedes Jahr rund 1.700 Kinder zwischen null und neun Jahren operiert werden. Die Datenanalyse hat gezeigt, dass dabei die Anzahl der klassischen Intersexdiagnosen gesunken, aber die Zahl der Diagnosen, die zu den „Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale“ zu rechnen sind, erheblich gestiegen ist.

Zu vermuten ist, dass die Ärzte die Veränderung der Leitlinien zur Behandlung von Kindern mit klassischen Intersex-Diagnosen so verarbeitet haben, dass sie die Diagnosen verändert haben und die Operationen weiterhin durchführen. Bis zur Überarbeitung der medizinischen Behandlungsleitlinien für kosmetische Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern rieten diese bei „Störungen der sexuellen Differenzierung“ zu einer operativen „Korrektur“ eines „uneindeutigen“ Genitals.

Die Anpassung an das als (für Babys!) normal empfundene Aussehen der Geschlechtsteile sollte idealerweise innerhalb der ersten sechs Lebensmonate erfolgen. Dass die Kinder nicht gefragt wurden, versteht sich von selbst. Viele Ärzt*innen und Eltern sind weiterhin überzeugt, dass eine „geschlechtsangleichende“ Operation das Kind vor gesellschaftlicher Diskriminierung, Spott und zudringlichen Fragen bewahren wird, also dem „Kindeswohl“ dient. Die invasiven und irreversiblen Eingriffe können aber schwere Folgen für das geistige und körperliche Wohlergehen der Kinder haben und müssen daher als Verletzung des Menschenrechts auf körperliche Unversehrtheit gewertet werden.

Die Studie wurde vom Bundesfamilienministerium gefördert, das allerdings nicht die daraus notwendigen Schlüsse ziehen will. Der Ende Oktober 2016 veröffentlichte Zwischenbericht des Ministeriums zur Situation von inter- und transsexuellen Menschen geht auf nur sehr wenige Forderungen der Interessensvertretungen intergeschlechtlicher Menschen ein. Die Stärkung nicht diskriminierender Beratung, auf die das Ministerium fokussiert, ist notwendig, aber keineswegs hinreichend. Da diese Operationen Menschenrechtsverletzungen darstellen, kann es nicht den Eltern überlassen werden, sie durchzuführen oder nicht.

Damit jetzt schon Betroffene nachvollziehen können, was mit ihren Körpern gemacht wurde, müssen so schnell wie möglich die Aufbewahrungsfristen für die Krankenakten über die jetzigen zehn Jahre hinaus verlängert und der Beginn der Verjährungsfristen auf das Erreichen der Volljährigkeit festgesetzt werden. Dafür zu sorgen, dass diese menschenrechtsverletzenden Eingriffe beendet werden, erfordert mehr als

Beratung und das Vertrauen auf die Selbstregulierung der Ärzteschaft – gerade wenn man die Beweise präsentiert bekommen hat, dass letztere unter anderem Label Business als usual machen.

Ein eindeutiges Verbot von kosmetischen Genitaloperationen wäre ein gesellschaftliches Signal, dass das Kindeswohl eben darin besteht, ein Kind so sein zu lassen, wie es ist.

FH-TV-01-074 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Kerstin Dehne (München KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 74:

nur ~~mit ihrer Einwilligung~~ durchgeführt werden, wenn die eigene Fähigkeit - ohne psychischen Druck von außen - zum Begreifen und Artikulieren der Geschlechtsidentität vorliegt und eine Einwilligung möglich ist. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für

Begründung

Die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte Studie von Frau Dr. Ulrike Klöppel, die die Entwicklung der Operationshäufigkeit für die Jahre 2005 bis 2014 analysiert, bestätigt die Vorwürfe, die Organisationen intergeschlechtlicher Menschen (Organisation Intersex International, Verein Intersexuelle Menschen e.V.) seit Langem erheben:

Menschenrechtsverletzungen an Kindern sind auch in deutschen Kliniken Praxis. Die im September 2014 eingesetzte "Interministerielle Arbeitsgruppe zu Inter- und Transsexualität" hält es trotz dieser Tatsachen und verschiedener Rügen durch UN-Ausschüsse nicht für nötig, rechtliche Regelungen in der Bundesrepublik zum Schutz intergeschlechtlicher Kinder vorzubereiten. Deutschland hat alle in diesem Zusammenhang relevanten UN-Menschenrechtskonventionen ratifiziert. Zugleich ist Deutschland als EU-Mitgliedsstaat und Mitglied des Europarats dazu aufgefordert, die Europäische Menschenrechtskonvention einzuhalten.

Am 14. Februar 2017 wurde im Europäischen Parlament auf dem Gebiet - Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung- unter anderem nun beschlossen:

(§5.) fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die lokalen Gebietskörperschaften auf, sicherzustellen, dass ihre Strategien im Bereich der psychischen Gesundheit sich mit den psychischen Herausforderungen befassen, mit denen LGBTI-Personen konfrontiert sein könnten; legt den Mitgliedstaaten nahe, die in Dokument CM/Rec(2010)5 des Europarates enthaltenen Empfehlungen umzusetzen und bei der Ausarbeitung von Strategien, Programmen und Protokollen im Gesundheitsbereich die besonderen Bedürfnisse von lesbischen, bisexuellen und transsexuellen Personen zu berücksichtigen.

Bündnis90/ Die Grünen sollte im eigenen Wahlprogramm nun wirksam darauf eingehen und konkreter in den Richtlinien werden, um eine Ausarbeitung zu ermöglichen.

Quellen:

<http://andersungleich-nrw.de/610-menschenrechtsverletzungen-an-inter-kindern-immer-noch-alltag.html>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FTEXT+TA+P8-TA-2017-0028+0+DOC+XML+V0%2F%2FDE>

Unterstützer*innen

Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Christoph Sticha (Erding KV); Alexander Merkouris (Ingolstadt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Yannis Vrieling (Groß-Gerau KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Gernegroß (Salzland KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Marc Daniel Heintz (Köln KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Brian Krause (Stuttgart KV); Helmut Lauterwasser (München KV); Natascha Kauder (Frankfurt KV)

FH-TV-01-074-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 74 einfügen:

nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden. Die Sichtbarkeit & die spezifische gesellschaftliche Situation von Bisexualität zu stärken ist eine Querschnittsaufgabe. Auch für bisexuelle junge Menschen müssen Angebote geschaffen werden, in deren Rahmen sie in ihrer persönlichen Entwicklung gezielt unterstützt und gestärkt werden. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für

FH-TV-01-075 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 75 einfügen:

Vielfalt und gegen Homo-, Bi- und Transphobie wollen wir Forschung, Prävention, Aus- und

FH-TV-01-079 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 79 bis 80:

Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen ~~zur sexuellen Vielfalt~~ in Baden-Württemberg und in Hessen, die das Thema sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt beinhalten.

FH-TV-01-079-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 79 bis 80:

Widerstände klare Akzente ~~gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen zur sexuellen Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.~~ gesetzt, zum Beispiel mit den Aktionsplänen **LSBTIQ*Feindlichkeit und für sexuelle Vielfalt in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.**

Begründung

Präzisierung und Richtigstellung.

FH-TV-01-080 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 80 einfügen:

Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

In vielen Ländern wird LSBTIQ* das Leben zur Hölle gemacht: Verfolgung, Unterdrückung, Gewalt und Zensur. Deutsche Politik muss hier klar Position beziehen und Menschenrechtsverteidiger*innen aktiv stärken. Auch die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen muss Deutschland für die Stärkung der Rechte sexueller Minderheiten weltweit nutzen.

FH-TV-01-080-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 80 einfügen:

Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt jeden neuen Ansatz, der dazu beiträgt die Ausbreitung des HIV Virus zu stoppen und zur sexuellen Selbstbestimmung beiträgt. Die medikamentöse Prophylaxe vor HIV, allgemein PrEP (Präexpositionsprophylaxe) genannt, ist ein solcher neuer Ansatz. Das Potential der PrEP gilt es zu fördern. Sie soll einkommensunabhängig für jede*n zugänglich sein.

FH-TV-01-080-3 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Nach Zeile 80 einfügen:

Die Verfolgung und Diskriminierung von LSBTIQ* im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und in der DDR ist bis heute nur unzureichend aufgearbeitet. Wir werden eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Teils deutscher Rechts- und Gesellschaftsgeschichte vorantreiben, zum Beispiel auch die Verschleppung lesbischer Frauen in Konzentrationslager und in Bordelle der Wehrmacht während es des Zweiten Weltkrieges. Unter anderem dafür wollen wir die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld beauftragen und ausreichend ausstatten. Wir begrüßen, dass die Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer des §175 StGB und des §151 DDR-StGB in Angriff genommen wurden. Jenseits des Strafrechts wurden auch lesbische Frauen, Transsexuelle und Transgender im Nationalsozialismus verfolgt und diskriminiert. Über die derzeitige beschlossene Rehabilitierung und Entschädigung hinaus fordern wir eine angemessene und ausreichende Kollektiventschädigung, die jährlich Projekte im Bereich der LSBTIQ*-Senior*innen zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen zudem die Rehabilitierung und Entschädigung sowie die Wiederherstellung der Würde aller Opfer erreichen, bevor auch hier der Zeitablauf eine persönliche Entschuldigung unmöglich macht. Dazu wollen wir einen Härtefond einrichten.

FH-TV-01-080-4 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 80 einfügen:

Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte: Gleiche Rechte für gleiche Liebe – jetzt Ehe für alle öffnen!

Ohne die volle Gleichstellung von homosexuellen Paaren bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft. Für uns Grüne war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir wollen diese Ungleichbehandlung lesbischer und schwuler Partnerschaften beenden und längst überfällig die Ehe für alle Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte.

Für ein modernes Familienrecht – Alle Familienformen anerkennen und schützen

Familie ist da, wo Kinder sind. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige Kinder leben, sind keine Ehen, sondern: nichteheliche Familien, Alleinerziehende mit Kind, atchwork-Familien oder Regenbogenfamilien. Für viele dieser heute selbstverständlichen Familienkonstellationen gibt es keinen klaren Rahmen, der ihre Rechte benennt und ihre Familienform absichert. Wir wollen das Familienrecht weiterentwickeln und für diese Familien ein Angebot schaffen, das sie in ihrer Verantwortung als Eltern rechtlich stärkt (Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung). Damit wollen wir klar regeln, welche Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber miterziehenden Eltern haben.

Reform des Transsexuellengesetzes jetzt!

DIE GRÜNEN setzen sich für eine Vornamens- und Personenstandsänderung ein, die ohne verpflichtende Gutachten und gerichtliche Entscheidung durchgeführt werden kann. Weiterhin bestehen bleiben sollen freiwillige Beratungsangebote und Kontaktstellen. Wir stärken damit das Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Personen. Zudem setzen wir uns für einen umfassenden Diskriminierungsschutz und den Schutz der Privatsphäre ein. Auf nationaler und internationaler Ebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass diese individuellen Geschlechtsidentitäten nicht mehr als psychische Störungen klassifiziert werden. Die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen für alle medizinisch notwendigen Leistungen bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen muss gesetzlich verankert werden.

Begründung

„Ohne Grün kein Queer“ - mit derart selbstbewussten Slogan streiten wir Grünen in den Parlamenten und bei u.a. zahlreichen CSDs seit jeher mit und für die LSBTIQ* Bewegung. Diese Bedeutung sollte sich auch in unserem Wahlprogramm widerspiegeln.

Deswegen beantragen wir der Thematik ein eigenes Kapitel zu widmen.

Dieser Änderungsantrag fügt ein weiteres Schlüsselprojekt, Reform des Transsexuellengesetzen, ein und konsolidiert die bis jetzt dafür im Programm vorhandenen Projekte, um die formalen Kriterien für ein Kapitel herzustellen.

FH-TV-01-080-5 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 80 einfügen:

Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

Wir setzen uns für einen zeitgemäßen Umgang mit HIV ein. Das heißt für uns Prävention, Aufklärung und Unterstützung statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass die PräexpositionsProphylaxe (PreP) in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen wird.

FH-TV-01-081 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 81 bis 84:

Selbstbestimmung für Alle: Barrierefrei und gleichberechtigt leben Wir Grünen streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen mit Behinderungen frei und selbstbestimmt leben und teilhaben können. Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung erhalten, die jeweils benötigt wird. Inklusion Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Barrieren sowie frei von Vorurteilen und Diskriminierungen ist Eine inklusive Gesellschaft trifft Vorkehrungen und schafft Rahmenbedingungen, damit alle teilhaben können. Dazu gehört eine barrierefrei Infrastruktur ebenso wie universelle Sicherungssysteme, die effektiv vor Armut schützen, Für Menschen mit Behinderungen ist Inklusion ein Menschenrecht. Das Bundesteilhabegesetz der

Begründung

Wir Grüne vertreten einen weiten Begriff der Inklusion, der neben Menschen mit Behinderungen grundsätzlich die Teilhabemöglichkeiten aller Menschen in den Blick nimmt. Die inklusive Gesellschaft ist unser sozialpolitisches Leitmotiv. Das sollten wir an dieser Stelle deutlich machen.

Unterstützer*innen

Corinna Rüffer (Trier KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Harald Wölter (Münster KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Drees (Plön KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andreas Marg (Neckar-Bergstraße KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Marret Bohn (Rendsburg-Eckernförde KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Mareike Engels (Hamburg-Altona KV); Antje Westhues (Bochum KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Maren Berger (Segeberg KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV)

FH-TV-01-085 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 85 löschen:

Großen Koalition erfüllt diesen Anspruch ~~noch~~-nicht. Menschen mit Behinderungen erleben

Begründung

Es ist nicht absehbar, dass das BTHG ohne unser Zutun die Gleichstellung Behinderter nach der UN-BRK umsetzt. „Noch“ setzt einen zeitlichen Ablauf und eine Entwicklung voraus, die nicht erkennbar ist.

FH-TV-01-086 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 86:

immer wieder **Einschränkungen** Benachteiligungen und Mobilitätseinschränkungen: auf dem Bahnhof, wenn Fahrstühle fehlen, wenn die Kosten für

Begründung

„Einschränkungen“ verlegt die Benachteiligungen als Eigenschaft in die Person der Behinderten. Häufig sind es aber Benachteiligungen oder vorenthaltene Unterstützung.

FH-TV-01-088 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 88:

wollen ~~den Mehrkostenvorbehalt abschaffen~~ das Wunsch- und Wahlrecht stärken und die Bedingungen für den Ausbau des

Begründung

Das Wort „Mehrkostenvorbehalt“ wird als Fachwort von vielen nicht verstanden. Es geht um die Einschränkung des Wahlrechtes zwischen verschiedenen Formen von Sozialleistungen, z.B. zwischen der Pflege zuhause oder im Heim. Niemand darf gegen seinen Willen in eine Einrichtung gezwungen werden, wenn die Hilfe zuhause mehr kostet (Art. 19 UN-BRK).

FH-TV-01-089 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 89:

~~selbständigen~~ selbstbestimmten Wohnens mit Assistenz ~~sowie des Betreuten Wohnens~~ weiter verbessern.

Begründung

„Betreutes Wohnen“ kann im Einzelfall sinnvoll sein. Ziel ist aber die Unterstützung bei einem „selbstbestimmten Wohnen“. Nur das sollten wir fordern!

FH-TV-01-092 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 92 einfügen:

Unterstützung erhalten. Die von Bundesrat und Bundestag ratifizierte Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen

Begründung

erfolgt mündlich

FH-TV-01-092-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Stefan Thome (Kaiserslautern KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 92 einfügen:

Unterstützung erhalten. Wir setzen uns für einen barrierefreien öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen besser zugänglich sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit zu formulieren. Die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen

Begründung

Im Vergleich insbesondere zum angloamerikanischen Raum hat Deutschland im Bereich der Barrierefreiheit einen riesigen Nachholbedarf. So ist es beispielsweise an der Tagesordnung, dass Menschen nicht an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können, weil Gebäude für Rollstühle schlicht nicht zugänglich sind oder das aufgrund nicht barrierefreier Webseiten Menschen vom Zeitung lesen, dem selbstständigen Durchführen von Bankgeschäften oder vom Online-Shopping ausgeschlossen sind. Dieser Zustand wird durch die im Behindertengleichstellungsgesetz festgeschriebene Praxis, dass Verbände der Selbsthilfe mit Unternehmensverbänden freiwillige Zielvereinbarungen treffen können, nicht erheblich verbessert. Von daher ist es notwendig, privatwirtschaftliche Anbieter gesetzlich dazu zu verpflichten, für öffentlich zugängliche Angebote und Dienstleistungen angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen zu treffen. Das solche Regelungen umsetzbar sind, beweisen die „Accessibility Guidelines“ des „Americans with Disabilities Act“, die inhaltlich und konzeptionell als Vorbild dienen können.

Unterstützer*innen

Paul Bunjes (Kaiserslautern KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Christian Bayerlein (Koblenz KV); Dirk Raik Dreher (Ludwigshafen-Stadt KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Niko Markus (Kaiserslautern KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Andreas Markus (Kaiserslautern-Land KV); Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Lea Siegfried (Kaiserslautern KV); Thomas R. Diehl (Mönchengladbach KV); Martin Kühn (Köln KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Kerstin Dehne (München KV); Stefan Boxler (Bad Kreuznach KV)

FH-TV-01-093 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 93 einfügen:

mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden. So wäre z.B. auch die barrierefreie Umrüstung von Bankautomaten für Menschen mit Sehbeeinträchtigung ein einfacher und hilfreicher Schritt.

Begründung

Ein konkretes Beispiel dafür, dass mit einfachen Mitteln Menschen mit Beeinträchtigung das Leben erleichtert werden kann. Es geht darum zu zeigen, dass es häufig nicht nur um Zugänglichkeit z.B. für Rolli-Fahrer*innen geht, sondern auch darum, Menschen mit Sehbeeinträchtigung durch Unterstützung und Erleichterungen im taktilen Bereich, und Menschen mit Hörbeeinträchtigung durch optische Signale die Teilhabe am öffentlichen Leben und alltäglichen Dingen enorm erleichtert werden kann.

FH-TV-01-093-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 93 einfügen:

mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland vollständig umgesetzt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

FH-TV-01-094 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 94 bis 97:

Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Weltweit leiden viele Menschen unter den negativen Folgen dieser Politik, unter Kriegen und bewaffneten innerstaatlichen Konflikten, unter Repression und erheblichen gesundheitlichen Problemen. Einen Beleg für den Nutzen der Kriminalisierung von Drogen gibt es hingegen nicht. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller – auch bislang illegaler – Drogen. Neue Verbote, beispielsweise bei Legal Highs, lehnen wir ab. Die Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen muss beendet werden. ~~Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Es ist längst klar, dass Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch von Drogen sind. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen, die durch die derzeitigen Schwarzmarktbedingungen verursacht werden, wollen wir durch den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen, wie Sprizentauschprogramme und Drogenkonsumräume, entgegnetreten und diese durch die Ermöglichung von Substanzenanalysen (Drugchecking) ergänzen. Öffentliche Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin lehnen wir ab.~~Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis

Unterstützer*innen

Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Volker Beck (Köln KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

FH-TV-01-095 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Silke Kolwitz (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 95 bis 104:

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. ~~Es ist längst klar, dass Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Wir wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.~~ Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum oder den Missbrauch von Drogen. Statt wirkungsloser Strafverfolgung von Drogenkonsumierenden, die viele Millionen Euro kostet und soziale Schäden anrichtet, setzen wir auf Entkriminalisierung, Prävention und Jugendschutz, eine Stärkung der zielgruppenspezifischen Suchthilfe für Abhängige, eine regulierte Abgabe von Cannabis durch unser Cannabiskontrollgesetz und eine bessere Forschung.

Die Prävention soll potentielle Konsumierende, z. B. Jugendliche, über Risiken informieren, sachliche Aufklärung bieten und einen verantwortungsvollen Umgang mit Drogen fördern. Aufklärung an Schulen soll nicht mehr von Polizist*innen, sondern von erfahrenen Pädagog*innen durchgeführt werden. Wir wollen die chemische Analyse (Drugchecking) von Drogen für Konsumierende ermöglichen, denn vor allem in Ballungsgebieten können sich verunreinigte und überdosierte Drogen schnell verbreiten und zu gesundheitlichen Schäden führen. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hingewiesen werden, z.B. mit Werbeverboten oder Verbannung dieser Substanzen von Supermarktkassen, aus Tankstellen und Drogerien, hin zu Alkohol- und Tabakverkaufsläden, die erst ab 16 betreten werden dürfen. Den alarmierenden Zahlen des Medikamentenmissbrauchs werden wir durch eine bessere Qualifikation der Ärzte/Ärztinnen und Apotheker_Innen, Präventionsprogramme, die auf kompetente Arzneimittelanwendung abzielen, und den Ausbau niederschwelliger Entzugsangebote entgegen wirken. In der Suchthilfe und -therapie von abhängigen Drogenkonsumierenden setzen wir auf medizinrechtliche Änderungen, damit leichter Substitutionsstoffe, Originalstoffe und Gegenmittel wie Naloxon ausgegeben werden können; auch vorbeugend und auf Vorrat, da so Drogentote und schwere Gesundheitsschäden vermieden werden können. Gerade bei Übergängen von Gefängnisaufenthalten muss eine lückenlose Versorgung ermöglicht werden, damit Therapieerfolge nicht durch die erhöhte Rückfallgefahr einer lückenhaften Substitution wieder zunichte gemacht werden.

Wir setzen auf intensive Forschung, um die Wirkungspotenziale und Risiken von psychoaktiven Substanzen ganzheitlicher erfassen zu können. Dafür gilt es eine Risikobewertung von Einzelsubstanzen, auf Basis der in der regulatorischen Toxikologie anerkannten Regeln, zu etablieren, insbesondere bei den Legal Highs. Diese Erkenntnisse sind der zukünftigen Drogenpolitik zu Grunde zu legen.

Begründung

Im ersten Abschnitt ist uns das Thema Forschung wichtig. Der zweite Absatz zum Thema Prävention enthält den wichtigen Hinweis, dass die Polizei keine Prävention in Schulen machen soll. Der dritte Abschnitt ist die Fortsetzung der Drogenpolitik von Christa Nickels, indem wir abhängig

Drogenkonsumierende auf dem wissenschaftlich neuesten Stand therapieren wollen, was zudem unsere Gefängnisse leerer macht, wie in den Niederlanden. Auch die Frage wie man mit neuen psychoaktiven Substanzen umgeht wird immer wichtiger und stellt das philosophische Grundgerüst dar: Die wissenschaftliche Einordnung.

Unterstützer*innen

Danilo Zoschnik (Barnim KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Philipp Schulte (Münster KV); Nabih Ghanem (Soest KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Dirk Rehahn (Berlin-Kreisfrei KV); Marius Kühne (Münster KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Antje Wagner (München-Land KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jan Fähmann (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar (Winkelhoch Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-TV-01-095-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 95 bis 101:

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. ~~Es ist längst klar, dass Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für Erwachsene.~~ und setzen uns für die Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von Konsument*innen ein. Um Verbraucherschutz und Suchtprävention auszubauen und Jugendschutz zu gewährleisten, setzen wir uns für eine kontrollierte Abgabe von Rauschmitteln in Drogenfachgeschäften ein. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention und eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige, etwa durch das bundesweite Schaffen und Fördern von Drogenkonsumräumen. Durch einen Ausbau niedrigschwelliger risikominimierender Maßnahmen wie Spritzenaustauschprogrammen, legale Substanzenanalysen und einer Verbesserung der Substitutionsangebote, auch in Gefängnissen, wollen wir die Gesundheitsgefährdung durch Drogenkonsum reduzieren. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für

FH-TV-01-097 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 97 einfügen:

von Drogen sind. Das deutsche Betäubungsmittelgesetz (BtmG) muss grundlegend reformiert werden. Sein Ziel darf nicht weiter die Kriminalisierung von Rauschmittelnutzern sein, sondern zum einen die Kontrolle der Suchtstoffe, wie sie aus dem Arzneimittelgesetz bekannt ist, zum anderen vernünftige, aufklärende Prävention. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis

Begründung

Erwachsene dürfen in einer freien Gesellschaft mit ihrem Körper machen was sie wollen. So ist auch der versuchte Suizid nicht strafbewehrt. Dem muss auch eine moderne Drogenpolitik entsprechen. Von daher muss das BtmG angepasst werden und soll künftig statt der Kriminalisierung des Konsums und Besitzes von Drogen, den unvermeidbaren Umgang mit Drogen optimieren. Hierzu sind Aufklärung und Qualitätskontrolle erforderlich.

FH-TV-01-104 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 104 einfügen:

Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.
Konsumierende sollen Drogen auf ihren Wirkstoffgehalt und ihre Reinheit überprüfen können und über Konsumrisiken aufgeklärt werden (Drug Checking).

Begründung

Drug Checking ist ein wichtiger Beitrag zur Schadensminderung und muss endlich auch in Deutschland etabliert werden. Auf dem Schwarzmarkt gibt es keinen Verbraucherschutz. Sehr hohe Wirkstoffkonzentrationen oder Beimengungen in den Substanzen können mit unabsehbaren gesundheitlichen Risiken für die Konsumierenden einhergehen. Eine Überprüfung der Substanzen mit einhergehender Aufklärung über mögliche Risiken stärkt die Selbstbestimmung des (potenziellen) Konsumierenden und ermöglicht eine informierte Entscheidung über Konsum oder Konsumverzicht. Zudem kann über das Drug Checking analysiert werden, welche Substanzen auf dem Schwarzmarkt angeboten werden. Dies ist wichtig, um Substanzanalyseverfahren zu entwickeln und zu verbessern, sowie medizinische und therapeutische Leitlinien zur Behandlung von Konsumierenden im Notfall sowie bei Abhängigkeitserkrankungen zu erarbeiten.

FH-TV-01-108 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 108:

Ohne die volle Gleichstellung von ~~homosexuellen~~gleichgeschlechtlichen Paaren bleibt jedes Reden über ~~Toleranz~~Akzeptanz

Begründung

Sprachliche Präzisierung

FH-TV-01-111 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 111 bis 112:

wollen diese Ungleichbehandlung ~~lesbischer und schwuler~~ gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beenden und längst überfällig die Ehe für ~~alle Paare öffnen~~ Alle öffnen und auch gleichgeschlechtlichen Paaren die gemeinschaftliche Adoption ermöglichen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und

Begründung

Der Hauptgrund für das “Bauchgefühl” der Bundeskanzlerin gegen die Eheöffnung liegt in den daraus folgenden Fragen rund um Adoption und Abstammung der Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

FH-TV-01-117 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Kusel
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 117 bis 118:

~~UN~~UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine Sonderwelten gibt, sondern Menschen mit und ohne Behinderung sich begegnen. Dazu gehören auch die derzeit noch bestehenden Einschränkungen beim Wahlrecht, die wir abschaffen werden. Behinderte Menschen sollen

Begründung

Ein wichtiger und grundlegender Kritikpunkt der UN-Behindertenrechtskommission gegenüber der Praxis in Deutschland, der besondere Erwähnung finden sollte.

FH-TV-01-118 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 118:

gibt, sondern Menschen mit ~~und ohne~~ Behinderung ~~sich begegnen~~ uneingeschränkt teilhaben können am Leben in der Gesellschaft. Behinderte Menschen sollen

Begründung

„Begegnen“ reicht nicht, Leben in der einen Welt, also uneingeschränkte Teilhabemöglichkeit ist nach der UN-BRK gefordert (Art. 19 und ff).

FH-TV-01-119 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Corinna Rüffer (KV Trier)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 119 löschen:

frei~~er~~ darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz,

Begründung

Wir schreiben, dass wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen werden. Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Behinderungen an, mit den gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen werden. Hier sollten wir sprachlich eindeutig sein und klarstellen, dass wir das Wunsch- und Wahlrecht vorbehaltlos umsetzen.

Unterstützer*innen

Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Johannes Wiegel (Trier KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Paul Bunjes (Kaiserslautern KV); Werner Jülke (Paderborn KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Andreas Kammerbauer (Main-Taunus KV); Christian Bayerlein (Koblenz KV); Thomas Schremmer (Hannover RVMax Bleif); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); René Halusiak (Mettmann KV); Dirk Raik Dreher (Ludwigshafen-Stadt KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV); Winfried Frank (Kaiserslautern KV); Antje Westhues (Bochum KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)

FH-TV-01-119-2 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 119 löschen:

frei~~er~~ darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz,

Begründung

Das Menschenrecht der freien Entscheidung gilt auch für Menschen mit Behinderung uneingeschränkt (UN-BRK Art. 19)

FH-TV-01-120 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 120 bis 122:

Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. ~~Damit Werkstätten für Behinderte nicht die einzige Arbeitsmöglichkeit sind, unterstützen wir Menschen mit Behinderungen besser bei Bildung, Ausbildung und Arbeit.~~ Statt Werkstätten für behinderte Menschen auszubauen, werden wir ihre Öffnung zum allgemeinen Arbeitsmarkt über das Budget für Arbeit, Unterstützte Beschäftigung und Integrationsbetriebe fördern.

Begründung

Deutschland ist von der UN gerügt worden wegen der Ausgrenzung in WfbM. Ein Ziel muss daher vor allem der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt und ein gleiches Recht auf Arbeit (Art. 27 UN-BRK) für Behinderte sein.

FH-TV-01-121 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

In Zeile 121:

die einzige Arbeitsmöglichkeit sind, unterstützen wir Menschen mit Behinderungen **besserentschieden** bei

Begründung

Besser ist bloß löbliche Absicht. Bildung und Ausbildung sind in Deutschland sowieso krass unterfinanziert und bleiben qualitativ unter den internationalen Möglichkeiten. die Unterstützung in Bildung und Ausbildung ist insbesondere für Menschen mit Behinderung absolut entscheidend im Hinblick auf ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt, denen nach wie vor hohe Hürden entgegenstehen (Art. 24 UN-BRK, s.a. unten GS-GA-01 Z 105 ff)

FH-TV-01-126 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Silke Kolwitz (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 126 bis 132:

System schaffen. ~~Dabei~~Dadurch greifen – im Gegensatz zu heute – Verbraucher- und Jugendschutz sowie Suchtprävention, da der Staat die Abgabe verantwortet. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes durch lizenzierte private und geschulte Verkäuferinnen und Verkäufer erfolgen. So trocken wir den ~~Schwarzmarkt aus. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen illegalen Markt aus~~ und ineffektiven Massenverfahren. Therapie können Steuergewinne und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen ersparnisse in Bildung, Forschung und Therapie stecken.

Unterstützer*innen

Danilo Zoschnik (Barnim KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Philipp Schulte (Münster KV); Nabihha Ghanem (Soest KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Dirk Rehahn (Berlin-Kreisfrei KV); Marius Kühne (Münster KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Antje Wagner (München-Land KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar (Winkelhoch Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-GB-01-001 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir stehen ein für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung

FH-GB-01-001-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 1 bis 3:

Die Hälfte der Macht den Frauen, das ist seit unserer Gründung unser Anspruch. ~~Gemeinsam mit vielen mutigen, engagierten Frauen und so manchem Mann, der diese Zustände auch nicht akzeptieren wollte, haben wir Grünen in den vergangenen 35 Jahren einiges erreicht.~~ Unsere Parteigeschichte ist geprägt vom Feminismus und von Frauen, die für ihre Rechte kämpfen. Wir

FH-GB-01-006 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Kassel-Stadt

Beschlussdatum: 20.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 6 bis 8:

verboten. ~~Frauen sind heute oft sehr gut ausgebildet und beanspruchen selbstbewusst und selbstverständlich ihren Platz in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens. Mädchen machen gute Schulabschlüsse.~~ Frauen sind mit Männern juristisch gleichberechtigt, sie haben im Schnitt gleiche oder höhere Bildungsabschlüsse, Qualifikationen sowie Führungskompetenzen. Wir haben Gesetze, die Hürden abbauen und Gleichberechtigung fördern.

FH-GB-01-007 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 7 bis 8 löschen:

selbstverständlich ihren Platz in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens. ~~Mädchen-machen-gute
Schulabschlüsse~~. Wir haben Gesetze, die Hürden abbauen und Gleichberechtigung fördern.

FH-GB-01-013 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 13:

ein Gesetz gegen ~~Abtreibung~~Schwangerschaftsabbrüche nur knapp verhindert werden. In Deutschland macht die AfD gegen

Begründung

Der Begriff „Schwangerschaftsabbrüche“ ist neutraler als der Begriff Abtreibung.

FH-GB-01-013-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 13 bis 15:

ein Gesetz gegen Abtreibung nur knapp verhindert werden. In Deutschland ~~macht die AfD~~ machen
Rechtspopulist*innen gegen Gleichstellung und Gender Mainstreaming mobil und ~~wilt~~ wollen Frauen wie
Männer am liebsten wieder ~~auf die Rolle am Herd reduzieren~~ in traditioneller Rollenaufteilung sehen..

FH-GB-01-013-3 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 13:

~~ein Gesetz gegen Abtreibung~~ eine weitere Verschärfung des bereits strengen Anti-Abtreibungsgesetzes nur knapp verhindert werden. In Deutschland macht die AfD gegen

FH-GB-01-024 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 24:

Wir wollen, dass Frauen endlich genauso ~~viel verdienen~~ gut bezahlt werden wie Männer. Wir wollen Mädchen und

Begründung

Verdienen tun Frauen gleiches Gehalt, nur bekommen sie es nicht!

FH-GB-01-025 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 25 einfügen:

Jungen die gleichen Chancen eröffnen - jenseits von Klischees und starren Geschlechterrollen. Wir wollen, dass niemand Frauen vorschreibt, wie sie

FH-GB-01-027 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Eva Kauenhowen (Oberhausen KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 27 löschen:

kein Staat, keine ~~alten~~ Patriarchen. Wir treten Gewalt gegen Frauen entgegen. Sexistische

Begründung

Es gibt nicht nur "alte" Patriarchen, sondern auch gerade junge Menschen, die sich einem patriarchalen Weltbild zuwenden.

Unterstützer*innen

Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Julia Woller (Köln KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Heidi Besas (Bergstraße KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Antje Westhues (Bochum KV); Angelika Saupe (Bremen-Nordost KV); Sylvia Meyer (Wuppertal KV); Thea Jacobs (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Mechtild Wigger (Hamburg-Altona KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Norika Creuzmann (Paderborn KV); Dörte Bernhardt (Südliche Weinstraße KV); Sebastian Girrullis (Oberhausen KV)

FH-GB-01-031 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 31 bis 32 löschen:

Diskriminierungen gibt. ~~Eine Frau Özlem hat größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt als Frau Müller.~~ Wir wollen, dass es jeder Frau möglich ist, so zu leben, wie sie es möchte. Wir

Begründung

streichen, da es auch Männer betrifft und diskriminiert

FH-GB-01-032 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 32 einfügen:

Müller. Das Verfahren der anonymisierten Bewerbung wollen wir bundesweit ausweiten, um Nachteile auf dem Arbeitsmarkt für Migrant*innen zu vermeiden. Wir wollen, dass es jeder Frau möglich ist, so zu leben, wie sie es möchte. Wir

FH-GB-01-033 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 33:

wenden uns gegen alle Versuche, Frauenrechte zu missbrauchen, um die Angst ~~von~~vor zugewanderten

Begründung

redaktionell

FH-GB-01-034 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 34:

Menschen zu schüren oder für fremdenfeindliche rassistische Argumentationen zu instrumentalisieren.

Begründung

„Fremdenfeindlich“ suggeriert, dass jemand „fremd“ ist und erhält die Trennung von „Wir“ und „die Anderen“ aufrecht.

FH-GB-01-035 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 35:

~~Die Hälfte der Kohle den Frauen~~ Für faire und gerechte Löhne!

FH-GB-01-038 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 38 einfügen:

Vermögen gleichberechtigt teilhaben. Es geht um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Lebensphasen. Da gibt es in Deutschland noch einiges zu tun. Mehr

Begründung

Die Einfügung macht die Aussage umfassender. Alle Frauen - egal ob alleinerziehend, arbeitend, in Rente - werden hier miteinbezogen.

FH-GB-01-040 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 40 bis 41:

Beschäftigung. Sie ~~verdienen weniger~~ werden schlechter entlohnt als Männer. Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden ~~schlecht~~ nicht angemessen bezahlt. Die Renten vieler Frauen sind jetzt schon niedrig, und

Begründung

Mehr als nur redaktionell. Sprache ist Machtmittel!

FH-GB-01-041 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 41 einfügen:

arbeiten, werden schlecht bezahlt. Sie verdienen mehr Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere durch einen Tarifvertrag "Soziale Dienste", der dann für alle gelten soll. Die Renten vieler Frauen sind jetzt schon niedrig, und

Begründung

Mündlich

Unterstützer*innen

Hartmut Wauer (Fürth-Stadt KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Edith Ailingner (Reutlingen KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Antje Westhues (Bochum KV); Stefan Hintsche (München KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Johannes Spatz (Berlin-Kreisfrei KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV)

FH-GB-01-051 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 51 bis 52:

Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, ~~typische Frauenberufe~~ Berufe, die heute noch meist von Frauen ergriffen werden, beispielsweise in der Erziehung, in der Pflege oder im Gesundheitssystem, aufzuwerten und besser zu

FH-GB-01-051-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 51:

Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, ~~typische Frauenberufe~~ Berufe, in denen vorrangig Frauen arbeiten, so z.B

Begründung

erfolgt mündlich

FH-GB-01-054 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Kusel
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 54 bis 56:

Eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist das Ehegattensplitting. ~~Wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und heiraten oder sich verpartnern, dann soll das auch im Steuerrecht honoriert werden. Aber das~~Das Ehegattensplitting ist unmodern und

Begründung

Satz steht im Widerspruch zum Ansinnen, Ehepartner und Nicht-Verpartnerte gleich zu stellen und Steuervorteile nur für Eltern zu erreichen.

FH-GB-01-062 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Kusel
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 61 bis 63 löschen:

und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen. ~~Dabei soll das neue Recht nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern, gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts.~~ Die

Begründung

Durch einen Bestandsschutz entsteht eine neue Ungleichheit, nämlich zwischen denen, die vor, und denen, die nach einem bestimmten Stichtag geheiratet haben. Stattdessen sind Übergangsregeln für bereits Verheiratete zu schaffen. Nach einer Übergangsfrist sind alle gleich zu behandeln.

FH-GB-01-063 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 63 einfügen:

gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Sie können sich für eine Individualbesteuerung entscheiden, wenn sie vom Grünen Familien-Budget profitieren wollen. Die

Begründung

Verweis zu GS-KA

FH-GB-01-074 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 74 bis 76:

ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen. ~~Frauen, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen, brauchen bessere Unterstützung~~ Nach der Familienphase braucht es Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf. Wir wollen deshalb endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit einführen.

FH-GB-01-080 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 80:

40-Prozent-~~Quote~~Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. So zieht

FH-GB-01-080-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 80:

~~40~~50-Prozent-Quote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. So zieht

FH-GB-01-080-3 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Ulle Schauws (Krefeld KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 80:

40-Prozent-Quote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. So Die Potenziale von Frauen und ihre hervorragenden Ausbildungen und Qualifikationen zu verpassen ist für uns nicht weiter hinnehmbar. Das kann sich dieses Land nicht weiter leisten. Wir fordern darum konkrete Maßnahmen und Quoten für eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auf allen betrieblichen Ebenen, in denen sie unterrepräsentiert sind. Denn nur so zieht

Begründung

Unsere Forderungen gehen über die Gleichberechtigung im Top-Management und Aufsichtsräten hinaus. Wir wollen Diversity und Frauen auf alle Führungsebenen.

Unterstützer*innen

Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Julia Woller (Köln KV); Natascha Kauder (Frankfurt KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Sylvia Meyer (Wuppertal KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Thea Jacobs (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Dörte Bernhardt (Südliche Weinstraße KV); Eva Kauenhowen (Oberhausen KV); Judith Hasselmann (Köln KV)

FH-GB-01-081 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 81:

~~Vielfalt~~Geschlechtergerechtigkeit in die Führungsetagen ein.

Begründung

Vielfalt umfasst mehr als das Geschlecht.

FH-GB-01-086 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 86 löschen:

konsequent verfolgt und bestraft werden, ~~egal wer sie begeht.~~

Begründung

Natürlich egal wer sie begeht. Wir schreiben ja auch nicht: „Einbrecher*innen müssen gefasst und bestraft werden, egal wer sie sind“.

FH-GB-01-087 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 87 bis 88:

~~Frauen sind oft im eigenen Zuhause, also dort, wo sie am sichersten sein sollten, von Gewalt betroffen.~~ Frauen sind oft gerade im eigenen Zuhause von Gewalt betroffen. Die meisten Übergriffe geschehen in der Partnerschaft, durch Verwandte und

Begründung

Macht eine komische Trennung von privatem und öffentlichem Raum auf. Vermutlich würde niemand diesen Satz so über Männer* aufschreiben. Frauen* sollten überall sicher sein, ohne Abstufungen. Dass Frauen* vor allem Zuhause von Gewalt betroffen sind, wird durch "gerade" deutlicher ausgedrückt.

Unterstützer*innen

Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johanna Braun (Berlin-Mitte KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-GB-01-097 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 97 bis 98:

verteidigen. Der öffentliche Raum gehört allen, alle müssen sich dort ~~aufhalten können~~,
~~selbstverständlich~~selbstbestimmt und ohne Angst aufhalten können. Unsere Sicherheitspolitik, die auf
mehr Polizei vor Ort

Begründung

erfolgt mündlich

FH-GB-01-098 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 98 bis 99:

selbstverständlich und ohne Angst. ~~Unsere Sicherheitspolitik, die auf mehr~~ Wir achten auch bei der Stadtplanung darauf, dass schon kleine Maßnahmen, wie eine bessere Beleuchtung und das Vermeiden von schwer einsehbaren Flächen, Angsträume reduzieren. Mehr Polizei vor Ort ~~setzt, zielt genau darauf~~ kann die Sicherheit erhöhen.

Begründung

Mehr Polizei trägt nicht automatisch zu mehr Sicherheit bei und ist auch nicht die einzige Maßnahme, die wir Grüne in diesem Zusammenhang im Allgemeinen fordern.

FH-GB-01-103 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 103 einfügen:

Schuld zuweisen. Darum müssen Polizei und Justiz umfassend geschult und sensibilisiert sein im Umgang mit Betroffenen von

Begründung

Konkretisierung

Unterstützer*innen

Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johanna Braun (Berlin-Mitte KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Stephan Clemens (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-GB-01-105 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 105:

Notfallversorgung einschließlich anonymer und kostenfreier Spurensicherung und ~~der~~dem problemlosen Zugang zur Pille danach

Begründung

erfolgt mündlich

FH-GB-01-106 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 106 einfügen:

sichergestellt wird. Auch die weitere therapeutische Begleitung durch Beratungsstellen und Ärzt*innen muss sicher gestellt werden.

FH-GB-01-106-2* Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 106 einfügen:

sichergestellt wird. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

Begründung

mündlich

FH-GB-01-107 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 107 bis 111:

~~Wir~~Die Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die in der Prostitution arbeiten, wollen wir durchsetzen und stärken. Dazu wollen wir freiwillige Beratungsangebote stärken und finanziell unterstützen. Menschenhandel, zum Beispiel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, ist ein abscheuliches Verbrechen, wir wollen ihn konsequent bekämpfen. Opfer von Menschenhandel müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden. Ein dauerhaftes Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen.~~Die Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die legal in der Prostitution arbeiten, wollen wir durchsetzen und stärken.~~

Begründung

inhaltliche Klarstellung

FH-GB-01-108 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 108:

bekämpfen. Opfer von Menschenhandel ~~müssen besser vor Abschiebungen geschützt~~ dürfen nicht abgeschoben werden. Ein

FH-GB-01-109 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 109 bis 111:

dauerhaftes Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen. ~~Die Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die legal in der Prostitution arbeiten, wollen wir durchsetzen und stärken.~~

Sexkauf ist eine Form sexueller Gewalt Prostitution ist kein Beruf, sondern eine hochriskante Tätigkeit mit gravierenden Folgen für die Prostituierten selbst und für die gesamte Gesellschaft. Das in weiten Bereichen unserer Gesellschaft immer noch vorhandene Bild der grundsätzlichen Verfügbarkeit der Frau für sexuelle Bedürfnisse von Männern wird dadurch zementiert. Die oft behauptete Legende einer "freiwilligen Prostitution" ist nach der Erfahrung vieler Fachleute ein Märchen. Prostituierte sind in der Regel nicht selbstbestimmt, sondern geprägt durch ein Umfeld von Gewalt und Fremdbestimmung und zu ihrer Tätigkeit gezwungen. Die wenigsten haben einen Schulabschluss oder sonstige Arbeitsmöglichkeiten, ihr Selbstwert besteht einzig darin, wie attraktiv sie für das Geschäft sind. Prostituierte werden ausgebeutet, traumatisiert und psychisch und physisch geschädigt. Sexkauf ist kein Geschäft wie jedes andere, sondern eine Form der Ausübung sexueller Gewalt - diese Erkenntnis hat sich inzwischen in der Traumaforschung durchgesetzt. Nach der Erkenntnis von Fachleuten hat sich in den vergangenen Jahren weder die Situation der Prostituierten verbessert noch ist der "Markt" für sexuelle Dienstleistungen kleiner geworden, im Gegenteil. Die wirksame Eindämmung von Zwangsprostitution und Menschenhandel ist einem Umfeld legaler Prostitution kaum möglich. Faktisch ist Deutschland zu einer der Hauptdrehscheiben des internationalen Frauenhandels geworden. Wir unterstützen die Initiativen, die für ein Verbot des Sexkaufs eintreten und werden uns für entsprechende Änderungen des Strafrechts einsetzen. Ein Sexkauf-Verbot - wie z.B. in Schweden und Norwegen seit vielen Jahren praktiziert - sanktioniert nicht die Prostituierten, sondern die Sexkäufer. Als begleitende Maßnahmen sind dazu Ausstiegshilfen, Therapieangebote und berufliche Förderung für Prostituierte einzuplanen.

Begründung

Siehe dazu die Entschließung des Europäischen Parlaments zur sexuellen Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter, 2013/2103(INI)
<http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=1339886&t=d&l=en> : "In an amendment adopted in plenary, the Parliament recognises that prostitution, forced prostitution and sexual exploitation are highly gendered issues and violations of human dignity, contrary to human rights principles, including gender equality, and therefore, contrary to the principles of the Charter of Fundamental Rights of the European Union, including the goal and the principle of gender equality.....the resolution considers that the most effective way of combating the trafficking of women and under-age females for sexual exploitation and improving gender equality is the model implemented in Sweden, Iceland and Norway (the so-called Nordic model)."

FH-GB-01-111 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 111 einfügen:

wir durchsetzen und stärken. Dazu brauchen wir ein neues Prostitutionsgesetz, das sich nicht nur an der verschwindenden Minderheit legal arbeitender Prostituerter orientiert, sondern an den Hunderttausenden, Armuts- und Zwangsprostituierten.

FH-GB-01-111-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 111 einfügen:

wir durchsetzen und unter anderem durch eine Reform des Prostitutionsschutzgesetzes stärken.

FH-GB-01-113 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 113 löschen:

~~Über den Körper selbst zu bestimmen, ist nicht leicht, wenn alle eine Meinung dazu haben.~~

Begründung

Im Regelsatz ist zwar eine Pauschale für Gesundheitspflege erhalten, aber insbesondere für Verhütung über einen längeren Zeitraum ist sie nicht ausreichend. Frauen mit geringem Einkommen können sich Verhütung daher oft nicht leisten, bzw. greifen auf unsichere Methoden zurück. Einzelne Kommunen haben das Problem erkannt und Fonds zur Individuellen Kostenübernahme geschaffen. Bei schlechter Haushaltslage stehen diese Mittel aber sofort zur Disposition und werden gestrichen.

FH-GB-01-114 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 114 bis 117:

Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. ~~Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Bei ungewollter Schwangerschaft brauchen Frauen wohnortnah Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und Strafe. Erst recht brauchen sie keinen Rückschritt bei bereits erkämpften Rechten und keine Einschränkungen erreichter Freiheiten.~~

Begründung

Für uns gilt nach wie vor der Grundsatz, dass jede Frau das Recht hat selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.

Die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen wird nicht nur von Rechts, sondern auch von religiös-fundamentalistischen Kreisen angegriffen. Die neue Formulierung arbeitet deutlicher heraus, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN alle Versuche bekämpfen, die geltend Rechtslage zu Lasten der Frauen zu verschlechtern.

FH-GB-01-115 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 114 bis 117:

Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. ~~Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe.~~ Bei ungewollter Schwangerschaft brauchen Frauen wohnortnahe Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Erst recht brauchen sie keinen Rückschritt bei bereits erkämpften Rechten und keine Einschränkungen erreichter Freiheiten.

FH-GB-01-115-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Christ*innen

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 114 bis 117:

Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. ~~Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Bei ungewollter Schwangerschaft brauchen Frauen wohnortnahe Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Erst recht brauchen sie keinen Rückschritt bei bereits erkämpften Rechten und keine Einschränkungen erreichter Freiheiten.~~

Begründung

erfolgt mündlich

FH-GB-01-115-3 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 114 bis 117:

Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. ~~Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Bei einer ungewollten Schwangerschaft haben Frauen das Recht auf Unterstützung, statt Bevormundung und Stigmatisierung.~~ Wir setzen uns deshalb weiterhin für einen straffreien und wohnortnahen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und anderen Hilfsangeboten ein, die allen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Mitteln zur Verfügung stehen.

FH-GB-01-116 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Stuttgart

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 116 einfügen:

rechts und streben eine Reform des § 218 an. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine

Begründung

Der § 218 beinhaltet immer noch deutliche Einschränkungen (Beratungspflicht, 72h obligatorische Bedenkzeit), zudem sind Schwangerschaftsabbrüche nur „straffrei“ und nicht legal. Anzustreben ist also eine echte Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Verbindung mit einer Fristenregelung.

FH-GB-01-116-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: KV Soest
Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 116 bis 117 einfügen:

rechts. Frauen in Notlagen und im Schwangerschaftskonflikt brauchen entscheidungsoffene Beratung, Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe. Im Rahmen der Prävention fordern wir eine bundesweit einheitliche Regelung mit Rechtsanspruch, durch die Leistungsberechtigte nach dem SGB II und weitere sozialhilfeberechtigten Personengruppen auch ab dem vollendeten 20. Lebensjahr von den Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung vollständig entlastet werden.

Begründung

Im Regelsatz ist zwar eine Pauschale für Gesundheitspflege erhalten, aber insbesondere für Verhütung über einen längeren Zeitraum ist sie nicht ausreichend. Frauen mit geringem Einkommen können sich Verhütung daher oft nicht leisten, bzw. greifen auf unsichere Methoden zurück. Einzelne Kommunen haben das Problem erkannt und Fonds zur Individuellen Kostenübernahme geschaffen. Bei schlechter Haushaltslage stehen diese Mittel aber sofort zur Disposition und werden gestrichen.

FH-GB-01-117 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 117 einfügen:

Strafe. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten Familienplanung stärken. Für Menschen mit geringem Einkommen soll der Zugang zu Verhütungsmitteln sichergestellt werden.

FH-GB-01-117-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 117 einfügen:

Strafe. Eine selbstbestimmte Familienplanung setzt den barrierefreien Zugang zu Verhütungsmitteln voraus. Deshalb setzen wir uns für die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen ein.

FH-GB-01-121 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 121 bis 124:

erfahren. ~~Länder wie Norwegen oder Österreich zeigen Wege gegen sexistische Werbung auf. Wir wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, was geht und was nicht, den wir mit vorantreiben wollen.~~ Wir wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Länder wie Norwegen oder Österreich zeigen Wege des erfolgreichen Vorgehens gegen sexistische Werbung auf. Daran wollen wir uns orientieren. Wir fordern eine unabhängige Kommission gegen sexistische Werbung, die anhand konkreter Kriterien die Diskriminierung durch Werbung feststellt und Empfehlungen abgibt. Nicht die Werbewirtschaft allein sollte definieren, was sexistisch ist und was nicht.

FH-GB-01-121-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 121 bis 124:

erfahren. Länder wie Norwegen oder Österreich zeigen Wege gegen sexistische Werbung auf. ~~Wir wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, was geht und was nicht, den wir mit vorantreiben wollen.~~ Wir werden Regelungen treffen, um sexistische und diskriminierende Werbung im öffentlichen Raum zu verbieten. Wir wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern.

Unterstützer*innen

Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Walenzik (Berlin-Mitte KV); Marian Funk (Berlin-Spandau KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV)

FH-GB-01-122 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 122 bis 124 löschen:

wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. ~~Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, was geht und was nicht, den wir mit vorantreiben wollen.~~

Begründung

Der Satz ist so völlig sinnlos und sagt eigentlich gar nichts aus. Im Gegenteil ist er sogar ziemlich widersprüchlich! (redaktionel)

FH-GB-01-131 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 131 einfügen:

Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Begründung

Hier sollte schon der richtige Begriff stehen. Denn gerade bei der Aufwertung von Berufen mit hohem Frauenanteil geht es um „gleichwertige“ Arbeit.

Unterstützer*innen

Ulle Schauws (Krefeld KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Maren Berger (Segeberg KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Edith Ailingner (Reutlingen KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Müller (Essen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Almut Rieger (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV)

FH-GB-01-131-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 131 einfügen:

Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

FH-GB-01-131-3 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 131:

~~Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche Arbeit~~ Individuelle
Besteuerung statt Ehegattensplitting

FH-GB-01-132 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 132 bis 140:

~~Wir wollen endlich Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen. Berufe mit hohem Frauenanteil wollen wir gesellschaftlich und finanziell aufwerten sei es in der Pflege, in der Kindertagesstätte oder in sozialen Projekten. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, das möglichst viele arbeitende Frauen erreicht, nicht nur wenige. Dabei soll ein Lohncheck aufdecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Gewerkschaften und Arbeitgeber sollen verpflichtet sein, Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung zu überprüfen. Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten. Dann sind Frauen nicht auf den schwierigen individuellen Klageweg angewiesen, sondern Verbände können stellvertretend für einzelne Beschäftigte klagen.~~Das Ehegattensplitting wird in Zukunft durch die individuelle Besteuerung und durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzt. Das Ehegattensplitting ist unmodern und birgt für Frauen und Familien ein erhebliches Armutsrisiko. Die Reform des Ehegattensplittings wird mit Verbesserungen bei den Leistungen für Familien verknüpft. Das neue Recht gilt für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern.

FH-GB-01-135 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 135:

Entgeltgleichheitsgesetz, das möglichst viele **arbeitende**erwerbstätige Frauen erreicht, nicht nur wenige.

FH-GB-01-136 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 136 bis 140:

Dabei soll ein Lohncheck aufdecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Gewerkschaften Tarifpartner und Arbeitgeber sollen verpflichtet sein, Tarifverträge tarifliche und Vereinbarungen nichttarifliche Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen. Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten. Dann sind Frauen nicht auf den schwierigen individuellen Klageweg angewiesen, sondern Verbände können stellvertretend für einzelne Beschäftigte klagen.

Begründung

Diese Textpassage ist missverständlich formuliert. Sie kann so gelesen werden, als ob nur die Tarifverträge und sonstige Vereinbarungen der Gewerkschaften bzw. Arbeitgeber auf Diskriminierungen überprüft werden sollen. Notwendig sind aber Überprüfungen von „Tarifverträgen“, die von den Tarifpartnern (Gewerkschaften + Arbeitgeberbände) ausgehandelt werden und vor allem auch von nichttarifliche Lohnstrukturen, die allein von den Arbeitgebern vorgegeben werden. Aber gerade die Überprüfung von nichttariflichen Lohnstrukturen ist wichtig und das muss auch im Programm deutlich werden. Auch die Passage zum Verbandsklagerecht sollte leicht modifiziert werden, denn ein Verbandsklagerecht ersetzt keine individuellen Klagen. Ein Verbandsklagerecht ist nur bei strukturellen Diskriminierungen möglich.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Müller (Essen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Almut Rieger (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Katja Keul (Nienburg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV)

FH-GB-01-140 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 140:

~~sondern weil~~ Verbände ~~können stellvertretend für einzelne Beschäftigte klagen~~ bei strukturellen Benachteiligungen klagen können.

Begründung

Diese Textpassage ist missverständlich formuliert. Sie kann so gelesen werden, als ob nur die Tarifverträge und sonstige Vereinbarungen der Gewerkschaften bzw. Arbeitgeber auf Diskriminierungen überprüft werden sollen. Notwendig sind aber Überprüfungen von „Tarifverträgen“, die von den Tarifpartnern (Gewerkschaften + Arbeitgeberbände) ausgehandelt werden und vor allem auch von nichttarifliche Lohnstrukturen, die allein von den Arbeitgebern vorgegeben werden. Aber gerade die Überprüfung von nichttariflichen Lohnstrukturen ist wichtig und das muss auch im Programm deutlich werden. Auch die Passage zum Verbandsklagerecht sollte leicht modifiziert werden, denn ein Verbandsklagerecht ersetzt keine individuellen Klagen. Ein Verbandsklagerecht ist nur bei strukturellen Diskriminierungen möglich.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Müller (Essen KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Almut Rieger (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Katja Keul (Nienburg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV)

FH-GB-01-142 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 142:

Für eine gute Geburtshilfe ~~Hebammen besser fördern~~ Hebammearbeit sichern

FH-GB-01-143 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 143:

~~Ohne~~nur mit Hebammen gibt es ~~keine~~ gute Geburtshilfe. Nur mit ihnen kann das Recht von Frauen auf freie Wahl des Geburtsortes und eine selbstbestimmte Geburt verwirklicht werden. Wir wollen daher sicherstellen, dass Hebammen

FH-GB-01-143-2 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

Antragsteller*in: Silke Gajek (Schwerin KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 143 bis 149:

Ohne Hebammen gibt es keine ~~gute Geburtshilfe. Wir wollen daher sicherstellen, dass Hebammen nicht wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen. Krankenhäuser mit Geburtsstationen sollen in allen Regionen schnell erreichbar sein. Wir wollen, dass neue Anreize gesetzt werden, damit Hebammen und Geburtshelfer*innen auch in unterversorgten Regionen tätig sind. Wir streben eine 1:1-Betreuung durch Hebammen in wesentlichen Phasen der Geburt an. Für Geburten in und außerhalb von Krankenhäusern brauchen wir verbindlichere Qualitätsvorgaben.~~ sichere Geburtshilfe. Wir wollen sicherstellen, dass Hebammen nicht wegen unzumutbarer Versicherungskosten, schlechter Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben. Geburtsstationen müssen in allen Regionen und zu jeder Zeit schnell erreichbar sein. Wir wollen uns daher für die Stärkung und den Ausbau der dezentralen Geburtshilfe, einschließlich Vor- und Nachsorge, einsetzen. Auch im Einklang mit dem Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt und im ersten Lebensjahr" wollen wir darauf hinwirken, dass im Rahmen der Selbstverwaltung die beteiligten Institutionen neue Vergütungsmodelle zur Stärkung der physiologischen Geburt und Selbstbestimmung der Frauen sowie zur Senkung der Kaiserschnitttrate erarbeiten. Wir streben eine gesetzlich verbindliche 1:1-Betreuung durch Hebammen in jeder Phase und in jedem Geburtsmodus an. Leitlinien und Qualitätsvorgaben in der klinischen und außerklinischen Geburtshilfe sollten höchsten wissenschaftlichen Standards/Klassifikationen genügen.

Begründung

Jede Frau muss frei entscheiden können, ob sie ihr Kind im Krankenhaus, im Geburtshaus oder zu Hause gebären möchte. Wir wollen das Recht auf die freie Wahl des Geburtsortes und die selbstbestimmte Geburt stärken. Wir wollen die Stärkung und den Ausbau der dezentralen, wohnortnahen Geburtshilfe und die besten Standards.

Unterstützer*innen

Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Andreas Haubold (NWM/Wismar KV); Monika Göpper (Mecklenburgische Seenplatte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Jutta Wegner (Mecklenburgische Seenplatte KV); Sabine Niels (Oder-Spree KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Rena Meincke (Schwerin KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Sarah Kaufmann (Wuppertal KV); Sonja Suntrup (Mecklenburgische Seenplatte KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Robert Hintz (Ludwigslust-Parchim KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Katrin Langensiepen (Hannover KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); René Fuhrwerk (NWM/Wismar KV); Katharina Jacobi (Göttingen KV)

FH-GB-01-149 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 149 löschen:

außerhalb von Krankenhäusern brauchen wir verbindlichere Qualitätsvorgaben.

Begründung

redaktionell

FH-GB-01-152 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 152:

Wir wollen Gewalt gegen Frauen überall bekämpfen, denn die ~~körperliche~~physische und psychische Unversehrtheit ist

Begründung

Die psychische Gewaltdimension darf nicht vergessen werden. „Körperliche und psychische“ klingt aber merkwürdig; der Ausdruck „psychisch und physisch“ ist dagegen Standard.

Unterstützer*innen

Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johanna Braun (Berlin-Mitte KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Bahar Haghanipour (Berlin-Kreisfrei KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Stephan Clemens (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV)

FH-GB-01-158 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

In Zeile 158:

Fachberatungsstellen. Wir **föfo**rdern Ansätze wie Security-Anlaufstellen für Frauen bei

FH-SF-01-001 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Titel

Ändern in:

Wir halten die Balance von Sicherheit und Freiheit aufrecht

Begründung

Die Überschrift des Kapitels wirkt zu sicherheitslastig. Die Balance zu halten wirkt gefälliger und sagt eigentlich das aus, was wir wollen.

Unterstützer*innen

Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Werner Weindorf (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Harald Perlitius (Aachen KV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV)

FH-SF-01-001-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 1 bis 2:

Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen **starken**freiheitlichen Rechtsstaat, der vor Kriminalität und **Terror**Gewalt schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.

Begründung

Die Betonung sollte bei uns Grünen auf der Freiheit, die verteidigt wird, liegen, und nicht auf der Stärke.

Weiterhin ist Terrorismus nur eine Form der Gewalt. Und eine inflationäre Nutzung solcher Schlagworte trägt nur zu einer Hysterisierung bei.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marius Kühne (Münster KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); David Hellwig (Mannheim KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Jan Otto (Freiburg KV)

FH-SF-01-001-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Titel

Ändern in:

Wir schützen die Menschen und erhalten ihre Freiheit.

Begründung

Wir sorgen nicht für die Menschen, sondern können sie nur schützen. Wir stehen nicht für einen „sorgenden“ Staat. Wir beschränken uns auf unsere Schutzpflicht, wollen diese aber richtig und nachhaltig wahrnehmen. Der Fokus liegt dabei auf einer breiten Ablehnung aller Bestrebungen diese Demokratie zu schwächen, ohne Rücksicht auf deren ideologischen Hintergrund. Zielgerichtete Maßnahmen, hohe Standards in rechtsstaatlichen Verfahren und seriöse Gesetzesfolgenabschätzung sind für uns Bausteine dieser Politik.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Silke Stokar von Neuforn (Hannover RV); Jan Otto (Freiburg KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV)

FH-SF-01-001-4 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Titel

Ändern in:

Wir sorgen für Sicherheit und stärken die Freiheit

Unterstützer*innen

Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Malte Spitz (Unna KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäffer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Kirsten Bock (Plön KV); Robert Wagner (Rostock KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christopher Steiner (Hannover RV)

FH-SF-01-001-5 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 1 bis 2:

~~Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.~~ Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind heute vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Wir sehen uns bedroht durch menschenverachtenden Terror, wir beobachten mit Sorge den zunehmenden Fremdenhass und das offene Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und den Medien. Eine übertriebene und in der Sache wenig effektive Politik der permanenten Ausweitung von Überwachungsbefugnissen schwächt die Freiheit und bringt nicht mehr Sicherheit. Wir wollen den liberalen Rechtsstaat stärken und verteidigen. Der liberale Rechtsstaat schützt die vielfältigen Lebensweisen eines jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft - diese Vielfalt macht unsere europäische Lebensart aus. Er setzt Fanatiker*innen, Faschisten und Reichsbürger*innen rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung die Grenzen und gewährleistet effektive Strafverfolgung. Ein starker Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bewahrt. Grüne Sicherheitspolitik adressiert konkrete Probleme und findet passende Lösungen. Mehr Überwachung heißt mehr Sicherheit - dieser Ansatz überzeugt uns nicht.

Begründung

mündlich.

Der Antrag steht in Verbindung mit der ebenso eingereichten Streichung von "Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung.", welche technisch nicht gemeinsam mit dieser Änderung eingereicht werden konnte.

Unterstützer*innen

Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Malte Spitz (Unna KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäfer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Kirsten Bock (Plön KV); Robert Wagner (Rostock KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christopher Steiner (Hannover RV)

FH-SF-01-002 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 2:

Rechtsstaat, der Bürgerrechten verpflichtet ist und vor Kriminalität und Terror schützt, denn nur Rechtsstaaten können Sicherheit gewährleisten und ~~den Bürgerrechten verpflichtet ist~~ Freiheit erhalten.
Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ernst, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer schärfere Maßnahmen eine Absage.

Begründung

Bereits zu Beginn dieses Kapitels wollen wir herausstellen, warum wir auf den Rechtsstaat setzen. Die Betonung und Rückbesinnung darauf, was es ausmacht, in einem Rechtsstaat zu leben wollen wir damit als eine grundsätzlicherer Positionierung beim Thema Sicherheit dem Kapitel voranstellen. Zugleich soll gleich einleitend deutlich gemacht werden, was wir nicht wollen: subjektivem Sicherheitsempfinden folgen oder bei der Verschärfungsspirale mitmachen. Dafür ist es wichtig zu betonen, dass wir die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, es dafür und für eine gute Sicherheitspolitik aus unserer Sicht aber nicht notwendig ist, ständig neue Eingriffsmaßnahmen zu erfinden oder zu etablieren, die weder gefühlt, noch tatsächlich zu mehr Sicherheit beitragen.

FH-SF-01-004 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 4 bis 15:

Religiöse und politische ~~Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben ☒ und das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind ☒ so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger.~~ Extremist*innen und Fanatiker*innen fordern unseren Rechtsstaat heraus. Ihre Angriffe zielen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte und wollen unsere Demokratie destabilisieren. Diesen Gefahren stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir tun dies mit rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen. Pauschale Verdächtigungen und die anlasslose Datensammlung sind für uns keine effektiven Mittel. Denn Sicherheit ist ohne Freiheit nicht zu haben. Die Gewährleistung rechtsstaatlicher Prinzipien ist ein Baustein für die Sicherheit eines Landes. Dabei sperren wir uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, bestehen jedoch auf eine Überprüfung der Umsetzung der bestehenden und eine seriöse Abschätzung der Wirksamkeit neuer Gesetze. Gezielte Maßnahmen gegen verdächtige Personen sind daher der Überwachung einer unbestimmten Anzahl von Bürger*innen vorzuziehen.

Begründung

Die bisherigen Formulierungen sind nicht immer präzise („einige hundert Gefährder“), nutzen Floskeln („effektiv“) oder überzeichnen („alten ideologischen Reflexen folgen“).

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marius Kühne (Münster KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV)

FH-SF-01-004-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 4 bis 9 löschen:

~~Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben ☒ und~~

Begründung

Diese Streichung steht in Verbindung mit dem Antrag auf folgende Änderung, der technisch die hier beantragte Streichung nicht aufnehmen konnte:

Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist. Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind heute vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Wir sehen uns bedroht durch menschenverachtenden Terror, wir beobachten mit Sorge den zunehmenden Fremdenhass und das offene Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und den Medien. Eine übertriebene und in der Sache wenig effektive Politik der permanenten Ausweitung von Überwachungsbefugnissen schwächt die Freiheit und bringt nicht mehr Sicherheit. Wir wollen den liberalen Rechtsstaat stärken und verteidigen. Der liberale Rechtsstaat schützt die vielfältigen Lebensweisen eines jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft - diese Vielfalt macht unsere europäische Lebensart aus. Er setzt Fana ti ker*innen, Faschisten und Reichsbürger*innen rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung die Grenzen und gewährleistet effektive Strafverfolgung.

Ein starker Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bewahrt. Grüne Sicherheitspolitik adressiert konkrete Probleme und findet passende Lösungen. Mehr Überwachung heißt mehr Sicherheit - dieser Ansatz überzeugt uns nicht.

Unterstützer*innen

Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Malte Spitz (Unna KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäfer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwodsz (Hamburg-Altona KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kirsten Bock (Plön KV); Robert Wagner (Rostock KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christopher Steiner (Hannover RV)

FH-SF-01-004-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 4 bis 6:

Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. ~~Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen~~ Für uns bleibt klar: Gewalt kann nie ein Mittel sein, Überzeugungen durchsetzen zu wollen. Ob menschenverachtender Terror des Dschihadismus, die offene Bedrohung durch Rechtsextreme oder andere Formen des Extremismus - wer mit Gewalt oder Menschenverachtung Ziele zu erreichen versucht, zielt damit auf unsere freie Gesellschaft und

FH-SF-01-004-4 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 4 löschen:

~~Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus.~~ Der

Begründung

Rechtsstaatlichkeit bedeutet, daß die Ausübung staatlicher Macht nur auf der Grundlage der Verfassung und von formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen mit dem Ziel der Gewährleistung von Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit zulässig ist, so der Staatswissenschaftler Klaus Stern. Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen vor staatlicher Willkür. Er verpflichtet die staatlichen Behörden, nicht den Einzelnen. Wenn er angegriffen wird, dann durch einen Gesetzgeber, der das faire Verfahren beeinträchtigen und den Rechtsweg beschränken will, nicht durch Terrorist*innen, Rassist*innen und Faschist*innen. Um vom Einzelnen den Respekt der Gesetze einzufordern, braucht man den Rechtsstaat nicht – auch in der Diktatur wird vom Einzelnen der Respekt der Gesetze eingefordert. Wer den Rechtsstaat beliebig bemüht, wie so mancher Konservativer in der Flüchtlingsdebatte, lässt ihn zur leeren Floskel verkommen und entwertet das Konzept. Dieses Spiel sollten wir Grünen nicht mitspielen. Deswegen soll der Begriff an dieser Stelle nicht verwendet werden.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Frank Jablonski (Köln KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Lukas Flohr (Köln KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover KV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-SF-01-004-5* Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 4 bis 5:

~~Religiöse~~Islamisten und ~~politische Fanatiker~~Rechtsextremisten fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und des Neosalafismus, die offene Bedrohung durch Rechtsextreme

Begründung

mündlich

FH-SF-01-009 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 9 bis 15:

Massenüberwachung. ~~Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben ☒ und das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind ☒ so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Wir sind nicht bereit, symbolhafte Gesetzesverschärfungen zu akzeptieren. Viele der aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine weniger lebenswerte Gesellschaft. Die Vorratsdatenspeicherung, andere anlasslose Überwachungsmaßnahmen und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Sie stellen schwere Grundrechtseingriffe dar, die überdies weder verhältnismäßig, noch geeignet sind. Stattdessen bedarf es einer wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven Grundrechtsschutzes.~~

Begründung

Die Streichung resultiert daraus, dass der Absatz ein umformuliertes „Supergrundrecht Sicherheit“ mit der Aussage, Freiheit gebe es nicht ohne Sicherheit, enthält. Wir setzen hingegen nicht auf diese Forderung der CDU/CSU sondern wollen klar machen, dass die symbolischen, immer wieder wiederholten Forderungen der Union keinen tatsächlichen Sicherheitsgewinn bringen. Tatsächliche Unsicherheit hingegen beruht weit überwiegend aus Umsetzungsdefiziten, diese würden auch bei symbolhaften Gesetzesverschärfungen bestehen bleiben.

Eine „Überwachung weniger hundert Gefährder“ scheitert an den dafür benötigten Personalkapazitäten. Dazu kommt, dass es keine verfassungsgemäße und sinnvolle Definition des „Gefährders“ gibt und wohl auch nicht geben kann.

FH-SF-01-009-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 9 bis 15:

Massenüberwachung. ~~Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben ☒ und das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind ☒ so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger.~~ Wir sind nicht bereit, symbolhafte Gesetzesverschärfungen zu akzeptieren. Viele der aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine weniger lebenswerte Gesellschaft. Die Vorratsdatenspeicherung, andere anlasslose Überwachungsmaßnahmen und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Sie stellen schwere Grundrechtseingriffe dar, die überdies weder verhältnismäßig, noch geeignet sind. Stattdessen bedarf es einer wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven Grundrechtsschutzes.

Begründung

Volle Unterstützung des ident. Änderungsantrages der BAG Demokratie & Recht. Wird auch von LaVo Thüringen unterstützt.

FH-SF-01-011 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Malte Spitz (Unna KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 11 bis 15:

auch Gesetzesänderungen notwendig machen. ~~Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Die Sicherheitsbehörden benötigen die Befugnisse, die erforderlich sind, um zielgerichtet Gefahren abwehren zu können. Die Voraussetzungen für ein polizeiliches Handeln sind genau und rechtsstaatlich zu formulieren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Personen zu überwachen, die hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung oder intelligenter Videoüberwachung zu überwachen, die wir jeweils ablehnen.~~

Begründung

Wir sollten nicht den undefinierten Begriff der Gefährder nutzen und zudem unsere Ablehnung gegen die Vorratsdatenspeicherung und intelligente Videoüberwachung deutlich machen.

Unterstützer*innen

Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäffer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robert Wagner (Rostock KV); Katharina Schulze (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

FH-SF-01-013 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. ~~Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger.~~

Begründung

„Gefährder“ sind Menschen, die noch nichts gemacht haben, denen man aber seitens des Verfassungsschutzes und/ oder Polizei aufgrund von Indizien zutraut, Anschläge zu verüben. Hier beginnt die Repression gegen eine einzelne Person also bereits in einem Stadium, wo noch nicht einmal ein konkreter Anschlagplan gewachsen ist.

Sollen sich Bündnis90/ Die Grünen als Bürgerrechtspartei allen Ernstes auf dieses dünne Brett begeben?

Auf der anderen Seite wenden wir uns zu recht gegen anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz!

Wo bleibt das Recht des Betroffenen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit aus Art. 2 (1) GG, welches Jedem zusteht, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. „Verletzen“ und „verstoßen“ sind aktive Handlungen, die justiziabel belegbar sein müssen, um das Grundrecht einzuschränken. Wie will man eine aktive Handlung belegen, die noch gar nicht begangen ist?

Die Überwachung von sogenannten Gefährdern ist zudem ein extrem ressourcenraubender Irrweg, der die ohnehin personell gebeutelten Polizeibehörden zusätzlich extrem belastet.

Wenn man die Zahl der bekannten sogenannten „Gefährder“ mit der Zahl von mindestens 12 Beamten multipliziert, die man für eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung nebst Fahrzeugen und Logistik im Dreischicht-Betrieb einkalkulieren müsste, erkennt man unschwer die Grenzen des Machbaren.

Deswegen sollte diese Verbeugung unserer Partei vor der von der Union betriebenen Repressionsspirale aus dem Wahlprogramm gestrichen werden.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Carsten Bauer (Bremen-Nordost KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)

FH-SF-01-015 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 15 einfügen:

Bürger -und es ist im Sinne einer menschen- und bürgerrechtsfreundlichen Politik.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Frank Jablonski (Köln KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Lukas Flohr (Köln KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover RV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-SF-01-016 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 16 bis 20:

~~Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden offenbart. Auch die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und -bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal beschädigt.~~Die terroristischen Anschläge der jüngsten Vergangenheit, die zahllosen Angriffe auf schutzbedürftige Menschen aber auch die Erkenntnisse aus den NSU-Untersuchungsausschüssen offenbaren die Notwendigkeit die Sicherheitsbehörden für die aktuellen Bedrohungen besser aufzustellen.

Begründung

Wir sollten nicht polemisch werden, sondern Probleme sachlich, klar und präzise ansprechen.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Margarete Schick-Häberle (Esslingen KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Christian Zander (Tübingen KV)

FH-SF-01-019 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 19 bis 20:

bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat ~~war schon zuver~~ist durch rechtswidrige Massenüberwachung auch durch internationale Geheimdienste, wie z.B. die NSA, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal beschädigt.

Begründung

Die Erschütterung der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens dauert noch an. Die erst nach und nach bekannt werdenden Details des Beitrages internationaler Geheimdienste hierbei erweist sich als weiteres Element, das geeignet ist, das Vertrauen zu zerstören und soll daher hier ergänzt werden.

FH-SF-01-019-2* Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 19 einfügen:

bewerber sowie der Anstieg von Angriffen auf Moscheen und Synagogen zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige

Begründung

mündlich

FH-SF-01-021 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 21 bis 28:

~~Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im Hauruckverfahren ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt.~~ Wir setzen uns für einen Rechtsstaat ein, in dem staatliche Maßnahmen nach Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und Anlassbezogenheit ausgerichtet sind. Wir wollen unsere Sicherheitsgesetzgebung auf den Prüfstand stellen. Durch wissenschaftliche Evaluation und Folgenabschätzung soll festgestellt werden, ob Gesetze und Maßnahmen wirklich ihren Zweck erfüllen. Wir wollen wirkungslose Maßnahmen wieder abschaffen und setzen uns für einen periodischen Sicherheitsbericht ein. Öffentliche Kritik und wirksame Kontrolle von Institutionen und ihren Entscheidungen sind ein wichtiges rechtsstaatliches Element. Wir bekennen uns zu den Institutionen des Rechtsstaats, denn unabhängige Gerichte und eine verhältnismäßig handelnde Polizei stärken unsere Demokratie. Deshalb wollen wir in die gute Ausbildung von Polizei und Justiz investieren.

Begründung

Wir sollten nicht die CDU kritisieren, sondern im Wahlprogramm darstellen, was wir anders machen wollen. Dazu ist der Absatz redundant zu vorherigen Teilen des Programms. Stattdessen muss es darum gehen, unsere Herangehensweise in der Innenpolitik zu beschreiben.

FH-SF-01-021-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 21 bis 28:

~~Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im Hauruckverfahren ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt. Dabei sind anlasslose Datensammlung, neue Gesetze ohne Nachweis der Wirksamkeit und Behörden mit intransparenter Struktur keine Lösung, sondern verunsichern die Menschen in diesem Land noch mehr. Obwohl es eine hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann, liegen die Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht in immer mehr Gesetzesinitiativen mit verfassungsrechtlich zweifelhaftem Ausgang, sondern in seriöser und nachhaltiger Sicherheitspolitik, die ihren Blick auf die Wirksamkeit, Rechtsstaatlichkeit und die Folgen für die freiheitliche Gesellschaft richtet.~~

Begründung

Der Absatz hebt zu stark auf die Innenpolitik der aktuellen Regierung ab, ist in seiner Wortwahl zu wenig ausgewogen („Hauruckverfahren“, „sicherheitspolitische Placebos“) und nimmt Schuldzuweisungen für Ereignisse vor, die auch bei einer grünen Regierungsbeteiligung nur bedingt verhindert worden wären („vermitteln das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt.“). Die aktuellen Anschläge hätten wohl auch eine grüne Regierung „überrumpelt“. Es ist vermessen zu versprechen, dass wir mit unseren Vorschlägen quasi „vor die Entwicklung der Kriminalität“ kommen und nicht nur reaktiv tätig werden.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Margarete Schick-Häberle (Esslingen KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV)

FH-SF-01-028 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 28 bis 29:

Die Wirkungslosigkeit der vielfachen Gesetzesverschärfungen der Vergangenheit belegt: Repression alleine kann keinen Erfolg haben. Sie muss mit gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren zusammenwirken, um objektiv Sicherheit erzeugen zu können. Deswegen greift der bisher praktizierte Ansatz zu kurz, mit Repression alleine zum Ziel kommen zu wollen. Bündnis90/ Die Grünen verstehen Innere Sicherheit als eine Querschnittsaufgabe, an der alle Politikbereiche auf allen Ebenen von der Kommunalpolitik bis zur Landes- und Bundespolitik ihren Beitrag leisten müssen. Innere Sicherheit erfordert Anstrengungen von der Sozial- bis zur Bildungspolitik, vom Städtebau bis zur Wirtschaftspolitik, denn Innere Sicherheit ist zu allererst das Ergebnis des gesellschaftlichen Klimas und erst in zweiter Linie Ergebnis des Wirkens unserer Sicherheitsbehörden.

- Wer beispielsweise die Bildung belasteter Stadtviertel zulässt, wird unkontrollierbare und kriminelle Subkulturen ernten. Die Beispiele Brüssel-Molenbeek oder die französischen Banlieues sind Beispiele für diesen Zusammenhang. Der Kriminalität, die in belasteten Stadtviertel ihren Ursprung hat oder in belasteten Stadtviertel stattfindet, wird man mit repressiven Maßnahmen alleine nicht Herr. Man muss verhindern, dass sich solche Problembezirke überhaupt erst einmal entwickeln. Die Bildung belasteter Stadtviertel zu verhindern erfordert Maßnahmen der Bildungs-, Sozial- und Wohnungspolitik. Damit sind vordergründig Maßnahmen der kommunalen Ebene gefragt, die Hand in Hand gehen müssen mit der repressiven Ebene. Dafür brauchen die Kommunen auch die entsprechende Mittel, die wir ihnen mit der Stärkung ihrer finanziellen Grundlagen zukommen lassen wollen.
- Deswegen ist es auch kontraproduktiv, Geflüchtete in leerstehenden und vor dem Abriss bewahrten Plattenbauten an einem Ort zu konzentrieren. Die Durchmischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen fördert die Integration Geflüchteter – nicht die Konzentration an einem Standort. Deswegen ist es richtig, preiswerten Wohnraum FÜR ALLE interessierten Bürger anzubieten und nicht nur für einzelne Gruppen. Als materielle Grundlage dafür werden bezahlbare Wohnungen gebraucht. Und auch deswegen ist unsere Forderung nach dem Bau von einer Million Sozialwohnungen auch als Teil der Kriminalprävention wichtig und richtig – und vor allem ... ohne in Grundrechte einzugreifen!
- Schreckliche Lkw-Attentate wie in Nizza oder Berlin verhindert man nicht mit polizeilichen Einsatzmitteln, sondern mit baulichen Maßnahmen. Das ist Aufgabe der Kommunalpolitik, die nicht in Grundrechte eingreift. Dafür brauchen die Kommunen auch die entsprechende Mittel, die wir ihnen mit der Stärkung ihrer finanziellen Grundlagen zukommen lassen wollen.

Lkw-Attentate dieser Art werden durch Assistenzsysteme im Fahrzeug zumindest erschwert, wie das Berliner Attentat zeigte. Die obligatorische Einführung solcher Systeme dient nicht nur der Verkehrssicherheit, sondern eben auch der Kriminalprävention – und auch sie greift nicht in die Grundrechte der Bürger ein. ~~Wir stellen dagegen~~ Zudem verfolgen wir unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut

Begründung

Wenn wir gegen den Überbietungswettbewerb der Union bestehen wollen, müssen wir uns schon konzeptionell besser aufstellen. Der Änderungsvorschlag verknüpft die Forderungen nach Bau der 1 Mio. Sozialwohnungen und Stärkung der Kommunalfinanzen mit dem Thema Innere Sicherheit und erzeugt in dieser Kombination wirklich Frisches und Neues.

Unterstützer*innen

Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)

FH-SF-01-029 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 29 bis 31 löschen:

~~Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden.~~

Begründung

Die hier beschriebenen Ideen, hat die BAG Demokratie & Recht in den nächsten Absatz übernommen. Dadurch wurde dieser Absatz redundant.

FH-SF-01-029-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 29 bis 31:

~~Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden.~~ Wir setzen auf das Konzept einer bürgernahen Polizei, die über gut ausgebildetes Personal und eine moderne technische Ausstattung verfügt und auf die internationale Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden, die auf klaren rechtsstaatlichen Regelungen basiert.

Begründung

Essentielle Elemente einer gut arbeitenden Sicherheitsbehörde sind deren moderne, an die Bedürfnisse angepasste Ausstattung und eine gute Ausbildung. Diese Elemente sollen daher besonders betont werden. Weiterhin sollten wir nur Informationen austauschen, solange dies auf rechtlichen Grundlagen geschieht.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marius Kühne (Münster KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV)

FH-SF-01-032 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 32:

Sicherheit in einem **starken**freiheitlichen Rechtsstaat

Begründung

Wir als GRÜNE sollten nicht unser Vokabular durch das der Konservativen ersetzen. Wir wollen keinen starken Rechtsstaat, der womöglich Freiheiten zu sehr einschränkt, sondern einen, der die Betonung auf die Freiheit legt, und dabei für das maximal mögliche Maß an Sicherheit sorgt.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marius Kühne (Münster KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); David Hellwig (Mannheim KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV)

FH-SF-01-032-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 32 bis 46:

In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. ~~In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat und für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.~~ Deshalb brauchen wir kurz, mittel- und langfristige Konzepte zum Ausbau des Personals der Polizei. Neben der Erhöhung der Ausbildungszahlen muss eine Einstellung von Angestellten zur Entlastung von administrativen Aufgaben, aber auch in Spezialbereichen möglich sein. Parallel zu den Anstrengungen der Bundesländer muss auch der Bund für einen Personalzuwachs bei der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt sorgen. Um auch in Zukunft genügend qualifizierte Bewerber*innen für den Polizeiberuf zu gewinnen, muss die Polizei als Arbeitgeber attraktiv gestaltet werden. Dazu bedarf es guter Qualifikations- und Karrierechancen, aber auch Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit die Polizei im Querschnitt ein Abbild unserer Gesellschaft bleibt, setzen wir verstärkt auf die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, deren Kenntnisse und Fähigkeiten auch für die vielfältigen Aufgaben in der Polizei von Gewinn sein können. Nur eine rechtsstaatliche Sicherheitsarbeit ist auch eine gute Sicherheitsarbeit. Wir wollen unsere Sicherheitsbehörden mit ausreichenden Kompetenzen ausstatten und einen starken freiheitlichen Rechtsstaat garantieren. Dies bedingt jedoch auch, dass die Sicherheitsbehörden angemessen kontrolliert werden. Wir setzen uns deshalb sowohl für die Einführung von anonymisierten Kennzeichnungspflichten bei geschlossenen Einsätzen als auch für die Einrichtung von unabhängigen Polizeibeauftragten als Ansprechpartner für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen ein.

Begründung

Präzisierung der Forderungen: Schließlich geht es nur um Bundesbehörden. Weiterhin wollen wir deutlich machen, dass man nicht nur mehr Beamte einstellen, sondern auch von administrativen Verwaltungsaufgaben entlasten muss.

Außerdem sind auch eine flächendeckende Kennzeichnungspflicht und Kontrolle für funktionierendes rechtsstaatliches Wirken notwendig.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Marius Kühne (Münster KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Achim Joof (Alb-Donau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Christian Zander (Tübingen KV)

FH-SF-01-033 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 33 bis 40:

~~In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeame~~
Für eine rechtsstaatliche Sicherheitspolitik bedarf es einer Polizei, die in der Gesellschaft anerkannt ist. Der Personalabbau in den vergangenen Jahren war ein schwerer Fehler, der inzwischen vielfach korrigiert wird. Wir stehen für das Konzept einer bürger*innennahen, motivierten und personell sowie materiell gut ausgestatteten Polizeiarbeit. Sie soll auch ein attraktiver Arbeitgeber sein. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Der Informationsaustausch zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden muss auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien beruhen. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit

Begründung

Wir wollen darstellen, welche Ziele wir verfolgen und wie wir diese erreichen wollen. Die Grundgedanken des Absatzes werden beibehalten und umfassender formuliert. Insbesondere fehlte eine Bezugnahme auf den europäischen Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden, der vielfach nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht und einer parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen ist.

FH-SF-01-039 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 39 einfügen:

Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir setzen uns dafür ein, dass Polizist*innen in allen Bundesländern regelmäßig zum Umgang mit sexualisierten Übergriffen geschult werden. Gegen Racial Profiling wollen wir aufklären und offensiv vorgehen. Wir brauchen

FH-SF-01-040 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 40:

Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. ~~Mehr Sicherheitsbeame~~ Wir wollen mehr Frauen im Polizeidienst, die ihren Job frei von Diskriminierung und Sexismus ausüben können. Auch mehr Sicherheitsbeamt*innen mit

FH-SF-01-040-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 40 bis 41:

Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamete mit Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat, für eine offene, demokratisch verfasste Gesellschaft und

Begründung

Auch unter demokratie- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten wäre eine größerer Diversität bei den Sicherheitsbehörden ein Gewinn.

FH-SF-01-040-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 40 einfügen:

Sicherheitsbehörden mit interkultureller Kompetenz, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeame mit

Unterstützer*innen

André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Marc Kersten (Köln KV); Marius Kühne (Münster KV); Frank Jablonski (Köln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sarah Jeremut (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Lukas Flohr (Köln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Deniz Ertin (Köln KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Roland Schwarz (Köln KV)

FH-SF-01-040-4 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 40:

Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamete mit sogenanntem

Begründung

Migrationshintergrund ist eine neg konnotierte Fremdbezeichnung, die Menschen als "Andere" markieren, obwohl sie seit Generationen Teil dieser Gesellschaft sind. Wenn Menschen mit - zugeschriebenem oder (nach dem stat. Bundesamt) "tatsächlichem" Migrationhintergrund gezielt angesprochen werden (ohne die Selbstbezeichnung zu berücksichtigen), sollte zumindest "sogenannte" vor das Migrationshintergrund gesetzt werden, um deutlich zu machen, dass es sich um Hilfsbegriff handelt und Mensch sich der neg. und Fremdzuschreibung bewusst ist.

Unterstützer*innen

Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Filiz Kekülluoglu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cihan Mutlu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Urban Aykal (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ingmar Mundt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

FH-SF-01-042 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 42 einfügen:

für die Verbrechen- und Terrorismusbekämpfung. Außerdem setzen wir uns für eine stetige Sensibilisierung in Bezug auf institutionalisierten Rassismus und Sexismus in der Polizeiausbildung und alltäglichen -arbeit ein. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen

FH-SF-01-044 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 44 bis 46:

Auch deshalb setzen wir uns ~~für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.~~ im Bund und in den Ländern für Instrumente, wie unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen, eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen und eine verbesserte Fehlerkultur innerhalb der Polizei ein.

Begründung

Unabhängige Polizeibeauftragte sind nicht der einzige Baustein zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polizei und Bürger*innen, die Kennzeichnung der Beamt*innen ist eine Grundvoraussetzung. Mittlerweile hat sich in den Ländern, in denen diese eingeführt ist, gezeigt, dass sich die anfänglichen Bedenken nicht verwirklicht haben.

FH-SF-01-044-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 43 bis 44:

für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt. ~~Auch deshalb~~
Wir wollen eine Polizei, die sich ihrer Grundrechtsbindung bewusst ist: Wir wollen unverhältnismäßige
Polizeigewalt verhindern und dort, wo sie nicht verhindert wird, konsequent ahnden. Wir wollen das
Verbot des racial profiling durchsetzen und dort, wo es dennoch zu Diskriminierung durch die Polizei
kommt, den Betroffenen an der Seite stehen. Wir setzen wir uns für eine Kennzeichnungspflicht bei der
Bundespolizei genauso ein wiefür unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für

Begründung

Effektive Polizeiarbeit ist wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, die Macht des Staates, die durch die Polizei verkörpert wird, einzuhegen. Dem dienen die Grundrechte. Das stellt dieser Änderungsantrag klar.

Unterstützer*innen

André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Marc Kersten (Köln KV); Marius Kühne (Münster KV); Frank Jablonski (Köln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Lukas Flohr (Köln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Deniz Ertin (Köln KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Roland Schwarz (Köln KV)

FH-SF-01-046 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Mannheim

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 46 einfügen:

eingeführt haben. Wir vertrauen unserer Polizei. Deshalb hat sie da Gewaltmonopol in Deutschland. Waffen gehören in die Hände von gut ausgebildeten Polizist*innen, nicht in Privathaushalte. Dementsprechend wollen wir die hohe von Anzahl von Waffen in Privathaushalten und damit das Risiko, dass sie in falsche Hände geraten, weiter verringern.

Begründung

Abgesehen von Menschen, die dienstlich Waffen benötigen, wie Polizist*innen oder Jäger*innen, sollte die Anzahl von Waffen in Privathaushalten strengstens begrenzt werden. Dies wird Amokläufe und Unfälle nicht komplett verhindern können, aber die Gefahr und die Anzahl deutlich verringern.

FH-SF-01-047 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: OV Wermelskirchen

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 47 löschen:

~~Videüberwachung-oder~~ Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und

Begründung

Videobeobachtung kann an bestimmten Brennpunkten zur Unterstützung der Polizei Sinn machen. Eine durchgängige Videüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab.

FH-SF-01-047-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 47 bis 48:

~~Videüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein.~~ Bündnis 90/Die Grünen kämpfen für Freiheits- und Bürger*innenrechte. Daher stellen wir uns gegen eine flächendeckende Überwachung und dem Sammeln von immer mehr Daten, gerade im öffentlichen Raum. Videüberwachung oder -beobachtung hat meist nur symbolischem Charakter, verbessert die Sicherheitssituation vor Ort nicht und bindet dennoch viel Personal bei hohen Kosten. Einen Ausbau der Videoüberwachung und -beobachtung stehen wir deshalb kritisch gegenüber und wollen lediglich temporär und in begründeten Fällen darauf zurückgreifen. Kamertechnik

Unterstützer*innen

Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Sebastian Bruch (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sarah Jeremut (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Julia Walendzik (Berlin-Mitte KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Marian Funk (Berlin-Spandau KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV)

FH-SF-01-047-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 47 bis 49:

~~Videüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik ersetzt aber keine Polizeistreifen.~~ Sichtbare Kriminalität und spektakuläre Straftaten in der Öffentlichkeit verunsichern die Bevölkerung in besonderem Maße. Neben repressiven Konzepten der Polizei muss hier langfristig auf gesellschaftliche Lösungen und Prävention gesetzt werden. Sogenannte „No Go Areas“ darf es nicht geben. Videüberwachung oder Videobeobachtung an Kriminalitätsbrennpunkten oder an gefährdeten Objekten, können sinnvolle Bausteine innerhalb eines Gesamtkonzepts sein, sind aber keine alleinige Lösung von Sicherheitsproblemen und ersetzen keine polizeiliche Präsenz. Eine flächendeckende Videüberwachung lehnen wir ab.

Begründung

Es ist darauf abzuheben, dass Videotechnik niemals isoliert eingesetzt, sondern immer in ein Gesamtkonzept mit präventiven und repressiven Elementen eingebettet werden sollte. Die Ablehnung von flächendeckender Videüberwachung gehört aber auch zu einer klaren Position.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Marius Kühne (Münster KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV)

FH-SF-01-047-4 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Malte Spitz (Unna KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 47 bis 49 löschen:

~~Videüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik ersetzt aber keine Polizeistreifen.~~

Unterstützer*innen

Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Kirsten Bock (Plön KV); Robert Wagner (Rostock KV)

FH-SF-01-047-5 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 47 bis 49:

~~Videüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik ersetzt aber keine Polizeistreifen.~~ Kameras ersetzen keine Polizeistreifen. Eine flächendeckende, anlasslose Videüberwachung lehnen wir ab, weil sie einen unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff darstellt, kein Mehr an Sicherheit schafft und keine Straftaten verhindert

Begründung

Hier werden Videoüberwachung und Videobeobachtung in einen Topf geworfen und dann viel zu verallgemeinernd als sinnvoll hingestellt. Das passt nicht in unsere Systematik und Vorstellung von guter Sicherheitspolitik und Polizeiarbeit. Es besteht auch keine Not, dass wir uns im Wahlprogramm positiv zur Videobeobachtung/Videüberwachung verhalten, das wird in den Bundesländern - denen es obliegt, das zu regeln - durchaus unterschiedlich eingeschätzt. Deshalb war uns an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass auf Menschen statt Technik setzen und mit dem Bundesverfassungsgericht die flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung ablehnen.

FH-SF-01-048 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 48 bis 49:

sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Gleichzeitig sollte die Möglichkeit geprüft werden, die Situation durch eine Umgestaltung dieser Orte zu verbessern.
Kameratechnik ersetzt ~~aber~~ keine Polizeistreifen.

Begründung

Eine geeignete Gestaltung von Plätzen, Strassen und Wegen kann wesentlich präventiver sein als technische Massnahmen.

FH-SF-01-048-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 48 bis 49:

sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Da diese Maßnahmen jedoch sensibel in die Persönlichkeitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern eingreifen, setzen wir uns für einen maßvollen Umgang mit ihnen und ihrer Auswertung ein. Kameratechnik ersetzt **ab**erzudem keine Polizeistreifen.

FH-SF-01-048-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 48 einfügen:

sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Bürger*innenrechte dürfen zu keinem Zeitpunkt verletzt werden. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab, ebenso den Einsatz intelligenter Videoüberwachungstechnik. Kameratechnik

Begründung

Wir Grünen sind die Partei der Bürger*innen- und Freiheitsrechte und sollten auch im Angesicht einer gestiegenen Gefährdung der inneren Sicherheit einen klaren Kopf bewahren.

Innenpolitische Hardliner fordern bei jeder Gelegenheit eine Ausweitung der Videoüberwachung. Studien z.B. in London und Berlin haben allerdings nachgewiesen, dass Videoüberwachung weder als Abschreckungsmaßnahme die Verbrechensrate senkt, noch die Aufklärungsquote erhöht. Auch Expertengruppen wie der Deutsche Richterbund sprechen sich klar gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung aus.

„Zukunft wird aus Mut gemacht“ bedeutet deshalb auch, den Mut zu haben, unsere Freiheit und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu verteidigen und sich gegen populistische Symbolpolitik auszusprechen, die einfache Lösungen verspricht, aber in Wahrheit nicht funktioniert.

Auf den Panikzug, der unter dem Deckmantel der inneren Sicherheit die Bürger*innenrechte aufopfert und Stück für Stück in einen Überwachungsstaat führt, dürfen wir Grüne nicht aufspringen. Es ist wichtig, dass wir das auch in unserem Wahlprogramm deutlich machen und einer flächendeckenden Videoüberwachung deshalb eine klare Absage erteilen.

FH-SF-01-049 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 49 einfügen:

ersetzt aber keine Polizeistreifen. Eine flächendeckende, permanente und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ebenso ab, wie den Ausbau von Gesichtserkennungssoftware, sowie die weitere unverhältnismäßige Vernetzung von Überwachungssystemen.

FH-SF-01-049-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Dortmund

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 49 einfügen:

ersetzt aber keine Polizeistreifen und darf nur als Ultima Ratio, also wenn alle anderen gängigen Maßnahmen nachweislich erfolglos geblieben sind, eingesetzt werden. Zu einer Verdrängung von Kriminalitätsschwerpunkten in nicht überwachte Bereiche darf es dabei nicht kommen..

Begründung

Der Einsatz von modernen Überwachungstechniken wird gerne als einfache Allheillösung präsentiert. Sicherlich mag es spezielle Situationen geben, in denen man sich wirklich keinen anderen Rat mehr weiß, als auf moderne Überwachungstechniken zurückzugreifen. Doch nicht alles was technisch möglich ist (bzw. eines Tages möglich sein wird), ist deshalb schon begrüßenswert. Wir sehen die Gefahr, in eine Logik zu geraten, der letztlich kein Einhalt mehr geboten werden kann. Insofern gilt es deutlich zu machen, dass wir die neuen Techniken nur sehr sensibel und nach kritischer Abwägung einsetzt sehen wollen, eben nur als Ultima Ratio.

FH-SF-01-50-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 49 bis 54:

Neben dem Terrorismus sind Organisierte und Bandenkriminalität die größten Bedrohungen für unsere Gesellschaft. Die Tätigkeitsfelder reichen von Wohnungseinbruch über Rauschgiftkriminalität bis hin zu Serieldelikten bei denen bundesweit Personen betrogen werden. Die breite Vielfalt der Organisierten Kriminalität, deren internationale Verflechtungen und starke Abschottung nach außen, machen besondere Bekämpfungskonzepte notwendig. In diesen Bereichen ist zu prüfen, ob die gesetzlichen Eingriffsmöglichkeiten, aber auch die tatsächlichen Schwierigkeiten im Ermittlungsbereich Anpassungen erforderlich machen. Ein besonderer Fokus ist hierbei auf die Abschöpfung der illegalen Gewinne zu richten. Für das besondere Phänomen der Outlaw Motorcycle Gangs, deren Anzahl in den letzten Jahren stetig zunahm, muss der Rechtsstaat klare Regeln schaffen, um diese Vereinigungen schneller verbieten zu können. Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können. Kein Kriminalitätsbereich entwickelt sich so dynamisch wie die Cyberkriminalität. Hier bedarf es nicht nur einer ständigen technischen Weiterentwicklung und Qualifizierung der Ermittlungsbeamt*innen, sondern auch eine Anpassung der Vorschriften der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuches, die für viele Ermittlungskonstellationen der Cyberkriminalität nicht geschaffen wurden und deshalb die Ermittlungen erschweren. Als Beispiel für gezielt gesetzgeberische Maßnahmen ist die Strafprozessordnung zu nennen. Diese hinkt der Realität hinterher. Gegenstände wie Smartphones sind Datenträger und Gegenstände der persönlichen Lebensgestaltung und Kommunikation zugleich, soziale Medien sind die neuen öffentlichen Bereiche. Diese Realitäten sind kein Neuland mehr und müssen gesetzgeberisch konkretisiert werden.

Begründung

Bedrohungslagen sind zum einen ein feststehender polizeilicher Begriff und zum anderen trifft der Begriff nicht die richtige Problematik. Der technische und gesellschaftliche Wandel bedingt, dass sich die Sicherheitsbehörden auf neue Lösungen einstellen müssen. Der gesamte IT-Bereich mit neuen Speichermöglichkeiten, Verschlüsselung usw., aber auch gesellschaftliche Veränderungen (EU-Erweiterung, Armutsgefälle) bringen veränderte Problemfelder. Klassische Deliktsbereiche (z.B. Bankraub) gehen zurück, während komplexe neue Phänomene erscheinen. Hier muss der Gesetzgeber mit einer Anpassung der StPO, aber auch mit technischen und personellen Mitteln reagieren.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Ralph Pies

(Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV)

FH-SF-01-049-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 49 einfügen:

ersetzt aber keine Polizeistreifen. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung gerecht zu werden, ist für den Betrieb genügend Personal vorzuhalten, um bei einem erkannten Ereignis unmittelbar reagieren zu können. Eine Totalüberwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und Freiheitsrechten nicht vereinbar. BürgerInnen müssen in einem öffentlichen Register einsehen können, wo Videoüberwachung stattfindet. Eine technische Aufrüstung der Videoüberwachungssysteme in Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung lehnen wir ab.

Begründung

Antrag wird von den Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unterstützt.

FH-SF-01-050 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 50 bis 54:

~~Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.~~
Die Kriminalität in Deutschland ist statistisch insgesamt gesunken. Wir wollen Justiz und Polizei von sachfremden Aufgaben und der Verfolgung von Bagatelldelikten, wie z.B. "Schwarzfahren", entlasten, damit sie sich stattdessen auf ihre eigentlichen Aufgaben, wie beispielsweise die Verfolgung organisierter Kriminalität, konzentrieren können.

Wir setzen auf mehr Unterstützung zur Einbruchsprävention statt symbolischer Strafverschärfungen.

Begründung

Die Verfolgung und Aburteilung von Bagatelldelinquenz verbraucht unverhältnismäßig viele Ressourcen der Justiz, stellt einen unnötig schweren Grundrechtseingriff in die Rechte der Betroffenen dar und richtet vielfach mehr Schaden an, als sie nützt.

So gibt es allein über 100 000 Verfahren jährlich, bei denen es um die Verfolgung von dem Besitz von Cannabis geht. Aber auch wegen Schwarzfahren, Diebstählen von geringwertigen Sachen und Beleidigungen werden jedes Jahr tausende von Verfahren geführt. Im schlimmsten Falle werden für solche Delikte nicht nur die Polizei und Staatsanwaltschaft belastet, sondern auch die Gerichte. Dies hat zur Folge, dass die Strafjustiz massenhaft Verfahren zu führen hat, wodurch vielfach Ressourcen in Bereichen fehlen, in denen eine Strafverfolgung dringend erforderlich ist. So werden für die Verfolgung von Wirtschaftskriminalität, der organisierten Kriminalität und von Umweltstraftaten viel mehr Ressourcen benötigt. Gerade auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Umweltkriminalität kommt es vor, dass die Justiz den Straftäter*innen sogar strukturell unterlegen ist und daher Straftaten in diesem Bereich vielfach entweder gar nicht erst erkannt oder nicht sinnvoll verfolgt werden können.

Auch dauern Verfahren durch die unnötige Belastung der Justiz extrem lange und ziehen sich teilweise über Jahre, sodass eine schnelle Reaktion, die zur effektiven Bekämpfung von vielen Straftaten dringend notwendig ist, gar nicht erfolgen kann. Kriminologische Forschungen zeigen etwa, dass es gerade im Bereich der Kriminalität von jungen Menschen essentiell ist, schnell auf strafbares Verhalten zu reagieren, um zukünftige Straftaten zu verhindern. Dies ist aber nicht möglich, wenn die Staatsanwaltschaft und Gerichte sich tagtäglich mit Delikten wie Schwarzfahren, Drogenbesitz und anderer Kleinstkriminalität herumschlagen müssen.

Eine Strafverfolgung von Kleinstkriminalität kann in vielen Fällen dazu auch noch sehr schädlich sein. Die Betroffenen werden unnötig kriminalisiert, was für sie nicht nur enorme Kosten bedeutet, sie unnötig stigmatisiert, sondern darüber hinaus mit schweren Grundrechtseingriffen einhergeht. Das Strafrecht soll als schärfstes Schwert des Rechtsstaates aber nur in Fällen eingesetzt werden, wenn es zwingend erforderlich ist (ultima ratio Prinzip). Dies ist Ausfluss des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Diesem Gedanken wird durch die strafrechtliche Verfolgung von Kleinstkriminalität nicht entsprochen. So haben

wir etwa die irrsinnige Situation, dass es Menschen gibt, die für solche Kriminalität sogar inhaftiert werden. Dies kann selbst durch die Möglichkeiten der StPO, Verfahren einzustellen, nicht verhindert werden. So gibt es etwa immer wieder Menschen, die wegen Schwarzfahren im Rahmen der Ersatzfreiheitsstrafe inhaftiert werden.

Auch der Schutz der Bevölkerung gebietet nicht, dass diese Straftaten mit dem Mittel des Strafrechts verfolgt werden. Sofern eine Reaktion notwendig ist, kann diese bei Kleinstkriminalität auch im Rahmen von der Ahndung als Ordnungswidrigkeit erfolgen. Dies ist nicht nur weniger eingriffsintensiv, sondern ermöglicht auch eine schnellere Reaktion, entlastet die Justiz und gleichzeitig kann die Ordnungswidrigkeit auch differenzierter ausgestaltet werden.

FH-SF-01-051 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 51:

wachsende hohe Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr

Begründung

Die erst veröffentlichte Kriminalstatistik brachte hervor, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche im Jahr 2016 gesunken ist. Nichtsdestrotz ist die Zahl weiterhin vergleichsweise hoch, weshalb der Satz seine Berechtigung hat, jedoch ein anderes Adjektiv vorangestellt gehört.

FH-SF-01-052 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 52 bis 54:

Unterstützung zur Einbruchsprävention. ~~Und wir brauchen eine zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.~~ Das erreichen wir durch Ausweitung der entsprechenden KfW-Förderprogramme.

Begründung

A.) Die zielgerichtete und länderübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Einbruchs ist Sache der Länder und hat deswegen aus genanntem Grund in einem Bundestagswahlprogramm nichts verloren.

B.) Die KfW-Förderprogramme zur Einbruchsprävention auszuweiten ist jedoch eine sinnvolle Maßnahme auf der Bundesebene, die nicht in Grundrechte eingreift. Deswegen gehören die hier rein.

Unterstützer*innen

Kerstin Dehne (München KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)

FH-SF-01-054 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 55 bis 60:

~~Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein. Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.~~ Gesetzesverschärfungen sparen kein Personal, sondern ziehen im Vollzug Personalanforderungen nach sich. Deswegen ist die von der Union stets weiter vorangetriebene Repressionsspirale kontraproduktiv und erzeugt gerade das Gegenteil des Bezweckten. Mehr Personal mit guter Ausstattung, der sinnvolle Einsatz des Personals und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, verbessert direkt die Sicherheitslage.

Neueinstellungen werden den Personalbedarf der Polizeien in Bund und Ländern angesichts der bevorstehenden Pensionierungswellen und geburtenschwachen Jahrgängen aber nur unzureichend decken können. Deswegen wollen wir die Arbeitslast der Polizei einer kritischen Überprüfung unterziehen. Wir versprechen uns z.B. von einer Entschlackung des Strafgesetzbuchs in Bagatellbereich eine erhebliche Freisetzung von Ressourcen, die für die Verfolgung wirklich sozialschädlicher Kriminalität und der Terrorbekämpfung dringend gebraucht werden.

Eine Stärkung der Polizei muss zudem Hand in Hand laufen mit der Stärkung der Justiz, wo die Ergebnisse der Polizeiarbeit letztlich umgesetzt werden müssen. Auch bei der Justiz besteht erheblicher Nachholbedarf.

Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.

Begründung

A.) Kernproblem ist die Frage des Personaleinsatzes. Wenn die beispielsweise die Verfolgung von Vermögensdelikten im Internet mit minimalen Schäden bereits eine Arbeitslast von Tausenden Anzeigen p.a. erzeugt, die von ausgebildeten Kriminalbeamten verwaltet und anschließend von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden müssen, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Personaleinsatzes. Erst recht stellt sich die Frage dann, wenn der Personalbedarf nicht mehr durch Neueinstellungen gedeckt werden kann. Die Entschlackung des StGB im Bagatellbereich ist Sache des Bundesrechts und eine höchst sinnvolle Forderung, um erfahrenes Personal für die wirklich verfolgungswürdige Kriminalität freizubekommen.

B.) Die Forderung nach Rund-um-die-Uhr-Überwachung von Gefährdern ist schlicht personell nicht leistbar und Unsinn. Dieses dünne Brett sollten wir der Union überlassen, deren Inkompetenz im Innenbereich damit gut nachweisbar ist. Zumal der Begriff eines "Gefährders" aus rechtsstaatlicher Sicht schon spannend genug ist. Ein "Gefährder" ist ein Mensch, der noch nichts gemacht hat, den man aber für fähig hält, dass er was macht... Wollen wir Grünen als Rechtsstaats- und Bürgerrechtspartei und allen Ernstes auf dieses dünne Brett begeben?

C.) Die vorzüglichst bearbeitete polizeiliche Akte wird dann nutzlos bei der Staatsanwaltschaft verstauben, wenn sie aus Personalmangel bei der Staatsanwaltschaft nicht bearbeitet und angeklagt werden kann. Und wenn die Anklage der Staatsanwaltschaft mangels einer ausreichenden Zahl von Richtern im Gericht verstaubt, wird auch das nicht helfen, die innere Sicherheit zu stärken.

Die Strafverfolgung ist eine Kette, die nur so stark ist, wie ihr schwächstes Glied. Personalverstärkungen bei der Polizei müssen Hand in Hand gehen mit Verstärkungen bei der Justiz.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Axel Vogel (Barnim KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Frank Voßnacker (Havelland KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Carsten Bauer (Bremen-Nordost KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)

FH-SF-01-055 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 55 bis 60:

~~Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein. Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.~~
Die aktuelle Bedrohung durch terroristische Gewalttäter*innen stellt die Polizei vor besondere Herausforderungen. Auch wenn es nicht gelingen wird alle terroristischen Anschläge zu verhindern, da die Täter teilweise mit geringem Organisationsgrad und Vorbereitung zu Werke gehen, können die Menschen in diesem Land dennoch erwarten, dass die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern koordiniert vorgehen und in Verdachtsfällen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die akute Gefahr eines Anschlags zu verhindern. Das System der Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und den Staatsschutzdienststellen der Bundesländer muss analysiert und verbessert werden. Es gilt hier klare Zuständig- und Verantwortlichkeiten zu schaffen. Auch in einem Anschlagsfall erwarten die Menschen, dass ihnen schnell und professionell geholfen wird.

Begründung

Gefahrenabwehr ist grundsätzlich Aufgabe der Polizei. Geheimdienste dienen lediglich der Informationsbeschaffung.

Außerdem ist die Überwachung von Gefährdern, wenn sie lückenlos geschehen soll, äußerst personalintensiv, daher sollte man keine falschen Hoffnungen wecken, dass man alle Gefährder überwachen könne (es gibt ja auch noch andere außer islamistischen). Weiter ist der Satz, dass sie jederzeit festgesetzt werden können sollen, plakativ, unpräzise und rechtsstaatlich bedenklich, da es hier um eine präventive Maßnahme, welche in die höchsten Rechtsgüter eingreift, geht und hier keine Einschränkungen bzgl. Dauer oder Anordnungsbefugnis wie zum Beispiel ein Richtervorbehalt erwähnt werden.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV)

FH-SF-01-057 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 57 bis 58 löschen:

billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. ~~Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.~~

Begründung

Geheimdienste haben nicht die Aufgabe der Gefahrenabwehr, daher können sie dabei auch nicht Vorrang genießen. Es muss vielmehr um besseren Informationsaustausch gehen, dieser wird in einem separaten Änderungsantrag gefordert.

FH-SF-01-058 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 58 bis 60 löschen:

Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.

~~Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.~~

Begründung

Die Forderung nach einer rund-um-die-Uhr Überwachung von „Gefährdern“ ist weder hinsichtlich des dafür nötigen Personals der Polizeibehörden noch hinsichtlich der Definition des Gefährderbegriffs möglich. Derzeit existiert keine rechtsstaatlich zulässige und sinnvolle Definition eines „Gefährders“, wenn man sie zur Beschreibung potentieller Terroristen verwendet, und es ist äußerst zweifelhaft, ob es sie wegen der Vorverlagerung der Strafbarkeit überhaupt geben kann. Wir sollten keine realistisch und rechtsstaatlich nicht umsetzbaren Forderungen erheben.

FH-SF-01-058-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 58 bis 60:

Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.

~~Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.~~ Die gezielte und länderübergreifende Überwachung von Terrorverdächtigen muss im Zentrum der polizeilichen Arbeit stehen.

Begründung

mündlich.

Unterstützer*innen

Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Malte Spitz (Unna KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäffer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robert Wagner (Rostock KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christopher Steiner (Hannover KV); Marc Kersten (Köln KV)

FH-SF-01-060 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Kreisverband Alb-Donau

Beschlussdatum: 25.04.2016

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 60 löschen:

können, so dass sie bei konkreter Gefahr ~~jederzeit~~ festgesetzt werden können.

Begründung

Begründung: Der Begriff "Gefährder" ist ein unklarer Rechtsbegriff. Die StPO und das

Strafgesetzbuch sowie ggf. das Ausländerrecht geben eine Handhabe gegen Personen, denen z.B. der Versuch oder die Vorbereitung eines Terroranschlags nachgewiesen werden kann. Menschen, denen dies nicht nachgewiesen werden kann müssen weiterhin durch die Unschuldsvermutung geschützt werden. Dies sind elementare Bedingungen des Rechtsstaats. Freiheitsentziehungen sind schwerwiegende Grundrechtseingriffe und sollten deshalb nach dem Strafrecht erfolgen. Der Begriff "jederzeit" suggeriert jedoch, dass eine schnelle Festsetzung Vorrang vor der rechtsstaatlichen Prüfung hat. Für eine Freiheitsentziehung müssen immer die rechtsstaatlichen Voraussetzungen gegeben sein.

FH-SF-01-060-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 60 einfügen:

können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

Sicherheit in einer Gesellschaft wird nicht nur durch eine gut aufgestellte Polizei und Justiz gewährleistet, sondern ist abhängig von unzähligen Faktoren. So vielfältig die Ursachen für Kriminalität sind, so vielfältig sind auch die gesellschaftlichen Ansätze um dem zu begegnen. Wir müssen den Blick auf die Sicherheitslage verbessern, nicht mehr die Polizeiliche Kriminalstatistik in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, sondern neue Wege der Sicherheitsanalyse beschreiten. Im Sinne der periodischen Sicherheitsberichte müssen wir kriminologische Forschungserkenntnisse mit den Zahlen der Sicherheitsbehörden verbinden, um unseren Blick für die Ursachen zu schärfen.

Begründung

Immer wieder werden innenpolitische Debatten auf Grundlage der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) geführt, die jedoch ein reiner Arbeitsnachweis der Polizei ist und kein Instrument um Kriminalität zu messen. Dadurch werden Zusammenhänge stark verzerrt. Wir brauchen endlich eine valide wissenschaftliche Auswertung von Kriminalitätsphänomen, um die richtigen Schlüsse für die Politik ziehen zu können.

Unterstützer*innen

Johannes Schneider (Berlin-Mitte KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Volker Beck (Köln KV); Michael Labetzke (Bremerhaven KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Kirsch (Gießen KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Henry Liebrecht (Potsdam-Mittelmark KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Udo Werner (Ennepe-Ruhr KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Karl-Heinz Hage (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Marc Kersten (Köln KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

FH-SF-01-061 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 61 bis 64:

~~Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden.~~
Die bestehenden kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Die Zusammenarbeit mit den Ländern soll verbessert werden. Weil Terror und internationale Kriminalität

Begründung

Derzeit besteht ein Nebeneinander von kriminalpolizeilichen Zuständigkeiten zwischen Bundespolizei, BKA und ZKA, die nicht zu einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung führen. Eine Konzentration beim BKA würde die Strafverfolgung effektiver machen. Es steht auch nicht zu befürchten, dass das BKA sich mit Massensachen, die bisher in die Zuständigkeit der Bundespolizei fallen beschäftigen müsste, da die Bundespolizei diese derzeit schon an die Landespolizeibehörden abgibt.

FH-SF-01-062 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 62 bis 64:

Absage. ~~Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden.~~ Weil Terror und internationale Kriminalität

Begründung

Identische Begründung wie beim bereits eingereichten Änderungsantrag FH-SF-01-154:

Es gibt kein ineffizientes Nebeneinander von Bundespolizei, Zoll und Bundeskriminalamt. die Zusammenarbeit läuft auf der Grundlage klar abgegrenzter Zuständigkeiten.

Die Forderung im Wahlprogramm bedeutet, dass letztlich jede Sachbeschädigung auf einem Bahnhof, Körperverletzung im Zug, Taschendiebstähle im Zuge, aufgebrochene Fahrkartenautomaten auf Bahnhöfen oder jede Randaliererei von Fußball-Hooligans vom BKA zu bearbeiten wäre, weil diese Straftaten eindeutig Zuständigkeit der Bundespolizei sind.

Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein!

Die Forderung nach organisatorischer Zusammenlegung der kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes beim BKA behindert die eingespielte Zusammenarbeit zwischen der Bundesbehörde Zoll mit den LKA-Dienststellen der Länder auf den Gebieten des Btm-Schmuggels und der Geldwäsche etc.

Unterstützer*innen

Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Werner Weindorf (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

FH-SF-01-062-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 62 bis 64 löschen:

Absage. ~~Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden.~~ Weil Terror und internationale Kriminalität

Begründung

Die Konzentration der kriminalpolizeilichen Aufgaben von Bundespolizei, BKA und Zoll lässt keine größere Steigerung der Effektivität im Bereich der Anti-Terrorbekämpfung vermuten. Zum einen sind die Aufgabengebiete der angesprochenen Polizeibehörden sehr unterschiedlich. Die Bundespolizei bearbeitet beispielsweise Fälle der normalen Kriminalität mit Verkehrsbezug. Das BKA hingegen hat u.a. einen seiner Schwerpunkte in der Anti-Terrorer-Bekämpfung. Die Zusammenlegung würde eine Überfrachtung des BKAs mit "normaler" Vorgangsbearbeitung bedeuten. Im Übrigen sind die Ermittlungsgruppen der Bundespolizei dezentral organisiert in über 60 Dienststellen, während das BKA als Bundesoberbehörde nur in drei Städten Dienstsitze unterhält.

Unverständlich ist auch, warum ausgerechnet jetzt die Verlagerung von kriminalpolizeilichen Kompetenzen zum BKA gefordert wird. Immerhin wurde gerade erst die "Zentralstelle für Verdachtsmeldungen im Bereich Geldwäsche und Terrorfinanzierung" aus dem BKA in die Zollverwaltung verlegt und als "Zentralstelle für Finanztransaktions-Untersuchungen" (auch FinancialIntelligence Unit (FIU) genannt) neu aufgestellt. Dies geschah auf eine Empfehlung der "Financial Action Task Force (FATF)" der OECD.

FH-SF-01-065 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 65 einfügen:

keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die in der Europäischen Union und international nach klaren

Begründung

Auch innerhalb der EU sind diese Standards und Grundsätze leider noch nicht durchgehend gegeben, weshalb dieser Aspekt hier ergänzt werden soll.

FH-SF-01-067 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 67 bis 68:

kontrolliert zusammenarbeiten. ~~Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol in der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken.~~ Wir setzen uns für EU-weit einheitlich hohe Standards für die Rechte von Verdächtigen und Beschuldigten ein. Bessere Ausstattung und angemessener Informationsaustausch von Polizei und Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union sowie eine Stärkung gemeinsamer Ermittlungsteams unter dem Dach von Europol sind bei der Terrorbekämpfung und im Kampf gegen organisierte Kriminalität zentral. Die Praxis,

Begründung

Viel wichtiger als das Bekenntnis zu einem konkreten Instrument der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden ist für uns ein Bekenntnis zu Standards der Rechte von Verdächtigen und Beschuldigten, weshalb wir die Reihenfolge im Text verändert und die Standards ergänzt und vorangestellt haben. Außerdem wurde an dieser Stelle noch einmal die Forderung nach besserer Ausstattung und angemessenem Informationsaustausch der Polizei als weitere Instrument im Kampf gegen OK ergänzt.

FH-SF-01-068 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 68 bis 72:

der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der ~~organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis, die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen wir beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengen-System stärkt.~~ Organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis, die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen wir beenden. Europa hat seit dem Schengen-Abkommen eine gemeinsame Verantwortung für die Außengrenzen. Nicht nur für den Schutz dieser, sondern auch für Einwanderung und den Schutz des Menschenrechts auf Asyl. Wir wollen, dass Europa den Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat und Rechtssicherheit garantiert. Das schafft das notwendige Vertrauen in eine gemeinsame Grenzsicherung.

Begründung

Der Begriff des „Grenzregimes“ dürfte zu Missverständnissen und Falschauslegungen führen. Weiterhin sollte die Verantwortung in Bezug auf Menschenrechte mehr betont werden.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marius Kühne (Münster KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV)

FH-SF-01-072 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Johannes Schneider (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 72 einfügen:

in das Schengen-System stärkt.

Einen wichtigen Beitrag zu unserer Sicherheitsarchitektur leisten die vielen freiwilligen Mitglieder der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks sowie der Rettungs- und Sanitätsdienste. Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes möchten wir das ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken und für moderne und zuverlässige Ausrüstung sorgen.

Begründung

Die Organisationen werden bisher nicht im Wahlprogramm berücksichtigt, obwohl die Organisationen insgesamt mehrere Millionen Mitglieder haben und einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit leisten.

Unterstützer*innen

Lucas Gerrits (Berlin-Mitte KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); David Metcalf (Berlin-Mitte KV); Karl-Heinz Hage (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Martin Kirsch (Gießen KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Oliver Pohl (Kiel KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Patrick Jedamzik (Gelsenkirchen KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Max Stier (Berlin-Mitte KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Bijan Moini (Berlin-Mitte KV); Heinz Rudolf Umlauf (Berlin-Mitte KV); Julia Mayer (Bonn KV); Katharina Dröge (Köln KV); Marc Urbatsch (Berlin-Mitte KV); Theresa Reis (Berlin-Mitte KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-SF-01-074 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 74 bis 80:

~~Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden., sogenannte Identitäre sowie Extremisten jeglicher Art formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute populistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen und auch vor Gewalt nicht zurück schrecken. Die Zahl der politisch oder religiös motivierten Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir wollen durch gestärkte Polizei und Justiz Straftaten, insbesondere jene, welche auf Grund von Hass und Rassismus begangen werden, konsequent mit den bestehenden Gesetzen ahnden. Opfer von extremistischer Gewalt sollen besser als bisher betreut und unterstützt werden.~~

Begründung

Die Definition der Straftat sollte reichen zur konsequenten Ahndung. Es gibt auch Hass-Straftaten von Alternativen, bspw. sogenannte "Hausbesuche" von Linksextremisten, oder von Migrantinnen oder Migranten, letzteres vor allem im Bereich des Antisemitismus, auch wenn das bei den Grünen manchmal verdrängt wird.

Außerdem sollte man nicht zwischen den Opfern verschiedener Rohheitsdelikte unterscheiden. Jedes Opfer ist gleich. Man sollte sich hier nicht auf rechts fokussieren.

Des weiteren: Auch wenn es verlockend ist, sollte über Abschiebungen nicht sachfremd entschieden werden. Und die Abschiebung auf Grund der Tatsache, dass jemand Opfer geworden ist, auszusetzen, ist sachfremd. Das ändert nichts an der Tatsache, dass erstens auch diese Opfer gut betreut werden sollen und zweitens an der Abschiebepaxis im Generellen etwas geändert werden muss.

Unterstützer*innen

Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Hummel (Rastatt/Baden-Baden KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV); Christian Zander (Tübingen KV); Cornelia Furtwängler (Biberach KV)

FH-SF-01-077 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 77 bis 78:

rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. ~~Wir erwarten, dass~~ Polizei und Justiz müssen rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen und ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer

Begründung

Das erwarten wir nicht so, es muss aktiv so sein.

FH-SF-01-077-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 77 einfügen:

rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir stellen uns dem Rechtsruck und der zunehmenden Gewalt entschieden entgegen und erwarten, dass Polizei und Justiz

FH-SF-01-079 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Kusel
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 79 bis 80 löschen:

rechter Gewalt verbessern. ~~Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.~~

Begründung

Der Satz ist juristisch gesehen völlig hahnebüchen. Mit solchen Forderungen machen wir uns lächerlich.

FH-SF-01-079-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 79:

rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, ~~sol~~tedarf

FH-SF-01-079-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 79 bis 80 löschen:

rechter Gewalt verbessern. ~~Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.~~

Begründung

Das Beispiel ist zu unkonkret und zu pauschal. Gründe die Abschiebehindernisse darstellen, sollten aus der persönlichen Situation der Betroffenen erkannt und zur Bewertung herangezogen werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass alleine eine Infragestellung des rechten Hintergrundes vor dem die Gewalttat stattfand über die Abschiebung entscheidet und nicht die Wirkung für das Opfer.

FH-SF-01-082 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 82:

antimuslimischer Rassismus, ~~Trans- und Homophobie~~ LSBTIQ*-Feindlichkeit, Sexismus sowie die Abwertung von

Unterstützer*innen

Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sarah Jeremutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Walendzik (Berlin-Mitte KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Marian Funk (Berlin-Spandau KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV)

FH-SF-01-083 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 83 bis 84:

Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung ~~gibt~~ gilt es nicht nur am rechten Rand, sondern auch überall dort zu bekämpfen, wo sie vorkommt – in der Mitte rechtsextremen Strukturen und rechtspopulistischen Bewegungen wie im Alltag, bei Migrant*innen und Flüchtlingen wie in der Gesellschaft eingewachsenen Bevölkerung. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu

Begründung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist leider kein Problem, das sich auf „rechts“ oder den „Rand“ beschränkt. Sie taucht leider überall auf und muss überall bekämpft werden.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Marius Kühne (Münster KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Frank Jablonski (Köln KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Jan Otto (Freiburg KV); Marcel Rohrlack (München KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Stefan Meinke (Köln KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Lukas Flohr (Köln KV); Deniz Ertin (Köln KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Stefan Wolters (Köln KV); Roland Schwarz (Köln KV)

FH-SF-01-086 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 86 einfügen:

sexuellen Identität, Weltanschauung oder Religion frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,

Begründung

erfolgt mündlich

FH-SF-01-086-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 86:

sexuellen Identität ~~oder~~, Religion ~~oder~~ ihres sozialen Status frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,

Unterstützer*innen

Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sarah Jerminus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Walendzik (Berlin-Mitte KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Marian Funk (Berlin-Spandau KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV)

FH-SF-01-086-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 86 einfügen:

sexuellen Identität oder Religion frei und sicher bewegen und entfalten können – egal ob in Berlin,

Begründung

Es reicht nicht aus, sich "nur" frei und sicher bewegen zu können, auch die Möglichkeit, sich entfalten zu können, muss als Ausdruck der Selbstbestimmung hinzukommen.

FH-SF-01-086-4 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 86 bis 87 löschen:

sexuellen Identität oder Religion frei und sicher bewegen können—~~egal ob in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg.~~

Begründung

Die Aufzählung ist weder vollständig, begründet oder zielführend. Sie führt vielmehr zur Verwirrung wo und ob sich jemand frei bewegen kann und somit zur Relativierung des gesamten Ansatzes.

FH-SF-01-088 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 88 bis 91:

Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren ~~durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns. Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie., sei es in Vereinen, Initiativen oder Religionsgemeinschaften oder durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos oder friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, sichern wir ihnen unsere volle Unterstützung und Solidarität zu.~~ Das wollen

Begründung

Die „Antifaschistische Einhornaktion“ ist weitgehend unbekannt und ihre Erwähnung dürfte zu wenig zielführenden Diskussionen führen. Die Aufzählung im zweiten Satz ist abschließend zu verstehen und schließt andere Religionsgemeinschaften oder Organisationsformen aus. Unsere Formulierung behebt beide Probleme und erledigt weitere kleinere sprachliche Ungenauigkeiten.

FH-SF-01-091 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 91:

Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren ~~für mehr Demokratie~~ gegen Rechts. Das wollen

Begründung

Es geht um die finanzielle Stützung der Aktionen gegen Rechts und nicht für "*mehr Demokratie*". Die redaktionelle Genauigkeit sollte erhalten bleiben, um unerwünschte Nebenwirkungen mit anderen Kapiteln zu vermeiden.

Unterstützer*innen

Kerstin Dehne (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV)

FH-SF-01-092 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 92 einfügen:

wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

Zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts gehören für uns auch Demonstrationen. Die indirekte Einschränkung der Demonstrationsfreiheit durch die Verschärfung des §113 StGB lehnen wir deshalb ab. Außerdem widerspricht die darin festgeschriebene Privilegierung von Vollstreckungsbeamten gegenüber anderen Menschen dem verfassungsrechtlich festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz. Wir setzen uns deshalb für die Rücknahme dieser Verschärfung ein.

FH-SF-01-093 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 93:

Zäsur ~~beim Verfassungsschutz~~ bei der Informationsbeschaffung

Begründung

Dieser Antrag steht auch im Zusammenhang mit unserem Ä-Antrag für den ersten Absatz.

Es geht hier um mehr als um den Verfassungsschutz, viel mehr ist die Informationsbeschaffung und Bewertung insgesamt eher optimierungsbedürftig, das hat gerade der Fall Amri gezeigt.

Die beantragte Änderung macht die Überschrift zwar weniger schlagkräftig, dafür aber treffender.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Christian Zander (Tübingen KV); Niklas Nüssle (Waldshut KV); Ingo Volp (Mainz KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV)

FH-SF-01-094 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 94 bis 102:

~~Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.~~ Sicherheit in einer Gesellschaft wird nicht nur durch eine starke Polizei und Justiz gewährleistet, sondern ist abhängig von unzähligen Faktoren. So vielfältig die Ursachen für Kriminalität sind, so vielfältig sind auch die Ansatzpunkte für gesellschaftliche Ansätze. Dazu müssen wir zunächst den Blick auf die Sicherheitslage verbessern, die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht mehr in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, sondern neue Wege der Sicherheitsanalyse. Im Sinne der periodischen Sicherheitsberichte müssen wir kriminologische Forschungserkenntnisse mit den Zahlen der Sicherheitsbehörden verbinden, um unseren Blick für die Ursachen zu schärfen. Nicht nur der Islamismus, sondern auch der zunehmende gewaltbereite Extremismus von rechts und von links bereiten uns Sorgen. Die Zahl der mutmaßlich rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten, insbesondere gegen Flüchtlingsunterkünfte, hat in erschreckender Weise zugenommen. Auch die Entwicklung der sogenannten Reichsbürger und der Identitären Bewegung zeigt, dass die Bedrohung der Gesellschaft vom rechten Rand zugenommen hat. Auch der wieder zunehmenden Gewaltbereitschaft von linken Extremisten und deren sich verändernde Haltung gegenüber Gewalt gegen Personen muss mit klaren Positionen und Maßnahmen begegnet werden.

Begründung

Das Problem ist nicht nur ein eines von rechts, sondern des sich ausbreitenden Extremismus im Allgemeinen. Wenn man wirkungsvoll gegen Hassdelikte vorgehen will, bedarf es genauer Analysen über die Hintergründe von Kriminalität.

Des weiteren sind Behörden nicht losgelöst zu sehen, sondern ein Spiegel der Gesellschaft. Wenn es also institutionalisierten Rassismus gibt, sagt das weniger über die Behörde als über den Zustand der Gesellschaft und einer Anzahl von Bürgern aus. Ohne eine politische Grundeinstellung der Mitarbeiter kann eine Behörde nicht auf dem rechten Auge blind sein. Daher ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Rassismus zu bekämpfen.

Weiterhin bleibt festzuhalten, dass Ausschreitungen wie am 18.03.2015 in Frankfurt (Blockupy, EZB-Eröffnung) oder regelmäßig am 1. Mai auch eine Form des Linksextremismus, der für den einzelnen Bürger lebensbedrohlich und für die Gesellschaft inkzeptabel sind.

Unterstützer*innen

Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Niklas Nüsse (Waldshut KV); Ingo Volp (Mainz KV); David Profit (Alzey-Worms KV); Bernd Christmann (Birkenfeld KV); Dirk Raik Dreher (Ludwigshafen-Stadt KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Daniela Toscano (Böblingen KV); Oliver Pohl (Kiel KV); Christine Ehm (Waldshut KV); Karl-Heinz Hage (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

FH-SF-01-100 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 100 bis 101 löschen:

Entwicklungen zu erkennen. ~~Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin.~~ Wir

Begründung

Begründung: Die Ereignisse am Berliner Breitscheidplatz und der Fall Amri sind aktuell Gegenstand eines Untersuchungsausschusses beim Bundestag. Die Rolle des Verfassungsschutzes ist dabei im Moment öffentlich noch ebenso wenig klar, wie die der Landesbehörden. Hier im laufenden Verfahren Schuldzuweisungen zur Begründung politischer Vorhaben heranzuziehen erscheint wenig zielführend.

FH-SF-01-102 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 102 bis 104:

wollen daher die Verfassungsschutzbehörden ~~grundlegend reformieren~~ in der gegenwärtigen Form abschaffen. ~~Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form~~ Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz wollen wir ein personell und

Begründung

Wenn sich Behörden als unkontrollierbarer Moloch mit einem rechtsstaatswidrigen Eigenleben nach der Maxime erweisen, dass der Zweck die Mittel heiligt, bleibt unter dem Strich nur deren Abschaffung. Und weil das vernünftig ist, sollte es auch gefordert werden. Alles andere ist nur ein Herumdoktern an den Symptomen ohne tatsächliche Wirksamkeit.

Unterstützer*innen

Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Werner Weindorf (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

FH-SF-01-102-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 102 einfügen:

wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren und den Einsatz von V-Leuten stoppen.

FH-SF-01-103 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 103 bis 106:

Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. ~~Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet~~Wir wollen das Bundesamt für Verfassungsschutz personell und strukturell neu aufstellen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Die Übernahme von Mitarbeiter*innen in die neue Behörde muss im Einzelfall geprüft werden. Bei der Übergangszeit während der Neuerrichtung wollen wir gewährleisten, dass es zu keinem Verlust an Sicherheit kommt. Aus diesem Grunde wird die Neuerrichtung nur schrittweise umgesetzt werden können.

Begründung

Es ist unrealistisch, bei der Neuaufstellung eines Inlandsgeheimdienstes mit rund dreitausend Mitarbeiter*innen grundsätzlich auf den kompletten Personalstamm der Vorgängerbehörde verzichten zu wollen. Zum einen ginge dadurch unnötig Kompetenz verloren, zum anderen wird es den einzelnen Mitarbeiter*innen nicht gerecht.

Auf Grund der aktuellen Sicherheitslage müssen wir auch eine Antwort geben, wie wir für die Zeit der Neuerrichtung des Bundesverfassungsschutzes die Sicherheit in Deutschland gewährleisten wollen.

Auch der vorgeschlagene Name ist nicht stimmig. Dem Namen nach hätte das Bundesamt für Gefahren- und Spionageabwehr Zuständigkeiten im Bereich der Gefahrenabwehr und im nachrichtendienstlichen Bereich. Dies aber würde eine Durchbrechung des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdienst bedeuten, weil die Gefahrenabwehr ein zentraler Beriff aus dem Polizei- und Ordnungsrecht ist. Seit der Gründung der Bundesrepublik ist das Trennungsverbot von Polizei und Geheimdienst gültig, um jegliche Neuerrichtung der GESTAPO zu vermeiden. Zwar wird im Folgenden Text des Programmwerfs eine Durchbrechung wieder ausgeschlossen, aber die Namensgebung eines Bundesamtes sollte klar und verständlich sein. Es macht keinen Sinn, ein Bundesamt als Gefahrenabwehrbehörde zu bezeichnen, wenn man diese Kompetenz dann ausschließen will.

FH-SF-01-103-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 103 bis 106:

Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt ~~des Bundesamtes für Verfassungsschutz~~ der 17 Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern in ~~seiner~~ihrer ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet auf rechtsstaatlich eng umschriebener Grundlage arbeitet und durch ein gemeinsames Kontrollgremium von Landtagen und Bundestag überwacht wird.

Begründung

mündlich.

Unterstützer*innen

Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Malte Spitz (Unna KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Sebastian Brux (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäffer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robert Wagner (Rostock KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Marc Kersten (Köln KV)

FH-SF-01-103-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 103 einfügen:

Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart und ein grundsätzliches Überdenken des V-Leute-Wesens. Statt des Bundesamtes für

Begründung

Das V-Leute-Wesen ist eines der schlimmsten Auswüchse des Versagens des Verfassungsschutzes, wie sich insbesondere in den NSU-Untersuchungsausschüssen gezeigt hat. Deshalb sollte dieses explizit genannt und in Frage gestellt werden.

FH-SF-01-105 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 105 löschen:

strukturell völlig neues Bundesamt zur ~~Gefahren- und~~ Spionageabwehr gründen, das mit

Begründung

Gefahrenabwehr ist Polizeisache. Diese Forderung hebt die verfassungsrechtlich gebotene Trennung von Polizeien und Geheimdiensten auf und ist ganz sicherlich mit unserem Bild von rechtsstaatlich handelnden Behörden nicht vereinbar.

Unterstützer*innen

Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Werner Weindorf (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV)

FH-SF-01-105-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 105 löschen:

strukturell völlig neues Bundesamt ~~zur Gefahren- und Spionageabwehr~~gründen, das mit

Begründung

Gefahrenabwehr ist Polizeisache. Die Aufzählung hier in einem Atemzug mit Spionageabwehr ist im besten Fall mißverständlich, deshalb wollen wir sie streichen. Zur Arbeits des neu zu gründenden Bundesamtes ist die Abgrenzung zur Polizei wegen des Trennungsgebotes wichtiger und ausreichend.

FH-SF-01-106 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Oberhavel KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 106 einfügen:

nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Die Führung von V-Leuten lehnen wir dabei ab, da deren Straftaten teilweise unter dem Schutz des Verfassungsschutzes stehen und deren Bezahlung zur Finanzierung der beobachteten Milieus beiträgt.

Begründung

Aus der DDR-Erfahrung heraus sehen wir Spitzelsysteme generell kritisch. Die Praxis der V-Leute ist zudem im Besonderen problematisch. Schwerste Straftaten dieser V-Leute werden gedeckt, wie bei der Aufarbeitung des NSU-Untergrunds noch einmal krass deutlich wurde. Da die V-Leute Geld erhalten, fließt damit auch noch staatliches Geld an genau jene Kreise, die man aus Verfassungsschutz-Sicht als gefährlich einstuft.

Da diese Probleme im V-Leute-System systemimmanent sind, kann es auch keine guten und schlechten V-Leute geben, sondern sind diese grundsätzlich abzulehnen.

Das heißt ja nicht, dass die Zielpersonen und Milieus grundsätzlich nicht mehr überwacht werden dürfen. Nur müssen dafür eben andere Mittel zum Einsatz kommen.

Unterstützer*innen

Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Ute Klingbiel (Landkreis Rostock KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Marc Kersten (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Robin Luge (Harz KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Christopher Steiner (Hannover RV)

FH-SF-01-107 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 107 bis 110 löschen:

~~Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.~~

Begründung

- 1) Es ist vermessen zu behaupten, dass Zivilgesellschaft und Wissenschaft mehr wissen als ein Geheimdienst. Viel mehr dürfte die Informationsauswertung bei selbigem zu optimieren sein.
- 2) Wenn es einen Informationsdienst gibt, müssen die Informationen sowieso zusammen geführt werden. Besser als eine zusätzliche Behörde wäre eine effektiv arbeitende Abteilung innerhalb des neu zu schaffenden Bundesamtes.

Unterstützer*innen

Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Armin Bohnert (Freiburg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Cornelia Furtwängler (Biberach KV); Ingo Volp (Mainz KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Stopper (Stuttgart KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Daniela Toscano (Böblingen KV); Oliver Pohl (Kiel KV); Andreas Walz (Biberach KV); Michael Gaedicke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

FH-SF-01-109 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 109 bis 110:

Quellen nutzt. ~~Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.~~ Neben dem Bundesinstitut soll der Verfassungsschutz in seiner neuen Form auch weiterhin aus nachrichtendienstlicher Sicht demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen beobachten.

Begründung

Ein akademisches Institut hat einen vollkommen anderen Ansatz und eine andere Ausrichtung als der Verfassungsschutz. Daher kann es dessen nachrichtendienstliche Arbeitsweise bei der Beobachtung von demokratie- und menschenfreundlichen Bestrebungen nicht ersetzen.

FH-SF-01-115 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 115 einfügen:

des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb müssen wir deutlicher und früher als bisher den Blick auf die elementare Bedeutung und positiven Effekte von parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung lenken. Dazu fordern wir

Begründung

Die Wahlergebnisse der AfD ebenso wie das Türkei-Referendum haben uns vor Augen geführt, dass Demokratie kein Selbstläufer ist und immer wieder erklärt werden muss, am besten von Kindheit an. Eine Verengung nur auf den Begriff "Demokratie" ist aber zu kurz gegriffen. Wir müssen auch klarer herausstellen, welche Bedeutung ein starkes Parlament hat, indem es die Vielfalt des Volkes repräsentiert, eine sorgfältige und transparente Beratung von Gesetzen gewährleistet und für einen fairen Interessenausgleich sorgt. Wir müssen deutlich machen, dass Demokratie nur auf dem Papier steht, wenn es keinen Rechtsstaat gibt und Menschen Angst haben müssen, willkürlich inhaftiert zu werden. Und wir müssen deutlich machen, dass die Gewaltenteilung eine wichtige Kontrollfunktion erfüllt und Garant gegen eine Machtkonzentration und Machtmissbrauch ist, z.B. in Form von Korruption

FH-SF-01-116* Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 116 einfügen:

eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und Menschenrechtsbildung sowie den Ausbau von

Begründung

mündlich

FH-SF-01-121* Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 121 bis 123:

und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. ~~Auch Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.~~ Dabei ist es wichtig vor Ort vernetzt u.a. mit Polizei, Schule, Jugendhilfe und Moscheegemeinden zu arbeiten.

Begründung

mündlich

FH-SF-01-129 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 129 einfügen:

Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

Begründung

Wir haben das Schlüsselprojekt "Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren" umgestaltet. Diese Sätze zum Waffenrecht passten da unserer Meinung nach nicht mehr hinein. Um die richtigen inhaltlichen Forderungen allerdings nicht zu verlieren, haben wir sie hier im Text eingebaut.

FH-SF-01-139 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 139 einfügen:

Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab. Außerdem müssen staatliche Strukturen wie Beratungsangebote, Anlaufstellen und Bildungsangebote gegen rechte Gewalt ausgebaut und gefördert werden.

FH-SF-01-144 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Nordwestmecklenburg/Wismar

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 144:

Präventionsstrategie gegen ~~gewaltbereiten Islamismus~~Gewaltbereitschaft anwenden. Ein bundesweites

Begründung

Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen begründet sich nicht primär in politischem oder religiösem Extremismus. Die Referenz auf den Islam ist daher an dieser Stelle unangebracht und irreführend.

FH-SF-01-149 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Nordwestmecklenburg/Wismar

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 149:

Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen ~~den gewaltbereiten Islamismus~~ Gewaltbereitschaft angehen, wollen

Begründung

Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen begründet sich nicht primär in politischem oder religiösem Extremismus. Die Referenz auf den Islam ist daher an dieser Stelle unangebracht und irreführend.

FH-SF-01-152 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 152:

~~Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren~~ Für eine bürgerrechtsorientierte Sicherheitspolitik

Begründung

Das Wesen eines Schlüsselprojektes war zuvor nicht erkennbar, vielmehr handelte es sich um die Zusammenfassung vorhergehender Textpassagen, was der Idee eines SP nicht gerecht wird. Mit der Neuformulierung wurde der Versuch unternommen, die Forderungen zuzuspitzen (Was wollen wir?) und im Sinne einer grundsätzlicheren Positionierung mit konkreten Beispielen (Was bekommt man, wenn man Grün wählt) umzugestalten.

FH-SF-01-152-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 152:

~~Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren~~ Neustart beim Verfassungsschutz, aus Fehlern lernen

Begründung

Das bisherige Schlüsselprojekt ist eine Potpourri aus unterschiedlichen großen, strukturellen und kleinen Reformen. Als Schlüsselprojekt ist es daher in dieser Form unbrauchbar. Das Konzept der Schlüsselprojekte ist gut, wird aber unscharf, wenn sich die Forderungen aus einem ganzen Kapitel in einem Schlüsselprojekt wiederfinden. Daher die Zuspitzung auf die Verfassungsschutzreform. Hier besteht dringender struktureller Handlungsbedarf um die Bundesrepublik sicherer zu machen. Wir haben das Selbstbewusstsein und werben mit unseren eigenen, unterscheidbaren Konzepten mit klarer Kante für mehr Sicherheit. Die Verfassungsschutzreform ist ein grünes Alleinstellungsmerkmal.

FH-SF-01-153 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 153 bis 164:

~~Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.~~ Unsere Sicherheitspolitik folgt dem Grundsatz konsequenter Rechtsstaatlichkeit. Wir denken sie im Kontext von Menschen-, Grund- und Bürger*innenrechten. Grundrechtsrelevante Eingriffe in die Rechte Einzelner setzen für uns deshalb eine gesetzliche Grundlage und einen Anlass voraus und unterliegen der parlamentarischen Kontrolle. Unser Maßstab ist dabei Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Damit die Polizei an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgen und Rechtsstaat und Demokratie vertreten kann, stehen wir für das Konzept einer bürger*innennahen, kommunikativen, motivierten und personell sowie materiell gut ausgestatteten Polizeiarbeit, die sich zu reflektieren weiß. Die bestehenden kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet.

Begründung

Das Wesen eines Schlüsselprojektes war zuvor nicht erkennbar, vielmehr handelte es sich um die Zusammenfassung vorhergehender Textpassagen, was der Idee eines SP nicht gerecht wird. Mit der Neuformulierung wurde der Versuch unternommen, die Forderungen zuzuspitzen (Was wollen wir?) und im Sinne einer grundsätzlicheren Positionierung mit konkreten Beispielen (Was bekommt man, wenn man Grün wählt) umzugestalten.

FH-SF-01-153-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 153 bis 164:

~~Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.~~ Wir wollen das Leben in Deutschland für alle Menschen sicherer machen. Dafür braucht es grundlegende Reformen und den Willen aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in den letzten Jahren mehrfach bewiesen, dass es nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems in der Sicherheitsarchitektur in Deutschland ist. Es braucht einen strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz. Wir wollen die Aufgaben trennen. Ein neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr soll mit nachrichtendienstlichen Mitteln, klar abgegrenzt von der Polizei, Terror und Spionage aufdecken. Es soll dabei helfen, dass sich alle in diesem Land, vom Punk bis zum Banker, vom Sachsen bis zum Syrer, sicher fühlen. Dazu braucht es starke parlamentarische Kontrolle und den Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten. Gleichzeitig soll ein unabhängiges Institut demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der ausschließlichen Nutzung von öffentlichen Quellen beobachten, sodass die Zivilgesellschaft in der Lage ist darauf zu reagieren.

Begründung

Das bisherige Schlüsselprojekt ist eine Potpourri aus unterschiedlichen großen, strukturellen und kleinen Reformen. Als Schlüsselprojekt ist es daher in dieser Form unbrauchbar. Das Konzept der Schlüsselprojekte ist gut, wird aber unscharf, wenn sich die Forderungen aus einem ganzen Kapitel in einem Schlüsselprojekt wiederfinden. Daher die Zuspitzung auf die Verfassungsschutzreform. Hier besteht dringender struktureller Handlungsbedarf um die Bundesrepublik sicherer zu machen. Wir haben das Selbstbewusstsein und werben mit unseren eigenen, unterscheidbaren Konzepten mit klarer Kante für mehr Sicherheit. Die Verfassungsschutzreform ist ein grünes Alleinstellungsmerkmal.

FH-SF-01-153-3 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 153 bis 154:

Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen ~~und~~ mehr Ressourcen und eine Polizei, die in Bezug auf institutionalisierten Rassismus und Sexismus sensibilisiert ist. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das

FH-SF-01-154 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 154 bis 157 löschen:

Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. ~~Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollten beim Bundeskriminalamt konzentriert werden.~~ Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des

Begründung

Es gibt kein ineffizientes Nebeneinander von Bundespolizei, Zoll und Bundeskriminalamt. die Zusammenarbeit läuft auf der Grundlage klar abgegrenzter Zuständigkeiten.

Die Forderung im Wahlprogramm bedeutet, dass letztlich jede Sachbeschädigung auf einem Bahnhof, Körperverletzung im Zug, Taschendiebstähle im Zuge, aufgebrochene Fahrkartenautomaten auf Bahnhöfen oder jede Randaliererei von Fußball-Hooligans vom BKA zu bearbeiten wäre, weil diese Straftaten eindeutig Zuständigkeit der Bundespolizei sind.

Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein!

Die Forderung nach organisatorischer Zusammenlegung der kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes beim BKA behindert die eingespielte Zusammenarbeit zwischen der Bundesbehörde Zoll mit den LKA-Dienststellen der Länder auf den Gebieten des Btm-Schmuggels und der Geldwäsche etc.

Unterstützer*innen

Kerstin Dehne (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Beate Ziegenhardt (Jena KV)

FH-SF-01-159 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 159 löschen:

personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur ~~Gefahren- und~~ Spionageabwehr gründen,

Begründung

Analog der Forderung aus

https://antraege.gruene.de/bdk41/Wir_sorgen_fuer_Sicherheit_und_erhalten_die_Freiheit_-40164/668

Die Zusammenlegung der polizeilichen Aufgabe der Gefahrenabwehr mit Geheimdienstlichen Aufgaben verstößt gegen das verfassungsrechtliche Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten.

Unterstützer*innen

Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Werner Weindorf (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV)

FH-SF-01-160 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

In Zeile 160 einfügen:

das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Im Übrigen wollen wir die Verfassungsschutzbehörden in ihrer gegenwärtigen Form abschaffen. Wir brauchen außerdem ein

Unterstützer*innen

Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Werner Weindorf (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

FH-SF-01-160-2 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 160 bis 164 löschen:

das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. ~~Wir brauchen außerdem ein verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.~~

Begründung

Die Forderungen zur Veränderung des Waffenrechtes wollen wir vom Schlüsselprojekt in den "normalen" Programmtext verschieben. Es erscheint uns nicht als so zentrales grünes Projekt beim Thema Sicherheit, als dass wir es in ein Schlüsselprojekt aufnehmen wollen.

FH-DS-01-001 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 1 einfügen:

Demokratie ist weder selbstverständlich noch unveränderlich. Sie muss immer wieder neu erklärt und erkämpft werden, sie muss die Menschen überzeugen, um sie als Wähler*innen zurückzugewinnen. Sie braucht Bürgerinnen und

Begründung

Demokratie ist tatsächlich nicht selbstverständlich, doch was logischerweise direkt daraus folgt ist hier bislang nicht zu lesen. Dass wir sie nämlich immer wieder neu erklären und für sie kämpfen müssen! Das wird auch durch den Folgesatz nicht wirklich abgedeckt, der eine Einmischung fordert, dies aber von den eigenen Interessen ableitet und nicht als Einsatz für das KONZEPT der Demokratie.

Und nur Menschen, die von Demokratie überzeugt sind, gehen auch wählen. Im Interesse hoher demokratischer Legitimität von Wahlen ist auch dies ein zentraler Punkt zur Stärkung der Demokratie.

FH-DS-01-001-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat und die Demokratie

Begründung

Es sollte uns nicht nur um den starken Rechtsstaat und nur um die gestärkte Demokratie sondern besonders auch um den freiheitlichen Rechtsstaat gehen. Demokratie und freiheitlicher Rechtsstaat gehören für uns untrennbar zusammen. Das muss zum Ausdruck gebracht werden.

FH-DS-01-001-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir stärken Kultur und Demokratie

Begründung

Mit der bisherigen Überschrift ist das Kulturkapitel nur mit Mühe zu finden. Die Überschrift „Wir stärken Demokratie“ wird dem Inhalt dieses Unterkapitels einfach nicht gerecht (Demokratie, Medien, Kultur). Grüne Kulturpolitik darf auch im Programm nicht bloß ein Anhängsel sein.

FH-DS-01-002 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 2 einfügen:

Bürger, die sich einmischen und für ihre Rechte und Werte eintreten, egal ob sie hier geboren oder eingewandert sind. Sie braucht

FH-DS-01-002-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 2:

Bürger, die sich einmischen und für ihre ~~Rechte und~~ Werte und ihre Rechte, und gerade auch für die Rechte anderer, eintreten. Sie braucht

Begründung

Das Wesen der Menschenrechtsarbeit ist es gerade dafür zu sorgen, dass nicht nur die eigenen Rechte, sondern auch die von denjenigen geschützt werden, die der Unterstützung und Solidarität bedürfen.

Unterstützer*innen

Heidi Besas (Bergstraße KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Gabriele Sutor (Main-Taunus KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Samuel Olbermann (Düsseldorf KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Matthias Gastel (Esslingen KV)

FH-DS-01-002-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 2 einfügen:

Bürger, die sich einmischen und für ihre Rechte und Werte eintreten und auch für die Rechte anderer. Sie braucht

Begründung

In einer reifen Demokratie treten Menschen nicht nur für ihre eigenen Rechte und Interessen ein. Besonders wichtig ist das selbstlose Engagement für Dritte, also für die Rechte anderer - Heterosexuelle treten für die Rechte Homosexueller ein, deutsche Staatsbürger für die Rechte von Geflohenen, Menschen für die Rechte von Tieren und Pflanzen. Wirtschafts-Lobbyisten treten für ihre eigenen Interessen ein. Gegner von Windkraftanlagen und Flüchtlingsunterkünften manchmal auch nur für ihre eigenen Besitzrechte. Das selbstlose Eintreten für die Rechte Dritter verwirklicht oft erst Menschenrechte und ist ein wichtiger Impuls für die Politik.

Unterstützer*innen

Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Marius Kühne (Münster KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Micha Greif (München KV); Nabihha Ghanem (Soest KV)

FH-DS-01-005 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 5 bis 6 löschen:

Organisationen, die sich vielfältig einbringen, von Parteien über Gewerkschaften, ~~Kirchen-und~~ Religionsgemeinschaften bis hin zu NGOs, Stiftungen, Vereinen und Initiativen. Wir

Begründung

Wir fanden die Formulierung an dieser Stelle redundant, zumal „Kirchen“ extrem häufig in diesem Programmentwurf als Beispiele genannt werden, andere gesellschaftlich wichtige Organisationen dagegen selten oder gar nicht. Allein im Kapitel Freiheit im Herzen aktuell fünf Mal. Hier können wir problemlos Zeichen einsparen.

FH-DS-01-007 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 7:

setzen auf ~~einen starken Rechtsstaat~~, den freiheitlichen Rechtsstaat. Dazu brauchen wir gut ausgestattete Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie eine selbstverwaltete Anwaltschaft als unabhängiges Organ der unsere Freiheit sichert Rechtspflege. Demokratie Zugang zum Recht muss für Alle gleichermaßen gewährleistet sein. Strafe als schärfster Eingriff in die Bürgerrechte, darf nur letztes Mittel sein, Strafrecht nicht als Symbolpolitik missbraucht werden. Präventivstrafrecht lehnen wir ab.
Demokratie braucht eine

Begründung

Es geht uns nicht allein und vorrangig um den starken, sondern vor allem um den freiheitlichen Rechtsstaat.

Zu den Rechtsstaatselementen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft fehlen Grundaussagen. Nicht nur die Polizei braucht bessere Ausstattung, sondern auch die Justiz. Der Ultima-Ratio-Grundsatz des Strafrechts muss insbesondere angesichts seiner Missachtung und des symbolpolitischen Missbrauchs des Strafrechts durch die Große Koalition betont werden.

FH-DS-01-007-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 7 einfügen:

setzen auf einen starken, demokratischen Rechtsstaat, der unsere Freiheit sichert. Demokratie braucht eine

Begründung

Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass die Ausübung staatlicher Macht nur auf der Grundlage der Verfassung und von formell und materiell verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen mit dem Ziel der Gewährleistung von Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit zulässig ist, so der Staatswissenschaftler Klaus Stern. Der Rechtsstaat schützt den Einzelnen vor staatlicher Willkür. Er verpflichtet die staatlichen Behörden, nicht den Einzelnen. Wenn er angegriffen wird, dann durch einen Gesetzgeber, der das faire Verfahren beeinträchtigen und den Rechtsweg beschränken will, nicht durch Terrorist*innen, Rassist*innen und Faschist*innen. Um vom Einzelnen den Respekt der Gesetze einzufordern, braucht man den Rechtsstaat nicht – auch in der Diktatur wird vom Einzelnen der Respekt der Gesetze eingefordert. Wer den Rechtsstaat beliebig bemüht, wie so mancher Konservativer in der Flüchtlingsdebatte, lässt ihn zur leeren Floskel verkommen und entwertet das Konzept. Dieses Spiel sollten wir Grünen nicht mitspielen. Deswegen soll der Begriff an dieser Stelle um den Begriff der Demokratie ergänzt werden.

Unterstützer*innen

Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jamila Schäfer (München KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Moser (Düsseldorf KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Frank Jablonski (Köln KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Schulte-Ladage (Hochsauerland KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Meinke (Köln KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Markus Wagener (Köln KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV)

FH-DS-01-011 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 11 bis 12 löschen:

historischen Scheideweg befinden: Wir müssen als Gesellschaft ~~für die europäische Tradition und Geschichte seit der Aufklärung und der französischen Revolution~~, für die erkämpften

Begründung

Wenn wir Platz schaffen wollen für klarere Positionen und Forderungen im Programm, dann sollten wir uns erklärende Passagen wie diese womöglich sparen. Zumal es etwas willkürlich ist, die Demokratie mit der französischen Revolution zu erklären. Immerhin liegt die Wiege der Demokratie in Griechenland und wenn man wollte, fände man auch an anderen Stellen der Weltgeschichte, wichtige Schlüsselmomente.

FH-DS-01-012 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Andreas Otto (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 12:

und Geschichte seit der Aufklärung ~~und~~, der französischen Revolution und der friedlichen Revolution in Osteuropa und der DDR, für die erkämpften

Begründung

Die friedliche Revolution von 1989, in deren Traditionslinie unsere Partei lebt und arbeitet, darf im Wahlprogramm nicht unerwähnt bleiben.

Unterstützer*innen

Heide Schinowsky (Potsdam KV); Katja Meier (Meißen KV); Claudia Maicher (Leipzig KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Axel Vogel (Barnim KV); Achim Wesjohann (Dresden KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Petra Weißflog (Cottbus KV); Silke Gebel (Berlin-Mitte KV); Susan Sziborra-Seidlitz (Harz KV); Christian Franke (Altmarkkreis Salzwedel KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Volkmar Zschocke (Chemnitz KV); Antje Kapek (Friedrichshain-Kreuzberg KV); Ramona Pop (Berlin-Mitte KV); Fatoş Topaç (Friedrichshain-Kreuzberg KV); Martin Böttger (Zwickau KV)

FH-DS-01-029 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 29 einfügen:

Lobbyregister einrichten. Wer und welche Organisation was an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt,

Begründung

Bisher werden Spenden von Organisationen wie z.B. Stiftungen nicht veröffentlicht.

FH-DS-01-029-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 29 bis 31:

Lobbyregister einrichten. ~~Wer was~~Um sichtbar zu machen, wer an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt, ~~soll sichtbar sein. Die~~wollen wir die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden ~~wollen wir~~ absenken und ~~diese~~ Regeln auch für das Parteisponsoring einführen. ~~Wir~~Höhe und Herkunft von Nebeneinkünften politischer Amts- und Mandatsträger*innen sollen offengelegt werden.
Wir wollen Open Government

Begründung

Die aktuelle Formulierung ist sprachlich unpräzise. Ob wirklich exakt die gleichen Regeln der Parteienfinanzierung für Parteisponsoring passen ist fraglich. Dass es Regeln hierfür geben muss, ist dagegen unstrittig.

Die BAG Demokratie und Recht ist darüberhinaus der Meinung, dass die Veröffentlichungspflicht für Nebeneinkünfte ausgeweitet werden sollte, auf Höhe und Herkunft, anstatt pauschaler Angaben, die für wenig Transparenz sorgen, die wir im Abschnitt vorher noch betont einfordern.

FH-DS-01-029-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 29 einfügen:

Lobbyregister einrichten sowie einen „legislativen Fußabdruck“ einführen, der vom ersten Entwurf bis zum fertigen Gesetz die Einflüsse von Interessenverbänden transparent macht. Wer was an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt,

Begründung

Es gibt zahlreiche Beispiele, dass Ministerien oder Parlamentarier Vorschläge von Lobbyverbänden übernommen haben, ohne dass dies als solches erkennbar war. Der „legislative Fußabdruck“ soll dazu verpflichten, Kontakte mit Interessenvertretern im Rahmen eines Gesetzesverfahrens offenzulegen. Das EU-Parlament hat diese Forderung bereits 2011 beschlossen.

FH-DS-01-029-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 29 bis 30:

Lobbyregister einrichten. ~~Wer was an Parteien spendet~~ Spenden oder ~~diese mit Sponsoring unterstützt, soll sichtbar~~ andere geldwerte Unterstützungen an Parteien, wie z.B. Sponsoring, sollen nur in öffentlicher und transparenter Weise möglich sein. Die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden wollen wir absenken und

Begründung

Mit der Neuformulierung soll umfassend sichergestellt werden, dass jedwede finanzielle Unterstützung einer Partei nur öffentlich und transparent möglich sein soll. Z.B. soll die Großplakat- oder Anzeigenwerbung anonymer Spender(-organisationen) verunmöglicht werden.

FH-DS-01-031 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: OV Wermelskirchen

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 31 einfügen:

diese Regeln auch für das Partesponsoring einführen. Wenn Lobbyisten an Gesetzestexten mitwirken, muss das als Quellennachweis kenntlich gemacht werden. Wir wollen Open Government

Begründung

Dass Unternehmen durch ihre Fachleute Einfluss auf Inhalte und Formulierungen von Gesetzestexten nehmen, ist wohl unbestritten. Aussagen, Überlegungen und Ergebnisse, die aus fremden Quellen übernommen werden, sind durch Angabe der Herkunft kenntlich zu machen. Was für wissenschaftliche Arbeiten gilt, muss erst recht für Gesetzestexte, Verordnungen, usw. Gültigkeit haben.

FH-DS-01-031-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 31 einfügen:

diese Regeln auch für das Partesponsoring einführen. **Die Spendenmöglichkeit wollen wir auf natürliche Personen mit einem jährlichen Höchstbetrag beschränken.** Wir wollen Open Government

Begründung

Die Beschränkung der Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen innerhalb gewisser Grenzen war bislang unsere Forderung. Es gibt keinen Grund, diese Position aufzugeben. Dann sollte sie auch klar benannt werden. Dies ist die geltende Beschlusslage aus dem Bundestagswahlprogramm 2013.

Unterstützer*innen

Jamila Schäfer (München KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); André Moser (Düsseldorf KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Marius Kühne (Münster KV); Frank Jablonski (Köln KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Ulrike von Thadden (Anhalt-Bitterfeld KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Deniz Ertin (Köln KV); Marc Kersten (Köln KV); Nils Kriegeskorte (Ennepe-Ruhr KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Renée-Maike Pfuderer (Stuttgart KV); Stefan Wolters (Köln KV); Roland Schwarz (Köln KV)

FH-DS-01-033 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 26.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 33:

kommuniziert. ~~Amtliche Dokumente~~Öffentliche Informationen werden dann nach den Kriterien von Open Data im Internet

Begründung

Wenn nur auf „Amtliche Dokumente“ beschränkt wird, werden nur wenige Dokumente ins Internet gestellt, so wie es leider oft im Kommunalen Bereich üblich ist. Deshalb ist es erforderlich, dies durch die weiterreichende Bezeichnung „Öffentliche Informationen“ zu ersetzen.

FH-DS-01-034 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Berlin-Mitte

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 34:

veröffentlicht. In Kommunen, Ländern und auf **Bundesebene** Bundes- wie europäischer Ebene bauen wir **Beteiligung** die Bürgerbeteiligung aus. In den

Begründung

Die europäische Perspektive soll nicht aus den Augen verloren werden und sich als roter Faden im Wahlprogramm durchziehen.

FH-DS-01-034-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 34 einfügen:

veröffentlicht. Wir wollen das bestehende Informationsfreiheitsgesetz zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln. In Kommunen, Ländern und auf Bundesebene bauen wir Beteiligung aus. In den

Begründung

Weiterentwicklung zu Transparenzgesetz ist neue Qualität, für die wir seit Jahren stehen.

FH-DS-01-034-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Heiko Wundram (Celle KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 34 einfügen:

veröffentlicht. Den Einsatz von offenen und diskriminierungsfreien Standards in Behörden und bei der Behördenkommunikation wollen wir ausbauen. In Kommunen, Ländern und auf Bundesebene bauen wir Beteiligung aus. In den

Unterstützer*innen

Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Christian Ehlers (Celle KV); Helge Wilker (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marlies Petersen (Celle KV); Bernd Zobel (Celle KV); Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Maximilian Ruta (Köln KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Hans Schwanitz (Köln KV); Marc Kersten (Köln KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Regina Klünder (Kiel KV)

FH-DS-01-035 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 35 einfügen:

Länder zeigen wir mit unseren Initiativen für Transparenzgesetze: Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Bürgerbeteiligung.

Begründung

Erwähnen, dass wir auf Landesebene z.B. in HH und RLP schon "geliefert" haben.

FH-DS-01-036 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 36 bis 38:

Wir beziehen Bürgerinnen und Bürger ~~verbindlich über die bestehenden Vorschriften hinaus bei der Bauplanung ein, gerade auch von Großprojekten. Das Petitionsrecht wollen wir zu einem wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln.~~ bei Planungs- und Bauvorhaben früher und besser ein. Dazu wollen wir die Gesetze und Vorschriften weiterentwickeln, gerade auch für Großprojekte. Das Petitionsrecht wollen wir zu einem wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln.

Begründung

Die bestehenden Vorschriften sind in den meisten Fällen ungeeignet für echte Bürgerbeteiligung.

FH-DS-01-038 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 38 einfügen:

wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln. Die Stärkung der Demokratie hört für uns jedoch nicht bei den Parlamenten auf, sondern umfasst auch die Demokratisierung verschiedener Lebensbereiche, wie zum Beispiel Schule, Hochschule, Ausbildung oder Arbeitsplatz.

FH-DS-01-039 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 39:

~~Elemente direkter~~ Demokratie lebt auch vom Vertrauen in die Wähler*innen, deshalb wollen wir Grünen Elemente direkter Demokratie auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen

Begründung

Angesichtes der Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten, darf die Politik nicht nur um Vertrauen bitten, sie sollte auch Vertrauen haben und zeigen. Denn Demokratie ist der Inbegriff von Vertrauen in die Bürger*innen. Demokratie kann auf Dauer nicht existieren ohne dieses Vertrauen.

Dieser Änderungsantrag ist die spiegelbildliche Entsprechung zum letzten Absatz der Einleitung des Freiheitskapitel, wo konstatiert wird, dass Demokratie vom Vertrauen der Wähler lebt. Aber natürlich ist dies eine wechselseitige Beziehung und Vertrauen kann nicht nur in eine Richtung verlaufen.

Auf Distanz zu direkter Demokratie zu gehen, wie es leider einige in den letzten Jahren tun, ist aber de facto ein Misstrauensvotum gegenüber dem Wähler. Dadurch können sich Gefühle von Politik- und Demokratiedistanz verstetigen und verschärfen.

FH-DS-01-040 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 40 einfügen:

Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Für eine offene Gesellschaft spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Gemeinnützige Organisationen wollen wir deshalb unterstützen und fördern. Wir setzen uns insbesondere dafür ein bei der steuerlichen Förderung mehr Rechtssicherheit zu schaffen und eine Gleichbehandlung verschiedener Akteure im Gemeinnützigkeitssektor sicherzustellen. Den Katalog von gemeinnützigen Zwecken wollen wir an den gesellschaftlichen Fortschritt anpassen und erweitern um Zwecke u.a. der Förderung der Gleichberechtigung von Lebenspartnerschaften und Trans- wie Intersexueller, Frieden, Menschenrechte, Demokratie sowie der Einrichtung und Unterhaltung des Freifunks . Das Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Tätigkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure insgesamt hat zugenommen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass künftig die Förderung gemeinnütziger Organisationen mit klareren und einheitlicher Publikations- und Transparenzvorschriften einhergeht. Die Rechte

Begründung

Es besteht keine kohärente Gesamtregelung, die eine Gleichbehandlung politischer Einflussmöglichkeiten verschiedener Akteure sicherstellt. Das geltende Gemeinnützigkeitsrecht und die wenig konkretisierten Vorgaben zur Auslegung der Regelungen sind ursächlich dafür, dass Akteure mit gleichen/ähnlichen Aktivitäten in dem einen Finanzamt bzw. Bundesland als gemeinnützig gelten, in einem anderen wiederum nicht. Eine Ungleichbehandlung besteht zudem darin, dass den steuerbegünstigten Berufsverbänden die Beeinflussung der politischen Willensbildung ohne Beschränkung erlaubt ist, während gemeinnützige Organisationen bei politischen Äußerungen Gefahr laufen, ihren Gemeinnützigkeitsstatus aberkannt zu bekommen..

Zur Rechtsunsicherheit trägt auch der Katalog an gemeinnützigen Zwecken (§ 52 Absatz 2 Abgabenordnung) bei. Viele Themen der Zivilgesellschaft werden darin nicht berücksichtigt. Einrichtungen, die sich z.B. für Frieden, Menschenrechte und für die Rechte von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen einsetzen möchten, müssen sich andere Zwecke aus der Abgabenordnung zu eigen machen, um als gemeinnützig anerkannt zu werden.

Darüber hinaus stellt der Bundestag fest, dass das Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Tätigkeiten von gemeinnützigen Organisationen stark zunimmt. Klare und einheitliche Publikations- und Transparenzvorschriften fehlen bislang. Um jede Anschein, gemeinnützige Organisationen könnten zum Steuerbetrug oder zur verdeckten Parteienfinanzierung missbraucht werden, entgegenzutreten, braucht es deshalb mehr Transparenz im gemeinnützigen Sektor.

Unterstützer*innen

Gerhard Schick (Mannheim KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Erich Pawlik (Hochtaunus KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Bianca Denfeld (Berlin-Pankow KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Yvonne Plaul (Potsdam-Mittelmark KV); Udo Philipp (München KV); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Bärbel Treutler (Prignitz KV); Efi Kaioglidou (Marburg-Biedenkopf KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Rasmus Grobe (Verden KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV); Manuel Emmter (Berlin-Pankow KV); Thomas Loew (Berlin-Pankow KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Benjamin von der Ahe (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gerhard Kalinka (Teltow-Fläming KV); Hans-Werner Seitz (Marburg-Biedenkopf KV)

FH-DS-01-043-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Philipp Schulte (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 43 einfügen:

Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz. Wenn Meinungs- und Demonstrationsfreiheit mit Eigentumsrechten in Konflikt kommen, ist es die Aufgabe von Gerichten, darüber rechtsstaatlich zu entscheiden. Durch die Einführung eines gesetzlichen Streitwerts für Unterlassungsklagen nach zivilgesellschaftlichen Protest- und Demonstrationsveranstaltungen ermöglichen wir beiden Seiten effektiven Rechtsschutz bei einem fairen und tragbaren Kostenrisiko.

Begründung

Nicht den Streit_wert!

Der zivilgesellschaftliche Protest gegen umweltschädliche Mammutprojekte hat mit Vorbildern wie Wuhl, Brokdorf und Gorleben eine lange Tradition. Wegen der Klimakatastrophe steht heute die fossile Brennstoffindustrie weltweit im Fokus des ökologischen Widerstands. In Deutschland richtet sich die Umweltbewegung immer stärker gegen die unverantwortlichen Geschäftsmodelle von Unternehmen wie RWE und LEAG, die mit ihren Braunkohletagebauen im Rheinland, in der Lausitz und südwestlich von Leipzig die größten CO₂-Quellen Europas betreiben.

Während sich die Anti-Atombewegung ausschließlich gegen polizeiliche und strafrechtliche Repression behaupten musste, gehen RWE und LEAG, ebenso wie manche Betreiber von Gen-Feldern, zusätzlich auch mit **zivilrechtlichen Abmahn- und Unterlassungsverfahren** gegen die Protestierenden vor. Auf diese Weise machen sich die Unternehmen das hohe Kostenrisiko zunutze, das sich aus der gesetzlichen Berechnungsweise von gerichtlichen und anwaltlichen **Gebühren** in Zivilverfahren automatisch ergibt. Diese Gebühren werden auf Grundlage des Streitwerts eines Verfahrens bestimmt. Je höher der Streitwert, desto höher fallen die konkret zu zahlenden Gebühren aus.

Bürokratisch gegen Umweltbewegte

Wer bei Protestaktionen gegen die Klimakiller vermeintlich auf deren Firmengelände angetroffen und identifiziert wurde, bekommt von den Großkanzleien hinter RWE und LEAG weitgefaste Unterlassungserklärungen zugeschickt. Mit diesen meist sehr ähnlich oder gleich lautenden Vordrucken sollen sich die Adressaten für den Wiederholungsfall zur Zahlung einer sechsstelligen Vertragsstrafe verpflichten. Vergleichbar mit dem Vorgehen der leidigen Abmahnindustrie kann schon dieser erste Brief mit vierstelligen Gebühren für den Betroffenen verbunden sein. Doch anders als Abmahnanwälte, die mit ihren Briefen nur Geld schinden wollen, geht es RWE und LEAG/MIBRAG wohl eher darum, die Klimabewegung auch mit Hilfe dieser immensen (Verfahrens-)Kosten zu bekämpfen.

Da ein Unterlassungsanspruch keinen konkret bezifferbaren Wert hat und gesetzliche Bestimmungen fehlen, müssen die Gerichte den Streitwert bei Unterlassungsansprüchen **schätzen**. In den bisher von RWE betriebenen Verfahren wurden Streitwerte zwischen 30.000 € und 50.000 € angesetzt. Bei einem Streitwert von z.B. 40.000 € folgen gem. der Bestimmungen im Gerichtskosten-(GKG) und

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: **Anwaltskosten** für das **außergerichtliche Verfahren** (faktisch den Versand des Serienbriefs) iHv. 1.600 €. Geht ein mögliches Gerichtsverfahren in der ersten Instanz verloren, sind nochmal 6.700 € fällig.

Es handelt sich dabei also weder um konkrete Strafzahlungen für einzelne, strafgerichtlich festgestellte Gesetzesübertretungen, noch um reale Kosten, denen auf Seiten von RWE oder LEAG eine wirkliche Leistung oder Schäden, Ausfälle etc. gegenüberstehen. Vielmehr gehen die anfallenden Anwaltsgebühren an die Großkanzleien, von denen sich RWE und LEAG/ jeweils vertreten lassen. Eine Win-Win-Situation für die fossilen Player: RWE belastet die Klimabewegung mit zusätzlichen Kosten, die Kanzlei kann das Geld einstecken.

Rechtsstaatlich bedenklich

Das hohe Gebührenrisiko von bis zu 10.000 € macht den Zugang zu den Gerichten für die Betroffenen faktisch unmöglich. Angeschriebene, die nicht klein begeben und sich gegen die geforderte Erklärung oder ihren Umfang wehren wollen, sind mit einem enormen Kostenrisiko konfrontiert, das einzig und allein aus den geschätzten Streitwerten der speziellen Zivilklagen folgt. So ein hohes Kostenrisiko können sich, anders als RWE oder LEAG, nur wenige Menschen leisten. Die Konzerne bezahlen die Prozesse hingegen ganz locker mit dem Geld der Stromkunden.

Um dieses Ungleichgewicht bewusst zu reduzieren, und damit auch finanziell schwächeren Parteien effektiven Rechtsschutz zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber für andere Verfahrensarten bereits in den §§ 48 ff. GKG konkrete **Sonderstreitwerte** festgelegt. Auch für die sonst unbezahlbaren Klagen von Umweltverbänden gegen Großvorhaben (z.B. bei Verfahren nach dem BlmschG) sieht der aktuelle Streitwertkatalog der Rechtsprechung unter Nr. 34.4 einen reduzierten Auffangstreitwert vor.

In der Gegenüberstellung der Verfahrenskosten bei dem bisher durchschnittlich angesetzten Streitwert von 40.000 € und einem neuen Sonderstreitwert von 1.000 € wird der positive Effekt, bei ein und demselben Verfahrensgegenstand, sehr deutlich:

Streitwert 40.000 €

- Außergerichtliche Kosten (Brief): 1.600 €
- Kosten 1. Instanz (Gericht + 2 Anwälte): 6.720 €
- **Gesamt: 8.320 €**

Streitwert 1.000 €

- Außergerichtliche Kosten (Brief): 147 €
- Kosten 1. Instanz (Gericht + 2 Anwälte): 620 €
- **Gesamt: 767 €**

In einer Demokratie darf Protest nicht mit künstlichen Gerichts- und Anwaltsgebühren kaputt gemacht werden. Die gesetzliche Festsetzung eines Sonderstreitwerts (z.B. 1.000 €) für Verfahren wg. Unterlassungsansprüchen bei Eigentumsverletzungen im Rahmen von politischen Meinungsäußerungen und Versammlungen würde das Gebührenrisiko erheblich reduzieren. Das bedeutet nicht, dass Eigentümer keine Unterlassungsklagen mehr erheben könnten, sondern würde nur dazu führen, dass die Verfahrenskosten insgesamt erheblich billiger werden und sich alle Beteiligten effektiven Rechtsschutz auch wirklich leisten können.

Nachzurechnen, auch mit anderen Werten z.B. hier: [Kostenrechner des DAV](#).

Unterstützer*innen

Rainer Bode (Münster KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Tim Rohleder (Münster KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Ali-Onur Firat (Berlin-Neukölln KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Zein Okko (Bonn KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ines Advena (Münster KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV)

FH-DS-01-043-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 43 einfügen:

Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz. Bislang werden Menschen, die unter ständiger gesetzlicher Betreuung stehen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dies ist mit dem Grundgesetz und der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Wahlrechtsausschluss aufgehoben wird.

Begründung

Bislang wird Menschen, die unter ständiger gesetzlicher Betreuung stehen das Wahlrecht verwehrt.

Das aktive und passive Wahlrecht steht grundsätzlich jeder Bürgerin und jedem Bürger zu (Artikel 38 des Grundgesetzes). Nach dem Bundeswahlgesetz sind allerdings all jene Menschen pauschal vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer oder eine Betreuerin bestellt ist. Dies gilt derzeit auch noch für das Bundeswahlgesetz, das Europawahlgesetz und die meisten die Landes- und Kommunalwahlgesetze. In NRW wie auch Schleswig-Holstein wurde auch auf Initiative der GRÜNEN mittlerweile dieser Wahlrechtsausschluss aufgehoben. Im Bund und den meisten Bundesländer besteht er aber nach wie vor.

Nach geltenden menschenrechtlichen Standards stehen diese Ausnahmetatbestände im Widerspruch zu den Zielen der UN-BRK, die seit 2009 in Deutschland geltendes Recht sind (BGBl. II 2008 S. 1419). Weder der Wahlrechtsausschluss als automatische Rechtsfolge einer Betreuung in allen Angelegenheiten noch als Folge einer Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus aufgrund einer strafrechtlichen Maßregel sind mit diesen Vorgaben vereinbar. Artikel 29 der UN-BRK sieht vor, dass Menschen mit Behinderungen politische Rechte, insbesondere das Wahlrecht, gleichberechtigt genießen. Darüber hinaus verpflichtet die Konvention die Vertragsstaaten, Menschen mit Behinderungen im Bedarfsfall und auf Wunsch zu erlauben, sich durch eine Person ihrer Wahl bei der Stimmabgabe unterstützen zu lassen. Die BRK unterscheidet hierbei nicht zwischen Personen, die die Fähigkeit zur Wahl besitzen und solchen, die sie nicht besitzen. Sie fordert vielmehr eine inklusive, partizipative und nichtdiskriminierende Ausgestaltung des Rechts auf politische Teilhabe und stellt die Befähigung und Unterstützung derjenigen in den Vordergrund, die ihrer bedürfen. Ein Ausschluss vom Wahlrecht ist von der BRK nicht vorgesehen und nach ihr auch nicht zulässig.

Der Fachausschuss für Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen, der entsprechend der UN-BRK für die Überwachung der Konvention zuständig ist, hat dies in seinen Stellungnahmen bereits mehrfach klargestellt. Der Ausschuss betont, dass alle Menschen mit Behinderungen, unabhängig von der Art ihrer Beeinträchtigung, ihrem rechtlichen Status oder dem Umstand, dass sie sich unter Betreuung befinden, ein Recht haben, gleichberechtigt an Wahlen.

Klar gegen jeden Ausschluss vom Wahlrecht aufgrund einer Behinderung hat sich am 16.11.2011 auch das Ministerkomitee des Europarates in seiner Empfehlung zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben CM/Rec(2011)14 ausgesprochen: „3. (...)

Alle Menschen mit Behinderungen, gleich ob sie körperlich, sinnes- oder geistig beeinträchtigt, psychisch oder chronisch krank sind, haben gleichberechtigt mit anderen Bürgern das Recht zu wählen, und dieses

Recht sollte ihnen durch kein Gesetz, das ihre Geschäftsfähigkeit beschränkt, und durch keine richterliche oder sonstige Entscheidung, die auf ihrer Behinderung, kognitiven Funktionsfähigkeit oder angenommenen Fähigkeiten basiert, entzogen werden. Alle Menschen mit Behinderungen sind auch berechtigt, gleichberechtigt mit anderen für öffentliche Ämter zu kandidieren, und dieses Recht sollte ihnen durch kein Gesetz, das ihre Geschäftsfähigkeit beschränkt, und durch keine richterliche oder sonstige Entscheidung, die auf ihrer Behinderung, kognitiven Funktionsfähigkeit oder angenommenen Fähigkeiten basiert, und auf keine sonstige Weise entzogen werden“ (nichtamtliche Übersetzung: Deutsches Institut für Menschenrechte, aktuell 05/2012).

FH-DS-01-043-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 43 einfügen:

Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz. Wenn Meinungs- und Demonstrationsfreiheit mit Eigentumsrechten in Konflikt kommen, ist es die Aufgabe von Gerichten, darüber rechtsstaatlich zu entscheiden. Durch die Einführung eines gesetzlichen Streitwerts für Unterlassungsklagen nach zivilgesellschaftlichen Protest- und Demonstrationsveranstaltungen ermöglichen wir beiden Seiten effektiven Rechtsschutz bei einem fairen und tragbaren Kostenrisiko.

Begründung

Nicht den Streit_wert!

Der zivilgesellschaftliche Protest gegen umweltschädliche Mammutprojekte hat mit Vorbildern wie Wyhl, Brokdorf und Gorleben eine lange Tradition. Wegen der Klimakatastrophe steht heute die fossile Brennstoffindustrie weltweit im Fokus des ökologischen Widerstands. In Deutschland richtet sich die Umweltbewegung immer stärker gegen die unverantwortlichen Geschäftsmodelle von Unternehmen wie RWE und LEAG, die mit ihren Braunkohletagebauen im Rheinland, in der Lausitz und südwestlich von Leipzig die größten CO₂-Quellen Europas betreiben.

Während sich die Anti-Atombewegung ausschließlich gegen polizeiliche und strafrechtliche Repression behaupten musste, gehen RWE und LEAG, ebenso wie manche Betreiber von Gen-Feldern, zusätzlich auch mit **zivilrechtlichen Abmahn- und Unterlassungsverfahren** gegen die Protestierenden vor. Auf diese Weise machen sich die Unternehmen das hohe Kostenrisiko zunutze, das sich aus der gesetzlichen Berechnungsweise von gerichtlichen und anwaltlichen **Gebühren** in Zivilverfahren automatisch ergibt. Diese Gebühren werden auf Grundlage des Streitwerts eines Verfahrens bestimmt. Je höher der Streitwert, desto höher fallen die konkret zu zahlenden Gebühren aus.

Bürokratisch gegen Umweltbewegte

Wer bei Protestaktionen gegen die Klimakiller vermeintlich auf deren Firmengelände angetroffen und identifiziert wurde, bekommt von den Großkanzleien hinter RWE und LEAG weitgefaste Unterlassungserklärungen zugeschickt. Mit diesen meist sehr ähnlich oder gleich lautenden Vordrucken sollen sich die Adressaten für den Wiederholungsfall zur Zahlung einer sechsstelligen Vertragsstrafe verpflichten. Vergleichbar mit dem Vorgehen der leidigen Abmahnindustrie kann schon dieser erste Brief mit vierstelligen Gebühren für den Betroffenen verbunden sein. Doch anders als Abmahnanwälte, die mit ihren Briefen nur Geld schinden wollen, geht es RWE und LEAG/MIBRAG wohl eher darum, die Klimabewegung auch mit Hilfe dieser immensen (Verfahrens-)Kosten zu bekämpfen.

Da ein Unterlassungsanspruch keinen konkret bezifferbaren Wert hat und gesetzliche Bestimmungen fehlen, müssen die Gerichte den Streitwert bei Unterlassungsansprüchen **schätzen**. In den bisher von RWE betriebenen Verfahren wurden Streitwerte zwischen 30.000 € und 50.000 € angesetzt. Bei einem Streitwert von z.B. 40.000 € folgen gem. der Bestimmungen im Gerichtskosten-(GKG) und Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: **Anwaltskosten** für das **außergerichtliche Verfahren** (faktisch den Versand des Serienbriefs) iHv. 1.600 €. Geht ein mögliches Gerichtsverfahren in der ersten Instanz verloren, sind nochmal 6.700 € fällig.

Es handelt sich dabei also weder um konkrete Strafzahlungen für einzelne, strafgerichtlich festgestellte Gesetzesübertretungen, noch um reale Kosten, denen auf Seiten von RWE oder LEAG eine wirkliche Leistung oder Schäden, Ausfälle etc. gegenüberstehen. Vielmehr gehen die anfallenden Anwaltsgebühren an die Großkanzleien, von denen sich RWE und LEAG/ jeweils vertreten lassen. Eine Win-Win-Situation für die fossilen Player: RWE belastet die Klimabewegung mit zusätzlichen Kosten, die Kanzlei kann das Geld einstecken.

Rechtsstaatlich bedenklich

Das hohe Gebührenrisiko von bis zu 10.000 € macht den Zugang zu den Gerichten für die Betroffenen faktisch unmöglich. Angeschriebene, die nicht klein begeben und sich gegen die geforderte Erklärung oder ihren Umfang wehren wollen, sind mit einem enormen Kostenrisiko konfrontiert, das einzig und allein aus den geschätzten Streitwerten der speziellen Zivilklagen folgt. So ein hohes Kostenrisiko können sich, anders als RWE oder LEAG, nur wenige Menschen leisten. Die Konzerne bezahlen die Prozesse hingegen ganz locker mit dem Geld der Stromkunden.

Um dieses Ungleichgewicht bewusst zu reduzieren, und damit auch finanziell schwächeren Parteien effektiven Rechtsschutz zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber für andere Verfahrensarten bereits in den §§ 48 ff. GKG konkrete **Sonderstreitwerte** festgelegt. Auch für die sonst unbezahlbaren Klagen von Umweltverbänden gegen Großvorhaben (z.B. bei Verfahren nach dem BlmschG) sieht der aktuelle Streitwertkatalog der Rechtsprechung unter Nr. 34.4 einen reduzierten Auffangstreitwert vor.

In der Gegenüberstellung der Verfahrenskosten bei dem bisher durchschnittlich angesetzten Streitwert von 40.000 € und einem neuen Sonderstreitwert von 1.000 € wird der positive Effekt, bei ein und demselben Verfahrensgegenstand, sehr deutlich:

Streitwert 40.000 €

- Außergerichtliche Kosten (Brief): 1.600 €
- Kosten 1. Instanz (Gericht + 2 Anwälte): 6.720 €
- **Gesamt: 8.320 €**

Streitwert 1.000 €

- Außergerichtliche Kosten (Brief): 147 €
- Kosten 1. Instanz (Gericht + 2 Anwälte): 620 €
- **Gesamt: 767 €**

In einer Demokratie darf Protest nicht mit künstlichen Gerichts- und Anwaltsgebühren kaputt gemacht werden. Die gesetzliche Festsetzung eines Sonderstreitwerts (z.B. 1.000 €) für Verfahren wg. Unterlassungsansprüchen bei Eigentumsverletzungen im Rahmen von politischen Meinungsäußerungen und Versammlungen würde das Gebührenrisiko erheblich reduzieren. Das bedeutet nicht, dass Eigentümer keine Unterlassungsklagen mehr erheben könnten, sondern würde nur dazu führen, dass die Verfahrenskosten insgesamt erheblich billiger werden und sich alle Beteiligten effektiven Rechtsschutz auch wirklich leisten können.

Nachzurechnen, auch mit anderen Werten z.B. hier: [Kostenrechner des DAV](#).

FH-DS-01-044 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 44 bis 45:

Damit möglichst viele Menschen am demokratischen Prozess, also an Wahlen, Abstimmungen und ~~Abstimmungen teilnehmen~~ Mitbestimmungsmöglichkeiten teilnehmen können, wollen wir Kommunalwahlen auch für Menschen mit ~~festem Wohnsitz~~ sicherem Aufenthaltsstatus, aber ohne deutschen oder EU-Pass

Begründung

Der demokratische Prozess beinhaltet mehr als Wahlen und Abstimmungen. Uns sollte es auch explizit um Prozesse außerhalb der klassischen Institutionen repräsentativer Demokratie gehen. Denn direkte und repräsentative Demokratie ergänzen sich. Ein wirklich demokratisches System bedeutet, dass alle sich an allen Prozessen beteiligen können. Gerade auch am öffentlichen Diskurs können und dürfen nicht-biologische Staatsbürger*innen viel zu selten teilnehmen und wenn sie dies tun, wird ihr Beitrag oft nicht gleichwertig neben andere gestellt. Dem tragen wir Rechnung, indem wir die nicht-deutsche Staatsbürger*innen in Deutschland explizit stärken.

FH-DS-01-045 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 45:

Kommunalwahlen Wahlen auf allen Ebenen auch für Menschen mit festem Wohnsitz, aber ohne deutschen oder EU-Pass

Unterstützer*innen

Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sarah Jerminus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Walendzik (Berlin-Mitte KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Filiz Kekülluoglu (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Sina Doughan (Miesbach KV)

FH-DS-01-046 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 46 bis 47:

öffnen. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken und Jugendpartizipation, etwa in Form von Jugendparlamenten oder -räten, fördern und unterstützen. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre

Begründung

Ein Aspekt der im Programm fehlt:

Jugendliche wollen mitbestimmen und ihr Leben und ihre unmittelbare Umwelt mitgestalten. Das zeigen zahlreiche Studien (s.u.) und natürlich auch die wachsenden Mitgliederzahlen aller Jugendparteien. Allerdings sind die Mitbestimmungsmöglichkeiten noch zu spärlich- und das sollten wir ändern. Besonders auf kommunaler Ebene können demokratische Verfahren und Werte vermittelt und "Politikverdrossenheit" vorgebeugt werden. Von politischer Bildung reden alle- wir sollten einen Schritt weitergehen und auch Kinder und Jugendliche teilhaben lassen!

Weiterführend:

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/kinder-und-jugendpartizipation-in-deutschland/>

<https://www.ijab.de/was-wir-tun/publikationen-service/forschungsdatenbank/forschung/a/show/youth-participation-in-finland-and-in-germany-status-analysis-and-data-based-recommendations/>

Unterstützer*innen

Marcel Rohrlack (München KV); Arne Brach (München KV); Christian Smolka (München KV); Andreas Baier (München KV); Benjamin Adjei (München-Land KV); Peter Heilrath (München KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Felix Vieg (Bayreuth-Stadt KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Cosima Pfannschmidt (München KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Sophie Harper (München KV); Florian Kotthoff (Schwäbisch Gmünd KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Malte Scholz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fabian Kirchmann (Kempten KV); Hermann Josef Brem (München KV); Christoph Schröder (München KV)

FH-DS-01-046-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 46 bis 48:

öffnen. ~~Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.~~ Gerade junge Menschen sollen sich früh einbringen können, deshalb wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 14 Jahre absenken.

Begründung

In der Entwicklungsgeschichte der parlamentarischen Demokratie wurde das Wahlalter allmählich immer weiter abgesenkt. Es ist an der Zeit, junge Menschen gebührend mit einzubeziehen. Während das Wahlalter 16 bereits in mehreren Ländern auf Landes- oder zumindest auf Kommunalebene existiert, müssen wir als progressive Kraft in der Gesellschaft darüber hinausgehen. Demokratie erlernen fängt nicht erst mit 16 an. Bereits mit 14 Jahren treffen junge Menschen wichtige Entscheidungen für ihr Leben und sind voll straffähig. Mit der Zuschreibung solcher Pflichten sollte auch das Zugeständnis von Rechten einhergehen. Daher ist das Wahlalter 14 ein guter Kompromiss aus Einbeziehung und rechtlicher Logik. Dabei wissen wir selbstverständlich, dass das Wahlalter 14 nur ein Teil der Einbeziehung junger Menschen sein kann, es kann aber als erster Dominostein zu mehr politischer Bildung und Beteiligungskultur wirken.

FH-DS-01-046-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Münster

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 46 einfügen:

öffnen. In Deutschland lebende Einwanderinnen und Einwanderer sollen das aktive Wahlrecht bei Bundestags- und Landtagswahlen erhalten, nachdem sie fünf Jahre lang ununterbrochen in Deutschland gelebt haben. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter

Begründung

Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer Nationalität in dem Land resp. der Region mitbestimmen können, in welchem/-r sie leben. Schließlich sind sie auch von den politischen Entscheidungen, die dort getroffen werden, direkt betroffen. Durch die Aufenthaltsfrist wird sichergestellt, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger schon die Möglichkeit hatten, sich über die verschiedenen Parteien und ihre jeweiligen Programme sowie die politische Aktualität zu informieren.

(gemeinsam mit dem inhaltsgleichen Änderungsantrag zu WB-EW-01 Zeile 67)

FH-DS-01-046-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 46 bis 48:

öffnen. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollensetzen wir ~~das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken~~ uns für die Abschaffung der Wahlaltersgrenze ein. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet. Dazu gehört für uns auch die Schaffung weiterer, gut finanzierter, institutionalisierter Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen, denn die Wahl alleine macht noch keine Demokratie.

FH-DS-01-047 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 47 bis 48:

bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. ~~Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.~~ Damit junge Menschen auch wirklich mitentscheiden und mitbestimmen können, wollen wir die Institutionalisierung von politischen Jugendgremien und deren Finanzierung voranbringen.

Begründung

Junge Menschen wollen und sollen sich beteiligen. Das gehört zu einer Demokratie, wie wir sie uns vorstellen. An vielen Stellen fehlen aber die Möglichkeiten für junge Menschen, sich einzubringen. Wir müssen die Stimme junger Menschen sein, wenn sie sich einbringen wollen, damit sind wir auch die Stimme echter Generationengerechtigkeit.

Dabei muss es uns um die Festigung von Institutionen gehen, damit die Jugendbeteiligung nicht abhängig von Einzelpersonen ist. Ebenso brauchen wir eine gut finanzierte Beteiligung, die wirkmächtig ist. Denn nur wenn junge Menschen tatsächlich Dinge verändern können und nicht nur Scheinpartizipation erfahren kann uns eine echte Förderung der demokratischen Kultur und der Jugendbeteiligung gelingen.

FH-DS-01-048 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 48 einfügen:

Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet. Derzeit sind Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert. Das ist ein klarer Verfassungsbruch. Dem Gleichstellungsauftrag des Grundgesetzes "Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." (Art. 3 Abs. 2 GG) folgend, werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, dass Frauen die Hälfte der Macht in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen garantiert. Die Parteien werden verpflichtet, paritätisch besetzte Listen aufzustellen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Frauen in gleicher Anzahl wie Männer auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gewählt werden können. Die Parteienfinanzierung wird an die Frauenförderung gekoppelt.

FH-DS-01-048-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 48 einfügen:

Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet. Wir nehmen es nicht länger hin, dass Menschen mit kleinen Einkommen im demokratischen Prozess weniger Gehör finden als Menschen mit höheren Einkommen. Wir wollen mehr Demokratie und deswegen werden wir neue Wege erproben, um gleiche politische Teilhabe von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten zu ermöglichen.

Begründung

Gerade in Deutschland nehmen Menschen mit höherem Einkommen und höhere Bildung wesentlich häufiger an Wahlen teil als Menschen mit kleineren Einkommen und geringerer Bildung. So verwundert es nicht, dass eine aktuelle Studie von Prof. Armin Schäfer zu dem Ergebnis kommt, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Politikänderung wesentlich höher ist, wenn die Politikänderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird. Das Prinzip „eine Person, eine Stimme“ wird ausgehebelt. Es wird Zeit neue Wege zu beschreiten, um echte politische Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen. Eine Möglichkeit wäre es, ein per Losverfahren besetztes Gremium einzuführen, welches den Gesetzgeber in einzelnen Fragen berät. Eine andere wäre ein Empowerment-Angebot in politischer Teilhabe für Langzeitarbeitslose und andere prekäre Gruppen.

FH-DS-01-048-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 48 einfügen:

Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.

Damit die Wahlbeteiligung und daraus folgend auch die Repräsentanz in den Parlamenten nicht von der sozialen Schicht abhängig bleibt, müssen die politischen Parteien direkter auf die Wähler*innen zugehen und eine verständlichere Sprache verwenden. Zudem wollen wir die Wahlbeteiligung durch mehr politische Bildung und eine Erleichterung des Wahlprozesses erhöhen, etwa durch Ausweitung der Briefwahl.

Begründung

Im kompletten Entwurf des Bundestagswahlprogrammes tauchen die Begriffe Wahlmüdigkeit und Parteienverdrossenheit nicht auf. Die Forderung nach mehr politischer Bildung findet sich lediglich in Bezug auf junge Menschen und deren Radikalisierung. Dabei muss in allen Altersgruppen mehr aufgeklärt werden.

Ebensowenig finden bislang die soziale Dimension der Wahlbeteiligung und wahltechnische Vorschläge zur Erhöhung der selbigen Erwähnung. Noch mehr als das Alter ist nämlich die soziale Schichtzugehörigkeit und Einkommenssituation ein grundlegender Faktor für den Partizipationsgrad bei Wahlen. So gehen in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Durchschnittseinkommen bis zu 50% weniger Menschen wählen, als in wohlhabenden Gegenden [1].

Dies wiederum reduziert die Repräsentativität von Wahlen.

Untersuchungen lassen darauf schließen, dass Wähler*innen und Gewählte einander schlichtweg nicht verstehen und nicht genug zuhören. In der verwendeten politischen Sprache finden sich immer weniger Menschen wieder [2]. Auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2013 konstatiert hier „ein Kommunikationsdefizit zwischen Politiker/innen und Bürger/innen“ [3].

Die Forderung nach Vereinfachung der Wahlteilnahme ist weitgehender Konsens in Deutschland. Die Ausweitung der Briefwahl hat sich andernorts als effektive Maßnahme erwiesen, so stieg die Wahlbeteiligung im US-Bundesstaat Oregon um 7-10% an, als dort die allgemeine Briefwahl eingeführt wurde [4].

[1] <http://www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf>

[2] https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_Abschied.pdf

[3] <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf>

[4] <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1540-6237.2008.00590.x/abstract>

FH-DS-01-048-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 48 einfügen:

Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.

Wie wir die Demokratisierung der EU weiter voranbringen wollen, haben wir im Europakapitel beschrieben.“

FH-DS-01-049 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Katrin Göring-Eckardt (Gotha KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 49 bis 54:

Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Sie tragen im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Freiwilliges Engagement verbindet Menschen, die sich sonst vielleicht nie treffen würden; sei es im Sport, der Flüchtlingshilfe, im Naturschutz, in der Kita, der Pflege oder in der Kultur, im Katastrophenschutz oder bei den Rettungsdiensten. Der Bedarf ist groß und das Interesse an freiwilliger Arbeit ungebrochen. Wir wollen dieses Engagement unterstützen und die bestehenden Strukturen durch die Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung, Qualifizierung und zertifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten stärken. Gleichzeitig wollen wir mehr Geld im Bundeshaushalt für Fortbildungen und Supervision bereitstellen - damit Engagement für alle ein Gewinn ist und Herausforderung nicht in Überforderung mündet! Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Engagements, die jungen Menschen neue Horizonte eröffnen. Wir wollen, dass jeder junge Mensch die Chance auf ein freiwilliges Jahr in dem Bereich seiner Wahl hat. Engagement lohnt sich überall und soll überall möglich sein. Dafür ist ein massiver Platzaufwuchs auf das Doppelte der bestehenden ca. 100.000 Freiwilligendienstplätze notwendig. Das freiwillige Jahr ist aber für viele auch eine Phase sich zu orientieren und sich auszuprobieren. Der Freiwilligendienst kann dabei wertvolle Unterstützung bieten. Dafür wollen wir neben einer qualitativen Aufwertung des begleitenden Bildungsprogramms allen Freiwilligen ein persönliches Coaching mit Angeboten zur Berufsfindung, Ausbildung und Studienplanung anbieten. Durch ehrenamtliches Engagement erworbene Kompetenzen sollen als Ausbildungs- oder Studienleistungen anerkannt werden können, dass kann ein Wartesemester oder ein bevorzugter Zugang zu Auslandssemestern oder –praktika sein. Nach dem Freiwilligendienst oder zwei Jahren regelmäßigen ehrenamtlichen Engagements neben der Schule oder Ausbildung bekommt jede/r Freiwillige/r eine Starthilfe von 3000 € für den weiteren Weg ins Leben. ~~Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zu Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Wer mitmischt und sich engagiert, trägt im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Das wollen wir Grünen fördern und für mehr gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements sorgen.~~ Angebote zum freiwilligen Engagement sollen allen gesellschaftlichen Gruppen offen stehen. Wir wollen mit gezielter Information und Ansprache dafür sorgen, dass jede/r seine Chance ergreifen kann. Denn ein Freiwilliges Jahr, an dem sich eine Vielzahl der jungen Menschen in unserem Land engagiert, schafft auch wieder Räume, Menschen mit verschiedener regionaler, kultureller und sozialer Identität zusammenzubringen. Auch

Unterstützer*innen

Stefan Göhlert (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Patrick Telligmann (Berlin-Pankow KV); Michael Merkel (Bochum KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Michael Kost (Unstrut-Hainich KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Aram Lintzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Alexander König (München KV); Peter Heilrath (München KV); Michael Hack (Wetterau KV); Gudrun Lux (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV)

FH-DS-01-051 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 51:

Es reicht von der Feuerwehr bis ~~zu~~ zur Geflüchteten- und Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis

Begründung

In den vergangenen Jahren und insbesondere seit 2015 engagiert sich ein großer Teil der Bevölkerung in der Hilfe und Unterstützung von Geflüchteten. Auch viele Grüne Mitglieder tun dies. Dem tragen wir Rechnung, wenn wir solches Engagement explizit fördern und wiederholt mit einbeziehen.

FH-DS-01-052 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 52 bis 54 einfügen:

zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt, für Natur- und Tierschutz oder für Demokratie, Menschenrechte, globale Gerechtigkeit und Inklusion bis hin zum Engagement, in der Selbsthilfe oder zum Spenden. Manchmal ist Engagement unbequem, stellt Fragen, stört Routinen, missachtet Hierarchien. Diese gewachsene vielfältige, bereichernde Kultur des Engagements ist der Kern einer lebendigen und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft. Wer mitmischt und sich engagiert, trägt im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Das wollen wir Grünen fördern und für mehr gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements sorgen und auch für staatliche Förderung, etwa durch die Möglichkeit des Spendenabzugs. Zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen einen passenden und sicheren Rechtsrahmen. Auch

Begründung

Bürgerschaftliches Engagement ist noch vielfältiger und bunter, als im Antrag beschrieben - es geht über Wohltätigkeit und soziale Dienstleistungen hinaus. Es ist oft politisches Engagement. Die Bundestagsfraktion hatte dies in ihrem Papier "Damit bürgerschaftliches Engagement grünt und sprießt" vom 9.6.2015 bereits umfassend beschrieben. Diese Definition soll hier aufgenommen werden.

Dieses selbstlose politische Engagement außerhalb von Parteien und Parlamenten wird oft übersehen und durch das Gemeinnützigkeitsrecht nicht ausreichend abgedeckt. Bürgerschaftliches Engagement findet sich in organisierten Initiativen und Vereinen wieder. Die Gemeinnützigkeit ist für viele von ihnen notwendig, um Spenden zu erhalten oder Förderungen von staatlichen oder privaten Institutionen. Attac zum Beispiel muss seit drei Jahren um seine Gemeinnützigkeit vor Gericht kämpfen. Es braucht klare und moderne rechtliche Regelungen, mindestens die Ergänzung gemeinnütziger Zwecke.

Unterstützer*innen

Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Marius Kühne (Münster KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Nabiha Ghanem (Soest KV)

FH-DS-01-059 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 59 einfügen:

verfolgen oder sie nicht vor dienst- und arbeitsrechtlichen Konsequenzen, wie Kündigung, zu schützen.

Begründung

Ein wesentlicher Grund, der Personen davon abhält, rechtswidrige Vorgänge in Unternehmen und Behörden nach außen zu tragen, ist die Befürchtung arbeits- und dienstrechtlicher Konsequenzen. Häufig folgt nach Whistleblowing die Kündigung. Wir brauchen daher – neben dem Schutz vor Strafverfolgung – auch Regelungen über die Möglichkeiten für Whistleblower, sich mit ihren Hinweisen an interne Stellen, außerbetriebliche Stellen oder Behörden oder die Öffentlichkeit zu wenden, ohne dass ihnen der Verlust ihres Arbeitsplatzes droht.

FH-DS-01-059-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 59 einfügen:

verfolgen. Deswegen wollen wir Edward Snowden politisches Asyl geben, wie es das Europäische Parlament seit zwei Jahren fordert.

Begründung

Stehen wir seit Jahren klar zu (EU wie Bund) und sollten wir weiterhin klar/ausdrücklich vertreten.

FH-DS-01-066 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Nürnberg-Stadt KV

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 66 einfügen:

Information durch Propaganda ersetzen. [Die unabhängige und neutrale Berichterstattung wollen wir Grünen über die Stärkung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausbauen.](#) Journalistinnen und Journalisten dürfen nicht unter

Begründung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbarer Bestandteil des freien, unabhängigen und neutralen Berichterstattung. Im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Rundfunkprogrammen, die sich größtenteils über Werbung finanzieren, ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk weitgehend frei von werbewirtschaftlichen Sachzwängen, die die redaktionelle Freiheit und Neutralität einschränken. Gerade in Zeiten, in denen auf der einen Seite finanzkräftige privatwirtschaftliche Lobbyverbände versuchen Nachrichten einen ihnen genehmen Spin zu geben und auf der anderen Seite antidemokratische Agitatoren versuchen mittels Verschwörungstheorien, Fake-News und Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse einen faktenfreien Raum für ihre Propaganda zu schaffen, braucht es für eine informierte Öffentlichkeit solide recherchierte, leicht und dauerhaft zugängliche Nachrichten und Informationen, auch und gerade im Internet. Nicht nur im Internet muss deshalb der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt und ausgebaut werden.

FH-DS-01-067 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 67 einfügen:

dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung überwacht und kriminalisiert werden. Auch der Informantenschutz muss

Begründung

Der Fall von Netzpolitik.Org im BND-NSA-Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass Journalisten in ihrer Tätigkeit häufig kriminalisiert werden. Bei der Definition von Straftaten muss genauer darauf geachtet werden, ob Journalistinnen und Journalisten davon betroffen sein könnten und ob das vom Gesetzgeber gewollt wird (Bestimmtheitsgebot).

FH-DS-01-069 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Liam Harrold (Hannover RV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 69 einfügen:

auch die kleinen Player ernst nimmt. Daher wollen wir gerade auch kleinen Playern die Möglichkeit geben, ihre Arbeit als gemeinnützig anerkennen zu lassen, um sie zu entlasten. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind

Begründung

Eine Änderung des § 52 der Abgabenordnung ist die Folge dieser Forderung, so dass die Förderung der Informationsbeschaffung im Rahmen von Hilfs- und Vorbereitungstätigkeiten (das heißt Recherche) zur anschließenden Herstellung eines Presserzeugnisses im Sinne des Bundesverfassungsgerichts ohne Gewinnerzielungsabsicht explizit als gemeinnützige Tätigkeit anerkannt werden kann.

Der Journalismus in Deutschland steht im Zuge des Wandels der Medienlandschaft vor großen Herausforderungen. Zunächst sahen sich die Printmedien einer immer größer werdenden Konkurrenz aus dem Online-Bereich gegenüber. Dies bringt Chancen aber auch Probleme mit sich. Mittlerweile ist in allen Mediensparten, insbesondere bei den Regional- und Lokalangeboten, die redaktionelle Vielfalt und Unabhängigkeit bedroht. Gleichzeitig entstehen neue journalistische Initiativen und Formate, insbesondere im Netz. Recherchebüros, Blogs, Stadtteilzeitungen – all diese tragen zur lokalen Medienvielfalt, Meinungsbildung und Demokratie vor Ort bei. Dies geschieht sowohl im Rahmen neuer Geschäftsmodelle als auch in Form von gemeinwohlorientiertem bürgerschaftlichem Engagement. Angesichts der sich wandelnden Medienlandschaft müssen daher Finanzierungswege jenseits der üblichen Geschäftsmodelle ermöglicht werden, um Vielfalt und Qualität in den Medien zu sichern.

Daher müssen andere innovative Finanzierungswege gefunden und unterstützt werden. Es müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden, privates und zivilgesellschaftliches Engagement zur Förderung journalistischer Arbeit zu aktivieren und zu ermöglichen.

Eine Möglichkeit ist die Anerkennung von Journalismus ohne Gewinnerzielungsabsicht als gemeinnützige Tätigkeit. Nach § 52 Abs. 1 S. 1 Abgabenordnung verfolgt eine Körperschaft gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit ohne Gewinnerzielungsabsicht darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.

Gerade in Zeiten von Fake News und alternativen Fakten liegt uns besonders die Qualität und Unabhängigkeit der Redaktionen am Herzen. Eine vielfältige und abwechslungsreiche Medienlandschaft ist Voraussetzung dafür, dass die Bürger*innen am Meinungsbildungsprozess partizipieren sowie sich über gesellschaftliche Entwicklungen informieren können. Somit trägt Journalismus zur politischen Bildung und Partizipation bei. Wo Hass und Hetze die Kommentarspalten im Internet dominieren und SocialBots zur Meinungsmanipulation eingesetzt werden muss eine vielfältige Medienlandschaft dabei unterstützt werden, weitreichende und differenzierte Recherche betreiben zu können. Des Weiteren sprechen wir uns für die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen zum Umgang mit Social Bots, Hatespeech u.ä. aus, da gerade kleinere Medieninstitutionen davon massiv profitieren würden.

Darüber hinaus kontrolliert und kommentiert die Presse das politische Geschehen und macht es so zum Gegenstand öffentlicher Diskussion. Auch dies ist öffentliche Aufgabe einer freien und unabhängigen Presse. Ein Interesse der Allgemeinheit an journalistischer Arbeit besteht demnach definitiv.

Durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit würde eine gleichberechtigte Möglichkeit der Unterstützung entstehen. Zwar gibt es bereits jetzt Möglichkeiten, dass bestimmte Arten des Journalismus unter den geltenden Regeln als Bildung und damit als gemeinnützig definiert werden können – rechtlich gesichert ist dies jedoch nicht. Dies birgt zudem die Gefahr einer regionalen Ungleichbehandlung, da bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit bisher ein weitgehender Interpretationsspielraum besteht.

Nicht nur einige wenige, sondern vor allem die vielen kleinen, unabhängigen und innovativen Angebote im lokalen und regionalen Rahmen würden durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit profitieren.

Durch die im Bereich der Gemeinnützigkeit üblichen Überprüfungen muss sichergestellt sein, dass diese Modelle nicht genutzt werden, Steuervorteile für ein mit Gewinnerzielungsabsicht verbundenes unternehmerisches Medienengagement zu schaffen und dort z.B. reguläre redaktionelle Strukturen zu ersetzen.

Mit dieser Beschlussfassung würden wir die Probleme und Chancen des Wandels der Medienlandschaft anerkennen und, zweitens, gleichzeitig solidarisch mit den vielen kleinen, häufig ehrenamtlich und schon jetzt nicht gewinnbringend arbeitenden Initiativen zeigen.

Weiterhin unterstreichen wir unsere grundsätzliche Position für eine freie, unabhängige und vielfältige Presse, wie sie vom Grundgesetz garantiert wird und einer Demokratie würdig ist. Oder wie das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Spiegel-Urteil im Jahr 1966 zu Recht festgestellt hat: eine freie und vielfältige Presse "ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich".

Größere und bekannte Beispiele für journalistische Tätigkeiten, die schon jetzt als gemeinnützig gelten (da ihnen eine besondere Bildungsaufgabe zugeschrieben wird) sind Netzpolitik.org und correctiv.org.

Spenden an solche gemeinnützigen Einrichtungen, die keine Gewinne erzielen bzw. auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet sein dürfen, wären dann ebenso steuerlich absetzbar.

Unterstützer*innen

Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Jan Seemann (Münster KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Gregor Kreuzer (Göttingen KV); Roland Panter (Hannover KV); Marc Kersten (Köln KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Jonathan Thurow (Hildesheim KV); Holger Lange (München-Land KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Robin Luge (Harz KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Tobias Bacherle (Böblingen KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV)

FH-DS-01-069-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 69 einfügen:

auch die kleinen Player ernst nimmt. Dabei setzen wir insbesondere auf Bürgermedien. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind

Begründung

Bürgermedien, also Nicht-kommerzielle Lokalradios, Offene Kanäle usw. sind wirtschaftlich unabhängig und ermuntern Bürger*Innen, sich aktiv einzubringen und über ihre Anliegen zu berichten. Sie stehen wie wenige andere Medien für Vielfalt, sind aber stetig auf politische Unterstützung, v.a. hinsichtlich ihrer Finanzierung angewiesen. Dazu wollen wir Kommunen und Länder ermuntern. Insbesondere der Anteil der Rundfunkgebühren, der in diesen Bereich fließt, muss steigen.

FH-DS-01-069-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 69 einfügen:

auch die kleinen Player ernst nimmt. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind faire und angemessene

Begründung

Darum geht es. Die Arbeitsbedingungen müssen fair und angemessen sein.

Und das sind sie oft nicht.

Das hat ganz große Auswirkungen bis hin zur Bekämpfung von Altersarbeitslosigkeit – vorrangig geht es aber um Gerechtigkeit.

Ein ganz dringendes Problem, an dessen Lösung wir hart arbeiten, wofür wir auf vielen Ebenen streiten und auch bestehende Strukturen hinterfragen. Aber eben auch eine Arbeit, für die wir sehr großen Respekt und Anerkennung seitens der Betroffenen erfahren.

Deshalb ist es mir wichtig, diese scheinbare Selbstverständlichkeit zu betonen.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-071 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 71 bis 81:

anspruchsvolles Recherchieren und Berichten erlauben. ~~Das rückwärtsgewandte Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das niemandem nützt, wollen wir so bald wie möglich wieder abschaffen. Stattdessen brauchen wir eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von Medien. Für eine unabhängige und qualitätsvolle Berichterstattung kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. Diese gilt es zu erhalten und vor Einflussnahme der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehrate oft nicht die gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein. Die Beschränkungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an dieser Stelle sind unzeitgemäß. Wir setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen Medien hinweg.~~ **Anspruchsvolle journalistische Leistung muss sich lohnen und Journalist*innen müssen an der langfristigen Wertschöpfung Ihrer Werke, besonders im digitalen Zeitalter, angemessen beteiligt werden. Dafür fordern wir eine bessere Lösung, als das jetzige Leistungsschutzrecht, welches wir weiter reformieren wollen.** Stattdessen brauchen wir eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von Medien. Für eine unabhängige und qualitätsvolle Berichterstattung kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. Diese gilt es zu erhalten und vor Einflussnahme der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehrate oft nicht die gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein. Die Beschränkungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an dieser Stelle sind unzeitgemäß. Wir setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen Medien hinweg.

Begründung

Die Forderung im Entwurf ist ohne konkrete Zielsetzung oder Maßnahme und damit eher substanzlos, sie ist zudem schlicht inhaltlich falsch. Natürlich nutzt ein Leistungsschutzrecht Jemandem, ebenso wie eine Abschaffung des LSR Anderen nutzt.

Wir sollten uns hier klar positionieren und zwar im Sinne des Gesamtkontextes der Kapitel FH- DS- 01. Und somit ganz klar auf die Seite der ausführenden, unabhängigen und freien Journalist*innen.

Deshalb sollte dieser Satz des Entwurfs, wie oben im Änderungsantrag zu finden, ersetzt werden.

Unterstützer*innen

Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Elbel (Berlin-Neukölln KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Agnes Krumwiede (Ingolstadt KV); Liam Harrold (Hannover KV)

FH-DS-01-071-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 71 bis 73:

anspruchsvolles Recherchieren und Berichten erlauben. ~~Das rückwärtsgewandte Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das niemandem nützt, wollen wir so bald wie möglich wieder abschaffen. Stattdessen brauchen wir~~ Wir brauchen eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von

Begründung

Presseverlagen kommt auch im digitalen Zeitalter eine wichtige Funktion als Garant des Qualitätsjournalismus zu. Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage sichert Ihnen einen Anspruch bei Nutzung ihrer Texte im Internet zu, namentlich gegen Google et al. Jeder Verlag kann selbst entscheiden, ob er seine Textausschnitte (Snippets) gratis zur Verfügung stellt, oder gegen Gebühr bzw. auf die Listung in Suchmaschinen mit Snippets verzichtet. Dieses Recht sollten wir ihnen nicht kategorisch nehmen, zumal eine europäische Lösung in Vorbereitung ist.

FH-DS-01-075 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 75 bis 81:

rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. ~~Diese gilt es zu erhalten und vor Einflussnahme der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehrate oft nicht die gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein. Die Beschränkungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an dieser Stelle sind unzeitgemäß. Wir setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen Medien hinweg.~~ Zur Sicherung der Medienvielfalt braucht es einen glaubhaften und unabhängigen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Deshalb muss er ohne staatliche oder kommerzielle Einflussnahme arbeiten können. Das geht nur, wenn der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk auch weiterhin über Beiträge der Allgemeinheit finanziert wird und frei von wirtschaftlichen Interessen bleibt. Daher setzen wir Grüne uns dafür ein, dass er künftig keine Werbung mehr enthält. Dafür können unsere Bürgerinnen und Bürger auch erwarten, dass sie die von ihnen finanzierten Inhalte dauerhaft im Netz abrufen können. Und wir setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen Medien hinweg ein.

Begründung

Klarer, weiter gehend und (auf Länderseite wie von der BAG vielfach geforderte) Maßnahmen eingepflegt.

FH-DS-01-076 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 76 einfügen:

der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehräte sowie die Landesmedienanstalten oft nicht die

Begründung

Landesmedienanstalten überwachen u.a. den privaten Rundfunk, kümmern sich um die Bürgermedien und sind zuständig z.B. für den Jugendmedienschutz. Ihre Gremien werden nach ähnlichen Proportionen besetzt wie die Rundfunkräte. In Sachsen-Anhalt beispielsweise ist der parlamentarische Geschäftsführer der CDU im Landtag der Vorsitzende der Versammlung, was bereits mehrfach zu Kritik und Interessenkonflikten geführt hat.

FH-DS-01-077 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 77 einfügen:

gesellschaftliche, religiöse, kulturelle und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen

Begründung

Fehlt einfach ;-)

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover RV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV)

FH-DS-01-077-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 77 einfügen:

gesellschaftliche, religiöse, kulturelle und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen

Begründung

Die kulturelle Pluralität ist ein wertvolles Gut in unserer Gesellschaft und darf in dieser Aufzählung nicht unerwähnt bleiben.

FH-DS-01-078 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 78 einfügen:

wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein und die Kreativen dafür angemessen vergütet werden. Die

Begründung

Eine wichtige Ergänzung.

Soviel ich weiss auch unumstritten bei uns.

Die Kreativen leben (ohnehin schlecht) davon. Da kann es nicht sein, dass wir Änderungen zu ihren Ungunsten fordern. Es gibt auch unter den Kreativen niemanden, der etwas gegen eine längere Abrufbarkeit hat – solange er dafür etwas bekommt. Und wer das durchschnittliche Einkommen der Künstler*innen und Kreativen kennt – für die meisten deutlich unter dem "Mindestlohn" – und die Abhängigkeitsverhältnisse zu den Sendern und Plattformen – der versteht das auch.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

FH-DS-01-081 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 81 einfügen:

Medien hinweg. Falschmeldungen und ähnlichen Phänomenen begegnen wir mit den Mitteln der medienrechtlichen Aufsicht und einer zeitgemäßen Ausstattung der Aufsichtsbehörden.

Begründung

Ein Teil der Fake-News-Problematik lässt sich mit den Mitteln des Jugendmedienschutzes bereits heute bekämpfen. Dazu werden und wurden in der letzten Zeit etliche Verfahren gestartet und teilweise bereits zu Ende geführt. Gerade auf Betreiberebene ist dies eine Motivation, dagegen vorzugehen. Und auch das Signal, dass dagegen vorgegangen wird, kommt an und führt seit einiger Zeit bereits zu Absetzbewegungen auf ausländische Server. Diese im Ergebnis juristischen Auseinandersetzungen sind aufwendig und benötigen viel Know-How sowie Woman- und Manpower. Dies ist in den Aufsichtsgremien aber in der Regel bereits ausgelastet und benötigt dringend Unterstützung.

FH-DS-01-081-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 81 einfügen:

Medien hinweg. Millionen Menschen in unserem Land spielen Computerspiele, auf dem Smartphone, der Konsole oder auf dem PC. Wir wollen die Computerspielekultur weiter stärken, und uns dafür einsetzen, dass E-Sport als Sportart anerkannt wird.

Begründung

Gaming/E-Sport als wichtiger Aspekt neuer (digitaler/medialer) Kultur fehlte.

FH-DS-01-081-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 81:

Medien hinweg- und für eine aktive Stärkung der Medienkompetenz aller Altersgruppen.

Begründung

Medienkompetenz ist keine Frage des Alters - aber das Fehlen von Medienkompetenz schon.

Wir müssen insbesondere bei Erwachsenen und da bei Senior*innen die Medienkompetenz fördern.
Stichwort "Enkeltrick".

Bitte stimmt mir deshalb zu ;-)

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-082 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Peter Heilrath (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 82 einfügen:

Wir wollen Kultur in ihrer Vielfalt fördern [als Titel für ein neues ausgeliedertes Unterkapitel FH-KU-01]

Begründung

Kultur braucht in unserem Bundestagswahlprogramm einen breiteren Raum und ein eigenes Unterkapitel mit eigenen drei Kernforderungen. Einmal, weil Kultur eine der zentralen Triebfedern für gesellschaftliche Entwicklungen ist, zum anderen, weil wir durch unsere Unterstützung auch der breiten Schicht an grünen Wählern bei den Kulturschaffenden gerecht werden müssen.

Unterstützer*innen

Arne Brach (München KV); Joe Högl (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Udo Philipp (München KV); Harald Schmitt (München KV); Andreas Baier (München KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Stefan Hintsche (München KV); Wolfgang Leitner (München KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Martin Scheuring (München KV); Benoît Blaser (München KV); Matthias Linnemann (Ebersberg KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Stefanie König (Rosenheim KV); Konstantin Götschel (München KV); Philip Montasser (München KV); Hildegard Wiegele (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Sachindra Suri (München KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Heidi Schiller (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Tina Winklmann (Schwandorf KV); Constanze Kobell (München KV); Michael Hack (Wetterau KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Doris Wagner (München KV)

FH-DS-01-083 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 83:

Kultur ist für Hinter unserer starken Gesellschaft steht eine lebendige Demokratie unverzichtbar vielfältige Kultur. Sie ist oft provozierend, hält der

Begründung

Jede Gesellschaft ist das Produkt ihrer Kultur.

Kultur ist das Gegenteil von Natur. Wenn wir zusammen leben und uns Regeln geben, wie wir miteinander umgehen, dann nennen wir das "Kultur". Unsere Kultur hat im Laufe der Zeit unsere Demokratische Ordnung, unsere jetzige Gesellschaftsform hervorgebracht. = Unsere vielfältige Kultur ist die Basis unserer Gesellschaft.

Der ursprüngliche Satz liest sich entweder als zu banal oder zu bedrohlich. Banal für alle Kulturschaffenden. Bedrohlich für alle, die Angst vor "Multikulti" haben und ernsthaft glauben, zuwandernde Muslime würden unsere Gesellschaft in eine muslimische umdrehen. Er wird keine Wähler*innen gewinnen, deshalb plädiere ich für eine Umformulierung...

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkius (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Stefanie Könecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV)

FH-DS-01-083-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 83 bis 84:

Kultur ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. ~~Sie ist oft provozierend, hält der Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen.~~ Unsere Demokratie ist eine kulturelle Errungenschaft, welche die kulturelle Vielfalt unserer Bevölkerung und unsere lange Geschichte widerspiegelt.. Kultur kann in

Begründung

Diese Eigenschaften/Qualitäten schreibt man der KUNST zu, nicht der Kultur. An dieser Stelle falsch, wir beschreiben hier unsere Kultur, unser Kulturverständnis.

Natürlich soll, darf, kann, muss, wird... **KUNST** uns provozieren, bereichern, langweilen, aufregen, erregen, abtörnen... alles richtig. Hat aber nur dahingehend etwas mit **KULTUR** zu tun, dass unsere Kultur Kunst zulässt. Der Kunst Freiheiten einräumt. Die Freiheit der Kunst ist kein Naturgesetz, sondern eine gesellschaftliche Entscheidung, eine kulturelle Errungenschaft.

Auch bei uns wird Kunst eingeschränkt – z.B. Hakenkreuze künstlerisch einzusetzen löst immer (und das ist gut so!) eine sofortige Debatte aus – aber unsere Kultur bietet der Kunst so viele Freiräume wie in wenigen Gesellschaften. Und davon profitieren wir als Gesellschaft. Deshalb ist der ursprüngliche Satz auch inhaltlich nicht falsch, aber er ist hier im falschen Kontext. (und es liegt ihm das klassische Missverständnis, Kunst = Kultur zugrunde).

Ich plädiere für eine Verwendung des ursprünglichen Satzes weiter unten im Text. Stattdessen schlage ich einen erklärenden zweiten Satz zu dem ersten Satz dieses Kulturteils vor.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

FH-DS-01-083-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Tobias Bacherle (Böblingen KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 83 bis 84:

Kultur ~~ist~~und Kunst ~~sind~~ für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Sie ~~ist~~~~sind~~ oft provozierend, ~~hält~~~~halten~~ der Gesellschaft den Spiegel vor und bietet~~n~~ Raum für neue Ideen und Visionen. Kunst und Kultur ~~kann~~können in

Begründung

Der Abschnitt führt in die Kulturpolitik ein. Der BV bezieht sich hierbei auf Kunst- und Kulturschaffende und weniger auf eine politische, demokratische Kultur in alltäglichen Interaktionen. Diese wird deutlicher, wenn beide Themenfelder gemeinsam genannt werden.

Unterstützer*innen

Sanja Jäger (Böblingen KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Lena Christin Schwelling (Ulm KV); Hermann Josef Brem (München KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Liam Harrold (Hannover RV); Matthias Ernst (Straubing-Bogen KV); Alexandra Gierlinger (Rosenheim KV); Martin Preiss (Böblingen KV); Armin Bernsee (Frankfurt KV); Charlotte Obermeier (Berlin-Kreisfrei KV); Lea Elsemüller (Tübingen KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Niklas Wagener (Aschaffenburg-Stadt KV); Danyal Bayaz (Heidelberg KV); Jan Otto (Freiburg KV)

FH-DS-01-083-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 83 bis 87:

Kultur ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. ~~Sie ist oft provozierend, hält der Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen. Kultur kann in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche aber auch Orientierung und ein Gefühl von Zugehörigkeit geben. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sie Freiräume ermöglicht und schützt. Wir verstehen Kultur umfassend und nicht produktbasiert. Kultur ist weit mehr als das, was die Kulturschaffenden schaffen. In einer offenen Gesellschaft ist Kultur in ständiger Bewegung und Veränderung. Der Gedanke einer rückwärtsgewandten und ausgrenzenden Leitkultur steht einer modernen Gesellschaft entgegen. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt vom lebendigen Austausch der Kulturen und ermöglicht und schützt Freiräume für die Kunst . Kunst ist oft provozierend, hält der Gesellschaft den Spiegel vor und schafft neue Ideen und Visionen.~~Wir Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie dürfen weder

Begründung

Im bisherigen Antragstext sind die Begriffe Kultur und Kunst nahezu synonym verwandt. wir stehen für einen umfassenden Kulturbegriff, für Veränderung und Austausch verschiedener Kulturen in unserer Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Friederike Landau (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Britta Byszio (Berlin-Spandau KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

FH-DS-01-084 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Peter Heilrath (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 84:

Gesellschaft den Spiegel vor ~~und~~, bietet Raum für neue Ideen und Visionen und ist Antrieb für gesellschaftliche Entwicklungen. Kultur kann in

Begründung

Kultur braucht in unserem Bundestagswahlprogramm einen breiteren Raum und ein eigenes Unterkapitel mit eigenen drei Kernforderungen. Einmal, weil Kultur eine der zentralen Triebfedern für gesellschaftliche Entwicklungen ist, zum anderen, weil wir durch unsere Unterstützung auch der breiten Schicht an grünen Wählern bei den Kulturschaffenden gerecht werden müssen.

Unterstützer*innen

Arne Brach (München KV); Joe Högl (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sophie Harper (München KV); Udo Philipp (München KV); Harald Schmitt (München KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Stefan Hintsche (München KV); Wolfgang Leitner (München KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Martin Scheuring (München KV); Benoît Blaser (München KV); Matthias Linnemann (Ebersberg KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Stefanie König (Rosenheim KV); Konstantin Götschel (München KV); Philip Montasser (München KV); Hildegard Wiegele (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Sachindra Suri (München KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Heidi Schiller (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Constanze Kobell (München KV); Michael Hack (Wetterau KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Doris Wagner (München KV)

FH-DS-01-084-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 84 bis 86 löschen:

Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen. ~~Kultur kann in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche aber auch Orientierung und ein Gefühl von Zugehörigkeit geben.~~ Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sie Freiräume ermöglicht

Begründung

Dieser Satz ist missverständlich: Es gibt nicht DIE Kultur oder gar Leitkultur, die Orientierung vorgibt oder Zugehörigkeit definiert. Er steht damit auch im Widerspruch zu andern Aussagen der Passage über die (Zweck-)Freiheit von Kunst und Kultur.

FH-DS-01-084-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 84 bis 86:

Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen. Kultur ~~kann-~~ also die Art wie wir miteinander umgehen – definiert unsere Identität und gibt uns auch in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche ~~aber auch~~ Halt, Orientierung und ~~ein-Gefühl~~ das Gefühl von Zugehörigkeit ~~geben~~. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sie Freiräume ermöglicht

Begründung

Der ursprüngliche Satz war inhaltlich völlig richtig, aber meiner Ansicht nach zu negativ/konjunktiv formuliert. Daher mein (fast schon redaktioneller) Änderungsvorschlag.

Mir ist es wichtig, dass der Text lesbar bleibt, konkret wird und hoffentlich auch ein bisschen hilft unsere Bündnis90/Grüne Kultur miteinander umzugehen zu vermitteln. Es soll also nicht "oberlehrerhaft" sondern erläuternd wirken :-)

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Anja Wedig (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-086 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 86 bis 87:

geben. ~~Eine offene und demokratische~~ Nur wenn eine Gesellschaft ~~lebt davon, dass sie~~ kulturelle Freiräume ermöglicht und schützt kann sie eine freie, offene Demokratie sein. Wir Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie dürfen weder

Begründung

Auch hier ist der ursprüngliche Satz korrekt. Ich würde ihn aber sehr gerne leicht schärfen..., auch wenn es etwas pathetisch klingt.

Der Schutz von gedanklichen und physischen Freiräumen und Kulturorten ist zu wichtig und (vielleicht gerade besonders aus Berliner Sicht) aktuell. Es ist eine kulturelle Vereinbarung, die wir miteinander ausgehandelt und dann getroffen haben, diese Freiräume zu wollen.

Diese Freiräume sind auch nicht fixiert, nein, diese Aushandlungsprozesse sind aktuell, egal ob wir an den NSA-Ausschuss im Bundestag denken oder die Arbeit in den Kulturgremien der Bezirke und Kreise – diese Aushandlungsprozesse sind aktive Kulturpolitik, sind unser täglich Brot.

Unterstützer*innen

Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-087 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 87 bis 88:

und schützt. Wir Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur. ~~Sie dürfen weder staatlich bevormundet noch ökonomisch vereinnahmt werden~~ Die Unabhängigkeit der Kultur von staatlicher Bevormundung ist für uns selbstverständlich. Kunst hat keinen moralischen

Begründung

In dem ursprünglichen Satz stecken zwei verschiedene Forderungen:

Unabhängigkeit von staatlicher Einmischung - das betrifft insbesondere Medien, abhängige (geförderte) Kultureinrichtungen und Kulturschaffende. Unabhängigkeit ist hier meiner Meinung nach schon weitgehend Normalität, teilweise sicher zu kritisieren, teilweise schwer zu ändern (Förderpolitik) - auf jeden Fall sehr komplex.

Und ein etwas diffuserer Appell **gegen die Ökonomische Vereinnahmung von Kunst und Kultur** – das ist hier zu verkürzt und undifferenziert formuliert, um verstanden zu werden. Was ist gemeint?? Kunsthandel / Kreativwirtschaft / Youtube...

Ich schlage vor den zweiten Aspekt hier zu streichen und im nächsten Satz zu behandeln.

Unterstützer*innen

Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-087-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 87:

und schützt. Wir ~~Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst~~Grüne werden Kulturrorte und Kulturgedankliche Freiräume schaffen, bewahren und fördern. Sie dürfen weder

Begründung

Ich würde an dieser Stelle gerne eine konkrete Absichtserklärung setzen. Genau das (Schaffen und Schützen von Freiräumen und Kulturrorten) ist unser täglich Brot als Grüne Kulturpolitiker*innen.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Anja Wedig (Bremen-Mitte KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Friederike Landau (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Otto (Berlin-Pankow KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

FH-DS-01-088 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 88 bis 89:

staatlich bevormundet noch ökonomisch vereinnahmt werden. Innerhalb dieser Freiräume kann Kunst ~~hat keinen moralischen Auftrag zu~~ entstehen, Kunst die keine moralische oder ökonomische Aufgabe erfüllen muss, uns aber oft den Spiegel vorhält. Künstler*innen sind die Vordenker*innen, ihre Ideen und ~~muss sich nicht rechnen, um gute Kunst zu sein~~ Visionen, aber auch ihre Kritik, bringen unsere Gesellschaft weiter.

Begründung

Jetzt sind wir plötzlich bei der Kunst (und es schimmert wieder die Verwirrung Kunst - Kultur mit durch), da bedarf es eines Übergangs – an dieser Stelle könnte der ursprüngliche Satz aus Zeilen 83- 84 inhaltlich passen, wenn ich ihn auch etwas umformulieren möchte –

Wir sollten uns hüten, den Begriff "gute Kunst" zu verwenden. Das ist anmaßend, falsch und deplaziert. Als Partei, Politik, Personen ist es uns nicht möglich über die Qualität von Kunst zu urteilen. Wir können die Qualität von kulturellen Angeboten einschätzen, aber nicht urteilen.

Unterstützer*innen

Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-089 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Peter Heilrath (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 89 einfügen:

Auftrag zu erfüllen und muss sich nicht rechnen, um gute Kunst zu sein.

Das heißt, dass wir das Schaffen von Kultur fördern, die Kulturschaffenden unterstützen und die Rechte an geschaffener Kultur schützen wollen.

Künstler- und Kulturschaffende brauchen eine stabile soziale Absicherung. Deswegen treten für sowohl für den Erhalt der Künstlersozialkasse, als auch für eine Weiterentwicklung des Projekts Bürgerversicherung als solidarische und verlässliche Sozialversicherungen für alle ein.

Wir treten dafür ein, dass kulturelle Teilhabe gesichert und kulturelle Bildung gestärkt wird. Gleichzeitig müssen die Menschen schon in der Schule an die kritische Auseinandersetzung mit Medien und Kultur herangeführt werden.

Öffentliche Kulturförderung ist für uns ein entscheidender Träger kultureller Entwicklungsmöglichkeiten. Sie schafft den Gegenpol zur Ökonomisierung von Kulturproduktion- und Vermarktung. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen Ihre kulturellen Förderaufgaben erfüllen können, um kulturelle Vielfalt zu sichern und auszubauen, sei es bei der bildenden Kunst, der Musik, der Literatur oder der darstellenden Kunst.

Wir unterstützen die breite gefächerte Filmlandschaft in Deutschland. Dabei wollen wir insbesondere die Urheber im Verhältnis zu den Verwertern stärken, neue Finanzierungsstrukturen auch abseits der Fernsehbeiträge ermöglichen und sicherstellen, dass auch neue digitale Verwertungswege den Kulturschaffenden und Künstlern zugutekommen.

Begründung

Kultur braucht in unserem Bundestagswahlprogramm einen breiteren Raum und ein eigenes Unterkapitel mit eigenen drei Kernforderungen. Einmal, weil Kultur eine der zentralen Triebfedern für gesellschaftliche Entwicklungen ist, zum anderen, weil wir durch unsere Unterstützung auch der breiten Schicht an grünen Wählern bei den Kulturschaffenden gerecht werden müssen.

Unterstützer*innen

Joe Högl (München KV); Udo Philipp (München KV); Harald Schmitt (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Wolfgang Leitner (München KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Martin Scheuring (München KV); Matthias Linnemann (Ebersberg KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Stefanie König (Rosenheim KV); Philip Montasser (München KV); Hildegard Wiegele (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Sachindra Suri (München KV); Konstantin Götschel (München KV); Benoît Blaser (München KV); Arne Brach (München KV); Uwe Kranenpohl

(München KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Anais Schuster Brandis (München KV); Heidi Schiller (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Constanze Kobell (München KV); Michael Hack (Wetterau KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Angela Wilson (München KV)

FH-DS-01-089-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 89 einfügen:

„Kultur ist gemeinsames Gut. Um es zu bewahren und neu zu bereichern bedarf es der Aktivitäten öffentlicher Institutionen genauso wie des privaten Engagements. Unsere Kulturpolitik präsentiert sich zentral und dezentral, partizipatorisch und transparent. Wir stehen für eine Vielfalt von Kultur. Um sie zu stärken, empfehlen wir eine Kulturförderung, die sich auf Innovation, Teilhabe und Qualität konzentriert.“

Begründung

Begründung: Uns ist wichtig, die Beschreibung von Kultur und hier Kulturpolitik noch man genauer zu beschreiben. Und immer auch wieder die Bandbreite der unterschiedlichen Institutionen benennen.

Unterstützer*innen

Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Liam Harrold (Hannover RV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-089-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 89 einfügen:

Auftrag zu erfüllen und muss sich nicht rechnen, um gute Kunst zu sein. Um Künstler*innen diese Unabhängigkeit zu ermöglichen, werden wir dafür sorgen, dass sie besser in unsere Sozialversicherungssysteme eingebunden, fair honoriert und in ihren Rechten geschützt werden. Wir wollen Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen, eine starke und offene Absicherung durch eine reformierte Künstlersozialkasse und angemessene Vergütung für Urheber*innen.

Begründung

Wenn wir das ernst meinen – das mit der Unabhängigkeit der Kunst von Staat und Wirtschaft – dann sollten wir den Künstler*innen auch sagen, wie wir das bewerkstelligen wollen. Und das passt ganz gut hier hin. Mir fehlen im Programm die konkreten Aussagen, warum man uns Grüne wählen sollte, was wir besser machen als die Anderen. Es entspricht zwar ein wenig dem Schlüsselprojekt der Soloselbstständigen, aber da die Künstler*innen eher nur diesen Teil lesen werden, sollten wir es unbedingt hier erwähnen.

Und – jetzt wird es etwas persönlich – uns auf keinen Fall wegen der Länge des Wahlprogrammes oder formalen Regeln (sind eh nur kulturelle Vereinbarungen ;-)) unter Druck setzen lassen. Es ist meiner Meinung nach nicht nur unverschämt und anmaßend den Kulturteil so klein halten zu wollen, es widerspricht auch allen Ergebnissen des Wahlprogrammprozesses (Konvent...) und zeugt von Kulturlosigkeit.

Genau genommen wäre es ziemlich dumm. Es erweckt den Eindruck, B90/Grüne wüssten nicht was Kultur ist und würden Kunst mit Deko verwechseln, und Kunst mit Kultur sowieso.

Unterstützer*innen

Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover KV)

FH-DS-01-089-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Konstantin Götschel (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 89 einfügen:

Das heißt, dass wir das Schaffen von Kultur fördern, die Kulturschaffenden unterstützen und die Rechte an geschaffener Kultur schützen wollen.

Künstler- und Kulturschaffende brauchen eine stabile soziale Absicherung. Deswegen treten wir sowohl für den Erhalt der Künstlersozialkasse als auch für eine Weiterentwicklung des Projekts Bürgerversicherung als solidarische und verlässliche Sozialversicherungen für alle ein.

Wir treten dafür ein, dass kulturelle Teilhabe gesichert und kulturelle Bildung gestärkt wird. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein – unabhängig von Ausbildung und Einkommen. Deshalb müssen die Menschen schon in der Schule an die kritische Auseinandersetzung mit Medien und Kultur herangeführt werden.

Öffentliche Kulturförderung ist für uns ein entscheidender Träger kultureller Entwicklungsmöglichkeiten. Sie schafft den Gegenpol zur Ökonomisierung von Kulturproduktion und -vermarktung. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre kulturellen Förderaufgaben erfüllen können, um kulturelle Vielfalt zu sichern und auszubauen, sei es bei der bildenden Kunst, der Musik, der Literatur oder der darstellenden Kunst.

Wir unterstützen die breit gefächerte Kulturlandschaft in Deutschland. Die auch wirtschaftliche Unabhängigkeit von Kunst und Wissenschaft muss gewährleistet werden, etwa durch die Schaffung neuer Finanzierungsstrukturen für den deutschen Film auch abseits der Fernsehbeiträge, durch die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf sämtliche Güter kultureller Produktion oder den Ausbau der Förderung von Stadttheatern und freier Szene. Wir wollen sicherstellen, dass Urheber und Verwerter zum beiderseitigen Nutzen zusammenwirken, dass öffentlich finanzierte Kunst und Forschung nicht zuvörderst von privaten Unternehmen kommerzialisiert werden und dass auch neue digitale Verwertungswege den Kulturschaffenden und Künstlern zugutekommen.

Begründung

Begründung: Kultur ist ein zentrales Feld der gegenwärtigen Auseinandersetzung über den Charakter der deutschen Gesellschaft. Eine freie und vielfältige Kultur ist der Garant der offenen und inklusiven Gesellschaft. Sie sollte im Bundestagswahlprogramm deshalb mit einem eigenen Unterkapitel vertreten sein, das auf Partizipation und Ausbau der öffentlichen Förderung zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Kunst und Wissenschaft abhebt.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Michael Dietzmann (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Uwe Kranenpohl (München KV); Anais Schuster Brandis (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Heidi Schiller (München KV); Anne Kathrin

Werenskiold (München KV); Joe Högl (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Harald Schmitt (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Arne Brach (München KV); Angela Wilson (München KV); Martin Scheuring (München KV); Marcus Kaiser (München KV)

FH-DS-01-089-5 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 89 einfügen:

Unser Filmerbe durch Digitalisierung sowie durch Konservierung von Zelluloidmaterial zu sichern und zugänglich zu machen ist eine zentrale Aufgabe unserer Kulturpolitik, die wir finanziell und institutionell endlich angemessen fördern wollen

Begründung

Das Filmerbe ist ein essenzieller Bestandteil unseres kulturellen Erbes. Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten ist Deutschland bei der Digitalisierung und Sicherung des Materials weit hinten dran. Das ist ein wichtiger kulturpolitischer Akzent, weil die Bundesregierung hier nicht entscheidend vorangekommen ist.

Unterstützer*innen

Michael Hack (Wetterau KV); Peter Heilrath (München KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Aram Lintzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Doris Wagner (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV); Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV)

FH-DS-01-089-6 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Andreas Otto (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 89 bis 95:

Unser Umgang mit Geschichte prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft. Die Erinnerung an die Shoa als singuläres Menschheitsverbrechen bleibt in diesem Zusammenhang unsere höchste Verpflichtung. Die aktuellen rechtsautoritären Tendenzen verdeutlichen die Notwendigkeit, Entstehung und Wirken der nationalsozialistischen Terrorherrschaft im öffentlichen Bewusstsein präsent zu halten. Auch die gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Hilfe für deren Opfer und Benachteiligte ist für Bündnis 90/Die Grünen weiterhin ein großes Anliegen. Mit der Unterstützung von Kultur- und Bildungsprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in der jede fünfte Einwohner*in eine Migrationsgeschichte hat, fördern. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen. ~~Unser Umgang mit Geschichte, insbesondere der Shoa, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft fördern. Jede fünfte Einwohner*in in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen.~~ -Kultur entsteht nicht

Begründung

Der Umgang mit Geschichte ist allgemein ein wichtiges Anliegen, unabhängig davon, um welche Epoche es jeweils geht. Die Erinnerung an die Shoa ist aber angesichts ihrer Einzigartigkeit von so zentraler Bedeutung, dass dies angemessen formuliert werden soll. Wir müssen uns aber auch mit der Vorgeschichte und der Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus als Diktatur beschäftigen, um Lehren für Gegenwart und Zukunft daraus zu ziehen.

Ohne dass es eine Gleichsetzung geben darf, ist die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als prägende zeitgeschichtliche Phase unbedingt zu berücksichtigen. Auch 27 Jahre nach der friedlichen Revolution spüren Haftopfer oder beruflich Benachteiligte negative Folgen. Die Verlängerung der Rehabilitierungsgesetze, die 2019 auslaufen, und Entscheidungen über die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde sind konkrete Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode.

Im ganzen Zusammenhang der Erinnerungskultur sollten Bildung und Forschung als wichtige Aufgaben Erwähnung finden.

Unterstützer*innen

Heide Schinowsky (Potsdam KV); Katja Meier (Meißen KV); Claudia Maicher (Leipzig KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Axel Vogel (Barnim KV); Ronald Wenke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Achim Wesjohann (Dresden KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV);

Petra Weißflog (Cottbus KV); Silke Gebel (Berlin-Mitte KV); Susan Sziborra-Seidlitz (Harz KV); Christian Franke (Altmarkkreis Salzwedel KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Volkmar Zschocke (Chemnitz KV); Antje Kapek (Friedrichshain-Kreuzberg KV); Ramona Pop (Berlin-Mitte KV); Fatoş Topaç (Friedrichshain-Kreuzberg KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV)

FH-DS-01-090 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 90 bis 91:

~~Unser Umgang mit Geschichte, insbesondere der Shoa, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft.~~ Auch unsere Geschichte beinhaltet Kriege, Unterdrückung, Völkermord und Raubzüge. Das können wir leider nicht mehr ändern. Aber wir haben daraus gelernt und eine friedlichere Gesellschaft aufgebaut. Das Wissen um die Gräueltaten, die Verbrechen die begangen wurden, weiterzugeben hilft, die Zukunft gewaltfreier zu gestalten. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von

Begründung

Ich finde den ursprünglichen Satz ein bisschen sehr platt und eindimensional formuliert. Ich bin mir nicht einmal sicher, dass die Mehrheit der (wenigen) Leser*innen wissen, was wir mit "Shoa" meinen.

Deshalb dieser Vorschlag.

Eigentlich greift er viel zu kurz, es fehlen Ideen, konkrete Vorschläge, was wir dahingehend machen werden etc... aber vielleicht können wir das an andere Stelle ausgleichen.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkius (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

FH-DS-01-091 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 91 bis 93:

und Zukunft. ~~Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von Gedenkstätten und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch in der Einwanderungsgesellschaft fördern.~~ Es ist Teil unseres Kulturverständnisses, dass wir dieses Wissen der gesamten Bevölkerung zugänglich machen. Mit einer auskömmlich finanzierten Erinnerungskultur, in Gedenkstätten und Archiven, lebenslanger Bildungsarbeit und regionalen, nationalen wie internationalen Kulturprojekten. Jede fünfte Einwohner*in in Deutschland hat eine

Begründung

Ich würde weder einen Fonds für interkulturelle Arbeit fordern (da gibt es schon verschiedene Ansätze – und wir haben auch schon ziemlich viele Fonds) – der bedeutet erst einmal noch mehr Bürokratie und es lässt sich ganzheitliche Inklusionsarbeit, die als Querschnittsaufgabe überall geleistet werden sollte, prima dorthin abschieben – noch die Einwanderungsgesellschaft benennen.

Das ist populistisch und gefährlich, da wir damit scheinbar differenzieren zwischen einer "Einwanderungsgesellschaft" und einer anderen (biodeutschen??) Gesellschaft. Quatsch. Wir sind eine Gesellschaft - und die ist eine Einwanderungsgesellschaft, schon sehr, sehr lange.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-091-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 91 einfügen:

und Zukunft. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und eine kritische Perspektive auf den Umgang mit dieser Vergangenheit bieten für uns die Grundlage für unseren heutigen Einsatz gegen rechtes Gedankengut. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von

FH-DS-01-093 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 93 bis 94 löschen:

in der Einwanderungsgesellschaft fördern. ~~Jede fünfte Einwohner*in in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte.~~ Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in

Begründung

Weglassen oder total umformulieren.

Was soll der Satz bewirken?? 20% versus 80%?

Meiner Ansicht nach schürt der Satz Vorurteile und bietet Raum für nationalistische Gedanken.

Und er ist sicher widerlegbar - wie lautet denn die Definition? Was ist mit den Bayern und Schwaben in Berlin? ;-) Kleiner Scherz, musste jetzt einfach mal sein. O.K. ---- E N T S C H U L D I G U N G !!

Aber ich bleibe bei meinem Antrag den Satz zu streichen!

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Treppe (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover RV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

FH-DS-01-094 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 94 bis 95 löschen:

Migrationsgeschichte. ~~Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen.~~ Kultur entsteht nicht

Begründung

Bitte entschuldigt, aber ich finde diesen Satz ganz schrecklich.

Betroffenheitsrhetorik. Überkomplexität.

Viel zu verdichtet und kompliziert. „..neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen“

Oh my god! Wir sollen uns also:

- 1.- neue Formen der Erinnerungskultur ausdenken,
- 2.- dadurch Trennendes identifizieren,
- 3.- über das in der Vergangenheit Trennende dann einen Dialog führen, in dem
- 4.- wir gemeinsame Werten finden sollen, die
- 5.- uns dann verbinden ?!

Das ist eine schöne Dissertationsaufgabe und inhaltlich sicher richtig und sicher auch gut gemeint – aber so ein Satz verursacht in einem Wahlprogramm Verwirrung und setzt uns zu Recht dem Vorwurf von Abgehobenheit und Belehrungsversuchen aus.

Ersatzlos streichen = WEGLASSEN !

Unterstützer*innen

Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Anja Wedig (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-095 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 95 bis 96:

den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen. ~~Kultur entsteht nicht~~ Deutschlands kultureller Reichtum hat sich schon immer durch ~~Abschottung, sondern im~~ Austausch mit anderen und Öffnung entwickelt. Abschottung lässt jede kulturelle Entwicklung verkümmern. Wir Grünen widersetzen uns deswegen

Begründung

Falsch.

Kultur entsteht nicht auf Basis einer Gesellschaft – das ist genau das falsche Grundverständnis von Kultur.

Eine Gesellschaft entsteht.

Kultur ist immer da, wenn Menschen da sind. Kultur ist das Gegenteil von Natur – so ist nun einmal die Definition.

Der Grundgedanke hinter dem ursprünglichen Satz (vermute ich) ist super, ich würde ihn aber so formulieren wollen wie ich es oben vorgeschlagen habe – und ich habe null Probleme damit das Wort Deutschland zu verwenden.

1.- Gestehe Ich den Populisten und Idioten doch nicht die Deutungshoheit über Begriffe wie Deutschland oder Heimat zu.

2.- Es ist nunmal die Bundestagswahl.

Unterstützer*innen

Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-096 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 96 bis 97:

durch Abschottung, sondern im Austausch mit anderen. ~~Wir Grünen widersetzen uns deswegen allen Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen. In~~
In der Kultur darf es keine

Begründung

Warum muss hier eine negative Beschreibung her für ein Thema, die in der kulturpolitischen Diskussion kaum eine Rolle spielt. Wer diskutiert die „Leitkultur“. Wir haben und wollen vorher doch positiv bestimmen, wie wir Kultur verstehen..

Unterstützer*innen

Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Liam Harrold (Hannover RV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-096-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 96 bis 97:

durch Abschottung, sondern im Austausch mit anderen. Wir ~~Grünen-widersetzenwollen~~ uns ~~deswegen~~ ~~allen-Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen~~ weiter einer globalisierten Welt öffnen und gemeinsam mit den europäischen Partnern unseren demokratischen Kontinent stärken. In der Kultur darf es keine

Begründung

Bitte nicht schreiben!

Damit erkennen wir die Möglichkeit der Existenz einer "Leitkultur" an.

Mit allen Folgen. Das ist ein Kampfbegriff der Konservativen, mit denen sie diffuse Ängste schüren. Auch und gerade gegen uns. Von wegen wir verbieten den Deutschen die Bratwürstchen...

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover RV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Anja Wedig (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-097 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 97 bis 99:

allen Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen. ~~In der Kultur darf es keine Grenzen geben, die im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“ darüber bestimmen, wer dazugehört und wer nicht.~~ Unsere gesamte Bevölkerung soll teilhaben und unsere Kultur mit gestalten. Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen in Zusammenarbeit mit

Begründung

„DER BEVÖLKERUNG“

Ich mag einfach das Kunstwerk im Bundestag ;-)

Da hat der Künstler Hans Haacke ganz einfach ausgedrückt, worum es geht. Nicht um das **Deutsche Volk**, sondern um **Die Bevölkerung**.

<http://www.derbevoelkerung.de>

Es gibt in unserer Gesellschaft ganz viele Ausgrenzungen, auch in der Kultur. Wir arbeiten dagegen, aber das ist langwierig, setzt Bewusstseinswandel und Lernprozesse voraus. Im Kulturbereich sind wir da eher schon sehr, sehr weit gekommen. Ja, es mag sein, dass es in den Führungsetagen noch zu wenige Männer gibt. Aber es gibt jetzt schon eine hohe Diversität – und das ist gut so.

Worum es uns aber geht, ist die Inklusion Aller. Zugang, Teilhabe und Transparenz.

Wenn das hier schon verkürzt werden muss, dann bitte nicht so eingegrenzt und platt.

Alleine schon der Satzteil: ...im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“... beinhaltet zu viele Fallstricke. Damit bestätigen wir doch schon die Existenz dieser „kulturellen Identität“, ja die Existenz verschiedener kultureller Identitäten, indem wir drüber reden. Finde ich falsch. Spielt den Populisten in die Hände. Sollten wir genausowenig schreiben wie „Leitkultur“.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Hodonyi (Bremen-Mitte KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Anja Wedig (Bremen-Mitte KV)

FH-DS-01-099 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 99 bis 100:

dazugehört und wer nicht. ~~Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen in Zusammenarbeit mit freien Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen besser ausstatten.~~

Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen und anderen Einrichtungen stärken. Dazu muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden

Begründung

Wir sollten nicht die Verbindung zwischen freien Kulturschaffenden und der kulturellen Bildung herstellen. Wir reden immer wieder von der Zweckfreiheit von Kunst und Kultur. Sicherlich steht diese nicht im luftleeren Raum, sondern hat gesellschaftliche Bedeutung. Aber die direkte Zuordnung ist unserer Meinung falsch. Deswegen sind für die Änderung dieses Satzes.

Unterstützer*innen

Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Liam Harrold (Hannover RV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Manfred Kern (Kurfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Florian Wüpping (Münster KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

FH-DS-01-099-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 99 bis 100:

dazugehört und wer nicht. ~~Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen in Zusammenarbeit mit freien Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen besser ausstatten.~~ Wir wollen die kulturelle Bildung besser ausstatten. Freie Kulturschaffende wollen wir perspektivisch genauso behandeln, wie Lehrer*innen und Festangestellte.

Begründung

Das sind auch zwei verschiedene Probleme in einem Satz. Ich würde zwei daraus machen. Und es weder auf Schulen begrenzen, noch selbige dazu nötigen mit Freien zusammen zu arbeiten.

Wir wollen doch beides, unabhängig von einander und trotzdem gleich wichtig und gleichzeitig:

1.- Bessere kulturelle Bildung

2.- Faire Behandlung aller Lehrer*innen und Künstler*innen, und natürlich auch hier gleichen Lohn für gleiche Arbeit...

Unterstützer*innen

Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Liam Harrold (Hannover RV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Friederike Landau (Berlin-Kreisfrei KV); Susanne Berkenheger (Berlin-Pankow KV); Andreas Otto (Berlin-Pankow KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-100 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 100 einfügen:

freien Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen besser ausstatten. Bündnis 90/Die Grünen haben in der Kulturpolitik die KünstlerInnen, die freien Kulturschaffenden, die Menschen in den Kulturbetrieben im Blick und wollen Kulturinstitutionen besser ausstatten. Das beinhaltet die Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten; Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen, die u.a. in öffentlichen Förderprogrammen verankert werden. Außerdem müssen Produktions- und Auftrittsmöglichkeiten erweitert und der Schutz von Urheberrechten gewährleistet werden

Begründung

Wir haben in der Vergangenheit einige Fehler gemacht bezüglich der Arbeit und Möglichkeiten von KünstlerInnen. Vieles ist geklärt und zum Teil ist noch Misstrauen vorhanden. Das müssen wir aktive begegnen und konkrete Vorschläge einbringen.

Unterstützer*innen

Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Liam Harrold (Hannover RV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Florian Wüpping (Münster KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-100-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 100 einfügen:

Die Aufarbeitung von NS Unrecht ist auch auf dem Gebiet der Raubkunst nicht abgeschlossen. Viele Kunstgegenstände, die in der Zeit von 1933 bis 1945 unrechtmäßig und unter Druck entzogen wurden, sind noch immer nicht zurückgegeben worden. Um den NS-Überlebenden und deren Hinterbliebenen Gerechtigkeit zukommen zu lassen, werden wir dafür Sorge tragen, dass umfassende Maßnahmen eingeführt werden, um alle Raubkunstgüter den ursprünglichen Eigentümer*innen zurückzugeben.

Begründung

Das Thema Raubkunst ist noch immer aktuell und ein zu oft übersehener Aspekt des Umgangs mit unserer Geschichte.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Peter Heilrath (München KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Annett Jagiela (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Aram Lintzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Doris Wagner (München KV); Jennifer Bartelt (Frankfurt KV); Joachim »Phil« Straßburger (Main-Taunus KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Mirjam Luise Schmidt (Frankfurt KV); Pascal Renaud (Frankfurt KV)

FH-DS-01-100-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 100 bis 101:

Lebenslange Partizipation ist Grundvoraussetzung einer gemeinsamen Kultur ~~lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen~~ und Bürger geht dabei nur mit aktiven Angeboten und Barrierefreiheit. Förderentscheidungen in der

Begründung

Ja, ja – schon klar was gemeint ist. Ist ja auch richtig und notwendig. Und trotzdem irgendwie falsch...

Klingt auf jeden Fall wie ein Kalenderspruch ;-(

Würde ich gerne etwas mit Forderungen anreichern – auch wenn sie nicht gleich sichtbar sind.

„Lebenslang“... beinhaltet dann nämlich auch entsprechende Angebote an Senior*innen...

„Barrierefreiheit“ bezieht sich nicht nur auf Rollstühle, sondern Gebärdensprache, Übersetzungen, IT-Zugang...

Unterstützer*innen

Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Gelbhaar (Berlin-Pankow KV); Friederike Landau (Berlin-Kreisfrei KV); Susanne Berkenheger (Berlin-Pankow KV); Andreas Otto (Berlin-Pankow KV); Anja Schillhaneck (Berlin-Kreisfrei KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-100-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 100 bis 104:

Kultur lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Förderentscheidungen in der Kulturpolitik müssen nachvollziehbar sein. ~~Kultur lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Förderentscheidungen in der Kulturpolitik müssen nachvollziehbar sein. Die Bundeskulturpolitik darf nicht allein auf Schaufenster- und Großprojekte beschränkt werden, vielmehr sollten ebenso die vielen kleinen Initiativen in ihrer ganzen Bandbreite finanziell gefördert werden.~~ Hier statt 101 - 102: Förderkriterien wollen wir vorab kommunizieren, Förderentscheidungen transparent begründen, neue Förderwege zusammen mit den Kulturschaffenden entwickeln und ausprobieren. Auch das Thema „Kultur

Begründung

Es reicht nicht, die Entscheidungen nachträglich zu kommunizieren und nur die Ergebnisse zu verkünden, wir wollen Transparenz in den Förderkriterien die zu Chancengleichheit führt, Evaluationen der Fördermechanismen die verkrustete Strukturen aufbrechen und das alles auf Augenhöhe mit den Künstler*innen, mit deren Partizipation.

Ohne allzuviele Fachwörter zu verwenden ;-)

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkies (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

FH-DS-01-101 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 101 bis 102:

Kultur lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Förderentscheidungen in Bundeskulturpolitik darf sich nicht auf Schaufenster- und Großprojekte beschränken sondern muss sich um regionale, nationale und internationale Projekte aller Größenordnungen und Arten kümmern. Das Kooperationsverbot wollen wir hinterfragen, ohne die kulturelle Identität der Kulturpolitik müssen nachvollziehbar sein einzelnen Länder in Frage zu stellen. Die Bundeskulturpolitik darf nicht allein auf

Begründung

Entschuldigt, das sieht jetzt etwas kompliziert aus, ist es aber hoffentlich nicht:

Die nächsten Sätze würde ich in der Reihenfolge tauschen – macht den Inhalt nachvollziehbarer.

Ein dickes Brett, die Kulturhoheit der Länder, das Kooperationsverbot im Kulturbereich sind oft kontraproduktiv, die Diskussion weckt aber Verlustängste.

Es stimmt nicht, dass die Bundeskulturpolitik nur Großbauten realisiert, alleine die Kulturstiftung des Bundes <http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/cms/de/index.html> hat zahlreiche Fonds, fast alle auch mit einem Fokus auf Interkultureller Arbeit... und mit vielen, kleinteiligen Angeboten.

Das kann immer noch besser werden, aber es relativiert Forderungen wie in Zeile 92 (Fonds für interkulturelle Arbeit)

Betrachtet diesen Änderungsantrag bitte mit meinem zu den nächsten Zeilen 102 - 104 zusammen ;-)

Unterstützer*innen

Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV)

FH-DS-01-104 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Ulle Schauws (Krefeld KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 104:

Initiativen in ihrer ganzen Bandbreite finanziell gefördert werden. ~~Auch das~~ Wir Grüne werden die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und im Medienbereich, immer noch keine Selbstverständlichkeit, weiter voranbringen. Das Thema „Kultur

Begründung

Die Debatte über Gleichberechtigung im Kultur- und Medienbetrieb wird in den vergangenen Jahren auch Dank unserer Grünen Initiativen viel stärker geführt. Inzwischen werden Maßnahmen zur Verbesserungen der Lage von Frauen in allen Sparten gefordert. Grüne werden bei den vielen Akteur*innen hierbei als Motor und als parteiisch und verlässlich wahrgenommen. Daher sollten wir die Forderung nach mehr Geschlechtergerechtigkeit bekräftigen.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Julia Woller (Köln KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Rainer Bode (Münster KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Julia Maria Sonnenburg (Berlin-Kreisfrei KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Agnes Krumwiede (Ingolstadt KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV)

FH-DS-01-104-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 104 bis 105:

Initiativen in ihrer ganzen Bandbreite finanziell gefördert werden. ~~Auch das Thema „Kultur in ländlichen Räumen“ wollen~~ Kultur lässt sich nicht an Metropolen festmachen, wir weiter aufwertens schätzen und fördern Kultur in der ganzen Republik. Kultur muss für alle zugänglich und

Begründung

Ich würde den Begriff "Kultur im ländlichen Raum" vermeiden wollen, auch wenn er weitläufig genutzt wird. Er hat etwas diskriminierendes - aber vielleicht bin ich da zu sensibel ;-)

"Das Thema Kultur im ländlichen Raum" ist eine mir zu bürokratische, zu politische Formulierung. Es ist kein "Thema", welches gesetzt oder erledigt werden könnte. Kultur ist überall, gleichberechtigt und selbstverständlich... und uns auch überall gleich wichtig.

Unterstützer*innen

Johannes Kalbe (Rostock KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Belkius (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV)

FH-DS-01-107 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 107 einfügen:

Voraussetzungen oder Identität.

Zwischenüberschrift: Wir gestalten eine nachhaltige Sportentwicklung Sport tut gut. Unserer Gesundheit und unserer Gesellschaft. Sport verbindet und ermöglicht Integration und Inklusion. Gerade wegen dieser positiven Aspekte wollen wir, dass alle Menschen frei nach ihren Wünschen und Bedürfnissen Sport treiben können. Sport findet überall statt: In Vereinen, Fitnessstudios oder privat im Park nebenan. Damit dies weiterhin möglich ist, brauchen wir intakte Sportstätten. Wir brauchen bewegungsfreundliche Städte und Parks aber auch weiterhin ausreichend Freiwillige. Deshalb wollen wir ehrenamtliches Engagement besser fördern. Jugend- und Umweltschutz müssen dabei stets eine zentrale Rolle spielen. Breitensport und Spitzensport müssen zusammen gedacht werden, denn beide profitieren voneinander. Mit einem „grünen Sport-Förderplan“ wollen wir die Sportlandschaft in Deutschland nachhaltig gestalten. Einige Entwicklungen des Spitzensports, wie Dopingkandale, Korruptionsaffären und Größenwahn bei Sportgroßveranstaltungen dürfen wir nicht zulassen. Doping ist nicht nur gesundheitsschädlich, sondern auch unfair und gefährdet die Integrität des Sports. Ein glaubwürdiger Anti-Dopingkampf erfordert eindeutige Bekenntnisse von Sport und Politik. Diese zeigen sich in wirksamer Prävention, funktionierenden Kontrollmechanismen und eindeutigen Konsequenzen bei Dopingverstößen. Spitzensportförderung darf sich nicht nur an Medaillen, sondern muss sich vor allem an Athlet*innen orientieren. Die deutsche Dopingvergangenheit in Ost und West muss lückenlos aufgeklärt werden. Dopingopfer müssen angemessen unterstützt werden. Die Werte des Sports werden immer wieder durch Korruptions-Skandale beschädigt. Einige Spitzenverbände des Sports haben schon Änderungen in die richtige Richtung angestoßen, aber es bleibt noch viel zu tun. Darum machen wir weiter Druck und fordern Transparenz und Good Governance auch im Sport. Bei Vergabe und Durchführung von Sportgroßveranstaltungen muss die Bevölkerung miteinbezogen werden. Sie dürfen nicht länger auf dem Rücken und Geldbeutel der Austragungsstädte und -länder stattfinden. Menschen- und bürgerrechtliche, sowie soziale und ökologische Standards müssen verpflichtend eingehalten werden. Der Wettstreit um immer gigantischere Spiele muss ein Ende haben. Wir kämpfen für ein sicheres Stadionerlebnis für alle Sport-Fans. Für Gewalt und Diskriminierung gib es im beim Sport keinen Platz. Wir setzen hier v.a. auf Prävention und wollen sozialpädagogische Fanprojekte und ihre Koordinationsstelle stärker unterstützen. Gleichzeitig schützen wir die Bürgerrechte von Fußballfans. Wir sind gegen ausufernde Datensammlungen von Fußballfans und Kollektivstrafen.

Begründung

Fast die Hälfte aller Wähler*innen treibt regelmäßig Sport. 27 Millionen Bürger*innen sind im Sport organisiert. Der Sport ist die größte Bewegung in Deutschland. Ebenso wie Kultur ist Sport für eine lebendige Demokratie und ein gutes gesellschaftliches Miteinander unverzichtbar. Bisher sind unsere sportpolitischen Positionen, die sich von denen der anderen Parteien in relevanten Punkten unterscheiden, im Wahlprogramm nicht vertreten. Die zahlreichen Ehrenamtlichen, Sportler*innen und Fans erwarten klare grüne Positionierungen zu Fragen, wie nachhaltiger Sportförderung, Sportinfrastruktur, Kinderschutz, Dopingproblematik, Korruptions- und diversen Betrugsskandalen, sowie zum Schutz der Bürgerrechte von Sportfans.

Unterstützer*innen

Sascha Maier (Uckermark KV); Martin Bär (Potsdam KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Johanna Braun (Berlin-Mitte KV); Mike Lautenschläger (Herne KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Björn Hesse (Berlin-Mitte KV); Karl Stelthove (Warendorf KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Wolfgang Küppers (Gelsenkirchen KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Uwe Halpap (Hamburg-Wandsbek KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV)

FH-DS-01-107-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Peter Heilrath (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 107 einfügen:

Voraussetzungen oder Identität.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte: [für das herausgenommene neue Unterkapitel Kultur]

- den Erhalt der Künstlersozialkasse, als auch die Weiterentwicklung des Projekts Bürgerversicherung als solidarische und verlässliche Sozialversicherungen für alle

- Stärkung der öffentlichen Förderung in allen Bereichen von Kunst und Kultur als Gegenpol zur Ökonomisierung von Kulturproduktion- und Vermarktung.

- Die Unterstützung des deutschen Films durch Stärkung der Urheber und das Fördern von Finanzierungen insbesondere außerhalb des rein marktorientierten Segments..

Begründung

Kultur braucht in unserem Bundestagswahlprogramm einen breiteren Raum und ein eigenes Unterkapitel mit eigenen drei Kernforderungen. Einmal, weil Kultur eine der zentralen Triebfedern für gesellschaftliche Entwicklungen ist, zum anderen, weil wir durch unsere Unterstützung auch der breiten Schicht an grünen Wählern bei den Kulturschaffenden gerecht werden müssen.

Unterstützer*innen

Joe Högl (München KV); Udo Philipp (München KV); Harald Schmitt (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Wolfgang Leitner (München KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Martin Scheuring (München KV); Matthias Linnemann (Ebersberg KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Stefanie König (Rosenheim KV); Philip Montasser (München KV); Hildegard Wiegele (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Sachindra Suri (München KV); Konstantin Götschel (München KV); Benoît Blaser (München KV); Arne Brach (München KV); Uwe Kranenpohl (München KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Anais Schuster Brandis (München KV); Heidi Schiller (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Constanze Kobell (München KV); Michael Hack (Wetterau KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Doris Wagner (München KV); Angela Wilson (München KV)

FH-DS-01-107-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Konstantin Götschel (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 107 einfügen:

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte: [für das herausgenommene neue Unterkapitel Kultur]

- Den Erhalt der Künstlersozialkasse, als auch die Weiterentwicklung des Projekts Bürgerversicherung als solidarische und verlässliche Sozialversicherungen für alle.
- Die Förderung von kultureller Teilhabe und Bildung in allen Alters- und Bevölkerungsschichten.
- Die Stärkung der öffentlichen Förderung in allen Bereichen von Kunst und Kultur als Gegenpol zur Ökonomisierung von Kulturproduktion und -vermarktung und die Unterstützung der deutschen Kultur- und Wissensproduktion durch das Fördern von Finanzierungen insbesondere außerhalb des rein marktorientierten Segments.

Begründung

Begründung: Kultur ist ein zentrales Feld der gegenwärtigen Auseinandersetzung über den Charakter der deutschen Gesellschaft. Eine freie und vielfältige Kultur ist der Garant der offenen und inklusiven Gesellschaft. Sie sollte im Bundestagswahlprogramm deshalb mit einem eigenen Unterkapitel vertreten sein, das auf Partizipation und Ausbau der öffentlichen Förderung zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Kunst und Wissenschaft abhebt.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Michael Dietzmann (München KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Uwe Kranenpohl (München KV); Anais Schuster Brandis (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Heidi Schiller (München KV); Joe Högl (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Harald Schmitt (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Arne Brach (München KV); Martin Scheuring (München KV); Marcus Kaiser (München KV); Cosima Pfannschmidt (München KV); Michael Hack (Wetterau KV)

FH-DS-01-107-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 107 einfügen:

Es lebe der Sport Sport bewegt die Menschen – körperlich, emotional und gesellschaftlich. Der Sport bringt Menschen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen zusammen und leistet somit einen unschätzbaren Beitrag für die Integration in Deutschland. Ehrenamtliche engagieren sich tagtäglich für den Sport und ein gutes Miteinander. Deshalb wollen wir Grünen das ehrenamtliche Engagement weiter unterstützen und eine bessere Anerkennungskultur fördern. Grüne Sportpolitik heißt für uns klare Kante gegen Fremdenfeindlichkeit und Hetze. Homophobie und Rassismus zeigen wir gemeinsam mit Fans, Vereinen und Verbänden die rote Karte. Deshalb wollen wir die Programme gegen Rechtsextremismus bündeln und fortführen und eine weltoffene und vielfältige Fankultur unterstützen. Korruptionsskandale auf höchster Ebene der Sportfunktionäre und die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Sport. Wir Grünen fordern deshalb einen fairen, transparenten und Doping freien Spitzensport. Wir sind überzeugt, nur ein sauberer und glaubwürdiger Sport verdient staatliche Unterstützung und finanzielle Förderung. Bei Großsportereignissen setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Sportverbände bestehende Menschen- und Bürgerrechtsstandards sowie ökologische Standards als verbindliche Kriterien für die Vergabe, Planung und Durchführung einhalten. Wir Grünen sind überzeugt, es braucht weniger Gigantismus im internationalen Spitzensport und bei Großsportereignissen. Wir Grünen wollen Sport als Instrument für Frieden und Toleranz stärken und mehr Rechte für Athletinnen und Athleten durchsetzen. Zudem wollen wir die internationale Zusammenarbeit beim Kampf gegen Doping verbessern und ausbauen.

Begründung

Bisher finden sich lediglich einige allgemeine Aussagen zum Sport im Programm. Dieser Absatz versucht die zentralen Anliegen der Grünen Sportpolitik kurz zusammenfassen und sportpolitische Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre zu skizzieren.

FH-DS-01-107-5 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 107 einfügen:

Außerdem sind wir der Auffassung, dass kulturelle Kooperation gerade in politisch angespannten Zeiten in besonderem Maße dazu geeignet ist, den Zusammenhalt in Europa und der Welt zu stärken. Um deutschen Kulturakteuren die Teilnahme an Förderprogrammen der EU zu ermöglichen, gibt es bereits bewährte Modelle, zum Beispiel Anschubfinanzierung als Hilfe zur internationalen Projektentwicklung ("seed money") und Kofinanzierungsfonds ("matching funds"). Beide Modelle sind mit minimalem Aufwand zielführend, kosten vergleichsweise wenig und machen deutsche Kulturschaffende zu begehrten, weil finanziell relativ stabilen Kooperationspartnern.

Begründung

Nicht nur aufgrund etwaiger EU-Berufsdeformation, sondern aus echter Sorge um die Zukunft von Europa wären ein-zwei zusätzliche Sätze zur europäischen Kulturpolitik mit drin.

Oder alternativ einfügen in das Kapitel **WB-EZ-01** Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Unterstützer*innen

Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Helga Trüpel (Bremen-Mitte KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV)

FH-DS-01-108 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 108 einfügen:

Freier Eintritt in die Dauerausstellungen aller Museen In unseren Museen liegt unser kulturelles Erbe, vieles davon ist nicht digitalisierbar und erschließt sich nur unmittelbar wenn man es vor sich hat, darum laufen kann, es im Zusammenhang mit anderen Exponaten sieht und mit anderen Besucher*innen diskutiert. In Museen wird die Neugier, die Kreativität, das Zugehörigkeitsgefühl zu unserer Gesellschaft geweckt, der Zugang zu unserer Identität. Der gesamten Bevölkerung, unabhängig von Bildungsgrad oder Finanzkraft, darauf Zugriff zu sichern ist Teil der kulturellen Daseinsvorsorge und für uns B90/Grüne unverzichtbar.

Begründung

Entschuldigt diese sehr lange Begründung.

Aber mir geht es hier um die Wurzeln unserer Identität, um die Ausbildung zu neugierigen, kritischen Bürger*innen – ohne die es Bündnis 90/Die Grünen nicht geben würde.

Und, es gibt kein dezidiertes "Kultur- Schlüsselprojekt". Jetzt muss es natürlich nicht für alles ein eigenes Schlüsselprojekt geben, aber Kultur ist nunmal die Basis unseres gesellschaftlichen und damit auch politischen Lebens. Noch einmal: es geht nicht um KUNST! – es geht um unsere Kultur.

Aber jetzt endlich inhaltlich zu dem Änderungsantrag:

Wir geben gigantische Summen für unsere Museen aus, die zu den besten der Welt gehören. Jedes Jahr mehr. Aber wir versagen, wenn es um die Besucherzahlen und – das ist mir besonders wichtig – die Zusammensetzung der Besuchergruppen geht. **Alles was in den Museen steht gehört der gesamten Bevölkerung, sehen tun es nur wenige.**

Uns fehlt der Mut! Der Mut etwas Neues auszuprobieren. Es geht auch anders. In London wurden vor gut 15 Jahren die Eintritte zu den Dauerausstellungen abgeschafft. Martin Roth, der damalige (deutsche) Direktor des Victoria Albert Museums, (das alleine mehr Besucher zählt als z.B. alle landeseigenen Berliner Museen zusammen) hat das erklärt:

„Der freie Eintritt. Unser Erfolg beruht auch darauf, dass niemand bezahlen muss, wenn er zu uns kommt. Zwanzig Jahre lang habe ich in Dresden zermürbende Gespräche über einen freien Eintritt geführt. Nein, geht nicht, hieß es, auch das Museum müsse etwas erwirtschaften. Das ist aber die falsche Vorstellung. Wir machen im ~~V~~&~~X~~A viel mehr Geld mit unseren attraktiven Sonderausstellungen, für die in der Tat Eintritt bezahlt werden muss. Aber wir haben das Publikum dann schon im Haus und in den Shops. Alexander McQueen schloss mit 492.030 Besuchern. Wir hätten auch 800.000 einlassen können, wenn wir mehr Platz gehabt hätten. Am Ende hatten wir 48 Stunden nonstop geöffnet, 48 Stunden lang standen draußen die Leute Schlange.“

Wenn man jetzt noch sieht, dass es nur noch im Museum faktisch eine Ausgrenzung bildungsferner und armer Bürger*innen gibt, dann sollte es unsere Kernaufgabe sein hier gegenzusteuern.

Und es geht so einfach. In Essen hat das Folkwang Museum im letztem Jahr den Eintritt gestrichen und die Besucherzahlen haben sich verfünffacht. Die Menschen nehmen diese schweineteuren Kunsttempel auf einmal als das wahr, was sie sind. Schätze, die nicht mehr den Adelshäusern gehören sondern uns. Sie

kommen auf eine halbe Stunde vorbei, um sich nur ein Bild anzuschauen. Sie treffen sich mit Freunden, sie nehmen am kulturellen Leben teil. Wenn es uns um Teilhabe und Zugang geht, dann sollten wir dieses Erfolgsmodell ausprobieren.

Und letztlich nehmen diese Museen nur einen kleinen Teil, meist 5% - 15% über Eintrittsgelder ein, wir alle subventionieren also 85% - 95% der Kosten ohnehin. Und ja, die meisten Museen in Deutschland nehmen gar keinen Eintritt.

Unterstützer*innen

Johannes Kriesche (Offenbach-Stadt KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Lukas Schneider (Gelsenkirchen KV)

FH-DS-01-110 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Gerhard Schick (Mannheim KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 110:

~~Lobbyregister einführen~~ Lobbyeinfluss kontrollieren

Begründung

Damit Abgeordnete Gesetze besser verstehen und beurteilen können, müssen Lobbyeinflüsse sichtbar gemacht werden. Das geht nur, wenn Abgeordnete die Entstehung und Veränderung eines Gesetzesvorhabens offen gelegt werden. Es darf nicht sein, dass Lobbyverbände die Entwürfe für Kommentare zugeschickt bekommen und das Parlament dann nur das Endprodukt abnicken soll.

Unterstützer*innen

Patrick Haermeyer (Mannheim KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); David Hellwig (Mannheim KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Ylva Bollmann (Mannheim KV); Bettina Chlond (Mannheim KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Steffen Brunner (Berlin-Mitte KV); Melis Sekmen (Mannheim KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Udo Philipp (München KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Mareile Große Beilage (Mannheim KV); Daniel Belling (Mannheim KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Clara Weißenfels (Mannheim KV)

FH-DS-01-111 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Rainer Bode (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 111 bis 117:

~~Wir Grünen wollen unsere Demokratie durch mehr Transparenz stärken. Insbesondere der Einfluss von Lobbygruppen auf die Gesetzgebung muss offengelegt und allgemein sichtbar werden. Dafür wollen wir ein öffentliches Lobbyregister einführen, das deren Einfluss transparent macht. Im Parteiengesetz wollen wir die Grenze absenken, ab der eine Parteispende veröffentlicht werden muss. Diese Regeln wollen wir auch für Sponsoring von Parteien und Parteitagern verpflichtend machen. So wird auch beim Sponsoring jederzeit ersichtlich, wer wen in welcher Höhe unterstützt.~~
Situation der KünstlerInnen und Menschen in Kulturbetrieben stärken

Wir Grünen wollen die Situation von selbstständigen KünstlerInnen und Menschen in den Kulturbetrieben stärken und verbessern. Dazu gehören Bundesprogramme zur Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten und Rahmenbedingungen; Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen, die die besonderen Bedingungen von Freiberuflern berücksichtigen, die u.a. in öffentlichen Förderprogrammen und Förderkriterien verankert werden. Außerdem müssen Produktions- und Auftrittsmöglichkeiten erweitert, der Schutz von Urheberrechten gewährleistet und die Künstlersozialversicherung dauerhaft gesichert werden.

Begründung

Neben der inhaltlichen Beschreibung im Text halten wir es für sinnvoll und notwendig, das Thema auch als Schlüsselprojekt zu kennzeichnen. Uns ist klar, das im jeweiligen Kapitel nur drei Schlüsselprojekte ausgewählt werden können. Deswegen sind für eine Änderung. Entweder in diesem Kapitel oder in einem anderen Kapitel.

Unterstützer*innen

Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Hanneke Heinemann (Frankfurt KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Uta Belkuis (Berlin-Kreisfrei KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Sabine Bangert (Berlin-Kreisfrei KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV); Kirsten Kappert-Gonther (Bremen-Nordost KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Agnes Krumwiede (Ingolstadt KV); Stefanie Könnecke (Hamburg-Eimsbüttel KV)

FH-DS-01-114 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Gerhard Schick (Mannheim KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 114 bis 117 einfügen:

transparent macht. Nur natürliche Personen sollen an Parteien spenden dürfen. Im Parteiengesetz wollen wir die Grenze absenken, ab der eine Parteispende veröffentlicht werden muss, und eine absolute jährliche Obergrenze pro Person einführen. Diese Regeln wollen wir auch für Sponsoring von Parteien und Parteitagen verpflichtend machen. So wird auch beim Sponsoring jederzeit ersichtlich, wer wen in welcher Höhe unterstützt. Außerdem wollen wir Lobbyeinflüsse im Entstehungsprozess von Gesetzen transparent machen. Abgeordnete sollen mindestens zeitgleich mit Verbänden Diskussions-, Referenten- und Kabinettsentwürfe erhalten und zeitgleich mit den Ministerien bzw. der Bundesregierung die Eingaben der Verbände. Schließlich muss Transparenz von Lobbyeinflüssen auch für Gerichte und Behörden gelten. Dafür wollen wir das Nebentätigkeitsrecht von Richter und Beamten reformieren und insbesondere entgeltliche Vorträge genehmigungspflichtig machen.

Begründung

Damit Abgeordnete Gesetze besser verstehen und beurteilen können, müssen Lobbyeinflüsse sichtbar gemacht werden. Das geht nur, wenn Abgeordneten die Entstehung und Veränderung eines Gesetzesvorhabens offen gelegt wird. Es darf nicht sein, dass Lobbyverbände die Entwürfe für Kommentare zugeschickt bekommen und das Parlament dann nur das Endprodukt abnicken soll. Bezüglich Parteispenden ist auf der BDK Münster im November 2016 entschieden worden, dass nur natürliche Personen sollen spenden dürfen und eine jährliche Obergrenze einzuführen ist.

Unterstützer*innen

Patrick Haermeyer (Mannheim KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); David Hellwig (Mannheim KV); Achim Joof (Alb-Donau KV); Ylva Bollmann (Mannheim KV); Bettina Chlond (Mannheim KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Steffen Brunner (Berlin-Mitte KV); Melis Sekmen (Mannheim KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Udo Philipp (München KV); Mareile Große Beilage (Mannheim KV); Daniel Belling (Mannheim KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Clara Weißenfels (Mannheim KV); Andreas Gernegroß (Salzland KV)

FH-DS-01-115 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 115 einfügen:

Parteispende veröffentlicht werden muss und wir wollen die maximale Höhe einzelner Spenden deckeln.
Diese Regeln wollen wir auch für Sponsoring von

Begründung

Mit hohen Spenden kann Gesetzgebung beeinflusst werden. Transparenz über hohe Spenden reicht nicht aus.

FH-DS-01-119 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 119 bis 120:

Wir wollen, dass Edward Snowden ~~haben~~frei und sicher in einem demokratischen Land leben kann, wir wollen ihm Asyl in Deutschland anbieten. Wir haben ihm viel zu verdanken. Nur durch seinen Mut, mit Informationen an die

Begründung

Leuchtturm unserer Whistleblower-Politik muss im Projekt enthalten sein.

FH-DS-01-123 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Gerhard Schick (Mannheim KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 123:

organisierter Steuerhinterziehung durch die Panama-Papiere ~~und~~, Luxleaks und bei Cum/Ex-Geschäften verdanken wir

Begründung

Die Aufdeckung und Aufarbeitung des Cum/Ex-Skandals hing entscheidend von der Hilfe durch Hinweisgeber ab.

Unterstützer*innen

Udo Philipp (München KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Deniz Ertin (Köln KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Oliver Brandt (Herzogtum Lauenburg KV); Philipp Nimmermann (Frankfurt KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Steffen Brunner (Berlin-Mitte KV)

FH-DS-01-127 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 127 einfügen:

Whistleblower-Schutzgesetz, das diese Menschen vor Strafverfolgung und Kündigung schützt.

Begründung

Ein wesentlicher Grund, der Personen davon abhält, rechtswidrige Vorgänge in Unternehmen und Behörden nach außen zu tragen, ist die Befürchtung arbeits- und dienstrechtlicher Konsequenzen. Häufig folgt nach Whistleblowing die Kündigung. Wir brauchen daher – neben dem Schutz vor Strafverfolgung – auch Regelungen über die Möglichkeiten für Whistleblower, sich mit ihren Hinweisen an interne Stellen, außerbetriebliche Stellen oder Behörden oder die Öffentlichkeit zu wenden, ohne dass ihnen der Verlust ihres Arbeitsplatzes droht.

FH-DS-01-127-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Sara Nanni (Münster KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 127 einfügen:

Whistleblower-Schutzgesetz, das diese Menschen vor Strafverfolgung schützt. Edward Snowden wollen wir sicheren Aufenthalt in Deutschland gewähren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Gunnar Risse (Münster KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Matern (Münster KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Marius Kühne (Münster KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV)

FH-DS-01-127-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 127:

~~Whistleblower-Schutzgesetz~~ europäisches und ein deutsches Gesetz zum Schutz von Whistleblowern, das diese Menschen vor Strafverfolgung schützt.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Kai Bojens (Stade KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Karl Bär (Miesbach KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Antje Westhues (Bochum KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)

FH-DS-01-129 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 129:

Wahlalter auf ~~16~~14 Jahre absenken

Begründung

In der Entwicklungsgeschichte der parlamentarischen Demokratie wurde das Wahlalter allmählich immer weiter abgesenkt. Es ist an der Zeit, junge Menschen gebührend mit einzubeziehen. Während das Wahlalter 16 bereits in mehreren Ländern auf Landes- oder zumindest auf Kommunalebene existiert, müssen wir als progressive Kraft in der Gesellschaft darüber hinausgehen. Demokratie erlernen fängt nicht erst mit 16 an. Bereits mit 14 Jahren treffen junge Menschen wichtige Entscheidungen für ihr Leben und sind voll straffähig. Mit der Zuschreibung solcher Pflichten sollte auch das Zugeständnis von Rechten einhergehen. Daher ist das Wahlalter 14 ein guter Kompromiss aus Einbeziehung und rechtlicher Logik. Dabei wissen wir selbstverständlich, dass das Wahlalter 14 nur ein Teil der Einbeziehung junger Menschen sein kann, es kann aber als erster Dominostein zu mehr politischer Bildung und Beteiligungskultur wirken.

FH-DS-01-129-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 129:

~~Wahlalter auf 16 Jahre absenken~~ Beteiligung junger Menschen stärken

FH-DS-01-129-3 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Yvonne Plaul (Potsdam-Mittelmark KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 129:

~~Wahlalter auf 16 Jahre absenken~~ Mehr Beteiligung für eine lebhafte Demokratie

Begründung

Das Schlüsselprojekt wird noch um weitere Aspekte der repräsentativen und direkten Demokratie erweitert, dann muss auch der Titel des Schlüsselprojektes weiter gefasst werden

Unterstützer*innen

Clemens Rostock (Oberhavel KV); Jan Drewitz (Berlin-Pankow KV); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Julius Ackermann (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Jörg Eichenauer (Köln KV); Raymund Messmer (München-Land KV); Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Axel Bußmer (Berlin-Kreisfrei KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Anselm Renn (Dresden KV); Fabian Reidinger (Stuttgart KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Alexandra Pichl (Potsdam-Mittelmark KV); Robert Giebel (Berlin-Mitte KV)

FH-DS-01-129-4 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 129 einfügen:

Direkte Demokratie stärken und Wahlalter auf 16 Jahre absenken

Begründung

mündlich

FH-DS-01-129-5 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 129 einfügen:

Direkte Demokratie ist für uns Grüne ein zentrales Anliegen. Deshalb wollen wir Volksentscheide in das Grundgesetz verankern und direktdemokratische Beteiligung auf allen Ebenen stärken. Das gilt auch für Jugendliche.

FH-DS-01-130 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 130 bis 135:

Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können ~~Jugendliche am besten dann äußern, wenn sie mitbestimmen können. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken. Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische Bildung motiviert junge Menschen, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und motiviert andere, auch zu wählen.~~ junge Menschen am besten dann äußern, wenn sie mitbestimmen können. Daher wollen wir Altersgrenzen zur Berechtigung an Wahlen teilzunehmen abschaffen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und motiviert andere, auch zu wählen. Das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische Bildung motiviert junge Menschen außerdem, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die Gesellschaft einzubringen. Daher wollen wir neben den Wahlen auch weitere, gut finanzierte, institutionalisierte und wirkmächtige Beteiligungsinstitutionen für junge Menschen schaffen.

FH-DS-01-130-2 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Yvonne Plaul (Potsdam-Mittelmark KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Von Zeile 130 bis 132:

~~Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können Jugendliche am besten dann äußern, wenn sie mitbestimmen können. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken.~~ Wir wollen deutlich mehr politische Bildung und eine Erleichterung des Wahlprozesses, etwa durch Ausweitung der Briefwahl. Um möglichst viele Menschen partizipieren zu lassen, setzen wir uns für ein Wahlrecht für EU-Ausländer und für ein Wahlalter von 14 Jahren bei allen Wahlen ein. Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können Jugendliche am besten dann äußern, wenn sie mitbestimmen können.
Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische

Begründung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen seit ihrer Gründung für mehr Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie. Wir selbst sehen uns seit Jahren als „Mitmach-Partei“. Das Projekt „Wahlalter auf 16 Jahre absenken“ repräsentiert nicht ausreichend die umfassenden Vorstellungen von gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizipation, die wir als Grüne haben. Die Absenkung des Wahlalters ist nur eines von vielen Wegmarken, hin zu einer „Mitmach-Gesellschaft“. Wahlrecht für EU-Ausländer, Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene und die Ausweitung der Briefwahl sollten hier gleichwertig genannt werden. Politische Mitsprache und Mitbestimmung berührt die Menschen unmittelbar. Die aktuellen Zweifel an Demokratie und den politischen Repräsentant*innen in Deutschland sind auch Ausdruck von einem Mangel an Partizipationsmöglichkeiten. Wir sollten uns daher sichtbar zu unsere Vorstellungen von umfassenden gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten bekennen und zum Einen mehr Instrumente der repräsentativen Demokratie nennen, zum Anderen auch die Mittel der Direkten Demokratie durch ein Schlüsselprojekt betonen. Demokratie wird aus Mut gemacht!

Unterstützer*innen

Clemens Rostock (Oberhavel KV); Jan Drewitz (Berlin-Pankow KV); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Julius Ackermann (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Jörg Eichenauer (Köln KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Axel Bußmer (Berlin-Kreisfrei KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Philipp Ahrens (Berlin-Lichtenberg KV); Anselm Renn (Dresden KV); Alexandra Pichl (Potsdam-Mittelmark KV); Robert Giebel (Berlin-Mitte KV)

FH-DS-01-131 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 131:

mitbestimmen können. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf ~~16~~14 Jahre

Begründung

In der Entwicklungsgeschichte der parlamentarischen Demokratie wurde das Wahlalter allmählich immer weiter abgesenkt. Es ist an der Zeit, junge Menschen gebührend mit einzubeziehen. Während das Wahlalter 16 bereits in mehreren Ländern auf Landes- oder zumindest auf Kommunalebene existiert, müssen wir als progressive Kraft in der Gesellschaft darüber hinausgehen. Demokratie erlernen fängt nicht erst mit 16 an. Bereits mit 14 Jahren treffen junge Menschen wichtige Entscheidungen für ihr Leben und sind voll straffähig. Mit der Zuschreibung solcher Pflichten sollte auch das Zugeständnis von Rechten einhergehen. Daher ist das Wahlalter 14 ein guter Kompromiss aus Einbeziehung und rechtlicher Logik. Dabei wissen wir selbstverständlich, dass das Wahlalter 14 nur ein Teil der Einbeziehung junger Menschen sein kann, es kann aber als erster Dominostein zu mehr politischer Bildung und Beteiligungskultur wirken.

FH-DS-01-135 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Yvonne Plaul (Potsdam-Mittelmark KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

In Zeile 135 einfügen:

motiviert andere, auch zu wählen. Gegen ein Gefühl von Machtlosigkeit hilft aus grüner Sicht mehr Bürgerbeteiligung. Wir wollen die repräsentative Demokratie ergänzen und Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in der Verfassung verankern.

Begründung

Gegen ein Gefühl von Machtlosigkeit hilft aus grüner Sicht mehr Bürgerbeteiligung. Wir wollen die repräsentative Demokratie ergänzen und Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in der Verfassung verankern. Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen seit ihrer Gründung für mehr Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie. Wir selbst sehen uns seit Jahren als „Mitmach-Partei“. Das Projekt „Wahlalter auf 16 Jahre absenken“ repräsentiert nicht ausreichend die umfassenden Vorstellungen von gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizipation, die wir als Grüne haben. Die Absenkung des Wahlalters ist nur eines von vielen Wegmarken, hin zu einer „Mitmach-Gesellschaft“. Wahlrecht für EU-Ausländer, Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene und die Ausweitung der Briefwahl sollten hier gleichwertig genannt werden. Politische Mitsprache und Mitbestimmung berührt die Menschen unmittelbar. Die aktuellen Zweifel an Demokratie und den politischen Repräsentant*innen in Deutschland sind auch Ausdruck von einem Mangel an Partizipationsmöglichkeiten. Wir sollten uns daher sichtbar zu unsere Vorstellungen von umfassenden gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten bekennen und zum Einen mehr Instrumente der repräsentativen Demokratie nennen, zum Anderen auch die Mittel der Direkten Demokratie durch ein Schlüsselprojekt betonen. Demokratie wird aus Mut gemacht!

Unterstützer*innen

Clemens Rostock (Oberhavel KV); Jan Drewitz (Berlin-Pankow KV); Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Julius Ackermann (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Jörg Eichenauer (Köln KV); Benjamin Gehrels (Berlin-Neukölln KV); Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Axel Bußmer (Berlin-Kreisfrei KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Philipp Ahrens (Berlin-Lichtenberg KV); Anselm Renn (Dresden KV); Alexandra Pichl (Potsdam-Mittelmark KV); Robert Giebel (Berlin-Mitte KV)

FH-VS-01-003 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 3 bis 4:

manipulierte Autos bekommen, gehen deutsche Kunden leer aus. ~~Datenkraken~~Datengiganten und mächtige Internetkonzerne sammeln und verwerten unsere Daten ~~und dealen damit ungefragt~~nahezu unkontrolliert. Hinter bunten Verpackungen

Begründung

Krakenbegriffe sind zu vermeiden und präzisere Formulierung.

FH-VS-01-006 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 6 einfügen:

Qualität. Baustoffe dürfen bisher ungeprüft und undeklariert gesundheitsschädliche Substanzen enthalten.

Begründung

Die Umwelt- und Innenraumbelastungen durch Pestizide, VACs (aromatische Kohlenwasserstoffe), Zersetzungsprodukte aus dem Herstellungsprozess und andere sind regelmäßig Ursache von Gesundheitsschäden in privaten, aber auch öffentlichen Gebäuden.

FH-VS-01-012 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 12:

~~Nachhaltigen~~ Konsum ~~ermöglichen~~ nachhaltig gestalten

Begründung

Die in der Ursprungsversion mögliche Verkürzung auf „Konsum ermöglichen“ entfernt uns weit von unserer grundsätzlich eher konsumkritischen Haltung. Immer mehr Konsum ist auch dann nicht zwingend positiv, wenn er nachhaltig ist.

FH-VS-01-015 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 15:

Kinderarbeit, verseuchte Flüsse oder ~~Tierqual~~Tierleid verantwortlich sein? Deshalb wollen wir

Begründung

Wir suchen eine Sprache, die Bäuerinnen und Bauern mitnimmt in unsere Welt. Wenn wir sie als "TierquälernInnen" bezeichnen, stossen wir sie vor den Kopf.

Unterstützer*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Christoph Trütken (Schwarzwald-Baar KV); Günther Martin (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Annette Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Jörg-Otto Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV); Norwich Rüße (Steinfurt KV); Daniela Wannemacher (Berlin-Neukölln KV)

FH-VS-01-018 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Kreisverband Hof

Beschlussdatum: 07.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 18 einfügen:

eine Chance. Kein Verbraucher darf in die Situation kommen, Verletzungen von Menschenrechten unwillentlich durch seine Einkäufe zu unterstützen.

FH-VS-01-021 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 21 bis 22:

auch für verarbeitete Produkte gelten. Dann können Konsument*innen ~~Tierquäler*innen~~ sich bewusst für tier- und ~~Umweltzerstörer*innen die rote Karte zeigen~~ umweltfreundlich hergestellte Lebensmittel entscheiden.

Begründung

Wir suchen eine Sprache, die Bäuerinnen und Bauern mitnimmt in unsere Welt. Wenn wir sie als "TierquälerInnen" bezeichnen, stossen wir sie vor den Kopf.

Unterstützer*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Bea Böhlen (Rastatt/Baden-Baden KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Christoph Trütken (Schwarzwald-Baar KV); Günther Martin (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Margit Stumpp (Heidenheim KV); Marco Combosch (Heidenheim KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Annette Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Jörg-Otto Läppchen (Kurpfalz-Hardt KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Michael Sautter (Heidenheim KV); Hans-Martin Hartmann (Heidenheim KV); Norwich Rüße (Steinfurt KV)

FH-VS-01-022 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 22 einfügen:

Umweltzerstörer*innen die rote Karte zeigen.

Wir wollen, dass Menschen auch die Möglichkeit haben, sich ganz dagegen zu entscheiden, dass Tiere für die Nahrungsmittelproduktion eingesperrt und getötet werden. Damit helfen sie nicht nur den Tieren, sondern auch Umwelt und Klima. Doch vielfach fehlt dafür noch ein entsprechendes veganes Angebot. Wir werden in allen öffentlichen Einrichtungen, von Krankenhäusern und Gefängnissen über Schulen und Unimensen bis zu Behörden-Kantinen, vegane Alternativen etablieren, damit Konsument*innen die Freiheit haben, sich vegan zu ernähren.

Begründung

Menschen, die sich vegan ernähren, leben damit extrem *grün*: sie schonen die Umwelt und das Klima, sie bewahren Tiere vor Quälerei, sie reduzieren den Flächenverbrauch usw. Veganismus ist also etwas sehr Grünes und sollte von uns unbedingt unterstützt werden.

In Portugal wurde kürzlich ein Gesetz beschlossen, welches genau dies vorsieht: Dass alle öffentlichen Einrichtungen immer auch vegane Alternativen anbieten müssen. Das sollten wir auch für Deutschland fordern.

Vegane Alternativen in öffentlichen Mensen und Kantinen sind übrigens das Gegenteil von Bevormundung, sondern sie schaffen Wahlfreiheit – die Agrarminister Schmidt, die FDP und die Bildzeitung ja immer so gerne haben wollen.

FH-VS-01-022-2 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 04.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 22 einfügen:

Umweltzerstörer*innen die rote Karte zeigen.

Gutes Essen ist mehr als Nahrungsaufnahme. Unser Ziel ist, dass jedes Kind ein gesundes Mittagessen bekommt. Wir wollen die Schulverpflegung ausbauen und verbindliche Qualitätsstandards für Schulessen einführen. Dem aggressiven Marketing für ungesunde Kinderlebensmittel wollen wir durch klare Regeln für Werbung einen Riegel vorschieben. Kitas und Schulen sollen komplett frei von PR-Aktionen sein.

FH-VS-01-026 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 26 einfügen:

Nährwertampel. Das Mindesthaltbarkeitsdatum soll durch das Verfalldatum ersetzt und ergänzt werden, um Abfälle zu vermeiden. Ebenso sollten daran gebundene gesetzliche Einschränkungen der Art angepasst werden, dass VerbraucherInnen und VerkäuferInnen Handel von Waren, deren Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist erleichtert wird.

Begründung

Wenn wir schon von nachhaltigen Konsum sprechen, ist das Verfalldatum längst überfällig. Die Wegwerf-Gesellschaft muss erneut kritisch betrachtet werden. Diesen Punkt kann man noch auf Supermärkte (ein Verbot vergleichbar wie in Frankreich) und Produzenten (das Aussortieren von Obst und Gemüse, welches nicht in die "Norm" passt) ausweiten.

FH-VS-01-026-2 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 26 einfügen:

Nährwertampel.

Wer heute einen Apfel kauft, kann durch die verpflichtende Herkunftskennzeichnung erkennen woher der Apfel kommt und damit regionalem Anbau im Supermarkt den Vorrang geben. Wer jedoch Apfelsaft kauft, dem bleibt das verwehrt. Auch hier wollen wir mehr Transparenz schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hersteller die Produktion im Internet offen zugänglich aufschlüsseln müssen. Dazu gehören Herkunft der verarbeiteten Produkte genauso wie Produktionsstätten und die dortigen Arbeitsbedingungen. Nur wenn vom Apfelsaft, über das Fahrrad bis hin zum T-Shirt einsehbar ist, woran man als Kund*in ist, lässt sich wirklich vom mündigen Verbraucher oder von der mündigen Verbraucherin sprechen.

FH-VS-01-026-3 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Katja Wolke (Magdeburg KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 26 einfügen:

Nährwertampel.

Weiterhin wollen wir, dass in Lebensmittelverpackungen keine Weichemacher auf Basis von Phthalaten enthalten sind. Phthalate verursachen nachweislich u.a. Unfruchtbarkeit bei Männern oder werden über die Muttermilch an die Säuglinge weitergegeben,

Unterstützer*innen

Eva Kauenhowen (Oberhausen KV); Heidi Besas (Bergstraße KV); Julia Woller (Köln KV); Gianina Zimmermann (Main-Taunus KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Wolfgang Wähnelt (Magdeburg KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Christin Siesing (Magdeburg KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Ylva Bollmann (Mannheim KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Doris Kienle (Unterallgäu KV); Tobias Hartmann (Magdeburg KV); Tilo Bremer (Magdeburg KV); Matthias Borowiak (Magdeburg KV); Paul Weidner (Magdeburg KV); Eva-Maria Schulz-Satzky (Magdeburg KV)

FH-VS-01-026-4 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Nicole Maisch (Kassel-Stadt KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 26 einfügen:

Nährwertampel.

Fehlernährung und Übergewicht verursachen massive Gesundheitsprobleme bei Kindern. Jedes Kind verdient die Möglichkeit gesund aufzuwachsen. Wir wollen die Kita- und Schulverpflegung verbessern und ausbauen und verbindliche Qualitätsstandards für die Verpflegung einführen. Dem aggressiven Marketing für ungesunde Kinderlebensmittel wollen wir durch klare Regeln für Werbung einen Riegel vorschieben. Kitas und Schulen sollen frei von PR-Aktionen sein.

Begründung

Die WHO stuft Adipositas als das am schnellsten wachsende Gesundheitsproblem ein. In Deutschland sind zwei von drei Männern und jede zweite Frau übergewichtig. Aber auch Kinder sind betroffen. Jedes siebte Kind ist übergewichtig; 6,1 Prozent leiden sogar unter Adipositas. Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind besonders betroffen. Gesunde Ernährung ist also auch eine Gerechtigkeitsfrage.

Kinder sind eine kaufkräftige Zielgruppe und geben ihr Taschengeld an erster Stelle für Süßigkeiten aus. Die Lebensmittelwirtschaft hat im letzten Jahr 837 Mio. Euro für Süßigkeitenwerbung ausgegeben. Demgegenüber stehen 9,3 Mio. Euro, die das Ernährungsministerium für seine Präventionskampagne IN FORM für gesunde Ernährung und mehr Bewegung ausgibt. Grund genug für klarere Regeln für Kindermarketing.

Längst nicht alle Kindergarten- und Schulkinder haben Zugang zu guter und gesunder Verpflegung; dabei ist gerade das ein Schlüssel für einen gesunden und genussvollen Lebensstil.

Unterstützer*innen

Clara Meynen (Berlin-Pankow KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Stefan Göhlert (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Boris Mijatovic (Kassel-Stadt KV); Heike Absch (Oberhavel KV); Christina Söhner (Berlin-Neukölln KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Daniela Wannemacher (Berlin-Neukölln KV); Christine Hesse (Kassel-Stadt KV); Vanessa Gronemann (Kassel-Stadt KV); Michaela Prinz (Kassel-Land KV); Bettina Hoffmann (Schwalm-Eder KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Arne Träger (Kassel-Stadt KV); Friedhelm von Mering (Barnim KV)

FH-VS-01-029 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 29 einfügen:

Betrieb bei der Lebensmittelüberwachung abgeschnitten hat.

Aluminium oder Mineralöl haben in Verpackungen überhaupt nichts verloren. Daher werden wir für sämtliche Verpackungsgebilde, Lebensmittelfolien und Plastikverpackungen mit direktem Haut- oder Lebensmittelkontakt strengere Prüfungs- und Zulassungskriterien einführen.

Begründung

Für alle im Lebensmittelkontakt eingesetzten Materialien gilt die am 27. Oktober (2004) vom Europäischen Parlament und dem Rat der EU verabschiedete Verordnung (EG) Nr. 1935/2004, die so genannte Rahmenverordnung.

Artikel 3 der Verordnung nennt die „allgemeinen Anforderungen“. Die wichtigste Aussage lautet sinngemäß: Materialien und Gegenstände müssen so hergestellt sein, dass ihre stofflichen Bestandteile unter den normalen und vorhersehbaren Verwendungsbedingungen nur in Mengen auf das Lebensmittel übergehen, die die Gesundheit des Verbrauchers nicht gefährden. Auf diesen Folien müsste gem. Artikel 15 der EU-Verordnung 1935/2004 stehen: „Für Lebensmittelkontakt“. Diese Information kommt beim Verbraucher nicht an.

Doch woher wissen die Verbraucher, welche Verpackung / welche Folie / Verpackung gem. gesetzlichen Vorgaben überprüft und freigegeben wurde?

Lebensmittelfolien, Plastikverpackungen und Aluminiumbehältnisse kommen in Supermärkte und Verkaufsständen viel zu oft und unnötig direkt mit Fleisch, Wurst, Gemüse, Käse, Brotartikel, Kosmetik, Arzneimittel oder Getränken in direktem Kontakt.

Nach Medienberichten sollen bis zu 1.000 verschiedene Lebensmittelfolien im Handel eingesetzt werden. Einige Verpackungsmaterialien davon stammen zum Teil illegal aus unbekanntem Ländern. Ebenso sind die Produktionsverfahren und die Basisgrundstoffe / Mixtur dieser obskuren Folien / Verpackungen praktisch nicht bekannt.

Niemand weiß daher genau, ob die jeweilige Verpackungsfolie gesundheitlich unbedenklich sind. Angesichts einer überregelten Hygienepanik beispielsweise bei selbst mitgebrachten Transportbehältnissen am Supermarktverkaufstand, ist es nicht nachvollziehbar, dass dieser Aspekt nicht thematisiert wird.

Aluminium und Mineralöl stehen zudem in Verdacht Krebs auszulösen, selbst bei kleinen Dosen.

FH-VS-01-030 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 30:

Für Kleidung, Lebensmittel-~~und~~, Möbel und Baustoffe existiert derzeit ein undurchsichtiger Siegel-

Begründung

Die Umwelt- und Innenraumbelastungen durch Pestizide, VOCs (aromatische Kohlenwasserstoffe), Zersetzungsprodukte aus dem Herstellungsprozess und andere sind regelmäßig Ursache von Gesundheitsschäden in privaten, aber auch öffentlichen Gebäuden.

FH-VS-01-034 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 34 bis 36:

Wir wollen mit ~~dem~~ Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir Grünen uns für Mindestanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien ~~wie~~ für beispielsweise „fair“ oder „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass ~~ein Siegel pro Sektore~~s echte

Begründung

Redaktionelle Änderung, weil Satz fehlerhaft war. Außerdem inhaltliche Richtigstellung: klare Mindestanforderungen und Kriterien führen nicht zwangsweise zu einem Siegel pro Sektor.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Heiner Schmidt (Kitzingen KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Brigitte Schön (Schweinfurt KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); André Höftmann (Fürth-Land KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

FH-VS-01-038 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: KV Hamburg-Altona

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 38 bis 40:

~~Viele Verbraucher*innen und Verbraucher~~Wir wollen die Wegwerfgesellschaft hinter uns lassen und stattdessen nachhaltig und ressourcenschonend konsumieren. Hierfür sollen wir die Unternehmen dazu bewegen, zugunsten von Verbraucher*innen zu nachhaltigen Produktlebenszyklen zurückzukehren. Das heißt erstens: Unternehmen sollen Produkte von vornherein so entwerfen, dass sie wieder länger halten. Zweitens sollen Produkte, wenn sie doch einmal kaputt gehen, reparierbar sein. Doch Produkte zu reparieren; ist oft sehr schwer ~~oder~~und wird sogar unmöglich gemacht, wenn ~~etwa~~-Akkus etwa fest verschweißt werden. Updates werden nicht mehr zur Verfügung

FH-VS-01-039 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 39:

konsumieren. Doch **Produkteviele (Elektro)-Geräte haben eine zu kurze Lebensdauer. Sie** zu reparieren, ist oft sehr schwer oder wird sogar unmöglich

Begründung

Dient der Präzisierung.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Hintsche (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Christian Bänsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

FH-VS-01-041 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 41 einfügen:

gestellt, Kabel passen nicht mehr, die Reparatur ist teurer als der Neukauf. So wird technologischer Fortschritt zum ökologischen und

Begründung

Das eine Reparatur teurer ist als der Neukauf ist ein wichtiger Punkt, der genannt werden muss.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Hintsche (München KV)

FH-VS-01-043 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 43 einfügen:

müssen Produkte so gebaut sein, dass sie langlebig, einfach zu reparieren und Akkus und Batterien

Begründung

Die Langlebigkeit von Produkten ist der effektivste Ressourcenschutz.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jan Seemann (Münster KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Hintsche (München KV)

FH-VS-01-044 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 44 bis 45:

austauschbar sind. ~~Das wollen wir über Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design und längere Gewährleistungsfristen sicherstellen.~~ Das wollen wir durch klare Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design erreichen und Garantiezeiträume auf drei Jahre ausweiten. Reparaturen wollen wir fördern, deshalb setzen wir uns dafür ein, nach Schwedischem Vorbild den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Reparaturdienstleistungen zu erheben. Außerdem werden wir Maßnahmen gegen die geplante Obsoleszenz einführen: Unternehmen, denen die absichtliche Verringerung der Lebensdauer von Produkten nachgewiesen wird, müssen mit harten Strafen rechnen.

FH-VS-01-045 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Peter Meiwald (Ammerland KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 45 einfügen:

längere Gewährleistungsfristen sicherstellen.

Verbraucher*innen sollen auf einen Blick erkennen können, auf welche Lebensdauer ein Gerät angelegt ist.
Nach dem Vorbild Schwedens wollen wir den Steuersatz auf Reparaturdienstleistungen senken.

Begründung

Ein niedrigerer Steuersatz dient als positiver Anreiz für die Entscheidung der Verbraucher*innen und Verbraucher für eine Reparatur und gegen den Neukauf eines Produkts.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Wera Eiselt (Frankfurt KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Jan Seemann (Münster KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Marion Hasper (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Hintsche (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Kai Wehmann (Oldenburg-Stadt KV); Christian Bäsch (Ammerland KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

FH-VS-01-045-2 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: KV Hamburg-Altona

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 45:

~~längere Gewährleistungsfristen sicherstellen~~ eine Verlängerung der allgemeinen gesetzlichen Gewährleistungspflicht für Sachmängel von 2 auf mindestens 5 Jahre erreichen. Verbraucher*innen sollen erst nach 2 Jahren statt bisher 6 Monaten in der Beweispflicht stehen.

FH-VS-01-046 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 46 löschen:

~~Von VW bis Facebook~~ – Verbraucherrechte gelten im Netz wie auf der Straße

Begründung

Negativbeispiele für kritischen Umgang mit Verbraucherrechten gibt es viele, in der Überschrift willkürlich zwei herauszugreifen, stellt diese Firmen an den Pranger, ohne dass ein inhaltlicher Mehrwert entsteht. Weiter unten im Text werden diese Beiden benannt und beschrieben, das ist zur Illustration des Problems ausreichend.

FH-VS-01-047 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 47:

Bisher gibt es in Deutschland keine finanziellen Entschädigungen für die ~~von VW-Betrogenen~~vom Dieselskandal Betroffenen.

Begründung

Nicht nur VW hat betrogen, sondern auch andere Fahrzeughersteller, daher besser verallgemeinern. "Betroffen" sind noch mehr als "Betrogen". Dieselskandal und Abgasskandal kann ggf. synonym verwendet werden.

FH-VS-01-047-2 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 47:

Bisher gibt es in Deutschland **keine finanziellen** und Europa weder eine Nachrüstung noch eine finanzielle Entschädigungen für die von VW Betroffenen.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Ursula Streng (Starnberg KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Kai Bojens (Stade KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Karl Bär (Miesbach KV); Antje Westhues (Bochum KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Andreas Müller (Essen KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Ute Koczy (Lippe KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Peter Meiwald (Ammerland KV)

FH-VS-01-047-3 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Lukasz Batruch (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 47 bis 49:

Bisher gibt es in Deutschland ~~keine finanziellen Entschädigungen für die von VW Betrogenen. Anders in den USA, wo es ein starkes Gruppenklagerecht gibt, das auch mächtige Konzerne zur Einhaltung ihrer Verantwortung zwingt. In Deutschland dagegen ist es für Einzelne anders als in den USA keine finanziellen Entschädigungen für die von VW Betrogenen. Für Einzelne ist es~~ oft viel

Begründung

Der Idee der Gruppenklage begegnet immer wieder das Gegenargument der US-amerikanischen Sammelklage, die sich dort z.B. durch hohe Erfolgshonorare regelrecht zu einem Geschäftsmodell mit Erpressungspotential entwickelt hat. Wir sollten unsere Forderung nach „Gruppenverfahren“ daher nicht in den Vergleich zu den US-Sammelklagen setzen, sondern als eigenständiges neues Verfahren in Deutschland fordern.

Unterstützer*innen

Clara Meynen (Berlin-Pankow KV); Christina Söhner (Berlin-Neukölln KV); Heike Absch (Oberhavel KV); Viola Muster (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Katja Keul (Nienburg KV); Jens Kober (Berlin-Pankow KV); Udo Werner (Ennepe-Ruhr KV); Karl-Heinz Hage (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Ronald Wenke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Jochen Hake (Oldenburg-Stadt KV); Michael Weltzin (Berlin-Spandau KV); Boris Mijatovic (Kassel-Stadt KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Arne Träger (Kassel-Stadt KV); Eike Weiss (Lüchow-Dannenberg KV); Lena Brommer (Berlin-Neukölln KV); Michael Gaedicke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

FH-VS-01-066 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 66 bis 68:

werden. ~~Auch in Zeiten von Big Data müssen unsere Daten uns gehören. Wir wollen die Kontrolle über unsere Daten zurück. Die Grundsätze des Datenschutzes — Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung und Datensparsamkeit — müssen auch online~~ Auch in Zeiten von Big Data müssen die Grundsätze des Datenschutzes – Gesetzesvorbehalt, Erforderlichkeit und Zweckbindung – konsequent

Begründung

kürzer und präziser

FH-VS-01-071 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 71 bis 72:

ihrer Daten verlassen können. ~~Sie müssen entscheiden dürfen, wer welche Daten sammeln und auswerten darf~~ Diesen Pflichten dürfen sich Unternehmen auch nicht dadurch entziehen, dass ihre Zentralen sich außerhalb Europas befinden. Dafür fordern wir Ansprechpartner dieser Unternehmen in Deutschland, an die man sich wenden kann.

Begründung

Präziser und unsere Forderung nach ladefähiger Inlandsanschrift eingepflegt.

FH-VS-01-072 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 72 einfügen:

auswerten darf. Zur Wahlfreiheit im Netz gehört auch, Anbieter und Plattformen unkompliziert wechseln und zwischen diesen kommunizieren zu können. So wie es beim Telefonieren vorgeschrieben ist, dass jede*r jede*n unabhängig vom Anbieter anrufen kann (Interoperabilität), wollen wir dies auch bei anderen Kommunikationsdiensten (bspw. Messengerdienste) voranbringen. Dazu wollen wir Interoperabilität unterstützen und deren Umsetzung von großen Anbietern fordern.

Begründung

Wichtige Forderung in Analogie zur Regelung bei bisherigem Hauptkommunikationskanal Telefon/SMS eingepflegt

FH-VS-01-075 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 75 löschen:

unterschiedlich teuer. Gegen ~~versteckte~~-Auspähung und Diskriminierungseffekte braucht es

Begründung

jede Auspähung ist gemeint, nicht nur versteckte

FH-VS-01-094 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 94 einfügen:

dass kein Bankkunde in die Dispo Falle läuft. Deshalb werden wir den Dispozins deckeln: Im Fall der Kontoüberziehung und im Fall der Inanspruchnahme eines Dispositions-Kredites oder Kontokorrent-Kredites darf dieser maximal 7 Prozentpunkte (effektiv) über dem Leitzins der europäischen Zentralbank liegen. Ein höherer Zins darf von Banken nicht verlangt werden.

Begründung

Einige Banken verlangen trotz der Niedrigzinsphase einen viel zu teuren Überziehungszins von 12% / 13% / 14% und stoßen damit Menschen in finanziellen Problemen nur weiter in ihr Unglück.

Erfreulicherweise wird die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite durch die hier vorgeschlagene Deckelung geringer. Die Zinslast für Kreditnehmer*innen sinkt also, gleichzeitig steigt deren Chance, die Kredite inkl. Zinsen irgendwann zurückzahlen zu können. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Dietmar Feger (Lörrach KV); André Meral (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Henning Becker (Siegen-Wittgenstein KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Alexander von Fintel (Wilhelmshaven KV)

FH-VS-01-101 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 101:

Wissen, was drin ist **Tierprodukte**Produkte kennzeichnen

Unterstützer*innen

Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ilse Fürnkranz-Deroua (Main-Tauber KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Schäfer (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Christoph Wapler (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Peter Zamory (Hamburg-Altona KV)

FH-VS-01-102 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 102 bis 105:

~~Kein Ei mit der 3! So lautet der Spruch der wohl erfolgreichsten Tierschutzinitiative aller Zeiten~~ Wir fordern ein Gütesiegel zur leicht verständlichen Kennzeichnung von (Haushalts-)Geräten, welches die Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit des Produktes dokumentiert. Seit die Haltungsform der Legehennen gekennzeichnet werden muss, ist ~~nämlich~~ Schluss mit der Käfighaltung. Die Käufer*innen haben „mit dem Einkaufsbeutel“ abgestimmt. Wir sind sicher: Das wird auch bei Fleisch und Haushaltsgeräten funktionieren. Deshalb fordern wir auch eine klare und einfache

Begründung

Siehe **Beschluss** „Nachhaltig produzieren: Langlebige und reparaturfreundliche Produkte schonen Umwelt und Geldbeutel“ auf der 40. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Münster, vom 11.-13. November 2016.

Unterstützer*innen

Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Bodo Byszio (Berlin-Spandau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ilse Fürnkranz-Deroua (Main-Tauber KV); Philipp Rose (Berlin-Neukölln KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Florian Heilbronner (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Barbara Schäfer (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Christoph Wapler (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV)

FH-VS-01-105 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 105 bis 106:

sicher: Das wird auchgenauso bei Fleisch, Milch, Wolle und Leder funktionieren. Deshalb fordern wir eine klare und einfache Kennzeichnung der Art der Tierhaltung auf allen Fleischprodukten Tierprodukten – wie beim Ei. Damit

Begründung

Es gibt keinen Grund, warum Konsument*innen nicht auch über die Haltungsbedingungen von Schafen und Rindern in der Woll- und Lederproduktion informiert werden sollten. Gerade, weil auch hier immense Missstände vorhanden sind.

FH-VS-01-110 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 110 einfügen:

wurden – das gilt für Eier, Milch, Wolle, Leder und Fleisch.

FH-VS-01-110-2 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: KV Karlsruhe-Land

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

In Zeile 110:

wurden – das gilt für Eier, Milch, Fleisch und FleFisch.

Begründung

Auch bei Fisch sollte die Verpackung deutlich machen, was in ihm steckt.

FH-IF-01-001 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 1 bis 7:

~~Smartphones, Internet, soziale Netzwerke: Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft in einem ungeheuren Ausmaß. Digitale Dienstleistungen erhöhen dabei unsere Lebensqualität, vom Zugang zu Informationen, Open-Data und onlinebasierter Bürgerbeteiligung bis zu Carsharing und intelligent gesteuerter Stromversorgung. Gleichzeitig sind viele Menschen verunsichert. Ständig müssen wir erreichbar sein, Unternehmen erstellen detaillierte Profile, Internetkonzerne wissen immer mehr über uns und unser Leben, im Netz wachsen Brutstätten des Hasses. Ängste vor digitaler Spaltung oder Jobverlust nehmen zu.~~ Digitale Dienste, egal ob die App auf dem Smartphone, soziale Netzwerke im Internet, vernetzte Dienste in unserem zu Hause: Sie alle können unsere Lebensqualität erhöhen. Innovationen erleichtern den Zugang zu Informationen, ermöglichen neue Formen digitalgestützter Bürgerbeteiligung, intelligenter Steuerung des Energieverbrauchs oder neue Formen von Teilen und Mobilität. Verunsicherungen und offene Fragen, wie individuelle Rechte im Netz geschützt werden können, der Datensicherheit, der Macht einzelner Konzerne, der ständigen Erreichbarkeit, wachsendem Hass und Hetze, treiben immer mehr Menschen um.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-008 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 8 bis 17:

~~Unsere Digitalpolitik richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus. Demokratische Grundpfeiler wie das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Chancengleichheit stehen im Mittelpunkt unserer Konzepte für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Dazu gehört es, mühsam erkämpfte Rechte online durchzusetzen. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie und gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen. Genau das hat die Große Koalition sträflich verpasst. Jahrelang erkämpfte Fortschritte beim Schutz der Privatsphäre, der Persönlichkeit oder von Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht im und durch das Netz einfach abgeräumt werden.~~
Wir wollen den digitalen Wandel politisch gestalten. Wir richten unsere Politik an den Interessen der Menschen aus, nicht der Konzerne. Unsere leitenden Werte sind dabei: Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie. Digitale Selbstbestimmung treibt uns an und daher setzen wir uns ein für modernen Verbraucher- und Datenschutz, höchste Standards bei der IT-Sicherheit, fairen Wettbewerb und Innovationsfähigkeit. Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter bedeutet auch, dass Verbraucher*innen die Kontrolle über ihre Geräte haben. Sie müssen bei Bedarf die Software unabhängig vom Hersteller verändern können, sodass Hersteller Geräte nicht durch ausbleibende Updates in Elektroschrott verwandeln können.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-011 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 11 einfügen:

Mittelpunkt unserer Konzepte für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Auch wollen wir einem ungesunden Konsum von digitalen Medien entgegenwirken, indem Kinder und Jugendliche einen kompetenten Umgang mit digitalen Medien zu Hause und in der Schule erlernen. Wir wollen den

Begründung

Die Digitalisierung birgt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Wissenschaftliche Untersuchungen deuten darauf hin, dass der ungesunde Konsum von digitalen Medien gravierende Auswirkungen bis hin zur Sucht nach einzelnen Angeboten (z. B. World of Warcraft oder Facebook) haben kann. Jugendliche ziehen sich vollständig aus dem sozialen Leben zurück und verbringen ihr Leben allein in der digitalen Welt. Zudem bewirken die digitalen Medien vielfach, dass unser Alltag von diesen bestimmt wird; jedem sollte bereits aufgefallen sein, wie oft man sein Smartphone in der Hand hat. Damit die Vorteile der Digitalisierung nicht von den Nachteilen überlagert werden, muss letzteren entgegen gewirkt werden. Dies kann nur erreicht werden, indem Kinder und Jugendliche frühzeitig den Umgang mit diesen Medien erlernen (Medienkompetenz).

Unterstützer*innen

Silke Kolwitz (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Silvia Rothmund (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Danilo Zoschnik (Barnim KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Martin Wandrey (Havelland KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Susanna Scherer (Aschaffenburg-Land KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Micha Greif (München KV); Tibor Harrach (Berlin-Kreisfrei KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV)

FH-IF-01-018 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 18 bis 27:

~~Wir Grünen stellen uns auch übermächtig erscheinenden IT-Konzernen entgegen. Das Recht auf digitale Selbstbestimmung ist zentral im digitalen Zeitalter. Wir streiten mit aller Entschlossenheit für einen innovativen Daten- und Verbraucherschutz mit höchsten Standards, eine effektive IT-Sicherheit und digitale Chancengleichheit. Der Staat bleibt in der Pflicht, private Kommunikation und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government, offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung – egal ob durch Unternehmen oder Geheimdienste. Nur wenn wir der Sicherheit des Netzes vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft voll ausschöpfen.~~
Wir wollen die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, gleichberechtigte Teilhabe, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft nutzen. Für Innovationen im digitalen Zeitalter, bessere (digitale) Infrastruktur und für mehr IT-Sicherheit für alle Menschen und Unternehmen ist Regulierung erforderlich. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für schnelles, neutrales Internet und starke Verbraucherrechte in der digitalen Welt, mehr E-Government und offene Daten, freie und offene Software und Vertrauen durch Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung und uferloses Aufrüsten der Geheimdienste.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-026 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 26 einfügen:

vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, Wissenschaft, sozialen

Begründung

Durch die Einfügung machen wir deutlich, dass auch Wissenschaft auf Sicherheit im Netz angewiesen ist, um die Potenziale des digitalen Wandels auszuschöpfen.

FH-IF-01-028 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 28:

Ein-NetzSchnelles Internet für alle

Begründung

Der Begriff Netz ist vielfältig. Dem Leser soll hier eins unserer Hauptanliegen deutlich sein, welches auch in ein konkretes Projekt mündet.

FH-IF-01-029 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 29 bis 37:

~~Wir wollen schnelles Internet für alle Haushalte und Unternehmen, überall in Deutschland. Ein schneller Internetanschluss gehört wie ein Telefonanschluss zur staatlichen Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir beispielsweise in Baden-Württemberg bereits die weißen Flecken bei der Netzabdeckung um 80 Prozent reduziert. Der Stillstand im Bund beim Breitbandausbau steht sinnbildlich für das digitalpolitische Versagen der Großen Koalition. Noch immer gibt es viel zu viele „weiße Flecken“. Das wollen wir ändern. Wir wollen einen zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. Dafür widmen wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und investieren sie in den Breitbandausbau.~~ Schnelles Internet ist die Voraussetzung für Teilhabe in der digitalen Gesellschaft und eine innovative Wirtschaft. Überall in Deutschland, bis zu jedem Bauernhof, soll zukunftsfähige Breitbandversorgung mittels Glasfaser verlegt werden. Darum wollen wir die verbliebenen Telekom-Aktien in Bundesbesitz im Wert von ca. zehn Milliarden Euro über eine eigene Netzgesellschaft in den Glasfaserausbau investieren. Halten Provider eine hohe Mindestqualität der versprochenen Maximalbandbreiten nicht ein, werden zukünftig Bußgelder und Schadenersatzzahlungen fällig. Wir wollen den schnellen Ausbau des zukünftigen 5G-Mobilfunknetzes aktiv unterstützen und diesen dafür nutzen, den offenen, freien und flächendeckenden Zugang zu WLAN zu schaffen. Wo 5G ausgebaut wird, muss auch WLAN angeboten werden.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-035 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 35 bis 37 löschen:

zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. ~~Dafür widmen wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und investieren sie in den Breitbandausbau.~~

Begründung

Die Telekom Aktien in Bundesbesitz dürfen nicht veräußert werden da der Bund sonst ein wichtiges Mitspracherecht abgibt. Das wäre genauso wie wenn der Bund seine Bahn Aktien veräußern würde. Auch aufgrund des katastrophalen Breitbandausbaus war die Privatisierung der Telekom ein großer Fehler.

FH-IF-01-035-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 35 bis 37:

zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. ~~Dafür widmen wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und investieren sie in den Breitbandausbau.~~ Dafür braucht es ein Investitionsprogramm, bei dem wir Mittel des Bundes für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen wollen.

FH-IF-01-038 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 38 bis 44:

Wir setzen uns für echte Netzneutralität, für ~~offene und rechtssichere WLAN-Zugänge und die Förderung von Freifunk ein~~ alle ein, auch im Mobilfunk. ~~Denn echte Netzneutralität~~ Sie ist die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Zugang. ~~Ein „Zwei-Klassen-Internet“ braucht niemand für alle Menschen. Schon seit langem stellt~~ Mit der digitale Wandel uns auch vor die Frage endgültigen Abschaffung der Nutzung ~~Störerhaftung schaffen wir offene und Vergütung digitaler Inhalte~~ rechtsichere WLAN-Zugänge. Die Freifunk-Bewegung wollen wir besser fördern.

Wir wollen eine Reform des Urheberrechts, die den Ansprüchen der neuen, digitalen Realität genügt. Sie soll bürgerrechtskonform sein und die Interessen von Verbraucher*innen und Urheber*innen fair ausgleichen.-

Nutzerinnen und

Begründung

mündlich

FH-IF-01-041 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 41 einfügen:

Internet“ braucht niemand. Wir setzen uns für die Herabsetzung der Mobilfunkrichtwerte auf die Standards der Schweiz, Russlands und China ein. Schon seit langem stellt der digitale Wandel uns auch vor die

Begründung

Die aktuellen Grenzwerte berücksichtigen nur thermische Wirkungen der Strahlung. Biologische und chemische Wirkungen werden nicht berücksichtigt. Es sollten jedoch rein gesundheitliche Kriterien bei der Grenzwertfestlegung eine Rolle spielen.

FH-IF-01-042 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 42 einfügen:

Frage der Nutzung und Vergütung digitaler Inhalte. Ein kostenfreier, nicht-kommerzieller Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien sowie zu wissenschaftlichen Erkenntnissen für alle ist uns wichtig. Wir wollen eine Reform des Urheberrechts,

Begründung

Ohne in Fachtermini abzugleiten, wollen wir mit dieser Einfügung deutlich machen, dass wir für Open Educational Resources und Open-Access-Strategien stehen.

FH-IF-01-042-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 42 bis 43:

Frage der Nutzung und Vergütung digitaler Inhalte. Wir ~~wollen~~ werden das deutsche Erfolgsmodell Urheberrecht stärken und als Grundlage für gemeinsame Lösungen mit anderen Ländern nutzen. Jedoch ist eine Reform des ~~Urheberrechts~~, ~~Urhebervertragsrechts~~ nötig, damit Urheber*innen Ihre Werke besser, selbstbestimmter und eigenständiger – insbesondere im Hinblick auf die ~~den Ansprüchen der neuen, digitalen~~ neue, digitale Realität ~~genügt~~ – verbreiten können und nicht von global agierenden Konzernen faktisch enteignet werden. Sie soll bürgerrechtskonform sein

Begründung

Immer mehr Länder schaffen fairere Ausgleichsmöglichkeiten zwischen den global agierenden Konzernen die mit künstlerischen Inhalten Milliarden verdienen – und Urheber*innen, die meist unter prekären Bedingungen arbeiten und leben müssen.

Jetzt ist die Zeit, in der die Bedingungen ausgehandelt werden müssen, zwischen der meist rein kommerziellen und nur vermeintlichen „sharing“- economy und den oft von der Marktmacht der Global-Player abhängigen Einzelpersonen. Das betrifft Wohnungsbesitzer bei AirBnB, Autobesitzer bei Uber oder eben Filmemacher bei YouTube, usw...

Wir haben in Deutschland über Jahrzehnte entwickelte Strukturen, welche die Einnahmen zwischen Händler, Verwertern, Verlagen und Kreativen verteilen. Diese weiterzuentwickeln und an die digitalen Märkte anzupassen ist eine Aufgabe der wir uns gerne und konstruktiv stellen. Eine gewisse „Waffengleichheit“ muss gewährleistet bleiben, Abhängigkeitsverhältnisse aufgelöst und eine angemessene und faire Vergütung für alle Beteiligten sichergestellt sein.

Daher mein Änderungsantrag.

Unterstützer*innen

Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Angelo D'Angelico (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Elbel (Berlin-Neukölln KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Karin Trepke (Düsseldorf KV); Uta Röpcke (Herzogtum Lauenburg KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Ansgar Bovet (Landkreis Leipzig KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heinz Jirout (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Karl-Heinz Gerstenberg (Dresden KV); Elmar Gillet (Rhein-Erft-Kreis KV); Agnes Krumwiede (Ingolstadt KV); Karoline Killat (Berlin-Pankow KV)

FH-IF-01-046 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 46 einfügen:

werden als bei analogen Gütern. Wir setzen uns für eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke ein.

Gleichzeitig müssen Urheber*innen angemessen vergütet

Begründung

Bisher fehlt im Programm eine Aussage zu dieser zentralen Frage einer bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Urheberrechts.

FH-IF-01-046-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Sven Giegold (Düsseldorf KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 46 bis 47 einfügen:

werden als bei analogen Gütern. Gleichzeitig müssen Urheber*innen angemessen **und fair** vergütet werden. Unser Ziel ist ein europäisches Urheberrecht, das die Gesetzesgrundlage in den Mitgliedstaaten vereinheitlicht, keine europaweiten Zwangslizenzen schafft und die kulturelle Vielfalt achtet.

Begründung

Dieser Änderungsantrag beruht auf Anregungen, die wir von unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament erhalten haben. Sie haben den Entwurf unseres Wahlprogramms gelesen und viele Änderungsvorschläge gemacht.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Helga Trüpel (Bremen-Mitte KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Klemens Grieshop (Berlin-Pankow KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Andreas Müller (Essen KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Ute Koczy (Lippe KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Jan Sieckmann (Köln KV)

FH-IF-01-047 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 47 einfügen:

werden. Gleichzeitig muss sicher gestellt werden, dass erzeugte Daten von den Inhabern von Geräten frei genutzt werden können und nicht nur von den Herstellern. Daher wenden wir lehnen wir es ab, Daten als Eigentum im Sinne des BGB oder Art. 14 GG anzuerkennen.

Begründung

Derzeit findet eine nicht mehr nur akademische Diskussion statt, welche Rechtsnatur Daten haben sollen. Dahinter steht das Interesse insbesondere von Industrieunternehmen, automatisch erzeugte Daten, auch personenbezogene Daten iSd BDSG, als Eigentum anzuerkennen. Das Verkehrsministerium hat sich bereits klar zugunster dieser ursprünglich von Autoherstellern kommenden Forderung positioniert und fordert die Einführung von Dateneigentum. Dieses Eigentum solle den Herstellern der Geräte zustehen, die die Daten erzeugen. Das Ziel ist damit klar: nur die Hersteller von Geräten wollen die Daten nutzen können, die Nutzer*innen oder Konkurrenten sollen keine Möglichkeit des Zugriffs auf die Daten haben.

Aber auch wenn man das Eigentum an Daten den Nutzer*innen der Geräte per Gesetz zuweisen würde, die die Daten erzeugen, wäre die Situation nicht viel besser. Damit gäbe es die Möglichkeit, dass die Hersteller sich die Daten übereignen lassen oder scheinbare Preisnachlässe für die Überlassung der Daten gewähren. Der Effekt wäre im wesentlichen der gleiche wie die Zuweisung zum Hersteller der Geräte.

Die Rechtsordnung muss allerdings gewährleisten, dass in Übereinstimmung mit der Datenschutzgrundverordnung eine vollkommene Portabilität der Daten möglich sein muss. Dies muss nicht nur technisch abgesichert werden, sondern auch rechtlich. Eine vollständige Datenportabilität wäre allerdings mit dem Konzept des Eigentums an Daten nur schwer vorstellbar.

Im Übrigen passt das exkludierende Konzept des Eigentums nicht zu Daten. Diese können anders als nur einmal vorkommende Sachen nicht nur von einer nutzungsberechtigten Person gleichzeitig genutzt werden. Anders als bei Sachen gibt es keinen Grund, Daten exklusiv einer Person zuzuweisen.

Unterstützer*innen

Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Sven Krupka (Duisburg KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Markus Drenger (Darmstadt KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

FH-IF-01-047-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 47 einfügen:

werden. Wir wollen aber auch auf die steigende Zahl von Elektrosensiblen reagieren und darauf hinarbeiten, dass das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung auch für Funkstrahlung gilt.

Begründung

Laut Bundesamt für Strahlenschutz bezeichnen sich mindestens 1.5 % der Deutschen als "elektrosensibel"; andere Statistiken gehen von 5-10% der Bevölkerung aus. Ein großer Teil dieser Menschen reagiert auf hochfrequente elektromagnetische Strahlung des Mobilfunks. Auch für diese Minderheit muss der grundgesetzlich verankerte Schutz der Wohnung und der Privatsphäre gelten, damit sie sich erholen können.

FH-IF-01-047-3 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 47 einfügen:

werden. Inhalte sollen auf unterschiedlichen Endgeräten nutzbar und mitnehmbar sein. Bei der Digitalisierung des Kulturellen Erbes wollen wir die Gemeinfreiheit erhalten.

FH-IF-01-053 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 53 bis 54:

Internetunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, ~~rechtswidrige Posts und Kommentare nach umgehender Prüfung sofort zu löschen und zu dokumentieren, um eine~~
eine effektive

Begründung

an dieser Stelle streichen.

FH-IF-01-053-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 52 bis 55:

Vergewaltigungsphantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.

~~Internetunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, rechtswidrige Posts und Kommentare nach umgehender Prüfung sofort zu löschen und zu dokumentieren, um eine effektive Strafverfolgung und Durchsetzung individueller Rechte zu ermöglichen.~~ Anbieter großer, kommerzieller und öffentlicher "Kommunikations- und Netzwerkplattformen" (soziale Netzwerke) müssen eine inländische Kontaktstelle für Gerichte und Strafverfolgungsbehörden rund um die Uhr vorhalten und offensichtlich strafrechtswidrige Inhalte umgehend löschen. Eine Aushebelung der anonymen und pseudonymen Nutzung von Online-Diensten und der Meinungsfreiheit und -vielfalt durch eine direkte Auskunft über Bestandsdaten von Nutzer*Innen an private Dritte lehnen wir ab.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-062 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 62 bis 65:

auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. ~~Plattformen wie Facebook müssen in die Pflicht genommen werden, Community-Standards durchzusetzen. Dies benötigt eine aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und Hausregeln auf der Webseite auch durchsetzt. Ein~~

Ein demokratisches Netz braucht Nutzerinnen und

Begründung

in dieser Form nicht umsetzbar.

Siehe Änderungsantrag zu Zeile 53-55

FH-IF-01-062-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Heiko Wundram (Celle KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 62 bis 65:

auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. ~~Plattformen wie Facebook müssen in die Pflicht genommen werden, Community-Standards durchzusetzen. Dies benötigt eine aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und Hausregeln auf der Webseite auch durchsetzt.~~ Um Community-Standards für ein freies, offenes und inklusives Netz umzusetzen brauchen wir neben der klaren Verpflichtung von Internet-Unternehmen, rechtswidrige Posts zu löschen, eine aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und Opfern von Hass und Cyber-Mobbing Rückhalt gibt. Die Plattformbetreibenden stehen in der Pflicht, der digitalen Zivilgesellschaft wirkungsvolle Mittel an die Hand zu geben, um Hausregeln der Gemeinschaft gegenüber Störenden durchsetzen zu können. Ein demokratisches Netz braucht Nutzerinnen und

Begründung

Bereits im vorgehenden Absatz wird auf die rechtlichen Pflichten von Internet-Unternehmen hingewiesen, gegen Hass und Gewalt auf der Grundlage des Rechts vorzugehen. Zum Einen stellt der entfernte Teil eine Dopplung dieser Aufforderung dar, zum Anderen ist er sehr leicht als eine Aufforderung misszuverstehen, dass Rechtsdurchsetzung an die Unternehmen privatisiert werden soll. Vielmehr müssen die Internetunternehmen aufgefordert werden, noch stärker auf die bereits im folgenden Teil genannte digitale Zivilgesellschaft zu hören und ihr die Mittel und Möglichkeiten zu geben, das Hausrecht auf Online-Plattformen auch konsequent durchzusetzen.

Unterstützer*innen

Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Christian Ehlers (Celle KV); Karl Steindorf (Uelzen KV); Helge Wilker (Hannover RV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Robert Helling (München KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Anna Katharina Boertz (Celle KV); Jürgen Bischoff (Berlin-Kreisfrei KV); Marlies Petersen (Celle KV); Bernd Zobel (Celle KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Robin Luge (Harz KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Moritz Duge (Hamburg-Wandsbek KV); Maximilian Ruta (Köln KV)

FH-IF-01-068 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 68 löschen:

selbstbestimmtes Leben. Wir wollen daher mehr Programme für digitale ~~und kulturelle~~ Bildung

Begründung

an dieser Stelle eine ungünstige Verknüpfung zweier sehr unterschiedlicher Anliegen. Auf die sehr wichtige kulturelle Bildung wird an anderer Stelle eingegangen.

FH-IF-01-069 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 69 löschen:

in ~~Kindertagesstätten~~, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Auch Polizei und

Begründung

In KiTas mit Kindern bis zum Alter von sechs Jahren hat "digitale Bildung" nichts zu suchen, da die Gehirnentwicklung den Kontakt mit der wahren Welt braucht und die Gehirnentwicklung erst weit nach der Pubertät abgeschlossen ist.

Eine Definition des Begriffs "digitale Bildung" fehlt völlig - wesentlich wäre "Medienmündigkeit" bei Schülern zu fördern; Medienkompetenz bzw. der Umgang mit digitalen Medien ist für sie selbstverständlich.

Außerdem zeigen alle Studien, dass Unterricht mit digitalen Methoden ("jedem Kind sein Laptop") zu einer Verstärkung der Bildungsunterschiede führt, weil Kinder aus bildungsfernen Schichten diese Medien für Spiele etc. und weniger zum Lernen nutzen.

FH-IF-01-070 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: KV Karlsruhe-Land

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 70 bis 71 löschen:

Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für ~~Frauen und Mädchen~~, die Opfer von Cybermobbing und Gewalt im Netz ~~geworden sind~~, benötigen wir mehr Beratungs- und

Begründung

Alle Opfer (Frauen, Mädchen, Jungen, Männer) benötigen mehr Beratungs- und Anlaufstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden.

FH-IF-01-070-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 70:

Staatsanwaltschaften müssen hier ihre **Kompetenz**Fähigkeiten erweitern. Für Frauen und Mädchen, die Opfer

Begründung

Dadurch wird klarer, dass es nicht um Zuständigkeiten, sondern um das Wissen geht.

FH-IF-01-070-3 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 70 bis 72:

Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. ~~Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Cybermobbing und Gewalt im Netz geworden sind, benötigen wir mehr Beratungs- und Anlaufstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden.~~ Wir benötigen mehr Beratungs- und Anlaufstellen für Opfer von Cybermobbing und Gewalt im Netz sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden, insbesondere für Frauen und Mädchen, die besonders oft davon betroffen sind.

FH-IF-01-070-4 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 70 bis 71:

Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für ~~Frauen und Mädchen, die Opfer~~Betroffene von Cybermobbing und Gewalt im Netz ~~geworden sind~~, benötigen wir mehr Beratungs- und

Begründung

Nicht nur Frauen und Mädchen sind betroffen von Cybermobbing und Gewalt im Netz, es trifft alle Menschen.

FH-IF-01-070-5 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 70 bis 71 löschen:

Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für ~~Frauen und Mädchen, die~~ Opfer von Cybermobbing und Gewalt im Netz ~~geworden sind,~~ benötigen wir mehr Beratungs- und

Begründung

Die Beratungs- und Anlaufstellen sollten nicht nur für Frauen und Mädchen zur Verfügung stehen sondern für alle Personen, egal welchem Geschlecht diese zugehörig sind.

FH-IF-01-079 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 79 einfügen:

Vielmehr bleibt der Staat in der Pflicht, private Kommunikation, persönliche Daten, Beschäftigtendaten und

Begründung

Der Beschäftigtendatenschutz darf nicht vergessen werden. Er ist elementar wichtig für die Beschäftigten, denn auch für sie gilt die informationelle Selbstbestimmung – insbesondere in der digitalen Arbeitswelt.

Gleichzeitig gibt es einen Änderungsantrag, den Beschäftigtendatenschutz an einer anderen Stelle zu streichen, weil er dort nicht passt.

Unterstützer*innen

Willi Kulke (Bielefeld KV); Paula Louise Piechotta (Heidelberg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Müller (Essen KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Uwe Kekertitz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Corinna Ruffer (Trier KV)

FH-IF-01-082 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Demokratie & Recht

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 82 einfügen:

Sicherheitsstandards kämpfen.

Die zunehmende Speicherung von Daten durch digitale Geräte darf der Staat nicht dazu nutzen, Daten des Kernbereichs persönlicher Lebensgestaltung in Strafverfahren gegen die Benutzer der Geräte zu verwenden. Wir setzen uns deshalb für ein Beweiserhebungsverbot für diese ein.

Begründung

Geräte, die bei der Benutzung automatisch und umfassend Daten von Sensoren sowie GPS-Daten speichern sind geeignet, ein umfassendes Bild von den Tätigkeiten einer Person zu liefern und so Aufschlüsse über den besonders geschützten Kernbereich der persönlichen Lebensgestaltung zu geben. Dieser soll nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts frei bleiben von einer Ausforschung in Strafverfahren.

Die von den informationstechnischen Geräten aufgezeichneten Daten umfassen nicht nur Daten wie den Aufenthaltsort, sondern auch je nach Gerät Daten über den Aufenthaltsort, Tätigkeiten in der Wohnung, Herzschlag, Schweißproduktion oder über Beschleunigung von Körperteilen. Hirnströme können auch ausgelesen und analysiert werden.

Aus diesen Daten lässt sich mit einiger Sicherheit inzwischen analysieren, was eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt getan hat. Die Analysemethoden sind inzwischen so genau, dass beispielsweise die Daten der Beschleunigungssensoren, wie sie unter anderem in Fitnesstrackern und Smartphones verwendet werden, es erlauben festzustellen, welche Tätigkeit ein Mensch genau ausgeführt hat. Da gleichzeitig die Uhrzeit und weitere Daten gespeichert werden, ist eine ziemlich lückenlose (Selbst-)Überwachung möglich. Dies gilt auch für die Daten, die „smarte“ Strom- und Wasserzähler aufzeichnen.

Medizinische Implantate und Prothesen können ebenfalls über notwendige Sensoren die für ihre Funktion notwendigen Daten speichern. Das kann beispielsweise den Herzschlag, die Durchblutung oder auch die Umgebungslautstärke sein. Die Möglichkeiten der Speicherung und Auswertung von Daten in der Zukunft sind bei sinkenden Kosten, zunehmender Miniaturisierung und steigender Rechenleistung ziemlich unbegrenzt.

Bisher umfasst der Schutz vor einer Selbstbelastung nur Aussagen sowie, mit Ausnahmen, Aufzeichnungen, die der Intimsphäre zuzurechnen sind wie beispielsweise Tagebücher. Inzwischen gibt es aber weit mehr Gegenstände, die von Menschen eingesetzt werden und Daten weitaus umfassender speichern, ohne dass den Nutzerinnen im einzelnen bewusst ist, welche Daten gespeichert werden und welche Schlüsse sich aus diesen Daten ziehen lassen. Derartige Daten werden anders als Tagebucheinträge unabhängig davon gespeichert, ob Nutzer*innen das wollen oder nicht. Beispielsweise ermöglicht das Auslesen von Hirnströmen die emotionale Lage von Menschen zu erkennen. Es ist möglich, zu erkennen, was ein Mensch

gedacht hat oder welche Emotionen er verspürt hat.

Der Eingriff in den Bereich der privaten Lebensgestaltung ist damit noch deutlich intensiver als er bei der Auswertung von Tagebüchern oder anderen Aufzeichnungen ist, weil Nutzer*innen keine Kontrolle darüber haben, ob Daten gespeichert werden, welche Daten gespeichert werden und welche Rückschlüsse aus den Daten gezogen werden. Noch intensiver ist der Eingriff bei medizinischen und anderen Implantaten, bei denen Nutzer*innen nicht einmal entscheiden können, ob sie die Implantate und Prothesen permanent nutzen wollen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der besonders geschützte Bereich der privaten Lebensgestaltung auch geschützt wird, indem automatisch generierte Daten informationstechnischer Geräte vor einer Verwendung in Strafverfahren geschützt werden.

FH-IF-01-082-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Heiko Wundram (Celle KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 82 einfügen:

Sicherheitsstandards sowie gegen Versuche zur Schwächung oder der Regulierung von allgemein verfügbaren, starken Verschlüsselungsverfahren kämpfen.

Unterstützer*innen

Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Robin Luge (Harz KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Helge Wilker (Hannover RV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Inge Ganter (Karlsruhe-Land KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Robert Helling (München KV)

FH-IF-01-087 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 87 bis 89 löschen:

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen. ~~Private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft sowie digitale Infrastrukturen werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.~~

Begründung

Nicht durch den Staat durchführbar – es sei denn, er greift tief in die Infrastruktur ein und verletzt damit Bürgerrechte.

FH-IF-01-088 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Heiko Wundram (Celle KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 87 bis 89:

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen. ~~Private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft sowie digitale Infrastrukturen werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.~~ Ebenso lehnen wir es ab, dass deutsche Geheimdienste sich am lukrativen Geschäft mit Fehlern in Betriebssystemen und Programmen beteiligen und diese langfristig geheim halten. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass staatlichen Stellen bekannte Sicherheitslücken in einem responsible disclosure Prozess an herstellende Unternehmen melden, um so die Netzwerk- und Softwaresicherheit für alle zu verbessern.

Unterstützer*innen

Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Robin Luge (Harz KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Helge Wilker (Hannover RV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Inge Ganter (Karlsruhe-Land KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Robert Helling (München KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV)

FH-IF-01-089 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 89 einfügen:

werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.

Die Bundeswehr muss sich auf neue Bedrohungslagen einstellen und der Bund muss seine IT-Infrastrukturen besser schützen. Offensive Operationen in andere Systeme lehnen wir jedoch klar ab. Jeglicher Einsatz von digitalen Einsatzkapazitäten der Bundeswehr muss der parlamentarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterliegen.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-090 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Marie Schäffer (Potsdam KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 90 bis 93:

Mit der Vernetzung von immer mehr Gegenständen des täglichen Lebens („Internet of Things“) ~~wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. Wir wollen daher auch für Software die seit Jahren fehlende Produkthaftung einführen und bei Geräten mit Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.~~ der Dinge“) wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. Daher wollen wir den Zeitraum garantierter Sicherheitsupdates bei Produkten mit Netzwerkfunktion einheitlich und gut sichtbar kennzeichnen. Der Verbraucher bekommt so die Möglichkeit, Sicherheit als Kaufkriterium zu berücksichtigen. Je nach Produkttyp sollen bestimmte Mindestlebenszeiten gelten.

Begründung

Die Frage von Sicherheitsupdates ist essentiell um die Sicherheit und Privatsphäre von Verbraucher*innen zu schützen und sollte daher ähnlich wie z.B. das die Energieverbrauchskennzeichnung gehandhabt werden zusätzlich zu konkreten Vorgaben.

Produkthaftung für Software ist zwar wichtig, aber ein hochkomplexes Thema und müsste in sehr viel höherem Detailgrad behandelt werden wenn man es erwähnen will.

Insbesondere könnten durch undifferenzierte Produkthaftung kleine Unternehmen benachteiligt und der Software-Markt monopolisiert werden.

Unterstützer*innen

Moritz Duge (Hamburg-Wandsbek KV); Robert Helling (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Björn Canders (Frankfurt KV); Robert Wagner (Rostock KV); Malte Engeler (Kiel KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Kirsten Bock (Plön KV); Heiko Wundram (Celle KV); Thomas Schäffer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Johannes Alexander Müller (Hamburg-Altona KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV)

FH-IF-01-091 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Heiko Wundram (Celle KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 91 bis 93:

wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. ~~Wir wollen daher auch für Software die seit Jahren fehlende Produkthaftung einführen und bei Geräten mit Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.~~ Wir wollen daher für Herstellende von digitalen Geräten, Software und Netzwerkdiensten die Anreize noch weiter verstärken und soweit möglich rechtlich festschreiben, dass sowohl während des Entwicklungsprozesses als auch im Betrieb die Sicherheit der IT-Systeme gewährleistet wird, wie etwa durch regelmäßige und kostenfreie Software-Updates für den Gewährleistungszeitraum. Für quelloffene Software- und Hardwaresysteme wollen wir weitere Fördermöglichkeiten schaffen, um die notwendigen Sicherheitsprüfungen und sicherheitsrelevante Entwicklungstätigkeiten auch finanziell zu unterstützen. Ebenso wollen wir die Rechte von Nutzer*innen stärken, auf ihren Geräten freie Software einzusetzen, um im Sinne der Nachhaltigkeit auch nach dem Auslaufen von Produktunterstützung weiterhin sichere Systeme betreiben zu können..

Unterstützer*innen

Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Robin Luge (Harz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Robert Helling (München KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Maik Außendorf (Rhein-Berg KV)

FH-IF-01-093 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 93 einfügen:

Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.

Bei öffentlichen Beschaffungen sollen freie, quelloffene Software, Formate und Standards bevorzugt werden, insb. dann, wenn Bürger*innen diese einsetzen sollen. Damit soll die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern gesenkt, die Transparenz erhöht und die Nachnutzung ermöglicht werden. Dies bietet auch Chancen für kleine und mittlere Unternehmen.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-094 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 94:

Was macht ihr mit meinen Daten?Für einen modernen Datenschutz

Begründung

Durch diese Überschrift wird unser Anliegen deutlich

FH-IF-01-095 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 95 bis 104:

~~Seit wir immer mehr online erledigen, wissen auch unzählige Unternehmen, wohin wir gehen, was wir lesen, was wir kaufen, wer unsere Freunde sind oder wie oft wir verschuldet waren. Die Methoden werden besser, die Daten immer mehr. Wir müssen die Kontrolle über die Daten zurückerkämpfen ☒ denn sie gehören uns! Deshalb ist für uns der Verbraucherschutz im Netz so wichtig (à Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark). Nutzerinnen und Nutzer brauchen ein Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung ihrer Daten gegenüber internationalen Unternehmen. . Automatisierte Diskriminierung wollen wir unterbinden, sei es beim individuellen Preis-Profiling, beim Kredit-Scoring oder auch bei der inneren Sicherheit. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Unternehmen an die rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten.~~
Datenschutz ist wesentliche Bedingung für eine freiheitliche Demokratie. Er ermöglicht freie individuelle und gesellschaftliche Entfaltung und schützt vor Eingriffen des Staates und von Konzernen. Die etablierten Datenschutzziele müssen in der Entwicklung und als Voreinstellung von Technologie verankert werden. Personenbezogene Daten sind unveräußerlich und daher kein Handelsgut. Wir sehen einen starken Datenschutz als internationalen Wettbewerbsvorteil, den wir verteidigen und ausbauen wollen. Den Mittelstand wollen wir aktiv im Bereich Datenschutz- und IT-Sicherheit unterstützen und Anreize für datenschutzfreundliche Lösungen setzen. Der Staat muss seine Verantwortung für eine zukunftsfähige Regulierung endlich annehmen.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-104 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 104 einfügen:

rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten.

Medienprivileg erhalten

Datenschutz darf nicht auf Kosten der Pressefreiheit gehen. Darum werden wir auch im neuen BDSG Regelungen zum Erhalt des Medienprivilegs einführen.

Unterstützer*innen

Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Jan Froehlich (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV)

FH-IF-01-108 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 108 bis 114:

~~Wir wollen, dass schnelles Internet in jedem Stadtviertel, jeder Gemeinde und jedem Dorf Standard ist. Dafür werden wir die Breitbandversorgung überall in Deutschland verbessern und die Glasfaserkabel ausbauen von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. Der Bund soll dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in den Breitbandausbau investieren. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel steht dabei im Vordergrund. Um Wettbewerb zu sichern, können sowohl Kommunen als auch Unternehmen die Leitungen legen und die Netze betreiben.~~
Wir wollen, dass schnelles Internet über Glasfaser von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof direkt bis zur Bordsteinkante verfügbar ist. Der Bund soll dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen über eine eigene Netzgesellschaft in den Glasfaserausbau investieren. Wir wollen den schnellen Ausbau des zukünftigen 5G-Mobilfunknetzes aktiv unterstützen und diesen dafür nutzen, den offenen, freien und flächendeckenden Zugang zu WLAN zu schaffen. Wo 5G ausgebaut wird, muss auch WLAN angeboten werden.

Begründung

mündlich

FH-IF-01-110 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 110 bis 112:

die Glasfaserkabel ausbauen von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. ~~Der Bund soll dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in den Breitbandausbau investieren. Der~~ Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel

Begründung

Die Telekom Aktien in Bundesbesitz dürfen nicht veräußert werden da der Bund sonst ein wichtiges Mitspracherecht abgibt. Das wäre genauso wie wenn der Bund seine Bahn Aktien veräußern würde. Auch aufgrund des katastrophalen Breitbandausbaus war die Privatisierung der Telekom ein großer Fehler.

FH-IF-01-110-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Tabea Rößner (Mainz KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 110 bis 114:

~~die Glasfaserkabel ausbauen ☒ von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. Der Bund soll dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in den Breitbandausbau investieren. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel steht dabei im Vordergrund. Um Wettbewerb zu sichern, können sowohl Kommunen als auch Unternehmen die Leitungen legen und die Netze betreiben.~~ dafür sorgen, dass von der Banken-City bis in die ländlichen Regionen hinein die Glasfasernetze bis zu den Nutzerinnen und Nutzern (FTTB/FFTH) ausgebaut werden. Dort, wo kein privatwirtschaftlicher Ausbau erfolgt, soll der Bund zehn Milliarden Euro aus dem Verkauf der Telekom-Aktien in die physische Infrastruktur investieren. Kommunen sollen selbst Netze bauen und die Leitungen an private Unternehmen verpachten können. Außerdem wollen wir Unternehmen in die Pflicht nehmen, die vertraglich zugesicherten Bandbreiten auch tatsächlich bereit zu stellen. Hierfür fordern wir verbindliche Mindestbandbreiten, Bußgelder und Schadensersatzzahlungen, wenn diese Mindestbandbreiten nicht zur Verfügung stehen.

Begründung

Nicht der Ausbau von Leerrohren steht im Vordergrund, sondern wir wollen, dass Unternehmen und Kommunen dort, wo es kein schnelles Netz gibt („weiße Flecken“) Infrastrukturanbieter und ggf. auch Netzbetreiber werden, nicht jedoch Diensteanbieter für Telekommunikations- bzw. Internetdienstleistungen. Eine Beschränkung der Rolle der Kommunen auf die Verlegung von Leerrohren wäre also viel zu kurz gegriffen und würde den Kommunen auch eine Handlungsoption nehmen. Vielmehr muss der Ausbau von physischer Infrastruktur (Rohre und Glasfaserkabel) im Vordergrund stehen. Die Umformulierung trägt dem Rechnung. Da Vectoring in wenigen Jahren schon wieder überholt sein wird, betrachten wir Glasfaser als die nachhaltige und zukunftstüchtige Technologie. Diese bringt den Nutzerinnen und Nutzern aber nichts, wenn das Glasfaserkabel am Verteilerkasten an der Straßenecke endet, daher wollen wir in dem Antrag deutlich machen, dass FTTB für uns das anzustrebende Ziel ist. Die unzureichende Bereitstellung von vertraglich zugesicherten Bandbreiten ist ein grassierendes Problem, dem wir uns mit unserer Forderung nach Mindestbandbreiten entgegenstellen. Daher soll auch diese mit dem Breitbandausbau in Verbindung stehende Forderung in das Programm aufgenommen werden.

Unterstützer*innen

Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Marcel Becker (Mainz KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Jutta Blatzheim-Roegler (Bernkastel-Wittlich KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Katrin Donath (Altenkirchen KV); Sascha Gottschalk (Trier-Saarburg KV); Ann Kristin Pfeifer (Mainz KV); Christoph Wagner (Mayen-Koblenz KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Martin Becker (Mainz KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); David Profit (Alzey-Worms KV); Pia Schellhammer (Mainz-Bingen KV); Thomas Görger (Mayen-Koblenz KV); Dieter Janecek (München KV)

FH-IF-01-110-3 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 110 bis 112:

die Glasfaserkabel ausbauen von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. ~~Der Bund soll dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in den Breitbandausbau investieren.~~ Der Bund soll dafür ein Investitionsprogramm entwickeln, bei dem Mittel des Bundes für den Ausbau bereitgestellt werden. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel

FH-IF-01-116 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 116:

~~Datenschützer*innen stärken, neues Klagerecht einführen~~ Sichere Infrastrukturen

Begründung

Wird deutlich aus dem Änderungsantrag zu Zeile 116-125

FH-IF-01-117 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 117 bis 125:

~~Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern und die Verbraucherschutzverbände sind für wirksamen Datenschutz enorm wichtig. Sie müssen mit der Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen Schritt halten. Von Big-Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 bis zur Digitalisierung im Gesundheitswesen, im Verkehr oder der Energieversorgung: Für immer mehr Bereiche brauchen wir Schutzkonzepte und aufmerksame Datenschützer*innen. Auch die neue EU-Datenschutzgrundverordnung stellt neue Anforderungen. Um diese Aufgaben zu bewältigen, wollen wir unsere Datenschutzaufsichtsbehörden institutionell und personell stärken. Neben mehr Personal fordern wir, ihnen ein Klagerecht vor Zivilgerichten einzuräumen, damit sie wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können.~~ **Digitale Angriffe auf IT-Infrastrukturen vom Heimcomputer über Bundestagsserver bis zu Energie- und Industrieanlagen sind an der Tagesordnung. Wir Grüne wollen diese Systeme effektiv schützen, uns aber auch der digitalen Aufrüstung in diesem Bereich entgegen stellen. Der beste Schutz vor Angriffen sind sichere und überprüfbare Systeme. Staatliche Stellen müssen verpflichtet werden, IT-Sicherheit zu stärken. Bewusstes Offenhalten von Sicherheitslücken ist rechtsstaatlich mit der Schutzpflicht gegenüber den Bürger*Innen nicht zu verantworten, birgt unkontrollierbare Risiken und gehört daher verboten. Um staatliche und andere kritische Infrastrukturen zu schützen, werden wir die Entwicklung von umfassenden Sicherheitskonzepten voran treiben und fördern. Eine durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung werden wir zum Standard machen.**

Begründung

mündlich

FH-IF-01-117-2 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Marie Schäffer (Potsdam KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 117 bis 125:

~~Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern und die Verbraucherschutzverbände sind für wirksamen Datenschutz enorm wichtig. Sie müssen mit der Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen Schritt halten. Von Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 bis zur Digitalisierung im Gesundheitswesen, im Verkehr oder der Energieversorgung: Für immer mehr Bereiche brauchen wir Schutzkonzepte und aufmerksame Datenschützer*innen. Auch die neue EU-Datenschutzgrundverordnung stellt neue Anforderungen. Um diese Aufgaben zu bewältigen, wollen wir unsere Datenschutzaufsichtsbehörden institutionell und personell stärken. Neben mehr Personal fordern wir, ihnen ein Klagerecht vor Zivilgerichten einzuräumen, damit sie wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können.~~ Digitale Angriffe auf IT-Infrastrukturen vom Heimcomputer über Bundestagsserver bis zu Energie- und Industrieanlagen sind an der Tagesordnung. Wir Grüne wollen diese Systeme effektiv schützen, uns aber auch der digitalen Aufrüstung in diesem Bereich entgegen stellen. Der beste Schutz vor Angriffen sind sichere und überprüfbare Systeme. Der Staat steht dabei in der Pflicht, gesellschaftliche Akteure vertrauenswürdig zu unterstützen. Für diese Aufgabe wollen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stärken und unabhängig vom Innenministerium machen. Bewusstes Offenhalten von Sicherheitslücken ist rechtsstaatlich mit der Schutzpflicht gegenüber den Bürger*Innen nicht zu verantworten, birgt unkontrollierbare Risiken und gehört daher verboten. Um staatliche und andere kritische Infrastrukturen zu schützen, werden wir die Entwicklung von umfassenden Sicherheitskonzepten voran treiben und fördern. Eine durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung werden wir zum Standard machen.

Begründung

Ergänzung zum Antrag der BAG Medien&Netz. Das BSI als zentraler Baustein unseres IT-Sicherheitskonzepts sollte im Schlüsselprojekt erwähnt werden.

Unterstützer*innen

Moritz Duge (Hamburg-Wandsbek KV); Robert Helling (München KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Benedikt Wildenhain (Mettmann KV); Björn Canders (Frankfurt KV); Robert Wagner (Rostock KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Martin van Elten (Halle KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Heiko Wundram (Celle KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV)

FH-IF-01-119 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 119 einfügen:

Lebensbereichen Schritt halten. Von Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 [über den Beschäftigtendatenschutz](#) bis zur

Begründung

Der Beschäftigtendatenschutz darf nicht vergessen werden. Er ist elementar wichtig für die Beschäftigten, denn auch für sie gilt die informationelle Selbstbestimmung – insbesondere in der digitalen Arbeitswelt.

Gleichzeitig gibt es einen Änderungsantrag, den Beschäftigtendatenschutz an einer anderen Stelle zu streichen, weil er dort nicht passt.

Unterstützer*innen

Willi Kulke (Bielefeld KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Müller (Essen KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Jamila Schäfer (München KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV)

FH-IF-01-132 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

In Zeile 132:

maschinenlesbar und ~~kosten- und lizenzfrei~~ kostenfrei und unter freier Lizenz für die Öffentlichkeit bereitzustellen.

Begründung

sprachlich, freie Lizenz ist auch eine Lizenz

FH-BW-01-001 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 0 bis 16:

Mit der globalen Wirtschaftsentwicklung und zunehmender Marktkonzentration verstärken sich nicht nur soziale Ungerechtigkeit, sondern ebenso regionale Ungleichheiten. Während große Städte sich neuer Bevölkerungszunahme und wachsendem Wirtschaftsdruck stellen müssen, leiden viele Klein- und Mittelstädte unter wirtschaftlicher Strukturschwäche. Es gibt in Ost und West Städte und Regionen, denen mit der Deindustrialisierung ihre Wirtschaftsgrundlage entzogen wurde. Auch die Agrarindustrie und das v.a. in Ostdeutschland forcierte „Landgrabbing“ nehmen vielen Dörfern und Kleinstädten in ländlichen Regionen die lokale Wertschöpfung. So fordern Bevölkerungswachstum und steigende Wirtschaftskraft auf der einen Seite und Bevölkerungsrückgang und Leerstand auf der anderen Seite die Politik von Bund, Ländern und insbesondere den Kommunen in neuer Weise heraus. Dies zumal die Finanzkraft der Kommunen sehr unterschiedlich, häufig aber anhaltend prekär ist. ~~Zu Hause, auf der Straße, bei der Arbeit, in Kindertagesstätten und der Schule verbringen wir zusammen unser Leben. Vor Ort werden unsere Alltagsfragen beantwortet. Ist der Weg zum Job schnell erreichbar und die Miete bezahlbar? Ist der Arzt oder die Ärztin nur einen Katzensprung entfernt? Fährt der Bus alle fünf Minuten oder existiert gar keine Haltestelle? Gibt es fußläufig eine Lieblingskneipe, Kinos und ausreichend Sportstätten? Ist der Dorfladen ein naher und geliebter Treffpunkt oder längst geschlossen? Kann man einfach mal losradeln, ohne Slalom durch Schlaglöcher fahren zu müssen? Diese Grundlagen des Alltags sorgen für Wohlbefinden oder Frust. Sie prägen unser Zusammenleben und bestimmen, ob ein Arbeitsplatz erreichbar und die Balance zwischen Familie und Arbeit möglich ist und ob alle Menschen leben können, wie und wo sie wollen. Sie bestimmen, ob Kinder gut aufwachsen, ob ein gutes Leben im Alter möglich ist und die Pflege reibungslos funktioniert. Die Lebensqualität wird vom Angebot vor Ort entschieden, egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen Geldbeutel ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot vor Ort ist ein Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben, gerade für Menschen ohne großen finanziellen Spielraum.~~ Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen Geldbeutel ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot vor Ort ist ein Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben, gerade für Menschen ohne großen finanziellen Spielraum.

Begründung

Die Problemdarstellung bedarf der notwendigen Abstraktion um ernst genommen zu werden.

FH-BW-01-001-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir kämpfen für eine neue, grüne Wohnungspolitik

FH-BW-01-021 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Joe Högl (München KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 21:

alle gleich: Städte und Gemeinden müssen das Heft des Handelns in ~~der~~die Hand ~~behalten~~bekommen. Nur so

Begründung

„... das Heft des Handelns in der Hand behalten“ trifft oft nicht mehr zu. Vielen Kommunen können sich keine freiwilligen Leistungen mehr leisten. Sie müssen erst (wieder) handlungsfähig gemacht werden.

Unterstützer*innen

Arne Brach (München KV); Peter Heilrath (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Christian Smolka (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Andrea Bachmaier (München KV); Angela Wilson (München KV); Harald Schmitt (München KV); Christian Hierneis (München KV); Doris Wagner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Sybille Stöhr (München KV); Wolfgang Geisselbrecht (München KV); Dieter Janecek (München KV); Alexander König (München KV); Marcus Kaiser (München KV); Helena Geißler (München KV)

FH-BW-01-030 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 30 einfügen:

Ziel ist eine angemessene finanzielle Ausstattung für alle. Gerade in strukturschwachen Gegenden müssen Angebote für Jugendliche, wie Jugendzentren, ausgebaut werden. Mit einem Altschuldenfonds

FH-BW-01-034 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 34 einfügen:

die Grundsteuer mit einer Bodenwertsteuer gerechter machen. Sie soll nur noch auf den Bodenwert und nicht mehr auf das Gebäude erhoben werden. So begünstigen wir flächensparendes Bauen und belasten luxuriösen Flächenverbrauch und Baulandspekulation. Der Bund und die Länder dürfen unsere Städte und Gemeinden

Begründung

Beschlusslage der BAG (Berlin, 17.02.2017)

FH-BW-01-034-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Hamburg-Harburg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 34 einfügen:

die Grundsteuer mit einer Bodenwertsteuer gerechter machen. Sie soll nur noch auf den Bodenwert und nicht auf das Gebäude erhoben werden. So begünstigen wir flächensparendes Bauen und belasten luxuriösen Flächenverbrauch und Baulandspekulation. Der Bund und die Länder dürfen unsere Städte und Gemeinden

Begründung

Durch Grundsteuern finanzieren die Kommunen ca. ein Fünftel Ihrer Haushalte. Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherige Grundsteuerregelung für Bauflächen aufgrund der ungerechten und anachronistischen Einheitswerte für verfassungswidrig erklärt. Änderung ist geboten. Zwischen den Finanzminister*innen wurde nun eine Neuregelung ausgehandelt, bei der die Einheitswerte durch eine vereinfachte Verkehrswertermittlung ersetzt werden soll. Diese vereinfachte Ermittlung ist aber immer noch so aufwendig, dass sie noch viele Jahre brauchen wird und trotzdem weiterhin Ungerechtigkeiten enthalten würde. Damit würde eine Chance vertan, die sich selten bietet: Ein einfachere und trotzdem gerechtere Besteuerung.

Das im Änderungsantrag vorgeschlagene Grundsteuermodell des NABU sieht vor, nur noch den Bodenwert zu besteuern und das Gebäude unberücksichtigt zu lassen. Die Bodenrichtwerte liegen in der Regel bereits flächendeckend vor. Es gäbe also keinen bürokratischen Aufwand. Unterschiedliche Bodenwerte in Städten und ländlichen Räumen würden gerecht abgebildet. Wer in ein Gebäude investiert, würde nicht dafür steuerlich bestraft. Bauland würde mobilisiert und damit das Ausufer von Siedlungen und Gewerbegebieten in die Landschaft gemindert.

Die Gewinner*innen und Verlierer*innen haben Potsdamer Wissenschaftler*innen ermittelt: Gewinnen würden gegenüber dem Modell der Finanzminister*innen die Bewohner*innen in Mehrfamilienhäusern – sowohl zur Miete als auch im Eigentum. Für Eigentümer*innen von Reihenhäusern und freistehenden Einfamilienhäusern auf kleinen Grundstücken bliebe die Steuer weitgehend neutral. Am meisten verlieren würden diejenigen, die Bauland spekulativ horten. Verlieren würden aber auch die Eigentümer*innen von Einfamilienhäusern auf großen Grundstücken insbesondere in Ballungsräumen; und das sind in der Regel diejenigen, die wir mit Erbschafts- oder Vermögenssteuern in unseren bisherigen Debatten stärker belasten wollten.

Die Grundsteuer für landwirtschaftliche Flächen wird anders berechnet. Um sie geht es hier nicht.

FH-BW-01-036 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

stellen. Unser Grundsatz lautet: Wer bestellt, bezahlt. Außerdem brauchen wir viel mehr nachhaltige Investitionen. Seit Jahrzehnten fallen immer wieder Sanierungen und Instandsetzungen von öffentlicher Infrastruktur dem Rotstift zum Opfer oder werden ohne ökologischen und nachhaltigen Nutzen oder in einer unzureichenden Qualität realisiert. Dieser Investitionsstau konzentriert sich

Begründung

Investitionen per se sind nicht unbedingt gut. Qualität und Nachhaltigkeit müssen berücksichtigt werden. Uns geht es nicht nur um das OB, sondern auch um das WIE

FH-BW-01-041 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 41 einfügen:

bei der Sanierung von Schulen helfen, da hier in vielen Orten die Not am größten ist.

Wir wollen die Mittel für regionale Wirtschaftsförderung (GRW) deutlich aufstocken. Wir brauchen in strukturschwachen Gegenden mehr Arbeitsplätze, um die Attraktivität dieser Gegenden zu erhöhen, um Abwanderung in Boomregionen zu verhindern und auch um den Menschen in Verliererregionen wieder zu zeigen, dass die Gesellschaft sich um sie kümmert.

Begründung

Mit Arbeitsplätzen und einer starken Wirtschaft vor Ort können die meisten der hier geschilderten Probleme leichter gelöst werden. Strukturschwache Regionen sind auch besonders anfällig für Populismus. Regionale Wirtschaftsförderung ist daher sowohl für die einzelnen betroffenen Menschen wichtig, wie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist das derzeit effizienteste Instrument zu regionalen Wirtschaftsförderung, das uns zur Verfügung steht.

FH-BW-01-042 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 42 bis 48:

Unsere Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Bezahlbares Wohnen in angemessenen Wohnungen ist für uns alle existentiell. Das ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderungen geworden, vor allem für Geringverdiener*innen, Familien, Alleinerziehende, Studierende und Auszubildende, Geflüchtete oder Menschen mit geringer Rente. Aber auch immer mehr Gutverdienende sind betroffen. Immer mehr Menschen benötigen staatliche Unterstützung, um sich ihre Wohnung überhaupt leisten zu können. Andere werden ganz aus ihrem vertrauten Umfeld vertrieben oder werden sogar wohnungslos. Die soziale Spaltung in vielen Städten muss dringend gestoppt werden. Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vielerorts vergleichbar mit der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und häufig entscheidet die Dicke des Geldbeutels über die neue Mieter*in. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freunde, Kindertagesstätte, Jobs und Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Wir Grünen wollen eine

FH-BW-01-043 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 43 bis 56:

~~Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vielerorts vergleichbar mit der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und häufig entscheidet die Dicke des Geldbeutels über die neue Mieter*in. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freunde, Kindertagesstätte, Jobs und Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Wir Grünen wollen eine Million neue bezahlbare Wohnungen, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. Wir fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir wollen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen, Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unsere Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Bezahlbares Wohnen in angemessenen Wohnungen ist für uns alle existentiell. Das ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderungen geworden, vor allem für Geringverdiener*innen, Familien, Alleinerziehende, Studierende und Auszubildende, Geflüchtete oder Menschen mit geringer Rente. Aber auch Gutverdienende sind betroffen. Immer mehr Menschen benötigen staatliche Unterstützung, um sich ihre Wohnung überhaupt leisten zu können. Andere werden ganz aus ihrem vertrauten Umfeld vertrieben oder werden sogar wohnungslos. Diese soziale Spaltung muss dringend gestoppt werden.~~

Immer mehr Finanzinvestoren kontrollieren den Wohnraum in unseren Städten und missbrauchen ihre Macht gegenüber den Bedürfnissen der Mieter*innen. Wir Grüne setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein. Um das zu erreichen, wollen wir Grünen über gemeinwohlorientierte Träger mindestens eine Million neue bezahlbare Wohnungen bauen oder ankaufen, die dauerhaft günstig und sozial gebunden den breiten Schichten zugute kommen. Wir investieren in preiswerten Wohnraum, so fördern wir Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Mit dieser neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wollen wir auch genossenschaftliches Bauen wiederbeleben und den sozialen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, sozial gebundenes Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn wir begreifen das Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge.

Begründung

mündlich (Katrín Schmidberger, MdA)

FH-BW-01-046 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 46 bis 48:

hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. ~~Doch der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freunde, Kindertagesstätte, Jobs und Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Wir Grünen wollen~~ Ziel muss es sein, dass in allen Quartieren - ob zentral oder am Stadtrand - eine gute Mischung der Bewohnerschaft entsteht. Wir wollen bunte, vielfältige und lebendige Quartiere statt einer Unterteilung von Arm und Reich an Stadtteilgrenzen. Deshalb machen wir Grüne uns stark für eine

Begründung

Der derzeitige Abschnitt klingt, als gäbe es nach unserer Auffassung ein Recht auf günstiges zentrales Wohnen in "angesagten" Stadtteilen für jedeN. Das kann nicht funktionieren! Politisches Ziel muss es sein, die 'gesunde Mischung' in der Bewohner*innenstruktur zu erhalten oder (wieder)herzustellen, um Quartiere vielfältig, attraktiv und lebendig zu erhalten.

FH-BW-01-048 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 48 bis 56:

Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. ~~Wir Grünen wollen eine Million neue bezahlbare Wohnungen, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. Wir fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir wollen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen, Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.~~ Um das zu erreichen, wollen wir Grüne mindestens eine Million neue bezahlbare Wohnungen bauen und ankaufen, die dauerhaft günstig und sozial gebunden den breiten Schichten zugutekommen. Wir investieren in preiswerten Wohnraum, den Bau von Luxusobjekten lehnen wir dagegen ab. Wir fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir wollen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen, Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

FH-BW-01-049 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Rhein-Pfalz-Kreis

Beschlussdatum: 24.03.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 49:

Million ~~neue~~zusätzliche bezahlbare Wohnungen, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken

FH-BW-01-050 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 50 bis 51:

wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. **Wir**So fördern **wir** Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir wollen mit

FH-BW-01-051 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 51 einfügen:

fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen sowie barrierefreie Wohnungen für Ältere. Wir wollen mit

Begründung

Fast alle älteren Menschen möchten gern so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben; das ist aber oft nicht möglich, da die meisten Wohnungen nicht barrierefrei sind. Die Treppen können nicht mehr bewältigt werden, und die Wohnung selbst hat Stolperfallen vom Duschwannenrand bis Balkonschwelle. Ein Umbau ist in der Regel viel teurer als eine barrierefreie Planung beim Neubau. Angesichts des demografischen Wandels ist es deshalb dringend erforderlich, dass mehr barrierefreie Wohnungen gebaut werden.

Unterstützer*innen

Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Sabine Kashi (Hamburg-Wandsbek KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Babette Balzereit (Hamburg-Eimsbüttel KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Resy de Ruijscher (Pinneberg KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Daniela Billig (Berlin-Pankow KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Maren Berger (Segeberg KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Jörg Roßbach (Hamburg-Altona KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV)

FH-BW-01-051-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 51 einfügen:

fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir schaffen mehr barrierefreie Wohnungen, um alten und behinderten Menschen den Weg ins Heim zu ersparen. Wir wollen mit

Begründung

Fehlende barrierefreie Wohnungen sind der Hauptgrund, warum alte und behinderte Menschen nicht in der Gemeinde, sondern im Heim leben müssen.

FH-BW-01-051-3 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 51 bis 52:

fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. ~~Wir wollen mit einer~~Mit dieser neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wollen wir auch faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen,

FH-BW-01-053 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Rhein-Pfalz-Kreis

Beschlussdatum: 24.03.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 53 bis 56:

Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. ~~Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dabei setzen wir nicht nur auf Neubauten, sondern auch auf den Aufkauf, eine energetische Sanierung und eine günstige, sozial geförderte Vermietung von Wohnungsaltbestand in den Ortskernen. Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.~~

Begründung

Begründung: Neue Sozialwohnungen sollten nicht nur „Neubauten“, sondern auch den Altbestand berücksichtigen, auch um nicht immer weiter die Bodenversioegelung weiterzutreiben.

FH-BW-01-053-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 53 bis 55 löschen:

Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. ~~Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben.~~ Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen

Begründung

Knappes staatliche Mittel sollten dorthin gelenkt werden, wo sie am wirkungsvollsten sind. Um Menschen mit niedrigem Einkommen den Kauf einer Immobilie zu ermöglichen, müsste der Staat so hohe Zuschüsse leisten, dass diese nicht finanzierbar sind.

Außerdem ist Wohneigentum auch keine wirklich vernünftige Geldanlage für Menschen mit geringem Einkommen. Sie müssen sich zum Erwerb der Immobilie hoch verschulden. Sie gehen damit ein hohes Risiko ein. Sollten sie sich wegen einer neuen persönlichen Lebenssituation, z.B. Scheidung oder Jobverlust, die Fremdfinanzierung nicht mehr leisten können, müssen sie ihre Immobilie verkaufen. Die hohen Transaktionskosten des Immobilienerwerbs sind dann verloren. Wenn zusätzlich der Markt zum Zeitpunkt des Verkaufs schlechter sein sollte, können diese Familien ihr komplettes Vermögen durch den Verkauf verlieren oder gar in einer Schuldenfalle enden.

FH-BW-01-053-3 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 53 einfügen:

Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Wir wollen verhindern, dass Wohnraum zum Spielball von Finanzinvestoren wird. Daher werden wir dafür sorgen, dass große Wohnungsbauunternehmen die Grunderwerbsteuer nicht umgehen können. Außerdem

Begründung

Heute können große Unternehmen durch gesellschaftsrechtliche Konstruktionen die Grunderwerbsteuer komplett umgehen.

FH-BW-01-053-4 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 53 bis 56:

Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. ~~Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.~~
Außerdem werden wir Grüne junge Familien beim Kauf von Wohneigentum helfen und gezielt Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim Erwerb von Anteilen an Wohnungsgenossenschaften unterstützen. Der Kauf einer Wohnung oder eines Hauses ist für viele Menschen die Investition ihres Lebens, deshalb wollen wir Grünen gezielt den Verbraucherschutz für Eigentümerinnen und Eigentümer stärken. Wir Grünen werden die Nebenkosten beim Erwerb einer Immobilie absenken. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Begründung

Die bisherigen Formulierungen zum Thema Wohneigentum waren nicht präzise genug. Zudem wurde bisher der sehr wichtige Aspekt des Verbraucherschutzes beim Wohneigentumserwerb nicht benannt. Diese Änderungsanträge sind deshalb notwendig, weil Union und SPD selbst angekündigt haben das Thema Eigentumserwerb für junge Familien im Wahlkampf als Thema zu setzen. Deshalb sollten auch wir unsere Punkte zum Thema Eigentumserwerb klar benennen.

FH-BW-01-054 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 54 löschen:

werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, ~~Wohneigentum und~~

FH-BW-01-055 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 55 bis 56:

Anteile an Genossenschaften zu erwerben. ~~Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.~~ Der Bund darf sich nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt an Kommunen und öffentliche Wohnungsunternehmen abgeben, auch z.B. zur Weitergabe an gemeinwohlorientierte Träger, Genossenschaften und in Erbpacht, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

FH-BW-01-055-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 55 bis 56:

Anteile an Genossenschaften zu erwerben. ~~Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.~~ Wir wollen in den Kommunen stärker von verbindlichen Quoten sozialen Wohnraums Gebrauch machen – z.B. bei Modernisierung, neuem Baurecht und der Vergabe von Liegenschaften.

FH-BW-01-056 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 56 einfügen:

Daseinsvorsorge. Der im europäischen Vergleich sehr geringe Bevölkerungsanteil mit Immobilienbesitz trägt in hohem Maße zur Vermögensungleichverteilung bei. Wir wollen daher geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Eigentumsquote einsetzen, z.B. die Gleichbehandlung von Selbstnutzer*innen mit Investoren bei steuerlichen Vergünstigungen wie Abschreibungen und Absetzungen. Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaus sind bei Selbstnutzern, Baugemeinschaften und Baugenossenschaften besser angebracht als bei Investoren. Der Miet- und Eigentums-Wohnungsmarkt sollte sich auf die Bedürfnisse der Menschen orientieren, statt auf die der Investor*innen.

Begründung

Am Ende des 1. Absatzes (ab Zeile 53) finden sich bereits folgende Aussagen:

Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Hilfe, Wohneigentum zu erwerben, wird hier nur angedeutet. Es sollte klargestellt werden, in welche Richtung das gehen kann. Darüberhinaus sollten Ziele der Wohnraumpolitik im Eigentumssektor diskutiert werden.

In anderen Anträgen (BAG Wirtschaft und Soziales) werden bereits Forderungen formuliert, die Privilegierung von Investoren beim Wohnungsbau abzuschaffen, indem private Wohnungskäufer gleichgestellt werden.

Darüberhinaus den Wohnraumerwerb zur Selbstnutzung zu fördern, ist zum einen ein Beitrag zu Chancengerechtigkeit, sozialer Absicherung und Altersvorsorge, und trägt zum anderen zur Verringerung der ungleichen Vermögensverteilung bei.

Für einen größeren Bevölkerungsanteil kann die Abhängigkeit sowohl von unabsehbaren Kostensteigerungen seitens profitgetriebener Vermietungsgesellschaften als auch von staatlicher Willkür in sozialer Sicherung und Wohnraumversorgung verringert werden. Daher ist die Förderung gemeinnütziger Baugenossenschaften auch nachhaltiger als der kommunale Wohnungsbau.

Auch besteht die Hoffnung, damit die Beeinflussung des gesamten Wohnungsmarktes durch Immobilienspekulation zu verringern.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Peter Krämer (Hamburg-Harburg KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV)

FH-BW-01-056-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 56 einfügen:

Daseinsvorsorge.

Die steuerliche Privilegierung von Immobilienvermögen stellen wir in Frage. Gewinne durch Immobilienspekulation sind uneingeschränkt zu besteuern.

Begründung

Investitionen in Immobilien werden steuerlich in mancher Hinsicht privilegiert, so als ob die Anlage in Immobilien besser sei als alternative Anlagen. Zum Beispiel sind Veräußerungsgewinne von Immobilien sind nach 10 Jahren steuerfrei, was eine weitere Begünstigung der Spekulation mit Wohnraum bewirkt. Viele Ausnahmen und Sonderregeln begünstigen auch diejenigen, die sich mit Steuergestaltungstricks auskennen.

FH-BW-01-056-3 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Danyal Bayaz (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 56 einfügen:

Daseinsvorsorge. So möchten wir prüfen, ob der Bund die Kosten für die Grunderwerbsteuer (Ländersteuer) übernehmen kann, wenn Familien erstmalig eine Wohnung zur Eigennutzung erwerben, damit auch junge Familien sich den Traum vom Eigenheim erfüllen können.

Unterstützer*innen

Michael Wustmann (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sophie Harper (München KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Martin Becker (Mainz KV); Martin van Elten (Halle KV); Nicolá Lutzmann (Heidelberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Weihua Wang (Kurpfalz-Hardt KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Claudia Maresch (Böblingen KV); Marcel Rohrlack (München KV); Burkhard Margies (Heidelberg KV); Manfred Kern (Kurpfalz-Hardt KV)

FH-BW-01-056-4 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 56 einfügen:

Daseinsvorsorge. Wir möchten keine Privatisierung von Wohnungen aus öffentlichen Eigentum.

Begründung

Das Thema Spekulation mit Wohnraum fehlt bisher im Wahlprogramm völlig und wurde deshalb an dieser Stelle ergänzt.

FH-BW-01-056-5 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 56 einfügen:

Daseinsvorsorge. Zur Entspannung des Wohnungsmarktes wollen wir gezielt das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erhöhen und vernetzte Konzepte unterstützen, die nicht an der Grenze einer Gemeinde halt machen. Die Themen Wohnen und Mobilität wollen wir zusammendenken und eine verbesserte Anbindung des städtischen Umlandes und des ländlichen Raums umsetzen.

Begründung

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich über die letzten Jahre immer mehr zu und wir steuern auf Verhältnisse wie in Paris oder London. Wohnen ist zu einer Frage der Gerechtigkeit geworden. Durch ungeeignete finanzielle Förderung und eine mangelhafte Mietpreisbremse kann das bezahlbare Wohnraumangebot nicht gesteigert werden und wir erreichen nicht die Effekte, die notwendig sind um den Markt langfristig zu entspannen.

Wir müssen den Mut haben beim Thema Wohnen auch neue Wege zu gehen. Geeignete Konzepte müssen über die Grenze einer Gemeinde umgesetzt werden, damit Synergien genutzt werden können und Einzelanstrengungen nicht verpuffen. Neben der fokussierten Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum können durch geeignete Verkehrsanbindung zusätzliche Wohnräume im städtischen Umland erschlossen werden. Der ökologische, Verdichtungs- und Preisdruck auf städtische Gebiete kann reduziert und der ländliche Raum attraktiver gestaltet werden.

FH-BW-01-056-6 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Canan Bayram (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 56 einfügen:

Daseinsvorsorge. Dafür werden wir dem Prinzip des Grundgesetzes, dass Eigentum verpflichtet wieder Geltung verschaffen. Wir werden klar machen, dass Eigentum dem Allgemeinwohl dient und dafür sorgen, dass Enteignung von Wohnraum als Spekulationsbremse eingesetzt werden kann.

Begründung

Grundstücke bzw. Gebäude sind keine nachwachsenden Rohstoffe, sondern begrenzter Raum, der gerecht zur Deckung des Wohnbedarfs der Menschen eingesetzt werden muss. Gerade in den Städten hat sich aufgrund der derzeitigen niedrigen Zinsen und der zunehmenden Spekulationsspirale eine Zuspitzung in der Wohnsituation ergeben. Die Menschen sind zunehmend von der Sorge um den Wohnraum getrieben. Der Staat sollte in dieser für die Mieter*innen schwierigen Situation alle Instrumente nutzen, um die Mieter*innen vor Verdrängung bzw. dem Verlust der Wohnung zu schützen. Die überhöhten Immobilienpreise und wilde Spekulation erschweren es den Städten dort Immobilien zu erwerben, die sie zur Versorgung der Menschen mit Wohnraum benötigen, um leistbare Mieten sicherzustellen und der Spekulation zu entziehen. Daher müssen im Baugesetzbuch die Möglichkeiten der Enteignung erweitert werden. Es versteht keiner warum für Autobahnbau das Instrument der Enteignung zum Einsatz kommt aber für Wohnraum und soziale Infrastruktur nicht.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Weeger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ursula Thierfelder (Berlin-Mitte KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sebastian Kitzig (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Theodoros Ioannidis (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Reents (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Henry Arnold (Berlin-Kreisfrei KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)

FH-BW-01-056-7 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Christian Kühn (Tübingen KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Nach Zeile 56 einfügen:

Deshalb wollen wir Grüne die steuerliche Privilegierung von Immobilienspekulation in Deutschland beenden. Wir wollen zudem, dass die öffentliche Hand nicht mehr selbst mit Immobilien spekuliert und deshalb das Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verändern.

Begründung

Das Thema Spekulation mit Wohnraum und Liegenschaften fehlt bisher im Wahlprogramm.

Unterstützer*innen

Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Katrin Schmidberger (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Ulrike Siemens (Wolfenbüttel KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dieter Janecek (München KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Michael Wild (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Iris Behr (Darmstadt KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ronald Kunze (Hannover RV); Corinna Ruffer (Trier KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ulrike von Thadden (Anhalt-Bitterfeld KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV)

FH-BW-01-057 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 57 bis 70:

All das reicht ~~aber noch lange~~ nicht aus. Für uns Grüne ist es wichtig, Mieter*innen konsequent in ihren Rechten zu stärken. Das Mietrecht, als Ausgleichsinstrument zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, hat seine Balance verloren und wird den unterschiedlichen Wohnungsmärkten in Deutschland nicht mehr gerecht. Wir wollen das Mietrecht deshalb ausdifferenzieren, um den schrumpfenden sowie wachsenden Regionen und Städten gerecht werden Mietsteigerung begrenzen, zu können. Wir werden Mietsteigerungen begrenzen und fair gestalten, die zunehmende Spekulation und die Praxis des Raussanierens bekämpfen und Verdrängung beenden bekämpfen. Eine richtige Mietpreisbremse ohne Hintertür muss her. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in guter Lage die klimafreundliche, ~~warme~~ Wohnung bezahlbar bleibt. Wir werden durch die Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen und den Kündigungsschutz wieder zu einem Schutzinstrument machen. ~~Wir~~ Mieterschutzverbände brauche ein Verbandsklagerecht.

Die Spekulation mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll zukünftig durch stadtweite Umwandlungsverbote, die die Kommunen selbst erlassen können, unterbunden werden. Die Bevölkerung soll durch Mietobergrenzen in Gebieten mit sozialer Erhaltungssatzung (Milieuschutz) besser geschützt werden. Statt zum Höchstgebot muss der Bund Liegenschaften vergünstigt an Kommunen und öffentliche Wohnungsunternehmen abgeben, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist.

Wir wollen kurze Wege, mehr Grün in der Stadt und mehr Treffpunkte und Leben in den Quartieren durch Stadteilzentren fördern. Wir wollen gemischte Quartiere stärken und der Verdrängung von kleinteiligem Gewerbe vorbeugen. Kommunen mit zu wenig Gewerberäumen soll es zukünftig möglich sein, Gewerbemieten mit einem Gewerbemietenspiegel zu begrenzen. Die Quartiersentwicklung muss neben sozialen auch energetische Gesichtspunkte umfassen und ganzheitlich angelegt werden. Wir wollen die Städtebauförderung fortführen und dies mit der Wohnraumförderung zu verknüpfen.

Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, Bürgerenergie und generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen wollen wir stärken, den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende und gesunde Baustoffe einsetzen. Wir werden die Entwicklung von umweltfreundlichen und preiswerten Dämmstoffen vorantreiben. Das Baurecht Bau- und Planungsrecht werden wir modernisieren und ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um Ressourcen und das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. ~~Für lebenswerte Städte und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen.~~

Begründung

mündlich (Katrin Schmidberger, MdA)

FH-BW-01-058 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 58 einfügen:

des Raussanierens bekämpfen und Verdrängung beenden. Die Bevölkerung soll durch Mietobergrenzen in Gebieten mit sozialer Erhaltungssatzung (Milieuschutz) besser geschützt werden können. Eine richtige Mietpreisbremse ohne

FH-BW-01-059 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 59 bis 60:

Hintertür muss her. ~~Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt.~~ Für uns Grüne ist es zentral, Mieter*innen konsequent in ihren Rechten zu stärken. Das Mietrecht, gedacht als Ausgleichsinstrument zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, hat seine Balance verloren und wird den unterschiedlichen Wohnungsmärkten in Deutschland nicht mehr gerecht. Wir wollen das Mietrecht deshalb ausdifferenzieren, um den schrumpfenden sowie wachsenden Regionen und Städten gerecht werden zu können. Wir werden durch die

FH-BW-01-059-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 59 einfügen:

Hintertür muss her. Wer eine vermietete Wohnung kauft, muss die gleichen Kündigungsfristen für Mieter*innen beachten, wie sie auch bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen gelten. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in

Begründung

In vielen Ballungsräumen sind viele frühere Mietshäuser bereits vor Längerem in Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Mieter*innen sind damit – zumeist ohne es zu wissen – rechtlich nicht in eine Wohnung in einem Mietshaus, sondern in eine vermietete Eigentumswohnung gezogen, selbst wenn das komplette Haus einem*r Eigentümer*in gehört. Bei einem Verkauf der Wohnung und Anmeldung von Eigenbedarf gelten damit für sie nur noch die Kündigungsfristen des BGB (3-9 Monate Kündigungsfrist je nach Mietdauer). Diese Wohnungen werden mit den entsprechenden Hinweisen deutlich teurer vermarktet als vermietete Wohnungen mit höheren Kündigungsfristen. Wer eine vermietete Wohnung kauft, weiß aber, worauf er sich einlässt.

FH-BW-01-060-1 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 60 einfügen:

guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt Die Spekulation mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll zukünftig durch stadtweite Umwandlungsverbote, die die Kommunen selbst erlassen können, unterbunden werden. Auch andere Schlupflöcher wie Share Deals bei der Grunderwerbssteuer und dem kommunalen Vorkaufsrecht müssen dringend geschlossen werden. Städten soll es erleichtert werden, ihr kommunales Vorkaufsrecht wahrzunehmen, um mehr Wohnraum vor Spekulation schützen zu können. . Wir werden durch die

FH-BW-01-060-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 60 einfügen:

guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt. In Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt setzen wir uns dafür ein, dass die Mieten bei bestehenden Mietverhältnissen weniger stark steigen: statt höchstens 15 Prozent innerhalb von drei Jahren nur noch höchstens 15 Prozent in fünf Jahren. Außerdem wollen wir zur Bildung der ortsüblichen Vergleichsmiete die Mieten der letzten zehn Jahre einbeziehen. Wir werden durch die

FH-BW-01-061 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 61 einfügen:

Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen und den Kündigungsschutz wieder zu einem Schutzinstrument machen. Wir wollen

Begründung

mündlich

FH-BW-01-063 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 63 einfügen:

Stadteilzentren fördern. Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, [Baugemeinschaften](#),
Bürgerenergie und

Begründung

Baugemeinschaften sind ein Tübinger Erfolgsmodell und für uns Grüne Partner der Stadtentwicklung. Die positive Wirkung von Baugruppen bei der Stadtentwicklung, sollte mit einer Nennung im Programm honoriert werden.

FH-BW-01-064 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Kreisverband Ansbach
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 64 bis 65:

generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen wollen wir stärken, ~~den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen~~ und mehr nachwachsende Baustoffe einsetzen. Den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese, d.h. die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr werden wir gesetzlich auf maximal 30 ha pro Tag begrenzen. Damit bekennen wir uns zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und führen ein wirksames Werkzeug ein, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren.

Begründung

Die Auswirkungen und Gefahren des Flächenverbrauchs für Menschen, Tiere und Pflanzen sind massiv: Fruchtbare Böden gehen verloren, Landschaft und Naturräume werden zerschnitten und zersiedelt, die Biodiversität geht weiter zurück.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr auf 30 ha pro Tag zu verringern und die Innenentwicklung der Städte gegenüber einer Außenentwicklung deutlich zu stärken (siehe Bundesregierung 2002, S. 287 ff.), hinter dieser Forderung sollten wir GRÜNE nicht zurückstehen.

Neben der Formulierung des politischen Zieles eine quantifizierte Vorgabe zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme in ein Nationales Nachhaltigkeitsstrategie-Papier zu schreiben, sollten wir GRÜNEN das Flächenschutzziel als gesetzliche Mengenvorgabe im Raumordnungsgesetz (ROG) verankern.

FH-BW-01-064-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen
Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 64 einfügen:

generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen und kompakte Raumkonzepte wollen wir stärken, den

Begründung

Trotz des angespannten Wohnungsmarktes ist der pro Kopf Bedarf an Wohnraum gestiegen über die letzten Jahre. Neben flächensparendem Bauen kann durch funktional-intelligente Raumkonzepte zusätzlich Wohnfläche eingespart werden ohne einen Verlust an Lebensqualität zu erfahren.

FH-BW-01-066 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Joe Högl (München KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 66 einfügen:

Das Baurecht werden wir modernisieren um Bäume und wertvolle Grünflächen besser schützen zu können sowie ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um

Begründung

Bäume leisten einen wichtigen Beitrag bei der Anpassung von Städten an den Klimawandel. Der Grundsatz "Baurecht hat Vorrang vor Baumschutz" im aktuellen Baurecht führt jedoch dazu, dass in wachsenden Städten immer mehr Bäume wegen des wachsenden Siedlungsdrucks verloren gehen. Auch Grünzüge und Landschaftsschutzgebiete "leiden" immer mehr an der Flächenkonkurrenz gegenüber neuen Straßen, Gewerbe- und Wohngebieten.

Unterstützer*innen

Arne Brach (München KV); Peter Heilrath (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Christian Smolka (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Andrea Bachmaier (München KV); Angela Wilson (München KV); Harald Schmitt (München KV); Christian Hierneis (München KV); Doris Wagner (München KV); Martin Scheuring (München KV); Dieter Janecek (München KV); Alexander König (München KV); Sybille Stöhr (München KV); Wolfgang Geisselbrecht (München KV); Marcus Kaiser (München KV)

FH-BW-01-067 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 67 bis 70:

Ressourcen und das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. ~~Für lebenswerte Städte und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen.~~ Wir wollen gemischte Quartiere stärken und der Verdrängung von kleinteiligem Gewerbe vorbeugen. Kommunen mit zu wenig Räumen und Grundstücken soll es zukünftig möglich sein, durch Mietspiegel Gewerbemieten zu begrenzen und Gewerbe vor Verdrängung zu schützen. Für lebenswerte Städte und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen.

FH-BW-01-070 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Joe Högl (München KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Nach Zeile 70 einfügen:

Bundesimmobilien werden nicht mehr zu Höchstpreisen privatisiert sondern werden der Spekulation entzogen und verbleiben in der öffentlichen Hand. Die Liegenschaften werden in regionale Grundstücks- und Infrastrukturfonds eingebracht und dienen dauerhaft dem Gemeinwohl. Mit zusätzlichen Haushaltsmitteln werden alle Kommunen in die Lage versetzt, konjunkturunabhängig Gemeinbedarfseinrichtungen und preisgünstigen Wohnraum errichten und unterhalten zu können.

Begründung

Der Bund verkauft immer noch - ohne Not - Liegenschaften. Die Bima will weiterhin hohe Erträge. Ein Vorkaufsrecht des Bezirks für Wohnungen in der Schöneberger Katzlerstraße beispielsweise wehrte die Bima erfolgreich ab. Genossenschaften, die derzeit noch günstigen Wohnraum anbieten können und deren deren Erbpacht auf Bundesimmobilien zeitnah abläuft, „dürfen“ für Grund und Boden nach dem Höchstpreisverfahren mitbieten. Gerade mal vier Bauflächen stellte die Bima bundesweit zu günstigen Preisen für den sozialen Wohnungsbau bereit – obwohl sie seit fast zwei Jahren gesetzlich dazu ermächtigt und eigentlich auch angehalten ist. Die Verbilligungrichtlinie greift zu kurz. Viele Kommune können sich auch die etwas billigeren Bundesimmobilien nicht leisten. Im Grunde wird nach dem Verfahren "linke Tasche - rechte Tasche" verfahren. Mit dem Geld, das der Bund für den Verkauf einnimmt werden die Mehrkosten für den sozialen Wohnungsbau "erwirtschaftet". Diesen Umweg sollte man sich sparen. Zumal den Kommunen schlicht und einfach vielfach die Flächen fehlen auf denen sie bezahlbaren Wohnraum bauen sollen.

Unterstützer*innen

Arne Brach (München KV); Peter Heilrath (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Gudrun Lux (München KV); Christian Smolka (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Andrea Bachmaier (München KV); Angela Wilson (München KV); Harald Schmitt (München KV); Christian Hierneis (München KV); Doris Wagner (München KV); Samuel Moser (München KV); Martin Scheuring (München KV); Sybille Stöhr (München KV); Wolfgang Geisselbrecht (München KV); Dieter Janecek (München KV); Alexander König (München KV)

FH-BW-01-071 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 71:

~~Ländlicher Raum~~ Ländliche Räume – lebenswert und zukunftsfähig

Begründung

Es gibt keinen einheitlichen Ländlichen Raum. Das ist städtische Perspektive und wirft alles in einen Topf. Das müsste ggf. auch an anderer Stelle geändert werden.

Antrag wird von den Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützt.

FH-BW-01-086 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Britta Haßelmann (Bielefeld KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 86 bis 87:

Frage von Gerechtigkeit. ~~Deshalb wollen wir die Förderpolitik des Bundes stärker an der Raumordnung orientieren, damit Gelder da ankommen, wo sie gebraucht werden.~~ Viele Regionen treten trotz Fördergeldern auf der Stelle oder drohen abgekoppelt zu werden. Deshalb braucht es einen Neustart in der Förderpolitik. Neben der bisherigen wirtschaftsbezogenen Strukturförderung durch EU, Bund und Länder brauchen wir mehr Investitionen in unsere allgemeine Infrastruktur. Dazu wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Förderung der regionalen Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung im Grundgesetz verankern. Wir machen uns

Begründung

Das Gefühl von Infrastruktur abgekoppelt zu sein, hat in manchen strukturschwachen Regionen inzwischen erhebliche Auswirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Teilhabe. Viele Regionen treten trotz Fördermillionen auf der Stelle. Der demografische Wandel erfordert, Um- und Rückbaumaßnahmen, die derzeit vom Bund nur im Rahmen von Modellprojekten gefördert werden können. Die Stärkung strukturschwacher Regionen gehört daher ganz oben auf die politische Agenda. Wir brauchen einen Neustart in der Förderung strukturschwacher Regionen, der ein starkes Signal an die Menschen vor Ort sendet und sie stärker als bislang in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbezieht. Aufgrund der Beschränkungen des Grundgesetzes in der Unterstützung der Kommunen durch den Bund und der Förderpolitik über die bestehenden beiden Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben (GAK und GRW) müssen wir neue Wege gehen und die Mittel zielgerichteter in die Regionen leiten, die die Finanzhilfen auch wirklich brauchen. Daher wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) von Bund und Ländern einführen und das Grundgesetz ändern.

Unterstützer*innen

Markus Tressel (Saarlouis KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV); Stephan Kühn (Dresden KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Eva Goldbach (Vogelsberg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Heike Nüchel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Volker Beck (Köln KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV)

FH-BW-01-097 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 97 einfügen:

regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. Vor allem für Frauen im ländlichen Raum wollen wir mit einer gezielten Förderung neue Perspektiven schaffen, die ihnen ermöglicht ihre Ideen und Konzepte zur Sicherung oder Erschließung von Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu entwickeln und umzusetzen. So bleibt die Wertschöpfung vor Ort und

FH-BW-01-101 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Britta Haßelmann (Bielefeld KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 101 einfügen:

Kommunen finanziell entlasten und strukturschwache Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung gezielt fördern

Begründung

siehe vor. Änderung Zeile 86

Unterstützer*innen

Markus Tressel (Saarlouis KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV); Stephan Kühn (Dresden KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Eva Goldbach (Vogelsberg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Heike Nüchel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Volker Beck (Köln KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV)

FH-BW-01-104 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (Bochum KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

werden die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben entlasten, in dem wir uns unter anderem dafür einsetzen, den Kommunen die Kosten der Unterkunft und Heizung abzunehmen. Wir ermöglichen hochverschuldeten Städten außerdem einen Neustart, indem wir übermäßig hohe Schulden in einen

Unterstützer*innen

Wolfgang Rettich (Bochum KV); Raphael Tamburro (Bochum KV); Marcel Rohrlack (München KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Karsten Finke (Bochum KV); Sophie Harper (München KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Antje Westhues (Bochum KV); Martin Becker (Mainz KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Martin Petermann (Bochum KV); Ursula Dreier (Bochum KV); Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV); Steffen Regis (Kiel KV); Reiner Daams (Solingen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Herald Hettich (Bonn KV); Klaus Witzmann (Calw KV)

FH-BW-01-107 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 107 einfügen:

Zinsen. Die Einnahmen wollen wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen.

Solidarischer Finanzausgleich in Deutschland darf nicht nur nach Himmelsrichtung WEST-OST geregelt bleiben, sondern muss sich an Bedürftigkeit orientieren. Die Einnahmen der Kommunen wollen wir verlässlich gestalten.

Begründung

Die Kommunen als Nukleus unserer Demokratie brauchen eine solide und verlässliche Finanzausstattung, die solidarisch und nach Bedürftigkeit gestaltet werden muss. Es geht nicht, dass eine arme Kommune wie Gelsenkirchen Schulden machen muss, um mit dem "Soli" Geld in die inzwischen zum Teil sehr viel besser ausgestatteten Städte in den neuen Bundesländern zu pumpen. Auch im Ruhrgebiet muss die Infrastruktur saniert werden.

FH-BW-01-107-2 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Britta Haßelmann (Bielefeld KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 107 einfügen:

Zinsen. Die Einnahmen wollen wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen.

Strukturschwache Regionen brauchen unsere Unterstützung. Deshalb wollen wir einen Neustart in der Förderpolitik durch die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge.

Begründung

Siehe vor. Änderungsantrag Zeile 86

Unterstützer*innen

Markus Tressel (Saarlouis KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV); Stephan Kühn (Dresden KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Eva Goldbach (Vogelsberg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Heike Nüchel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Volker Beck (Köln KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV)

FH-BW-01-109 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 109:

Eine Million ~~neue, bezahlbare Wohnungen~~ Wohnungen für alle

Begründung

Schlüsselprojekt der BAG

(Wir wollen vorrangig Nachverdichtung, Instandsetzung und Modernisierung, keinen Neubau auf der grünen Wiese und bezahlbar ist eine wolkiger, schillernder Begriff ohne Substanz, denn was ist bezahlbar?)

FH-BW-01-110 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 110 bis 115:

~~Wir brauchen einen Aufbruch für bezahlbares Wohnen. Die Zeit des Verkaufs und der Spekulation mit Sozialwohnungen~~ Wohnungsprivatisierungen und Spekulationen muss ~~enden~~ endlich vorbei sein. Wir wollen eine Million ~~neue preiswerte~~ gemeinnützige Wohnungen ~~bauen~~ in den nächsten Jahren. Im Neubau wie im Bestand, dauerhaft günstig und lebenswert, möglichst nicht auf der grünen Wiese, sondern innerhalb unserer Städte und Dörfer. Mit dem Konzept der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit werden wir wieder Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und private Investoren für ~~den sozialen Wohnungsbau gewinnen~~ einen gemeinnützigen Wohnungsmarkt gewinnen, der nicht zu Höchstpreisen vermietet oder verkauft. ~~Das Prinzip dabei ist:~~ Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen dauerhaft günstigen Wohnraum ist das Prinzip, bei dem alle gewinnen.

Begründung

Schlüsselprojekt der BAG

FH-BW-01-112 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 112 einfügen:

Wohnungen bauen, flächen- und energieeffizient, dauerhaft günstig und lebenswert. Mit dem Konzept der Neuen

Begründung

Zu Beginn des BTW fordern wir eine starke Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Versiegelung, daher ist es hier erforderlich, hier auch auf eine flächen- und ressourcensparende Erschließung einzugehen.

Unterstützer*innen

Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Stefan Hintsche (München KV); Jan Berz (Lüneburg KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Tobias Langguth (Kiel KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Jan Furken (Stormarn KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Angelika Bretschneider (Rendsburg-Eckernförde KV); Katrin Reuter (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV)

FH-BW-01-117 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 117:

~~Mietpreise bremsen~~ – Sozial-ökologische Mietrechtsreform für ~~ein Mietrecht ohne Schlupflöcher~~ bezahlbare Mieten

Begründung

Schlüsselprojekt der BAG

(Klare grüne Ziele benennen und dann erklären!)

FH-BW-01-118 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 118 bis 125:

~~Die Mieten explodieren seit Jahren. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Mietpreisbremse ziehen wir endlich richtig an und schaffen unnötige Ausnahmen ab. Niemand darf wegen Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Dafür senken wir die Modernisierungsumlage deutlich ab. Die Miethöhen müssen bei den Mietspiegeln über einen längeren Zeitraum abgebildet werden. Die Zeitspanne ohne Mieterhöhungen werden wir ausweiten. Wir verdoppeln das Wohngeld, passen es dynamisch an und berücksichtigen die Heizkosten wieder. Zudem führen wir beim Wohngeld einen Klimazuschuss für energetisch modernisierte Wohnungen ein, damit auch Wohngeldempfänger energieeffizient wohnen können.~~
In vielen Städten und Regionen explodieren die Mieten seit Jahren. Damit muss jetzt Schluss sein. Wir ziehen die Mietpreisbremse an und schaffen unnötige Ausnahmen ab. Wir sorgen für ein Mietrecht ohne Schlupflöcher. Unverdienten Mietsteigerungen und der Verdrängung von Mietern begegnen wir mit einer sozial-ökologischen Mietrechtsreform. Niemand darf wegen Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Die Modernisierungsumlage wollen wir deutlich absenken und reformieren. Der Mietspiegel soll die ökologische Gebäudequalität berücksichtigen und die Miethöhen über einen längeren Zeitraum abbilden. Mieterhöhungen dürfen nicht mehr so häufig wie derzeit gefordert werden. Die Mietervereine sollen endlich ein Verbandsklagerecht bekommen. Für bedürftige Haushalte verdoppeln und dynamisieren wir das Wohngeld, berücksichtigen wieder die Heizkosten und führen einen Klimazuschuss ein.

Begründung

Schlüsselprojekt der BAG

FH-BW-01-120 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 120 bis 121:

Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Dafür senkenschaffen wir die Modernisierungsumlage **deutlich ab** und ersetzen sie durch ein gerechtes Umlagesystem, das die Umlage an die tatsächliche Energieeinsparung koppelt und insgesamt kappt. Daneben wollen wir die Härtefallregelungen und die sog. Duldungspflicht so gestalten, dass energetische Sanierungen nicht mehr als Preistreiber missbraucht werden können und Auszüge v.a. einkommensschwacher Bewohner*innen nicht erfolgen. Die Miethöhen müssen bei den Mietspiegeln über einen längeren Zeitraum abgebildet

FH-BW-01-125 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu FH-BW-01

In Zeile 125 einfügen:

Wohngeldempfänger energieeffizient wohnen können. Wir wollen kleine Gewerbetreibende und Geschäfte vor Verdrängung schützen und werden dazu geeignete Maßnahmen erarbeiten.

Begründung

Nicht nur Mieterinnen und Mieter befinden sich in den angespannten Wohnungsmärkten unter Druck, sondern auch zunehmend kleine Gewerbetreibende. Um keine Gewerbetreibende besser vor Verdrängung zu schützen wollen wir das Gewerbemietrecht in Deutschland ändern. Gerade in Berlin hat dieses Thema eine hohe Brisanz und öffentliche Wahrnehmung. Aber auch in anderen Städten können viele Gewerbetreibende mit den steigenden Mieten nicht mithalten und müssen ihr Geschäft aufgeben. Häufig wird dann der regionale Fachhändler oder Nahversorger ersetzt durch eine deutschlandweit agierende Kette – dies zerstört auf Dauer attraktive Innenstädte und eine Vielfalt im Handel.

GS-01-001-3 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Markus Wagener (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 0 bis 1:

Soziale Gerechtigkeit war und ist eine der wichtigsten Leitlinien grüner Politik. Deshalb beobachten wir die gesellschaftlichen Zustände und Entwicklungen kritisch und differenziert. Ja, Deutschland ist ein wohlhabendes Land. ~~Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Unseren~~ Unseren Wohlstand verdanken wir vielen engagierten

Begründung

Bisher taucht der Begriff "soziale Gerechtigkeit" lediglich im außenpolitischen Teil des Programmentwurfes auf! Hier würde er inhaltlich einen guten Einstieg ins Kapitel bieten. Als Grüne stünde es uns auch gut zu Gesicht, einen kritischen und differenzierten Blick auf die sozio-ökonomischen Entwicklungen zu werfen, global, wie hierzulande.

Der jetzige Einstieg "Deutschland ist ein reiches Land" geht hingegen an dem weit verbreiteten und durch zahlreiche Umfragen belegten Gefühl vorbei, dass es nicht gerecht zugeht in unserem Land.

Unterstützer*innen

Zsuzsanna Bona (Köln KV); Marc Kersten (Köln KV); Christian Hohn (Olpe KV); Holger Lange (München-Land KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Jamila Schäfer (München KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Kerstin Dehne (München KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Klemens Grieschop (Berlin-Pankow KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Till Hoffmann (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Simon Schulenberg (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stefan Fischer (Köln KV); Kevin Liebig (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Bert Lahmann (Köln KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Roland Schwarz (Köln KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Georg Sieglen (Köln KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Luisa Schwab (Köln KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Frank Hauser (Köln KV); Martin Heyer (Bonn KV); Lukas Flohr (Köln KV); Deniz Ertin (Köln KV); Evelyn Rose-Thalheim (Köln KV); Jan Sieckmann (Köln KV)

GS-01-001 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Titel

Ändern in:

Gerechtigkeit im Sinn - gerecht, sozial, inklusiv

Begründung

Die Überschriften sind zwar kurz und prägnant, aber wenig aussagekräftig. Gerechtigkeit im Sinn zu haben ist zwar gut, aber es fehlt die Aktion oder zumindest die Richtung, wohin es gehen soll.

GS-01-001-2 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 1 bis 3:

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. ~~Unseren Wohlstand verdanken wir vielen engagierten Beschäftigten, innovativen Unternehmen und einer langen Tradition sozialer Sicherungssysteme. Doch auch bei uns haben Reichtum, Wohlstand und Armut viele Gesichter.~~ doch auch bei uns ist der Wohlstand ungleich verteilt.

GS-01-001-4 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 1 bis 3:

~~Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Unseren Wohlstand verdanken wir vielen engagierten Beschäftigten, innovativen Unternehmen und einer langen Tradition sozialer Sicherungssysteme. Doch auch bei uns haben Reichtum, Wohlstand und Armut viele Gesichter.~~ Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt und ist im OECD-Vergleich gleichzeitig auch eins der Länder mit der größten Ungleichverteilung. Obwohl die Arbeitslosigkeit zurückgeht, das Bruttoinlandsprodukt und die Vermögensrate steigen, nimmt auch die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen zu. Vom Wachsen des gesellschaftlichen Wohlstands profitieren nicht alle im gleichen Maße.

GS-01-018 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 18 bis 28:

~~Eine der wichtigsten Aufgabe der Politik ist es, Bedingungen zu schaffen, damit alle Menschen ihre Fähigkeiten einbringen und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb wollen wir neue Chancen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Unsere Gesellschaft wird stark bleiben, wenn sie alle fair am erwirtschafteten Wohlstand beteiligt. Sie wird aber noch stärker werden, wenn sie allen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Die Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass Aufstieg kaum möglich ist. In unserer Gesellschaft darf Armut keinen Platz haben, denn Armut schadet uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie der Gesellschaft, die auf die Talente und Fähigkeiten aller angewiesen ist. Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass in unserem Land zwei Millionen Kinder in Armut leben.~~ Daher wollen wir die sprichwörtlichen Sprossen der gesellschaftlichen Leiter zu einer Rampe umbauen, auf der ein Aufstieg besser möglich ist. In unserer Gesellschaft dürfen Armut und Ausgrenzung keinen Platz haben, denn sie schaden uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie der Gesellschaft, die auf die Talente und Fähigkeiten aller angewiesen ist. Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass in unserem Land zwei Millionen Kinder in Armut leben. Ebenso wenig nehmen wir es hin, dass Menschen aufgrund einer Behinderung von gesellschaftlicher Teilhabe in verschiedensten Lebensbereichen ausgeschlossen sind. Wir wollen, dass jede und jeder mit eigener Anstrengung und

Begründung

Sprossen suggerieren, dass es in der Verantwortung des Einzelnen liegt, ob es den Aufstieg schaffen kann. Dies ist aber nicht so. Viele Menschen benötigen aktive Unterstützung und eine Gesellschaft, die Ihnen die Möglichkeit eröffnet, ihre Zukunftschancen wahrzunehmen.

GS-01-020 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 20 bis 27:

Deshalb wollen wir neue Chancen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen. ~~Unsere Gesellschaft wird stark bleiben, wenn sie alle fair am erwirtschafteten Wohlstand beteiligt. Sie wird aber noch stärker werden, wenn sie allen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Die Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass Aufstieg kaum möglich ist. In unserer Gesellschaft darf Armut keinen Platz haben, denn Armut schadet uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie der Gesellschaft, die auf die Talente und Fähigkeiten aller angewiesen ist.~~ Es ist ungerecht, wenn nur wenige vom erwirtschafteten Wohlstand profitieren. Armut darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Armut zerstört Zukunftsperspektiven und macht ein selbstbestimmtes Leben unmöglich. Wir möchten, dass sich alle Menschen mit ihren Fähigkeiten in die Gesellschaft einbringen können und unanhängig davon ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe verwirklichen können. Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass in unserem Land zwei

GS-01-022 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 22 bis 24:

aber noch stärker werden, wenn sie allen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Wir Grüne streiten für eine inklusive Gesellschaft, die alle Menschen, gleich welcher Fähigkeiten oder Bedarfe, welcher Herkunft, Weltanschauung oder sexueller Identität, als individuell, besonders und gleichberechtigt ansieht. Die Sicherung der Selbstbestimmung und das Prinzip des Ausgleichs von Nachteilen müssen statt dem der Fürsorge im Vordergrund stehen. Daher wollen wir die sprichwörtlichen Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass zu einer Rampe umbauen, auf der ein Aufstieg kaum besser möglich ist. -In unserer Gesellschaft darf dürfen Armut und Ausgrenzung keinen Platz haben, denn Armut schadet sie schaden

Begründung

Der Text beschreibt den "amerikanischen Traum" einer Strickleitergesellschaft", in der jeder individuell aufsteigen kann. Ungeachtet dessen, dass auch wir GRÜNEN für eine Chancen und Aufstiegs-gerechtigkeit sind zeichnet der text kein Grünes Gesellschaftsbild. Wir stehen für eine inklusive und solidarische Gesellschaft und nicht eine reine auf- bzw. Aussteigergesellschaft. deshalb die Umformulierung, die auch auf die beschlüsse der BDK 2011 in Kiel basieren.

GS-01-024 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 24:

kaum möglich ist. ~~In unserer~~Unsere Gesellschaft ~~darf~~leidet an Armut ~~keinen Platz haben, denn~~und diese Armut schadet

Begründung

Der Satz für sich allein genommen ist missverständlich. Denn es wird immer Armut, und mit ihr materiell arme Menschen geben. Die grüne Sozialvorstellung ist, dass auch arme Menschen teilhaben – das wird in den Absätzen zuvor ausführlich beschrieben. Es ist keine grüne Vorstellung, Armut unsichtbar zu machen, erst recht nicht, arme Menschen auszuschließen. Armut, also arme Menschen, haben bei uns Platz, sie sitzen ganz selbstverständlich mit am Tisch. Gleichwohl leidet unsere Gesellschaft an der Armut ihrer Mitglieder. Mit grünen Konzepten tragen wir dazu bei, dass arme Menschen über Teilhabe, Existenzsicherung und Bildungschancen aus ihrer Misere begleitet werden, so sie es wollen. Aber auch die, die nicht wollen, haben bei uns Platz. Sie gehören ebenfalls dazu, denn wir lehnen Sanktionen ab.

GS-01-024-2 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Rastatt Baden-Baden
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 24:

kaum möglich ist. In unserer Gesellschaft darf Armut keinen Platz haben. Durch die Digitalisierung und den Wandel in der Mobilität werden viele Arbeitsplätze wegfallen. Dem müssen wir ein Modell entgegenhalten, das auf Zukunft und Sicherheit für jeden Einzelnen gerichtet ist. Die Existenzsicherung darf nicht mit einer Prüfung gekoppelt sein, die Menschen entwürdigt, verunsichert und verbittert. Jeder muss die Gewissheit haben, ~~denn~~ dass er nicht ausgegrenzt wird, sondern Teil unserer Gesellschaft ist. Existenzangst verhindert das Ausschöpfen der Ressourcen. Sicherheit können wir mit Hilfe des Grünen Grundeinkommens schaffen. Das Grüne Grundeinkommen ist zum einen mit einer Bürgerversicherung zu koppeln, die soziale Sicherheit im Bereich der Gesundheitsvorsorge, bei Krankheit, bei Pflegebedürftigkeit und im Alter bietet. Zum anderen kann dieses Grundeinkommen zukunftsorientiert mit einer kostenlosen Teilnahme am öffentlichen Nahverkehr gekoppelt werden. Armut schadet

Begründung

Der Mensch ist auf gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung ausgerichtet. Das Grundeinkommen wird nicht zur Folge haben, dass der Einzelne das Interesse verliert seinen Beitrag zu der Gesellschaft zu leisten. Das Grundeinkommen bietet die Möglichkeit, angstfrei neue Ideen zu entwickeln. Es erlaubt Auszeiten, die beispielsweise das Anfallen hoher Gesundheitskosten im Falle eines Burn-Outs vermeiden. Es hat emanzipatorisches Gewicht, weil die arbeitsfreie Zeit nach einer Geburt keine entwürdigenden Folgen hat. Die alleinerziehende Mutter wird nicht in Regress genommen, weil das Jobcenter den Bezug des Kindergeldes oder des Elterngeldes nicht rechtzeitig berücksichtigt hat. Es gibt keine Unsicherheiten, welche Behörde für welche Leistung zuständig ist. Das Verweisen von einer Behörde zur anderen entfällt. Das Ausfüllen seitenlanger Fragebögen, das die meisten Antragsteller überfordert, ist nicht mehr erforderlich. Auch derjenige, der nicht in der Lage ist, komplizierte Sachverhalte zu erfassen, erhält ohne Entwürdigung oder Diskriminierung das, was er für seine Existenzgrundlage braucht. Es wird die Einsparung hoher Verwaltungs- Gerichts- und Anwaltskosten zur Folge haben und Unsicherheiten nehmen, die zur Unzufriedenheit führen. Das Grüne Grundeinkommen ist in der Verbindung mit einem gut durchdachten Steuermodell finanzierbar. Es wird unsere gesamte gesellschaft bereichern. Die entwürdigende Bedarfsprüfung ist nicht mehr erforderlich. Mit dem Wegfall der Bedarfsprüfung wird dem Hass der Bedürftigen der Nährboden entzogen und sie erhalten ihre Menschenwürde zurück. Das Jobcenter kann zum reinen Beratungcenter werden. Es ist nicht zielführend, dass die Berater des Jobcenters zugleich über die Hartz IV Bescheide entscheiden - und somit nicht nur für die Anreize zuständig sind- sondern auch für die Sanktionen zuständig sind.

Im Zuge der Digitalisierung und der neuen Mobilität, werden viele Arbeitsplätze entfallen. Dem muss ein Perspektive entgegeng gehalten werden, die das Grüne Grundeinkommen bietet.

Die Kopplung mit dem öffentlichen Nahverkehr ist neben dem Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben mit dem ökologischen Blick auf eine Reduzierung des CO₂ -Ausstoßes gekoppelt.

Das Grüne Grundeinkommen entzieht dem gesellschaftlichen Vorbehalt gegen uns, wir seien die Partei der Besserverdienenden, den Nährboden. Wir dürfen uns die gute und solide Idee des Grundeinkommens nicht nehmen lassen. Es ist ein deutliches Signal für Gerechtigkeit im Sinn und Zukunft wird aus Mut gemacht.

GS-01-027 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Kreisverband Rastatt Baden-Baden

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 27 bis 29 einfügen:

Fähigkeiten aller angewiesen ist. Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass in unserem Land unter anderem zwei Millionen Kinder in Armut leben. Wir wollen, dass jede und jeder mit eigener Anstrengung und der solidarischen Unterstützung der Gesellschaft ein gutes Leben führen kann.

Neben der Existenzsicherung braucht es dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten, zu Räumen der Befähigung und der Bildung. Nur so lassen sich Armutslebenslagen nachhaltig überwinden. Wir wollen auch nicht hinnehmen, dass Menschen in unserem Land vom Zugang zu Bildung und gesundheitsleistungen ausgeschlossen sind. Die Integration darf auch nicht daran scheitern, dass das Grundeinkommen nicht ausreichend ist, Deutschkurse zu bezahlen.

GS-01-028 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 28 einfügen:

Millionen Kinder in Armut leben. Ebenso wenig nehmen wir es hin, dass Menschen aufgrund einer Behinderung von gesellschaftlicher Teilhabe in verschiedensten Lebensbereichen ausgeschlossen sind. Wir wollen, dass jede und jeder mit eigener Anstrengung und

GS-01-029 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Hersfeld-Rotenburg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Nach Zeile 29 einfügen:

Deshalb wollen wir untersuchen, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen die Verteilungsgerechtigkeit beeinflussen würde und die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens mittelfristig in ein realisierbares Modell umsetzen.

Begründung

Tatsache ist, dass immer mehr Arbeit von Produktionsmitteln, immer weniger von Menschen geleistet wird. Dies führt zur Verlagerung der Einkommen von Arbeitseinkommen auf Kapitaleinkommen. Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen in Wettbewerb um immer weniger Erwerbsarbeit treten müssen. In der Arbeitswelt von morgen und übermorgen wird dies zu zusätzlichen Verwerfungen führen.

GS-01-030 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 30:

~~Bildung~~ Wir werden ein großes Reformpaket auf den Weg bringen, um Kinderarmut zu bekämpfen, Familien finanziell zu entlasten und die Unterstützung von Alleinerziehenden deutlich zu verbessern. Wir werden Steuersümpfe trockenlegen und dafür sorgen, dass auch Superreiche endlich ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir wollen damit in Kindertagesstätten, Schulen, Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren und in bezahlbare Wohnungen investieren – all das sind Orte, auf die sozial Benachteiligte besonders angewiesen sind, von deren guter Ausstattung aber die gesamte Gesellschaft profitiert.

Bildung spielt für uns dabei eine entscheidende Rolle. Unser Bildungssystem ist durch die

Begründung

Die beste Bildungschance, die tatkräftigste und engagierteste Unterstützung hilft nicht, wenn die Existenz nicht gesichert ist. Ein Kind, welches in Armut aufwächst, den Stress der Eltern spürt, die Scham der Ausgrenzung erträgt, hat nicht die gleichen Chancen. Erst muss die Existenz gesichert, die Not behoben sein, ehe er oder sie die gebotene Unterstützung annehmen kann. Darum muss erst der Absatz der Kindergrundsicherung/ das Kapitel zur Sicherung des Sozialstaates und dann der Absatz der Chancengleichheit in der Bildung/ das Kapitel Investition in Bildung folgen.

Deswegen an dieser Stelle den Absatz der Zeilen (alt) 30-36 mit dem Absatz der Zeilen 37-43 tauschen, sowie die Kapitel GS-KS-01 mit dem Kapitel GS-KA-01 tauschen. Die praktische und unkomplizierte Umsetzung ist im Antragsgrün leider nicht möglich; zur Vermeidung von Doppelungen bitte die zweite Nennung des Absatzes "Wir werden ein großes Reformpaket auf den Weg bringen [...]" dann löschen.

GS-01-030-2 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 30 bis 36 löschen:

~~Bildung spielt für uns dabei eine entscheidende Rolle. Unser Bildungssystem ist durch die Reformen vieler grün-mitregierter Länder gerechter und durchlässiger geworden. Doch für echte Chancengleichheit sorgt es noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen, nicht Talent oder Fleiß. Wir wollen eine Schule, die ermutigt und ertüchtigt, keine, die bremst oder blockiert. Um das zu erreichen, wollen wir das Kooperationsverbot im Schulbereich aufheben. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten, um Chancengleichheit zu schaffen.~~

GS-01-033 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 33 einfügen:

Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen, nicht Talent oder Fleiß. Wir wollen Hochschulen, die gerechte Teilhabe aller für ein Studium qualifizierter Menschen ermöglichen und ihnen die Chance geben, aus unterschiedlichen Ausbildungs- und Lebenslagen heraus ein Studium zur Weiterqualifizierung aufzunehmen. Wir wollen eine

Begründung

Unser Sinn für Gerechtigkeit sollte nicht in der Schule aufhören.

GS-01-036 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 36:

und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten, um ~~Chancengleichheit~~Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Begründung

redaktionell - zum anderen auch GERECHTIGKEIT auch in Bildungsfragen!

GS-01-040 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 40 einfügen:

fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir wollen damit in die Entwicklung lebenswerter Quartiere, in
Kindertagesstätten, Schulen,

Begründung

es reicht nicht, Geld ins Bildungssystem zu pumpen, das Lebensumfeld muss entwickelt werden. Es ist ein Kernbereich grüner Kompetenz, ganzheitlicher zu schauen und zu sehen, dass die Entwicklung gesunder, lebenswerter Quartiere ganz zentral für sozialen Zusammenhalt, Chancengerechtigkeit, Gesundheit und auch Bildung ist. Deshalb: Quartiersentwicklung!

GS-01-041 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Till Hoffmann (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 40 bis 41 löschen:

fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir wollen damit in Kindertagesstätten, Schulen, ~~Jobcenter~~, Stadtbüchereien, Jugendzentren und in bezahlbare Wohnungen investieren – all das

Begründung

In der Aufzählung sind vorwiegend Angebote benannt, die positiv konnotiert sind. Das JobCenter hingegen wird in der derzeitigen Form - insbesondere bei sozial benachteiligten Menschen - auch als sehr stark sanktionierende Stelle erlebt bzw. wahrgenommen.

Wenn Investitionen in das Konstrukt JobCenter erfolgen sollen, bedarf es eine andere konzeptionelle Ausrichtung dieser Einrichtung.

Deshalb wird beantragt, das Wort JobCenter zu streichen.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Max Christopher Lindemann (Köln KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Martin Kühn (Köln KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Roland Schwarz (Köln KV); Tobias Grupe (Köln KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Regina Klünder (Kiel KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Kerstin Dehne (München KV); Christiane Schmidt (Köln KV)

GS-01-042 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 42:

sind Orte, auf die ~~sozial Benachteiligte~~ Menschen mit geringem Einkommen besonders angewiesen sind,
von deren guter

GS-01-043 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 43 einfügen:

Ausstattung aber die gesamte Gesellschaft profitiert.

Unser Bildungssystem ist durch die Reformen vieler grün-mitregierter Länder gerechter und durchlässiger geworden. Doch für echte Gerechtigkeit sorgt es noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen. Das liegt insbesondere auch daran, dass in unseren Schulen viel zu früh sortiert, statt individuell gefördert wird. Wir wollen eine Schule, die auf die individuellen Bedürfnisse von Schüler*innen eingeht und ermutigt, und nicht blockiert und bremst. Um das zu erreichen treten wir konsequent für den Ausbau des gemeinsamen Lernens ein und wollen das Kooperationsverbot aufheben. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten, um Chancen und Gerechtigkeit zu schaffen.

GS-01-046 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 46 einfügen:

und wollen erreichen, dass in fünf Jahren alle, die eine durchschnittliche Lebensarbeitszeit in Vollzeit rentenversichert gearbeitet haben, ohne Sozialhilfe im Alter leben können. Wir streiten für eine gute Pflege im Alter. Wir wollen verhindern, dass Menschen sich von einem

Begründung

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass alle, die ein Leben lang rentenversichert gearbeitet haben, auch im Alter ohne Grundsicherung und damit in Würde leben können.

Der Zeitraum von fünf Jahren ist lang genug für eine stufenweise Erhöhung des Rentenniveaus, vor allem von Geringverdienden.

GS-01-049 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

In Zeile 49 einfügen:

miteinander verbinden können.

Wir wollen Ehrenämter fördern und ungerechte Hindernisse abbauen. Dazu gehört, dass die komplette Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Rentenleistungen oder dem Arbeitslosengeld aufgehoben wird.

Begründung

Es kann nicht sein, dass engagierte Bürger*innen Ehrenämter nicht antreten können, weil durch die Anrechnung der Aufwandsentschädigung teilweise sogar weniger Rente oder ALG II nach der Ehrenamtsannahme ausgezahlt werden.

Aufwandsentschädigung sollen zusätzliche Belastungen durch das Ehrenamt ausgleichen und dürfen nicht mehr als Einkommen angerechnet werden.

GS-01-050 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 50 bis 51 löschen:

~~Eine starker Sozialstaat und eine starke Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Deshalb setzen wir auf eine Wirtschaft, die fair und stabil, innovativ und voller Gründergeist ist.~~

GS-01-053 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 53 bis 54:

Wir sind die Partei, die sich energisch gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung jeder Art wendet.

Das ist Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. So stärken wir ~~den~~
~~gesellschaftlichen Zusammenhalt und~~ die Akzeptanz-unserer Demokratie, die

GS-01-053-2 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: KV Stuttgart

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Nach Zeile 53 einfügen:

Die Zukunftsvision eines grundsätzlichen Garantieeinkommens weiter verfolgen Angesichts des rasanten Wandels in der Erwerbsarbeit, der gravierenden Auswirkungen, die die Digitalisierung in großen Bereichen der Arbeitswelt haben wird, und der sich bereits abzeichnenden Herausforderungen für gesellschaftliche Teilhabe wird die Idee des rein der Existenz geschuldeten Garantieeinkommens immer wichtiger. Deshalb wollen wir die bereits entwickelten Modelle von der Grünen Grundsicherung bis zum Bedingungslosen Grundeinkommen weiter verfolgen und in einer Enquete-Kommission Lösungen für deren Umsetzung finden.

Begründung

Die Digitalisierung bedingt einen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel, der die Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen notwendig macht. Ein Leben in Würde steht jedem Menschen zu, sei es als Kind, als Greis*in, als Künstler*in, Forscher*in, oder auch Sinnsuchende. Wo selbstbestimmt über Art und Umfang der Erwerbsarbeit entschieden werden kann, wo keine Existenzangst lähmt, da entsteht Raum für enormes Potenzial an schöpferischen Kräften im zwischenmenschlichen und kulturellen Bereich. Schon früh wurde dies von den Grünen erkannt und wird vom Grünen Netzwerk Grundeinkommen kompetent und detailliert dargestellt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Grünen diese Idee nun gänzlich anderen Parteien und Initiativen überlassen sollten, wo das Thema gerade in der Mitte der Gesellschaft anzukommen scheint.

GS-01-055 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 55 bis 56:

durch Ungerechtigkeiten gefährdet sind. ~~So schaffen wir es, dass alle an die Möglichkeiten in unserem Land glauben und sie auch nutzen können.~~ Die wachsende Angst vor sozialem Abstieg wird von Rechten instrumentalisiert, um Hass gegen Migrant*innen und Geflüchtete zu schüren. Das lassen wir nicht zu! Statt Sündenböcke zu suchen, wollen wir die Schere zwischen Arm und Reich schließen und die Probleme wirklich lösen.

GS-KS-01-001 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Titel

Ändern in:

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und lebenslanges Lernen

Begründung

„Hochschule“ ist der Oberbegriff für alle Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs, also auch für Universitäten, und damit der umfassende Fachbegriff. Unsere Position zu „Lebenslanges Lernen“ wird im folgenden Text ausgeführt, als wichtiger Bestandteil unserer Programmatik sollte der Begriff also mit in der Überschrift erwähnt werden.

GS-KS-01-001-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Titel

Ändern in:

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen

Begründung

Im Titel "Universitäten" ersetzen durch "Hochschulen"

Der Begriff Universitäten schließt Fachhochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Musik- und Kunsthochschulen etc. aus. „Hochschulen“ vereint alle Hochschultypen und ist hier zutreffend.

GS-KS-01-001-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Titel

Ändern in:

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildung und Hochschulen

GS-KS-01-001-4 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 1 bis 6:

~~Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmerin oder Unternehmer wird und gute Arbeitsplätze schafft, wenn die alleinerziehende Krankenschwester es sich leisten kann, Pflegemanagement zu studieren, wenn der seit längerem arbeitslose Lagerist nach einer Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit den Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt und die aus Syrien nach Deutschland geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht.~~ Wenn alle Menschen, die hier leben, egal ob hier geboren oder nicht, ihre Potentiale ausschöpfen und ihre Berufswünsche verwirklichen können- egal ob als Unternehmerin, als Krankenpflegerin oder als Medizinerin- und von ihrer Arbeit leben können, dann haben wir viel erreicht.

Dann sind wir unserem Ziel,

Begründung

Der Text ist paternalistisch. Wir haben nicht das recht zu entscheiden, was ein gutes Leben ist. Zweitens sollte dieses "gute Leben" für alle möglich sein.

GS-KS-01-002 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 2:

Arbeitsplätze schafft, wenn die alleinerziehende ~~Krankenschwester~~Krankenpflegerin es sich leisten kann,

Begründung

Veralteter, geschlechterdiskriminierender Begriff.

Unterstützer*innen

Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Johanna Braun (Berlin-Mitte KV); Katja Meffert (Berlin-Neukölln KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Stephan Clemens (Berlin-Neukölln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Konstantinos Tsilimekis (Berlin-Neukölln KV)

GS-KS-01-010 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 10 bis 11:

schlimmste Schule“ bezeichnet, ~~machen Schülerinnen und Schüler dort~~ lernen in dieser Gemeinschaftsschule nun ~~Abitur~~ —viele Schüler*innen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen und alle profitieren. Viele von ihnen machen als Erste ihrer Familie das Abitur. Oder an der Universität Duisburg-Essen, die gezielt

Begründung

Die Rütli-Schule wurde in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt. Das sollte man hier auch als Merkmal hervorheben.

GS-KS-01-014 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 14 bis 15:

nicht etwa Talent oder Fleiß. Es ist ein Skandal, dass **es** für Kinder aus Arbeiterfamilien **bei uns so schwierig** der Aufstieg durch Bildung strukturell ungleich schwerer ist, **aufzusteigen** als für Kinder aus Akademikerfamilien. Das wollen wir Grünen ändern. Jeder soll die Chance

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Martin Bär (Potsdam KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

GS-KS-01-014-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 14 bis 15:

nicht etwa Talent oder Fleiß. Es ist ein Skandal, dass **es für** Kinder aus Arbeiterfamilien **bei uns so schwierig ist, strukturell darin benachteiligt sind** aufzusteigen. Das wollen wir Grünen ändern. Jeder soll die Chance

GS-KS-01-014-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 14 bis 21:

~~nicht etwa Talent oder Fleiß. Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien bei uns so schwierig ist, aufzusteigen. Das wollen wir Grünen ändern. Jeder soll die Chance auf ein gutes Leben bekommen. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen die Ideen und die Kraft aller jungen Menschen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos und abgehängt zurückzulassen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Wir stemmen uns gegen die Spaltung in drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen.e oder Interessen. Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien bei uns so viel schwieriger ist, mit einem Studium zu beginnen, als für Kinder aus Akademikerfamilien. Das werden wir Grünen ändern. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche, Interessen und Talente. Dabei ist uns wichtig, dass in dieser Gesellschaft nicht nur diejenigen gefördert oder geschätzt werden, die ein Studium abgeschlossen haben. Wenn beispielsweise die Arzttochter Gisela Tischlerin werden will, dann ist das für uns kein verschenktes Potential oder ein Abstieg, sondern vielleicht einfach ihr Traumberuf. Und in solch einer Entscheidung sollte sie ebenso unterstützt werden, wie andere in ihren Wunschstudiengängen oder -ausbildungen.~~

Begründung

Unser Ziel ist keine Gesellschaft in der diejenigen, die studieren erfolgreich sind und alle anderen "perspektivlos zurückgelassen" werden. Im bisherigen Text könnte der Eindruck entstehen, dass Menschen für uns nur erfolgreich sind und "aufsteigen", wenn sie studieren. Das wäre aber falsch und würde der Lebensrealität von vielen Menschen in diesem Land nicht entsprechen. Natürlich ist es ein Skandal, wenn es für Arbeiterkinder viele sichtbare und unsichtbare Hürden zum Studium gibt, aber es ist auch wichtig, dass beispielsweise Handwerkerinnen und Handwerker gute Perspektiven haben und sich jeder einzelne Mensch nach den eigenen Interessen für eine berufliche Perspektive entscheiden kann.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Lukas Flohr (Köln KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); André Schulze (Berlin-Neukölln KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Kerstin Dehne (München KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Irene Mihalic

(Gelsenkirchen KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV)

GS-KS-01-015 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 15 bis 16:

bei uns so schwierig ist, aufzusteigen. Das wollen wir Grünen ändern. ~~Jeder soll die Chance auf ein~~Ein
gutes Leben ~~bekommen~~soll jedoch nicht an einen Hochschulabschluss geknüpft sein, sondern muss allen
Menschen offenstehen. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen die Ideen und die Kraft

GS-KS-01-016 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 16 bis 17:

auf ein gutes Leben bekommen. ~~Wirtschaft und~~ Unsere Gesellschaft brauchen ~~ent~~ die Ideen, die umfassende Teilhabe und die Kraft aller ~~jungen~~ Menschen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Robin Luge (Harz KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV)

GS-KS-01-019 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 19 einfügen:

Herkunft, ethnische Wurzeln, Geschlecht oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen

GS-KS-01-021 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 21 einfügen:

drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen.

Bildung für eine digitalisierte und vernetzte Welt

Zu Beginn der Industrialisierung haben wir die damals drohende Unmündigkeit und Ausgrenzung der Massen verhindert, indem wir durch die Alphabetisierung und eine allgemeine Schulpflicht allen ermöglicht haben, sich die zunehmend durch Wissen und Technik geprägte Epoche der Bürgergesellschaft und Industrialisierung mittels Lesen, Schreiben und Rechnen zu erschließen. Mit der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung aller Lebens- und Erlebensbereiche stehen wir nun erneut vor einer Zeitenwende. Und so wie die Aufklärung und die industrielle Revolution für Mensch und Natur ganz neue Chancen wie Risiken bedeutet hat, so verlangt auch die digitale Revolution nach GRÜNEN, an Nachhaltigkeit und Interessenausgleich orientierten Antworten: Nun gilt es, unser Bildungssystem so anzupassen, dass kommende Generationen befähigt werden, auch in der digitalen Welt mündig und souverän leben und handeln können, indem wir die Kulturtechniken des Digitalen zum Teil unserer Allgemeinbildung machen und so einen Analphabetismus 2.0 verhindern und Teilhabe und Chancengleichheit auch in der digitalen Epoche sichern.

Wissenschaft, Fachverbände und Unternehmen mahnen seit Jahren dazu, aber ausgerechnet die Dichter- und Denker, das Land von Immanuel Kant, Albert Einstein und Max Planck hat diesen epochalen Wandel der Kulturtechniken verschlafen: Über 70 Jahre nach Konrad Zuses erstem funktionstüchtigen und programmierbaren Digitalrechner und trotz bald 40 Jahren Internet geht die digitale Kompetenz der Deutschen bis heute meist nicht über etwas Textformatieren und alltägliche Social Media Anwendung hinaus. Andere Nationen sind hier viel weiter und haben längst umgesetzt, worüber wir gerade beginnen, politisch zu diskutieren. Dabei gibt es auch im deutschen Sprachraum schon seit Jahren sowohl ausgereifte didaktische Konzepte als auch hervorragende Praxisansätze für alle Bereiche des Bildungssystems, um ein Mindestmaß an digitalen Kompetenzen sicherzustellen.

Hier wollen wir ansetzen und die besten Konzepte und Praxisansätze der vielen Modellprojekte der letzten Jahre in einer gemeinsamen Anstrengung mit allen Bundesländern ab der Primarstufe als weiteren Baustein naturwissenschaftlicher Bildung verbindlich und bundesweit in die Schulsysteme einbringen. Und auch im Bereich der Weiterbildung und beruflichen Ausbildungsgänge wollen wir dafür sorgen, dass *computational thinking* und Basiskompetenzen im Bereich Informatik, Medienanwendung und kritischer Medienkunde unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft zum Teil der Allgemeinbildung werden.

Begründung

Schon heute lässt sich erkennen, wie alle Lebens- und Erlebensbereiche immer stärker durch Software, Algorithmen und digitale Endgeräte geprägt werden: Wie wir miteinander umgehen, was wir von der Welt wissen und wie wir in die Welt eingreifen, ist immer mehr - direkt oder indirekt - von digitalen Prozessen abhängig. Was für wen möglich ist oder nicht, was wann gedacht, gefühlt und gemacht wird, hängt dabei

von Datenerhebungs- und Verarbeitungsprozessen ab, die wir selbst immer weniger verstehen, hinterfragen oder beeinflussen können. Und diese Prozesse stellen täglich neu bisherige Grenzen von Mensch, Gesellschaft und Natur in Frage, sie führen zu neuen Chancen wie Risiken, die man nur aus Science-Fiction-Romanen kannte und wir werden zu diesen neuen Fragen neue Antworten finden müssen und uns Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Kultur/Sinn in dieser neuen Epoche der Menschheit neu erkämpfen müssen. Und wenn wir den Glauben an die wesentliche Rolle von Aufklärung und Bildung für den Erhalt und die Weiterentwicklung unsere Gesellschaft nicht aufgeben wollen, dann müssen wir die kommenden Generationen auf diese neue Epoche der Menschheit durch entsprechende Anpassungen im ganzen Bildungssystem vorbereiten.

GS-KS-01-021-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Monika Heinold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 21 einfügen:

drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen. Deshalb wollen wir den Bürger*innen Steuerüberschüsse in Form von Bildung zurück geben. Wir wollen 15 Mrd. Euro - die Bundesfinanzminister Schäuble als Potential für Steuersenkungen ausfindig gemacht hat - nicht zur Senkung von Steuern einsetzen sondern Ländern und Kommunen dauerhaft und jährlich für nachweislich zusätzliche Ausgaben für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen. Damit könnte eine Stärkung der Bildung mit Sieben-Meilen-Stiefeln voran gehen.

Begründung

Um Bildung spürbar zu stärken müssen Kommunen und Länder deutlich mehr als bisher dauerhaft investieren. In unserem Programm beschreiben wir dieses Ziel. Gleichzeitig stellen wir im Kapitel FH-BW-01 fest, dass unser Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ lautet – also Konnexität. Das soll mit der Aussage Steuerüberschüsse für Bildung einzusetzen untermauert werden.

Unterstützer*innen

Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Christoph Hermann (Kiel KV); Markus Stiegler (Kiel KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Matthias Kissing (Kiel KV); Dörte Schnitzler (Kiel KV); Johannes Albig (Kiel KV); Paulina Spiess (Kiel KV); Angelika Oschmann (Kiel KV); Birgitta Brunner (Herzogtum Lauenburg KV); Erika von Kalben (Pinneberg KV); Marret Bohn (Rendsburg-Eckernförde KV); Manfred Sallach (Steinburg KV); Josefine Möller (Steinburg KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Murat Birkandan (Plön KV); Konstantin von Notz (Herzogtum Lauenburg KV); Ruth Kastner (Stormarn KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV)

GS-KS-01-023 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 23 bis 24:

Kindertagesstätten, Schulen, Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren und Volkshochschulen – all das sind Orte, **auf die Benachteiligte besonders angewiesen** grundlegend für eine chancengerechte Gesellschaft sind. Dort werden Chancen verteilt – oder eben

Begründung

Die Erwachsenenbildung als vierte Säule im Bildungswesen liegt uns Grünen ebenfalls am Herzen. Daher sollte dies bei den entsprechenden Aufzählen auch zum Ausdruck kommen.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Martin Bär (Potsdam KV); Reiner Daams (Solingen KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV)

GS-KS-01-030 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 30 bis 31 einfügen:

einräumen. Es muss unser Ziel bleiben, mindestens sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und mindestens 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir Grünen

Begründung

Die Steigerung auf sieben bzw. 3,5 Prozent wäre eine gute Verbesserung, würde Deutschland aber nicht weiter als auf einen Mittelwert bringen. Mittelfristig müssen wir auch darüber hinaus denken. Darum das Wort „mindestens“.

GS-KS-01-030-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Martin Kühn (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 30 bis 31 einfügen:

einräumen. Es muss unser Ziel bleiben, sieben Prozent (statt derzeit ca. 4,2 Prozent) der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und 3,5 Prozent (statt derzeit ca. 2,9 Prozent) in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir Grünen

Begründung

Um einen (interessierten) Leser, der mit den aktuellen Kennzahlen wenig oder gegebenenfalls gar nicht vertraut ist, klar zu machen, wie umfangreich, die von uns angestrebte Zusatzfinanzierung ist, sollten aktuelle Referenzwerte angegeben werden. Daher habe ich die aktuellen Ausgaben für Bildung und FuE (in Prozent vom BIP) herausgesucht und oben eingetragen.

Für die Bildungsausgaben gibt es die Zahlen der OECD von 2016 unter:

<https://www.oecd.org/berlin/presse/bildung-auf-einen-blick-2016-rede-schleicher.htm>

Für FuE gibt es Zahlen von 2013 unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/bufi.html>

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Till Hoffmann (Köln KV); Max Christopher Lindemann (Köln KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Georg Sieglén (Köln KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Benjamin Adjei (München-Land KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Tobias Grupe (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Lukas Flohr (Köln KV); Luisa Schwab (Köln KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Roland Schwarz (Köln KV); Frank Hauser (Köln KV)

GS-KS-01-032 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 32 einfügen:

wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Begründung

Die Erwachsenenbildung als vierte Säule im Bildungswesen liegt uns Grünen ebenfalls am Herzen. Daher sollte dies bei den entsprechenden Aufzählen auch zum Ausdruck kommen.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Martin Bär (Potsdam KV); Reiner Daams (Solingen KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV)

GS-KS-01-032-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Mannheim

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 32 einfügen:

wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen,
Volkshochschulen

Begründung

Die Volkshochschulen sind ein ganz wesentlicher Pfeiler um gerade Bildungsbenachteiligten Bildungschancen zu ermöglichen. Diese leider aber besonders unter der kommunalen Finanzschwäche und müssen gestärkt werden. Daher sind sie in dieser Aufzählung ganz dringend zu ergänzen.

GS-KS-01-033 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 33 bis 34 einfügen:

und Hochschulen besser zu bauen und auszustatten. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus. Denn das Klassenzimmer und der Schulhof sind der "dritte Pädagoge" und sie schaffen für jede und jeden die Chance, von der eigenen Arbeit zu leben und der

Begründung

Grundvoraussetzung für gutes Lernen sind gesunde und qualitätsvolle Räume für unsere Kinder. Der Bildungserfolg hängt nicht unwesentlich hiervon ab. "Der Raum ist der dritte Pädagoge." Dieser Satz stammt von dem norditalienischen Erziehungswissenschaftler Loris Malaguzzi (1920-1994). Er verbreitete die Auffassung, die Mitschüler seien der erste, der Lehrer nur der zweite Pädagoge, gleich gefolgt vom Raum."

<http://www.fr.de/rhein-main/dossier/meinung/leitartikel-der-dritte-paedagoge-a-1182774>

Siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=8X3FCy00Buc>

GS-KS-01-035 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 35:

Gesellschaft etwas zurückgeben zu können. In ~~NRW oder Baden-Württemberg~~ vielen Ländern wurde unter ~~G~~grüner

Begründung

Die Nennung einzelner Länder wirft die Frage auf, wie dies in anderen Ländern gehandhabt wird. Da in der Mehrzahl der grün-mitregierten Länder Bildungsfinanzierung eine Priorität darstellt, plädieren wir für eine offenere Formulierung.

GS-KS-01-036 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 36 bis 44:

Konkret heißt das: Als das Land, in welchem das international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir, durch Kostenbeteiligung des Bundes, mithilfe von Mindeststandards für die Qualität bundesweit den Gedanken der Ganzheitlichkeit in der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern nach vorne stellen und die Qualität sichern. Alle Kinder im Alter von 0 bis zur Einschulung erhalten einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kindertageseinrichtung, die im Sinne der Fröbelpädagogik das Kind mit seinen Kompetenzen und Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt und mehr als nur eine Betreuungseinrichtung ist. Hier werden Kinder ganzheitlich und differenziert unterstützt. Doch damit ganzheitliche Bildung, Erziehung und Betreuung möglich ist, soll die Zusammenarbeit mit Eltern in Kindertageseinrichtungen unterstützt werden. Dem Sozialpädagogischen Personal muss deshalb ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden, Kindertageseinrichtungen als Orte für die ganze Familie zu gestalten und diese in den Alltag der Einrichtungen zu integrieren. ~~Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita Kindergarten, der im fröbelschen Sinne mehr als nur eine Betreuungseinrichtung ist und in dem Kinder von 0 bis zur Einschulung ganzheitlich gefördert werden, in der dem die Erzieher*in Zeit hat, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land in dem das international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir den ganzheitlichen Gedanken nach vorne stellen und Qualität sichern. Mindeststandards für die Qualität sollen das bundesweit sicherstellen und der Bund soll sich an den Kosten beteiligen.~~ Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die

Begründung

Fachliche Anpassung und Erwähnung der Wichtigkeit von Elternpartizipation in der pädagogischen Arbeit.

Unterstützer*innen

Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV); Uwe Halpap (Hamburg-Wandsbek KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Sabine Kashi (Hamburg-Wandsbek KV); Julian von Bülow (Hamburg-Altona KV); Leslie Matthiesen (Hamburg-Wandsbek KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ursula Martin (Hamburg-Wandsbek KV); Madelaine Stahl (Marburg-Biedenkopf KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Andreas Finkler (Hamburg-Harburg KV); Oliver Schweim (Hamburg-Wandsbek KV); Annette Schweim (Hamburg-Wandsbek KV); Harry von Borstel (Hamburg-Wandsbek KV); Frauke Häger (Hamburg-Wandsbek KV)

GS-KS-01-037 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 37 bis 42:

Konkret heißt das: Alle Kinder ~~bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita Kindergarten, der im fröbelschen Sinne mehr als nur eine Beutreuungseinrichtung ist und in dem Kinder von 0 bis zur Einschulung ganzheitlich gefördert werden, in der dem die Erzieher*in Zeit hat, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land in dem das international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir den ganzheitlichen Gedanken nach vorne stellen und Qualität sichern.~~ von 0 bis zur Einschulung bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita mit guter Bildung und Betreuung. Hier können sie ganzheitlich und interkulturell gefördert werden und Erzieher*innen haben Zeit, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Mindeststandards für die

GS-KS-01-037-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

Konkret heißt das: Alle Kinder erhalten Zugang zu frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung und bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita beziehungsweise einem Kindergarten, der im fröbelschen Sinne mehr als nur eine Bebetreuungseinrichtung

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Robin Luge (Harz KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV)

GS-KS-01-040 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 40 einfügen:

die gut ausgebildete Erzieher*in Zeit hat, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land in dem das

Begründung

erfolgt mündlich

GS-KS-01-043 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 43 bis 44:

Qualität sollen das bundesweit sicherstellen. Für den weiteren Ausbau des Angebots und zur Verbesserung der ~~Bund~~Qualität soll ~~sich an den Kosten beteiligen~~ der Bund mit drei Milliarden Euro pro Jahr eine größere Verantwortung für die frühkindliche Förderung übernehmen. Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die

Begründung

Präzisierung der Zahlen

GS-KS-01-044 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 44 einfügen:

beteiligen. Außerdem wollen wir die Erzieher*innen-Ausbildung neu gestalten und attraktiver machen.
Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die

GS-KS-01-044-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 44 einfügen:

beteiligen. Trotz des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz und des kontinuierlichen Ausbaus in den vergangenen Jahren reichen die vorhandenen Angebote nicht aus. Langfristig bleibt das Ziel eine kostenfreie Bildung von Anfang an. Jetzt muss in den Ausbau und in die starke Verbesserung der Qualität investiert werden. Klar ist, dass kein Kind von einer Kita ausgeschlossen sein darf, weil sich die Eltern diese nicht leisten können. Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die

Begründung

Wir sollten klarstellen, wo unsere Prioritäten sind und trotzdem das Ziel als langfristiges aufnehmen.

Unterstützer*innen

Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Kerstin Celina (Würzburg-Land KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Lars Schellhas (Rhein-Kreis-Neuss KV); Frieda Fiedler (Neckar-Bergstraße KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Nicolá Lutzmann (Heidelberg KV); Toni Krüger (Rhein-Pfalz KV); Walter Kißling (Göppingen KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Stefan Boxler (Bad Kreuznach KV); Gudrun Weber (Speyer KV)

GS-KS-01-044-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 44:
beteiligen.

Alle Grundschul Kinder erhalten einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bis zum Ende der 4. ~~Schulen~~ Klasse. Dieser soll analog zum Rechtsanspruch für U3 und Kindergartenkinder vereinbart werden. Auch für die Betreuung von Schulkindern müssen Mindestqualitätsstandards festgelegt werden. Die Bundesregierung soll die Bundesländer außerdem dabei unterstützen, ein Konzept für diejenigen Kinder zu entwickeln, die weder durch die Grundschul Kinderbetreuung noch durch Einrichtungen der Jugendhilfe aufgefangen werden (sogenannte „Lückekinder“). Der Rechtsanspruch für Grundschul Kinder kann entweder durch Ganztags Schulen oder durch andere freiwillige Modelle gedeckt werden.

Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die

Begründung

Viele Eltern verzweifeln, weil sie, sobald ihre Kinder schulpflichtig werden, keine Kinderbetreuungsangebote mehr vorfinden und teilweise sogar Arbeitszeit reduzieren müssen, um ihre Kinder zu betreuen. Während die Kommunen durch den Rechtsanspruch für U3 und Kindergartenkinder finanziell unterstützt werden und verpflichtet sind, werden sie mit der Frage der Grundschul Kinderbetreuung häufig allein gelassen oder sind auf (freiwillige) Landesprogramme angewiesen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand und kann nur durch einen Rechtsanspruch verändert werden.

GS-KS-01-045 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 45 bis 46:

viele Lehrerinnen und Lehrer, Erzieher*innen und andere Pädagog*innen unter teils schwierigen Bedingungen bereits mit großem Engagement übernehmen: gemeinsamer Schulbesuch Dazu zählt inklusiver Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, längeres gemeinsames Lernen,

Begründung

Gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung ist noch keine Inklusion. Stattdessen soll auf die Herausforderung des inklusiven Unterrichts hingewiesen werden. Hierbei wird anerkannt, dass Vielfalt und Verschiedenheit in Schule eben ganz normal sind und es insbesondere darum geht, in Schule pädagogische und organisatorische Antworten für diese Vielfalt zu entwickeln.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Martin Bär (Potsdam KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andreas Müller (Essen KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)

GS-KS-01-047 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 47:

digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen oder auch Schulsozialarbeit.-

Wir wollen Schulen, in denen junge Menschen nicht einfach nur auf einen Beruf vorbereitet werden. Vielmehr soll Bildung ihnen die Möglichkeit bieten, ihre eigenen Interessen zu erkennen, auszubauen und zu artikulieren. Dazu gehört auch, dass sie lernen, an demokratischen Prozessen teil zu haben. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung von demokratisch organisierten Schulen ein.
Schulen, an

GS-KS-01-049 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Robin Luge (Harz KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 49 bis 50 löschen:

selbst Orte der Zukunft sein. ~~Zuweilen ist das durchschnittliche Parkhaus in Deutschland aber in einem besseren Zustand als so manches Schulgebäude.~~ Der Bund sollte seine neuen

Unterstützer*innen

Bernhard Zimmermann (Harz KV); Max Reschke (Weimarer Land KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Wolfgang Strauhs (Harz KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Robin Ebbrecht (Stendal KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Christina Wendt (Jena KV); Katharina Bautz (Jena KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marcus Lamprecht (Viersen KV)

GS-KS-01-050 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 50 bis 53:

aber in einem besseren Zustand als so manches Schulgebäude. ~~Der Bund sollte seine neuen Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, nun rasch nutzen und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt.~~ Der Bund sollte ein Förderprogramm zum Bau und zur Sanierung von Schulen auflegen. Dabei sollen unter anderem die neuen Möglichkeiten genutzt werden, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen. Die Förderung soll die baulichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legen und dabei an eine umfassende Beteiligung sowie an ein pädagogisches Konzept geknüpft werden. Damit Schulen den Kindern

Begründung

Die Zielgröße sowie das finanzielle Volumen des Schulbauprogramms sind richtig dimensioniert. Allerdings sollte das Programm nicht ausschließlich finanzschwachen Kommunen zu Gute kommen. Über die Schulsanierung hinaus benötigen z.B. Kommunen mit Bevölkerungswachstum auch Schulen im Neubau. Um eine angemessene pädagogische Qualität zu erreichen, sollten Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen beteiligt werden, sowie ein pädagogisches Konzept zwingend zur Fördervoraussetzung werden. Die für diese Prozesse notwendigen Mittel sollten im Programm bereitgestellt werden.

GS-KS-01-053 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 53 einfügen:

Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereitstellen und so 10.000 Schulen fit für die Zukunft machen. Damit Schulen den Kindern

Begründung

Präzisierung der Zahlen

GS-KS-01-053-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 53 bis 55:

Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt: ~~Damit Schulen den Kindern Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können,~~ besonders in Form von Gemeinschafts- bzw. Gesamtschulen. Vom längeren gemeinsamen Lernen profitieren alle Schüler*innen. Es ist eines der wirksamsten Mittel für die Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir Grünen unterstützen deshalb den Ausbau von Gesamt- und Gemeinschaftsschulen und verfolgen auf allen Ebenen auf lange Sicht das Ziel der Einen Schule für Alle. Damit Schulen zu Orten werden, an denen alle Kinder und Jugendlichen individuell nach ihren Fähigkeiten gefördert werden, an denen sie alle mit- und voneinander lernen. Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir Grünen

Begründung

Schüler*innen profitieren vor allem vom längeren gemeinsamen Lernen, wenn Klassen durchmischt sind. Wir sollten also deutlich machen, dass wir uns v.a. Gemeinschafts- und Gesamtschulen wünschen und die baulichen Voraussetzungen für das gemeinsame Lernen in heterogenen Klassen und mit neuen Lernkonzepten schaffen wollen. Die Eine Schule für Alle ist ein gutes grünes Ziel. Schulstrukturfragen sind zwar Ländersache, aber da wir hier auch die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern thematisieren und das gemeinsame Lernen, sollten wir so mutig sein dieses Ziel auch zu benennen. Die Aufteilung in eher „schwache“ und „starke“ Schüler*innen, die sich hier reinlesen lässt ist nicht schön. Wir sollten eher darauf verweisen, dass alle Kinder und Jugendlichen Fähigkeiten haben, die individuell gefördert werden sollten.

GS-KS-01-055 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Robin Luge (Harz KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 55 bis 57:

viel leisten können. ~~Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir Grünen streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können.~~ Wir wollen ein mehr an Demokratie. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sowie Eltern sollen das Recht haben, frei und unter Einbeziehung aller Interessen, an der Mitgestaltung des Unterrichts teilzunehmen. Wir wollen eine Schulbildung die Werte und Kompetenzen vermittelt. Auswendiglernen bis zur nächsten Klausur bringt Kinder und Jugendliche nicht weiter. Wir Grünen streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bei der Schaffung einheitlicher Standards ist die Kultusminister*innenkonferenz grandios gescheitert. Für vergleichbare Schulabschlüsse in ganz Deutschland, braucht es die Abschaffung des Bildungsföderalismus.

Begründung

In Deutschland gibt es klaffende Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während finanzschwache Bundesländer ihre Schulen nicht ausreichend finanzieren können, erlangen die finanzstarken Länder Vorteile im Wettbewerb um LehrerInnen. Durch das unsinnige Kooperationsverbot darf der Bund sich nur über Umwege an der Bildungsfinanzierung beteiligen. Außerdem kann es nicht sein, dass ein Schulwechsel oft an unterschiedlicher Bildungspolitik und Rahmenbedingungen scheitert. Den Bildungsföderalismus abzuschaffen und Bildung in die Rahmenkompetenz des Bundes zu geben, stellt ihn demokratisch auf neue Füße, denn die Kultusminister*innenkonferenz ist undemokratisch und gescheitert. Bundesweite Bildungsstandards, in denen statt Faktenwissen bestimmte Kompetenzen als Lernziele zum Ende der Schulzeit vorgegeben werden - das sollte unser Ziel sein. Die Abschaffung des Bildungsföderalismus muss aber mit einer Autonomisierung aller Bildungsinstitutionen einhergehen. Bildungsstandards auf Bundesebene, mehr Autonomie für die einzelnen Schulen, denn gute Bildung wächst von unten. Politik muss den Akteur*innen Gestaltungsfreiräume lassen. Durch demokratische Prozesse sollen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern vor Ort selbst gestalten. Autonomie bedeutet auch, dass Schulen die Fähigkeit erhalten sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen und aktiver Teil der Kommunen zu sein.

So zeichnen wir eine echte Zukunft für unser Bildungssystem.

Unterstützer*innen

Bernhard Zimmermann (Harz KV); Max Reschke (Weimarer Land KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Wolfgang Strauhs (Harz KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Robin Ebbrecht (Stendal KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Christina Wendt (Jena KV); Katharina Bautz (Jena KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marcus Lamprecht (Viersen KV)

GS-KS-01-057 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Nach Zeile 57 einfügen:

Dann wäre es auch möglich, den dringend nötigen Ausbau der Ganztagsbetreuung finanziell zu unterstützen. Der Bund könnte mithelfen, dass es für alle, die das wünschen, einen Platz an einer Ganztagschule oder in der Hortbetreuung gibt.

Begründung

Präzisierung

GS-KS-01-057-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Nach Zeile 57 einfügen:

Deswegen schlagen wir den Ländern eine gemeinsame Bildungsoffensive vor. Denn die Qualität ist in Schule und Kita entscheidend. Dafür brauchen wir eine Fort- und Weiterbildungsoffensive. Gute inklusive Bildung setzt nicht nur eine intakte Bildungsinfrastruktur voraus, sondern auch eine gute personelle Ausstattung mit gut ausgebildeten Pädagog*innen. Schulen brauchen nicht nur Lehrer*innen, denn sie sind Lernzentren mit Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Künstler*innen oder Handwerker*innen. Deshalb wollen wir mit einem Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln ausstatten. So kann individuelle Förderung gelingen und mehr Bildungsgerechtigkeit entstehen.

Begründung

Die Qualität in Kita und Schule ist entscheidend. Wir benötigen multiprofessionelle Teams in den Schulen.

Unterstützer*innen

Stefan Göhlert (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Veyssel Özcan (Stuttgart KV); Aram Lintzel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Sophie Harper (München KV); Sebastian Seibel (Mannheim KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Dirk Jordan (Berlin-Kreisfrei KV); Marie Luise von Halem (Potsdam KV); Martin Baer (Berlin-Mitte KV); Max Stier (Berlin-Mitte KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Sabine Deitschun (Berlin-Kreisfrei KV); Lucas Gerrits (Berlin-Mitte KV); Johannes Schneider (Berlin-Mitte KV); David Metcalf (Berlin-Mitte KV); Michael Greiner (Berlin-Kreisfrei KV); Heike Kähler (Berlin-Mitte KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstfeldbruck KV)

GS-KS-01-058 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 58 bis 65:

~~Uns Grünen geht es um gleiche Freiheit für alle, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Im Moment aber spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in Gewinner*innen und Verlierer*innen. Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Mit einem Hochschulabschluss ist es sogar eine Million Euro mehr. Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie, die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes tritt. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.~~ Uns Grünen geht es darum allen Menschen zu ermöglichen ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Darum wollen wir mit unserer Ausbildungsgarantie allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen das Recht auf einen Ausbildungsplatz geben, der sie direkt nach der Schule zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Der teure und ineffiziente Maßnahmenwuschel am Übergang von Schule zu Beruf muss abgebaut werden. Sinnvolle unterstützende Instrumente wie die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen möchten wir ausbauen, damit mehr Jugendlichen eine Ausbildung im Betrieb gelingt. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form der Ausbeutung und treten für gute und faire Ausbildungsbedingungen ein. Die Ausbildung junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der insbesondere die Wirtschaft ein übergeordnetes Interesse haben muss. Dennoch ziehen sich immer mehr Betriebe aus der Ausbildung zurück. Wir möchten die gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme von Betrieben zur Finanzierung der Ausbildung sicherstellen. Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Auszubildende haben zudem ein Recht auf faire Vergütung. Um grundsätzlich allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, fordern wir eine Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berufsbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und dass sich die Höhe der Beihilfe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert. Das Schulgeld für schulische Berufsausbildungen gehört abgeschafft und die Finanzmittel entsprechend ersetzt.

GS-KS-01-060 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 60 bis 62:

Verlierer*innen. ~~Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Mit einem Hochschulabschluss ist es sogar eine Million Euro mehr.~~ Durch eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss werden die individuellen Chancen für gesellschaftliche Teilhabe sowie ein höheres Lebenszeiteinkommen deutlich erhöht. Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie,

Begründung

Einzig und allein auf die Gehaltsunterschiede abzustellen, erscheint zu holzschnittartig.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andreas Müller (Essen KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Robin Luge (Harz KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV)

GS-KS-01-061 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 61 bis 62 löschen:

eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. ~~Mit einem Hochschulabschluss ist es sogar eine Million Euro mehr.~~ Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie,

Begründung

Wir dürfen nicht immer die Hochschulbildung propagieren, sondern müssen breiter Bildungschancen thematisieren: Ausbildungsberufe sind heute in enormer Vielfalt und mit krisenfesten Chancen verbunden. Das Handwerk muss aufgewertet werden, Aussagen wie diese stören dabei unnötig.

GS-KS-01-063 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 63 löschen:

die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen ~~des Arbeitsamtes-~~

Begründung

Redaktionell:

Begründung: Arbeitsamt ist falsch, im Förderdschungel sind überdies noch weitere Akteure unterwegs und die Passage funktioniert auch ohne Nennung prima

GS-KS-01-065 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden. Um Mobilität während der Ausbildung zu garantieren, setzen wir uns für ein bundesweit geltendes kostengünstiges Auszubildendenticket ein.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Müller (Essen KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jakim Essen (Mettmann KV)

GS-KS-01-065-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden. Um grundsätzlich allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, fordern wir ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung analog zum Mindestlohn.

Begründung

siehe Beschlusslage der BDK Münster 2016

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Müller (Essen KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jakim Essen (Mettmann KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV)

GS-KS-01-065-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Starnberg

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden. Unser duales Ausbildungssystem ist weltweit anerkannt und muss erhalten und gefördert werden. Gut ausgebildete Facharbeiterinnen werden immer stärker gesucht. Handwerks-, Sozial- und Pflegeberufe müssen deshalb aufgewertet werden, sowohl in der gesellschaftlichen Anerkennung als auch in der Bezahlung. Die Meisterausbildung muss dem Studium angeglichen werden.

Begründung

Text spricht für sich selbst. Nicht jeder muss studieren, wir wollen auch an die anderen Berufe, an die Facharbeiter*innen usw. denken.

GS-KS-01-065-4 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.

Grünes Handwerk braucht gute Ausbildung

Handwerk verstärkt die Region, bietet vor Ort berufliche Vielfalt und ist Treibriemen für Innovation. Für die lokale Wirtschaft sind Fachkräftesicherung und ihr Nachwuchs entscheidend. Wir brauchen eine bundesweite Fachkräfteallianz für das Handwerk. Ohne Handwerk bricht alles zusammen, ganz wörtlich wie auch im übertragenen Sinn. Schon heute ist im Baubereich der Fach- und Nachwuchsmangel spürbar. Bis hin zum ländlichen Raum trägt das Handwerk zur Stärkung regionaler Wirtschaft und damit auch zum föderalen Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei. Das Handwerk bildet die wirtschaftliche Kraft der Klein- und mittelständigen Unternehmen.

Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen für bessere Bedingungen für den Fachkräftenachwuchs zu schaffen. Angefangen von der Vernetzung der relevanten Akteure bis zur Aufwertung haupt- und realschulischer Lehr- und Unterrichtsbedingungen, bis nicht zuletzt Beseitigung der Barrieren beim Zugang zu Hochschulen und selbstverständlich lebenslanges Lernen.

Begründung

Das Schloss UK-WU 01

„Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm. Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieurinnen und Tüftler sowie Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen und Bauarbeiter. Jede in die Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im de Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie.“ (UK-WU 01 Zeilen 72-76)

braucht einen Schlüssel: die Voraussetzung für gute Jobs ist gute Bildung, und die muss endlich an den Haupt- und Realschulen angeboten werden. Bessere Schulgebäude, Lohngleichheit zu Gymnasiallehrern, zeitgemäße Unterrichtsmaterialien und Durchlässigkeit. Überhaupt: Aufwertung! Darum muss GS-KS-01 um dieses Unterkapitel ergänzt werden.

GS-KS-01-065-5 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden. Auch die finanzielle Situation von Auszubildenden wollen wir verbessern. An mangelndem Geld der Eltern darf keine Ausbildung scheitern. Deshalb stärken wir die materielle Absicherung für Auszubildende durch eine Verbesserung der Berufsausbildungshilfe.

Begründung

Anpassung an die Beschlusslage von Münster, in der die Verbesserung der Berufsausbildungshilfe beschlossen wurde.

In der Sache: Wir können die die Verbesserung des Bafögs für Studierende fordern, ohne gleichwertig eine gute finanzielle Absicherung von Auszubildenden zu fordern

GS-KS-01-065-6 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden. Wir wollen die Berufsausbildung attraktiver machen, indem wir die Ausbildungsbedingungen verbessern. Das Schulgeld für schulische Ausbildungen wollen wir abschaffen und niedrigen Ausbildungsvergütungen sagen wir den Kampf an. Tarifverträge sollen leichter für alle Azubis gelten, indem sie für allgemeinverbindlich erklärt werden. Darüber hinaus wollen wir eine Kommission "Mindestausbildungsvergütung" aus Tarifpartnern und Wissenschaftler*innen einsetzen. Die Expert*innen sollen darin einen Vorschlag erarbeiten, wie eine unterste Haltelinie bei der Ausbildungsvergütung eingezogen werden kann, um Mini-Vergütungen während der Ausbildung einen Riegel vorzuschieben.

GS-KS-01-065-7 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Mannheim

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 65 einfügen:

beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden. Auch Analphabetismus und mangelnde Grundbildung sind in Deutschland eine große Herausforderung, stärker als wir es oft im Alltag wahrnehmen. Die Betroffenen werden von der Gesellschaft kaum wahrgenommen. Wir machen ihnen flächendeckend kostenfreie Angebote, um ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen und am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Begründung

7,5 Millionen Menschen (14,5%) sind in Deutschland vom funktionalen Analphabetismus betroffen. Diese erschreckende Zahl wird nach wie vor weitgehend ignoriert. Aber nicht von uns Grünen. Wir setzen uns, auch auf Bundesebene, für diese Menschen ein und wollen ihnen Teilhabe ermöglichen.

GS-KS-01-067 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 67 einfügen:

Frau, ob jung oder alt, ob einheimisch, eingewandert oder hierher geflüchtet. Es liegt nicht am Können, dass

Begründung

mündlich

GS-KS-01-069 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 69 bis 73:

der Kinder aus Akademikerfamilien. ~~Allerdings muss dafür die Studienfinanzierung grundlegend verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen. Mittelfristig soll die Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus.~~ Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen und die Studienfinanzierung grundlegend verändern. Das BAföG muss zum Leben reichen - unabhängig von Elternhaus, Alter und Herkunft! Wir wollen als ersten Schritt einen Studienzuschuss für alle und einen Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern einführen und die automatische Anpassung an Lebenshaltungs- und Wohnkosten. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch eine gute Studienfinanzierung allein reicht noch nicht aus. Auch bessere Studienbedingungen sind

Begründung

Das BAföG ist in Deutschland das wichtigste Instrument um Menschen ein Studium zu finanzieren und damit zu ermöglichen. Zurzeit erfüllt es jedoch nicht die Anforderungen, die wir Grüne an eine gerechte Studienfinanzierung im Zeitalter des lebenslangen Lernens stellen: Die Zahl der BAföG-Empfänger*innen ist in den letzten Jahren gesunken, obwohl die Studierendenzahl insgesamt steigt. Das zeigt die Ungerechtigkeit und auch das Versagen der Großen Koalition auf diesem Politikfeld. Wir wollen jeder*m Aufstieg durch Bildung ermöglichen und halten daher die Reform des BAföG hin zum grünen Zwei-Säulen-Modell für eine der vorrangigsten Aufgaben der nächsten Bundesregierung. Wie andere Sozialleistungen auch, soll es sich automatisch den Lebenshaltungskosten anpassen – statt wie bislang nach politischem (Un)Willen. Wie das Wohngeld auch, soll es sich den durchschnittlichen Mietpreisen der Hochschulstadt anpassen – statt wie bislang das Wohnen in München, Jena, Hamburg oder Frankfurt/Main für ärmere Studierende zu verhindern. Wie im gesamten Bildungssystem sonst auch, soll sich die Höhe des BAföG an der Person des*der Student*in orientieren – statt wie bislang am Einkommen der Eltern.

GS-KS-01-070 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 70 bis 72 einfügen:

verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen und für Studierende jeden Alters und in Teilzeit geöffnet werden. Mittelfristig soll die Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Grünes Ziel ist eine vollständig elternunabhängige Studienfinanzierung. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der

Begründung

Die Öffnung des BAföG für Teilzeitstudierende und die Kappung der derzeitigen Altersgrenze sind neben der bereits geforderten Erhöhung weitere zentrale Punkte, um die Studienfinanzierung kurzfristig gerechter zu gestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich grundsätzlich für eine individualisierte Lebensunterhaltssicherung in allen Lebenslagen aus. Die dem konservativen deutschen Sozialstaatsmodell verhaftete Abhängigkeit des BAföG vom elterlichen Einkommen widerspricht diesem Grundsatz. Das Zwei-Säulen-Modell kann deshalb nur der Einstieg in eine vollkommen elternunabhängige Studienfinanzierung sein.

GS-KS-01-070-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 70 einfügen:

verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen, und zwar für alle Menschen. Deshalb setzen wir uns für ein herkunfts-, eltern- und altersunabhängiges BAföG ein, das von der Regelstudienzeit entkoppelt wird. Niemand darf durch die Angst vor Schulden von einem Studium abgehalten werden. Das BAföG muss deshalb endlich in einen Vollzuschuss umgewandelt werden. Das Geld, das bisher in das elitäre Deutschlandstipendium gesteckt wird, wollen wir dafür in ein gerechtes BAföG investieren.
Mittelfristig soll die

GS-KS-01-072 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Steffen Regis (Kiel KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 72 einfügen:

Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Die Alters- und Semestergrenzen der studentischen Krankenversicherung müssen fallen. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der

Begründung

Krankenversicherungen sehen zur Zeit eine Altersgrenze von 30 Jahren und eine Semestergrenze von 14 Semestern für die studentische Versicherungstarife vor. Für Menschen, die zu einem späteren Zeitpunkt im Leben ein Erst- oder Weiterbildungsstudium aufnehmen, stellt dies eine immense Hürde dar. Viele Menschen entscheiden sich letztlich auch deshalb gegen ein Studium, da die Finanzierungsmöglichkeiten nicht die hohen Kosten für die Krankenversicherung decken können.

Um lebenslanges Lernen und die Möglichkeit von Studienphasen nach einer Berufstätigkeit oder Familienzeit zu ermöglichen, soll es künftig auch älteren Menschen möglich sein, in die günstigen Tarife der studentischen Krankenversicherung zu wechseln.

Unterstützer*innen

Andreas Ewald (Darmstadt KV); Anika Schmütz (Darmstadt KV); Timo Meyer (Darmstadt KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Paulina Spiess (Kiel KV); Luisa Schwab (Köln KV); Marcel Götzinger (Darmstadt KV); Moritz Lamparter (Hamburg-Nord KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Joschka Knuth (Rendsburg-Eckernförde KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Heraldo Hettich (Bonn KV); Amelie Berg (Kiel KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Eva Malecha (Aachen KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Marc Kersten (Köln KV)

GS-KS-01-072-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Ortsverband Lippstadt (KV Soest)

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 72 einfügen:

Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Studiengebühren lehnen wir ab. Die FernUniversität in Hagen soll durch ein Bund - Länder - Projekt ausfinanziert werden, um vor allem benachteiligten Gruppen ein breites Studienangebot für lebenslanges Lernen und ebenso flexible wie kostengünstige akademische Aus- und Weiterbildung ohne Zulassungsbeschränkungen bieten zu können. Doch der

Begründung

Die bundesweit tätige FernUniversität in Hagen wird bislang fast ausschließlich vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert, obwohl 2/3 der Studierenden nicht dort leben. Die damit verbundenen vergleichsweise eng begrenzten Ressourcen reichen für die größte Universität Deutschlands nicht mehr aus, auch wenn ein Fernstudium für den Steuerzahler äußerst kostengünstig ist. Die FernUniversität bietet insbesondere vielen sonst benachteiligten Menschen eine einzigartige Studienmöglichkeit, von der vor allem Berufstätige (80% der Studierenden), Eltern und Alleinerziehende, chronisch kranke und behinderte Menschen (ca. 25% der Studierenden), Pflegende, etc. Gebrauch machen. Aufgrund der Unterfinanzierung sollen nun Zulassungsbeschränkungen implementiert werden. Da sehr viele Studierende nicht an eine andere Universität ausweichen können, weil sie auf ein maximal flexibles, kostengünstiges Fernstudium angewiesen sind, bedeutet dies den Ausschluß vieler Menschen von einem Studium. Grüne Bildungspolitik erfordert aber das Gegenteil, nämlich den Ausbau des Fächerangebotes der FernUniversität. Benachteiligten Gruppen die Chance zum Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, gehört zu den Kernforderungen unserer Partei. Zudem bedeutet eine Stärkung der FernUniversität auch, sich auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes der Zukunft vorzubereiten. Lebenslanges Lernen, akademische Bildung auch in höherem Lebensalter stärken nicht nur den Einzelnen, sondern auch die Gesellschaft und die Wirtschaft.

GS-KS-01-073 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 73 einfügen:

Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Studium beispielsweise durch die Möglichkeit des Teilzeitstudiums und bessere Studienbedingungen sind

Begründung

Möglichkeiten des Teilzeitstudiums sollten verstärkt unterstützt werden.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); André Moser (Düsseldorf KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Müller (Essen KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jakim Essen (Mettmann KV)

GS-KS-01-073-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 73 bis 76:

Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus. ~~Auch bessere Studienbedingungen sind wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung der Studierenden. Auch dafür wollen wir die Finanzierung des Hochschulpakts und des Qualitätspakts Lehre verstetigen.~~ Gute Lehre ist wichtiger denn je, und so wollen wir für mehr Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Betreuung der Studierenden sorgen. Auch dafür wollen wir die Bundesprogramme und Bund-Länder-Pakte endlich zu einem stimmigen Gesamtpaket weiterentwickeln und verstetigen. Die Finanzierung von Forschung und Lehre wollen wir langfristig und verlässlich machen. Dabei wollen wir auch Standards wie z.B. Gleichstellung verankern, um Frauen auf allen Ebenen unseres Wissenschaftssystems zu fördern. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht

Begründung

Im Feld der Hochschulfinanzierung hat sich in den letzten Jahren ein zunehmend undurchschaubares und für die Betroffenen unsicheres Gewirr von bundesfinanzierten Pakten, Bund-Länder-Programmen und weiteren Finanzierungsmodellen entwickelt. Wir wollen die verschiedenen Maßnahmen zu einem stimmigen Gesamtpaket bündeln und verstetigen. Zudem sollen Gleichstellungsstandards in jeder Fördermaßnahme ein verbindliches Kriterium sein. Damit erreichen wir eine zielorientiertere Steuerung und Verlässlichkeit für die Hochschulen.

GS-KS-01-075 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 75 einfügen:

der Studierenden. Studierende sind für uns nicht nur Konsument*innen von Lehrangeboten, sondern ein Teil von Hochschule und Wissenschaft. Sie haben deshalb das Recht, diese mit zu gestalten. Wir wünschen uns deshalb demokratische und partizipative Strukturen an Hochschulen, die allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich zu beteiligen, und werden diese auch in Zukunft stärken. Auch dafür wollen wir die Finanzierung des Hochschulpakts und des

GS-KS-01-076 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (Soest KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 76 einfügen:

Qualitätspakts Lehre verstetigen. Die FernUniversität in Hagen ist ein wichtiger Baustein für das Erreichen unserer bildungspolitischen Ziele. Sie ermöglicht äußerst kostengünstig vor allem den sonst benachteiligten Gruppen, z.B. Menschen mit Handicap, familiär Gebundenen wie Eltern, Alleinerziehenden oder Pflegenden, von Arbeitslosigkeit Bedrohten etc. lebenslanges Lernen, akademische Bildung und Ausbildung auf höchstem Niveau. Sie leistet somit gerade in Zeiten des digitalen Wandels der Arbeitswelt in vielen Bereichen einen sehr wertvollen Beitrag für die ganze Gesellschaft. Als bundesweit tätige Universität wird sie von nur einem Bundesland finanziert und stößt deshalb aktuell an Grenzen.. Wir Grüne setzen uns konsequent dafür ein, sie als Bund-Länder-Projekt mit entsprechender Finanzierung weiterzuführen, um nicht nur die freie Zugänglichkeit ohne Zulassungsbeschränkungen zu gewährleisten, sondern ihr Studienangebot deutlich auszubauen zu können. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht

Begründung

Die FernUniversität in Hagen arbeitet sehr erfolgreich, ihre Absolventenzahl pro Lehrstuhl liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt! Da die meisten Studierenden bereits berufstätig sind oder eine Ausbildung haben, wirkt die akademische Bildung selbst ohne Abschluß sehr positiv sowohl für die Wirtschaft als auch in die Gesellschaft hinein. Aufgrund des hohen Selbststudienanteils ohne klassische Lehre ist das Studium für den Steuerzahler äußerst kostengünstig. Die stark steigenden Studierendenzahlen – sie ist mittlerweile die größte Universität Deutschlands – verlangen aber nach einer besseren und breiteren Finanzierung. Zwei von drei Studierenden leben nicht in NRW, aufgrund der Fernlehre gibt es keine Kompensation über Verbrauchssteuern und Klebeeffekte, trotzdem trägt NRW die Lasten fast allein. Die anderen Bundesländer stehlen sich mit unterschiedlichen Begründungen aus ihrer Verantwortung.

Ganz klar, die FernUniversität in Hagen ist bundesweit einzigartig, weil sie orts- und zeitunabhängig ein sehr flexibles Studium ermöglicht, und dies ohne größere Kosten für die Studierenden. Damit stellt sie für finanziell schwächere Menschen häufig die einzige Möglichkeit dar, ohne hohes persönliches und familiäres Risiko durch Verschuldung ein akademisches Fernstudium zu absolvieren!

Eine finanziell gut ausgestattete FernUniversität könnte mit einem breiten Studienangebot und besserer Betreuung einen großen Schritt hin zu Chancengerechtigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten für benachteiligte Menschen bedeuten. Eltern, Menschen mit Behinderung, Pflegende, Menschen mit Migrationsgeschichte, Arbeitslose und prekär Beschäftigte – ihnen allen bietet die FernUni die Möglichkeit, mit der sich wandelnden Arbeitswelt Schritt zu halten und zu partizipieren. Die FernUniversität ist in erster Linie für sog. Nicht-Traditionelle Studierende, die nicht an eine klassische Präsenzuniversität gehen können, geschaffen worden. Für sehr viele Menschen bedeutet sie die einzige Chance auf akademische Bildung und Ausbildung!

Leider sind diese Errungenschaften, die im Sinne Grüner bildungspolitischer Ziele deutlich ausgebaut werden müssten, in Gefahr. Aufgrund der dauerhaften Unterfinanzierung, die durch die Mittel des Hochschulpaktes immer nur temporär ausgeglichen wird, soll die Zahl der Studienplätze begrenzt und ein Numerus Clausus eingeführt werden. Dies hätte zur Folge, daß die FernUni ihre so wichtige bildungspolitische Funktion nicht mehr erfüllen würde, und stattdessen die Entwicklung hin zu einer traditionellen, aber asynchronen und digitalen, Universität nähme.

Die einzige langfristige Lösung besteht darin, die FernUniversität in Hagen als Bundesuniversität oder als Bund-Länder-Projekt auf Basis eines Staatsvertrages mit einer auskömmlichen Finanzierung auszustatten.

Die Festschreibung dieses Zieles im Bundestagswahlprogramm wäre ein wichtiges Signal nicht nur an die 80.000 Studierenden, sondern auch an ihre Familien, an ehemalige und zukünftige Studierende.

Unterstützer*innen

Andrea Widmann (Ludwigsburg KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Christian Hohn (Olpe KV); Alexander Kessner (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Marc Tuna (München KV); Heraldo Hettich (Bonn KV); Eva Malecha (Aachen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Marcel Rohrlack (München KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ronald Wenke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV); Kerstin Dehne (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Lothar Kemmerzell (Soest KV)

GS-KS-01-076-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 76 einfügen:

Qualitätspakts Lehre verstetigen und ausbauen. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht

GS-KS-01-076-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 76 einfügen:

Qualitätspakts Lehre verstetigen. Wir wollen nicht wie die bisherige Regierung nur einzelne Leuchtturmprojekte fördern, sondern flächendeckend die Bedingungen für gute Lehre und Wissenschaft schaffen. Wir wollen weg vom Paradigma der Konkurrenz und dem Wettbewerb zwischen den Hochschulen, das zu Leistungsdruck und großen Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen führt. Wir setzen uns stattdessen für mehr Kooperationen zwischen Bund und Ländern und zwischen den Hochschulen ein, damit nicht nur an einzelnen Standorten, sondern überall gut studiert und geforscht werden kann. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht

GS-KS-01-077 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 77 bis 82:

~~gestaltet sein. Junge Forschende brauchen faire Arbeitsverträge und mehr unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten, um mit Sicherheit gut forschen zu können. Mit einem Bund-Länder-Programm für Nachwuchsstellen und einer weiteren Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verbessern wir die Situation für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wir Grünen werden durch die konsequente Umsetzung der Gleichstellungsstandards unser Wissenschaftssystem auf allen Ebenen für Frauen öffnen.~~ sein, sodass alle Forschenden von der Forschungsfreiheit profitieren. Mit einer weiteren Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verbessern wir die Situation für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie brauchen faire Arbeitsverträge, weniger Abhängigkeiten und mehr unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten, um mit Sicherheit gut forschen zu können.

Begründung

Das WissZeitVG ist ein Instrument, um das grüne Ziel gerechterer Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft zu erreichen – aber nicht das einzige. Dieses wollen wir in den Kontext weiterer Maßnahmen stellen, um gute Arbeit zu erreichen. Die im Originaltext genannten Bund-Länder-Mittel für Nachwuchsstellen halten wir nicht für zielführend.

GS-KS-01-077-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Martin Kühn (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 77 bis 78:

gestaltet sein. ~~Junge~~ Forschende brauchen faire Arbeitsverträge und mehr unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten, vor allem im akademischen Mittelbau, um mit Sicherheit gut forschen zu können. Mit einem Bund-

Begründung

Es ist klar, dass junge Forschende gute Bedingungen vorfinden müssen, damit sie Ihre Forschung durchführen können. Dies ist allerdings nicht nur für junge Forschende der Fall, denn die Lebenssituation und nicht das Alter macht die Notwendigkeiten aus. Forschende auch jenseits der 25, 30 oder 35 brauchen unbefristete Verträge, um eine sorgenlose Planung des Lebens vornehmen zu können. Die Familienplanung, der Wohnungskauf, der Hausbau oder ähnliches ist mit Verträgen von Laufzeiten von 1-2 Jahren nicht oder nur schwer möglich.

Zudem sollte Deutschland sich wieder mehr darauf konzentrieren, den akademischen Mittelbau zu stärken. Es muss das Ziel sein, auch promovierten Menschen eine gute und unbefristete Perspektive im akademischen Mittelbau zu garantieren. Denn gerade diese Menschen mit bereits mehrjähriger Erfahrung und gleichzeitig frischen neuen Ideen bringen die Forschung und Entwicklung voran. Es muss wieder mehr (unbefristete) Stellen jenseits der Professuren und Doktorandenstellen geben.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Till Hoffmann (Köln KV); Max Christopher Lindemann (Köln KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Georg Sieglen (Köln KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Benjamin Adjei (München-Land KV); Tobias Grupe (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Dorothee Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Peter Ruther (Köln KV); Roswitha Sachsse-Schadt (Bonn KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Roland Schwarz (Köln KV)

GS-KS-01-081 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 81 einfügen:

Wissenschaftler. In der bundesfinanzierten Forschungsförderung sollen gezielt Anreize geschaffen werden, um unbefristete Beschäftigung zu fördern. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen kontinuierlich erhöhen, um Spielräume für mehr unbefristete Beschäftigung zu schaffen. Wir Grünen werden durch die konsequente Umsetzung der

Begründung

Die erhebliche Ausweitung der Forschungsförderung durch den Bund ist nahezu ausschließlich in befristete Projektstellen geflossen und hat die Gesamtproblematik zum Teil verschärft. Eine Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes läuft ins Leere, wenn die Weichen in der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung nicht neu gestellt werden. So kann der Bund bei den bundesfinanzierten Forschungseinrichtungen sowie durch eine Anhebung der Programmpauschale der DFG gezielt Anreize schaffen, um unbefristete Beschäftigung zu fördern. Zudem sollte im Rahmen der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern ermöglicht werden, die Grundfinanzierung zu erhöhen, um die finanziellen Spielräume für mehr unbefristete Beschäftigung zu schaffen.

GS-KS-01-082 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Nach Zeile 82 einfügen:

Gute Ausbildung für alle garantieren Wir brauchen eine echte Ausbildungsgarantie, die alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen von Beginn an zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Das Übergangssystem muss umgebaut werden, so dass der teure und ineffiziente Maßnahmenbeschungel am Übergang Schule-Beruf abgebaut wird. Sinnvolle unterstützende Instrumente wie die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen möchten wir ausbauen, damit mehr Jugendlichen eine Ausbildung im Betrieb gelingt. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form der Ausbeutung und treten ein für gute und faire Arbeitsbedingungen die niemanden diskriminieren. – auch und gerade in Ausbildungsverhältnissen. Die Ausbildung junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der insbesondere die Wirtschaft ein übergeordnetes Interesse haben muss. Grundsätzlich gilt: nur wer gut ausbildet, erhält die Fachkräfte von morgen. Dennoch ziehen sich immer mehr Betriebe aus der Ausbildung zurück. Wir möchten die gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme von Betrieben zur Finanzierung der Ausbildung sicherstellen. Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Auszubildende haben zudem ein Recht auf faire Vergütung. Um grundsätzlich allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, fordern wir ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung analog zum Mindestlohn. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berufsbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und dass sich die Höhe der Beihilfe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert.

Begründung

Im Beschluss „Berufliche Bildung gerecht gestalten – Gute Ausbildung für alle Garantieren“ von Münster haben wir viele wichtige Punkte in Bezug auf Ausbildung beschlossen. Diese sollten sich auch im Wahlprogramm wiederfinden- und zwar an dieser Stelle, Seite an Seite mit Verbesserungen in Schulen und Universitäten um deutlich zu machen, dass uns alle Bildungswege gleich wichtig sind.

GS-KS-01-083 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 83:

~~Zugänge in Arbeit schaffen~~ Weiterbildung für alle

Begründung

Die Überschrift passt inhaltlich besser zum folgenden Text, in dem es um viel mehr geht als nur um Zugänge in Arbeit. „Zugänge schaffen“ wird dann in GS-GA ab Z. 70 ausgeführt, wo es inhaltlich besser hinpasst.

GS-KS-01-086 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 86 einfügen:

ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Den Grundgedanken des lebenslangen Lernens gilt es zu stärken. Das heißt für uns, dass es auch später im

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); André Moser (Düsseldorf KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Martin Bär (Potsdam KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); David Maicher (Erfurt KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Müller (Essen KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV)

GS-KS-01-090 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Mannheim

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 90 einfügen:

Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen oder dem Nachholen von Schul- oder Berufsabschlüssen teilnehmen, die Zeit und die

Begründung

Nach wie vor ist der zweite Bildungsweg ein ganz wesentlicher zum sozialen Aufstieg. Dieser Weg ist aber ein besonders schwieriger mit vielen Hürden, auch finanziellen. Daher wollen wir nicht nur berufliche Fortbildungen fördern, sondern auch das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen.

GS-KS-01-091 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 91 einfügen:

Kosten dafür aufbringen können. Für vielfältige und hochwertige Bildungsangebote braucht es weiterhin gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung für Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung.

Begründung

Die Beschäftigungsbedingungen im Bereich der Erwachsenenbildung sind oft prekär. Die bessere Bezahlung/Anerkennung von in der Erwachsenenbildung Tätigen / Ausbilder*innen ist ein Anliegen, welches wir unterstützen sollten.

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Joof (Alb-Donau KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Martin Bär (Potsdam KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jakim Florian Essen (Mettmann KV)

GS-KS-01-092 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 92 bis 93:

Aber auch Menschen mit **Handicap**Behinderungen, Jugendliche ohne Ausbildung, Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose oder ältere Beschäftigte brauchen passgenaue Integrationsstrategien und Weiterbildungsangebote. Die Arbeitslosenversicherung

Begründung

redaktionell

GS-KS-01-092-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 92:

Aber auch Menschen mit ~~Handicap~~Beeinträchtigung, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose oder

Begründung

Der Begriff „Handicap“ kommt von der Kappe in der Hand beim Betteln und wird insbesondere in der angelsächsischen Diskussion als extrem diskriminierend empfunden. „Beeinträchtigung“ ist die richtige neutrale Bezeichnung.

GS-KS-01-092-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 92 bis 93:

Aber auch Menschen mit **Handicap** Behinderung, Jugendliche ohne Ausbildung, Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose oder ältere Beschäftigte brauchen passgenaue **Integrationsstrategien** Weiterbildungsangebote. Die Arbeitslosenversicherung

Begründung

Der unpolitische „Mode-Begriff“ Handicap ist mehr als umstritten und individualisiert lediglich die Situation. Behinderung ist hingegen klar formuliert und drückt zugleich aus, dass die Menschen durch das gesellschaftliche Umfeld auch behindert werden. Auch die Erwähnung der Geringqualifizierten ist im Zusammenhang, was zur beruflichen Eingliederung notwendig ist muss doch unstrittig sein.

Der für die breite Bevölkerung völlig undurchschaubare Begriff einer Integrationsstrategie wollen wir durch den Begriff Weiterbildungsangebote ersetzen.

GS-KS-01-095 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 95 bis 96 löschen:

bevor sie arbeitslos werden. ~~Für Arbeitslose, die in absehbarer Zeit nicht in reguläre Jobs zu vermitteln sind, ist die Einrichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes notwendig.~~

Begründung

Kein inhaltlicher Dissens, aber der Soziale Arbeitsmarkt passt nicht an diese Stelle. Stattdessen wird eine neue Einfügung im Abschnitt GA-GS nach Z. 70 vorgeschlagen.

redaktionell

GS-KS-01-098 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 98 bis 100:

soll seinen Alltag möglichst schnell selbständig meistern können. ~~Deshalb~~ Alle Asylsuchenden sollen sofort nach ihrer Ankunft damit beginnen können, Deutsch zu lernen und einen Anspruch auf Teilhabe an den Integrationskursen erhalten. Wir wollen ~~wir~~ auch, dass Geflüchteten der Weg in die Arbeitswelt rasch offensteht. Dort lernen sie den deutschen Arbeitsalltag, einheimische Gepflogenheiten und hiesige Berufe kennen. Wir fordern die Öffnung aller Förderinstrumente ohne Voraufenthaltszeit und unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive. Wir legen Wert auf

Begründung

In den Beschlüssen der BDK in Münster (11.-13.11.16): Wir investieren in Gerechtigkeit, S.14 und Berufliche Bildung gerecht gestalten, S.3, wurden unsere Forderungen konkreter genannt. Daher sollten auch im Wahlprogramm diese Forderungen präzisiert werden.

GS-KS-01-101 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 101 bis 103:

frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung. ~~Damit~~Um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu verbessern und dafür zu sorgen, dass eine Ausbildung nicht länger an einer unsicheren Bleibeperspektive scheitert, wollen wir, dass Asylsuchende und Geduldete ~~eine Aufenthaltserlaubnis~~rechtssichere Aufenthaltstitel für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung

Begründung

redaktionell - zudem ist der Begriff "Aufenthaltstitel" umfassender, als der Begriff "Aufenthaltserlaubnis"

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Joofß (Alb-Donau KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andreas Müller (Essen KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

GS-KS-01-103 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:

Geduldet eine rechtssichere Aufenthaltserlaubnis für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung erhalten. Eine Differenzierung nach Bleberechtsperspektiven lehnen wir ab.

Begründung

In den Beschlüssen der BDK in Münster (11.-13.11.16): Wir investieren in Gerechtigkeit, S.14 und Berufliche Bildung gerecht gestalten, S.3, wurden unsere Forderungen konkreter genannt. Daher sollten auch im Wahlprogramm diese Forderungen präzisiert werden.

GS-KS-01-104 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 104 einfügen:

erhalten.

Zukunft lernen

Um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, ist es erforderlich, entlang der Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenenbildung die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies erfordert die Umsetzung der Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Im Einvernehmen von Bund, Ländern und Kommunen sollen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft sowie aller anderen Beteiligten Bildungsprozesse für nachhaltige Entwicklung gefördert werden.

Begründung

1. Vgl. auch Begründung zu Änderungsanträgen zur Präambel (nach Zeile 25 sowie nach Zeile 101) - Bezug auf die internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sowie die grundlegende Notwendigkeit von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für die Umsetzung nachhaltiger Politik. 2. Im Anschluss an die UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung geht es nunmehr an die konkrete Umsetzung des beschlossenen Weltaktionsprogramms. Hier ist die Bundesregierung bereits aktiv. Im Sommer werden konkrete Ziele für unser Land vorgestellt und in den Bundestag eingebracht werden. An diesem Prozess sind auch GRÜNE beteiligt. Es ist ein ein GRÜNES Kernthema, das wir nicht vergessen dürfen. Außerdem sind in vielen Bundesländern mit grüner Beteiligung auch entsprechende Pläne zur Implementierung von BNE auf die Spur gesetzt worden.

GS-KS-01-104-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 104 einfügen:

erhalten.

Zwischenüberschrift: Zukunft lernen

Um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen ist es erforderlich, entlang der Bildungskette - von der Kita bis zur Erwachsenenbildung - die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies erfordert die Umsetzung der Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Im Einvernehmen von Bund, Ländern und Kommunen sollen, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft sowie aller anderen Beteiligten, Bildungsprozesse für nachhaltige Entwicklung gefördert werden.

Begründung

Wir bitten um Einfügung eines Abschnitts mit eigener Zwischenüberschrift zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) - vgl auch Ergänzung in Präambel (nach Zeile 101).

Ohne die entsprechende Bildung ist die nachhaltige und zukunftsfähige Umgestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaften nicht möglich. Im Anschluss an die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung hat die internationale Gemeinschaft ein Weltaktionsprogramm (verabschiedet, an dessen konkreter Umsetzung aktuell auch in Deutschland gearbeitet wird. Daran sind auch zahlreiche GRÜNE beteiligt. Die Ergebnisse werden noch vor den Bundestagswahlen vorgestellt werden.

Da es sich um ein GRÜNES Kernthema handelt, darf es in unserem Wahlprogramm nicht fehlen.

GS-KS-01-104-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 104 einfügen:

erhalten. Wir wollen auch, dass Bildungs- und Berufsabschlüsse, genauso wie berufliche Kenntnisse, schneller und großzügiger anerkannt werden. Damit sich Menschen hier schneller auch eine berufliche Perspektive aufbauen können.

Begründung

Anpassung an die Forderungen im Kapitel WB-FU-01.

Dass Qualifikationen und berufliche Kenntnisse in Deutschland nicht anerkannt werden, erschwert die Integration von Geflüchteten zusätzlich, und erschwert den Weg in den Arbeitsmarkt, den wir erleichtern wollen.

GS-KS-01-112 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen
Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 112 einfügen:

bemessen. Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen und Inklusion verbindlich festschreiben. Eine

Begründung

Qualitätsstandards ohne Inklusion festzuschreiben ist eine Menschenrechtsverletzung (Art. 24 UN-BRK).

GS-KS-01-113 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 113:

Erzieherin oder ein Erzieher soll künftig höchstens ~~vier Kinder~~drei Kinder unter drei Jahren bzw.

Begründung

Hier wird nicht deutlich, dass es sich um den Fachkraft-Kind Schlüssel handelt. Das ist auch zu kompliziert für ein Wahlprogramm. Alle verstehen Personalschlüssel, und da ist es 1:3.

Unterstützer*innen

Katja Dörner (Bonn KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Iris Burkhardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Toni Krüger (Rhein-Pfalz KV); Walter Kißling (Göppingen KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Stefan Boxler (Bad Kreuznach KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Anja Wirtherle (Odenwald-Kraichgau KV); Doris Wagner (München KV)

GS-KS-01-113-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 113 bis 114:

Erzieherin oder ein Erzieher soll künftig gemäß der Expertenempfehlung für eine kindgerechte Betreuung höchstens ~~vier~~drei Kinder unter drei Jahren bzw. höchstens ~~zehn~~7,5 ältere Kinder betreuen. Auch in die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen

Begründung

Nur mit genügend qualifiziertem Personal schon in der frühkindlichen Bildung ist das angestrebte Ziel erreichbar, allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen. Die Herausforderungen durch Inklusion und Integration schaffen zusätzlich Bedarf.

Außerdem entspricht der Personalschlüssel nicht der tatsächlichen Betreuungsrelation, da sich durch Ausfallzeiten, z.B. durch Urlaub, Krankheit, oder Fortbildungen und durch mittelbare pädagogische Arbeit, zu denen Vor- und Nachbereitungszeit, Teamsitzungen, Elterngespräche etc. gehören, die Zeit im Kinderdienst verringert.

In Baden-Württemberg wird dieser Schlüssel bereits unterschritten, und trotzdem ist eine dauerhafte, pädagogisch gute Arbeit mit besonderer Förderung oft nicht möglich.

GS-KS-01-114 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Andrea Asch (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 114 bis 115:

höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Auch in diederen Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher wollen wir investieren. Der Bund soll sich mit einer-Milliardevier Milliarden Euro an den

Begründung

Fachkräfte in Kitas werden in Deutschland unterbezahlt. Wir wollen, dass die wichtige Arbeit, die in den Kitas geleistet wird, angemessen vergütet wird. Damit wird auch die Attraktivität des Berufsstandes erhöht und damit dem Fachkräftemangel entgegengewirkt.

Die jetzige Bundesfamilienministerin hat bereits vier Milliarden Euro für die Kitas in Aussicht gestellt. Dieses Geld wird zwingend von Ländern und Kommunen benötigt. Wir sollten nicht hinter diese Forderung zurückfallen.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Peter Ruther (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Till Hoffmann (Köln KV); Sebastian Girrullis (Oberhausen KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Max Christopher Lindemann (Köln KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Stephan Eßer (Vorpommern-Rügen KV); Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Martin Kühn (Köln KV); Guido Lieder (Köln KV); Dietmar Jäkel (Herne KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Marco Becker (Rhein-Kreis-Neuss KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Andreas Blanke (Oberhausen KV); Georg Sieglén (Köln KV); Silke Kierspel (Rhein-Sieg KV); Tobias Grupe (Köln KV); Christian Stunz (Köln KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Luisa Schwab (Köln KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Roland Schwarz (Köln KV); Karsten Finke (Bochum KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Frank Hauser (Köln KV); Ralf Kurasch (Stuttgart KV); Deniz Ertin (Köln KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Christiane Schmidt (Köln KV)

GS-KS-01-115 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 115:

und Erzieher wollen wir investieren. Der Bund soll sich mit ~~einer Milliarde~~ bis zu fünf Milliarden Euro jährlich an den

Begründung

Die inhaltlich richtigen und wichtigen Ziele bei der Qualitätsverbesserung von Kitas müssen finanziell ausreichend untersetzt werden. Die im Antrag aufgeführte Kostenbeteiligung ist zeitlich unbestimmt. Sie entspricht dem bereits jetzt von der Bundesregierung Aufstockung des Sondervermögens Kinderbetreuungsausbau für 2017-2020. Berechnungen zur Finanzierungslücke des Bildungsbereichs gehen von zusätzlichen Kosten von 11 Mrd./Jahr allein im Bereich der Kindertagesstätten aus. Ausgehend vom bereits jetzt im Sondervermögen praktizierten Grundsatz des hälftigen Eigenanteils von Länder und Kommunen sind perspektivisch 5 Mrd./Jahr realistisch, um die Qualitätsanforderungen finanziell zu untersetzen. Damit würde auch ein wichtiger Beitrag zum in Zeile 30/31 genannten Ziel der Erhöhung der Gesamtausgaben für Bildung geleistet.

GS-KS-01-115-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 115 bis 116:

und Erzieher wollen wir investieren. Der Bund soll sich mit ~~einer Milliarde Euro~~ drei Milliarden pro Jahr an den zusätzlichen Kosten beteiligen. Außerdem muss der Bund sicherstellen, dass die Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung sozial gestaffelt sind.

Begründung

1. Entspricht dem letzten Parteiratsbeschluss und ist auch die notwendige Höhe.
2. Die aktuelle Regelung im SGB VIII sieht eine soziale Staffelung der Beträge vor, lässt Bundesländern aber den Spielraum, dies doch nicht zu tun. Das wollen wir ändern.

Unterstützer*innen

Katja Dörner (Bonn KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Kathrin Rabus (Heidelberg KV); Hannes Vetter (Heidelberg KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Frieda Fiedler (Neckar-Bergstraße KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Jan Becht (Heidelberg KV); Burkhard Margies (Heidelberg KV); David Esders (Heidelberg KV); Tabea Rößner (Mainz KV)

GS-KS-01-115-3 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 115 bis 116:

und Erzieher wollen wir investieren. ~~Der Bund soll sich mit einer Milliarde Euro an den zusätzlichen Kosten beteiligen.~~ Der Bund soll mit drei Milliarden Euro pro Jahr eine größere Verantwortung für die frühkindliche Förderung übernehmen.

Begründung

Präzisierung der Zahlen

GS-KS-01-118 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 118:

~~10.000-Schulen~~ Zukünftige Generationen fit für die ~~Zukunft~~ digitale Gesellschaft machen

Begründung

Neue Überschrift für neues Schlüsselprojekt (siehe ÄA GS-KS-01-119-01)

GS-KS-01-118-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Nach Zeile 118 einfügen:

Schulen müssen durch Investitionen in IT fit gemacht werden für die digitalisierte Welt.

Begründung

An den meisten Schulen besteht nicht nur ein baulicher Sanierungstau, sondern auch eine eklatant schlechte Ausstattung an EDV

Unterstützer*innen

Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Stefan Majer (KV Frankfurt); Birgit Ross (KV Frankfurt); Ursula auf der Heide (KV Frankfurt); Beatrix Baumann (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Julia Cosima Pfülb (KV Frankfurt); Katharia Seib (KV Frankfurt); Reinhard Klapproth (KV Frankfurt); Christiane Wolff (KV Frankfurt); Mirijam Schmdit (KV Frankfurt); Karola Küll. (KV Frankfurt); Hilime Arslaner (KV Frankfurt); Taylan Burcu (KV Frankfurt); Kurt Grünberg (KV Frankfurt); Annegret Brein (KV Frankfurt); Angela Hanisch (KV Frankfurt); Barbara Burkhardt (KV Frankfurt); Ulrich Baier (KV Frankfurt)

GS-KS-01-119 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 119 bis 128:

~~Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft vorbestimmt wird. Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. In Ganztagschulen können *alle* Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport gut entwickeln. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen Sanierungsstau auflösen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen.~~ Vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung gilt es, Mindestkompetenzen im Bereich Informatik, Medienanwendung und kritischer Medienkunde als Teil der Allgemeinbildung sicherzustellen, um gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit auch in der digitalen Epoche zu ermöglichen. Dazu wollen wir in einer gemeinsamen Anstrengung mit allen Bundesländern informatische, medienpraktische und medienkritische Grundbildung als weiteren Baustein naturwissenschaftlicher Allgemeinbildung ab der Primarstufe bundesweit etablieren.

Begründung

Statt einen Sanierungsschub für (zumindest) 10.000 marode Schulen anzustreben, stellen wir uns mit diesem Schlüsselprojekt der größten Herausforderung des Bildungssystems überhaupt: Der Sicherung von Mündigkeit und Souveränität künftiger Generationen gegenüber einer Welt, die bestimmt sein wird von digitalen Systemen und künstlicher Intelligenz. Eine epochale Aufgabe, die vor allem wir uns - als innovative und progressive gesellschaftliche Kraft - auf die Fahne schreiben sollten.

GS-KS-01-120 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 120 einfügen:

vorbestimmt wird. Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. In inklusiven Ganztagschulen können

GS-KS-01-122 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 122 einfügen:

entwickeln. Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von weiteren Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen. Mit 4 Mrd. soll sich der Bund beteiligen. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen

Von Zeile 125 bis 128 löschen:

unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schülerinnen und Schüler zu schaffen. ~~Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen.~~

Begründung

Verschiebung und Präzisierung

GS-KS-01-122-2 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 122 einfügen:

entwickeln. Längeres gemeinsames Lernen hilft allen Schüler*innen. Wir fördern deshalb gezielt den Auf- und Ausbau von Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen

Begründung

Eine heterogene Schüler*innenschaft ist ein wesentliches Instrument um Bildungserfolg und soziale Herkunft zu entkoppeln. Gesamt- und Gemeinschaftsschulen arbeiten mit diesem Anspruch und werden deshalb von uns Grünen besonders unterstützt. Dies sollte auch an dieser Stelle im Wahlprogramm erwähnt werden.

GS-KS-01-124 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Landesvorstand Hamburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 124 einfügen:

zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir wollen Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen. Schulen sollen dann finanziell unterstützt werden, wenn sie stimmige pädagogische Konzepte für digitales Lernen vorlegen. Wir

Begründung

Das Fitmachen der Schulen nur unter dem Gesichtspunkt des Sanierungsstaus zu sehen greift zu kurz. Es ist ein richtiges und wichtiges Schlüsselprojekt, Schulen fit für die Zukunft zu machen. In diesem Zusammenhang sollten wir auf keinen Fall die Digitalisierung unterschlagen. Digitalisierung erstreckt sich NICHT in erster Linie auf die technische Ausstattung, sondern betrifft vor allem Lernkonzepte, die digitale Lernformen in die vorhandenen pädagogischen Konzepte integriert. Gute, digital aufbereitete Lerninhalte unterstützen die anspruchsvollen Aufgaben von Lehrer*innen dahingehend, dass differenzierte Bildungsarbeit unterstützt wird und Lehrkräfte mehr Zeit für persönliche Beziehungsarbeit mit den Schüler*innen erhalten.

Natürlich gibt es bereits Schulen mit digitalen Projekten, aber insgesamt steckt das in den meisten Schulen noch in den Kinderschuhen. Zurzeit hinkt das Schulwesen in Punkto Digitalisierung weit hinterher. Parallel entstehen allerdings gerade in Ländern, in denen der Zugang zu guten Schulen aus finanziellen oder auch räumlichen Gründen erschwert ist, ganz andere, digitale Lernwelten und Lernplattformen. Dies eröffnet gute Perspektiven, Teile aus diesen neuen digitalen Lernwelten zu integrieren - wenn dieser Prozess aktiv von uns gestaltet wird.

Falls wir Digitalisierung ungesteuert laufen lassen, entstehen Entwicklungen, die wir so nicht wollen:

- Schulen werden mit Technik vollgepumpt, die veraltet, bevor sie überhaupt sinnvoll genutzt wird. Das ist teuer und demotiviert Lehrer*innen und Schüler*innen.
- Unser Schulwesen wird von digitalen Lernplattformen überrollt, die nicht auf unsere pädagogischen Ziele abgestimmt sind und aus vermeintlicher Effizienz Lehrkräfte einsparen sollen.

Die Digitalisierung ist auf einem exponentiellen Kurs. Bildung ist ein viel zu wichtiger Bereich, als dass wir diese mächtige Entwicklung so nebenbei laufen lassen können. Da liegen Chancen und hohe Risiken nah beieinander.

GS-KS-01-126 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Robin Luge (Harz KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 126 bis 128:

Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben und den Bildungsföderalismus abzuschaffen, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagschulplätzen überall im Land ~~anzustoßen~~ anstoßen kann.

Unterstützer*innen

Bernhard Zimmermann (Harz KV); Max Reschke (Weimarer Land KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Wolfgang Strauhs (Harz KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Robin Ebbrecht (Stendal KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Christina Wendt (Jena KV); Katharina Bautz (Jena KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marcus Lamprecht (Viersen KV)

GS-KS-01-127 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Kreisverband Hamburg-Nord

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

In Zeile 127 einfügen:

finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagschulplätzen, einschließlich eines guten pädagogischen, digitalen Konzepts, überall

Begründung

Es ist ein richtiges und wichtiges Schlüsselprojekt, Schulen fit für die Zukunft zu machen. In diesem Zusammenhang sollten wir auf keinen Fall die Digitalisierung unterschlagen, die überall eben auch in Schulen zunehmend schnell Einzug halten wird. Diesen Prozess sollten wir gut und aktiv unterstützen um die Gestaltungshoheit dabei nicht abzugeben. Digitalisierung in Schulen kann technisch orientiert Handlungsräume eher einschränken. Stattdessen können richtig gute, digital aufbereitete Lerninhalte die anspruchsvollen Aufgaben von Lehrer und Lehrerinnen dahingehend unterstützen, dass differenzierte Bildungsarbeit sinnvoll pädagogisch unterstützt wird und Lehrkräfte mehr Zeit für persönliche Beziehungsarbeit erhalten.

GS-KS-01-131 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 131 bis 138:

~~Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, allen Studienchancen zu eröffnen. Jede*r muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und von der Herkunft studieren können. Wir wollen in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das BAföG künftig automatisch erhöht wird. So können Studierende steigende Lebenshaltungskosten und Mieten schultern. Im zweiten Schritt wollen wir die Studienfinanzierung zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss einen gleich hohen Basisbetrag für alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfzuschuss hinzu. Beides soll, anders als das jetzige BAföG, nicht zurückgezahlt werden müssen.~~
Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, Studienchancen in jeder Lebenslage zu ermöglichen – jede*r muss unabhängig von Geldbeutel und Herkunft der Eltern studieren können. Unser Ziel ist eine individuelle, sozial-gerechte Finanzierungsgrundlage für jede Ausbildungsphase. Dafür wollen wir in einem ersten Schritt das BAföG zum Zwei-Säulen-Modell mit einem Studierendenzuschuss für alle und einem individuell bemessenen Bedarfzuschuss entwickeln. Beides muss nicht zurückgezahlt werden. Die Höhe passt sich automatisch und regelmäßig der Preisentwicklung an und enthält eine ortsabhängige Wohnpauschale.

Begründung

Die von uns vorgeschlagene Formulierung des Projekts entspricht dem von der BAG Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik nach intensiver Diskussion beschlossenen und in den Schlüsselprojektprozess eingebrachten Fassung, die auch das langfristige Ziel grüner Bildungsfinanzierung deutlich macht.

GS-WG-01-006 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 6 bis 7:

an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand soll~~te~~ in Armut leben. Wohlhabende soll~~ten~~enen einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andreas Müller (Essen KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Jakim Essen (Mettmann KV)

GS-WG-01-015 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 15 bis 17:

viele Menschen trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen. ~~Menschen-respektieren hohes Einkommen, wenn es durch Anstrengung, tolle Leistung oder großes Talent erzielt wird. Aber wenn~~ Wenn Finanzjongleure Millionen machen, Managerinnen und Manager das Hundertfache ihrer

Begründung

redaktionell - zudem ist die Behauptung sehr fragwürdig

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Robin Luge (Harz KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV)

GS-WG-01-017 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Markus Wagener (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 17 bis 19:

wenn ~~Finanzjongleure Millionen machen~~ Großerben ohne erhebliches Zutun höhere Dividendeneinkommen erzielen als alle Dax-Vorstände zusammen, Managerinnen und Manager das Hundertfache ihrer Angestellten verdienen und Finanzjongleure Millionen machen, während Krankenschwestern, Polizist*innen oder Erzieher*innen unterbezahlt sind, dann läuft etwas falsch.

Begründung

Wenn wir bei dieser Aufzählung hoher Einkommen bei den Manager*innen aufhören, die für ihr Einkommen immerhin noch eine Leistung erbringen müssen, verstellen wir den Blick vor den wirklich hohen Einkommen durch Erbschaften, die zudem noch völlig leistungsfrei erzielt werden könn(t)en.

Am Beispiel BMW lässt es sich gut zeigen:

Ein Durchschnittsmitarbeiter verdient, sagen wir 50.000 - 60.000 Euro im Jahr. Sie kommen in der Statistik vor.

Der BMW-Vorstandsvorsitzende (Manager) erhielt 2014 7,2 Mio. Euro [1]. Auch sein Einkommen dürfte in der Statistik vorkommen.

Die drei BMW-Erben erhielten 2014 850 Mio. Euro Dividenden [2], wobei allein eine BMW-Erbin jährlich eine Mrd. Euro an Dividenden erzielte [3]. Diese Einkommen tauchen in der Statistik nicht auf, da sich der Aktienbesitz im Besitz von GmbHs befindet, welche wiederum zu 100% den genannten Einzelerben gehören.

[1] <https://www.automobil-produktion.de/hersteller/wirtschaft/bmw-chef-reithofer-verabschiedet-sich-mit-rekordgehalt-104.html>

[2] <http://www.manager-magazin.de/koepfe/quandts-sacken-815-millionen-euro-bmw-dividende-ein-a-1023190.html>

[3] <http://www.bild.de/geld/wirtschaft/susanne-klatten/bmw-erbin-susanne-klatten-eine-milliarde-in-zwoelf-monaten-32809390.bild.html>

Unterstützer*innen

Zsuzsanna Bona (Köln KV); Marc Kersten (Köln KV); Christian Hohn (Olpe KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Robin Luge (Harz KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Till Hoffmann (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Brust (Köln KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Peter Ruther (Köln KV); Thomas Volkmar Worm (Hamburg-Mitte KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Kevin Liebig (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Bert Lahmann (Köln KV); Roland Schwarz (Köln KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Georg Sieglen (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Kerstin Dehne (München KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Evelyn Rose-Thalheim (Köln KV); Jan Sieckmann (Köln KV)

GS-WG-01-018 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Neustadt/Weinstraße

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 18:

Angestellten verdienen und ~~Krankenschwestern~~Pflegekräfte, Polizist*innen oder Erzieher*innen

Begründung

Genderneutralität

GS-WG-01-030 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 30:

zaghaf ~~reguliert~~ reagiert. Der Finanzsektor bläht sich wieder auf, Immobilienpreise und Mieten

Begründung

Dieser Antrag gehört inhaltlich zum Änderungsantrag Z. 35.

Seit der Finanzkrise sind über 34.000 Seiten neue Finanzmarktregulierung erlassen worden. Es wurde sicher nicht zu zaghaf reguliert. Dafür wurde aber so reguliert, dass enorme Komplexität mit sehr vielen Ausnahmen und Schlupflöchern entstanden ist. Kleine Banken kommen mit der Bürokratie nicht zurecht, wohingegen große Banken problemlos die Schlupflöcher finden.

GS-WG-01-031 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 31:

steigen, **Steuersümpfe florieren** und **Niedrigsteuerländer laden immer mehr Unternehmen und Einzelpersonen dazu ein, durch entsprechende Gestaltung unserem Staat die Steuererhebung zu entziehen**. Europäische Banken sind weiter instabil, auch

GS-WG-01-035 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 35 einfügen:

Volkswirtschaft lenken und den Menschen vernünftige Geldanlagen ermöglichen. Die jetzige überkomplexe Regulierung soll durch wesentlich einfachere aber härtere Regeln ersetzt werden, damit kleine Banken nicht in Bürokratie ersticken und große Banken mit ihren Heerscharen von Spezialisten nicht mehr immer Schlupflöcher finden. Wir Grünen

Begründung

Seit der Finanzkrise sind über 34.000 Seiten neue Finanzmarktregulierung erlassen worden. Es wurde sicher nicht zu zaghaft reguliert. Dafür wurde aber so reguliert, dass enorme Komplexität mit sehr vielen Ausnahmen und Schlupflöchern entstanden ist. Kleine Banken kommen mit der Bürokratie nicht zurecht, wohingegen große Banken problemlos die Schlupflöcher finden.

GS-WG-01-037 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Udo Philipp (München KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 37 einfügen:

Auch Versicherungen brauchen mehr Eigenkapital, und für ihre Stabilisierung sollen nicht nur Kundinnen und Kunden, sondern auch ihre Eigentümer*innen herangezogen werden. Für Schattenbanken sind viel strengere

Begründung

Dass die Stabilisierung bislang allein auf Kosten der Kundinnen und Kunden geschieht, ist ungerecht und schadet vielen Menschen bei ihrer Altersvorsorge

Unterstützer*innen

Gerhard Schick (Mannheim KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Steffen Brunner (Berlin-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Dirk Wölfling (Offenbach-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Christoph Skupnik (Berlin-Pankow KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Oliver Brandt (Herzogtum Lauenburg KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV)

GS-WG-01-040 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 40:

nicht geschädigt werden. ~~Wenn nötig, muss der~~ Der Staat muss auch den Vertrieb von schädlichen oder

Begründung

Es ist immer nötig „schädliche“ und „intransparente“ Finanzprodukte nicht zuzulassen. Bis in die 80er Jahre waren sogar Optionshandel verboten und Waretermingeschäfte nur eingeschränkt zugelassen. Die große Bankenkrise wurde durch risikoreiche Investmentfonds ausgelöst, die unsichere Darlehen zu neuen besser bewerteten, aber risikoreichen Fonds zusammenführten. Das passiert schon wieder soll unter Trump weiter erleichtert werden.

GS-WG-01-042 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 42 bis 44:

Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. ~~Deshalb brauchen wir eine stärkere Fusionskontrolle. Sind Banken bereits zu groß, wollen wir sie entflechten und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für Kleinstbanken.~~ Deshalb muss die Fusionskontrolle in Zukunft auch das sogenannte „too big too fail“ Kriterium berücksichtigen und Banken, die zu groß oder zu wichtig sind, um sie in der Krise in Konkurs gehen zu lassen, grundsätzlich verbieten mit anderen Finanzinstituten zu fusionieren. Große und komplexe Banken wollen wir in der Krise leichter abwickelbar machen. Daher fordern wir ein striktes Trennbankensystem. Mindestens sollen Banken ihr Einlagengeschäft und ihr Handelsgeschäft trennen und unter einem Dach unabhängig führen und mit Kapital ausstatten. Für kleine Banken

Begründung

„stärkere Fusionskontrolle“ ist zu unkonkret. Die heutigen Regeln in der Fusionskontrolle berücksichtigen nur den formalen Marktanteil. Dieser ist selbst bei einer Deutschen Bank oder Allianz heute noch so niedrig, dass eine Fusion mit einem anderen großen Finanzinstitut erlaubt würde. Deshalb muss das Kriterium *too big to fail* neu aufgenommen werden.

Bislang wollen wir Grüne die Banken nicht wirklich zerschlagen, aber ein Trennbankensystem unter einem Dach fordern wir sehr wohl.

Das Wort „Kleinstbanken“ passt nicht. Damit beleidigen wir die typische Sparkasse und Genossenschaftsbank, die wir ja eigentlich meinen.

GS-WG-01-044 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: OV Wermelskirchen

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 44 bis 45:

und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für ~~Kleinstbanken~~kleine regional agierende Sparkassen und Genossenschaftsbanken wollen wir ~~dagegen weniger Bürokratie~~vereinfachte und separate Regulierungsbestimmungen. Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen besser vor

Begründung

Die für Großbanken sinnvolle und notwendige Regulierung gefährdet aufgrund der Komplexität kleine, regionale Banken in ihrem Bestand, mit gravierenden Folgen für mittelständische Unternehmen und Privatkunden. Quantitative Erleichterungen, insbesondere bei der Eigenkapitalquote allerdings darf es nicht geben. Erleichterte Anforderungen in den Meldepflichten, in den Anforderungen an das Risikomanagement oder an die Geschäftsorganisation sollten darüber hinaus nur in Anspruch genommen werden dürfen, wenn das Geschäftsmodell der betreffenden Banken im Kern auf klassischem Einlage- und Kreditgeschäft aufbaut und keine unübersehbaren Risiken eingegangen werden.

GS-WG-01-045 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Udo Philipp (München KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 45:

wollen wir dagegen weniger Bürokratie.

Besonders wichtig ist es, dass wir das Finanzsystem nicht isoliert betrachten. ~~Verbraucherinnen~~ Wir brauchen starke Finanzmärkte, um die großen Investitionen in den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu finanzieren und wir brauchen den ökologischen Umbau, damit mehr investiert wird und Banken Kredite finanzieren, anstatt mit ihrem Geld Spekulationsblasen zu befeuern.

Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen besser vor

Begründung

Wir sollten Finanzwende und ökologische Transformation immer zusammen denken.

Derzeit fließt viel zu viel Geld in Spekulation. Das klassische Kreditgeschäft beträgt nur noch nur zwischen 25-33% des Geschäftsvolumens großer Banken. Auch kleine Banken können oft nur einen viel zu geringen Teil des ihnen anvertrauten Geldes nutzen, um Kredite zu finanzieren, weil die Kreditnachfrage zu gering ist.

Unterstützer*innen

Gerhard Schick (Mannheim KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Steffen Brunner (Berlin-Mitte KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Dirk Wölfling (Offenbach-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Christoph Skupnik (Berlin-Pankow KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Bernhard Ziegler (Frankfurt-Oder KV); Stephanie Burkhardt (Donnersberg KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Oliver Brandt (Herzogtum Lauenburg KV); Andrea Nunne (Hamburg-Nord KV)

GS-WG-01-049 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 49:

Für faire Löhne – **Leistung**Arbeit soll sich für alle lohnen

Begründung

redaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

GS-WG-01-060 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 60 bis 63:

die Vorstandvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen. Die Gehälter über 500.000 Euro pro Jahr (und Abfindungen über einer Million Euro pro Kopf) halten wir für nicht gerechtfertigt. 500.000 Euro sind etwa das 30fache des Mindestlohns und fast das Doppelte des Gehalts der Bundeskanzlerin. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die Bürgerinnen und Bürger ~~wollen wir~~ begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen wollen wir daher bei einer Million ~~en~~ Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000

Begründung

Das Durchschnittsgehalt der Vorstände der DAX-Unternehmen lag vor 30 Jahren beim 20fachen des Durchschnittsgehalts der Bevölkerung, heute beim exorbitanten 160fachen! Anders ausgedrückt: Bei Einführung des Mindestlohns hat der höchstbezahlte Manager der Republik, VW-Chef Martin Winterkorn, mit mehr als 15 Millionen Euro pro Jahr fast das 1000fache dieses Mindestlohns verdient!

Dies kann man weder mit effektiver Motivationssteigerung noch mit persönlicher Wertschöpfung begründen. Diese unangemessenen Gehaltsunterschiede widersprechen diametral dem Gerechtigkeitsempfinden der Allermeisten.

Die Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die Normalbelegschaft eines Unternehmens wollen wir beenden.

Das Kanzlergehalt (etwa 300.000 Euro pro Jahr) ist ein sinnvoller Maßstab, da unseres Erachtens die Position des Regierungschefs gesamtgesellschaftlich gesehen die wichtigste ist, und daher auch die finanziellen Anreize entsprechend gesetzt werden sollten.

GS-WG-01-067 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 67 löschen:

Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Er muss ausnahmslos für alle ~~regulär~~-Angestellten

GS-WG-01-068 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 68 einfügen:

gelten. Die aktuell zunehmenden Beschäftigungszahlen können die Spaltung zwischen Arm und Reich nicht verhindern. Trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit steigt die Armutsquote. Um das Armutsrisiko bei Beschäftigung zurückzudrängen, setzen wir uns für eine deutliche Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 12 € ein. Im Zuge dessen soll auch über eine veränderte Zusammensetzung der Mindestlohnkommission nachgedacht werden. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den

GS-WG-01-069 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 69 einfügen:

Sozialabgaben entlasten. Ziel muss es auch sein, dass der Mindestlohn realistisch schneller ansteigen kann als bisher. Viele Befürchtungen haben sich nach der Einführung des Mindestlohns nicht bestätigt. Neun von Zehn Angestellten mit Mindestlohn müssen neben dem Job aufstocken. Damit das gelingt, wollen wir, dass die Datengrundlage für die Entscheidungen in der Mindestlohnkommission angepasst wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Erfahrungen mit der Mindestlohnkommission zur Verbesserung der Kommissionsarbeit genutzt werden. Dazu kann auch über eine veränderte Besetzung der Kommission nachgedacht werden.

Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was

Begründung

Die Mindestlohnkommission berechnet den Mindestlohn auf Grundlage des jährlich vom Statistischen Bundesamt ermittelten Tarifindex. Abweichungen von dieser Berechnungsgrundlage bedürfen in der Mindestlohnkommission eine Zweidrittel-Mehrheit. Diese Mehrheit ist jedoch nicht ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite zu erreichen, die sich sogar grundsätzlich gegen einen Mindestlohn gestellt hat.

Die Politik darf die Beschäftigten im Niedriglohnsektor und die Gewerkschaften nicht allein lassen. Wir als Grüne haben uns schon lange zum Konzept einer Mindestlohnkommission bekannt. Der Mindestlohn soll kein Spielball einzelner Wahlkämpfe oder Legislaturperioden sein. Das nimmt den Bundestag allerdings nicht aus der Verantwortung, gerechte Grundlagen für die Kommission zu schaffen. Deswegen sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Berechnungsgrundlage nicht nur von bereits erfolgreichen Tarifabschlüssen abhängig ist, sondern sich perspektivisch etwas schneller entwickeln kann, als die Spaltung zwischen arm und reich wird in Deutschland durch die momentane Berechnungsgrundlage nur verstärkt. Die Anhebung des Mindestlohns kann nur mit Zweidrittelmehrheit deutlicher ausfallen, als die allgemeine Tarifentwicklung. Somit werden höhere Gehälter in absoluten Zahlen immer stärker steigen, als der Mindestlohn.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Frederik Paul Antary (Bochum KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Felix Lütke (Duisburg KV)

GS-WG-01-081 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Nach Zeile 81 einfügen:

Aber auch die Aufnahme einer geringbezahlten Arbeit muss sich lohnen. Das System, dass durch Anrechnung der Grundsicherung (bzw. Aufstockung) Geringverdiener deutlich mehr von ihrem Einkommen abgeben müssen als Gutverdiener, muss beendet werden.

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird von der Berliner AG Grundsicherung & Grundeinkommen unterstützt.

In der Kapitel-Einleitung „GS-01: Gerechtigkeit im Sinn“ heißt es ab Zeile 54

„So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die durch Ungerechtigkeiten gefährdet sind.“

Das Programm versäumt aber, Ungerechtigkeiten systematisch aufzugreifen. Perspektiven zur Gerechtigkeit beschränken sich auf „Randgruppen“ (Kindergrundsicherung, Rente), Arbeitnehmer und arbeitslos Gewordene bleiben weitgehend unbeachtet. Die demotivierende Belastung geringer Einkünfte mit ca. 80% (unter Berücksichtigung des sog. „Transferentzugs“) ist aber eine der gravierendsten Fehlleistungen des Sozialsystems (s. a. Blogbeitrag „Die sieben Sünden des Sozialsystems“, <http://www.gruene.de/themen/sieben-suenden-des-sozialsystems.html>). Gerade unter dem Titel dieses Abschnitts „**Leistung soll sich für alle lohnen**“ muss die derzeitige extreme Anrechnungspraxis in Frage gestellt werden, da sich die Aufnahme einer gering bezahlten Tätigkeit im derzeitigen System offensichtlich nicht lohnt, denn es verbleibt ein effektiver Nettolohn unter 2€. Das „rechnet“ sich nicht. Diese Entwürdigung unter Hinweis auf die angebliche Anreizwirkung (zum Streben nach einer höher bezahlten Arbeit) zu rechtfertigen, hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun.

Unterstützer*innen

Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Valentin Knitsch (Leipzig KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV)

GS-WG-01-084 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 84:

Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Von ihnen profitiert auch ~~unsere~~die

GS-WG-01-089 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 89 bis 94:

Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz belegt werden. Ein gerechtes Steuersystem muss andererseits auch Fördermaßnahmen fair und gerecht verteilen. Steuerliche Förderungen – zum Beispiel von Aus- und Weiterbildung – begünstigen diejenigen am meisten, die schon am meisten haben, und bleiben denen vorenthalten, die keine Einkünfte haben. Gerecht wäre eine einheitliche, nicht einkommens- und steuerabhängige Förderung persönlicher Investitionen in die eigene Bildung. ~~Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz belegt werden.~~ Noch Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven

Nach Zeile 105 einfügen:

-

Begründung

Warum wird z.B. die Anschaffung von Fachliteratur bei Gutverdienern mit 42% bezuschusst, bei Student*innen und Auszubildenden mit 0%? Das ist nicht gerecht.

Die Umstellung des steuerbezogenen Förderungsprinzips auf sachbezogene Abzüge wäre zwar ein Wechsel in der Steuersystematik. Jedoch ist dieses gerechtere System durchaus auch jetzt schon im Steuerrecht verankert, nämlich ausgerechnet für Parteispenden; hier besteht die mit 50% konstante Abzugsfähigkeit, so dass möglichst viele Bürger*innen bei maximalem Zuschuss spenden können – eine bemerkenswerte und peinliche Selbstprivilegierung der Politik.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Dietmar Feger (Lörrach KV)

GS-WG-01-093 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 93 bis 94:

wollen wir Grünen ändern. ~~Kapitalerträge sollen mit~~ Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften wollen wir beseitigen, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen Einkommenssteuersatz belegt werden Einkommensteuersatz unterliegen. Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven

Begründung

Die Formulierung präzisiert den Satz "Arbeit wird häufig höher besteuert...". Das ist etwas eindimensional, denn auch andere Einkunftsarten werden höher besteuert als Kapitalerträge.

GS-WG-01-096 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 96 bis 105:

zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. ~~Dieser Praxis sagen wir den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben, Geschäfte in Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren, Steuerpflicht binden wir an die Staatsangehörigkeit. Alle international tätigen Unternehmen sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen, damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern zahlen. Trickserien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. So stärken wir auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern zahlt als die Buchhändlerin um die Ecke.~~ Die deutschen Steuergesetze und damit korrespondierend die Doppelbesteuerungsabkommen mit ausländischen Staaten sind so auszugestalten, dass in Deutschland erzielte Gewinne auch hier versteuert werden. Wir wollen für deutsche Staatsbürger*innen, die im Ausland leben, eine unbeschränkte Steuerpflicht im Bereich der Personensteuern in Deutschland unter der Anrechnung von im Ausland gezahlter Steuern durchsetzen. Briefkastenfirmen ohne wirtschaftlich relevante Tätigkeit am Firmensitz sollen steuerlich keine Wirkung mehr entfalten können. Der bisher von großen Konzernen legal genutzte Steuervermeidungswettbewerb führt seit vielen Jahren zu einer Ungleichheit der Besteuerung. Dies gilt es durch eine andere deutsche und international abgestimmte Gesetzgebung zu verhindern, die mehr Transparenz schafft und wirksame Regeln zur Steuerpflicht enthält. Banken tragen in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung und dürfen weder direkt noch indirekt durch entsprechende Beratung an der Steuerumgehung beteiligt sein. So stärken wir auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern zahlt als die Buchhändlerin um die Ecke.

Begründung

Die vorgeschlagene Änderung präzisiert die Aussagen im Entwurf. Zudem wird das Thema Steuerpflicht von Personen, die im Ausland leben, mit Verweis auf die dahinter stehenden Grundregeln aufgegriffen.

GS-WG-01-099 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Barnim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 98 bis 99 löschen:

Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren, **Steuerpflicht binden wir an die Staatsangehörigkeit**. Alle international tätigen Unternehmen

Begründung

Diese Forderung ist in der Kürze völlig irreführend und bei erfolgreicher Umsetzung nebenbei eine klare Kampfansage an doppelte Staatsangehörigkeiten. Gemeint ist ja wohl nicht, dass in Deutschland ansässige und beschäftigte Arbeitnehmer mit ausländischen Pass hierzulande keine Einkommensteuer mehr bezahlen müssen, so wird es aber medial interpretiert werden. Eher geht es wohl um reiche Deutsche mit Wohnsitz im Ausland (Schumacher, Becker etc). Wäre es nicht so, dann würde die Zahl der bei uns lebenden wohlhabenden Malteser und Staatsangehörige karibischer Inselstaaten explodieren, weil man sich auf Malta, Dominica oder St.Kitts and Nevis die Staatsangehörigkeit für einen überschaubaren Betrag kaufen kann. Genauso könnten natürlich Rentner oder gealterte SportlerInnen mit doppelter Staatsangehörigkeit bspw. ihre deutsche Staatsangehörigkeit ablegen, um der deutschen Steuerpflicht zu entkommen.

Der Vergleich mit den USA, die als einziger Staat auch Auslandsamerikaner besteuern ist durchaus problematisch. Zum einen dient es den USA zur Durchsetzung weitreichender Informationsansprüche gegenüber Firmen, die US-Amerikaner beschäftigen, verbunden mit Handelsboykotts gegenüber nicht kooperationswilligen Unternehmen; zum anderen wird bei Verzicht auf die US-Staatsbürgerschaft oder Rückgabe einer GreenCard eine Exit-Tax von bis zu 30% auf Vermögen und Einkommen der letzten 5 Jahre erhoben. Das heißt zum einen, dass bei analoger Anwendung der US-Regeln für deutsche StaatsbürgerInnen, die Annahme der Staatsangehörigkeit eines anderen Staates, der auf den Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit besteht extrem erschwert wird, das bedeutet aber auch zum anderen dass das Interesse an der deutschen Staatsbürgerschaft bei ausländischen MitbürgerInnen massiv zurück gehen wird.

Der Hinweis, dass die über 100 Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten, die ja gerade auf Besteuerung nach Wohnsitz und Ort der Einkommenserzielung abzielen und nicht an die Staatsangehörigkeit anknüpfen, gekündigt und neu verhandelt werden müssen, sei nur der Vollständigkeit halber hingewiesen.

Vor diesem Hintergrund ist der Satz entweder eindeutig und unmissverständlich umzuformulieren oder aber zu streichen.

GS-WG-01-106 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Hovestadt (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 106 bis 107:

~~Auch Vermögende~~ Die Vermögen haben sich in den letzten Jahren in nahezu allen Privathaushalten in Deutschland schlecht entwickelt: berücksichtigt man die Inflation, haben sehr viele Privathaushalte sogar einen deutlichen Rückgang an Nettovermögen erlitten (im Nettovermögen werden Hypotheken und andere Verbindlichkeiten mit berücksichtigt – im Gegensatz z.B. zum Geldvermögen); beispielsweise haben in den Jahren 2003 bis 2013 die Privathaushalte inflationsbereinigt im Mittel knapp 15 Prozent ihres Nettovermögens verloren. Hingegen ist parallel in der Gruppe der Superreichen die Entwicklung der Nettovermögen deutlich positiver verlaufen. Diese Vermögenden können auch deshalb mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir Grünen wollen eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche. Wir Grünen wollen sehr reiche Menschen - die reichsten 1 Prozent (Berechnung auf Basis des Nettovermögens) - zur Vermögenssteuer heranziehen, um eine tendenziell gerechtere Verteilung zugunsten der restlichen 99 Prozent unserer Gesellschaft sicherzustellen. Die Vermögenssteuer soll mindestens 2 Prozent betragen.

Begründung

Die Ungleichverteilung nimmt in Deutschland zu, die soziale Gerechtigkeit nimmt hingegen ab. Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) stellte 2014 fest:

„In keinem Land der Eurozone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland.“

Und weiterhin:

„...sind die insgesamt rund 6,3 Billionen Euro Nettovermögen im Land auch weiterhin höchst ungleich verteilt: Während diejenigen, die zum reichsten Prozent der Bevölkerung zählen, ein persönliches Vermögen im Wert von mindestens 800.000 Euro besitzen, verfügt gut ein Fünftel aller Erwachsenen über gar kein Vermögen...“

[
http://www.diw.de/de/diw_01.c.100319.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen.html?id=diw_01.c.438772
]

In 2015 ermittelte das DIW für die privaten Haushalte:

„...Die Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland haben sich in den Jahren 2003 bis 2013 äußerst schwach entwickelt...Berücksichtigt man die Inflation, haben die Privathaushalte sogar fast 15 Prozent ihrer Nettovermögen verloren...“

Hingegen ist parallel in der Gruppe der Superreichen, der Vermögenden mit den höchsten Nettovermögen, die Entwicklung über viele Jahre konstant geblieben und damit deutlich positiver verlaufen:

„...geschätzten Top-Vermögen in Deutschland ausgewertet und für die Personen, die zu zwei Zeitpunkten in der Liste enthalten waren, festgestellt, dass die höchsten Vermögen in den Jahren 2007 bis 2012 nahezu konstant geblieben sind...“

[

https://www.diw.de/de/diw_01.c.512694.de/themen_nachrichten/reale_nettovermoegen_der_privathaushalte_in_deu

]

Ein hilfreiches staatliches Instrument zum gerechteren Ausgleich von Ungleichverteilung ist eine entsprechende Besteuerung: mit den dabei erzielten Steuermehreinnahmen können neue soziale Fördermaßnahmen gestartet oder bestehende ausgedehnt werden und ökonomisch schwächere Menschen besser unterstützt werden. Darüber hinaus kann damit auch die Infrastruktur mitfinanziert werden. Deutschland nimmt bei derartigen Steuern im internationalen Vergleich einen hinteren Platz ein. Die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) veröffentlichte Ende 2013:

„Die Einnahmen aus Substanzsteuern (Grund-, Vermögens-, Schenkungs- und Erbschaftssteuer) lagen in Deutschland 2011 nahezu stabil bei 0,9 Prozent des BIP und damit bei der Hälfte des OECD-Schnitts von 1,8 Prozent.“

[<http://www.oecd.org/berlin/presse/steuereinnahmen-2012.htm>]

Und für 2015 ermittelte die OECD, dass der OECD-Schnitt nahezu unverändert bei 1,9 Prozent lag, dass Deutschland ebenfalls fast unverändert mit 1,1 Prozent nur gut die Hälfte des OECD-Schnitts mit derartigen Steuern einnahm, dass hingegen Staaten wie Kanada, Belgien, Großbritannien, Luxemburg, Frankreich, Israel, Südkorea, Australien, Italien, USA, Japan und Spanien deutlich über 2 Prozent derartige Steuern erzielten.

Zur ungefähren Vorstellung bzgl. Vermögenssteuer: beispielsweise hatte die Familie Quandt ca. 31 Mrd. € Vermögen (Stand 2014). Unter anderem besitzt die Familie Quandt „...46,7 Prozent der BMW-Stammaktien...“. Die Dividende allein aus den BMW-Stammaktien betrug nach Informationen des Manager Magazin (März 2017) 1,074 Milliarden Euro; und das, obwohl gilt: „...Die Dividendenpolitik von BMW ist vergleichsweise zurückhaltend...“. Allein mit den zurückhaltenden Dividendenausschüttungen aus den BMW-Stammaktien vergrößert die Familie Quandt ihr Gesamtvermögen jährlich um ca. 3 %. Darüber hinaus erzielen die Quandts weitere größere Einkünfte, beispielsweise von der Altana AG oder von Nordex. Eine Vermögenssteuer von 2 % bremst daher nur etwas das jährliche Wachstum des Vermögens der Familie Quandt, gefährdet aber keineswegs die Unternehmen im Besitz der Familie. Und eventuell mögliche zusätzliche Entlastungsmaßnahmen gemäß unserer Formulierung im Wahlprogramm zur Vermögenssteuer „Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.“ sind dabei noch nicht einmal eingerechnet.

[<http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/bmw-eine-milliarde-euro-fuer-stefan-quandt-und-susanne-klatten-a-1139896.html>

]

Unterstützer*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Robin Luge (Harz KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Martin Rudi Klar (Neumarkt KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Dina de Haas (Hannover RV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV); Deniz Ertin (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Till Hoffmann (Köln KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Georg Lüdenbach (Oberberg KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Michael Pelster (Bremen-Kreisfrei KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Bert Lahmann (Köln KV); Oswald Schmidt (Limburg-Weilburg KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Käthe Lieder (Aschaffenburg-Land KV); Jürgen Körber (Oberberg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Luisa Schwab (Köln KV); Winfried Praglowski (Rottweil KV); Karsten Sohns (Bodenseekreis KV); Fabio Voss (Köln KV)

GS-WG-01-107 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 107:

verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche diejenigen, die sich insbesondere durch eine verfehlte Steuerpolitik der letzten Zeit im Überfluss befinden. Die Vermögenssteuer soll so gestaltet werden, dass vor allem Vermögen herangezogen wird, das nicht bereits versteuert wurde, um nicht als Neidsteuer, sondern gerecht und solidarisch verstanden und akzeptiert zu werden.

Begründung

„Superreiche“ ist ein polarisierender Neidbegriff. Es geht jedoch darum, die Solidarität in der Gesellschaft auf allen Ebenen einzufordern. Dazu ist es nicht hilfreich, diejenigen, von denen wir etwas haben wollen, zunächst mit einem Kampfbegriff zu stigmatisieren.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV)

GS-WG-01-110 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Stadt

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 110:

und nicht gerechter gemacht. ~~Sollte~~ Wir wollen eine einfache Erbschaftsteuer mit dem Abbau von Steuervergünstigungen, einem einheitlichen Steuersatz von 15% und dem Erhalt der Freibeträge, damit Wohneigentum unverändert in den Familien vererbt werden kann. Die steuerliche Freistellung von Firmenerbschaften ist dann gewährleistet, wenn der Betrieb nach der Übertragung mindestens 15 Jahre weitergeführt wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben.
Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern,

GS-WG-01-110-2 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Stadt

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 110 bis 112 löschen:

und nicht gerechter gemacht. ~~Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt.~~

Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des

GS-WG-01-110-3 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 110 bis 112:

und nicht gerechter gemacht. ~~Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt.~~
Wir halten die jetzt geltende Erbschafts- und Schenkungssteuer weiterhin für ungerecht und setzen uns daher für eine gerechtere Erbschafts- und Schenkungssteuer ein. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des

Begründung

Betriebsvermögen wird auch nach der Reform der Reform weiter kaum besteuert (steuerfrei 85 % bzw. 100 %). Zusätzlich kann Vermögen ja zu Lebzeiten mehrfach mit den gleichen Steuervergünstigungen verschenkt werden.

Eine Aussage zu daher politisch notwendigen Reformen sollte nicht an Rechtsprechung gebunden werden.

GS-WG-01-110-4 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 110 bis 118:

und nicht gerechter gemacht. ~~Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU.~~ Wir wollen ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt, und das die Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit verbessert. Die Steuerhöhe sollte sich nicht am Verwandtschaftsverhältnis orientieren, sondern an der Leistungsfähigkeit der Erbenden. Durch Wahl einer geeigneten Rechtsform, die Betriebs- und Privatvermögen trennt, kann die Besteuerung von Familienbetrieben vermieden werden. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU.

Begründung

1. Zunehmend wird politische Gestaltung dem Verfassungsgericht überlassen, das erzeugt kein Vertrauen in die Politik. Das eigene Reformprojekt schon im Vorfeld als scheinbaren Kompromiss davon abhängig zu machen, erzeugt auch kein Wählervertrauen in unseren Gestaltungswillen. Die Grünen müssen unabhängig von zukünftigen Gerichtsentscheidungen ein eigenes Steuerkonzept haben, um glaubhaft dazustehen.
2. Die Zielsetzung einer Erbschaftssteuer, Ausgleich und Chancengleichheit in folgenden Generationen zu schaffen, sollte klar und motivierend benannt werden.
3. „nicht am Verwandtschaftsverhältnis orientieren“: Es geht den Staat nichts an, wem etwas vererbt wird.
4. „sondern an der Leistungsfähigkeit der Erbenden“: Die Erbschaft sollte, nach einem großzügigen Freibetrag, nicht pro Erbschaft besteuert werden, sondern gemeinsam mit allen Einkünften der Erbenden nach deren Leistungsfähigkeit besteuert werden.
5. Durch eine klare Trennung von Betriebsvermögen kann dieses von der Erbschaftssteuer verschont bleiben, ohne reiche Firmenerben zu privilegieren; erst bei Auszahlung von Betriebsmitteln in das Privatvermögen wird eine Steuer fällig. Der Unfug, dass unternehmerisch ungeeignete Erb*innen durch steuerliche Begünstigungsfristen dazu genötigt werden, die Firma zu ruinieren, muss beendet werden.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze(Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr(Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Verheyen(Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (StormarnKV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Dietmar Ferger (LörrachKV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV)

GS-WG-01-112 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Aschaffenburg-Stadt

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 112 bis 114:

Grundgesetz übereinstimmt. ~~Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen.~~ Wir werden Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags sowie einer Senkung ihrer Steuerprogression deutlich entlasten. Zur Gegenfinanzierung werden wir den Spitzensteuersatz für Single-Einkommen ab 100.000 Euro anwenden. Für Mittelstand, Selbständige und

GS-WG-01-114 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 114 einfügen:

100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Die schleichenden Steuererhöhungen durch die kalte Progression wollen wir dadurch beseitigen, dass die Grundfreibeträge sowie der Einkommensteuertarif und die übrigen Freibeträge jährlich an die Inflation angepasst werden. Für Mittelstand, Selbständige und

Begründung

Zur Steuergerechtigkeit gehört für uns auch Steuerehrlichkeit und zwar nicht nur bei den Steuerpflichtigen, sondern auch auf Seiten des Staates. Immer wieder erhält der deutsche Staat ungerechtfertigter Weise Steuergelder, die eigentlich nicht erhoben werden dürften.

Dadurch bleibt von der Lohnerhöhung oder auch Rentenanpassung auch der entsprechende Kaufkraftzuwachs erhalten und wird nicht durch höhere Steuern aufgezehrt.

GS-WG-01-114-2 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 114 bis 118:

100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. ~~Für Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU.~~ Wir wollen den Mittelstand und die Selbständigen zusätzlich durch Bürokratieabbau entlasten. Hierzu könnte die Kleinunternehmerregelung (Option zur Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht) auf EURO 30.000,00 pro Jahr ähnlich wie in vielen EU Nachbarstaaten angehoben werden. Zusätzlich sollte der Freibetrag bei der Gewerbesteuer, der den fiktiven Unternehmerlohn steuerfrei stellen soll, auf EURO 30.000,00 angehoben werden. Die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer werden durch die Anrechnung auf die Einkommensteuer fast vollständig kompensiert, sodass sich der Bürokratieabbau beim Unternehmer und bei der Verwaltung rechnet. Die seit über 50 Jahren geltende Grenze für die Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern wollen wir von EURO 410,00 auf EURO 1.000,00 anheben. Außerdem möchten wir die Steuern wieder mehr als Lenkungsinstrument für eine nachhaltige, innovative Wirtschaftsentwicklung einsetzen. Die Umsatzsteuer auf Fernreisen im Bahnverkehr wollen wir von 19 % auf 7 % senken. Weitere Möglichkeiten bestehen in der Verminderung der Umsatzsteuer im Bereich des sozialen Wohnungsbaus bzw. für Renovierungen an Wohngebäuden zur Verbesserung der Energiebilanz.

Begründung

Wer als Kleinunternehmer tätig ist, kann sich von der Umsatzsteuer befreien lassen. Dann sind weder Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben, noch ist eine Umsatzsteuerjahreserklärung notwendig. Damit entfallen auch die Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten für diesen Bereich. Die Grenze für diese Option liegt im Augenblick bei EURO 17.500,00 pro Jahr (seit 2002 nicht angepasst). Wenn diese Grenze auf EURO 30.000,00 angehoben würde, bedeutet das einen enormen Bürokratieabbau für die Unternehmen. Zum Vergleich die Kleinunternehmerregelungen in der EU: Belgien: EURO 25.000,00 / Frankreich: EURO 82.200,00 oder 42.600,00 oder 32.900,00 / Italien: EURO 25.000,00 bis 50.000,00 / Österreich: EURO 30.000,00 (Quelle:IHK stand April 2016).

Unternehmer mit einem Gewinn über 24.500,00 sind gewerbesteuerpflichtig. Der Freibetrag in Höhe von EURO 24.500,00 (seit 2002 unverändert) soll den "Unternehmerlohn" steuerfrei stellen. Der Betrag ist nicht mehr zeitgemäß. Die Erhöhung würde ebenfalls zum Bürokratieabbau bei der Verwaltung (Finanzamt und Gemeinde) und beim Unternehmer führen . Da die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet wird, ist der Steuerausfall durch die Anhebung gering (EURO 115,50 bei einem Hebesatz von 440 %).

Die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter führt nur zu einer Steuerverschiebung bewirkt aber ebenfalls einen Bürokratieabbau beim Unternehmer.

Viele gesetzliche Regelungen zum Beispiel zum ermäßigten Steuersatz wurde seit Jahren nicht reformiert. Gleichzeitig fehlen Anreize für innovative, nachhaltige Investitionen. Folgende Bereiche bieten sich zum Beispiel für Änderungen an: Wie in Frankreich: 7 % Umsatzsteuer für Renovierungen an Wohngebäuden zur Verbesserung der Energiebilanz (in Frankreich 5 %), wie in Großbritannien: 7 % auf Neubauten und Renovierungen im sozialen Wohnungsbau (dort 5,5 %), für Personentransporte / Bahnfahrten über 50 km

kann der Umsatzsteuersatz ebenfalls auf 7 % sinken. Ein Teil der Preisreduzierung kann an den Bahnkunden weitergegeben werden, ein anderer Teil eventuell in Modernisierungen (z. B. Nachtzüge bis ins Ausland) sinnvoll investiert werden. Beispiele aus dem Ausland: Niederlande 6%, Belgien 6 %.

Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Oliver Henkel (Rhein-Sieg KV); Joachim Schollmeyer (Rhein-Sieg KV); Annelie Scharfenstein (Westerwald KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); David Allison (Reutlingen KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Wolfgang Gurowietz (Dortmund KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Wilhelm Windhuis (Rhein-Sieg KV); Wolfgang Philipp (Rhein-Sieg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Robert de la Haye (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Ingo Steiner (Rhein-Sieg KV)

GS-WG-01-118 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 118 einfügen:

Handel innerhalb der EU.

Um den Ressourcenverbrauch unseres rohstoffarmen Landes zu verringern, wollen wir umsteuern: höhere Steuern auf Rohstoffe und dafür niedrigere Besteuerung von Arbeit.

Begründung

Die Erhöhung der Steuern auf Rohstoffe schafft Anreize für Recycling und eine effizientere Verwendung von Rohstoffen und schont damit die Umwelt.

Die Erniedrigung von Steuern auf Arbeit schafft Anreize für Arbeitsplätze.

GS-WG-01-123 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 123 bis 124:

Wir wollen eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, ~~die~~ in Höhe von mindestens 10% auf das gesamte Geschäftsvolumen, um Banken ~~verpflichtet zu verpflichten~~, ihre Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu ~~unterlegen~~ finanzieren. So können sie für ihre Risiken besser selbst

Begründung

Bereits heute gibt es eine einfache aber harte EK-Quote. Allerdings beträgt sie nur 3% und ist so niedrig, dass sie die Banken nicht wirklich sicherer macht.

Das Wort „unterlegen“ führt in die Irre. Man denkt, dass Eigenkapital unproduktiv in den Safe gelegt werden müsse. Das ist ein Irrtum. Das EK ist eine produktive Finanzierungsquelle für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft der Banken. Das Wort „unterlegen“ ist ein absichtlicher Fehlbegriff der Bankenlobby.

GS-WG-01-130 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 130:

~~Steuersümpfe trockenlegen – weltweite~~ Weltweite Regeln gegen Steuervermeidung - Bürokratieabbau für Kleinunternehmer und den Mittelstand

Begründung

Überschrift zu Folgeantrag

Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Oliver Henkel (Rhein-Sieg KV); Joachim Schollmeyer (Rhein-Sieg KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); David Allison (Reutlingen KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Wilhelm Windhuis (Rhein-Sieg KV); Wolfgang Gurowietz (Dortmund KV); Robert de la Haye (Rhein-Sieg KV); Michael Merkel (Bochum KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ingo Steiner (Rhein-Sieg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Robin Luge (Harz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Ingrid Träger (Recklinghausen KV); Kerstin Dehne (München KV); Martin Heyer (Bonn KV)

GS-WG-01-132 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Beschlussdatum: 21.04.2017

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 132:

Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis ~~und~~, Steuerdumpingländern und anderen Steuerlücken ihren Beitrag zum

GS-WG-01-140 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 140 einfügen:

der Bäcker an der Ecke tut. Der Aufwand durch die Buchführungs- und Steuererklärungspflichten für den Mittelstand und auch für Kleinunternehmer ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Gerade Klein- und Jungunternehmer wollen wir entlasten, damit sie im Wettbewerb bessere Chancen haben.

Begründung

Bürokratieabbau erfolgte auf Seiten der Finanzverwaltung aber weniger beim Unternehmer.

Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Oliver Henkel (Rhein-Sieg KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Joachim Schollmeyer (Rhein-Sieg KV); Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Tobias Hasenberg (Rhein-Sieg KV); David Allison (Reutlingen KV); Robin Luge (Harz KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Wilhelm Windhuis (Rhein-Sieg KV); Gerhard Gebhard (Odenwald-Kraichgau KV); Wolfgang Gurowietz (Dortmund KV); Robert de la Haye (Rhein-Sieg KV); Michael Merkel (Bochum KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Claus Kreuzsch (Düsseldorf KV); Ingo Steiner (Rhein-Sieg KV)

GS-WG-01-142 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 142:

Mehr für das Gemeinwohl ~~-Superreiche-~~ Große Einkommen und Vermögen in die Verantwortung nehmen

Begründung

„Superreiche“ ist ein polarisierender Neidbegriff. Es geht jedoch darum, die Solidarität in der Gesellschaft auf allen Ebenen einzufordern. Dazu ist es nicht hilfreich, diejenigen, von denen wir etwas haben wollen, zunächst mit einem Kampfbegriff zu stigmatisieren.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV)

GS-WG-01-149 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 149 löschen:

umsetzbare Vermögenssteuer ~~für Superreiche~~, denn in wenigen Ländern Europas sind die

Begründung

Soll „Superreiche“ andeuten, dass „Reiche“ verschont bleiben? Warum und wer ist das jeweils?

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV)

GS-WG-01-153 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

In Zeile 153 einfügen:

wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden. Hierbei sollen große Vermögen, bei deren Erwerb keine oder nur ermäßigte Steuern erhoben wurden, am stärksten herangezogen werden.

Begründung

Ein verbreiteter Vorbehalt gegen Vermögenssteuern ist die Abwehrhaltung, hier werde der

wohlverdiente Besitzstand angetastet. Um die unnötig polarisierten Standpunkte zu versöhnen und die Vermögenssteuer auf eine solidarische Basis zu stellen, sollte eine Doppelbesteuerung hierbei vermieden werden. Es sollte einen Unterschied machen, ob beim Vermögenserwerb bereits Einkommenssteuern, ermäßigte oder keine Steuern gezahlt wurden; entsprechend könnten 3 Vermögenssteuerklassen eingeführt werden, mit Steuersätzen von z.B. 0%, 1% und 2%. Da ein solches Modell noch zu diskutieren ist, taucht es lediglich in dieser Begründung auf; im Antragstext sind nur die grundlegenden Ziele formuliert, die Steuerhöhe in diesem Sinne fair zu gestalten.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Seifert (Kassel-Land KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV)

GS-SZ-01-001 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Sylvia Olbrich (Mark KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 1:

Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, **einenbis zuletzt. Einen** Platz in der

Begründung

Es ist wichtig, dass Menschen selbstbestimmt bis zuletzt leben können. Dies bedeutet eine Möglichkeit der freien Entscheidung ob ich zu Hause, unter entsprechender palliativer Betreuung, in einem Hospiz oder einem Altenheim sterben möchte.

Unterstützer*innen

Ulrike Tadema (Duisburg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kai Olbrich (Mark KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Marc Kersten (Köln KV); Kerstin Dehne (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christian Hohn (Olpe KV); Sigrid Beer (Paderborn KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Markus Wagener (Köln KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Christoph Nienaber (Rhein-Sieg KV); Till Hoffmann (Köln KV); Bert Lahmann (Köln KV); Roland Schwarz (Köln KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Frank Hauser (Köln KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

GS-SZ-01-006 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 6 einfügen:

Bedingungen. Die sie auf dem freien Versicherungsmarkt nicht immer erhalten. Deshalb wollen wir auch prüfen, ob Menschen wieder staatlich bei Berufsunfähigkeit abgesichert und gefördert werden sollten, z.B. mit Umschulungen.

Begründung

Unter Rot-grün wurde Ende 2000 auch die staatliche Berufsunfähigkeitsrente abgeschafft. Während Beamte weiterhin gegen Dienstunfähigkeit abgesichert sind, müssen sich Arbeiter und Angestellte seitdem privat gegen die entsprechenden Risiken und möglichen Versorgungslücken absichern. Doch die allermeisten tun es nicht, viele weil sie dem Irrglauben erliegen, ihnen könnte und werde das schon nicht passieren. Tritt der Fall dann doch ein, so ist es zu spät, da Vorerkrankungen nicht versichert werden und mit zunehmendem Alter auch die Tarife teils prohibitiv ansteigen.

Zudem haben die meisten nicht-berufständischen Berufsunfähigkeitsversicherungen weitgehende Verweisklauseln, mit denen sie sich im Versicherungsfall herauswinden. Das Kleingedruckte dieser Policen ist ohne Fachanwalt kaum zu durchdringen.

De facto sind aktuell nur sehr wenige Menschen noch effektiv gegen Berufsunfähigkeit abgesichert.

Das sehen inzwischen auch die Verbraucherschutzverbände und Gewerkschaften als Problem. Sie halten das System privater Absicherung nach gut 15 Jahren für gescheitert.

Der vorliegende Antrag gibt der Partei und Bundestagsfraktion einen Prüfauftrag mit auf den Weg. So zeigen wir Problembewusstsein und können uns der Frage in der kommenden Legislaturperiode sorgfältig widmen.

Vielen fehlt die Phantasie, wie man berufsunfähig wird, deshalb ein paar Beispiele:

Ein Grafiker mit grauem Star, ein Arbeiter mit Muskelschwund, eine angestellte Telefonistin mit Kehlkopfkrebs. Es gibt unzählige Schicksalsschläge, die einem die Ausübung des bisherigen Berufs unmöglich machen.

Oft hört man dann als Argument, es gebe doch die Erwerbsminderungsrente. Doch diese kommt erst später zum Tragen, da sie voraussetzt, auch jedwede andere - meist weniger befriedigende und schlechter

bezahlte - Tätigkeit nicht mehr ausüben zu können. Außerdem sind mit ihr teils dramatische Abschlüsse verbunden und für Freiberufler und Selbständige ist sie gar keine Option.

Unterstützer*innen

Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Kerstin Dehne (München KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Henning Becker (Siegen-Wittgenstein KV); Holger Lange (München-Land KV); Jutta Wegner (Mecklenburgische Seenplatte KV); Thomas Schulte-Ladage (Hochsauerland KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Tobias Grupe (Köln KV); Daniela Ehlers (Berlin-Lichtenberg KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Lothar Kemmerzell (Soest KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Christian Hohn (Olpe KV); Sebastian Zimmermann (Kurpfalz-Hardt KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Roland Schwarz (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Nabihah Ghanem (Soest KV); Thomas Glowacki (Köln KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Till Hoffmann (Köln KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Kevin Liebig (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Liam Harrold (Hannover RV); Deniz Ertin (Köln KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Bert Lahmann (Köln KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Eva Malecha (Aachen KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Jörg Eichenauer (Köln KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV)

GS-SZ-01-014 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 14 bis 19:

frei aufspielen. ~~Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann. Das jetzige Sozialsystem basiert auf dem Almosen- und Anreizprinzip und bietet daher keine gerechte soziale Sicherheit. Viele werden um die Früchte ihrer Arbeit betrogen, die Kürzung von Sozialleistungen um 80 bis 100% betrifft Arbeitswillige, Sparsame und Rentner. Wir wollen dieses willkürliche und unfaire System in ein gerechtes Teilhabesystem umwandeln. Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.~~

Begründung

In der Kapitel-Einleitung „GS-01: Gerechtigkeit im Sinn“ heißt es ab Zeile 54

„So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die durch Ungerechtigkeiten gefährdet sind.“ Auch in diesem Kapitel GS-SZ-01 heißt es in Zeile 8/9 „wir müssen dafür sorgen, dass ... es [der Sozialstaat] dabei gerecht zugeht.“

Bei den folgenden Andeutungen „... ob beim Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen Zusammenhalt“ bleibt der Programmentwurf stehen, ohne die dahinterliegenden Probleme zu konkretisieren oder den Willen, sie zu beseitigen, erkennbar zu machen.

Neben den Grundsicherungs-Kürzungen („Sanktionen“), die an anderer Stelle in diesem Kapitel bereits erwähnt sind, wird im beantragten Text auf die drei weiteren gravierendsten Kürzungen Bezug genommen, die das Sozialsystem ungerecht und einer modernen Gesellschaft unwürdig machen; Arbeitslose werden für ihre früheren Ersparnisse bestraft, Geringverdiener mit 80% Abgaben belastet, geringe Rentenansprüche entfallen durch die Mindestsicherung, wobei die erfolgten Einzahlungen ersatzlos entwertet werden.

Durch dieses Prinzip der sogenannten „Transferentzüge“, d.h. extremen Kürzungen von Sozialleistungen um 80 bis 100% nach teils willkürlichen Kriterien, ist unser Sozialsystem im Charakter kein Teilhabesystem, sondern ein Almosensystem. (Eine ausführlichere Darstellung und Begründung der Bedeutung entsprechender Reformen findet sich im Blogbeitrag „Die sieben Sünden des Sozialsystems“, <http://www.gruene.de/themen/sieben-suenden-des-sozialsystems.html>.)

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

GS-SZ-01-016 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 16:

Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: **prekär**kleine

Begründung

redaktionell:

es geht nicht nur um prekäre, sondern um kleine Selbständige

GS-SZ-01-018 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Ortsverband Lippstadt (KV Soest)

Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 18 einfügen:

Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Der digitale Wandel der Arbeitswelt, diese gerade beginnende „digitale Revolution“, der demographische Wandel sowie die Folgen der Globalisierung werden weiterhin für eine Zunahme von Brüchen im Erwerbsleben und für unstete Lebensläufe sorgen. Wir müssen den Sozialstaat verbessern und fit für die Zukunft machen, damit er

Begründung

Der Sozialstaat wird in hohem Maße von den Entwicklungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes beeinflusst. Die für die nahe Zukunft anstehenden massiven Veränderungen sollten unbedingt mitgedacht werden. Grüne kümmern sich rechtzeitig um soziale Sicherheit auch unter sich wandelnden Rahmenbedingungen.

GS-SZ-01-018-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 18 einfügen:

Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Die Angleichung der Renten Ost an die Renten West treiben wir weiter voran. Dabei werden wir auch die Interessen der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner in allen Teilen des Landes im Blick behalten. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er

Begründung

Wir Grüne sind die Partei im Bundestag, die sich für eine schnelle Rentenangleichung, vor 2025, einsetzt und dabei die Interessen der jetzigen Beschäftigtengeneration und der künftigen Einzahlenden im Blick behält. Die Bundestagsfraktion hat zuletzt mit ihrem Antrag im Herbst 2016 zur Rentenangleichung zwischen Ost und West dieser Forderung Nachdruck verliehen (siehe Bundestags-Drucksache 18/10039 vom 18. Oktober 2016: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/100/1810039.pdf>)

Das Bekenntnis zur Lösung dieser großen Frage im Angleichungsprozess zwischen Ost und West fehlte bisher im Programm.

Der Antrag wird ebenfalls durch die Landesvorstände Brandenburgs und Thüringens mitgezeichnet.

GS-SZ-01-019 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 19 einfügen:

sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.

Das bedingungslose Grundeinkommen halten wir für eine gute Möglichkeit, Menschen abzusichern ohne sie zu stigmatisieren. Ein Grundeinkommen kann dadurch Kreativität und brach liegende Potentiale erschließen und damit persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe und neue Tätigkeiten ermöglichen. Deshalb wollen wir in der nächsten Legislatur ein regionales Pilotprojekt ähnlich wie in anderen EU-Ländern starten.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Martin Drees (Plön KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Ruth Kastner (Stormarn KV); Jorinda Fahringer (Karlsruhe KV); Johannes Honné (Karlsruhe KV); Hartwig Rupp (Karlsruhe KV); Babette Schulz (Ettlingen KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Nicolas Schejok (Karlsruhe KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Katja Dörner (Bonn KV); Natalie Pavlovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV)

GS-SZ-01-019-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Europa

Beschlussdatum: 22.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 19 einfügen:

sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann. Wie wir uns eine bessere Sozialpolitik der EU vorstellen, haben wir im Europakapitel beschrieben.

GS-SZ-01-021 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 21 bis 22:

Um die Rente wieder sicher und verlässlich zu machen, wollensetzen wir ~~alle drei Pfeiler~~uns dafür ein, das Drei-Säulen-System der Alterssicherung auf eine solide Basis zu stellen. In erster Linie stärken ~~zuallererst~~wir die erste Säule, die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und

Begründung

Anpassung der Formulierung an den Beschluss von Münster.

Bei der Frage welche der drei Säulen wir stärken liegt unser Fokus eindeutig auf der gesetzlichen Rentenversicherung

GS-SZ-01-022 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Ortsverband Lippstadt (KV Soest)
Beschlussdatum: 28.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 22 bis 25:

Alterssicherung stärken zuallererst die gesetzliche Rentenversicherung. ~~Denn sie~~ Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die mit Abstand wichtigste ~~Säule~~ der Altersvorsorge ~~dreier Säulen der Alterssicherung, und wir sorgen dafür, daß sie wieder stark wird.~~ Wir reformieren sie grundlegend, aber einfach und fair zu einer Bürgerrente, von der alle profitieren und bei der die Lasten fair auf alle verteilt werden. Alle Bürger zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens, unabhängig von der Einkommensart in die GRV ein, ohne Beitragsbemessungsgrenze, stattdessen mit einer Deckelung der späteren Rentenhöhe in Form einer abflachenden Kurve. Sehr gut Verdienende beteiligen sich damit wieder stärker an einer funktionierenden Gesellschaft ohne zu große Verwerfungen, und erwerben für sich selbst absichernde Rentenansprüche auf gutem Niveau. Durch diese Maßnahme kann die Höhe der Rente wieder auf ein adäquates Niveau für die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards steigen, ohne die Beitragszahler übermäßig zu belasten . Wir ergänzen damit das sog. Äquivalenzprinzip mit einem Solidarprinzip, um dem demographischen und vor allem dem digitalen Wandel der Arbeitswelt, einer sinkenden Lohnquote und ihren Folgen für die Menschen Rechnung zu tragen. Der Umbau erfolgt schrittweise mit behutsamen und fairen Übergängen. Durch die Rentenreformen der vergangenen Jahre ist das Rentenniveau gesunken. Eine Stabilisierung ist dringend notwendig. Das heutige gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte Rentenniveau ~~sollte~~ darf nicht

Von Zeile 28 bis 30:

viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch angemessen leben können. Für ~~alle Menschen~~ Alle, die den größten Teil ihres Lebens ~~rentenversichert~~ tätig waren, ~~gearbeitet, ob sie~~ Kinder erzogen ~~oder andere Menschen gepflegt~~ haben, Angehörige oder Freunde gepflegt, ehrenamtlich tätig oder erwerbstätig waren, schlagen wir Grünen eine ~~steuerfinanzierte Garantierente~~ Mindesrente oberhalb

Begründung

Die gesetzliche Rente ist, wie sich gezeigt hat, sicherer und krisenfester als kapitalgedeckte Systeme. Sie ist aus historischen Gründen wenig solidarisch, betrifft nur untere und mittlere Einkommen und ermöglicht es, daß sich die sog. starken Schultern vollständig ihrer sozialen Verantwortung entziehen können. Sie funktionierte gut, solange es keine Massenarbeitslosigkeit gab, die Lohneinkommen in der Breite vergleichsweise hoch waren und genügend Kinder geboren wurden. Jetzt aber wandeln sich die Verhältnisse dramatisch. Das Verhältnis von Lohneinkommen zu Kapitalerträgen ändert sich zugunsten der Kapitalerträge, was zwar einerseits für die kapitalgedeckten Säulen spricht, aber andererseits auch für eine zunehmende soziale Schere sorgt, wobei Familien ganz besonders die Lasten zu tragen haben. Die demographische Entwicklung ist aufgrund der zunehmenden Automatisierung nur im aktuellen System ein großes Problem. Sobald man die Erträge auch aus der Automatisierung mit zur Finanzierung der Renten heranzieht, ist dieses Problem keines mehr. Die aller Wahrscheinlichkeit nach zunehmenden Brüche im Erwerbsleben mit verschiedenen Phasen im Lebenslauf, die von Lohneinkommen zu selbstständiger Arbeit, Ehrenamt, Pflege, Kinderziehung etc. wechseln, verlangen auch nach einer Änderung des bisherigen Standardmodells.

Insgesamt betrachtet, bietet eine echte Bürgerversicherung unter Einbeziehung von Kapitalerträgen ausschließlich Vorteile: Sie reduziert die Spaltung der Gesellschaft auf mehreren Ebenen, indem sie nicht nur die Schere ein wenig schließt und es ermöglicht, Familien zu entlasten. Sie sorgt durch eine verlässliche Absicherung für deutlich weniger sozialen Stress und entzieht damit dem Populismus und Extremismus den Nährboden. Sie sorgt für wirtschaftliches Wachstum, weil vor allem die unteren und mittleren Einkommensgruppen mehr Geld zur Verfügung haben. Ob damit mehr konsumiert wird, oder nachhaltiger Konsum gestärkt wird, kann durch entsprechende Rahmenbedingungen mitbestimmt werden.

Vor allem aber: sie ist fair, und wirkt der Umverteilung von unten nach oben entgegen!

In der Schweiz kann man sehen, daß sie funktioniert.

Im übrigen entspricht dieser Vorschlag im Grunde den Empfehlungen der Rentenkommission, geht aber in einem entscheidenden Punkt über diese hinaus, indem das Solidarprinzip gegenüber dem Äquivalenzprinzip deutlich gestärkt wird. Um Fehlanreize im Erwerbsleben zu vermeiden, bleibt aber das Äquivalenzprinzip grundsätzlich erhalten.

GS-SZ-01-025 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 25:

heutige gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte Rentenniveau **sollte** darf nicht

Begründung

Politische Forderungen sollten entweder ernst gemeint und klar sein oder gar nicht im Programm stehen. Andernfalls fühlen sich unsere tendenziell gut gebildeten Wähler wohl eher „veräppelt“ und wählen dann lieber Parteien, die konkretere Aussagen treffen.

Wer uns wählt und dabei an seine Rente denkt, soll unserer Meinung nach wissen, was passiert, wenn wir bestimmen dürfen. „Sollte“ ist Konjunktiv und wirkt in diesem Zusammenhang verunsichernd und ist ungeeignet, Menschen von grüner Sozialpolitik zu überzeugen.

An dieser Stelle kann man sich fragen: Wenn wir allein an der Regierung wären und ein wirksames Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus machen würden, was würden wir da hineinschreiben? Sicher nicht: „Das Rentenniveau sollte nicht weiter fallen.“ Es sei denn, wir wollten ein teilweise unwirksames Gesetz zum Rentenniveau machen nach dem Motto „Wenn alle Bedingungen stimmen, Geld da ist und nichts weiter mehr dagegen spricht, dann würden auch wir ...“. Das wäre aber kein Argument für Rentner um uns Grüne zu wählen.

GS-SZ-01-027 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Danyal Bayaz (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 27 einfügen:

stehen, damit auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann, weil Generationengerechtigkeit für uns auch ein zentrales Merkmal eines gerechten und nachhaltigen Rentensystems ist. Wer

Unterstützer*innen

Michael Wustmann (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sophie Harper (München KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Weihua Wang (Kurpfalz-Hardt KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Kathrin Rabus (Heidelberg KV)

GS-SZ-01-028 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 28 bis 31:

viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. ~~Für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, schlagen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb des Grundsicherungsniveaus vor.~~ Mit der Garantierente wollen wir für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, ein Mindestniveau in der Rentenversicherung einführen. Die Garantierente ist steuerfinanziert und die Höhe wird oberhalb der Grundsicherung liegen. Es findet keine Bedürftigkeitsprüfung statt und betriebliche und private Altersvorsorge wird nicht angerechnet.

Begründung

Die Nichtanrechnung und der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung sind Eckpfeiler der grünen Garantierente, die durch die Rentenkommission und Beschluss der BDK Münster dahingehend weiterentwickelt wurde. Sie stellen eine deutliche Verbesserung für Rentner*innen dar.

GS-SZ-01-028-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 28:

viele Jahre die durchschnittliche Lebensarbeitszeit eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können.

Für alle Menschen, die

Begründung

”viele Jahre” ist nicht konkret.

”durchschnittliche Lebensarbeitszeit” ist berechenbar.

GS-SZ-01-028-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 28 einfügen:

viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. Wer ein höheres Einkommen erzielt, hat eine deutlich höhere Lebenserwartung als Menschen mit kleinen Einkommen und erhält entsprechend länger eine Rente. Dadurch verteilt die Rente um und zwar von unten nach oben. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Diejenigen mit kleinen Einkommen sollen nicht länger die Renten der Wohlhabenderen finanzieren. Wir wollen eine auch für Menschen mit kleinen Einkommen solidarische Rente. Für alle Menschen, die

Begründung

Im Grunde genommen finanzieren die Armen die Rente der Wohlhabenderen." (Prof. Rolf Rosenbrock vom Paritätischen anlässlich der Vorstellung des Armutsberichts des Paritätischen).

Wer höhere Einkommen erzielt, hat eine bis zu 10 Jahre höhere Lebenserwartung als Menschen mit kleinen Einkommen (siehe Armutsbericht des Paritätischen). Und je länger man lebt, desto mehr erhält man insgesamt aus der Rentenversicherung. Im Ergebnis führt das dazu, dass Menschen mit höheren Einkommen deutlich mehr aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten als Menschen mit kleinen Einkommen. Der regelmäßig erscheinende Bericht der OECD „Pensions at a Glance“ zeigt, dass - mit der Ausnahme von Mexiko - in allen anderen OECD-Ländern Menschen mit kleinen Einkommen im Verhältnis höhere Renten erhalten als Menschen mit höheren Einkommen.

Unser Ziel ist eine wirklich solidarische Rente. Die Garantierente ist dazu ein mögliches Instrument.

Unterstützer*innen

Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Oliver Powalla (Berlin-Neukölln KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Udo Philipp (München KV); Marc Kersten (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karl-Martin Hentschel (Plön KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Martin Drees (Plön KV); Andrea Danker-Isemer (Plön KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

GS-SZ-01-030 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 30 bis 31:

Menschen gepflegt haben, schlagen wollen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb des Grundsicherungsniveaus voreinführen.

Begründung

”vorschlagen” ist nicht ausreichend zur Erreichung dieses Ziels.

GS-SZ-01-030-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 30 einfügen:

Menschen gepflegt haben, schlagen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente ohne
Bedürftigkeitsprüfung oberhalb

Begründung

Konkretisierung der Beschlusslage

GS-SZ-01-031 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 31 einfügen:

Aber auch wer wenig eingezahlt hat, soll davon einen entsprechenden Vorteil haben. Die Vorsorgeleistungen von Menschen mit einem unterbrochenen Arbeitsleben, Erziehenden und vielen anderen, dürfen nicht entwertet werden. Jeder eingezahlte Euro muss sich in der Rente bemerkbar machen.

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird von der Berliner AG Grundsicherung & Grundeinkommen unterstützt.

Aufgrund der Anrechnungsregeln, die Riesterrente und Grundsicherung gegeneinander verrechnen, wurde die Riesterrente von Finanzexperten als Anlagebetrug bezeichnet. Gemessen daran liest sich der Absatz über die Riester-Rente im Programmentwurf recht handzahn. Das eigentliche Problem, nämlich die Anrechnung auf die Grundsicherung, sowie die erforderliche Maßnahme, nämlich die Anrechnung abzuschaffen, sollten klar benannt werden. Das gleiche gilt für jede Art von Vorsorge, insbesondere auch die gesetzliche Rente. Hier liegt auch im derzeitigen Konzept der „Garantierente“ ein Mangel.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Menschen in ein Versicherungssystem einzahlen müssen und am Ende nichts davon haben, weil sie insgesamt zu wenig oder auch zu kurz eingezahlt haben. Der Satz in Zeile 67 „Viele Frauen sind von Armut im Alter bedroht.“ hängt zum Teil auch damit zusammen und ist ein weiterer guter Grund für die Ergänzung, Vorsorge und Grundsicherung grundsätzlich nicht gegeneinander aufzurechnen. Vorsorgeleistungen aller Art dürfen nicht durch Aufrechnung gegen eine Grundsicherung vollständig entwertet werden.

Unterstützer*innen

Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

GS-SZ-01-031-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Kerstin Andreae (Freiburg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 31 einfügen:

des Grundsicherungsniveaus vor. Wir schlagen für die kommende Legislatur eine Enquete zur Zukunft der sozialen Sicherung vor. Auftrag der Enquete wäre, alle gesellschaftlichen Prozesse und Debatten, von der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens über die Frage einer Wertschöpfungsabgabe bis hin zu institutionellen Reformen der Sicherungssysteme im Blick zu haben. Dabei soll die Evaluation vorhandener Modellversuche einbezogen werden.

Begründung

Die Globalisierung, der digitale Wandel und die demographische Entwicklung führen zu großen Veränderungen in der Arbeitswelt und zu neuen Anforderungen an die soziale Absicherung. Qualifizierung und Weiterbildung sind Schlüsselemente, um diesen Veränderungsprozessen Stand zu halten.

Neben der Qualifizierung stellt sich konkret aber Frage, wie und auf welcher Basis künftig soziale Sicherungssysteme auskömmlich finanziert werden.

Mit der Bürgerversicherung gehen wir über die Maßgabe „alle Einkünfte von allen Personen“ perspektivisch in eine neue und stabilere Finanzierungsgrundlage der Sicherungssysteme. Darüber hinaus wird vor dem Hintergrund, dass menschliche Arbeitskraft durch technische ersetzt wird, vermehrt in Gesellschaft und Wirtschaft debattiert, welche Wertschöpfungsbasis als Grundlage berücksichtigt werden muss.

Der Sozialstaat der Zukunft muss individuelle Selbstbestimmung, Teilhabe und Befähigung herstellen, kollektive Verantwortung (auch im Sinne von Sicherheitsversprechen) produzieren und gleichzeitig sowohl die Anforderungen als auch die Ergebnisse des ökonomischen Systems regulativ verarbeiten.

Wir sind weder hilf- noch machtlos gegenüber diesen Veränderungen, sondern haben die Möglichkeit, die Veränderungen zu gestalten. Daher wollen wir neue Ideen eruieren. Dabei soll es keine Denktabus geben: Welche Auswirkungen hätte es, Kapital und Maschinen zu besteuern statt (menschliche) Arbeit? Hat die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, das Potential zur Bewältigung der Defizite sozialer Sicherungssysteme in Deutschland? Brauchen wir eine institutionelle Reform der Systeme sozialer Sicherung zur Überwindung der Brüche und Risse im gegliederten System in Deutschland?

Unterstützer*innen

Markus Kurth (Dortmund KV); Brigitte Pothmer (Hildesheim KV); Ulrich Langhorst (Dortmund KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Dieter Janecek (München KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Manfred Becker (Bonn KV); Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Hubert R. Schübel (Stuttgart KV); Dietmar Lust (Freudenstadt KV); Rafael Mentges (Freiburg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Alexander König (München KV)

GS-SZ-01-034 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 34 einfügen:

für Frauen so verbessern, dass sie öfter und gleichberechtigt erwerbstätig sind.

Begründung

rdaktionell

Unterstützer*innen

Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); André Moser (Düsseldorf KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Robin Luge (Harz KV); Beate Wichmann (Erfurt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Werner Weindorf (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

GS-SZ-01-044 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 44 löschen:

~~Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest.~~ Wir wollen es Menschen aber leichter

Begründung

Schon der nächste Satz zeigt, warum dieser Satz gestrichen werden sollte. Wir sollten hier radikaler sein und die Wahlfreiheit betonen. Rente mit 67 geht nicht in jedem Job und ist keinesfalls immer sinnvoll. An anderer Stelle betonen wir genau das. Einen Grundsatz darzustellen, den wir sofort sehr stark relativieren macht hier wenig Sinn.

GS-SZ-01-044-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Danyal Bayaz (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 44:

~~Grundsätzlich halten~~ Die Rente mit 63 der GroKo lehnen wir ab und halten grundsätzlich an der Rente mit 67 fest – denn alles andere wäre ein verheerendes Signal an junge Beitragszahler*Innen. Wir wollen es Menschen aber leichter

Unterstützer*innen

Michael Wustmann (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Sebastian Powny (Bochum KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sophie Harper (München KV); Martin Becker (Mainz KV); Sebastian Schaffer (Hamburg-Altona KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Michael Merkel (Bochum KV); Alexander Bonde (Ortenau KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Weihua Wang (Kurpfalz-Hardt KV); Claudia Maresch (Böblingen KV)

GS-SZ-01-053 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: LaVo Sachsen

Beschlussdatum: 04.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 53 einfügen:

Über ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist das Rentenrecht noch immer geteilt. Zwischen West- und Ostdeutschland gelten bis heute erhebliche Unterschiede bei der Rentenberechnung. Wir Grüne wollen die Renteneinheit endlich vollenden und streben schnellstmöglich, spätestens bis 2020, eine grundsätzliche Vereinheitlichung zur Berechnung der Rente in Ost und West an.

Begründung

Wir Grüne sind die einzige Partei im Bundestag, die eine schnelle Rentenangleichung vor 2025 will und dabei die Interessen der jetzigen Beschäftigtengeneration und der künftigen Einzahlenden im Blick behält. Die für Ostdeutschland außerordentlich wichtige Forderung ist zuletzt erneut durch einen Antrag der Bundestagsfraktion vom Herbst 2016 zur Rentenangleichung zwischen Ost und West gedeckt (siehe Bundestags-Drucksache 18/10039 vom 18. Oktober 2016: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/100/1810039.pdf>)

GS-SZ-01-054 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 54 bis 66:

~~Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die private und betriebliche Altersvorsorge stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern.~~
Außer der gesetzlichen Rente gibt es auch Handlungsbedarf bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Wollen wir dafür nach schwedischem Vorbild einen Bürgerfonds ins Leben rufen. Der schwedische Bürgerfonds hat gezeigt, dass kapitalgedeckte Altersvorsorge zu einem Bruchteil der Kosten und zu deutlich höherer Rendite als in Deutschland durchgeführt werden kann. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. In ihn können die Bürger*innen und Bürger bis zu einem bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens entweder direkt im Rahmen der Riesterrente einbezahlen oder im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge. Wir wollen künftig alle Unternehmen verpflichten, ihren Mitarbeiter*innen eine kapitalgedeckte Altersvorsorge anzubieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag zu unterstützen. Wenn sie diese nicht im eigenen Betrieb (z.B. über eine Direktzusage) oder überbetrieblich (z.B. über einen überbetrieblichen Pensionsfonds) organisieren, soll sie unbürokratisch über den Bürgerfonds durchgeführt und die Beiträge wie die Sozialversicherungsbeiträge direkt abgeführt werden. Die Arbeitnehmer*innen sind nicht verpflichtet, das Angebot ihrer Arbeitgeber für eine betriebliche Altersvorsorge anzunehmen. Die Förderung der kapitalgedeckten Vorsorge beschränken wir künftig auf Geringverdienerinnen und Geringverdiener. Die Entgeltumwandlung lehnen wir ab, weil sie die gesetzliche Rente schwächt.

Begründung

Die neue Formulierung stellt den Bürgerfonds/Basisprodukt nach vorne und erläutert ihn. Der Text ist sonst schwer verständlich, wenn das Basisprodukt so aus dem nichts kommt.

Außerdem stellt sie klar, dass die obligatorische betriebliche Altersvorsorge nicht über private Lebensversicherungsunternehmen durchgeführt werden soll. Wenn wir die bAV obligatorisch machen, wird sie sonst leicht zum gefundenen Fressen für die Lebensversicherungsindustrie, für die solche Verträge extrem lukrativ sind. Die Bürger*innen hätten dann so wie bei Riester ein Vorsorgeprodukt, in das sie viel einzahlen, aber wenig herausbekommen.

Ablehnung Entgeltumwandlung ist Beschlusslage Rentenkommission.

GS-SZ-01-054-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Bündnis90/ Die Grünen Holzminen
Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 54 bis 66:

Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die ~~private und betriebliche Altersvorsorge stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern.~~ betriebliche Altersvorsorge stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor, die Versicherungskonzerne profitieren und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich. Wir werden die unsinnige, private Altersvorsorge abschaffen und die Fördermittel verwenden, um die gesetzliche Rente zu stärken.

Begründung

Wie im Programmentwurf beschrieben, ist die staatlich geförderte, private Altersversorgung gescheitert und gehört ersatzlos abgeschafft.

GS-SZ-01-058 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 58 bis 66:

Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. ~~Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern.~~ Zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir die Grundzulage für Erwachsene auf 300€ und für Kinder auf 600€, in Alt- und Neuverträgen, erhöhen. Staatliche Zulagen sollen zukünftig nur noch in Altersvorsorgeprodukte eingezahlt werden, die ethischen und umweltverträglichen Anlagestrategien folgen. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern. Dazu sollen Alterseinkünfte aus staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten nicht länger auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Begründung

Wer meint, dass die Riesterrente gescheitert ist, der muss alle Altersvorsorgeprodukte für gescheitert erklären, die nach dem Äquivalenzprinzip eine garantierte Ablaufleistung garantieren.

Schließlich müssen Garantieleistungen mit sogenannten sicheren Anlagen, d.h. überwiegend mit Staatsanleihen, erwirtschaftet werden. Leider eignen sich Staatsanleihen von Gläubigern guter Bonität kaum noch zur Vermögensmehrung. Genau dieser Umstand ist für regelmässige Rechnungszinssenkungen bei Lebens- und Rentenversicherungsprodukten verantwortlich gewesen.

Auch ein Bürgerfonds muss sich den Realitäten an den Kapitalmärkten stellen. Spekulationen mit Aktien oder anderen Sachwerten werden nicht möglich sein, wenn man das Äquivalenzprinzip einhalten möchte. Geringere Verwaltungskosten werden nicht ausreichen, um den Menschen eine auskömmliche Rente in Aussicht zu stellen.

Deutschland profitiert andererseits stark als Gläubigerin von der schlechten Verzinsung der Anlagen ihrer Schuldner*innen. Es wäre gerechtfertigt die Zulagen aus den historisch günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten zu finanzieren.

Darüber hinaus gebe ich zu bedenken, dass ein Bürgerfonds, unter der Verantwortung anderer Regierungskonstellationen, nicht zwangsläufig ökologischen und ethischen Anlagegrundsätzen unterworfen sein muss.

Die letzte Rot-Grüne Bundesregierung hat die Riesterrente eingeführt. Die nächste Regierung mit grüner Beteiligung sollte das Bestehende verbessern, statt Millionen Sparern zu sagen, dass der Abschluss eines Rot-Grünen Produkts eine schlechte Entscheidung war.

Unterstützer*innen

Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Marc Kersten (Köln KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Maryam Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Markus D. Knudsen (Hamburg-Nord KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Benjamin Holm (Hamburg-Nord KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Gudrun Schitteck (Hamburg-Harburg KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Tim Joris Kaiser (Hamburg-Eimsbüttel KV); Alske Rebekka Freter (Hamburg-Nord KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Kemal Anil Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Volkmar Nickol (Berlin-Kreisfrei KV); Ann-Kathrin Tranziska (Pinneberg KV)

GS-SZ-01-060 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 60 bis 65:

kundenfreundlich genug. ~~Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen.~~ Die geförderte Altersvorsorge soll künftig vor allem auf Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge konzentriert werden. Außerbetrieblich soll eine ergänzende zusätzliche private Vorsorge bei der gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht werden. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei

Begründung

Die private Altersvorsorge in Form der Riester-Rente hat die gesetzliche Absicherung geschwächt. Die Vertriebskosten der privaten Versicherungen machen einen erheblichen Anteil der Kosten aus. Betriebliche Alterssicherung wie in der Schweiz und Zusatzversicherung bei der gesetzlichen Rentenversicherung sind Alternativen zur privaten Vorsorge zum ausschließlichen Nutzen der Versicherungswirtschaft.

GS-SZ-01-062 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 62 bis 63 löschen:

einführen. ~~Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten.~~ Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der

Begründung

redaktionell:

Begründung: Dopplung: Inhaltsgleicher Satz in Z. 65-66, wo er auch besser hinpasst.

GS-SZ-01-073 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 73 einfügen:

Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen. Rentenpunkte für Kindererziehungszeiten wollen wir fair berechnen.

Begründung

Wenngleich im zweiten Satz des Absatzes darauf hingewiesen wird, dass auch Erziehungsarbeit zu Frauenarmut im Alter führt, bilden die vorgeschlagenen Maßnahmen das keinesfalls ab. Es könnte der Eindruck entstehen, unsere Idee dazu, wie weibliche Altersarmut vermeidbar ist sei allein: Frauen müssen/dürfen/sollen mehr für Lohn (und für mehr Lohn) arbeiten. Das wird der Bedeutung von Erziehungsarbeit nicht gerecht. Faire Rentenpunkte für Erziehungszeiten schaffen Wahlfreiheit und nutzen Männern und Frauen.

GS-SZ-01-073-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Volker Beck (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 73 einfügen:

Wir wollen die Benachteiligung der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion gegenüber Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Rentenrecht beenden.

Begründung

Die Entscheidung der Bundesregierung, jüdische Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu fördern, basiert auf der historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und dem Wunsch, jüdisches Leben in Deutschland wieder zu etablieren und wachsen zu lassen. Dazu gehört, dass jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer die Möglichkeit erhalten, in Deutschland ein Leben aufzubauen und würdevoll führen zu können.

Jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer, Übersiedlerinnen und Übersiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler unterscheiden sich aber im Rentenrecht, was zu einer Ungleichbehandlung und Diskriminierung führt.

Übersiedlerinnen und Übersiedler und Spätaussiedelnde können Renten nach dem Fremdrentengesetz erhalten, das heißt in die Berechnung ihrer Renten werden auch Zeiten einbezogen, die in ihrem Herkunftsland zurückgelegt worden sind. Jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind hingegen von dieser Regelung und damit im Ergebnis oftmals von den deutschen Rentensystemen ausgeschlossen. Obwohl viele von Ihnen mehr als zehn Jahre lang Beiträge zur Deutschen Rentenversicherung gezahlt haben, sind auch diese Personen im Alter auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, da ihre in den Herkunftsländern erworbenen Rentenansprüche nicht anerkannt werden.

Jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler unterscheiden sich als Gruppen lediglich in einem Punkt: Die Religionszugehörigkeit der Vorfahren zum Zeitpunkt der Auswanderung oder Flucht ihrer Vorfahren aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation.

Unterstützer*innen

Andreas Ewald (Darmstadt KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Jan Otto (Freiburg KV); Moritz Lamparter (Hamburg-Nord KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Marcel Rohrlack (München KV); Sophie Harper (München KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Armin Bernsee (Frankfurt KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Jamila Schäfer (München KV); Lukas Flohr (Köln KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV)

GS-SZ-01-073-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Kreisverband Soest

Beschlussdatum: 05.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 73 einfügen:

Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen. Wir Grüne werden eine weitere Gerechtigkeitslücke schließen, indem wir die erhebliche finanzielle Benachteiligung von Eltern in Bezug auf die Altersvorsorge anerkennen und reduzieren. Daher wird pro Kind ein zusätzlicher Rentenbeitrag für Kindesunterhaltende Eltern aus Steuermitteln in einen staatlichen Rentenfond eingezahlt. Diese Zusatzrente wird nicht auf andere Leistungen angerechnet, besteuert werden oder sozialversicherungspflichtig sein.

Begründung

Ohne Kinder gibt es später keine Rente, und trotz Kindergeldes und einiger anderer familienpolitischer Leistungen sind Kinder für ihre Familien sehr teuer. So teuer, daß mit jedem Kind das Armutsrisiko progressiv erheblich ansteigt, Familien mit 3 oder mehr Kindern kommen selbst bei überdurchschnittlichem Verdienst auf ein Haushaltsnettoeinkommen nahe der Armutsgrenze! Damit fällt es auch Familien der Mittelschicht sehr schwer, zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben. Die stark gesunkene Rentenhöhe führt dann zu dem Dilemma, entweder während der 20 Jahre dauernden Familienphase oder im Alter keinen adäquaten Lebensstandard halten zu können.

Diese "Elternrente" vermeidet jeden Anschein der Benachteiligung von Kinderlosen, gleicht aber die hohe Belastung von Familien ein Stück weit aus, und trägt dazu bei, daß die Menschen nicht aus finanziellen Gründen auf (oft weitere) Kinder verzichten..

GS-SZ-01-074 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 74 einfügen:

Gesundheit und Pflege gehören zur Daseinsvorsorge, öffentliche Gesundheitseinrichtungen dürfen nicht der Gewinnmaximierung dienen. Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich die Versorgung ausrichten. Wir stärken die Patientenverbände und die Selbsthilfe. Wir wollen eine Patientenstiftung, einen Härtefallfonds und eine wirklich unabhängige Patientenberatung. Wir wollen eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und den Zugang unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht, Herkunft, Behinderung und Wohnort sicherstellen. In Deutschland sind die stationäre und die ambulante Versorgung stark voneinander getrennt, was viele Nachteile für Patienten und Patientinnen hat. Wir wollen diese Hürden überwinden und setzen uns für eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit aller im Gesundheitswesen ein. Dazu gehören eine gemeinsame Planung stationärer und ambulanter Leistungen und eine koordinierte Versorgung. Hierbei wollen wir auch die Nachbetreuung nach Entlassung aus dem Krankenhaus verbessern. Um auch dünner besiedelte Regionen besser zu versorgen, brauchen Kommunen und Regionen mehr Einfluss. Kern muss eine Primärversorgung sein, in der Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte, Fachärztinnen und -ärzte sowie Angehörige weiterer Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Hausarztverträge können dabei ein Beitrag sein, um eine wohnortnahe Primärversorgung sicherzustellen und die Qualität der Versorgung zu verbessern. Wir sollten aber nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist. Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die Schule bis zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter sollte eine gesunde Lebensweise ermöglicht werden.“

Begründung

Diese Kernaussage gehört an den Anfang, da sie die grundlegende Ausrichtung Grüner Gesundheitspolitik beschreibt.

GS-SZ-01-074-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 74:

~~Raus~~ Gesundheit solidarisch für alle - raus aus der Zwei-Klassen-Medizin ~~☒ Gesundheit solidarisch für alle~~

Begründung

Im Vordergrund unserer gesundheitspolitischen Aussage muss stehen „eine solidarischen Gesundheit für alle“, so wie es auch als Schlüsselprojekt vom Konvent beschlossen worden ist.

GS-SZ-01-075 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 75 bis 77 löschen:

~~Leider haben wir heute in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte bekommen später einen Termin bei Fachärztin oder Facharzt als privat Versicherte. Ärztinnen und Ärzte lassen sich vor allem dort nieder, wo viele privat Versicherte wohnen.~~ In der

Begründung

Bestehende Formulierung im Entwurf ist in Teilen nicht sachgerecht, da sie in der verkürzten Form missverständlich ist. Die Umformulierung ist daher fachlich zwingend geboten.

GS-SZ-01-080 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 80 bis 83:

Gesetzlichen wechseln können sie nicht. ~~Gleichzeitig verabschieden sich viele Gutverdienerinnen und Gutverdiener durch die PKV aus der Solidarität mit den sozial Benachteiligten. Das übernehmen dann die gesetzlich Versicherten, also die mit geringen und mittleren Einkommen. Ein solches System ist ungerecht.~~ Wir wollen ein Gesundheitsvorsorgesystem, an dem sich alle solidarisch beteiligen

Begründung

Menschen sind aus verschiedenen Gründen PKV-versichert, manche haben keine andere Option. Diesen mangelnde Solidarität vorzuwerfen ist ein unfaires Schwarzer-Peter-Spiel und wirkt abschreckend und beleidigend. Die Betroffenen können ja nichts für das schizophrene System.

Unterstützer*innen

Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Valentin Knitsch (Leipzig KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Werner Weindorf (München KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

GS-SZ-01-082 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 82 einfügen:

Benachteiligten. Das übernehmen dann die gesetzlich Versicherten, also auch die mit geringen und

Begründung

Es ist nicht zielführend den Sinn einer solidarischen Versicherung auf eine Solidarität mit sozial Benachteiligten zu verengen. Der einfache Wechsel zur Gesetzlichen Krankenversicherung muss gestrichen werden, da die GKV weiter belastet. Dies geht erst nach Einführung der Bürgerversicherung. Eine Umformulierung dieser Passage ist hier fachlich geboten.

GS-SZ-01-089 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 89 bis 91:

getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. ~~Es gibt keine Unterschiede mehr bei den Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren.~~ Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen übernehmen wieder jeweils die Hälfte des einkommensbezogenen Beitrags und die bisher allein von den Versicherten getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. Es gibt keine Unterschiede mehr bei den Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren.

Begründung

Umformulierung zur Bürgerversicherungen sowie zur paritätischen Finanzierung der GKV ist fachlich geboten.

GS-SZ-01-089-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 89 bis 90:

getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. ~~Es gibt keine Unterschiede mehr bei den Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil~~ Die unterschiedlichen Vergütungssysteme in der gesetzlichen und in der privaten Krankenversicherung werden angeglichen. Die Honorare, die heute an die Ärzteschaft und an die anderen Gesundheitsberufe fließen, bleiben insgesamt erhalten. Mit einem neuen Vergütungssystem wird wieder die Leistung für die Patientin oder den Patienten anstelle des Versichertenstatus vergütet. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil bezahlbar, zukunftsfest und fair finanziert und

Begründung

Aussage im Entwurf ist missverständlich formuliert, daher ist die Änderung fachlich geboten.

GS-SZ-01-089-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 89 bis 90:

getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. ~~Es gibt keine Unterschiede mehr bei den Arzthonoraren~~Für die ärztliche Honorierung macht der Versichertenstatus keinen Unterschied mehr. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und

Begründung

Die Änderung des Satzes macht deutlicher als die vorherige Version, dass das ärztliche Honorar nicht mehr vom Versicherungsstatus, wie bisher üblich, abhängen soll. Sprich es ist klar, dass es für Privatpatient*innen nicht mehr Geld gibt als für gesetzlich Versicherte.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV)

GS-SZ-01-090 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 90 einfügen:

Arzthonoraren, die ärztliche Gesamtvergütung soll dadurch nicht sinken. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und

Begründung

Die Beibehaltung der ärztlichen Gesamtvergütung sorgt für eine gerechtere Verteilung. Ärztinnen und Ärzte die bisher vor allem gesetzlich Versicherte betreuen erhalten mehr Honorar, während sich reine Privatpraxen weniger lohnen. Zusätzlich ist dies ein wichtiger Punkt um eine Bürger*innenversicherung durchsetzbar zu machen.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV)

GS-SZ-01-091 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 91 einfügen:

alle Kassen würden auf Grundlage eines adäquaten und nicht manipulierbaren Risikoausgleiches um die beste Versorgung konkurrieren.

Begründung

Zu Zeit sorgt ein sog. morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich (morbi-RSA) für einen Ausgleich zwischen gesetzl. Krankenkassen mit besonders gesunden und Kassen mit besonders kranken Patient*innen. Ein solcher Ausgleich bleibt auch bei der BV nötig, er sollte die Kosten möglichst adäquat ausgleichen und möglichst nicht anfällig für Manipulationen sein, damit von Kassenseite keine Selektion von Patienten betrieben wird.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Wendt (Rhein-Sieg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV)

GS-SZ-01-092 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 92 bis 97 löschen:

~~Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich die Versorgung ausrichten. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist. Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die Schule bis hin zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter wollen wir den Menschen Wissen über eine gesundheitsbewusste Lebensweise vermitteln. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen bei der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden.~~

Begründung

Diese grundsätzliche Aussage zur Gesundheitspolitik soll in Zeile 75 vorangestellt werden. Siehe hierzu Antrag bei GS-01 -75

GS-SZ-01-093 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (Soest KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 93 einfügen:

die Versorgung ausrichten. Alle Patienten müssen wieder unabhängig von ihren finanziellen Mitteln vollumfänglich und gemäß dem Stand der Wissenschaft Zugang zu individuell notwendigen Medikamenten und Heil- und Hilfsmitteln bekommen. Niemand soll schlechter versorgt werden, weil er sich höhere Zuzahlungen nicht leisten kann. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist.

Begründung

Aufgrund diverser Sparmaßnahmen der Krankenkassen, der Rabattverträge und der Budgetierungen werden viele Patienten heute im Stich gelassen, sobald sie eine qualitativ bessere Versorgung benötigen. Die Kassenleistung ist derart begrenzt, daß selbst bei absoluter medizinischer Notwendigkeit die Versorgung davon abhängt, ob die Patienten wohlhabend genug sind, um sich die Zuzahlungen leisten zu können. In der Zahnmedizin werden die übernommenen Behandlungsarten teilweise jahrzehntelang nicht dem Stand der Wissenschaft angepasst (z.B. Wurzelkanalbehandlung unter dem Mikroskop hat eine deutlich höhere Erfolgsquote, wird aber nicht übernommen)

Bei individuellen Unverträglichkeiten müssen hohe Zuzahlungen für das notwendige Ersatzmedikament gezahlt werden. Bei Hörgeräten wird nur die einfachste Variante erstattet, die nicht dem Stand der Technik entspricht, keine wirksame Nebengeräuschfilterung beinhaltet, und damit die Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben von der finanziellen Potenz des Patienten abhängig macht.

Wer bei Kniebandagen eine mit Anziehhilfe benötigt, weil die Hände auch erkrankt sind, muss entweder zuzahlen oder auf die Versorgung verzichten.

Die Liste der Beispiele lässt sich endlos weiterführen, ändert sich auch teilweise, aber das Prinzip ist klar: wir haben aktuell sogar eine drei-Klassen-Medizin. Wer arm ist, muss viel mehr leiden! Das ist eines so reichen Landes unwürdig, und angesichts der sprudelnden Gewinne vieler privater Akteure und Konzerne im Gesundheitsmarkt moralisch erst recht nicht zu vertreten. Sparsames und vernünftiges Wirtschaften ist wichtig, darf aber nicht in so hohem Maße auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden.

Der Sozialstaat muss auch in dieser Hinsicht wieder gestärkt werden.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Veronika Jones (Garmisch-Partenkirchen KV); Herald Hettich (Bonn KV); Matthias Striebich (Forchheim KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Christian Hohn (Olpe KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Regina Klünder (Kiel KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Alexander Merkouris (Ingolstadt KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Lothar Kemmerzell (Soest KV)

GS-SZ-01-093-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 93 einfügen:

die Versorgung ausrichten. Übersorgung und Unterversorgung müssen gleichermaßen korrigiert werden. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist.

Begründung

Insgesamt gesehen ist Deutschland gesundheitlich gut versorgt. In einigen Ballungszentren herrscht deutliche Übersorgung, z.B. mit Arztpraxen oder Kliniken, wodurch dem Gesundheitssystem höhere Kosten entstehen. Gleichzeitig gibt es Regionen die von Unterversorgung betroffen sind. Die beiden Probleme sind zwei Seiten der gleichen Medaille und müssen auch gemeinsam angegangen werden.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV)

GS-SZ-01-097 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 97 einfügen:

Mithilfe eines globalen Forschungsfonds wollen wir innovative Forschung belohnen, die Bezahlbarkeit neuer Medizinprodukte verbessern und auch Menschen in Entwicklungsländern einen umfassenden Zugang zu lebenswichtigen Therapien ermöglichen.

Begründung

Durch die einseitige und patentbasierte Anreizsetzung kommt es zu einem weitreichenden Marktversagen. Seit Jahrzehnten fehlen Anreize zur Erforschung dringend benötigter Therapien gegen Krankheiten, die vorwiegend Menschen in Entwicklungsländern bedrohen. Krankheiten wie Leishmaniose, Chagas aber auch Malaria und Tuberkulose betreffen Millionen von Menschen weltweit, gleichzeitig fehlen die Anreize zur Entwicklung wirksamer und bezahlbarer Impfstoffe, Diagnostika und Medikamente. Forschungsansätze zu Präventionsmöglichkeiten und sozialen Krankheitsursachen werden zu wenig verfolgt und deren Ergebnisse nicht ausreichend berücksichtigt.

Aber auch in wohlhabenden Ländern werden fehlende Forschungsanreize zunehmend zur Bedrohung der öffentlichen Gesundheit. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben allein in der Europäischen Union jährlich circa 25.000 Menschen an den Folgen einer Infektion mit antibiotikaresistenten Erregern. Obwohl neue Wirkstoffe dringend benötigt werden, wurden seit 1987 kaum neue Antibiotika-Wirkstoffklassen mehr entwickelt. Forschungsanreize fehlen, da der Absatz durch die zeitlich begrenzte Anwendung von Antibiotika nicht ausreichend profitabel ist.

Neben fehlenden Forschungsanreizen führt das bestehende Patentregime zu steigenden Arzneimittelausgaben und bedroht den universellen Zugang zu neuen und innovativen Medikamenten. Viele Menschen in Entwicklungsländern können sich neue und patentgeschützte teure Wirkstoffe nicht leisten. Gleichzeitig führen steigende Medikamentenpreise auch in Deutschland das Gesundheitssystem an die Grenzen der Finanzierbarkeit.

Ein UN-Expertengremium hat im September 2016 einen umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt. Um die Mängel des bestehenden Forschungssystems zu beheben und Gesundheitsausgaben effizienter an den weltweiten Gesundheitsbedürfnissen auszurichten, müssen die Kosten für Forschung und Entwicklung von Produktpreis und Verkaufsmenge langfristig entkoppelt werden. Dabei sollten insbesondere Gesundheitsgefährdungen in den Fokus genommen werden, bei denen die bestehenden Forschungsanreize nicht ausreichen oder bei denen der Zugang zu Medikamenten, Impfstoffen, Diagnostika und Präventionsstrategien nicht ausreichend sichergestellt ist. Neue Anreize werden benötigt, damit sich medizinische Forschung stärker an den gesundheitlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert. Ein globaler Forschungsfonds könnte Prämien für innovative Forschung bereitstellen und Hersteller im Gegenzug dazu verpflichten, neue Wirkstoffe zum Herstellungspreis verfügbar zu machen.

Unterstützer*innen

Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Simone Haberer (Würzburg-Stadt KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Brigitte Schön (Schweinfurt KV); Ulrike Taukert (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Reginhard von Hirschhausen (Schweinfurt KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Gabriele Drechsler (Nürnberg-Land KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Ruth Halbritter (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frieder Kleefeld (Fürth-Land KV); Ursula Burkhardt (Roth KV); Claudia Woy-Dünninger (Haßberge KV); Angelika Igel (Fürth-Land KV); Martin Bauer (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV)

GS-SZ-01-097-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 97 einfügen:

Wir wollen Menschen in psychischen Krisen möglichst frühzeitig die passende Unterstützung und Therapie zukommen lassen, die Hilfen vor Ort besser aufeinander abstimmen und die Prävention ausbauen. Lange Wartezeiten für Therapie und Rehabilitation dürfen nicht länger hingenommen werden.

Begründung

Kompetenzwirrwarr und lange Wartezeiten bei der Versorgung von Menschen in psychischen Krisen verhindern häufig eine zeitnahe, wirkungsvolle Hilfe. Hier ist dringender politischer Handlungsbedarf.

GS-SZ-01-097-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 97 einfügen:

Um komplementärmedizinische Verfahren für alle Versicherten im gleichen Maße verfügbar zu machen, ist deren wissenschaftliche Erforschung mit geeigneten Methoden erforderlich.

Begründung

Viele Menschen sehen in der Naturheilmedizin die Möglichkeiten für „sanftere“ und ganzheitliche Behandlungsmethoden. Grundsätzlich sehen wir in den komplementärmedizinischen Behandlungsmethoden eine sinnvolle Ergänzung zur Schulmedizin. Das SGB V erkennt Behandlungsmethoden, Arznei- und Heilmittel der besonderen Therapierichtungen an. Auch die Kassen haben ihr Leistungsangebot diesbezüglich ständig erweitert. Fast die Hälfte der niedergelassenen Ärztinnen verschreiben regelmäßig homöopathische oder anthroposophische Arzneimittel. Wichtig ist allerdings für uns, dass eine hohe Behandlungsqualität im Bereich der Naturheilverfahren und Komplementärmedizin sichergestellt wird.

GS-SZ-01-097-4 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 97:

der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden; deshalb setzen wir uns für die Schaffung von interdisziplinären Lehrstühlen für Gesundheit an allen Universitäten ein, um über eine ganzheitliche Ausbildung auch die Allgemeinmedizin aufzuwerten!

Begründung

Begründung:

Uns geht es um die Aufwertung der hausärztliche Versorgung, die auf dem Land und den Hinterhöfen der großen Städte dramatisch zurück geht. Das bedeutet, dass Ärztin und Arzt als Begleiter*in von Patient*innen über Jahre und Generationen ausstirbt. Zeit für intensive Beratung über Facharztbereiche hinaus oder eine Diagnostik und Therapie im systemischen Sinne wird es nicht mehr geben.

Die Gründe liegen auch in der wirtschaftlichen Struktur des Gesundheitswesens, dem ständigen Konflikt zwischen Leistungserbringern, Krankenkassen und Gesundheitsadministration, sowie an der prinzipiellen Struktur der Medizin, die Organ bezogen organisiert ist und bei der Fachärzte höher bewertet werden als „Generalisten“.

Hausärztliche Medizin findet an der Universität kaum statt und selbst der Patient nimmt die Grundversorgung durch Hausarzt*in nicht mehr an und geht direkt zum Spezialisten.

An den interdisziplinären Lehrstühlen für Gesundheit müsste dann auch sanfte Diagnostik und Therapie zur Gesundheitsförderung gelehrt und beforscht werden. Das betrifft beispielsweise besondere funktionelle und systemische Ansätze zur Gesundheit, besonders über Ernährung, Umweltmedizin, Phytotherapie, Psychosomatik, Sozialmedizin bis hin zur Architektur und medizinischen Aspekten von Städteplanung, neben den verbreiteten, teureren strukturellen Verfahren.

Solchermaßen aufgewertet würde die zuhörende und beratende medizinische Versorgung deutlich mehr notwendige Interesse bei den Mediziner*innen und Assistenzberufen finden.

Unterstützer*innen

Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Paul Bunjes (Kaiserslautern KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Matthias Borowiak (Magdeburg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Johannes Spatz (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Hannelore Heidecke (Hannover RV); Andreas Markus (Kaiserslautern-Land KV); Jochen Marwede (Kaiserslautern-Land KV); Andreas Bossong (Kaiserslautern KV); Roman Burg (Kaiserslautern-Land KV); Fritz Engbarth (Kaiserslautern-Land KV)

GS-SZ-01-097-5 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Andreas Roll (Ludwigsburg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 97 einfügen:

der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden. Wir setzen uns für den Erhalt der freien und eigenverantwortlichen Impfentscheidung ein. Dabei fordern wir auch den freien Zugang zu Kindergärten, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen unabhängig vom Impfbuch. Eltern wollen für ihr Kind das Beste und dürfen diese Entscheidung gut informiert selbst treffen. Dabei werden sie von ihren Hausärztinnen und -ärzten unterstützt.

Begründung

Wir Grüne sind auch eine Partei des Gesundheits- und Verbraucherschutzes. Die freie Entscheidung für oder gegen eine Impfung muss erhalten bleiben. Wir lehnen eine gesetzliche Impfpflicht ab. Das Recht auf Gesundheit und Unversehrtheit ist ein wertvolles Grundrecht und darf nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Grüne Politik fördert den mündigen Bürger und respektiert die Entscheidung der Bürger*innen, ob als Eltern für ihre Kinder oder für sich selbst.

Unterstützer*innen

Isolde Riede (Bodenseekreis KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Monika Göpper (Mecklenburgische Seenplatte KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Neuhauser (Augsburg-Land KV); Martin Drees (Plön KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Anja Wirtherle (Odenwald-Kraichgau KV); Christian Selent (Tübingen KV); Johannes Spatz (Berlin-Kreisfrei KV); Rudolf Haug (Biberach KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV); Andrea Menschick (Böblingen KV); Michael Ehm (Waldshut KV); Sabine von zur Mühlen (Wetterau KV); Andrea Sülzle (Biberach KV); Manuela Grochowiak-Schmieding (Lippe KV)

GS-SZ-01-098 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 98 löschen:

~~Wir schaffen eine Patientenstiftung und stärken wieder die unabhängige Patientenberatung.~~ Um

Begründung

Die Schaffung einer Patientenstiftung gehört inhaltlich zum Komplex „Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt und soll in den Abschnitt nach Zeile 75 eingefügt werden. Siehe hierzu Antrag bei GS-01 -75

GS-SZ-01-100 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 100 einfügen:

Einfluss und sollten innovative Lösungen, wie das Aufkaufen von Arztsitzen, Unterstützung ambulanter ärztlicher Weiterbildung und die Gründung von multiprofessionellen lokalen Gesundheitszentren vorantreiben. Länder und der Bund können Kommunen durch Beratung in ihren Bemühungen unterstützen.

Den Personalnotstand in den Krankenhäusern werden wir bekämpfen und die

Begründung

Unterversorgung in ländlichen Regionen ist ein komplexes Problem, Kommunen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, manchmal fehlt aber lokal das notwendige Know-How bzgl.

Niederlassungsrecht, Bedarfsplanung und mehr, wobei Länder und Bund durch regionen-übergreifende Beratungsstellen die Kommunen unterstützen können.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Ernesto Ruge (Bochum KV)

GS-SZ-01-101 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 101 bis 103:

Arbeitsbedingungen verbessern. ~~Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung.~~ Wir setzen uns für die Förderung der natürlichen Geburt ein, weil sie gesünder für Mutter und Kind ist. Wir setzen uns für eine Senkung der Kaiserschnitttrate auf das medizinisch notwendige Maß von ca. 15% ein. Für jede werdende Mutter etablieren wir die 1:1-Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt, unabhängig davon ob sie ihr Kind zu Hause, im Geburtshaus oder im Krankenhaus zur Welt bringt. Wir setzen uns für eine angemessene Vergütung für Hebammen ein, egal ob sie im Krankenhaus angestellt oder freiberuflich sind. Freiberufliche Hebammen

Begründung

Förderung der natürlichen Geburt und Senkung der Kaiserschnitttrate ist wichtiges grünes Anliegen, was sonst nicht auftaucht und in das Kapitel Gesundheit gehört.

GS-SZ-01-101-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 101 bis 107:

Arbeitsbedingungen verbessern. ~~Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung. Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung durch einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Die Digitalisierung kann im Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.~~ Gute Versorgung erfordert ausreichendes Personal. Dazu setzen wir uns für bundesweit verbindliche Personalbemessungsinstrumente bei den Personalbesetzungen in der Pflege ein. Dadurch wird die Arbeit wieder attraktiver und die Pflegekräfte bleiben der Arbeit im Krankenhaus länger erhalten. Ebenso müssen in der Altenpflege verbindliche Personalbemessungsregelungen eingeführt werden. Um die Qualität der Versorgung zu verbessern, streben wir auch bei den anderen Berufsgruppen wie Hebammen und Entbindungspfleger im Krankenhaus Regelungen für eine ausreichende Personalbesetzung an. Die Geburtshilfe wollen wir stärken und insbesondere bei Hebammen und Geburtshelfern für eine verbesserte Vergütung sorgen. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen gewährleistet sein. Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung. Hierfür wollen wir eine gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen und die anderen Gesundheitsberufe. Außerdem fordern wir bessere Mitspracherechte für die Pflege- und die anderen Gesundheitsberufe in den Gremien der Selbstverwaltung, damit sie mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen zu einer guten Weiterentwicklung des Pflege- und Gesundheitssystems beitragen können. Wir setzen uns ein für eine gute, zahlenmäßig ausreichende und kostenlose Ausbildung aller Gesundheitsberufe. Viele Krankenhäuser leiden unter Finanzierungsproblemen. Wir wollen in allen Regionen eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung sicherstellen. Mit einer Reform wollen wir Qualität verbessern, Fehlanreize zur Leistungsausdehnung entgegenwirken und die Investitionsfinanzierung auf breitere Schultern verteilt neu aufstellen. Die Digitalisierung kann im Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.

Begründung

Die Finanzierung der Krankenhausleistungen über DRGs hat zu absurden Fehlentwicklungen im deutschen Krankenhaussystem geführt. Immer mehr Krankenhäuser schreiben rote Zahlen und immer mehr Krankenhäuser werden privatisiert. Die Klinikverwaltungen üben enormen ökonomischen Druck auf die Therapeut*innen aus. Immer mehr Patient*innen müssen in immer kürzerer Zeit behandelt werden. Besonders in der Pflege wird immer mehr gespart. Die Behandlungsqualität, aber auch die Ausbildungsqualität bei der Pflege leidet. Immer mehr Pflegekräfte geben ihren Beruf daher vorzeitig auf, was die Situation nur noch verschärft. Eine ähnliche Situation haben wir bei den Hebammen. Dort kommt hinzu, dass freiberufliche Hebammen die hohen Haftpflichtprämien durch die unzureichende Vergütung für die Geburtsbetreuung nicht mehr finanzieren können. Es ist höchste Zeit, dass die Politik die Rahmenbedingungen korrigiert. Dazu gehören:

- verbindliche Personalbemessungsinstrumente bei den Personalbesetzungen in der Pflege

- gute, zahlenmäßig ausreichende und kostenlose Ausbildung für alle Gesundheitsberufe
- Aufwertung der Pflege in den Selbstverwaltungen
- Reform der geburtshilflichen Vergütung
- Reform der Investitionsfinanzierung und der Vergütung der Krankenhausleistungen, um Fehlanreize zur Leistungsausdehnung entgegenzuwirken.

GS-SZ-01-101-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 101 einfügen:

Arbeitsbedingungen, u.a. durch verbindliche Pflegepersonalschlüssel, verbessern. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen

Begründung

Mit verbindlichen Personalschlüsseln in der Pflege lässt sich verhindern, dass immer mehr Patienten von einer Pflegekraft betreut werden müssen und hochwertige Pflege für alle dadurch immer schwieriger wird.

Unterstützer*innen

Sebastian Pewny (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Hans Schwanitz (Köln KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV); Felix Banaszak (Duisburg KV)

GS-SZ-01-101-4 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Daniel May (Waldeck-Frankenberg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 101:

Arbeitsbedingungen verbessern. Aufgrund des sich verschärfenden Mangels an Ärztinnen und Ärzten werden wir die Anzahl der Studienplätze in der Medizin um mindestens zehn Prozent erhöhen. Für-Im Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand setzen wir uns dabei für einen fairen Lastenausgleich zwischen den Bundesländern ein.

Die besonderen Aufgaben der Universitätsklinika, die neben der Medizinerbildung u.a. die Behandlung seltener und schwerer Erkrankungen beinhalten, werden momentan nur unzureichend durch die Finanzierungsmechanismen unseres Gesundheitssystems abgedeckt. Damit sich die Universitätsklinika selbst tragen können und eine hochspezialisierte Gesundheitsversorgung gewährleistet bleibt, schaffen wir eine dritte zusätzliche Finanzierungssäule für die Universitätsklinika. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen

Begründung

Deutschland bildet zu wenig Ärztinnen und Ärzte aus. Dies führt bereits jetzt zu regionalen Problemen. Die aktuelle Akquisepaxis von ausländischen Ärzten ist unsolidarisch und führt zu Mängeln in der Gesundheitsversorgung der Herkunftsländer. Insgesamt muss die Anzahl der Studienplätze in der Medizin um mindestens zehn Prozent erhöht werden. Dies reduziert auch die sehr hohen NC, welche den Zugang zum Medizinstudium limitieren.

Die Ausbildungsleistung der Länder ist sehr unterschiedlich und es bedarf eines fairen Ausgleichs zwischen ihnen.

Die Universitätsklinika sind im Vergleich zu ihren Leistungen derzeit durch das Gesundheitssystem unterfinanziert. Es bedarf hier einer zusätzlichen Finanzierungssäule, welche die besonderen Leistungen abbildet. Die Unterversorgung in diesem Bereich muss unbedingt abgestellt werden, um die medizinische Forschung und Lehre sowie die hochspezialisierte Krankenversorgung zu sichern. Die Verbesserung der Infrastruktur der Hochschulmedizin soll auch die Lern- und Arbeitsbedingungen der Medizinstudierenden steigern.

Unterstützer*innen

Angela Dorn (Marburg-Biedenkopf KV); Martina Feldmayer (Frankfurt KV); Marcus Bocklet (Frankfurt KV); Karin Müller (Kassel-Stadt KV); Jürgen Frömmrich (Marburg-Biedenkopf KV); Eva Goldbach (Vogelsberg KV); Frank Kaufmann (Offenbach-Land KV); Sigrid Erfurth (Werra-Meißner KV); Werner Welsch (Waldeck-Frankenberg KV); Ursula Hammann (Groß-Gerau KV); Priska Hinz (Lahn-Dill KV); Kai Klose (Rheingau-Taunus KV); Sarah von Hagen (Waldeck-Frankenberg KV); Thorben Sämann (Lahn-Dill KV); Gerda Weigel-Greilich (Gießen KV); Jens Deutschendorf (Waldeck-Frankenberg KV); Caroline Tönges (Waldeck-Frankenberg KV); Dr. Peter Koswig (Waldeck-Frankenberg KV); Dagmar Deutschendorf (Waldeck-Frankenberg KV); Marina Zahn (Mainz KV)

GS-SZ-01-102 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Gudrun Schittek (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 102 einfügen:

gewährleistet sein. Die Nachsorge nach der Geburt durch eine Hebamme muss für alle Frauen gesetzlich sichergestellt werden. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend

Unterstützer*innen

Claudia von Allwörden (Hamburg-Altona KV); Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Neckar-Odenwald-Kreis KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Finkler (Hamburg-Harburg KV); Peter Krämer (Hamburg-Harburg KV); Michael Sander (Hamburg-Harburg KV); Miriam Block (Hamburg-Harburg KV); Regina Marek (Hamburg-Harburg KV); Madelaine Stahl (Marburg-Biedenkopf KV); Gesa Riedewald (Hamburg-Altona KV); Mathias Lintl (Hamburg-Mitte KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Gordon Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ruth Alpers (Harburg-Land KV); Mechtild Wigger (Hamburg-Altona KV); Jutta Kodzynski (Hamburg-Mitte KV); Jörg Jennrich (Stade KV); Reinhard Riepshoff (Harburg-Land KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV)

GS-SZ-01-105 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Münster

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 105 einfügen:

einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Es darf nicht sein, dass für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen wie Ergotherapie, Physiotherapie und Psychotherapie, Logopädie, Hebamme noch immer Schulgeld bezahlt werden muss. Unser Ziel ist es, das Schulgeld in diesen Berufen schnellstmöglich abzuschaffen und mit allen Bundesländern entsprechende Regelungen zu vereinbaren.
Die Digitalisierung kann im

Begründung

In vielen Gesundheitsberufen wird heute noch von den Schülerinnen und Schülern Schulgeld verlangt. Demgegenüber sind die akademischen Ausbildungsgänge in diesen Berufsfeldern i.d.R. gebührenfrei. Das ist auch gut so. Es ist allerdings nicht hinnehmbar, dass in der nichtakademischen Fachschulausbildung Geld für die Ausbildung verlangt wird. Auch unter dem Aspekt der Ausbildungsgerechtigkeit ist es nicht hinnehmbar, dass in Ausbildungsberufen, die gerade überwiegend von jungen Frauen gewählt werden, Ausbildungsgeld verlangt wird während in anderen Berufsfeldern die Ausbildung kostenfrei ist.

GS-SZ-01-107 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 107:

brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten: und einen höchstmöglichen Datenschutz.

Begründung

Die Digitalisierung in der Medizin bringt zwar viele Vorteile mit sich, sie birgt aber auch erhebliche Risiken. Gerade im Bereich der hochsensiblen Gesundheitsdaten brauchen wir höchsten Datenschutz.

GS-SZ-01-107-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 107 einfügen:

brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten, beispielsweise aus einer sicheren und vernetzten elektronischen Gesundheitsakte auf die jede Patientin und jeder Patient ein Recht haben soll.

Begründung

Das Gesundheitswesen in Deutschland ist bisher nicht vernetzt. Patientenbefunde werden gefaxt, postalisch verschickt oder per CD im Taxi transportiert. Innerhalb einer übergreifenden elektronischen Gesundheitsakte könnten alle Daten gesammelt werden, wenn die Patientinnen und Patienten das für sich wollen (Datenhoheit der Patientinnen!) und darüber anderen Behandlern zu Verfügung stellen. Sie eignet sich auch Patientinnen und Patienten selbstbestimmten Zugang zu ihren Behandlungsdaten zu geben.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Hans Schwanitz (Köln KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Felix Banaszak (Duisburg KV); Ernesto Ruge (Bochum KV); Alexander Tietz-Latza (Aachen KV)

GS-SZ-01-108 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 108:

Gute Pflege – ~~ein-selbstbestimmter~~selbstbestimmt und ~~würdiger Lebensabend~~würdig

Begründung

Eine gute Pflege und Selbstbestimmung muss in allen Lebensphasen gesichert werden und nicht nur im Alter.

GS-SZ-01-108-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 108 bis 111:

Alle Menschen sollen gut und selbstbestimmt im Alter und wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind leben können. Die Zahl der Menschen, die Unterstützung und Pflege brauchen, wächst. Prognosen gehen davon aus, dass sich die Zahl pflegebedürftiger Menschen bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln könnte. Darauf ist das Pflege- und Unterstützungssystem nicht ausreichend vorbereitet. ~~Durch den demografischen Wandel steigt die Zahl der alten und hochbetagten Menschen. Sie alle sollen gut und selbstbestimmt im Alter leben können. Darauf ist das Pflegesystem nicht ausreichend vorbereitet.~~ Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr Pflegebedürftige. Die

Begründung

Die Aussage im ersten Satz ist so nicht richtig. Es nimmt der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung zu und dabei insbesondere der der hochbetagten Menschen. Ob die Zahl der älteren Menschen auch steigt, hängt von der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen ab. Ungeachtet dessen ist unser Hauptanliegen, dass jeder Mensch auch im Alter, bei Pflegebedürftigkeit und bei Unterstützungsbedarf selbstbestimmt und in seiner selbstgewählten Häuslichkeit leben kann. Dieses sollte zum Ausdruck gebracht werden.

GS-SZ-01-108-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 108 einfügen:

Die Notfallversorgung in Deutschland muss besser koordiniert werden. Eine zentrale Leitstelle mit einheitlicher Nummer kann Menschen in Not an die richtige Stelle lotsen und zur Entlastung von z.B. Notaufnahmen führen. Wir befürworten die fachliche und räumliche Integration von ärztlichem Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen um Patientinnen und Patienten je nach Notwendigkeit adäquat ambulant oder stationär versorgen zu können.

Gute Pflege – ein selbstbestimmter und würdiger Lebensabend

Begründung

Das Nebeneinander von Notruf mit Rettungsdienst, Notaufnahmen in Krankenhäusern und ärztlichem Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte ist für viele Patientinnen und Patienten unübersichtlich und führt nicht selten zu nicht adäquater Inanspruchnahme.

Unterstützer*innen

Raphael Tamburro (Bochum KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Karsten Finke (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Jörg Benter (Düren KV); Antje Westhues (Bochum KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Jan Dickerboom (Ennepe-Ruhr KV); Jan Matzoll (Recklinghausen KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Johannes Rehborn (Dortmund KV); Maik Babenhauserheide (Herford KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christoph Neumann (Dortmund KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV); Ernesto Ruge (Bochum KV)

GS-SZ-01-111 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 111 einfügen:

ausreichend vorbereitet und weitgehend auf stationäre Pflege orientiert. Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr Pflegebedürftige. Die

Begründung

Das Problem ist vor allem die Orientierung aus die stationäre Pflege.

GS-SZ-01-113 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 113 einfügen:

finanziert. Die meisten Menschen wollen auch im Alter und wenn sie auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, im vertrauten Wohnumfeld leben bleiben. Heute findet zwei Drittel der Pflege in der eigenen Häuslichkeit statt. Pflegende Angehörige leisten einen sehr hohen Anteil des Pflegegeschehens. Es sind überwiegend Frauen, die die häusliche Pflege übernehmen. Das ist mit dem Anspruch auf eine gleichberechtigte berufliche Teilhabe von Frauen und der hieraus resultierenden Mehrfachbelastung insbesondere der Frauen kaum mehr vereinbar. Zudem lebt eine steigende Zahl der Familien nicht mehr an einem Ort. So wird die Pflege durch Angehörige tendenziell zurückgehen und für viele keine verlässliche Basis für die pflegerische Versorgung mehr darstellen können. Staat und kommunales Gemeinwesen werden zukünftig stärker als bislang für verlässliche Rahmenbedingungen und eine entsprechende Wohn- und Pflegeinfrastruktur Sorge tragen müssen. Wir wollen statt weiterer Großeinrichtungen den umfassenden Ausbau von Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit intensiver Pflege und Unterstützung fördern. Dazu gehören Hausgemeinschaften, Pflegewohngruppen und Wohngemeinschaften genauso wie Mehrgenerationenwohnen oder Wohnen mit Versorgungssicherheit. Damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen das für sie passende Angebot finden, schaffen wir einen Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung durch eine Fallmanager*in. Dadurch werden die Betroffenen dabei unterstützt, eine passende Versorgung und eine bessere Vernetzung der Angebote vor Ort zu erhalten. Wir wollen Menschen, die Verwandte oder Freunde pflegen, besser unterstützen.

Begründung

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in Deutschland deutlich ansteigen, von derzeit rd. 2,7 Mio. bis 2030 auf 4,7 Mio. Bereits heute leben in Deutschland mehr als zwei Millionen Männer und Frauen über 80 Jahre alleine ohne Angehörige. Expert*innen rechnen damit, dass diese Zahl auf-grund der gestiegenen Lebenserwartung noch deutlich wächst. Heute findet zwei Drittel der Pflege in der eigenen Häuslichkeit statt. Pflegende Angehörige leisten einen sehr hohen Anteil des Pflegegeschehens. Es sind insbesondere Frauen, die zu über 70 Prozent die häusliche Pflege übernehmen. Das ist mit dem Anspruch auf eine gleichberechtigte berufliche Teilhabe von Frauen und der hieraus resultierenden Mehrfachbelastung insbesondere der Frauen kaum mehr vereinbar. Zu Recht wird eine geschlechtergerechte Verteilung der Fürsorge- und Pflegeaufgaben gefordert. Zudem lebt eine steigende Zahl der Familien nicht mehr an einem Ort. Für einen Großteil der Menschen wird daher in Zukunft die heute noch prägende häusliche Pflege durch Angehörige, keine verlässliche Basis mehr darstellen.

Wir GRÜNEN treten dafür ein, dass jeder Mensch, der einen entsprechenden Bedarf hat, die umfassende Pflege und Unterstützung erhält, die es ihm erlauben, möglichst selbstständig und selbstbestimmt zu leben, ganz egal ob er in seiner gewohnten Wohnung, dem Betreuten Wohnen, einer Pflege WG oder einer stationären Pflegeeinrichtung leben will. Hierzu wollen wir die Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Zudem fordern wir den Rechtsanspruch auf ein unabhängiges Fall-Management, damit pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sich in den vielfältigen Angeboten zurechtfinden und die für sie passende Lösung finden.

GS-SZ-01-117 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 117 bis 125:

selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. ~~Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Denn die Angebote vor Ort bestimmen, ob auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.~~ Dabei müssen die unterschiedlichen kulturellen, religiösen, sexuellen und geschlechtsspezifischen Identitäten der Menschen Eingang in die Gestaltung der sozialen Infrastruktur und der Pflegekonzepte vor Ort finden. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Denn die Angebote vor Ort bestimmen, ob auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

Begründung

Mit der Alterung der Gesellschaft wird es zunehmend Menschen geben, die auch bei Pflegebedürftigkeit ihre Identität berücksichtigt haben wollen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Infrastruktur und Pflegekonzepte entsprechend vielseitig gestaltet werden.

Unterstützer*innen

Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV); Ronald Wenke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Christian Hohn (Olpe KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Hans Martin Opitz (Esslingen KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jessica Mroß (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Maria-Dolores Zimmer (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frank Spade (Potsdam KV); Antje Westhues (Bochum KV)

GS-SZ-01-120 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 120 bis 121:

Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. ~~Durch ausreichendes Personal wollen wir~~ Um die professionelle Pflege auf ausreichend viele Schultern zu verteilen und so Überlastung vermeidender Pflegenden zu vermeiden und eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten, ist ein verbindlicher Pflegeschlüssel, also ein festgelegtes Verhältnis von Pflegefachkräften zu Patient*innen, nötig. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine

GS-SZ-01-121 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 121 bis 124:

wir Überlastung vermeiden. ~~Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege. Wir stehen deswegen~~ zur generalistischen Ausbildung, die spezialisiertes Fachwissen enthält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir treten in den Dialog mit den Akteuren in der Pflege über einen neuen Weg, die Qualität in der Pflege zu sichern. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer

Begründung

Aktuell läuft das Gesetzgebungsverfahren zur Ausbildungsreform in den Pflegeberufen. Dabei geht es um die generalistische Ausbildung, in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpfleger gemeinsam den Beruf erlernen. Am Ende wird ein neues integriertes Berufsbild „Pflege“ stehen (müssen). Die Pflegeverbände als berufsständische Vertreter der Pflege wollen und forcieren diesen Prozess und sind unzufrieden mit seiner schleppenden Entwicklung. Der ursprüngliche Programmentwurf wird diesem Entwicklungsstand nicht gerecht und wirft uns vielmehr weit hinter das zurück, was „Pflege“ will.

In verschiedenen Bundesländern haben sich in den letzten Monaten Landespflegekammern gegründet. In einigen ist der Gründungsprozess im Gange oder in Vorbereitung. GRÜNE in den Ländern haben dabei verschiedene Positionen eingenommen. Aufgabe einer Pflegekammer ist unter anderem die Qualitätssicherung in der Pflege. Auch hier wirft uns die Forderung nach einem „Institut“ hinter die aktuellen progressiven Entwicklungen zurück. Deswegen sollten wir zwar den Anspruch an andere Qualitätssicherung deutlich, die Frage nach der Institution aber offener formulieren.

GS-SZ-01-121-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 121:

wir Überlastung vermeiden. ~~Der~~Durch bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine Umstrukturierung der Pflegeausbildung wollen wir den Pflegeberuf ~~muss aufgewertet werden~~aufwerten.

Wir schlagen dazu eine

GS-SZ-01-121-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Harald Wölter (Münster KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 121 bis 123:

wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. ~~Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht.~~ Eine gemeinsame Pflegeausbildung ist dabei ein wichtiger Schritt, mit der auch eine inhaltliche Weiterentwicklung des Berufsfeldes Pflege einhergeht. Dabei muss sichergestellt sein, dass das Ziel ohne den Verlust bisher bestehender spezifischer Kompetenzen in den Disziplinen und für die Einsatzorte sowie ohne den Verlust von Ausbildungskapazitäten erreicht werden kann. Mit verbindlicher Umlagefinanzierung und bundesweitem Verzicht auf Schulgeld wollen wir das unterschiedliche Ausbildungsengagement in den Bundesländern angleichen. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für

Begründung

Die Anforderungen an die gesundheitliche und pflegerische Versorgung unserer alternden Bevölkerung haben sich gewandelt. Patientinnen und Patienten werden zunehmend älter, und eine große Zahl an Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen oder zuhause sind häufig an mehreren Krankheiten zugleich erkrankt. Zugleich bringen die Menschen ihren Wunsch nach Selbstbestimmung und Mitbestimmung über ihre Pflege immer selbstbewusster zum Ausdruck. Die Pflegeausbildung muss an die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen angepasst werden und darüber hinaus muss sie die Pflegekräfte für neue Aufgaben wie die Steuerung von Versorgungsprozessen fit machen. Darum sollten die Trennung der Pflegeausbildungen aufgehoben werden. Gleichwohl gibt es spezifische Kompetenzen in den derzeitigen Pflegeausbildungen, die für ein hohes Qualifikationsniveau sorgen. Die Vermittlung dieser Kompetenzen muss weiterhin erfolgen.

Darüber hinaus muss ein modernes Pflegeberufegesetz über eine bundesweit verbindliche Umlagefinanzierung und den bundesweiten Verzicht auf Schulgeld, das es in einigen Ländern noch immer gibt, für eine kostenfreie Ausbildung für die Schülerinnen und Schüler der Pflegeausbildung sorgen. Das ist ein richtiger Schritt, um das bisher bundesweit unterschiedliche Ausbildungsengagement in den Ländern anzugleichen.

Unterstützer*innen

Willi Kulke (Bielefeld KV); Edith Ailing (Reutlingen KV); Ute Michel (Hamel-Pyrmont KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Martin Drees (Plön KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Birgitt Bender (Stuttgart KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Susan Sziborra-Seidlitz (Harz KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Hannelore Heidecke (Hannover RV); Katharina Deppe (Hannover RV); Angelika Farwick-Hajek (Münster KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Manfred Haag (Rhein-Kreis-Neuss KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Werner Jülke (Paderborn KV); Petra Dieckmann (Münster KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV)

GS-SZ-01-122 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Freiburg

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 122 bis 125:

~~gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.~~
gemeinsame Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Eine gemeinsame Pflegeausbildung ist dabei ein wichtiger Schritt, mit der auch eine inhaltliche Weiterentwicklung des Berufsfeldes Pflege einhergeht. Dabei muss sichergestellt sein, dass das Ziel ohne den Verlust bisher bestehender spezifischer Kompetenzen in den Disziplinen und für die Einsatzorte sowie ohne den Verlust von Ausbildungskapazitäten erreicht werden kann. Mit verbindlicher Umlagefinanzierung und bundesweitem Verzicht auf Schulgeld wollen wir das unterschiedliche Ausbildungsengagement in den Bundesländern angleichen.

Begründung

Die Festlegung auf ein gestuftes Ausbildungskonzept schneidet den nötigen öffentlichen und fachlichen Diskurs über die Zukunft der Pflegeausbildung ab. Aktuell blockieren sich die Regierungsfractionen gegenseitig beim Versuch der Novellierung des Pflegeberufegesetzes. Hier wird deutlich, dass es noch keinen breiten Konsens gibt. Die gestuft-integrative Ausbildung, wie sie die grüne Bundestagsfraktion vorschlägt, sehen wir insofern als problematisch an, als dass es nach zwei Jahren gemeinsamer Ausbildung wieder in die getrennten Spezialisierungen geht. Dies läuft entgegen der Empfehlungen vieler Pflegeverbände und Expert*innen; außerdem würden gerade kleine Pflegeschulen in ihrer Existenz bedroht, was zum Wegfall von Ausbildungskapazitäten führen würde. Falls man die gestufte Ausbildung als Konzept verstehen will, die nach zwei Jahren einen niedrigeren Berufsabschluss garantiert, erschafft man eine neue Problematik: Entweder man hat überqualifizierte Pflegehelfer*innen oder stellt die eindeutige Unterscheidung von examinierten Pflegekräften mit ihrer dreijährigen Ausbildung in Frage, da der Qualifikationsabstand danach nur noch ein Jahr beträgt, während in der Praxis sowohl die Verantwortung als auch die Bezahlung deutlich divergieren. Wir plädieren deshalb dafür, eine offene Formulierung zu verwenden, um dem Diskurs über eine zukunftstaugliche Pflegeausbildung weiter Raum zu lassen. Gleichzeitig finden wir den Erhalt der Kompetenzen und die Abschaffung des Schulgeldes sehr wichtig und haben uns deshalb an der Formulierung des Änderungsantrags von Harald Wölter und anderen orientiert.

GS-SZ-01-125 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 125 einfügen:

Zu einem guten Pflegewesen gehört aber auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Hospizbewegung in all ihren Facetten. Doch die Zahl und Ausstattung der stationären und ambulanten Hospize ist sehr unterschiedlich und oft nicht ausreichend. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit u.a. durch eine Absenkung des gesetzlichen Eigenfinanzierungsanteils verbessern.

Begründung

mündlich

GS-SZ-01-125-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 23.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 125 einfügen:

*Das grundgesetzlich garantierte Selbstbestimmungsrecht muss auch bei Entscheidungen über die Beendigung des eigenen Lebens gelten. „Wir wollen deshalb den seit 2016 geltenden § 217 StGB zügig wieder abschaffen. Die Strafbarkeit der Beihilfe zur Selbsttötung eines schwerkranken Menschen verstößt massiv gegen das Selbstbestimmungsrecht und untergräbt das Vertrauensverhältnis von Patient*in und Arzt.*

Begründung

Durch das neue Gesetz, das eine Beihilfe zur Selbsttötung schwerkranker Menschen unter Strafe stellt, wird das grundgesetzlich garantierte Selbstbestimmungsrecht für die letzten Entscheidungen eines Menschen über das Ende des eigenen Lebens verletzt. Diese Vorschrift missachtet das zentrale grundgesetzliche Schutzgut der Menschenwürde.

Gerade Schwersterkrankte werden in ihrer größten Not in ihrer letzten Lebensphase allein gelassen. Die Palliativmedizin ist nicht immer in der Lage, ein von den Betroffenen selbst noch als lebenswert empfundenenes Leben zu ermöglichen.

Der neue § 217 StGB bevormundet Menschen im Kernbereich ihrer höchstpersönlichen Lebensgestaltung, ohne dass schutzwürdige Belange Dritter oder des Staates auch nur berührt sind. Das Gesetz schadet den Betroffenen und kriminalisiert die Palliativmediziner*innen. Die Neuregelung untergräbt das in dieser Lebensphase besonders bedeutsame Vertrauensverhältnis zwischen Patient*in und Ärztinnen/Ärzte

Notwendige Regelungen der Tätigkeit von Vereinigungen, die sich mit Sterbehilfe befassen, lassen sich außerhalb des Strafrechts ohnehin wesentlich zielgenauer regeln, ohne die Sterbenden zu belasten (etwa durch Regelungen hinsichtlich Beratungs-, Sorgfalts- und Dokumentationspflichten sowie hinsichtlich Wartezeiten).

GS-SZ-01-125-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Sylvia Olbrich (Mark KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 125 einfügen:

Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

Zu einem guten Pflegewesen gehört aber auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Hospizbewegung, in all Ihren Facetten. Doch die Zahl und Ausstattung der stationären und ambulanten Hospize/Hospizvereine ist sehr unterschiedlich und oft nicht ausreichend. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit u.a. durch eine Absenkung des gesetzlichen Eigenfinanzierungsanteils verbessern.

Unterstützer*innen

Ulrike Tadema (Duisburg KV); Kai Olbrich (Mark KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Marc Kersten (Köln KV); Kerstin Dehne (München KV); Valérie Vivienne Nitsche (Euskirchen KV); Ali Bas (Warendorf KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Sigrid Beer (Paderborn KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Maren Berger (Segeberg KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Christian Hohn (Olpe KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Karl-Raimund Hackmann (Osnabrück-Stadt KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Markus Wagener (Köln KV); Almut Rieger (Berlin-Kreisfrei KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Susan Sziborra-Seidlitz (Harz KV); Christoph Nienaber (Rhein-Sieg KV); Antje Westhues (Bochum KV); Harald Wölter (Münster KV); Till Hoffmann (Köln KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Bert Lahmann (Köln KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Roland Schwarz (Köln KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Frank Hauser (Köln KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)

GS-SZ-01-127 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 127 bis 131:

Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten, damit niemand zurück gelassen wird. Das verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so deshalb auf einer neuen Grundlage berechnet und erhöht werden, so dass man menschenwürdig Menschen würdig davon leben kann können. Das bedeutet, dass der Regelsatz so angesetzt werden muss, dass er die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben, also z.B. an Bildung, Kultur und Mobilität gesichert ist. Insbesondere die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen hier beachtet und mit einberechnet werden. Die Kinderregelsätze müssen deshalb sachgerecht ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen wir eine gesonderte Pauschale einführen, die Übernahme der angemessenen Wohnkosten muss verlässlich gesichert werden. Die Grundsicherung werden wir zu einer

GS-SZ-01-128 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Köln

Beschlussdatum: 25.03.1017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 128:

verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so **berechneterhöht**

GS-SZ-01-128-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 128 einfügen:

verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet und
entsprechend erhöht

Begründung

Eine Neuberechnung wird auf eine Erhöhung hinauslaufen. Wir müssen hier den Wähler*innen eine politische Richtung nennen und dürfen uns nicht ohne Positionierung in der Sache hinter Berechnungsmethoden verstecken.

GS-SZ-01-129 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 129 einfügen:

werden, dass man menschenwürdig davon leben kann. Die Freigrenzen für eigenes "Vermögen" sind so anzupassen, dass angemessene Rücklagen für unvorhergesehene Ausgaben unberücksichtigt bleiben. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht

Begründung

erfolgt mündlich.

GS-SZ-01-129-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 129 einfügen:

werden, dass man menschenwürdig davon leben kann und dass er den tatsächlichen Bedarf deckt, auch den zur Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht

GS-SZ-01-131 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 131 einfügen:

wir eine gesonderte Pauschale einführen. Auch unvermeidlich nötige größere Anschaffungen, wie Waschmaschinen, müssen übernommen werden. Die Grundsicherung werden wir zu einer

GS-SZ-01-133 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 133 einfügen:

benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Die in den letzten Jahren erfolgte Abschaffung des Rentenversicherungsbeitrags für ALG-II-Empfänger*innen degradiert Langzeitarbeitslose zu Sozialhilfeempfängern auf Lebenszeit. Dies wollen wir wieder rückgängig machen."

Begründung

erfolgt mündlich.

GS-SZ-01-133-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 133 einfügen:

Die Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II benachteiligt einkommensarme Familien. Wir wollen wir diese Ungerechtigkeit beseitigen und die Anrechnung des Elterngeldes wieder rückgängig machen.

Begründung

Siehe BT-Wahlprogramm 2013

GS-SZ-01-133-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 133 einfügen:

benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Die Grünen wollen das Konzept eines Grundeinkommens, das den vier Kriterien

- es steht allen Bürger*innen auf Basis eines individuellen Rechtsanspruchs zu
- es ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe,
- es wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt und
- es ermöglicht, selbstbestimmt über Art und Umfang der Erwerbsarbeit zu entscheiden

entspricht, intensiv diskutieren und prüfen, auch in Form von Modellvorhaben. Wir halten ein solches Grundeinkommen für einen möglichen sinnvollen Ansatz, eine Vielzahl der klassischen Grundsicherungssysteme – nicht aber alle – abzulösen.

Begründung

Seit 2007 hat die Partei programmatisch beschlossen, die Diskussion über ein Grundeinkommen weiterzuführen.

Wir wollen sie in der kommenden Legislaturperiode intensivieren und zu einem Abschluss führen.

Wir wollen ein Grundeinkommen, das in ein sozialpolitisches Gesamtkonzept eingebettet ist.

Hierzu gehören ein existenzsichernder Mindestlohn, der Ausbau der sozialen Infrastruktur, ein gerechtes

Bildungssystem mit gleichen und gerechten Zugängen für alle und die Einführung einer Bürgerversicherung für

Gesundheit, Pflege und Rente.

Verdeckte Armut, bürokratische Gängelung und ein Einkommen unter dem Existenzminimum gehören mit einem

Grundeinkommen der Vergangenheit an. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit und sinnvoller Tätigkeit in den

verschiedensten Gesellschaftsbereichen wird mit einem Grundeinkommen gerade für unsere

Einkommensgruppen erheblich besser ermöglicht.

Die in unserer Parteiprogrammatik verankerten Konzepte für eine Grüne Kindergrundsicherung und die Grüne

Garantierente gehen in die Richtung eines Grundeinkommenskonzeptes.

Unterstützer*innen

Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Daniel Weiss (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Natalie Pavlovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Martin Drees (Plön KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Ruth Kastner (Stormarn KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Reinhard Schmitt (Frankfurt KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Dirk Jahreis (Göttingen KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Christian Bock (Tübingen KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); René Basse (Wolfenbüttel KV)

GS-SZ-01-134 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 134 bis 139:

~~Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.~~
Wir wollen, dass das Grundrecht auf Existenzsicherung einfach und zuverlässig wahrgenommen werden kann. Jobcenter sollen zu Dienstleistern der Arbeitssuchenden werden und kooperativ mit ihnen zusammenarbeiten. Wir stärken die Rechte der Leistungsberechtigten und setzen in der Grundsicherung nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Daher wollen wir die Sanktionen abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln für Unter-25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Diskriminierende Regelungen nur für Grundsicherungsbeziehende wollen wir streichen.

Begründung

Diese Neuformulierung ist angelehnt an den Beschluss der BDK Münster (S. 15) und inhaltlich präziser und aussagekräftiger als der ursprüngliche Entwurf. Außerdem wird dort zweimal fälschlicherweise auf die Arbeitsagentur verwiesen (hier richtig: Jobcenter).

GS-SZ-01-134-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 134 bis 139:

Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und ~~die Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.~~ eine sanktionsfreie Grundsicherung im SGB II. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und Bestrafung, die in vielen Jobcentern und Arbeitsagenturen Realität ist. Stattdessen setzen wir auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Sanktionen sind menschenunwürdig, deswegen wollen wir sie abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln bei den Sanktionen für Unter-25-Jährige und bei den Kosten für Unterkunft und Heizung.

Begründung

Die momentane Formulierung lässt den Eindruck entstehen, der Hauptgrund für die Abschaffung von Sanktionen wäre der dann stattfindende Bürokratieabbau sowie eine reibungsärmere Arbeit in den Jobcentern. Es sollte jedoch im Vordergrund stehen, dass wir Sanktionen menschenunwürdig finden und deswegen abschaffen wollen.

GS-SZ-01-134-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 134 bis 139:

~~Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.~~ Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und eine sanktionsfreie Grundsicherung im SGB II. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und Bestrafung, die in vielen Job-Center und Arbeitsagenturen Realität ist. Stattdessen setzen wir auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Sanktionen gefährden sowohl den kooperativen Charakter des Fallmanagements wie auch ein menschenwürdiges Existenzminimum, daher wollen wir sie abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln bei den Sanktionen für Unter-25-Jährige und bei den Kosten der Unterkunft und Heizung.

Begründung

Anpassung an die Beschlusslage von Münster.

Unterschied in der Sache u.a.: Wir wollen die Sanktionen „abschaffen“. Es geht nicht darum, dass das ein vages „Ziel“ der Grünen ist.

GS-SZ-01-134-4 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 134 bis 139:

~~Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.~~
Wir setzen uns ein für eine Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe, Wahlrechte für die Arbeitssuchenden und eine sanktionsfreie Grundsicherung im SGB II. Allen steht das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen Realität ist und stattdessen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden. Dafür müssen wir die Sanktionen abschaffen. Das würde außerdem die Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten.

GS-SZ-01-137 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 137 bis 139:

menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. ~~Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.~~ Die verschärften Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren, die bis zur Obdachlosigkeit führen können, wollen wir unverzüglich abschaffen.

Begründung

Dieser Text aus dem BT-Wahlprogramm 2013 ist klarer und hat an Aktualität nichts verloren.

GS-SZ-01-137-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 137 bis 139:

menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. ~~Besonders profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten ausgesetzt sind.~~ Besonders die Diskriminierung von unter 25-Jährigen durch schärfere Sanktionen, werden wir beenden.

Begründung

Die Regelungen für unter 25-Jährige im SGB II sind eindeutig diskriminierend. Es sollte auch so benannt werden.

GS-SZ-01-139-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 139 einfügen:

ausgesetzt sind.

Die Arbeitswelt und die Erwerbsbiografien werden immer bunter. Mit diesen Veränderungen hat die Arbeitslosenversicherung nicht Schritt gehalten, sie orientiert sich nach wie vor am Normalarbeitsverhältnis. Das führt u.a. dazu, dass fast jeder vierte Beschäftigte, der seine Arbeit verliert, sofort in das Hartz-IV-System fällt. Das wollen wir ändern: Wer Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, der muss einen angemessenen Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weiterentwickeln, dass alle Erwerbstätigen gut abgesichert sind – ganz gleich, ob sie abhängig beschäftigt oder selbstständig sind, ob sie auf Zeit, in Projekten oder an mehreren Stellen gleichzeitig arbeiten. Gerade wer flexibel arbeitet oder ein Unternehmen aufbaut, braucht einen verlässlichen Schutz.

Begründung

Dies ist ein Ergänzungsvorschlag auf der Basis des Leitantrags der BDK Münster S.12-13. Das Thema besserer Zugang zur Arbeitslosenversicherung kommt bislang im ganzen Entwurf nicht vor. Angesichts der laufenden politischen Debatte ist das nicht gut. Passt gut in dieses Unterkapitel „Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit“.

GS-SZ-01-139-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:

In immer mehr Ländern, wie der Schweiz und Frankreich, wird die alternative Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert und zum Teil auch in Modellprojekten, wie in Finnland, den Niederlanden und Kanada, geprüft. Ein Grundeinkommen könnte verschiedene grüne Ansätze, von der Kindergrundsicherung, über die Garantierente bis zu einer unbürokratischen und sanktionsfreien Grundsicherung in sich vereinen. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Diskussion dieses Themas und offene Fragen zur Umsetzbarkeit eines existenzsichernden und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichenden, bedürfnisunabhängigen und nicht an Gegenleistungen gebundenen Grundeinkommens mit einem Modellversuch klären. Dessen wissenschaftliche Auswertung wird uns eine bessere Einschätzung ermöglichen, welche Auswirkungen ein Grundeinkommen auf den Arbeitsmarkt hat und ob wir so Bürokratie abbauen und die Selbstbestimmung der Menschen fördern können.

Wir wollen aber nicht nur die nackte Existenz sichern, sondern Arbeitslose auch passgenau

Begründung

Seit Jahren diskutieren wir in unserer Partei über das bedingungslose Grundeinkommen, treten dabei aber auf der Stelle! Denn ohne konkrete Erfahrungswerte bleibt es für viele eine „Glaubensfrage“, die sehr vom persönlichen Menschenbild abhängt. Mit einem ergebnisoffenen und wissenschaftlich ausgewerteten Modellprojekt innerhalb Deutschlands können wir eine neue faktenbasierte Diskussionsgrundlage schaffen. Der vorliegende Antrag ist deshalb weder pro noch kontra BGE, sondern soll uns nur aus der aktuellen Sackgasse des politischen Diskurses herausführen.

Die Auswertung von Modellprojekten in anderen Ländern wäre hingehend unzureichend, da die Sozialsysteme dort anders aufgebaut sind und eine direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben ist.

Ebensowenig taugt die regelmäßige Verlosungsaktion des Vereins Mein Grundeinkommen e.V. dazu, belastbare Erkenntnisse zu gewinnen, da es sich hier um eine statistisch irrelevante Größe und eine selbstselektierte Personengruppe handelt!

Liebe leidenschaftliche Anhänger und Gegner des Grundeinkommens, die Ihr Euch bereits eine felsenfeste Meinung gebildet habt: Steht einem solchen Modellprojekt, dass uns allen einen Erkenntnisgewinn bringen kann, bitte nicht im Wege!

Und lasst uns den Menschen zeigen, dass wir uns der weiteren Diskussion nicht verschließen.

Unterstützer*innen

Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Christian Hohn (Olpe KV); Markus Wagener (Köln KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Holger Lange (München-Land KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Hans-Jörg Kohlenberg (Schaumburg KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Jamila Schäfer (München KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Till Hoffmann (Köln KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Peter Ruther (Köln KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Bert Lahmann (Köln KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Karin Fetzter (Wesel KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Luisa Schwab (Köln KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Hannelore Heidecke (Hannover KV); Karsten Finke (Bochum KV); Regina Klünder (Kiel KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Lukas Flohr (Köln KV); Evelyn Rose-Thalheim (Köln KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Christiane Schmidt (Köln KV); Moritz Rüger (Köln KV)

GS-SZ-01-140 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 140 bis 141:

~~Wir wollen aber nicht nur~~Die Abschaffung der Sanktionen lenkt den Fokus wieder auf die ~~nackte Existenz sichern, sondern~~eigentliche Aufgabe, Arbeitslose ~~auch~~ passgenau dabei zu unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung,

Begründung

Der einleitende Satz suggeriert, dass es davor nur um die „nackte Existenz“ ging, dabei ist gerade die im Satz davor genannte Abschaffung der Sanktionen die Grundlage für eine Fördernde Politik im SGB II.

GS-SZ-01-141 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Dominik Wellhäuser (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 141 einfügen:

dabei unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung, [Motivationshilfen, Sozialberatung,](#)

Begründung

Insbesondere bei Langzeitarbeitslosen behindert nicht nur die geringe Qualifikation die Aufnahme einer Beschäftigung, sondern auch die durch die Arbeitslosigkeit beeinträchtigte psycho-soziale Situation. Nachweislich führt eine länger andauernde Arbeitslosigkeit zur Resignation der Betroffenen und untergräbt deren Motivation bzw. Wunsch, aktiv am gesellschaftlichen Leben, vor allem in der Arbeitswelt, teilzunehmen. Aus diesem Grund verschlechtert sich auch häufig das Sozialleben sowie die psychische, mitunter auch die körperliche, Gesundheit der Betroffenen, was die Wiederteilhabe am Arbeitsleben zusätzlich erschwert und zu einem Teufelskreis führt.

Laut Dr. Promberger von der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH erschweren neben der geringen Qualifikation „weitere Lebens- und Sozialprobleme, etwa Lebenskrisen, Schwierigkeit, mit organisationalen Verhaltensanforderungen umzugehen sowie Motivationsfragen und Flexibilitätsanforderungen“ häufig die Beschäftigungsaufnahme von Langzeitarbeitslosen.

Auch die Journalistin Köppchen bilanzierte Mitte 2016 in einem Beitrag für das Deutschlandradio Kultur: „Doch auch wenn mehr in nachhaltige Qualifizierung investiert würde, allein mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen lässt sich Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr bekämpfen. Dazu sind die sozialen, körperlichen und psychischen Probleme der Betroffenen zu verfestigt. Also müssten Jobcenter und Sozialfürsorge Hand in Hand arbeiten.“

Für Langzeitarbeitslose stellt die allseits gepriesene Weiterbildung folglich häufig erst den zweiten Schritt hin zur Erwerbstätigkeit dar. Der erste Schritt besteht in einer Wiederherstellung der Motivation, in der Gesellschaft und im Arbeitsleben wieder aktiv werden zu wollen, sowie der Stabilisierung der psycho-sozialen Situation der Betroffenen.

Hinweis zur Anzahl/Anteil der Langzeitarbeitslosen: Im Jahr 2016 waren laut dem Portal Statista ca. 1 Mio. Menschen (991.400) und damit mehr als ein Drittel der Arbeitslosen (36,9%) seit einem Jahr oder länger arbeitslos.

Hinweis zur "Sozialberatung": Dies ist keine Leistung der gesetzlichen Krankenkassen wie es z.B. die Verhaltenstherapie ist und kann daher von Arbeitslosen nicht in Anspruch genommen werden. Zudem dürften Sozialarbeiter/Sozialpädagogen/Sozialpsychologen aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen im Zweifel besser für die o.g. Aufgabe geeignet sein als analytisch arbeitende Psychologen bzw. psychologische Psychotherapeuten.

Quellen:

Promberger_2013_Welche Unterstützung brauchen Langzeitarbeitslose auf dem Weg zurück in Arbeit?_LASA_27.05.2013, verfügbar unter lasa-brandenburg.de/.../Promberger_Integrationsbegleiter_27.05.2013.pdf

Köppchen_2016_Langzeitarbeitslose in Deutschland - Die
Abgeschriebenen_Deutschlandradio_Kultur_31.05.2016, verfügbar unter
deutschlandfunkkultur.de/langzeitarbeitslose-in-deutschland-die-abgeschriebenen.976.de.html?dram:article_id=355534

de.statista.com/statistik/daten/studie/17425/umfrage/anteil-der-langzeitarbeitslosen-in-deutschland/
de.statista.com/statistik/daten/studie/666199/umfrage/anzahl-der-langzeitarbeitslosen-in-deutschland/

Unterstützer*innen

Ingrid Tews (Mülheim KV); Luisa Schwab (Köln KV); Oliver Pichmann (Köln KV); Deniz Ertin (Köln KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Werner Jülke (Paderborn KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Peter Drahn (Köln KV); Lilly Zinnecker (Köln KV); Hans Müller (Köln KV); Marc Kersten (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Roland Schwarz (Köln KV); Jonathan Sieger (München-Land KV); Moritz Rüger (Köln KV); Hans Schwanitz (Köln KV)

GS-SZ-01-142 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 142 einfügen:

Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Wir brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht der Arbeitsuchenden in den Jobcentern, ein Verbandsklagerecht sowie Ombudsstellen, um Konflikte frühzeitig, unter Vermeidung von unnötigen und teuren Gerichtsverfahren und auf Augenhöhe zu lösen. Dazu wollen wir beispielsweise sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden. Arbeit ist noch immer das wichtigste Feld der

Begründung

Dieser Text aus dem BT-Wahlprogramm 2013 ist klarer und hat an Aktualität nichts verloren.

GS-SZ-01-142-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 142 bis 143:

Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. ~~Arbeit ist noch immer das wichtigste Feld der sozialen Teilhabe, der Anerkennung und der Sinnggebung im Alltag. Deshalb wollen wir~~ Wir wollen die

Begründung

Arbeit kann soziale Teilhabe, Anerkennung und auch sinnstiftend im Alltag sein, die Bewertung ob sie „das wichtigste“ ist, steht uns jedoch nicht zu.

GS-SZ-01-147 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 147 einfügen:

auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt.

Gas- und Stromabschaltungen bei Zahlungsunfähigkeit von Privatpersonen dürfen keinesfalls erfolgen, ohne dass die Betroffenen zu der Angelegenheit gehört wurden und ein richterlicher Beschluss ergangen ist. Zuvor muss zwingend eine kostenlose Schuldnerberatung erfolgen, die Wege aus der Schuldenspirale aufzeigt und zum Beispiel Ratenzahlungen erwirkt. Familien mit Kindern und Personen in besonderen Notlagen müssen grundsätzlich vor einer solchen Zwangsmaßnahme geschützt werden.

GS-SZ-01-147-2 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Osnabrück-Land

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 147 einfügen:

auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt.

Der abrupte Absturz auf HartzIV-Niveau schon nach kurzer Arbeitslosigkeit führt zu Verunsicherung und zwingt zur Annahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Diese ständige Drohung ist ein großes Risiko für die gesellschaftliche Teilhabe. Darum wollen wir die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (ALG I) insbesondere für ältere Anspruchsberechtigte wieder deutlich anheben.

Begründung

erfolgt mündlich.

GS-SZ-01-147-3 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 147 einfügen:

Zusätzlich diskutieren wir in unserer Partei die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Viele von unseren Vorschlägen von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente und von dem einkommensunabhängigen Sockel beim BAföG bis zur Abschaffung der Sanktionen wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens inspiriert. Wir wollen diese Idee weiterdiskutieren. Dafür brauchen wir Antworten auf bisher nicht geklärte Fragen. Das Grundeinkommen wird bereits in Modellversuchen getestet. Die in diesen Modellversuchen gemachten Erfahrungen werden wir intensiv begleiten und auswerten, ob auch bei uns solche Modellversuche durchgeführt werden sollen, damit sie für grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme fruchtbar gemacht werden können.

Begründung

Die gesellschaftliche Debatte zu einem Grundeinkommen wird immer breiter und mit ganz unterschiedlichen Argumenten geführt. Die Diskussion innerhalb der Grünen ist Teil dieses Diskurses. Daher muss unsere Beschlusslage (BDK Münster) in das Wahlprogramm aufgenommen werden. Diese Formulierung bettet den Beschluss von Münster in die breitere Diskussion zu einem Grundeinkommen und seinen verschiedenen Aspekten ein.

GS-SZ-01-153 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 153:

Pflegeversicherungsbeiträgen ~~mit geringeren Mindestbeiträgen entlasten~~ deutlich entlasten und ihr real erzielttes Einkommen als Bemessungsgrundlage heranziehen. Wir wollen eine

Begründung

Selbständige und Freiberufler die nicht in der Künstlersozialkasse sind, müssen für ihre Krankenversicherungsbeiträge naturgemäß alleine aufkommen. Allerdings ist die gegenwärtige Regelung unfair, ihnen bei der Beitragsberechnung ein Mindesteinkommen von gut 2.200 Euro monatlich zu unterstellen, selbst wenn sie deutlich geringere Einnahmen haben. Nur für geförderte Existenzgründer gibt es eine Ausnahmeregelung, die aber ebenfalls noch fast 1.500 € Monatseinkommen als Mindestbeitragsgrenze definiert. Für nicht hauptberufliche Selbständige wird immer noch fast 1.000 € Monatseinkommen vorausgesetzt. Wir Grüne halten diese Regelungen für unfair!

Gerade Kleinunternehmer und Start-up-Gründer leben oft von deutlich weniger und müssen dann unverhältnismäßige Beiträge entrichten. Viele können sich deren Entrichtung in der Folge nicht leisten und werden dadurch geradezu in den (zumindest aufstockenden) ALG II-Bezug gedrängt. Das wirkt auch als Hemmschuh für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung.

Die aktuelle Formulierung im Programmentwurf spricht von einer Entlastung, diese kann u.U. nur marginal sein. Was wir hier brauchen ist aber eine deutliche Entlastung! Bei Selbständigen die weder eine zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben, noch einen Mini-Job und auch keine Sozialleistungen beziehen, sollte nur das tatsächliche Einkommen berücksichtigt werden.

Auch die langjährige Praxis, dass Beiträge bei nachträglich festgestelltem höherem Einkommen zwar erhöht, bei per Steuerbescheid verspätet nachgewiesenem niedrigerem Einkommen aber nicht rückwirkend gesenkt werden können, muss beendet werden!

Unterstützer*innen

Christian Hohn (Olpe KV); Markus Wagener (Köln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Kerstin Dehne (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Michael Böhmke (Schleswig-Flensburg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Jamila Schäfer (München KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Joachim Schmitt

(Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Till Hoffmann (Köln KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Peter Ruther (Köln KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Bert Lahmann (Köln KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Frank Hauser (Köln KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Regina Klünder (Kiel KV); Jens Hirschberg (Bremen-Kreisfrei KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV)

GS-SZ-01-161 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Ortsverband Herten

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 161 einfügen:

Besserer Schutz vor Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften

Aus unserer Sicht sind die Gesetze für den Schutz vor Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften mehr als unzureichend. Auch an der finanziellen Situation vieler Bürgerinnen und Bürger und der zu komplizierten und zu seltenen Kostenübernahme von Verhütungsmitteln ist es unserer Ansicht nach geschuldet, dass die Infektionszahlen wieder rapide steigen. Zu oft wird das Thema Verhütung auch als reines Frauenthema betrachtet. Wir sind der Ansicht, dass dies seinen Ursprung auch darin hat, dass im Regelfall lediglich die Kosten der Pille übernommen werden. Deswegen, und wegen Infektionszahlen in teilweise sechsstelligen Bereichen, fordern wir, dass unabhängig von Alter und Geschlecht die Krankenkassen verpflichtet werden, begrenzte Kontingente an Verhütungsmitteln zur Verfügung zu stellen. Wir möchten, dass jede Frau kostenlosen Zugang zur Pille und alle Frauen und Männer kostenlosen Zugang zu Präservativen erhalten. Wir sind davon überzeugt, dass diese Maßnahme die Anzahl an Schwangerschaftsabbrüchen senkt, die steigenden Infektionszahlen eindämmt, das Thema Verhütung aus der Klassifizierung "Frauensache" holt und Folgekosten durch Krankheitsbehandlungen verhindert, wodurch auch unsere Krankenkassen langfristig entlastet werden.

Begründung

Die aktuelle Gesetzeslage zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln ist in Deutschland gegenwärtig veraltet und/oder unzureichend. Dies führt zu einer Reihe an Problemen.

Zunächst wird das Thema Verhütung von vielen Mitgliedern der Gesellschaft noch immer als ein reines Frauenthema betrachtet. Es muss zumindest in Erwägung gezogen werden, dass dies zum Teil auch in der alleinigen Kostenübernahme der Pille geschuldet ist, auch wenn diese nur bis zu einem bestimmten Lebensjahr erfolgt.

Des Weiteren mag die Pille zwar effektiv ungewollte Schwangerschaften verhindern, bietet jedoch keinen Schutz vor Geschlechtskrankheiten oder HIV-Infektionen. Laut Robert-Koch-Institut gab es 2014 schätzungsweise 3200 Neuinfektionen¹. Die Anzahl der Infektionen mit Geschlechtskrankheiten ist jedoch nur schwer zu benennen, da nicht alle Geschlechtskrankheiten auch Meldepflichtig sind. Man stellte jedoch fest, dass sich die jährliche Ansteckungsrate bei ausgewählten Krankheiten teilweise in sechsstelligen Zahlen bewegt. Die Behandlung all dieser Infektionen verursacht enorme Kosten für Deutschlands Krankenkassen. Das dafür aufgewendete Geld könnte mit der Änderung der aktuellen Gesetzeslage besser in die Prävention gesteckt werden.

Da der Faktor Geld für viele Menschen auch dann eine Rolle spielt, wenn sie keine Sozialhilfe bekommen und somit kein Recht auf Erstattung der Kosten haben, ist es nicht nur möglich, sondern auch sehr wahrscheinlich, dass sich für die Krankenkassen die Investition in Präservative für die Bevölkerung auch finanziell lohnen würde.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Anzahl an Schwangerschaftsabbrüchen im Jahr 2016 nur knapp unter der Grenze von 100.000 Fällen lag². Obwohl die Zahlen seit mindestens 2009 rückläufig sind, könnte diese Anzahl noch weiter gesenkt werden, wenn man Frauen und Männern die unkomplizierte und kostenfreie Möglichkeit der Verhütung bieten würde.

Wäre es also möglich, unter Vorlage der Krankenkassenkarte bei jeder beliebigen Apotheke zumindest ein gewisses monatliches Kontingent an kostenfreien Verhütungsmitteln zu erhalten, könnte dies bei vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand der gesellschaftlichen Gesundheit, der Gleichstellung von Mann und Frau, dem Seuchenschutz und sogar der finanziellen Stabilität der Krankenkassen förderlich sein. Die genaue Höhe der finanziellen Einsparungspotenziale sollte hierbei in Zusammenarbeit mit Deutschlands Krankenkassen noch genauer analysiert werden.

¹https://www.rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2015/08_2015.html

²<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Schwangerschaftsabbrueche/Tabellen/RechtlicheBegrueendung.html;jsessionid=C1F08AEC6103B37218F125683E53A6BF.cae1>

GS-SZ-01-164 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 164 einfügen:

Gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten, Garantierente einführen

GS-SZ-01-165 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 165 bis 172:

~~Die gesetzliche Rente ist nach wie vor die zentrale Säule der Altersvorsorge für die meisten Menschen. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, so dass auch die junge Generation bedacht wird. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich.~~

Die gesetzliche Rente ist die zentrale Säule der Altersvorsorge für die meisten Menschen. Ihr Niveau sollte nicht weiter sinken. Beitragserhöhungen wollen wir vermeiden, damit auch die junge Generation und Geringverdiener*innen bedacht werden. Wir können das schaffen, indem wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern bezahlen, insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und gezielte Zuwanderung ermöglichen. Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, garantieren wir eine echte Rente anstatt bedürftigkeitsgeprüfter Grundsicherung. Private und betriebliche Vorsorge werden auf unsere Garantierente nicht angerechnet. Mittelfristig streben wir eine

Begründung

Begründung: die Garantierente ist integraler Bestandteil unseres Rentenkonzeptes und sollte in das Schlüsselprojekt aufgenommen werden. Um dafür Platz zu schaffen, wurden die anderen Punkte sprachlich leicht gestrafft, ohne sie inhaltlich abzuändern. Außerdem wurde wie im Abschlussbericht der Rentenkommission noch die Zuwanderung aufgenommen.

GS-SZ-01-166 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: KV Wetterau

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 166 bis 167:

Menschen. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente ~~sollte~~darf nicht weiter sinken und muss wieder steigen. Die gesetzliche Rente soll gestärkt werden gegenüber der privaten Altersversorgung. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass

Begründung

Die Beibehaltung bzw. Steigerung des gesetzlichen Rentenniveaus wird verbindlicher formuliert. Die Stärkung der gesetzlichen Rente soll auch im Verhältnis zur privaten, kapitalgedeckten Altersversorgung vorgenommen werden. Eine weitere Begünstigung und Ausbau der privaten Altersversorgung (z.B. Riesterrente) soll nicht vorgenommen werden.

GS-SZ-01-169 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 169 bis 175:

junge Generation bedacht wird. ~~Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich. Mittelfristig streben wir eine Rentenversicherung für alle an, in die auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und Abgeordnete einbezogen sind. In einem ersten Schritt zu einer solchen Bürgerversicherung wollen wir Selbständige aufnehmen und damit ihre Absicherung verbessern.~~ Um die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken wollen wir die Rentenversicherung schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, eine Garantierente einführen und das Rentenniveau stabilisieren. Mit der Garantierente für langjährig Versicherte schaffen wir einen verlässlichen Schutz vor Altersarmut. Mittelfristig sollen alle Bürgerinnen und Bürger abgesichert sein. In einem ersten Schritt zur Bürgerversicherung wollen wir Abgeordnete, Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und bisher nicht abgesicherte Selbständige in die Rentenversicherung einbeziehen. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich.

Begründung

Der Fokus im Schlüsselprojekt sollte nicht nur auf der Niveaustabilisierung mit einem Ausblick auf die Bürgerversicherung liegen, sondern explizit auf die drei Säulen unseres grünen Rentenkonzepts verweisen. Der letzte Teil zur Bürgerversicherung ist im Entwurf zu stark vereinfacht/verkürzt und damit sehr missverständlich formuliert.

GS-SZ-01-178 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 178:

Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürgerversicherung im ~~Gesundheitssystem~~Gesundheits- und Pflegesystem. Alle zahlen

Von Zeile 184 bis 185 einfügen:

Beitrages und die pauschalen Zusatzbeiträge werden abgeschafft. So wird Gesundheit und Pflege fair finanziert und die Finanzierungsgrundlage erweitert. Bürgerinnen und Bürger können dennoch wählen: Alle Krankenversicherungen

Begründung

Wir wollen auch für die solidarische und nachhaltigen Finanzierung der Pflege die Bürgerversicherung einführen.

GS-SZ-01-182 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Monika Heinold (Kiel KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 182 einfügen:

Ende. Neben Löhnen und Gehältern werden auch auf Kapitaleinkünfte Beiträge erhoben. Dabei werden wir Freibeträge auf Zinseinkünfte einführen. Bei den

Begründung

Die Bürgerversicherung darf nicht dazu führen dass auf geringfügige Zinseinnahmen Beiträge erhoben werden. Die Höhe des Freibetrages sollte sich an den Freibeträgen der Abgeltungssteuer orientieren.

Unterstützer*innen

Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Henning von Schöning (Plön KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Christoph Hermann (Kiel KV); Markus Stiegler (Kiel KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Matthias Kissing (Kiel KV); Dörte Schnitzler (Kiel KV); Paulina Spiess (Kiel KV); Angelika Oschmann (Kiel KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Birgitta Brunner (Herzogtum Lauenburg KV); Erika von Kalben (Pinneberg KV); Marret Bohn (Rendsburg-Eckernförde KV); Manfred Sallach (Steinburg KV); Josefine Möller (Steinburg KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Murat Birkandan (Plön KV); Konstantin von Notz (Herzogtum Lauenburg KV); Ruth Kastner (Stormarn KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV)

GS-SZ-01-185 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 185 bis 187 einfügen:

finanziert und die Bürgerinnen und Bürger können dennoch wählen erhalten endlich echte Wahlfreiheit:
Alle Krankenversicherungen bieten künftig die Bürgerversicherung an und konkurrieren über die Höhe des Beitrages, über den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und vor allem die Qualität.

Begründung

Die Schaffung von echter Wahlfreiheit ist ein Kernaspekt der grünen Bürgerversicherung und sollte so stark wie möglich betont werden.

GS-SZ-01-189 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

In Zeile 189:

~~Zeit für mehr – Vereinbarkeit von~~ Gute Pflege auch in Zukunft – mit Wertschätzung und Beruf
~~fördern~~ enger Zusammenarbeit vor Ort

Begründung

Der Schwerpunkt Grüner Pflegepolitik liegt im Ausbau der örtlichen Pflegeinfrastruktur zur Sicherung eines Selbstbestimmten Lebens auch bei Pflege- und Unterstützungsbedarf. Die schafft ebenso die Grundlage für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Die PflegeZeit Plus ist da lediglich ein begleitendes Instrument. Deshalb müssen wir den Ausbau der der Pflegeinfrastruktur als Schwerpunkt in den Vordergrund stellen. Dies muss sich auch im Titel ausdrücken.

GS-SZ-01-190 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 190 bis 199:

~~Wenn nahestehende Menschen pflegebedürftig werden, müssen viele Dinge geregelt werden. Dafür benötigt man Zeit. Viele Menschen wollen zudem ihren Angehörigen nahe sein und eine Zeit lang selbst die Pflege übernehmen. Das wollen wir ihnen erleichtern: Mit der PflegeZeit Plus gibt es erstmals einen Lohnersatz für die Zeit der Pflege. Für drei Monate ersetzen wir Menschen, die Angehörige selbst pflegen, ihren Lohn, genauso, wie für Eltern in der Elternzeit. Zudem sollen sich Pflegende zehn Tage im Jahr frei nehmen können, um sich besonders intensiv um eine zu pflegende Person zu kümmern. Ganz so, wie sich Eltern frei nehmen können, wenn ihr Kind krank ist. Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient. Die PflegeZeit Plus ist unsere Antwort darauf.~~
Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt. Gleichzeitig wohnen immer mehr Familien weit voneinander entfernt und schon jetzt fehlt Personal in der professionellen Pflege. Damit auch in Zukunft alle pflegebedürftigen Menschen gut versorgt werden können, wollen wir vor Ort insbesondere ambulante Wohn- und Pflegeformen ausbauen und neue Formen der Unterstützung und Zusammenarbeit fördern. Die Kommunen sind die richtige Ebene, um das zu koordinieren. Unser Ziel sind lebenswerte Quartiere und Orte für alle Generationen ebenso ein wie ein vielfältiges Angebot an Pflege und Betreuung, damit Menschen auch im Alter oder wenn sie eine umfassende Pflege und Unterstützung benötigen selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat mehr Unterstützung und Wertschätzung verdient. Mit der grünen PflegeZeit Plus bieten wir deshalb einen dreimonatigen Lohnersatz und jährlich eine zehntägige bezahlte Freistellung, damit in Ruhe eine gute Pflege organisiert werden kann.

Begründung

Schwerpunkt Grüner Pflegepolitik liegt im Ausbau der örtlichen Pflegeinfrastruktur zur Sicherung eines Selbstbestimmten Lebens auch bei Pflege- und Unterstützungsbedarf. Noch immer wird der Großteil der Pflege und Unterstützungsleistungen von Angehörigen aus dem familiären Umfeld erbracht. Soziale Veränderungen, Wandel im Zusammenleben und bei den Rollenbildern, eine gerechte Verteilung der Teilhabechancen für beide Geschlechter führen dazu, dass traditionelle Familienstrukturen sich grundlegend wandeln und für viele keine verlässlich Unterstützungsstruktur mehr darstellen werden. Das Gemeinwesen wird in Zukunft viel stärker als bisher Sorgeaufgaben übernehmen und verlässliche Rahmenbedingungen Versorgungssicherheit und Teilhabe schaffen müssen. Die einseitige Herausstellung der Pflegezeit Plus als primären grünen Lösungsansatz für die Sicherung eines Großteils der Pflege stellt ein rückwärtsgewandtes Pflege- und Rollenbild dar und spiegelt in keiner Weise unsere Konzepte und Antworten für eine zukünftige Pflege dar. Die PflegeZeit Plus kann lediglich komplementär eine Entlastung für pflegende Angehörige darstellen, vorrangig muss es um die Schaffung einer Pflegeinfrastruktur im kommunalen Gemeinwesen, insbesondere im ambulanten Setting, das die Angehörigen entlastet. Nur so schaffen wir auch eine Geschlechtergerechtigkeit im Berufsleben. Denn rund Dreiviertel der pflegenden Angehörigen sind Frauen.

GS-SZ-01-197 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 197 bis 198 löschen:

nehmen können, wenn ihr Kind krank ist. ~~Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient.~~ Die Pflegezeit

Begründung

Der paternalistische und entmündigende Zungenschlag gegenüber Pflegebedürftigen gehört nicht in ein Wahlprogramm und ist diskriminierend!

GS-SZ-01-200 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Neustadt-Waldnaab KV

Beschlussdatum: 28.03.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Nach Zeile 200 einfügen:

50% höhere Renten und Rentenfinanzierung nach dem Muster Österreichs

Soziale Sicherheit ist eine der wichtigsten Bedingungen für den inneren Frieden und das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Immer mehr ältere und junge Menschen wünschen sich Renten und deren Finanzierung wie bei unseren Nachbarn in Österreich, wo die Renten über 50% höher als in Deutschland sind. Nicht von heute auf Morgen, aber schrittweise in den nächsten 5 Jahren mit ähnlichen Strukturen.

Höhere Renten beschleunigen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit das Wirtschaftswachstum ohne zusätzlichen Exportüberschuss.

GS-KA-01-006 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 6:

schwierigen Bedingungen: In ~~Einelternfamilien~~Alleinerziehendenfamilien muss eine Person die Aufgaben allein

Begründung

Eltern bleibt man immer, auch nach einer Trennung. Deswegen ist der Begriff Einelternfamilie verwirrend.

Unterstützer*innen

Katja Dörner (Bonn KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Kathrin Rabus (Heidelberg KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Hannes Vetter (Heidelberg KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Frieda Fiedler (Neckar-Bergstraße KV); Jan Becht (Heidelberg KV); Burkhard Margies (Heidelberg KV); David Esders (Heidelberg KV); Toni Krüger (Rhein-Pfalz KV); Walter Kißling (Göppingen KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV)

GS-KA-01-009 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 9:

Arbeit alswie Männer. Doch immer mehr Paare wollen sich die Fürsorge und Erziehung

Begründung

Redaktioneller Hinweis: Zeile 9: Arbeit-alswie Männer.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-009-2 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 9:

Arbeit als Männer. Doch immer mehr Paare wollen sich die **Fürsorge**Unterstützung und Erziehung

Begründung

Programmatik einer „inkluisiven Sozialpolitik“ (Programmfrage der Grünen) ist nicht die „Fürsorge“, sondern die „selbstbestimmte Teilhabe“. Da sind die Programmschreiber unversehens in die Denkweise und Begrifflichkeit der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts abgerutscht!

GS-KA-01-015 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 15 bis 16:

Kindern, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nichteheliche Familien, Regenbogenfamilien oder RegenbogenfamilienPflegefamilien. Wir Grünen machen eine Politik, die Familien in allen Formen und

Begründung

Den Kindern in Dauerpflegeverhältnissen fehlt bisher eine zivilrechtliche Absicherung durch das Familiengericht. Und sie leben dadurch in der großen Unsicherheit, daß auch noch nach Jahren der gewachsenen Bindungen in der Pflegefamilie plötzlich ihre leiblichen Eltern auf eine Herausnahme bestehen können, auch wenn dies nicht dem Kindeswohl dienlich ist.

Das ist gerade ganz aktuell, weil im Familienministerium derzeit ein Referentenentwurf für ein Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) diskutiert wird, der erneut die Situation von Pflegekindern verschlechtern würde, und sie keine Rechtssicherheit hätten zum Verbleib in der Pflegefamilie.

GS-KA-01-016 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 16 einfügen:

Regenbogenfamilien, Familien mit und ohne Kinder. Wir Grünen machen eine Politik, die Familien in allen Formen und

Begründung

Familie im Jahr 2017 ausschließlich an das Vorhandensein von Kindern zu koppeln wird der vielfältigen Realität nicht gerecht. Familie ist bunt; sie reicht heute von der klassischen Ehe über nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder, Ein-Eltern- oder Patchwork-Familien, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften bis hin zu familiären Netzwerken, die über Generationengrenzen hinweg gelten und auch Menschen ohne verwandtschaftliche Bindung einschließen. Freundinnen und Freunde etwa, oder Nachbarn und Nachbarinnen helfen sich gegenseitig und stehen füreinander ein. Auch Alten-WGs, die sich stetig entwickelnden neuen Lebens- und Wohnformen, z.B. in Genossenschaften oder Mehrgenerationenhäusern, beruhen oft auf sozialen, nicht auf verwandtschaftlichen Beziehungen der Bewohner/innen.

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Christine Dietz (Berlin-Neukölln KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Nina Ohlmeier (Berlin-Mitte KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Maren Berger (Segeberg KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Sarah Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Julia Maria Sonnenburg (Berlin-Kreisfrei KV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Natalie Pavlovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV)

GS-KA-01-019 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 19:

Menschen, die wie in **vielen Pflegefamilien und** Patchwork-Familien langfristig Verantwortung für ein Kind

Begründung

Den Kindern in Dauerpflegeverhältnissen fehlt bisher eine zivilrechtliche Absicherung durch das Familiengericht. Und sie leben dadurch in der großen Unsicherheit, daß auch noch nach Jahren der gewachsenen Bindungen in der Pflegefamilie plötzlich ihre leiblichen Eltern auf eine Herausnahme bestehen können, auch wenn dies nicht dem Kindeswohl dienlich ist.

Das ist gerade ganz aktuell, weil im Familienministerium derzeit ein Referentenentwurf für ein Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) diskutiert wird, der erneut die Situation von Pflegekindern verschlechtern würde, und sie keine Rechtssicherheit hätten zum Verbleib in der Pflegefamilie.

GS-KA-01-021 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Sylvia Olbrich (Mark KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 21 einfügen:

Familienform. Und das, obwohl sie feste Wegbegleiter*innen ihrer Kinder sind. Wir wollen Pflegekinder und Pflegefamilien unterstützen und ihre rechtliche Situation verbessern. Auch Pflegekinder haben ein Bedürfnis nach und ein Recht auf kontinuierliche und stabile Lebensverhältnissen. Dies muss im Familienrecht klar zum Ausdruck kommen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ute Koczy (Lippe KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christian Hohn (Olpe KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Maren Berger (Segeberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Drees (Plön KV); Katja Dörner (Bonn KV); Leonie Sieger (Wuppertal KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Klaus Ernst Harter (Sigmaringen KV); Antje Westhues (Bochum KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Till Hoffmann (Köln KV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Samuel Nwankwo (Unna KV); Christiane Blömeke (Hamburg-Wandsbek KV); Peter von Wilcken (Euskirchen KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Karl-Raimund Hackmann (Osnabrück-Stadt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Monika Göpper (Mecklenburgische Seenplatte KV); Rudolf Haug (Biberach KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV)

GS-KA-01-027 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 27:

bringen und dafür zu sorgen, dass ~~die Arbeit~~Arbeit, Aus- und Weiterbildung und Studium besser ins Leben passt.en Viele Unternehmen haben

Begründung

Auch Menschen, die sich in Aus- und Weiterbildung oder einem Studium befinden haben Kinder oder pflegen Angehörige und das oft in finanziell sehr schwierigen Lagen.

GS-KA-01-032 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 32 bis 33:

auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der ~~Teilzeit; mit einem Recht auf Home Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz~~ Teilzeit sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die

Begründung

Arbeitsverhältnisse sind zu unterschiedlich, um ein generelles Recht auf Home Office zu fordern. Wo ein Home Office möglich ist, haben Unternehmen ohne Home Office Angebot einen Nachteil im Wettbewerb um die besten Mitarbeiter*innen. Ein staatlicher Eingriff ist hier nicht notwendig

GS-KA-01-034 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 34 einfügen:

Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf, der Aus- und Weiterbildung oder dem Studium besser zu vereinbaren. Vor allem aber

Begründung

Auch Menschen, die sich in Aus- und Weiterbildung oder einem Studium befinden haben Kinder oder pflegen Angehörige und das oft in finanziell sehr schwierigen Lagen.

GS-KA-01-036 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Kreisverband Hildesheim

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 36:

KinderZeit Plus ~~ergänzt mit einer Lohnersatzleistung~~ löst das Elterngeld ab und macht es rechtlich

Begründung

Die KinderZeit Plus ist keine Ergänzung sondern eine Ablösung des derzeitigen Elterngeldsystems und verwirrt nur. Deshalb wird auch in Zeile 118 von „ablösen“ gesprochen.

GS-KA-01-040 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 40 einfügen:

Arbeit bzw. ihre Aus- und Weiterbildung oder ihr Studium und ihr Leben mit Kindern nur dann gut verbinden, wenn es gute Betreuungsangebote

Begründung

Auch Menschen, die sich in Aus- und Weiterbildung oder einem Studium befinden haben Kinder oder pflegen Angehörige und das oft in finanziell sehr schwierigen Lagen.

GS-KA-01-052 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Katja Dörner (Bonn KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 52 einfügen:

welche die Jugendlichen – so verschieden sie auch sind – erreicht. Entscheidend für ein Ende der Hilfe darf nicht der 18. Geburtstag, sondern muss der tatsächliche Bedarf sein. Notwendig sind auch eine

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Oliver Kersten-Wilk (Hildesheim KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Sven Götde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Anja-Franziska Anschütz (Herzogtum Lauenburg KV); Silke Gajek (Schwerin KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Iris Burkhardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Zein Okko (Bonn KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Martin Heyer (Bonn KV); Andrea Bauer (Bonn KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Isabel Ermer (Bonn KV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV); Toni Krüger (Rhein-Pfalz KV); Doris Wagner (München KV)

GS-KA-01-060 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 60 einfügen:

Beratungs- und Therapieangebote für Kinder, denen etwas zugestoßen ist.

Und wir brauchen verlässliche bundesweite Standards, wie bei Kindeswohlgefährdung zu verfahren ist, z.B. wann eine Inobhutnahme für ein Kind notwendig ist oder z.B. ärztliche Meldepflicht bei Hinweisen auf Kindesmisshandlung. Damit keine Kinder mehr sterben müssen, weil z.B. Jugendämter personell unterbesetzt sind oder die Kosten für eine Inobhutnahme scheuen.

Begründung

Es gibt immer wieder Todesfälle von Kindern (zuletzt Alessio in Lenzkirch), die ganz klar hätten verhindert werden können, wenn das Jugendamt die Empfehlung anderer wie im Fall Alessio von der Uni-Kinderklinik Freiburg auf Unterbringung umgesetzt hätte (die Klinik hatte sogar Strafanzeige erstattet gegen unbekannt). Als langjährige Mitarbeiterin einer Familien-Beratungsstelle habe ich immer wieder Fälle erlebt, wo wir dem Jugendamt rückgemeldet haben, dass unserer Meinung nach eine Kindeswohlgefährdung vorliegt und mussten häufig erleben, dass das Jugendamt nichts zum Schutz des Kindes veranlasst hat. Der Rechtsmediziner Prof. Tsokos hat in seinem Buch „Deutschland misshandelt seine Kinder“ sehr gute Empfehlungen zur Verbesserung des Kinderschutzes formuliert.

GS-KA-01-061 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 61:

Familien entlasten und Kinder fördern ~~mit dem grünen Familien-Budget~~ Kinder als
gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen

Begründung

Änderung der Zwischenüberschrift.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Storman KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-062 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 62 bis 66:

~~Kinder leben bei uns sehr unterschiedlich. Sie haben alle die gleichen Rechte, kommen aber nicht alle gleichermaßen zu ihrem Recht. Um viele Kinder muss sich die Gesellschaft glücklicherweise keine Sorgen machen. Doch aktuell leben auch fast drei Millionen Kinder in Deutschland in Armut oder sind von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende und ihre Kinder sowie Familien mit drei und mehr Kindern. Armut schmerzt und grenzt aus.~~ Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen, heißt es in einem afrikanischen Sprichwort. Die Lasten müssen also auf viele Schultern verteilt werden. Die Betreuungsaufgaben übernimmt in unserer modernen Welt zeitweise ein institutionelles "Ersatzdorf", die KiTa. Das ist eine wichtige Entlastung für die Eltern. Entscheidend ist, dass die Betreuungsqualität stimmt. Wir Grünen setzen uns daher für gut ausgebildete Fachkräfte und für kleine Gruppen ein. Je jünger ein Kind ist, umso wichtiger ist die Konstanz der Betreuungsperson. Insbesondere unter Dreijährige entwickeln sich besser, wenn die meiste Zeit eine ihr vertraute Fachkraft ("Bezugserzieherin") in der Nähe ist. Um das zu gewährleisten, braucht es sichere Arbeitsverhältnisse und eine gute Bezahlung.

Die Lasten auf viele Schultern zu verteilen bedeutet aber auch, die finanziellen Lasten auf viele Schultern zu verteilen. Deutschland ist ein reiches Land. Dennoch leben Kinder in sehr unterschiedlichen Verhältnissen. Fast zwei Millionen Kinder in Deutschland wachsen in Familien auf, die von staatlicher Grundsicherung leben. Das sind etwa 15% aller unter 18-Jährigen. Kinderarmut beeinträchtigt das gesamte Leben. Verglichen mit Kindern in gesicherten Einkommensverhältnissen sind arme Kinder häufiger sozial isoliert, gesundheitlich beeinträchtigt, haben größere Schwierigkeiten in der Schule, machen die schlechteren Abschlüsse und brechen häufiger die Schule ab. Wenn wir wirklich Chancengleichheit wollen, müssen wir Kinder endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen.

Langfristig muss unser Ziel sein, grundsätzlich alles, was Kinder betrifft, als Gesellschaft kostenlos zur Verfügung zu stellen. Angefangen von KiTa- und Hortplätzen, über ein qualitativ hochwertiges Mittagessen (aus Studien weiß man, dass arme Kinder oft sehr wenig oder gar kein Obst und Gemüse essen), über kostenlosen Nahverkehr für alle unter 18-Jährigen, beitragsfreie Sportvereine, Bibliotheken, Musikschulen, Schwimmballen. Bishin zu kostenlos zur Verfügung gestellten Schulmaterialien, Sportausrüstungen und Musikinstrumenten. Nur so kann sichergestellt werden, dass jedes Kind alles bekommt, was es für die Entwicklung seiner Fähigkeiten und Talente braucht. Darüberhinaus soll das Kindergeld mit einem Bonus für Alleinerziehende und Familien mit niedrigem Einkommen versehen werden, der nicht beantragt werden muss, wie der jetzige Kindergeldzuschuss, und auch nicht befristet ist, wie der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-067 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 67 bis 72:

~~Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Mit 12 Milliarden Euro wollen wir Familien entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. Wir stärken Alleinerziehende durch eine echte Existenzsicherung für Kinder. Wir entlasten Familien mit geringem und mittlerem Einkommen, indem wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang dem Einkommen ihrer Eltern beenden.~~
Dafür schnüren wir Grünen ein großes Reformpaket. Mit 12 Milliarden Euro wollen wir Familien entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. Wir stärken deshalb Alleinerziehende und Familien mit geringem Einkommen durch einen Kindergeldbonus, der eine echte Existenzsicherung für Kinder ist. Darüberhinaus schaffen den Einstieg in die echte Chancengleichheit für alle Kinder, indem wir Gelder zur Verfügung stellen, damit alle Kinder alle Bildungs- und Kulturmöglichkeiten kostenlos nutzen können.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover KV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-072 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 72 bis 82:

Ersetzen der Zeilen 73-86 durch: Das Familien-Budget fasst die Kinderregelsätze in der Grundsicherung, den Kinderzuschlag, das Kindergeld und die Kinderfreibeträge zu einer Leistung aus einer Hand zusammen und besteht aus drei zusammengehörigen Reformteilen. Das Familien-Budget basiert auf drei Säulen. Erste Säule: Regelsätze für Kinder, die so hoch sein müssen, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken – und zwar auch den für Teilhabe an Bildung, Kultur und Mobilität. Zweite Säule: Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehende sollen künftig eine bedarfsdeckende Unterstützung aus einer Hand erhalten – einen Kindergeld-Bonus. Er soll nicht beantragt werden müssen wie der jetzige Kinderzuschlag und auch nicht befristet sein wie der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Dritte Säule: eine Kindergrundsicherung, die die bisherige Förderung zu einer einheitlichen Leistung für alle Kinder zusammenfasst. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass sich die staatliche Unterstützung für Kinder am Einkommen ihrer Eltern bemisst und die Kinder wohlhabender Eltern mehr bekommen als die anderen. Wir wollen eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung in Höhe des höchsten Kinderregelsatzes (zurzeit 311 € pro Monat) einführen, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt. Die Einführung der Kindergrundsicherung kombinieren wir mit der Einführung einer Individualbesteuerung mit einem zusätzlichen, übertragbaren Grundfreibetrag. Mit diesem Reformschritt stellen wir soziale Teilhabe von allen Kindern unabhängig vom Status der Eltern sicher und die Gleichberechtigung von Frauen am Arbeitsmarkt fördern. Die Benachteiligung von unverheirateten Paaren, die sich Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich teilen, wird beendet und Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen erhalten für ihre Kinder die gleiche Unterstützung wie Eltern mit hohen Einkommen, welche derzeit von den Freibeträgen stärker profitieren. Für bereits Verheiratete gilt: Sie können entscheiden, ob sie in die neue Regelung mit Individualbesteuerung und Kindergrundsicherung wechseln oder sie das alte Recht mit Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld behalten, wenn dies günstiger ist. So stellen wir sicher, dass von unserer Reform alle profitieren. Zweitens sollen Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen künftig einen einkommensabhängigen Kindergeld-Bonus erhalten, der das sächliche Existenzminimum (zurzeit 393 € pro Monat) garantiert. Er wird zusammen mit dem Kindergeld bzw. der Kindergrundsicherung ausgezahlt und soll nicht beantragt werden müssen wie der jetzige Kinderzuschlag. Davon profitieren insbesondere Alleinerziehende. Drittens müssen die Regelsätze für Kinder, die die Höhe von Kindergrundsicherung und Kindergeld-Bonus bestimmen, neu berechnet werden und so erhöht werden, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken – und zwar auch den für Teilhabe an Bildung, Kultur und Mobilität.

Begründung

Der bisherige Text ist teilweise missverständlich. Die drei Teile des Familien-Budget sind keine „Säulen“, sondern haben das Ziel eine Leistung aus einer Hand anstelle der genannten jetzigen vier Leistungsarten zu schaffen, die nicht aufeinander abgestimmt, intransparent und bürokratisch sind, und nicht vor Armut schützen. Um deutlich zu machen, wie die Teile zusammengehören, und Missverständnisse zu vermeiden, ist es wichtig zu sagen, dass der Kindergeld-Bonus zusammen mit dem Kindergeld bzw. der Kindergrundsicherung ausgezahlt wird und die Berechnung der Kinderfreibeträge die Höhe von Kindergrundsicherung und Kindergeld-Bonus bestimmt.

Unterstützer*innen

Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Katja Keul (Nienburg KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Bernadette Eisenbart (Vogelsberg KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Kerstin Dehne (München KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Clemens Rostock (Oberhavel KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Schremmer (Hannover KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andrea Asch (Köln KV)

GS-KA-01-073 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 73 bis 82 löschen:

~~Das Familien-Budget basiert auf drei Säulen. Erste Säule: Regelsätze für Kinder, die so hoch sein müssen, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken — und zwar auch den für Teilhabe an Bildung, Kultur und Mobilität. Zweite Säule: Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehende sollen künftig eine bedarfsdeckende Unterstützung aus einer Hand erhalten — einen Kindergeld-Bonus. Er soll nicht beantragt werden müssen wie der jetzige Kinderzuschlag und auch nicht befristet sein wie der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Dritte Säule: eine Kindergrundsicherung, die die bisherige Förderung zu einer einheitlichen Leistung für alle Kinder zusammenfasst. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass sich die staatliche Unterstützung für Kinder am Einkommen ihrer Eltern bemisst und die Kinder wohlhabender Eltern mehr bekommen als die anderen.~~

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-079 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 79:

Säule: eine Kindergrundsicherung, die ~~die bisherige Förderung~~ Kindergeld und Kinderfreibeträge zu einer einheitlichen

Begründung

redaktionell

GS-KA-01-083 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 83 einfügen:

Für bereits Verheiratete und Verpartnerte gilt: Sie können entscheiden, ob sie das alte Recht mit

Begründung

Die Entscheidung für oder gegen das Ehegattensplitting obliegt verschieden- und gleichgeschlechtlichen Paaren gleichermaßen. So lang die Ehe noch nicht für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet ist, sollten somit beide Paarkonstellationen Erwähnung finden, da auch Paare, die in Eingetragener Lebenspartnerschaft leben, das Ehegattensplitting nutzen können.

GS-KA-01-085 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 85:

Individualbesteuerung und ~~grünem Familien-Budget~~ grüner Kindergrundsicherung für sie günstiger ist. So stellen wir

Begründung

redaktionell

GS-KA-01-086 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 86 einfügen:

sicher, dass von unserer Reform alle profitieren. Außerdem braucht es neben guter Bildung auch echte Teilhabe von Kindern an zentralen gesellschaftlichen Gütern wie Sport, Musik und Kultur. Das heutige Bildungs- und Teilhabepaket erreicht dieses Ziel nicht. Wir wollen stattdessen für die betroffenen Kinder einen vom Bund finanzierten kostenfreien Zugang zu den entsprechenden Einrichtungen.

Begründung

Dieser sehr wichtige Aspekt fehlt bis jetzt - dabei ist er entscheidend für Kinder und es besteht da großer Änderungsbedarf.

Unterstützer*innen

Katja Dörner (Bonn KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Danyal Bayaz (Heidelberg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Marcel Rohrlack (München KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Kathrin Rabus (Heidelberg KV); Hannes Vetter (Heidelberg KV); Henriette Katzenstein (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Claude Weinber (Heidelberg KV); Cornelia Lüddemann (Dessau-Rosslau KV); Jan Becht (Heidelberg KV); David Esders (Heidelberg KV); Burkhard Margies (Heidelberg KV)

GS-KA-01-086-2 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 86 bis 87 einfügen:

Außerdem braucht es neben guter Bildung auch echte Teilhabe von Kindern an zentralen gesellschaftlichen Gütern wie Sport, Musik und Kultur. Das heutige Bildungs- und Teilhabepaket erreicht dieses Ziel nicht. Stattdessen sollten diese Leistungen zum Teil durch einen bundeseinheitlich garantierten Anspruch auf kostenlose Sachleistungen durch eine verbesserte Infrastruktur und zum Teil über den Regelsatz gewährt werden.

Das beste Mittel gegen Kinderarmut bleibt nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Eltern. Auch

Unterstützer*innen

Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Johannes Spatz (Berlin-Kreisfrei KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Wendel Jaromir Burkhardt (Frankfurt KV); Thomas Poreski (Reutlingen KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Hannelore Heidecke (Hannover RV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Martin Kirsch (Gießen KV); Else Eugenie Müller (Hamburg-Nord KV); Marc Kersten (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Ingrid Täger (Recklinghausen KV)

GS-KA-01-086-3 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 86 bis 87 einfügen:

Kinderarmut ist auch immer Elternarmut. Das beste Mittel gegen Kinderarmut bleibt nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Eltern, insbesondere von Müttern, eine angemessene Bezahlung in Jobs, die zum Leben reichen, eine bessere soziale Absicherung sowie gute und ausreichende Betreuungsangebote für Kinder. Auch

GS-KA-01-090 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 90 bis 96:

Wir Grünen machen Politik für ein kinderfreundliches Land. ~~Darin kommen alle Kinder zu ihrem Recht, die aus den akademischen Haushalten genauso wie die aus den Arbeiterfamilien; die, deren Familien immer schon am gleichen Ort wohnen, genauso wie die, deren Eltern nach Deutschland eingewandert oder erst vor kurzem zu uns gekommen sind; die mit Behinderung genauso wie die ohne; Mädchen genauso wie Jungs. Ganz vorn steht deshalb für uns die Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.~~ Wir wollen deshalb die Kinderrechte im Grundgesetz festschreiben. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesetzgeber zukünftig bei allen Entscheidungen die Belange von Kindern mit im Blick haben muss. Kinder und Jugendliche sollen auch mitbestimmen, wie ihre Zukunft gestaltet wird. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-098 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Nach Zeile 98 einfügen:

Alte wollen sich einmischen und die Welt verändern Unsere Lebenserwartung steigt von Jahr zu Jahr. So haben selbst die Alten noch viel produktive Zeit vor sich. Die wollen viele nutzen, um zusammen mit den Jungen an einer besseren Welt zu arbeiten. Sie wissen viel, haben schon viel geleistet und viel Erfahrung gesammelt. Sie engagieren sich ehrenamtlich in Projekten. Sie demonstrieren wie in ihrer Jugend, protestieren und gehen notfalls auf die Barrikaden. Die Alten tun das freiwillig, selbstbestimmt und mutig. Sie bauen Netzwerke auf und gründen Organisationen, mit denen sie wirkungsvoller handeln können. Für unsere Gesellschaft sind sie eine Bereicherung, die wir würdigen und fördern wollen.

Begründung

In dem bisherigen Entwurf zum Wahlprogramm wird Alter fast ausschließlich defizitär dargestellt. Wir wollen mit unserem kurzen Änderungsantrag positiv erläutern, was die heutigen Alten ausmacht. Denn sonst kommen die Alten in dem Wahlprogramm nur als soziale Problemfälle vor, die Geld kosten etwa bei der Pflege, Rentenversicherung, Arbeitslosigkeit, Mobilität etc. So wichtig wie die letztgenannten Fragen auch sind, wollen wir mit unserer Ergänzung des vorhandenen Textes zu einem realistischen Altersbild in der Gesellschaft beitragen.

GS-KA-01-098-2 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Frank Spade (KV Potsdam)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 98 einfügen:

kann, geht als Erwachsener sicherer durchs Leben.

Unsere Lebenserwartung steigt von Jahr zu Jahr. So haben selbst die Alten noch viel produktive Zeit vor sich. Die wollen viele nutzen, um zusammen mit den Jungen an einer besseren Welt zu arbeiten. Sie wissen viel, haben schon viel geleistet und viel Erfahrung gesammelt. Sie engagieren sich ehrenamtlich in Projekten. Sie demonstrieren wie in ihrer Jugend, protestieren und gehen notfalls auf die Barrikaden. Die Alten tun das freiwillig, selbstbestimmt und mutig. Sie bauen Netzwerke auf und gründen Organisationen, mit denen sie wirkungsvoller handeln können. Für unsere Gesellschaft sind sie eine Bereicherung, die wir würdigen und fördern wollen.

Begründung

In dem bisherigen Entwurf zum Wahlprogramm wird Alter fast ausschließlich defizitär dargestellt. Wir

wollen mit unserem kurzen Änderungsantrag positiv erläutern, was die heutigen Alten ausmacht. Denn sonst kommen die Alten in dem Wahlprogramm nur als soziale Problemfälle vor, die Geld kosten etwa bei der Pflege, Rentenversicherung, Arbeitslosigkeit, Mobilität etc. So wichtig wie die letztgenannten Fragen auch sind, wollen wir mit unserer Ergänzung des vorhandenen Textes zu einem realistischen Altersbild in der Gesellschaft beitragen.

Unterstützer*innen

Christiane Fry (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Resy deRuijsscher (Pinneberg KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Gerd Baumer (Ortenau KV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Signe Stein (Berlin-Mitte KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Jörg Jennrich (Stade KV); Finn Sobanja (Stade KV); Tanja von Stade (Stade KV); Ruth Alpers (Harburg-Land KV); Evelyne Augis (Bremen-Nordost KV); Elisabeth Wargalla (Bremen-Kreisfrei KV); Elfriede Siegel (Bremen-Mitte KV); Jürgen Linke (Bremen-Nordost KV); Janne Müller (Bremen-Kreisfrei KV)

GS-KA-01-102 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 102:

Familie ist da, wo ~~Kinder sind~~ Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige

GS-KA-01-111 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Nach Zeile 111 einfügen:

Darüber hinaus wollen wir mit dem Pakt für das Zusammenleben eine neue Rechtsform schaffen, mit deren Hilfe zwei Menschen ihr Zusammenleben unabhängig von der Ehe rechtlich absichern können. Der Pakt für das Zusammenleben soll für Zweierbeziehungen gelten, die gegenseitig Verantwortung für einander übernehmen – auch wenn diese nicht unbedingt auf einer Liebesbeziehung beruhen.

Begründung

Damit gehen wir den entscheidenden Schritt weiter als die anderen Parteien!

Denn Familie ist da, wo Menschen in bunten Formen kontinuierlich füreinander Verantwortung übernehmen. Auch die sich stetig entwickelnden neuen Wohnformen, Alten-WGs oder Mehrgenerationenhäuser, beruhen auf sozialen, nicht auf verwandtschaftlichen Beziehungen der Bewohner/Innen. Diese Vielfalt der pluralen Lebensformen steht einem relativ engen Recht gegenüber, das nicht auf alle Gemeinschaften anwendbar ist. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften werden von der Rechtsordnung fast durchgehend als Beziehungen zwischen Fremden behandelt, gleichgültig wie lange sie gelebt werden. Obwohl auch in den neuen intentionalen Verantwortungsgemeinschaften ein Teil der Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder, kranke und alte Menschen übernommen wird, werden diese Paare vom Staat rechtlich nur dann zur Kenntnis genommen, wenn es seinen fiskalischen Interessen dient, wie z. B. bei der Anrechnung des Einkommens in einer Bedarfsgemeinschaft. Wer aber Pflichten hat, sollte auch garantierte Rechte haben. Hier müssen deshalb neue Regelungen gefunden werden, um die vielfältigen Formen der Sorge- und Solidarbeziehungen tatsächlich abzusichern und soziale Schiefagen zu vermeiden. Derzeit ist die bestehende Rechtslage für diejenigen, die weder Ehe noch Lebenspartnerschaft eingehen wollen, sehr unübersichtlich und inkonsistent. Ein vereinfachtes Rechtsinstitut soll hier Abhilfe schaffen.

So lange der PaZ besteht, haben die Partner/innen ein gegenseitiges Auskunfts-, Informations- und Vertretungsrecht. Schon jetzt gibt es die Möglichkeit, dies in individuellen Verträgen und Vollmachten zu klären; genau das soll aber rechtlich noch leichter gemacht werden. Den sozialrechtlich schon definierten Beistandspflichten sollen zusätzlich Unterhaltspflichten an die Seite gestellt werden, die den schwächeren Teil der Zweiergemeinschaft sozial stärker absichern. Außerdem sollen Leistungen, die den Partner oder die Partnerin unterstützen, steuerrechtlich absetzbar sein. Ansprüche auf Elterngeld bestehen wie bei der Ehe; ebenso können, wie dort auch, Betreuungskosten abgesetzt werden. Möglich ist, ein freiwilliges Splitting der Rentenbeiträge zu vereinbaren. Wer heute Sorgetätigkeiten übernimmt, tut dies meistens unentgeltlich und nimmt zudem, vor allem durch den Verzicht auf (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit, eine Reihe von Nachteilen in Kauf. Da nach wie vor Frauen einen Großteil dieser Arbeit leisten, sind sie es, die am häufigsten mit den nachteiligen Konsequenzen konfrontiert werden; im Laufe ihres Lebens kommen immer mehr zusammen und verstärken sich gegenseitig. Dies gilt insbesondere, wenn die Beziehung auseinandergeht. Hier plädieren wir für Rechtssicherheit und eine güterrechtliche Trennung bei Auflösung des Pakts.

Diese Form des Zusammenlebens wird nicht nur in den Niederlanden (geregistreerd partnerschap) und Frankreich (PACS) bereits rechtlich ermöglicht und abgesichert, sondern erfreut sich auch einer großen Akzeptanz.

Unterstützer*innen

Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Jörg Dulz (Heidelberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Nina Stahr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Henry Sorgenfrei (Halle KV); Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Marcel Rohrlack (München KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Neckar-Odenwald-Kreis KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Silke Gajek (Schwerin KV)

GS-KA-01-128 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV)

Änderungsantrag zu GS-KA-01

Von Zeile 128 bis 137:

~~Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein 12-Mrd-Euro-Entlastungspaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Denn derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder gerecht noch wirksam. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in einer Familie, die arm oder von Armut bedroht ist. Das wollen wir ändern. Dazu wollen wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern beenden. Denn heute steht die Familienförderung Kopf. Eltern mit hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Alleinerziehende werden durch dieses System besonders benachteiligt. Mit dem grünen Familien-Budget werden wir alle Kinder gleich gut unterstützen und Familien in erheblichem Maße entlasten.~~
Wir schnüren ein 12 Mrd-Euro-Entlastungspaket, um Kinderarmut zu beenden und Chancengleichheit herzustellen. Dazu wollen wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern beenden. Denn heute steht die Familienförderung Kopf. Eltern mit hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Alleinerziehende werden durch dieses System besonders benachteiligt. Mit dem grünen Kindergeld-Bonus werden wir für eine echte Existenzsicherung sorgen. Gleichzeitig steigen wir ein in die kostenlose Bereitstellung von Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten, damit alle Kinder alle Chancen haben, ihre Fähigkeiten und Talente unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu entwickeln. Kinder sind unser größtes Guthaben für die Zukunft unseres Landes.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Grieshop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Sonja Daniels (Neuwied KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Erich Wiemann (Goslar KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Rainer Werner (Heidelberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Thomas Dyhr (Brandenburg KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Barbara Hanning (Hagen KV)

GS-KA-01-137 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KA-01

In Zeile 137 einfügen:

und Familien in erheblichem Maße entlasten. Zukünftig werden Paare individuell besteuert und profitieren vom Grünen Familien-Budget. Bereits Verheiratete und Verpartnerte können entscheiden, ob sie das alte Recht mit Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld behalten wollen oder ob für sie die neue Regelung mit Individualbesteuerung und Grünem Familien-Budget günstiger ist. So stellen wir sicher, dass von unserer Reform alle profitieren.

GS-GA-01-011 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: OV Wermelskirchen

Beschlussdatum: 24.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 11 einfügen:

kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Minijobs, Arbeit auf Abruf oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele

GS-GA-01-011-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 11 einfügen:

kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, [Arbeit auf Abruf](#), Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele

Begründung

Mindestens 1,5 Millionen Menschen arbeiten mittlerweile auf Abruf. Die Betriebe profitieren davon, für die Beschäftigten bedeutet das extreme Unsicherheit. Sie müssen ständig zur Verfügung stehen, sonst reicht der Lohn nicht, um über die Runden zu kommen. Deshalb sollte diese sich ausbreitende Beschäftigungsform hier benannt werden.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Katja Keul (Nienburg KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Dorothee Schulte-Basta (Berlin-Neukölln KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Jamila Schäfer (München KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV)

GS-GA-01-022 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 22 einfügen:

unabhängig sein , damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

Wir werden mit dem Deutschen Institut für Normen (DIN) eine Erweiterung der Qualitätsnormen um konkrete Gleichstellungsmerkmale erarbeiten. Jedes Unternehmen, das ein Audit durchläuft um zertifiziert zu werden oder seine Zertifizierung zu erhalten, muß ein weiteres Kapitel bearbeiten, in dem Geschlechtergerechtigkeit und deren Einhaltung entsprechend der Vorgaben eingefordert und dargestellt wird - z.B. Anteil der Frauen in Führungspositionen, gerechte Entlohnung, flexible Arbeitszeitmodelle, Förderung und Weiterbildungschancen.

Begründung

Unternehmen müssen zertifiziert sein, jeweils nach der branchenbezogenen DIN-Norm (z.B. TS 16949 für die Automobilindustrie) um sich als Lieferant oder Geschäftspartner für die Zusammenarbeit zu qualifizieren.

Die Einhaltung der Normen wird mittels Audits jährlich überprüft und nur die Erfüllung der Qualitätskriterien bildet die Grundlage für die weitere Geschäftsverbindung.

Mittels der DIN-Normen werden viele produkt- und produktionsspezifische Leitplanken geregelt, aber auch Themen, die in den Personalbereich hineinwirken, z.B. Schulungs- und Weiterbildungswesen, Qualifizierungsmatrix der Mitarbeiter*innen, regelmäßige Mitarbeiter*innengespräche, Einhaltung von Tarifverträgen etc.

Wenn wir an dieser Stelle ansetzen und über diese entstehende Transparenz frauenpolitische Themen sichtbar machen, entsteht bei den Unternehmen die Notwendigkeit, die zu erarbeitenden Anforderungen der Normen zu erfüllen.

Unterstützer*innen

Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Julia Woller (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Antje Wagner (München-Land KV); Heidi Besas (Bergstraße KV); Eva Viehoff (Cuxhaven KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Irene Meyer-Herbst (Bremen-Mitte KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Marion Lüttig (Mannheim KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Waltraud Galaske (Fürth-Stadt KV); Heidi Deffner (Fürth-Land KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Heidi Terpoorten (Dillingen KV); Marie-Luise Thierauf (Berchtesgadener Land KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV); Dörte Bernhardt (Südliche Weinstraße KV)

GS-GA-01-025 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 25:

Doch er sollte höher sein und wird noch viel zu oft ~~wird er~~ umgangen. Der Mindestlohn muss für alle regulär Angestellten

Begründung

Dass wir gegen die vielen Ausnahmen beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn ist gut und richtig. Aber wir sollten da nicht stehen bleiben, sondern mutig für dessen Erhöhung eintreten.

Damit

- stimulieren wir durch den resultierenden Kaufkraftzuwachs unsere Volkswirtschaft
- erhöhen wir die Chancen der Menschen hierzulande auf eine armutsfeste Rente
- verhelfen wir mehr Menschen aus dem Arbeitslosengeld II-Bezug
- reduzieren wir soziale Transferleistungen, die eigentlich indirekte Unternehmenssubventionen sind

Formal gesehen ist natürlich die Mindestlohnkommission für die Höhe zuständig. Die Aufnahme der Forderung in unser Wahlprogramm wäre nicht nur unglaublich populär sondern auch ein politisches Signal, das die Mitglieder der Kommission als Rückendeckung für deutlichere Anpassungsschritte nach oben nutzen könnten.

Unterstützer*innen

Christian Hohn (Olpe KV); Markus Wagener (Köln KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Holger Lange (München-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Jamila Schäfer (München KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Kerstin Dehne (München KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Till Hoffmann (Köln KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Peter Ruther (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Bert Lahmann (Köln KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Andrea Asch (Köln KV); Lukas Flohr (Köln KV); Luisa Schwab (Köln KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Svenja Borgschulthe (Berlin-Pankow KV); Niklas Graf (Wesel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Karsten Finke (Bochum KV); Frank Hauser (Köln KV); Martin Heyer (Bonn KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Moritz Rüger (Köln KV)

GS-GA-01-025-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 25 löschen:

Doch noch viel zu oft wird er umgangen. Der Mindestlohn muss für alle ~~regulär~~-Angestellten

GS-GA-01-026 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Kreisverband Vogelsberg

Beschlussdatum: 19.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 26 einfügen:

gelten. Der zur Zeit geltende Mindestlohn ist jedoch zu niedrig, um davon leben zu können. Da Menschen von ihrer Arbeit leben wollen, ohne zusätzlich auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, muss der Mindestlohn schrittweise auf 12 Euro angehoben werden. Er soll ab dem 01.01. 2018 9,50 Euro und ab dem 01.01.2019 10 Euro betragen. Danach soll über einen Zeitraum von 2 bis maximal 4 Jahren (abhängig von der allgemeinen Lohnentwicklung) eine Erhöhung auf 12 Euro erfolgen. Die Höhe des Mindestlohns soll weiterhin der Lohnentwicklung entsprechend angepasst werden. Durch die sofortige Erhöhung des Mindestlohns auf 9,50 Euro und eine gleichzeitige Entlastung bei den Sozialabgaben wird sich die finanzielle Situation von Mindestlohnbeziehern deutlich verbessern, auch wenn das Ziel einer gerechten Bezahlung damit noch nicht erreicht ist.Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des

Begründung

Der momentan geltende Mindestlohn ist ein erster Schritt in Richtung einer gerechten Bezahlung. Dieser Lohn reicht jedoch nicht aus, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Ein Lohn unterhalb von 12 Euro kann nicht als gerecht bezeichnet werden. Eine sofortige Erhöhung auf diesen Betrag würde jedoch für viele Betriebe große finanzielle Schwierigkeiten bedeuten, da sie in ihren Planungen mit den bisher üblichen niedrigen Löhnen kalkuliert haben. Um die Mehrausgaben für die höheren Löhne auszugleichen, müssen wahrscheinlich in den meisten Fällen die Preise für Produkte oder Dienstleistungen etwas angehoben werden. Dies kann aber nur Schritt für Schritt, über einen längeren Zeitraum erfolgen.

GS-GA-01-028 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 25.03.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Nach Zeile 28 einfügen:

Er ist auch zu niedrig, um Kinder zu ernähren, eine armutsfeste Rente zu sichern und der Mehrzahl von ALG II-Empfängern aus dem Leistungsbezug heraus zu helfen.

GS-GA-01-028-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 28 einfügen:

geht. Bei der Berechnung des gesetzlichen Mindestlohns wollen wir uns stärker am Rentenniveau orientieren. Leistung soll sich auch für Geringverdiener*innen bei der Rente auszahlen. Auf längere Sicht müssen die Löhne so hoch sein, dass Beschäftigte, die 45 Jahre einen Lohn in Höhe des Mindestlohns bekommen haben, eine Rente über der Grundsicherung bekommen. Dazu müssen wir den Mindestlohn in den kommenden Jahren deutlich anheben.

Begründung

Ziel muss es sein, den Mindestlohn so schnell, wie möglich auf ein akzeptables, gesellschaftlich als gerecht empfundenes Niveau, anzuheben. Ein Richtwert könnte sein, dass diejenigen, die 45 Jahre lang einen Lohn in Höhe des Mindestlohns beziehen, eine Rente in Höhe von 20% über Grundsicherungsniveau bekommen. Gemessen an heutigen Maßstäben, müsste der Mindestlohn ca. 14 Euro betragen. Dieses Ziel lässt sich natürlich nicht von heute auf Morgen erreichen. Bei jeder Erhöhung müssen selbstverständlich auch die Arbeitsmarkteffekte mitberücksichtigt werden.

Der Staat könnte sich beispielsweise aktiver in die Mindestlohnpolitik einbringen. Die Bundesregierung könnte ein Drittel der Stimmrechte in der Mindestlohnkommission erhalten. So könnte die Bundesregierung aktiv Einfluss auf die Höhe des Mindestlohns nehmen. Zudem ließe sich der Mindestlohn an die Inflationsrate koppeln und es könnte gesetzlich fixiert werden, dass die Mindestlohnkommission den gesetzlichen Mindestlohn nicht absenken kann.

Der positive Effekt: Je höher die Löhne und die damit verbundenen Rentenversicherungsansprüche sind, desto geringer werden die Ausgaben für Fürsorgeleistungen, wie die Grundsicherung im Alter oder die Garantierente sein. Die Sozialpolitik ist wichtig. Noch wichtiger ist es, die Einkommen der Menschen auf ein gesellschaftlich akzeptiertes Mindestniveau anzuheben.

GS-GA-01-028-3 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: KV Pankow

Beschlussdatum: 18.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 28 einfügen:

geht. Wir legen großen Wert auf arbeitsfreie Sonn- und Feiertage. Alle Beschäftigten, die sonn- oder feiertags arbeiten, sollen zukünftig einen gesetzlichen Anspruch auf einen Sonn- und Feiertagszuschlag in Höhe von mindestens 25 Prozent bekommen. So wird Sonntagsarbeit teurer und der Anreiz für Arbeitgeber steigt, wenn möglich auf Sonntagsarbeit zu verzichten.

Begründung

Sonn- und Feiertagsarbeit ist weit verbreitet. Laut Studien arbeitet mittlerweile jede und jeder Vierte an Sonn- und Feiertagen. 1995 war es jeder und jede fünfte Beschäftigte. Die weit verbreitete Auffassung, dass es einen gesetzlich definierten Anspruch auf Sonn- und Feiertagszuschläge gibt, ist so nicht korrekt. Einen gesetzlich definierten Anspruch gibt es grundsätzlich nicht. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht am 11.01.2006 bestätigt (5 AZR 97/ 05). Sinn und Zweck der Regelungen zur Sonntagsarbeit im Arbeitszeitgesetz ist es lediglich, die Beschäftigten zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie ausreichend Freizeit zur Erholung haben.

Nur diejenigen, die unter einen Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung fallen oder das Glück haben, dass ihr Arbeitgeber oder ihre Arbeitgeberin ihnen in ihrem Arbeitsvertrag Sonn- und Feiertagszuschläge gewährt, bekommen diese auch tatsächlich ausgezahlt. Die Zuschläge müssen bislang nicht einmal versteuert werden. Deswegen profitieren diejenigen, die heute diese Zuschläge bekommen, doppelt. Das finden wir vor dem Hintergrund, dass nur noch ca. die Hälfte der Betriebe tarifgebunden sind, ungerecht. Deswegen soll ein Sonn- und Feiertagszuschlag in Höhe von 25 Prozent gesetzlich festgeschrieben werden. Den Tarif- oder Betriebsparteien und den Beschäftigten steht es frei, nach oben abzuweichen und darüber hinausgehende, höhere Zuschläge in Tarif- oder Betriebsverträgen zu vereinbaren.

GS-GA-01-035 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 35 einfügen:

werden. Scheinselbständigkeit gilt es mit rechtssicheren Kriterien zu unterbinden. Arbeit auf Abruf bedeutet ständige Verfügbarkeit, sonst reicht der Lohn nicht zum Leben. Das darf es nicht mehr geben.

Ohne

Begründung

Arbeit auf Abruf ist eine Form der Teilzeitarbeit, die kontinuierlich zunimmt. Mindestens 1,5 Millionen Menschen arbeiten mittlerweile auf Abruf. Die Beschäftigten erhalten zwar einen Arbeitsvertrag, aber sie arbeiten immer nur dann, wenn der Chef anruft und Bescheid sagt, dass es etwas zu tun gibt. Die Zeit zwischen den Arbeitseinsätzen gilt als Freizeit und ist unbezahlt. Trotz Arbeitsvertrag hängt die Arbeitszeit und damit auch der Lohn für die Beschäftigten fast ausschließlich vom Bedarf ab. H&M hat so mittlerweile über 40 Prozent der Beschäftigten angestellt. Es handelt sich dabei um eine extreme Form der Flexibilisierung. Die Betriebe profitieren davon, denn sie sparen damit Lohnkosten und erhalten gleichzeitig maximale Flexibilität. Sie übertragen das unternehmerische Risiko komplett auf die Beschäftigten. Für die Beschäftigten hingegen entsteht bei Arbeit auf Abruf extreme Unsicherheit. Sie müssen ständig zur Verfügung stehen, sonst reicht der Lohn am Monatsende nicht, um über die Runden zu kommen. Sowohl Lage wie Dauer der Arbeitszeit ist nicht planbar. Mit Arbeit auf Abruf wird der Weg geebnet zu den Null-Stunden-Arbeitsverträgen wie in Großbritannien. Österreich macht das Gegenteil. Nach einem Gerichtsurteil wurde die Abrufarbeit unterbunden. Das ist vernünftig, gerecht und richtig, denn die Beschäftigten sollten mit Vertragsabschluss wissen, wie viel sie arbeiten und verdienen werden. Betriebe bleiben dennoch flexibel, denn sie können Schwankungen klassisch über Arbeitszeitkonten abdecken.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Katja Keul (Nienburg KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV)

GS-GA-01-036 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 36:

sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können. ~~Immer~~ Gut ist Arbeit auch nur dann, wenn sie nicht krank macht. Ein moderner Arbeitsschutz muss wirksam vor Stress, Burnout, Mobbing und grenzenloser Arbeit schützen. Deshalb werden wir den Betriebspartnern Werkzeuge an die Hand geben, um passgenaue Lösungen für gesunde Arbeit zu entwickeln.
Immer weniger Jobs sind

Begründung

Eine Aussage zum steigenden Stress in der Arbeitswelt muss explizit auch im Grünen Wahlprogramm seinen Platz finden, denn gute und gesunde Arbeitsbedingungen sind eine Zukunftsinvestition, die sich für die Betriebe und die Menschen gleichermaßen lohnen. Sie sind nicht nur eine Verpflichtung den Menschen gegenüber, sondern auch betriebs- und volkswirtschaftlich sinnvoll. Nur mit gesunden Arbeitsbedingungen können die Beschäftigten ihrer Arbeit bis zum Renteneintrittsalter nachgehen. Die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz nehmen aber zu. Es ist ein eindeutiges Warnsignal, wenn psychische Erkrankungen mit zurzeit 43,1 Prozent die Hauptursache für Frühverrentung sind. Die Gründe dafür sind vielfältig: Arbeitsintensität, Arbeitsverdichtung, flexible, nicht planbare Arbeitszeiten, dauernde Erreichbarkeit, Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit. Aus dem ganzheitlichen Ansatz des Arbeitsschutzes ergibt sich letztlich implizit die Verpflichtung, auch die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu berücksichtigen. Dies gilt es im System des deutschen Arbeitsschutzgesetzes mit seinen darunter liegenden Regelungen zu konkretisieren. Deshalb soll der Arbeitsschutz in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und der Wissenschaft konkretisiert werden, damit die Unternehmen, Betriebs- und Personalräte und Mitarbeitervertretungen ein Werkzeug an die Hand bekommen, um Stress, psychische Belastungen, Arbeitsverdichtung identifizieren und mit geeigneten und passgenauen Lösungen verhindern zu können.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Leonie Sieger (Wuppertal KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Katja Keul (Nienburg KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

GS-GA-01-038 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 38 bis 40:

leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und ~~auch atypische Jobs umfassen~~ für alle Betriebe einer Branche gelten. Wir brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen sie besser schützen, ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und ~~werden~~ den Schwellenwert für die paritätische ~~Mitbestimmung~~ Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn

Begründung

Inhaltlich neu ist, dass wir Grünen die Betriebsräte besser schützen wollen, denn Betriebsratswahlen und die Arbeit von Betriebsräten werden immer häufiger be- und verhindert. Über die Mitbestimmung gab es bisher einen gesellschaftlichen Konsens und das muss auch so bleiben.

Zudem sollte diese Textpassage als eigenständiger Absatz stehen und notwendig sind auch fachlich richtige Formulierungen.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Katja Keul (Nienburg KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV)

GS-GA-01-055 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 55 einfügen:

zu arbeiten. Viele hauptamtlich in der Bildung und Weiterbildung Tätige arbeiten auf Honorarbasis ohne soziale Absicherung. Wir wollen die Vergabe von öffentlichen Geldern in diesem Bereich von der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Jobs abhängig machen.

Begründung

Es betrifft viele Personen, die obwohl sie oft hochqualifiziert sind, zum Beispiel als Sprachlehrer*innen für Geflüchtete, oder Kursleiter*innen von fördermaßnahmen der Arbeitsagentur oder Jobcenter, nicht sozialversicherungspflichtig eingestellt werden und deren geringes Honorar ihnen kaum erlaubt, sich privat abzusichern.

Menschen, die anderen dazu verhelfen sollen, auf eigenen Beinen zu stehen, werden so zu Bittsteller*innen von morgen, die bei Wegfall des Auftrags auf das Jobcenter, im Alter aber auf Grundsicherung angewiesen sind.

Unterstützer*innen

Verena Fuchslocher (Mannheim KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Heidi Besas (Bergstraße KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Monika Göpper (Mecklenburgische Seenplatte KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Katja Wolke (Magdeburg KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Gianina Zimmermann (Main-Taunus KV); Angela Ufer (Altmarkkreis Salzwedel KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Ursula Behrendt-Roden (Rhein-Pfalz KV); Birgit Meyreis (Mayen-Koblenz KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Renate Steigner Brecht (Landau KV); Larissa Bochmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Gesine Märtens (Leipzig KV); Marianne Weiß (Augsburg-Stadt KV); Irmgard Lindenthal (Bremen-Mitte KV)

GS-GA-01-056 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 56 löschen:

Gute ~~Aus- und~~ Weiterbildung für gute Jobs

Begründung

Das steht bereits in GS-KS.

GS-GA-01-057 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 57 bis 60 löschen:

Wir Grünen wollen alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitnehmen. ~~Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist dafür ganz zentral. Jungen Menschen geben wir eine Ausbildungsgarantie. Wer keine Lehrstelle in einem Betrieb findet, bekommt ein Angebot für eine überbetriebliche Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt.~~ Weiterbildung wird immer

Begründung

Das steht bereits in GS-KS,

GS-GA-01-063 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 63 einfügen:

weiterbilden wollen, unterstützen. Dies bedeutet, dass die Durchlässigkeit im dualen System erhöht werden muss und es erfordert auch, mehr teilzeitliche bzw. nebenberufliche Studiengänge sowie modulare Ausbildungsmöglichkeiten in Ausbildung und Studium im Sinne des Lebenslangen Lernens zu schaffen.

Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen

Begründung

In einer vielfach auf Wissen beruhenden Arbeitswelt ist die lebenslange Weiterbildung unabdingbar. Flexible Modelle im dualen und akademischen System sollten dort ansetzen und Angebote schaffen, die es Arbeitnehmer*innen ermöglichen sich nach aktuellsten Erkenntnissen fachgerecht weiterzubilden.

GS-GA-01-070 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Nach Zeile 70 einfügen:

Zugänge schaffen

Begründung

Neue Zwischenüberschrift!

Das Thema fehlt hier bzw. ist per Überschrift aber ohne Inhalt an der falschen Stelle untergebracht (siehe Änderungsantrag und Begründung zu GS-KS Z.95-96 und GS-KS Z.83). Deswegen Überschrift hier ergänzen.

GS-GA-01-070-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Danyal Bayaz (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 70 einfügen:

Arbeitslosigkeit und hilft beim erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Hier wollen wir mit der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgebern, Bildungsträgern, Kammern und Verbänden zusammenarbeiten und ein intelligentes System zu Beobachtung und Prognose der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt entwickeln: In welchen Branchen gibt es besonders rasante Veränderungen? Welche Berufsbilder sterben aus? Welche Kompetenzen werden künftigen noch stärker gebraucht? Auf dieser Basis möchten wir unsere aktive und präventive Weiterbildungs- und Qualifizierungsoffensive ausrichten, die Beschäftigte frühzeitig auf Angebote hinweist und lebenslange Weiterbildung ermöglicht.

Unterstützer*innen

Michael Wustmann (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Maximilian Bierbaum (Hamburg-Mitte KV); Teresa Fanz (Heidelberg KV); Sophie Harper (München KV); Martin Becker (Mainz KV); Heide Schinowsky (Potsdam KV); Sebastian Schäfer (Stuttgart KV); Martin van Elten (Halle KV); Jens Bitzka (Bautzen KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Sebastian Engelmann (Ludwigsburg KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Weihua Wang (Kurpfalz-Hardt KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Kathrin Rabus (Heidelberg KV)

GS-GA-01-074 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Nach Zeile 74 einfügen:

Teilhabe ist für viele mit Erwerbsarbeit verbunden. Allen muss der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Es gibt aber Arbeitslose, die absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Darum ist der Soziale Arbeitsmarkt unerlässlich. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, damit auch Arbeitslose mit besonders vielfältigen Problemen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen – schrittweise und nachhaltig.

Begründung

Die Einrichtung eines verlässlichen Sozialen Arbeitsmarkts ist ein wichtiges grünes Anliegen, mit dem wir darüber hinaus zahlreiche gesellschaftliche und politische Bündnispartner ansprechen. Daher sollte das Thema an einer passenden Stelle im Programm platziert werden (vgl. auch Änderungsvorschlag GS-KS Z.95-96). Die Formulierung ist angelehnt an den Beschluss der BDK Münster, S.14.

GS-GA-01-074-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 74 einfügen:

Qualifizierungen, Sprachförderung, Job-coaching und unterstützte Beschäftigung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.

Begründung

Der Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt für behinderte und leistungsgeminderte ArbeitnehmerInnen scheitert vor allem an der Einarbeitungsphase und nicht unbedingt an den finanziellen Anreizen (die auch wichtig sein können). Die Instrumentarien dazu sind zwar rechtlich geregelt (§ 38a SGB IX), werden aber von der BA und den Jobcentern unzureichend eingesetzt und finanziell zu schlecht ausgestattet. Grüne sollten das verbessern!

GS-GA-01-078 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 78 einfügen:

bekommen, um Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können. Inbesondere familienfreundliche Arbeitszeiten sind wichtig. Dafür brauchen sie mehr

GS-GA-01-087 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 87 löschen:

Arbeitsschutz unbedingt dazu ~~sowie ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz~~. In den

Begründung

Der Verweis auf den Beschäftigtendatenschutz macht an dieser Stelle kein Sinn. Die Passage kann hier gestrichen werden, dafür wird beantragt, den Beschäftigtendatenschutz in „FH-IF-01: Wir machen das Internet frei und sicher“ aufzunehmen.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Katja Keul (Nienburg KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dietrich Burchard (Göppingen KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV)

GS-GA-01-092 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Nach Zeile 92 einfügen:

Wir beobachten eine erhöhte Arbeitsintensität und Beschleunigung im Erwerbsleben, die auch zu Krankheiten, Burn-outs oder Erwerbsunfähigkeit führen können. Arbeit darf nicht krank machen. Wir wollen Initiativen zur Gesundheitsprävention und die betriebliche Gesundheitsförderung stärken sowie Maßnahmen unterstützen, die dieser zunehmenden Verdichtung entgegenwirken.

Begründung

Die negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Verdichtung im Erwerbsleben, die immer mehr zunehmen und sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickeln, sowie unser doppelter Lösungsansatz (Maßnahmen gegen bereits auftretende konkrete Probleme sowie gegen das Phänomen als solches) sollten hier benannt werden.

GS-GA-01-097 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 97:

Wir wollen anerkennen und unterstützen, wenn jemand ~~Verantwortung für~~ andere ~~übernimmt~~unterstützt.
Denn

GS-GA-01-099 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 99 bis 100:

gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Wer ~~für~~ Pflegebedürftige ~~Verantwortung übernimmt~~ unterstützt, für den schlagen wir eine dreimonatige Pflegezeit

Begründung

Es geht nicht um Entmündigung Pflegebedürftiger durch „Verantwortungsübernahme“, sondern um eine „Unterstützung“, die ihnen ihre Selbstbestimmung belässt.

GS-GA-01-100 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Christa Möller (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 100 bis 101:

Pflegebedürftige Verantwortung übernimmt, für den schlagen wir ~~eine dreimonatige PflegeZeit Plus~~ einen dreimonatigen Sonderurlaub (PflegeZeit Plus) mit Lohnersatzleistung vor, bei nachgewiesenem Bedarf auch länger. ~~Sie~~ Der Lohnersatz soll sich am Einkommen orientieren, wie es beim

Begründung

Den Begriff Pflege Zeit Plus ist grüner Politik Talk, den versteht man außerhalb der grünen Blase nicht. Drei Monate reichen in der Regel nicht aus, um für eine gute Pflege-Situation zu sorgen.

Unterstützer*innen

Eckhard Heumeyer (Hamburg-Wandsbek KV); Khosrow Haidari (Hamburg-Wandsbek KV); Sabine Kashi (Hamburg-Wandsbek KV); Gordon Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Babette Balzereit (Hamburg-Eimsbüttel KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Resy de Ruijsscher (Pinneberg KV); Stefan Michallik (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bernd Gosau (Bremen-Mitte KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV); Maren Berger (Segeberg KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Jörg Roßbach (Hamburg-Altona KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Heinrich Sackritz (Hamburg-Wandsbek KV); Martin Drees (Plön KV); Jan-Hendrik Blumenthal (Hamburg-Wandsbek KV); Clamor v. Trotha (Hamburg-Wandsbek KV)

GS-GA-01-105 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 105 einfügen:

Gute Arbeit für alle - auch für Menschen mit Behinderungen

Begründung

Selbstverständlich haben Menschen mit Behinderungen gute Arbeit verdient. Unser Anspruch ist aber, dass alle Beschäftigten unter fairen Arbeitsbedingungen arbeiten können. Alle müssen fair entlohnt werden und alle sollen ihr Leben planen können. Die Arbeitswelt muss für alle Beschäftigten gerechter gestaltet werden. Deshalb wollen wir gute Arbeit für alle – auch für Menschen mit Behinderungen.

Hier kann nur die Überschrift geändert werden – die Änderungen im Text erfolgen in einem separaten Änderungsantrag.

Unterstützer*innen

Corinna Rüffer (Trier KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Udo Philipp (München KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Burkhard Vogel (Trier KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV)

GS-GA-01-106 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 106 bis 114:

~~Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird, Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die Schwerbehindertenvertretung, Expert*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken. Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Leiharbeitskräfte bekommen vom ersten Tag an den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten und zusätzlich eine Flexibilitätsprämie. Zweifelhafte Dienst- und Werkverträge ersetzen nicht mehr tariflich gut bezahlte Arbeit. Scheinselbstständigkeit wird rechtssicher verhindert. Arbeit auf Abruf und Befristungen ohne Grund wird es nicht mehr geben. Auch Menschen mit Behinderungen sollen leichter Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Für größere Betriebe, die keine behinderten Menschen beschäftigen, wird die Ausgleichsabgabe erhöht. So können andere Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen und dabei werden sie auch schneller und zuverlässiger unterstützt. Die Schwerbehindertenvertretung und Werkstatträte werden, wie die Betriebsräte auch, gestärkt.~~ Werkstätten dürfen Menschen nicht

Begründung

Selbstverständlich haben Menschen mit Behinderungen gute Arbeit verdient. Unser Anspruch ist aber, dass alle Beschäftigten unter fairen Arbeitsbedingungen arbeiten können. Alle müssen fair entlohnt werden und alle sollen ihr Leben planen können. Die Arbeitswelt muss für alle Beschäftigten gerechter gestaltet werden. Deshalb wollen wir gute Arbeit für alle – auch für Menschen mit Behinderungen.

Die Änderung in der Überschrift: „Gute Arbeit für alle – auch für Menschen mit Behinderungen“ musste in einem separaten Änderungsantrag gestellt werden. Die Änderungsanträge gehören also zusammen.

Unterstützer*innen

Corinna Rüffer (Trier KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Udo Philipp (München KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstfeldbruck KV); Dietrich Burchard (Göppingen KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV)

GS-GA-01-106-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Landesvorstand LV Bremen

Beschlussdatum: 01.05.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 106 bis 116:

~~Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird, Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die Schwerbehindertenvertretung, Expert*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken. Werkstätten dürfen Menschen nicht isolieren, sie sollen einen gerechten Lohn zahlen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereiten.~~ Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht, mit Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Dazu muss ihnen der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet werden. Um Arbeitgeber stärker anzuregen, iuhrer Beschäftigungspflicht nachzukommen, soll die Ausgleichsabgabe deutlich erhöht werden und an Betriebe fließen, die über ihre Quote hinaus Menschen mit Behinderungen ausbilden und beschäftigen. Dazu soll auch die Schwerbehindertenvertretung in ihren Rechten gestärkt werden. Der Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt muss Menschen mit Behinderungen durch das Budget für Arbeit, unterstützte Beschäftigung und Integrationsfirmen erleichtert werden. Denjenigen, die den Übergang noch nicht schaffen, soll in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ein Arbeitsangebot gemacht werden, mit dem sie wenigstens den Mindestlohn verdienen können. Tagesförderungsstätten für Menschen mit Behinderungen als Einrichtungen untethalb der Werkstätten werden wie in Nordrhein-Westfalen in diese integriert. Das "Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Leistung" als Eingangsvoraussetzung für die Werkstätten für Menschen mit Behinderung schaffen wir ab.

Begründung

Teilhabe statt Fürsorge, Art. 27 UN-Behindertenkonvention als Maßstab -> gleiches Recht auf Arbeit

GS-GA-01-112 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 112:

zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie ~~behinderte~~ Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Und die Unterstützungsleistungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Behinderung müssen umfassend abgesichert werden. Mit dem neu geschaffenen "Budget für Arbeit" hat das Bundesteilhabegesetz hier einen Anfang gemacht, aber er ist unzulänglich, seine Einschränkungen müssen fallen. Die

Begründung

Das "Budget für Arbeit" muss von einer bloßen neuen eigenständigen Leistung zu einer besondere Leistungsform gemacht und die Leistungshöhe an dem tariflichen oder ortsüblichen Arbeitgeber-Bruttoentgelt für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung orientiert werden. Die Einsparungen des Bundes müssen für die Ausgestaltung der Leistung eingesetzt werden und ein eigener Rechtsstatus einer Beschäftigung unter nicht üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes geschaffen werden (Umsetzung von Art. 27, Abs. 1 UN-BRK).

GS-GA-01-125 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 125 einfügen:

auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden. Wir wollen Führung in Teilzeit für Frauen und Männer fördern.

GS-GA-01-125-2 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

In Zeile 125 einfügen:

auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden. Manchmal geht es auch um die Lage der Arbeitszeit oder ob tageweise im Homeoffice gearbeitet werden kann. Auch darauf sollen Beschäftigte mehr Einfluss nehmen können, damit Arbeit gut ins Leben passt.

Begründung

Hier wird zwar über ein Mitspracherecht über das Wieviel, Wann und wo gesprochen. Ausführungen gibt es aber nur zum „Wieviel“. Aber auch das „Wann“ und „Wo“ sollte zumindest ganz kurz ausgeführt werden. Das ist wichtig, denn manchmal ist nicht der Arbeitsumfang das entscheidende Flexibilisierungsmoment, sondern die Frage, wann und ob tageweise in Homeoffice gearbeitet werden kann. Dies gilt vor allem für Beschäftigte, die aus finanziellen Gründen Vollzeit arbeiten müssen. Manche wollen gern etwas später anfangen, damit sie die Kinder zur Schule bringen können. Andere wollen früher zu Hause sein, um am späten Nachmittag für einen kranken Elternteil sorgen zu können. Und manchmal bringt die tageweise Arbeit im Homeoffice die benötigte Entlastung. Häufig fehlen genau diese passgenauen Lösungen. Deshalb sollen die Beschäftigten auch darauf mehr Einfluss nehmen können, um mehr Zeitsouveränität zu erhalten. Denn für manche müssen einfach nur die Arbeitszeiten beweglicher werden.

Unterstützer*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Katja Keul (Nienburg KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Andreas Audretsch (Berlin-Neukölln KV); Jamila Schäfer (München KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV); Joschua Konrad (Karlsruhe KV); Boris Cotar (Neckar-Odenwald-Kreis KV)

GS-DG-01-001 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 1:

Smartphones, 3D-Drucker, ~~Amazon, Uber oder Ebay~~ digitale Handelsplattformen, Internetflohmärkte und LieferApps – schon heute verändert die digitale

Begründung

Wir sollten in unserem Bundestagswahlprogramm nicht Werbung für drei von unzähligen Online-Unternehmen machen - der illustrierende Charakter bleibt erhalten, wenn wir die Beispiele technischer benennen.

GS-DG-01-001-2 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Hildesheim KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 1:

Smartphones, 3D-Drucker, **Amazon, Uber**Online Handel, "Share Economy" oder **Ebay**Industrie 4.0 – schon heute verändert die digitale

Begründung

Es sollte vermieden werden, Firmen indirekt zu bewerben. Die geänderte Fassung enthält dieselbe Aussage, jedoch ohne Namensnennung von Unternehmen und ist damit besser und konkreter formuliert.

GS-DG-01-005 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Beschlussdatum: 19.03.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 5 löschen:

Intelligenz ~~und Pflegeroboter~~. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir

Begründung

Das Wort „Pflegeroboter“ weckt negative Assoziationen und hat deshalb nichts in einem Kapitel zu den Chancen der Digitalisierung zu suchen. Unsere Vorstellung von digital unterstütztem Leben im Alter ist wesentlich komplexer.

GS-DG-01-011 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 11 einfügen:

wagen. Wir setzen uns ein für die Bildung einer Enquete-Kommission "Ethische Fragen der digitalen Transformation", um bspw. Fragen wie Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Robotik zu bearbeiten.
Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft

Begründung

Die ethischen Fragen gewinnen bei der Gestaltung der Digitalisierung zunehmend an Bedeutung. Uns fehlt ein gemeinsamer Bezugs- und Bewertungsrahmen für eine gemeinwohlförderliche Digitalpolitik, den es parteiübergreifend zu erarbeiten gilt.

GS-DG-01-021 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 21 bis 22:

nicht nur wenigen in unserer Gesellschaft zugutekommen und Risiken, zum Beispiel ~~beim Datenschutz~~für das Potential des Machtmissbrauchs hinsichtlich der Verletzung der Persönlichkeitsrechte oder bei der Machtkonzentration einiger weniger Internetkonzerne, begrenzt

GS-DG-01-051 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 51 bis 52 löschen:

Basis von Glasfaser. ~~Wir wollen dazu den Bundesbesitz an Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro veräußern und in den Breitbandausbau investieren.~~ Die Kompetenzen für

Begründung

Die Telekom Aktien in Bundesbesitz dürfen nicht veräußert werden da der Bund sonst ein wichtiges Mitspracherecht abgibt. Das wäre genauso wie wenn der Bund seine Bahn Aktien veräußern würde. Auch aufgrund des katastrophalen Breitbandausbaus war die Privatisierung der Telekom ein großer Fehler.

GS-DG-01-051-2 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 51 bis 52:

Basis von Glasfaser. ~~Wir wollen dazu den Bundesbesitz an Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro veräußern und in den Breitbandausbau investieren.~~ Wir wollen ein Investitionsprogramm des Bundes auf den Weg bringen, welches Mittel des Bundes für den Breitbandausbau bereitstellt. Die Kompetenzen für

GS-DG-01-052 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 52 bis 53:

zehn Milliarden Euro veräußern und in den Breitbandausbau investieren. ~~Die Kompetenzen für das~~ **Das Thema Digitalisierung wollen wir muss dabei in der Bundesregierung stärker bündeln besser koordiniert werden und im Kabinett eigenständig vertreten sein.**

Begründung

Entwicklungsaufgaben im Rahmen der Digitalisierung könnten und müssten besser koordiniert und gebündelt werden. Dazu sind zentrale Strukturen förderlich.

GS-DG-01-057 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 57 einfügen:

Schuldenbremse ergänzen. Wir wollen daher die Bilanzierungsregeln des Staates auf die bewährte kaufmännische Buchführung umstellen und öffentliches Vermögen sowie dessen Wertverlust transparent machen. Die öffentliche Hand soll daher auch Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung bilanzieren. Es macht keinen Sinn, sich über die schwarze Null zu freuen, während auf der anderen Seite die öffentliche Infrastruktur zusammenbricht. Die Zeche für heute versäumte Investitionen zahlen immer die zukünftigen Generationen. Durch den konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen

Begründung

im Antragstext bereits enthalten

GS-DG-01-071 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 71 bis 72:

regulieren, damit nicht Einzelne auf Kosten der Verbraucher*innen, der Umwelt, ~~des Datenschutzes~~der Persönlichkeitsrechte oder der Steuerzahler*innen ihre Profite hochschrauben und einen Missbrauchsvorteil ausspielen können.

GS-DG-01-076 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Werner Weindorf (München KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 76 bis 86:

größere Bedeutung. ~~Es ist denkbar, dass der Wert eines Autos sehr bald stärker davon abhängt, wie gut seine Vernetzung mit dem Internet ist und welche datengetriebenen Dienste und Programme es den Fahrerinnen und Fahrern anbietet, als wie gut der Motor oder die Verarbeitung ist. Große Plattformen und Portale gewinnen mit jeder Nutzerin und jedem Nutzer an Bedeutung. Generell gilt, wer die Daten hat und sie nutzt, hat einen Wettbewerbsvorteil. Zum einen wollen wir sicherstellen, dass der Schutz unserer Daten dabei immer gewährleistet wird. Zum anderen stellt diese veränderte Wertschöpfung eine enorme Herausforderung für die deutsche Wirtschaft dar. Unternehmen dürfen den Trend nicht verschlafen und müssen durch Innovationen fit bleiben. Wir wollen sie dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Monopolartige Strukturen wollen wir verhindern. Daher wird die öffentliche Hand als Hüterin des fairen Wettbewerbs immer wichtiger.~~ Große Plattformen und Portale gewinnen mit jeder Nutzerin und jedem Nutzer an Bedeutung. Generell gilt, wer die Daten hat und sie nutzt, hat einen Wettbewerbsvorteil. Wir wollen sicherstellen, dass der Schutz unserer Daten dabei immer gewährleistet wird. Wir setzen uns deshalb für einen neuen politischen

Begründung

Der Satz: "Es ist denkbar, dass der Wert eines Autos sehr bald stärker davon abhängt, wie gut seine Vernetzung mit dem Internet ist und welche datengetriebenen Dienste und Programme es den Fahrerinnen und Fahrern anbietet, als wie gut der Motor und die Verarbeitung ist" ist Unsinn. Mit solchen Aussagen befürworten wir im Grunde den Marsch in die "Smarte Diktatur" wie Harald Welzer sie in seinem Buch beschreibt. Man stelle sich mal vor, was der türkische Diktator Erdogan wohl mit den ganzen Daten machen würde. Im Auto braucht man kein Internet (schließlich schau man da sinnvollerweise auf die Straße und nicht auf den Bildschirm). Im Gegenteil, ich lehne es entschieden ab, dass eine Auto Daten über mich sammelt (was leider einige Autos bereits heute schon tun). Wichtig sind aber gute Verarbeitung und guter (Elektro-)Motor (das in diesem Satz verneint wird) und dass es nicht oder zumindest möglichst wenig vernetzt ist. Daher diesen Satz streichen.

Die Sätze von "Zum anderen stellt diese veränderte Wertschöpfung eine enorme Herausforderung für die deutsche Wirtschaft dar. Unternehmen dürfen den Trend nicht verschlafen und müssen durch Innovationen fit bleiben. Wir wollen sie dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu bleiben. [...] immer wichtiger" streichen, da diese Sätze den Eindruck erwecken, dass wir das ganze Datensammeln auch noch gut finden. Diese Datensammlung ist jedoch abzulehnen, denn sie führt uns in die "Smarte Diktatur" und bedroht die Demokratie.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Barbara

Poneleit (Forchheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Robin Luge (Harz KV)

GS-DG-01-076-2 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 76 bis 77:

größere Bedeutung. Es ist denkbar, dass der Wert eines Autos sehr bald stärker ~~davon abhängt~~ daran gemessen wird, wie gut seine Vernetzung mit dem Internet ist und welche datengetriebenen Dienste

Begründung

Die Software eines Fahrzeugs wird immer nur wenige Prozent des Gesamtpreises eines Fahrzeugs ausmachen. Deshalb sollte wir trotz der Verheißung der IT-Industrie auf dem Boden bleiben und bei der Formulierung auf den subjektiven Wert der Vernetzung abheben.

GS-DG-01-081 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 81:

Zum einen wollen wir sicherstellen, dass der Schutz unserer ~~Daten~~Persönlichkeitsrechte dabei immer gewährleistet

GS-DG-01-082 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 82:

wird. Zum anderen stellt ~~diese veränderte Wertschöpfung~~dies eine enorme Herausforderung für die

Begründung

Die "Wertschöpfung" durch die Digitalisierung wird immer weit unter der Wertschöpfung durch

Hardware-Herstellung bleiben, weil Software deutlich weniger arbeits- und ressourcenintensiv ist. Deshalb sollten wir mit der Formulierung "Wertschöpfung" vorsichtiger umgehen.

GS-DG-01-096 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 96 einfügen:

Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zukunftsfähig aufstellen und auch mehr Frauen für die Branche gewinnen kann.

GS-DG-01-105 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 105 bis 116:

~~Die Digitalisierung wird unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend verändern. Vieles spricht dafür, dass sie vernetzter, technischer und auch flexibler sein wird. Das schafft Freiräume für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Arbeitswelt. Wir stehen aber auch vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmt und kann zu dauerhafter Verfügbarkeit und Mehrarbeit führen. Um den bestmöglichen Interessenausgleich zwischen Beschäftigten und Unternehmen zu sichern, müssen geltende Sozial- und Arbeitsstandards für die digitale Arbeitswelt weiterentwickelt werden. Dabei sollen vor allem Arbeitszeit und -ort stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausgerichtet werden. So fordern wir zum Beispiel ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten sowie eine flexible Vollzeit, mit der Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang bedarfsgerecht anpassen können.~~
Die digitale Arbeitswelt wird vernetzter, technischer und auch flexibler sein. Und wir wollen, dass sie auch humaner, familienfreundlicher und ökologischer wird. Mit der Digitalisierung verändern sich Arbeitsinhalte, Arbeitsplätze und Arbeitsstrukturen. Arbeit ist nicht mehr an Ort und Zeit gebunden. Deshalb fordern wir auch ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten. Das schafft Zeitsoveränität und Freiräume für mehr selbstbestimmtes Arbeiten. Die Digitalisierung stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Smartphones rund um die Uhr und überall einsetzbare Laptops und Tablets können zu permanenter Erreichbarkeit, Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit und umfassende Leistungskontrolle führen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, abhängiger und selbstständiger Tätigkeit, zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung laufen Gefahr zu verschwimmen. Wo diese Entgrenzung passiert, wollen wir Beschäftigte und Selbstständige schützen. Deshalb wollen wir den Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt anpassen, betriebliche Mitbestimmungsrechte stärken und mit einem eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetz vor umfassender Leistungskontrolle schützen. Solo-Selbständige und Kreative müssen zukünftig für alle Lebenslagen sozial abgesichert sein und sie müssen fair entlohnt werden. Deshalb wollen wir ein allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen einführen und gleichzeitig branchenspezifische Mindesthonorare für bestimmte Werke und Dienstleistungen ermöglichen, die gut zu den jeweiligen Branchen passen. Über Online- Plattformen vermittelte Arbeit und die Zahl der Clickworker nimmt zu. Plattformen dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden. Nur wenn die heutigen Sozial- und Arbeitsstandards weiterhin gelten, entstehen fairer Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt.

Begründung

Das Kapitel ist mit „Wir gestalten die Digitalisierung“ überschrieben. Und ganz zentral bei der Digitalisierung sind für die Menschen die Veränderungen in der Arbeitswelt. Dem sollten wir mit einem etwas ausführlicheren Unterkapitel „Arbeit 4.0“ auch gerecht werden. Die Digitalisierung birgt Chancen für die Menschen, aber sie kann auch zu Fehlentwicklungen führen, die heute schon spürbar sind. Und deshalb verunsichert die Digitalisierung die Menschen. Die Bundesregierung hat der Digitalisierung zwar ein vages, aber dennoch ein ganzes Weißbuch gewidmet. Auch wir Grünen haben uns mit den Herausforderungen beschäftigt. Wir haben in einem Bundestagsantrag bereits klare Forderungen und konkrete Ideen formuliert. Wir haben Einschätzungen und grüne Antworten, wie wir die digitale

Arbeitswelt für die Menschen gestalten wollen und die sollten im Programm auch etwas konkreter benannt werden. Damit zeigen wir, dass wir die Sorgen und die Verunsicherung der Menschen ernstnehmen. Und diese Antworten geben der Digitalisierung auch eine Richtung, denn wir wollen, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen von der Digitalisierung profitieren.

Die Ausführungen zur flexiblen Vollzeit können an dieser Stelle gestrichen werden. Abgesehen davon, dass diese Forderung keinen Bezug zur Digitalisierung hat, wird sie bereits in 4 Kapiteln (Frauen, Sozialstaat, Familie, Arbeit) und in einem Schlüsselprojekt ausgeführt.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Udo Philipp (München KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Bernd Meffert (Rheingau-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Joshua Konrad (Karlsruhe KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Heiko Glawe (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Hartmut Wauer (Fürth-Stadt KV)

GS-DG-01-113 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 113 bis 114:

ausgerichtet werden. ~~So fordern wir zum Beispiel ein Recht auf Home Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten sowie~~ So fordern wir zum Beispiel eine

Begründung

Arbeitsverhältnisse sind zu unterschiedlich, um ein generelles Recht auf Home Office zu fordern. Wo ein Home Office möglich ist, haben Unternehmen ohne Home Office Angebot einen Nachteil im Wettbewerb um die besten Mitarbeiter*innen. Ein staatlicher Eingriff ist hier nicht notwendig

GS-DG-01-117 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 117 bis 128:

~~Während einerseits neue Arbeitsplätze entstehen, werden andere Menschen auch ihren Job verlieren. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir diesen Strukturwandel der Wirtschaft politisch steuern und diesen Menschen helfen, rasch einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die ökologische Modernisierung kann dabei eine Chance sein, gerade auch Jobs nicht nur für Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen, Bauarbeiter und Facharbeiterinnen zu schaffen. Qualifizierung und Weiterbildung werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Dafür wandeln wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung um und fördern Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (à Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung). Dazu gehören insbesondere Aus- und Weiterbildungsangebote für gering qualifizierte Menschen. Auch für digitale Plattformen müssen soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards gelten. Sie dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden.~~
Durch die Digitalisierung werden neue Arbeitsplätze entstehen, aber manche Tätigkeiten werden auch automatisiert. Diesen Strukturwandel wollen wir politisch gestalten. Die ökologische Modernisierung ist dabei eine Chance, damit nicht nur für Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen und Facharbeiter neue Jobs entstehen. Digitale Kompetenzen werden von zentraler Bedeutung sein. Deshalb fördern wir Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (à Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung). Der

Begründung

Dieser Antrag ist in Verbindung mit Änderungsantrag [GS-DG-01-105](#) zu sehen (technisch nicht anders möglich). Im vorherigen Antrag wurden die Chancen, die Herausforderungen und unsere Antworten konkreter beschrieben. Weil damit der Text länger wurde, könnten hier Kürzungen vorgenommen werden, die am Inhalt nichts verändern. Die Passage zu digitalen Plattformen wurde bereits im vorherigen Antrag aufgenommen. Dort passt der Aspekt besser und deshalb kann er hier gestrichen werden.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Corinna Ruffer (Trier KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Bernd Meffert (Rheingau-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Joshua Konrad (Karlsruhe KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Heiko Glawe (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Hartmut Wauer (Fürth-Stadt KV)

GS-DG-01-118 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 118 bis 128:

~~verlieren. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir diesen Strukturwandel der Wirtschaft politisch steuern und diesen Menschen helfen, rasch einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die ökologische Modernisierung kann dabei eine Chance sein, gerade auch Jobs nicht nur für Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen, Bauarbeiter und Facharbeiterinnen zu schaffen. Qualifizierung und Weiterbildung werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Dafür wandeln wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung um und fördern Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (à Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung). Dazu gehören insbesondere Aus- und Weiterbildungsangebote für gering qualifizierte Menschen. Auch für digitale Plattformen müssen soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards gelten. Sie dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden.~~
In Ostdeutschland haben wir nach dem Ende der DDR erlebt, wie tiefgreifend ein wirtschaftlicher Umbruch die Gesellschaft herausfordern kann. Mit der Digitalisierung, Automatisierung und künstlicher Intelligenz steht der nächste wirtschaftliche Umbruch vor der Tür. Dieser wird uns von vielerlei Arbeit befreien und stellt damit die Finanzierung unseres jetzigen Sozialsystems, unser Bildungs- und Weiterbildungssystem und unser Steuersystem vor immense Herausforderungen. Um diesen Strukturwandel offensiv und gestaltend anzugehen, und nicht auf erfolgte Umbrüche nur zu reagieren, fordern wir eine Enquetekommission zur Digitalisierung, Automatisierung der Arbeit und künstlicher Intelligenz. Diese soll Umbrüche und damit verbundene notwendige Umstrukturierungen unseres Bildungs-, Finanz- und Sozialsystems frühzeitig erkennen, um die gesellschaftlichen Diskussionen über die richtige Gestaltung dieser Entwicklung anzustoßen. Der

Begründung

Der Antrag wird auch von den Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unterstützt.

GS-DG-01-129 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 129 einfügen:

digitale Wandel der Arbeitswelt hat bereits begonnen. Wir wollen ihn positiv gestalten. Dabei sehen wir in der Digitalisierung und Automatisierung auch die Chance auf weniger Arbeit für die gesamte Gesellschaft. Weniger Arbeit für alle muss nicht den Wegfall von einzelnen Jobs bedeuten, wenn durch politische Gestaltung die Arbeit gerecht verteilt wird. Deshalb streben wir mittelfristig eine Arbeitszeitreduzierung an.

GS-DG-01-139 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 139 einfügen:

fördern. Wir wollen gerade Kleinunternehmer*innen den Zugang zu staatlichen Förderkrediten auch unbürokratisch ermöglichen, ohne zwingende Beteiligung einer Geschäftsbank und bei Summen bis 50.000 Euro abhängig von der Geschäftsidee auch ohne Eigenkapital und bankübliche Sicherheiten. Hierzu wollen wir u.a. das Instrument der Mikrokreditfonds ausweiten.

Begründung

Derzeit werden Existenzgründungskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Regelfall nicht direkt vergeben. Es muss stets eine Geschäftsbank eingebunden werden, die die formalen Voraussetzungen prüft, die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells begutachtet und den Vertrag formal abwickelt. Doch die dabei erzielbaren von der Darlehenshöhe abhängigen Erträge sind oftmals unattraktiv für die Geschäftsbanken. So werden viele Kleinprojekte gar nicht ernsthaft geprüft, weil sie als unwirtschaftlich gelten, unabhängig von der Qualität der zu fördernden Unternehmensidee. Der absurde Effekt: Es ist oft einfacher ein 5 Millionen Darlehen zu bekommen, als 20.000 oder 50.000 Euro.

Zudem übernimmt die KfW nur eine Ausfallbürgschaft über 80% der Darlehenssumme. Die Geschäftsbanken verlangen deshalb meist harte Sicherheiten bei Vertragsabschluss und zwar nicht über 20% sondern 100% der Darlehenssumme, weil sie nur so ihr Ausfallrisiko auf effektiv 0% reduzieren können. Das aber widerspricht der Grundidee der KfW-Kredite. Und wer harte Sicherheiten (Immobilienbesitz, Wertpapiere) in Höhe des Darlehens besitzt braucht den Förderkredit eher nicht. Dadurch wird genau die Zielgruppe effektiv von Förderkrediten ausgeschlossen die sie am nötigsten hat. Für Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Schichten wird es so fast unmöglich Fremdkapital für eine Existenzgründung zu erhalten.

Auch bei den seit 2009 von der Bundesregierung eingerichteten Mikrokreditfonds müssen - insbesondere bei sozial und ökologisch verantwortungsvollen Projekten - Menschen aus allen Bevölkerungsschichten die realistische Chance auf eine Darlehensgewährung haben, wenn wir unseren Anspruch auf Chancengleichheit ernst nehmen.

Unterstützer*innen

Christian Hohn (Olpe KV); Markus Wagener (Köln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); René Gögge (Hamburg-Nord KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Sonja von Zons (Gütersloh KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Jürgen Klippert (Hagen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Till Hoffmann (Köln KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Benjamin Rauer

(Minden-Lübbecke KV); Bert Lahmann (Köln KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Regina Klünder (Kiel KV); Deniz Ertin (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV)

GS-DG-01-144 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 144 bis 147:

unbürokratisches und wirksames Förderinstrument für alle Gründungswilligen. ~~Mit dem grünen Gründungskapital bekommt jeder, der sich selbständig machen will und ein überzeugendes Konzept vorlegt, einmalig ein flexibles und zinsfreies Darlehen von bis zu 25.000 Euro. Die Rückzahlung erfolgt, sobald das Unternehmen Fuß gefasst hat.~~ Ein wichtiger Grund für die im internationalen Vergleich geringe Gründertätigkeit in Deutschland ist der Mangel an Eigenkapital für junge Unternehmen. Dies liegt auch daran, dass die kapitalgedeckte Altersvorsorge in Deutschland hauptsächlich über Lebensversicherungen organisiert ist und diese fast ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere investieren. Unser Bürgerfonds zur kapitalgedeckten Altersvorsorge soll daher nach schwedischem Vorbild verstärkt in Eigenkapitalinstrumente investieren - auch in Venture Capital sowie in Fonds, die Sozialunternehmer*innen finanzieren. Offene Standards, offene

Begründung

mit 25.000 Euro pro Gründer*in kann man keine tragfähigen Unternehmen gründen. Diese Förderung würde allenfalls zweifelhafte „Ich-AGs“ ins Leben rufen. Dennoch wäre sie sehr teuer. Jedes Jahr machen sich etwa 800.000 Menschen selbständig. Das Förderprogramm könnte also 20 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Viel wichtiger als eine neue wenig effektive Subvention ist es, ausreichend privates Kapital für Unternehmensgründungen zu mobilisieren, sowie die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass auch kleine/junge Unternehmen damit klar kommen können und nicht nur Großkonzerne mit ihren teuren Anwälten.

GS-DG-01-152 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG WiFi
Beschlussdatum: 02.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 152 einfügen:

Beratungsleistungen an einem Ort aufzufinden sind. Wir wollen politische Rahmenbedingungen so formulieren, dass kleine oder junge Unternehmen, Kulturschaffende und Kreative sie ebenfalls meistern können. Wir wollen Regulierung so vereinfachen, dass große Unternehmen sie mit ihren teuren Anwälten nicht mehr einfach aushebeln können und kleine Unternehmen sie auch bewältigen können. Dazu gehören auch Ausnahmen in der Regulierung für kleine und junge Unternehmen, solange weder Gesundheit noch Umwelt gefährdet sind.

GS-DG-01-155 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 155 bis 156:

Infrastruktur des Wissens: ~~Wir schlagen, die wir durch~~ ein Modernisierungsprogramm ~~vor, dass~~ und einen Abbau des Sanierungsstaus erreichen wollen. Teil dessen soll die Bauten ~~Schaffung von mehr studentischem Wohnraum, Stärkung kultureller und digitaler Infrastrukturen inklusive des Ausbaus von Laboren und Bibliotheken sein. Mit diesem Vorschlag werden wir~~ die ~~Ausstattung der~~ Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringten. Und wir werden die

Begründung

Wir schlagen vor, die Themen Sanierungsstau, studentisches Wohnen sowie die Stärkung kultureller (z.B. Bibliotheken, Archive) und digitaler Infrastruktur mit aufzunehmen.

GS-DG-01-168 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Kreisverband Böblingen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 168 löschen:

investieren. ~~Dafür veräußern wir die Telekom-Anteile des Bundes.~~ Wir wollen Elektromobilität

Begründung

Die Telekom Aktien in Bundesbesitz dürfen nicht veräußert werden, da der Bund sonst ein wichtiges Mitspracherecht abgibt. Das wäre genauso wie wenn der Bund seine Bahn Aktien veräußern würde. Auch aufgrund des katastrophalen Breitbandausbaus war die Privatisierung der Telekom ein großer Fehler.

GS-DG-01-169 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Mobilität und Verkehr

Beschlussdatum: 01.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 169 einfügen:

fördern – und zwar auf allen Ebenen, sei es beim Auto, der Ladeinfrastruktur, bei Bussen, Bahnen

GS-DG-01-173 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen

Beschlussdatum: 08.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 173 bis 174:

mindestens zweiacht Milliarden Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung geben—~~so schaffen~~, damit sie auskömmlich wird. So können wir die Mammutaufgabe bewältigen, genügend bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Unser Investitionspaket für bessere Infrastrukturen in

Begründung

2 Mrd. sind zur Zielerreichung bei weitem nicht auskömmlich. Damit würden unerfüllbare Versprechungen gemacht und Erwartungen erweckt, die nicht gedeckt sind. Und Geld ist immer "nur" ein Ermöglichen, damit ist noch kein Inhalt und keine Qualität definiert.

GS-DG-01-174 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 27.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 173 bis 174 löschen:

mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung geben – so schaffen wir **genügend** bezahlbare Wohnungen. Unser Investitionspaket für bessere Infrastrukturen in

Begründung

„genügend“ kann nie erfüllt werden, schon gar nicht mit nur zwei Mrd Euro pro Jahr vom Bund.

GS-DG-01-182 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik

Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 182 einfügen:

auf alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben für KMU. Firmen, die noch keine Gewinne erzielen,

Begründung

Auch im Schlüsselprojekt soll deutlich werden, dass eine steuerliche Forschungsförderung klar auf KMU beschränkt sein muss.

GS-DG-01-186 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 186:

Kleine Selbständige, Gründer*innen, Kulturschaffende Die digitale Arbeitswelt positiv gestalten und Selbständige und Kreative besser absichern

Begründung

In einem Kapitel „Wir gestalten die Digitalisierung“ sollte es unbedingt auch ein Schlüsselprojekt geben, das sich auf die Veränderungen in der digitalen Arbeitswelt bezieht. Die weitere Begründung steht im nächsten Änderungsantrag, der passend zur Überschrift auch den Text ergänzt. Aus technischen Gründen müssen hier zwei Änderungsanträge gestellt werden.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Udo Philipp (München KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Bernd Meffert (Rheingau-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Joschua Konrad (Karlsruhe KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Heiko Glawe (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Hartmut Wauer (Fürth-Stadt KV)

GS-DG-01-187 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 187 bis 190:

~~Viele Selbständige schätzen ihre unternehmerische und kreative Freiheit sehr. Einige von ihnen mit geringen oder unregelmäßigen Einkünften sind jedoch genauso wie viele Kulturschaffende und Kreative nicht ausreichend abgesichert. Wir wollen sie besser unterstützen.~~ Die digitale Arbeitswelt bietet Chancen für mehr Zeitsouveränität und selbstbestimmtes Arbeiten. Sie kann aber auch grenzenlos werden. Deshalb werden wir den Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt anpassen. Auch die Mitbestimmung braucht ein Update. Wenn durch Vertrauensarbeitszeit ständig Mehrarbeit entsteht, sollen Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsmenge bekommen. Selbständige, Kulturschaffende und Kreative schätzen ihre unternehmerische Freiheit, aber häufig sind sie wegen geringen oder unregelmäßigen Einkünften nicht ausreichend abgesichert. Wir wollen sie mit Mindesthonoraren stärken und auch besser absichern. Dazu wollen wir die Mindestbeiträge für die gesetzliche Kranken- und

Begründung

Das Kapitel ist mit „Wir gestalten die Digitalisierung“ überschrieben. Und ganz zentral bei der Digitalisierung sind für die Menschen die Veränderungen in der Arbeitswelt. Es entstehen Chancen, aber auch Fehlentwicklungen und genau die verunsichern die Menschen. Dem sollten wir mit einem Schlüsselprojekt auch gerecht werden. (Die Änderung der Überschrift wird mit Antrag 61698/1722 beantragt – war technisch nicht anders möglich.) Die Bundesregierung hat der Digitalisierung zwar ein vages, aber dennoch ein ganzes Weißbuch gewidmet. Auch wir Grünen haben uns mit den Herausforderungen beschäftigt. Wir haben in einem Bundestagsantrag bereits klare Forderungen und konkrete Ideen formuliert. Wir haben Einschätzungen und grüne Antworten, wie wir die digitale Arbeitswelt für die Menschen gestalten wollen. Diese Antworten sollten neben dem Thema der sozialen Absicherung auch in einem Schlüsselprojekt benannt werden. Damit zeigen wir, dass wir die Sorgen und die Verunsicherung der Menschen ernstnehmen. Und diese Antworten geben der Digitalisierung auch eine Richtung, denn wir wollen, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen von der Digitalisierung profitieren.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Udo Philipp (München KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Emmeler (Berlin-Pankow KV); Bernd Meffert (Rheingau-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Joschua Konrad (Karlsruhe KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Heiko Glawe (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Hartmut Wauer (Fürth-Stadt KV)

GS-DG-01-191 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Maximilian Ruta (Köln KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

In Zeile 191:

Pflegeversicherung sowie zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung ~~senken~~streichen. Als ersten

Begründung

Selbständige und Freiberufler die nicht in der Künstlersozialkasse sind, müssen für ihre Krankenversicherungsbeiträge naturgemäß alleine aufkommen. Allerdings ist die gegenwärtige Regelung unfair, ihnen bei der Beitragsberechnung ein Mindesteinkommen von gut 2.200 Euro monatlich zu unterstellen, selbst wenn sie deutlich geringere Einnahmen haben. Nur für geförderte Existenzgründer gibt es eine Ausnahmeregelung, die aber ebenfalls noch fast 1.500 € Monatseinkommen als Mindestbeitragsgrenze definiert. Für nicht hauptberufliche Selbständige wird immer noch fast 1.000 € Monatseinkommen vorausgesetzt. Wir Grüne halten diese Regelungen für unfair!

Gerade Kleinunternehmer und Start-up-Gründer leben oft von deutlich weniger und müssen dann unverhältnismäßige Beiträge entrichten. Viele können sich deren Entrichtung in der Folge nicht leisten und werden dadurch geradezu in den (zumindest aufstockenden) ALG II-Bezug gedrängt. Das wirkt auch als Hemmschuh für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung. Die hohen Strafzinsen von 60% p.a. auf Beitragsrückstände machen es nahezu unmöglich einmal entstandene Rückstände zu bezahlen und führen zu einer schnellen Überschuldung.

Die aktuelle Formulierung im Programmentwurf spricht von einer Entlastung, diese kann u.U. nur marginal sein. Was wir hier brauchen ist aber eine deutliche Entlastung! Bei Selbständigen die weder eine zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben, noch einen Mini-Job und auch keine Sozialleistungen beziehen, sollte nur das tatsächliche Einkommen berücksichtigt werden.

Auch die langjährige Praxis, dass Beiträge bei nachträglich festgestelltem höherem Einkommen zwar erhöht, bei per Steuerbescheid verspätet nachgewiesenem niedrigeren Einkommen aber nicht rückwirkend gesenkt werden können, muss beendet werden!

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Christian Hohn (Olpe KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Deniz Ertin (Köln KV); Markus Wagener (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Till Hoffmann (Köln KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Max Christopher Lindemann (Köln KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Martin Kühn (Köln KV); Bert Lahmann (Köln KV); Robin Luge (Harz KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ronja Reckmann (Berlin-Mitte KV); Tobias Grupe (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Roswitha Sachsse-Schadt (Bonn KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Regina Klünder (Kiel KV)